

PIERRE BROUÉ
DIE DEUTSCHE
REVOLUTION

Band 1: Von der Spaltung der
Sozialdemokratie zur Märzaktion 1921

Übersetzt und eingeleitet von Wolfram Klein

manifest.
geschichte des widerstands.

In der Edition **geschichte des widerstands**. veröffentlichen wir Bücher mit einem historischen oder biographischen Schwerpunkt.

1. Auflage, 2023

Manifest Verlag (Arnsburg, Koschitzki, Sol e.V. GbR)

Dieffenbachstr. 17, 10967 Berlin

Telefon: (030) 24 72 38 02

Email: info@manifest-verlag.de

Internet: www.manifest-verlag.de

Alle Rechte vorbehalten.

Original: Pierre Broué: Révolution en Allemagne 1917-1923

© by Les Editions de Minuit, 1971

Übersetzung und wissenschaftliche Bearbeitung: Wolfram Klein

Korrektur: David Thiele, Gundula Hoffmann

Endbearbeitung und Redaktion: René Arnsburg

Satz und Umschlaggestaltung: René Arnsburg

Druck: Booksfactory

Umschlagfoto: ADN-ZB/Archiv Novemberrevolution 1918 in Deutschland. In Berlin beginnt am Morgen des 9. November 1918 der Generalstreik und der bewaffnete Kampf. Die Soldaten verbrüdernd sich mit dem revolutionären Proletariat. Die Monarchie und die kaiserliche Regierung wird gestürzt. Demonstrationen am 9.11. in Berlin, Unter den Linden, in Höhe der Universität, (Unter den begleitenden Kindern befindet sich Arno Munter, dritter Junge von links).

ISBN Band 1: 978-3-96156-114-8

ISBN Band 2: 978-3-96156-115-5

ISBN alle Bände: 978-3-96156-116-2

Inhaltsangabe

Vorwort zur deutschen Erstausgabe

Die Bedeutung der Revolution 1918-1923 in Deutschland.....7

Einleitung.....16

Kapitel I:

Das Schlachtfeld.....20

Kapitel II:

Sozialdemokratie vor 1914.....29

Kapitel III:

Die Linke in der deutschen Sozialdemokratie.....44

Teil I

Vom Krieg zur Revolution – Sieg und Niederlage des Linksradikalismus

Kapitel IV:

Der Krieg und die Krise der Sozialdemokratie.....58

Kapitel V:

Die Gründung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei.....86

Kapitel VI:

Revolutionärer Aufbruch.....100

Kapitel VII:

Probleme der Weltrevolution.....122

Kapitel VIII: Die Novemberrevolution	138
---	-----

Kapitel IX: Doppelherrschaft	163
---	-----

Kapitel X: Die Krise der sozialistischen Bewegung	193
--	-----

Kapitel XI: Die Gründung der KPD(S)	210
--	-----

Kapitel XII: Der Januaraufstand	226
--	-----

**Teil II -
Versuch der Definition der Rolle einer kommunistischen Partei**

Kapitel XIII: Die Ära von Noske	256
--	-----

Kapitel XIV: Stabilisierung in Deutschland und Weltrevolution	278
--	-----

Kapitel XV: Die Kommunistische Partei nach dem Januar 1919	290
---	-----

Kapitel XVI: Die linksradikale Opposition und die Spaltung	311
---	-----

Kapitel XVII: Das Problem des Zentrismus	319
---	-----

Kapitel XVIII: Der Kapp-Putsch	334
Kapitel XIX: Die KPD(S) am Scheideweg	364
Kapitel XX: Moskau und die deutschen Revolutionär*innen	375
Kapitel XXI: Die großen Erwartungen von 1920	402
Kapitel XXII: Eine deutsche Konzeption des Kommunismus: Paul Levi	429
Kapitel XXIII: Die Anfänge der vereinigten Partei	438
Kapitel XXIV: Die Spaltung der italienischen Partei	452
Kapitel XXV: Die Märzaktion	467
Kapitel XXVI: Nachwehen der Niederlage	479
Kapitel XXVII: Der Kompromiss von Moskau	500

Vorwort zur deutschen Erstausgabe

Die Bedeutung der Revolution 1918-1923 in Deutschland

Im 20. Jahrhundert hat es eine ganze Reihe von Revolutionen gegeben. Unter diesen Revolutionen nimmt aber die Revolution in Deutschland 1918-1923 einen besonderen Platz ein, weil sie in einem der damals bereits wirtschaftlich entwickeltsten kapitalistischen Länder stattfand. Revolutionen in vergleichsweise rückständigen Ländern hat es mehrere gegeben, 1917 im zaristischen Russland, 1949 in China, 1959 auf Kuba sind nur die bekanntesten. Sie haben für ihre Länder beträchtliche Verbesserungen gebracht, haben aber bestätigt, was Marxist*innen schon vor ihnen klar war: Der Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft ist in einem einzelnen Land nicht möglich und in isolierten rückständigen Ländern schon gar nicht. Statt dessen führten Rückständigkeit und Isolation dazu, dass sich in ihnen Karikaturen auf den Sozialismus entwickelten, die wir als Stalinismus bezeichnen.

Wenn die Revolution in Deutschland 1918-1923 gesiegt hätte, wenn sie nicht nur den Kaiser gestürzt, sondern auch die Kapitalistenklasse enteignet und die Machteliten gestürzt hätte, hätte die Weltgeschichte einen wesentlich anderen Verlauf nehmen können. Das revolutionäre Russland mit seiner Landwirtschaft und seinen Rohstoffen im Bündnis mit einem revolutionären Deutschland mit seinen Millionen qualifizierter Arbeiter*innen in der modernsten Industrie, seinem Know How, hätte ganz andere Bedingungen für eine sozialistische Entwicklung gehabt ... und auch eine noch viel größere Anziehungskraft für die arbeitenden Menschen anderer Länder und damit die besten Chancen auf eine weitere internationale Ausdehnung der Revolution in ohnehin durch den Ersten Weltkrieg in revolutionäre Gärung versetzte Nachbarländer. Die Isolation der russischen Revolution hätte beendet und ihre Fehlentwicklung zum Stalinismus statt zu einem wirklichen Sozialismus hätte gestoppt werden können.

Statt dessen wurde die Revolution in Deutschland durch die Politik der SPD-Führung auf den Sturz der Monarchie begrenzt. Die alten Eliten in Wirtschaft und Verwaltung, beim Militär und in den Gerichten, in den Medien usw. behielten ihre Macht und nutzten sie, um die politische Macht 1933 Hitler auszuhändigen, der damit genau das machte, was sie von ihm wollten: Er zerschlug die Arbeiter*innenbewegung und bereitete einen neuen Weltkrieg mit zig Millionen Opfern vor.

Dass der Sieg der Revolution ausblieb, zu dem aber, wie gerade dieses Buch zeigt, nicht viel gefehlt hat, hatte also für die Geschichte des 20. Jahrhunderts tiefgreifende Folgen weit über Deutschland und Europa hinaus. Um es drastisch zu sagen: Wenn die Revolution in Deutschland gesiegt hätte, wäre sowohl der Name Hitler als auch der Name Stalin heute nur einem winzigen Kreis von Fachhistoriker*innen bekannt.

Die Aktualität der Revolution

Aber nicht nur für historisch Interessierte lohnt es sich, sich mit der Geschichte der Revolution in Deutschland zu beschäftigen. Wenn wir uns umschauen, bekommen wir den Eindruck, die Welt gerate immer mehr aus den Fugen: steigende Preise, wachsende Kluft zwischen arm und reich, Kriege wie der in der Ukraine, die verschiedenen Auswirkungen der Klimakatastrophe, die Corona-Pandemie, Millionen Menschen auf der Flucht und so weiter. Wenn wir etwas tiefer blicken, zeigt sich uns auch, dass all dies mit dem kapitalistischen Wirtschaftssystem zusammenhängt, das wachsende Teile des Planeten unbewohnbar macht.

Zugleich müssen wir die Erfahrung machen, dass einfache Regierungswechsel keine Wende zum Besseren bringen, dass »Reformen« häufig entweder in Wirklichkeit die Beseitigung von in den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg mühsam erkämpfter wirklicher Reformen bedeuten oder nur Politik im Interesse der Kapitalisten variieren, aber nicht grundlegend verändern.

Wenn wir uns das anschauen und unsere Gedanken zu Ende denken, kommen wir zu dem Schluss, dass der revolutionäre Sturz des Kapitalismus eine historische Notwendigkeit ist, dass Rosa Luxemburgs Satz »Sozialismus oder Untergang in die Barbarei« heute aktueller denn je ist.

Und da lohnt es sich für uns in Deutschland ganz besonders, uns daran zu erinnern, dass es auch bei uns revolutionäre Traditionen gibt.

Das soll sicher auf keinen Fall heißen, dass sich die Erfahrungen der deutschen Revolution eins zu eins auf heute übertragen ließen. In Broués Buch ist einer der roten Fäden die Auseinandersetzung darüber, wie weit sich die Erfahrungen der russischen Revolution 1917 auf Deutschland 1918-1923 übertragen lassen. Was über das Verhältnis von Russland und Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg galt, gilt natürlich für das Verhältnis von vor hundert Jahren und heute erst recht.

Trotzdem bleibt vieles relevant. Zentrale Aspekte der Revolution waren die Rolle der Arbeiter*innenklasse, die Wichtigkeit der systematischen Arbeit in den Gewerkschaften. Dadurch dass die KPD sie in den ersten Monaten nach dem Beginn der Revolution vernachlässigte, wurde viel wertvolle Zeit verloren.

Eine wichtige Debatte betraf die Bedeutung von Übergangsforderungen. Das zeigt auch, dass das keine trotzkistische Erfindung ist, wie noch heute oft behauptet wird, sondern in der Komintern vor deren Stalinisierung zum Kernbestand gehörte. Es

unterstreicht den trotzkistischen Anspruch, die Tradition der Anfangsjahre der Kominintern fortzusetzen, die vom Stalinismus über Bord geworfen wurde.

Auf der anderen Seite gibt es auch große Unterschiede. Ein großes Hindernis für die Revolution war damals die Verbundenheit proletarischer Massen mit der Sozialdemokratie, die sie vor 1914 zu politischem Leben erweckt hatte. Damals konnte die SPD diese Verbundenheit für die Rettung des Kapitalismus nutzen. Davon ist heute kaum etwas übrig, den Rückgang der Parteibindungen stellt auch die Politikwissenschaft fest.

Wenn dieses politische Problem wesentlich geringer ist, so ist die Kehrseite davon, dass der positive Beitrag, den die SPD vor 1914 zur Erweckung des proletarischen Klassenbewusstseins geleistet hatte, inzwischen auch verpufft ist. Das Klassenbewusstsein ist in vielen Fragen ungeheuer zurückgeworfen. Dabei sollten wir uns aber hüten, die Arbeiter*innenklasse der Vergangenheit zu idealisieren. Sie bestand nicht nur aus Industriearbeiter*innen, die in Großbetrieben gemeinsam arbeiteten und gemeinsam zu kämpfen lernten, es gab auch Millionen Landarbeiter*innen, Heimarbeiter*innen, Dienstmädchen, die sehr zerstreut arbeiteten und viel schwerer zu organisieren waren. Und wenn sich heute Gewerkschafter*innen darüber sorgen, wie sie Kolleg*innen im Home-Office erreichen können, dann war die Überwindung solcher Vereinzelung mit den damaligen Kommunikationsmitteln noch viel mühsamer.

Zugleich sind viele neue Fragen aufgetaucht oder haben eine viel größere Bedeutung bekommen, z.B. der Kampf gegen Unterdrückungsformen wie Rassismus, Sexismus, Homophobie, Transphobie. Das heißt aber auch, dass es oberflächlich wäre, nur das zurückgeworfene Bewusstsein zu sehen. In vielen Fragen ist das Bewusstsein heute viel weiter als damals. Wenn man Berichte liest, wie weit verbreitet vor 100 Jahren z.B. häusliche Gewalt gegen Frauen und Kinder war, dann kann man sich sicher nicht nach der »guten alten Zeit« zurücksehnen, sondern nur auf eine Zukunft hinarbeiten, die ein hohes Klassenbewusstsein mit einem hohen Bewusstsein in Fragen von Unterdrückung verbindet.

Frauen spielten in der Geschichte der Revolution 1918-1923 eine für damalige Verhältnisse ungewöhnliche Rolle. Rosa Luxemburg war neben Karl Liebknecht das prominenteste Mitglied und die anerkannte Theoretikerin der Spartakusgruppe und der neugegründeten Kommunistischen Partei, deren Ideen auch in den Jahren nach ihrer Ermordung eine wichtige Rolle spielten. Clara Zetkin war nicht nur Spitzenkandidatin der KPD bei den ersten Reichstagswahlen 1920 (»Denkt an Liebknecht. Wählt Kommunisten (Spartakus). Liste Zetkin« hieß es auf Plakaten), sondern auch in den folgenden Jahren eine führende Vertreterin der Partei, die außer in frauenpolitischen Fragen, die vor dem Krieg ihr Spezialgebiet gewesen waren, in wichtigen innerparteilichen Debatten mitwirkte und die Partei nach außen vertrat. Ruth Fischer entwickelte sich zur prominentesten Vertreterin des linksradikalen Flügels der Partei.

Trotzdem wirkte die aus vorindustriellen Zeiten überkommene Vorstellung, dass der Mann der Ernährer der Familie sei, dass die Frau nur ein Zubrot verdiene, dass ihr Aufgabengebiet in Haushalt und Familie liege (und sie sich darüber hinaus höchstens noch in der Kirche verdummen lassen dürfe) stark nach. Auch sehr viele Frauen aus der Arbeiter*innenklasse sahen ihre Erwerbsarbeit als eine Lebensphase vor der Heirat oder einen Notbehelf, aber nicht als etwas, was zu ihrer Identität gehörte und waren daher auch kaum bereit, sich in der Arbeiter*innenbewegung zu engagieren. Daran änderte auch das von der Revolution erkämpfte Frauenwahlrecht alleine noch nichts. Klagen über die politische Rückständigkeit der Frauen ziehen sich wie ein roter Faden durch die Literatur gerade der damaligen kommunistischen Frauenbewegung (nicht nur in Deutschland, sondern international). In dieser Frage haben sich die Verhältnisse heute in Deutschland und vielen anderen Ländern regelrecht umgekehrt.¹

Außerdem wäre es ein Irrtum anzunehmen, dass es z.B. Kontroversen um Identitätspolitik damals nicht gegeben hätte. Es gab zwar den Begriff noch nicht. Aber wenn die Zentrumspartei Kapitalist*innen und Arbeiter*innen, Großgrundbesitzer*innen und Bäuerinnen und Bauern auf der Grundlage ihrer Identität als in Preußen-Deutschland diskriminierte katholische Minderheit organisierte, was war das anderes als Identitätspolitik? In diesem Sinne war das Zentrum, das im Kaiserreich mehrfach die stärkste Fraktion im Deutschen Reichstag stellte, sicher die erfolgreichste identitätspolitische Organisation in der Geschichte des deutschen Kapitalismus.

In den letzten Jahren zeigte die Entwicklung der Klimagerechtigkeitsbewegung beeindruckend, wie schnell Bewegungen sich entwickeln und international ausdehnen können und wie schnell sich in ihnen trotz aller Widersprüche und Unklarheiten Parolen wie »System Change« ausbreiten können.

Wir leugnen keineswegs, dass wir sehr weit von einem revolutionären Massenbewusstsein entfernt sind. Aber im Vergleich zu früheren Zeiten ist trotzdem das Vertrauen in die Institutionen des kapitalistischen Staats beträchtlich erschüttert. Leider ist gleichzeitig das Vertrauen in die eigene Kraft, die Verhältnisse gemeinsam grundlegend verändern zu können, auch so weit zurückgeworfen, dass die meisten sich so etwas kaum noch vorzustellen vermögen, geschweige denn bereit wären, sich dafür zu engagieren. Wir sind aber zuversichtlich: Wenn die kapitalistischen Verhältnisse die arbeitenden Menschen zwingen, für ihre Interessen zu kämpfen, werden auch sozialistisches und revolutionäres Bewusstsein wieder entstehen und auf einer breiteren und solideren Grundlage. Eine entscheidende Rolle wird dabei spielen, ob es uns gelingt, neue sozialistische Massenparteien der Arbeiter*innenklasse aufzubauen, die wie die frühe SPD und später die KPD die Entwicklung dieses Bewusstseins vorantreiben.

¹ Im kürzlich im Manifest Verlag erschienen Buch »Es muss nicht bleiben, wie es ist« zeichnet die Autorin Christine Thomas die Entwicklung des Bewusstseins der Arbeiterinnen und ihr immer stärkeres Eintreten in den Klassenkampf vor allem in der Zeit nach dem zweiten Weltkrieg nach.

Die Bedeutung und Aktualität von Broués Buch

Broués Buch über die Geschichte der Revolution in Deutschland ist schon vor über 50 Jahren auf Französisch erschienen. Seitdem ist die historische Forschung natürlich weitergegangen. Insbesondere sind heute Quellen zugänglich, die damals der historischen Forschung (oder zumindest nichtstalinistischen Forscher*innen) verschlossen waren. Welchen Sinn macht es angesichts dessen, dieses Buch heute noch zu übersetzen und herauszugeben?

Es stimmt, dass inzwischen viele neue Details bekannt sind. Einen gewissen Einblick darin bietet Broués eigenes, 1997 – also gewissermaßen »auf halbem Wege« zwischen Broués Buch über die deutsche Revolution und der Gegenwart und nach der Öffnung der Archive in der Sowjetunion und der ehemaligen DDR – auf Französisch erschienen Buch über die Geschichte der Kommunistischen Internationale², in dem ein Großteil der in diesem Buch behandelten Themen ebenfalls behandelt werden. In diesem neueren Buch kam Broué nicht zu grundlegend anderen Schlussfolgerungen.

Einige Jahre später erschienen als Gemeinschaftsprojekt verschiedener Historiker*innen in der Reihe »Archive des Kommunismus – Pfade des XX. Jahrhunderts« verschiedene Quellenbände. Für uns sind besonders die Bände 3 (2003, über den »deutschen Oktober« 1923), 5 und 6 (2014 und 2015, Sekundärliteratur bzw. Dokumente zu »Deutschland, Russland, Komintern«) interessant. In dem ausführlichen Anmerkungsapparat zum Dokumentenband 6 wird sehr häufig Broués Buch als Quellenangabe genannt, was unterstreicht, dass es auch in der akademischen Geschichtsforschung keineswegs als veraltet gilt.

Tatsächlich wurden die politischen Debatten in der Arbeiter*innenbewegung und damit auch in der Revolution weitestgehend öffentlich geführt und konnten daher von Historiker*innen schon vor 1989 rekonstruiert werden. Für Historiker*innen der DDR oder Sowjetunion stellte sich aber das Problem, dass die historische Realität beträchtlich von der offiziellen stalinistischen »Parteilinie« abwich. Aber das war eine Frage dessen, was man sagen und schreiben durfte, nicht, was man wissen konnte. Broués Buch, das solchen Zwängen und Deformationen nicht ausgesetzt war, ist das beste Beispiel dafür, dass sich diese Fragen schon vor 1989 grundlegend richtig klären ließen.

Anders war es sicherlich bei vielen organisatorischen Fragen, insbesondere bei solchen, die damals mit gutem Grund heimlich behandelt wurden. Aber auch zum Beispiel die damalige starke finanzielle Abhängigkeit der KPD von Sowjetrußland war kein Geheimnis. Sie spielte auch in den politischen Debatten eine Rolle, auch wenn Details nicht allgemein bekannt waren.

² Pierre Broué, Histoire de l'Internationale Communiste, Paris 1997

Hier gilt aber zweierlei:

Erstens wird die Geschichte zwar von Menschen gemacht, aber »*nicht unter selbstgewählten, sondern unter unmittelbar vorgefundenen, gegebenen und überlieferten Umständen*«, wie Marx 1852 im »18. Brumaire des Louis Bonaparte« schrieb. Deshalb hat das Handeln der einzelnen Menschen auf den Verlauf der Geschichte nur begrenzte Auswirkungen. Daher kommt ja gerade die Bedeutung von Revolutionen, in denen nicht einzelne Menschen, sondern riesige Menschenmassen zu handelnden Akteur*innen der Geschichte werden. Das ist einer der Gründe, warum Marxist*innen nichts von Verschwörungstheorien halten: Selbst die Verschwörungen, die es wirklich gab, hatten nur sehr begrenzte Wirkungsmacht.

Zum anderen beantworten neue Fakten noch nicht die Frage ihrer historischen Bewertung. In unserer kapitalistischen Gesellschaft gilt es als völlig normal, wenn Unternehmer*innen Arbeiter*innen ausbeuten. Als ebenso normal gilt es, wenn sie die aus den Arbeiter*innen herausgepressten Profite nicht nur für Investitionen, Spekulation und ihren persönlichen Luxus verwenden, sondern auch für die »politische Landschaftspflege«: für Parteispenden, Lobbyarbeit etc., die sicherstellen sollen, dass die politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen erhalten, verbessert, weiterentwickelt werden, die ihnen die Ausbeutung ermöglicht. Für Menschen, die auf der Grundlage dieser Gesellschaft stehen, mag es daher empörend sein, dass die Bolschewiki nach der russischen Revolution 1917 stattdessen nicht nur den bisher herrschenden Großgrundbesitzer*innen und Kapitalist*innen den Teil ihres Reichtums, dessen sie habhaft werden konnten, weggenommen haben, sondern einen Teil davon zu verwenden versuchten, auch bei der Entmachtung von deren Klassenbrüder und -schwestern international zu helfen. Für Menschen, die aber nicht auf dem Boden dieser Ausbeutungs- und Unterdrückungsgesellschaft stehen, sollte es eher ein Grund zur Freude sein, zu lesen, wie z.B. Brillanten in Schuhsohlen von Russland nach Deutschland gebracht wurden, um die KPD finanziell zu unterstützen, wie also hier ein Teil des von den arbeitenden Menschen im Schweiß ihres Angesichts erzeugten Reichtums zu deren Befreiung international verwendet wurde. Zu beklagen ist aus diesem Blickwinkel vor allem, dass das nicht mehr Nutzen gebracht hat.

Als Beispiel dafür, wie politische Standpunkte Beurteilungen beeinflussen, will ich keinen verbohrten Reaktionär anführen, sondern zwei Beispiele aus dem Aufsatz »Zum Verhältnis von Komintern, Sowjetstaat und KPD« in Band 5 der erwähnten »Archive des Kommunismus« herausgreifen. Verfasser war Hermann Weber, der zweifellos erstens ein anerkannter und verdienstvoller Wissenschaftler und zweitens politisch links stehend war. Auffällig ist in seinem langen Text (S. 9-139) aber z.B.: S. 33 ist im Zusammenhang mit dem Kapp-Putsch davon die Rede, dass die Berliner KPD »jede Verteidigung des »Noske-Regimes« strikt ablehnte.« S. 79 taucht der Name »Noske« in einem Zitat aus einem Text Ernst Thälmanns auf. Ansonsten kommt ein Mensch mit dem Namen Gustav Noske in dem ganzen 131 langen Text

nicht vor. Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht wurden »von Soldateska ermordet«, Leo Jogiches fiel »dem Terror der erstarkenden Rechten zum Opfer.« Noske und seine SPD scheinen mit beidem nichts zu tun gehabt zu haben.

Beispiel 2: Im Band 6 (S. 80-82) wird ein kurzer, wenig sachkundiger und sehr negativer Brief des zeitweiligen sowjetischen Botschafters in Berlin, Adolf Joffe, von Anfang März 1919 über die Münchner KPD und Eugen Leviné wiedergegeben. Joffe war sich nicht einmal klar, dass Eugen Leviné und Max Levien zwei verschiedene Personen waren. Er schreibt von einer Niederlage der Räterepublik, die damals, am 5. März 1919, noch nicht einmal ausgerufen war. Aber daraus, dass ein sowjetischer Vertreter einen deutschen Kommunisten sehr negativ beurteilt hat, den andere sowjetische Vertreter sehr viel positiver bewertet haben, zu folgern: *»Schon in der Frühzeit ist also zwischen offiziellen Verlautbarungen und wirklichen Meinungen in der Komintern zu unterscheiden. Bald schon wurden Doppelzüngigkeit und Heuchelei üblich«* (S. 26), das scheinen mir doch, gelinde gesagt, etwas weitreichende Schlussfolgerungen aus einer Quelle zu sein.

Wenn man erkennt, dass die Überwindung des Kapitalismus historisch notwendig ist, wenn die Menschheit überleben soll und dass dafür eine Revolution notwendig ist, dann ist Broués Buch, das die historischen Tatsachen unter diesem Blickwinkel bewertete, aktueller als neuere Bücher, die aus einem völlig anderen Blickwinkel geschrieben wurden. Wer diese Sichtweise nicht teilt, kann Broués Buch trotzdem als sachkundige Wiedergabe der historischen Tatsachen lesen, ohne mit den Schlussfolgerungen des Verfassers einverstanden zu sein. (In einem Nachwort zum zweiten Band werde ich ein paar kleinere Fragen ansprechen, bei denen ich selbst bei den Schlussfolgerungen andere Akzente setzen würde.)

Ich habe oben argumentiert, dass die neuere Forschung und die Öffnung der Archive zwar viele neue Details ans Tageslicht gebracht haben, aber die Grundlinien nicht anders gezeichnet werden müssen. Dass Broué 1971 manche Details nicht behandeln konnte, finde ich nicht sehr bedauerlich; es ist in gewissem Sinne sogar ein Vorzug, wenn man z.B. Broués Geschichte der Revolution in Deutschland mit seiner Geschichte der Komintern vergleicht. In letzterem Buch gehen die politischen Kontroversen leicht etwas unter gegenüber den verschiedenen historischen Details, biografischen und organisatorischen Fragen. Inwieweit man sich als Historiker*in, oder allgemein als geschichtsinteressierter Mensch mehr für das eine oder andere interessiert, ist in gewissem Sinne eine Geschmacksfrage. Aber um aus vergangenen Revolutionen für die Gegenwart und Zukunft zu lernen, sind die von Broué 1971 ausführlich geschilderten politischen Kontroversen hilfreicher als eine ausführliche Schilderung von biografischen Zufälligkeiten. In diesem Sinne ist Broués über 50 Jahre altes Buch so aktuell wie Trotskis über 90 Jahre altes Buch über die russische Revolution, das wir im Manifest Verlag 2021 neu herausgegeben haben.

Technisches

Wir haben uns bei der Übersetzung eng an den französischen Text gehalten, was ganz im Sinne Broués sein dürfte, da er es bei der Übersetzung der Zitate in seinem Buch ebenso gehandhabt hat.

Wir haben die allermeisten deutschen Zitate nach den deutschen Quellen zitiert und Zitate aus anderen Sprachen direkt aus den Originalsprachen übersetzt oder vorhandene deutsche Übersetzungen zitiert. Wir haben oft auch in Passagen, in denen Broué nicht wörtlich zitiert, sondern Quellen paraphrasiert, die Begrifflichkeiten der Quellen verwendet.

Wir haben Broués Text gegendert, aber nicht die wörtlichen Zitate. Dort haben wir allerdings auch die aktuelle Rechtschreibung verwendet, damals übliche Abkürzungen mit Punkten »S. P. D.«, »K. P. D.«, »U. S. P. D.« etc. in die heute übliche Schreibweise ohne Punkte geändert.

Wir haben bei den Quellenangaben versucht, deutsche Ausgaben der von Broué in anderen Sprachen verwendeten Quellen zu ergänzen bzw. neuere, leichter zugängliche Ausgaben (z.B. die Werksausgaben von Rosa Luxemburg und Paul Levi, die nach dem Erscheinen von Broués Buch veröffentlicht wurden).

Broué hat für sein Buch den Nachlass Paul Levis ausgiebig genutzt, der damals in den USA war und sich inzwischen im Archiv für soziale Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung befindet. Der Umzug hatte zur Folge, dass die Archivbestände, die in den USA in »Paketen« organisiert waren, jetzt in »Mappen« und »Boxen« aufgeteilt ist. Mit Hilfe von Findbüchern und hilfsbereiten Archiv-Mitarbeiter*innen war es aber möglich, nicht nur diejenigen Zitate zu finden, die nicht in der Levi-Werksausgabe enthalten sind, sondern auch für viele andere Quellenangaben Broués aus dem Levi-Nachlass die aktuellen Signaturen anzugeben.

Wolfram Klein (geboren 1967) lebt in Plochingen. Er ist Autor verschiedener Bücher und Broschüren im Manifest Verlag. Er promoviert zur Geschichte des Trotzkismus nach dem Zweiten Weltkrieg und betreibt die Website Sozialistische Klassiker 2.0. Klein ist Mitglied im Bundesvorstand der Sozialistischen Organisation Solidarität - Sol. Im Manifest Verlag ist zuletzt sein Buch »Rosa Luxemburg. Ihre politischen Ideen« (2021) erschienen.

»Die Geschichte der K.P.D. (...) ist nicht das schwarz-weiße Epos des Kampfes der Gerechten gegen die Bösen, gegen die Opportunisten der Rechten oder die Sektierer der Linken. (...) Sie stellt einen Moment im Kampf der deutschen Arbeiter*innenbewegung um ihr Bewusstsein und ihre Existenz dar und kann nicht außerhalb der Krise der Sozialdemokratie verstanden werden, die lange latent und unterschwellig, seit 1914 manifest und öffentlich war.«

Pierre Broué: Revolution in Deutschland

Einleitung

Im Jahr 1970 findet im großen Amphitheater des Polytechnischen Museums in Moskau, einer der wichtigsten Städte der sozialistischen Vereinigten Staaten von Europa, ein Geschichtskurs über die russische Revolution statt, die den Weg zum Sieg des Sozialismus in Europa eröffnete. Der Professor erinnerte soeben an die schwierigen Bedingungen des Kampfes in den ersten Jahren des Sowjetstaates, an die Hindernisse, die durch den ländlichen Charakter, die Rückständigkeit des Landes, und seine anfängliche Isolation entstanden. Er erklärt:

»Wenn die Revolution im Westen zu lange auf sich hätte warten lassen, hätte eine solche Situation Russland zu einem vom europäischen Proletariat unterstützten sozialistischen Angriffs gegen den Westen zwingen können. Dies geschah nicht, weil zu dieser Zeit nach dem Gesetz seiner eigenen inneren Entwicklung die proletarische Revolution im Westen bereits vor der Tür stand.«³

Nach einer langen Periode der Doppelherrschaft, insbesondere in Deutschland, gab die Machtübernahme der Arbeiter*innenräte in mehreren Industriezentren das Signal für einen heftigen Bürgerkrieg, aus dem die deutschen Arbeiter*innen als Sieger hervorgingen. Aber dieser Sieg löst einen Angriff der kapitalistischen Regierungen von Frankreich und Polen aus. Die Rote Armee der Sowjetunion schlägt zurück, während die imperialistischen Regimenter, von innen durch revolutionäre Propaganda unterminiert, im Inferno der deutschen Revolution zerfließen. Die französischen und polnischen Arbeiter*innen erheben sich ihrerseits. Die europäische Revolution triumphiert, und die sozialistischen Vereinigten Staaten von Europa werden konstituiert. Der Sprecher schließt:

»Das neue Räte-Europa hatte eine neue Seite auf dem Gebiet der wirtschaftlichen Entwicklung aufgeschlagen. Die industrielle Technik Deutschlands vereinigte sich mit der russischen Landwirtschaft, und auf dem Territorium Europas begann sich der neue Wirtschaftsorganismus schnell zu entfalten und zu stärken; er deckte gewaltige Möglichkeiten und einen mächtigen Anstoß zur Entfaltung der Produktivkräfte auf. Zugleich übernahm jetzt Sowjetrussland, das vorher Europa politisch überholt hatte, bescheiden seinen Platz als rückständiges Land hinter den fortgeschrittenen Industrieländern der proletarischen Diktatur ein.«⁴

3 E. Preobraschenski, De la NEP au socialisme, S. 106 [hier zitiert nach der deutschen Übersetzung (UdSSR 1975. Ein Rückblick in die Zukunft. Berlin 1975), S. 116 f.]

4 Ebenda, S. 123 [deutsche Übersetzung S. 133.]

So stellte sich der junge kommunistische Führer Preobraschenski 1922 vor, wie ein halbes Jahrhundert später die jüngeren Generationen über den Verlauf des Endkampfes belehrt werden sollten, dessen erste Episoden seine Zeitgenoss*innen gerade durchlebten. Noch handelte es sich es nur um eine Antizipation, die in Form von literarischer Fiktion präsentiert wurde. Doch ein Jahr später schrieb einer der wichtigsten Führer*innen Sowjetrusslands, der Präsident der Kommunistischen Internationale, Grigorij Sinowjew, in der »Prawda«, dem Zentralorgan der russischen Kommunistischen Partei, eine Reihe von Artikeln über die kommende deutsche Revolution:

»Die Ereignisse in Deutschland entwickeln sich mit der Unerbittlichkeit des Schicksals. Der Weg, für den die russische Revolution zwölf Jahre brauchte, von 1906 bis 1917, wurde von der deutschen Revolution in fünf Jahren zurückgelegt, von 1918 bis 1923. Während der letzten Tage überstürzten sich die Ereignisse besonders. Erst die ›Koalition‹, dann die ›große Koalition‹, darauf die ›Kornilowiade‹ (...), das Ministerium der ›Männer vom Fach‹, die persönlichen Kandidaturen (...), dann wiederum eine beinahe ›große Koalition‹ — mit einem Wort: Kabinettswirren ohne Ende. So sieht es ›oben‹ aus. Aber ›unten‹, in den tiefsten Volksmassen, da gärt die Unzufriedenheit, da beginnt der Kampf, der in sehr kurzer Zeit das Schicksal Deutschlands entscheiden wird. Die proletarische Revolution pocht an die Tore Deutschlands. Nur ein Blinder könnte dies übersehen.

Die nahenden Ereignisse werden von welthistorischer Bedeutung sein. Noch eine kurze Spanne Zeit, und jedem wird klar werden, dass die Herbstmonate des Jahres 1923 nicht nur in der Geschichte Deutschlands, sondern durch diese auch für die gesamte Menschheit einen Wendepunkt bedeuteten. Mit zitternder Hand wendet das deutsche Proletariat die wichtigste Seite in der Geschichte des weltweiten Kampfes der Arbeiterklasse um. Die Stunde schlägt. Ein neues Kapitel in der Geschichte der proletarischen Weltrevolution hat begonnen.«⁵

Der Vorsitzende der Internationale fügte hinzu:

»Die Hauptsache jedoch ist, dass die deutsche Revolution eine mächtige industrielle Basis besitzt. (...) In dieser Hinsicht bleibt die Prophezeiung des Genossen Lenin richtig: Europa (vor allem solche Länder Europas wie Deutschland) wird es schwerer fallen, die proletarische Revolution zu beginnen, aber leichter, sie fortzusetzen und zu beenden. (...) Das deutsche Proletariat kann (...) jetzt schon nicht mehr verfrüht an die Macht gelangen. (...) Die objektiven Voraussetzungen zum Siege der deutschen Revolution sind längst vorhanden. (...) Die deutsche Revolution wird sich die Lehren der russischen Revolution zunutze machen und be-

5 G. Sinowjew, Probleme der Deutschen Revolution, S. 1, 2.

müht sein, ihre Fehler nicht zu wiederholen. (...) Was für Wunder an Tatkraft das kampferprobte, geschulte, an Organisation gewöhnte, zwanzigmillionenköpfige deutsche Proletariat verrichten wird, wenn es sich zum entscheidenden Kampf für den Sozialismus erhebt – das lässt sich in diesem Augenblick überhaupt noch schwer voraussehen.»⁶

Lenin und seine Mitstreiter*innen in der bolschewistischen Partei führten in Russland eine Revolution, die in ihren Augen nur ein Vorhutkampf war. Aber die große Schlacht fand nicht statt, die russische Vorhut blieb isoliert. Die deutsche Revolution - der entscheidende Schritt für alle Revolutionär*innen dieser Zeit - scheiterte schließlich, nach fünf Jahren des Auf und Ab.

Viele Kommentator*innen haben seitdem je nach den Erfordernissen ihrer Ideologie oder Politik ihre Schlüsse gezogen, einige über die überlegenen revolutionären Fähigkeiten des russischen Volkes, des neuen Messias, andere über den tiefen demokratischen Sinn oder - im Gegenteil - die angeborene Gefreitenhaftigkeit des deutschen Volkes, und alle über die Illusionen der Utopist*innen, die geglaubt hatten, sie könnten die revolutionäre Erfahrung des russischen Oktobers in ein westliches Land, in eine fortgeschrittene Gesellschaft verpflanzen.

Am Vorabend des Zweiten Weltkrieges schrieb ein bedeutender Germanist, dass die gescheiterte deutsche Revolution »nur ein unruhiges Zwischenspiel« gewesen sei, »dessen Ursache in der vorübergehenden Krise des nervlichen Ungleichgewichts zu suchen ist, die durch die physischen Entbehrungen des Krieges und den physischen Zusammenbruch nach der Niederlage und dem Kollaps des Reiches hervorgerufen wurde.«⁷ Andere hatten so versucht, die Pariser Kommune durch das zu erklären, was sie ein »Belagerungsfieber« nannten. Aber unser Autor, der offenbar dem demokratischen Ideal anhing, gab eine eher politische Erklärung für das Scheitern der Revolution:

»Sehr bald begriff der organisierte deutsche Arbeiter den fundamentalen Unterschied, der Deutschland von Russland trennte, und sah die nicht wiedergutmachende Katastrophe voraus, die die plötzliche Verwirklichung des integralen Kommunismus, wie er in Russland verwirklicht worden war, für ein Land wissenschaftlich organisierter Hochindustrie wie Deutschland, mit sich gebracht hätte.«⁸

Die Aussage erschien uns in dem Maße erinnerungswürdig, als die Revolution in Deutschland tatsächlich durch eine Konterrevolution verdrängt wurde, die einige Jahre später unter dem Namen Hitlerismus einen Ansturm der Barbarei auf die Welt entfesseln sollte, von dem man sich fragt, mit welcher anderen »Katastrophe« er verglichen werden könnte, selbst von einem »organisierten Arbeiter«! Man wird

⁶ Ebenda, S. 7-11.

⁷ H. Lichtenberger, Das neue Deutschland (1936), S. 12.

⁸ Ebenda, S. 11-12.

die Männer dieser Konterrevolution im Laufe unserer Seiten kennenlernen: Faupel, jenen Stabsoffizier, der die Delegierten der Soldatenräte zum Narren hält und zwanzig Jahre später die Legion Condor in Spanien kommandieren wird; Canaris, jenen Marineoffizier, der Komplize bei der Flucht eines der Mörder von Rosa Luxemburg war und der, zwanzig Jahre später, die Abwehr befehligen wird, diesen politischen Offizier, graue Eminenz der bekannteren Generäle, Major Kurt von Schleicher, kurzlebiger Kanzler 1932, aber auch Adolf Hitler und Hermann Göring, Krupp, Thyssen und der I. G. Farben. Die Schlacht, die zwischen 1918 und 1923 in Deutschland geschlagen wurde, hat unsere Vergangenheit geprägt und beeinflusst zweifellos unsere Gegenwart.

Dies betrifft auch unsere Zukunft. Der Kampf von 1918 bis 1923, im Deutschland der Revolutionen, war nicht nur ein täglicher Straßenkampf, ein Ansturm auf Barrikaden, nicht nur ein Kampf mit Maschinengewehren, Mörsern und Flammenwerfern. Es ist auch und vor allem der undurchsichtige Kampf in den Fabriken, in den Bergwerken, in den Volkshäusern, in den Gewerkschaften und in den Parteien, in öffentlichen Versammlungen und Ausschusssitzungen, in politischen und wirtschaftlichen Streiks, in Straßendemonstrationen, in Polemiken, in theoretischen Debatten. Es ist ein Klassenkampf, und zwar in erster Linie ein Kampf innerhalb der Arbeiter*innenklasse, bei dem es um den Aufbau einer revolutionären Partei in Deutschland und in der Welt geht, die entschlossen ist, die Welt zu verändern. Der Weg, der zu diesem Ziel führt, ist weder geradlinig noch einfach, noch überhaupt leicht erkennbar. Zwischen »Linksradikalismus« und »Opportunismus«, »Sektierertum« und »Revisionismus«, »Aktivismus« und »Passivität« werden die deutschen Revolutionär*innen vergeblich darum gerungen haben, ihren Weg in die Zukunft zu finden, um sowohl durch ihre eigenen negativen Erfahrungen als auch durch das siegreiche Beispiel ihrer russischen Genoss*innen die Mittel zu entdecken, die Machtübernahme der Arbeiter*innenklasse in ihrem Lande zu gewährleisten.

Um diesen Versuch zu beleuchten, fehlten uns viele entscheidende Dokumente: Politische Zwänge verdammen sie vorerst dazu, in Archiven zu schlummern, zu denen uns der Zugang verwehrt wurde. Denn nicht das geringste Problem, das sich hier stellt, ist die Rolle, die die Kommunistische Internationale, und innerhalb dieser die bolschewistische Partei, in der Geschichte der gescheiterten Geburt einer kommunistischen »Massen«-Partei spielt.

Kapitel I: Das Schlachtfeld

Als Friedrich Engels Anfang der 1890er Jahre die Perspektiven der deutschen Arbeiter*innenbewegung analysierte, schrieb er:

»Heute haben wir einen Soldaten auf fünf, in wenig Jahren werden wir einen auf drei haben, und gegen 1900 wird die Armee, früher das preußischste Element des Landes, in ihrer Majorität sozialistisch sein. Das rückt heran, unaufhaltsam wie ein Schicksalsschluss. Die Berliner Regierung sieht es kommen, ebenso gut wie wir, aber sie ist ohnmächtig.«

In der Tat sah Marx' Wegbegleiter auf dem Weg zum Sieg des Sozialismus nur noch die Möglichkeit eines großen Hindernisses: des Krieges.

»Ein Krieg würde das alles ändern. (...) Kommt aber der Krieg (...), dann ist nur eins sicher: Dieser Krieg, wo fünfzehn bis zwanzig Millionen Bewaffneter sich untereinander abschlachten und ganz Europa verwüsten würden wie nie vorher - dieser Krieg muss entweder den sofortigen Sieg des Sozialismus bringen oder aber die alte Ordnung der Dinge derart von Kopf zu Fuß umstürzen und einen solchen Trümmerhaufen hinterlassen, dass die alte kapitalistische Gesellschaft unmöglicher würde als je und dass die soziale Revolution zwar um zehn oder fünfzehn Jahre hinausgeschoben würde, dann aber auch siegen müsste nach um so rascherem und gründlicherem Verlauf.«⁹

In der Sichtweise dessen, der mit Marx den wissenschaftlichen Sozialismus begründete, stand Deutschland damit im Zentrum des Schlachtfeldes, auf dem sich Bourgeoisie und Proletariat im Endkampf gegenüberstehen sollten.

Ein fortgeschrittenes kapitalistisches Land

In der Tat haben Marx und Engels von der Entwicklung der Produktionskräfte innerhalb des kapitalistischen Systems, von der zahlenmäßigen Vermehrung und Konzentration des Proletariats, seiner Organisation und der Entwicklung des Klassenbewusstseins die Bedingungen für den Sieg des Sozialismus in der Welt erwartet. Deutschland zu Beginn des 20. Jahrhunderts gehört zu den fortgeschrittenen Ländern, in denen nach dieser Analyse die Aussichten auf einen revolutionären Sieg gleichzeitig am nächsten und am realistischsten sind.

⁹ F. Engels, »Sozialismus in Deutschland«, Die Neue Zeit, 1891-1892, Bd. 1, S. 586, 587. [Nach Marx Engels Werke, Band 22, S. 245-260, hier S. 251 und 256]

In den letzten Jahren des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts erlebte Deutschland eine tiefgreifende wirtschaftliche Umgestaltung. Seine natürlichen Kohlevorkommen, die Grundlage der damaligen industriellen Wirtschaft, die extrem schnelle demografische Entwicklung, die es 1913 auf eine Gesamtbevölkerung von 67.800.000 Einwohner*innen¹⁰ brachte, die langjährige kommerzielle Entwicklung, die das für die industrielle Revolution notwendige Kapital akkumulierte, brachten es in wenigen Jahrzehnten in die Gruppe der fortgeschrittensten kapitalistischen Länder. Mit einer Förderung von 190 Mio. Tonnen war Deutschland im Jahr 1913 der zweitgrößte Steinkohleproduzent der Welt¹¹. Mit einer - nicht ausreichenden - Produktion von 27 Millionen Tonnen Eisen ist es der erste europäische Produzent von Gusseisen und Eisen¹². Seine Kohlebergwerke und Kalireserven - 10 Millionen Tonnen wurden 1913 gefördert - haben ihm erlaubt auf den ersten Rang in der Produktion der chemischen Industrie zu gelangen¹³. Ab 1890 war es der erste europäische Staat, der sich in industriellem Maßstab mit der Erschließung neuer Energiequellen beschäftigte, sowohl mit elektrischem Strom als auch mit dem Verbrennungsmotor¹⁴. Am Vorabend des Jahres 1914 war das Land der führende Hersteller von elektrischen Geräten in Europa. Nicht nur war seine industrielle Vorherrschaft so deutlich, dass es nur mit den Vereinigten Staaten verglichen werden konnte, sondern es zeigte auch eine bemerkenswerte Fähigkeit, sich an neue Techniken und Prozesse anzupassen¹⁵. Kein anderes Land hatte ein wissenschaftliches Forschungssystem aufgebaut, das so eng mit der industriellen Anwendung verbunden war: Durch seine Forschungslabors sowie seine technischen Bildungseinrichtungen steht Deutschland an der Spitze des Fortschritts und der wissenschaftlichen Organisation der Produktion¹⁶.

Die deutsche Wirtschaft kann, in gleicher Weise wie die britische und amerikanische, zur Untersuchung der imperialistischen Phase des Kapitalismus dienen, obwohl sie aufgrund der späten Entwicklung kein an Frankreich oder Großbritannien heranreichendes Kolonialreich besitzt. Im Jahr 1913 betrug das Volumen seines Außenhandels 22.500.000 Mark, doppelt so viel wie das Frankreichs und 85 Prozent des Volumens Großbritanniens¹⁷.

Es steht in Handelsbeziehungen mit der ganzen Welt, und sucht weltweit nach Absatzmöglichkeiten für eine Produktion, die der heimische Markt nicht mehr aufnehmen kann.

10 S. Renouvin, *L' Empire allemand de 1890 à 1918* [Das Deutsche Reich von 1890 bis 1918], 1, S. 15.

11 Ebenda, S. 11.

12 Ebenda, S. 12.

13 Ebenda, S. 16.

14 Ebenda, S. 23, 24.

15 Ebenda, S. 24.

16 Ebenda, S. 24, 25.

17 Ebenda, S. 17.

Eine unvollendete bürgerliche Revolution

Der deutsche Staat ist eine sehr junge Schöpfung. Lange Zeit stellte sich nur die Frage »der« Deutschen Länder. Die Bewegung der Nationalitäten, die Europa im 19. Jahrhundert erschütterte, schien 1848 Deutschland auf den Weg der revolutionären Verwirklichung seiner nationalen Einheit zu ziehen. Aber die deutsche Bourgeoisie hatte weder die Kühnheit der französischen Bourgeoisie von 1789, noch ein solches Vertrauen in die eigenen Kräfte. Bedroht von der proletarischen Bewegung, die sich auf der extremen Linken der demokratischen Bewegung entwickelte, zog sie die Sicherheit des monarchischen Staates dem volks-demokratischen Abenteuer vor. Zwischen politischem Liberalismus und den Profiten, die die Einigung des Landes unter preußischem Zugriff bringen würde, traf sie ihre Wahl. Die deutsche Einheit wurde, wie man sagte, in den Jahren 1852-1857 »auf Kohle und Eisen« gebaut, und »St. Manchester war der Taufpate des neuen Reiches«; aber es war die von Bismarck geführte preußische Armee, die sie in die Wirklichkeit der Grenzen und des Rechts einschrieb. Preußen prägte so dem vereinigten Deutschland den Abdruck seines Doppelgesichts auf, das des triumphierenden Bürgertums, welches mehr von der Suche nach Profit als von den »sterilen Spielen« der Politik eingenommen war, und das der Krautjunker des Ostens, der behelmten und gestiefelten Junker, deren Arroganz und militärische Stärke Europa seit den sechziger Jahren zittern ließ.

Dieses Doppelgesicht ist in die Komplexität der kaiserlichen Verfassung eingeschrieben. Das Reich ist kein Einheitsstaat, sondern ein Bundesstaat, der aus fünf- undzwanzig Staaten besteht - von Preußen, das mehr als die Hälfte der Bevölkerung und neun Zehntel der Bergbau- und metallurgischen Ressourcen hat, über kleine Fürstentümer mit 50.000 Einwohner*innen bis hin zu Bayern, Sachsen und Württemberg, die einige Millionen Einwohner*innen haben, und den drei »Freien Städten« Hamburg, Bremen und Lübeck¹⁸. Jeder dieser Staaten hat seine Verfassung beibehalten. Preußen hat seinen König, der auch der Kaiser von Deutschland ist. Bayern, Sachsen und Württemberg haben ihre Könige, Baden und Hessen ihre Großherzöge und die freien Städte ihre Senate. Alle haben ihre gesetzgebenden Versammlungen, das ernannte Oberhaus, das gewählte Unterhaus. Das Wahlsystem war von Staat zu Staat unterschiedlich: Württemberg führte das allgemeine Wahlrecht ein, in Baden ist jeder wahlberechtigt, der beim Finanzamt in gutem Ansehen steht. In Bayern und Hessen wählt man, wenn man Steuern zahlt. Der preußische Landtag wird nach dem komplizierten System der »Klassen« gewählt, das die Wähler nach ihrem Vermögen gruppiert¹⁹: 1908 gab dieses System in Köln 370 reichen Wählern der ersten Klasse genauso viel Gewicht wie den 22.324 Wählern der dritten Klasse - oder ermöglichte es Herrn Heffte, einem Wurstfabrikanten

¹⁸ Ebenda, II, S. 104.

¹⁹ Ebenda, II, S. 105, 106.

und dem einzigen Wähler der ersten Klasse im 58. Wahlkreis Berlins im Jahre 1903, das Recht, eine eigene Klasse zu bilden²⁰.

Die kaiserliche Regierung ist für die allgemeinen öffentlichen Angelegenheiten zuständig: Auswärtige Angelegenheiten, Armee und Marine, Post und Telegraf, Handel, Zoll, Kommunikation. Der Kaiser, der über umfangreiche exekutive Befugnisse verfügt, delegiert diese Befugnisse an einen Reichskanzler, der ihm gegenüber verantwortlich ist. Die gesetzgebende Gewalt teilten sich der Bundesrat, der sich aus Delegierten der Länder zusammensetzte, und der Reichstag, eine in allgemeinen Wahlen gewählte Volksvertretung²¹. Tatsächlich schränkten die Einteilung der Wahlkreise, die ländliche Wähler begünstigte, die Praxis, Wahlen unter der Woche abzuhalten und somit viele arbeitende Wähler auszuschließen, die Praxis der offiziellen [d.h. vom Staatsapparat unterstützten] Kandidatur und das Fehlen von Abgeordneten die Reichweite des Wahlprinzips ein. Die Befugnisse des Reichstages waren begrenzt: Er konnte keine Gesetze initiieren, kein Gesetz ohne Zustimmung des Bundesrates verabschieden und keinen Kanzler stürzen, auch nicht, indem er ihn in die Minderheit brachte²².

Dieses Regime, das weder parlamentarisch noch demokratisch ist, war zudem durch die Dominanz Preußens in der Reichsregierung gekennzeichnet. Der König von Preußen war Kaiser, der Reichskanzler war preußischer Ministerpräsident. Die siebzehn preußischen Delegierten im Bundesrat können jede Maßnahme stoppen, die ihrer Regierung missfällt, von der sie ein imperatives Mandat erhalten haben²³. Nichts ist im Reich möglich ohne die Zustimmung dieser Regierung, die ihrerseits die Emanation eines nach dem Klassensystem gewählten Landtags ist. Aber Preußen bleibt die Bastion einer Kriegeraristokratie von Junkern. Das Offizierskorps ist eine stolze Kriegerkaste, in der sich die Arroganz des Feudalen und die Überlegenheit des Technikers konzentrieren, die dem Kaiser persönlich untertan sind, überzeugt davon, die Hüter einer heiligen Mission zur Verteidigung des Staates zu sein. Die Junker bildeten die überwältigende Mehrheit des Führungspersonals und ihre Mentalität war in der Militärhierarchie die Regel. Das Gleiche gilt für die kaiserliche Bürokratie. Die Mehrzahl der Beamten des Bundes waren Preußen, die aus dem gleichen Holz geschnitzt waren wie die militärischen Führer, deren Arroganz und Auffassung von Autorität sie teilten. Dieser Kaste kann der Kaiser die ungeteilte Macht übergeben, indem er den Belagerungszustand ausruft, der alle Freiheiten und verfassungsmäßigen Garantien außer Kraft setzt und eine regelrechte Militärdiktatur errichtet.

20 Klassisches Beispiel, entlehnt aus Moysset, *L'Esprit public en Allemagne vingt ans après Bismarck* [Der öffentliche Geist in Deutschland zwanzig Jahre nach Bismarck].

21 Renouvin, a.a.O., I, S. 107.

22 Ebenda, II, S. 107.

23 Ebenda, II, S. 109.

Eine vorsozialistische Gesellschaft

In Wirklichkeit ist diese politische Struktur in Bezug auf die soziale Entwicklung ein enormer Anachronismus: einer jener Widersprüche, die Revolutionen diktieren. Die soziale Struktur Deutschlands weist alle Merkmale einer für den Sozialismus reifen Gesellschaft auf. Während 1871 ein Drittel der Deutschen in Städten lebte, sind es 1910 schon zwei Drittel. Die Bevölkerung, überwiegend aus der Arbeiter*innenklasse, konzentrierte sich in sehr großen Städten. Im Jahr 1910 zählte man dreiundzwanzig Städte mit mehr als 200.000 Einwohner*innen. Groß-Berlin hatte 4.200.000, Hamburg 930.000, München und Leipzig 600.000, Köln 500.000, Essen und Düsseldorf zwischen 300 und 350.000, Bremen und Chemnitz zwischen 250 und 300.000.²⁴

In Mittel- und Süddeutschland gibt es viele kleine und mittlere Bauernhöfe, aber es gibt 3.300.000 Landarbeiter*innen im ganzen Land, und die großen Betriebe - 369 davon mit mehr als 1.000 Hektar - bedecken ein Viertel der Fläche²⁵. Dieses mittelalterliche Relikt schafft die Möglichkeit des den Marxist*innen wichtigen Bündnisses zwischen dem städtischen Proletariat und den armen Bäuerinnen und Bauern, dem Landproletariat.

Die Konzentration der Wirtschaft in den Händen einiger weniger Industriemagnaten scheint die Bedingungen für ihre Vergesellschaftung geschaffen zu haben, indem sie die mittlere Bourgeoisie enteignet und die Produktionsinstrumente in wenigen Händen monopolisiert hat. Der Bergbau wurde von Kirdorf, Generaldirektor der Gelsenkirchener Bergwerks-AG und Leiter des rheinisch-westfälischen Steinkohlenbergbaus, dominiert, der 1913 87 Prozent der Kohleförderung kontrollierte²⁶. Fritz Thyssens Konzern war ein Musterbeispiel für vertikale Konzentration: Er besaß sowohl Kohle- als auch Eisenbergwerke, Hochöfen, Walzwerke und Hüttenwerke. Krupp beschäftigte mehr als 70.000 Arbeiter*innen, davon mehr als 41.000 allein in Essen, einer regelrechten Festungsstadt mit eigenen Straßen, Polizei und Feuerwehr und 150 Kilometern internen Schienennetzes²⁷. In der chemischen Industrie beschäftigte die Badische Anilin in Ludwigshafen mehr als 10.000 Arbeiter*innen²⁸; die restliche Produktion wurde von zwei Unternehmen kontrolliert, deren Zusammenschluss 1916 zur Gründung der I.G. Farben führte²⁹. Bei der elektrischen Ausrüstung dominierten einerseits Siemens und andererseits Rathenaus AEG, die in zehn Fabriken im Berliner Raum 71.000 Arbeiter*innen beschäftigte³⁰. Zwei Reedereien,

²⁴ Renouvin, a.a.O., I, S. 69, 70.

²⁵ Ebenda, S. 71.

²⁶ Ebenda, S. 31.

²⁷ Raphaël, Krupp et Thyssen, S. 211.

²⁸ Renouvin, a.a.O., S. 27.

²⁹ Bettelheim, L'Economie allemande sous le nazisme, S. 67, Fn. 2. [auf Deutsch: Die deutsche Wirtschaft unter dem Nationalsozialismus, München 1974, S. 84, Fn. 46]

³⁰ Renouvin, a.a.O., I, S. 28.

die Hamburg-Amerika-Linie und der Norddeutsche Lloyd, waren für 40 Prozent des Verkehrs verantwortlich³¹. Außer in den Vereinigten Staaten war die Verschmelzung von Finanz- und Industriekapital nirgendwo so tiefgreifend: Die Banken dominierten die Wirtschaftstätigkeit, und 74 Prozent der Bankaktivitäten waren in fünf großen Berliner Einrichtungen konzentriert³².

Die Magnaten, die Kirdorf, Thyssen, Krupp, Hugenberg, Stinnes, von Siemens, Rathenau, Ballin, Helfferich, sind die Spitze einer sehr dünnen Schicht, etwa 75.000 Familienoberhäupter, die 200.000 bis 250.000 Menschen repräsentieren, die nach dem Sozialökonom Sombart als das wohlhabende Bürgertum gelten können, mit einem Jahreseinkommen von mehr als 12.500 Mark³³. Zusammen mit dem mittleren Bürgertum, 650.000 Familienoberhäupter, zwei bis zweieinhalb Millionen Menschen, mit einem Einkommen von 3.000 bis 12.000 Mark³⁴, macht diese Oberschicht die herrschende Klasse aus, nicht mehr als 4 bis 5 Prozent der Bevölkerung. Am anderen Ende der sozialen Skala zählte Sombart 1907 8.640.000 Industriearbeiter*innen, 1.700.000 Lohnempfänger*innen in Handel und Verkehr, 2.300.000 kleine Angestellte in Industrie und Handel, insgesamt also 12,5 Millionen. Er kommt zu dem Schluss, dass das Proletariat im weitesten Sinne des Wortes, einschließlich Frauen und Kindern, etwa 67 bis 68 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmacht³⁵. Vermeil schließt seine Studie der deutschen Gesellschaft mit der Feststellung, dass »*das Deutschland Wilhelms II. am Vorabend des Jahres 1914 zu drei Vierteln proletarisiert war.*«³⁶

Von der allgemeinen Erhöhung des Lebensstandards profitierte, und zwar nur bis 1908, eine relativ dünne Schicht hochqualifizierter Arbeiter*innen, eine »Arbeiter*innenaristokratie«³⁷, deren Rolle keineswegs immer konservativ war, da aus ihren Reihen viele sozialistische Ausbilder*innen und Organisator*innen hervorgingen. Doch hat das deutsche Proletariat nichts mehr von dem noch rohen, elenden und niedergeschlagenen Proletariat, das zu Beginn der industriellen Revolution die Fabriken füllte. Die deutschen Proletarier*innen waren relativ gut ausgebildete moderne Arbeiter*innen, die mit Technik und Maschinen vertraut waren, und einen Sinn für kollektive Arbeit, Verantwortung und Organisation hatten, um ihre unmittelbaren Interessen zu verteidigen. Sie konnten sich aktivistisch betätigen und sich angesichts

31 Ebenda, S. 65.

32 Renouvin, a.a.O., I, S. 32, 33.

33 Zitiert bei Vermeil, *L'Allemagne contemporaine, sociale, politique, culturelle* [Das gegenwärtige Deutschland, sozial, politisch, kulturell] (1890-1950), 1, S. 92.

34 Ebenda, S. 92, 93.

35 Ebenda, S. 93.

36 Ebenda, S. 92, 93.

37 M. Burgelin (*La Société allemande* [Die deutsche Gesellschaft], 1871-1968), S. 91, schreibt, dass »es möglich ist, dass bestimmte Kategorien von Arbeitern, insbesondere ungelernete Arbeiter, keinen Anstieg ihres realen Lebensstandards erlebt haben.« Keine Studie seit 1934 hat die Arbeit von J. Kuczynski, *Die Entwicklung der Lage der Arbeiter*innenschaft*, erneuert.

einer Gesellschaft, die sie als bloße Werkzeuge sah, bewusst werden, dass ihre Solidarität sie zu einer gesellschaftlichen Kraft macht, die nicht nur in der Lage ist, ihr eigenes Leben zu verändern, sondern auch das des von der kapitalistischen Konzentration erdrückten Kleinbürgertums, von dem sie mit einigem Recht behaupteten, dass sie es zu einem Verbündeten machen könnten.

Krieg oder Revolution

Durch seine allgemeinen Merkmale eines fortgeschrittenen kapitalistischen Landes wie auch durch die spezifischen Merkmale seiner politischen Entwicklung und Struktur stellt Deutschland ein für Arbeiter*innenkämpfe günstiges Schlachtfeld dar. Nicht nur stellt das Proletariat die einzige Kraft dar, die in der Lage ist, für die Vollendung der demokratischen Revolution, die Zerstörung der anachronistischen Macht der Landaristokratie, der Privilegien der Armee und der Staatsbürokratie zu kämpfen, sondern es wird im Laufe dieses Kampfes unweigerlich dazu gebracht, sich selbst als Kandidaten für die Nachfolge der herrschenden Klassen aufzustellen und die Macht im Namen aller Ausgebeuteten für sich zu beanspruchen. Der Kampf für die Demokratisierung des politischen Lebens, für die Ausweitung des allgemeinen Wahlrechts, verlangt die Durchbrechung des verfassungsmäßigen Rahmens: Er befiehlt einen Klassenkampf, der nur zu einem bewaffneten Kampf und zur gewaltsamen Zerstörung des Offizierskorps, des Bollwerks des Staates, führen kann. Artikel 68 der Verfassung drückt letztlich ihr eigenes essenzielles Wesen aus, da er die Hypothese einer friedlichen Umwandlung mit parlamentarischen Mitteln ausschließt, im Gegensatz zu dem, was die Entwicklung der englischen politischen Strukturen zur gleichen Zeit nahelegt. Aus diesem Blickwinkel führten die - militärischen, sozialen und politischen - Bedingungen der Verwirklichung der deutschen Einheit, Bismarcks Bestreben, gleichzeitig die Macht der Junker und das Expansionsfeld der Unternehmer zu bewahren, dazu, dass Deutschland jener Sicherheitsventile beraubt wurde, die in anderen fortgeschrittenen Ländern eine politische Organisation auf der Grundlage des allgemeinen Wahlrechts, des Parlamentarismus, und der demokratischen Ideologie, die den wirksamsten Schutz des kapitalistischen Eigentums darstellt, ermöglichten.

Die internationalen Positionen des deutschen Imperialismus leiden unter der gleichen Unsicherheit. Die industrielle Entwicklung des kapitalistischen Deutschlands fand zu einer Zeit statt, als die Reichtümer der Welt mehr oder weniger aufgeteilt waren, und auf diesem Terrain hat der deutsche Imperialismus nicht die anderen Sicherheitsventile, die die reservierten Märkte der Kolonialreiche um die Jahrhundertwende darstellten. Historiker*innen unterstreichen gewöhnlich unter den Faktoren des Weltkrieges die Rolle der deutsch-britischen Konkurrenz. Ab 1890 gab es tatsächlich in Großbritannien erste Anzeichen für den Niedergang seiner Welthege-

monie. Die Vereinigten Staaten und Deutschland überholten es in der Produktion in mehreren Bereichen. Ihre Exporte gingen zunehmend ausschließlich in industriell rückständige Länder, und in diesem Bereich geriet es in Konkurrenz zur deutschen Industrie. Deutschland, der zweitgrößte Industriestaat der Welt, ist unter den Bedingungen des freien Wettbewerbs fast sicher, die Überhand zu haben, aber ein großer Teil der Welt ist seiner direkten Expansion verschlossen, während die Bildung eines dafür notwendigen Kolonialreichs nur durch einen Konflikt möglich wäre. Unter diesem Gesichtspunkt muss man die deutsch-britische Rivalität auf dem Gebiet der maritimen Rüstung betrachten, ebenso wie den systematischen Widerstand der britischen Diplomatie gegen die Errichtung einer deutschen Hegemonie in Europa: Ein Pokerspiel im Maßstab einer Welt, die für die Bedürfnisse der Protagonisten zu klein geworden ist. Dieser Wettbewerb ist in den Expansionsbedürfnissen des Kapitalismus selbst verankert, und der Krieg ist in dem Maße unvermeidlich, als die Aufteilung der Welt beendet ist und der Vorstoß des jüngsten Neuankömmlings, des deutschen Imperialismus, ihre Neuordnung verlangt. Seit Beginn des Jahrhunderts besteht die Alternative zwischen entweder Bürgerkrieg und Weltrevolution oder imperialistischem Krieg, der, wie Engels voraussah, wiederum in Revolution und Bürgerkrieg umschlagen könnte.

Nationalismus oder Sozialismus

In diesem Sinne jedenfalls definierte der Kongress der Sozialistischen Internationale 1912 in Basel erneut die Haltung der sozialistischen Parteien im Falle eines Krieges:

»Droht der Ausbruch eines Krieges, so sind die arbeitenden Klassen und deren parlamentarische Vertretungen in den beteiligten Ländern verpflichtet, unterstützt durch die zusammenfassende Tätigkeit des Internationalen Büros, alles aufzubieten, um durch die Anwendung der ihnen am wirksamsten erscheinenden Mittel den Ausbruch des Krieges zu verhindern, die sich je nach der Verschärfung des Klassenkampfes und der Verschärfung der allgemeinen politischen Situation naturgemäß ändern.

Falls der Krieg dennoch ausbrechen sollte, ist es die Pflicht, für dessen rasche Beendigung einzutreten und mit allen Kräften dahin zu streben, die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise zur Aufrüttelung des Volkes auszunutzen und dadurch die Beseitigung der kapitalistischen Klassenherrschaft zu beschleunigen.«³⁸

³⁸ Text des von Lenin auf dem Stuttgarter Kongress vorgelegten Änderungsantrags (Text wiedergegeben aus Braunthal, Geschichte der Internationale, I, S. 370, 372). [Hier wiedergegeben nach Lenin, Sämtliche Werke, Band 18, Wien-Berlin 1929, Anhang, S. 475-479, hier S. 475]

Angesichts einer solchen sozialistischen, internationalistischen, proletarischen Position, in einem Land, das immer mehr mechanisiert, standardisiert, proletarisiert wird und in dem das Industrieproletariat einen so wichtigen Platz einnimmt, sind die herrschenden Klassen bei Todesstrafe gezwungen, zu versuchen, nach dem Ausdruck Vermeils »*das Proletariat mit dem Reich zu versöhnen*«³⁹, indem sie es davon überzeugen, dass es ein integraler Bestandteil der nationalen Gemeinschaft ist. Das ist der Sinn der Bemühungen der Apostel des »sozialen Christentums«, des Bischofs Ketteler sowie des Pfarrers Stoecker, des »nationalen Sozialismus« Friedrich Naumanns oder der »Sozialpolitik« Wilhelms II⁴⁰. Das ist die Rolle der nationalistischen Ideologie, die auf dem überschwänglichen und beunruhigten Nationalgefühl eines Volkes beruht, das sich seine Einheit erst erkämpfen musste, bevor sie ihm gewährt wurde, auf dem Stolz auf seine gigantischen wirtschaftlichen Leistungen, auf seine überlegene Kultur als »*auserwähltes Volk*«, und auf dem Gefühl der Frustration einer für die Aufteilung der Welt zu spät gekommenen Macht. Bildung, Presse und Propaganda werden für die Vermittlung dieses Nationalismus mobilisiert.

Edmond Vermeil hat gezeigt, wie Hitlers Nationalsozialismus und Antisemitismus in den Bemühungen der herrschenden Klassen wurzelten, die Masse der Proletarier*innen der internationalistischen revolutionären Ideologie zu entreißen. Seit Beginn des 20. Jahrhunderts war der Antisemitismus, der »*Sozialismus des dummen Kerls*«, wie Bebel es formulierte, für sie das Mittel, um die Wut eines von der Entwicklung des Großkapitalismus erdrückten und von der Proletarisierung bedrohten Kleinbürger*innentums abzulenken. Die deutschen herrschenden Klassen hatten keine andere Möglichkeit zu überleben, als zur Eroberung der Welt zu marschieren, keine andere Möglichkeit, das Proletariat zu beschwichtigen, als es, wie Vermeil schreibt, »*in der Atmosphäre des überschwänglichen Nationalismus*«⁴¹ mitzuschleppen.

Vom Standpunkt der marxistischen Aktivist*innen ging der Kampf um die sozialistische Revolution in Deutschland also zunächst über den Kampf um das Klassenbewusstsein des Proletariats, seine Klassenorganisation in einer sozialistischen Partei innerhalb einer Internationale. Nun ist es unbestreitbar, dass Engels' Optimismus seine Berechtigung in den auf diesem Weg errungenen Erfolgen finden konnte, vor allem in der Errichtung des grandiosen Arbeiter*innenbauwerks, das die deutsche Sozialdemokratie vor 1914 war.

39 Vermeil, a.a.O. S. 114.

40 Vermeil, a.a.O. S. 101, 104.

41 Vermeil, a.a.O. S. 114.

Kapitel II: Sozialdemokratie vor 1914

Die Spaltung zwischen Sozialdemokrat*innen und Kommunist*innen, die sich ab August 1914 andeutete und 1919 abgeschlossen wurde, hat ein verzerrtes Licht auf die Geschichte der Internationale geworfen. Viele Autor*innen, Politiker*innen und Historiker*innen, die in der Vergangenheit die Wurzeln einer Spaltung von ungeheurem Ausmaß entdecken wollen, behandeln sie als vorhersehbares Phänomen. In der Tat war sie, obwohl sie vor dem Krieg in die Ereignisse und das Verhalten der Menschen eingeschrieben war, noch weit davon entfernt, in ihrem Bewusstsein eingeschrieben zu sein. Die russische bolschewistische Fraktion, die Keimzelle der künftigen kommunistischen Weltbewegung, wollte nur eine russische Fraktion sein, die eine sozialdemokratische Arbeiter*innenpartei – das heißt in der Sprache der Zeit eine marxistische »revolutionäre« Partei – unter den gegebenen historischen Bedingungen des Zarenreichs aufbaute. In seiner Polemik gegen Peter Struve im Jahr 1905 empörte sich Lenin über die spalterischen Interpretationen, die seiner Politik gegeben wurden:

»Wo und wann habe ich den ›Revolutionarismus Bebels und Kautskys‹ als Opportunismus bezeichnet? [...] Wo und wann sind zwischen mir einerseits und Bebel und Kautsky andererseits Meinungsverschiedenheiten zutage getreten, die auch nur annähernd so ernst wären wie beispielsweise die Meinungsverschiedenheiten zwischen Bebel und Kautsky in der Agrarfrage in Breslau?«⁴²

Eine berechtigte Empörung des bolschewistischen Führers im Jahre 1905. Trotz vieler Diskussionen und Differenzen behielt er diese Haltung grundlegend bis 1914 bei und ließ keine Gelegenheit verstreichen, die deutsche Sozialdemokratie, das Vorbild dieser »revolutionären Sozialdemokratie«, die er in Russland aufbauen wollte, zu würdigen gegenüber denjenigen, die er als Opportunist*innen betrachtete, die er aber nur deshalb aus der Partei ausschließen wollte, weil sie deren Notwendigkeit leugneten und sich zu deren »Liquidatoren« machten.

Ein Modell der revolutionären Sozialdemokratie

Für Lenin ist es bis zum Stuttgarter Kongress 1907 »die deutsche Sozialdemokratie, die bisher stets die revolutionäre Auffassung im Marxismus vertreten hatte«⁴³; und

⁴² Lenin Œuvres, Bd. IX, S. 61 [Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution, Werke, Bd. 9, S. 1-130, hier S. 54 (Fußnote).]

⁴³ Ebenda, Bd. XIII, S. 85 [Der Internationale Sozialistenkongress in Stuttgart, Bd. 13, S. 74-85, hier S. 77.]

wenn er unter diesem Gesichtspunkt die von ihm als opportunistisch beurteilte Haltung der deutschen Delegierten auf diesem Kongress kritisiert, so schließt er sich damit ganz der Kritik an, die von Kautsky geäußert wurde. Diese Analyse hält er bis zum Vorabend des Krieges aufrecht. Am 6. August 1913 schließt er den Artikel in der *Prawda*, der dem Leben und Werk von August Bebel gewidmet ist, mit diesen Zeilen ab:

»Niemand hat so ausgeprägt die Besonderheiten und Aufgaben dieser Periode verkörpert wie August Bebel. Selbst ein Arbeiter, vermochte er sich den Weg zu festen sozialistischen Überzeugungen zu bahnen, vermochte er zum Vorbild eines Arbeiterführers zu werden, eines Repräsentanten und Mitkämpfers der Lohnsklaven des Kapitals in ihrem Massenkampf für eine bessere Ordnung der menschlichen Gesellschaft.«⁴⁴

Am 4. April 1914 kritisiert er heftig die opportunistischen Positionen, die der Gewerkschaftsführer Legien während seiner USA-Reise vertrat, und feiert dennoch die »gewaltige[n] Verdienste« der deutschen Sozialdemokratie, ihre »ganz präzise gearbeitete Theorie«, ihre »Massenorganisation, Zeitungen, Gewerkschaften, politische Verbände.«⁴⁵

Unter den Männern, die den führenden und gründenden Kern der Kommunistischen Internationale bilden sollten, scheint vielleicht nur Trotzki das spätere Schicksal der deutschen Sozialdemokratie geahnt zu haben, denn er schreibt in »Ergebnisse und Perspektiven«, im Anschluss an die Revolution von 1905:

»Die Aufgabe der sozialistischen Partei war und ist es, das Bewusstsein der Arbeiterklasse in dem Maße zu revolutionieren, wie die Entwicklung des Kapitalismus die sozialen Verhältnisse revolutionierte. Aber die Arbeit der Agitation und Organisation in den Reihen des Proletariats ist durch eine innere Unbeweglichkeit gekennzeichnet. Die europäischen sozialistischen Parteien, insbesondere die größte unter ihnen, die deutsche, haben einen eigenen Konservatismus entwickelt, der umso stärker ist, je größere Massen der Sozialismus ergreift, je höher der Organisationsgrad und die Disziplin dieser Massen sind. Infolgedessen kann die Sozialdemokratie als Organisation, die die politische Erfahrung des Proletariats verkörpert, in einem bestimmten Moment zum unmittelbaren Hindernis auf dem Weg der offenen Auseinandersetzung zwischen den Arbeitern und der bürgerlichen Reaktion werden.«⁴⁶

44 Ebenda, Bd. XIX, S. 319 [August Bebel, Bd. 19, S. 285-291, hier S. 291.]

45 Ebenda, Bd. XX, S. 267 [Was man der deutschen Arbeiterbewegung nicht nachahmen soll, Bd. 20, S. 251-255, hier S. 254 f..]

46 Trotzki, »Ergebnisse und Perspektiven«, 1905 [1906]. Später schrieb er: »Zu jener Zeit habe ich allerdings nicht voraussehen können, in welchem Maße diese theoretische Annahme sich in der Praxis bestätigen würde.« (Mein Leben, S. 164, Manifest, 2. Auflage 2019).

Tatsächlich geht die Kritik an der deutschen Sozialdemokratie, die aus dem Inneren der Zweiten Internationale kommt, nicht von revolutionären Sozialdemokrat*innen aus, sondern von opportunistischen Sozialdemokrat*innen wie den französischen Sozialist*innen. Die deutschen Führer*innen waren die Schüler*innen von Marx und Engels, ihre direkten Nachfolger*innen an der Spitze der sozialistischen Weltbewegung, und niemand kann das »Erbrecht« von Männern wie Bebel und Kautsky bestreiten. Bebel⁴⁷ verkörpert die Organisation der deutschen Arbeiter*innenklasse in der Zeit des Aufstiegs des Kapitalismus: Dieser Arbeiter, ein Drechsler in der Metallindustrie, Abgeordneter des Reichstages im Jahr 1871, lancierte die Parole »Krieg den Palästen« zu der Zeit, als Bismarcks Truppen den Soldaten von Thiers halfen, die Kämpfer*innen der Pariser Kommune zu zerschlagen. Zweimal inhaftiert und zweimal verurteilt, war er im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts der geduldige Baumeister, die Seele des Widerstands gegen die Sozialistengesetze, der breitschultrige Kämpfer, der unermüdlich rekrutierte, anleitete, redigierte und die Arbeiter*innenmassen mit seiner soliden Argumentation und der Zuversicht eines ruhigen Kämpfers davon überzeugte, dass sie ihr Schicksal selbst in die Hand nehmen sollten. Der vierzehn Jahre jüngere, 1854 geborene Österreicher Karl Kautsky⁴⁸ verkörpert den intellektuellen Anspruch des wissenschaftlichen Sozialismus: Neben dem Praktiker Bebel ist er der Theoretiker, der Gelehrte, der den Weg, auf den sich Partei und Massen begeben, klärt und beleuchtet. In der Schweiz war er Redakteur des »Sozialdemokrat«, den die Aktivist*innen zur Zeit von Bismarcks antisozialistischen Ausnahmegesetzen heimlich in Deutschland verbreiteten. Als Freund und Schüler von Engels setzte er die Arbeit der Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus in den Spalten der theoretischen Zeitschrift »Die Neue Zeit« fort. Seine Gegner*innen sagen, er sei der Papst der Sozialdemokratie und beanspruche Unfehlbarkeit. Das liegt daran, dass seine Autorität immens und sein Prestige beträchtlich ist. Er scheint das flinke Gehirn eines starken Arms zu sein.

Ein neues Universum

In vierzig Jahren ist es den deutschen Sozialdemokrat*innen trotz Verfolgung und Repression gelungen, die Arbeiter*innenklasse auf allen Gebieten zu organisieren, für die politische Aktion in all ihren Formen, aber auch auf der Ebene ihrer unmittelbaren Bedürfnisse, in der Organisation ihrer Freizeit, ihrer Bildung und Kultur. Es sind die Menschen, die im Namen der sozialdemokratischen Partei handeln, die die wirklichen organisierenden Kader der Klasse bilden: Vertrauensmänner⁴⁹ der Partei in den Orten

47 Eine seiner historischen Rolle würdige Biografie von August Bebel ist bisher nicht geschrieben worden. Siehe seine »Memoiren«, Aus meinem Leben (3 Bde. Berlin, 1910-1914).

48 Siehe Karl Renner, Karl Kautsky. Skizze zur Geschichte der geistigen und politischen Entwicklung der deutschen Arbeiterklasse, Berlin, 1929.

49 Tatsächlich wurde damals diese männliche Form verwendet, auch wenn es sich um Männer und Frau-

oder Betrieben, Gewerkschaftsdelegierte, Leiter*innen von Gewerkschaften, Genossenschaften, Massenorganisationen, gewählte Vertreter*innen in verschiedenen Funktionen. Im Staat und gegen ihn haben die Anhänger*innen von Marx und Engels eine Partei aufgebaut, die so mächtig ist, dass sie einen wirklichen Staat im Staat darstellt.

Die deutsche sozialdemokratische Partei zählt im Jahr 1914 1.085.905 Mitglieder. Ihre Kandidaten bei den Parlamentswahlen von 1912 erhielten mehr als 4.250.000 Stimmen. Die von ihr gegründeten und geleiteten Gewerkschaften zählten mehr als zwei Millionen Mitglieder und ein Jahreseinkommen von 88 Millionen Mark. Um sie herum konnten ihre Aktivist*innen ein weites Netz von Parallelorganisationen spinnen, die auf der einen oder anderen Ebene fast alle Lohnabhängigen unterstützten und sich auf alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens erstreckten: sozialistische Frauenvereine, Jugendbewegungen, Volksuniversitäten, Bibliotheken und Lesegesellschaften, Freizeitorganisationen und Freiluftbewegungen, Verlage, Zeitungen, Journale, Zeitschriften. Das Gebäude ruht auf dem soliden Gerüst eines kompetenten und effizienten Verwaltungs- und Technikapparates, der in modernen Methoden der Verwaltung und der Propaganda erfahren ist. In ihren neunzig Tageszeitungen beschäftigt die Partei 267 festangestellte Journalist*innen, 3.000 Arbeiter*innen und Angestellte, Manager*innen, kaufmännische Leiter*innen und Vertreter*innen. Die Mehrheit der Parteiführer*innen – insbesondere die Mitglieder des Parteivorstandes – und der zentralen Büros, die Gesamtheit der Verantwortlichen in den verschiedenen Bundesstaaten, die Mehrheit der Sekretär*innen der Ortsverbände sind hauptamtliche Parteifunktionär*innen, von der Partei berufene Fachleute, die ihre ganze Zeit der Partei widmen, ebenso wie die Mehrheit der gewählten Funktionär*innen, die 110 Abgeordneten im Reichstag, die 220 Abgeordneten in den verschiedenen Landtagen, die 2886 Gemeinderäte. Die Leiter*innen der Gewerkschaftsverbände, der Gewerkschaften und der örtlichen Gliederungen, die selbst seit Jahren professionalisiert sind, sind fast in ihrer Gesamtheit Mitglieder der Partei.

Eine Bewegung dieser Größenordnung, die im kapitalistischen, imperialen Deutschland auf Klassenbasis organisiert ist, kann nicht mit einer einfachen politischen Maschine des traditionellen Typs gleichgesetzt werden, auch nicht mit dem Modell einer »Arbeiterpartei« in einer parlamentarischen Demokratie. Ruth Fischer hat geschrieben:

»Die deutschen Sozialdemokraten hatten einen neuen Organisationstyp geschaffen – nicht nur eine lose Vereinigung von Individuen, die sich von Zeit zu Zeit versammeln, um Tagesfragen zu besprechen, nicht nur eine Partei zur Verteidigung der Arbeiterinteressen, sondern einen Lebensstil. Die Partei war weit mehr als ein

en handelte. Auf der anderen Seite wurde in der proletarischen Frauenbewegung, wo es sich explizit um Frauen handelte, nicht die weibliche, sondern die geschlechtsneutrale Form »Vertrauenspersonen« verwendet – Anm. d. Übers.

politischer Apparat; sie gab dem deutschen Arbeiter Würde und Ansehen in seiner eigenen Welt. Der Arbeiter lebte in seiner Partei, die Partei formte seine täglichen Gewohnheiten. Aus dieser Verschmelzung von Person und Gemeinschaft stammten seine Ideen, seine Reaktionen und seine Haltung.«⁵⁰

Als Universum oder Gegengesellschaft bietet die deutsche Sozialdemokratie mit ihren Traditionen, Bräuchen, Riten und Zeremonien, die manchmal mit ihren religiösen Gegenstücken übereinstimmen, mehr als eine politische Haltung oder eine Denkweise: Sie bietet einen Rahmen, eine Art zu leben und zu fühlen. Dies erklärt, warum so grundlegend unterschiedliche Tendenzen wie die von Bernstein und Rosa Luxemburg verkörperten im Schoß einer Organisation koexistieren konnten, in der sie beide ihre Wurzeln hatten. So erklärt es sich, dass die Vertreterin des revolutionären Flügels der deutschen Sozialdemokratie gegen die von Lenin in *Was tun?* entwickelte Konzeption der Partei polemisierte:

»Tatsächlich ist die Sozialdemokratie aber nicht mit der Organisation der Arbeiterklasse verbunden, sondern sie ist die eigene Bewegung der Arbeiterklasse.«⁵¹

Reformen oder Revolution

Tatsächlich sind die großen Denkströmungen, um die sich die Arbeiter*innenbewegung organisiert, in allen Phasen der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie in Form von Theorie- und Strategiediskussionen präsent gewesen, ohne jemals ihre organisatorische Einheit zu beeinträchtigen. Während die anderen sozialistischen Bewegungen in Europa in manchmal scheinbar byzantinische Streitereien zerfielen, bot die deutsche Sozialdemokratie das Schauspiel einer geschlossenen Partei, in der Tendenzen koexistierten, deren Äquivalente anderswo die Form rivalisierender Parteien angenommen hatten. Seit dem im Jahre 1875 auf dem Gothaer Parteitag verwirklichten Zusammenschluss der marxistischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei von Bebel und Liebknecht mit dem von Ferdinand Lassalle gegründeten Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein hat es innerhalb der Partei immer wieder Strömungen gegeben, bei denen ein Spezialist der französischen Arbeiter*innenbewegung keine Schwierigkeiten gehabt hätte, die deutschen Gegenstücke der »Possibilisten«, der »Guesdisten«, der »Blanquisten« oder der »Allemanisten« zu identifizieren. Aber sie bleiben in der gleichen Partei, baden im gleichen Wasser, atmen die gleiche Luft, was ausreicht, um ihren Meinungsverschiedenheiten eine besondere Färbung zu geben, denn Debatten, die durch Kompromisse mit Blick auf das Handeln beigelegt werden, haben eine andere Tragweite als Dialoge zwischen Gehörlosen.

⁵⁰ Ruth Fischer, *Stalin und der deutsche Kommunismus*, Frankfurt am Main 1950, S. 4 f.

⁵¹ »Organisationsfragen der russischen Sozialdemokratie«, *Die Neue Zeit*, 1903-1904, Bd. II, Heft 42 und 43, S. 484-92 und 529-35, hier S. 489 [Nachdruck in: *Gesammelte Werke*, Band 1.2, S.422-444, hier S.429]

Marx war besorgt über die wichtigen Zugeständnisse, die seine Anhänger*innen im Gothaer Programm gegenüber denen von Lassalle machten.⁵² Als Bismarck 1878 versuchte, die junge Partei unter den Schlägen seines Ausnahmegesetzes zu erdrücken, wurde eine Meinungsströmung zugunsten eines als »realistisch« qualifizierten Akzeptierens des so gesetzten Rahmens erkennbar. Doch Höchbergs Anhänger*innen wurden von den Marxist*innen schnell besiegt⁵³: Ohne auf die legalen, wenn auch eingeschränkten Ausdrucksmöglichkeiten zu verzichten, wie es die ungeduldi- gen Elemente⁵⁴, die Vorfahren der »Linksradikalen«, vorschlugen, betrieben die Sozialdemokrat*innen illegale Propaganda, Agitation und Organisationsarbeit, die es der Partei erlaubten, trotz der Repressionen weiter Fortschritte zu machen. 1891 [1890] wurde das Ausnahmegesetz nicht erneuert, und die Sozialist*innen zogen eine Bilanz der so geschaffenen neuen Lage. Gegen die »Jungen«⁵⁵, die einen Boykott der Wahlen und eine permanente Offensivpolitik forderten, und auch gegen den rechten Flügel um Vollmar, der die Partei auf den Weg des Possibilismus⁵⁶ und eines ausschließlich auf Wahlen orientierten Kampfes verpflichten wollte, ließen die Führer*innen die von Kautsky entwickelte Konzeption in dem auf dem Erfurter Parteitag⁵⁷ verabschiedeten Programm triumphieren. Danach kann und muss die Partei, ohne ihr Maximalprogramm, die durch die kapitalistische Expansion in weite Ferne gerückte sozialistische Revolution, aufzugeben, die für die Forderungen eines Minimalprogramms, für Teilziele, politische, wirtschaftliche, soziale Reformen kämpfen, für die Festigung der politischen und wirtschaftlichen Macht der Arbeiter*innenbewegung arbeiten und gleichzeitig das Bewusstsein der Arbeiter*innen erhöhen. So entsteht die Dichotomie, die das Maximalprogramm – Revolution und Sozialismus – vom Minimalprogramm der im Rahmen des bestehenden kapitalistischen Regimes erreichbaren Reformen unterscheidet: eine Trennung, die Theorie und Praxis der Sozialdemokratie für Jahrzehnte dominieren wird.

Nach 1898 kam der erste ernsthafte theoretische Angriff auf die marxistischen Grundlagen des Erfurter Programms aus dem innersten Kern der Partei, von einem Freund von Engels, vom Organisator der illegalen Presse zur Zeit der Verfolgungen: der »Revisionismus« Eduard Bernsteins. Unter Berufung auf die letzten zwanzig Jahre der friedlichen Entwicklung des Kapitalismus stellt Bernstein Marx' Perspektiven der Verschärfung der kapitalistischen Widersprüche und gleichzeitig seine philosophischen Grundlagen, den dialektischen Materialismus, in Frage. In seinen Augen

52 Die Kritik des Gothaer Programms, geschrieben 1875, wurde von Engels erstmals 1891 veröffentlicht. Vgl. F. Mehring, Geschichte der deutschen Sozialdemokratie, II, S. 48-51. 2017 im Manifest Verlag neu aufgelegt.

53 Ebenda, S. 577, 579-581.

54 Ebenda, S. 556.

55 Ebenda, S. 676-678.

56 Ebenda, S. 563-564

57 Ebenda, S. 681-683.

hört der Sozialismus auf, die durch den bewussten Kampf der Arbeiter*innenklasse auferlegte dialektische Konsequenz dieser Widersprüche zu sein, und wird zum Ergebnis der – von ihrer ökonomischen und sozialen Bedingung befreiten – freien Wahl der Menschen, eine moralische Option anstelle einer sozialen Notwendigkeit. Dem, was er als altmodische revolutionäre Phraseologie betrachtet, stellt Bernstein die realistische Suche nach Reformen entgegen, für die sich die Arbeiter*innenklasse mit wichtigen Sektoren der Bourgeoisie innerhalb einer breiten demokratischen Bewegung zusammenschließen müsste.⁵⁸

Die so eröffnete Debatte, die »Bernsteiniade«, ist zugleich sehr heftig und sehr reichhaltig. Neben Kautsky, dessen Bestreben es war, Bernsteins aus der Ökonomie entlehnte Argumente zu widerlegen⁵⁹, fand die Gruppe der »Radikalen«, die den Marxismus verteidigten, in der Person Rosa Luxemburgs eine hochwertige Wortführerin, die den revolutionären Atem wiederbelebte, indem sie ihre eigene Interpretation der Erfurter Synthese vorschlug: das Dilemma »Reformen oder Revolution« sei bedeutungslos, der Kampf um Reformen könne nur zu revolutionären Zielen führen und könne von Sozialdemokrat*innen nur mit dieser Perspektive geführt werden⁶⁰. Der Dresdner Parteitag 1903 schloss die Debatte zumindest formal ab, indem er den Versuch der Revisionist*innen verurteilte, bei der »anstelle der Eroberung der politischen Macht durch die Überwindung unserer Gegner eine Politik des Entgegenkommens an die bestehende Ordnung der Dinge tritt«⁶¹.

Die Debatte ging jedoch in den folgenden Jahren weiter. Die russische Revolution von 1905 stellte für die deutschen Sozialdemokraten einen regelrechten Stromschlag dar: Kautsky schrieb, sie sei »was wir seit Jahren, seit Jahrzehnten ersehnt, was vielen von uns ob des langen vergeblichen Harrens schon ganz unglaublich geworden war, nun wurde es zum Ereignis«⁶². Sie fiel mit einem spontanen Aufruhr innerhalb der Arbeiter*innenklasse zusammen, die im selben Jahr mit dem großen wilden Streik der Ruhrbergarbeiter*innen kulminierte⁶³. Ein neuer Konflikt entstand zwischen den Gewerkschaftskadern, die aus Angst vor Abenteuern die Protestbewegungen ausbremsten und ihre Politisierung unterließen, und den radikalen Elementen, die mit Rosa Luxemburg der Meinung waren, dass der »politische Massenstreik« eines der Mittel sei, mit dem das politische Bewusstsein der bis dahin am meisten zurückgebliebenen Massen fortschreiten könne, und damit eine der wesentlichen Waffen

58 Schorske, *German Social Democracy 1905-1917* Cambridge, Mass. 1955, S. 16-20. Siehe E. Bernstein, *Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie* (1906, erstmals 1899).

59 Schorske, a.a.O., S. 19-20 und Kautsky, Bernstein und das sozialdemokratische Programm, *Eine Antikritik* (1899).

60 Schorske, a.a.O., S. 21-22, und R. Luxemburg, *Sozialreform oder Revolution* (1899).

61 Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten zu Dresden vom 13. bis 20. September 1903, S. 133 (Resolution 130, Bebel, Kautsky, Singer)

62 Kautsky, *Der politische Massenstreik*, Berlin 1914, S. 109.

63 Schorske, a.a.O., S. 35-37.

der sozialistischen Bewegung. Auf dem Jenaer Parteitag im September 1905 wurde die von Bebel vorgelegte Resolution zum politischen Massenstreik verabschiedet⁶⁴. Es scheint, dass die Radikalen die neuen Revisionisten besiegten, die sich von da an in den Gewerkschaften hinter Legien verschanzten, der seinerseits verkündet hatte, dass der Generalstreik »Generalunsinn« sei.

In Wirklichkeit hat sich das Schlachtfeld in diesen Jahren verschoben und die Parteitage debatten sind nur ein unzutreffendes Abbild davon. Der eigentliche Kampf findet gedämpft im Apparat der Partei und der Gewerkschaften statt. Auf dem Mannheimer Parteitag 1906 erwirkten die Gewerkschaftsführer*innen Bebels Unterstützung für eine Resolution, die Gewerkschaften und Partei gleichstellte, da sie eine obligatorische Beratung zwischen beiden Organisationen in gemeinsamen Angelegenheiten vorsah⁶⁵: Die Jenaer Abstimmung wurde damit aufgehoben. Eines der radikalen Organe, die Leipziger Volkszeitung, konnte schreiben, dass

»in den Gewerkschaften stärker und stärker der Revisionismus, den wir in der Partei totschiagen, wieder aufersteht.«⁶⁶

Rosa Luxemburg fasste das neue Verhältnis innerhalb des Gewerkschafts-Partei-Paares mit dem Satz zusammen, der einem (mit der Gewerkschaft identifizierten) Bauern zugeschrieben wird, der zu seiner Frau (der Partei) sagt:

»Wenn wir in einer Frage einverstanden sind, so soll dein Wille geschehen; wenn wir auseinander gehen, soll nach meinem Sinne gehandelt werden.«⁶⁷

Der Revisionist Eduard David sagt stolz:

*»Mit der kurzen Maienblüte dieses Revolutionarismus ist es jetzt glücklicherweise wieder vorbei. (...) Die Partei wird sich wieder (...) der **positiven Ausnutzung und Erweiterung ihrer parlamentarischen Macht hingeben.**«⁶⁸*

Mit dem Abschließen des Jenaer Kompromisses mit den Gewerkschaftsführer*innen wandte die Leitung der Sozialdemokratischen Partei endgültig dem Radikalismus, also ihrer einstigen revolutionären Ausrichtung, den Rücken zu. Im Laufe der folgenden Debatten wird sie nur gelegentlich die Fahne der Revolution hissen: Von nun an ist sie das »Zentrum«, in gleicher Entfernung vom neuen Revisionismus, der sich aus den Erfolgen des Imperialismus nährt und bestrebt ist, die Partei an das anzupassen, was er die »moderne« Wirtschaft nennt, und vom Radikalismus, der sich ab 1910 aus den wachsenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten und der Streikbewegungen der dadurch bedrohten Arbeiter*innen nährt. Außerdem kamen die Führer

64 Ebenda, S. 42-44.

65 Protokoll... S.P.D. 1905, S. 131-132.

66 Zitiert ohne Quellenangabe in Eduard David, Die Bedeutung von Mannheim, Sozialistische Monatshefte, X. Jahrgang, Heft 11 (November 1906) S. 907-914, hier S. 907.

67 Protokoll... S.P.D. 1906, S. 315

68 Eduard David, Die Bedeutung von Mannheim, a.a.O., hier S. 914.

ab 1907, als die Partei bei den Parlamentswahlen eine schwere Niederlage erlitt, zu der Überzeugung, dass sie, bevor sie an wichtige und dauerhafte Erfolge dachten, die Wähler des Kleinbürgertums gewinnen mussten, von denen sie befürchteten, dass sie durch eine allzu revolutionäre Phraseologie verschreckt würden. Kautsky ist der Theoretiker der zentristischen Leitung. Aber die Diskussionen über die nationale Frage und den Antimilitarismus, die Debatte über den Imperialismus im Zusammenhang mit der Marokko-Affäre und über die Aktionsmittel zugunsten der Wahlreform und des allgemeinen Wahlrechts in Preußen kristallisierten ein immer engeres Bündnis zwischen der Rechten und dem Zentrum heraus und als Gegeneffekt die Verfestigung einer Linken, die immer mehr Gewicht auf die Probleme des inneren Funktionierens legte und sich sogar, wie 1912, dem Vorwurf »fraktioneller« Aktivitäten aussetzte.

Deutschland, wie auch die anderen Länder Europas, hatte zu diesem Zeitpunkt die Periode der Expansion hinter sich gelassen und befand sich in einer Periode der Krise und der Verschärfung der Gegensätze sowohl zwischen den verschiedenen nationalen Bourgeoisien als auch zwischen den Klassen. Skeptisch gegenüber den Chancen einer Revolution, besorgt über alles, was die Einheit der Partei in dem Moment bedrohen könnte, in dem die reformistische Praxis nicht mehr die Reformen erhält, die sie rechtfertigen, versucht das Zentrum, die zentrifugalen Tendenzen einzudämmen, indem es, wie zur Zeit des Erfurter Parteitages, aber in einem ganz anderen Kontext, die legalistische Alltagspraxis und die Bindung an revolutionäre Prinzipien und Perspektiven aufrechterhält.

Die Bürokratie der Partei

Die Analysen von Soziolog*innen wie Max Weber und Robert Michels⁶⁹ und die wütenden Angriffe französischer Sozialist*innen wie Charles Andler haben dazu beigetragen, ein etwas schematisches Bild der deutschen Sozialdemokratie zu zeichnen, das den Triumph des Revisionismus in ihren Reihen erklären soll: das einer verknöcherten und bürokratischen Organisation, die grundsätzlich konservativ, eng einem Apparat engstirniger Beamter unterworfen und auf diese Weise schließlich in die deutsche Gesellschaft integriert ist, die sie ursprünglich zu bekämpfen und zu verändern vorgab. Diese Anschuldigungen haben eine reale Grundlage. Die Exekutive, der Parteivorstand, der auf Wunsch der Radikalen in der Zeit des Kampfes gegen den Revisionismus gestärkt wurde, wurde von praktisch unkontrollierten Hauptamtlichen beherrscht. Es war der Parteivorstand, der die lokalen und regionalen Sekretär*innen ernannte und bezahlte, die Hierarchie der Kader, die alle Aktivitäten der Basisorganisationen mit einem engmaschigen Netz umspannte. Die Disziplin ist streng, und

⁶⁹ Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie, Leipzig, 1911, und »Die deutsche Sozialdemokratie. Parteimitgliedschaft und soziale Zusammensetzung«, Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, XXIII, S. 471-556 (1906).

die gewählten Vertreter*innen der Partei und die Vertreter*innen in den Massenorganisationen unterliegen einer strengen Kontrolle im Rahmen der »sozialdemokratischen Fraktionen«, die von hauptamtlichen Mitgliedern des Apparats geleitet werden. Es ist auch die Exekutive, die Kandidaten für Wahlen nominiert, die Karrieren von Fachleuten möglich macht, Beamte und Techniker*innen, Ausbilder*innen und Journalist*innen versetzt und die Wahlkämpfe, die ihr großes Geschäft sind, wie Militärmanöver leitet.

Diese Organisation, die übermäßige Zentralisierung des Apparats und die Herrschaft strenger Disziplin erklären für Michels den Triumph des Konservatismus in der Ideologie der Partei nach 1906. Es sind jedoch genau diese Züge, die Lenin dazu veranlassten, die deutsche Sozialdemokratie zum Modell der revolutionären Sozialdemokratie zu machen. Bebel und die Aktivist*innen seiner Generation verwirklichten in seinen Augen das von den Bolschewiki proklamierte, aber noch nicht erreichte Ziel: eine disziplinierte, zentralisierte Partei der Massen, die eine Armee von Arbeiter*innen anleitet und von einem professionellen Stab fest geführt wird; von diesem Standpunkt aus ist die deutsche Sozialdemokratie Gegenstand einer etwas neidischen Bewunderung seitens der wenigen russischen Emigrant*innen, die die Chance hatten, sich mit ihrer Funktionsweise vertraut zu machen.

Der Widerspruch besteht nur zum Schein. Zu den Ansichten der Soziologen und insbesondere Robert Michels macht Carl Schorske diese Bemerkung:

»Die Zwecke, für die – und die Umstände, unter denen – die Bürokratie aufgebaut wurde, stellten weitaus bedeutendere Kräfte in Richtung Konservatismus dar als die bloße Tatsache, dass diese Beamten besoldet waren.«⁷⁰

Die Berufsrevolutionär*innen, die die bolschewistische Fraktion aufgebaut und dafür gekämpft hatten, sozialdemokratisches Bewusstsein und sozialdemokratische Organisation in die russische Arbeiter*innenklasse hineinzutragen, hatten dies unter Bedingungen der Illegalität und Repression getan, die ihnen wenig Gelegenheit oder gar Versuchung gaben, sich anzupassen oder in die zaristische Gesellschaft zu integrieren. Sie hatten das revolutionäre Ziel – welches noch weiter entfernt als in Deutschland schien – in den Vordergrund ihrer allgemeinen Propaganda gestellt, während sie gleichzeitig ihre Organisation stark zentralisierten, und es gab nichts Konservatives in ihrer alltäglichen Praxis. Im Gegensatz dazu wurde der Apparat der deutschen Sozialdemokratie, der sein langfristiges revolutionäres Ziel ebenfalls nicht prinzipiell verleugnete, zwischen 1906 und 1909 in einer Periode relativer sozialer Ruhe und des Rückflusses der Arbeiterschaft vollständig in der Suche nach Wahl-effizienz und der Erhöhung der Anzahl der Stimmen und der gewählten Mitglieder aufgebaut, mit dem Ziel, dass die internen Konflikte die Wahlwirkung der Partei

⁷⁰ Schorske, a.a.O., S. 127.

nicht abschwächen, und dass die revolutionäre Phraseologie ihres radikalen Flügels oder die Forderungen der am wenigsten begünstigten Arbeiter*innen die vermeintlich gemäßigte Wählerschaft der kleinbürgerlichen Demokrat*innen und der konservativsten Arbeiter*innenschichten nicht verschreckten. Bernsteins Revisionismus und der Reformismus der Gewerkschaftsführer*innen hatten ihre Wurzeln in einer wirtschaftlichen Konjunktur, die eine optimistische Ideologie des kontinuierlichen und friedlichen Fortschritts nährte.

Dies versuchte Sinowjew durch eine Studie der Statistiken für die Organisation von Groß-Berlin im Jahr 1907 zu zeigen, um a posteriori die Veränderung im Wesen der Partei und den »Verrat« ihrer Führer*innen im Jahr 1914 zu erklären⁷¹. Er unterstreicht, dass zu dieser Zeit der Anteil der als »Selbständige« definierten Nicht-Lohnabhängigen, darunter Gastwirte, Friseure, Handwerker, Ladenbesitzer und sogar Kleinindustrielle, auf 9,8 Prozent der Gesamtzahl der Mitglieder geschätzt werden kann⁷²: Das Gewicht dieser kleinbürgerlichen Elemente ist umso wichtiger, als die Partei ihre Wahlbemühungen in ihre Richtung lenkt, indem sie ihre Sprache an die dieser zu gewinnenden Klientel anpasst. Andererseits ist das Gegengewicht dünn: Nur 14,9 Prozent der Aktivist*innen der Partei tauchen in der Statistik mit dem einfachen Etikett »Arbeiter« auf, was darauf hindeutet, dass es sich in Wirklichkeit um ungelernete Arbeiter*innen handelt⁷³ – also um diejenigen, die eigentlich die Masse der Arbeiter*innenklasse ausmachen.

Der Kern der Parteimitgliedschaft besteht also letztlich aus Facharbeiter*innen, Arbeiter*innen, die durch den Besitz eines Berufsstandes privilegiert sind und die Sinowjew als »*Arbeiteraristokratie*« bezeichnet.⁷⁴ Aus ihren Reihen rekrutiert sich das hauptamtliche Personal, der Apparat von ein paar Tausend privilegierten Funktionär*innen⁷⁵, die Funktionen und Bezüge akkumulieren, die über Beförderungen innerhalb des Apparats bestimmen und über die Instrumente seiner Macht verfügen, die Presse, die Kassen, die Massenorganisationen, kurzum das, was Sinowjew als »*die Arbeiterbürokratie*« charakterisiert, die er als eine Kaste definiert, die ihre Existenz zu verbergen sucht, aber ihre eigenen klar definierten Interessen hat⁷⁶. Sie strebt nach »Ordnung und Frieden«, nach dem gesellschaftlichen Status quo, und es ist dieses Streben, das der Politik der Partei ihren zunehmend konservativen Charakter verleiht: Er kommt zu dem Schluss, dass die Mitglieder dieser Kaste in Wirklichkeit die Emissär*innen der Bourgeoisie in den Reihen des Proletariats sind.⁷⁷

71 G. Sinowjew, *Der Krieg und die Krise des Sozialismus*, erstmals 1917 in Petrograd veröffentlicht. [Deutsche Übersetzung Wien 1924]

72 Ebenda, deutsche Ausgabe 1924, S. 548.

73 Ebenda, S. 549.

74 Ebenda.

75 Sinowjew schätzt ihre Zahl auf etwa 4000. (Ebenda, S. 510.)

76 Ebenda, S. 507.

77 Ebenda, S. 532.

Carl Schorske kommt in seiner Studie über den Mechanismus der Absonderung des Konservatismus zu einer sehr ähnlichen, wenn auch anders formulierten, Analyse und Schlussfolgerung. Er schreibt:

»Was der Parteifunktionär vor allem wollte, war Ruhe und Einheit in der Organisation. (...) das machte ihn zum natürlichen Gegner von sowohl Kritik als auch Veränderung. Und da der Druck zur Veränderung zunehmend von links kam, identifizierte sich der Beamte zunehmend mit der Rechten.«⁷⁸

Das Phänomen, unterstrich er, sei vor allem in der Arbeitsweise der Partei selbst und vor allem bei der Vorbereitung ihrer Parteitage zu beobachten. Die Arbeiter*innen aus den Großstädten, in der Regel Radikale, wurden von den Vertreter*innen der weniger eindeutig proletarischen und revolutionären Organisationen übertönt. Auf dem württembergischen Landesparteitag 1911 waren die 8659 Mitglieder, meist Arbeiter*innen, der Stuttgarter Organisation durch 43 Delegierte vertreten, während 723 Mitglieder von Parteiorganisationen aus kleinen Orten oder Dörfern 49 Delegierte stellten.⁷⁹ Im Jahr 1912 hatten im selben Bundesland die 17.000 Aktivist*innen von Stuttgart und Cannstatt 90 Delegierte, während 5000 andere aus nicht-proletarischen Zentren 224 hatten.⁸⁰ Die Landesvorstände stützten sich also auf Mehrheiten von Delegierten aus den halb ländlichen Organisationen, die unter größerem Druck des Staates und der herrschenden Klassen standen, und setzten sich so gegen die lokalen Organisationen der Arbeiter*innenzentren durch, und zwar in einem Rahmen, der sich sehr genau nicht mehr am Ort der Arbeitsstelle, sondern an den Wahlkreisen orientierte. Konrad Haenisch, damals radikaler Redakteur bei der Dortmunder Arbeiterzeitung in einer Hochburg sehr radikaler Bergleute, schrieb 1910 an einen seiner Freunde, dass seine Arbeitsbedingungen *»trotz der einstimmigen und wiederholten Vertrauensvoten der Bergarbeiterorganisationen«* unter der Fuchtel derjenigen, die er die *»Oberbonzen«* nannte, so unerträglich geworden seien, dass er aufgeben wolle: er wurde von einem Parteitag in eine verantwortungsvolle Position gewählt und wurde auf direkte Intervention der Gewerkschaftsverantwortlichen vom Landesvorstand abgesetzt.⁸¹ Die Untersuchung der Zusammensetzung des obersten Organs der Partei, ihrer nationalen Parteitage, lässt das gleiche Phänomen erscheinen. Im Jahr 1911 waren 52 Prozent der Aktivist*innen, die der Bezirke mit mehr als 8.000 Mitgliedern – im Prinzip die Arbeiter*innenzentren – nur durch 27 Prozent der Delegierten vertreten. Das allgemeine Vertretungsverhältnis schwankte zwischen einem Delegierten pro 57 Mitglieder in den kleinen Parteiorganisationen und einem

78 Schorske, a.a.O., S. 127.

79 Ebenda, S. 130.

80 Ebenda, S. 131.

81 Ebenda, S. 134.

pro 5700 in denen der großen Industriestädte⁸²: Das Industrieproletariat war in den Entscheidungsgremien unterrepräsentiert, und dies war nicht zuletzt die Ursache für das wiederholte Scheitern der Radikalen auf den Parteitag nach 1905, eine Situation, die bewusst und systematisch ausgenutzt wurde von den Männern, die an den Schalthebeln des Apparats saßen, oft ehemalige Proletarier, deren Aufstieg in Hauptamtlichen-Positionen einen echten sozialen Aufstieg darstellte.

Für die Geschichte verkörpert sich die sozialdemokratische Bürokratie in der Person von Friedrich Ebert⁸³, der 1906, im Alter von sechsunddreißig Jahren, Sekretär der Partei wurde, und 1913, nach dem Tod Bebels, ihr Vorsitzender. Der ehemalige Sattler, ein sehr früher Aktivist, zeichnete sich durch sein Organisationstalent aus: Zunächst Arbeiter auf Bremer Baustellen, leitete er ein Parteicafé, das ein Zentrum der sozialdemokratischen Propaganda war. Im Jahr 1900 wurde er hauptamtliches Mitglied des Parteisekretariats in Bremen, zuständig für Arbeiterfragen. Dort erwarb er sich den Ruf eines tüchtigen Mannes. Sobald er ins Zentralsekretariat gewählt wurde, setzte er sich für moderne Organisationsmethoden ein, führte das Telefon, Stenografen und Schreibkräfte in den staubigen Büros ein und vervielfachte Berichte und Fragebögen, Akten und Rundschreiben. Schorske schreibt über ihn:

»Farblos, kalt, entschlossen, fleißig und intensiv praktisch, hatte Ebert alle Eigenschaften, die ihn, mutatis mutandis, zum Stalin der Sozialdemokratie machen würden.«⁸⁴

Er war es, der den Apparat aufgebaut hat. In ihn setzten die Revisionist*innen schließlich ihr Vertrauen: 1911 wurde er gegen Haase – unterstützt von Bebel – von Legien und den Gewerkschaftsführer*innen für die Nachfolge des radikalen Veteranen Singer als Vorsitzender unterstützt⁸⁵. Er wurde besiegt⁸⁶, aber er folgte, dieses Mal ohne Schwierigkeiten, Bebel selbst zwei Jahre später nach.⁸⁷ Seine Leutnants, die anderen Chefs des Apparats, wirken auf den ersten Blick weniger farblos. Otto Braun, der Herkunft nach ein Arbeiter, hatte in seiner Jugend der linken Oppositionsgruppe angehört, die das Erfurter Programm bekämpft hatte; als Journalist in Königsberg hielt er sich dann von den großen theoretischen Debatten fern⁸⁸. Der ehemalige Schriftsetzer Philipp Scheidemann wurde Journalist in Hessen: ein begabter Agitator, der als Radikaler durchging, als er in den Vorstand gewählt wurde, aber auch er hielt sich von den großen Debatten fern, ergriff auf keinem der Parteitage, an denen er

82 Ebenda, S. 138-139.

83 G. Kotowski, Friedrich Ebert. Eine politische Biografie, 1963.

84 Schorske, S. 124.

85 Ebenda, S. 211-212.

86 Kenneth R. Collins, »The Election of Hugo Haase to the Co-Chairmanship of the Pre-War German Social-Democracy«, International Review of Social History, 1968, No. 2, pS. 174-188.

87 Schorske, a.a.O., S. 280.

88 Ebenda, S. 206-207.

teilnahm – nur drei zwischen 1906 und 1911 –, das Wort und wurde zum Viehzuchtexperten der Fraktion im Reichstag⁸⁹.

Auf den ersten Blick ist es überraschend, welche wichtige Rolle solche unscheinbaren Persönlichkeiten in einer Bewegung von der Größe und Bedeutung der Sozialdemokratie spielten. Denn Ebert, Braun, Scheidemann und die anderen sind in einer gewissermaßen privilegierten Position zu finden, am Scharnier der gegensätzlichen Klassenkräfte. Die wirtschaftliche Umgestaltung Deutschlands, der relative soziale Friede in Europa – unterbrochen nur durch den revolutionären Ausbruch von 1905 im Russischen Reich –, die Fortschritte der Sozialgesetzgebung, diese Errungenschaften der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften, die Aussichten auf sozialen Aufstieg, auf individuellen Erfolg, die die Arbeiter*innenorganisationen und ihre geschlossene Welt den tüchtigen Proletarier*innen boten, haben revisionistische Tendenzen genährt, die denen von Marx grundlegend entgegengesetzt sind, insbesondere die einer nationalen sozialistischen Bewegung, in der das materielle Schicksal der Arbeiter*innen mit dem Gedeihen des Geschäfts »ihrer« Kapitalist*innen verbunden zu sein scheint, in der der Lebensstandard der deutschen Arbeiter*innenklasse folglich durch die Erschließung neuer Märkte, d.h. letztlich durch die deutsche imperialistische Expansion bedingt zu sein scheint. Nach Bernstein, aber mit viel mehr Brutalität und Zynismus, ohne den Idealismus und die moralischen Sorgen, die ihn beseelten, werden ähnliche Perspektiven nun von den Vertreter*innen der Strömung entwickelt und angewandt, die Charles Andler »neolassalleanisch« nennt, »Sozialist*innen«, für die die Arbeiter*innenklassen mit dem Kapitalismus, seiner Kolonialpolitik, seiner Rüstungspolitik solidarisch sind, die im Prinzip defensiv, aber wenn nötig offensiv ist; sollte das deutsche Reich in einen offensiven oder defensiven Krieg hineingezogen werden, so könnten die deutschen Arbeiter*innen seine Niederlage in keiner Weise wünschen. Gustav Noske, ein ehemaliger Holzarbeiter, der Parteifunktionär und dann Abgeordneter wurde, drückt diese Umkehrung der Grundlagen der traditionellen Analyse des »proletarischen Internationalismus« am deutlichsten aus, wenn er im Reichstag verkündet, dass Sozialist*innen keine »vaterlandslosen Gesellen« seien, und die Abgeordneten der bürgerlichen Parteien auffordert, sich dafür einzusetzen, dass die deutschen Proletarier wirkliche Gründe haben, Soldaten Deutschlands zu sein⁹⁰. Die Kräfte, die hinter Männern wie Noske am Werk sind, sind nicht verborgen. Der preußische Kriegsminister, der Junker von Einem, nutzte die Gelegenheit dieser Rede und forderte Bebel auf, die antimilitaristischen Schriften seines Parteigenossen Karl Liebknecht zu desavouieren.⁹¹ So sollte die Sozialdemokratische Partei letztlich durch die Vermittlung von Noske und des preußischen Ministers von Einem dazu gebracht werden, sich in die Debatte um die natio-

⁸⁹ Ebenda, S. 207-208.

⁹⁰ Zitiert von Schorske, a.a.O., S. 77.

⁹¹ Ebenda, S. 78.

nale Frage und insbesondere das Problem der Vaterlandsverteidigung einzuschalten: Das Reichsgericht sollte in dieser Angelegenheit ein Wörtchen mitreden, indem es Karl Liebknecht zu achtzehn Monaten Gefängnis [Festungshaft] verurteilte.⁹²

⁹² W. Bartel, Die Linken in der deutschen Sozialdemokratie im Kampf gegen Militarismus und Krieg, S. 75-77.

Kapitel III:

Die Linke in der deutschen Sozialdemokratie

Vor 1914 hätte es ungeachtet möglicher Kritik an der Führung niemand in der Sozialdemokratie gewagt, zu behaupten, dass diese ihre Klassenpositionen und die Perspektiven ihres Maximalprogramms aufgegeben habe. Dennoch ist es unbestreitbar, dass sich auf der Linken ein radikaler Block bildet, der zwar noch konfus ist, aber die Realität eines verallgemeinerten Unwohlseins zum Ausdruck bringt.

Die Kritiken auf dieser Ebene waren im Verlauf des Parteitages 1913 besonders zahlreich und lebhaft. Ein Delegierter kam ans Rednerpult, um zu bekräftigen, dass viele Arbeiter*innen in den Fabriken der Meinung waren, dass die Führung sich »den bürgerlichen Ideen schon zu sehr genähert«⁹³ haben. Ein anderer bekräftigte dort:

»Durch das Zusammenfassen der Organisation, durch die Zentralisierung (...) geht naturgemäß für den einzelnen Genossen die Übersicht verloren und mehr und mehr wird der angestellte Beamte, der Sekretär, derjenige sein, der allein den ganzen Mechanismus beherrscht.«⁹⁴

In den letzten Jahren, die dem Krieg vorangingen, mehrten sich zudem die Anzeichen für die tiefe Spaltung zwischen Führenden und »Geführten« und für die ständige Verschlechterung ihres Verhältnisses. 1910, mitten in der Diskussion um die Wahlrechtsreform in Preußen, weigerten sich der »Vorwärts« und die »Neue Zeit«, Artikel von Rosa Luxemburg zugunsten des Massenstreiks zu veröffentlichen, und schufen damit einen wichtigen Präzedenzfall für die Einrichtung einer Zensur in den Händen der Führung⁹⁵. 1912 gelang es Kautsky anlässlich einer Reorganisation der Redaktion der »Neuen Zeit«, dem alten Radikalen Franz Mehring die Redaktion der Leitartikel der Theoriezeitschrift zu entziehen⁹⁶. Schließlich ließ der Vorstand 1913 mit sehr dürftigen Argumenten und vor allem mit einer in der Praxis der deutschen Sozialdemokratie noch nie dagewesenen rückwirkenden Anwendung Karl Radek, einen seiner schärfsten Kritiker, ausschließen⁹⁷.

93 Protokoll... SPD. 1913, S. 287.

94 Ebenda, S. 247.

95 Schorske, a.a.O., S. 182.

96 Ebenda, S. 253.

97 Ebenda, S. 253-256.

Gleichzeitig tendierte die Opposition der so genannten »Linksradikalen« ihrerseits dazu, die loyalen Formen, auf die sie sich bis dahin beschränkt hatte, aufzugeben. Während der Debatte über die Reform der Parteiinstitutionen im Jahr 1912, organisierten Ledebour und seine radikalen Abgeordnetenfreunde eine regelrechte Linksfraktion; nicht ohne Grund warf ihnen der Vorstand vor, die Disziplin verletzt zu haben⁹⁸. Am Vorabend des Krieges kam es auch zu einer regelrechten Gruppierung linksradikaler Elemente innerhalb der Organisationen, die sie als ihre Hochburgen ansahen, und der radikale Chef von Stuttgart, Westmeyer, ließ den radikalen Artur Crispian kommen, um ihm die Leitung der Schwäbischen Tagwacht anzuvertrauen⁹⁹. Im Dezember 1913 schließlich erschien die erste Ausgabe eines Bulletins, das offensichtlich bestimmt war, die entschieden linksoppositionellen Elemente zusammenzubringen, die Sozialdemokratische Korrespondenz, die Julian Marchlewski, Franz Mehring und Rosa Luxemburg herausgaben.

Brillante, aber marginale Persönlichkeiten

Die Geschichte hat im Wesentlichen zwei Namen behalten, die von Liebknecht und Rosa Luxemburg, deren gemeinsamer Kampf während des Krieges und ihr tragischer Tod in derselben Nacht im Januar 1919 sie für die Ewigkeit verbinden sollten. Aber sie sind in Wirklichkeit nur zwei der wichtigsten Figuren einer Strömung, die sich nach und nach von der während der »Bernsteiniade« im Kampf gegen den Revisionismus um Kautsky gruppierten Entourage von Journalist*innen und Theoretiker*innen löste.

Karl Liebknecht¹⁰⁰, den manche später zur Inkarnation des deutschen Bolschewismus machen werden, ist ein Kind des innersten Zirkels, der Sohn von Wilhelm Liebknecht, der einer der Gründer der Partei war. Als Anwalt und kämpferischer Organisator der Jugend identifizierte er sich mit dem antimilitaristischen Kampf, für den er sich vor allem auf dem Jenaer Parteitag 1905 einsetzte und dessen Notwendigkeit und Prinzipien er in seinem berühmten Bericht über *Militarismus und Antimilitarismus* entwickelte, den er 1906 auf dem ersten Jugendkongress in Mannheim vorlegte.¹⁰¹ Die strafrechtliche Verfolgung seiner Veröffentlichung und seine Verurteilung zu achtzehn Monaten Haft machten ihn zum Symbol des Kampfes der Sozialist*innen gegen die Armee und zum Angstgegner der Nationalist*innen. In der Partei verteidigte er die Unabhängigkeit der Jugendorganisationen gegenüber dem

⁹⁸ Ebenda, S. 217-219.

⁹⁹ Keil, *Erlebnisse eines Sozialdemokraten*, I, S. 262.

¹⁰⁰ Karl W. Meyer, *Karl Liebknecht: Man without a Country*, Washington, 1957.

¹⁰¹ *Militarismus und Antimilitarismus*, von dem soeben Auszüge in französischer Übersetzung erschienen sind (S. 79-93), im Buch »*Militarismus*.« (S. 79-93), in: K. Liebknecht, *Militarisme, guerre, révolution*, 1970. [Nachdruck in Karl Liebknecht, *Gesammelte Reden und Schriften*, Band 1, S. 249-456, 2019 im Manifest Verlag wieder aufgelegt.]

Vorstand und generell den Aufruf an die Jugend zum revolutionären Kampf. Er war gleichfalls der Beschützer und Verteidiger aller osteuropäischen sozialistischen Emigrant*innen, die in Deutschland Zuflucht gefunden hatten. Trotzki, der ihn in diesen Jahren kannte, schrieb über ihn:

»Eine impulsive, leidenschaftliche, sich aufopfernde Natur, besaß er politische Intuition und einen Instinkt für die Massen und für die Umstände und war von unvergleichlichem Mut zur Initiative erfüllt.«¹⁰²

Aber diese Eigenschaften hatten in der Vorkriegssozialdemokratie wenig Prestige. Eher ein Bannerträger als ein Leiter, eher ein Agitator als ein Theoretiker, hatte Liebknecht noch keine Situation gekannt, deren Größenordnung seiner Statur entsprach, und er war kein Mann des Apparats. Die Funktionär*innen und Parlamentarier – diejenigen, die nun das prägten, was man die »öffentliche Meinung« der Partei nennen könnte – behandelten ihn mit der Herablassung, die in ihren Augen sein Verhalten als »Enfant terrible« mit einem verehrten Namen verdiente¹⁰³.

Franz Mehring¹⁰⁴ stand in den 1910er Jahren im Zentrum der ersten wöchentlichen Treffen der Berliner Linken¹⁰⁵. Der 1846 geborene Literaturhistoriker und hoch angesehene Kritiker war zunächst Demokrat und wurde erst in der Zeit der Ausnahme Gesetze zum Sozialdemokraten. Lange Zeit Chefredakteur der Leipziger Volkszeitung und Leitartikler der Neuen Zeit, brach er ab 1910 mit Kautsky, um sich Rosa Luxemburg anzunähern. Zweifellos der scharfsichtigste aller linken Kritiker,¹⁰⁶ hinderten ihn sein Alter und seine intellektuelle Bildung dennoch daran, ein wirklicher Führer einer Tendenz oder einer Fraktion zu sein.

Einen ähnlichen Weg ging eine andere führende Persönlichkeit der Sozialdemokratie und ihres radikalen Flügels, die ebenfalls in der Zeit der Verfolgungen Sozialdemokratin wurde. Clara Zetkin¹⁰⁷, geboren 1857, lebte mehrere Jahre in der Emigration in Frankreich, wo sie die meisten europäischen Sozialistenführer*innen kennenlernte. Sie leitete die sozialistische Frauenorganisation und gab deren Organ »Die Gleichheit« heraus. Mit Rosa Luxemburg durch eine tiefe Freundschaft verbunden, gehört sie wie Mehring zu jenen angesehenen Gestalten, die der radikalen und revolutionären Tradition treu bleiben.

Diese allgemein geschätzten Persönlichkeiten, deren Name zumindest in den Massen außerhalb der Kreise der eigentlichen Partei weithin bekannt ist, können jedoch

¹⁰² Trotzki, Mein Leben, Manifest, 2. Auflage 2019, S. 172.

¹⁰³ Ebenda, S. 190

¹⁰⁴ T. Höhle, Franz Mehring. Sein Weg zum Marxismus 1869-1891 (1958); Joseph Schleifstein, Franz Mehring. Sein marxistisches Schaffen 1891-1919 (1959).

¹⁰⁵ Diese Treffen fanden freitags im Restaurant Rheingold statt (Trotzki, Mein Leben, S. 170).

¹⁰⁶ Mehring weigerte sich, in Betracht zu ziehen, dass es in der internationalen sozialistischen Bewegung andere »Revolutionäre« als die Russen gab (Ebenda).

¹⁰⁷ Luise Dornemann, Clara Zetkin – Ein Lebensbild, 1957.

nicht die Pole der Umgruppierung einer Opposition bilden. Letztere werden sich in der Tat im Wesentlichen um Aktivist*innen ausländischer Herkunft scharen.

Ein niederländischer Astronom von Weltruf, Anton Pannekoek, spielte eine wichtige Rolle in der deutschen sozialdemokratischen Partei. 1906 als Lehrer an die Zentrale Parteischule in Berlin berufen, musste er diese Stelle unter Androhung der Ausweisung aufgeben, ließ sich aber für einige Jahre im Lande, vor allem in Bremen, nieder und half dort bei der Ausbildung einer Generation revolutionärer Aktivist*innen¹⁰⁸. Im Jahr 1909 schrieb er »Die taktischen Divergenzen in der Arbeiterbewegung«, worin er die Heterogenität des Proletariats, den Einfluss der Bourgeoisie und des Kleinbürgertums innerhalb der Arbeiter*innen- und sozialistischen Bewegung unterstrich: er war einer der ersten, der auf Deutschland und die deutsche Sozialdemokratie die Analyse anwandte, die von Marxist*innen bis dahin für die angelsächsischen Arbeiter*innenbewegung reserviert gewesen war, wonach die Existenz einer privilegierten Schicht der Arbeiter*innenklasse die Hauptquelle des Opportunismus darstelle¹⁰⁹. 1912 polemisierte er mit Kautsky, vor allem in seinem Artikel »Massenaktion und Revolution«, kritisierte die Praxis der Parteileitung, deren theoretische Begründung, die Kautsky in seinen Schriften gab, und unterstrich gegen ihn die Notwendigkeit der Zerstörung des bürgerlichen Staates durch proletarische Massenaktionen¹¹⁰. Er beharrt auf der Notwendigkeit einer antimilitaristischen Aktion der Sozialdemokratie, unterstreicht die Tatsache, dass die imperialistische Epoche eine des notwendigen Kampfes der Arbeiter*innenklasse um die Macht ist. Als Theoretiker und Lehrer in der deutschen Partei unterhielt er enge Kontakte zu seinen holländischen Genoss*innen, den Mitgliedern der »tribunistischen« Gruppe, die 1909 mit der offiziellen Sozialdemokratie brachen und eine dissidente Gruppierung mit einem revolutionären Programm gründeten, die SDP.¹¹¹ Allein in der internationalen Bewegung gaben die Bolschewiki der Tribunegruppe Unterstützung, zu der neben Anton Pannekoek auch der Dichter Hermann Gorter und die Schriftstellerin Henriette Roland-Holst gehörten. Viele Kommentatoren haben seitdem die engen Verbindungen zwischen den von Lenin und Pannekoek skizzierten Analysen und Perspektiven unterstrichen, die es ermöglichen, sie als zwei der repräsentativsten Theoretiker des internationalen linken Flügels zu betrachten, deren Elemente sich innerhalb der sozialdemokratischen Bewegung formierten¹¹².

108 S. Bricianer, Pannekoek et les conseils ouvriers, S. 45-46.

109 Die taktischen Differenzen in der Arbeiterbewegung, Hamburg, 1909; Auszüge in Bricianer, oS. cit, S. 52-98.

110 A. Pannekoek, »Massenaktion und Revolution«, Die Neue Zeit, XXX, 2, S. 541-550, 585-593, 609-619; Auszüge in Bricianer, oS. cit.

111 Ebenda, S. 42-43.

112 Siehe insbesondere Heinz Schurer, »Anton Pannekoek and the Origins of Leninism«, The Slavonic and East European Review, XLI, 97, Juni 1963, S. 327-344.

Als Gefährte eines anderen berühmten Emigranten, Helphand, genannt Parvus, eines brillanten Theoretikers, der kurz vor dem Krieg ins Lager der Geschäftemacher gewechselt war¹¹³, spielte Julian Karski – sein richtiger Name war Marchlewski – eine wichtige Rolle als Journalist, zunächst in Dresden und dann bei der Leipziger Volkszeitung, als Popularisierer marxistischer Gedanken und Methoden und, für die Führer*innen der Partei, als Spezialist für die sozialdemokratische Bewegung in Osteuropa. In den 1910er Jahren griff auch er die opportunistische Wendung von Kautskys Politik an, dessen theoretischen Begründungen, dessen Analyse des Imperialismus, dessen pazifistischen und gradualistischen Parolen einer parlamentarischen Eroberung des Staates.¹¹⁴ 1913 schrieb er in seinem Namen und in dem von Rosa Luxemburg und Mehring diese Zeilen, die wie ein Verdikt klingen:

»Worauf es ankommt ist dies: wir drei, und ich ganz besonders, was ich betonen möchte, sind der Auffassung, dass die Partei eine innere Krise durchmacht, viel, viel schwerer, als zu jener Zeit, da der Revisionismus aufkam. Das Wort mag hart sein, aber es ist meine Überzeugung, dass die Partei dem Marasmus zu verfallen droht, wenn es so weiter geht. In einer solchen Situation gibt es für eine revolutionäre Partei nur eine Rettung: die denkbar schärfste, rücksichtsloseste Selbstkritik.«¹¹⁵

Rosa Luxemburg

Keiner dieser Menschen aber flößt der Partei- und Gewerkschaftsführung so viel Respekt und manchmal auch Angst und Hass ein wie die »gebrechliche Krüppelin« ausländischer Herkunft, die zusammen mit Kautsky als eine der beiden Theoretiker*innen der deutschen Sozialdemokratie zu Beginn dieses Jahrhunderts erscheint.

Rosa Luxemburg¹¹⁶ wurde 1871 in Polen als Kind einer verarmten jüdischen Familie geboren. Sie wurde schon sehr jung für den Sozialismus gewonnen und musste 1888 in die Schweiz emigrieren. Dort verband sie sich mit einem anderen emigrierten polnischen Aktivisten, Leo Jogiches, genannt Tyszko. Gemeinsam hatten sie in der Emigration die Polnische Sozialdemokratische Partei gegründet und dann geleitet und spielten eine wichtige Rolle bei der russischen Revolution von 1905-1906 in Warschau, für die sie viele Monate im Gefängnis verbrachten.

113 Zeman, Z.A.B. und Scharlau, W., *Freibeuter der Revolution, Helphand-Helphand. Eine politische Biographie*. Köln 1964. [Parvus und Karski gründeten zwar einmal einen gemeinsamen Buchverlag, Karski als Gefährten von Parvus zu bezeichnen, erscheint aber ziemlich übertrieben – Anm. d. dt. Herausg.]

114 Horst Schumacher, Sie nannten ihn Karski, Berlin, 1964.

115 Brief an Hans Block, 16. Dezember 1913, in E. Meyer, »Zur Loslösung vom Zentrum in der Vorkriegszeit«, *Die Internationale*, 1927, n° 5, S. 153-158. [zitiert nach Schumacher, a.a.O., S. 127]

116 Wichtigste Biografien: S. Frölich. *Rosa Luxemburg*, 1939, französische Übersetzung, 1966, und J.S. Nettel, *Rosa Luxemburg*, 2 Bde. 1966 und gekürzte Ausgabe 1968, beide in englischer Sprache, [deutsch Ausgabe Köln-Berlin 1967, deutsche gekürzte Ausgabe Köln-Berlin 1969]; von einem SED-Führer, Fred Oelßner *Rosa Luxemburg. Eine kritische biografische Skizze*, Berlin, 1952. Einen Überblick über ihr politisches Wirken bietet W. Klein, *Rosa Luxemburg. Ihre politischen Ideen. Manifest*, 2021.

Doch ab 1898 und mit Ausnahme der »polnischen« Periode der Revolution von 1905-1906 war es vor allem ihr Wirken innerhalb der deutschen Sozialdemokratie und ihre Teilnahme an den großen theoretischen Debatten, mit denen sich Rosa Luxemburg – auf dem Weg einer Scheinehe eingebürgerte Deutsche – ihre Meriten, ihr Ansehen, Freundschaften und handfeste Feindschaften erwarb. Ihr Name ist untrennbar mit der Geschichte der »Bernsteiniade« und dem theoretischen Kampf gegen den Revisionismus und für die »Verteidigung des Marxismus« verbunden; sie veröffentlichte bei dieser Gelegenheit ihre berühmte Broschüre »Sozialreform oder Revolution«¹¹⁷. Sie war es auch, die insbesondere durch ihre Arbeit über »Massenstreik, Partei und Gewerkschaft«¹¹⁸ die Debatte über den »Massenstreik« in der deutschen Partei und über die Schlussfolgerungen und Lehren aus der ersten russischen Revolution eröffnete. Ab 1910 brach sie, wie Pannekoek, wie Mehring und Karski, mit Kautsky eine Zusammenarbeit ab, die auch eine feste persönliche Freundschaft gewesen war, und setzte seinen zunehmend revisionistischen Analysen und Perspektiven ihre eigene Analyse des Imperialismus und der Massenaktion entgegen. 1913 wegen einer antimilitaristischen Äußerung während einer Rede auf einer Parteiversammlung in Bockenheim angeklagt,¹¹⁹ fand sie sich in den ersten Monaten des Jahres 1914 im Rampenlicht wieder, als Opfer der Repressionen und Rednerin auf den großen im Rahmen der Protest- und Verteidigungskampagne der Partei organisierten Massenversammlungen.¹²⁰ In der Zwischenzeit unterrichtete sie mehrere Jahre an der zentralen Parteischule in Berlin und hinterließ einen tiefen Eindruck bei ihren Schüler*innen, auch bei denen, die ihre Ansichten nicht teilten.¹²¹

Als wichtige Figur auf allen Kongressen der Internationale, auf denen sie in der Regel Mandate der polnischen Sozialdemokratie in der Emigration hatte, und als Mitglied des Internationalen Sozialistischen Büros gelang es Rosa Luxemburg nicht, sich innerhalb der deutschen Sozialdemokratie eine dauerhafte Plattform durch eine Zeitung oder ein Journal zu sichern oder ein stabiles Publikum, das größer war als die Handvoll Freunde und Anhänger*innen, die sie umgaben. Aber sie konnte sich in dieser a priori feindseligen Umgebung, die für eine Frau ausländischer Herkunft nur schwer zugänglich war, durchsetzen: Sie hatte sowohl zu Bebel als auch zu Wilhelm Liebknecht ein ausgezeichnetes Verhältnis und war sehr mit den Kautskys ver-

117 Sozialreform oder Revolution (Leipzig, 1899), zuerst erschienen in der Leipziger Volkszeitung vom 4. bis 8. April 1899. Gesammelte Werke, 3 [Berlin 1925], S. 35-100. [Gesammelte Werke, Band 1. Erster Halbband. Berlin 1970, S. 367-466, in mehrfacher Auflage bei Manifest wieder erschienen.]

118 Massenstreik, Partei und Gewerkschaften (Hamburg, 1906) Gesammelte Werke, 4 [Berlin 1928], S. 410 ff. [Nachdruck in Gesammelte Werke, Band 2, Berlin 1972, S. 91-170. 2020 erneut bei Manifest wieder aufgelegt. Tatsächlich war die Massenstreikdebatte bereits durch den Amsterdamer Sozialistenkongress 1904 und Henriette Roland Holsts Buch »Generalstreik und Sozialdemokratie« (Dresden 1905) eröffnet worden. d. Hg.]

119 Nettl, a.a.O., S. 481 [deutsche Übersetzung, S. 461]

120 Ebenda, S. 482-484 [dt. Übers. S. 462-464]

121 Ebenda, S. 390-396 [dt. Übers. S. 375-381]

bunden; sie erwarb sich den Respekt aller ebenso durch die Kraft ihrer Intelligenz wie durch ihre Talente als Polemikerin und Rednerin. Diese sensible Frau mit dem Temperament einer Künstlerin besaß die Kühnheit der größten Denker*innen, und Lenin rühmte sie später als »ein[en] Adler.«¹²² Gemeinsam waren sie die Autor*innen eines wichtigen Änderungsantrags zu Bebels Resolution zum Krieg, die dem Stuttgarter Kongress 1907 vorgelegt wurde, und man kann im Rückblick feststellen, dass sie die beiden Galionsfiguren der internationalen sozialdemokratischen Linken vor dem Krieg waren.

Dennoch waren diese beiden unabhängigen Persönlichkeiten in einer Reihe von theoretischen und praktischen Hauptfragen eindeutig gegensätzlicher Meinung. Nach der Veröffentlichung von »Was tun?«¹²³, dessen Thesen sie als von einer schädlichen Tendenz zur Zentralisierung geprägt beurteilte, die sie als »blanquistisch« und »jakobinisch« bezeichnete, schrieb Rosa Luxemburg gegen Lenin:

»Grundverschieden sind die Bedingungen der sozialdemokratischen Aktion. Diese wächst historisch aus dem elementaren Klassenkampf heraus. Sie bewegt sich dabei in dem dialektischen Widerspruch, dass hier die proletarische Armee sich erst im Kampfe selbst rekrutiert und erst im Kampfe auch über die Aufgaben des Kampfes klar wird. Organisation, Aufklärung und Kampf sind hier nicht getrennte, mechanisch und auch zeitlich gesonderte Momente, wie bei einer blanquistischen Bewegung, sondern sie sind nur verschiedene Seiten desselben Prozesses. Einerseits gibt es – abgesehen von allgemeinen Grundsätzen des Kampfes – keine fertige, im Voraus festgesetzte detaillierte Kampfpraktik, in die die sozialdemokratische Mitgliedschaft von einem Zentralkomitee eingedrillt werden könnte. Andererseits bedingt der die Organisation schaffende Prozess des Kampfes ein beständiges Fluktuieren der Einflussphäre der Sozialdemokratie.

Daraus ergibt sich schon, dass die sozialdemokratische Zentralisation nicht auf blindem Gehorsam, nicht auf der mechanischen Unterordnung der Parteikämpfer unter ihre Zentralgewalt basieren kann (...) Der sozialdemokratische Zentralismus (...) kann nichts anderes als die gebieterische Zusammenfassung des Willens der aufgeklärten und kämpfenden Vorhut der Arbeiterschaft ihren einzelnen Gruppen und Individuen gegenüber sein, es ist dies sozusagen ein ›Selbstzentrismus‹ der führenden Schicht des Proletariats, ihre Majoritätsherrschaft innerhalb ihrer eigenen Parteiorganisation.«¹²⁴

Sie sprach sich sehr stark gegen die von Lenin vertretene Konzeption des Zentralismus aus:

122 Œuvres, Bd. XXXIII, S. 212 [»Notizen eines Publizisten«, Werke, Bd. 33, S. 188-196, hier S. 195.]

123 Tatsächlich nicht »Was tun?« von 1902, sondern »Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück« von 1904 – d. dt. Herausg..

124 Organisationsfragen, ebenda, S. 488 f. [Nachdruck, S. 428 f.]

»Wichtig ist auch für die Sozialdemokratie jedesmal nicht das Vorausnehmen und Vorauskonstruieren eines fertigen Rezeptes für die künftige Taktik, sondern die lebendige Erhaltung in der Partei der richtigen historischen Wertschätzung für die jeweilig herrschenden Kampfformen, das lebendige Gefühl für die Relativität der gegebenen Phase des Kampfes und für die notwendige Steigerung der revolutionären Momente vom Standpunkt des Endziels des proletarischen Klassenkampfes.

Es hieße aber den aus ihrem Wesen notwendigerweise entspringenden Konservatismus jeder Parteileitung gerade künstlich in gefährlichstem Maße potenzieren, wenn man sie mit so absoluten Machtbefugnissen negativen Charakters ausstaten wollte, wie es Lenin tut. Wird die sozialdemokratische Taktik nicht von einem Zentralkomitee, sondern von der Gesamtpartei, noch richtiger, von der Gesamtbewegung geschaffen, so ist für einzelne Organisationen der Partei offenbar diejenige Ellenbogenfreiheit nötig, die allein die völlige Ausnutzung aller von der jeweiligen Situation gebotenen Mittel zur Potenzierung des Kampfes sowie die Entfaltung der revolutionären Initiative ermöglicht. Der von Lenin befürwortete Ultrazentralismus scheint uns aber in seinem ganzen Wesen nicht vom positiven schöpferischen, sondern vom sterilen Nachwächtergeist getragen zu sein. Sein Gedankengang ist hauptsächlich auf die Kontrolle der Parteitätigkeit und nicht auf ihre Befruchtung, auf die Einengung und nicht auf die Entfaltung, auf die Schurigelung und nicht auf die Zusammenziehung der Bewegung zugeschnitten.«¹²⁵

Ihre berühmte Schlussfolgerung ist manchmal – ganz unzutreffend – als Zusammenfassung ihrer Differenzen mit dem Bolschewismus verwendet worden:

»Fehlritte, die eine wirklich revolutionäre Arbeiterbewegung begeht, sind geschichtlich unermesslich fruchtbarer und wertvoller als die Unfehlbarkeit des allerbesten Zentralkomitees.«¹²⁶

Obwohl diese Polemik, die schnell überholt war, nicht die große Bedeutung hat, die viele Historiker*innen oder Kommentator*innen ihr seither zuschreiben,¹²⁷ erlaubt sie es uns, die Distanz zu messen, die Rosa Luxemburgs Denken von den Bolschewiki und ihrer Konzeption der Partei trennt. Es ist jedoch wichtig, gleichzeitig an Rosa Luxemburgs Verbundenheit mit der sozialdemokratischen Partei als solcher und mit ihrer Einheit, sowohl national als auch international, zu erinnern. In der Tat hat sie nie aufgehört zu denken, was sie 1908 an ihre alte Freundin Henriette Roland-Holst schrieb:

¹²⁵ Ebenda, S. 491 f. [Nachdruck, S. 433 f.]

¹²⁶ Ebenda, S. 535 [Nachdruck, S. 444]

¹²⁷ Siehe insbesondere das, was Lenin selbst im »Vorwort zum Sammelband ›12 Jahre‹ über Was tun? schrieb *Que faire ? présenté et annoté par J.-J. Marie*, 1966, pS. 43-52 [Werke, Band 12, S. 86-105, v.a. S. 92-96].

Eine »Zersplitterung der Marxisten (nicht zu verwechseln mit Meinungsverschiedenheiten) ist fatal. Aber jetzt, wo Du aus der Partei heraus willst, möchte ich Dich mit aller Macht daran hindern. (...) Dein Austritt aus der SDAP [bedeutet] einfach den Austritt aus der sozialdemokratischen Bewegung! Das darfst Du nicht, das darf keiner von uns! Wir dürfen nicht außerhalb der Organisation, außer Kontakt mit den Massen stehen. Die schlechteste Arbeiterpartei ist besser wie keine.«¹²⁸

Der Konflikt zwischen ihnen in der Frage der Zentralisierung und der Rolle der Partei hinderte Rosa Luxemburg und Lenin weder daran, den politischen Kampf gegen den Opportunismus auf dem Stuttgarter Kongress gemeinsam zu führen, noch danach eine persönliche Beziehung zu pflegen. Als Rosa Luxemburg jedoch ab 1910 mit Kautsky brach und ihm vorwarf, den Weg zu einem neuen Revisionismus zu öffnen, folgte ihr in diesem Punkt keiner der russischen Sozialdemokrat*innen und insbesondere nicht Lenin, der ihre Vorwürfe für übertrieben hielt¹²⁹. Als sie 1913 die Frucht ihrer Überlegungen als Lehrerin für politische Ökonomie, ihr Werk *Die Akkumulation des Kapitals*, veröffentlichte, wurde sie nicht nur von Anton Pannekoek, sondern auch von Lenin heftig kritisiert, der ihre These, wonach eine erweiterte kapitalistische Reproduktion im Rahmen einer geschlossenen Wirtschaft unmöglich sei und die Ausplünderung vorkapitalistischer Ökonomien erfordere, als »grundlegend irrig«¹³⁰ beurteilte. Während Rosa Luxemburg meint, gleichzeitig die Notwendigkeit des Imperialismus und seine Zerbrechlichkeit angesichts der Aktion der Massen, die er notwendigerweise hervorruft, gezeigt zu haben, wirft Lenin ihr vor, aus der revolutionären Aktion eine objektive Erscheinung zu machen und die Rolle der Sozialdemokratie als revolutionäre Richtungsweiserin zu verschweigen. Als 1914 schließlich das Internationale Sozialistische Büro die Frage der russischen Partei aufgriff, die Lenin seit 1912 gegen die von ihm als »Liquidatoren« bezeichneten Menschewiki gewollt und organisiert hatte, verurteilte Rosa Luxemburg, ebenso wie Kautsky, Lenins »spalterische« Politik und sprach sich für die Wiedervereinigung der russischen

128 Wiedergegeben in Henriette Roland-Holst Van der Schalk, Rosa Luxemburg. Ihr Leben und Wirken, S. 221. Anmerkung der deutschen Herausgeber: Offenbar hat Broué nicht nach dem Original zitiert, sondern nach der sinnentstellenden Verkürzung durch Wohlgemuth (a.a.O., S. 193, wo auch die falsche Datierung steht. In den Gesammelten Briefen, Band 6, wird er auf August 1911 datiert). Tatsächlich hat sie den individuellen Austritt verurteilt, nicht die politisch begründete Spaltung. Die Abspaltung der SDP (»Tribunisten«) von der reformistischen SDAP hatte sie begrüßt. Im Kontext lautet das von Broué gebrachte Zitat: »Du weißt ja, ich war stark dagegen, als Du damals in der Partei bleibst, als die Anderen gingen. Ich war und bin der Meinung, Ihr solltet alle zusammenstehen – drin oder draußen, eine Zersplitterung der Marxisten (nicht zu verwechseln mit Meinungsverschiedenheiten) ist fatal. Aber jetzt, wo Du aus der Partei heraus willst, möchte ich Dich mit aller Macht daran hindern. Du willst, wie ich höre, nicht in die SDP eintreten. Ob dies Recht ist oder nicht, vermag ich nicht zu beurteilen. Genug. Du willst und kannst nicht in die SDP hinein. Aber dann bedeutet Dein Austritt aus der SDAP einfach den Austritt aus der sozialdemokratischen Bewegung! Das darfst Du nicht, das darf keiner von uns! Wir dürfen nicht außerhalb der Organisation, außer Kontakt mit den Massen stehen. Die schlechteste Arbeiterpartei ist besser wie keine.«]

129 Nettl, a.a.O., I, S. 433. [dt. Übers. S. 416]

130 Zusammenfassung in Nettl, oS. cit, II, S. 532-534. [dt. Übers., S. 510-512]

Sozialdemokratie aus¹³¹. Auf dem »gescheiterten Kongress« von 1914 – der wegen des Kriegsausbruchs nicht stattfinden konnte – wäre es zweifellos zu einer Diskussion über die russische Frage gekommen, bei der sich Rosa Luxemburg und Lenin erneut gegenübergestanden hätten.

Spaltung der Linken: die Radek-Affäre

Die Spaltung der Linken in Deutschland, verbunden mit der Spaltung der internationalen sozialdemokratischen Linken, erschien klar in dem, was gewöhnlich »Radek-Affäre« genannt wird. Letzterer, dessen richtiger Name Karol Sobelsohn war¹³² – ab der »Affäre« wurde er Radek genannt¹³³ –, geboren im österreichischen Galizien, war ein Einzelgänger oder besser gesagt ein Außenseiter innerhalb der deutschen Partei. Ursprünglich Aktivist in der polnischen PPS, trat er 1904 in die Reihen der Polnischen Sozialdemokratischen Partei Rosa Luxemburgs und Leo Jogiches' ein. Er nahm an der Revolution 1905 in Warschau teil, wo er die Parteizeitung *Czerwony Sztandar* herausgab, und wurde, nachdem er verhaftet wurde und geflohen war, Flüchtling in Deutschland, in Leipzig, wo er ab 1908 für die *Leipziger Volkszeitung* schrieb, und 1911 in Bremen, wo er für die *Bremer Bürgerzeitung* schrieb und sich mit spitzer Feder einen Namen machte. Er polemisierte nicht nur gegen die nationalistischen Tendenzen innerhalb der Sozialdemokratie, sondern insbesondere auch gegen die pazifistischen Illusionen des Zentrums: Dieser junge Mann war einer derjenigen, die Kautsky und seine Analyse des Imperialismus in den Spalten der Neuen Zeit im Mai 1912 angriffen¹³⁴.

Die Affäre eskalierte 1912: Auf den Ruf von Thalheimer, mit dem er verbunden war, ging Radek nach Göppingen, um ihn vorübergehend an der Spitze der dortigen radikalen Freien Volkszeitung zu vertreten, die seit langem mit finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen hatte, die insbesondere auf die Anfeindungen der revisionistischen Führer*innen Württembergs gegen sie zurückzuführen waren. Dort löste er einen landesweiten Skandal aus, indem er den Vorstand beschuldigte, ein Komplize der Revisionist*innen bei ihrem Versuch zu sein, die Zeitung zu erwürgen. Gleichzeitig wurde er von der Polnischen Sozialdemokratischen Partei Luxemburgs und Jogiches', gegen die er die Dissidenz des Warschauer Parteikomitees unterstützt hatte, geächtet: Er wurde 1912 ausgeschlossen, unter dem Vorwurf, einmal Geld, Bücher und Kleidung von Parteigenossen gestohlen zu haben¹³⁵. Der deutsche Parteitag von

131 Ebenda, II, S. 592-595. [dt. Übers. S. 565-568]

132 H. Schurer, »Radek and the German Revolution« [Radek und die deutsche Revolution], Survey, Nr. 53, Oktober 1964.

133 Tatsächlich hat er den Namen schon Jahre vorher verwendet – Anm. d. Übers.

134 »Unser Kampf gegen den Imperialismus«, abgedruckt in »In den Reihen der deutschen Revolution« S. 156-176.]

135 Eine ausführliche Darstellung der Radek-Affäre in der polnischen Partei findet sich bei J.S. Nettel, a.a.O. in II, S. 574-577. [dt. Ausg., S. 547-550]

1912 hatte das Problem der Mitgliedschaft Radeks in der Partei, die vom Vorstand in Frage gestellt wurde, aufgeworfen, ohne es zu regeln. Der von 1913 nahm seinen Ausschluss durch die polnische Schwesterpartei zur Kenntnis und beschloss zunächst prinzipiell, dass niemand, der aus einer Partei ausgeschlossen wurde, einer anderen Partei der Internationale beitreten konnte, und darauf, diese Regel rückwirkend auf Radek anzuwenden. Rosa Luxemburg war die Vermittlerin der polnischen Partei mit dem deutschen Parteivorstand und die Helferin der Ankläger*innen gegen Radek, dem gegenüber sie viel Feindseligkeit und sogar Abscheu zeigte. Marchlewski ist bei ihr. Aber Pannekoek und seine Bremer Freund*innen unterstützen Radek bedingungslos, und auch Karl Liebknecht unterstützt ihn aus Prinzip, weil er ihn als »exemplarisches« Opfer eines Vorstands sieht, der politische Repressalien gegen diejenigen betreibt, die seinen Opportunismus kritisieren. Auf der Ebene der Internationale schlossen sich sowohl Lenin als auch Trotzki der Verteidigung Radeks an, der sich an den Kongress gewandt hatte¹³⁶. Der Krieg ließ die Angelegenheit in der Schwebe, aber nicht ohne Folgen...

Es war bezeichnend, dass die führenden Köpfe der deutschen Linken anlässlich des ersten innerparteilichen Kräftemessens in Form eines repressiven Unternehmens gegen einen linken Gegner so gespalten waren und, mehr noch, dass einige von ihnen als Deckung für diese Repression dienen konnten. Es gab kein Gefühl irgendeiner Art von »Tendenz«-Solidarität angesichts des bürokratischen Apparats, und man kann sagen, dass es in den Augen der Aktivist*innen keine deutsche Linke gab, die eine kohärente und dauerhafte Gruppe darstellte.

Ansätze gab es dennoch

Es wäre verlockend, daraus zu schließen, dass die »Linken« vor allem aus Intellektuellen, Parteijournalist*innen, Schriftsteller*innen, Lehrer*innen bestanden, aus den Paul Lensch, Konrad Haenisch, August Thalheimer, Paul Frölich, Heinrich Ströbel, Ernst Meyer, die Mitarbeiter*innen von Rosa Luxemburg, Mehring oder Marchlewski in der Presse waren, oder aus Rosas Schüler*innen an der zentralen Partei-schule. Dies wäre jedoch eine zu restriktive Sichtweise. Denn Wilhelm Pieck, der von Bremen nach Berlin zog, wo er Sekretär an der Schule war, Friedrich Westmeyer, in Stuttgart, W. Koenen in Halle, sind das, was man »Parteiarbeiter*innen« nennt, ständige Organisator*innen, Hauptamtliche und Mitglieder des Apparats. Denn es waren die Arbeiter*innenaktivist*innen, die Leiter*innen und Kader der Gewerkschaften und die Parteiaktivist*innen, die den Gewerkschaftsführungen in diesen ersten Monaten des Jahres 1914 das Leben schwer machten, wie sie es schon bei der einen oder

¹³⁶ Schorske, a.a.O., S. 255-256; R. Fischer, a.a.O., S. 201-203; H. Schürer, a.a.O., passim; Radeks Sichtweise, dargelegt in *Meine Abrechnung* (Bremen, 1913), ist gut dargestellt bei Rudolf Franz, »Der Fall Radek von 1913«, *Das Forum*, IV, Nr. 5, Februar 1920, S. 389-393.

anderen Gelegenheit während der Kongresse oder anlässlich der »wilden« Streiks¹³⁷ getan hatten, die sich 1913 und in den ersten Monaten des Jahres 1914 vervielfachten und tendenziell ausweiteten. So der Bochumer Bergarbeiter Heinrich Teuber, der Chemnitzer Maurerführer Fritz Heckert, die Metallarbeiter Robert Dissmann aus Stuttgart, Josef Ernst aus Hagen im Ruhrgebiet oder Otto Brass aus Remscheid oder der Berliner Dreher Richard Müller.

Am Vorabend des Krieges verfügten diese radikalen, linken Aktivist*innen über solide Positionen: in bestimmten Industriezentren nicht nur eine Mehrheit unter den Aktivist*innen, sondern auch im lokalen Apparat, und überall Pressetribünen, ein großes Publikum in der Partei wie in der Klasse und großes Prestige, wie der Erfolg der Rundreise zeigte, die Rosa Luxemburg 1914 nach dem gegen sie angestregten Verfahren unternahm¹³⁸. Sie haben auch, und vielleicht vor allem, einen großen Einfluss auf die Gruppen junger Sozialist*innen, unabhängig davon, ob sie formal von der Partei abhängig sind oder nicht, deren Apparat seine Bemühungen mit denen der Regierung vereint, um ihre autonome Entwicklung zu verhindern. In diesem Kampf, der von Liebknecht initiiert und von den antimilitaristischen Gefühlen, die er zu beleben versuchte, angefacht wurde, formierten sich junge Menschen, von denen viele auch Schüler*innen von Rosa Luxemburg an der Berliner Schule waren: Willi Münzenberg, vorläufig in die Schweiz emigriert, Walter Stoecker, Edwin Hoernle, Jakob Walcher, Wilhelm Koenen, Paul Frölich, Georg Schumann und viele andere.

1914 näherten sich diese Aktivist*innen, einander ohne sich zu vereinigen, an in der Propaganda für den Massenstreik, in der Anprangerung des Imperialismus und des Wettrüstens, in der Kritik an der von Kautsky lancierten pazifistischen Abrüstungsparole. Sie stehen in der ersten Reihe in der Flut der wirtschaftlichen Streiks, bei den Versammlungen und Arbeiter*innendemonstrationen gegen den Krieg, für die Verteidigung von Rosa Luxemburg und gegen die Repression. Was aber letztlich die gemeinsame Basis ihres Kampfes als kämpferische Sozialist*innen ausmacht, ist ihre tiefe Überzeugung, dass die sozialistische Revolution die einzige Lösung gegen Imperialismus und Krieg darstellt und dass die spontane Aktion der Massen die einzige entscheidende Kraft in der Politik ist, insbesondere, wie Rosa Luxemburg schreibt, in einer »echten demokratischen Partei«, wie es die Sozialdemokratische Partei Deutschlands in ihren Augen ist¹³⁹.

Nachdem sie jahrelang mit der autoritären Organisation ihrer eigenen Partei gekämpft hatten, sahen die deutschen Linksradikalen schließlich – im Gegensatz zu Lenin – in der Zentralisierung das Haupthindernis für die »Radikalisierung der Mas-

137 Nettl, a.a.O., II, S. 478. [dt. Übers., S. 459]

138 Siehe Rosa Luxemburg gegen den deutschen Militarismus, Ost-Berlin, 1960.

139 Nettl, a.a.O., II, S. 479. [dt. Übers., S. 460. Das Zitat ist aus »Nochmals der preußische Wahlrechtskampf«, Gesammelte Werke, Band 4. Berlin 1928, S. 487-489, hier S. 489 und Gesammelte Werke, Band 3, Berlin 1973, S. 456-458, hier S. 458]

sen« und folglich für die Entwicklung der revolutionären Aktion. Im Bewusstsein des Fortschreitens des Revisionismus in den Reihen der Partei und insbesondere an ihrer Spitze, im Bewusstsein des Gewichts, das die konservativ gesinnten Gewerkschaftsbürokrat*innen in den Leitungsgremien erlangt haben, aber überzeugt vom revolutionären Charakter der imperialistischen Periode, unermüdliche Kritiker des Opportunismus der Führung und ihrer autoritären Methoden, denken sie wie Rosa Luxemburg, dass es in der Frage der Organisation kein Rezept gibt:

Die »opportunistischen Verirrungen [können] nicht von vornherein verhütet werden, sie müssen erst, nachdem sie in der Praxis greifbare Gestalt angenommen haben, durch die Bewegung selbst – allerdings mit Hilfe der vom Marxismus gelieferten Waffen – überwunden werden.«¹⁴⁰

Diese grundsätzliche Auffassung der Aktion, die Identifikation, die sie zwischen der Partei und der Klassenbewegung herstellen, ihre tiefe Verbundenheit mit der Organisation, in der sie – trotz ihrer bürokratischen Auswüchse – immer den Ausdruck der sozialdemokratischen, revolutionären Arbeiter*innenbewegung sehen, führen dazu, dass sie sich weigern, an eine Organisierung in einer Fraktion zu denken. Sie schließen die Möglichkeit der Bildung selbst einer informell oder in ungefähren Grenzen erfolgenden revolutionären Tendenz der deutschen oder internationalen Sozialdemokratie aus, die sie mit den Bolschewiki verbinden würde, und erst recht jede Spaltung innerhalb des sozialistischen Universums, der Partei oder der Internationale.

Gerade diese Frage – bis dahin von allen, selbst als Arbeitshypothese, abgetan und bestenfalls von anarchistischen Aktivist*innen wie Landauer oder einem Journalisten wie Franz Pfemfert, die alle außerhalb der Arbeiter*innenbewegung standen, aufgezeigt¹⁴¹ – wird zunächst durch den Ausbruch des Ersten Weltkriegs und dann durch das Festhalten der Führung der deutschen sozialdemokratischen Partei und der anderen großen Parteien der Internationale an der Vaterlandsverteidigung in ihren jeweiligen Ländern auf die Tagesordnung gesetzt. Kautsky lag nicht falsch, als er am 8. Oktober 1913 an seinen alten Weggefährten Victor Adler schrieb:

»Es herrscht bei uns allgemeines Unbehagen, das unsichere Suchen und Tasten nach neuen Wegen, die Empfindung: es muss etwas geschehen. (...) Die Rosaleute machen daraus natürlich den erbitterten Vorwurf: Es geschieht nichts, weil ihr nichts tun wollt!

Aber auf die Frage, was geschehen soll, bleiben auch sie die Antwort schuldig.«¹⁴²

140 Organisationsfragen, a.a.O., S. 534 f. [Nachdruck, S. 443]

141 Der Schriftsteller Franz Pfemfert, der ab 1911 die Wochenzeitung *Die Aktion* herausgab, unterstützte die linken Elemente um Rosa Luxemburg, sprach sich aber für eine »neue Arbeiterpartei« aus (Bock, Syndikalismus und Linkskommunismus von 1918-1923, S. 47).

142 Zitiert in Victor Adler, Briefwechsel mit August Bebel und Karl Kautsky, S. 582.

Teil I
Vom Krieg zur Revolution –
Sieg und Niederlage des Linksradikalismus

Kapitel IV:

Der Krieg und die Krise der Sozialdemokratie

Am 31. Juli 1914 veröffentlichte das Internationale Sozialistische Büro seinen Aufruf zum Kampf gegen den Krieg, und Jean Jaurès fiel unter den Kugeln von Raoul Villain. Am 1. August erklärte die deutsche Regierung Russland den Krieg und rief den Ausnahmezustand aus. Am 2. trat der Vorstand der sozialdemokratischen Partei zusammen, um die Haltung der gewählten Reichstagsabgeordneten in der Frage der Abstimmung über die von Reichskanzler Bethmann-Hollweg geforderten Kriegskredite festzulegen.

Die Führer*innen waren tief gespalten: Während der alte Revisionist David und Parteisekretär Scheidemann sich dafür aussprachen, für die Kriegskredite zu stimmen¹⁴³, forderten Haase und Ledebour eine ablehnende Abstimmung in Übereinstimmung mit den prinzipiellen Positionen der Partei. Nach Diskussion wurde die Entscheidung auf den nächsten Tag vertagt. In der Sitzung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion griff der rechte Flügel zuerst an: David brandmarkte die Bedrohung, die die russische Autokratie für die deutschen Freiheitsrechte darstelle, unterstrich die Gefahr eines Parteiverbots im Falle eines ablehnenden Votums und die Bedeutung einer solchen Geste in der herrschenden Atmosphäre der Kriegsbegeisterung. Er erklärte, entschlossen zu sein, die Abstimmungsdisziplin bei einem so wichtigen Thema nicht zu akzeptieren¹⁴⁴.

Die Gegner der Abstimmung der Kriegskredite waren weit davon entfernt, die gleiche Entschlossenheit aufzubringen. Als die Fraktion mit 78 zu 14 Stimmen beschloss, für die Kriegskredite zu stimmen, erklärten sich die 14 Gegner – unter ihnen Haase, Ledebour, Liebknecht, Otto Rühle – bereit, am nächsten Tag die Disziplin zu wahren. Mehr noch: In der Reichstagsitzung vom 4. August war es Hugo Haase, Parteivorsitzender und Fraktionssprecher, der dem Kanzler, also der Kriegspolitik, die einstimmige Unterstützung der Sozialdemokraten gab. Er begründete diese Geste mit der Sorge um die Landesverteidigung eines freiheits- und kulturliebenden Volkes, das durch den zaristischen Despotismus bedroht sei, und gab dem Wunsch Ausdruck, dass die kriegführenden Mächte, sobald die Sicherheit Deutschlands militä-

143 Liebknecht, Klassenkampf... , S. 14. [Nachdruck in Gesammelte Reden, S. 1-144, hier S. 20]

144 Ebenda, S. 55, 87.

risch gewährleistet sei, möglichst bald einen dauerhaften Frieden schließen könnten, der die Freundschaft zwischen den Völkern garantiere. Indem die Sozialdemokratische Partei für die Kredite stimmte und den Krieg billigte, bekräftigte sie gleichzeitig ihr Bekenntnis zur Internationale, zum Sozialismus und zum Frieden. Eine Seite der Weltgeschichte war umgeschlagen worden¹⁴⁵.

Bedeutung und Folgen des 4. August

Im Rückblick lässt sich leicht zeigen, dass die Abstimmung vom 4. August die logische Folge der Entwicklung der sozialdemokratischen politischen Tätigkeit in den vorangegangenen Jahren war. Dennoch versetzte die Nachricht viele gut informierte Zeitgenoss*innen in Erstaunen: Skeptisch gegenüber der Ausgabe des Vorwärts, aus der die Information stammte, zog Lenin für einen Moment die Hypothese einer vom deutschen Generalstab erdachten Fälschung in Betracht¹⁴⁶. Noch am 25. Juli, weniger als zehn Tage zuvor, hatte die Partei in einem Manifest feierlich bekräftigt:

»Das klassenbewusste Proletariat Deutschlands erhebt im Namen der Menschlichkeit und der Kultur flammenden Protest gegen dies verbrecherische Treiben der Kriegshetzer. (...) Kein Tropfen Blut eines deutschen Soldaten darf dem Machtkitzel der österreichischen Gewalthaber, den imperialistischen Profitinteressen geopfert werden.«¹⁴⁷

Am 30. Juli hatte der Vorstand angesichts der anscheinenden Unvermeidlichkeit der Spirale aufgegeben und von *»erfolglosen Bemühungen«* und *»getaner Schuldigkeit«* gesprochen, aber sie hatte nicht die Kriegstrompete des Kampfes zugunsten der bedrohten Zivilisation geblasen¹⁴⁸.

Bis heute fehlen die Dokumente über die wahren Motive der sozialdemokratischen Führer*innen und ihre innersten Gedanken im Verlauf dieser entscheidenden Woche. Scheidemann gab zu, dass er von dem Ausmaß der chauvinistischen Demonstrationen in Berlin sehr beeindruckt war¹⁴⁹. Ein Brief und Notizen von Ebert spiegeln seine Befürchtung wider, dass der Krieg und die unvermeidliche eventuelle Wiederbelebung der russischen Arbeiter*innenbewegung die Pläne der *»Rosagruppe«* wie-

145 Illustrierte Geschichte, S. 99 und Scheidemann, Memoiren, I, S. 257-258.

146 Trotzki, Ma Vie, S. 276. [Mein Leben, Kapitel »Der Beginn des Krieges.« Ausgabe Manifest Verlag, S. 186. Auf der Zimmerwalder Konferenz sagte Trotzki selbst: »Die Nummer des Vorwärts vom 4ten August glaubte man im Generalstab produziert.« (Horst Lademacher (Hg.): Die Zimmerwalder Bewegung. I. Protokolle. Den Haag - Paris 1967, S. 8X) und der anwesende Lenin widersprach zumindest nicht]

147 Zitiert bei C. Grünberg, Die Internationale und der Weltkrieg, Bd. I, S. 51. [Hier zitiert nach Dokumenten und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Band IV, März 1898-Juli 1914, Berlin 1967, S. 492 f., hier S. 493]

148 Ebenda, S. 63-64.

149 Scheidemann, Memoiren, I, S. 235.

derbeleben würden¹⁵⁰. In der Tat scheint es, dass Angst das vorherrschende Gefühl war. Bereits am Abend des 30. Juli waren Ebert und Otto Braun mit der Parteikasse in die Schweiz gefahren¹⁵¹. Bei der Anwendung des Gesetzes über den Belagerungszustand hatten die Militärbehörden diktatorische Befugnisse: Sie könnten natürlich von heute auf morgen das gigantische, geduldig errichtete Bauwerk vernichten, die sozialen Errungenschaften annullieren, die Organisationen zerschlagen, die Presse verbieten, Aktivist*innen und Leiter*innen verhaften und mit einem Federstrich alle Ergebnisse jahrzehntelanger sozialdemokratischer Aktion, Propaganda und Organisation auslöschen. Der furchtbare von der Informationspresse, den konstituierten Behörden, dem Staatsapparat ausgeübte Druck, das brutale Wiederaufleben elementarer chauvinistischer Gefühle schien eine unumkehrbare Strömung zu schaffen, und viele Aktivist*innen waren versucht, ohne jeden Geist der Umkehr mit ihr zu verschmelzen, sie, die weder an Isolation noch an den Kampf gegen die Strömung, noch weniger an brutale Repression und Illegalität gewöhnt waren. Konrad Haenisch desavouierte in wenigen Stunden seinen jahrelangen Kampf in den vordersten Reihen der Linksradiكالen und schloss sich dem Lager der Patriot*innen an, wobei er versicherte, damit ein »*Ring*en zweier Seelen«¹⁵² gelöst zu haben. Das Phänomen ist weder einzigartig noch neu: Carl Schorske erinnert an den anderen 4. August, jene Nacht im Jahr 1789, als der Adel Frankreichs seine Privilegien aufgab und »*seinen eigenen Grundsätzen der sozialen Organisation entsagte*.«¹⁵³

Tatsächlich eröffnete sich in jenem Monat August 1914 eine neue Periode. Weder für die deutschen Sozialdemokrat*innen noch für die französischen Sozialist*innen war es möglich, zumindest vorläufig einen friedlichen Weg zum Sozialismus zu erwarten, in einem Moment, in dem die zwischenimperialistischen Widersprüche zu bewaffneten Konflikten führten. Für die in ihrer Routine überraschten, vor Entscheidungen, deren Tragweite sie vielleicht nicht ermessen konnten, gestellten Führer*innen, die an der Schwelle von Ereignissen standen, die sie sich nicht einmal vorstellen konnten, brachte die neue Situation Zweifel, Zögern, Verwirrung. Die Regierung erledigte den Rest. In den letzten Julitagen hatte das Innenministerium versucht, die Leiter*innen der Gewerkschaften zu beruhigen, indem es ihnen versicherte, dass sie nichts zu befürchten hätten, dass das Vaterland alle seine Söhne brauche, und sie besonders¹⁵⁴. Durch den Mund der rechten Sozialdemokrat*innen bot die deutsche Bourgeoisie einen verlockenden Ausweg mit dem Überleben der Organisationen, besser noch, ihrer Offizialisierung, der Anerkennung ihrer Rolle, ihrer Notwendigkeit für die Aufrechterhaltung eines »Burgfriedens« angesichts der äußeren Gefahr.

150 Ebert, Schriften, 1, S. 309. Siehe auch D. K. Buse »Ebert und der Ausbruch des 1. Weltkriegs – Ein Monat aus seinem Tagebuch.« Internationale Zeitschrift für Sozialgeschichte, 1968, Nr. 3, S. 430-448.

151 Scheidemann, a.a.O., I, S. 245.

152 Zitiert bei E. Prager, Geschichte der USPD, S. 34. [4. Auflage 1980, S. 31]

153 Schorske, a.a.O., S. 365.

154 Umbreit, Die deutschen Gewerkschaften im Weltkrieg, S. 21.

Noch einmal, aber mit überzeugenderen Argumenten, boten die herrschenden Klassen den Arbeiterführer*innen eine Rolle an, die mit der Anerkennung des Vorhandenseins eines gemeinsamen nationalen Interesses der Arbeiter*innen und Bosse begründet wurde, kurz gesagt, mit der Wiedereingliederung der Arbeiter*innenklasse und ihrer Partei in die nationale Gemeinschaft, in das deutsche Vaterland.

Bereits am 2. August schlossen die Gewerkschaften mit den Unternehmer*innen ein Abkommen, das Streiks und Aussperrungen verbot und alle Tarifverträge für die Dauer der Feindseligkeiten verlängerte¹⁵⁵. Am 3. August waren es etwa dreißig Abgeordnete um David und Scheidemann herum, die beschlossen, auf jeden Fall für die Kriegskredite zu stimmen, wobei sie sich der Unterstützung der Gewerkschaftsführer*innen sicher waren¹⁵⁶. Die Versprechungen der Regierung über eine »neuen Orientierung« nach dem Krieg, die Zusicherungen, dass keine Maßnahmen gegen die Arbeiter*innenorganisationen ergriffen würden, wenn sie mitspielten, und die wahrgenommenen Möglichkeiten neuer politischer Karrieren gaben schließlich den Ausschlag. Die Zögernden sammelten sich auf der Rechten. Was die vierzehn linken Abgeordneten betrifft, die gegen die Kriegskredite und den Krieg hätten stimmen wollen, so sind der Einfluss der Einheitsideologie, die Verbundenheit mit der Organisation und der Parteipatriotismus so stark, dass keiner von ihnen sich damit abfinden wird, die Fraktionsdisziplin zu brechen. Haase und Liebknecht selbst respektierten einen Beschluss, der von einer Mehrheit gefällt war, von der allerdings einige Mitglieder im Vorfeld erklärt hatten, dass sie diese Disziplin nicht respektieren würden, wenn die Entscheidung gegen sie ausfiele.

Der Wendepunkt war viel entscheidender, als die Männer, die sich »der Partei« beugten, glaubten. Die Sozialdemokrat*innen setzten sich für den Krieg ein und befürworteten ihn. Die Beteuerungen des Bekenntnisses zu Prinzipien, zur internationalen Solidarität der Arbeiter*innen, zum Frieden, zum Sozialismus, die Versicherung des rein defensiven Charakters des Krieges, die empörte Ablehnung jeglicher möglicher Annexion erschienen bald als nichts weiter als dürftige rednerische Vorsichtsmaßnahmen angesichts einer Realität, die Schrapnells, Bomben, Maschinengewehrfeuer, Erstickungsgas und imperialistische Ziele hieß. Bald werden die sozialdemokratischen Leiter*innen genauso »annexionistisch« sein wie die militärischen oder politischen Führer*innen. Sie werden den deutschen Arbeiter*innen erklären, dass die Armee Wilhelms II. durch ihren Kampf gegen den Zarismus und den britischen Imperialismus die Chancen des Sozialismus verteidigt und seinen künftigen Sieg sichert. In Frankreich behaupteten die Sozialist*innen ihrerseits, dass es, um die Chancen des Sozialismus zu sichern, zuerst notwendig sei, dem deutschen Militarismus und dem pangermanischen Imperialismus ein Ende zu setzen. Die Internationale starb am 4. August 1914.

¹⁵⁵ Ebenda, S. 21-30.

¹⁵⁶ Grünberg, a.a.O., I, S. 73.

Erster Widerstand

Niemand ist je auf die Idee gekommen, die Bedeutung des Ereignisses, das Ausmaß des Wendepunkts zu bestreiten. Aber die Unstimmigkeiten begannen, sobald die Ursachen analysiert wurden.

Franz Borkenau bemühte sich, gegen die, wie er es nennt, kommunistische These vom »Verrat« der Führer*innen, die Kraft der »Welle des Patriotismus« zu zeigen, die über die Grenzen der Parteiüberzeugungen in Deutschland und anderswo hinwegfegte. Er sah dies als Beweis dafür, dass sich die politischen Leidenschaften in der modernen Welt weniger an Klassenantagonismen als an nationalen Antagonismen entzündeten. Über die Situation in Deutschland schreibt er:

»Die Führer machten genau das, was die Massen wollten, und wenn sie anders gehandelt hätten, hätten sie keine Massenunterstützung gefunden. (...) Das revolutionäre Proletariat erwies sich als ein Mythos.«¹⁵⁷

Seine These zu diesem Punkt wiederholt fast genau diejenige, die Kautsky 1914 und in den Folgejahren vorbrachte¹⁵⁸. Doch bei näherer Betrachtung zeigt sich ihre Zerbrechlichkeit. In der Tat ist im Fall der deutschen Sozialdemokratie das, was Kautsky und Borkenau »die Apathie der Massen« nennen, unbestreitbar: Die Entscheidung, für die Kriegskredite zu stimmen, stieß auf keinen offenen Widerstand seitens der Arbeiter*innen, ob Parteimitglieder oder nicht. Keine Bewegung, kein Streik, keine Demonstration, keine massive Verweigerung der Mobilisierungsbefehle, keine Meuterei der Reservisten widerspricht ihr. Doch diese Bemerkungen sind lediglich Beobachtungen, ohne jeglichen Anspruch auf Erklärung.

Es ist in der Tat klar, dass das, was Borkenau hier »die Masse« nennt, nichts anderes ist als eine große Anzahl von Individuen, deren Wille zum Kampf oder zur Kapitulation, deren Gefühle und Reaktionen nur kollektiv, durch einen Körper, eine Organisation, ausgedrückt werden konnten. Vor dem 4. August 1914 war die Sozialdemokratische Partei diese Organisation, die Organisation der deutschen Arbeiter*innen. Am 4. August 1914 beschlossen die Leiter*innen dieser Partei und der Gewerkschaften, anstelle der »Massen« und ohne sie konsultiert zu haben, dass sie die Kriegspolitik akzeptieren und unterstützen würden, was das Ergebnis einer langen Praxis war, die diesen die Kontrolle über ihre Organisationen entzogen hatte. Wo und wann hätten sich die Massen danach gegen solche Entscheidungen stellen können? Das ist die Frage, die Revolutionär*innen, insbesondere Lenin, seit dem Tag nach dem 4. August 1914 gestellt haben.

Die Haltung der deutschen Arbeiter*innenklasse zum Krieg wurde nicht durch offene Diskussion in ohne jede Beschränkung tagenden Generalversammlungen be-

¹⁵⁷ Borkenau, *World Communism*, S. 58-59.

¹⁵⁸ Vor allem in »Krieg und Sozialismus.«

stimmt. Sie wurde auf zwei Ebenen bestimmt: an der Spitze, in Konzilien zwischen Leiter*innen, unter Androhung des Belagerungszustandes, und an der Basis, individuell, angesichts eines Mobilisierungsbefehls und unter Androhung des Kriegsgerichts, im Rahmen des Verbotes jeglicher Streiks oder Demonstrationen, sowohl von Seiten der Regierung als auch der Partei und der Gewerkschaft. Konfrontiert mit der Drohung von Verhaftung und Schnellverfahren, werden die sozialistischen Arbeiter*innen, die ihre Opposition gegen den Krieg zum Ausdruck bringen, nicht nur der Unterstützung ihrer Organisation beraubt, sondern finden sie auch auf derselben Seite wie ihren Klassengegner. In der Tat kann die Frage nach der Haltung der »Massen« nicht unabhängig von der der »Führer« gestellt werden.

In seiner Antwort auf Kautskys Argumente unterstreicht Lenin 1915, dass es absurd sei, das Problem so zu stellen, als ob »die Massen« ›als Antwort‹ auf den Krieg ›binnen 24 Stunden‹ Revolution machen und [...] den ›Sozialismus‹ einführen müssten«, und als ob sie, indem sie dies nicht taten, »Charakterlosigkeit« und ›Verrat« offenbart hätten. Er schreibt, dass

»Revolutionen aus den objektiv (unabhängig vom Willen der Parteien und Klassen) herangereiften Krisen und Umwälzungen der Geschichte hervorzunehmen, dass die Massen ohne Organisation des einheitlichen Willens beraubt sind, dass der Kampf gegen die mächtige, terroristische, militärische Organisation der zentralisierten Staaten eine schwierige und langwierige Sache ist. Die Massen hatten bei dem Verrat ihrer Führer im kritischen Augenblick keine Möglichkeit, etwas zu tun; die »Handvoll« dieser Führer aber hatte vollauf die Möglichkeit und die Pflicht, gegen die Kredite zu stimmen, gegen den »Burgfrieden« und gegen die Rechtfertigung des Krieges aufzutreten, sich für die Niederlage der eigenen Regierungen zu erklären, einen internationalen Apparat (...) einzurichten, illegale Literatur herauszugeben.«¹⁵⁹

Unter diesem Gesichtspunkt ist es bezeichnend, dass der Widerstand gegen die Klassenkollaboration, gegen den Burgfrieden angesichts des auswärtigen Krieges, also die Aufrechterhaltung einer proletarischen Perspektive des Klassenkampfes, in Deutschland 1914 nur dort seinen Ausdruck fand, wo Radikale effektive Verantwortung ausübten, Teile des Apparates oder Positionen in der Presse hatten, wo eine Organisation oder ein Teil einer Organisation die Opposition der Aktivist*innen und eines Teils der »Massen« gegen die chauvinistische Politik der nationalen Behörden zum Ausdruck bringen konnte. Das war der Fall in Braunschweig, wo Thalheimer den »Volksfreund« leitete, in Württemberg, wo Westmeyer die Parteiorganisation in Stuttgart und Crispian die »Schwäbische Tagwacht« kontrollierte, es war auch der Fall um und durch die großen radikalen Tageszeitungen, »Leipziger

159 Œuvres, Bd. XXI, S. 246. [»Der Zusammenbruch der II. Internationale«, Band 21, S. 197-256, hier S. 235 f.]

Volkszeitung«, »Bremer Bürgerzeitung«, und sogar, zeitweise, den »Vorwärts«¹⁶⁰. Es ist auch kein Zufall, dass die erste klandestine Publikation, die den proletarischen Widerstand gegen den Krieg zum Ausdruck brachte, von einer Parteiorganisation ausging, nämlich der des Berliner Bezirks Niederbarnim, und dass sie das Werk dreier Aktivist*innen war, die gleichzeitig über Informationen, Verbindungsmöglichkeiten und technische Mittel zur Reproduktion und damit über eine embryonale Organisation verfügten. Tatsächlich veröffentlichten ab Dezember 1914 Paul Schwenk, Redakteur des »Vorwärts«, der Buchbinder Otto Gabel, Sekretär der Organisation Niederbarnim, und die Berliner Verantwortliche der sozialistischen Frauen, Martha Arendsee, Dokumente und vielfältigsten Materialien, die die Thesen der Gegner der Politik des Burgfriedens einem noch kleinen Kreis von Aktivist*innen bekannt machten¹⁶¹.

Julian Marchlewski, ein alter Kampfgenosse Rosa Luxemburgs, erzählte, wie letztere einen Moment lang glaubte, durch die Veröffentlichung und Verteilung eines von bekannten Parteimitgliedern unterzeichneten Manifests einen Aufschwung in den Reihen der Aktivist*innen provozieren und dem spontanen Widerstand, den sie für latent hielt, eine organisierte Form geben zu können. Aber die Technik der »Flaschenpost« konnte nicht als Ersatz für organisierte Aktionen dienen, wie sie Leo Jogiches gegen sie unterstützte. Von den Dutzenden von Aktivist*innen, die eingeladen waren, sich bei ihr zu Hause zu treffen, um den vorgeschlagenen Text zu entwerfen, erschienen nur sieben, von denen nur zwei, Franz Mehring und Paul Lensch, national bekannte Persönlichkeiten waren. Lensch jedenfalls wollte nichts unterschreiben, und er würde sich bald der Parteileitung anschließen¹⁶². Liebknecht seinerseits hatte nicht akzeptiert, sich im Reichstag der Disziplin zu unterwerfen, um sie sofort zu brechen. Dennoch blieb Rosa Luxemburg hartnäckig: man beschloss, eine neue Versammlung einzuberufen, wofür mehr als dreihundert Telegramme verschickt wurden: nur Clara Zetkin antwortete ohne Umwege und Vorbehalte. Es war notwendig, aufzugeben¹⁶³.

Die deutschen Revolutionär*innen befanden sich in einem Zustand totaler Atomisierung. Außerdem sollten sie auf die harte Tour lernen, dass sie in einer Partei, die sie noch als ihre eigene betrachteten, Repressionen erleiden konnten, die sich zu der des Staates und seiner Polizei hinzufügte. Schon das am 1. August erlassene Verbot aller öffentlichen Demonstrationen und Versammlungen gab einen allgemeinen Rahmen vor, der die politische Äußerung von Kriegsgegner*innen verbot. Der Par-

160 Siehe in der III. Gesch., Chronik, S. 515-518, den Bericht über die Verfolgung der Presse.

161 Unter der roten Fahne, Erinnerungen von Martha Arendsee, S. 75-81; Paul Schwenk, »Lenin, Mehring und das Niederbarnimer Referentenmaterial«, BzG, 1960, No. 1, S. 158-163.

162 Erinnerungen Marchlewskis [»A la mémoire de Rosa Luxembourg et de Léon Tychko (Jogiches)«], Bulletin Communiste, Nr. 3, 20. Januar 1921, S. 40-45 [hier S. 44].

163 Die Revolution, Nr. 2, 1924, zitiert von G. Badia, »L'Attitude de la gauche sociale-démocrate allemande dans les premiers mois de la guerre« Le Mouvement social, Nr. 49, 1964, S. 84.

teivorstand sollte diesen Belagerungszustand auf die Partei selbst ausweiten. Die Erfahrung Karl Liebknechts war in dieser Hinsicht entscheidend, sowohl für ihn selbst als auch für die Zukunft der deutschen Linken. Anfang August glaubte er noch, dass die innerparteilichen Oppositionsmöglichkeiten intakt seien und dass man erwarten könne, durch eine interne politische Diskussion eine Wende zu erreichen. In diesem Sinne schlug er dem Vorstand vor, eine Versammlung gegen die annexionistische Propaganda zu organisieren, die seiner Meinung nach der Ausgangspunkt für die Korrektur dessen sein sollte, was er immer noch für den Fehler des 4. August hielt¹⁶⁴. Der Vorstand weigerte sich.

Ende August fuhr er in das besetzte Belgien und erkundigte sich nach den von der deutschen Armee begangenen Gräueltaten. Am 3. September protestierte er gegen eine Bremer Zeitung, die über die Einstimmigkeit der Fraktion am 3. August berichtet hatte¹⁶⁵. Am 21. September fuhr er nach Stuttgart, wohin ihn seine politischen Freund*innen eingeladen hatten: Die Militärbehörde verbot die geplante öffentliche Versammlung, aber er hatte eine lange Diskussion mit den Aktivist*innen, die ihm seine Abstimmung vom 4. August vorwarfen. Er offenbarte ihnen die Unstimmigkeiten innerhalb der Reichstagsfraktion, das Vorhandensein von Opposition gegen die Abstimmung über die Kredite, und erkannte seinen Fehler an:

»Ihr habt völlig recht, wenn ihr mir zum Vorwurf macht, dass ich es versäumt habe (...) mein Nein in den Sitzungssaal hineinzuschreien. (...) Ich habe mich eines schweren Fehler schuldig gemacht.«¹⁶⁶

Er wurde vom Vorstand zur Ordnung gerufen, weil er diese Information preisgegeben hatte¹⁶⁷. Am 10. Oktober reagierte er, indem er sich auf die demokratische Struktur der Partei berief, nach der, wie er schrieb, *»jeder Parteigenosse (...) auch gegen die höchsten Parteinstanzen Front machen darf.«¹⁶⁸* Am 17. Oktober wurde von der Militärjustiz ein Ermittlungsverfahren gegen ihn wegen Tatsachen, die in die Zeit vor dem Krieg zurückreichten, eröffnet. Am 10. November forderte das Organ der Baugewerkschaft unter Leitung des Revisionisten Winnig seinen Ausschluss. Wie Carl Schorske schrieb:

»Die veränderte Beziehung der Partei zum Staat erforderte es, dass sie ihre Organisation unter Kontrolle hielt und den Burgfrieden innerhalb der Arbeiterbewegung wahrte.«¹⁶⁹

164 G. Badia, Ebenda.

165 Ebenda, S. 85-86. [Der Brief an die »Bremer Bürger-Zeitung« ist abgedruckt in Karl Liebknecht, Gesammelte Reden und Schriften, Band 8, Berlin 1966, S. 25 – d. dt. Hg.]

166 Dokumente und Materialien, Reihe II 1914-1945, Band 1, Juli 1914-Oktober 1917, S. 35, Fußnote 1.

167 Klassenkampf... S. 17, Brief Scheidemanns vom 7. Oktober 1914, Ebenda, S. 23.

168 Brief von Liebknecht, 10. Oktober 1914, Ebenda, S. 24. [Nachdruck a.a.O., S. 37-41]

169 Schorske, a.a.O., S. 374.

Die Militärbehörden und der Parteiapparat verbanden ihre Bemühungen in diesem gleichen Sinn. Bereits am 5. August hatte der Vorstand beschlossen, den Parteitag für die Dauer des Krieges auf unbestimmte Zeit zu verschieben und sich damit die Befugnisse, die er unter ganz anderen Umständen erhalten hatte, für diesen Ausnahmezeitraum vorzubehalten¹⁷⁰. Die Militärbehörden verboten die Versammlungen der Aktivist*innen in Stuttgart am 21. September, in Mönchengladbach am 4. November, in Leipzig am 24. November und in Altona am 29. November, aber anderswo waren es die Sekretär*innen, die die Generalversammlungen verhinderten, indem sie sich einfach weigerten, sie einzuberufen: In Hamburg fand nur in einem Kreis eine Generalversammlung statt, weil radikale Elemente sie über die Köpfe der regulären Behörden hinweg selbst einberufen hatten¹⁷¹. Die radikalen Zeitungen wurden eine nach der anderen von dieser doppelten Repression erfasst: die Rheinische Zeitung wurde am 11. September für zwei Tage suspendiert, das Bochumer Volksblatt am 20., das Echo vom Rheinfall und die Danziger Zeitung am 25. September verboten¹⁷². Der Vorwärts, dessen Redakteure – Cunow, Däumig, Hilferding – dem Vorstand ihren Unmut kundtaten¹⁷³, wurde am 21. September für drei Tage, am 28. September für unbestimmte Zeit suspendiert¹⁷⁴. Die Militärbehörden erlaubten das Wiederscheinen erst am 1. Oktober, nachdem Haase und Richard Fischer im Namen der Partei zugesagt hatten, dass die Zeitung nicht mehr vom »Klassenkampf« sprechen würde¹⁷⁵. Im November eliminierte der württembergische Vorstand die radikale Redaktion um Crispian und Walcher aus der Schwäbischen Tagwacht und übergab die Leitung an den Revisionisten Keil¹⁷⁶.

Den klarsten Gegner*innen wurde schnell klar, dass man sie mit allen Mitteln mundtot machen würde und dass sie keine Chance haben würden, sich an die Basis zu wenden. Sie müssten daher in Erwägung ziehen, Maßnahmen zu ergreifen, indem sie sich zu Wort melden, solange sie die Möglichkeit dazu haben. Dies bedeutet, die Disziplin zu brechen. Die Entscheidung dafür ist eine schmerzhaft für die Aktivist*innen, deren Universum und Lebensgrund die Partei war: Sie haben das Gefühl, einen Teil von sich selbst mit Füßen zu treten, und ihre Gesundheit ist manchmal schwer erschüttert¹⁷⁷. Angesichts des Zusammenbruchs seiner letzten Illusionen, seiner durch die Bedeutung der Geste erschütterten Nerven, aber im Bewusstsein, dass er sie denen schuldete, die das sozialistische Ideal nicht aufgegeben hatten, ent-

170 Grünberg, a.a.O., S. 41.

171 Schorske, S. 374.

172 Ill. Gesch, S. 515.

173 a.a.O.

174 Prager, oS. cit. S. 30-32.[4. Auflage 1980, S. 26-27]

175 Ill. Gesch, S. 515.

176 Keil, Erlebnisse, I, S. 306-317.

177 Alle Führer*innen der Opposition, von Haase bis R. Luxemburg über Cl. Zetkin und Mehring, litten in dieser Zeit unter schweren gesundheitlichen Problemen.

schloss sich Liebknecht zum entscheidenden Schritt: Es blieb ihm nur ein Weg, seine Opposition zum Ausdruck zu bringen, und das war, selbst gegen die Kriegskredite, und damit gegen den Beschluss der Partei zu stimmen¹⁷⁸. Im Verlauf einer dramatischen Diskussion in Ledebours Wohnung in der Nacht vom 1. auf den 2. Dezember konnte er keinen der anderen oppositionellen Abgeordneten davon überzeugen, dass dieser spektakuläre Schritt unbedingt notwendig war¹⁷⁹. Am 2. Dezember stimmte er im Reichstag allein gegen die Kredite und machte damit seine Person und seinen prestigeträchtigen Namen zum Symbol der Opposition und zum Sammelpunkt ihrer versprengten Kräfte.

Die Spaltung war nun im Gange. Es wird Jahre dauern, bis sie endgültig vollzogen ist, unter Bedingungen, die letztlich so verworren sind, wie es das Zögern der Gegner*innen der Wende vom 4. August während der Monate, die dieser historischen Entscheidung folgten, erahnen ließ.

Die von den Bolschewiki eingenommene Position

Lenin und die emigrierten bolschewistischen Führer*innen sind die ersten, die eine klare Position zu den Folgen des 4. August beziehen. Um den 24. August herum schrieb Lenin den Textentwurf über »Die Aufgaben der revolutionären Sozialdemokratie [im europäischen Krieg]«, der bereits die Essenz der bolschewistischen Linie in den kommenden Jahren ausdrückte¹⁸⁰.

Für ihn steht der Charakter des »bürgerlichen, imperialistischen, dynastischen« Krieges außer Zweifel. Die Position der Führer*innen der Sozialdemokratie ist ein »direkter Verrat am Sozialismus«¹⁸¹. Nicht weil sie wirklich die Möglichkeit gehabt hätten, den Krieg durch eine andere Haltung zu verhindern, sondern weil sie die Klassenposition des Proletariats angesichts des imperialistischen Krieges aufgegeben haben:

Die »Arbeiterparteien dieser Länder (widersetzten) sich dem verbrecherischen Vorgehen der Regierungen nicht (...), sondern (forderten) die Arbeiterklasse auf (...), mit den imperialistischen Regierungen gemeinsame Sache zu machen. In dem die Führer der Internationale für die Kriegskredite stimmten, die chauvinistischen (>patriotischen<) Losungen der Bourgeoisie »ihrer« Länder aufgriffen, den Krieg rechtfertigten und verteidigten, in die bürgerlichen Kabinette der kriegführenden Länder eintraten usw. usf., haben sie Verrat am Sozialismus geübt. (...) Die Verantwortung für diese Schändung des Sozialismus fällt in erster Linie auf

178 Brief vom 3. Dezember, Klassenkampf..., S. 41. [a.a.O., S. 64 f.]

179 Ebenda, S. 89.

180 Œuvres, Band XXI, S. 9-12, [»Die Aufgaben der revolutionären Sozialdemokratie im europäischen Krieg, Werke«, Band 21, Berlin 1960, S. 1-5.]

181 Ebenda, S. 9-10 [S. 1 und 2.]

*die deutschen Sozialdemokraten, die die stärkste und einflussreichste Partei der II. Internationale waren.*¹⁸²

Der Übergang der Führer*innen der wichtigsten Parteien der Internationale auf die Positionen der imperialistischen Bourgeoisie hat eine weitreichende historische Bedeutung: Sie bedeutet »den ideologischen und politischen Zusammenbruch« der Internationale¹⁸³. Lenin weist ohne zu zögern auf die wahre Ursache hin:

*»Die Hauptursache dieses Zusammenbruchs ist darin zu suchen, dass in ihr faktisch der kleinbürgerliche Opportunismus überwiegt, auf dessen bürgerlichen Charakter und auf dessen Gefährlichkeit die besten Vertreter des revolutionären Proletariats in allen Ländern schon seit langem hingewiesen haben.«*¹⁸⁴

Für ihn hat die opportunistische Strömung, die sich vor dem Krieg in den verschiedenen Formen des Reformismus, der Klassenkollaboration, des Pazifismus, der Sorge um Legalität und parlamentarische Perspektiven manifestiert hatte, ihre Krönung in der Annahme einer von einer chauvinistischen Ideologie inspirierten Haltung angesichts des Krieges gefunden, die in Wirklichkeit aus dem sozialen Druck der privilegierten Schichten des Proletariats, der Arbeiter*innenaristokratie und der Bürokratie der Hauptamtlichen der Parteien und Gewerkschaften resultierte:

*»Der Opportunismus wurde im Laufe von Jahrzehnten durch die Besonderheiten jener Entwicklungsepoche des Kapitalismus hervorgebracht, in der die verhältnismäßig friedliche und zivilisierte Existenz einer Schicht privilegierter Arbeiter diese ›verbürgerte‹, ihnen Brocken von den Profiten des eigenen nationalen Kapitals zukommen ließ und sie von dem Elend, den Leiden und den revolutionären Stimmungen der verelendeten und bettelarmen Masse losriss. Der imperialistische Krieg bedeutet eine direkte Fortsetzung und Krönung dieser Lage der Dinge, denn er ist ein Krieg um die Privilegien der Großmächtnationen, um die Neuaufteilung der Kolonien unter ihnen, um ihre Herrschaft über die anderen Nationen.«*¹⁸⁵

Der Übergang der opportunistischen Führer*innen in das Lager der Bourgeoisie bei Ausbruch des imperialistischen Krieges impliziert daher eine tiefgreifende Revision der Haltung der revolutionären Sozialdemokrat*innen. Der imperialistische Krieg hat in der Tat eine tiefe historische Bedeutung vom Standpunkt des Proletariats und der revolutionären Perspektive:

182 Ebenda, S. 23-24 [»Der Krieg und die russische Sozialdemokratie, a.a.O., S. 11-21, hier 15-16.]

183 Ebenda, S. 10 [S. 2.]

184 Ebd.

185 Ebenda, S. 248 [»Der Zusammenbruch der II. Internationale«, a.a.O., S. 197-256, hier 238.]

»Der Sozialismus ist in Europa über das verhältnismäßig friedliche und von engen nationalen Schranken begrenzte Stadium bereits hinausgegangen. Mit dem Krieg 1914/1915 ist er in das Stadium revolutionärer Aktionen eingetreten, und die Stunde des vollständigen Bruchs mit dem Opportunismus, seiner Vertreibung aus den Arbeiterparteien ist unbedingt gekommen.«¹⁸⁶

An sich markiert der europäische Krieg »den Beginn einer neuen Epoche«¹⁸⁷, in der die historische Aufgabe des Proletariats der Kampf um die Macht und für den Sozialismus wird:

»Die Umwandlung des gegenwärtigen imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg ist die einzig richtige proletarische Losung. Das zeigt die Erfahrung der Kommune, das ist im Basler Manifest (1912) vorgesehen, und das ergibt sich aus den ganzen Bedingungen des imperialistischen Krieges zwischen hochentwickelten bürgerlichen Ländern.«¹⁸⁸

In dieser neuen Perspektive kann also keine Rede davon sein, wie in der Vergangenheit im Namen der Einheit die Existenz von opportunistischen Flügeln innerhalb der Arbeiter*innenparteien als normal zu betrachten. Unterstreichend, dass die Führer*innen der sozialdemokratischen Parteien zu ihrer Verteidigung auf die materiellen Interessen verwiesen, die durch eine mögliche Auflösung der Arbeiter*innenorganisationen in Frage gestellt würden, erklärt Lenin:

»Zehntausende durch den Legalismus korrumpierte Führer, Parteibeamte und privilegierte Arbeiter haben die Millionearmee des sozialdemokratischen Proletariats desorganisiert.«¹⁸⁹

Das Problem ist also nicht das der Einheit der Arbeiter*innenklasse, die immer ihre »stärkste Waffe im Kampf für die sozialistische Revolution«¹⁹⁰ ist, sondern das ihrer revolutionären Einheit, was die Beseitigung des klassenfremden Elements, des Opportunismus, erfordert:

»Man muss blind sein, um nicht zu sehen, dass der bürgerliche und kleinbürgerliche Einfluss auf das Proletariat die erste und tiefste, die grundlegende Ursache ist für die Schmach und den Zusammenbruch der Internationale im Jahre 1914.«¹⁹¹

Bereits im September 1914 sprach sich das Zentralkomitee der Bolschewiki angesichts des Bankrotts der II. Internationale für eine neue Internationale, die dritte, aus:

186 Ebenda, S. 255 f., [S. 245.]

187 Ebenda, S. 95 [»Der tote Chauvinismus und der lebendige Sozialismus«, S. 83-90, hier S. 87.]

188 Ebenda, S. 28 [a.a.O., S. 20.]

189 Ebenda, S. 128 [»Wie Polizei und Reaktionäre die Einheit der deutschen Sozialdemokratie schützen«, S. 117-119, hier S. 118.]

190 Ebenda, S. 105 [»Was weiter?«, S. 96-103, hier S. 98.]

191 Ebd., S. 128 [a.a.O., S. 119.]

»Die Einheit des proletarischen Kampfes für die sozialistische Revolution verlangt jetzt, nach dem Jahre 1914, die unbedingte Trennung der Arbeiterparteien von den Parteien der Opportunisten.«¹⁹²

»Die II. Internationale ist tot, vom Opportunismus besiegt. Nieder mit dem Opportunismus; es lebe die nicht nur von den ›Überläufern‹ (...), sondern auch vom Opportunismus gesäuberte III. Internationale!

Die II. Internationale hat ihr Teil an nützlicher Vorarbeit geleistet, um die proletarischen Massen zunächst während der langen ›friedlichen‹ Periode härtester kapitalistischer Sklaverei und raschesten kapitalistischen Fortschritts im letzten Drittel des 19. und am Anfang des 20. Jahrhunderts zu organisieren. Der III. Internationale steht die Aufgabe bevor, die Kräfte des Proletariats zum revolutionären Ansturm gegen die kapitalistischen Regierungen zu organisieren, zum Bürgerkrieg gegen die Bourgeoisie aller Länder für die politische Macht, für den Sieg des Sozialismus!«¹⁹³

Aber die Isolierung der Bolschewiki ist fast vollständig: Im Jahr 1914 gibt es nicht genug Kräfte, um die Spaltung, die für den Aufbau von Parteien und einer revolutionären Internationale notwendig ist, im internationalen Maßstab durchzuführen. Lenin schreibt in »Sozialismus und Krieg«:

»Es ist ganz klar, dass eine internationale marxistische Organisation nur dann zustande kommen kann, wenn in verschiedenen Ländern die Bereitschaft vorhanden ist, selbständige marxistische Parteien zu schaffen. Deutschland als das Land der ältesten und stärksten Arbeiterbewegung ist dabei von ausschlaggebender Bedeutung. Die nächste Zukunft wird lehren, ob die Bedingungen für die Schaffung einer neuen marxistischen Internationale bereits herangereift sind. Wenn ja, so wird unsere Partei mit Freuden in eine solche vom Opportunismus und Chauvinismus gesäuberte III. Internationale eintreten. Wenn nicht, so wird das nur beweisen, dass zu einer solchen Säuberung noch eine mehr oder minder lange Evolution erforderlich ist. Und dann wird unsere Partei innerhalb der alten Internationale den äußersten oppositionellen Flügel bilden – solange nicht in den verschiedenen Ländern die Basis für eine auf dem Boden des revolutionären Marxismus stehende Internationale Arbeiterassoziation geschaffen sein wird.«¹⁹⁴

Entsprechend diesen Notwendigkeiten der Aktion auf der internationalen Ebene streben Lenin und die Bolschewiki danach, die kleine Gruppe ihrer Verbündeten innerhalb der internationalen Bewegung zu vergrößern. Da gibt es die Niederlän-

192 Ebenda, S. 108 [a.a.O., S. 100-101.]

193 Ebd., S. 35. [»Lage und Aufgaben der sozialistischen Internationale.« a.a.O., S. 22.28, hier S. 28]

194 Ebd., S. 342 [»Sozialismus und Krieg«, a.a.O., S. 295-341, hier S. 332.]

der*innen, die sich um *De Tribune* gruppieren, mit Pannekoek, der in sein Land zur Zeit der Kriegserklärung zurückgekehrt ist, die Bremer Aktivist*innen, die mit der *Bremer-Bürgerzeitung* zusammenarbeiten und mit Radek und mit Pannekoek in Verbindung stehen¹⁹⁵, die um Julian Borchardt, der *Lichtstrahlen* herausgibt¹⁹⁶ und ebenfalls mit Radek und den Bremern in Verbindung steht, gruppierte kleine Berliner Gruppe. Lenin setzte, wie seine Korrespondenz mit Radek¹⁹⁷ zeigt, große Hoffnungen in die eventuelle Konstituierung einer revolutionären Gruppe, der Stern-Gruppe, die aber nicht das Licht der Welt erblicken sollte. Er wird versuchen, mit diesen verschiedenen Elementen eine internationale Zeitschrift, den »Vorbote«, zu gründen, mit deren Präsentation Pannekoek beauftragt wird und in der er eine interessante Analyse der sozialen Wurzeln des Opportunismus innerhalb der Arbeiter*innenbewegung veröffentlicht¹⁹⁸. In einem Brief an den Holländer Wijnkoop im Juli 1915 räumte Lenin jedoch ein, dass der günstigste Moment für eine Spaltung innerhalb der deutschen Sozialdemokratie vielleicht noch nicht gekommen sei: Es sei umso notwendiger, dafür zu kämpfen, überall einen totalen Bruch mit dem Opportunismus zu erreichen¹⁹⁹. Gleichzeitig forderte er von Radek, dass die Deutschen »ideologisch« auftreten²⁰⁰, um eine »klare, vollständige, exakte Prinzipienklärung«²⁰¹ zu erhalten:

»die Holländer + wir + die linken Deutschen + 0, und auch das ist kein Unglück, denn es werden dann nicht Null, sondern alle sein!«²⁰²

Mit demselben Ziel nahmen Lenin und seine Verbündeten innerhalb der europäischen Sozialdemokratie im September 1915 an der Zimmerwalder Konferenz teil, wo sie den Kern dessen bildeten, was später die »Zimmerwalder Linke« genannt werden sollte. In seinem Bericht über diese Konferenz in den »Lichtstrahlen« schrieb Radek, dass sie ein »erster Schritt der neuen Internationale« war und dass die revolutionären Aktivist*innen sie trotz der pazifistischen Zweideutigkeiten der Positionen vieler Teilnehmer*innen unterstützten, »in dem Verständnis, dass es unmöglich ist, aus den Bruchstücken der zweiten Internationale sofort eine kampfbereite Organisation zu bilden.«²⁰³

195 Bock, a.a.O., S. 66-72.

196 Ebenda, S. 72-77.

197 Œuvres, Bd. XXXVI, S. 330-337 [Werke, Band 36, S. 310-312, 314-318.]

198 Siehe insbesondere »Zur Einführung«, Vorbote, Nr. 1, Januar 1916, S. 1-4, und »Der Imperialismus und die Aufgaben des Proletariats«, Ebenda, S. 7-9, von dem Bricianer eine Zusammenfassung und Auszüge gibt, a.a.O., S. 121-128.

199 Œuvres, Bd. XXXV, S. 393 [Briefe, Band IV, Berlin 1967, S. 101 f.]

200 Ebenda, Bd. XXXVI, S. 333, [Werke, 36, S. 314.]

201 Ebenda, Bd. XXXVI, S. 336, [Werke, 36, S. 317.]

202 Ebenda, Bd. XXXVI, S. 331, [Werke, 36, S. 311.]

203 Radek, »Der erste Schritt«, Lichtstrahlen, 3. Oktober 1915, S. 3-5.[Zitate auf S. 3 und 5]

Repression und Radikalisierung

Trotz seines Alters wurde Liebknecht am 7. Februar 1915 in einer Territorialeinheit mobilisiert²⁰⁴: ein besorgniserregender Soldat, der von einer Einheit zur anderen versetzt wurde, weil man seinen Einfluss fürchtete, war er dennoch für die Parteiführer*innen weniger gefährlich, da er seiner Bewegungsfreiheit beraubt war. Das hinderte ihn nicht daran, im Mai 1915 ein Flugblatt zu schreiben, das die berühmte Formel »Der Hauptfeind steht im eigenen Land«²⁰⁵ einführte, die Lenin als die revolutionäre Formel schlechthin bejubeln sollte²⁰⁶. Wenige Tage später, am 18. Februar, wurde Rosa Luxemburg zur Verbüßung ihrer Strafe verhaftet²⁰⁷. Zeitungen und Journalist*innen erlitten einen Schlag nach dem anderen: im Februar Suspendierung der Königsberger »Volkszeitung« für drei Wochen; im März Suspendierung der Magdeburger »Volksstimme«, Verbot der »Bergischen Arbeiterstimme«, der Sozialdemokratischen Zeitung von Remscheid, im Mai, Verhaftung eines ehemaligen Redakteurs der *Freien Presse*²⁰⁸. Die Repressionen gingen weiter: Im April 1916 wurden die »Lichtstrahlen« verboten²⁰⁹ und am 17. Oktober desselben Jahres beschlagnahmten die Militärbehörden den »Vorwärts«, den sie dem Parteivorstand übergaben²¹⁰.

Generell spielte die sozialdemokratische Führung die Rolle des Hilfspolizisten in der Politik des »Burgfriedens.« Großindustrie und Generalstab arbeiten Hand in Hand bei der Organisation einer Kriegswirtschaft, deren Last von den Arbeiter*innen getragen wird. Die Inflation finanziert die öffentlichen Ausgaben. Die Lebensmittelpreise stiegen in den ersten zwei Jahren um 50 Prozent, während die Löhne eingefroren blieben²¹¹. Der Gewerkschaftsleiter Winnig ging sogar so weit, zu behaupten:

»Höher als die augenblicklichen Lohninteressen der Lohnempfänger steht die nationale Unabhängigkeit und die wirtschaftliche Zukunft des ganzen Volkes«²¹²

Bald tendierten alle Löhne, auch die von Facharbeiter*innen, zu einem »Lebensmittelminimum«, das selbst durch Rationierung und vor allem durch den Mangel stark beeinträchtigt wurde. Ab dem 1. Februar 1915 wurde Brot rationiert, dann waren Fett, Fleisch und Kartoffeln an der Reihe. Der Winter 1915-1916 war der schreckliche »Steckrübenwinter«: Die Rationskarten gaben – wenn die Magazine versorgt

204 Ill Gesch, S. 515.

205 Text in Dok. u. Mat. Mat, II/1, S. 162-166. Siehe auch gleichnamige Sammlung von Reden und Schriften Liebknechts im Manifest Verlag.

206 Œuvres. Bd. XXI, S. 337 f. [Werke, Band 21, S. 328.]

207 Vorwärts, 20. Februar 1915. [1. Beilage, S. 1, SS. 3]

208 Ill. Gesch, S. 515.

209 Bock, a.a.O., S. 73.

210 Dok. u. Mat, II/1, S. 490.

211 Ill Gesch, S. 123-126.

212 Zitiert in Ill. Gesch, S. 113.

sind – »das Recht« auf 1,5 kg Brot, 2,5 kg Kartoffeln, 80 g Butter, 250 g Fleisch, 180 g Zucker und ein halbes Ei pro Woche, eine Summe, die ein Drittel der notwendigen Kalorien erreichte²¹³. Arbeiter*innen, Soldaten und Matrosen sowie die Zivilbevölkerung litten alle unter Hunger, aber der ehemalige Radikale Paul Lensch schrieb, dass die Rationierung eine Maßnahme des »Kriegssozialismus« sei²¹⁴. Die Dividenden hingegen vermehrten sich regelmäßig²¹⁵.

Der Konflikt war schon lange nicht mehr für jeden die frisch-fromm-fröhliche Expedition, die direkt nach Paris führte. Der Krieg in den Schützengräben, begraben im Schlamm und in der Kälte, übertönte die heroischen Erklärungen. Die überfüllten Lazarette, der Anblick verstümmelter junger Männer, die immer länger werdenden Listen der Toten oder Vermissten, »auf dem Felde der Ehre gefallen«, läuteten die Totenglocke für die 1914 von den sozialdemokratischen Führer*innen aufrechterhaltenen Illusionen: Für Millionen junger Deutscher, die an allen Fronten verrotteten, würde es keine »neue Richtung«, ja nicht einmal eine Zukunft geben. Der Wunsch nach Frieden würde vielleicht von den Massen geäußert werden, wenn die Zwangsjacke der Repression nicht jeden Tag verstärkt würde: Am 28. Mai 1915 demonstrierten mehr als tausend Frauen vor dem Reichstag für den Frieden²¹⁶. Am 2. Dezember 1916 verabschiedete der Reichstag das Mobilisierungsgesetz, das Hilfsdienstgesetz, das den Arbeiter an den Betrieb band. Jeder nicht-mobilisierte Mann zwischen siebzehn und sechzig Jahren musste sich mit einer Arbeitsbescheinigung oder einer Bescheinigung eines früheren Arbeitgebers bei den Behörden melden: Im zweiten Fall wurde er automatisch innerhalb von vierzehn Tagen einem Unternehmen zugewiesen und riskierte bei Weigerung oder Abreise die Gefahr einer Verurteilung, die ein Jahr Gefängnisstrafe betragen konnte²¹⁷.

Den deutschen Proletariern blieb nichts von ihren Errungenschaften, von jenen Freiheiten, zu deren Verteidigung durch den Krieg sie von ihren Führer*innen aufgefordert worden waren, und trotz der Unterdrückung kam ihre Wut immer häufiger zum Ausdruck. Im November 1915 brachen in Stuttgart Zwischenfälle aus und Frauen demonstrierten gegen die teuren Lebenshaltungskosten²¹⁸; zur gleichen Zeit unterdrückte die Polizei in Leipzig versuchte Demonstrationen gegen den Fleischpreis²¹⁹. Am 2. Februar kam es in Berlin zu Vorfällen vor leerstehenden Geschäften²²⁰. Am 1. Mai 1916 rief die Gruppe »Internationale« zu einer Demonstration gegen den

213 Ill. Gesch., S. 125; eine vollständige Studie des Versorgungsproblems findet sich bei André Sayous, »L'Épuisement économique de l'Allemagne entre 1914 et 1918«, Revue historique, Januar-März 1940, S. 66-75.

214 Zitiert in Ill. Gesch., S. 113.

215 Ebenda, S. 123-124.

216 Dok. u. Mat., II/1, S. 167-168.

217 Ill. Gesch., S. 128.

218 Ebenda, S. 516.

219 Ebenda.

220 Ebenda.

imperialistischen Krieg auf²²¹: Mehrere tausend Arbeiter*innen und Jugendliche scharten sich um Liebknecht, der auf dem Potsdamer Platz das Wort ergriff²²². Er wurde verhaftet, aber am Tag seiner Vorführung vor Gericht, dem 28. Juni, streikten 55.000 Arbeiter*innen aus den Rüstungsfabriken in Berlin,²²³ nachgeahmt von den Arbeiter*innen in Braunschweig²²⁴ während die in Bremen auf der Straße demonstrierten²²⁵. Im Juli legen die Bergleute in Borbeck an der Ruhr für ihren Lohn die Arbeit nieder, und ihr Beispiel wurde im Sommer hier und da an der Ruhr nachgeahmt²²⁶. Am 16. August demonstrierte in Essen eine Gruppe von Arbeiter*innen mit dem Ruf »*Es lebe Liebknecht.*«²²⁷ In Hamburg brechen regelrechte Hungerrevolten aus²²⁸. Die Repression schlug erneut zu: Karski wurde am 28. Juni verhaftet, Ernst Meyer am 3. August, Franz Mehring am 15. August; Liebknecht, der in erster Instanz zu zweieinhalb Jahren Haft verurteilt worden war, sah sich in der Berufung zu vier-einhalb Jahren Haft verurteilt²²⁹.

Es ist nicht mehr möglich, die Verschärfung der gesellschaftlichen Widersprüche zu maskieren: Da der Burgfrieden nicht mehr eingehalten wurde, griffen die militärischen und politischen Führer die »Agitatoren« an. Die Opposition der »Massen« hatte in der Tat Organisationen ermutigt und manchmal hervorgebracht, die noch rudimentär waren, aber es ihr erlaubten, sich auszudrücken und zu handeln. Die sozialistische Bewegung wird nach der Benommenheit des August 1914 unter heftigen Zuckungen wiedergeboren. Kautsky gibt in einem Brief an Victor Adler zu:

»Ihr Radikalismus entspricht dem (sic!) augenblicklichen Bedürfnissen der (...) ungeschulten Massen. Liebknecht ist heute der populärste Mann in den Schützengräben (...).«²³⁰

Die linken Oppositionen

Ganz langsam begannen die organisatorischen Bemühungen der deutschen Revolutionär*innen, der Linksradikalen, sich zu konkretisieren. Der kleine Kern von Freund*innen, der sich am Tag nach dem 4. August um Rosa Luxemburg versammelt hatte, wurde beibehalten und erweitert. Neben Rosa Luxemburg selbst gehörten dazu Karl Liebknecht, Leo Jogiches und Julian Marchlewski, Luxemburgs alte Freunde aus

221 Text in Dok. u. Mat. Mat, II/1, S. 376-378.

222 Rechnung in Ebenda, S. 376-378.

223 Erwin Winkler, »Die Berliner Obleutebewegung im Jahre 1916«, ZfG, 1968, Nr. 11, S. 1427; Bartel, a. a. O., S. 323.

224 Bartel, oS. cit. S. 323-324.

225 Ebd.

226 Ill. Gesch, S. 312.

227 Ebenda, S. 331.

228 Ebenda, S. 516.

229 Ill. Gesch, S. 516.

230 Brief vom 8. August 1916, V. Adler, a. a. O., S. 630.

der polnischen Sozialdemokratie, Franz Mehring und Clara Zetkin, ihre persönlichen Freund*innen, Paul Levi, ihr Anwalt seit 1913, die Journalisten des Vorwärts Ernst Meyer und Ströbel und die von Liebknecht eingeführten Berliner Aktivist*innen, Wilhelm Pieck, zweiter Sekretär der Partei in Berlin, dessen Verbindungen als Mann des Apparates wertvoll sind, Paul Lange und das Ehepaar Hermann und Käte Duncker²³¹. Trotz der Anwesenheit von Aktivist*innen osteuropäischer Herkunft hatte diese Gruppe nur begrenzte Erfahrung mit geheimen Aktionen. Alle ihre Mitglieder waren bekannt und wurden genau beobachtet. Erst nach einigen Monaten, als die Dunckers mit den Leiter*innen des Parteikreises Niederbarnim in Kontakt kamen, die ihnen die Dienste ihres technischen Apparates anboten, begannen sie wirklich mit der geheimen Propaganda²³². Der erste Text ist von Marchlewski redigiert: ein polemischer Artikel gegen Haenisch²³³, den die Niederbarnimer Aktivist*innen nachts in der Wohnung eines von ihnen auf Hektograf schrieben, bevor sie ihn an die Adressen aus Clara Zetkins Kartei schickten.

Die Gruppe verfolgt für den Moment ein doppeltes Ziel. Erstens will sie das Schweigen brechen, das die Menschen im Ausland glauben machen könnte, die deutschen Sozialdemokrat*innen stünden geschlossen hinter der chauvinistischen Politik ihrer Führer*innen. Gleichzeitig muss man sich organisieren. Liebknecht, Luxemburg, Mehring und Zetkin schrieben an die Schweizer sozialistischen Zeitungen, um ihre Missbilligung der chauvinistischen Äußerungen auszudrücken, die dort von den Revisionisten Südekum und Richard Fischer gemacht wurden²³⁴. Liebknecht, Luxemburg und Mehring schrieben Weihnachtsbotschaften an den »Labour Leader« in London: Letzterer bekräftigte, dass der Kampf für den Frieden und gegen Annexionen nicht vom Klassenkampf zu trennen sei und dass er in Deutschland »mit den Führern, wenn diese wollen, ohne die Führer, wenn sie untätig bleiben, trotz den Führern, wenn sie widerstreben«, geführt werden würde²³⁵. Kurz darauf wurde der Niederbarnimer Hektograf genutzt, um den Text von Liebknechts Rede gegen die Abstimmung über die Kriegskredite in der Partei zu verbreiten²³⁶. Ab Ende Dezember war Hugo Eberlein für den Aufbau einer ersten embryonalen Organisation verantwortlich: ein parteiinternes Netzwerk, zu dem ein Vertrauensmann pro Betrieb gehörte, ein einzelner Verantwortlicher für die Verbindung mit dem Zentrum für die Verbreitung von oppositionellen Schriften in jedem Ort. Bis Mitte 1915 war

²³¹ Bartel, a.a.O., S. 190-191; Wohlgemuth, a.a.O., S. 64-65.

²³² Siehe Fußnote 1, Kapitel 1.

²³³ Horst Schumacher, Sie nannten ihn Karski, S. 134, Fn. 107 wies den Fehler von Paul Schwenk nach, diesen Artikel Mehring zuzuschreiben.

²³⁴ Dok. u. Mat, II/1, S. 31.

²³⁵ Dok. u. Mat, S. 77.

²³⁶ Klassenkampf..., S. 17, Dok. u. Mat, S. 64. [Nachdruck in Liebknecht, »Gesammelte Reden ...«, Band 8, S. 63 f.]

sie mit mehr als dreihundert Orten in Kontakt²³⁷. Am 5. Januar 1915 schickte Arthur Crispian, ein weiterer Aktivist aus dem zentralen Kern, ein organisatorisches Rundschreiben an die Aktivist*innen, die als zuverlässig galten: Innerhalb weniger Tage erhielt er Antworten aus Dresden, Duisburg, München und Danzig, sowie von Aktivist*innen, die für ihren Einfluss bekannt waren, wie Westmeyer und Dissmann²³⁸. Eine erste Konferenz fand am 5. Mai in Berlin in der Wohnung von Wilhelm Pieck statt: Die Arbeit der Organisation war so weit fortgeschritten, dass man eine Einteilung in Regionen skizzieren konnte, die eine bessere Aufteilung des innerhalb der Partei aufgebauten geheimen Netzes ermöglichte²³⁹.

Fortschritt und harte Schläge folgten einander in dem heimlichen Kampf, der von diesen allzu bekannten Kämpfer*innen geführt wurde. Im Februar 1915 wurde Rosa Luxemburg, deren Berufung abgelehnt worden war, für zwei Monate inhaftiert. Aus dem Gefängnis heraus leistete sie jedoch ihren Beitrag zur ersten Ausgabe der Zeitschrift »Die Internationale«, deren Herausgabe die Gruppe beschlossen hatte und die sie zusammen mit Mehring herausgab. Gedruckt auf der Presse einer Parteizeitung des Ruhrgebiets, erschien sie im April mit Beiträgen von Clara Zetkin, Thalheimer, Ströbel, Käthe Duncker, Paul Lange und Liebknecht. Aber die Zeitschrift wurde sofort verboten²⁴⁰. Zur gleichen Zeit wurde der württembergische Aktivist Jakob Walcher verhaftet und wegen der Verbreitung eines subversiven Flugblatts angeklagt: Die Begründung seiner Verurteilung unterstrich, dass seine politische Linie im Widerspruch zu der seiner Partei stehe²⁴¹. 1915 war ein sehr schwieriges Jahr. Clara Zetkin wurde bei ihrer Rückkehr von der Internationalen Frauenkonferenz in Bern verhaftet²⁴². Sie wurde im Oktober entlassen, aber in sehr schlechtem Gesundheitszustand, und nahm nicht mehr an Aktionen teil²⁴³. In Stuttgart wurden sieben Aktivist*innen, darunter Friedrich Westmeyer und der junge Hans Tittel, verhaftet und angeklagt²⁴⁴. In Berlin hatte Wilhelm Pieck Kontakt zu jungen Arbeiter*innen um den sächsischen Maurer Fritz Globig aufgenommen,²⁴⁵ wurde aber selbst nach der Frauendemonstration vor dem Reichstag verhaftet²⁴⁶. Im Herbst war Ernst Meyer an der Reihe²⁴⁷, dann

237 I.M.L.-Z.P.A., Wilhelm. Pieck. Mappe, Dokumente du KPD 1914. 1929, N.L. 36/2, wichtige Auszüge in G. Badia, *Le Spartakisme*, S. 326-337.

238 I.M.L., Moskau. Archiv, Fonds 210, Karl Liebknecht, Nr. 836, zitiert nach Wohlgemuth, a. a. O., S. 98.

239 Bartel, o.S. cit. S. 222 und I.M.L.-Z.P.A., N.L. 36/2. Waren vorhanden : Pieck, Liebknecht, Mehring, Käthe und Hermann Duncker, Geithner, Rühle, Paul Levi, Crispian, Berten, Merkel und Gäbel.

240 Siehe Wohlgemuths Einleitung zur fotografischen Reproduktion in dieser Ausgabe von »Die Internationale«, Ost-Berlin, 1965.

241 Ill. Gesch. S. 142.

242 Bartel, a.a.O., S. 250; Ill. Gesch. S. 516.

243 Ill. Gesch. S. 142.

244 Dok. u. Mat. Mat, II/1, S. 201-206.

245 Unter der roten Fahne, S. 92.

246 28. Mai 1915 (Ill. Gesch. S. 515).

247 18. September 1915 (Ebenda).

Eberlein²⁴⁸. Westmeyer wurde schließlich trotz seines Alters mobilisiert und starb in einem Lazarett nahe der Front²⁴⁹.

Die politischen Aktivitäten der Emigrant*innen und der Schweizer Arbeiter*innenbewegung hatten einen engen Einfluss auf die deutsche Bewegung: In diesem Land nahmen die ersten internationalen Umgruppierungen Form an. Willi Münzenberg, seit mehreren Jahren Sekretär der Sozialistischen Jugend der Schweiz, unterhielt Kontakte nach Deutschland, sowohl nach Bremen als auch nach Sachsen, und arbeitete zu Beginn des Krieges mit dem Rheinländer Walter Stoecker zusammen²⁵⁰. Auf der Jugendkonferenz, die Ostern 1915 in Bern stattfand, waren zehn Länder vertreten, und deutsche Gruppen aus Stuttgart, Göppingen und Karlsruhe entsandten Delegierte. Die von einem Bolschewiken eingebrachte Resolution erhielt nur drei Stimmen, gegen dreizehn. Aber die Konferenz beschloss, mit dem Wiener Büro zu brechen und proklamierte sich selbst als unabhängige Jugendinternationale, mit Münzenberg als internationalem Sekretär²⁵¹. Am 1. September 1915 erschien die erste Ausgabe ihrer Zeitschrift »Jugendinternationale« mit Artikeln von Hoernle, Liebknecht, Kollontai, Karl Radek. Liebknecht, Franz Mehring, Paul Frölich, Georg Schumann beteiligen sich an ihrer Verbreitung in Deutschland. Zur Zeit der internationalen sozialistischen Konferenz von Zimmerwald sind auch die Kriegsgegner*innen gespalten zwischen einer zentristischen Mehrheit, mit pazifistischer Tendenz, und einer Linken, die sich auf die bolschewistischen Thesen beruft. Vier der anwesenden Deutschen stimmten Adolf Hoffmann und Ledebour auf der einen Seite und Ernst Meyer und Thalheimer, die die Gruppe der Internationale vertraten, auf der anderen Seite, mit der Mehrheit; nur Borchardt, der Redakteur der »Lichtstrahlen«, schloss sich Lenin in der »Zimmerwalder Linken« an²⁵².

Im Juni 1915 richteten mehr als 750 bekannte Aktivist*innen, Zeitungsredakteur*innen, Hauptamtliche und Gewerkschaftsverantwortliche, einen Protest an den Vorstand gegen dessen Politik²⁵³. Der Aufruf wurde bei Liebknecht, in seiner Wohnung, von ihm selbst, Ernst Meyer, Ströbel, Marchlewski, H. Duncker und Mehring sowie Laukant, Laufenberg und Ledebour verfasst²⁵⁴. Am 1. Januar 1916 hielt die Gruppe der Internationale eine Konferenz in Liebknechts Wohnung ab: Die zwölf Delegierten²⁵⁵ nahmen den von Rosa Luxemburg im Gefängnis verfassten Text über

248 13. Oktober 1915 (Ebenda).

249 Ebenda, S. 142.

250 Münzenberg, Die Dritte Front, S. 43.

251 Ebenda, S. 156-165.

252 W. Bartel, a.a.O., S. 237.

253 Text in Dok. u. Mat., II/1, S. 169-173.

254 Unter den Unterzeichner*innen waren viele zukünftige kommunistische Führer: Bandler, Brass, Däumig, Eberlein, Heckert, Lange, Merges, Paul Neumann, Rühle, Thalheimer, Walcher, usw., sowie die späteren unabhängigen Führer Crispian, Robert Dissmann, Ledebour.

255 K. Duncker, Eberlein, Knief, Liebknecht, Lindau, Mehring, Meyer, Minster, Rühle, Schumann, August und Bertha Thalheimer (Ill. Gesch., S. 135). Siehe auch Bartel, a.a.O., S. 270-275 und Wohlgemuth, a.a.O.,

»Die Krise der Sozialdemokratie« als Grundlage ihrer Aktion an. Als scharfer Kritik des »Burgfriedens« sowie der pazifistischen Illusionen bekräftigte er, dass Frieden nur aus einer revolutionären Aktion des Proletariats resultieren könne²⁵⁶. Am 19. März fand eine viel breitere Konferenz statt, immer noch in Berlin, mit insbesondere siebzehn Delegierten aus Berlin²⁵⁷. Die Konferenz nimmt eine sehr klare Position gegenüber der sich im Aufbau befindlichen zentristischen Opposition ein und markiert in der Tat den Beginn der Gruppe, die bald »Spartakus« heißen wird.

Lenin unterzog die Texte der Gruppe Internationale, insbesondere die von Rosa Luxemburg im Gefängnis verfasste »Junius«-Broschüre, einer scharfen Kritik. Der wesentliche Unterschied liegt darin, dass die Deutschen sich den Frieden zum Ziel gesetzt haben, nicht den Bürgerkrieg. Lenin warf Junius eine auf der Vergangenheit basierende Analyse vor, die sich auf die Perspektive einer Rückkehr zur Vorkriegszeit und der Entfaltung des Klassenkampfes im Rahmen einer bürgerlichen Demokratie konzentrierte, während er seinerseits der Meinung war, dass der Krieg die Ära der Revolutionen eröffnet hatte²⁵⁸. Der Aufruf zum Klassenkampf inmitten des Krieges stellt jedoch einen revolutionären Akt von großer Bedeutung dar; indem sie nach Liebknecht bekräftigt, dass der Hauptfeind im eigenen Land zu finden ist, nimmt die Spartakusgruppe ihren Platz in dem revolutionären Flügel ein, der sich allmählich in der internationalen sozialistischen Bewegung konstituiert.

Außerdem veröffentlichte Otto Rühle wenige Tage nach der Konferenz im »Vorwärts« einen durchschlagenden Artikel zugunsten der Spaltung der Sozialdemokratie²⁵⁹, die bis dahin nur von der Zeitschrift des verhafteten Borchardts verteidigt worden war²⁶⁰. Jedenfalls wandten sich die Aktivist*innen, die versuchten, die Jugendlichen auf unabhängiger Basis zu organisieren, wie zum Beispiel Fritz Globig und seine Genossen in Berlin,²⁶¹ der Spaltung der Jugendorganisationen zu. Zu Ostern hielten sie unter dem Deckmantel einer Naturfreundeorganisation in einem Gasthaus bei Jena eine nationale Konferenz der oppositionellen Jugend ab. Liebknecht, Rühle, Hoernle, Schumann nahmen daran teil, und die Konferenz verabschiedete die von Liebknecht entworfenen Thesen²⁶². Den Revolutionär*innen gelang es, legale Zeitungen zu gründen, wie »Arbeiterpolitik« in Bremen, »Sozial-

S. 167-171.

256 Dok. u. Mat., II/1, S. 279-282. [Nachdruck auch in »Gesammelte Reden ...«, Band 8, S. 241-248]

257 Es war die Entdeckung der Notizen eines Teilnehmers, Ohloff, im Jahr 1948, die diese Konferenz bekannt machte. Ulla Plener, »Die Märzkonferenz der Spartakusgruppe, ein Markstein auf den Wegen zur Gründung der KPD«, BzG, 1961, Nr. 4, S. 812-841.

258 Siehe insbesondere »A propos de la brochure de Junius«, Œuvres, Bd. XXII, S. 323-343, [»Über die Junius-Broschüre«, Werke, Band 22, pS. 310-325.

259 »Zur Parteispaltung«, Vorwärts, 12. Januar 1916; Dok. u. Mat. Mat, II/1, S. 301-307.

260 Bock, a.a.O., S. 74.

261 Unter der roten Fahne, S. 103.

262 Ill. Gesch, S. 131; Bartel, a. a. O. S. 307.

demokrat« in Stuttgart²⁶³, und mehr oder weniger regelmäßig illegale Blätter zu veröffentlichen, die Spartakusbriefe, aber auch »Der Kampf« in Duisburg und in Hamburg²⁶⁴.

Jedoch zu der Zeit, als sie wuchs, hatte die Opposition ihre ersten Probleme: bezüglich der Kontakte zu den zentristischen Gegnern, die innerhalb der Fraktion immer zahlreicher und aktiver wurden, und vor allem bezüglich ihrer eigenen Perspektiven. Einige wollten zur Ausrufung einer neuen Partei schreiten und alle Verbindungen zur Sozialdemokratie abbrechen. Rosa Luxemburg kämpfte gegen sie an: Nach ihr muss man so lange wie möglich in der Partei bleiben, sich davor zu hüten, eine Sekte zu bilden, und so handeln, dass die Arbeiter*innen in den Kampf hineingezogen werden²⁶⁵. Bereits im Januar hatten sich die Kniefs aus Bremen, Rühle und Lindau für die Spaltung ausgesprochen²⁶⁶. Die Demonstration vom 1. Mai 1916 entsprach Rosa Luxemburgs Konzeption der Aktion in den Massen: Das von Liebknecht entworfene Flugblatt wurde von Aktivist*innen der Jugend gedruckt und verteilt²⁶⁷, was einen gewissen Grad an Organisation zeigt. Der Streik vom 28. Juni scheint eine Bestätigung dieser Linie zu sein: Arbeiter*innen, die die Revolutionär*innen nicht anleiten, führen mitten im Krieg diesen politischen Streik, den die Revisionist*innen in Friedenszeiten für unmöglich hielten. Doch trotz der Bemühungen ihres Organisators Leo Jogiches und von Paul Levi, der in die Schweiz ging und dort Kontakte knüpfte²⁶⁸, blieb die Gruppe, die sich fortan »Spartakus« nannte, zahlenmäßig schwach und schaffte es nicht, die Sympathien, die ihr Liebknechts Ansehen einbrachte, organisatorisch zu nutzen²⁶⁹. Einige ihrer Mitglieder, wie Heckert und Brandler in Chemnitz, hatten aufgrund ihrer gewerkschaftlichen Verantwortung realen Einfluss²⁷⁰: Die Gruppe selbst blieb ein eher loses Netzwerk mit unsicheren Verbindungen, die durch Verhaftungen oder Mobilmachungen jeden Moment zerbrach.

Es gibt in der Tat mehrere Organisationen. In Berlin organisierte sich die Gruppe Lichtstrahlen in den »Internationalen Sozialisten Deutschlands« (ISD), aber die Repression und dann die Entwicklung ihres Hauptführers Borchardt enttäuschten bald diejenigen – und in erster Linie Lenin –, die mit ihrer Entwicklung gerechnet hatten²⁷¹.

263 Walcher, Hoernle, Crispian und Rück führen es an. (Ill. Gesch., S. 143.)

264 Ebenda.

265 Frölich, a.a.O., S. 277; Wohlgernuth, a.a.O., S. 186.

266 Globig, ... aber verbunden sind wir mächtig, S. 138; I.M.L., Moskau, Fonds zur Vorgeschichte der KPD, Nr. 1138, zitiert bei Wohlgernuth, oS. cit.

267 Unter der roten Fahne, S. 101-102.

268 Ch. Beradt, a.a.O., S. 17, hält es für sinnvoll, Levi gegen seine rechten Ankläger*innen zu verteidigen, indem er das aktivistische Ziel seiner Aufenthalte in der Schweiz erläutert.

269 Ein Prestige, das nach seiner Verurteilung noch mehr wuchs.

270 S. Heckert, »Die Linken in Chemnitz im Kampf gegen den Opportunismus für die Herausbildung einer revolutionären Partei«, BzG, 1967, Nr. 1, S. 109 ff.

271 Zu diesen Hoffnungen siehe *Ceuvres*, Bd. XXXVI, S. 336 f. [Werke, Band 36, S. 316-317.]

Im Nordwesten begannen mehrere Gruppen, sich in Verbindung mit der Internationale zu organisieren, während sie die Verbindungen zu Radek in der Schweiz aufrechterhielten. In Hamburg bezog der Historiker Laufenberg, vor dem Krieg ein Zentrist, Position gegen den Krieg. Mit anderen Aktivisten, Fritz Wolffheim, einem ehemaligen IWW-Mitglied in den Vereinigten Staaten, Rudolf Lindau, Wilhelm Düwell und Paul Frölich, führte er eine kleine, aktive Untergrundgruppe²⁷². Daneben führte eine Organisation der »freien Jugend«, die sich auf einer sozialistischen, antimilitaristischen und internationalistischen Grundlage konstituierte, Agitation und Propaganda unter dem Deckmantel von Freizeit- und Freiluftaktivitäten durch: Dank der Unterstützung von heimlichen Verantwortlichen rekrutierte sie in großem Umfang unter der Arbeiter*innenjugend, hatte aber keinen Kontakt zu denen im Untergrund²⁷³. In Bremen, wo der Einfluss der Radikalen schon immer groß gewesen war – Pieck war dort Sekretär gewesen und Pannekoek hatte sich dort sechs Jahre lang aufgehalten –, hatte Johann Knief, ein ehemaliger Lehrer, der Parteilehrer und Redakteur der Bremer-Bürgerzeitung geworden war, großen Einfluss auf die jungen Arbeiter*innen. Die Kader der Partei waren persönlich mit Radek verbunden, der durch regelmäßige Korrespondenz weiterhin großen Einfluss auf sie ausübte. Knief gelang es, einen wöchentlichen Diskussionskreis in der Partei aufrechtzuerhalten und die revolutionären Thesen zu verteidigen, indem er die Artikel von Radek, Lenin, Trotzki verbreitete, die in der Schweizer Presse erschienen²⁷⁴. Es gelang ihm, einen heimlichen Kern von jungen Aktivist*innen zu bilden, die einen gewissen Einfluss unter den Hafendarbeiter*innen hatten. Einer seiner Schüler, der junge Journalist Eildermann, unterhielt regelmäßige Beziehungen zu den Jugendorganisationen von Dresden und Stuttgart, und sogar zu einer Gruppe von Soldaten der 75. Infanterie, deren Organisator ein Schuster aus Bremen, Carl Jannack, war²⁷⁵. Im Herbst 1915, während einer Beurlaubung, teilte Jannack Knief mit, dass seine Genossen für eine Spaltung und die Gründung einer revolutionären Partei seien²⁷⁶. Eildermann war ein Delegierter aus Bremen auf der Jenaer Konferenz 1916²⁷⁷. Im selben Jahr, nachdem sie beschlossen hatten, mit der zentristischen Mannschaft, die die Bremer-Bürgerzeitung leitete, zu brechen, starteten die Bremer Revolutionär*innen eine Spendensammlung unter den Werftarbeiter*innen, um die Presse für die neue legale Wochenzeitung zu kaufen, die sie bald herausgeben wollten, »Arbeiterpolitik.«²⁷⁸ Ihre Verantwortlichen nahmen an den Konferenzen der Internationale teil, unterhielten Kontakte zu Borchardt und der ISD sowie über Radek zur Zimmerwalder Linken. Zu

272 Vorwärts und nicht vergessen, S. 253.

273 Ebenda, S. 235.

274 Vorwärts und..., S. 142.

275 Ebd., S. 143.

276 Ebenda, S. 144.

277 Ebenda, S. 147.

278 Ebenda, S. 148.

Ostern 1916 empfangen sie Ernst Meyer, der aus Berlin gekommen war, und führten mit ihm ein langes Arbeitsgespräch²⁷⁹.

In Berlin wuch die Aktion der Niederbarnimer Aktivist*innen, die innerhalb der Partei entstanden war, schnell einer neuen Opposition, die innerhalb der Gewerkschaften entstanden war, der der »Revolutionären Obleute«, die in den Berliner Fabriken die berühmten »Vertrauensmänner« der sozialdemokratischen Partei weiterführten²⁸⁰. Es war der Krieg, der ihnen diesen besonderen Charakter verlieh, indem er sie prägte. Kaum war der »Burgfrieden« ausgerufen, scharten sich mehrere Verantwortliche der Berliner Metallgewerkschaft (DMV) um den Leiter der Dreherabteilung, den Sozialdemokraten Richard Müller, um über die Köpfe der reformistischen Leiter Oskar Cohen und Siering hinweg, die die Kriegspolitik unterstützt hatten, in der Gewerkschaft und in den Betrieben den Kampf gegen die Bosse zu organisieren. Ihre Zuhörer*innenschaft war so groß, dass im März 1916 nur die hartnäckige Weigerung von Richard Müller selbst seine Wahl zum Chef der Gewerkschaft in Berlin verhinderte²⁸¹.

Richard Müller würde diese verpasste Chance später bedauern, aber die Gruppe zog vorerst eine halb klandestine Aktion im Gewerkschaftsapparat der Übernahme direkter Verantwortung vor. Der ursprüngliche Kern, dessen Existenz 1918 für viele überraschend kam, agierte in einer Atmosphäre der Konspiration und rekrutierte methodisch zuverlässige Mitglieder unter den Vertrauensleuten der Gewerkschaft in den verschiedenen Unternehmen und Gewerken. Es war ein Netzwerk, dessen Mitglieder sich die Schlüsselpositionen erarbeiten, die von der legalen Deckung der Gewerkschaft der Dreher profitieren und im Apparat als gut organisierte Fraktion agieren, aber ständig enge Verbindungen mit der Arbeiter*innenmeinung der Fabriken und Werkstätten aufrechterhalten, die in der Lage sind, eine Delegiertenversammlung zu kontrollieren und überall die Freiheit der Kritik durchzusetzen. Es war eine Organisation sui generis, weder Gewerkschaft noch Partei, sondern geheime Gruppe in der einen wie in der anderen, wird es dem leitenden Kreis der revolutionären Obleute mehrfach gelingen, den Widerstandswillen der Arbeiter*innen gegenüber dem Staat und dem Parteiapparat zum Ausdruck zu bringen, ihre Forderungen und ihren Kampfeswillen in der Aktion zu konkretisieren. Der Hauptkern, der »Kopf«, zählte, wie es scheint, nie mehr als fünfzig Aktivist*innen²⁸², aber dank der in allen Betrieben gut platzierten Dreher*innen, einer kleinen, in den Delegiertenversamm-

279 Ebd., S. 169.

280 Siehe dazu W. Tormin, Zwischen Rätediktatur und sozialer Demokratie, S. 40-44; S. Von Oertzen, Betriebsräte in der Novemberrevolution, S. 71-78; Erich Winkler, »Die Berliner Obleutebewegung im Jahre 1916«, ZfG, 1968, Nr. 11, S. 1422-1435. Siehe auch die Erinnerungen von Richard Müller, Vom Kaiserreich zur Republik.

281 R. Müller, Vom Kaiserreich zur Republik, S. 59-60.

282 Nach S. von Oertzen, a.a.O., S. 74, der überzeugend gegen die von Tormin, a.a.O., S. 42, angegebene Zahl von 80 bis 100 argumentiert.

lungen zusammengeschweißten und disziplinierten Phalanx, wussten sie mit einigen hundert Mann, die sie direkt beeinflussten, Zehn- und dann Hunderttausende von Berliner Arbeiter*innen in Bewegung zu setzen, indem sie ihnen erlaubten, sich zu Aktionsinitiativen zu äußern, die ihren Bestrebungen entsprachen.

Diese Metallarbeiter*innen, Spezialist*innen mit relativ hohen Löhnen, zumal die Betriebe, die sie beschäftigten, Vollzeit für den Krieg arbeiteten, waren sicherlich die besten Produkte der Sozialdemokratie und der Vorkriegsgewerkschaftsbewegung. 1914 noch unbekannt, waren sie am Ende des Krieges die Führer*innen, auf die die Berliner Arbeiter*innen hörten, und trotz ihrer relativen Jugend die Kader der revolutionären sozialistischen Bewegung. Ihr Hauptleiter, Richard Müller, war mit Le-debour verbunden und lehnte sich an die zentristische Opposition an, was ihn dazu veranlasste, den Ausbruch von Polemiken zwischen den rivalisierenden Tendenzen der Opposition in ihren Reihen zu verhindern zu versuchen²⁸³. Mindestens drei von ihnen, Bruno Peters, Otto Franke, Hermann Grothe, werden Mitglieder der Spartakusgruppe sein oder sind es bereits²⁸⁴. Die anderen, von denen die meisten zwischen 1919 und 1920 Kommunist*innen wurden, standen ihr nahe, wie Paul Eckert, Paul Wegmann, Richard Nowakowski, Hans Pfeiffer, Paul Neumann, Heinrich Malzahn, Neuendorf, Otto Tost, Paul Scholze, Fritz Winguth, Richard Schöttler, Paul Weyer und Anton Grylewicz²⁸⁵. Ihr Kreis wurde um Aktivist*innen erweitert, die außerhalb der Fabriken arbeiteten, wie z.B. Ottomar Geschke, Leiter eines Heims für junge Arbeiter*innen²⁸⁶. Es war dieser Kreis, der oft durch einzelne Mobilmachungen und Demobilisierungen erneuert wurde, der im Juni 1916 den Solidaritätsstreik mit Liebknecht organisierte, der von 55.000 Berliner Metallarbeiter*innen durchgeführt wurde²⁸⁷.

Der Kreis der Revolutionären Obleute, ein flexibles Netzwerk, das auf den Vertrauensbeziehungen zwischen den Aktivist*innen der legalen Organisationen beruhte, war in der Tat ein Anwärter auf die Rolle der Führung der Berliner Arbeiter*innen, die er bei mehreren Gelegenheiten siegreich mit der Sozialdemokratischen Partei oder den Gewerkschaften bestritt, ohne den Ehrgeiz zu haben, sich als autonome politische Führung oder als Spaltergewerkschaft zu konstituieren.

283 R. Müller, a.a.O., S. 66.

284 Von Oertzen, a.a.O. S. 73, und Erinnerungen an die frühen Aktivist*innen in Vorwärts und..., S. 269 ff. & 349 ff. Zu Grothe siehe seine Biografie in H. Weber, Der Gründungsparteitag, S. 317.

285 Siehe Biografien im Anhang.

286 Von Oertzen, Ebenda, wird auch suggeriert, dass Paul Scholze Mitglied der Spartakistengruppe war, was möglich ist, aber durch keinen Text bestätigt wird. Im Januar 1919 ist er jedenfalls nicht in die KPD(S) eingetreten. J. S. Drabkin betrachtet als »die revolutionärsten Kräfte unter den revolutionären Obleuten« Franke, Schöttler Nowakowski und Hans Pfeiffer. (Die Novemberrevolution, S. 448.)

287 E. Winkler, a.a.O., S. 1429-1430. Die Gruppe der revolutionären Obleute scheint während des gesamten Krieges von der Polizei unbehelligt geblieben zu sein: In den von Leo Stern veröffentlichten Dokumenten findet sich jedenfalls kein Bericht über sie.

Gegenüber einer Spaltung feindliche Revolutionär*innen

Die Positionen der revolutionären Opposition in Deutschland sind also sehr weit davon entfernt, den Erwartungen der Bolschewiki zu entsprechen. Sicherlich ist die kleine Bremer Gruppe, deren Presse von Zeit zu Zeit Artikel von Radek, Bucharin und sogar Lenin veröffentlicht, bereit, die Analysen Lenins über den Bankrott der II. Internationale und die Notwendigkeit, eine neue aufzubauen, alles in Allem zu akzeptieren. Die Gruppe »Internationale«, die ebenfalls den Bankrott der II. verkündet, erkennt zwar die historische Notwendigkeit der Dritten an, weigert sich aber, diese durch eine Spaltung vorzubereiten:

»Die neue Internationale, die nach dem Zusammenbruch der alten am 4. August 1914 wiedererstehen muss, kann nur aus dem revolutionären Klassenkampf der proletarischen Massen in den wichtigsten kapitalistischen Ländern geboren werden. (...) Die Internationale wird (...) von unten auferstehen (...) Die deutsche Sozialdemokratie, deren Zusammenbruch nur die Feststellung ihrer längst bestehenden Schwäche war, muss eine völlige innere Umwandlung erfahren, wenn sie befähigt werden soll, die proletarische Masse in ihrer geschichtlichen Mission zu leiten. Ihre Entwicklung zu einer aktionsfähigen revolutionären Macht kann nicht durch bloße Programme und Manifeste erzielt werden, nicht durch mechanische Disziplin oder tote organisatorische Formen, sondern nur durch Ausbreitung lebendigen Klassenbewusstseins und entschlossener Initiative in den Massen. Voraussetzung dafür ist die Umgestaltung des bürokratischen Systems der Partei- und Gewerkschaftsorganisation (...) in ein demokratisches System, wo die Funktionäre Werkzeuge der Massen sind.«²⁸⁸

Für Rosa Luxemburg enthält der Bankrott der II. Internationale in der Tat Lehren, die weit davon entfernt sind, zu einer Annäherung an die Leninsche Sichtweise zur Organisation beizutragen. Sie schreibt:

»Gerade die mächtige Organisation, gerade die vielgepriesene Disziplin der deutschen Sozialdemokratie bewährten sich darin, dass der vier Millionen starke Körper sich auf Kommando einer Handvoll Parlamentarier in vierundzwanzig Stunden wenden und vor einen Wagen spannen ließ, gegen den Sturm zu laufen sein Lebensziel war. (...) Und je höher die Schulung, die Organisation, die berühmte Disziplin (...), um so wirksamer die Kriegshilfe der deutschen Sozialdemokratie«²⁸⁹

Überzeugt von der Notwendigkeit der Organisierung der Revolutionär*innen in einer Partei und einer Internationale, glaubte sie jedoch nicht, dass diese historische

²⁸⁸ Spartakusbriefe (Hrsg. 1958), S. 137-139.

²⁸⁹ »Der Wiederaufbau der Internationale«, R. Luxemburg, Ausgewählte Reden und Schriften, II, S. 521. [Gesammelte Werke, Band 4, Berlin 1974, S. 20-32]

Aufgabe unter beliebigen Bedingungen und vor allem in Ermangelung einer Massenbewegung möglich sei:

»Die Menschen machen ihre Geschichte nicht aus freien Stücken. Aber sie machen sie selbst. Das Proletariat ist in seiner Aktion von dem jeweiligen Reifegrad der gesellschaftlichen Entwicklung abhängig, aber die gesellschaftliche Entwicklung geht nicht jenseits des Proletariats vor sich, es ist in gleichem Maße ihre Triebfeder und Ursache, wie es ihr Produkt und Folge ist. Seine Aktion selbst ist mitbestimmender Teil der Geschichte. Und wenn wir die geschichtliche Entwicklung so wenig überspringen können, wie der Mensch seinen Schatten, wir können sie wohl beschleunigen oder verlangsamen. (...) (Der) Sieg des sozialistischen Proletariats (...) ist an ehernen Gesetze der Geschichte, an tausend Sprossen einer vorherigen qualvollen und allzu langsamen Entwicklung gebunden. Aber er kann nimmermehr vollbracht werden, wenn aus all dem von der Entwicklung zusammengetragenen Stoff der materiellen Vorbedingungen nicht der zündende Funke des bewussten Willens der großen Volksmasse aufspringt.«²⁹⁰

Die Revolutionär*innen der Gruppe »Internationale« stellen sich also in eine ganz andere Perspektive als die Bolschewiki: Für sie geht es darum, das alte Haus in Ordnung zu bringen, die Eberts und Scheidemanns aus ihm zu vertreiben, um die Partei durch ihre Mitglieder zurückzuerobern und dafür, während sie den unvermeidlichen Aufstand der Massen abwarten, durch ihre Propaganda zu ihrer Aufklärung, ja zu ihrer Analyse beizutragen. Aber die sofortige, »mechanische« Spaltung, die die Bolschewiki befürworteten und die gewisse von ihnen beeinflusste Elemente in Deutschland zu befürworten beginnen, erscheint ihnen als ein Heilmittel, das schlimmer wäre als das Übel. Jogiches schreibt, dass dies »zur Absplitterung von kleinen Kränzchen der besten Genossen von der Partei« führen und sie in die Ohnmacht stürzen würde,²⁹¹ und Rosa Luxemburg schreibt, über diejenigen, die vorschlugen, die Partei zu verlassen:

»Aus kleinen Sekten und Konventikeln kann man ›austreten‹, wenn sie einem nicht mehr passen, um neue Sekten und Konventikel zu gründen. Aber es ist nichts als unreife Phantasie, die gesamte Masse der Proletarier aus diesem schwersten und gefährlichsten Joch der Bourgeoisie durch einfachen ›Austritt‹ befreien zu wollen ...«²⁹²

290 »Die Krise der Sozialdemokratie«, Ebenda, S. 269. [Gesammelte Werke, Band 4, Berlin 1974, S. 49-164]

291 Siehe insbesondere den Brief Leo Jogiches an Heckert und Brandler im September 1916, zitiert von H. Wohlgemuth, Die Entstehung der KPD, S. 193.

292 »Offener Brief an Gesinnungsfreunde«, unterzeichnet Gracchus, Der Kampf, Duisburg, Nr. 31, 6. Januar 1917, abgedruckt in Dok. u. Mat. Mat, II/1, S. 525. [Nachdruck in Gesammelte Werke, Band 4, Berlin 1974, S. 232-236, hier S. 235]

Tatsächlich konnte eine solche Initiative ihrer Meinung nach nicht die Wurzel des Übels angreifen: Die Befreiung des Proletariats geht über seine Emanzipation vom »parlamentarischen Kretinismus« und dem Aberglauben an den »Mitgliedsausweis«:

»Die Liquidierung des ›Haufens organisierter Verwesung‹, der sich heute Sozialdemokratie nennt, ist nicht als Privatangelegenheit in den Entschluss einzelner oder vereinzelter Gruppen gegeben. Sie wird sich als unvermeidlicher Nachtrag dem Weltkrieg anschließen ...«²⁹³

In der Tat, so wie die Beschlüsse vom August 1914 gezeigt hatten, dass die Sozialdemokratische Partei nicht nur »die Bewegung der Klasse selbst« war, sondern auch ein Apparat, der in der Lage war, das Lager des Klassenfeindes zu sammeln, so sollten die Ereignisse von 1917 die Nichtigkeit der Aussichten auf eine Wiederaufrichtung oder Reform der Partei demonstrieren. Die Spaltung der Sozialdemokratie wird in der Tat eintreten, teilweise sicherlich als Folge des »Stoßes der Massen«, aber hauptsächlich auf Initiative des Apparates. Und sie wird sich nicht zwischen Revolutionär*innen und Reformist*innen ereignen, sondern inmitten der Reformist*innen und damit die Reihen der Revolutionär*innen, die das weder vorausgesehen noch sich darauf vorbereitet haben, erneut in Unordnung bringen.

293 Ebenda. [a.a.O., S. 236]

Kapitel V: Die Gründung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei

Neben Borchardt, dem Mann der »Lichtstrahlen«, Bertha Thalheimer und Ernst Meyer für die »Internationale« hatten noch zwei weitere deutsche Sozialdemokraten an der Zimmerwalder Konferenz teilgenommen, wo sie die Thesen der Mehrheit unterstützt hatten, die Lenin als »zentristisch« bezeichnete. Georg Ledebour und Adolf Hoffmann, beide Reichstagsabgeordnete, waren bekannte Figuren der radikalen Linken, für die sie in der Vorkriegspolemik gegen Revisionist*innen und Reformist*innen oft Wortführer gewesen waren. Entgegen der Meinung von Franz Borkenau, der Krieg habe Umgruppierungen auf ganz neuen Grundlagen provoziert²⁹⁴, tauchten die alten Oppositionen am Tag nach dem August 1914 nach einzelnen Überläufen wieder auf: die vierzehn Abgeordneten, die am 3. August die Position einer Abstimmung gegen die Kriegskredite unterstützt hatten, standen genau auf der Linie des radikalen Blocks, dessen Festhalten am Erfurter Programm sie widerspiegelten, und in diesem Fall schloss die prinzipielle Feindschaft gegen den bürgerlichen Staat jede formale Mitarbeit der Sozialist*innen aus.

Doch das Ausmaß der Widersprüche, verschärft durch den Krieg und die Initiativen Liebknechts, warf neue Probleme auf und eröffneten Perspektiven, die der alte Block der Linken nie vorgesehen hatte. Indem er sich weigerte, sich der Parteidisziplin zu beugen, indem er an die Initiative der Massen über ihren Kopf hinweg appellierte, zerbrach Liebknecht den radikalen Block. Er war sich dessen im Übrigen bewusst, indem er erklärte:

»Aufrüttelung und Klärung sei heute vonnöten, nicht Sammlung auf irgendeiner mittleren Linie.«²⁹⁵

Die Reaktion der anderen Abgeordneten der Opposition konnte nur lebhaft sein. In der Nacht vom 1. auf den 2. Dezember 1914, als Liebknecht sich von denen trennte, die man fortan Zentrist*innen nennen würde, tobte die Polemik unter den ehema-

294 Borkenau, a.a.O., S. 61.

295 Klassenkampf, S. 51-52. [Gesammelte Reden und Schriften, Band VIII, S. 85]

ligen Radikalen. Für Haase und seine Freunde, wie Ledebour und Adolf Hoffmann, verhielt sich Liebknecht wie ein unverantwortlicher Sektierer, der dem Vorstand einen Vorwand für Sanktionen lieferte, der die Perspektive der notwendigen internen Debatten nur verzerren konnte. Liebknecht entgegnete, dass die Gegner*innen, die loyal sein wollten, zu Komplizen des Vorstands würden, indem sie sich dessen Entscheidungen beugten. Die Zentrist*innen nehmen dieses Risiko in Kauf: die Partei bleibt für sie die Partei, und ungeachtet ihrer Fehler – die Abstimmung vom 4. August ist einer davon, verschärft durch neue »annexionistische« Fehler – muss für sie der politische Kampf um ihre Wiederherstellung innerhalb der Partei, unter Beachtung ihrer Statuten und Traditionen geführt werden.

Eine loyale Opposition

Der Vorstand versteht diese Situation sehr gut. Bis auf Weiteres muss er die Gegner*innen, die keinen Skandal verursachen wollen, behalten. Er kann sie benutzen, um zu versuchen, Liebknecht und seine Anhänger*innen zu isolieren, sie als Saboteur*innen der Einheit, »Feinde der Partei« darzustellen. Die Existenz einer loyalen Opposition ist in der Tat ein Dementi von Liebknechts Vorwurf, wonach sein Akt der Disziplinlosigkeit die einzige Möglichkeit gewesen sei, seine Opposition auszudrücken. Deshalb beschloss der Vorstand am 3. Februar 1915, eine gewisse Form der öffentlichen Opposition zuzulassen, indem er Abgeordneten, die nicht guten Gewissens die Abstimmungsdisziplin anwenden konnten, erlaubte, bei der Abstimmung abwesend zu sein²⁹⁶. In der Reichstagssitzung vom 20. März 1915 stimmte der Abgeordnete Otto Rühle zusammen mit Liebknecht gegen die Kriegskredite, während Haases Freunde vor der Abstimmung den Saal verließen²⁹⁷.

Während die Mehrheitler*innen den Akzent auf den patriotischen Charakter des Krieges und die Notwendigkeit eines Burgfriedens zur Sicherung der Landesverteidigung legten, beharrte die zentristische Minderheit auf dem Friedenswillen der Sozialdemokrat*innen, ihrem Wunsch, nach einem ehrenhaften Kompromiss und einem Frieden ohne Annexionen und Sanktionen zu suchen, sowie ihrer Verbundenheit mit den demokratischen Freiheiten. Liebknecht und seine Genoss*innen weigerten sich, dieses Spiel mitzuspielen, und kritisierten die These vom »Frieden ohne Annexionen«, die sie als Fortsetzung von Kautskys »allgemeiner Abrüstung« vor dem Krieg analysierten, ein einfaches linkes Deckblatt für die Kriegspolitik der Mehrheitsanhänger*innen.

Die Ereignisse scheinen ihnen Recht zu geben. 1915 war klar, dass der Krieg sich eingerichtet hatte, dass die deutsche Führung ein Annexionsprogramm hatte und dass der sozialdemokratische Vorstand nicht im Begriff war, dieses zu desavouieren.

²⁹⁶ Prager. Geschichte des USPD, S. 53-54. [4. Auflage 1980, S. 50]

²⁹⁷ Ebenda S. 55. [4. Auflage 1980, S. 53]

Die Angriffe auf die demokratischen Rechte, die polizeiliche Repression und die Verschlechterung der Lage der Arbeiter*innen machten allen Gegner*innen die Sache leichter, und die Zentrist*innen sollten ihre Kritik verschärfen und zum ersten Mal außerhalb der Partei äußern. Im März ergriffen Haase und Stadthagen im Reichstag das Wort, um den Belagerungszustand und die Zensur sowie den arbeiter*innenfeindlichen Charakter der Innenpolitik anzugreifen. Ledebour prangerte die Unterdrückung der nationalen Minderheiten in den besetzten Gebieten an²⁹⁸. Haase beschuldigte die Regierungspolitik, die Kluft zwischen den Klassen zu vergrößern. Diese Kritik, die das Echo einer wachsenden Unzufriedenheit war, stellte sich noch in den Rahmen der Kriegspolitik: die von Haase vertretene These ist, dass man die Missbräuche korrigieren muss, die die Moral der Vaterlandsverteidiger*innen herabzudrücken drohten²⁹⁹.

Drei Monate später, angesichts der offenen Bekräftigung der annexionistischen Ziele der Regierung, die vom Vorstand unterstützt wurden – und um Liebknecht an einem feierlichen Protest zu hindern –, beschlossen die Zentrist*innen einen weiteren Schritt zu machen, den Protest vom 9. Juni 1915³⁰⁰, dessen Text von Liebknecht, Ströbel, Marchlewski, Ernst Meyer und anderen vorbereitet wurde³⁰¹. Bernstein, Haase und Kautsky ihrerseits veröffentlichten in der Leipziger Volkszeitung ein wahres Manifest der loyalen Opposition mit dem Titel »Das Gebot der Stunde«³⁰². Während sie sich der Kritik an der von der Partei im August 1914 eingenommenen Position enthielten, erklärten die drei, dass der Moment gekommen sei, da Deutschlands Sicherheit gewährleistet und seine Grenzen geschützt seien, um den Teil des sozialdemokratischen Programms zu betonen, der bis dahin im Hintergrund war, aber aktueller denn je sei: der Kampf für eine Rückkehr zum Status quo vor 1914, durch einen Frieden ohne Annexionen. Der Text vermeidet jede Anspielung auf den Klassenkampf, bekräftigt aber, dass die Partei der Bethmann-Hollweg-Regierung das Vertrauen verweigern müsse; er schlägt der Partei vor, die Initiative für eine Kampagne für den Frieden zu ergreifen. Trotz des harmlosen Charakters der Vorschläge war die Regierung besorgt: Schließlich symbolisierten die drei Männer zusammen die gesamte sozialdemokratische Vorkriegsbewegung. Die Leipziger Volkszeitung wurde suspendiert³⁰³. Der Vorstand tat seinerseits so, als ob er Ballast abwerfen wollte: Am 15. Dezember interpellierte Scheidemann den Kanzler zu seinem Annexions-

298 Schorske, a.a.O., S. 381. [bei Schorske steht statt »Unterdrückung« im englischen Text »mistreatment«, in der deutschen Übersetzung »Misshandlung«]

299 Stenografische Berichte der Verhandlungen des deutschen Reichstages, CCCVI, S. 46. Prager, a.a.O., S. 56-57 [4. Auflage 1980, S. 54 f.], bemerkt die nationalistischen Phrasen nicht.

300 Siehe Kapitel IV, Anmerkung 112.

301 Dok. u. Mat., II/1, S. 169, Nr. 1.

302 »Das Gebot der Stunde«, Leipziger Volkszeitung, 19. Juni 1915; Prager, a. a. O., S. 72-74 [4. Auflage 1980, S. 68-70]

303 Bartel, a.a.O., S. 240, Nr. 1.

programm³⁰⁴. Der Ton seiner Intervention und der Inhalt von Bethmann-Hollwegs Antwort gaben den Zentrist*innen das Gefühl, dass es sich um eine Komödie handele und dass der Vorstand dieses Programm bereits gebilligt hatte. Jedenfalls sagten sie dies, um ihrerseits den Bruch der Disziplin zu rechtfertigen: Bei der Abstimmung über die Militärausgaben am 29. Dezember 1915 verließen zweiundzwanzig sozialdemokratische Abgeordnete die Sitzung, um nicht abzustimmen, aber zwanzig blieben und stimmten dagegen³⁰⁵.

Der erste ernsthafte Bruch zwischen dem Vorstand und der loyalen Opposition fand statt. Diese veröffentlichte am 29. Dezember eine Erklärung, in der sie die Haltung der Oppositionsabgeordneten im Reichstag damit begründete, dass es angesichts der nunmehr gesicherten Grenzen gemäß der Parteitradition nicht in Frage kommen könne, dieser Regierung eine Friedenspolitik zuzutrauen³⁰⁶. Der Vorstand seinerseits revanchierte sich am 12. Januar mit dem Ausschluss von Liebknecht aus der Fraktion, eine unverhohlene Drohung gegen die anderen widerspenstigen Mitglieder³⁰⁷. Allerdings vervielfachten sich die Anzeichen für Unzufriedenheit in den Reihen der Partei: Der Zentralvorstand von Groß-Berlin stimmte mit 41 zu 17 Stimmen der Minderheitsklärung zu, und Ledebour ließ sie von einer großen Mehrheit von 320 Parteiverantwortlichen im 6. Wahlkreis Berlins annehmen. Ähnliche Abstimmungen fanden in Leipzig, Halle und Bremen statt³⁰⁸: ein Teil des Apparates schien sich der loyalen Opposition anzuschließen. Ihre Zuhörer*innenschaft innerhalb der Arbeiter*innenklasse verlangt es. Haase, dessen Beruf als Anwalt ihn täglich mit der Realität der Repression in Berührung brachte, war entschlossen, in der Frage der öffentlichen Freiheiten keine weiteren Zugeständnisse zu machen³⁰⁹: Am 24. März 1916 hielt er im Reichstag eine heftige Rede gegen den Belagerungszustand und die Minderheit stimmte mit ihm gegen dessen Verlängerung³¹⁰. Die Antwort kam sofort: Die Fraktion schloss sie mit 58 zu 33 Stimmen aus³¹¹.

In Richtung Parteisplaltung

Die dreiunddreißig ausgeschlossenen Abgeordneten bildeten im Reichstag eine »Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft«³¹²: Die Spaltung der Fraktion war erreicht. Im Prinzip gab es immer noch nur eine Partei, aber faktisch gab es zwei Fraktionen und drei Strömungen.

304 Scheidemann, *Der Zusammenbruch*, S. 30-32; *Stenografische Berichte...* CCCVI, S. 443.

305 Prager, a.a.O., S. 87 f. [4. Auflage 1980, S. 83 f.]

306 Ebenda, S.87 [4. Auflage 1980, S. 83].

307 Ebenda, S. 90 [4. Auflage 1980, S. 86].

308 Ebenda, S. 91 [4. Auflage 1980, S. 87]

309 Schorske, a.a.O., S. 388

310 Prager, a.a.O. S. 94 f. [4. Auflage 1980, S. 91.].

311 Ebenda, S. 95 f. [4. Auflage 1980, S. 92.].

312 Text der Erklärung in Prager, a. a. O., S. S. 96 [4. Auflage 1980, S. 92.].

Revolutionär*innen und Pazifist*innen scheinen sich nicht zu vertragen: Liebknecht wird seit Dezember 1915 von den Abgeordneten, die jetzt das Kollektiv bilden, abseits gehalten³¹³. Bei einem Treffen, das in Neukölln stattfand, weigerten sie sich, an der Demonstration teilzunehmen, die er und seine Genoss*innen für den 1. Mai vorbereiteten³¹⁴. In Bremen bricht der Abgeordnete Henke, Mitglied der Haase-Gruppe, mit Knief und Frölich, die sich anschicken, die »Arbeiterpolitik« zu gründen³¹⁵. Die ersten Spartakusbriefe enthalten heftige Angriffe gegen die Zentrist*innen. Die beiden Oppositionen standen nun in Konkurrenz zueinander, beide versuchten, ihre Basis in der Partei zu verbreitern³¹⁶.

Die Initiativen des Vorstands brachten sie näher zusammen. Ab März entfesselte der Vorstand eine brutale Kampagne, um die Organisationen wieder in die Hand zu bekommen: Sie gipfelte im September in der Abhaltung einer Reichskonferenz zum Thema der Parteieinheit. Im Oktober beschlagnahmten die Militärbehörden den »Vorwärts«, eine Bastion der Zentrist*innen um Hilferding, und übergaben ihn dem Vorstand, der ihn unter der Leitung von Hermann Müller zu seinem Hauptorgan machte³¹⁷. Die Berliner Arbeiter*innen der Partei, die mit der Opposition sympathisierten, würden nicht vergessen, was sie als einen Akt der Piraterie und als Symbol für den Bruch der sozialdemokratischen Führer*innen mit dem sozialistischen Ideal betrachteten. Als der Reichstag das Hilfsdienstgesetz diskutierte, nannte Haase es »das zweite Sozialistengesetz«³¹⁸. Seine Fraktion beschuldigte die Mehrheitsabgeordneten, die dafür stimmten, und die Gewerkschaftsführer*innen, die es akzeptierten, »dabei zu helfen, die Ketten des Proletariats zu schmieden«³¹⁹. Die Verabschiedung dieses Gesetzes inmitten des »Steckrübenwinters« brachte die Krise der Partei auf den Punkt, wo sie sich unter dem Druck gegensätzlicher gesellschaftlicher Kräfte selbst zerriss: der herrschenden Klassen, die durch die Vermittlung des Vorstands agierten, und der arbeitenden Klassen, die die Gegner*innen zwangen, ihren Widerstandswillen zum Ausdruck zu bringen. Der Vorstand sieht sich mit den Konsequenzen seiner Politik konfrontiert: Er hat keine andere Wahl, als der Partei den Belagerungszustand aufzuerlegen, der bereits auf dem Land lastet. Die loyale Opposition muss sich verteidigen und bei Todesstrafe aufhören, loyal zu sein.

Auf Initiative der »Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft«, Haase, Ledebour und ihrer Genossen, wurde am 7. Januar 1917 in Berlin eine Reichskonferenz der

313 Klassenkampf..., S. 90-92; »Die Dezembermänner von 1915«, Spartakusbriefe, S. 86-91.

314 Spartakusbriefe, S. 165-166.

315 Unter der roten Fahne, S. 90-91.

316 Kautsky schrieb am 7. August 1916 an Adler: »Die Gefahr, die uns von der Spartakusgruppe droht, ist groß. (...) Hätte sich die Fraktionslinke vor einem Jahr, wie ich gehofft hatte, durch Bejahung ihrer Autonomie manifestiert, hätte die Spartakusgruppe keine Bedeutung erlangen können« (Briefwechsel.... S. 361).

317 Prager, a.a.O. S. 116-119 [4. Auflage 1980, S. 111-113.].

318 Stenografische Berichte..., CCCVIII, S. 2290-2294.

319 Protokoll über die Verhandlungen des Gründungsparteitages der USP., »Bericht«, S. 88.

Opposition einberufen. Es handelte sich darum, sich auf Maßnahmen zum Schutz von Minderheiten, zum Schutz der vom Ausschluss bedrohten Aktivist*innen und zur Erhaltung ihrer von der Beschlagnahme bedrohten Organe abzustimmen³²⁰. Alle Strömungen sind vertreten³²¹. Niemand schlug vor, die Initiative für die Spaltung zu ergreifen. Im Namen der Spartakist*innen schlug Ernst Meyer vor, die Zahlung von Beiträgen an den Vorstand zu verweigern, was die Stuttgarter und Bremer Organisationen bereits getan hatten³²². Die Mehrheit der Delegierten weigerte sich, ihm in diese Richtung zu folgen, die sie als mit dem Risiko einer Spaltung behaftet beurteilte. Das einzige Ergebnis der Konferenz war die Abstimmung über eine Resolution, die beschloss, »ständige Kontakte« zwischen den Oppositionen aufrechtzuerhalten, um ihren Einfluss »im Rahmen der Parteistatuten«³²³ zu entwickeln; sie wurde mit 111 Stimmen angenommen, gegen 34 für eine spartakistische Resolution und 6 für einen Text von Borchardt³²⁴.

Die Reaktion des Vorstands, zehn Tage später, zeigte die Vergeblichkeit dieser Vorichtsmaßnahmen. Am 16. Januar verkündete er nämlich, dass sich die Opposition durch die Abhaltung dieser Konferenz, die er als »fraktionell« ansah, »außerhalb der Partei gestellt« habe. Er gab den örtlichen Organisationen Anweisung, alle notwendigen Maßnahmen – unter Missachtung der Statuten – gegen die »Saboteure« zu ergreifen, die so schnell wie möglich ausgeschlossen werden sollten³²⁵. Die Säuberung wurde mit aller Härte durchgeführt: Wo die Anhänger*innen des Vorstands in den Führungsgremien in der Mehrheit waren, wurden die Minderheiten ausgeschlossen. Wo die Gegner*innen die Hebel des Kommandos in der Hand hielten, schloss der Vorstand die Ortsorganisation im Block aus und ging dazu über, eine neue zu errichten, die sie vertrauenswürdigen Männern anvertraute³²⁶: einundneunzig örtliche Organisationen wurden so ausgeschlossen, die überwältigende Mehrheit der Aktivist*innen in Berlin, Leipzig, Bremen und Braunschweig³²⁷. Die Opposition brauchte nur die Schlussfolgerungen zu ziehen, die ihr der Vorstand ohne Diskussion und Einspruch auferlegt hatte: Sie befand sich in einem Zustand der Spaltung, bevor sie sich überhaupt dazu entschlossen hatte, und beschloss auf einer neuen Konferenz, die zu Ostern in Gotha stattfand, sich als Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD) zu konstituieren.

320 Ebenda, S. 97-98; Prager, a.a.O., S. 124 [4. Auflage 1980, S. 119].

321 35 Spartakisten von 157 Delegierten (Prager, a.a.O., S. 125 [4. Auflage 1980, S. 120]).

322 Protokoll USP, S. 99; Prager, a.a.O., S. 125 f. [4. Auflage 1980, S. 120 f.].

323 Prager, a.a.O., S. 126 f. [4. Auflage 1980, S. 121 f.], gibt den Text wieder.

324 Ebenda, S. 126 [4. Auflage 1980, S. 121].

325 Prager, a.a.O., S. 129 f. [4. Auflage 1980, S. 124 f.], Protokoll des SPD Parteitages, 1917, S. 36.

326 Prager, a.a.O. S. 130 f. [4. Auflage 1980, S. 125 f.].

327 Ebenda, S. 130. [4. Auflage 1980, S. 125].

Die Gründung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei

So spaltete sich die Sozialdemokratische Partei im entscheidenden Jahr des Krieges gegen den erklärten Willen fast der Gesamtheit der Oppositionsführer*innen. Es ging nicht darum, dass ein paar Führer*innen weggingen, auch nicht darum, dass sich lokale Organisationen abspalteten. Die Partei spaltet sich von oben nach unten. Etwa 170.000 Aktivist*innen bleiben im alten Haus, während die neue Partei 120.000 für sich beansprucht³²⁸. Unter letzteren die bekanntesten Führer*innen aller Vorkriegstendenzen, Liebknecht und Luxemburg, Haase und Ledebour, Kautsky und Hilferding und sogar Bernstein. Weder gewollt noch von den Oppositionellen vorbereitet, war die Spaltung das Ergebnis des doppelten Drucks durch den Anstieg der Wut der Arbeiter*innen und die Entschlossenheit des Vorstands, im Dienste der Kriegspolitik jeden Widerstand zu unterdrücken. Die Führer*innen der neuen Partei, die jahrelang mit dem erklärten Ziel gekämpft hatten, die Spaltung zu vermeiden, fanden sich paradoxerweise an der Spitze einer abgespaltenen Partei wieder.

Die Anwesenheit von Spartakus-Aktivist*innen in den Reihen der unabhängigen Partei war nicht weniger überraschend, in dem Maße, in dem sie nach einem heftigen Kampf gegen die Zentrist*innen und loyalen Oppositionellen kam. Seit Dezember 1915 betonten alle ihre Texte die Notwendigkeit einer totalen politischen Klarheit, einer Abgrenzung von den Zentrist*innen. Otto Rühle sprach sich in einem aufsehenerregenden Artikel im Vorwärts für die Spaltung aus, für eine Spaltung, die der Realität der Differenzen entspreche und Zentrist*innen und Revolutionär*innen nicht in einem Unternehmen zusammenbringen könne³²⁹ – was ihm die herzliche Zustimmung Lenins einbrachte³³⁰.

Im März 1916 begrüßten die Spartakist*innen zwar die Gründung der »sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft« im Reichstag durch die pazifistische Minderheit, grenzten sich aber vorsichtig von deren Politik ab und schrieben:

»Nicht Spaltung oder Einheit, nicht neue Partei oder alte Partei, heißt die Parole, sondern Zurückeroberung der Partei von unten auf durch Rebellion der Massen, die die Organisationen und ihre Mittel in eigene Hände nehmen müssen.«³³¹

Auf der Oppositionskonferenz im Januar 1917 hatte Ernst Meyer diese Position entwickelt und erläutert:

328 Ill. Gesch. S. 148. Ossip K. Flechtheim, Die KPD in der Weimarer Republik, S. 109, erwähnt eine andere Schätzung, die von Drahn, der der SPD 248.000 und der USPD 100.000 Mitglieder zuschreibt. Er merkt an, dass die USPD laut Ebert 14.000 Mitglieder in Berlin hatte, gegenüber 12.000 für die SPD

329 Vorwärts, 12. Januar 1916; wiedergegeben in Dok. u. Mat, II/1, S. 301-305.

330 Œuvres, Bd. XXII, S. 131-136 [»Die Aufgaben der Opposition in Frankreich«, Brief an Genosse Safarow, Werke, Bd. 22, S. 126-130].

331 »Nüchterne Prüfung und scharfe Entscheidung«, Dok. u. Mat, II/1, 328-333.

»Die Zugehörigkeit zu der gegenwärtigen sozialdemokratischen Partei darf von der Opposition nur so lange aufrechterhalten werden, als dies ihre selbständige politische Aktion nicht hemmt oder beeinträchtigt. Die Opposition verbleibt in der Partei, nur um die Politik der Mehrheit auf Schritt und Tritt zu durchkreuzen und zu bekämpfen, die Massen vor der unter dem Deckmantel der Sozialdemokratie betriebenen imperialistischen Politik zu schützen und um die Partei als Rekrutierungsfeld für den proletarischen antimilitaristische Klassenkampf zu benutzen.«³³²

Nun eröffnet die Entschlossenheit des Vorstands, die die faktische Spaltung herbeiführt, die von den Spartakisten befürchtete Entwicklung. Viele von ihnen dachten, dass die Zeit gekommen sei, auch mit den Zentrist*innen zu brechen. Bereits auf der Konferenz vom 1. Dezember 1916 hatte der Bremer Delegierte Johann Knief, unterstützt von Rudolf Lindau aus Hamburg, gefordert, dass sich die Opposition den Aufbau einer unabhängigen revolutionären Partei zum Ziel setzen solle³³³. Einige Wochen später beschlossen die Bremer Aktivist*innen, ihre Beiträge an den Vorstand nicht mehr zu zahlen und autonom zu arbeiten³³⁴. In den Spalten ihrer »Arbeiterpolitik« verteidigte Karl Radek die These vom Aufbau einer revolutionären Partei durch einen entschiedenen Bruch mit den Zentrist*innen:

»der Gedanke an eine gemeinsame Parteibildung mit den Zentrumsleuten (ist) eine schädliche Utopie. Die Linksradikalen müssen, ob die Verhältnisse für sie günstig sind oder nicht, an die Bildung einer eigenen Partei gehen, wenn sie ihre historische Aufgabe erfüllen wollen.«³³⁵

Viele Spartakist*innen dachten genauso: Das war die Anfangsposition Heckerts und seinen Chemnitzer Genoss*innen,³³⁶ von Aktivist*innen in Württemberg, die Joghiches erfolgreich zu überzeugen versuchte. Dies ist gleichermaßen der Standpunkt Paul Levis, der im Februar 1917 einen mit seinen Initialen unterzeichneten Artikel an die »Arbeiterpolitik« richtete, in dem er sich als Aktivist der Gruppe »Internationale« für einen deutlichen und klaren Bruch mit den Zentrist*innen aussprach³³⁷.

332 Dok. u. Mat., II/1, S. 528 [In der von Broué genannten Quelle »E. Meyer, Spartakus im Kriege, S. 14« ist nur der Beginn des Zitats bis »durchkreuzen.« Für den zweiten Teil von Broués Zitat (»*Nous ne restons dans le parti que tant que nous pouvons y mener la lutte de classe contre l'exécutif. Du moment que nous en serions empêchés, nous ne voudrions pas y rester. Mais nous ne sommes pas pour la scission.*«) gibt es in beiden Versionen des deutschen Textes keine Entsprechung.]

333 F. Globig, ... aber verbunden sind wir mächtig, S. 138.

334 Unter der roten Fahne, S. 90.

335 »Unterm eigenen Banner«, »Arbeiterpolitik«, 1917, Nr. 8 und 9, in: In den Reihen der Deutschen Revolution, S. 411.

336 S. Beckett, »Die Linken in Chemnitz im Kampf gegen den Opportunismus für die Herausbildung einer neuen, revolutionären Partei«, BzG, Nr. 1, 1967, S. 109 ff.

337 »Wir und die andern«, unterzeichnet »S. L.«, »Arbeiterpolitik«, Nr. 9, 1917.

In der Tat hing alles von der Entscheidung ab, die die Leute der »Internationale« in einer neuen Situation treffen würden, die sie weder gewünscht noch vorhergesehen hatten. Die Linksradikalen in Bremen haben das erkannt:

»Die Linksradikalen stehen vor einer schwerwiegenden Entscheidung. Die größte Verantwortung liegt bei der Gruppe »Internationale«, in der wir trotz aller Kritik, die wir an ihr üben müssen, die aktivste, zahlreichste Gruppe, den Kern der zukünftigen linksradikalen Partei anerkennen. Ohne sie – das gestehen wir offen ein – werden wir und die ISD in absehbarer Zeit keine aktionsfähige Partei bilden können. Von der Gruppe »Internationale« hängt es ab, ob der Kampf der Linksradikalen in geordneter Front, unter eigenem Banner, wenn auch einstweilen durch eine kleine Armee geführt wird, oder ob die Gegensätze in der Arbeiterbewegung, die einmal bestehen und deren Durchkämpfung ein Faktor der Klärung, der Machtgewinnung ist, eine lange Zeit in verwirrter Form, also langsamer ausgefochten werden.«³³⁸

Aber die spartakistischen Führer*innen haben sich nicht entschieden. Überzeugt davon, dass die Behörden entschlossen waren, ihre Stimme mit allen Mitteln zu ersticken, fürchteten sie, von den Massen isoliert zu werden, wenn sie nicht den Schutz einer legalen Partei hätten. Und sie beschlossen, der unabhängigen Partei beizutreten, trotz der Vorbehalte vieler von ihnen, insbesondere der Aktivist*innen aus Württemberg, an die Jogiches schrieb, um sie daran zu erinnern, dass sich die Gruppe klar gegen die Gründung einer unabhängigen Partei ausgesprochen habe, die schnell zu einer Sekte entarten könnte³³⁹. Diese Vorbehalte wurden sogar auf dem Gründungsparteitag der Partei geäußert, wo die Duisburger Aktivistin Rosi Wolfstein ihr tiefes Misstrauen gegenüber den Zentrist*innen kundtat³⁴⁰. Im Namen der Gruppe erklärte Fritz Rück seine Absicht, die völlige Bewegungsfreiheit innerhalb der neuen Partei beizubehalten, bekräftigte die Notwendigkeit, für die größtmögliche Autonomie der Basisorganisationen gegenüber den »Instanzen« zu kämpfen und sprach sich für eine »revolutionäre Politik« in Taten, nicht nur in Worten aus³⁴¹. Das deutlichste Ergebnis der spartakistischen Entscheidung war die Zweiteilung der revolutionären Minderheit – denn Borchardts ISD und die Bremer Aktivist*innen blieben draußen³⁴² – und vor allem das enorme Prestige, das Karl Liebknecht mit seinem mutigen Kampf gegen den Krieg erworben hatte, in die unabhängige Partei brachte.

Auf den ersten Blick war der Beitritt von Männern wie Kautsky, Bernstein oder Wurm, die als rechter Flügel der Zentristen galten, zur Unabhängigen Sozialdemo-

338 »Arbeiterpolitik«, Nr. 10, 10. März 1917, S. 74-75

339 Auszüge aus seinem Brief in Ill. Gesch. S. 147-148.

340 Leipziger Volkszeitung, 15. April 1917.

341 Protokoll USP, 1917, S. 19-23. Der spartakistische Redner provoziert verschiedene Reaktionen, indem er die Vorkriegsschriften von Radek lobt (S. 62-67).

342 Bremer und Hamburger Erklärung in Dok. u. Mat., II/1, S. 605.

kratischen Partei nicht weniger überraschend. Es war bekannt, dass nach ihrer Meinung das Wesentliche der Kampf um einen Kompromissfrieden war, der im Übrigen die einzige Möglichkeit war, ernsthafte revolutionäre Unruhen zu vermeiden. Sie waren überzeugt, dass dieser Kampf keine Aussicht auf Erfolg hatte, wenn er nicht von der alten sozialdemokratischen Partei geführt wurde; sie hatten sich schon nach den ersten Massenausschlüssen entschieden gegen die Gründung einer neuen Partei ausgesprochen: Viele Zentrist*innen hätten es gern vermieden, in Gotha eine Partei auszurufen, und sich mit dem Etikett »Oppositionsorganisation« begnügt, was in ihren Augen den doppelten Vorteil hatte, die Aussicht auf die Wiederherstellung der alten Partei aufrechtzuerhalten und den Revolutionär*innen, die für den Aufbau einer neuen Partei und einer neuen Internationale eintraten, den Weg zu versperren. Letztendlich scheinen sich Kautsky und Bernstein nach Rücksprache mit ihren Freund*innen dazu entschlossen zu haben, der neuen Organisation beizutreten, nur um als Gegengewicht zu den Spartakist*innen zu dienen und dazu beizutragen, deren Einfluss dort zu begrenzen³⁴³.

Unter den Parteitagsteilnehmer*innen verteidigten Kautsky und die ehemaligen Revisionisten Bernstein und Eisner schließlich gemeinsam mit Haase die Beibehaltung des alten Titels für die neue Organisation. Kautsky erklärte, dass die Partei »fortbestand«: in Wirklichkeit waren es ihm zufolge die »Regierungssozialisten«, die sie aufgegeben, ihr Programm verraten und ihre Mission im Stich gelassen hatten³⁴⁴. Was für ihn eine Rückzugsposition war, war ohne jeden Zweifel das wahre Gefühl der überwältigenden Mehrheit der Delegierten. Haase, der das Ohr des Parteitags hatte, wollte aufrichtig eine neue Partei, die das korrigierte, was er jetzt als den Fehler vom August 1914 ansah, und die Linie wieder aufnahm, die er nie hätte aufgeben dürfen: sich zusammenschließen, *»um den Klassenkampf wichtig zu führen«*³⁴⁵. In diesem Sinne war es die alte Partei, die er wieder auferstehen lassen wollte, die Partei vor 1914 in ihrer politischen Zusammensetzung und mit ihren Tendenzkonflikten: Die Revolutionär*innen Liebknecht und Rosa Luxemburg hatten ihren Platz an der Seite des Revisionisten Bernstein. Ledebour zeichnet sich durch die Lebendigkeit – und sogar die Schärfe – seiner Kritik an den Spartakist*innen und dem, was er als deren »Nihilismus« betrachtet, aus. Er unterstützte das Prinzip der nationalen Verteidigung und befürwortete den Druck des Volkes auf die Regierung, Verhandlungen aufzunehmen. Er erläuterte dem Kongress seine Konzeption des Verhandlungsfriedens – eine sehr Wilsonianische Konzeption –: Selbstbestimmung, Schiedsgerichte, allgemeine Abrüstung, Verbot der Geheimdiplomatie³⁴⁶.

343 Schorske, a.a.O., S. 394-395.

344 Protokoll USP 1917, S. 49.

345 Ebenda, S. 39.

346 Protokoll USP 1917, S. 56.

Die überwältigende Mehrheit der Mitglieder der neuen Partei teilte die Meinung der Delegierten des Gründungsparteitags: Man muss gleichzeitig für die Demokratie und für den Sozialismus kämpfen, mit anderen Worten, die Fahne der traditionellen Sozialdemokratie, die von der Mehrheit mit Füßen getreten wurde, wieder hochhalten, das Minimalprogramm und das revolutionäre Ziel von neuem miteinander versöhnen. Die feierliche Wiederverabschiedung des alten Erfurter Programms³⁴⁷ durch den Gothaer Parteitag gibt der Parteigründung ihren vollen Sinn: Es handelt sich um die Wiederbelebung der alten sozialdemokratischen Partei und ihrer alten Kampfmethoden, ihrer Tradition der Opposition und der Verweigerung der Kollaboration, aber auch ihrer Skepsis gegenüber der proletarischen Revolution, die immer noch als ein wünschenswertes, aber unerreichbares Ziel gilt.

Nur in einem Punkt wird es keine Wiederauferstehung der Partei geben, wie sie vor dem Krieg war: in ihrer Struktur, in der Zentralisierung und der Rolle des Apparates. Die Mehrheit der Delegierten ist überzeugt, dass alles Übel von der Organisationsform der alten Partei ausgeht. Sie beschlossen, die Befugnisse der Hauptamtlichen einzuschränken, die nur mit beratender Stimme den Leitungsgremien angehören durften³⁴⁸, die einheitlich in »Aktionsausschüsse« umbenannt wurden. Die Sekretär*innen lokaler oder regionaler Organisationen werden künftig von der Organisation, die sie direkt beschäftigt, eingestellt und bezahlt und nicht von der nationalen Leitung³⁴⁹. Dieser war es verboten, Eigentumstitel an den Betrieben der Partei, insbesondere an der Presse, zu besitzen³⁵⁰. Die nationale Leitung wird zudem von einem «Beirat» flankiert, der sich aus gewählten Vertreter*innen der verschiedenen Regionen zusammensetzt und der bei allen wichtigen Entscheidungen konsultiert werden muss³⁵¹.

Wie Carl Schorske feststellt, blieben die Zentrist*innen damit auch in ihrem Bemühen um Innovation in der Vergangenheit stecken. Sie nahmen die Probleme der Organisation nur in den Begriffen wahr, wie sie sie in den letzten Jahren der Vorkriegszeit erlebt hatten, und versuchten, die Wiedergeburt eines bürokratischen Apparates mit opportunistischer Gesinnung zu verhindern, während gerade die ernsthafte Repression und das Heranreifen einer revolutionären Situation auf der Tagesordnung stand, in der eine wirkliche Zentralisierung wahrscheinlich notwendig war. Aber die Spartakist*innen gingen in ihrer Opposition gegen die Zentralisierung noch weiter, indem sie nicht nur vorschlugen, die Zahl der Hauptamtlichen und die

347 Ebd., S. 47.

348 Ebenda, S. 48.

349 Ebenda.

350 Ebenda.

351 Der Organisationsentwurf wurde von Wilhelm Dittmann vorgestellt. Die Leitung bestand aus Dittmann, Haase, Hofer, Laukant, Ledebour, Wengels und Luise Zietz. Ernst Meyer wurde besiegt. Der Beirat bestand aus Dissmann, Paul Dittmann, Fleissner, Grütz, Henke, Sepp Oerter und Schnellbacher (Prager, a. a. O., S. 154 [4. Auflage 1980, S. 146]).

finanziellen Mittel der Zentrale so weit wie möglich zu reduzieren, sondern auch völlige Meinungs- und Handlungsfreiheit für die regionalen und insbesondere lokalen Organisationen forderten³⁵². Einer ihrer Wortführer, der junge Fritz Rück, stellte klar:

»Es soll uns aber freistehen, unsere besondere Politik weiterzutreiben.«³⁵³

Es ist natürlich möglich, das Festhalten der Spartakist*innen an der Unabhängigen Partei unter diesen Bedingungen mit den Gründen zu erklären, die Liebknecht im folgenden Jahr anführen würde: *»um sie voranzutreiben, um sie in der Reichweite unserer Peitsche zu haben, um die besten Elemente aus ihr herauszuholen.«³⁵⁴* und weil sie das erträglichste Arbeitsumfeld für Leute war, die sich als Tendenz nicht mit dem nötigen Gewicht öffentlich äußern konnten.

Diese Erklärungen lösen nur einen Teil des Problems; die Haltung der Spartakist*innen in der neuen Partei lässt sich jedoch nur durch ihre Auffassung vom Wesen der Revolution erklären, die im Kampf gegen die bürokratische Zentralisierung entwickelt wurde und wenig Raum für Organisation lässt; darin liegt die Wurzel ihrer Differenzen, nicht nur international mit den Bolschewiki, sondern national mit den Bremer Linksradiكالen. Wären sie nicht davon überzeugt gewesen, dass die Massen im Laufe ihrer Aktion spontan adäquate Organisationsformen finden würden und dass die Rolle der Partei nur darin bestünde, sie aufzuklären und zum Handeln anzuregen, hätten die Spartakist*innen zweifellos ihre eigene Organisation geschaffen oder zumindest ihre eigene Fraktion innerhalb der unabhängigen sozialdemokratischen Partei fest organisiert, was sie aber nicht taten.

Zu den Strukturen, die sich die Unabhängige Sozialdemokratische Partei gerade in Gotha gegeben hatte, schreibt Carl Schorske:

»Die Unabhängigen beraubten sich dadurch selbst jedes organisatorischen Instruments, mit dem die spontanen Massenaktionen der Revolution, nachdem sie einmal eingesetzt hatten, zu einer einzigen politischen Kampftruppe vereint und zusammengeschlossen werden konnten. Die frustrierende Erfahrung von gestern hatte die revolutionären Führer von morgen mit Blindheit geschlagen.«³⁵⁵

Zersplitterung im linken Flügel

Die Linksradiكالen hatten sich der Entscheidung von Spartakus, der neuen Partei beizutreten, vehement widersetzt. Im Februar hatte Knief auf einer Versammlung in Bremen eine Resolution für einen vollständigen Bruch auf der Ebene der

³⁵² Ebenda [d.h. Protokoll...], S. 24-26, 29.

³⁵³ Ebenda, S. 22.

³⁵⁴ Bericht über den Gründungsparteitag der KPD., S. 4. [»Die Krise in der USP«, in Karl Liebknecht, Gesammelte Reden und Schriften, Band 9, Berlin 1968, S. 663-667, hier S. 664]

³⁵⁵ Schorske, a.a.O., S. 402.

Ideen und der Organisation mit den »Sozialpatrioten« sowie mit den Zentrist*innen vorgelegt. Er schrieb:

»Die durch die sozialpatriotischen Instanzen vollzogene Spaltung der Partei erfordert gebieterisch den schärfsten Kampf gegen die Sozialpatrioten und das Parteizentrum auch in den Gewerkschaften und Genossenschaften; sie erfordert ferner den unverzüglichen Zusammenschluss aller ... linksradikalen Elemente zu einer neuen ... Arbeiterpartei, und sie erfordert endlich die Anbahnung des internationalen Zusammenschlusses der sozialistischen Arbeiterschaft durch die Fortführung des Werkes von Zimmerwald und Kienthal.«³⁵⁶

Anfang März sprachen sich die linksradikalen Gruppen in Bremen, Hamburg, Hannover und Rüstingen für einen Bruch mit dem Zentrum und den Aufbau einer unabhängigen Partei der Linksradikalen aus³⁵⁷. Borchardt tat dasselbe und rechtfertigte seine Position mit der Notwendigkeit, alle »Führer« der Arbeiter*innenbewegung zu beseitigen³⁵⁸.

In der Folge des Gothaer Parteitags starteten die Bremer und Hamburger Gruppen einen Aufruf zum Aufbau einer unabhängigen revolutionären Organisation³⁵⁹. Die »Arbeiterpolitik« proklamiert im Juli:

»Die Gruppe ›Internationale‹ ist tot. (...) Die solide Grundlage für die Internationale Sozialistische Partei Deutschlands ist da. Eine Anzahl Genossen sind zu einem Aktionskomitee zusammengetreten, um die ersten Schritte für die Konstituierung der neuen Partei zu unternehmen.«³⁶⁰

Und schließlich fand im August in Berlin eine Konferenz linksradikaler Gruppen statt, an der Delegierte aus Bremen, Berlin, Frankfurt am Main, Rüstingen, Moers und Neustadt teilnahmen, um eine »Internationale Sozialistische Partei«³⁶¹ zu gründen. Die von der Konferenz angenommene Resolution legte erstmals den Akzent auf die Notwendigkeit, gegen die Spaltung der Arbeiter*innenbewegung in »Parteien« und »Gewerkschaften« zu kämpfen, und sprach sich für den Aufbau von »Einheitsorganisationen« aus – eine Position, die sich grundlegend von der der Bolschewiki unterschied, deren Schüler*innen die Linksradikalen bis dahin zu sein schienen: Gleichzeitig behauptete Julian Borchardt in einer Broschüre die absolute Unmöglichkeit einer Revolution in Deutschland³⁶². Bald schloss sich Otto Rühle, noch Abgeord-

356 »Arbeiterpolitik«, Nr. 8, 24. Februar 1917, Dok. u. Mat., I/1, S. 571. [Auslassungen in der Quelle]

357 »Arbeiterpolitik«, Nr. 10, 10. März 1917, Ebenda., S. 573.

358 Ebenda, S. 578.

359 »Arbeiterpolitik«, Nr. 18, 5. Mai 1917, Dok. u. Mat., I/1, S. 605.

360 »Arbeiterpolitik«, Nr. 30, 28. Juli 1917, S. 225

361 Wohlgenuth, Die Entstehung der KPD, S. 219, gibt den ersten Bericht über diese Konferenz, die nie zuvor erwähnt wurde.

362 J. Borchardt, Revolutionshoffnung! (2. Aufl., 1917), nicht konsultiert.

neten, den »Internationalen Sozialisten« an, mit den ihm folgenden Aktivist*innen aus Dresden und Pirna.

Die ersten Folgen der sozialdemokratischen Spaltung und der Gründung der unabhängigen Partei waren daher eine weitere Spaltung, nämlich die der revolutionären Linken, und eine extreme Verwirrung. Es gab jedoch auch einige positive Elemente. In der Schweiz hat der Einfluss der Bolschewiki auf die emigrierten deutschen Revolutionär*innen in der letzten Periode erheblich zugenommen. Einerseits wurde die »Jugendinternationale« unter der Leitung Willi Münzenbergs zum Vehikel der bolschewistischen Thesen nach Deutschland, und viele jugendliche Aktivist*innen, ob Spartakist*innen oder Linksradikale, wurden durch ihre Vermittlung von Lenin beeinflusst³⁶³. Andererseits nahm Paul Levi, der von Radek Lenin vorgestellt wurde, der ihn damals für einen »Bolschewiken« hielt³⁶⁴, Sinowjews Einladung an, dem Büro der »Zimmerwalder Linken« als deutscher Vertreter beizutreten³⁶⁵. Als Lenin im April 1917 die lange Reise antrat, die ihn zurück nach Russland bringen sollte, war Levi der erste, der – unter seinem Pseudonym Paul Hartstein – das Manifest der Internationalist*innen unterzeichnete, das dieser von der deutschen Regierung gebilligten Reise seine Zustimmung gab und versicherte:

»Die russischen Internationalisten (...) kehren nach Russland zurück, um für die Revolution zu arbeiten; durch diese Aktion werden sie dem Proletariat aller Länder, und insbesondere dem Deutschlands und Österreichs, helfen, seinen revolutionären Kampf gegen die eigene Regierung zu beginnen.«³⁶⁶

Kurz darauf kehrte Levi nach Deutschland zurück, wo er eine wichtige Rolle an der Spitze der Spartakusgruppe spielte, während er – unter dem Pseudonym Hartlaub – mit dem unabhängigen Frankfurter Sozialdemokrat zusammenarbeitete³⁶⁷. Karl Radek verließ die Schweiz zur gleichen Zeit wie Lenin: Er blieb mit Worowski und Hanecki in Stockholm. Gemeinsam organisierten sie die Herausgabe von zwei Zeitungen, »Bote der Russischen Revolution« und »Russische Korrespondenz-Prawda«, die Informationen aus Russland und die bolschewistischen Thesen in Deutschland verbreiten sollten³⁶⁸.

363 W. Münzenberg, Die Dritte Front, S. 197-204.

364 Euvres, Bd. XXXII, S. 549 [Brief an die deutschen Kommunisten«, Werke, Bd. 32, S. 537-548, hier S. 541. {das »wahr« steht tatsächlich weder in den deutschen noch in den französischen Lenin Werken}]

365 Auf der Oltener Konferenz, nach H. Guilbeaux, Du Kremlin au Cherche-Midi, S. 106.

366 »Erklärung der Internationalisten, abgegeben in Bern am 7. April 1917«, Demain, Nr. 13, Mai 1917. [auf Deutsch im Anhang von Lenin, Sämtliche Werke, Band 20.2, Wien-Berlin 1928, S. 261-268, hier S. 267]

367 Ch. Beradt, Paul Levi, S. 18.

368 H. Schurer, »Radek und die deutsche Revolution«, Survey, Nr. 53, Oktober 1964, S. 65.

Kapitel VI: Revolutionärer Aufbruch

Das Jahr 1917 markiert den Wendepunkt des Ersten Weltkriegs. Die russische Revolution ist der spektakulärste Ausdruck der Krise, die die Gesamtheit der kriegführenden Länder erschüttert. In Deutschland drückt sie sich zuerst in der Bildung der unabhängigen sozialdemokratischen Partei und der Spaltung der Arbeiter*innen aus: Sie kommt selbst nach dem Februar und stellt die Aufgabe, eine revolutionäre Partei in Deutschland und eine neue Internationale aufzubauen, zum ersten Mal konkret, nachdem das Problem theoretisch sowohl von Lenin als auch von Rosa Luxemburg gestellt wurde.«»

Der Wendepunkt zu Beginn des Jahres 1917

Die Schlachten des Jahres 1916 forderten einen hohen Preis. Von Februar bis Dezember fielen 240.000 deutsche Soldaten vor Verdun, ohne dass der Generalstab die erwartete Entscheidung herbeiführte³⁶⁹. Ende Dezember gingen die Entente-Truppen zum Gegenangriff über. Die deutschen Generäle forderten die Mittel, die sie für den Sieg für notwendig hielten. Hindenburg, der Oberbefehlshaber geworden war, mit Ludendorff als seinem Generalquartiermeister, sollte den zivilen Führern den U-Boot-Krieg aufzwingen, eine gefährliche Waffe, da sie die Meinung der Neutralen gegen Deutschland wendete³⁷⁰. Sie wäre wirksam, wenn sie den schnellen Zusammenbruch des Widerstands der Entente bewirken würde: Sie begann jedoch im Januar und ihr Scheitern war ab April offensichtlich. Der Winter war schrecklich gewesen: Die Vorräte froren in den Kellern ein³⁷¹. Die Kartoffelernte im Jahr 1916 betrug 23 Millionen Tonnen, verglichen mit einem Durchschnitt von 46 Millionen Tonnen vor dem Krieg, und 6 Millionen davon erreichten nicht den offiziellen Markt³⁷²: Der Schwarzmarkt blühte und das üppige Leben der Spekulant*innen war eine ständige Beleidigung für die Arbeiter*innenviertel und die ausgemergelten Soldaten auf Urlaub, die periodisch aus der Hölle herauskamen. Die bäuerliche Unzufriedenheit beginnt sich in ein ewiges Hin und Her des katholischen Zentrums zu verwandeln, das im Reichstag mit oppositionellen Haltungen flirtet.

369 Badia, »Histoire de l'Allemagne contemporaine« [Geschichte des zeitgenössischen Deutschland] I, S. 67, Fn. 1.

370 Ebenda, S. 68.

371 Ebenda, S. 69.

372 Sayous, a.a.O.

Unter diesen Bedingungen wird die russische Februarrevolution eine enorme Auswirkung haben. Auf den ersten Blick schien sie die Chancen auf einen militärischen Sieg zu erhöhen, da sie einen der Kontrahenten praktisch außer Gefecht setzte. Das verkündet der Revisionist David, der unterstreicht, dass die Revolution nur im Gefolge des Zusammenbruchs der autokratischen Macht möglich war, wofür natürlich die deutsche Kriegsanstrengung das ganze Verdienst habe³⁷³. Doch nur zum Schein dient das Ereignis den Ansichten der Durchhaltepolitiker*innen. Obwohl die Zensur die meisten Informationen aus Russland verbarg, erfuhren alle Deutschen bald, zumindest schemenhaft, dass die zaristische Autokratie, die von der Kriegspropaganda lange Zeit als Feind Nummer eins dargestellt wurde, durch eine Volksrevolution zu Fall gebracht worden war: Das Problem der Kriegsziele stellte sich erneut. Der Aufruf des Petrograder Sowjets zum Frieden – der von den Kriegstreibern aufgebauscht wurde, die zeigen wollten, dass das Ziel nahe sei – zeigte andererseits, dass die Ziele des deutschen Imperialismus nicht so waren, wie Ebert und Scheidemann sie darstellten. Vor allem hat die Aktion der russischen Arbeiter*innen und Bäuerinnen und Bauern, so wenig bekannt sie auch sein mag, letztlich den Wert eines Beispiels: eine siegreiche Revolution ist möglich, sie kann, auch anderswo als in Russland, das Ende der Massaker bedeuten. Im Ministerrat sprach der Innenminister von der »betörenden Wirkung der russischen Revolution«, und der Unterstaatssekretär Helfferich erklärte in einem Bericht über seine Gespräche mit den Führer*innen der Gewerkschaften, dass ihrer Meinung nach »die öffentliche Erregung, die die Versorgungsschwierigkeiten und die revolutionäre Bewegung in Russland verursachen, einen solchen Sturm hervorzurufen drohen, dass die Regierung ihn nicht meistern könnte«³⁷⁴.

In der Arbeiter*innenbewegung ruft die Revolution eine politische Klärung hervor: Die Haltung ihr gegenüber stellt ein Kriterium dar. Haase interpellierte im Reichstag die Regierung: »Will der Kanzler es darauf ankommen lassen, dass die Massen in Deutschland Russisch reden?«³⁷⁵ Und Ledebour kommentierte in Gotha diese Haltung der Zentristen:

»Wir Sozialdemokraten von der Opposition haben das Wahrzeichen, das im Osten aufstieg, nicht außer Acht gelassen. Wir haben die Gelegenheit benutzt, die bürgerlichen Parteien und die Regierung darauf hinzuweisen, dass es höchste Zeit ist, Belehrung anzunehmen. (...) Wir haben angekündigt, dass, wenn es so weitergeht, es unvermeidlich ist, dass es auch bei uns in Deutschland zu Ereignissen wie in Russland kommt.«³⁷⁶

373 Stenografische Berichte..., CCCXI, [28. Sitzung, 1. Dezember 1917], S. 3980[D].

374 Zitiert von Badia, a.a.O. Fußnote 4, S. 70-71. [Rückübersetzung aus dem Französischen]

375 Stenografische Berichte..., CCCIX, [96. Sitzung, 30 März 1917] S. 2888[C].

376 Protokoll... USP 1917, S. 60.

Der Spartakist Fritz Heckert erklärte seinerseits, dass »das Proletariat Deutschlands (...) aus der russischen Revolution seine Lehren ziehen (muss), da es sich dabei um sein eigenes Schicksal handelt«³⁷⁷, während Clara Zetkin in einem Brief an den Parteitag bekräftigte:

»Eure Konferenz steht im Flammenzeichen der gewaltigen Volkstat in Russland, einer Volkstat, deren glühende, treibende Seele das junge Proletariat unter Führung einer Sozialdemokratie ist, die auch in den Kriegstagen den Massen das Banner des internationalen Sozialismus unbefleckt voran getragen hat. Ich hoffe, ich wünsche: dass Eure Beratungen und Beschlüsse dieses erhebenden Zeitereignisses würdig seien! Lernen wir von der größten geschichtlichen Lehrmeisterin aller Völker und Zeiten, der Revolution.«³⁷⁸

Die Reaktionen der Arbeiter*innen schienen den Revolutionär*innen Recht zu geben: Sowohl die kaiserlichen Behörden als auch die Gewerkschaftsführer*innen taten ihr Bestes, um die aus ihrer Sicht explosive Situation zu entschärfen. Ein auf den 23. Februar datierter Bericht des Polizeipräsidenten an den Militärkommandanten von Berlin erklärt:

»Es sind zur Zeit fast alle Verbandsfunktionäre des Deutschen Metallarbeiterverbandes (Obmänner und Vertrauensmänner), die in den Fabriken als tonangebend für die gesamte Arbeiterschaft gelten, in politischer Hinsicht Anhänger der Opposition und zum großen Teil Anhänger der sogenannten Spartakusgruppe, deren Devise es ist, den Krieg durch Arbeitsverweigerung zu beenden.«

Bei der gleichen Gelegenheit verdeutlicht er die Haltung der Verantwortlichen des Gewerkschaftsapparates:

»Angesichts dieser Macht, welche die ‚radikalen Verbandsfunktionäre‘ ausübten, sind auch die Leiter Cohen und Siering der Verwaltungsstelle Berlin des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes ohnmächtig und gezwungen, sich dieser Macht zu beugen, da ihre Stellungen von der Wiederwahl, welche durch die Funktionäre vollzogen wird, auf dem Spiel stehen [sic!]. So betätigt sich auch der zweite Bevollmächtigte Siering ganz im Sinne dieser radikalen Funktionäre, indem er in den verschiedenen Betriebsversammlungen (...) mit agitieren hilft und somit für sich die Sympathie der radikalen Elemente gewinnt.«³⁷⁹

In der sich anbahnenden Kraftprobe zählten die kaiserlichen Behörden auf die Führer*innen der Gewerkschaften, und Unterstaatssekretär Wahnschaffe schrieb am 24. Februar an Ludendorff,

³⁷⁷ Ebenda, S. 67.

³⁷⁸ Ebenda, S. 50. [auch in: Ausgewählte Reden und Schriften, Bd. I, S. 754]

³⁷⁹ Dok. u. Mat., II/1, S. 554-557, hier S. 555 und 556

»dass ohne den guten Willen des deutschen Industriearbeiters der Krieg nicht zu gewinnen ist. Auf die große Masse der Industriearbeiter hat aber niemand in der Welt annähernd denselben Einfluss wie die Führer der Gewerkschaften. Ohne diese Führer oder gar gegen sie ist da nichts zu machen.«³⁸⁰

Die Streiks vom April 1917

Die geheimen Organisationen bereiten sich auf eine Massenaktion vor, für die jetzt die Voraussetzungen beisammen zu sein scheinen. In Berlin verteilten die Aktivist*innen des Spartakus in den ersten Apriltagen ein Flugblatt, das zu einem Massenprotest aufrief und sich auf das Beispiel der russischen Proletarier*innen berief, die den Zarismus stürzen und eine »demokratische Republik« gründen konnten³⁸¹. In Leipzig feiert ein Flugblatt, das wahrscheinlich aus der gleichen Quelle stammt, ebenfalls die russische Revolution und schließt mit den Worten: »Nehmt euer Schicksal selbst in die Hand! Ihr habt die Macht in den Händen, wenn ihr nur einig seid!«³⁸² Arbeitsniederlegungen gab es in Hamburg, Magdeburg, Bremen, Nürnberg. In Berlin hielten die revolutionären Obleute die Zeit für eine Aktion für gekommen, die eine erste Mobilisierung der Massen und später die Bedingungen für eine Verbreiterung der Aktionsplattform und der Front der engagierten Arbeiter*innen ermöglichen sollte: Sie beschlossen, eine für den 15. April angesetzte Versammlung der Berliner Metallgewerkschaft zu nutzen, um dort einen Beschluss zum Streik für die Verbesserung der Versorgung fassen zu lassen³⁸³. Von den Planungen informiert, ließen die Ordnungshüter am 13. diskret Richard Müller, den Untergrundorganisator der revolutionären Metallarbeiter*innen, den offiziellen Gewerkschaftsverantwortlichen der Dreher, verhaften³⁸⁴. Die Nachricht würde den Arbeiter*innen erst am Tag der Versammlung bekannt werden.

Zu diesem Zeitpunkt war in Leipzig bereits eine Bewegung im Gange. Am 12. April forderten Frauen in einer Demonstration vor dem Rathaus Brot und die Polizei nahm sechzehn Demonstrantinnen fest. Am 13. rief die sächsische Regierung dazu auf, die unvermeidlichen Einschränkungen gelassen hinzunehmen. Aber am 14. versammelten sich mehr als 500 Arbeiter*innen vor dem Rathaus, um eine bessere Versorgung zu fordern: Sie wurden empfangen und es wurde versprochen, dass Maßnahmen ergriffen würden³⁸⁵.

Am Morgen des 15. verkündete man die Reduzierung der wöchentlichen Brotration von 1350 auf 450 Gramm: Die Nachricht wurde von Kommuniqués umrahmt,

380 Ebenda, S. 559.

381 Ebenda, S. 630-633.

382 Klaus Mammach, Der Einfluss der russischen Februarrevolution und der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution auf die deutsche Arbeiterklasse, S. 25.

383 R. Müller, Vom Kaiserreich zur Republik, S. 80-81.

384 Ebenda, S. 82.

385 Mammach, a.a.O., S. 24.

die die glänzenden Ergebnisse des U-Boot-Krieges feierten³⁸⁶. Als sich die Metallarbeiter*innen versammelten, waren sie entschlossen, zur Aktion überzugehen: Cohen und Siering zögerten nicht, die Führung zu übernehmen und schlugen einen Streik für den nächsten Tag, den 16., vor, um eine Verbesserung der Versorgung zu erreichen³⁸⁷. Die revolutionären Obleute waren überrumpelt. Sie stimmten daher der Initiative der Führer*innen zu, forderten aber auch, dass die Aktion bis zur Freilassung von Richard Müller fortgesetzt werde. Cohen entgegnete, dass er die Verantwortung für die Leitung einer so schwierigen Aktion nicht allein übernehmen könne: Er forderte und erreichte die Wahl einer Vertreter*innenkonferenz, die zusammen mit ihm für die Verhandlungen verantwortlich sein würde³⁸⁸.

Am 16. warnte der »Vorwärts«, ohne den Streik zu verurteilen, jedoch vor der Gefahr, die die Agitation für die »Friedenspolitik« bedeute, die sich laut ihm abzeichnete. »Die leere Hoffnung, in Deutschland würde es in einigen Monaten zu ähnlichen Ereignissen kommen wie in Russland«, könnte laut der sozialdemokratischen Tageszeitung, »Hunderttausenden auf dem Schlachtfeld das Leben kosten«³⁸⁹. In allen Fabriken wurden jedoch Generalversammlungen abgehalten. Um 9 Uhr befanden sich 300 Unternehmen im Streik, und die Gewerkschaften gaben eine kontrollierte Zahl von 200.000 Streikenden bekannt, wobei die tatsächliche Zahl wahrscheinlich bei 300.000 lag³⁹⁰. Die Straßen wurden von Demonstrationen durchzogen, die sich spontan zu verschiedenen, oft politischen, Parolen formierten. Die gewählte Konferenz traf sich im Gewerkschaftshaus und setzte eine kleine ständige Kommission ein: Neben Alwin Körsten, der die Generalkommission der Gewerkschaften vertrat, und den Leitern der Metallbetriebe Cohen und Siering saßen acht Betriebsobleute, von denen mindestens zwei, Otto Tost von Schwartzkopf und Franz Fischer von der DWM, Mitglieder des geheimen revolutionären Kerns waren³⁹¹. Die von ihnen gebildete Delegation wurde sofort von Michaelis, dem Staatskommissar für Volksernährung, empfangen. Dieser versprach die Bildung einer kommunalen ständigen Kommission, in der die Gewerkschaften vertreten sein sollten. Die Arbeiter*innendelegierten verlangten eine Garantie, dass keine Sanktionen ergriffen würden und forderten die Freilassung von Richard Müller: Der Kommissar verwies sie daraufhin an die Militärbehörden. Die Sitzung dauerte fünf Stunden³⁹².

386 Müller, a.a.O., S. 79.

387 Mammach, a.a.O., S. 35; R. Müller, a.a.O., S. 82.

388 Müller, a.a.O., S. 83; Scheel, in: Revolutionäre Ereignisse und Probleme in Deutschland während der Periode der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution 1917-1918, S. 33 ff.

389 Vorwärts, 16. April 1917. [S. 1, Spalte 2, »Englische Agenten in Deutschland«, Hervorhebung im Original]

390 Revolutionäre Ereignisse, S. 24.

391 Ebenda, S. 37.

392 Ebenda, S. 39.

In Leipzig nahmen die Ereignisse eine identische Wendung. Am Morgen des 16. wurden in fast allen Betrieben handgeschriebene Flugblätter verteilt, in denen die Arbeiter*innen aufgefordert wurden, sich am Mittag zu treffen, um einen Streik zu beschließen³⁹³. Die Agitation, die den ganzen Vormittag in den Betrieben anhielt, veranlasste die Gewerkschaftsverantwortlichen, eine Initiative zu ergreifen: Die Metallergewerkschaft rief zu einer Kundgebung im Brauereigarten in Leipzig-Stotteritz auf. Am Mittag war die Arbeitsniederlegung allgemein; um 15 Uhr versammelten sich mehr als 10.000 Arbeiter*innen, um eine Rede des Leiters der Metallarbeiter*innen, Arthur Lieberasch, zu hören, der sagte, die Demonstration vom 14. habe den Verantwortlichen gezeigt, dass man den Arbeiter*innen die Möglichkeit geben müsse, ihre Forderungen zu äußern. Aber er rief ein Konzert von Protesten hervor, als er die Wiederaufnahme der Arbeit für den nächsten Tag vorschlug³⁹⁴. Im Tumult wurde schließlich eine Resolution verabschiedet, die eine Erhöhung der Lebensmittelrationen und Kohlezuteilungen forderte, aber auch – Hauptereignis – sechs politische Forderungen auflistete: eine Erklärung der Regierung zugunsten eines Friedens ohne Annexionen, die Aufhebung der Zensur und des Belagerungszustandes, die Abschaffung des Hilfsdienstgesetzes, die Befreiung der politischen Gefangenen, die Einführung des allgemeinen Wahlrechts auf allen Ebenen³⁹⁵. Die Versammlung beschloss, dass die Resolution dem Kanzler in Berlin durch ein sofort per Akklamation gewähltes Komitee, dem zwei Führer der Metallgewerkschaft und drei Vertreter der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei angehörten, persönlich übergeben werden sollte. Eine weitere Versammlung fand in dieser Zeit im »Vorgarten« statt: Ein Arbeiter feierte die russische Revolution und zeigte, dass die stattfindende Demonstration ein Beweis dafür sei, dass es in Deutschland möglich sei, ihr Beispiel nachzuzahlen³⁹⁶. Am Abend versuchten die Gewerkschaftsführer*innen, die Behörden davon zu überzeugen, dass sie vor allem eine militärische Intervention vermeiden müssten, die der Bewegung einen »anarchistischen« Charakter verleihen und ihnen die Kontrolle entziehen würde³⁹⁷. In Berlin hielt die Streikleitung an ihrem Beschluss fest, die Aktion bis zur Freilassung von Richard Müller fortzusetzen³⁹⁸.

Am 17. wurde die Atmosphäre zunehmend angespannt. Die sozialdemokratischen Leiter Bauer und Scheidemann versuchten, Helfferich und General Groener davon zu überzeugen, dass sie die Leipziger Streikdelegation empfangen sollten, obwohl diese Forderungen politischer Natur vorbrachte: Eine Weigerung würde »unnötiges Blutvergießen« verursachen, während es nichts kosten würde, sie zu empfangen und

393 Mammach, a.a.O., S. 25.

394 Ebenda, S. 26.

395 Ebenda, S. 27.

396 Ebenda, S. 28.

397 Ebenda, S. 29.

398 Revolutionäre Ereignisse, S. 40-41.

ihr Zusicherungen zu geben³⁹⁹. Die Spartakist*innen verteilten Flugblätter, in denen sie die Arbeiter*innen aufforderten, die Forderungen der Leipziger Streikenden aufzugreifen und den Kampf auf dieser Plattform zu verbreitern⁴⁰⁰. Körsten, Cohen und Siering wurden allein in der Kommandantur empfangen. Sie kehrten mit der Zusicherung zurück, dass Müller so schnell wie möglich freigelassen werden würde⁴⁰¹. In der Vertreter*innenkonferenz kam es zu einer sehr lebhaften Diskussion: Viele Obleute, die meisten von ihnen Mitglieder der unabhängigen Partei, wollten die politischen Forderungen von Leipzig aufgegriffen sehen. Cohen entgegnete, dass der Streik beendet werden sollte, da seine Ziele erreicht worden seien, dass eine Fortsetzung bedeuten würde, seine Ergebnisse in Frage zu stellen, dass die Konferenz kein anderes Mandat habe und dass eine neue Generalversammlung nötig sei, um eine neue Streikplattform zu beschließen, und schließlich, dass er persönlich aus Prinzip dagegen sei, dass die Gewerkschaften politische Positionen einnehmen. Am Ende siegte er knapp: Die Konferenz weigerte sich, die politischen Forderungen von Leipzig anzunehmen und beschloss, den Aufruf zur Wiederaufnahme der Arbeit am Morgen des 18. zu erlassen⁴⁰². Die Delegation der Leipziger Streikenden, die aus Berlin zurückgekehrt war, wo sie empfangen worden war, nahm eine identische Position ein. Der Streik war im Prinzip beendet.

In der Realität erwies sich die Wiederaufnahme als schwierig. Ab dem 17. nehmen die unabhängigen sozialdemokratischen Abgeordneten Berlins an den Betriebsversammlungen teil, rufen zur Fortsetzung des Kampfes mit dem Programm von Leipzig auf. Der alte, sehr beliebte Adolf Hoffmann rühmte vor den Arbeiter*innen von Knorr-Bremse das russische revolutionäre Beispiel⁴⁰³. Am nächsten Tag nahm er mit Haase an einer Versammlung der Arbeiter*innen der DWM teil, wo Siering vergeblich für die Arbeitswiederaufnahme plädierte: »Jetzt handle es sich darum, eine Bewegung, die einheitlich begonnen habe, auch einheitlich zu beenden.« Andere unabhängige Abgeordnete, Vogtherr, Dittmann, Büchner, verteidigten die Fortsetzung des Streiks⁴⁰⁴. Am Ende machten mehr als 50.000 Arbeiter*innen weiter und prangerten den »Verrat« der Bewegung durch ihre Führer an⁴⁰⁵. In den meisten Betriebsversammlungen wurde die Parole der Wahl von »Arbeiterräten« ausgegeben, »wie in Leipzig« – so entstand die Legende – mit Vertreter*innen der unabhängigen sozialdemokratischen Partei⁴⁰⁶. Die Streikenden der DWM wählten ein Streikkomitee

399 Scheidemann, Der Zusammenbruch, S. 65.

400 Revolutionäre Ereignisse, S. 44-45.

401 Ebenda, S. 45.

402 Ebenda, S. 49 und R. Müller, a. a. O., S. 83.

403 Revolutionäre Ereignisse, S. 53.

404 Ebenda, S. 52. [Zitat aus einem Bericht des »Vorwärts« vom 19. April, 1. Beilage, S. 1, Spalte 1, »Zur Streikbewegung«]

405 R. Müller, a.a.O., S. 85.

406 Revolutionäre Ereignisse, S. 53.

unter der Leitung der Revolutionären Obleute Franz Fischer und Bruno Peters⁴⁰⁷. Die von Knorr-Bremse setzten nach fünfstündiger Diskussion die Freilassung von Karl Liebknecht an die Spitze ihres Forderungskatalogs. Sie wählten einen Arbeiter*innenrat unter dem Vorsitz des Revolutionärs Paul Scholze, der sofort die Wahl von Arbeiter*innenräten in allen Betrieben forderte⁴⁰⁸. Es war jedoch eine Minderheit von Arbeiter*innen, die die Bewegung fortsetzte, und trotz der Warnungen von Scheidemann, der befürchtete, dass »jetzt die Bewegung vielleicht erneut aufflammen werde«⁴⁰⁹, griffen die Militärbehörden ein, militarisierten das Personal der streikenden Betriebe und verhafteten die Führer*innen, insbesondere Peters, Fischer und Scholze⁴¹⁰. Die Ordnung war bald wieder hergestellt und die Arbeit wurde wieder aufgenommen.

Einige Tage später richtete der Chef des Kriegsamts, General Groener, einen Appell an die Arbeiter*innen:

»Ein Hundsfott wer streikt, solange unsere Heere vor dem Feinde stehen. (...) Leset Hindenburgs Brief immer wieder, und ihr werdet erkennen, wo unsere schlimmsten Feinde stecken. Nicht draußen bei Arras, an der Aisne und in der Champagne (...) Nicht drüben in London! (...) Die schlimmsten Feinde stecken mitten unter uns (...), die zum Streiken hetzen.«⁴¹¹

Die Gewerkschaften schlossen sich ihm an, im Vorwärts vom 27. April:

»Arbeitseinstellungen in der gegenwärtigen Stunde sind zu vermeiden (...) nur eine Erhöhung der Widerstandskraft Deutschlands (kann) uns einen baldigen Frieden bringen.«⁴¹²

Die Reaktion der Arbeiter*innen würde jedoch ganz anders ausfallen, und drei Jahre später würde Richard Müller in Bezug auf diese Episode, zweifellos mit ein wenig Wehmut feststellen:

»Die revolutionären Obleute und alle, die gegen den Krieg wirkten, konnten mit ihrer Propaganda nicht die Wirkung erzielen, die Groeners Aufruf hatte.«⁴¹³

Eine Etappe war zurückgelegt. Die Massen hatten ihre erste Schlacht geschlagen. Die unabhängigen Sozialdemokrat*innen, die zur gleichen Zeit noch über eine parlamentarische Koalition zur Beendigung des Krieges verhandelten, hatten großes

407 Ebenda, S. 59

408 Ebenda, S. 60.

409 Mammach, a.a.O., S. 39.

410 Ebenda, S. 40.

411 Dok. u. Mat., II/1, S. 629.

412 [Schreiben der Zentralleitungen der Gewerkschaften und Angestelltenverbände an den Chef des Kriegsamtes, Groener, wiedergegeben in] Vorwärts 27. April 1917, in Dok. u. Mat., II/1, S. 626-628.

413 R. Müller, a.a.O., S. 85.

Prestige gewonnen. In den Augen einer wachsenden Zahl von Menschen wurden sie als die Vorkämpfer*innen eines Massenkampfes für den Frieden gesehen, der gerade wegen der Bedingungen, unter denen er geführt werden sollte, revolutionär war.

Revolutionäre Matrosenorganisation

Gerade eine spontan in der Kriegsmarine entstandene revolutionäre Agitation wird sich an die unabhängigen sozialdemokratischen Führer*innen wenden, um eine Leitung zu finden.

Alle Voraussetzungen waren beisammen, um Kriegsschiffe zu aktiven Unruheherden zu machen. Die Mehrheit der Besatzungen waren Facharbeiter, meist Metallarbeiter, mit Kampferfahrung und einem Klassenbewusstsein. Die Umstände des Krieges, die die Schiffe am Kai liegen ließen, ermöglichten enge Kontakte zwischen Matrosen und Arbeiter*innen in den Häfen und Werften, die Verbreitung von Büchern, Broschüren und Zeitschriften an Bord, den Austausch von Ideen und die Organisation von Diskussionen. Die Lebensbedingungen, die Konzentration der Proletarier auf engem Raum, die Eigenschaften von Kühnheit und Kollektivgeist, die sie entwickelten, machten die harten materiellen Bedingungen, die den Matrosen und Maschinisten auferlegt wurden, noch unerträglicher, im Rahmen einer Untätigkeit, die nicht durch die absurden Disziplinierungsübungen eines besonders reaktionären Offizierskorps abgeschwächt werden konnte⁴¹⁴.

Bereits 1914 gab es in der Flotte kleine Gruppen von Lesern der radikalen Presse, insbesondere der Leipziger Volkszeitung⁴¹⁵. Im Jahr 1915 wurde die Notwendigkeit, eine zentrale Organisation der Flotte zu bilden, indem man die verstreuten sozialistischen Gruppen zusammenbrachte, erwähnt, wenn auch auf eine eher vage Weise⁴¹⁶. Die schlafende Bewegung wurde nach dem Winter 1916-1917 wiederbelebt, vor allem unter dem Einfluss der russischen Revolution, in der junge Unteroffiziere, Matrosen und Heizer, die aus der Arbeiter*innenklasse stammten und sozialdemokratisch erzogen waren, das Vorbild für den Weg zum Frieden sahen. Auf dem Schlachtschiff »Friedrich der Große« traf sich eine kleine Gruppe von Männern regelmäßig im Kesselraum oder im Munitionsraum: Der Heizer Willy Sachse und der Matrose Max Reichpietsch lasen und kommentierten, ließen Flugschriften von Marx und Bebel lesen und verteilten das Erfurter Programm⁴¹⁷. Sie knüpften Kontakte an Land, in Wilhelmshaven, mit Matrosen von anderen Schiffen⁴¹⁸. Als sie im Juni 1917 von der Einrichtung von »Menagekommissionen« auf allen Kriegsschiffen erfuhren, die für die Kontrolle des Nachschubs zuständig waren und denen auch Vertreter der

414 Zeisler, Revolutionäre Ereignisse..., S. 187-189.

415 Bernhard, Ebenda, S. 96.

416 Ebenda, S. 97-98.

417 Ebenda, S. 104.

418 Ebenda, S. 105.

Besatzungen angehört, ergriffen sie die Gelegenheit und bauten eine geheime Organisation auf, den Soldaten- und Matrosenbund⁴¹⁹.

Indem sie die Tätigkeit der Menagekommissionen nutzten, so wie die Arbeiter*innen in den Fabriken die der Obleute, gelang es ihnen, in wenigen Wochen ein sehr flexibles Netz von Vertrauensleuten aufzubauen, das die ganze Flotte abdeckte und von geheimen Komitees geleitet wurde, die zuerst auf der »Friedrich der Große«, dann auf der »Prinzregent Luitpold« gebildet wurden und deren Verbindung an Land hergestellt wurde. Der politische Leiter des Unternehmens, Max Reichpietsch, machte vor seinen Kameraden keinen Hehl aus seinem Ziel:

»Wir müssen den Leuten klarmachen, dass die Menagekommissionen der erste Schritt zur Bildung von Matrosenräten nach russischem Muster sind.«⁴²⁰

Sie konnten bald einen siegreichen Hungerstreik auf einem Schlachtschiff verbuchen⁴²¹, und Reichpietsch fühlte, dass seine Organisation bereit war, eine Massenbewegung für den Frieden in der Kriegsflotte zu entfesseln. Doch bevor er weiterging, hielt er es für notwendig, eine Verbindung mit der Partei herzustellen, von der er Perspektiven und eine Koordinierung des Gesamtkampfes erwartete, der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei⁴²². Mitte Juni, während eines Urlaubs, nahm er Kontakt zu ihren Führer*innen in Berlin auf, zu Dittmann und Luise Zietz, die er zunächst in der Parteizentrale traf, dann wieder zu Haase, Vogtherr und Dittmann, die ihn im Reichstag empfangen⁴²³.

Die Arbeit von Reichpietsch und seinen Kameraden war eine äußerst gefährliche Arbeit, die perfekte Organisation, Geheimhaltung, Abschottung, wichtige Mittel und viel Vorsicht erforderte. Die alten sozialdemokratischen Parlamentarier, von denen er Hilfe und Anleitung erwartete, hatten von diesen Verhältnissen nicht die geringste Ahnung. Luise Zietz hatte ausgerufen: *»Da müssen wir uns ja schämen vor den Matrosen, die sind weiter als wir«⁴²⁴*, aber sie hatte sich, wie die anderen auch, nicht über die Routineoptik der auf Wahlen ausgerichteten reformistischen Praxis erheben können. Dittmann bedauerte, dass er den Matrosen keine kostenlosen Broschüren geben konnte, die seine Rede gegen den Belagerungszustand wiedergaben: Der Fall war vom Parteischatzmeister nicht vorhergesehen worden. Er riet Reichpietsch davon ab, auf den Schiffen Parteigruppen bilden zu wollen: Da die Soldaten keine satzungsgemäßen Beiträge zahlten, sei ihre formale Mitgliedschaft uninteressant⁴²⁵. Allerdings gab er ihm Mitgliedsformulare, die von diesen jungen Männern ausgefüllt

419 Ebenda, S. 106-107.

420 Zitiert bei A. Schreiner, Zur Geschichte der deutschen Außenpolitik, Bd. I, S. 400.

421 Bernhard, Revolutionäre Ereignisse, S. 106-107.

422 Ebenda, S. 113.

423 Ebenda, S. 114.

424 Ebenda, S. 117.

425 Ebenda, S. 115-116.

und zurückgeschickt werden sollten, für die die geringste politische Aktivität vom Kriegsgericht bestraft wurde⁴²⁶! Wenn er auch nicht für die Bildung von Matrosengruppen war, so befürwortete er doch ihre Mitgliedschaft in den bestehenden Ortsgruppen in den Häfen, die sich mit legaler und öffentlicher Tätigkeit beschäftigten, und bat Reichpietsch, die Initiative zur Gründung der Partei in Wilhelmshaven zu ergreifen⁴²⁷. Im Allgemeinen sollten die Matrosen keinen Kontakt mit den nationalen Führer*innen pflegen, sondern, wo immer möglich, mit den lokalen Organisationen in Verbindung bleiben. Obwohl Dittmann Reichpietsch die Gefahren des Vorhabens erläuterte, teilte er ihm mit, dass es ohnehin besser sei, unter seinem Namen bei offiziellen Parteiaktivitäten an Land aufzutreten⁴²⁸. Als politische Perspektive erzählten Haase und Dittmann Reichpietsch von der bevorstehenden internationalen sozialistischen Konferenz in Stockholm und räumten ein, dass eine Friedensbewegung in der Kriegsflotte die Position der friedliebenden Sozialisten dort stärken würde⁴²⁹. Mit einem Wort: Sie antworteten, dass sie zwar skeptisch seien, was die von ihm vorausgesagten Handlungsmöglichkeiten anbelangt, dass es aber nicht in Frage käme, ihn davon abzubringen. Jedenfalls klärten sie ihn keinen Augenblick lang über die realen Risiken auf, die die Matrosenbewegung einging und zu deren Vergrößerung sie selbst beitrugen, indem sie die Zahl ihrer Kontakte mit weniger verantwortungsbewussten Zivillist*innen rücksichtslos ausweiteten.

Reichpietsch nahm das Angebot an. Vom Tatendrang verschlungen, kehrte er zu seinem Schiff zurück und versicherte seinen Genossen, dass die Abgeordneten, die er getroffen hatte, für die Idee eines revolutionären Kampfes für den Frieden gewonnen und von der entscheidenden Rolle überzeugt seien, die der Generalstreik der Flotte dabei spielen würde⁴³⁰. Die Organisation wurde mit der Bildung eines Komitees auf der »Prinzregent« unter der Leitung von Beckers und Köbis weiter ausgebaut, das die Organisation des Bundes auf den in Kiel ankernden Schiffen übernahm⁴³¹. Am 25. Juli 1917 wurde eine zentrale Führung, die klandestine Flottenzentrale, eingerichtet, der mehr als 5.000 Matrosen unterstellt waren⁴³². Vor seinen Kameraden fasste Reichpietsch die Perspektiven zusammen: Es sei notwendig, eine Bewegung in der Flotte zu organisieren, um den unabhängigen Delegierten in Stockholm Argumente zu liefern, und wenn bei der Konferenz nichts herauskäme, trete »dann an die Soldaten der Ruf heran[...]: ›Auf, sprengt die Fesseln nach russischem Muster‹.« Er fügte hinzu: »Dann wisse ja Jeder, was er zu tun habe«⁴³³. Die Zwischenfälle häuften sich, denn

426 Ebenda, S. 117.

427 Ebd.

428 Ebd.

429 Ebd.

430 Ebenda, S. 124-125.

431 Ebenda, S. 126.

432 Ebenda, S. 135.

433 Ebenda, S. 140.

die Matrosen waren sich ihrer Stärke bewusst, stolz auf ihre Organisation und sie vertrauten auf die zu erwartende Unterstützung: ein Hungerstreik auf dem »Prinzregent Luitpold« am 19. Juli, ein Massenausgang ohne Erlaubnis von der »Pillau« am 20., der Ausgang ohne Erlaubnis von 49 Mann von der »Prinzregent Luitpold« am 1. August und schließlich die »große Ausschiffung« von 400 Besatzungsmitgliedern des »Prinzregent« am 2. August⁴³⁴. Diesmal war der Repressionsapparat funktionsbereit: Er wusste alles. Die »Rädelsführer« wurden verhaftet. Am 26. August sprach ein Kriegsgericht fünf Todesurteile aus. Am 5. September wurden Alwin Köbis und Max Reichpietsch hingerichtet⁴³⁵.

Einige Wochen später schrieb Lenin, dass diese revolutionäre Bewegung »*ein Anzeichen der großen Krise des Heranreifens der Weltrevolution ist*«⁴³⁶ und dass sie eines der »*unzweifelhaften Anzeichen des großen Umschwungs, Anzeichen des Vorabends der Revolution im Weltmaßstab*«⁴³⁷ darstellt. In Wirklichkeit ist die kommende Tragödie in Deutschland ganz und gar in dieses Drama eingeschrieben, in den Gegensatz zwischen dem Handlungswillen junger Arbeiter in Uniform und der Unfähigkeit von »Führern«, die von ihrer Verantwortung erdrückt werden und überzeugt sind, dass die Probleme, die die Zukunft der Menschheit betreffen, in Form von Abgaben, örtlichen Sektionen und Reden in parlamentarischen Versammlungen geregelt werden.

Die Folgen der Oktoberrevolution

Die revolutionären Matrosen Russlands waren erfolgreicher als ihre deutschen Brüder. Die siegreiche Oktoberrevolution wird bald eine andere Art von Antwort auf die Probleme des Tages geben und neue Gruppierungen in Gang setzen. Die Leitung der unabhängigen Partei begrüßt es, in der Leipziger Volkszeitung vom 12. November:

*»In Russland hat das Proletariat die politische Macht ergriffen – ein Ereignis von weltgeschichtlicher Bedeutung. Noch niemals ist dem Proletariat eine so große Aufgabe zugewiesen, wie in diesem Augenblick.«*⁴³⁸

Am 14. November schrieb die gleiche Zeitung:

*»Mit unserm ganzem Herzen sind wir deutschen Proletarier in diesen Stunden bei unsern kämpfenden russischen Genossen. Sie kämpfen auch für unsre Sache. Sie sind die Vorkämpfer der Menschheit, die Vorkämpfer des Friedens.«*⁴³⁹

434 Ch. Vidil, *Les Mutineries de la marine allemande*, S. 104.

435 Ebenda, S. 111.

436 (Euvres, Bd. XXVI, S. 185 [»Brief an die Genossen Bolschewiki, die am Kongress der Sowjets des Nordgebiets teilnehmen«, Werke, Bd. Bd. 26, S. 169-175, hier S. 169].

437 Ebenda, S. 71 [»Die Krise ist herangereift«, a.a.O., S. 59-68, hier S. 59.]

438 Leipziger Volkszeitung, 12. November 1917. [S. 1, SS. 1]

439 Ebenda, 14. November 1917. [S. 1, SS. 1]

In Wirklichkeit waren die unabhängigen Sozialdemokraten tief gespalten über die Haltung, die sie gegenüber der Revolution und der neuen Sowjetmacht einnehmen sollten. Am 12. rief die Führung die Arbeiter*innen auf, das russische Beispiel nachzuzahlen und »jetzt überall Massenkundgebungen für einen auf allen Seiten annexionslosen Frieden zu veranstalten«⁴⁴⁰. Aber schon am 15. November stellte Karl Kautsky in der Leipziger Volkszeitung die Frage: »Wie wird das enden?« und kommt zu dem Schluss: »zur politischen und sozialen Auflösung des Landes, zum Chaos«⁴⁴¹. Am 30. November erklärt Clara Zetkin die Bedeutung der Revolution, die den Sowjets, den Organen der Arbeiter*innen, die Staatsgewalt gab⁴⁴², aber am 24. Dezember greift Bernstein die Diktatur der Bolschewiki heftig an⁴⁴³, und am 17. verfasst der Menschewik Stein in der Leipziger Volkszeitung eine schwere Anklage gegen das neue revolutionäre Regime⁴⁴⁴.

Für die Bolschewiki ist der Sieg der Revolution in Russland nur die erste Etappe einer Revolution, die nicht anders als weltweit sein kann. Daran erinnert das berühmte Dekret vom 26. Dezember 1917: Mit der Feder von Lenin und Trotzki beschließt es, »dem linken internationalistischen Flügel der Arbeiterbewegung aller Länder mit allen notwendigen, darunter auch finanziellen, Mitteln zur Hilfe zu kommen«⁴⁴⁵. Seit der Eröffnung der deutsch-russischen Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk am 26. November unternahmen die Bolschewiki eine systematische Propaganda in Richtung der deutschen Soldaten und Arbeiter*innen, die ihrem Sinne nach die unvermeidliche revolutionäre Explosion beschleunigen sollte. Karl Radek leitete eine Pressestelle im Außenministerium: Mit Hilfe von sozialdemokratischen Aktivist*innen, die in den Gefangenenlagern rekrutiert worden waren, organisierte er vor allem auf dem Luftweg die Verteilung von Hunderttausenden von Flugblättern, in denen der Friedensappell der sowjetischen Regierung wiedergegeben wurde, und gab dann eine Zeitung, »Die Fackel«, mit einer Auflage von einer halben Million Exemplaren heraus, die entlang der gesamten Front verteilt wurde⁴⁴⁶. Die deutschen Militärführer wurden schnell besorgt über diese in einfacher, direkter Sprache verfasste Propaganda und die Verheerung, die sie bei den zuvor gut kontrollierten Truppen anrichtete⁴⁴⁷. Ihre Haltung verhärtete sich, sie kamen auf die während der Waffenstillstandsverhandlungen gewährten Erleichterungen für die Verbrüderung zurück, versuchten,

440 Ebenda, 12. November 1917.

441 Ebenda, 15. November 1917. [S. 1, SS. 1 und 2]

442 Ebd., 30. November 1917, Frauenbeilage.

443 Ebenda, 24. Dezember 1917.

444 Ebenda, 17. und 27. Dezember 1917.

445 Dekret vom 26. Dezember 1917, Sobranie Uzakonenii i Rasporiazhenii Rabotcheho i Krestianskogo Prawitelstwa, 1917, Nr. 8, S. 119; nach Bunyan und Fisher, *The Bolshevik Revolution 1917-1918*, S. 285. [auf deutsch in: H. Weber, J. Drabkin, B. H. Bayerlein (Hg.) *Deutschland, Russland, Komintern. II. Dokumente (1918-1943)*. Teilband 1. Berlin-München-Boston 2015, S. 43]

446 Ruth Fischer, a.a.O., S. 30-31.

447 E.H. Carr, *The Bolshevik Revolution*, III, S. 31.

schnell abzuschließen und das Friedensbedürfnis der Bolschewiki maximal auszunutzen. Am 10. Januar verkündete General Hoffmann den russischen Delegierten die Bedingungen des Ultimatums⁴⁴⁸, das innerhalb der bolschewistischen Führung die große Diskussion über den Frieden und die erste schwere Krise in der Partei auslösen sollte. Trotzki gelang es jedoch, die Brester Gespräche als Plattform zu nutzen, von der aus die russischen Arbeiter*innen ihre Brüder in den kriegführenden Ländern, insbesondere in den Mittelmächten, zur Hilfe aufriefen⁴⁴⁹. Der Aufruf wurde erhört: Am 14. Januar brach der Streik in der Munitionsfabrik Manfred Weiss in Csepel bei Budapest aus⁴⁵⁰. In wenigen Tagen verbreitete sie sich in allen Industriebetrieben Österreichs und Ungarns⁴⁵¹.

So begann, was Franz Borkenau, der auf diesem Gebiet der Übertreibung nicht sehr verdächtig war, als »die größte revolutionäre Bewegung wahrhaft proletarischen Ursprungs, die die moderne Welt je gekannt hat« bezeichnete, eine Bewegung, die, so derselbe Autor, »die Zentralmächte bis in ihre Grundfesten erschütterte.«⁴⁵²

Die Januarstreiks 1918

In Deutschland hatte die Kampfbereitschaft der Arbeiter*innen seit Oktober nicht aufgehört zu wachsen. Die Informationen zu den Gesprächen von Brest heizten die Gemüter an. Viele Aktivist*innen dachten wie Liebknecht, der aus seinem Gefängnis schreibt:

»Durch die russischen Delegierten wurde Brest zur weithin vernehmbaren revolutionären Tribüne. Es brachte die Entlarvung der Mittelmächte, die Entlarvung der deutschen Raubgier, Verlogenheit, Hinterlist und Heuchelei. Es hat das Verständigungsgeschwätz der ehrlich Harmlosen ad absurdum geführt. Und ein vernichtendes Verdikt über die deutsche ›Mehrheits‹-Friedenspolitik gefällt, die nicht sowohl scheinheilig als vielmehr zynisch ist.«⁴⁵³

In der ersten Januarhälfte gab der Spartakus ein Flugblatt heraus, das zum Generalstreik aufrief und die Illusion anprangerte, dass ein Separatfrieden ein Schritt zum allgemeinen Frieden wäre⁴⁵⁴. Gegen Mitte des Monats trafen sich die revolutionären Obleute, die Führung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei und die Abgeordneten dieser Partei im Reichstag und im Preußischen Landtag. Richard Müller

448 Ebenda, S. 31-32.

449 Ebenda, S. 29-31.

450 Borkenau, World Communism, S. 91.

451 Ebenda, S. 91-92.

452 Ebenda, S. 92.

453 Politische Aufzeichnungen aus seinem Nachlass, S. 51-52. [Hier zitiert nach Karl Liebknecht, Gesammelte Reden und Schriften, Band 9, Berlin 1968, S. 440]

454 Dok. u. Mat., II/2, S. 67-70.

legte einen Bericht über die Lage in der Berliner Arbeiter*innenklasse vor: Er kam zu dem Schluss, dass ein Generalstreik auf der Grundlage politischer Forderungen ausgerufen werden könne, und erklärte, dass die Arbeiter*innen dazu bereit seien, aber auf den Aufruf der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei warteten⁴⁵⁵. Die Teilnehmer*innen waren geteilter Meinung und gerieten manchmal heftig aneinander. Eine Minderheit, für die Ströbel den Sprecher machte, war gegen jede Aktion und behauptete, dass Müller sich über die Geistesverfassung der Arbeiter*innen irrte, die in Wirklichkeit völlig passiv seien. Die Mehrheit mit Haase hält den Generalstreik für notwendig, um den Frieden zu erzwingen, weigert sich aber, das Risiko eines Parteiverbots einzugehen, das seiner Meinung nach nicht ausbleiben würde, wenn sie den von Müller vorgeschlagenen Aufruf zur Aktion startet. Diese Ausflüchte waren nicht nach dem Geschmack von Ledebour und Adolf Hoffmann, die sich bereit erklärten, persönlich einen Streikaufruf zu unterzeichnen, wenn die Partei sich weigerte, dies zu tun⁴⁵⁶. Am Ende kam es zu einem Kompromiss: Ein von Haase verfasster Text, der zu einem dreitägigen Streik aufrief⁴⁵⁷, wurde nicht von der Partei als solcher, sondern von ihren Abgeordneten unterzeichnet und als Flugblatt in den Betrieben verteilt⁴⁵⁸. Die Abgeordneten zögerten jedoch noch: Die Fraktion änderte zwei Tage später den Text und zog jeden Hinweis auf den Streik zurück⁴⁵⁹, obwohl die Parteiaktivist*innen die Parole weiterhin mündlich verbreiteten. Nach erfolglosen Verhandlungen, das Flugblatt heimlich von den Spartakisten drucken zu lassen, wurde der Text schließlich am 10. Januar 1918 veröffentlicht. Darin heißt es unter anderem:

»Bleiben jetzt kräftige Willenskundgebungen der werktätigen Bevölkerung aus, so könnte es scheinen, als ob sie mit diesem Treiben einverstanden wäre (...) Nur ein Frieden ohne Annexionen und Kontributionen auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts der Völker kann uns davor retten. (...) Ihr habt jetzt das Wort.«⁴⁶⁰

In der Zwischenzeit ist der Kreis der revolutionären Obleute zur Vorbereitung des Streiks übergegangen, dessen Idee in den Fabriken, in denen Informationen über die Streiks in Mitteleuropa kursieren, wohlwollend aufgenommen wird. Er legte den Beginn des Streiks auf Montag, den 28. Januar, fest, ohne ihn bekannt zu geben, um jegliche präventive Repression zu vermeiden⁴⁶¹. In der Woche vor dem Tag X verkündete jedoch ein spartakistisches Flugblatt mit Informationen über die Streikwelle in Österreich-Ungarn und *»den nach Muster der russischen Revolution gewählten*

455 R. Müller, a.a.O., S. 101.

456 Ebenda, S. 101.

457 Diese Präzisierung wird durch einen spartakistischen Bericht über die Streiks gegeben, der allgemein Jogiches zugeschrieben wird (Dok. u. Mat., II/2, S. 132).

458 R. Müller, a.a.O., S. 102.

459 Dok. u. Mat., II/2, S. 132.

460 R. Müller, a.a.O., S. 102.

461 Ebenda.

Wiener Arbeiterrat«: »Am Montag, dem 28. Januar, beginnt der Massenstreik!«⁴⁶² Es warnte die Arbeiter*innen vor den »Durchhaltepolitikern« der Mehrheit, die es um keinen Preis in die Räte zu wählen empfahl:

»Von diesen Wölfen im Schafspelz droht der Bewegung eine viel schlimmere Gefahr als von der königlich-preußischen und anderweitigen Polizei.«⁴⁶³

In diesem Klima fand am Sonntag, 27. Januar, die Generalversammlung der Berliner Dreher statt. Auf Vorschlag von Richard Müller beschloss sie ohne Zuruf und Beifall einstimmig, den Streik am nächsten Tag, zur Zeit des Arbeitsbeginns, auszurufen und an Ort und Stelle Generalversammlungen abzuhalten, die Delegierte wählen sollten. Diese Delegierten würden sich dann im Gewerkschaftshaus treffen und die Streikleitung bestimmen: Die Lehren des April 1917 waren nicht vergessen⁴⁶⁴. Am Morgen des 28. gab es 400.000 Streikende in Berlin, und in allen Fabriken fanden die geplanten Generalversammlungen statt, bei denen die Dreher und die revolutionären Obleute überwältigende Mehrheiten errangen. Am Mittag trafen sich wie geplant 414 Delegierte, die in den Fabriken gewählt wurden. Richard Müller legte ihnen ein Programm in sieben Punkten vor, das den Forderungen der Leipziger Streikenden von 1917 nahe war: Frieden ohne Annexionen und Kriegsentschädigungen, auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts der Völker, wie es in Brest von den russischen Delegierten definiert wurde, Vertretung der Arbeiter*innen bei den Friedensverhandlungen, Verbesserung der Versorgung, Aufhebung des Belagerungszustandes die Wiederherstellung der Rede- und Versammlungsfreiheit, Gesetze zum Arbeitsschutz von Frauen und Kindern, die Entmilitarisierung der Betriebe, die Freilassung der politischen Gefangenen, die Demokratisierung des Staates auf allen Ebenen, beginnend mit der Bewilligung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts mit zwanzig Jahren für den Preußischen Landtag⁴⁶⁵. Die Versammlung wählte daraufhin einen Aktionsausschuss von elf Mitgliedern, die alle aus dem Kern der revolutionären Obleute stammten: Scholze und Tost, bereits bekannt für ihre Rolle im Streik vom April 1917, Eckert, Neuendorf, Blumental, Malzahn, Kraatz, Zimmermann, Tirpitz, Cläre Casper und natürlich Richard Müller⁴⁶⁶. Er beschloss, die Unabhängige Sozialdemokratische Partei einzuladen, drei ihrer Ver-

462 Dok. u. Mat., S. 71.

463 Ebenda, S. 73.

464 R. Müller, a.a.O., S. 102.

465 Ebenda. Siehe den Bericht über den Beginn des Streiks bei der AEG Hennigsdorf in Paul Blumenthal, »Die AEG-Arbeiter demonstrieren für Karl Liebknecht. 1918. Erinnerungen von Veteranen der deutschen Gewerkschaftsbewegung an die Novemberrevolution (1914-1920)«, S. 73-74.

466 Jogiches schreibt über sie: »10 Arbeiter und eine Arbeiterin, alles oppositionelle, in ihren Kreisen einflussreiche Gewerkschafter (nicht Beamte). Ihr politischer Standpunkt: meistens AG., jedoch nicht ausgeprägt, sind eben mehr Gewerkschafter als Politiker, darunter zwei vom ersten Liebknechtstreik, einer von uns« (wahrscheinlich Paul Scholze). Dok. u. Mat. S. 133. [Mit »Beamten« sind Gewerkschaftshauptamtliche gemeint, die damals häufig »Gewerkschaftsbeamte« genannt wurden, mit »AG« die »Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft«]

treter in den Aktionsausschuss zu entsenden⁴⁶⁷. Damals schlug ein Spartakist vor, die gleiche Einladung an die Mehrheit zu richten, um sie, wie er sagte, zu »entlarven«⁴⁶⁸. Der Vorschlag, der zunächst mit einer Zweistimmenmehrheit abgelehnt wurde, wurde schließlich auf Intervention von Richard Müller⁴⁶⁹ angenommen, der befürchtete, dass die Bewegung als »spalterisch« dargestellt und denunziert würde.

Der Aktionsausschuss traf sich sofort. Ihm gehörten neben den elf gewählten Mitgliedern die von den Unabhängigen entsandten Haase, Ledebour und Dittmann sowie die von der Mehrheit entsandten Ebert, Scheidemann und Braun an. Richard Müller führte den Vorsitz. Ebert meldete sich sofort zu Wort, um die Parität zwischen Parteivertreter*innen und gewählten Vertreter*innen der streikenden Arbeiter*innen zu fordern und einige der soeben beschlossenen Forderungen für inakzeptabel zu erklären. Die Elf weigerten sich, die soeben stattgefundenen Abstimmungen in Frage zu stellen, aber die Sitzung wurde abrupt durch die – falsche – Nachricht unterbrochen, dass die Polizei auf das Gewerkschaftshaus zumarschiere. Nachdem der Moment der Panik vorbei war, wurde entdeckt, dass die drei Abgeordneten der Mehrheit das Gebäude verlassen hatten⁴⁷⁰. Am Abend verbot das Militärkommando Versammlungen in den Fabriken und die Wahl von Streikkomitees. Die Zahl der Streikenden erreichte 500.000⁴⁷¹.

Am 29. fand das zweite Treffen des Aktionsausschusses statt. Scheidemann teilte mit, dass er inzwischen Kontakte geknüpft habe und der Staatssekretär des Innern bereit sei, eine Delegation zu empfangen, vorausgesetzt, dass ihr nur Abgeordnete angehörten, da die Delegierten der Streikenden keine gesetzliche Vertretung hätten. Scheidemann besteht auf der Notwendigkeit der Aufnahme dieser Verhandlungen, die der Bewegung wichtige Erleichterungen bei der Versorgung bringen könnten. Die Mehrheit des Aktionskomitees erklärt sich zu Verhandlungen bereit, lehnt aber die Bedingungen des Staatssekretärs ab: Sie benennt für das Treffen mit ihm Scholze, Müller, Haase und Scheidemann. Diese Delegation steht sich im Ministerium die Beine in den Bauch und verliert Scheidemann zweimal in den Gängen⁴⁷². Schließlich wurden die beiden Abgeordneten allein empfangen, nicht vom Staatssekretär, sondern von einem Ministerialdirektor; Scholze und Richard Müller blieben zermürbt im Vorzimmer. Die einzige Information, die die Delegation berichtete, war, dass die Tätigkeit des Aktionskomitees für illegal erklärt wurde und dem Strafgericht unterliegt⁴⁷³.

467 Die Einladung an die Unabhängigen, »an Ledeburski«, wie Jogiches sagt, erfolgte, um den Mehrheitler, einen »Beamten des Metallarbeiterverbandes«, Wuschik, »zuzudecken«, der gerade mit einer Erklärung der Mehrheitler*innenführung ankam, die zu einer einheitlichen Aktion aufrief (Ebenda, S. 133).

468 R. Müller, a.a.O., S. 103.

469 Jogiches präzisiert: »ein Konfusionsrat (...), der sich zu unserer Richtung zählt« (Ebenda).

470 R. Müller, a.a.O., S. 104.

471 R. Müller, a.a.O., S. 105.

472 Ebd.

473 Ebenda, S. 106.

Am 30. wurde der »Vorwärts« verboten, eine für ihn kostbare Maßnahme, die ihm ein ganz neues Prestige einbrachte: Die Behörden warfen ihm vor, mit der Bekanntgabe von 300.000 Streikenden »falsche Nachrichten« verbreitet zu haben. Hier und da kam es zu Zusammenstößen zwischen Streikenden und der Polizei. Der Aktionsausschuss bringt ein Informationsflugblatt heraus und ruft zur Verlängerung der Aktion auf:

»Die Bewegung muss so gewaltigen Umfang annehmen, dass die Regierung unserem berechtigten Verlangen nachgibt.«⁴⁷⁴

Es rief zu Straßendemonstrationen und einem Treffen unter freiem Himmel im Treptower Park am 31. auf.

In der Nacht vom 30. auf den 31. hängte das Militärkommando große rote Plakate auf, die die Verschärfung des Belagerungszustandes und die Einrichtung von außerordentlichen Kriegsgerichten ankündigten. Fünftausend Unteroffiziere wurden zur Verstärkung der Polizei in der Hauptstadt einberufen. Am Morgen kam es zu ersten Zwischenfällen zwischen streikenden und nicht streikenden Straßenbahnarbeiter*innen. *»Es roch nach Bürgerkrieg.«⁴⁷⁵* Jogiches stellt fest:

»Die Stimmung (...) hatte einen Anhauch von revolutionärer Bereitschaft; man wusste jedoch nicht, was anzufangen. Nach jedem Zusammenstoß mit der Polizeimacht erschallten Rufe: ›Genossen, morgen kommen wir bewaffnet.«⁴⁷⁶

Straßenbahnen wurden sabotiert⁴⁷⁷. Die ersten Verhaftungen erfolgten. Bei der Versammlung im Treptower Park sprach Ebert trotz des Verbots der Militärbehörden:

»es sei die Pflicht der Arbeiter daheim, ihre Brüder und Väter an der Front zu stützen und ihnen das Beste an Waffen zu liefern, was es gäbe. Die Arbeiter Frankreichs und Englands verlören auch nicht eine Arbeitsstunde, um ihren Brüdern an der Front zu helfen. Der Sieg sei selbstverständlich der Wunsch jedes Deutschen«⁴⁷⁸

Ausgebuht, als »Streikbrecher« und »Verräter« beschimpft, beteuerte er seine Solidarität mit den Forderungen der Streikenden, von denen er nur den Forderungsaspekt kennen wollte.

Die Polizei versuchte nicht, ihn zu verhaften, aber sie ergriff Dittmann, der »auf frischer Tat« beim Aufruf zum Umsturz ertappt und zu fünf Jahren Festung verurteilt

474 Ebenda, S. 106-107.

475 R. Müller, a.a.O., S. 106-107.

476 Dok. u. Mat., S. 134.

477 Ebenda.

478 Zitiert von K. Brammer, Der Prozess des Reichspräsidenten, S. 68-69.

wurde⁴⁷⁹. Am Nachmittag schlugen Scheidemann und Ebert dem Aktionsausschuss vor, über die Vermittlung der Gewerkschaftsführer*innen, die der Kanzler zu empfangen bereit war, in Verhandlungen mit der Regierung einzutreten⁴⁸⁰. Die Mitglieder des Aktionsausschusses waren verwirrt. Wie Jogiches feststellt, wissen sie nichts »mit revolutionärer Energie der Massen anzufangen.«⁴⁸¹ Sie waren sich der Falle, die ihnen mit den Verhandlungen gestellt wurde, durchaus bewusst, begnügten sich aber mit der Behauptung, dass nur die Delegierten der Streikenden rechtmäßig im Namen der Streikenden verhandeln könnten⁴⁸². Die Regierung setzte ihren Vorteil durch: Am 1. Februar kündigte die Militärführung an, die Fabriken zu militarisieren, in denen die Arbeit am 4. Februar nicht wieder aufgenommen worden wäre⁴⁸³. Im Aktionsausschuss bestanden die Mehrheitsabgeordneten auf der raschen Wiederaufnahme der Arbeit: Die Gefahren, sagten sie, seien für die Arbeiter*innen immens, denn die Militärbehörden bereiteten sich darauf vor, die Unterdrückung in die Hände zu nehmen; es wäre die schlimmstmöglichste Politik, den Streik fortzusetzen. Diesmal mit Zustimmung von Haase vermittelten sie, dass der Kanzler eine neue Delegiertenversammlung der Streikenden genehmigte. Der Kanzler entgegnete, dass er es nur genehmigen würde, wenn die Abgeordneten sich sofort verpflichten würden, diese Versammlung die Wiederaufnahme der Arbeit beschließen zu lassen⁴⁸⁴!

Die revolutionären Obleute, die allein im Aktionsausschuss blieben, weigerten sich, den von Haase und Scheidemann vorgeschlagenen Weg zu gehen, und lehnten den Vermittlungsvorschlag der Gewerkschaftsführer*innen einstimmig ab. Aber die Bewegung war letztendlich schlecht organisiert und der Aktionsausschuss war von der Masse der Streikenden abgeschnitten, die ihrerseits aller Informationen, außer denen über die Repression, beraubt waren⁴⁸⁵. Die Spartakist*innen drängten auf eine Verhärtung des Streiks, die bis zum bewaffneten Kampf gehen konnte⁴⁸⁶, aber die Berliner Streikenden waren im Reich isoliert, die Soldaten blieben diszipliniert und es gab keine Anzeichen für eine mögliche Verbrüderung der Truppen und der Arbeiter*innen. Für Richard Müller und seine Genoss*innen gab es nur einen Ausweg: den Streik zu beenden, ohne zu verhandeln, sich zurückzuziehen, indem man die Niederlage anerkannte. Das taten sie auch: Der Aktionsausschuss gab am 3. Februar die Parole zur Wiederaufnahme der Arbeit aus⁴⁸⁷.

479 R. Müller, a.a.O., S. 107.

480 Ebd.

481 Dok. u. Mat. Mat. S. 134.

482 R. Müller, a.a.O., S. 107.

483 Ebenda, S. 108.

484 Ebenda, S. 109.

485 Dok. u. Mat., S. 135.

486 R. Müller, a.a.O., S. 110.

487 Ebenda, S. 110.

Nach dem Streik

Einige Jahre nach dem Januar 1918 stellte Ebert seine Rolle in einem Prozess gegen einen Nationalisten, der ihn des Vaterlandsverrats mitten im Krieg bezichtigte, so dar:

»In den Berliner Munitionsbetrieben hatte damals die radikale Richtung die Oberhand gewonnen. Angehörige unserer Partei, die von den Radikalen vielfach terrorisiert und gezwungen wurden, die Arbeit niederzulegen, kamen zum Parteivorstand und baten, dass der Vorstand Mitglieder in die Streikleitung entsenden möge. (...) Ich bin mit der bestimmten Absicht in die Streikleitung eingetreten, den Streik zum schnellstmöglichen Abschluss zu bringen und eine Schädigung des Landes zu verhüten.«⁴⁸⁸

Indem sie das Manöver von Cohen und Siering im April 1917 effektiv, aber in größerem Maßstab wiederholten, hatten die sozialdemokratischen Führer*innen ihr Ziel erreicht, ohne in den Augen des Proletariats als Ganzem wirklich als Streikbrecher zu erscheinen. Sobald die Arbeit wieder aufgenommen wurde, bemühte sich die sozialdemokratische Presse, durch eine heftige Polemik gegen die Bolschewiki ihrer Politik den vernünftigen sozialistischen und »nationalen« Stempel aufzudrücken, der die von ihr in Deutschland vertretene Vorsicht rechtfertigen sollte, indem sie den durch das russische Beispiel inspirierten Extremismus verurteilte. Otto Braun erklärt im Vorwärts den Bolschewiki deutlich, dass ihre Hoffnungen auf eine deutsche Revolution auf nichts beruhen und dass das deutsche Proletariat die Anwendung von Gewalt kategorisch ablehne⁴⁸⁹.

Für die revolutionäre Minderheit ist diese Niederlage reich an Lehren. Richard Müller schreibt, dass die vorherrschende Stimmung unter den Proletariern war: *»Wir brauchen Waffen, wir müssen unsere Propaganda in das Heer tragen. Nur eine Revolution bringt uns Rettung.«⁴⁹⁰* In ihren Flugblättern zogen die Spartakist*innen Lehren aus den Erfahrungen des Aktionsausschusses. In ihrem Namen, schrieb Jogiches:

»Gemäß dem parlamentarischen Kretinismus und dem Schema F bei Gewerkschaftsstreiks, hauptsächlich aber aus Mangel an Vertrauen an die Masse und nicht zuletzt deshalb, weil die Unabhängigen sich den Streik von vornherein nicht anders als eine Demonstration vorstellen konnten – beschränkte sich der Ausschuss unter dem Einfluss der Abgeordneten auf Bemühungen, in Verhandlungen mit der Regierung zu treten, statt von vornherein alle Verhandlungen zurückzuweisen und die Massenenergie in den verschiedensten Formen zu entfesseln.«⁴⁹¹

488 Brammer, a.a.O. S. 21. [Hervorhebung im Original]

489 Vorwärts, 15. Februar 1918.

490 R. Müller, a.a.O., S. 110.

491 Dok. u. Mat., II/2, S. 134. [Dort heißt es, es liege »die Vermutung nahe«, dass Jogiches »wahrschein-

Die Spartakist*innen unterstrichen, dass die Leitung der Kämpfe gewählten Arbeiter*innenräten anvertraut werden müsse und dass die Revolutionär*innen die Soldaten für ihre Sache gewinnen müssten: Sie verteilten ein besonderes Flugblatt an die Truppen der Berliner Garnison⁴⁹². Ihre Schlussfolgerung wurde von vielen Arbeiter*innenaktivist*innen geteilt: »Wir müssen mit der Reaktion ›russisch‹ reden!«⁴⁹³ Bald würden sie die Losung der russischen Revolution popularisieren: »Arbeiter- und Soldatenrat.«⁴⁹⁴

Im Laufe der Bewegung druckten die Spartakist*innen acht Flugblätter mit einer Auflage von jeweils 20.000 bis 100.000 Exemplaren, was für eine illegale Organisation eine echte Leistung war⁴⁹⁵. Dabei wurde ihnen bewusst, dass sie nicht ausreichend organisiert und klar orientiert waren. Jogiches schreibt:

»Unter den Delegierten des Rates soll eine ganze Menge unserer Leute gewesen sein, nur waren sie zersplittert, hatten keinen Aktionsplan und verschwand in der Menge. Auch sind sie meistens selbst unklar.«⁴⁹⁶

Während man darauf wartete, dass die Arbeiter*innen aus der Erfahrung lernten und ihre Kräfte wieder aufbauten, musste man unmittelbar den Preis der Niederlage zahlen. Rund 50.000 Berliner Arbeiter*innen, etwa jedem zehnten Streikenden, wurde der Sondereinsatz gestrichen und sie wurden mobilisiert: darunter die »Rädelsführer«, allen voran Richard Müller⁴⁹⁷. Die Polizei verfolgte die Revolutionär*innen und schaffte es im März Jogiches, der sich in Neukölln versteckt hielt, festzunehmen⁴⁹⁸. Mit dieser Verhaftung wurde auch die spartakistische Organisation enthaupet. Die Regierung hatte freie Hand. Am 18. Februar ging die deutsche Armee an der Ostfront in die Offensive, und ihre blendenden Erfolge erlaubten es ihr, der bolschewistischen Bewegung das Diktat aufzuerlegen, das die lebenswichtigen Kräfte Russlands abschnitt und die Konvulsionen des Bürgerkriegs vorbereitete⁴⁹⁹. Die Mehrheits-Sozialdemokraten enthielten sich im Reichstag bei der Abstimmung über den Vertrag von Brest-Litowsk⁵⁰⁰. Die Generäle versichern, dass mit der durch den ukrainischen Weizen zugesicherten Versorgung der Sieg in Reichweite ist⁵⁰¹. Die

lich« der Verfasser sei.]

492 Auszüge in Bartel, Revolutionäre Ereignisse..., S. 168; er war dem Bericht Jogiches beigelegt, erscheint aber nicht in Dokumente und Materialien.

493 Dok. u. Mat., II/2, S. 99.

494 Ebenda, S. 137-138.

495 Ebenda, S. 136.

496 Ebenda, S. 135.

497 Leo Stern, a.a.O., II, S. und 488, u.a..

498 Ebenda, IV, S. 1363 und 1365. Zur gleichen Zeit wurden zwei seiner Kameraden, seine engsten Mitarbeiter, der Soldat Willi Budich und Willi Leow, die beide in Berlin die revolutionäre Propaganda für die Soldaten der Garnison leiteten, verhaftet.

499 E.H. Carr, The Bolshevik Revolution, III, S. 47 ff.

500 Verhandlungen... des Reichstages, 22. März 1918, S. 573.

501 Ludendorff, zitiert bei Bartel, Revolutionäre Ereignisse, S. 180.

Offensive im Westen wird am 21. März beginnen. Zwischen März und November wird der Krieg 192.447 Tote, 421.340 Vermisste und Gefangene, 860.287 Verwundete, 300.000 zivile Tote mehr als 1917 und eine Verdoppelung der Kindersterblichkeit verursachen⁵⁰².

502 Ebenda, S. 183.

Kapitel VII: Probleme der Weltrevolution

Der 4. August 1914 hatte grundlegende Probleme der Strategie und Taktik für die sozialistische Weltbewegung aufgeworfen. Die russische Revolution stellt sie in ihrer ganzen Schärfe. In Deutschland scheinen in den ersten drei Kriegsjahren die Probleme der »revolutionären Partei« oder des »Kampfes um die Macht« allein im Bereich der Theorie zu liegen. Die Bestätigung der bolschewistischen Perspektiven durch den Oktobersieg setzt sie als konkrete und unmittelbare Aufgaben auf die Tagesordnung. Unter den Bedingungen des laufenden Krieges wird dennoch alles mit einem schwierigen Zugang zu Informationen und theoretischen Diskussionen beginnen.

Das Problem der Spaltung vor 1917

Der Hauptpunkt der von Rosa Luxemburg vorbereiteten und von der Konferenz der Internationale am 1. Januar 1916 angenommenen Thesen war in der These Nr. 12 formuliert worden, die sich aus der Analyse des Bankrotts der II. Internationale ergab:

»Angesichts des Verrats der offiziellen Vertretungen der sozialistischen Parteien der führenden Länder an den Zielen und Interessen der Arbeiterklasse, angesichts ihrer Abschwenkung vom Boden der proletarischen Internationale auf den Boden der bürgerlich-imperialistischen Politik ist es eine Lebensnotwendigkeit für den Sozialismus, eine neue Arbeiter-Internationale zu schaffen, welche die Leitung und Zusammenfassung des revolutionären Klassenkampfes gegen den Imperialismus in allen Ländern übernimmt.«⁵⁰³

Lenin sollte in seiner Kritik der »Junius«-Broschüre betonen, dass diese Hauptthese ohne jede praktische Bedeutung sei, wenn sie nicht von der Entscheidung begleitet werde, mit den zentristischen und sozialpazifistischen Führungen in jedem Land zu brechen, um im Kampf die Elemente der aufzubauenden Internationale zu sammeln.

Radek entwickelte als erster in der »Arbeiterpolitik«⁵⁰⁴ die theoretischen Argumente für die Organisation der Spaltung der sozialistischen Bewegung durch die Revolutionär*innen. Er geht von der Feststellung aus, wonach sich die Instanzen der verschiedenen sozialdemokratischen Parteien seit der Kriegserklärung mit dem

503 I.M.L.-Z.P.A. DF V/14. Dok. u. Mat, II/1, S. 281.

504 »Einheit oder Spaltung«, »Arbeiterpolitik«, Nr. 4, 8 und 10, 1916. Wiedergegeben in: In den Reihen der deutschen Revolution, S. 336-338.

»Sozialimperialismus« identifiziert haben. Er stellt fest, dass das sehr einfache Argument für die Spaltung, wonach die Einheit der sozialistischen Bewegung hinter den sozialimperialistischen Führer*innen die Einheit mit dem Imperialismus bedeutet, von bestimmten Revolutionär*innen – insbesondere Rosa Luxemburg wird ins Visier genommen – nicht unterstützt werde. Die einen denken, dass die Folgen des Krieges die Partei als Ganzes wieder aufrichten werden, die anderen sind der Meinung, dass eine organisierte Spaltung, bevor die Massen als Ganzes sich des Verrats der Führer*innen bewusst geworden sind, unwirksam wäre und nur zur Isolierung der Revolutionär*innen führen würde.

Einen der stärksten Mythen der deutschen sozialistischen Bewegung sich vornehmend, unterstreicht er, dass die Einheit der Arbeiter*innen weder ein Gut an sich ist, noch Spaltungen unbedingt ein Übel seien. Die Geschichte der Arbeiter*innenbewegung sei in der Tat die einer langen Reihe von Spaltungen, die nicht das Ergebnis eines Zufalls oder einer Laune der Geschichte seien, sondern des Drucks entgegengesetzter gesellschaftlicher Kräfte. Nachdem er die Hauptaspekte der aufeinanderfolgenden Spaltungen der Chartist*innenbewegung, der deutschen Bewegung zur Zeit Lassalles, der Ersten Internationale besprochen hat, kommt er zum Schluss:

»1. die verschiedenen Richtungen in der Arbeiterbewegung waren immer in einer sozialen Verschiedenheit ihrer Bestandteile begründet, die zu Spaltungen führte; 2. diese Spaltungen konnten niemals in kurzer Zeit überwunden werden, der Einigungsprozess war immer ein langer Kampfprozess.«⁵⁰⁵

Das Gleiche gilt für die gegenwärtige Krise der Sozialdemokratie. Die »Politik des 4. August« ist tatsächlich ein internationales Phänomen, das zwangsläufig gemeinsame Wurzeln in London, Petersburg, Paris oder Wien hat. Diese Wurzeln – die z.B. die Angleichung des deutschen »Sozialismus« an die traditionellen Positionen der reformistischen Trade-Unions gegenüber ihrem Imperialismus erklären – sind in der Existenz und dem Druck einer »Arbeiteraristokratie« auf die Arbeiter*innenbewegung zu suchen:

»Die Oberschicht der deutschen Arbeiterschaft, die dank der stürmischen Entwicklung der deutschen Industrie verhältnismäßig hohe Löhne bekam, der staatliche und gewerkschaftliche Versicherungseinrichtungen eine verhältnismäßig sichere Lebenslage boten, die gewissermaßen an der bürgerlichen Kultur teilnahm, hat durch den Mund der Revisionisten und Gewerkschaftsführer seit gut fünfzehn Jahren immer häufiger erklärt, sie habe mehr als Ketten zu verlieren, ihr langer Kampf habe bereits Erfolge gezeitigt.«⁵⁰⁶

505 Ebenda, S. 315.

506 Ebenda, S. 317.

Im Lager des Revisionismus waren die wesentlichen Kräfte in der Tat nicht so sehr die Elemente des Kleinbürgertums, insbesondere des süddeutschen, sondern die Gewerkschaftsführer*innen, die dieser kleinbürgerlichen Linie anhingen. An ihre eroberten Privilegien gebunden, widersetzten sie sich jedem Versuch, breite Massenbewegungen von Arbeiter*innen zur Verteidigung ihrer politischen Rechte und wirtschaftlichen Forderungen zu organisieren:

»Sie begründeten ihren Protest gegen die ‚Revolutionsromantik‘ zwar mit der angeblichen Unmöglichkeit solcher Aktionen, aber in Wirklichkeit handelte es sich um die Angst vor der Gefährdung der bisherigen Errungenschaften der Arbeiteraristokratie.«⁵⁰⁷

In der gleichen Perspektive hatten die Revisionist*innen und Gewerkschaftsführer*innen die Kolonialpolitik der deutschen Bourgeoisie unterstützt.

Es ist daher nicht aus Zufall, dass sich die »Politik des 4. August« innerhalb der Arbeiter*innenbewegung in jenen Ländern durchgesetzt hat, die wie Deutschland, Großbritannien und Frankreich eine relativ bedeutende Entwicklung der Arbeiter*innenaristokratie erlebt haben. Selbst in Ländern wie Italien oder Russland, wo die Arbeiter*innenaristokratie nur eine sehr dünne Schicht darstellt, haben wir die Bildung von Gruppen von »Sozialpatrioten« gesehen, die sich auf einen Kern von Facharbeiter*innen stützen, die rein reformistisch denken und aus diesem Grund mit ihrer Bourgeoisie marschieren. All dies wussten die Revolutionär*innen schon vor dem Krieg, unterschätzten aber dessen Bedeutung:

»Wir glaubten, dass es sich bei dieser Politik nur um Illusionen der Führer handelt, die unter dem Druck der sich verschärfenden Klassengegensätze verflattern werden. Die Erfahrung zeigte, dass wir uns geirrt haben. Erstens war diese Politik nicht nur die der Führer. Es stand hinter ihr ein Stamm von Arbeitern, der nichts anderes als die Führer wollte. Und es wäre eine verhängnisvolle Illusion, wenn wir uns einreden wollten, dass jetzt hinter diesen Führern keine Massen ständen, oder wenn sie hinter ihnen stehen, dass sie dies nur tun, weil sie nicht genügend aufgeklärt sind. Die Spaltung geht durch die Arbeitermassen selbst.«⁵⁰⁸

Es ist falsch, daraus zu schließen, wie es einige tun, dass der Krieg die Träumereien der Sozialimperialisten bald zerstreuen wird, und dass es notwendig ist, die Einheit der Arbeiter*innen zu bewahren, damit, nachdem der Verlauf der Ereignisse den Revolutionär*innen Recht gegeben hat, die ganze Klasse schneller ihre Einheit im Kampf finden wird. Denn wenn es wahr ist, dass der Imperialismus mehr und mehr dazu gebracht wird, die Privilegien der Arbeiter*innenaristokratie mit eigenen Händen zu zerstören und damit die Grundlagen des Reformismus zu untergraben, so

507 Ebenda, S. 318.

508 Ebenda, S. 317.

bleibt es doch wahr, dass eine in einer sozialen Schicht verankerte Ideologie nicht in einem Jahrzehnt aufgelöst werden kann.

Und in der unmittelbaren Zukunft ist die Bourgeoisie entschlossen, die sozialpatriotischen Führer*innen, die Wortführer*innen der Arbeiter*innenaristokratie, zu benutzen, um ihre eigene Herrschaft aufrechtzuerhalten und zu verschleiern: die »Sozialisten« werden Minister werden, werden Positionen im bürgerlichen Staatsapparat besetzen, werden versuchen, durch kleine Zugeständnisse die Arbeiter*innenklasse zu spalten, um sie daran zu hindern, vereint den revolutionären Kampf zu führen. Wenn die revolutionären Aktivist*innen innerhalb der Partei bleiben, um den Kampf gegen die sozialimperialistischen Führer*innen zu führen, verzichten sie daher auf ihre Rolle als Vorhut des proletarischen Kampfes:

»Wenn also die formelle Einheit der Partei erhalten bleibt, und die Sozialimperialisten die Partei und ihre Politik beherrschen, so sind wir entweder genötigt, jahrelang den wirklichen Kampf gegen unsere Klassengegner aufzugeben, oder wir führen ihn ohne Rücksicht auf die Parolen der imperialistischen Instanzen. Im ersten Falle, wenn wir den wirklichen Kampf gegen die äußeren Gegner aufgeben und uns mit der Kritik an den Sozialimperialisten begnügen, verliert diese Kritik jede Bedeutung: sie wird durchkreuzt, vernichtet durch die Taten, die wir dann gemeinsam mit den Sozialimperialisten im Reichstage, in der Gewerkschaftsbewegung zu verrichten genötigt sind; durch das Fehlen der Aktion, die den Arbeitermassen die Richtigkeit unserer Kritik beweist. Im andern Falle aber werfen die Sozialimperialisten uns kurzerhand aus der Partei hinaus: denn, wie auf die Länge hin keine Parteimehrheit eine geschlossene Gruppe ertragen kann, die ihre Politik als einen Verrat an den Parteigrundsätzen geißelt, so kann sie es noch weniger dulden, dass diese Gruppe jede ihrer Aktionen durchkreuzt und die Masse zu Taten in entgegengesetzter Richtung auffordert.«⁵⁰⁹

Selbst wenn man annimmt, dass die Revolutionär*innen nach einem Parteitag die Mehrheit übernehmen, können sie nicht das Risiko eingehen, Opportunist*innen in den Reihen der Partei zu behalten, die in Wirklichkeit Klassenfeinde sind, und werden sie folglich zusammen mit jenen Arbeiter*innen – und es wird welche geben – ausschließen müssen, die sie weiterhin unterstützen werden: *»Von welcher Seite die Spaltung auch kommen mag: sie wird notwendig eine Spaltung in der Arbeitermasse selbst sein.«⁵¹⁰* Man muss sich daher nach Radek bewusst vorbereiten: es stellt die einzige Möglichkeit dar, den Kampf gegen den imperialistischen Krieg, die Bourgeoisie und ihre Agenten der Arbeiter*innenbewegung zu organisieren. Je eher sie organisatorisch in die Tatsachen eingeschrieben wird – sie ist seit 1914 in den Köpfen –, desto eher wird der Schaden behoben, desto eher wird die revolutionäre Einheit der Arbeiter*innenklasse wiederhergestellt werden.

509 Ebenda, S. 323-324.

510 Ebenda, S. 325.

Eine ähnliche Anstrengung theoretischer Forschung führt Julian Marchlewski anlässlich seiner Kritik der von der sozialdemokratischen Partei angenommenen Friedensthesen dazu, die Position der opportunistischen Strömung zum Problem des Staates zu analysieren und sie der von Marx und Engels gegenüberzustellen, die in ihm das Instrument der Macht einer Klasse sahen. Er bekräftigt – auf dem gleichen Weg wie Lenin, dessen Studien zur gleichen Zeit »Staat und Revolution« vorbereiteten:

»Die Proletarier müssen (...) den Kampf gegen den Staat führen, sie können ihr Ideal, die auf Freiheit und Gleichberechtigung der Menschen begründete sozialistische Gesellschaftsordnung, nicht verwirklichen, wenn sie nicht die Klassenherrschaft im Staate brechen.«⁵¹¹

Ein Teil der deutschen Revolutionär*innen näherte sich so den Bolschewiki, mit denen sie jedoch nur schwache Verbindungen und keine gemeinsame Organisation hatten. Die russische Revolution wird ihren Thesen Konsistenz und Gewicht verleihen.

Der Einfluss der russischen Revolution

Der Einfluss der russischen Revolution ist in der deutschen Arbeiter*innenbewegung seit 1917 spürbar, nicht nur durch die theoretischen oder praktischen Positionen der deutschen Revolutionär*innen, sondern durch die Orientierung der großen Arbeitermassen, den Erfolg in ihren Reihen von Losungen wie der der »Arbeiterräte«, der deutschen Übersetzung der »Sowjets« Russlands. Natürlich sind diese Annäherungen das Zeichen für die unterirdischen Bewegungen, die revolutionäre Explosionen vorbereiten – und unter diesem Gesichtspunkt war das Russland von 1917 nicht aus der Welt. Aber es stellt sich das Problem, wie die deutschen Arbeiter*innen und insbesondere die Aktivist*innen der revolutionären Gruppen in dieser Zeit des europäischen Krieges und trotz der Zensur von der russischen Erfahrung Kenntnis erlangen konnten. Es ist auch notwendig, die Bemühungen der Bolschewiki zu erwähnen, sobald sie an der Macht waren, zu versuchen, Revolutionär*innen, die weit davon entfernt waren, in jeder Hinsicht mit ihnen übereinzustimmen, für ihre Ansichten zu gewinnen und sie insbesondere davon zu überzeugen, dass ihre erste Pflicht darin bestand, eine neue Partei zu gründen – etwas, das die Spartakist*innen bis dahin abgelehnt hatten.

Beim Fehlen möglicher Verbindungen zu den verschiedenen europäischen Ländern ließen die Bolschewiki die Gelegenheit nicht ungenutzt, die sich ihnen durch die Anwesenheit von etwa zwei Millionen Kriegsgefangenen auf russischem Boden bot,

511 »Krieg und Proletariat«, Spartakus im Kriege, S. 57-65, hier S. 58.

unter ihnen 165.000 deutsche Soldaten und 2.000 deutsche Offiziere⁵¹². Der Boden ist günstig, besonders nach der Februarrevolution: viele unter den Gefangenen sind sozialdemokratische Aktivist*innen, deren Sympathien nur zu den Arbeiter*innen und Bäuerinnen und Bauern gehen können, und zu denen der Arbeiter*innenparteien, deren Ziel die Beendigung des imperialistischen Krieges ist: weder die Menschewiki, noch die SR, die mehr oder weniger durch ihre Politik des Burgfriedens gelähmt sind, schaffen es tatsächlich, unter den Kriegsgefangenen eine Propaganda durchzuführen, die mit der der Bolschewiki vergleichbar ist.

Schon vor der Februarrevolution hatten sich hier und da in Russland kleine geheime Zirkel sozialdemokratischer Aktivist*innen gebildet⁵¹³. Sie entwickelten sich in der Zeit nach der Revolution, als eine Reihe deutscher Gefangener sich den Bolschewiki anschloss⁵¹⁴. Aber nach dem Oktober entwickelt sich alles in einem größeren Rahmen, und die Bolschewiki versuchen, die Sympathien zu organisieren, die ihre Aktion und ihre Propaganda ihnen eingebracht haben. Sie werden auch an der ganzen Front, in Richtung der deutschen Truppen, eine ausgedehnte Agitationskampagne zur »Verbrüderung«⁵¹⁵ entfesseln. Unter dem Impuls von Radek, der am Tag nach dem Aufstand zurückkehrte, wurde unter den Häftlingen aller Nationalitäten systematisch Propaganda, Agitation und Organisation betrieben, beginnend mit denen, die Deutsch sprachen: Ab Dezember 1917 erschien in deutscher Sprache die Zeitung »Die Fackel«⁵¹⁶, die dabei das Hauptinstrument ist. Die Gründung des Bundes der internationalistischen Kriegsgefangenen und dann, im April 1918, die Konstituierung der »Deutschen Gruppe der Kommunistischen Partei Russlands (Bolschewiki)« während einer Konferenz in Moskau konkretisierten das erste Ergebnis dieser Bemühungen, ausländische kommunistische Kerne aufzubauen⁵¹⁷. Der Friedensschluss von Brest setzte dieser Rekrutierungsarbeit ein Ende, gab ihr aber gleichzeitig ihre volle Bedeutung, da viele von den russischen Kommunist*innen beeinflusste Gefangene den Weg in ihr Land nahmen; die Truppen selbst brachten den revolutionären Virus oft ins Hinterland oder an die anderen Fronten zurück⁵¹⁸.

Um Radek herum erschienen Männer, die in Russland den Führungsstab des ersten Kerns deutschsprachiger Kommunist*innen bilden sollten: Rothkegel, aus Hamburg, und Josef Böhm, aus Bremen, der Österreicher Karl Tomann, ein ehemaliger

512 Rudolf Dix, »Deutsche Internationalisten bei der Errichtung und Verteidigung der Sowjetmacht«, BzG, 8 Jg., 1966, Nr. 3, S. 495.

513 Ebenda, S. 485.

514 Ebenda, S. 496.

515 K. L. Selesnew, »Bolschewitskaja agitatsija i revolutsionnoje dwijenje w Germanskoj Armii na wostoschnoje fronte w 1918 g.« in Nojabr'skaja Rewoljutsija..., S. 271-328.

516 Ebenda, S. 276-277.

517 R. Dix, a.a.O. S. 495. Beachten Sie das Fehlen jeglichen Hinweises auf Radek.

518 Dawidowitsch, Revoljusionnii Krisis 1923 g. w Germanii i Gamburskoje wostanie, S. 133-134, erwähnt den Einfluss, den die bolschewistische Propaganda auf den Reserveoffizier Ernst Schneller ausübte, der nach seiner Rückkehr Kommunist werden sollte.

Gewerkschaftsführer⁵¹⁹, der sozialdemokratische Aktivist Hermann Osterloh⁵²⁰, ein junger Journalist, der Führer einer pazifistischen Bewegung, Ernst Reuter, den die Sowjetregierung zum Kommissar der Wolgadeutschen Republik gemacht hatte⁵²¹. Es gab auch einen Eisenbahnarbeiter, den Sohn deutscher Emigrant*innen, Nicolas Krebs, ein Bolschewik seit 1916⁵²². Ihr politisch-militärischer Kampf in den von der deutschen Armee besetzten Gebieten brachte ihnen weitere Rekruten ein, wie z.B. den Schullehrer Wilhelm Zaisser, einen Reserveleutnant, der sich mit seiner Einheit den ukrainischen Partisan*innen anschloss⁵²³.

Die Verbindungen zur deutschen revolutionären Bewegung wurden durch die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Sowjetregierung und Deutschland nach der Unterzeichnung des Friedensvertrags von Brest-Litowsk erheblich erleichtert. Bucharin persönlich hielt sich für einige Zeit in der Botschaft auf⁵²⁴. Der Botschafter Joffe war ein alter und erfahrener revolutionärer Kämpfer, der die Bedeutung seiner Mission genau verstand. Schon in Brest-Litowsk bemerkte er dem Grafen Czernin gegenüber freundlich: *»Ich hoffe doch, dass es uns gelingen wird, auch bei Ihnen die Revolution zu entfesseln.«*⁵²⁵ Bei seiner Ankunft in Berlin im April 1918 zeigte er, dass er Sinn für dramatische Gesten hatte, indem er sich weigerte, dem Kaiser sein Beglaubigungsschreiben vorzulegen, und indem er Einladungen zu seinem ersten Empfang an die wichtigsten unabhängigen oder revolutionären Führer*innen aussprach, einschließlich derer, die inhaftiert waren⁵²⁶. Er war in allen Bereichen sehr aktiv, kaufte Informationen, die er an die deutschen Revolutionär*innen weitergab, stellte Geld zur Verfügung und gab Ratschläge⁵²⁷. An seiner Seite hatte er einen anderen Aktivist, der Erfahrung mit Untergrundarbeit hatte, den Polen Mieczysław Broński⁵²⁸, einen ehemaligen Weggefährten Lenins in der Schweiz, der eine der Säulen der Zimmerwalder Linken war⁵²⁹.

519 R. Dix, a.a.O. S. 495.

520 Brandt und Löwenthal, Ernst Reuter. Ein Leben für die Freiheit, S. 109, 129.

521 Später wurde er in der KPD(S) bekannt, der er 1921 sogar für einige Monate als Generalsekretär diente. Siehe Brandt und Löwenthal, a.a.O. S. 112.

522 Zu dieser Zeit hatte Krebs seinen Namen in Rakow russifiziert; später wurde er in Deutschland unter dem Pseudonym Felix Wolf ein Aktivist.

523 Er war ein militärischer Führer während der Kämpfe im Ruhrgebiet und sollte in Spanien General Gómez werden. Zu der selten erwähnten Episode von 1918 siehe André Marty, *La Révolte de la mer Noire*, S. 72.

524 Er war dort Ende Oktober 1918 (Leo Stern, a.a.O., IV, S. 1661).

525 O. Czernin, *Im Weltkrieg*, S. 305

526 Ebenda, S. 76.

527 L. Fischer, *Männer und Politik*, S. 31.

528 Carr, a.a.O. S. 135.

529 Unter den anderen Mitgliedern des diplomatischen Personals, die in der deutschen Bewegung aktiv waren, erwähnen die deutschen Polizeiberichte Sagorski, der für den Kontakt mit den unabhängigen Führer*innen zuständig war, Marcel Rosenberg, der sich mit allen Pressefragen beschäftigte – er sollte 1936 Botschafter der UdSSR in Spanien werden, bevor er bei den großen Säuberungen verschwand – und Frau Markowski, die für die Beziehungen zu den Jugendorganisationen zuständig war. Nach denselben Quellen

Die Botschaft stellt eine Antenne mit bedeutenden, für die damalige Zeit außergewöhnlichen, materiellen Mitteln dar, die einen schnellen, durch die diplomatische Immunität gedeckten Kontakt mit Petrograd sicherstellt und gleichzeitig die konspirative Tätigkeit sowie den direkten politischen Kontakt zwischen den sich halb oder ganz im Untergrund befindenden Deutschen und den siegreichen russischen Revolutionären unterstützt⁵³⁰. Sie beschäftigte in ihren verschiedenen Diensten und insbesondere in ihrer Telegrafagentur Rosta deutsche Aktivist*innen, die sie auf diese Weise legal deckte und ihnen gleichzeitig Handlungsmöglichkeiten sicherte: Dies war der Fall bei Emil Eichhorn, dem ehemaligen Leiter des Pressebüros der Sozialdemokratischen Partei und Unabhängigenführer, bei Ernst Meyer, dem ehemaligen Journalisten des Vorwärts und spartakistischen Führer⁵³¹, sowie bei Eugen Léviné, einem weiteren spartakistischen Aktivisten. Einer der unabhängigen Führer, Oscar Cohn, war der Anwalt der Botschaft und ihr Vertrauensmann für alle finanziellen Operationen⁵³². Auch wenn die Botschaft nicht der Kanal für Propagandamaterialien war, als der sie wenige Wochen später von den Führer*innen des Landes denunziert werden sollte, so war sie doch gleichzeitig ein Zufluchtsort, ein Zentrum der Einflussnahme und eine Informationsagentur⁵³³. Die Veränderung in der Art der Beziehungen zwischen Deutschland und Russland spiegelt sich in der Tatsache wider, dass in Petrograd in der »Weltrevolution«, dem Organ der deutschen Sektion der bolschewistischen Partei⁵³⁴, eine viel vollständigere Darstellung der Lage in Deutschland erscheint, als sie in den geheimen »Spartakusbriefen« gegeben wird.

Die Bemühungen der Bolschewiki

Die Bolschewiki sind überzeugt, dass Deutschland die Drehscheibe der europäischen Revolution darstellt. Die russische Revolution ist in ihren Augen nur die erste Etappe der Weltrevolution, die in Deutschland ein entscheidendes und nahe bevorstehendes Schlachtfeld finden wird. Im Laufe des Jahres 1918 ist es die »Verzögerung« der deutschen Revolution, die den Hintergrund der Diskussion um das Problem des Separatfriedens und des Vertrages von Brest-Litowsk bilden wird, und es ist ihre Perspektive, die die Konturen der Außenpolitik der bolschewistischen Regierung zeichnet.

versuchte Joffe vergeblich, Karski-Marchlewski als »Wirtschaftsberater« zu gewinnen, schaffte es aber nur, ihn zu repatriieren (»Oberkommando in den DZA. Potsdam, Reichskanzlei Nr. 517«, S. 95-96, in Leo Stern, a. a. O. S. 1365).

530 Joffe (»Iswestija«, 6. Dezember 1918) sagt, dass er Barth mehrere hunderttausend Mark für die Hilfe bei der Vorbereitung des Aufstandes gab.

531 Siehe Biografien im Anhang.

532 E. H. Carr, a.a.O. S. 77.

533 Vom Tag nach Liebknechts Entlassung an wusste man zum Beispiel in Moskau, dass er politisch mit den Bolschewiki einverstanden war.

534 Kriwogus, »Spartak« i obrasowanije Kommunistitscheskoi partii Germanii, S. 136.

Ab der Februarrevolution rücken jedenfalls praktische Probleme – ihre Verbindung mit den Deutschen, der Aufbau einer deutschen Organisation – in den Vordergrund ihrer Beschäftigungen. Während seiner Reise nach Russland betraute Lenin Worowski, Hanecki und Radek, die in Stockholm blieben, mit der Leitung des Auslandsbüros des Zentralkomitees, zu dessen Aufgaben es gehörte, in Deutschland die »Russische Korrespondenz-Prawda« zu verbreiten, die Informationen über Russland und die bolschewistische Argumentation enthielt⁵³⁵. In den Aprilthesen, die der Partei bei seiner Ankunft vorgelegt wurden, würdigt Lenin Liebknecht und die Tätigkeit der deutschen Revolutionär*innen, erwähnt die »linken Internationalisten«, Münzenberg, Radek und Hartstein, »wirkliche Internationalisten«, »die Vertreter der revolutionären, internationalistischen Massen, und nicht die Verführer der Massen.« Er schreibt:

»Gerade wir müssen, gerade jetzt, ohne Zeit zu verlieren, eine neue, revolutionäre, proletarische Internationale gründen, oder richtiger gesagt, wir dürfen uns nicht fürchten, vor aller Welt zu erklären, dass sie schon gegründet ist und wirkt.«⁵³⁶

Nach Angaben des sowjetischen Historikers Kriwogus wurden allein im Sommer 1917 mehr als 60.000 Flugblätter nach Deutschland geschmuggelt⁵³⁷. Die Aktivist*innen der Jugendinternationale, die sich in der Schweiz um Münzenberg gruppierten, sorgten vor allem für die heimliche Verbreitung von Lenins Brief über »Das Militärprogramm der proletarischen Revolution«, den er ihnen vor seiner Abreise gegeben hatte⁵³⁸. Mehrere tausend Exemplare von »Staat und Revolution« gelangten gleichzeitig über Stockholm und die Schweiz nach Deutschland⁵³⁹. Ende August 1917 forderte Lenin das Auslandsbüro des Zentralkomitees auf, alles ihm mögliche zu tun, um eine internationale Konferenz der Linken zu organisieren:

»Bolschewiki, PSD, Holländer, »Arbeiterpolitik«, »Demain« - das ist schon ein ausreichender Kern. (...) Die Resolutionen der Konferenz der Bolschewiki (...) und ihres Parteitags (...), der Entwurf des neuen Programms derselben Partei – das ist schon eine genügende ideologische Grundlage (ergänzt durch »Vorbote«, »Tribüne«, »Arbeiterpolitik« u. a.), um öffentlich vor aller Welt klare Antworten auf die Fragen des Imperialismus zu geben und die Sozialchauvinisten und Kautskyaner anzuklagen.«⁵⁴⁰

535 W. Imig, »Zur Hilfe Lenins für die deutschen Linken«, BzG, 1963, Nr. 516, S. 810 ff.

536 Œuvres, Bd. XXIV, S. 75 [»Die Aufgaben des Proletariats in unserer Revolution«, Werke, Bd. 24, S. 39-77, hier S. 69.]

537 Kriwogus, a.a.O. S. 63.

538 Imig, a.a.O. S. 809-810.

539 Ebenda, S. 814-855.

540 Œuvres, Bd. XXXV, S. 328 [»An das Auslandsbüro des Zentralkomitees«, Werke, Bd. 35, S. 295-308, hier S. 298 f.]

Er meint in der Tat, dass der politische Hauptkampf gegen die Zentrist*innen und besonders gegen Kautsky geführt werden müsse, den er für den gefährlichsten Gegner hält, da er offiziell mit den »Sozialchauvinisten« gebrochen hat, während er in Wirklichkeit deren Politik verteidigt und alle seine Bemühungen darauf gerichtet sind, das deutsche Proletariat vom Weg zum Bolschewismus abzuhalten. In dieser Perspektive schreibt Lenin 1918 – im Wesentlichen, um die deutschen revolutionären Aktivist*innen zu überzeugen – seine Broschüre »Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky«, in der er die bolschewistische Revolution als Modell vorschlägt:

»Die Taktik der Bolschewiki war richtig, war die einzige internationalistische Taktik (...), denn sie bewirkte ein Höchstmaß dessen, was in einem Lande für die Entwicklung, Unterstützung und Entfaltung der Revolution in allen Ländern durchführbar ist. Diese Taktik ist durch den gewaltigen Erfolg gerechtfertigt worden, denn der Bolschewismus ist (...) zum Weltbolschewismus geworden, er hat die Idee, die Theorie, das Programm und die Taktik geliefert, die sich konkret und praktisch vom Sozialchauvinismus und Sozialpazifismus unterscheiden.« Es wird »gleichzeitig den Massen der Proletarier in allen Ländern mit jedem Tage klarer, dass der Bolschewismus den richtigen Weg zur Rettung vor den Schrecken des Krieges und des Imperialismus gewiesen hat, dass sich der Bolschewismus als Vorbild der Taktik für alle eignet.«⁵⁴¹

Als er Anfang Oktober erkannte, dass die deutsche Situation schneller heranreife, als seine Broschüre gedruckt würde, schrieb er eine Zusammenfassung von etwa zehn Seiten, die er an Tschitscherin mit der Bitte schickte, sie so schnell wie möglich in Deutschland zu verbreiten – was über die Schweiz verwirklicht werden würde⁵⁴². Der Text, der den gleichen Titel wie die Broschüre trägt, endet mit dieser Bemerkung:

»Das größte Unglück und die größte Gefahr für Europa bestehen darin, dass es dort keine revolutionäre Partei gibt. Es gibt Parteien von Verrätern wie den Scheidemännern (...) oder von Lakaienseelen wie Kautsky. Eine revolutionäre Partei gibt es nicht.

Gewiss, die mächtige revolutionäre Bewegung der Massen kann diesen Mangel beheben, er bleibt aber ein großes Unglück und eine große Gefahr.

Deshalb muss man Renegaten vom Schlage Kautskys auf jede Art und Weise entlarven und dadurch die revolutionären Gruppen der wirklich internationalistischen Proletarier, die es in allen Ländern gibt, unterstützen. Das Proletariat wird den Verrätern und Renegaten sehr bald den Rücken kehren und diesen Gruppen folgen, wird sich aus ihrer Mitte seine Führer erziehen.«⁵⁴³

541 Œuvres, Bd. XXVIII, S. 302-304 [»Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky«, Werke, Bd. 28, S. 227-327, S. 292-294.]

542 Imig, a.a.O., S. 818.

543 Œuvres, Bd. XXVIII, S. 122 [»Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky«, Werke, Bd. 28,

Die Antwort der deutschen Revolutionär*innen

Die deutschen Revolutionär*innen begrüßten die russische Revolution ab Februar enthusiastisch. Sie stellt für sie ein Vorbild und eine Ermutigung dar, denn sie ist die Wiederauferstehung der Aktion der Arbeitermassen, der Kampf, mitten im Krieg, gegen die Bourgeoisie, die eindrucksvolle Bestätigung, dass dieser Kampf und sogar der Sieg möglich sind. Clara Zetkin spricht in ihrer Botschaft an den Gründungskongress der Unabhängigen Partei von einem »*erhebenden Zeitereignis*«⁵⁴⁴, und Rosa Luxemburg schreibt aus ihrem Gefängnis, dass diese »*herrlichen Dinge*« auf sie »*wie Lebenselixier*«⁵⁴⁵ wirken. In dem lange unveröffentlichten Manuskript, das sie der Kritik an der russischen Revolution widmete, würde sie wieder schreiben:

»In dieser Beziehung waren Lenin und Trotzki mit ihren Freunden die ersten, die dem Weltproletariat mit dem Beispiel vorangegangen sind, sie sind bis jetzt immer noch die einzigen, die mit Hutten ausrufen können: Ich hab's gewagt!

Dies ist das Wesentliche und Bleibende der Bolschewiki-Politik.«⁵⁴⁶

In diesem Punkt waren sich Spartakist*innen und Linksradikale in Bremen ohne Vorbehalte einig. Die Redaktion der »Arbeiterpolitik« hatte bereits am 17. November die an der Macht befindlichen Arbeiter*innen- und Soldatenräte begeistert begrüßt;⁵⁴⁷ am 15. Dezember erklärte Johann Knief darin, warum die russische Revolution so schnell vorrücken und siegen konnte:

*»Einzig und allein deshalb, weil in Russland eine selbständige Partei der Linksradikalen war, die vom ersten Augenblick an das Banner des Sozialismus entfaltete und im Zeichen der sozialen Revolution kämpfte.«*⁵⁴⁸

Für ihn stellte der Sieg der Bolschewiki das entscheidende Argument dar, das geeignet war, die Spartakist*innen von ihrem Irrtum zu überzeugen, von der Notwendigkeit für sie, endgültig mit den Zentrist*innen der unabhängigen Partei zu brechen, um sich auf den Weg zum Aufbau einer revolutionären Partei zu machen.

Das Echo dieser Argumente – nicht zuletzt das russische Beispiel und der Druck Lenins – ist in den Reihen der Spartakist*innen offensichtlich. Es war Franz Mehring, der als »Ältester« am 3. Juni 1918 ein »offenes Schreiben« an die Bolschewiki

S. 94-103, hier S. 103.] Der Artikel erschien in der Prawda am 11. Oktober 1918.

544 Protokoll... USP 1917, S. 50.

545 R. Luxemburg, Briefe an Freunde, S. 157. [Brief an Marta Rosenbaum, 29. April 1917, Nachdruck in Gesammelte Briefe, Band 5, Berlin 1984, S. 225 f., hier S. 226]

546 Die Russische Revolution (Vorwort von S. Levi) (1. Aufl., 1922), S. 119. [Nachdruck in Gesammelte Werke, Band 4, Berlin 1974, S. 332-365, hier S. 365]

547 Leitartikel der »Arbeiterpolitik«, Nr. 46, 17. November 1917, Dok. u. Mat., II/2, oS. 15-18.

548 »Eine dringende Notwendigkeit«, »Arbeiterpolitik«, Nr. 50, 15. Dezember 1917, S. 375 f., hier S. 375, Ebenda, S. 43-47.

richtete, in dem er sich mit deren Politik völlig solidarisch erklärte. Er kritisierte heftig die Perspektive – die der unabhängigen Partei –, die Vorkriegssozialdemokratie wieder aufzubauen und die »alte bewährte Taktik« anzuwenden, und bezeichnete sie als »Utopie und eine reaktionäre dazu.« Er spricht sich für einen »Neubau der Internationale« aus und formuliert eine Selbstkritik:

»Nur in einem haben wir uns getäuscht: nämlich als wir uns nach der Gründung der Unabhängigen (...) ihr organisatorisch anschlossen, in der Hoffnung, sie vorwärts treiben zu können. Diese Hoffnung haben wir aufgeben müssen.«⁵⁴⁹

Die gleichen Themen entwickelte er ausführlicher in einer Artikelserie mit dem Titel »Die Bolschewiki und wir«, die ab dem 10. Juni 1918 in der Leipziger Volkszeitung veröffentlicht wurde. Unter Bezugnahme auf die Analysen von Marx zur Pariser Kommune versucht er zu zeigen, dass die Aktion der Bolschewiki in dieser Perspektive stehe, dass die Diktatur des Proletariats in Russland in Form der Macht der Sowjets verwirklicht werde, in Deutschland durch die Arbeiter*innenräte, Instrumente der Machtergreifung durch die Arbeiter*innen verwirklicht werden könne und müsse. In dieser Perspektive der Weltrevolution stellt er die Frage nach dem notwendigen Aufbau einer neuen Internationale um die bolschewistische Partei⁵⁵⁰. In der Frauenbeilage der gleichen Tageszeitung entwickelte Clara Zetkin die Themen der Rätewahl, der »Sowjet«-Form, die die proletarische Revolution in Deutschland haben sollte⁵⁵¹.

Aber diese wichtige Entwicklung einiger der spartakistischen Elemente mit der größten Verantwortung schlägt sich nicht in Entscheidungen von vergleichbarer Größenordnung in Bezug auf die Organisation nieder. Man muss schon sehr optimistisch sein, um zu dem Schluss des sowjetischen Historikers Kriwogus zu kommen: »Aber schon damals [im Sommer 1918] erfolgte zwischen »Spartakus« und der USPD in der Tat der organisatorische Bruch.«⁵⁵² Der Hauptgrund dafür waren zweifellos die Vorbehalte gegenüber der Politik der Bolschewiki von Rosa Luxemburg selbst: Kritik an der Politik des Terrors und der Verfolgung anderer sich als sozialistisch betrachtender Tendenzen, Kritik an der Agrarpolitik der Bolschewiki, die ihrer Meinung nach eine kapitalistische Gefahr schuf, und vor allem Kritik an der Außenpolitik Sowjetrusslands und der Annahme des Friedens von Brest-Litowsk, die den Ausgang des Krieges und die Explosion der deutschen Revolution hinauszuschieben drohte⁵⁵³.

549 Offenes Schreiben, erschienen im Mitteilungs-Blatt des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgegend, Nr. 16, 21. Juli 1918, abgedruckt in Dok. u. Mat., II/2, S. 158-162. [Nachdruck in Franz Mehring, Gesammelte Schriften, Band 15, Berlin 1961, S. 773-778, hier S. 774 f., 776]

550 Leipziger Volkszeitung, 31. Mai, 1. und 10. Juni 1918. [Nachdruck a.a.O., S. 761-772]

551 Leipziger Volkszeitung Frauen-Beilage, Nr. 30, 9. August 1918. [»Frauenrecht in der neuen russischen Konstitution«, Nachdruck in »Für die Sowjetmacht«, Frankfurt am Main 1977, S. 63-72]

552 A.a.O., S. 105.

553 Rosa Luxemburg hatte im August oder September 1918 einen heftigen Angriff auf die Politik der

Der vorletzte Spartakusbrief, »Die russische Tragödie«, drückt ein in der deutschen Vorhut offenbar weit verbreitetes Gefühl aus, die Vorstellung, dass die russische Revolution, isoliert und in gewisser Weise verfrüht, dazu verdammt ist, in relativ kurzer Zeit zerschlagen zu werden. In einer einleitenden Notiz heißt es:

»Der Artikel spricht Befürchtungen aus, (...) die aus der objektiven Lage der Bolschewiki, nicht aus ihrem subjektiven Verhalten entspringen. Wir bringen den Artikel vornehmlich wegen seiner Schlussfolgerung: ohne die deutsche Revolution keine Rettung der russischen Revolution, keine Hoffnung für den Sozialismus in diesem Weltkriege. Es bleibt nur die eine Lösung: der Massenaufstand des deutschen Proletariats.«⁵⁵⁴

Die Revolution, schneller als die Revolutionär*innen

Aber die Revolution wird stattfinden, bevor die Revolutionär*innen in der Lage waren, mit ihrer Routine zu brechen, den Würgegriff der Unterdrückung zu lockern und in der Praxis die Schlussfolgerungen zu ziehen, die ihnen die drei Jahre des Kampfes in Russland und im Rest der Welt diktiert haben. Diese wird im Wesentlichen aus der militärischen Niederlage hervorgehen. Ab dem 18. Juli wusste der Generalstab, dass die deutsche Armee, die durch Fochs Angriff und das Eingreifen von Panzern an der Westfront in die Defensive gedrängt wurde, keine wirkliche Chance mehr auf einen Sieg hatte: Ludendorff selbst überzeugte sich, dass man mit dem Krieg Schluss machen müsste⁵⁵⁵. Diese Erkenntnis in den herrschenden Kreisen ging Hand in Hand mit einer ergänzenden Entscheidung zur Demokratisierung des Apparats des Regimes: Eine »Parlamentarisierung« würde in der Tat den Vertretern der politischen Parteien erlauben, die Verantwortung für die Entscheidungen zu teilen, die die militärische Niederlage unvermeidlich machte⁵⁵⁶. Mehrheitssozialdemokraten und Katholiken der Zentrumsparterie eröffneten die Aussicht auf ihre Beteiligung an einer Regierung der nationalen Einheit, die auf der Grundlage der »vierzehn Punkte« von Präsident Wilson mit der Entente verhandeln könnte. Dies geschah am 4. Oktober, mit dem Eintritt des katholischen Abgeordneten Matthias Erzberger und Philipp

Bolschewiki in Brest-Litowsk verfasst, der bestimmt war, ein »Spartakusbrief« zu werden. Im gegenseitigen Einvernehmen lehnten Levi, Leviné und Ernst Meyer die Veröffentlichung ab (»Die Rote Fahne«, 15. Januar 1922). Paul Levi besuchte sie im Gefängnis in Breslau und schaffte es, sie davon zu überzeugen, die Veröffentlichung von sich aus aufzugeben. Im Augenblick seines Weggangs, reichte sie ihm das Manuskript von »Die russische Revolution« und sagte: »Ich schreibe diese Broschüre für Sie (...) und wenn ich nur Sie damit überzeugt haben werde, so habe ich diese Arbeit nicht vergeblich geleistet.« (Paul Levis Einleitung zu »Die russische Revolution«, S. 1-2). [Nachdruck in: Ohne einen Tropfen ...«, I/4, S. 1001-1039, hier S. 1001]

554 Spartakusbriefe, a.a.O., S. 453. Fußnote [Nachdruck in Rosa Luxemburg, Gesammelte Werke, Band 4, Berlin 1974, S. 385-392, hier S. 385]

555 Badia, a.a.O. S. 93.

556 Ebenda, S. 95; Drabkin, Novemberrevolution 1918, S. 76 ff.

Scheidemann als Minister ohne Geschäftsbereich in die gerade sich bildende Regierung des neuen Kanzlers, Prinz Max von Baden⁵⁵⁷. die Mehrheitssozialdemokratische Partei setzte auf das Versprechen des Prinzen, dass eine »Demokratisierung«, eine »Parlamentarisierung«, als letzter Schutz gegen die Subversion vorgenommen werde.

Für die herrschenden Kreise ist die Subversion in der Tat die Hauptbedrohung. Die vom revolutionären Virus zerfressene Armee im Osten hat sich als unbrauchbar für die Fortsetzung des Krieges erwiesen. Diese Entwicklung bestätigt die Vorhersage, die Liebknecht am Tag nach der Unterzeichnung des Diktats aus seinem Gefängnis in Luckau gemacht hatte:

»Es wird sich zeigen, welche Ernte den heutigen Triumphatoren aus dieser Saat reifen wird.«⁵⁵⁸

Der Kaiser war erschrocken über die Berichte, die ihn erreichten, über »die große Zahl der Drückeberger hinter der Front, die Fälle von Insubordination, das Erscheinen der roten Flagge in den Urlaubszügen.«⁵⁵⁹ Man musste diese Truppen durch einen »Cordon sanitaire« isolieren, bis sie wieder unter Kontrolle gebracht werden konnten⁵⁶⁰. Die Polizeiberichte erwähnen die wachsende Unzufriedenheit der Arbeiter*innen und großer Teile der Zivilbevölkerung sowie das Prestige, das die russische Revolution genoss.

Doch die Organisation der Revolutionär*innen blieb der Kühnheit ihrer politischen Analysen und ihrer Perspektiven unterlegen und versetzte sie nicht in die Lage, die revolutionäre Gärung, die sich im Laufe des Jahres 1918 entwickelte, oder die technische und finanzielle Hilfe, die ihnen die Russ*innen ab April gewährten, zu nutzen. Die Bremer Revolutionär*innen hatten keinen einzigen Aktivisten mehr auf den Werften oder in den Betrieben des Hafens, wo sie doch fest verankert gewesen waren⁵⁶¹. In Berlin hat die Spartakusgruppe des 6. Bezirks, der sich über Charlottenburg, Berlin-Moabit und bis nach Spandau erstreckt, nur sieben Mitglieder⁵⁶². Die spartakistische Führung wurde durch die Verhaftungen, die auf die Januarstreiks folgten, die von Leo Jogiches, dann von Heckert und vielen anderen, zerschlagen⁵⁶³. Wilhelm Pieck, von der Polizei gejagt, ging nach Holland. Die zentrale Tätigkeit der Gruppe – die Herausgabe der Briefe und Flugblätter – ruhte auf einigen wenigen Per-

557 Drabkin, a.a.O. S. 82-83.

558 Die Aktion, Nr. 29, 19. Juli 1919, S. 484. [»Das Fazit von Brest«, März 1918, Nachdruck in Karl Liebknecht, Gesammelte Reden und Schriften, Band 9, Berlin 1968, S. 440]

559 Kaiser Wilhelm II., Ereignisse und Gestalten aus den Jahren 1878-1918[, S. 235, auf Französisch zitiert in] Badia, a. a. O., S. 81.

560 Badia, a.a.O. S. 81.

561 E. Kolb, Arbeiterräte in der deutschen Innenpolitik, S. 79.

562 Interview mit dem Gruppenverantwortlichen Karl Retzlaw, H. Weber, Der Gründungsparteitag der KPD, S. 20-21, Nr. 41.

563 Vorwärts und..., S. 468-469.

sonen, die sich um den aus der Schweiz zurückgekehrten Paul Levi⁵⁶⁴ und Ernst Meyer gruppierten: Clara Zetkin und Franz Mehring, die Bannerträger*innen blieben, hatten nicht die physische Möglichkeit, das harte Leben des Untergrunds zu führen. Diese Situation lastet schwer auf der Moral der Führer*innen, die das Tempo der Ereignisse nicht einschätzen und keine wichtigen Ereignisse für das Jahr 1918 erwarten, wie aus dem Brief von Ernst Meyer an Lenin vom 5. September 1918 hervorgeht:

»Sie werden ebenso ungeduldig wie wir selbst auf die Zeichen revolutionärer Bewegungen in Deutschland gewartet haben und noch warten. Erfreulicherweise sind alle meine Freunde wesentlich optimistischer geworden. Leider können wir von größeren Aktionen in der Gegenwart und in der nächsten Zeit nicht berichten. Aber noch für den Winter ist mehr geplant, und die gesamten Verhältnisse Deutschlands stützen unsere Arbeit.«⁵⁶⁵

Die Wahrheit ist, dass die Revolutionär*innen das Gefühl haben, dass sie die Ereignisse überhaupt nicht im Griff haben.

Die Organisation der revolutionären Jugend ist für sie jedoch ein Grund zur Hoffnung. Im Verlauf des Frühjahrs 1918 kam es nämlich zum Zusammenschluss der beiden Berliner Organisationen, die als Reaktion auf die chauvinistische Politik entstanden waren, dem Berliner Jugendbildungsverein, an dessen Spitze Max Köhler Fritz Globig ablöste, die beide Spartakisten waren, und der Vereinigung Arbeiterjugend, die von unabhängigen Sozialdemokraten organisiert und von Walter Stoecker in enger Verbindung mit Münzenberg geleitet wurde⁵⁶⁶. Am 5. Mai 1918 konnte der so entstandene Freie Jugendverband in einer illegalen Versammlung bei Stolpe⁵⁶⁷ anlässlich des 100. Geburtstages von Karl Marx mehr als 2.000 Teilnehmer*innen versammeln. Die neue Berliner Organisation war ein einigendes Element auf nationaler Ebene: Im Sommer fanden im ganzen Land geheime Konferenzen zur Vorbereitung der Vereinigung der Jugendorganisationen der verschiedenen radikalen Gruppen statt, die alle der von Münzenberg aus der Schweiz geleiteten Internationale angeschlossen waren: die jungen unabhängigen Sozialdemokrat*innen, in deren Reihen der Einfluss von Ernst Däumig überwiegt, bezogen Stellung zugunsten der Bolschewiki und popularisierten selbst die Losung der Räterevolution⁵⁶⁸.

⁵⁶⁴ Paul Frölich, a.a.O., S. 297, schreibt, dass seit dem Tode Jogiches' Levi »die Leitung der Organisation übernommen hatte.« [deutsch in Paul Frölich, Rosa Luxemburg, Gedanke und Tat 1967, S. 286. Allerdings ist im Text von seiner Verhaftung 1918 und nicht von seiner Ermordung 1919 die Rede] Dieses Zeugnis, das von einem erbitterten Gegner Levis stammt, der aber um Objektivität in seiner historischen Arbeit bemüht war, kann beibehalten werden.

⁵⁶⁵ I.M.L., Moskau, Fonds 19, Dok. u. Mat., II/2, S. 195.

⁵⁶⁶ Fritz Globig, ... aber verbunden sind wir mächtig, S. 232-233.

⁵⁶⁷ Unter der roten Fahne, S. 106, und Ebenda.

⁵⁶⁸ Unter der roten Fahne, S. 107.

Die revolutionären Obleute Berlins litten sehr unter den Repressionen nach den Januarstreiks. Um für alle Eventualitäten gerüstet zu sein, wählte jeder Verantwortliche einen möglichen Ersatz. Richard Müller war nicht so glücklich mit der Berufung von Emil Barth⁵⁶⁹, einem wehrdienstuntauglichen Metallarbeiter, der mit großen Qualitäten als Tribun begabt war, sich aber bald als prahlerisch und eingebildet erweisen sollte. Den politischen Kopf ihres Kerns bildeten in der Tat von diesem Augenblick an zwei der wichtigsten Führer der Berliner unabhängigen Partei, die beide keine Fabrikarbeiter waren: der eine war Georg Ledebour, ein großer Gegner der Spartakist*innen, der andere Ernst Däumig, ein Journalist und ehemaliger Unteroffizier der französischen Fremdenlegion⁵⁷⁰, der mit der Aufgabe betraut wurde, die revolutionäre Propaganda innerhalb der Garnison zu organisieren und im Hinblick auf den Aufstand bewaffnete Abteilungen zu bilden. Im September hatte die Arbeit kaum begonnen, und die Kontakte beschränkten sich auf ein paar einzelne Verbindungen in den Kasernen, die Bewaffnung auf ein paar Dutzend Revolver⁵⁷¹. Erst in letzter Minute gelang es den Berliner Revolutionär*innen dank der Bemühungen von zwei Aktivist*innen aus dem Kreis der Berliner revolutionären Obleute, Cläre Derfert-Casper und Arthur Schöttler, über die Vermittlung von Arbeiter*innen in den Suhler Zeughäusern an Waffen zu kommen⁵⁷².

Ob sie nun während des Krieges für den Frieden durch die Revolution oder für die Revolution durch den Kampf für den Frieden kämpften, den deutschen Revolutionär*innen gelang es nicht – und sie strebten in ihrer Mehrheit auch nicht danach –, das zu konstituieren, was ihnen schon 1914 fehlte, eine eigene Organisation, die in der Lage war, auf die Bedürfnisse und Bestrebungen der Massen einzugehen, ihre Losungen zu vereinheitlichen und ihre Aktionen zu zentralisieren. Der Frieden und die Revolution werden sie überrumpeln.

569 R. Müller, a.a.O., S. 126.

570 Ebenda, S. 127.

571 Ebd.

572 Cläre Casper-Derfert in Vorwärts und..., S. 296 ff. und 1918. Erinnerungen von Veteranen, S. 333; Ebenda, S. 409-410, Erinnerungen von Hermann Grothe.

Kapitel VIII: Die Novemberrevolution

Auf den ersten Blick scheint die Revolution, die in den ersten Novembertagen im Reich ausbrach, die Erwartungen und Ansichten von Rosa Luxemburg zu bestätigen. Die Arbeiter*innenmassen bahnten sich trotz ihrer Führer*innen und oft gegen sie den Weg zur revolutionären Aktion, fast unabhängig von den revolutionären Organisationen, die von dem Ereignis überwältigt wurden, in Abwesenheit jeder vereinheitlichenden Losung und letztendlich jeder Führung. Gleichzeitig scheint sie auf eine neue Form der Organisation der Staatsmacht zuzusteuern, den »Arbeiter*innen«-Staat der Arbeiter*innen- und Soldatenräte sowjetischen Typs, entsprechend den Aufrufen, die seit Monaten von der geheimen Propaganda der Spartakisten lanciert werden: die Losung der »Räte« wird zu einer materiellen Gewalt, die von Millionen von Menschen aufgegriffen wird.

Die Führung und die militärische Niederlage

Die deutschen Führer*innen spürten den Sturm kommen. Der Misserfolg von Montdidier an der Westfront am 8. August war das Zeichen dafür, dass alle Hoffnung auf einen militärischen Sieg vergebens war und dass die Chefs keine Kontrolle mehr über den Verlauf des Krieges hatten, der zu einem »Hasardspiel«⁵⁷³ geworden war. Mitte August beriet sich der Kaiser mit seinem Kanzler Hertling, den Armeechefs Hindenburg und Ludendorff sowie dem österreichischen Kaiser: Sie alle waren sich einig, dass man den günstigsten Moment abwarten müsse, um um Frieden zu bitten, und Staatssekretär Hintze informierte Präsident Wilson über den Wunsch der deutschen Regierung, auf der Grundlage einer Rückkehr zum Status quo ante zu verhandeln⁵⁷⁴.

Im September verschlechterte sich die Situation an den Fronten, die von den österreichisch-ungarischen und bulgarischen Verbündeten gehalten wurden. Die militärischen Führer werden immer drängender: Am 29. September teilten Hindenburg und Ludendorff dem Kanzler mit, dass die Lage an der Ostfront kritisch geworden sei und äußerten den Wunsch nach einer Erweiterung der Regierung, um Verhandlungen auf einer möglichst soliden Basis zu ermöglichen⁵⁷⁵. Sie stimmten mit Staatssekretär Hintze überein, dass »die Revolution von unten nur noch durch eine solche von

⁵⁷³ Badia, a.a.O. in Bd. 1, S. 93. [Ludendorff, zum 8. August 1918]

⁵⁷⁴ Ebenda, S. 94.

⁵⁷⁵ Ebenda, S. 94 f.

oben vermieden werden«⁵⁷⁶ könne. Ziel war es, eine Regierung zu bilden, die der bestehenden Mehrheit im Reichstag entsprach und insbesondere sozialdemokratische Minister einbezog.

Kanzler Hertling trat zurück und Wilhelm berief Prinz Max von Baden, einen fortschrittlichen Landesherrn mit liberalem Ruf, an seine Stelle. Der Prinz wählte seine Minister aus den Abgeordneten der Parteien, die entschlossen waren, eine Politik der sofortigen Verhandlungen zu unterstützen: die Sozialdemokratische Partei delegierte Bauer und Scheidemann⁵⁷⁷. Am 4. Oktober schlug die Regierung Max von Baden Präsident Wilson den Abschluss eines Waffenstillstandes auf der Grundlage der »Vierzehn Punkte« vor. Am 8. November schickte er die für den Abschluss des Waffenstillstandes zuständige Delegation zu den Alliierten: Schon sprachen die militärischen Führer – vor allem Ludendorff – von »unannehmbaren« Bedingungen und versuchten, die Verantwortung für den sich anbahnenden Frieden auf die Schultern der »Politiker« abzuwälzen. Sie machten jedoch keine Anstalten, diesen zu verhindern: Die revolutionäre Bedrohung war in ihren Augen sehr real und alles hing in hohem Maße von der Sozialdemokratischen Partei ab, die derzeit alles tat, um einen friedlichen Übergang herbeizuführen. Der »Vorwärts« macht eine Kampagne, die zeigen soll, dass »russische Lösungen« in Deutschland nicht praktikabel seien:

»Die russische Revolution hat die Demokratie mit einem Ruck beiseite geschoben und die Diktatur der Arbeiterräte an ihre Stelle gesetzt. Die deutsche Sozialdemokratische« hat dazu längst Stellung genommen, »indem sie die bolschewistische Theorie und Methode für Deutschland eindeutig ablehnte. Sie (...) steht zur Demokratie.«⁵⁷⁸

Noch am 4. November telefonierte Ebert mit Staatssekretär Wahnschaffe, um ihm zu versichern, dass die Gewerkschaften ihre ganze Autorität einsetzten, um die Arbeiter*innen zu beruhigen⁵⁷⁹.

Die ersten Risse

Bereits im September vervielfachten sich die Anzeichen für eine wachsende Radikalisierung. Auf der Konferenz der unabhängigen Partei haben Haase, Dittmann, Hilferding einige Mühe, die Parole von der »Diktatur des Proletariats« zu verwerfen, und müssen sich bemühen, die »Schwärmerei für die bolschewistische Methode«⁵⁸⁰

576 Zitiert in F. Payer, Von Bethmann-Hollweg bis Ebert. Erinnerungen und Bilder, S. 82.

577 Siehe die Diskussionen innerhalb der sozialdemokratischen Führung in Hermann Müller, Die Novemberrevolution, S. 10-11.

578 Vorwärts 21. Oktober 1918: »Diktatur oder Demokratie.«

579 Max von Baden, Erinnerungen und Dokumente, S. 571.

580 [Heinrich Ströbel, zitiert in] Tormin, Zwischen Rätediktatur und sozialer Demokratie, S. 32.

anzuprangern. Kautsky entwickelt die gleichen Themen wie der »Vorwärts«⁵⁸¹. Haase gibt gegenüber Däumig zu, dass er keine Ahnung habe, was passieren werde⁵⁸². Lenin seinerseits schrieb an Spartakus: »Jetzt kommt die Zeit«⁵⁸³ und ordnet die Untersuchung aller möglichen Mittel an, um der deutschen Revolution zur Hilfe zu kommen.

Am 7. Oktober fand in Berlin eine Spartakuskonferenz statt, an der Delegierte der Bremer Kommunisten teilnahmen. Sie analysiert die Situation Deutschlands als »eine revolutionäre Situation, die alle Probleme neu entrollt, die die deutsche Bourgeoisie in der Revolution von 1848 nicht zu lösen fähig war.« Sie bekräftigt die Solidarität der kommenden Revolution mit der russischen Revolution und erarbeitet ein Sofortprogramm, das die Amnestie für alle Kriegsgegner*innen, zivile und militärische, die Abschaffung des Hilfsdienstgesetzes und die Aufhebung des Belagerungszustandes beinhaltet. Ihr Aktionsprogramm umfasst die Annullierung aller Kriegsanleihen, die Enteignung des Bankkapitals, der Bergwerke und Hütten, die Verkürzung der Arbeitszeit, die Erhöhung der Niedriglöhne, die Beschlagnahme großer und mittlerer ländlicher Besitztümer, die Gewährung des Vereinigungs- und Versammlungsrechts für das Militär, die Abschaffung der Kriegsgerichte und die Übergabe der Disziplinarfunktionen an von den Soldaten gewählte Delegierte, die Abschaffung der Militärgerichte und die sofortige Freilassung der von ihnen Verurteilten, die Abschaffung der Todesstrafe und der Zuchthausstrafen für politische oder militärische »Vergehen«, die Übergabe der Lebensmittelverteilung an Vertrauensleute der Arbeiter, die Abschaffung der Einzelstaaten und die Beseitigung der Dynastien. Für die Verwirklichung dieses Programms forderte sie »die Bildung von Arbeiter- und Soldatenräten sofort in allen Orten in Angriff zu nehmen, soweit solche Räte bisher nicht in Funktion getreten sind«⁵⁸⁴. Mit dem Herannahen der Revolution stellten sich die Revolutionär*innen als Kandidat*innen für deren Führung zur Verfügung.

Die sozialdemokratischen Minister sind sich dieser Gefahr bewusst, und um dieses Thema drehen sich ihre Interventionen im Kabinettsrat⁵⁸⁵. Sie bestanden darauf, dass schnell eine Amnestie für politische Gefangene erlassen werde⁵⁸⁶. Sie denken insbesondere, dass man Liebknecht, dessen Inhaftierung ihm den Heiligenschein eines Märtyrers verliehen hatte, freilassen sollte: eine gefährliche Maßnahme, gewiss, aber eine, die notwendig war, wenn man die Arbeiter*innenklasse überzeugen wollte, indem man ihr den Beweis für den Willen der neuen Führer zur Demokratisierung lieferte. Scheidemann überzeugte schließlich seine Kollegen, trotz des Widerstandes der Armeechefs, und die Freilassung des spartakistischen Führers wurde am 21. Ok-

581 In der Broschüre Die Diktatur des Proletariats.

582 E. Barth, Aus der Werkstatt der deutschen Revolution, S. 35.

583 Brief vom 18. Oktober 1918, Dok. u. Mat., II/2, S. 255.

584 Dok. u. Mat., II/2, S. 228-243. [Zitate, S. 229 und 233]

585 Siehe die Überlegungen in Die Regierung des Prinzen Max von Baden, passim.

586 Ebenda, Sitzungen vom 6. Oktober, S. 88, vom 10. Oktober, S. 129, vom 12. Oktober, S. 129, 167.

tober beschlossen⁵⁸⁷. In den folgenden Tagen wurden Hunderte von Aktivist:innen freigelassen, von denen einige seit Jahren inhaftiert waren.

Auf einer Sitzung der Berliner Gewerkschaftsverantwortlichen am Abend des 22. Oktober unter dem Vorsitz von Alwin Körsten verkündete der Stahlarbeiter Paul Eckert, dem das Wort zur Tagesordnung erteilt worden war, die Nachricht, die wie eine Bombe einschlug: Karl Liebknecht sei freigelassen worden und werde am 23. Oktober um 17 Uhr in Berlin eintreffen⁵⁸⁸. Die Mehrheit der Delegierten drückte ihre Freude durch das Singen der Internationale aus, woraufhin die Polizei eingriff⁵⁸⁹. Am nächsten Tag erwarteten mehrere Tausend Menschen, eng kanalisiert von einem großen Polizeiaufgebot, den befreiten Häftling und bereiteten ihm einen triumphalen Empfang. Als aktionsfreudiger Aktivist stürzte er sich in den Kampf, sobald er den Potsdamer Bahnhof verließ: Auf dem Platz, wo er zwei Jahre zuvor verhaftet worden war, hielt er eine Ansprache an die Menge, feierte das russische revolutionäre Beispiel und rief zur deutschen proletarischen Revolution auf⁵⁹⁰. Am selben Abend gab der sowjetische Botschafter Joffe einen spektakulären Empfang zu seinen Ehren, verlas ein Glückwunschtelegramm von Lenin, auf das Liebknecht antwortete. Andere deutsche Aktivisten, Walcher, Haase, Barth, Globig, Otto Rühle, ergriffen das Wort⁵⁹¹. Viele der Anwesenden, das, was damals von den verschiedenen revolutionären Stäben übrig war, glaubten, dass Liebknecht in der Lage war, die revolutionäre Bewegung zu vereinigen, deren Held und Symbol er war.

Doch paradoxerweise ist Liebknecht allein. Er denkt, dass keine Zeit mehr zu verlieren ist und dass die Revolution längst überfällig ist, aber er weiß auch, dass er ihr eine Fahne und keinen Stab bringen kann. Seine spartakistischen Freund*innen konnten diese Rolle nicht spielen. Zwar ist Otto Franke im Kern der revolutionären Obleute fest verankert⁵⁹², Levi, der seit einigen Monaten am Werk ist, dient als Bindeglied zu den Bremer Radikalen⁵⁹³ und Wilhelm Pieck ist aus Holland zurückgekehrt, um seine aktivistische Arbeit wieder aufzunehmen⁵⁹⁴. Aber sie sind immer noch nur Führer*innen ohne Truppen, zumindest in Berlin, dessen Rolle entscheidend sein wird, und wo sie nicht mehr als fünfzig sind⁵⁹⁵.

Die wirkliche Vorhut der Truppen in den Fabriken ist in den Reihen der unabhängigen sozialdemokratischen Partei unter der Führung der Zentrist*innen, mit denen Liebknecht so viele Kämpfe ausgefochten hat, und vor allem im Kern der

587 Ebenda, S. 305 und Max von Baden, a.a.O., S. 476.

588 Nach Otto Franke, Vorwärts und..., S. 273-274.

589 Ebd.

590 Unter der roten Fahne, S. 108.

591 Ebenda, S. 110.

592 Vorwärts und ..., S. 270-273.

593 Ch. Beradt, Paul Levi, S. 18.

594 Vorwärts und..., S. 30, wo er angibt, dass er am 26. Oktober zurückkehrte.

595 Radek, November..., S. 132.

revolutionären Fabrikobleute organisiert. Und es stellt sich das Problem der direkten Verknüpfung.

Die unabhängigen Führer*innen ergreifen die Initiative; sie sind sich des Risikos bewusst, überwältigt zu werden, und möchten Liebknecht sowohl kontrollieren als auch sein Prestige zu ihrem Vorteil nutzen: Sie bieten ihm an, ihn in die Parteiführung zu kooptieren⁵⁹⁶. Der Vorschlag ist in vielerlei Hinsicht verlockend: Die unabhängige Partei hat viele Aktivist*innen und wichtige Ausdrucksmittel. Aber Liebknecht war nicht zu einem prinzipienlosen Kompromiss bereit: Er verlangte, dass ihm Garantien gegeben würden, dass ein Parteitag einberufen würde, von dem er glaubte, dass er das bisherige Zaudern der zentristischen Führung verurteilen würde, und dass anerkannt würde, dass die Spartakist*innen in den letzten Jahren Recht gehabt hatten: Er wollte nicht Gefahr laufen, eine Geisel in der Führung zu sein. Aber die unabhängigen Führer*innen sind nicht bereit, ein solches Zugeständnis zu machen, das fast politischer Selbstmord ist; sie stimmen nur der Abfassung einer Absichtserklärung zu, in der sie anerkennen, dass sich ihr Standpunkt dem des Spartakus angenähert habe. Das reichte in den Augen Liebknechts nicht, er lehnte die angebotene Kooptation ab, willigte aber ein, bei wichtigen Entscheidungen in den unabhängigen Vorstand eingeladen zu werden⁵⁹⁷.

Es bleibt ihm nichts anderes übrig, als sich an die revolutionären Obleute zu wenden, die ihm einen Rahmen, ein Netz, das sich über alle Fabriken des Kapitals erstreckt, kurz, ein Instrument der revolutionären Aktion zur Verfügung stellen werden. Auf dieser Seite stieß er auf keine Schwierigkeiten: Am 26. kooptierte der Kern, der beschloss, sich als provisorischer Arbeiter*innenrat zu konstituieren, drei Spartakisten: Liebknecht selbst, Pieck und Ernst Meyer⁵⁹⁸. Diese improvisierte revolutionäre Führung besprach sofort die Lage und die Aussichten und kam zu dem Schluss, dass man für den Fall, dass die Regierung Max von Baden sich weigerte, die Friedensverhandlungen fortzusetzen und zur Landesverteidigung aufrief, zum sofortigen Handeln bereit sein müsste⁵⁹⁹. Aber Liebknecht war mit dieser Analyse nicht zufrieden, die er als rein passiv ansah, und in der Tat der Initiative des Gegners unterworfen war. Er weigerte sich, den Obleuten zu folgen, die behaupteten, die Massen seien nicht bereit zu kämpfen, außer bei einer Regierungsprovokation. Den Beweis

596 Liebknechts Notizbuch: Auszüge in Ill. Gesch. S. 203 und Pieck, Corr. Int. Nr. 136, 14. November 1928, S. 1507. Nach J. S. Drabkin, a.a.O., S. 102-103, befindet sich im Karl-Liebknecht-Fonds der I.M.L. in Moskau eine maschinengeschriebene Abschrift, die am Ende den handschriftlichen Vermerk »Tagebuch von K. Liebknecht?« (Fonds 210, Liste 1, Akte Nr. 1397, f. 1). Er gibt an, dass Auszüge aus diesem Text in der Illustrierten Geschichte erschienen sind. [Die Tagebuchaufzeichnungen sind in Karl Liebknecht, Gesammelte Reden und Schriften, Band 9, S. 580-585 veröffentlicht]

597 Ill. Gesch. S. 203. Der Vorwärts vom 29. November widmet einen Artikel den Beziehungen zwischen Liebknecht und den Unabhängigen, die sich seiner Meinung nach nur im Durcheinander entwickeln können.

598 Ebenda und Pieck, a.a.O., S. 1507.

599 Ebenda.

für das Gegenteil sieht er in den Initiativen, die überall im Land entstanden sind, und in der Kampfbereitschaft der Jugendlichen, die am 26. und 27. ihren Kongress in Berlin abhielten. Am Abend des 26. gab es 2.000 Demonstrant*innen in Hamburg, am 27. doppelt so viele in Friedrichshafen. Am Abend des 27. führte er beim Verlassen einer unabhängigen Versammlung, auf der er in den Andreas-Festsälen sprach, mehrere hundert Jugendliche und Arbeiter*innen hinter sich her in die Innenstadt, wo es zu Zusammenstößen mit der Polizei kam⁶⁰⁰. Durch Aktionen dieser Art, die sich auf die kämpferischsten Abteilungen stützten, sollte die Mobilisierung der Massen erreicht werden.

Er versuchte, die Führer*innen der revolutionären Obleute davon zu überzeugen: Am Tag des 28. Oktober hatte er eine lange Diskussion mit Däumig und Barth. Ihm zufolge haben die Revolutionär*innen in jedem Fall, und selbst wenn die Regierung nicht versucht, den Krieg im Namen der »nationalen Verteidigung« zu verlängern, die Pflicht, die Mobilisierung der Massen durch Versammlungen und Demonstrationen vorzubereiten, die ihnen ihre Stärke bewusst machen, ihr Bewusstseinsniveau und ihren Siegeswillen erhöhen. Däumig und Barth zögerten, waren nahe daran, Liebknecht vorzuwerfen, seine Wünsche mit den Realitäten zu verwechseln, und stimmten schließlich nur der Organisation von Versammlungen zu, lehnten die Organisation von Straßendemonstrationen kategorisch ab⁶⁰¹. Auf der abendlichen Plenarsitzung wurde der Vorschlag von Wilhelm Pieck angenommen, ein Flugblatt zu verteilen, das die Arbeiter*innen aufforderte, die an sie gerichteten Aufrufe zur Fahne zu verweigern⁶⁰². Liebknecht wiederholte seinen Vorschlag, systematisch Versammlungen und Straßendemonstrationen zu organisieren und schlug vor, diese zunächst auf den 3. November zu konzentrieren. Däumig, Barth, Richard Müller bekämpften den Vorschlag: ihn anzunehmen hieße, so meinen sie, die Gefahr einzugehen, die Entscheidungsschlacht vorzeitig zu beginnen. Revolutionär*innen, so behaupteten sie, dürfen nur zuschlagen, wenn der Schlag sicher sei, und einer von ihnen⁶⁰³ ironisierte Liebknechts Plan, den er als »revolutionäre Gymnastik« bezeichnete.

Tatsächlich wiederholten seine Gegner*innen im Provisorischen Rat lediglich die Argumente, die zur gleichen Zeit von den Führer*innen der unabhängigen sozialdemokratischen Partei entwickelt worden waren, die ebenfalls einer offenen Aktion feindlich gegenüberstanden. Vergeblich versucht Liebknecht, sie zu überzeugen: Die Bewegung der Massen, sagt er, kann sich nur auf der Straße entfalten, und die Aufgabe der Führer*innen ist es, sie so schnell wie möglich dorthin zu führen. Er fügt hinzu, dass diejenigen, die sich hinter einem noch ungünstigen Kräfteverhältnis ver-

600 Ill. Gesch, II, S. 87.

601 Ill. Gesch, S. 203.

602 Ebd.

603 Ebd. Drabkin, a.a.O., S. 104, der dem in Anm. 24 erwähnten Original-Liebknecht-Notizbuch folgt, gibt an, dass es sich um Barth handelt.

stecken, in Wirklichkeit vor einem notwendigen Kampf zurückschrecken, denn die Situation wird für die Revolutionär*innen erst von dem Moment an günstig werden, in dem sie sich in den Kampf stürzen: Insbesondere werden die Soldaten die Disziplin respektieren und die Befehle ihrer Offiziere ausführen, solange sie keine ernsthaft revolutionäre Perspektive vor sich haben; nur auf der Straße, durch die Verbrüderung mit den Proletariern in Uniform, können die Arbeiter*innen bewaffnete Kräfte überwinden, die materiell überlegen sind, aber politisch in einem Zustand der Unterlegenheit gegenüber der vereinigten Aktion der Arbeiter*innenklasse⁶⁰⁴.

Am 2. November fand eine gemeinsame Sitzung der unabhängigen Führer*innen und der revolutionären Obleute statt. Ledebour stellte einen Offizier des 2. Bataillons der Garde, Leutnant Waltz, vor, der gekommen war, um ihm mitzuteilen, dass er sich und seine Einheit dem Revolutionsstab für einen Aufstand zur Verfügung stellen würde⁶⁰⁵. Die Mehrheit der Anwesenden begrüßte diesen Neankömmling begeistert, der ihnen Waffen und Ausrüstung brachte und schließlich einen Sieg des Aufstandes denkbar machte. Waltz wurde unter dem Pseudonym »Lindner« Däumig bei den technisch-militärischen und strategischen Vorbereitungen für den kommenden Aufstand zugeteilt⁶⁰⁶. Jedoch blieben die Berichte der Fabrikobleute pessimistisch. Von den 120.000 Arbeiter*innen, die vom Netzwerk kontrolliert wurden, waren höchstens 75.000 bereit, auf den ersten Aufruf der Führer*innen mit Streiks und Demonstrationen zu reagieren⁶⁰⁷. Können wir uns eine aufständische Aktion vorstellen, ohne das Stadium des Generalstreiks zu durchlaufen? Auch in dieser Frage sind sich die Verantwortlichen uneins.

Haase, tatkräftig unterstützt von Richard Müller, schlug vor, den Termin des bewaffneten Aufstandes auf den 11. November festzulegen und ihn sofort vorzubereiten. Ledebour erwidert, dass sich hinter diesem Vorschlag nur ein Ausweichen und eine Handlungsverweigerung verbergen: Seiner Meinung nach muss man den Aufstand auf übermorgen, den 4. November, festzulegen. Liebknecht, der laut Piecks Aussage dieses Problem gerade mit den Russ*innen der Botschaft besprochen hat, bekämpft sie beide. Er lehnt in der Tat kategorisch jeden Vorschlag ab, der darauf hinausläuft, den bewaffneten Aufstand ohne Vorbereitung und Mobilisierung der Massen zu beginnen. Es sei notwendig, die Losung für einen Generalstreik zu lancieren, die Streikenden selbst entscheiden zu lassen, bewaffnete Demonstrationen für den sofortigen Frieden, die Aufhebung des Belagerungszustandes, die Ausrufung der sozialistischen Republik und die Regierung von Arbeiter*innen- und Soldatenräten zu organisieren. Er forderte, *»in einen Massenstreik einzutreten mit daran anschließenden bewaffneten Demonstrationen unter den im Verlauf der Aktion sich steigern-*

604 Ill. Gesch. S. 203.

605 Ebd.

606 Hermann Müller, a.a.O., S. 94.

607 Pieck, a.a.O., S. 1507.

*Parolen*⁶⁰⁸. In der Abstimmung wurde der Antrag Ledebour mit 22 zu 19 Stimmen und der Antrag Liebknecht mit 46 zu 5 Stimmen abgelehnt. Es blieb nur der Antrag Haase, der faktisch auf eine abwartende Entscheidung hinauslief.

Das Ergebnis dieser letzten Diskussion war ein schwerer Rückschlag für Liebknecht. Die Intervention des spartakistischen Führers in den Stab der revolutionären Obleute konnte das Zögern der Mehrheit der Fabrikobleute nicht überwinden, und vor allem nicht die Zurückhaltung oder Feindseligkeit der unabhängigen Führer. Es wurden nicht nur keine Fortschritte in Richtung revolutionärer Organisation und Aktion gemacht, sondern Liebknecht selbst schien moralisch in den Widersprüchen gefangen zu sein, die die unabhängige Sozialdemokratische Partei durch die Obleute erfassten⁶⁰⁹.

Die Situation ist jedoch nicht überall gleich. In Stuttgart hatten die Spartakist*innen starke Positionen in der unabhängigen Partei, da einer der ihren, Fritz Rück, Vorsitzender des Parteivorstandes in Württemberg war, und sie über die regionale Zeitung »Der Sozialdemokrat« verfügten. Bereits im September konnten sie über ein fünfköpfiges geheimes Aktionskomitee – darunter Thalheimer und Rück selbst – ein Netzwerk von Fabrikdelegierten kontrollieren⁶¹⁰. Rück schreibt in seinem »Tagebuch«:

»Es gilt, die Massen in Bewegung zu bringen. Das kann nur von einem Punkt aus geschehen: von den Fabriken. Der offizielle Anschluss an die USP, so sehr er uns politisch unsympathisch ist, hat den Vorteil, dass wir uns etwas freier bewegen und unter der Maske legaler organisatorischer Parteiarbeit ein enges System von Vertrauensleuten in den Fabriken aufbauen können.«⁶¹¹

Er nahm an der Spartakistenkonferenz am 7. Oktober teil. Nach seiner Rückkehr, am 16., versammelte er heimlich 40 Fabrikdelegierte, um mit ihnen die Aufgaben des Aufstandes zu bestimmen⁶¹². Am nächsten Tag wurde der »Sozialdemokrat« für fünfzehn Tage suspendiert, da Rück die Verantwortung übernommen hatte, die Entscheidungen der Zensoren zu missachten. Aber die Gruppe hatte eine geheime Druckerei. Am 30. beschloss die örtliche Versammlung der unabhängigen Partei, ein Manifest für die zentrale Einberufung eines Vorparlaments der Arbeiter*innen- und Soldatenräte auf den Weg zu bringen und eine Demonstration auf der Straße zu organisieren. In der Nacht vom 30. auf den 31. November trafen sich die Nachtschichten des Daimler-Werks zu einer Vollversammlung, um Rück's Aufruf zur geheimen Wahl ihres Arbeiter*innenrats zu folgen. Am 2. November kehrten zwei Delegierte des

608 Ebenda und Ill. Gesch. S. 203. [Hier zitiert nach Liebknechts Tagebuch, a.a.O., S. 582, Broué zitiert möglicherweise nach der sehr freien Übersetzung von 1928]

609 Ebd.

610 Kolb, Arbeiterräte in der deutschen Innenpolitik, S. 63.

611 »Tagebuch eines Spartakisten«, Ill. Gesch. S. 182.

612 Ill. Gesch. II, S. 82.

Stuttgarter Aktionskomitees, die an den Beratungen der revolutionären Obleute in Berlin teilgenommen hatten, mit der Information zurück, dass der Aufstand für den 4. November angesetzt werden sollte⁶¹³. In der Nacht vom 2. auf den 3. werden die Flugblätter gedruckt. Der im Daimler-Werk gewählte Arbeiter*innenrat öffnete sich für Delegierte aus anderen Betrieben und beschloss für den 4. einen Generalstreik. Am 4. ist der Streik wirksam. Der durch Erweiterung des Daimler-Arbeiter*innenrats gebildete örtliche Arbeiter*innenrat bildete seinen Vorstand, wählte Rück zum Vorsitzenden und beschloss, in allen Betrieben Arbeiter*innenratswahlen auf der Basis von einem Delegierten pro 500 Arbeiter*innen zu organisieren. Er beschloss, eine Zeitung, »Die Rote Fahne«, herauszugeben, die sich sofort für die Errichtung einer Räterepublik in Deutschland aussprach⁶¹⁴.

Doch die so entstandene Bewegung in Stuttgart blieb isoliert, da die Berliner Revolutionäre beschlossen hatten, zu warten. Der Stuttgarter Arbeiter*innenrat, Herr der Stadt, in der gigantische Demonstrationen stattfanden, ist gefährlich exponiert, denn die Regierung und die Justizbehörden des Landes blieben im Amt. Da die Arbeiter*innen der Zeppelin-Fabrik in Friedrichshafen, die von der Propaganda von Daimler betroffen waren, gerade ihren Arbeiter*innenrat gebildet hatten, fuhren Thalheimer und Rück dorthin, um die Aktion zu koordinieren. Sie wurden auf dem Weg dorthin verhaftet⁶¹⁵. Ihrer Köpfe beraubt, wurden die Mitglieder des Stuttgarter Rats, für einen Moment desorientiert, ihrerseits verhaftet. Der erste Kampf der Vorhut war nur von kurzer Dauer. Die Polizei schien überall zu reagieren. Sie verhaftet in allen großen Städten Aktivist*innen, die verfolgt wurden wegen ihrer Aktion ... während der Streiks im Januar. Am 5. November, nachdem die preußische Polizei die Entdeckung von reichlich Propagandamaterial im Diplomatengepäck herbeigeführt hatte, gab die Reichsregierung Joffe und den russischen Vertreter*innen der Berliner Botschaft sechs Stunden Zeit, um das deutsche Territorium zu verlassen⁶¹⁶. Symbolische Maßnahme, um die offensichtlichen Verbindungen zwischen der russischen Revolution von gestern und der deutschen Revolution von morgen zu kappen? Auf jeden Fall eine zu späte Maßnahme, denn zu diesem Zeitpunkt war der Kalender der Revolution bereits durch die Aktion der Kieler Matrosen bestimmt.

613 Kolb, a.a.O., S. 63, Ill. Gesch. S. 182, etc.

614 Kolb, a.a.O., S. 64. Das Protokoll der Beschlüsse des Stuttgarter Arbeiter*innenrats vom 4. November, in: »Die Rote Fahne« vom 5. November 1918, Dok. u. Mat. II/2, S. 285-286.

615 Kolb, a.a.O., S. 65.

616 Die Regierung des Prinzen Max von Baden, S. 541-545. Laut Berliner Tageblatt vom 7. November befanden sich unter dem beschlagnahmten Propagandamaterial eine Broschüre von Radek mit dem Titel »Der Zusammenbruch des Imperialismus und die Aufgabe der internationalen Arbeiterklasse«, der Text einer Rede, die er am 7. Oktober in Moskau gehalten hatte, sowie der Text eines Flugblattes, das in den Tagen zuvor im Daimler-Werk in Stuttgart verteilt worden war.

Eine aus Kiel gekommene Welle

Die Agitation begann unter den in Wilhelmshaven stationierten Marinebesatzungen am 28. Oktober. Ein Befehl zum Auslaufen gab Anlass zu bangen Gerüchten: Der Generalstab würde sich auf ein Ehrengefecht in der Nordsee vorbereiten. Es kam zu mehreren Demonstrationen an Bord: Tausend Mann wurden verhaftet und ausgeschifft, und fünf Schiffe wurden nach Kiel geleitet⁶¹⁷.

Die Sorge um das Schicksal der Inhaftierten löste die Bewegung aus: Die Matrosen erinnerten sich an das Schicksal der Meuterer von 1917 und suchten die Unterstützung der Arbeiter*innen. Am 1. November trafen sie sich im Kieler Gewerkschaftshaus und beschlossen, am 2. November eine Versammlung abzuhalten⁶¹⁸. Am 2. November wurde das Gewerkschaftshaus von der Polizei bewacht, und die Matrosen versammelten sich auf dem Übungsplatz. Einer von ihnen, Karl Artelt, ein Mitglied der Unabhängigen Partei, der 1917 zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt wurde, schlug die Organisation einer Straßendemonstration für den nächsten Tag vor: Die Matrosen riefen mit handgeschriebenen Flugblättern dazu auf⁶¹⁹. Am 3. waren es mehrere tausend Matrosen und Soldaten, wenn auch nicht viele im Vergleich zur Anzahl der Soldaten in der Garnison. Die Demonstration war verboten worden und Militärpatrouillen durchkämmten die Stadt. Trotz eines Aufrufs eines Gewerkschaftsverantwortlichen zur Ruhe entschlossen sich die Matrosen, auf der Straße zu demonstrieren. Sie stießen auf eine Patrouille, die schoss: neun Tote, neunundzwanzig Verwundete. Es kam zu dem Schock, der die Männer der Kieler Garnison in Bewegung setzte, denn von nun an konnten sich die Matrosen nicht mehr zurückziehen⁶²⁰.

Sie versammelten sich in der Nacht auf den Schiffen. Es war Artelt, der die Initiative ergriff, den ersten Matrosenrat der deutschen Revolution auf einem Torpedoboot wählen zu lassen. Am frühen Morgen fand er sich an der Spitze eines von 20.000 Männern bestimmten Komitees wieder. Die Offiziere wurden überrollt. Der Admiral Souchon, der den Stützpunkt befehligte, stimmte allen Forderungen zu, die Artelt im Namen seiner Kameraden stellte: Abschaffung des Saluts, leichter Dienst, mehr Urlaub, Freilassung von Gefangenen. Am Abend wurde die gesamte Garnison in einem Netz von »Soldatenräten« organisiert, auf den Kriegsschiffen wehte die rote Flagge, viele Offiziere wurden von ihren Männern verhaftet. An Land riefen unabhängige und Mehrheitssozialdemokraten gemeinsam zum Generalstreik auf und dann zur Einsetzung eines Arbeiter*innenrats, der mit dem Matrosenrat fusionieren sollte. Der Sozialdemokrat Gustav Noske, von der Regierung

617 Kolb, a.a.O., S. 71.

618 Vorwärts und..., S. 91.

619 Ebenda, S. 92.

620 Ebenda, S. 72-73.

zum Gouverneur von Kiel ernannt, beeilte sich, die Autorität des neuen Arbeiter*innen- und Soldatenrates anzuerkennen, um die Matrosen zu beruhigen und das Feuer einzudämmen⁶²¹. Am 6. November schien wieder Ruhe eingekehrt zu sein.

Doch die Meuterei in Kiel hatte das Pulver entzündet. Die Angst vor Repressalien drängte die Matrosen überall dazu, die Bewegung zu erweitern. In Cuxhaven alarmierte ein unabhängiger Aktivist, Karl Baier, ein zur Marine mobilisierter Arbeiter, das kleine Netzwerk von Vertrauensleuten, das er um sich herum aufgebaut hatte, sobald er erfuhr, was in Kiel geschah. Die Matrosen trafen sich am Abend des 6. November im Gewerkschaftshaus, wählten einen Soldatenrat, während die Arbeiter*innen in den Fabriken dasselbe taten, und bereiteten die Einsetzung eines Arbeiter*innenrates unter dem Vorsitz von Kraatz vor, einen der Organisator*innen des Januarstreiks in Berlin. Der neue Arbeiter*innen- und Soldatenrat bat um Verstärkung aus Hamburg, die ihm Wilhelm Düwell⁶²² schickte. In Wilhelmshaven löste am nächsten Tag, dem 7. November, eine von dem Heizer Bernhard Kuhnt, vor dem Krieg Hauptamtlicher der Partei in Chemnitz, organisierte Demonstration von Matrosen den Generalstreik aus. Noch am selben Abend wählten Arbeiter*innen und Matrosen einen Rat, in dem die Sozialdemokrat*innen in der Mehrheit waren und dem Kuhnt vorstand⁶²³. In Bremen war fast die Gesamtheit der revolutionären Aktivist*innen im Gefängnis oder in der Armee, und der Anstoß sollte von außen kommen. Am 4. forderte eine Massenversammlung, die von dem unabhängigen Abgeordneten Henke angeführt wurde, einen Waffenstillstand, die Abdankung des Kaisers und die Aufhebung des Belagerungszustandes⁶²⁴. Aber die folgenden Tage waren ruhig. Am 6. jedoch blockierte ein mechanischer Zwischenfall einen Zug am Bahnhof, der inhaftierte Matrosen transportierte: Sie verteilten sich in der ganzen Stadt und auf den Werften und riefen die Arbeiter*innen zur Hilfe⁶²⁵. Spontan wurde eine Demonstration organisiert, die von den unabhängigen Führer*innen angeführt wurde: Nach der Öffnung der Gefängnistore rief der Unabhängige Fraskunkiewicz zur Wahl von Arbeiter*innen- und Soldatenräten auf und ließ die Parole »sozialistische Republik« ausrufen, aber die Versammlung löste sich auf, ohne eine Entscheidung getroffen zu haben⁶²⁶. Erst am 7. November wurde der Streik, der in den Weser-Werften begann, verallgemeinert und es wurden in allen Betrieben Arbeiter*innenräte gewählt. Der lokale Zentralrat der Arbeiter*innen und Soldaten wurde am 9. ernannt⁶²⁷.

621 H. Müller, a.a.O., S. 26; Noske, Von Kiel bis Kapp, S. 8-24.

622 Vorwärts und..., S. 108-122.

623 Kolb, a.a.O. S. 78.

624 Ill. Gesch, II, S. 116.

625 Ebenda, S. 116-117.

626 Kolb, a.a.O., S. 79.

627 Ill. Gesch, II, S. 117.

In Hamburg fand am Abend des 5. ein lange geplantes Treffen der unabhängigen Partei statt. Dittmann setzte sich gegen Matrosen durch, die die Organisation einer Demonstration für die Freilassung der Kieler Gefangenen forderten, und ließ einen Antrag von Wilhelm Düwell zur Wahl von Arbeiter*innenräten ablehnen⁶²⁸. In der Nacht organisierte ein Unteroffizier, der sich weigerte, sich geschlagen zu geben, Friedrich Zeller, ein Detachement von etwa zwanzig Matrosen und ging zum Hafen, um Unterstützung zu suchen. Mitten in der Nacht richteten sich etwa hundert von ihnen beim Gewerkschaftshaus ein und riefen zu einer zentralen Demonstration am Mittag auf⁶²⁹. Am Morgen wurde unter dem Anstoß einiger Aktivist*innen – vor allem des Jugendverantwortlichen, Friedrich Peter, eines Deserteurs, der heimlich nach Hamburg zurückgekehrt war – die Aktion organisiert und im Gewerkschaftshaus ein provisorischer Arbeiter*innenrat gebildet, mit zwei Präsidenten an dessen Spitze, Zeller und der örtliche unabhängige Leiter Kallweit⁶³⁰. Der improvisierte Stab der Revolution startete Abteilungen, um alle Kasernen zu besetzen: Peter fand den Tod bei der Schießerei vor einer von ihnen⁶³¹. Zum geplanten Zeitpunkt waren mehr als 40.000 Demonstrant*innen versammelt. Ein unabhängiger Leiter ließ per Akklamation den Arbeiter*innen- und Soldatenrat die politische Macht ergreifen. Der Linksradikale Fritz Wolffheim ließ die Parole »Räterepublik« billigen, Wilhelm Düwell die Absetzung des den Platz kommandierenden Generals und die Umstellung der Fabriken⁶³². Am Abend wurde der Arbeiter*innen- und Soldatenrat gegründet, dem der linksradikale Heinrich Laufenberg vorsah⁶³³. Währenddessen besetzte Paul Frölich an der Spitze einer Gruppe bewaffneter Matrosen die Räumlichkeiten und die Druckerei der Tageszeitung »Hamburger Echo« und brachte die erste Ausgabe der Zeitung des Hamburger Arbeiter*innen- und Soldatenrates heraus, die ebenfalls den Titel »Die Rote Fahne« trug⁶³⁴. Sie verkündet:

»Das ist der Anfang der deutschen Revolution, der Weltrevolution! Glückauf zur gewaltigsten Tat der Weltgeschichte!

Es lebe der Sozialismus!

Es lebe die deutsche Arbeiterrepublik!

Es lebe der Weltbolschewismus!«⁶³⁵

628 Kolb, a.a.O., S. 77.

629 Ebenda.

630 Ill. Gesch, II, S. 113.

631 Ebenda, S. 191.

632 Ebenda, S. 193.

633 Kolb, a.a.O., S. 77.

634 Vorwärts und..., S. 251.

635 Ill. Gesch. S. 192.

Die Revolution breitet sich wie ein Lauffeuer aus

Ausgehend von den Städten an der Küste breitete sich die Bewegung unwiderstehlich aus. In Düsseldorf gab es am 6. einen Kampf um einen Zug von Gefangenen, die in einem Bahnhof festgehalten wurden, und dort wurde der Arbeiter*innen- und Soldatenrat gebildet⁶³⁶.

In Bayern wurde die Bewegung nicht von den Matrosen gestartet, sondern von einer revolutionären Gruppe, die in den Reihen der Unabhängigen Partei agierte. Eisner, ein ehemaliger Revisionist, der durch den Pazifismus zum Radikalen geworden war, organisierte in München einen Diskussionszirkel, an dem etwa hundert Arbeiter*innen und Intellektuelle teilnahmen. Aus ihrer Mitte rekrutierten sich die ersten Mitglieder der Unabhängigen Partei in Bayern. Im Sommer 1918 gab es kaum mehr als 400 von ihnen, aber sie waren gut ausgebildete Kader, die einen entscheidenden Einfluss unter den Arbeiter*innen der Krupp-Fabrik ausübten und in der Lage waren, ein solides Netzwerk von Vertrauensleuten in anderen Unternehmen aufzubauen⁶³⁷. Sie knüpften auch enge Verbindungen zum sozialistischen Flügel des Bauernbundes, der von dem blinden Gandorfer geführt wurde⁶³⁸. Eisner bereitete die Revolution vor, indem er den Friedenswillen der Massen systematisch nutzte. Am 7. November führte er eine Friedensdemonstration in den Straßen Münchens an, bei der er den Generalstreik und die Erstürmung der Kaserne beschließen ließ. Der König floh und Eisner wurde Präsident des Arbeiter*innen- und Soldatenrates der Bayerischen Republik⁶³⁹.

In Halle waren es die Arbeiteraktivist*innen der Stadt, die am 6. November aus dem Zug stiegen und meuternde Matrosen anführten⁶⁴⁰. Sie rissen die Soldaten der 14. Chasseur mit und stürmten mit ihnen die anderen Kasernen. Der Matrose Karl Meseberg, ein ehemaliger lokaler Aktivist und Unabhängiger, leitete den Soldatenrat, der bald mit dem Arbeiter*innenrat verschmolz, der aus der Aktion eines Netzwerks von Delegierten unter Führung von Unabhängigen hervorging: Der Unabhängige Otto Kilian war der Vorsitzende des Arbeiter*innen- und Soldatenrats⁶⁴¹. In Erfurt ermöglichte ein Streik in Solidarität mit den Kieler Meuterern Betriebsversammlungen am 7. November und nach einer zentralen Versammlung die Wahl eines zentralen örtlichen Rats am selben Tag⁶⁴².

In Hanau kam es im Laufe des Tages zu Zusammenstößen zwischen einer Arbeiter*innendemonstration und Polizeikräften: Am selben Tag wurde ein Arbeiter*in-

636 Vorwärts und..., S. 472-477.

637 Kolb, a.a.O., S. 67.

638 Ebenda, S. 68.

639 Ebenda, S. 69-70.

640 Vorwärts und..., S. 367.

641 Ill. Gesch. II, S. 135.

642 Vorwärts und..., S. 426-427.

nen- und Soldatenrat unter dem Vorsitz des Spartakisten Schnellbacher eingesetzt⁶⁴³. In Braunschweig organisierten Matrosen von außerhalb am 7. November eine Demonstration und erwirkten die Öffnung der Gefängnistore, während die streikenden Arbeiter*innen einen Arbeiter*innenrat ernannten. Am 8. November dankte der Fürst ab und der Spartakist August Merges, Vorsitzender des Arbeiter*innen- und Soldatenrates, ernannte sich selbst zum Präsidenten der sozialistischen Republik Braunschweig⁶⁴⁴.

In Leipzig versuchte der kleine spartakistische Kern – etwa fünfundzwanzig Aktivist*innen – vergeblich, am 7. November eine Versammlung von Unabhängigen mitzureißen, um die Initiative zum Generalstreik zu ergreifen⁶⁴⁵. Doch an diesem Tag organisierten Matrosen aus den Häfen die ersten Straßendemonstrationen und riefen die Soldaten auf, sich zu erheben. Am 8. wurden die Kasernen gestürmt und ein Arbeiter*innen- und Soldatenrat proklamiert⁶⁴⁶. In Chemnitz lief fast alles glatt: Fritz Heckert kehrte am 8. November zurück; über die von ihm geleitete Baugewerkschaft und die unabhängige Partei, deren faktischer Leiter er war, gelang es ihm, gleichzeitig den Streik und die Wahl eines Arbeiter*innen- und Soldatenrates zu organisieren, in dem Mehrheitssozialdemokrat*innen mitwirkten; am 9. November wurde er dessen Vorsitzender⁶⁴⁷.

In diesen entscheidenden Tagen zögerten die Berliner Revolutionsführer*innen noch. Am 4. sammelten die Delegierten ihren Kern, sobald die Ereignisse in Kiel bekannt gegeben wurden. Liebknecht und Pieck schlugen vor, den Beginn der Aktion auf den 8. oder 9. November festzulegen. Aber die Mehrheit weigert sich, für diese Tage, die Lohntage sind, einen Streikaufruf zu erlassen. Sie beschließen lediglich, Abgesandte in die Provinzen zu schicken und Pieck mit der Abfassung eines Flugblattes über die Ereignisse in Kiel zu beauftragen. Neue Sitzung am 6.: Liebknecht, der in der Zwischenzeit vergeblich versucht hat, Däumig von Angesicht zu Angesicht zu überzeugen, besteht erneut darauf, dass der Aufstand durch Straßendemonstrationen vorbereitet wird. Bei der Abstimmung wurde er erneut geschlagen. Der Aufstand ist frühestens für Montag, den 11. November, beschlossen.

Am 7. traf sich der Vorstand der unabhängigen sozialdemokratischen Partei mit den Führer*innen der revolutionären Obleute und einigen Vertreter*innen der Provinzstädte im Hauptquartier dieser Partei. Otto Brass aus Remscheid und Dittmann kritisierten die am Vortag getroffenen Entscheidungen scharf, weil ihnen die Situation noch nicht reif erschien. Haase war noch zurückhaltender; er glaubte nicht an eine Revolution, sagte, der Kieler Aufstand sei eine »*impulsive Explosion*« gewesen,

643 F. Schnellbacher, Hanau in der Revolution, S. 13, zitiert nach Ill. Gesch, II, S. 128-129.

644 Ill. Gesch. II, S. 130.

645 Vorwärts und..., S. 406.

646 Ebenda, S. 407-408.

647 Ebenda, S. 469-470.

und er habe Noske versprochen, nichts zu tun, was die »Einheit« der sozialdemokratischen Parteien gefährden könnte. Liebknecht griff seine Vorschläge noch einmal auf, diesmal mit Unterstützung des Düsseldorfer Delegierten, aber der Ton hatte sich verschärft und er prangerte vehement »diese grob-mechanische Auffassung« der »superklugen Revolutionsfabrikanten« an. Noch einmal stellen sich ihm Däumig, Barth, Richard Müller, entgegen. Die Entscheidung des Aufstandes für den 11. wird beibehalten. Es wurde beschlossen, dass der unabhängige Vorstand als solcher die Verantwortung in einem öffentlichen Appell übernimmt, aber auch, dass es bis zum Tag X keine Aktion geben wird⁶⁴⁸.

Die Mehrheitssozialdemokrat*innen spürten den kommenden Sturm besser als sonst jemand. Seit dem 23. Oktober hatten ihre Minister die Abdankung Wilhelms II. gefordert⁶⁴⁹. Scheidemann und Ebert am 31. Oktober und eine gemeinsame Delegation der Partei und der Gewerkschaften am 3. November⁶⁵⁰ bestanden darauf, dass der Kanzler den Abgang des Kaisers forderte. Konrad Haenisch erklärte diese Haltung in einem privaten Brief:

»Es galt und gilt den Kampf gegen die immer gefährdender heraufziehende bolschewistische Revolution, die das Chaos bedeuten würde! Die Kaiserfrage steht mit der bolschewistischen Gefahr in engstem Zusammenhang. Man muss den Kaiser opfern, um das Land zu retten. Das hat mit dogmatischem Republikanismus schlechterdings gar nichts zu tun.«⁶⁵¹

Schließlich stellte die Sozialdemokratische Partei der Regierung ein Ultimatum: Wenn der Kaiser nicht bis zum 8. November abdanken würde, würde sie nichts mehr zu verantworten haben⁶⁵².

Am Morgen des 8. Oktobers zogen Otto Franke und Liebknecht gemeinsam Bilanz. Sie waren besorgt, denn die Zeit lief ab. Es wurde immer schwieriger, die Arbeiter*innen zurückzuhalten, die immer ungeduldiger wurden und Gefahr liefen, isolierte Aktionen zu starten. Darüber hinaus überwacht die Polizei die Verschwörer*innen genau und ist immer noch in der Lage, die Bewegung zu enthaupten. Schließlich bereitet sich die Mehrheitspartei, die Wind davon bekommen hat, darauf vor, sich umzudrehen und sich auf die Bewegung draufzusetzen. Jede verlorene Zeit stellt nun ein erhebliches Risiko für die Revolutionär*innen dar. Liebknecht versuchte, Dittmann davon zu überzeugen⁶⁵³.

Als sich die Obleute zur verabredeten Zeit an ihrem üblichen Treffpunkt trafen, erfuhren sie, dass ihr militärischer Spezialist Lindner – Leutnant Waltz – gerade

648 Pieck, a.a.O., S. 1507.

649 Scheidemann, Memoiren, II, S. 262.

650 Max von Baden, Erinnerungen und Dokumente, S. 539 und 591.

651 Zitiert von Kolb, a.a.O., S. 32.

652 Hermann Müller, a.a.O., S. 45.

653 Ill. Gesch. S. 204.

verhaftet worden war. Sie beschlossen, ihr Treffen in das Reichstagsgebäude zu verlegen⁶⁵⁴. Auf dem Weg dorthin wurde auch Däumig, der die Pläne für den Aufstand in seiner Aktentasche bei sich trug, verhaftet: Luise Zietz, die ihn begleitete, konnte entkommen und schlug Alarm. Jetzt gibt es kein Zurück mehr, denn die Polizei hat nun genug in der Hand, um alle zu verhaften. Doch die unabhängigen Führer*innen, Haases beraubt, der als Schlichter nach Kiel gegangen war, zögerten noch. Es war Barth, der – in Abwesenheit von Liebknecht – die Entscheidung traf: Es wurde beschlossen, ein Flugblatt zu verfassen und zu verbreiten, das zum Aufstand aufrief, um das kaiserliche Regime zu stürzen und eine Räterepublik zu errichten. Es wurde von zehn Personen unterzeichnet: Liebknecht und Pieck, Haase, Ledebour und Brühl sowie die revolutionären Obleute Barth, Franke, Eckert, Wegmann und Neuendorf⁶⁵⁵.

Liebknecht ist nicht da, denn er hat mit seinen spartakistischen Freund*innen beschlossen, die Unabhängigen und die Obleute vor vollendete Tatsachen zu stellen und mit ihrem Zaudern zu brechen: in Gesellschaft mit Ernst Meyer und im Namen des Spartakusbundes entwirft er ein weiteres Flugblatt – das auch seine Unterschrift tragen wird –, das die Arbeiter*innen zum Kampf für die Macht der Räte, die Verbindung mit dem russischen Proletariat im Kampf des Proletariats für die Weltrevolution aufruft⁶⁵⁶. Er weiß noch nicht, dass die Repression seine Verbündeten schließlich dazu gebracht hat, den Rubikon zu überschreiten.

Am Abend legten die Vertrauensmänner der sozialdemokratischen Partei in den Betrieben den Verantwortlichen ihre Berichte vor. Sie bekräftigten einhellig, dass die Arbeiter*innen in allen Betrieben bereit seien, am 9. November in Aktion zu treten, und dass es nicht in Frage kommen könne, sie von nun an zurückzuhalten⁶⁵⁷. Die Aufrufe zum Kampf werden Menschen erreichen, die ohnehin zum Kampf entschlossen sind.

Die Revolution ist nun eingeleitet. Diejenigen, die sie wollten und sie vorzubereiten suchten, diejenigen, die sie wollten, aber nicht an sie glaubten und wünschten, dass sie provoziert werde, diejenigen, die sie nicht wollten und sie bis zum letzten Moment bekämpft hatten, werden gemeinsam den Zug in Bewegung setzen. Die Nachrichten, die in der Nacht vom 8. auf den 9. aus allen Teilen Deutschlands eintrafen, bestätigten dies: Hier demonstrierten die Matrosen, dort die Soldaten, während die Arbeiter*innen streikten. Man ernennt Arbeiter*innen- und Soldatenräte. Die Gefängnisse wurden im Sturm erobert. »Die Rote Fahne«, Emblem der Weltrevolution, weht auf den öffentlichen Gebäuden.

654 Pieck, a.a.O., S. 1507.

655 Ebenda, S. 1508. Text in Emil Barth, Aus der Werkstatt der deutschen Revolution, S. 53.

656 Pieck, a.a.O., S. 1508. Text in Dok. u. Mat., II/2, S. 324-325.

657 Hermann Müller, a.a.O., S. 45.

Berlin, 9. November

Vom Morgenrauen an werden in allen Betrieben Flugblätter verteilt, die zum Aufstand aufrufen. Überall versammeln sich die Arbeiter*innen, und aus allen Industriebezirken marschieren sie in Richtung Zentrum der Hauptstadt. E. O. Volkmann schreibt in einem vielzitierten Absatz:

»Der Tag, den Marx und sein Freund Engels Zeit ihres Lebens herbeigesehnt haben, ist angebrochen. In der Hauptstadt des Reiches marschiert die Revolution. Der feste, taktmäßige Schritt der Arbeiterbataillone dröhnt von Spandau her und aus den Proletariervierteln im Norden und Osten Berlins gegen das Zentrum der Stadt, den Sitz der kaiserlichen Macht. Voraus die revolutionären Sturmtruppen Barths, Revolver und Handgranaten in der Faust, Frauen und Kinder an der Spitze. Hinter ihnen die Massen; Zehntausende; Radikale, Unabhängige, Mehrheitssozialisten durcheinander.«⁶⁵⁸

Die Morgenausgabe des »Vorwärts« warnte zwar vor »unüberlegten Handlungen«⁶⁵⁹, aber die Mehrheitssozialdemokrat*innen hüteten sich, sich einer Bewegung, von der sie wussten, dass sie unwiderstehlich war, in den Weg zu stellen. Ihre Vertrauensleute, die sich noch in den frühen Morgenstunden um Ebert versammelt hatten, waren kategorisch: Die Massen folgten den Unabhängigen und waren völlig außerhalb der Kontrolle der Mehrheitler*innen⁶⁶⁰. Was um jeden Preis vermieden werden muss, ist, dass die Garnison Widerstand leistet und es zu einem Straßenkampf kommt; dann wäre das Schlimmste möglich, nämlich eine blutige Revolution und die Macht in den Händen der Extremist*innen. Nun kam es in den Kasernen, in denen die Männer eingesperrt waren, zu Zwischenfällen. Ein Offizier des Naumburger Jägerregiments präsentierte sich dem »Vorwärts«: er sagte, seine Männer seien bereit, auf die Menge zu schießen⁶⁶¹. Dies wollten die Mehrheitler*innen um jeden Preis vermeiden. Otto Wels ging trotz der Warnungen in die Alexanderkaserne, redete vom Autodach aus auf die Männer ein und schaffte es, sie davon zu überzeugen, dass sie nicht auf das Volk schießen, sondern mit ihm in dieser friedlichen Revolution marschieren sollten⁶⁶². Die anderen Regimenter der Garnison folgten dem Beispiel der Jäger. Ein Stabsoffizier, Leutnant Colin Ross, informierte Ebert, dass das Oberkommando den Befehl gegeben hatte, nicht zu schießen⁶⁶³. Der »Vorwärts« gab

658 E. O. Volkmann, *La Révolution allemande*, S. 35 f. [Die deutsche Revolution, S. 47]. Cläre Derfert-Casper erwähnt in ihren Erinnerungen eine andere, wahrscheinlichere Reihenfolge: »Voran die bewaffneten Männer, dann die unbewaffneten Männer, und dann die Frauen«, Ill. Gesch II, S. 149.

659 Vorwärts, 9. November [Rückübersetzung aus dem Französischen]. Ein paar Stunden später rief eine Extraausgabe zum Generalstreik auf.

660 Hermann Müller, a.a.O., S. 46.

661 Ebenda, S. 47-48.

662 Ebenda, S. 48.

663 Ebenda, S. 49.

ein Extrablatt heraus: »*Es wird nicht geschossen*«⁶⁶⁴. Tatsächlich schoss man nicht - außer in einer Kaserne -; es gab vier Tote unter den Demonstrant*innen: unter ihnen war einer der spartakistischen Berliner Jugendverantwortlichen, Erich Habersaath, Arbeiter bei Schwartzkopf⁶⁶⁵. Trotz dieser Episode ging letztlich alles glatt, und die in den Fabriken geschlagenen Mehrheitssozialdemokrat*innen gewannen in den Kasernen verlorenen Boden zurück: als eine Arbeiter*innenkolonne unter Führung ehemaliger Redakteure der Tageszeitung versuchte, den »Vorwärts« zu erobern – die Erinnerung an seine Beschlagnahmung blieb lebendig –, stieß sie auf das bewaffnete Sperrfeuer der Maschinengewehrschützen der Naumberger Jäger, die sich zwei Stunden zuvor der Revolution angeschlossen hatten...⁶⁶⁶

Die Versammlung der sozialdemokratischen Vertrauensleute bestätigte auf Eberts Vorschlag hin, dass den Unabhängigen die Teilhabe an der Regierungsverantwortung angeboten werden sollte⁶⁶⁷. Aber Ebert, Scheidemann, Otto Braun warteten mehrere Stunden auf ein Treffen der unabhängigen Führung, das schließlich nicht stattfand⁶⁶⁸. Von den anwesenden unabhängigen Führer*innen war Dittmann bereit, den Mehrheitler*innenvorschlag zu akzeptieren, aber Ledebour lehnte ihn heftig ab⁶⁶⁹. Er informierte sofort den Kreis der revolutionären Obleute, die die Frage diskutierten, ohne eine Einigung zu erzielen. Ein improvisierter Kriegsrat um Barth teilte die Aufgaben auf: Liebknecht schloss sich den Kolonnen der auf das Schloss marschierenden Demonstrant*innen an, Eichhorn steuerte das Polizeipräsidium an, während der beliebte Adolf Hoffmann an der Spitze der Arbeiter*innen das Rathaus erreichte⁶⁷⁰.

Beim »Vorwärts« wurde in aller Hast ein Aktionsausschuss gebildet – der bald in »Arbeiter- und Soldatenrat« umbenannt wurde – aus zwölf Fabrikarbeiter*innen, allesamt Parteimitglieder, zu denen noch Ebert, Otto Braun, Wels und Eugen Ernst kamen⁶⁷¹. Es war dieser »Rat«, der in der Mittagsausgabe des »Vorwärts« den Aufruf zum Generalstreik und Aufstand für die Errichtung einer sozialen Republik machte⁶⁷². Die Sozialdemokrat*innen unterschrieben ihre Flugblätter mit den Zauberworten: »Arbeiterrat«, »Soldatenrat«, »Volkskomitee..«.

Die Unabhängigen diskutierten die Vorschläge der Mehrheit ausgiebig: Sie hatten sich noch nicht entschieden, als Ebert, Scheidemann, Otto Braun und der Gewerkschaftsleiter Heller mittags von Max von Baden empfangen wurden, der es sich nicht nehmen ließ, die Abdankung Wilhelms II. zu verkünden⁶⁷³. Ebert hatte Vorbehalte

664 Ebenda, S. 48.

665 Ill. Gesch. S. 206.

666 Hermann Müller, a.a.O., S. 49.

667 Ebenda, S. 50.

668 Ill. Gesch. S. 208.

669 H. Müller, S. 50 und Pieck, a. a. O., S. 1058.

670 Ebenda, S. 1058.

671 Ebd., S. 49.

672 Dok. u. Mat., II/2, S. 330.

673 H. Müller, a.a.O., S. 51.

gegen das künftige Schicksal des kaiserlichen Regimes, erklärte sich aber bereit, das Amt des Reichskanzlers im Rahmen der Verfassung zu übernehmen. Er rief sofort zu Ruhe und Disziplin auf und verlangte die Aufrechterhaltung der Ordnung⁶⁷⁴. Um 13 Uhr informierte er die Unabhängigen über die neue Situation und bekräftigte sein Angebot, die Regierungsverantwortung zu teilen. Als Oskar Cohn ihn fragte, ob er bereit sei, den Eintritt Liebknechts in die Regierung zu akzeptieren, antwortete er, dass seine Partei nichts kategorisch ausschließe. Die Unabhängigen setzten ihre Debatte fort und versicherten, dass sie ihre Antwort um 6 Uhr geben würden⁶⁷⁵.

In dieser Zeit schwenkt die siegreiche Menge, erhaben, mächtig, in den Straßen Berlins ihre Fahnen, skandiert ihre Losungen, singt und eilt den Führer*innen nach, die ein Ziel vorschlagen. Die im Polizeipräsidium postierten Jäger kapitulierten kampflos vor den von Eichhorn angeführten Menschen und gaben ihre Waffen an die Angreifer*innen ab. Sechshundert politische Gefangene wurden freigelassen und Emil Eichhorn bezog das Büro des Präfekten, wo er dessen Funktionen übernahm⁶⁷⁶. Seit 13 Uhr musste das Moabiter Gefängnis unter den Angriffen von Soldaten und bewaffneten Arbeiter*innen seine Türen öffnen und viele politische Gefangene, sowohl zivile als auch militärische, freilassen, darunter auch Leo Jogiches, den Organisator von Spartakus. Ein paar Offiziere versuchten, vor der Universität und dann vor der Preußischen Staatsbibliothek Widerstand zu organisieren. Die Menge fogte sie weg und das Reichstagsgebäude fiel, ohne einen abgefeuerten Schuss⁶⁷⁷. Zehntausende Berliner*innen versammelten sich vor dem Gebäude: Scheidemann versuchte vom Balkon aus, sie zur Ruhe zu bringen, gab dann aber dem Geschrei nach und beschloss, die Republik auszurufen – eine quasi revolutionäre Initiative, die ihm Ebert noch heftig vorwerfen sollte⁶⁷⁸. Wenig später ließ Liebknecht, der bereits vom Dach eines Wagens aus eine Ansprache an die Menge hielt, im kaiserlichen Palast per Akklamation die »deutsche sozialistische Republik« ausrufen. Dazu, auf dem Balkon der Hohenzollernvilla gestiegen, verkündete er:

»Die Herrschaft des Kapitalismus, der Europa in ein Leichenfeld verwandelt hat, ist gebrochen. Wir rufen unsere russischen Brüder zurück. Sie haben bei ihrem Abschied zu uns gesagt: ›Habt Ihr in einem Monat nicht das erreicht, was wir erreicht haben, dann wenden wir uns von Euch ab.‹ Und nun hat es kaum vier Tage gedauert. (...) Wenn auch das Alte niedergerissen ist (...) dürfen wir doch nicht glauben, dass unsere Aufgabe getan sei. Wir müssen alle Kräfte anspannen, um die Regierung der Arbeiter und Soldaten aufzubauen und eine neue staatliche Ordnung des

674 Dok. u. Mat., II/2, S. 333.

675 H. Müller, a.a.O., S. 52.

676 E. Eichhorn, Meine Tätigkeit im Berliner Polizeipräsidium und mein Anteil an den Januar-Ereignissen, S. 8.

677 Ill. Gesch, II, S. 152.

678 H. Müller, a.a.O., S. 53. Scheidemann, Memoiren, II, S. 313.

Proletariats zu schaffen, eine Ordnung des Friedens, des Glücks und der Freiheit unserer deutschen Brüder und unserer Brüder in der ganzen Welt. Wir reichen ihnen die Hände und rufen sie zur Vollendung der Weltrevolution auf.

Wer von Euch die freie sozialistische Republik Deutschland und die Weltrevolution erfüllt sehen will, erhebe seine Hand zum Schwur.»⁶⁷⁹

Ein Wald von Armen erhob sich.

Die Revolutionsführer*innen debattieren noch. Ledebour, entschlossen, jede Form der Zusammenarbeit mit den Mehrheitler*innen abzulehnen, schien zunächst eine Mehrheit hinter sich zu scharen. Aber bald erschienen die ersten Delegationen von Soldaten, einige spontan, andere, sehr zahlreich, organisiert von den Mehrheitler*innen, wie die von Max Cohen-Reuss, einem alten Mehrheitler und frischgebackenen Soldaten, angeführte. Alle forderten die Einheit der Sozialist*innen, ihr Bündnis mit der Regierung zur Verteidigung der Revolution, des Friedens und der Brüderlichkeit. Andere Delegationen, vor allem von Arbeiter*innen, forderten den Eintritt von Liebknecht in die Regierung als Garantie für den Friedenswillen der deutschen Revolution. Als Liebknecht am Ende des Nachmittags eintraf, meinte er, dass es für die Unabhängigen unmöglich sei, jede Zusammenarbeit mit den Mehrheitler*innen kategorisch abzulehnen, wie Ledebour es vorschlug, ohne Gefahr zu laufen, nicht verstanden zu werden und den Massen als Feind der Einheit zu erscheinen, nach der sie strebten⁶⁸⁰. Unterstützt von Richard Müller und Däumig setzte er sechs Bedingungen durch: Ausrufung der deutschen sozialistischen Republik, Übergabe der legislativen, exekutiven und judikativen Macht an die gewählten Vertreter*innen der Arbeiter*innen und Soldaten, keine bürgerlichen Minister, Beteiligung von Unabhängigen, die auf die für den Abschluss des Waffenstillstands notwendige Zeit beschränkt war, technische Ministerien, die einem rein politischen Kabinett unterstellt waren, und paritätische Vertretung der sozialistischen Parteien im Kabinett⁶⁸¹. Nur Ledebour sprach sich gegen eine Teilnahme aus, auch unter diesen Bedingungen⁶⁸².

Um 20.00 Uhr wurde die Antwort der unabhängigen Führer*innen schließlich den Mehrheitler*innen mitgeteilt: Diese hatte in der Zwischenzeit einen neuen Ansatz versucht und bekräftigt, dass die für die Unterzeichnung des Waffenstillstands zuständige Delegation erst nach der Regierungsbildung abreisen würde. Um 21.00 Uhr erreichte die Antwort der Mehrheitspartei die Unabhängigen. Die Führer*innen von Eberts Partei stimmten nur den letzten beiden Bedingungen zu und lehnten die ersten vier ab. Für sie konnte nur eine in allgemeinen Wahlen gewählte verfassungs-

679 Vossische Zeitung, 10. November 1918; Ill. Gesch. S. 209-210. [Auch in Karl Liebknecht, Gesammelte Reden und Schriften, Band 9, S. 594 f.]

680 Pieck, a.a.O., S. 1058.

681 Ill. Gesch. S. 210; Vorwärts, 10. November 1918.

682 Pieck, a.a.O., S. 1058.

gebende Versammlung über den Charakter des deutschen Regimes entscheiden, und die provisorische Regierung musste so lange im Amt bleiben, bis sie einberufen und gewählt war. Vor allem bekräftigten sie ihre Feindschaft gegen jede »Klassendiktatur« und wollten die Beteiligung bürgerlicher Parteien an der Regierung⁶⁸³. Tief gespalten vertagten die unabhängigen Führer*innen, die immer noch ohne Haase waren, ihre endgültige Entscheidung auf den nächsten Tag⁶⁸⁴. Abends erschienen in Berlin die beiden linksradikalen Tageszeitungen, die in den Räumen der tagsüber besetzten großen Tageszeitungen gedruckt wurden: »Die Internationale«, das unabhängige Organ, und »Die Rote Fahne«, das spartakistische Organ⁶⁸⁵.

Um 22 Uhr trafen sich die revolutionären Obleute, zu denen sich mehrere hundert Vertreter*innen der aufständischen Arbeiter*innen gesellten, unter dem Vorsitz von Barth im großen Sitzungssaal des Reichstages⁶⁸⁶. Die Versammlung, die sich provisorisch als Arbeiter*innen- und Soldatenrat der Hauptstadt betrachtete, beschloss, für den folgenden Tag, den 10. November, um 10.00 Uhr Versammlungen in den Fabriken und Kasernen einzuberufen; man würde Delegierte – eineR für je 1.000 Arbeiter*innen und eineR für jedes Bataillon – wählen für die für 17.00 Uhr im Zirkus Busch anberaumte Generalversammlung, um die neue revolutionäre Regierung zu bestimmen⁶⁸⁷. Die Mehrheitssozialdemokrat*innen, deren im Laufe des Tages erzwungene Positionen durch diese Entscheidung bedroht sein könnten, protestierten zu diesem Zeitpunkt nicht; aber sie würden die Nacht damit verbringen, sich auf diese entscheidende Schlacht vorzubereiten.

Die Installation der Regierung Ebert

Die Rolle von Wels war im Verlauf des 9. entscheidend gewesen; seine weitgehend improvisierte Aktion hatte es den Mehrheitssozialdemokrat*innen tatsächlich ermöglicht, die notwendige Unterstützung in der Berliner Garnison zu finden. So unterzeichnete am Abend eine Gruppe von Offizieren, darunter Leutnant Colin Ross, einen Aufruf an die Offiziere, bei der Aufrechterhaltung der Ordnung mitzuwirken und die neue Regierung zu unterstützen⁶⁸⁸. Nun galt es für die Mehrheitler*innen, diese Unterstützung systematisch zu organisieren und für die Generalversammlung des Zirkus Busch zu nutzen.

In der Nacht vom 9. auf den 10. entwarf und ließ Wels 40.000 Exemplare eines Flugblattes drucken, das er *»an alle Truppenteile, welche auf dem Boden der Politik*

683 Ebenda, S. 58.

684 Ebd., S. 58.

685 Pieck, a.a.O., S. 1058.

686 Ebenda und H. Müller, a.a.O., S. 58.

687 H. Müller, a.a.O., S. 58.

688 Text in Hermann Müller, S. 61.

stehen, die der ›Vorwärts‹ vertritt«⁶⁸⁹, richtete. Er wurde von Ebert zum Militärkommandanten der Hauptstadt ernannt⁶⁹⁰, und Oberst Reinhard gab allen Einheitskommandanten den Befehl, dass die von ihm akkreditierten Männer freien Zugang zu den Kasernen haben sollten⁶⁹¹. Das Motto der Aktion der Wels-Leute war durch die Schlagzeile des »Vorwärts« vorgegeben: »Kein Bruderkampf!«⁶⁹²

Haase kam in der Nacht an. Zuerst war er geneigt, die Teilnahme zu verweigern, änderte aber seine Meinung, als der Vorstand um 10 Uhr morgens zusammentrat und darauf bestand, dass die unabhängige Partei die Eintracht aller Sozialist*innen nicht behindern dürfe, indem sie ihre Bedingungen vom Vortag in vollem Umfang beibehielt. Weder Liebknecht noch die Führer*innen der revolutionären Obleute, die durch Vorbereitungen und Fabriktreffen oder -versammlungen in Beschlag genommen waren, waren anwesend, aber Liebknecht, der informiert worden war, ließ wissen, dass er sich nicht an der Regierung beteiligen würde, wenn die unabhängige Partei auf ihre Bedingungen verzichten würde⁶⁹³. Trotzdem gingen die Gespräche ohne ihn weiter, und schließlich einigten sich die Vertreter*innen der beiden sozialdemokratischen Parteien um 13:30 Uhr auf einen Text:

»Das Kabinett darf nur aus Sozialdemokraten bestehen, die als Volksbeauftragte gleichberechtigt nebeneinanderstehen.

Für die Fachminister gilt diese Beschränkung nicht; sie sind nur technische Assistenten des entscheidenden Kabinetts. Jedem von ihnen werden zwei Mitglieder der sozialdemokratischen Parteien mit gleichen Rechten zur Seite gestellt.

Die politische Gewalt liegt in den Händen der Arbeiter- und Soldatenräte, die zu einer Vollversammlung aus dem ganzen Reiche alsbald zusammenzuberufen sind.

Die Frage der konstituierenden Versammlung wird erst nach der Konsolidierung der durch die Revolution geschaffenen Zustände aktuell und soll deshalb späteren Erörterungen vorbehalten bleiben.«⁶⁹⁴

Die Führer*innen der beiden Parteien einigten sich auch auf Namen: zu Ebert, Scheidemann und Landsberg, die am Vortag von der Mehrheit nominiert worden waren, sollten Dittmann, Haase und Barth für die Unabhängigen hinzukommen⁶⁹⁵.

Um 14 Uhr versammelte Wels in den Büroräumen des »Vorwärts« die Vertrauensleute seiner Partei in den Betrieben und die Delegierten der Soldaten, um die Besprechung im Zirkus Busch vorzubereiten, bei der es darauf ankam, die auf dem

689 Ebd., S. 62.

690 Ebd., S. 82.

691 Kolb, a.a.O., S. 117, Nr. 6.

692 Vorwärts, 10. November 1918. [Seite 1, Spalte 3]

693 Ill. Gesch. S. 211.

694 Ebd., S. 210-211.

695 H. Müller, a.a.O., S. 65.

Gipfel getroffene Vereinbarung zu ratifizieren. Er erklärte den Soldaten, dass es gegen die Anhänger*innen der Macht der Arbeiter*innen allein notwendig sei, die Rechte »des ganzen Volkes« zu verteidigen und die Wahl einer Nationalversammlung zu fordern⁶⁹⁶. Einer der anwesenden Verantwortlichen an seiner Seite, Richard Fischer, erkannte in der Menge der Soldaten den Sohn eines Veteranen der Partei: So wurde der Gefreite Brutus Molkenbuhr zum Führer der Mehrheitlersoldaten⁶⁹⁷.

Die Versammlung begann mit einer erheblichen Verzögerung. Mehr als 1.500 Delegierte besetzten den Saal, oben die Arbeiter*innen, unten die Soldaten, die die Tribüne einrahmten⁶⁹⁸. Die Stimmung war stürmisch, die Redner*innen wurden häufig unterbrochen, Waffen wurden geschwungen und es kam zu Schlägereien. Der fast nicht vorhandene Sicherheitsdienst hatte viele Menschen ohne Mandat eintreten lassen: Mehrmals kam es zu Schlägereien und es wurde befürchtet, dass Schüsse fallen würden. Barth führte den Vorsitz als Vertreter des »Arbeiterrats«: Er ließ ohne Schwierigkeiten die Zusammensetzung eines Präsidiums bestätigen, das vielleicht Gegenstand einer vorherigen Verhandlung gewesen war: Leutnant Waltz war Vizepräsident, Brutus Molkenbuhr Sekretär. Dann übergab er das Wort an Ebert, um die Situation zu erklären:

»Die Waffenstillstandsbedingungen, die uns die Kapitalisten und Imperialisten der Entente auferlegen, sind furchtbar schwer, aber wir müssen sie annehmen, um mit dem Blutvergießen endlich ein Ende zu machen.«⁶⁹⁹

Er verkündete den Delegierten, dass sich die beiden sozialdemokratischen Parteien darauf geeinigt hätten, eine gemeinsame Regierung ohne bürgerliche Minister zu bilden. Ihm folgte Haase, der in dieselbe Richtung sprach und die Vereinbarung bestätigte.

Liebknecht, sehr ruhig, aber beißend, hatte es nicht leicht: Die überwältigende Mehrheit der Soldaten war gegen ihn, zerschlug seine Rede mit Unterbrechungen und Beleidigungen, bedrohte ihn sogar mit ihren Waffen und skandierte: »Einigkeit! Einigkeit!« bei jedem seiner Angriffe auf die Mehrheitler*innen. Er warnte die Delegierten vor den Illusionen der Einheit, erinnerte an die Zusammenarbeit der Mehrheitler*innen, »von jenen, die heute mit der Revolution gehen und vorgestern noch Feinde der Revolution waren«, mit dem Generalstab, prangerte die Manöver an, die darauf abzielen, die Soldaten gegen die Arbeiter*innen einzusetzen, wiederholte:

696 Ebenda, S. 69.

697 Ebenda, S. 70.

698 Wir sind hier der Darstellung in der Vossischen Zeitung vom 11. November 1918 gefolgt, die wir mit den Angaben von H. Müller (a.a.O., S. 70-72, und R. Müller, S. 3637) verglichen haben. Ein stenografischer Bericht über dieses Treffen existiert im Berliner I.M.L. (»I.M.L.Z.P.A.«, Nr. 11/18, Informationsstelle der Reichsregierung, 45 f.). Auszüge aus diesen stenographischen Notizen zitiert J. S. Drabkin, a. a. O., S. 165-167.

699 Vossische Zeitung, [No. 577] 11. November 1918 [Morgenausgabe, S. 1, Spalte 3, »Die Versammlung im Zirkus Busch«]

»Die Gegenrevolution ist bereits auf dem Marsche, sie ist bereits in Aktion [...] Sie ist bereits hier unter uns!«⁷⁰⁰

Bei der Wahl des Vorstandes der Berliner Räte kommt es zu einer konfusen Auseinandersetzung. Barth schlug zunächst vor, das Präsidium der Versammlung zu wählen, das aus achtzehn Mitgliedern, neun Soldaten und neun Arbeiter*innen, bestand. Richard Müller legt eine von den revolutionären Obleute erstellte Liste vor, die Mitgliedern des Kerns umfasst, der den Aufstand vorbereitete, und neben den Hauptobleuten auch Barth, Ledebour, Liebknecht und Rosa Luxemburg enthält. Aber die Soldaten schrien noch lauter. Der sozialdemokratische Abgeordnete Büchel forderte daraufhin eine paritätische Vertretung der beiden Arbeiter*innenparteien. Ebert unterstützt ihn; Barth und Richard Müller bekämpfen seinen Vorschlag. Die Soldaten fuchtelten mit ihren Waffen und skandierten »Parität!« Ebert tat so, als ob er den Vorschlag von Büchel zurückziehen würde. Aber ein Druckereiarbeiter sagte, dass keine Zeitung erscheinen würde, bis eine paritätische Regierung eingesetzt würde. Ein Delegierter der Soldaten sagte, dass sie einen eigenen Vollzugsrat bilden würden, wenn man sich nicht auf eine Parität einigen würde. Die Forderung nach Parität in der Arbeit*innenvertretung war in der Tat exorbitant, da die Sozialdemokrat*innen weit davon entfernt waren, in den Fabriken eine mit den Unabhängigen vergleichbare Vertretung zu haben. Also formulierte der einstimmige Vorstand, einschließlich der Sozialdemokraten, einen Kompromissvorschlag: neun Unabhängige und drei Mehrheitler*innen zur Vertretung der Arbeiter*innen. Aber die Soldaten, unterstützt von Wels' Männern, setzten ihre Blockade fort. Barth gab schließlich nach und unterbreitete einen Vorschlag, der ihren Forderungen entsprach: ein Vollzugsrat, die sich aus zwölf Delegierten der Soldaten, mehrheitlich Sozialdemokraten oder von ihnen beeinflusst, und zwölf Delegierten der Arbeiter*innen zusammensetzte, unter ihnen sechs »Mehrheitler« und sechs Unabhängige. Liebknecht, dessen Name zusammen mit denen von Pieck und Rosa Luxemburg vorgeschlagen wurde, um auf der Liste der sechs unabhängigen Delegierten zu erscheinen, lehnte entrüstet ab und protestierte gegen diese grobe Verletzung der elementarsten Demokratie, in der eine lärmende Minderheit der Mehrheit letztlich verbot, sich durch eine Abstimmung zu äußern. Schließlich erklärten sich sechs Mitglieder der Kerngruppe der revolutionären Obleute bereit, sich als Vertreter der »unabhängigen« Fraktion der Arbeiter*innendelegierten zur Wahl zu stellen: das sind Barth, Richard Müller, Ledebour, Eckert, Wegmann und Neuendorf. Nach einer kurzen Unterbrechung der Sitzung kam Richard Müller im Namen der gewählten Vertreter, um der Versammlung die Ratifizierung der Liste der sechs bereits von ihren jeweiligen Parteien benannten Volksbeauftragten vorzuschlagen und die Sitzung wurde vertagt⁷⁰¹.

⁷⁰⁰ Zitiert von Drabkin, a.a.O. S. 166.

⁷⁰¹ Ebenda und Drabkin, a.a.O. S. 165-167.

Der zweite Tag der deutschen Revolution sah also die Sozialdemokrat*innen, die alles getan hatten, um sie zu verhindern, einen unbestreitbaren Sieg erringen: ihr Chef Ebert, Reichskanzler von Max von Badens Gnaden, Volksbeauftragter von den Stäben der beiden sozialdemokratischen Parteien Gnaden, sah seine Stellung durch die erste Versammlung der Räte der Hauptstadt ratifiziert und wurde zugleich Chef der legalen Regierung und der revolutionären Regierung.

Man sollte die Bedeutung der Niederlage der Revolutionär*innen am zweiten Tag der Revolution jedoch nicht übertreiben: Die Revolution hatte gerade erst begonnen. Zumindest denkt man das in Moskau, wo es zu spontanen Freudentemonstrationen kommt. Radek wird später schreiben:

»die Zehntausende von Arbeitern (begannen) zu jubeln. Etwas Ähnliches habe ich niemals wieder gesehen. Bis zum späten Abend zogen die Reihen der Arbeiter, Arbeiterinnen und Rotarmisten vorbei. Die Weltrevolution war gekommen. Unsere Einsamkeit war zu Ende.«⁷⁰²

702 Krasnaja Nov, Nr. 10, 1926, S. 140. Deutsche Übersetzung, »November. Eine kleine Seite aus meinen Erinnerungen«, Archiv für Sozialgeschichte, II, 1962, [S. 119-166, hier] S. 121. (Spätere Referenzen: Radek, November...)

Kapitel IX: Doppelherrschaft

Die westlichen Historiker*innen haben allgemein die Sichtweise vertreten, nach der die deutsche Revolution vom November 1918 keine wirkliche Revolution gewesen sei. Sie unterstreichen die Bedeutungslosigkeit des Handelns der deutschen Räte, ihre Improvisationen, ihr Zögern und schließlich ihre Ohnmacht. Sie vergleichen sie mit den russischen Verwirklichungen und ziehen den Schluss, dass die deutschen Räte keine wirklichen Sowjets waren, sondern kurzlebige Organismen, vergängliche Formen, geboren aus einer vorübergehenden Schwärmerei und einer etwas romantischen Mode⁷⁰³. Die offiziellen Interpretationen in der DDR führen manche Historiker*innen heute zu ähnlichen Positionen: Während Bolschewiki und Spartakisten 1918 in der Entwicklung der Arbeiter*innen- und Soldatenräte in Deutschland den Beweis für den proletarischen Charakter der deutschen Revolution sahen, konnte ein ostdeutscher Fachmann in einer öffentlichen Diskussion behaupten, dass die deutschen Räte »Machtorgane der Bourgeoisie« waren, und für einige unter ihnen waren sie das von Anfang an⁷⁰⁴.

Für die einen geht es darum, zu zeigen, dass eine Sowjetrevolution, ein Staatsapparat, der auf der Grundlage einer Rätepyramide aufgebaut ist, in einem fortgeschrittenen Land eine Utopie ist. Für die anderen gilt es zu beweisen, dass keine Revolution einen proletarischen Charakter annehmen kann ohne die »feste Leitung« einer Partei »vom marxistisch-leninistischen Typ.« Beide Thesen sind parteiisch, spiegeln aber eine gewisse Wahrheit wider: es fehlte den deutschen Sowjets von 1918 das abgestimmte Vorgehen des geduligen Erklärens, das die Bolschewiki in Russland durchgeführt hatten und die es ihnen ermöglicht hatte, zwischen Februar und Oktober die Sowjets und ihre Autorität zu stärken und die Mehrheit in ihnen zu gewinnen, um sie in den Kampf um die Macht zu ziehen.

Aber es wäre falsch, einen Vergleich zwischen den deutschen Räten vom November 1918 und den russischen Sowjets vom November 1917 anzustellen. Wir müssen die Sowjets vom Februar 1917 zu Rate ziehen, die ebenso aus einer in großen Teilen spontanen Aktion hervorgingen, bevor die große politische Auseinandersetzung um die Macht stattgefunden hatte. Trotz der Schwäche ihrer Organisation spielen die deutschen Revolutionär*innen bei der Konstituierung der Räte eine wichtigere Rolle

⁷⁰³ Die Befürworter dieser These stützen sich insbesondere auf die Münchner Räte, die für ihre Darstellung günstiger sind.

⁷⁰⁴ W. Kleen, »Über die Rolle der Räte in der Novemberrevolution«, ZtG, 1956, Nr. 2, S. 326-330.

als die Bolschewiki bei derjenigen der Sowjets. Die Bourgeoisie irrte sich nicht, in Deutschland nicht mehr als in den Ländern der Entente.

In Wirklichkeit erscheinen am Tag nach dem 9. November die Chancen der deutschen Räterevolution ernster, als es die der russischen Räterevolution im Februar waren. In allen Arbeiter*innenzentren jedenfalls sind die Räte zwischen dem doppelten Einfluss der Mehrheitler*innen und der Unabhängigen gespalten. Aber in Russland hatten im Februar die Menschewiki und die Sozialrevolutionäre überall die Mehrheit, auch im Petrograder Sowjet. In Deutschland dagegen führen die Revolutionär*innen, linke Unabhängige, IKD oder Spartakist*innen, Anhänger*innen der Diktatur des Proletariats, einige der wichtigsten Räte: Richard Müller in Berlin, Kurt Eisner in München, Rück in Stuttgart, Heckert in Chemnitz, Lipinski in Leipzig, Merges in Braunschweig, Laufenberg in Hamburg stehen Arbeiter*innen- und Soldatenräten vor, deren Autorität auf ganze Regionen ausstrahlt. Im Übrigen liegt in der stürmischen Geburt der deutschen Räte anscheinend weder mehr noch weniger Unordnung als in der der Sowjets, oder später 1936 in den Komitees oder den *consejos* Spaniens sein wird.

Die Arbeiter*innen- und Soldatenräte

Der wesentliche Unterschied zwischen den deutschen Räten vom November 1918 und den Sowjets vom Februar 1917 liegt in dem Platz, den die alten Arbeiter*innenparteien und die Gewerkschaften einnehmen. Sie erklärt sich vor allem aus der unterschiedlichen Tradition in den Ländern, die in Russland die Sowjets zur Organisationsform schlechthin macht, während in Deutschland die politischen und gewerkschaftlichen Apparate ein fester und bestimmender Faktor des Arbeit*innenlebens sind.

In Köln kam es nach dem Versuch, einen Wohlfahrtsausschuss aus Vertreter*innen der bürgerlichen Parteien, darunter Dr. Konrad Adenauer, zu bilden⁷⁰⁵, dazu, dass die örtlichen Leiter*innen der sozialdemokratischen Parteien in einer gemeinsamen Sitzung am 8. Oktober einen Arbeiter*innenrat konstituierten, den sie in einer Sitzung am Nachmittag per Akklamation bestätigen ließen⁷⁰⁶. In Kassel konstituierten sich der Rat und sein Aktionskomitee am 9. nach Gesprächen zwischen den Gewerkschaften und den beiden Arbeiter*innenparteien. Es wurde am 13. von einer Versammlung von 600 gewählten Delegierten der Arbeiter*innen und Soldaten »bestätigt«⁷⁰⁷. In Breslau luden die Sozialdemokratische Partei und das katholische Zentrum am 9. die Unabhängigen ein, mit ihnen ein »Volkskomitee« zu bilden, dem der Sozialdemokrat Paul Löbe vorsitzen sollte: Dieses Komitee wurde am 13. von den

⁷⁰⁵ Tormin, a.a.O. S. 59.

⁷⁰⁶ Kolb, a.a.O., S. 83 und 92.

⁷⁰⁷ Ebenda, S. 92.

30.000 Teilnehmer*innen einer Versammlung »gewählt«⁷⁰⁸. Ein ähnliches Verfahren führte zu Arbeiter*innenräten mit Vertretern des Zentrums und der christlichen Gewerkschaften in Duisburg, Recklinghausen und Bielefeld, wo die Operation von dem Sozialdemokraten Severing geleitet wurde⁷⁰⁹.

Im Großen und Ganzen bleiben diese Verfahren die Ausnahme und sind nur dort anwendbar, wo die revolutionäre Bewegung durch die Initiativen von Politiker*innen oder Apparatsmenschen gestoppt wurde oder ihnen sogar vorausging. Die Räteidee, auch wenn sie in der revolutionären Ideologie unklar ist, trägt dennoch einen demokratischen Anspruch in sich, der nicht gut zu vorgefertigten Wahlen oder Abstimmungen per Akklamation passt. Die meiste Zeit wollen die Arbeiter*innen einen gewählten Rat. Getreu ihrem »demokratischen Prinzip« traten die Sozialdemokrat*innen dann für Wahlen auf territorialer Basis, nach Bezirken, ein: Das Wahlrecht war »allgemein« und die Notabeln sowie die politischen Apparate gewannen, wie bei gewöhnlichen Wahlen, über Kandidat*innen, die für ihre Klassenpositionen bekannt waren. So in Dresden, wo die vom provisorischen Rat organisierten Wahlen nach Bezirken den Sozialdemokrat*innen 47 von 50 Gewählten im »Arbeiter*innen«-Kolleg und 40 von 50 im »Soldaten«-Kollegium bescherten⁷¹⁰. Der Dresdner Arbeiter*innen- und Soldatenrat unter dem Vorsitz des sozialdemokratischen Gewerkschafters Neuring sollte fortan einer der konservativsten sein⁷¹¹.

Überall sonst wurden die Wahlen in den Betrieben nach dem Prinzip der Diktatur des Proletariats abgehalten, wo das Wahlrecht auf der Grundlage von Produktionseinheiten organisiert war. In Berlin wählen die Arbeiter*innen in den großen Betrieben einen Delegierten pro 1000 Wähler*innen, anderswo einen pro Bruchteil von 1000⁷¹². In Frankfurt am Main sind es 1 von 400⁷¹³, in Hamburg und Leipzig 1 von 600⁷¹⁴, in Stuttgart 1 von 300⁷¹⁵, in Bremen 1 von 180⁷¹⁶.

Die Mehrheitssozialdemokrat*innen riefen an mehreren Stellen zum Boykott der Wahlen in den Betrieben auf. In Braunschweig forderten sie im Vorfeld die Zusage einer paritätischen Vertretung im Vollzugsrat, unabhängig vom Ausgang der Wahlen. Sie stoßen auf Ablehnung und treten nicht an. Die 5.454 Wähler mussten fünfundzwanzig Namen aus einer vom provisorischen Rat erstellten Liste von fünfzig Namen wählen⁷¹⁷. In Stuttgart hingegen erlangten sie nach der Verhaftung der Mitglieder des ersten provisorischen Rates bei den Wahlen eine absolute Mehrheit mit 155 von 300

708 Ebenda.

709 Ebenda, S. 91-92.

710 Ebenda, S. 96.

711 Ill. Gesch. S. 381.

712 Drabkin, a.a.O. S. 159, Fn. 2.

713 Kolb, a.a.O. S. 94-95.

714 Ebenda, S. 94.

715 Ebenda, S. 95-96.

716 Ebenda, S. 94.

717 Kolb, a.a.O., S. 95.

Delegierten, gegenüber 90 für die Unabhängigen. In Leipzig, wo es nach der Spaltung keine Mehrheitsorganisation mehr gab, gehörten fast alle gewählten Vertreter*innen der Unabhängigen Partei an. In Bremen hatten die Linksradikalen 24 Delegierte, gegen 13 der Mehrheitler*innen und 9 der Unabhängigen: Die Mehrheitler*innen nahmen teil. In Hamburg stimmten sie jedoch nur zu, wenn die anderen Gruppen versprachen, dass sie im Vollzugsrat vertreten sein würden⁷¹⁸.

Wann immer sich bei den Betriebswahlen eine Mehrheit gegen sie bildet, berufen sich die örtlichen sozialdemokratischen Führer*innen und die Gewerkschaftsführer*innen auf die Einheit und das Abkommen vom 9. November in Berlin, um eine paritätische Vertretung im Vollzugsrat zu erreichen. Ihre Forderungen decken sich jedoch mit einem ständigen Anliegen der gewählten Vertreter*innen: ihre Autorität durch die Teilnahme von Vertreter*innen der Parteien und Gewerkschaften in den Räten als solche zu verstärken. Dem Vollzugsrat von Leipzig gehörten neben 10 Arbeiter*innen und 10 Soldaten auch 3 Vertreter*innen der unabhängigen sozialdemokratischen Partei an. Der Hamburger Vollzugsrat bestand aus 18 gewählten Vertreter*innen, 9 von jedem Kollegium und 12 von Organisationen, 3 von jeder politischen Organisation, Mehrheitler*innen, Unabhängigen und Linksradikalen, und 3 vom örtlichen Gewerkschaftsbund. In der Mehrzahl der Fälle geht es zu wie in Berlin: Die Unabhängigen verzichten zu ihrem Nachteil auf die proportionale Vertretung und akzeptieren die Parität im Vollzugsrat, auch wenn sie die Mehrheit im Rat haben: so in Frankfurt am Main, Dortmund, Erfurt und in der Mehrzahl der Industriestädte. Sie bilden keine Vollzugsräte, wo sie eine Mehrheit haben, nur da, wo die Regierungssozialdemokrat*innen nicht vorhanden sind oder sich entziehen: also in Bremen, Leipzig, Halle, Düsseldorf. Auf der anderen Seite kümmern sich die Mehrheitler*innen nicht um die Parität, wenn sie an der Macht sind: in Stuttgart gibt es nur 4 Unabhängige im Vollzugsrat, von insgesamt 15.

In der Pyramide der Räte von der Werkstatt bis zur Ortschaft wuchs der Einfluss der sozialdemokratischen Partei und des Gewerkschaftsapparats von der Basis zur Spitze. Deshalb versuchen sie in den Wochen nach der Gründung der Räte, regionale Räte zu bilden, in denen sie immer die Mehrheit haben, durch das einfache Spiel, die Räte zu addieren, in denen sie die Mehrheit haben, und die, in denen sie paritätisch sind.

Unter diesen Bedingungen ist es nicht verwunderlich, dass viele der Initiativen der November-Räte nicht über den Rahmen der Verfassung oder das Niveau von Proklamationen hinausgehen und sich damit begnügen, zwischen der »antisowjetischen« Linie der Mehrheitler*innen und dem ewigen Hin und Her der Unabhängigen zu oszillieren. Einige Maßnahmen offenbaren jedoch den klaren Wunsch, einen Staat neuen Typs aufzubauen, richtig »sowjetisch.« Einige Räte schafften bestehende Insti-

718 Ebenda, S. 95-96.

tutionen ab: In Chemnitz, Leipzig und Gotha wurden die Gemeinderäte für aufgelöst erklärt, in Hamburg, Bremen und Königsberg wurden die traditionellen Institutionen, der Senat und die Bürgerschaft, aufgelöst⁷¹⁹. Andere Räte taten dies, ohne es zu sagen, und schlossen lediglich leitende Beamte oder traditionelle Mandatsträger aus ihren Ämtern aus. Der Bremer Rat ging noch weiter und verbot jede Versammlung oder Demonstration zugunsten der Wiedereinsetzung des Senats oder der Wahl der Nationalversammlung⁷²⁰. Der von den Spartakist*innen dominierte Neuköllner Rat verbot alle Aktivitäten der alten Organisationen, löste die Polizei auf, und dieser Berliner Vorort wurde in der Presse als Prüfstein für die Diktatur des Proletariats denunziert⁷²¹. Nun ist die Situation in Britz, Mariendorf, Tempelhof ähnlich, und eine Konferenz der Arbeiter*innen- und Soldatenräte des Bezirks Niederbarnim spricht sich am 18. November für die Verallgemeinerung dieser Organisationsform der Macht aus⁷²². An der Ruhr findet am 20. November eine Konferenz der Räte des Niederrheins und des westlichen Westfalens statt, auf der eine Resolution des Unabhängigen Otto Brass zur Auflösung aller alten Staatsorgane und zur Übertragung der gesamten Macht an die Räte angenommen wird. Ein Aktionsprogramm für die Räte bestimmte deren Aufgaben: Entwaffnung der Polizei, Übernahme des Sicherheitswesens, Bildung einer Roten Garde, Kontrolle des Gerichtswesens, der Lebensmittelversorgung usw.⁷²³. Es ist in allen Städten, in denen revolutionäre Unabhängige und Spartakist*innen die Mehrheit im Rat haben, verwirklicht oder wenigstens in Angriff genommen worden, in Düsseldorf, Gelsenkirchen, Hamborn, Mülheim, Solingen, Essen⁷²⁴... Der Arbeiter*innen- und Soldatenrat von Gotha löste den Landtag auf und bildete eine Landesregierung⁷²⁵.

Bezeichnend für den Willen, eine zweite Macht zu schaffen, ist vielleicht, dass die Räte oft eine eigene bewaffnete Truppe oder eine eigene Polizei aufstellen⁷²⁶: Arbeitergardien in Frankfurt am Main und Hildburghausen⁷²⁷, Arbeiterfreiwillige in Düsseldorf⁷²⁸, eine Sicherheitswehr in Hamburg⁷²⁹ und am häufigsten Rote Garden, deren Kern aus meuternden Matrosen besteht: In Bremen unter der Leitung des Unteroffiziers Lunsman⁷³⁰, in Halle das »Sicherheitsregiment«, das der ehemalige Offiziers

719 Marion Einhorn, »Die Rolle der Räte im November und Dezember 1918«, ZfG, 1956, Nr. 3, S. 548; zu Hamburg, Comfort, Revolutionäres Hamburg, S. 46. Über die Maßnahme wird kurz darauf berichtet, Ebenda, S. 48.

720 Ill. Gesch. II, S. 195.

721 Vossische Zeitung, 4. Dezember.

722 Ill. Gesch. II, S. 193,

723 Ebenda, S. 195 [f.].

724 Ebenda, S. 196.

725 Ebenda, S. 198.

726 H. Oeckel, Die revolutionäre Volkswehr 1918-1919.

727 M. Einhorn, a.a.O., S. 549.

728 Vorwärts und..., S. 48.

729 Kolb, a.a.O., S. 295 und Comfort, a.a.O., S. 53.

730 Ill. Gesch. S. 239.

Fritz Ferchlandt und der »rote Matrose« Karl Meseberg leiten⁷³¹, in Braunschweig eine Garde mit tausend Mitgliedern⁷³².

Schließlich gaben sich die Vollzugsräte in den von den Revolutionär*innen geführten Räten Strukturen, die den Regierungsaufgaben angepasst waren, mit Verantwortlichen oder Kommissionen, die für Finanzen, öffentliche Sicherheit, Versorgung, Arbeitsprobleme usw. zuständig waren. Die Befugnisse, die sie sich selbst zuweisen, sind in allen Bereichen, sowohl in der Judikative als auch in der Legislative oder Exekutive, eben gerade dem Merkmal der »Sowjet«macht entsprechend: Beschlagnahmung und Verbot der »Rheinisch-Westfälischen Zeitung« am 3. Dezember und einige Tage später der »Essener Allgemeinen Zeitung« durch den Essener Arbeiter*innen- und Soldatenrat⁷³³, Verbot aller Entlassungen und Achtstundentag wurden den Industriellen durch den Hanauer aufgezwungen⁷³⁴, 80-prozentige Gehaltserhöhung durch den Mülheimer Rat dekretiert⁷³⁵, Beschlagnahme der Presse- und Propagandaabteilung des Militärkommandos durch den Leipziger⁷³⁶. Die bewusstesten Politiker*innen irrten sich nicht, und Hermann Müller schrieb über die Neuköllner Republik, sie strebe eine »Klassenherrschaft à la Sowjetrußland« an⁷³⁷.

In ganz Deutschland stehen die Revolutionär*innen, die sich an der Tätigkeit der Räte beteiligen, an vorderster Front des Kampfes um diese zweite Macht. Die ersten Novembertage liefern unerwartet ein einziges umgekehrtes Beispiel, nämlich das von Württemberg, wo für einige Tage alle Arbeiter*innenparteien – einschließlich der spartakistischen Unabhängigen – in einem provisorischen Organismus zusammenarbeiten, der von einer legalen Behörde eingesetzt wurde, der »provisorischen Regierung« von Württemberg, die am Tag nach der Revolution vom Landtag eingesetzt wurde. Zwei spartakistische Aktivisten nahmen tatsächlich Verantwortungspositionen ein, August Thalheimer im Bereich Finanzen und Albert Schreiner im Bereich Krieg⁷³⁸; ersterer war gerade erst aus dem Gefängnis entlassen worden. Aber die spartakistische Zentrale reagierte scharf, und ein von Leo Jogiches unterzeichneter Brief erklärte den Württemberger*innen, dass es ein schwerer Fehler sei, unter den gegebenen Umständen die Regierungsverantwortung mit den Mehrheitler*innen zu teilen⁷³⁹. Thalheimer trat sofort zurück, bald gefolgt von Schreiner⁷⁴⁰.

731 Vorwärts und..., S. 368.

732 Kolb, a.a.O., S. 294.

733 Ill. Gesch. II, S. 196.

734 Ebenda, S. 194.

735 Ebenda, S. 196.

736 Ebenda, S. 198.

737 Hermann Müller, a.a.O., S. 141-142.

738 Kreuz-Zeitung, 11. November 1918, und, für einen Kommentar zu diesem Fall, Drabkin, in Noibr'skaja Revoliutsija v Germanii, S. 374-376.

739 Der vollständige Text dieses Briefes an Thalheimer, datiert vom 11. November, wurde erstmals von Drabkin in dem in der vorigen Anmerkung erwähnten Sammelwerk, S. 377-378, veröffentlicht.

740 Keil, Erlebnisse, II, S. 107.

Die Parteien und die Räte

Es ist bezeichnend für den Schwung und die Kraft der Rätebewegung, dass zu dieser Zeit niemand versuchte, sich ihrer Konstituierung zu widersetzen oder auch nur ihre Autorität anzufechten. Hier und da sind die Vertreter*innen der bürgerlichen Parteien froh, wenn der Schutz der Sozialdemokrat*innen ihnen einen kleinen Platz reserviert⁷⁴¹.

Das Oberkommando selbst erkennt die Existenz von Soldatenräten an. Im Hauptquartier in Spa empfing Oberstleutnant Faupel ihre Delegierten, schilderte ihnen die Unermesslichkeit der Aufgabe, die Truppen aus dem Westen zu evakuieren, und schlug ihnen vor, mit den Offizieren zusammenzuarbeiten⁷⁴². Fast überall erklärten die kaiserlichen Behörden, Verwaltung, Polizei, Justiz und Militärkommandanten, dass sie ihre Autorität anerkennen.

Eine der ersten Initiativen gegen die Macht der Arbeiter*innen- und Soldatenräte bestand jedoch in der Konstituierung von »Bürgerräten«, manchmal differenziert in Berufsräte, Ärzte, Anwälte, Richter, Mediziner, sogar Grundbesitzer oder Priester⁷⁴³. In Köln zum Beispiel, während die »Kölnische Zeitung« feststellte, dass das Bürgertum bereit war, die neue Macht zu unterstützen⁷⁴⁴, gründeten einige bekannte Unternehmer der Stadt den »Hansabund«, dessen Ziel die Schaffung von Bürger*innenräten war⁷⁴⁵. Die »Deutsche Zeitung« stimmte diesem Aufruf zu und schrieb, es reiche nicht aus, »Räte« zu haben, sondern es müssten »Bürgerwehren« gegen die »*einseitigen*« Arbeiter*innenwehren aufgebaut werden⁷⁴⁶.

In der Tat akzeptierten die bürgerlichen Parteien und die Behörden die Räte als eine de facto Macht, die eminent vergänglich war und den alten Behörden, die keinen verfassungsmäßigen Bezugspunkt mehr hatten, eine provisorische Legitimität verlieh: Das Ziel war, sie zu benutzen, um die Lage zu verändern. Dies ist die klar ausgedrückte Auffassung der Sozialdemokrat*innen. Für sie hatten die Räte nur in der kurzen Zeit des Sturzes des kaiserlichen Regimes eine revolutionäre Bedeutung. Aber ihre Rolle ist von nun an nicht, diese Macht, die sie ergriffen haben, zu behalten, da sie nur einen Teil der Bevölkerung repräsentieren, wie der Vorwärts vom 13. unter der Unterschrift von Stampfer erklärt:

741 Wir haben bereits (siehe Anm. 3) den Fall von Köln gesehen, wo der Bürgermeister Konrad Adenauer als Vorsitzender des Wohlfahrtsausschusses eine wichtige Rolle spielte; in Breslau gehörten 34 von 100 gewählten Ratsmitgliedern bürgerlichen Parteien an. (Drabkin, a.a.O., S. 226).

742 J.W. Wheeler-Bennett, *The Nemesis of Power*, S. 26.

743 Drabkin, a.a.O. S. 225. In Bonn fusionierte der Arbeiter*innen- und Soldatenrat mit dem Bürgerrat (Kölnische Zeitung, 12. November 1918 (Abendausgabe)).

744 Kölnische Zeitung, 12. November 1918 (Morgenausgabe).

745 Drabkin, a.a.O. S. 224.

746 Deutsche Zeitung, 13. November 1918.

»Wir haben gesiegt, aber wir haben nicht für uns, sondern für das ganze Volk gesiegt! Für uns heißt es darum nicht: ›Die ganze Macht den Sowjets‹, sondern: ›Die ganze Macht dem ganzen Volke!‹«⁷⁴⁷

In dieser Optik besteht die Aufgabe der Räte nun darin, eine neue Gesetzlichkeit zu schaffen, die nur »demokratisch« sein kann, d.h. auf der Grundlage der allgemeinen Wahl einer Nationalversammlung, die verfassungsgebende Gewalt haben wird und die allein den Willen des »Volkes« zum Ausdruck bringen kann.

Auf diesem Terrain, dem des Kampfes für die rasche Einberufung einer verfassungsgebenden Versammlung, die den Räten ihre Macht nimmt und eine demokratische Verfassung einführt, bildet die Sozialdemokratie die Speerspitze einer Koalition, die die Gesamtheit der alten politischen Kräfte und hinter ihnen die besitzenden Klassen vereint. Man kann nur staunen, wie schnell alle Behörden und das politische Personal in dieser »demokratischen« Bewegung aufgehen, um die Revolution zu bekämpfen und die Ordnung und das Eigentum zu verteidigen. Konservative und Reaktionär*innen erklärten sich von heute auf morgen zu Republikaner*innen und Demokrat*innen, zu Anhänger*innen einer »Volksouveränität«, die ihnen bis dahin am wenigsten am Herzen gelegen hatte. Die »Kreuz-Zeitung« ließ ihr altes Motto fallen: »Vorwärts mit Gott für König und Vaterland« und forderte Wahlen nach dem allgemeinen Wahlrecht. Das katholische Zentrum benannte sich in »Christlich-demokratische Volkspartei« um, die Konservativen bildeten die »Deutschnationale Volkspartei«, die das allgemeine Wahlrecht, die parlamentarische Regierung und die Presse- und Meinungsfreiheit in ihr Programm aufnahm. Aus dem Zusammenschluss der ehemaligen »Fortschrittlichen« und eines Teils der ehemaligen »Nationalliberalen« entstand die »Deutsche Demokratische Partei.« Der Rest der Nationalliberalen gründete unter dem Vorsitz von Gustav Stresemann und mit Unterstützung von Stinnes, Vögler, Röchling und anderen Wirtschaftsmagnaten die »Deutsche Volkspartei.« Junker und Bürgerliche kleideten sich in demokratische Gewänder, wobei es vor allem darum ging, die Räte zu verdrängen⁷⁴⁸.

In dieser Frage gab es innerhalb der Regierung keine größeren Meinungsverschiedenheiten: Max von Baden und Ebert waren sich einig, und die Erklärung vom 10. November sah die Wahl einer verfassungsgebenden Versammlung vor. Die unabhängigen Volksbeauftragten erhoben technische Einwände, diskutierten die Angemessenheit der Termine und verlangten Zeit für die »Vorbereitung« des Wahlkampfes, aber sie wählten die parlamentarische Republik anstelle des Rätensystems und der Diktatur des Proletariats⁷⁴⁹. Allerdings herrscht in diesem Punkt keine Einigkeit in

⁷⁴⁷ Vorwärts, 13. November 1918. [Tatsächlich ungezeichneter Artikel im Vorwärts vom 14. November, S. 1, Spalte 3]

⁷⁴⁸ Ebenda, S. 293-296.

⁷⁴⁹ Kolb, a.a.O., S. 157 ff.

ihrer Partei, wo die linken Elemente – die Parteiverantwortlichen in Berlin und die revolutionären Obleute – seit einigen Monaten um die Räte-Macht kämpfen und sich zumindest in diesem Fall mit den Spartakist*innen einig sind.

In der Tat kommt vom Spartakus die einzige ideologisch kohärente Opposition gegen das Programm der Einberufung einer verfassungsgebenden Versammlung. Rosa Luxemburg drückt es in »Die Rote Fahne«, die wieder erscheint, deutlich aus:

»Nicht darum handelt es sich heute, ob Demokratie oder Diktatur. Die von der Geschichte auf die Tagesordnung gestellte Frage lautet: bürgerliche Demokratie oder sozialistische Demokratie. Denn Diktatur des Proletariats, das ist Demokratie im sozialistischen Sinne. Diktatur des Proletariats, das sind nicht Bomben, Putsche, Krawalle, ›Anarchie‹, wie die Agenten des kapitalistischen Profits zielbewusst fältschen, sondern das ist der Gebrauch aller politischen Machtmittel zur Verwirklichung des Sozialismus, zur Expropriation der Kapitalistenklasse – im Sinne und durch den Willen der revolutionären Mehrheit des Proletariats, also im Geiste sozialistischer Demokratie.

Ohne den bewussten Willen und die bewusste Tat der Mehrheit des Proletariats kein Sozialismus! Um dieses Bewusstsein zu schärfen, diesen Willen zu stählen, diese Tat zu organisieren, ist ein Klassenorgan nötig: das Reichsparlament der Proletarier in Stadt und Land.«⁷⁵⁰

Aber über die Bedeutung und die praktischen Implikationen dieser prinzipiellen Position sind die Revolutionär*innen selbst geteilter Meinung. Sie denken alle, gewiss, wie Rosa Luxemburg auf dem Gründungskongress bekräftigen wird, dass die Arbeiter*innen- und Soldatenräte, wie die russischen Sowjets, »*Losungen für die Weltrevolution*«, »*das ABC Eurer heutigen Revolution*« und das Merkmal darstellen, das die Revolution von 1918 von den bürgerlichen Revolutionen, die ihr vorausgingen, unterscheidet⁷⁵¹. Aber die Unstimmigkeiten beginnen, sobald es darum geht, die Aufgaben der Revolutionär*innen in den Räten zu bestimmen, in denen sie nicht in der Mehrheit sind. In Dresden traten die Linksradikalen hinter Otto Rühle bereits am 16. November en bloc aus dem Arbeiter*innen- und Soldatenrat der Stadt aus, in dem sie sich fehl am Platz fühlten, da sie gegenüber einer Koalition aus Sozialdemokrat*innen und Unabhängigen, die sie pauschal als »Konterrevolutionäre« bezeichneten, in der Minderheit waren⁷⁵². Mit dieser spektakulären Geste widersprachen sie der Perspektive, die Rosa Luxemburg skizzieren sollte, als sie bekräftigte:

750 »Die Rote Fahne«, 20. November 1918. [»Die Nationalversammlung«, Nachdruck in a.a.O., S. 407-410, hier S. 409 f.]

751 Der Gründungsparteitag der KPD, Protokoll u. Materialien, S. 183. [»Unser Programm und die politische Situation«, Nachdruck a.a.O., S. 488-513, hier S. 498]

752 Text in Dok. u. Mat., II/2, S. 403-404.

»wir müssen von unten auf den bürgerlichen Staat aushöhlen, indem wir überall die öffentliche Macht, Gesetzgebung und Verwaltung nicht mehr trennen, sondern vereinigen, in die Hände der Arbeiter- und Soldatenräte bringen.«⁷⁵³

Das Drama, die historische Schwäche der deutschen Arbeiter*innen- und Soldatenräte liegt darin, dass es keine wirkliche »Partei der Räte« gibt, die sie animiert und ihnen Kraft und Antrieb im Kampf um die eigene Macht gibt, wie es die bolschewistische Partei zwischen Februar und Oktober geschafft hatte. In der entscheidenden Frage »Konstituante oder Räte« übernahmen die rechten unabhängigen Führer*innen, Haase, Dittmann und andere, mit einigen Nuancen, die Position der Mehrheitssozialdemokrat*innen. Die getrennt organisierten linken Unabhängigen teilten weitgehend die Auffassung der spartakistischen Führer*innen. Die Spartakist*innen hingegen waren gespalten zwischen dem führenden Kern, der sich auf die Perspektive der notwendigen Eroberung der Massen konzentrierte, und den Ungeduldigen, die den Versuch, zu überzeugen, aufgaben. Diese Verwirrung, das Fehlen einer revolutionären Organisation, die für die Mehrheit in den Räten und für die Macht der Räte selbst einen konsequenten Kampf führt, überlässt das Feld den Gegner*innen der Räte in ihrem Inneren.

In Hamburg stellte der Arbeiter*innen- und Soldatenrat die Bürgerschaft und den Senat als Verwaltungsorgane wieder her, wenige Tage nachdem er ihre Auflösung proklamiert hatte⁷⁵⁴. In derselben Stadt erhielt der ehemalige Offizier Friedrich Baumann von Senator Petersen den Auftrag, die Extremist*innen im Arbeiter*innen- und Soldatenrat selbst zu bekämpfen: Nach wenigen Tagen gelangte er durch die Vermittlung des Soldatenrats in den Rat und schloss sich mit der Mehrheit zusammen und *»beseitigte Schritt für Schritt die Radikalen aus allen Kontrollpositionen in militärischen und polizeilichen Angelegenheiten«⁷⁵⁵. Es gelang ihm sogar, sich mit der Führung der Roten Garde betrauen zu lassen, die den Rat schützen sollte⁷⁵⁶. Gezwungen, mit den alten Behörden zusammenzuarbeiten, die sie nach und nach wiederherstellten, wegen der anhaltenden Existenz der Zentralregierung, an der Gurgel gepackt durch ihre finanziellen Bedürfnisse, von innen aufgefressen und unterminiert, ließen die Räte bald, wie Rosa Luxemburg schrieb, die Hälfte der Machtmittel *»wieder aus der Hand entgleiten [...] die sie am 9. November erobert hatte[n]«⁷⁵⁷. Wo sie sich wehrten, konnten sie dies nicht lange tun. Die am 6. Dezember in Neukölln verkündete »Rätemacht« wurde am 11. Dezember durch den Vollzugsrat der Berliner Räte aufgehoben⁷⁵⁸. Am 16. stellte die preußische Regierung die legalen Behörden in**

753 Der Gründungsparteitag..., S. 99. [Nachdruck a.a.O., S. 511]

754 Comfort, Revolutionary Hamburg, S. 47.

755 Ebenda, S. 52.

756 Ebenda, S. 53.

757 »Rede zum Programm«, Der Gründungsparteitag, S. 184.

758 H. Müller, a.a.O., S. 142.

Neukölln wieder her, am selben Tag, an dem in Berlin der erste Kongress der deutschen »Sowjets« eröffnet wurde...⁷⁵⁹

Die deutsche Bourgeoisie ist zu diesem Zeitpunkt und trotz ihrer Rückschläge zweifellos stärker, als es die geschwächte russische Bourgeoisie zu Beginn des Jahres 1917 war. Sie verfügt über ein Instrument von seltener Qualität, das Offizierskorps, und vor allem über die totale Unterstützung eines flexiblen und erfahrenen Apparates, den der Sozialdemokratie, der in der Lage sein wird, das, was er »Ordnung« gegen »Chaos« und »Freiheit« gegen »Diktatur« nennt, wirksam zu verteidigen, wodurch er Liebknecht mit seiner Warnung vom 10. November Recht gibt, indem er die konterrevolutionären Positionen innerhalb der Räte selbst endgültig triumphieren lässt. Sie profitiert schließlich von der soliden Unterstützung durch die Armeen der Entente, deren bedrohlicher Schatten sich über diese ganze Periode der deutschen Revolution erstreckt.

Die Regierung der Bourgeoisie

Die Versammlung der Delegierten der Arbeiter*innen- und Soldatenräte vom 10. November im Zirkus Busch hatte die Macht an die sechs »Volksbeauftragten« übergeben, die seit einigen Stunden das Reichskabinett bildeten. Friedrich Ebert, der so vom Berliner »Sowjet« in den Vorsitz des Rats der Volksbeauftragten eingesetzt worden war, war bereits am Vortag von Max von Baden zum Reichskanzler ernannt worden. Die Doppelherrschaft führte so zu einem einzigen Gipfel, einer zweigesichtigen Regierung, sowjetisch für die Arbeiter*innen, bürgerlich und legal in Bezug auf den Staatsapparat, die herrschenden Klassen, die Armee und die Entente, der ihr Vertreter, Erzberger, im Übrigen schon am 8. November die materiellen Mittel zum Kampf gegen den Bolschewismus überlassen wollte⁷⁶⁰.

Über das in jenen Novembertagen geschlossene Bündnis zwischen Kanzler Ebert und den Armeechefs kann man heute nicht mehr diskutieren, auch wenn die Version der telefonischen Absprache zwischen Groener und Ebert in der Nacht vom 9. zum 10. November formal nicht aufrechterhalten werden kann⁷⁶¹. Am 10. November telegraphierte Feldmarschall Hindenburg an die Militärschefs, dass der Generalstab entschlossen sei, mit dem Kanzler zusammenzuarbeiten, »um die Ausbreitung des terroristischen Bolschewismus in Deutschland zu verhindern«⁷⁶². General Groener, der vermutlich die treibende Kraft der Vereinbarung war, würde sich einige Jahre später gegenüber seinen rechten Kritiker*innen mit der Aussage rechtfertigen:

⁷⁵⁹ H. Müller, a.a.O., S. 219.

⁷⁶⁰ Badia, a.a.O, I, S. 119.

⁷⁶¹ Siehe dazu Lothar Berthold und Helmut Neef, Militarismus und Opportunismus gegen die Novemberrevolution, und seine Kommentare, S. 23-24, zu dem von E.O. Volkmann berichteten Telefongespräch. 762 Dok. u. Mat., II/2, S. 357.

»Das Offizierskorps konnte aber nur mit einer Regierung zusammengehen, die den Kampf gegen den Radikalismus und Bolschewismus aufnahm. Dazu war Ebert bereit (...) Wir haben uns verbündet zum Kampf gegen die Revolution, zum Kampf gegen den Bolschewismus. (...) Es gibt zur Zeit in Deutschland nach meinem persönlichen Dafürhalten keine Partei, die Einfluss genug im Volk, insbesondere bei den Massen hat, um eine Regierungsgewalt mit der Obersten Heeresleitung wieder herstellen zu können.«⁷⁶³

Der Staatsapparat und die Bürokratie blieben gleichermaßen und funktionierten unter Eberts Autorität. Bereits am 9. November forderte er alle Beamten auf, an ihren Posten zu bleiben⁷⁶⁴. Am 13. wurde in einer Proklamation des Rates der Volksbeauftragte festgestellt, dass der Bundesrat, die zweite gesetzgebende Kammer der Reichsverfassung, die der Fürsten, wird »ermächtigt, die ihm nach Gesetzen und Verordnungen des Reiches zustehenden Verwaltungsbefugnisse auch fernerhin auszuüben.«⁷⁶⁵ Das gesamte Verwaltungspersonal, alle handverlesenen leitenden Beamten aus der Zeit des kaiserlichen Regimes, blieben an Ort und Stelle. Unter der Autorität der Volksbeauftragten und der theoretischen Kontrolle der gewählten Mitglieder des Vollzugsrats der Räte, mit Vertretern beider Parteien, behielten die bürgerlichen Minister ihre Portfolios: General Schöch blieb im Kriegsministerium, Dr. Solf im Außenministerium, Schiffer vom Zentrum im Finanzministerium, und der Demokrat Hugo Preuss blieb Staatssekretär des Inneren⁷⁶⁶. Zwischen dem 9. und 10. setzte Ebert eigene Leute in Schlüsselpositionen der hohen Verwaltung ein: Kanzleichef wurde sein Freund Baake⁷⁶⁷, und Regierungsrat Simons erhielt die Aufgabe, die Post durchzusehen, um alles, was ihm wichtig erschien, an den Kanzler zu leiten, auch wenn es eine Angelegenheit für einen anderen Volksbeauftragten war⁷⁶⁸.

Die wirtschaftliche Macht der Bourgeoisie blieb intakt. Gewiss, schon die erste Proklamation der Volksbeauftragten vom 12. November, die die Grundlagen des neuen Regimes, die Aufhebung des Belagerungszustandes, die Meinungsfreiheit und das Ende der Zensur, die Amnestie für politisch Verurteilte, das Wahlrecht für Frauen und die Wählbarkeit im Alter von zwanzig Jahren festlegte, enthielt eine Reihe wichtiger Maßnahmen: die Reglementierung und Schutz der Arbeit, das Verspre-

763 Groener, Lebenserinnerungen, S. 467. [Die beiden letzten Sätze stammen tatsächlich aus Groeners Kreuzverhör im Dolchstoßprozess, wiedergegeben in: Lothar Berthold und Helmut Neef: Militarismus und Opportunismus gegen die Novemberrevolution. Berlin 1958, S. 203-208, hier S. 204 f. Dort werden S. 189-200 auch Groeners Lebenserinnerungen auszugsweise wiedergegeben, der erste Teil des Zitats auf S. 191]

764 Vorwärts, 10. November 1918.

765 Vorwärts, 14. November 1918. [tats. stammt die Proklamation vom 15. 11., , hier zitiert nach Reichsgesetzblatt, Jahrgang 1918, Nr. 154, S. 1311]

766 Vorwärts, 15. November 1918.

767 Kolb, a.a.O., S. 122.

768 Ebd., S. 123.

chen, den Arbeitstag auf acht Stunden zu begrenzen, die Erweiterung des Systems der Sozialversicherungen, die Schaffung von Arbeitslosenunterstützung und ein Programm für den Bau von Arbeiter*innenwohnungen⁷⁶⁹. Aber sie sind in Wirklichkeit nur Maßnahmen der sozialen Erhaltung und des Schutzes des Eigentums, die unter der von der Arbeiter*innenbewegung geschürten Angst angenommen wurden. Dies ist so wahr, dass bereits am 15. November die bevollmächtigtesten Vertreter der Bosse, Hugo Stinnes, Vögler, Hugenberg, Rathenau, Siemens, ein Abkommen mit den Gewerkschaften unterzeichneten; sie bildeten fortan eine »Arbeitsgemeinschaft« und akzeptierten alle bis dahin hartnäckig aufgeschobenen Forderungen: der Achtstundentag ohne Verdienstmäßigung, die Festlegung der Arbeitsbedingungen im Rahmen von Kollektivvereinbarungen, die Anerkennung der Vertretung durch die Gewerkschaften in den Betrieben und der Verzicht der Unternehmer*innen auf die Unterstützung von »Werkvereinen« »(die sogenannten wirtschaftsfriedlichen Vereine)«, die Wahl von Arbeiter*innenausschüssen in Betrieben mit mehr als fünfzig Beschäftigten, die für die Überwachung der Anwendung der Tarifverträge zuständig sind, die Einrichtung von paritätischen Schlichtungsausschüssen auf allen Ebenen⁷⁷⁰. Das Abkommen, so ein bürgerlicher Kommentator, hatte ein großes Verdienst: »Gegenüber allen Versuchen, durch Gewalt den Umsturz unseres Gesellschaftssystems zu erreichen (...), ist sie ein starkes Bollwerk gewesen.«⁷⁷¹ Es wurde eine Sozialisierungskommission mit Vertreter*innen aller Parteien, der Gewerkschaften und der Arbeitgeber*innenverbände gebildet⁷⁷²: Es kam nichts dabei heraus, außer, für die Eigentümer, das Gewinnen von kostbarer Zeit.

Die Verteidigung des Eigentums der Großkapitalist*innen ist keine populäre Parole; die Sozialdemokrat*innen verteidigen das kapitalistische Regime, indem sie von »Sozialisierung« sprechen. Sie verteidigen es auch, wenn sie sich auf die »Pressefreiheit« berufen, um die großen Informationsunternehmen gegen die revolutionären Arbeiter*innen zu schützen, wie im Fall des von den Spartakist*innen besetzten *Berliner Lokalanzeigers*⁷⁷³. Im Gegenzug können die Kapitalist*innen frei über ihre Gebäude, ihre Maschinen, ihr Kapital verfügen, nicht nur um ihr politisches Programm zu präsentieren, sondern auch um psychologisch und materiell auf den Bürgerkrieg vorzubereiten, der ihnen unvermeidlich erscheint. So sollte das Unternehmen des ehemaligen russischen Kriegsgefangenen Eduard Stadtler zur Schaffung einer »antibolschewistischen Zentrale« von beträchtlichen Mitteln – ein Teil davon wurde von

769 Dok. u. Mat., II/2, S. 365-366.

770 Text in Dok. u. Mat., II/2, S. 393-396.

771 Leibrock, Die volkswirtschaftliche Bedeutung der deutschen Arbeitgeberverbände, S. 65, zitiert nach Badia, a. a. O., S. 114. [hier zitiert nach dem Buch von Leibrock]

772 Drabkin, a. a. O., S. 313, der Zugang zu den Archiven der Kommission hatte, nennt als deren Mitglieder Kautsky, Hilferding, Cunow, die Gewerkschafter Hué und Umbreit, Akademiker und den Elektrizitätsunternehmer Walter Rathenau.

773 Siehe Kapitel X.

Helfferrich, dem Direktor der Deutschen Bank, zur Verfügung gestellt – profitieren, um Flugblätter und Broschüren in Hunderttausenden von Exemplaren zu drucken, die oft wahrhafte Mordaufrufe gegen die Spartakist*innen, »den bolschewistischen Terror«, das Chaos, die Jüd*innen und »die blutige Rosa« waren⁷⁷⁴. Das von Stadler gegründete »Generalsekretariat« diente als Deckmantel für eine noch effektivere Organisation, die »Antibolschewistische Liga«, die einen eigenen Nachrichtendienst organisierte und nach den Worten ihres Gründers eine »aktive antikommunistische Gegenspionage« aufbaute⁷⁷⁵.

Seit November und dank des Slogans der »Pressefreiheit«, der von den Sozialdemokrat*innen und den sie unterstützenden Kräften orchestriert wurde, blieben die Informationen in den Händen der arbeiter*innenfeindlichen Kräfte. Während die »Vossische Zeitung«, das »Berliner Tageblatt«, die »Kreuz-Zeitung« u. a. weiter erscheinen, gespeist von beträchtlichen Mitteln, müssen die revolutionären Arbeiter*innenorganisationen, die nur auf die Beiträge der Arbeiter*innen rechnen können, schweigen oder sich nur mit sehr unzulänglichen Mitteln äußern angesichts der Koalition, die sie mit ihrem Gewicht erdrückt. Die »freie« Presse erlaubte sich sogar – mit Zustimmung der Regierung – die Zensur von Proklamationen oder Beschlüssen des Berliner Vollzugsrats der Räte. Auch die Presseagenturen blieben in Privatbesitz, und Ebert ernannte seinen eigenen Sohn zum Leiter der offiziellen Regierungsagentur⁷⁷⁶. Man versteht, dass unter diesen Bedingungen fast alle Zeitungen, jedenfalls alle, die als »Informationspresse« bezeichnet werden, ab Mitte November nicht nur die Linie der Regierung zur Einberufung der Konstituierenden Versammlung unterstützten, sondern auch eine systematische Kampagne zur Diskreditierung der Arbeiter*innen- und Soldatenräte orchestrierten.

Der Vollzugsrat von Berlin

Der Rat der Volksbeauftragten, der im November von den Räten eingesetzt wird, wird jedoch im ersten Monat der Revolution einen erbitterten Kampf um seinen Einfluss gegen den Arbeiter*innen- und Soldatenrat von Berlin, der umgangssprachlich Vollzugsrat genannt wird, führen müssen. Ein neuerer Historiker dieses Machtkonflikts⁷⁷⁷ hat das Paradox unterstrichen, dass dieses Gremium, das aus der Niederlage

774 Drabkin, a.a.O., S. 482, erwähnt insbesondere die Serie der »Antispartacus«-Flugschriften mit einer Auflage von jeweils 10.000 bis 100.000 Exemplaren.

775 Ebenda, S. 482. Drabkin weist darauf hin (ebd., Nr. 11), dass Stadler den Begriff »Nationalsozialismus« unter seinen Zielen verwendete.

776 Kolb, a.a.O., S. 183.

777 Henry Egon Friedlander, »Conflict of Revolutionary Authority: Provisional Government Berlin Soviet, November-Dezember 1918«, International Review of Social History, VII, 1962, Nr. 2, S. 163-176. Eine weitere umfassende Studie des sowjetischen Historikers S. I. Lenzner, »Ispolnitel'nii Komitet Berlinskich Rabotschich i Soldatschich Sowjetow (10 nojabrja. 16 dekabrja 1918 g.)«, in Nojabr'skaja Rewoljutsija w Germanii, S. 98-139, stammt aus dem Jahr 1960.

der Revolutionär*innen unter dem Druck der Soldaten im Zirkus Busch hervorgegangen war und auch von einer Mehrheit von Sozialdemokrat*innen aus Eberts Partei gebildet wurde, sich schließlich in den folgenden Wochen als Verkörperung der Bemühungen der Revolutionär*innen um die Macht der Räte wiederfand und der pro-bürgerlichen Linie der Volksbeauftragten einen Entwurf radikaler Ausrichtung entgegensetzte.

Der Vollzugsrat tagt in einer ganz anderen Atmosphäre als der Rat der Volksbeauftragten. Während letztere sich in den Ministerien niedergelassen hatten, wo sie trotz des zaghaften Widerstands einiger schnell von den Männern und der Maschinerie der Verwaltung »verdaut« wurden, hatte sich der Vollzugsrat im Gebäude des Preussischen Landtags niedergelassen, im Herzen der Revolution. Ständig dem Druck der Straße unterworfen, »das Menetekel der Revolution«, gemäß des Ausdrucks ihres Vorsitzenden Richard Müller⁷⁷⁸, spiegelt er zugleich den Ehrgeiz seiner aktivsten Mitglieder, des Kerns der revolutionären Obleute, wider, ihn zum »Petrograder Sowjet« der deutschen Revolution zu machen⁷⁷⁹, und das Vertrauen der Berliner Arbeiter*innen, die sich jederzeit an ihn wenden, weil sie ihn als den ihren betrachten. Die Atmosphäre dort ist so revolutionär, dass die gemäßigtsten der Sozialdemokrat*innen, die ihn bilden, von ihren Kolleg*innen oder von den Arbeiter*innendelegationen oft viel weiter mitgeschleppt werden, als sie gehen möchten⁷⁸⁰.

Der Vollzugsrat setzte sich zunächst aus einer Mehrheit von Mehrheitssozialdemokrat*innen oder Sympathisant*innen zusammen: »Parität« galt nur für die von den Soldaten Gewählten. Schon bald wurden die unsicheren gewählten Mitglieder durch zuverlässige Aktivist*innen ersetzt: Der Kern blieb ab dem 13. November stabil⁷⁸¹. Die Vorsitzenden waren Richard Müller – ein Zugeständnis an die Berliner Arbeiter*innen – und für die Soldaten Brutus Molkenbuhr, der nach zwei Tagen den Präsidenten der ersten Stunde, Hauptmann von Beerfelde, ablöste⁷⁸². Die Führer der sozialdemokratischen Fraktion waren der Soldatendelegierte Max Cohen-Reuss, der später kam, und vor allem Hermann Müller, der Delegierte der »Arbeiter.«⁷⁸³ Die Führer der revolutionären Fraktion waren Ledebour und Däumig. Hinter ihnen der Kern der revolutionären Obleute, die Leiter*innen der Streiks von 1917 und 1918, die Eckert, Neuendorf, Wegmann. Um sie herum, mit verschiedenen Aufgaben beschäf-

778 Allgemeiner Kongress der Arbeiter – und Soldatenräte Deutschlands vom 16. bis 21. Dezember 1918, Spalte 149.

779 H. Müller, a.a.O., S. 104.

780 Friedlander, a.a.O. S. 173.

781 Die unabhängigen Arbeiterdelegierten waren Barth, Ledebour, Däumig, Eckert, Neuendorf, Wegmann, Richard Müller (Lenzner, a.a.O., S. 101); die »mehrheitlichen« Arbeiterdelegierten waren Hermann Müller, Buchel, Hirt, Heller, Julich, Mainz und Oskar Rusch. Die Delegierten der Soldaten waren von Beerfelde, Molkenbuhr, Gerhardt, Paasche, Waltz, Bergmann, Portner, Strobel, Lidtke, Hertel, Lemper, Köller, Eckmann und Guntzel (a.a.O., S. 102).

782 H. Müller, a.a.O., S. 92. Von Beerfelde soll versucht haben, den Kriegsminister verhaften zu lassen.

783 H. Müller, a.a.O., S. 91.

tigt, die revolutionären Metaller*innen, anerkannte Führer*innen des Berliner Proletariats, Paul Scholze, der jetzt dem Kreis der Obleute vorsteht, Nowakowski, Paul Neumann, Heinrich Malzahn, Max Urich, der das Sekretariat des Rates leitet⁷⁸⁴. Die sozialdemokratischen Delegierten waren entweder Parteifunktionär*innen oder Gewerkschaftsverantwortliche wie Gustav Heller und Oskar Rusch, der sich bald schnell nach links entwickelte⁷⁸⁵. Die Delegierten der Soldaten waren von einem anderen TyS. Abgesehen von Hans Paasche, einer interessanten Figur eines jungen Bürgers, Sohn eines zum Reichspräsidenten gewählten nationalliberalen Kaufmanns, der durch den Pazifismus zum Revolutionär geworden war⁷⁸⁶, waren sie politisch der Sozialdemokratie verbunden. In Wirklichkeit waren sie nicht sehr politisch, aber unter ihnen befanden sich einige offene Karrierist*innen, die die Situation missbrauchten, unter dem Vorwand der »Kontrolle« kleine Freundinnen und gute Kameraden in den Ministerien installierten und durch ihre Verantwortungslosigkeit jedes ernsthafte Funktionieren verhinderten⁷⁸⁷. Unter ihnen befanden sich echte Abenteurer wie Colin Ross, ein Agent Eberts und Wels' in den Soldatenräten, der im Dezember ausgeschlossen und wegen Verbindungen zu monarchistischen Elementen verurteilt wurde und später ein Geopolitiker für Hitler wurde⁷⁸⁸, und Otto Strobel, der Autor eines antisemitischen Artikels, der nicht nur mit seinem Namen, sondern auch mit seinem Titel als Mitglied des Rates unterzeichnet war⁷⁸⁹, Leutnant Waltz, der sich, wie Hermann Müller meint, als Napoleon der deutschen Revolution⁷⁹⁰ geträumt haben mag, von dem sich aber Ende November herausstellte, dass er bei seiner Verhaftung am 8. November »gesungen hatte« und der Polizei den Plan für den Aufstand und die Mittel zur Verhaftung Däumigs gegeben hatte. Die Vorfälle, die durch diese individuellen Fälle verursacht werden, nehmen wertvolle Stunden der Zeit des Vollzugsrats in Anspruch. So hatte Waltz, der von Richard Müller kurzerhand entlassen worden war, den Mut zu protestieren, vor den Soldatenräten auf mildernde Umstände zu plädieren – und sich nur der »Dummheit« schuldig zu bekennen –, und so gelang es ihm, eine Minderheit auf seine Seite zu ziehen, die den Delegierten der Garnisonsräte zwei nächtliche Diskussionsrunden auferlegte⁷⁹¹.

Trotz seines guten Willens, trotz des Vertrauens, das er bei den Berliner Arbeiter*innen genoss, war der Vollzugsrat nicht in der Lage, seine eigene Arbeit zu or-

784 Brandt Lowenthal, a.a.O. S. 120.

785 Nach dem Rätekongress verließ er die SPD und trat der USPD bei (Der Zentralrat..., S. 44).

786 H. Müller, a.a.O., S. 99.

787 Ebd., S. 92-93, 97-98; R. Müller, Bd. II, S. 53, 154-156.

788 H. Müller, a.a.O., S. 96-97; R. Coper, Failure of a Revolution, S. 114, sagt, dass Colin Ross »ein hochkarätiger Spion« war, »in allen Kreisen gut aufgenommen.«

789 H. Müller, a.a.O., S. 97; der Artikel mit dem Titel »An das deutsche Volk von Gelehrten bis zum Arbeiter« erschien in der Deutschen Tageszeitung am 13. Dezember 1918.

790 H. Müller, a.a.O., S. 93. [»Napoleon hatte als Artillerieleutnant angefangen. Was konnte da aus dem Pionierleutnant Walz nicht alles werden, wenn die deutsche Revolution kam?«]

791 Ebd., S. 93-97; Freiheit, und Vorwärts, 29. November; »Die Rote Fahne«, 30. November 1918.

ganisieren oder auch nur seinen eigenen Apparat zu schaffen. Indem er gleichzeitig beansprucht, das Reichskabinett und die preußische Regierung zu überwachen und zu kontrollieren, die Berliner Räte politisch zu leiten und als Zentrum für die zehntausend Räte im Lande zu dienen, die Arbeitskonflikte zu regeln und den allgemeinen Angelegenheiten eine revolutionäre Richtung zu geben, versinkt er bald in Unordnung, eine Unordnung, die durch die Feindseligkeit der Regierung und der Bürokratie sowie durch die Sabotage der Verwaltung aufrechterhalten wird, die alle Beschwerden an ihn richtet und ihm gleichzeitig die Mittel entzieht. Seine Debatten werden ständig von Delegationen unterbrochen. Er ist unter Korrespondenz begraben, mit deren Unterschreiben, ohne sie gelesen zu haben, seine Vorsitzenden die Zeit verbringen⁷⁹². Zwischen den vielfältigen Aufgaben, die er zu erfüllen beansprucht, wird er sich nicht entscheiden können und die strenge Warnung von Hermann Müller nicht hören:

»Eine Körperschaft, die den Ehrgeiz gehabt hätte, in der Geschichte neben dem Wohlfahrtsausschuss der großen französischen Revolution genannt zu werden, musste sich hüten, eine Filiale des Reichsarbeitsamtes zu werden.«⁷⁹³

Der Konflikt der Mächte

Gleich nach seinem In-Funktion-Treten, am Abend des 10. November, verabschiedete der Vollzugsrat auf Vorschlag Eckerts eine an das *»arbeitende Volk«* gerichtete Proklamation.

»Das alte Deutschland ist nicht mehr. (...) Deutschland ist eine Republik geworden, eine sozialistische Republik. (...) Die Träger der politischen Macht sind Arbeiter- und Soldatenräte.«⁷⁹⁴

Die am selben Tag gewählte Regierung hat die Aufgabe, den Waffenstillstand zu schließen. Die anderen Aufgaben waren die sozialistische Umgestaltung der Wirtschaft und die Wiederherstellung des Friedens durch die Vereinigung der Arbeiter*innen. Der Aufruf würdigt das Beispiel der russischen Arbeiter*innen und erinnert daran, dass die revolutionäre Macht nicht an einem Tag wiederherstellen kann, was in Jahren des Krieges zerstört wurde, aber dass nur sie diesen Wiederaufbau leisten kann. Er sagt nichts über die mögliche Einberufung einer Nationalversammlung.

Der Vorwärts veröffentlicht diesen Aufruf des Vollzugsrats nicht. Aber das Regierungsprogramm spielte auf die Art der Abstimmung über die Einberufung der Nationalversammlung an, und zwei aufeinanderfolgende Artikel von Stampfer sprachen sich im gleichen Sinn aus: die Regierung müsse *»vom ganzen Volk«* ausgehen

⁷⁹² Friedlander, a.a.O. S. 174.

⁷⁹³ H. Müller, a.a.O., S. 111.

⁷⁹⁴ Vossische Zeitung, 11. November 1918. [Morgenausgabe, S. 2, Spalte 2]

und nicht nur von den Arbeiter*innen und Soldaten⁷⁹⁵. Die Unterschiede wurden deutlicher, als der Vollzugsrat am 11. eine Erklärung veröffentlichte, in der er seine eigenen Befugnisse definierte:

»Alle kommunalen, Landes- Reichs- und Militärbehörden setzen ihre Tätigkeit fort. Alle Anordnungen dieser Behörden erfolgen im Auftrage des Vollzugsrats des Arbeiter- und Soldatenrats.«⁷⁹⁶

Das ist ein Angriff auf die Befugnisse des Rates der Volksbeauftragten und gleichzeitig eine ungewollte Unterstützung des Unternehmens der Rettung des Staatsapparates, der sich in die Autorität der Exekutive der Räte hüllen wird, um erst zu überleben und dann zurückzuschlagen.

Die Frage ist unter anderem, zu wissen, ob der Vollzugsrat über einen Zwangsgewalt verfügen können wird. Am 12. November legte Däumig eine Resolution zur Schaffung einer Roten Garde⁷⁹⁷ vor, die mit 21 gegen eine Stimme angenommen wurde, wobei die Mehrheitssozialdemokrat*innen dafür stimmten. Am nächsten Tag veröffentlichte die Presse einen Aufruf des Vollzugsrats der ein Anfang der Umsetzung war:

»Wir brauchen Eure Hilfe! 2.000 sozialistisch geschulte und politisch organisierte Genossen und Arbeiter mit militärischer Ausbildung haben den Schutz der Revolution zu übernehmen.«⁷⁹⁸

Die Kandidat*innen werden aufgerufen, sich am gleichen Tag im Gewerkschaftshaus vorzustellen. Aber sie wurden nicht rekrutiert. Die rechte Opposition reagierte sofort, durch die Stimme von Colin Ross. Eine Versammlung von Delegierten der Soldatenräte, die in der Kaserne des Regiments der Alexandergarde tagte, buhte den Sozialdemokraten Rusch aus, der das Projekt der Roten Garde im Namen der Verteidigung der Revolution unterstützte. Die Soldaten sahen die Entscheidung, Zivilist*innen zu bewaffnen, als eine Geste der Feindseligkeit ihnen gegenüber. Der Vertreter des Garde-Schützen-Regiments verkündete, dass die Soldaten keiner Partei angehörten, da sie zum Vaterland gehörten. Die Versammlung verurteilte den Plan, eine rote Garde zu schaffen⁷⁹⁹. In einem um zwei Uhr morgens veröffentlichten Kommuniqué erklärte der Vollzugsrat, er habe zur Kenntnis genommen, dass die Truppen in Berlin, die ihre Ergebenheit gegenüber der sozialistischen Republik beteuerten, gleichzeitig gegen die Schaffung einer Roten Garde seien: er verzichte daher »vorläufig« darauf⁸⁰⁰.

⁷⁹⁵ Vorwärts, 13. und 14. November 1918.

⁷⁹⁶ Vossische Zeitung, 12. November 1918. [Abendausgabe, S. 1, Spalte 2]

⁷⁹⁷ H. Müller, a.a.O., S. 128; R. Müller, a.a.O., S. 82 ff.

⁷⁹⁸ Deutsche Tageszeitung, 13. November 1918. [Hier zitiert nach Vorwärts, 13. November 1918, S. 2, SS. 2, »Letzte Nachrichten. Aufruf zum Schutz der Revolution«]

⁷⁹⁹ 8 Uhr-Abendblatt, 13. November 1918, Coper, a. a. O. S. 114.

⁸⁰⁰ Vossische Zeitung, 14. November 1918.

Der Misserfolg des Vollzugsrats in dieser entscheidenden Frage und sein schneller Rückzug ermutigten seine Gegner*innen, die ihren Vorteil ausspielten. Am späten Nachmittag des 14. November wurde im Reichstag eine Versammlung der Soldaten zu dieser Frage einberufen. Ebert ergriff in der Sitzung das Wort und erklärte, dass von der Schaffung einer roten Garde keine Rede sein könne und der Verzicht des Vollzugsrats auf dieses Projekt nur endgültig sein könne:

Die Regierung »stützt sich auf die breitesten Schichten, Arbeiter, Soldaten, Beamte und bürgerliche Elemente. Da haben wir nichts zu befürchten.«⁸⁰¹

Nach ihm rief Wels, der neue Stadtkommandant, zur Disziplin auf. Den Soldaten, die das Problem der Bezahlung ansprachen, antworteten die Vertreter der Regierung, dass sie dieses Problem dem Vollzugsrat vortragen müssten. Die Versammlung bestätigte die Feindseligkeit der Soldatenräte und verurteilte auch den Vollzugsrat, weil er mit dem Vorschlag einer roten Garde »seine Rechte überschritten« habe.

Am 16. wurde das Problem der Sicherheit und der öffentlichen Ordnung angesprochen, diesmal in den Regierungsgremien. Barth brachte die Angelegenheit in die Kabinettsitzung ein, und am Nachmittag wurde sie von Ebert, Barth, Vertretern der Exekutive und den betroffenen Ministern besprochen. Barth erklärte, dass es notwendig sei, innerhalb einer Woche 10.000 Mann zu rekrutieren, davon 3.000 für die Sicherheitstruppe Eichhorns, 3.000, die dem Stadtkommandanten zur Verfügung gestellt werden sollten, und 4.000, um die Bahnhöfe zu bewachen und die Demobilisierten zu verteilen⁸⁰². Am nächsten Tag, dem 17. November, verkündete Wels die Schaffung einer »republikanischen Verteidigungstruppe«, die aus 13 bis 15.000 Mann bestehen und durch Freiwillige rekrutiert werden sollte⁸⁰³: Freiwillige strömten herbei, aber auch Spenden aus bürgerlichen Kreisen, die diese für die Aufrechterhaltung der Ordnung zuständige Truppe finanzieren sollten⁸⁰⁴. Der Vollzugsrat hatte eine doppelte Niederlage erlitten: Die Regierung hatte die ihm vorenthaltenen Streitkräfte zu ihrem eigenen Nutzen organisiert, und sie hatte seinem Ansehen einen schweren Schlag versetzt. In den folgenden Tagen forderte Eichhorn vergeblich eine Aufstockung der eigenen Truppen: sie kam endlich, nach mehreren Wochen, die Rekruten kamen, wie Wegmann vorgeschlagen hatte, aus den Listen, die für die Rote Garde am 13. November⁸⁰⁵ vorbereitet worden waren: zu diesem Zeitpunkt waren die Truppen von Wels bei weitem die beachtlichste Truppe.

801 Berliner Lokalanzeiger, 15. November 1918. [Der Lokalanzeiger lag uns nicht vor. Hier ist der erste Satz zitiert nach dem Bericht der Vossischen Zeitung, »Ebert bei den Soldatenräten«, 15. November 1918, Morgenausgabe, S. 4, SS. 1, der zweite Satz nach der Leipziger Volkszeitung, »Versammlung der Berliner Soldatenräte«, 16. November 1918, S. 2, SS. 3]

802 Drabkin, a.a.O. S. 233.

803 Ebd.; Vorwärts, 18. November 1918; Dok. u. Mat., II/2, S. 415.

804 Drabkin, a.a.O. S. 233.

805 Ebd., S. 234.

Am 16. November ging Däumig im Vollzugsrat erneut auf dem Terrain der politischen Perspektiven in die Offensive. Er stellte fest, dass die Revolution das alte Regierungssystem zerstört, aber kein neues aufgebaut habe, und sprach sich für klare Maßnahmen und eine entscheidende Wahl zwischen einer »bürgerlich-demokratischen« und einer »sozialistischen« Republik. Er protestierte gegen die Tätigkeit der Regierung, die dazu neigte, sich der Kontrolle des Vollzugsrats zu entziehen, Staatssekretäre und Unterstaatssekretäre zu ernennen und Proklamationen zu erlassen, und beanspruchte die legislative und exekutive Macht für den von den Räten gewählten Vollzugsrat. Er legt eine Resolution vor, die das »Bestreben der bürgerlichen Kreise, so schnell wie möglich eine Nationalversammlung einzuberufen«, als ein Unternehmen verurteilt, das »die Arbeiter um die Früchte der Revolution bringen« soll, und schlägt die sofortige Einberufung eines das ganze Reich repräsentierenden Zentralrats vor, der »eine neue, den Grundsätzen der proletarischen Demokratie entsprechende Verfassung zu beschließen hat.« Er warnte den Vollzugsrat, dass er mit der Unterstützung des Plans der Regierung, eine Nationalversammlung einzuberufen, gleichzeitig sein Todesurteil und das der Räte unterschreiben würde⁸⁰⁶.

Der Antrag Däumig wurde sofort von Colin Ross und Hermann Müller energisch bekämpft. Dieser erklärte, dass Däumigs Standpunkt »undemokratisch« sei, da er darauf abziele, eine »Klassenherrschaft des Proletariats gegen die Mehrheit des Volkes« zu errichten, und präziserte: »Mit der Diktatur, wie wir sie in Russland haben, können wir hier nicht vorgehen«⁸⁰⁷. Er schlug einen Änderungsantrag vor, in dem er den provisorischen Charakter der Existenz der Räte unterstrich und hervorhob, dass je eher die Nationalversammlung einberufen werde, desto eher werde es eine sozialistische Mehrheit an der Spitze des Landes geben. Diese Argumente überzeugten nicht alle Mitglieder seiner eigenen Partei: Die Resolution Däumig wurde mit 12 zu 10 Stimmen ganz knapp abgelehnt, wobei der Soldatenabgeordnete Hans Paasche und die beiden sozialdemokratischen Arbeiter*innenabgeordneten Büchel und Julich dafür stimmten⁸⁰⁸. Hermann Müller griff dann den Antrag Däumig auf, mit einem Zusatz, der präziserte, zum Thema der zukünftigen Verfassung, die vom Zentralrat verabschiedet werden sollte:

Die Verfassung »ist einer von ihm [dem Vollzugsrat] zu berufenden konstituierenden Versammlung zur Beschlussfassung vorzulegen.«⁸⁰⁹

Nach einer verwirrenden Diskussion, in der Barth seine Position änderte, wurde der Text der neuen Resolution mit 9 zu 7 Stimmen angenommen⁸¹⁰. Der Vollzugsrat

806 I.M.L.-Z.P.A., Nr. II/1, f. 10 ff, zitiert bei Drabkin, S. 237 f.; R. Müller, Vom Kaiserreich, II, S. 82 ff, a.a.O., S. 127-128.

807 I.M.L.-Z.P.A., Nr. II/1, ff. 14, 31, zitiert von Drabkin, a.a.O., S. 239.

808 Ebenda, f. 32, zitiert von Drabkin, a.a.O., S. 240.

809 H. Müller, a.a.O., S. 128.

810 I.M.L.-Z.P.A., Nr. II/1, f. 32, zitiert von Drabkin, a.a.O.

ebnete den Weg für seine eigene Liquidierung und die der Räte als Machtorgane, und ein Mann wie Richard Müller, ein Anhänger der Räte-macht, stimmte für ihre Liquidierung in dem Glauben, einen Kompromiss anzunehmen⁸¹¹. Die Mehrheitler*innen nutzten die Verwirrung ohne Verzögerung aus. Am Tag, als diese Diskussion stattfand, versicherte Landsberg in einem Interview, dass die Regierung bereits eine Entscheidung über die Einberufung der Nationalversammlung gefällt habe⁸¹². Am nächsten Tag gab der Vorwärts bekannt, dass das Kabinett bereits den 2. Februar als Wahltermin festgelegt habe⁸¹³. Am 18. protestierte die Freiheit und dementierte die Information,⁸¹⁴ angeblich im Namen der unabhängigen Minister, aber am 19. musste das Organ der unabhängigen sozialdemokratischen Partei zugeben, dass die am 17. besprochene Frage der Konstituierenden Versammlung in der Tat prinzipiell beschlossen worden war, wobei sie behauptete, dass noch kein Datum festgelegt worden sei⁸¹⁵. Inzwischen hatte sich die sozialdemokratische Presse, mit dem »Vorwärts« an der Spitze, schon seit zwei Tagen voll in die Kampagne für die rasche Einberufung der Nationalversammlung gestürzt.

Im Bewusstsein des Fehlers, den er am 16. begangen hatte – Richard Müller würde später von einer »verwirrten« Position sprechen, die ihn »lächerlich gemacht«⁸¹⁶ habe –, versuchte der Vollzugsrat, verlorenen Boden gutzumachen, indem er sich an seine Wähler*innenschaft wandte, die Delegierten der Arbeiter*innen- und Soldatenräte, die ihn am 10. bestimmt hatten und die er für den 18. November im Zirkus Busch wieder einberief.

Vor der Versammlung gab Richard Müller einen Bericht über die Tätigkeit des Vollzugsrat und bemühte sich, seine Resolution vom 16. vorzustellen, in der er auf die Rolle der Räte und die Gefahren einer zu schnellen Einberufung der Konstituierenden Versammlung den Akzent legte:

»Würden wir jetzt die Nationalversammlung einberufen, so wäre das das Todesurteil für die Arbeiter- und Soldatenräte. Sie würden sich selbst ausschalten. Das dürfen sie nicht tun. Wir müssen unsere Macht behaupten, wenn nicht anders, dann mit Gewalt. Wer die Nationalversammlung will, zwingt uns den Kampf auf. Ich erkläre Ihnen offen: Ich habe für die Revolution mein Leben aufs Spiel gesetzt und werde es wieder tun. Die Nationalversammlung ist der Weg zur Herrschaft der Bourgeoisie, ist der Weg zum Kampf; der Weg zur Nationalversammlung geht über meine Leiche. (...) Wenn ich das ausspreche, so weiß ich, dass ein Teil der Vollzugsratsmitglieder mir beistimmt und auch jene Arbeiter, die mit an der Vor-

811 Drabkin, a.a.O. S. 241.

812 Vossische Zeitung, 16. November 1918.

813 Vorwärts, 17. November 1918.

814 Freiheit, 18. November 1918.

815 Freiheit, 19. November 1918.

816 R. Müller, Vom Kaiserreich, II, S. 83.

bereitung der Revolution beteiligt waren, und wohl ebenso werde ich die Mehrheit der Arbeiter auf meiner Seite habe.»⁸¹⁷

Hermann Müller intervenierte beschwichtigend: Auch die Mehrheitssozialdemokrat*innen wollten eine soziale Republik, aber die Frage könne nicht in einer solchen Versammlung geklärt werden, da keine der beiden Arbeiterparteien das Prinzip der Einberufung der verfassungsgebenden Versammlung abgelehnt habe. Das schrecke ihn nicht: Er habe seinerseits Vertrauen in das deutsche Volk und in den Willen, den es durch seine Stimmen ausdrücken wird⁸¹⁸. Haase sagt, dass die revolutionären Errungenschaften nichts vom allgemeinen Wahlrecht in einem Land zu befürchten hätten, in dem die Proletarier*innen die Mehrheit bilden, und warnt in Anspielung auf Russland vor den »falschen« Anschauungen, die sich aus »fremden Beispielen« ergeben⁸¹⁹. Der Sozialdemokrat Kaliski sagt, dass eine Revolution ohne Demokratie den Weg zu einem neuen Krieg öffnen würde⁸²⁰. Ledebour antwortet, dass das Proletariat, das derzeit die Macht innehat, nicht das geringste Risiko eingehen dürfe, sie zu verlieren. Er protestiert gegen die Idee, dass eine wahre Demokratie unter einem kapitalistischen System möglich sei: Die Grundlagen des Kapitalismus müssten zuerst zerstört werden⁸²¹. Liebknecht wehrt sich energisch dagegen, ein Gegner der »Einheit« zu sein, wie ihm seine Gegner vorwerfen: Er ist für die Einheit in Klarheit und beantwortet die Frage, »was wir wollen«: Er ruft zur Einheit unter denen auf, die die Revolution fortsetzen und den Sozialismus aufbauen wollen, denn die Konterrevolution, mächtig und bewaffnet, ist auf dem Vormarsch. Er ruft die Arbeiter*innen auf, ihre Macht zu verteidigen, sich bewusst zu sein, dass »Verräter« unter ihnen am Werk sind, und niemals zu vergessen, dass die Emanzipation der Arbeiter*innenklasse nur durch ihre eigene Aktion erfolgen könne. Besonderen Beifall erhielt er, als er auf der Notwendigkeit klarer Positionen beharrte, eine dünn verschleierte Kritik an der Verwirrung des Vollzugsrats⁸²².

Eine gewisse Zahl Delegierte meldeten sich auch zu Wort, um einen anderen Punkt des von Richard Müller vorgetragenen Tätigkeitsberichts anzugreifen. Am 15. November unterzeichneten Müller und Molkenbuhr als Mitvorsitzende eine Erklärung, in der sie die Gewerkschaftsorganisationen mit der Vertretung der wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter*innen betrauten⁸²³. Am gleichen Tag beschloss der Ortsausschuss der Berliner Gewerkschaften unter Leitung des Mehrheitlers Körsten,

817 I.M.L.-Z.P.A., Nr. II/1, »Protokolle der Versammlungen der Arbeiter- und Soldatenräte Groß-Berlin«, Bd.1 f. 11 Diese Schilderung wird von Drabkin, a.a.O., S. 241-244, ausführlich zitiert, wobei die Auszüge die im Vorwärts vom 20. November 1918 veröffentlichte Schilderung ergänzen.

818 Vorwärts, 20. November 1918.

819 Ebenda und Drabkin, S. 243.

820 Drabkin, a.a.O. S. 243.

821 Vorwärts, 20. November 1918.

822 Drabkin, a.a.O. S. 243-244.

823 Ebd., S. 235-236.

alle Aktionsausschüsse in den Betrieben aufzulösen und neu zu wählen⁸²⁴, eine Initiative, die die Unternehmer*innen in ihrem Kampf begünstigte, gegen die Versuche der Arbeiter*innenausschüsse, eine Kontrolle über ihre Tätigkeit auszuüben, die sie ebenso wenig wollten wie die Gewerkschaftsführer*innen⁸²⁵. Mehrere Fabrikdelegierte warfen dem Vollzugsrat vor, damit das Monopol der Arbeiter*innenvertretung an eben jene Leute übergeben zu haben, die sie »während vier Jahren verraten haben«⁸²⁶. Und Richard Müller musste versprechen, dass die Frage überprüft werde⁸²⁷.

Seine Antwort, der Abschluss der Debatte, konzentriert sich ganz auf die Kritik, die von links kommt:

»Ich werde, solange ich im Vollzugsrat sitze, dafür eintreten, dass die Konstituante, die Nationalversammlung, erst dann kommt, wenn es für die Errungenschaften der Revolution keine Gefahr mehr besteht. (...) Wir wissen, was wir wollen im Vollzugsrat, und wir werden dafür sorgen, dass die Errungenschaften der Revolution nicht verloren gehen. Wenn der Genosse Haase erklärt hat, dass die Regierung vorwärts getrieben werden muss (...), verlassen Sie sich darauf, wir als Vollzugsrat werden sie vorwärts treiben, und es hat sich ja auch in letzter Zeit gezeigt, dass wir sehr gut zu treiben verstehen.«⁸²⁸

Am Ende wurde die Resolution vom 16. nicht der Versammlung zur Abstimmung vorgelegt, sondern mit anderen Texten an den Vollzugsrat zurückgeschickt. Sie wurde nicht einmal veröffentlicht, da die Regierung der Telegrafagentur Wolff verboten hatte, sie zu verbreiten⁸²⁹. Das Berliner Tageblatt berichtete über das Zirkus-Busch-Treffen und fasste das Problem zusammen:

»Zugleich mit der Frage der Konstituierenden Versammlung steht die Frage zur Entscheidung, wer heute in Deutschland regiert (...) Liegt die oberste Autorität bei der Regierung oder liegt sie bei den Arbeiter- und Soldatenräten (...)?«⁸³⁰

Wenn die bürgerliche und sozialdemokratische Presse das Problem so stellt, dann deshalb, weil die Bourgeoisie beginnt zu spüren, dass sie die Kraft hat, es in einer Richtung zu regeln, die für ihre Macht, also für die Regierung, günstig ist. Dazu verurteilt, eine Verteidigungsschlacht in Unordnung zu führen, zog sich der Vollzugsrat schrittweise zurück und wurde Tag für Tag aus seinen Positionen vertrieben. Am 18. fand eine gemeinsame Sitzung der beiden Räte im Kanzleramt statt⁸³¹. Ebert griff sofort die

824 Dok. u. Mat., II/2, S. 401 f.

825 Drabkin, a.a.O. S. 236.

826 Ebenda, S. 236-237. [tats. S. 242]

827 Ebenda, S. 237.

828 I.M.L.-Z.P.A., Nr. II/1 »Protokolle...«, S. 44, zitiert von Drabkin, a. a. O., S. 244,

829 Ebenda, S. 244.

830 Berliner Tageblatt, 19. November 1918. [Abendausgabe, Seite 1, Spalte 2]

831 Kolb, a.a.O., S. 134 und Drabkin, a.a.O., S. 245-249; letzterer fasst die offizielle Darstellung im Reichs-

Forderungen des Vollzugsrats und seinen Eingriff in die Autorität der Regierung an, obwohl es sich seiner Meinung nach nur um ein Berliner Gremium handelte, was Proteste, selbst von den sozialdemokratischen Mitgliedern des Vollzugsrats, hervorrief. Dittmann schlug die schnelle Wahl des Zentralrats für ganz Deutschland vor⁸³². Der Mehrheitler Landsberg gab zu, dass der Rat der Volksbeauftragten und das Kabinett ihre Autorität vom Vollzugsrat der Räte ableiteten, der sie ernannt hatte und entlassen könnte, aber er behauptete, dass er sich nicht erlauben könne, in die Machtbefugnisse des Vollzugsrats einzugreifen, ohne zu riskieren, eine »Gegenregierung« zu bilden, was zu Anarchie führen würde⁸³³. Däumig protestierte gegen die »absolutistische« Auffassung der Kabinettsmitglieder und forderte effektive Kontrollbefugnisse für den Vollzugsrat⁸³⁴. Zum Thema Nationalversammlung dementierte Ebert, dass ein Termin für deren Einberufung festgelegt worden sei⁸³⁵. Die unabhängigen Minister bemühten sich um einen Kompromiss: Schließlich wurde eine Kommission eingesetzt, deren Aufgabe es sein sollte, die Kompetenzen der beiden Gremien abzugrenzen, und zwar auf der Grundlage einer ständigen Übereinkunft, dass die einstimmigen Beschlüsse des Rates der Volksbeauftragten unmittelbar gelten und das Eingreifen des Vollzugsrats nur im Falle von Meinungsverschiedenheiten möglich war⁸³⁶. Am 23. November wurde als Ergebnis der Kommissionsarbeit in einer Erklärung des Vollzugsrats die neue verfassungsmäßige Ordnung für die »erste Übergangszeit« festgelegt: Die Macht gehörte den Arbeiter*innen- und Soldatenräten, deren Aufgaben für das Reich bis zur Wahl eines Zentralrates für das ganze Land vom Berliner Vollzugsrat übernommen wurden, die Exekutivgewalt wurde aber dem Rat der Volksbeauftragten übertragen⁸³⁷.

So wurde der Vollzugsrat am 23. November um Vertreter*innen der verschiedenen Regionen und Armeen erweitert und hatte fünfundzwanzig neue Mitglieder, von denen die meisten Mehrheits-Sozialdemokrat*innen waren, wie der junge Kurt Schumacher, der die Kriegsversehrten vertrat, aber auch einige Revolutionär*innen, wie der Cuxhavener Matrose Karl Baier und der Soldat von Lojewski aus Spandau, denen sich bald der Sachse Fritz Heckert, ein gelegentlicher Teilnehmer, anschließen sollte⁸³⁸. Aber die Initiative kam zu spät: Die sozialdemokratische und bürgerliche Presse hatte bereits die noch latent vorhandene Feindlichkeit gegen die Hauptstadt und gegen den Berliner Vollzugsrat ausnutzen können; sie suggerierte, dass dieser eine Diktatur anstrebe, und versuche, sich gegen das allgemeine Wahlrecht zu erheben⁸³⁹: die bereits erfolgreich

zentralarchiv in Potsdam zusammen (Reichskanzlei, Nr. 2482, ff. 28 ff.).

832 Drabkin, a.a.O. S. 246.

833 Ebd., S. 246-247.

834 Ebenda, S. 247.

835 Ebd.

836 Ebd.

837 Dok. u. Mat., II/2, S. 459.

838 H. Müller, a.a.O., S. 105-106.

839 Friedlander, a.a.O. S. 168.

gegen die Pariser Kommune ausgenutzten Themen tauchten wieder auf. Man machte alle möglichen Angriffe auf den Vollzugsrat⁸⁴⁰. Man sagt, dass die Entente ihr nicht anerkenne und dass die Anerkennung seiner Autorität das Risiko eines Bruchs des Waffenstillstands impliziere⁸⁴¹. Die Regierungs-Pressagentur sprach von 800 Millionen Mark, die für die Arbeiter*innenräte ausgegeben wurden, und aus dieser Summe wurden 1800 Millionen, die vom Vollzugsrat ausgegeben wurden⁸⁴². Die Presse hingegen berichtete über den Bericht des Schatzmeisters Max Maynz überhaupt nicht⁸⁴³.

Die Reichskonferenz der Ministerpräsidenten sprach sich am 25. November für die Einberufung der Nationalversammlung aus⁸⁴⁴. Der Rat der Volksbeauftragten legte nach langem Feilschen zwischen den Mehrheitler*innen und den Unabhängigen den 16. Februar 1919 als Termin für die Wahlen zur Versammlung fest⁸⁴⁵, während der Vollzugsrat am 23. November beschloss, die Gesamtheit der Delegierten der Räte des Reichs für den 16. Dezember nach Berlin einzuberufen⁸⁴⁶. Die Vorbereitung dieses Kongresses fiel zusammen mit einer Verdoppelung der Pressekampagne gegen den Berliner Vollzugsrat und seine radikalen Führer*innen: Der »Vorwärts« wütete gegen »Leichenmüller«, »den lebenden Leichnam« – Anspielungen auf Richard Müllers Rede vom 18. November – oder gegen »Richard I.« und die »Junker vom anderen Ende.«⁸⁴⁷ Es ist nicht verwunderlich, dass der am 6. Dezember von monarchistischen Elementen versuchte und offen gegen den Vollzugsrat gerichtete Putsch das klassische antisemitische Argument aufgreift, indem er dessen Sitz im Preußischen Landtag als »Synagoge« bezeichnet.

Am Vorabend des Rätekongresses, der einen neuen Zentralrat wählen und endgültig über die Frage der Macht der Räte entscheiden sollte, war der Vollzugsrat in Berlin längst besiegt. Der Rat der Volksbeauftragten kann es sich leisten, die von ihm eingeladenen Russen Bucharin, Joffe, Rakowski, Ignatow und Radek, Vertreter des Allrussischen Sowjetkongresses, an der Grenze zurückzuschicken⁸⁴⁸. Rosa Luxemburg wird mit grimmiger Feder das Epitaph dieses revolutionären Organismus schreiben, den sie den »Sarkophag« der Revolution nennt und von dem sie schreibt, er sei »5. Rad am Wagen einer kryptokapitalistischen Regierungsclique«⁸⁴⁹:

840 Siehe Kapitel VII von Kolb, a.a.O. über »Die Diskreditierung der Arbeiterräte durch die Presse.«

841 Friedlander, a.a.O. S. 168,

842 Ebenda, und Kolb, a.a.O. S. 191.

843 Friedlander, a.a.O. S. 169.

844 Kolb, a.a.O., S. 132.

845 Ebenda, S. 133.

846 Dok. u. Mat., II/2, S. 462-464.

847 Siehe insbesondere »Der lebende Leichnam«, Vorwärts, 5. Dezember [die Quellenangabe scheint nicht zu stimmen] und »Richard I. - Wilhelm-Ersatz«, Ebenda, 18. Dezember 1918. [»Die Junker vom anderen Ende« war gegen Wegmann gerichtet, Vorwärts, 30. November 1918, S. 6, SS. 1]

848 Brandt und Lowenthal, a.a.O., S. 112; Scheidemann, Der Zusammenbruch, S. 227.

849 [»Der aVollzugsrat kuscht«, »Die Rote Fahne«, 12. Dezember 1918, S. 1, SS. 3 - S. 2, SS. 1. Verfasser war anscheinend Paul Levi und nicht Rosa Luxemburg, Nachdruck in Paul Levi, Ohne einen Tropfen Lakaienblut«, Band 1/1, Berlin 2018, S. 653-655, hier S. 653]

»Es ist klar, dass im Vollzugsrat die A.- u. S.-Räte, in ihnen die Arbeiter- und Soldatenmasse getroffen werden sollten. Ihr Organ, das Organ der proletarischen Revolution, ist zur völligen Ohnmacht verurteilt worden, die Macht ist ihnen aus den Händen gewunden und an die gegenrevolutionäre Bourgeoisie ausgeliefert worden.

Freilich, kein politischer Machtfaktor lässt sich je die Macht entgleiten, es sei denn durch eigene Schuld. Nur die Aktionsunfähigkeit und die eigene Indolenz des Vollzugsrats hat den Ebert-Scheidemann das Spiel ermöglicht..«⁸⁵⁰

Das Urteil ist hart, aber niemand wird es anfechten. Der »Petrograder Sowjet« der deutschen Revolution ist endgültig besiegt, und sein Präsident, Richard Müller, wird ihn selbst auf seine Weise begraben, indem er ihn als »Mädchen für alles der Revolution« qualifiziert⁸⁵¹.

Der Rätekongress

Der Kongress der Arbeiter*innen- und Soldatenräte spiegelte das Ausmaß des politischen Versagens wider, das die Revolutionär*innen in sechs Wochen erlitten. An ihr nahmen 489 Delegierte teil, von denen 405 von den Arbeiter*innenräten und 84 von den Soldatenräten entsandt wurden⁸⁵². Von der Gesamtzahl waren es nur 179 Arbeiter*innen und Angestellte, demgegenüber standen 71 Intellektuelle und 164 »Fachleute«, Journalisten, Abgeordnete, Partei- oder Gewerkschaftsfunktionäre⁸⁵³: Die Vertreter*innen des Apparats überwogen weitgehend gegenüber denen der Arbeiter*innen in den Betrieben. Die Sozialdemokrat*innen hatten mit 288 Delegierten die absolute Mehrheit, gegenüber 90 für die Unabhängigen – von denen nur 10 Spartakist*innen waren; die bekanntesten waren Heckert und Leviné –, 11 »vereinigten Revolutionären« um den Hamburger Laufenberg, 25 Demokraten und 75 parteilosen Mitgliedern⁸⁵⁴. Die Mehrheit für die Vorschläge Eberts war bereits im Voraus gesichert. Am Eröffnungstag konnte es sich der »Vorwärts«, die Perspektive der Einberufung der Konstituierenden Versammlung nachzeichnend, leisten, auf Kosten der Spartakist*innen zu ironisieren und sie zu fragen, ob sie gemäß ihrer Forderung nach Macht für die Räte den Beschluss der Räte, sich selbst zu entmachten, akzeptieren würden⁸⁵⁵.

850 »Die Rote Fahne«, 11. Dezember 1918. [Nachdruck in Gesammelte Werke, Band 4, Berlin 1974, S. 437-441, hier S. 440]

851 Zitiert von H. Müller, a.a.O., S. 111.

852 Allgemeiner Kongress der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands vom 16. bis 21. Dezember 1918, S. 198 ff. Ill. Gesch. S. 249.

853 Ebenda, S. 250. [Dort steht »31 Unabhängige und 164 Mehrheitssozialisten waren Redakteure, Abgeordnete, Partei- und Gewerkschaftsbeamte«]

854 Ebd., S. 249-250.

855 Vorwärts, 16. Dezember 1918; Dok. u. Mat., II/2, S. 621.

Weder Karl Liebknecht noch Rosa Luxemburg waren Delegierte in Berlin; wählbar war nur, wer auf den Listen der in den Betrieben Beschäftigten oder auf der Lohnliste des Militärs stand. Ein Vorschlag des Präsidiums, sie mit beratender Stimme einzuladen, wurde von vornherein ohne Debatte abgelehnt⁸⁵⁶; wenige Stunden später von einem württembergischen Delegierten wieder aufgegriffen, wurde er nach heftigen Zwischenfällen abgelehnt⁸⁵⁷. Den Spartakist*innen blieb nur, von außen auf den Kongress einzuwirken zu versuchen, was sie geplant hatten, was sie von Anfang an getan hatten und was sie wieder tun würden, indem sie Demonstrationen und Delegationen von Demonstrant*innen organisierten.

In Absprache mit den revolutionären Obleuten organisierten sie eine gigantische Versammlung zur Eröffnung des Kongresses, gefolgt von einem Marsch und der Entsendung einer Delegation im Namen der 250.000 Berliner Arbeiter*innen, die sich auf ihren Aufruf hin versammelt hatten. Im Saal empfangen, verlas der revolutionäre Obmann Paul Weyer die Forderungen der Demonstrant*innen: Ausrufung einer einheitlichen sozialistischen Republik, die ganze Macht den Arbeiter*innen- und Soldatenräten, der vom Zentralrat gewählte Vollzugsrat als höchstes Organ der Gesetzgebung und Regierungsgewalt, Beseitigung des Ebertschen Rates der Volksbeauftragten, Maßnahmen zur Entwaffnung der Gegenrevolution, Bewaffnung des Proletariats, Aufruf an die Proletarier aller Länder, zur Bildung von Räten zwecks Durchführung der gemeinsamen Aufgaben der Weltrevolution⁸⁵⁸. Doch der Kongress bleibt untätig. Der Sitzungspräsident Leinert erklärt, dass er die gestellten Forderungen zur Kenntnis genommen hat und sie eventuell bei seinen Entscheidungen berücksichtigen wird; während die Demonstrant*innenschar ihren Marsch durch die Straßen Berlins fortsetzt, setzt Richard Müller den durch die Ankunft der Delegation unterbrochenen Bericht fort. Am 18. Dezember kam ebenfalls auf Initiative der Spartakist*innen eine Delegation von Soldaten, die siebzehn Einheiten angehörten, unter der Leitung von Dorrenbach, um ihre Forderungen bezüglich der Armee und der Disziplin aufzuzählen: der Empfang war diesmal offen feindselig und die Mehrheit drohte, den Sitzungssaal zu verlassen⁸⁵⁹. Am 18. gab es eine weitere Demonstration, diesmal von Berliner Streikenden⁸⁶⁰. Trotz der Menschenmassen, die sie versammeln konnten, gelang es den Spartakist*innen und ihren Verbündeten in den revolutionären Obleuten nicht, diese entscheidenden »Tage« zu organisieren, die – nach dem Vorbild der Französischen Revolution, an die sie vielleicht gedacht hatten – eine zögernde oder widerstrebende Versammlung hätten beeinflussen können. Denn die Würfel waren gefallen, und der erste Rätekongress verlief mehr oder weniger so, wie Ebert und seine Freunde es geplant hatten.

856 Allgemeiner Kongress, Spalte 12.

857 Ebd., Spalte 53-58.

858 Allgemeiner Kongress, Spalte 19 f.

859 Ebenda, Spalte 123 ff.

860 Ebenda, Spalte 144 ff.

Als einzige Überraschung erwies sich in der Tat das schwierige Problem der Forderungen der Soldaten, die ihre Delegierten, die Sozialdemokraten eingeschlossen, durchsetzen wollten, obwohl Ebert dem Generalstab insgeheim versprochen hatte, diese Fragen auf dem Kongress nicht zur Sprache kommen zu lassen. Die Annahme der »sieben Hamburger Punkte« – die allerdings ein Kompromissvorschlag des Sozialdemokraten Lamp’l war – sollte die Ursache für die Drohungen des Generalstabs gegen die Regierung und schließlich für die große Dezemberkrise sein, die in den Wochen zuvor durch die Zersetzung der Armee eröffnet worden war⁸⁶¹.

Im Übrigen, und insbesondere bei der Frage nach dem Wesen der Macht, der Räte und der Nationalversammlung, nahmen die Debatten des Kongresses einen akademischen, um nicht zu sagen parlamentarischen Charakter an. Max Cohen-Reuss verteidigte die These von der raschen Einberufung der in allgemeinen Wahlen gewählten Nationalversammlung: Diese Art der Wahl sei ein großer Sieg für den Sozialismus, da sie in Deutschland schon lange vor dem Erfurter Programm vergeblich gefordert worden sei. Die Sozialist*innen brauchen sie, weil sie gegenüber einer starken Bourgeoisie eine unbestreitbare Zentralmacht und gegenüber der Entente eine aus freien Wahlen hervorgegangene Regierung brauchen. Cohen hatte keinen Zweifel am Ausgang der Wahlen: Weil die Nationalversammlung eine sozialistische Mehrheit haben würde, war ihre Wahl der kürzeste Weg zur Errichtung eines sozialistischen Regimes in Deutschland. Die Sozialdemokrat*innen sind entschlossen zu verhindern, dass ihre *»reine, klare, gute sozialistische Gedankenwelt durch bolschewistische Verschrobenheiten sabotiert und diskreditiert wird.«* Der Sozialismus wird nach ihm durch eine vom ganzen Volk gewählte sozialistische Regierung erreicht werden. Die Räte werden mit der Einberufung der Nationalversammlung ihrer außerordentlichen Aufgabe ein Ende setzen und können dann ihren natürlichen Platz im gesellschaftlichen Leben einnehmen, indem sie eine wichtige Rolle in der Produktion spielen⁸⁶².

Däumig präsentierte den Gegenbericht. Er unterstreicht, dass die Annahme von Cohens Text das Todesurteil für die Räte bedeuten würde. Er erinnert an ihr Erscheinen und ihre Entwicklung in Russland und dann in Deutschland und erklärt, dass sie die *»Organisationsform der modernen Revolution«*, die proletarische Form der Demokratie darstellen. Die Mehrheitler*innen versuchen mit allen Mitteln, sie zu zerstören und sie als ein echtes Schreckgespenst darzustellen, indem sie sie zum Synonym für Diktatur machen. Aber die russische Erfahrung wird sich in Deutschland nicht unbedingt wiederholen, da die Diktatur der Räte notwendigerweise, anders als im ländlichen Russland, die der Arbeiter*innenmehrheit sein wird. Dem von Cohen vertretenen Sozialismus von oben stellt Däumig den Sozialismus von unten entgegen, der aus der Tätigkeit der Arbeiter*innen in den Betrieben geboren wird,

861 Siehe Kapitel XII.

862 Allgemeiner Kongress, Spalte 209 ff. [Das Zitat in Spalte 223]

und endet mit einem Glaubensbekenntnis an das Rätssystem, das sich seiner Meinung nach früher oder später durchsetzen wird⁸⁶³.

Die Debatte bringt keine neuen Argumente. Das einzige wirklich umstrittene Problem ist das des Datums der Einberufung der Nationalversammlung, das die Unabhängigen so weit wie möglich hinausschieben möchten, damit die Sozialist*innen, wie sie sagen, die Zeit haben, »*die Massen aufzuklären*«, die noch unter dem Einfluss der bürgerlichen Ideologie stehen. Am Ende wurden drei Anträge gestellt. Ein Antrag von Geyer-Laufenberg schlug den 16. März als Termin vor und erhielt 50 Stimmen. Ein Ebert-Haase-Antrag, der sich aus dem im Rat der Volksbeauftragten erzielten Kompromiss ergab, erhielt kaum mehr. Der Vorschlag von Max Cohen, den Termin auf den 19. Januar festzulegen, wurde mit 400 zu 50 Stimmen angenommen⁸⁶⁴. Etwa die Hälfte der unabhängigen Delegierten folgte dem Beispiel von Haase und stimmte dafür, während die anderen, darunter Ledebour, Däumig und Richard Müller, in der Opposition waren. Am nächsten Tag wurde ein Antrag von Däumig, der besagte, dass die Räte die Grundlage der obersten Autorität in legislativen und exekutiven Angelegenheiten blieben und dass ein zweiter Kongress notwendig sei, bevor eine neue Verfassung angenommen werden könne, mit 344 zu 98 Stimmen⁸⁶⁵ abgelehnt.

Der Rätekongress war dezidiert gegen die »*Rätewacht*«, und Däumig konnte ihn zu Recht sarkastisch als »*politischen Selbstmörderclub*« bezeichnen⁸⁶⁶. Eberts Mehrheitler*innen, die einen durchschlagenden Sieg auf dem Terrain ihrer Gegner*innen errungen hatten, vollendeten ihn, indem sie für den Lündemann-Änderungsantrag stimmten, der die im Prinzip dem Zentralrat zustehende Autorität allein zugunsten der Volksbeauftragten konfiszierte⁸⁶⁷. Durch die Erfahrung belehrt, gelang es Richard Müller und den anderen Führer*innen der revolutionären Obleute, die Mehrheit der unabhängigen Delegierten davon zu überzeugen, dass es von nun an notwendig war, diesen machtlosen Zentralrat zu boykottieren⁸⁶⁸. Die Sowjetmacht war von dem Augenblick an, wo sie von Menschen verkörpert wurde, die sich zu entschlossenen Gegner*innen derselben erklärten, nichts anderes mehr als eine Verhöhnung.

In ganz Deutschland organisierten die Revolutionär*innen Versammlungen, Demonstrationen, stimmten über Resolutionen und Proteste gegen die Entscheidung des Rätekongresses ab. Am 21. Dezember riefen in Berlin Pieck, Liebknecht, Dunker, und Paul Scholze als Vertreter der revolutionären Obleute zum unerbittlichen Kampf gegen ihre Beschlüsse und die Regierung Ebert-Scheidemann auf⁸⁶⁹. Es wurde jedoch nicht die Frage gestellt, geschweige denn geklärt, ob der Kampf langfristig

863 Ebenda, Spalte 226 ff.

864 Ebenda, Spalte 226 ff.

865 Allgemeiner Kongress, Spalte 300.

866 Ebenda, Spalte 227.

867 Ebenda, col. 292.

868 R. Müller, a.a.O. II, S. 223; Prager, a.a.O. S. 185; Freiheit, 22. Dezember 1918.

869 Berichte in »Die Rote Fahne«, 22. Dezember 1918.

fortgesetzt werden sollte, indem man die Räte neu wählt und eine Mehrheit in ihnen erringt, oder ob die Revolutionär*innen nun den mehr als einen Monat zuvor begonnenen Kampf gegen die Einberufung der Nationalversammlung über die Köpfe der eigentlichen Räte hinweg fortsetzen sollten – mit anderen Worten, um in unmittelbarer Zukunft für eine Macht der Räte zu kämpfen, die die Räte nicht wollten.

Diese Frage sollte das politische Leben in Deutschland bis zu den Wahlen beherrschen, und die Differenzen, die sie verursachte, sollten die gesamte deutsche kommunistische Bewegung langfristig prägen.

Kapitel X: Die Krise der sozialistischen Bewegung

Die Schärfe des von Rosa Luxemburg formulierten Urteils über die Tätigkeit des Berliner Vollzugsrates lässt Historiker*innen unbefriedigt: Es ist vom Standpunkt der Revolutionär*innen aus unmöglich, die alleinige Verantwortung für diese Niederlage Richard Müller und seinen Freund*innen zuzuschreiben. Die Ohnmacht der Radikalen im Vollzugsrat, die Unfähigkeit dieses »Machtorgans«, wie es sich definiert, über eine rein propagandistische Tätigkeit hinauszugehen, sind nicht und können nicht die alleinige Verantwortung der gewählten Mitglieder der Berliner Räte sein. Die gleichen Züge finden sich in der Tätigkeit der anderen revolutionären Gruppen, und die Schwäche der Vertretung der Anhänger*innen der Räteherrschaft auf dem Rätekongress selbst beweist den Rückgang ihres anfänglich unbestreitbaren Einflusses und ihre Unfähigkeit, in dieser entscheidenden Periode in das Herz der Massenbewegung einzudringen.

Spartakus in der unabhängigen Partei

Für die Spartakist*innen ist das Problem nicht neu. Man erinnere sich an den politischen Kampf, den Rosa Luxemburg 1916 gegen die Mitglieder ihrer Gruppe führte, die eine autonome Organisation zu schaffen strebten, an ihre Bemühungen, die Gründung dessen zu verhindern, was sie im Voraus als von den breiten, in der sozialdemokratischen Partei organisierten Massen abgeschnittene »Sekte« bezeichnete. Man erinnere sich, dass 1917 die Revolutionär*innen über die gegenüber der unabhängigen Sozialdemokratischen Partei einzunehmende Haltung gespalten waren: Während der Großteil der Spartakist*innen trotz des Widerstands der Württemberger*innen in die neue Partei eintrat, weigerten sich die Linksradikalen von Bremen, Hamburg und Berlin, ihr beizutreten.

Am Vorabend der Revolution, im Sommer 1918, schienen diese Differenzen zu verblassen. Vielen Aktivist*innen erschien die Erfahrung des Eintritts in die Unabhängige Partei nach der Positionierung des Theoretikers Kautsky für die »Demokratie« und gegen den »Bolschewismus« viel weniger positiv. Franz Mehring hatte, wie wir sahen, geschrieben, dass dieser Eintritt ein Fehler gewesen sei, und mit der Rückkehr Paul Levis, der in der Schweiz für den Bolschewismus gewonnen worden war

und den Bremer Aktivist*innen nahe stand, präzisierten sich die Aussichten auf die Gründung einer unabhängigen revolutionären Partei. Die gemeinsame Konferenz vom Oktober scheint eine Fusion anzukündigen, die nach dem von nun an unvermeidlichen Bruch zwischen Spartakus und der unabhängigen Partei erfolgen würde.

Doch die Ereignisse erfüllten diese Erwartung nicht. Nach seiner Entlassung erklärte sich Liebknecht bereit, als einer der Bannerträger der Unabhängigen aufzutreten und an deren Vorstandssitzungen teilzunehmen. Der Grund für seine Haltung ist einfach: Er ist der Meinung, dass die Spartakist*innen nicht dafür gerüstet sind, eine Kraft zum Eingreifen in den Betrieben zu bilden – das Feld, auf dem der entscheidende Kampf ausgetragen wird. Deshalb entscheidet er sich dafür, sich mit Pieck in den Kern zu integrieren, der die faktische Führung der Berliner Arbeiter*innenklasse ausmacht, den der revolutionären Obleute, mehrheitlich Mitglieder der unabhängigen Partei. Bei ihnen, weniger bei Richard Müller und Däumig als bei Wegmann, Eckert, Neuendorf, Nowakowski, sucht er einen Hebel, um innerhalb der Massen zu wirken: Die Sympathie dieser Menschen für die russische Revolution und für das revolutionäre Programm ist bekannt.

Am 10. November besetzte, ausgestattet mit einem von Richard Müller und von Beerfelde unterzeichneten Befehl des Vollzugsausschusses der Berliner Räte, eine Gruppe bewaffneter spartakistischer Aktivist*innen unter der Leitung Hermann Dunckers die Druckerei der großen Tageszeitung »Berliner Lokalanzeiger«⁸⁷⁰. Rosa Luxemburg, die kurz darauf in Berlin eintraf, kritisierte diese Initiative scharf: Die Herausgabe einer Tageszeitung setze Kräfte voraus, die die Gruppe nicht habe, und eine Ausrichtung, die sie nicht billige⁸⁷¹. Am Abend des 11. improvisierten im Hotel Excelsior die in Berlin anwesenden spartakistischen Verantwortlichen eine Konferenz und stellten ein Programm auf⁸⁷². Jogiches' Brief an Thalheimer⁸⁷³ erlaubt, ihre damalige Analyse zu kennen. Für sie ist die Revolution bisher nicht über das Niveau einer Soldatenrevolte hinausgegangen: von Soldaten unternommen, die es leid sind, Soldaten zu sein, basierend auf den Forderungen der Soldaten, wurde sie im Wesentlichen von ihnen angeführt und hat den »sozialen Kern« im Hintergrund gelassen. Es ist sicherlich nützlich, dass sie damit dazu beigetragen hat, die Speerspitze der Konterrevolution in der Armee zu brechen; aber diese hat mit den »Regierungssozialisten« einen umso wichtigeren Trumpf in der Hand, als diese das Vertrauen eines nicht unbeträchtlichen Teils der Arbeiter*innenklasse behalten. Die Rolle der Revo-

870 Zu dieser Episode »Protestschreiben der Vereinigung Großstädtischer Zeitungsverleger vom 15. November 1918 gegen die Drucklegung der ›Roten Fahne‹ in der Druckerei des ›Berliner Lokal-Anzeigers‹«, Dok. u. Mat. II/2, S. 389-392.

871 Paul Frölich Rosa Luxemburg, S. 325. [3. Auflage, Frankfurt am Main 1967, S. 311]

872 H. Duncker, 1918, Erinnerungen von Veteranen..., S. 21; Pieck, Vorwärts und..., S. 49. Nach Drabkin (a.a.O., S. 197), sind anwesend: Eberlein, Lange, Levi, Mehring, Meyer und Thalheimer.

873 Wiedergegeben von J. S. Drabkin in Nojabr'skaja Revoljucija v Germanii, S. 377-378. [deutsch: J. S. Die Novemberrevolution in Deutschland, Berlin 1968, S. 198-200]

lutionär*innen bestehe darin, die Massen durch ihre Aktion und Propaganda aufzuklären, ihnen zu helfen, die wirkliche Rolle der Sozialdemokratie bewusst zu erleben, indem sie sie in Kämpfe – vor allem Streiks – wirtschaftlicher Art zu den brennenden Fragen der Versorgung, der Arbeitslosigkeit und des »*ganzen wirtschaftlichen Chaos, das die notwendige Folge des Krieges war*«, drängen. Jede Zusammenarbeit mit den Mehrheitssozialdemokrat*innen würde die Erfahrung der Massen nur noch schwieriger machen:

»Erst wenn diese Gründe die jetzt entfesselte Bewegung zu einer klar proletarischen machen, ist die Zeit gekommen, in der wir an die Macht gelangen können.«⁸⁷⁴

Auf der Grundlage dieser Analyse vertrat Rosa Luxemburg auch die Auffassung, dass die Spartakist*innen so lange wie möglich in der unabhängigen Partei bleiben sollten, um dort zunächst Sympathien und Aktivist*innen zu rekrutieren, aber mit dem Ziel, eine Mehrheit zu erobern. Ihre Meinung setzt sich durch: die Gruppe, die zum Spartakusbund wurde, bleibt eine Propagandagruppe innerhalb der unabhängigen sozialdemokratischen Partei.

Dennoch gab sie sich eine embryonale Organisation und erstellte einen Arbeitsplan⁸⁷⁵. Es wurde eine Zentrale bestimmt, bestehend aus Liebknecht, Rosa Luxemburg, Mehring, Jogiches, Ernst Meyer, Hermann und Käthe Duncker, Wilhelm Pieck, Paul Levi, Paul Lange, sowie Thalheimer, der aus Stuttgart geholt wurde, und Eberlein, den man aus Danzig zurückrief. Liebknecht, Rosa Luxemburg, Thalheimer, Levi, Lange, verstärkt durch Fritz Rück, den man ebenfalls aus Stuttgart holte, wurden mit der Leitung der »Roten Fahne« betraut. Jogiches wurde mit den organisatorischen Angelegenheiten betraut, Eberlein mit den finanziellen Angelegenheiten, Wilhelm Pieck mit der Verantwortung für den Aufbau des Bundes in Berlin. Die Dunccker erhalten die Verantwortung für die Jugendarbeit, Karl Schulz sollte die Propaganda unter den Soldaten organisieren. Schließlich übernahm Ernst Meyer die Leitung eines Pressebüros. Nach dem von Rosa Luxemburg skizzierten Plan sollte eine ganze Reihe von Publikationen entstehen, darunter eine theoretische Zeitschrift, spezialisierte Zeitschriften für Jugendliche und für Frauen, ein Agitationsblatt für Soldaten und ein Pressekorrespondenzbulletin⁸⁷⁶.

Nichts davon wurde zu den vorgesehenen Terminen durchgeführt. In den folgenden Tagen waren die Kräfte der Gruppe voll in den Kampf um die Verteidigung der Tageszeitung »Die Rote Fahne« eingebunden. Die Eigentümer des »Lokalanzeigers« reichten Klage ein, der Vollzugsrat der Berliner Räte machte einen Rückzieher, von Beerfelde trat zurück, und die Spartakist*innen mussten die Druckerei aufgeben⁸⁷⁷.

874 Ebenda, S. 378. [a.a.O. S. 199 f.]

875 H. Weber, Der Gründungsparteitag..., S. 29.

876 Vorwärts und..., S. 51-52.

877 Ebenda, S. 50. Siehe auch »Berliner Lokalanzeiger« vom 15. November, »Kölnische Zeitung« vom 17.

Die »Rote Fahne« erschien erst wieder am 18. November, produziert in einer teuren Druckerei. Der Druck und Verkauf von »Agitationskarten« zu 50 Pfennig⁸⁷⁸ – denn einen Mitgliedsbeitrag gab es nicht – reichte bei weitem nicht aus, um die notwendigen Mittel aufzubringen. In der ersten Woche des Bestehens und der Tätigkeit der Arbeiter*innen- und Soldatenräte im Lande gab es in der Tat keine spartakistische Propaganda in großem Maßstab. Liebknecht drückte jedoch die Meinung der Zentrale über die Größe der Aufgabe aus, vor der die Revolutionär*innen standen, als er am 20. November zum Thema der Räte schrieb:

»Häufig sind die gewählten Arbeiter nur sehr unvollkommen aufgeklärt, nur sehr wenig klassenbewusst oder aber sehr unsicher, unentschlossen, kraftlos, so dass sie entweder gar keinen revolutionären Charakter tragen oder ihre politische Macht gegenüber den Faktoren des alten Regimes nur scheinbar ist.«⁸⁷⁹

Massen und Parteien

Durch einen komplexen Prozess, der vor allem nichts Lineares an sich hat, vollzieht sich in revolutionären Perioden eine Veränderung der Haltung breiter Massen, die ständig durch Hunderttausende von Individuen, die zum politischen Leben erwachen, verstärkt wird: Ihre Erfahrung, die sich manchmal in nur wenigen Wochen konzentriert, verlangt auf Seiten der politischen Organisationen, die sie nutzen wollen, schnelle Reflexe und vor allem große Klarheit in der Analyse. Im Deutschland des Jahres 1918 tragen die Positionen der Arbeiter*innenparteien und die der Strömungen, die in ihnen aufeinandertreffen, jedoch eher dazu bei, die Verwirrung zu vergrößern.

Im Prinzip boten sich den deutschen Arbeiter*innen im November und Dezember zwei politische Arbeiter*innenorganisationen an, die beanspruchten, sozialistisch zu sein: die alte sozialdemokratische Partei, die sich auch dort, wo sie es nicht mehr war, weiterhin »Mehrheit« nannte, und die unabhängige sozialdemokratische Partei. Beide sind in der Regierung, beide sind im Vollzugsrat, beide behaupten, Sozialist*innen und Anhänger*innen der Novemberrevolution zu sein, die sie an die Macht brachte. Die Unterschiede zwischen ihnen waren auf den ersten Blick nicht eklatant: Fast alle Beschlüsse des Kabinetts wurden einstimmig gefasst, und die »Freiheit« verwendete, mit einigen Nuancen, eine sehr ähnliche Sprache wie der »Vorwärts.«

Die Lage verkompliziert sich jedoch, sobald man sich nicht mit den offiziell eingenommenen Positionen begnügt und die wirklichen Tendenzen innerhalb dieser

November und »Die Rote Fahne« vom 18. November 1918.

878 H. Weber, a.a.O., S. 30.

879 »Die Rote Fahne«, 20. November 1918. [Tatsächlich 21. November, »Das, was ist.«, S. 1, Spalte 3 – S. 2, Spalte 1, hier S. 1, Nachgedruckt in Karl Liebknecht, Gesammelte Reden und Schriften, Band 9, Berlin 1968, S. 604-607, hier S. 605]

Parteien und vor allem die Unterschiede im Verhalten der einzelnen Parteivertreter*innen in der Praxis untersucht. Innerhalb der unabhängigen Partei gibt es zunächst den Spartakusbund, der eine eigene Tageszeitung und eine eigene Politik hat: Schon am 10. November machte die Weigerung Liebknechts, in die Regierung Ebert-Scheidemann-Haase einzutreten, Spartakus de facto zu einer dritten Leitung, jedenfalls zu einer formalen Opposition gegen die von den beiden anderen verfolgte Linie. In Wirklichkeit sind die Tendenzen noch zahlreicher. Man muss nämlich innerhalb der sozialdemokratischen Partei neben einer authentischen Rechten, der von Ebert-Scheidemann, die faktisch mit dem Generalstab verbündet ist und die bewusst für die Liquidierung der Räte, den Aufbau einer bürgerlichen Republik und eine Annäherung an die Entente gegen den »Bolschewismus« kämpft, eine Linke unterscheiden, die zwar unorganisiert ist, aber von vielen Mitgliedern der Sozialdemokratischen Partei gebildet wird, für die ein solches Bündnis, wenn sie von seiner Existenz wüssten, undenkbar wäre, und die im guten Glauben an die friedlichen sozialistischen Perspektiven glauben, die von Leuten wie Cohen Reuss entwickelt wurden. Diese Linke zeigt sich in den folgenden Wochen wesentlich deutlicher in der Feindseligkeit vieler Aktivist*innen und sogar Verantwortlicher gegenüber einer noch ausgeprägteren Politik der Rechten, der Annäherung zwischen Noske und den Freikorps⁸⁸⁰.

Innerhalb der unabhängigen sozialdemokratischen Partei stand die »Rechte«, die im Wesentlichen aus dem führenden Kern bestand und deren Wortführer Haase und Dittmann waren, der sozialdemokratischen »Linken« eigentlich sehr nahe: Sie wollte an sich die parlamentarische Demokratie, träumte aber davon, diese mit der institutionalisierten Existenz von Arbeiter*innenräten, die einen Teil der Macht innehatten, zu vereinbaren. Wie die sozialdemokratische Linke deckte auch sie die Politik Eberts und der Rechten, machte aber gelegentlich ihre Distanz zu ihr deutlich und focht sie zumindest in Worten in Detailfragen wie dem Wahltermin oder dem Verhältnis zum Generalstab energisch an. Die Linke der Unabhängigen mit Däumig, Ledebour und dem Kreis der revolutionären Obleute um Richard Müller hat zwar nicht die kompromisslose Haltung eines Liebknecht gegenüber dem Rat der Volksbeauftragten oder dem Berliner Vollzugsrat, aber sie hält an den revolutionären Vorkriegspositionen des Radikalismus fest und fügt ihnen die Forderung nach der Rätemacht als konkrete Perspektive hinzu, was sie offensichtlich in das Lager der bedingungslosen Verteidiger*innen der russischen Revolution und ihrer Nachahmer*innen drängt.

Die Leitung des Spartakus ist mit den linken Unabhängigen für einen heftigen Kampf gegen die Rechte in der Partei, für die Stärkung der Macht der Räte und gegen die Perspektive der Einberufung der Nationalversammlung einverstanden. Aber sie hängt nicht so sehr wie sie am Aktivismus innerhalb der traditionellen Gewerkschaften, denen viele der Aktivist*innen den Rücken kehren. Auch wenn sie schließlich

880 Siehe Kapitel XII.

die Teilnahme an den Wahlen ins Auge fassen, für den Fall, dass sie ihnen aufgezungen wird, haben sie in diesem Punkt nicht die Zustimmung der Mehrheit der Aktivist*innen des Bundes. In den Reihen von Spartakus, wie auch in den Reihen der revolutionären Organisationen, die sich der IKD anschließen, manifestiert sich nämlich immer mehr die Tendenz, die Arthur Rosenberg die »utopistische Strömung« nennt – und die wir lieber »linksradikal« nennen – eine Tendenz, die jede gemeinsame Arbeit mit den »Sozialverrättern« und ihren Kompliz*innen – ein sehr weitläufiger Begriff – pauschal ablehnt und schließlich glaubt, dass die politische Macht innerhalb von höchstens ein paar Wochen in Reichweite der Gewehre der bewaffneten Arbeiter*innen liegt.

Man kann mit Arthur Rosenberg bedauern, dass die deutsche Arbeiter*innenbewegung nicht in der Lage war, schnell genug mit den aus der Kriegszeit ererbten Formen der Partei- und Tendenzorganisation zu brechen und sich entsprechend den realen Divergenzen neu zu strukturieren. Der »demokratische« Flügel Haases und Dittmanns hätte vielleicht ein wirksames Gegengewicht zu Eberts rechtem Flügel innerhalb einer reformistischen sozialdemokratischen Partei sein können, und eine »revolutionäre Sozialdemokratie«, die von Ledebour über Liebknecht bis zu den Linksradikalen reichte, hätte die organisatorischen Anstrengungen und Kämpfe der Anhänger*innen der Räteherrschaft zumindest ansatzweise koordinieren können. Aber es ist eine Tatsache, dass die revolutionären Elemente nicht in der Lage waren, diese Klärung herbeizuführen, als es noch Zeit war.

Auf jeden Fall hatte sich im Gefolge der Novemberrevolution ein wichtiger Teil dessen, was die Arbeiter*innenavantgarde ausgemacht hatte, von der alten Partei abgewandt, und die organisierenden Kader der Klasse hatten sich oft der unabhängigen sozialdemokratischen Partei angeschlossen. Dies ist in vielen großen Industriezentren wahr, wo Letztere den überwiegenden Einfluss auf die Arbeiter*innen der großen Unternehmen haben. Der aus den politischen Konflikten während des Krieges geborene Groll, die Erinnerung an die von der sozialdemokratischen Partei betriebene Politik der Unterstützung des Generalstabs gegen die eigene Opposition – die der Beschlagnahme des »Vorwärts« zum Beispiel – machen in den Augen der Arbeiter*innen eine Wiedervereinigung unmöglich, über die ihre Führung angesichts der Aussicht auf eine Revolution sowjetischen Typs, die sie nicht wollen, immer mehr nachdenkt, ohne sie jedoch offen formulieren zu wagen. Die große Mehrheit der Arbeiter*innenkader ist also sozusagen Gefangene der Partei Haases, deren Politik sich kaum von der Eberts unterscheidet, die aber auch, zumindest formell, die Partei Liebknechts und Rosa Luxemburgs ist.

Demgegenüber wenden sich Millionen Menschen Arbeiter*innen, die sich bis dahin aus der politischen Aktion herausgehalten hatten, demobilisierte Soldaten, vom Krieg und der Niederlage schwer getroffene Kleinbürger*innen, junge Menschen jeglicher sozialer Herkunft, die eine schnelle Verbesserung ihrer Lebensbedingungen

sowie eine demokratische Neuordnung des Landes anstrebten - der Sozialdemokratischen Partei zu, die in den Augen der breitesten Massen die Revolution verkörpert, da sie die Partei ist, die an die Macht gekommen ist und ihnen nicht nur Frieden, Demokratie und Sozialismus für morgen verspricht, sondern auch, diese ohne weiteres Leid, ohne Revolution und Bürgerkrieg zu erreichen. Der offensichtliche Anschluss der bürgerlichen Parteien und Kräfte an das von der Sozialdemokratischen Partei formulierte Programm, die Atmosphäre der Brüderlichkeit, die durch so viele offizielle Erklärungen erzeugt wird, schafft ein Klima der Zuversicht, Einheit und fast Einmütigkeit. Für diese breiten Schichten, die einen Sozialismus anstreben, von dem sie hoffen, dass er demokratisch sein wird, erscheinen die Revolutionär*innen als Störenfriede. In ihren Augen sind es nur sie, die durch ihr Geschrei, ihre Gewalttätigkeit und ihre »Exzesse«, durch ihre verbalen Angriffe und Anschuldigungen des »Verrats«, die sie gegen die Führer*innen erheben, die für die Konsolidierung der Revolution notwendige Einheit gefährden und die Revolution selbst schwächen. Wie sie es im November für die Soldatendelegierten taten, nutzen die Mehrheitssozialdemokrat*innen gegen die Spartakist*innen, welche ihre Propaganda als »Spalter« darstellt, den Wunsch nach Einheit der wenig politisierten, unerfahrenen Massen, die sie anführen und organisieren, gründlich aus.

Vorhut oder handelnde Minderheit

Die revolutionäre Minderheit radikalisiert sich, umso mehr, als sie das Gefühl hat, Gefahr zu laufen, in einer tödlichen Einmütigkeit stecken zu bleiben. Ein Teil gruppiert sich rund um Spartakus, auch wenn der Prozess seiner Entstehung vollkommen spontan ist: Arbeiter*innen, die durch die Allmacht der sozialdemokratischen oder gewerkschaftlichen Bürokratie widerspenstig gegen jede Form der Organisation geworden sind, pazifistische Aktivist*innen, die in den »Generalstabssozialisten« den Feind Nummer eins sehen, junge Leute, die nur an die Kraft der Waffen glauben, eine ganze Schicht von Rebell*innen, Kämpfer*innen, Purist*innen, die in den bürokratischen Apparaten das Haupthindernis für den Sieg der Revolution sehen. Sie sind fasziniert von der russischen Revolution: Die lange Erfahrung der Bolschewiki, von der sie wenig wissen, ist für sie zusammengefasst in dem einzigen bewaffneten Aufstand, in der einzigen Anwendung revolutionärer Gewalt, die als Allheilmittel angesichts der imperialistischen und militaristischen Gewalt gedacht wird. Paul Levi wird später versuchen, den Delegierten der verschiedenen Parteien der Welt, die sich in Moskau zum II. Kongress der Internationale versammelt hatten, zu erklären, woraus der Spartakusbund entstanden ist:

»Gruppen, die in der revolutionären Entwicklung in allen Gegenden Deutschlands sich wild gebildet hatten, meistens ohne klare politische Vorstellung, angezogen zu-

meist durch den Namen von Karl Liebknecht (...) Gruppen von bisher politisch Unorganisierten (...).«⁸⁸¹

Die Gefahr, die Spartakus bedroht, liegt in dieser Isolierung, die sowohl das Ergebnis der Bemühungen der großen, ihn fürchtenden Parteien, sein kann, als auch das Ergebnis der Initiativen seiner eigenen Truppen und insbesondere derjenigen, die seine Speerspitze bilden. Diese sind nicht nur von den Massenorganisationen abgeschnitten, sondern von der Arbeiter*innenklasse selbst und ihren Traditionen: ungeduldige und unerfahrene junge Leute, die überzeugt sind, dass die Aufgabe, die ihnen zufällt, nicht die einer Vorhut ist, deren Rolle es wäre, geduldig zu erklären, sondern die einer handelnden Minderheit.

Rosa Luxemburg war sich bewusst, dass man, wie Jogiches am Tag nach dem 9. November an Thalheimer schrieb, die Revolte in eine soziale Revolution umwandeln müsse, dass dies aber bedeutete, dass die Arbeiter*innenklasse und ihre tiefsten Schichten auf der Grundlage ihrer eigenen Klassenforderungen in Aktion treten müssten. Deshalb begrüßt sie mit Hoffnung und sogar mit Begeisterung den Beginn einer Aktion der Arbeiter*innen für ihre wirtschaftlichen Forderungen, die sich in den Streiks zeigt, die Ende November überall ausbrechen:

*»Der ›Bürgerkrieg‹, den man aus der Revolution mit ängstlicher Sorge zu verbannen sucht, lässt sich nicht verbannen. Denn Bürgerkrieg ist nur ein anderer Name für Klassenkampf, und der Gedanke, den Sozialismus ohne Klassenkampf, durch parlamentarischen Mehrheitsbeschluss einführen zu können, ist eine lächerliche kleinbürgerliche Illusion.«*⁸⁸²

Die Klassenaktion der Arbeiter*innen für ihre wirtschaftlichen Forderungen als Lohnabhängige des Kapitals ist in der Tat einer der Wege, auf dem die Arbeiter*innen am schnellsten dazu gebracht werden können, die Illusionen zu verlieren, die sie über die Parteien hegen, die in ihrem Namen an der Macht sind. Die Regierung der Volksbeauftragten hatte tatsächlich Angst vor den Forderungen der Arbeiter*innen und arbeitete daran, Streiks zu verhindern: Barth selbst, der im Kabinett für Arbeitsfragen zuständig war, forderte die Arbeiter*innen auf, man solle *»die Revolution nicht zur Lohnbewegung machen.«*⁸⁸³

In dieser Perspektive kommt dem Kampf der Revolutionär*innen um Einfluss innerhalb der Gewerkschaften eine extreme Bedeutung zu: Der Einfluss der konserva-

881 Bericht an den 2. Kongress, Archiv Levi, S. 124/8, S. 3. [Inzwischen veröffentlicht unter dem Titel »Zur Geschichte der KPD« in Paul Levi, Ohne einen Tropfen Lakaienblut. Schriften, Reden, Briefe, Band I/2: Spartakus. Berlin 2018, S. 1748-1757, hier S. 1750]

882 »Die Rote Fahne«, 27. November 1918. [Tatsächlich 20. November 1918, »Die Nationalversammlung«, S. 1, Spalte 3 – S. 2, Spalte 1, hier S. 2, Nachdruck in Rosa Luxemburg, Gesammelte Werke, Band 4, Berlin 1974, S. 407-410, hier S. 408]

883 Ebenda, 28. November 1918. [»Berliner Streikbewegung und Arbeiterrat«, S. 2, Spalte 1-2, hier Spalte 2]

tivsten, konterrevolutionären Elemente der sozialdemokratischen Bewegung auf den Gewerkschaftsapparat ist sehr solide, und wird noch verstärkt durch den kürzlichen Beitritt von Millionen von Arbeiter*innen, die nur schwach politisiert, aber in erster Linie an der Verteidigung ihrer materiellen Bedingungen interessiert sind. Indem sie die Organisationen und ihre Führungen verwechseln, verurteilt die Mehrheit der spartakistischen Aktivist*innen und der Revolutionär*innen der IKD mit Hass und Verachtung »die Gewerkschaften« als Agenten der Bourgeoisie oder als überholte Organisationsformen und ruft die bewussten Arbeiter*innen auf, sich außerhalb von ihnen zu organisieren. Konfrontiert mit Losungen, die Gewerkschaften zu verlassen, die lokale Gruppen hier und da lancieren, zögert der alte spartakistische Kern der Zentrale, sich zu äußern, räumt aber ein, dass es notwendig sei, »die Gewerkschaften zu liquidieren.« Dieses Zögern wird sie teuer zu stehen kommen: Über den Kanal der Gewerkschaften – die viele revolutionäre Aktivist*innen nicht mehr von innen heraus angreifen wollen – unternimmt die sozialdemokratische Partei die Eroberung neuer Arbeiterschichten und die Rückeroberung der Mehrheit.

Der Bruch von Spartakus mit den Unabhängigen

Der Kampf zwischen den beiden Mächten zeichnete eine grundsätzliche Trennungslinie zwischen den Anhänger*innen der Rätemacht und den Anhänger*innen einer repräsentativen Nationalversammlung, eine Linie, die bald durch das Herz der unabhängigen sozialdemokratischen Partei gehen sollte, trotz der Bemühungen ihrer Führer*innen, dies hinauszuzögern. Am 18. November sprach sich Haase im Zirkus Busch für das Prinzip der Nationalversammlung aus, betonte aber, dass eine vorzeitige Einberufung vermieden werden müsse⁸⁸⁴. Hilferding erklärte in den Spalten der »Freiheit«, dass es notwendig sei, vor der Einberufung der Versammlung die Demokratisierung der Verwaltung und die Sozialisierung der Wirtschaft zu erreichen⁸⁸⁵. Am 27. November veröffentlichte die unabhängige Parteileitung eine Erklärung, in der sie feststellte, dass die konstituierende Versammlung nur dann einberufen werden sollte, »wenn alle technischen und politischen Voraussetzungen erfüllt sind, wenn in ihr wirklich der Wille des aufgeklärten Volkes ausgeprägt ist.«⁸⁸⁶

Rosa Luxemburg bekräftigt in den Spalten der »Roten Fahne« vom 29. November, nachdem sie die Position der Partei einer genauen Kritik unterzogen hat, die Notwendigkeit einer totalen Klärung und fordert die Einberufung eines außerordentlichen Parteitags, der nach ihr als einziger befugt ist, über diese kapitale Frage zu entscheiden⁸⁸⁷. Der interne Konflikt absorbierte von da an fast die gesamte Aufmerk-

884 Vorwärts, 20. November 1918.

885 Freiheit, 18. November 1918.

886 Freiheit, 27. November 1918; Dok. u. Mat., II/2, S. 494-496. [Zitat S. 495]

887 »Die Rote Fahne«, 29. November 1918; Dok. Mat, II/2, S. 497-500. [Nachdruck in Rosa Luxemburg, Gesammelte Werke, Band 4, Berlin 1974, S. 425-428]

samkeit und die Kräfte der Aktivist*innen der unabhängigen Partei. Die endgültige Kapitulation Haases und seiner Kollegen vor Ebert in der Frage der Festlegung des Wahltermins auf den 16. Februar warf neues Licht auf die früheren Diskussionen. Sie stärkte die Position der Befürworter*innen eines außerordentlichen Parteitag, stärkte aber denjenigen den Rücken, die um keinen Preis mehr einen solchen wollten, da die bloße Einberufung eines Parteitags für sie eine Desavouierung wäre. Diese Einberufung würde einen Schwenk nach links bedeuten, die Beseitigung der Haase-Leitung. Die »Rote Fahne« konzentrierte das Feuer ihrer Kritik auf die unabhängige Parteileitung und versuchte, die Aktivist*innen zu mobilisieren, um den Parteitag zu erzwingen: Die Spartakist*innen könnten die Führung in einem Kampf übernehmen, in dem sie alle Kräfte der Parteilinken vereinen könnten. Die Leitung hält ihre Weigerung aufrecht, indem sie sich auf technische Argumente beruft, die in Wirklichkeit Ausdruck einer politischen Entscheidung sind: Ihr zufolge würde die Einberufung des Parteitags die ernsthafte Vorbereitung des Wahlkampfes verhindern – die Spartakist*innen werden beschuldigt, die Aktion der Partei zu sabotieren.

Sehr schnell stellte sich das Gefühl ein, dass die Spaltung fast im gegenseitigen Einvernehmen erfolgen würde. Am 8. Dezember erklärte Ströbel in der »Freiheit« und am 12. Dezember Breitscheid in »Der Sozialist« die Differenzen zwischen den beiden Flügeln der Partei für unüberwindbar. Am 12. Dezember sprach sich die Generalversammlung der unabhängigen sozialdemokratischen Partei Stuttgarts für die Neuwahl der Arbeiter*innen- und Soldatenräte und für die Rätengewalt aus⁸⁸⁸. Berlin gab den Spartakist*innen noch mehr Hoffnung, ihre Aktivist*innen arbeiteten in enger Verbindung mit den revolutionären Obleuten, und bei mehreren Gelegenheiten unterstützten die Arbeiter*innen der Großbetriebe zu Tausenden die Versammlungen und Demonstrationen der Spartakist*innen, bejubelten ihre Redner, Liebknecht, Paul Levi, Pieck. Am 14. Dezember kam es geradezu zu einer Bürgerkriegserklärung in der unabhängigen Partei: Die »Rote Fahne« veröffentlichte einen Programmentwurf: »Was will der Spartakusbund?«, eine gemeinsame Arbeit Levis und Luxemburgs⁸⁸⁹, während die Freiheit unter dem Titel »Deutsche Taktik für die deutsche Revolution« die Bolschewiki und die Spartakist*innen angriff und die Einberufung der Nationalversammlung zur revolutionären Aufgabe des Augenblicks machte⁸⁹⁰.

Am 15. Dezember, am Vorabend der Sitzung des Rätekongresses, fand die zur Entscheidung über den Antrag auf einen außerordentlichen Parteitag einberufene Berliner Konferenz der unabhängigen sozialdemokratischen Partei statt. Die Debatte umfasste die Gesamtheit der politischen Probleme. Haase verteidigte im Namen der Parteileitung die Politik der Zusammenarbeit mit Ebert-Scheidemann, rechtfertigte

888 »Die Rote Fahne«, 15. Dezember 1918; Dok. u. Mat., II/2, S. 595-596.

889 »Die Rote Fahne«, 14. Dezember 1918; Dok. u. Mat., II/2, S. 497-500. [Nachdruck in Rosa Luxemburg, Gesammelte Werke, Band 4, Berlin 1974, S. 442-451]

890 Freiheit, 14. Dezember 1918. [S. 1, Spalte 3]

die Entscheidung der Regierung, die Nationalversammlung einzuberufen. Er forderte die Delegierten auf, sich bewusst zu machen, dass die Mehrheit des Landes nun hinter Ebert stehe und dass es notwendig sei, das Spiel der Demokratie zu spielen, um eine neue Gesellschaftsordnung aufzubauen, in der die Räte ihren Platz in der Verfassung neben einer durch allgemeine Wahlen gewählten Versammlung haben würden. Ihm zufolge sind die Vorschläge der Spartakist*innen nur eine Karikatur der von den Bolschewiki in Russland lancierten Parolen, während die Situation grundlegend verschieden sei, erstens, weil Deutschland ein fortgeschrittenes Land sei, und zweitens, weil die internationale Lage die Wahl einer repräsentativen Versammlung in Deutschland erfordere. Er beschuldigt die Spartakist*innen, mit ihren Kampagnen Wasser auf die Mühlen der Konterrevolutionäre zu sein, die sie benutzen, um das Kleinbürgertum zu erschrecken, indem sie das Gespenst der Diktatur und des Terrors heraufbeschwören. Er forderte die Spartakus-Anhänger*innen auf, die notwendigen Konsequenzen aus ihren Differenzen mit dem Rest der Partei zu ziehen und eine Organisation zu verlassen, in der sie keinen Platz mehr hätten⁸⁹¹.

Rosa Luxemburg legte den Gegenbericht vor, eine heftige Anklage gegen das Vorgehen der Regierung Ebert. Nach ihr hatte Haase nicht Unrecht, als er erklärte, dass die Massen hinter Ebert seien. Was er aber nicht sage, sei, dass sie unter anderem deshalb dort seien, weil die Unabhängigen ihn unterstützten und weil Haase Teil dieser Regierung sei. Wenn Haase und seine Genoss*innen mit Ebert brächen, die Regierung verließen, würden die Massen zweifellos beginnen, klarer zu sehen und zu verstehen, welche Kräfte sich – übrigens immer schlechter – hinter Ebert versteckten. Indem sie Haases Bekenntnis zur Demokratie ironisierte, erklärte Rosa Luxemburg:

»Nun, wenn das Prinzip der Demokratie gelten soll, so doch vor allem in unserer Partei selbst. Dann aber muss sofort der Parteitag einberufen werden, damit die Massen sagen können, ob sie diese Regierung noch wollen.«⁸⁹²

Liebknecht und Eberlein unterstützten sie durch Redebeiträge, Hilferding und Ströbel verteidigten die Position Haases. In der Schlussabstimmung steht eine Resolution Hilferding, die festlegt, dass die Hauptaufgabe der Partei die Vorbereitung der Wahlen ist, der Resolution Luxemburg für einen außerordentlichen Parteitag gegenüber. Erstere gewann mit 485 zu 185 Stimmen⁸⁹³. Die Linke wurde damit an dem Ort besiegt, den sie als ihre Bastion ansah. Die »Freiheit« wird titeln: »*Endlich Klarheit!*«⁸⁹⁴ Die wichtigsten unabhängigen Zeitungen begrüßten das Ereignis.

891 Freiheit, 16. Dezember 1918.

892 Freiheit, 16. Dezember: Dok. u. Mat., II/2, S. 603-606. [Nachdruck in Rosa Luxemburg, Gesammelte Werke, Band 4, Berlin 1974, S. 457-460, hier S. 458]

893 Ebenda.

894 [Freiheit, 16. Dezember 1918, Morgenausgabe, S. 1, Spalte 3]

Die unabhängige Partei hatte sich praktisch aufgelöst. Haase, Dittmann, Hilferding, sind an Eberts Seite. Mit den Berliner Revolutionär*innen des Kreises der Obleute handelten die unabhängigen Delegierten aus der Provinz - wie Brass, Curt Geyer, Wilhelm Koenen - von denen sich etwa vierzig bereit erklärten, sich am ersten Tag in einer »Fraktion« um Liebknecht zu sammeln⁸⁹⁵. Bei fast allen Abstimmungen spaltete sich die Fraktion der unabhängigen sozialdemokratischen Partei in zwei etwa gleich große Teile. Am Ende des Kongresses schuf die Entscheidung Richard Müllers, den Vollzugsrat zu boykottieren, eine unhaltbare Situation für die unabhängigen Minister.

Am 21. trafen sich die revolutionären Obleute mit den Vertrauensleuten der großen Unternehmen der Hauptstadt. Die Versammlung forderte fast einstimmig die Abhaltung eines außerordentlichen Parteitags vor Ende Dezember, den Rücktritt Haases und seinen Kollegen in der Regierung und die Organisation einer antiparlamentarischen Wahlkampagne. Sie verurteilte ausdrücklich Barths Politik innerhalb des Kabinetts; sie erklärte, dass sie ihm ihr Vertrauen entziehe und ihm das Recht abspreche, sie zu vertreten⁸⁹⁶. Wahrscheinlich im Verlauf derselben Versammlung wählten die revolutionären Obleute ein Aktionskomitee mit fünf Mitgliedern, in dem unter dem Vorsitz Paul Scholzes die linken Unabhängigen Ledebour und Däumig und die Spartakisten Liebknecht und Pieck zusammenwirkten⁸⁹⁷. Das Problem auf der Tagesordnung war offensichtlich die Geburt einer neuen Partei, die sich sowohl auf den Spartakus als auch auf die revolutionären Obleute stützte und viele Elemente der Unabhängigen einbezog.

Schon bei der Demonstration am 16. Dezember vor dem Reichstag hatte der Metallarbeiter Richard Nowakowski, einer der einflussreichsten der revolutionären Obleute, die Demonstrant*innen »*im Namen der USPD und des Spartakusbundes*« begrüßt⁸⁹⁸. In dem Augenblick, wo sich für sie das Problem stellte, die unabhängige Partei endgültig zu verlassen und eine neue Partei zu gründen, konnten die Spartakist*innen berechtigterweise hoffen, den führenden Kern der revolutionären Obleute und durch ihn die Avantgarde des Berliner Proletariats, die Leiter*innen und Organisator*innen der Arbeiter*innenklasse in den Fabriken, mit sich zu ziehen. Sie beschleunigten das Tempo; am 22. Dezember schrieb Wilhelm Pieck im Namen des Bundes an die unabhängige sozialdemokratische Partei und forderte von ihr, innerhalb von drei Tagen einen Kongress einzuberufen, der noch vor Ende des Monats stattfinden sollte⁸⁹⁹. Da die Antwort im Voraus bekannt war, stellte sich das Problem

895 Ill. Gesch, II, S. 246.

896 »Die Rote Fahne«, 23. Dezember 1918; Dok u. Mat, II/2, S. 645.

897 Vorwärts und..., S. 61; Pieck, gefolgt von vielen Autoren, legt diese Versammlung auf den 18., ein Datum, das kein Dokument bestätigt.

898 »Die Rote Fahne«, 17. Dezember 1918. [»Massenkundgebung der Berliner Arbeiter«, S. 3, Spalte 1-2, hier Spalte 2]

899 »Die Rote Fahne«, 24. Dezember 1918; Dok. u. Mat., II/2, S. 646-647.

des Aufbaus einer revolutionären Partei schließlich, weniger als zwei Monate nach Beginn der Revolution.

Sich überschneidende und widersprüchliche Tendenzen

In den Augen der Bourgeoisie existiert diese Partei bereits. Die Presse fasst unter dem Etikett »Spartakist« die Gesamtheit der extremistischen Gruppen zusammen und macht kaum Unterschiede zwischen diesen Leuten, die sie als »*Menschen mit dem Messer zwischen den Zähnen*« zu präsentieren versucht. Tatsächlich gelang es weder der russischen noch der Novemberrevolution, die Gruppen, die sich vor und vor allem während des Krieges über die Vorbereitung und Durchführung der proletarischen Revolution in Deutschland zerstritten hatten, vollständig zusammenzuführen.

Die »Linksradikalen« – die Leute aus Bremen und die gleichnamige Gruppe in Berlin – zeichnete sich durch eine Tendenz zur Vereinheitlichung aus. Eine in Bremen einberufene Konferenz beschloss am 23. November, eine neue Organisation zu gründen: die »Internationalen Kommunisten Deutschlands.«(IKD)⁹⁰⁰ Örtlich einflussreich, vor allem auf den Werften und unter den Hafendarbeiter*innen, waren sie dem Anschluss der Revolutionär*innen an die unabhängige sozialdemokratische Partei stets feindlich gesinnt gewesen und meinten, in den Ereignissen eine eindrucksvolle Bestätigung erhalten zu haben: War nicht ihr Hauptgegner in Bremen, Alfred Henke, der stärkste Unterstützer Haases im großen Hafen und damit der Fürsprecher der Regierung? Andererseits sind sie sich bewusst, dass sie in der Größenordnung Deutschlands nicht über ausreichende Kräfte verfügen, um aus eigener Kraft auch nur den Embryo einer neuen revolutionären Partei zu bilden.

Wie 1917 unterstützen sie Spartakus kritisch und erklären ihre Entschlossenheit, jede Initiative von dessen Seite in Richtung einer unabhängigen Organisation von Revolutionär*innen durch einen endgültigen Bruch mit den Zentrist*innen zu unterstützen⁹⁰¹. Einstimmig und nach einem Bericht Johann Kniefs nehmen sie das Etikett »Kommunisten« an und zeigen damit gleichzeitig ihre Verbundenheit mit der russischen Revolution und ihre Entschlossenheit, »*sich des schmutzigen Hemdes zu entledigen*«⁹⁰², mit der Vergangenheit und den diskreditierten Etiketten zu brechen. Sie kämpfen für die Vergrößerung, die Vertiefung der Macht der Räte und für den Zusammenschluss der deutschen kommunistischen Gruppen. Die Linksradikalen von Hamburg, ihre Nachbarn, die ihnen politisch so nahe standen, dass sie von Historiker*innen oft verwechselt wurden, schlossen sich zu dieser Zeit der IKD an, ebenso wie die Berliner Reste der Gruppe Borchart, angeführt von dem jungen Schriftsteller Werner Möller.

900 Der Kommunist, Bremen, 28. November 1918; Dok. u. Mat, II/2, S. 456-458.

901 Ebd., S. 456.

902 [Lenin, Die Aufgaben des Proletariats in unserer Revolution, April 1917. Lenin Werke, Band 24, S. 74]

Spartakus seinerseits organisierte sich zunehmend. Der Bund besaß seit dem 11. November einen embryonalen Apparat, Veröffentlichungen, Büros, die mehrmals verlegt werden mussten, und Karten, die er verkaufte. Außerhalb Berlins hat er Verbindungen zu fast allen wichtigen Zentren, in Bayern, Braunschweig, Chemnitz, Dresden, Leipzig, Oberschlesien, Ostpreußen, Stuttgart, Thüringen, Hanau, an der Ruhr, wo sich gerade die »Kommunistische Arbeiterpartei Essen-Ruhr (Mitglieder des Spartakusbundes)« konstituiert hat, Regionen, die seinen Stützpunkten vor der Revolution entsprechen⁹⁰³. Seit November hat er neue Kontakte geknüpft und Gruppen in Beuthen, Brandenburg, Erfurt, Frankfurt am Main, Kiel, München, Nürnberg, Solingen gegründet⁹⁰⁴. Er bleibt jedoch auf der organisatorischen Ebene, was die »Gruppe« war, das heißt, ein eher loses Netzwerk um einen kleinen Kern von politischen Köpfen. Nirgendwo bilden die Spartakist*innen eine organisierte Fraktion, nirgendwo unternehmen sie eine systematische Arbeit zum Aufbau ihrer Fraktion oder auch nur einer organisierten Tendenz, weder in den Arbeiter*innenräten⁹⁰⁵ noch innerhalb der unabhängigen sozialdemokratischen Partei, wo sich ihre Arbeit sowohl auf die Propaganda der »Roten Fahne« als auch auf das Prestige und die Aktivität ihrer angesehensten Aktivist*innen stützt. Andererseits bemühte sich der Bund, getreu seiner Konzeption der revolutionären Agitation und des In-Bewegung-Setzens der Massen, breite Schichten von Arbeiter*innen zu mobilisieren, deren spontane Aktion er aufklären und inspirieren wollte, und zu diesem Zweck vervielfachte er Versammlungen und Massendemonstrationen.

Um dem fast ausschließlichen Einfluss der Mehrheitler*innen auf die Soldaten und ihre Räte etwas entgegenzusetzen, gründete er am 15. November auf Initiative einer Gruppe ihrer Aktivisten, die sich bis dahin auf Jugendarbeit spezialisiert hatten - Karl Schulz, Peter Maslowski und Willi Budich -, den Roten Soldatenbund⁹⁰⁶. Letzterer gab dreimal wöchentlich ein besonderes Blatt heraus, »Der Rote Soldat.«⁹⁰⁷ Liebknecht, der unermüdliche Agitator, ergriff überall das Wort, wo revolutionäre Ideen ein Echo finden konnten. Ganze Spalten der dünnen »Roten Fahne« sind Aufrufen und Appellen zu Versammlungen, Kundgebungen, Demonstrationen und Aufmärschen von Soldaten, Arbeitslosen, Deserteuren und Beurlaubten gewidmet. Nun sind diese Demonstrationen, die zu kontrollieren der spartakistische Kern weder die Kraft noch wahrscheinlich den Willen hat, wegen der zweifelhaften Elemente, die sie mit sich bringen, oft der Anlass für Gewalt oder nutzlose und sogar schädliche Zwischenfälle. Die Verantwortlichen verstehen die Gefahr, die der unzeitgemäße Eifer dieser dem Industrieproletariat oft fremden Elemente, die behaupten, Spartakist*in-

903 Ill. Gesch, II, S. 284.

904 Ebenda, S. 283.

905 Siehe Liebknechts Antworten an Radek über die Organisation Anfang Dezember, Radek, November..., S. 132.

906 »Die Rote Fahne«, 18. November 1918; B. Gross, Willi Münzenberg, S. 89.

907 Der Rote Soldat, Nr. 1, 23. November 1918.

nen zu sein, für das Bild darstellt, das sie von ihrer Bewegung geben wollen. In »Die Rote Fahne« gesteht Rosa Luxemburg die Gefahr ein, die von den Initiativen der in der Hauptstadt massenhaft präsenten Deklassierten ausgeht:

»Sie verzerren mit vollem Bewusstsein und klarer Absicht unsere sozialistischen Ziele in lumpenproletarische Abenteuer, um die Massen irrezuleiten.«⁹⁰⁸

Auch die Kommunist*innen der IKD äußerten ihre Besorgnis über die Initiativen, die sie als »revolutionäre Ungeduld« ansahen, und erklärten, dass es nicht in Frage kommen könne, die Regierung Ebert durch eine Regierung von Revolutionär*innen zu ersetzen, die sich nicht auf eine solide Mehrheit in den Räten stütze⁹⁰⁹.

Diese Bedenken haben den Trend nicht umgekehrt. Zunächst gaben das Echo der spartakistischen Demonstrationen und die große Zahl der daran Beteiligten sowohl den Führer*innen als auch den Teilnehmenden ein falsches Gefühl von Macht. Liebknecht mag den Eindruck haben, durch die jubelnde Menge Herr der Straße zu sein, während er mangels echter Organisation nicht einmal Herr seiner eigenen Truppen ist, vor allem, wenn sie sich an ihrer Masse und ihrem Geschrei berauschen. Diesen ungeduldigen und abgehärteten Männern, die gerade aus dem Krieg kommen, geht es nicht darum, Konferenzen abzuhalten oder Kurse in »Theorie« zu geben: Man braucht klare, präzise, enthusiastische Losungen und Taten. So machen die Redner*innen auf allen spartakistischen Versammlungen der Regierung Ebert den Prozess, prangern ihr Zusammenspiel mit der Bourgeoisie an und rufen zu ihrem Sturz auf. Die Menschenmassen, die ihnen zuhören, radikalisieren sich wie in einem Vakuum, und ihr Handlungswille wächst in dem Maße, wie der Einfluss der Revolutionär*innen in den Räten abnimmt, die sie schließlich auch wegzufegen bereit sind, wenn sie ihnen nicht folgen.

Die Sozialdemokrat*innen und die Militärführer*innen nutzen diese Lage aus, indem sie systematisch versuchen, Zwischenfälle zu provozieren, die es ihnen ermöglichen, die Spartakist*innen vor der Masse der gemäßigten Arbeiter*innen für ihre »Gewalt« anzuprangern. Am 21. November, nach dem gleichzeitigen Abhalten von drei Versammlungen, in denen Liebknecht, Rosa Luxemburg und Paul Levi⁹¹⁰ das Wort ergriffen, konzentrierten sich die Teilnehmer*innen zu einer Demonstration vor dem Polizeipräsidium: Militärs in einem Auto eröffneten das Feuer⁹¹¹. Am 6. Dezember waren es Leute von Wels, die auf eine Demonstration des Roten Soldatenbundes schossen und dabei vierzehn Menschen töteten und viele weitere verletzten, darunter auch Budich⁹¹². Nach der Protestkundgebung am folgenden Tag,

908 »Die Rote Fahne«, 18. November 1918. [»Das alte Spiel«, Nachdruck in Rosa Luxemburg, Gesammelte Werke, Band 4, Berlin 1974, S. 401-403, hier S. 403]

909 Der Kommunist, Dresden, Nr. 5, 1918, Dok. u. a. Mat, II/2, S. 614-615.

910 »Die Rote Fahne«, 22. November 1918; Resolution in Dok. u. Mat, II/2, S. 444.

911 »Die Rote Fahne«, 22. November 1918.

912 »Die Rote Fahne«, 7. und 8. Dezember 1918; Ill. Gesch. S. 242-245 Ill. Gesch, II, S. 235; Berliner

dem 7. Dezember, besetzte eine Gruppe von Soldaten die Redaktion der »Roten Fahne«, verhaftete Liebknecht und versuchte, ihn abzuführen⁹¹³. Die Flugblätter der Spartakist*innen und die »Rote Fahne« tobten gegen »den blutigen Wels«, und die Demonstrierenden wurden immer zahlreicher und offenbar entschlossener: 150.000 am 8. Dezember⁹¹⁴, mehr als 250.000 am 16. Dezember, dem Tag der Eröffnung des Rätekongresses⁹¹⁵. An diesem Tag ist die Rede Paul Levis ein Aufruf zu Entschlossenheit, Kaltblütigkeit und Ruhe: Wenn der Kongress seine historische Mission aufgäbe und die Nationalversammlung einberufen würde, wüssten die Arbeiter*innen, die an der Rätewahl hängen, wie sie dieses Regime zu Fall bringen könnten, wie sie auch das Alte zu Fall gebracht hatten⁹¹⁶. Doch Liebknecht löste nach ihm einen Beifallssturm aus, als er die Aushebung der »Nester der Gegenrevolutionäre« forderte, in deren vorderste Reihe er die »Regierung Ebert-Scheidemann« stellte⁹¹⁷.

Als es zu den Vorfällen der »Blutweihnacht«⁹¹⁸ zwischen der Armee und den Berliner Arbeiter*innen kam, waren es spartakistische Elemente, die auf eigene Initiative das »Vorwärts«-Gebäude⁹¹⁹ stürmten und dort unter der Signatur »Roter Vorwärts« Flugblätter verteilten; Flugblätter, die zum Sturz Eberts und zu seiner Ersetzung durch den »Sozialismus, das heißt Kommunismus«⁹²⁰ aufriefen, und dann unter der Unterschrift »Die revolutionären Arbeiter und Soldaten Groß-Berlins« ein regelrechtes Ultimatum an die Regierung stellten⁹²¹. Tatsächlich kristallisierten sich in diesen Dezembertagen, in denen die Hauptstadt eine fast ununterbrochene Folge von Demonstrationen, Kämpfen und Ausschreitungen erlebte, zwei unterschiedliche politische Linien aus der Aktion der Spartakist*innen heraus. Auf der einen Seite entwickelte Rosa Luxemburg in »Die Rote Fahne« die Position der Zentrale, nach der die hinter Ebert gruppierten herrschenden Klassen vorläufig gewannen, was bedeutete, dass die Arbeiter*innen den Wahlkampf führen und ihn als Plattform zur Mobilisierung der Massen nutzen müssten⁹²²; auf der anderen Seite ruft der Rote Soldatenbund nach den Beschlüssen des Rätekongresses zu einem Kampf auf, der keine andere Bedeutung haben kann als die einer Verhinderung der Wahlen, folglich einen Kampf für den Sturz der Regierung⁹²³.

Arbeiterveteranen, S. 30.

913 »Die Rote Fahne«, 8. Dezember 1918; Ill. Gesch. S. 246.

914 »Die Rote Fahne«, 9. Dezember 1918.

915 Ebenda, 17. Dezember 1918; Dok. u. Mat., II/2, S. 622-625.

916 Ebenda, S. 623.

917 Ebenda, S. 624. [tats. 623]

918 Siehe Kapitel XII.

919 Flugblatt in Dok. u. Mat. II/2, S. 660-662. Beim Ledebour-Prozess wird E. Meyer den Zorn Luxemburgs und Liebknechts erwähnen, als sie von dieser Initiative erfahren. Ledebour-Prozess, S. 516. [Dort ist allerdings nur davon die Rede, dass sie überrascht waren und sie nicht gewollt hatten.]

920 Ebenda, S. 663-664.

921 Ebenda, S. 665.

922 »Die Wahlen zur Nationalversammlung«, »Die Rote Fahne«, 23. Dezember 1918, Dok. u. Mat., II/2, S. 648-650. [Nachdruck a.a.O., S. 474-476]

923 Flugblatt, Ebenda, S. 642-644.

Rosa Luxemburg befand sich zusammen mit Leo Jogiches und Paul Levi, die ihre Ansichten zur Frage der Nationalversammlung teilten, in einer klaren Minderheit im Spartakusbund, wo die linksradikale Strömung, die für einen Boykott der Wahlen eintrat, mit großem Vorsprung gewann, auch wenn es noch keine Abstimmung gab, um die jeweilige Stärke der Strömungen zu messen. Die Lage war innerhalb der IKD identisch, wo Johann Knief, der für die Teilnahme an einer Kampagne war, die nun im Zusammenhang mit den Wahlen unvermeidlich war, kurz davor stand, von den Anhänger*innen des Boykotts, an deren Spitze Paul Frölich und Felix Schmidt waren, überrollt zu werden⁹²⁴. Und die gleichen Divergenzen finden sich im Kreis der revolutionären Obleute: Nur mit 26 gegen 16 Stimmen spricht er sich wenige Tage später für das Akzeptieren der vollendeten Tatsachen und damit für die Teilnahme an den Wahlen in Form eines Anti-Wahlen-Wahlkampfes aus⁹²⁵.

Am deutlichsten zeigte sich bei den Fabrikvertreter*innen die Sorge, linke Abenteuer und Initiativen zu vermeiden. Am 26. Dezember zog eine Versammlung der revolutionären Obleute und Vertrauensleute der Großbetriebe Groß-Berlins Bilanz der Weihnachtsergebnisse. Die angenommene Resolution bekräftigt zwar, dass sie den Unmut der revolutionären Arbeiter*innen versteht, die den von den Militärführern 1916 den Proletarier*innen gestohlenen »Vorwärts« zurückerobern wollten, erklärt aber die Initiative der Besetzer*innen des »Vorwärts« für unangemessen und spricht sich für die Räumung des Gebäudes aus. Unterzeichnet von Scholze, Nowakowski und Paul Weyer, wurde es in der Roten Fahne⁹²⁶ veröffentlicht: Die Differenzen sind offensichtlich und öffentlich, und die Frage der Haltung zu den vom Rätekongress beschlossenen Wahlen zur Nationalversammlung provoziert neue Spaltungen in der revolutionären Bewegung.

924 Vorwärts und..., S. 175-176.

925 Bericht über den Gründungsparteitag, S. 47.

926 »Die Rote Fahne«, 17. Dezember 1918; Dok. u. Mat., II/2, S. 666-667. Wilhelm Pieck, a.a.O., S. 61, schreibt, dass diese von Ernst Däumig inspirierte Resolution eine gegen die Spartakist*innen gerichtete Operation war. Tatsächlich richtete sie sich gegen linkradikale Initiativen, auf die die Spartakist*innen kein Monopol hatten, sondern entsprach im Gegenteil vollkommen der von der Zentrale definierten Linie, insbesondere in dem am 14. Dezember in der »Roten Fahne« veröffentlichten Programmwurf.

Kapitel XI: Die Gründung der KPD(S)

In dieser Atmosphäre der politischen Verwirrung innerhalb der revolutionären Avantgarde wird die Gründung der Kommunistischen Partei Deutschlands ausgearbeitet. Ihre Vorbereitungen fielen mit der Ankunft von drei der von Moskau entsandten Delegierten in Berlin zusammen, die die Sowjets auf dem Berliner Rätekongress vertreten sollten: An der Grenze zurückgewiesen, war es ihnen gelungen, sie heimlich zu überqueren⁹²⁷. Alle drei Männer sollten eine Rolle in der entstehenden Partei spielen. Der wichtigste ist Karl Radek; die beiden anderen, Krebs, auch »Rakow« und »Felix Wolf« genannt, und Reuter-Friesland, waren für den Bolschewismus in Russland selbst gewonnen worden.

Die Auswahl dieser Abgesandten ist zweifellos nicht hervorragend. Felix Wolf kennt Deutschland nicht. Auch Friesland ist dem alten spartakistischen Kern und sogar der radikalen Bewegung, zu der er vor dem Krieg Abstand gehabt hatte, fremd. Radek hingegen ist mit der gesamten Geschichte der deutschen Linken eng verbunden, aber gerade das macht seine Präsenz in mancher Hinsicht wenig angemessen. Er ist sicher noch mit den Bremer Kommunist*innen verbunden, aber es gibt zwischen ihm und Rosa Luxemburg und Jogiches eine aus den Auseinandersetzungen innerhalb der polnischen Sozialdemokratie geborene starke persönliche Feindschaft, die durch die »Radek-Affäre« am Vorabend des Krieges genährt wurde. Er hatte jedoch den Vorteil seiner Verbindungen zu Levi in der Schweiz während des Krieges: Es war Levi, der Rosa Luxemburgs Wut über die Entsendung eines »Kommissars« beschwichtigt hatte⁹²⁸, und er war es, der Radek begrüßte, vorstellte und begleitete⁹²⁹. Schlussendlich muss man vor allem zugeben, dass die Abgesandten aus Moskau, was auch immer ihre Persönlichkeiten sein mögen, als Vertrauensmänner der die russische Revolution führenden bolschewistischen Partei dastehen und dass diese einfache Tatsache ihnen eine ungeheure Autorität in den Augen der deutschen Revolutionär*innen verleiht. Karl Radek schrieb einen anschaulichen und bewegenden Bericht über sein Treffen mit den deutschen Führer*innen⁹³⁰: Abgesehen von einer gewissen Verlegenheit in den ersten Momenten scheinen die Erinnerungen an ver-

927 Brandt und Löwenthal, a. a. O., S. 113; Radek, November..., S. 128-132. Hermann Osterloh, einer der Leiter der Kriegsgefangenen und der deutschen Sektion, war Teil der Delegation, konnte aber nicht nach Deutschland einreisen (Brandt & Löwenthal, a. a. O., S. 122).

928 Ch. Beradt, Paul Levi, S. 43, ohne Hinweis auf ein Dokument.

929 Radek, November..., S. 132-133.

930 Radek, a.a.O., S. 133, 134.

gangene Auseinandersetzungen bei der Betrachtung der Aufgaben der Stunde nicht schwer zu wiegen, und nach einem Meinungs austausch über die Lage in Russland – die Anwesenheit ihres Freundes Dzierżyński an der Spitze der Tscheka überrascht Rosa Luxemburg – und über die deutschen politischen Fragen des Augenblicks geht es um die Haltung zur Einberufung der Nationalversammlung und die notwendige Gründung einer Kommunistischen Partei⁹³¹.

Vorgespräche

Unmittelbar kommen die Haupthindernisse nicht von den Spartakist*innen, sondern von den »Kommunist*innen« der IKD. Letztere haben die Meinungsverschiedenheiten von 1917 bezüglich der Unabhängigen nicht vergessen, vor allem nicht ihre Enttäuschung, als die Spartakist*innen im letzten November beschlossen, in dieser Partei zu bleiben. Trotz der soeben auf der IKD-Konferenz gefassten Beschlüsse stand Johann Knief der Fusion mit Spartakus feindselig gegenüber. Das machte er Radek klar, der nach Bremen gereist war⁹³². Er glaubt, dass die Regierung Ebert-Haase bald von der Bewegung der Massen überwältigt werden werde und dass die wahrscheinlichste Variante die Bildung einer eher linken Regierung Ledebour-Liebknicht-Luxemburg sei, die aus dem geboren werde, was er »revolutionäre Ungeduld« nennt, und die Gefahr laufen würde, die Anhänger*innen der Räte und die wahren Kommunist*innen zu diskreditieren. Er denkt, dass die Stunde der wahren Revolutionär*innen – von ihm und den seinen – erst nach dem Scheitern dieser Regierung kommen werde. Darüber hinaus war er zwar für die Bildung einer bolschewistischen Partei in Deutschland, hielt es aber für unmöglich, dass eine solche Partei Rosa Luxemburg und ihre Anhänger*innen einschloss, die er als dem Geist des Bolschewismus fremd ansah. Gleichzeitig erklärt er Radek, dass die proletarische Revolution in Deutschland nur auf der Grundlage einer breiten Massenbewegung siegen könne und dass man von dem rigorosen Zentralismus, den einzuführen ein Leo Jogiches in einer mit den Spartakist*innen konstituierten Partei nicht verpassen würde, alles zu befürchten habe. Die Diskussion zwischen den beiden Männern ist hart, aber sie endet mit einem Kompromiss: Anstatt seinen alten Freund Radek, den Wortführer der Bolschewiki, in der Frage der Zentralisierung der revolutionären Partei zu konfrontieren, wird Knief darauf verzichten, zu intervenieren und seine persönliche Position darzulegen⁹³³.

Die zweite Konferenz der IKD fand schließlich vom 15. bis 17. Dezember in Berlin statt, mit Delegierten aus Bremen und Hamburg, aus dem Rheinland, Sachsen, Bayern, Württemberg und Berlin, den Resten von Borchardts Gruppe, minus ihrem

931 Ebenda, S. 134.

932 Ebenda, S. 135.

933 Ebenda, S. 135.

Chef, den Freund*innen und Anhänger*innen von Knief, Frölich, Laufenberg, Otto Rühle. Die Mehrheit der Delegierten räumte ein, dass der bevorstehende Bruch der Spartakist*innen mit den Unabhängigen den Hauptstreitpunkt und das wesentliche Hindernis für die Konstituierung einer einheitlichen Partei beseitige⁹³⁴, Knief intervenierte, um die Teilnahme der Revolutionär*innen am Wahlkampf für die Nationalversammlung vorzuschlagen, blieb aber in der Minderheit. Er nutzte daraufhin die Gelegenheit, sich als Delegierter für den Vereinigungsparteitag zu verweigern, und es war Paul Frölich, ein Anhänger des Boykotts, der das Mandat erhielt, die Bremer Kommunist*innen in der zu wählenden vereinigten Leitung zu vertreten⁹³⁵. Radek entwickelte mit Eloquenz seine Argumente für eine Fusion, die seiner Meinung nach längst überfällig war⁹³⁶. Bestimmte grundlegende Fragen, die die Spartakist*innen und die Bremer Kommunist*innen trennen, wie die der Gewerkschaften, scheinen nicht angesprochen worden zu sein.

Die spartakistische Leitung war gleichermaßen gespalten. Rosa Luxemburg und Leo Jogiches scheinen der Fusion mit den »Kommunist*innen« zunächst feindlich gegenübergestanden zu haben, und Jogiches bekämpfte sie sogar bis zum Schluss energisch. Er denkt praktisch, dass man bis zum nächsten Parteitag innerhalb der unabhängigen Partei bleiben müsse, um bei dieser Gelegenheit alle Elemente der Linken mitzunehmen, die Gefahr liefen, bei einem vorzeitigen Bruch der Spartakist*innen dort zu bleiben. Clara Zetkin wird 1921 zu diesem Thema sagen:

»Genossin Luxemburg hatte mir noch kurz vorher mitgeteilt, sie und stärker noch Genosse Leo Jogiches – hielten an der Auffassung fest, dass wir uns erst auf dem Parteitag der USP von dieser loslösen und uns als kommunistische Partei konstituieren sollten.«⁹³⁷

Clara Zetkin war auf dem Gründungsparteitag nicht anwesend; sie versicherte im Übrigen, sie sei nicht darüber informiert worden, dass er abgehalten werden sollte⁹³⁸. Laut Fritz Heckert rief sie, als sie von der Entscheidung erfuhr, aus: *»Die Dummköpfe.«⁹³⁹* Aber auch da war die Intervention Radeks, mit dem Prestige der Sieger vom Oktober 1917 im Rücken, entscheidend, und Rosa Luxemburg ließ sich überzeugen, mit dem Bruch nicht auf den unabhängigen Parteitag zu warten. Allerdings zeigte sie wichtige Unterschiede in Bezug auf das Etikett, das für die neue Partei angenommen werden sollte. Eberlein, dessen Aussage in diesem Punkt durch die von Levi bestätigt wird, fasst ihre Position folgendermaßen zusammen:

934 Der Kommunist, Bremen, Nr. 5, 1918; Dok. u. Mat, II/2, S. 609-613 für die angenommene Resolution. 935 Vorwärts und..., S. 176.

936 Ill. Gesch. S. 264; Jogiches war auch anwesend.

937 Protokoll des Dritten Kongresses der K.I., S. 668.

938 Ebenda, S. 669.

939 Ebenda, S. 541.

»Die Kommunistische Partei Russlands steht heute noch in der Internationale allein; sie wird von den sozialistischen Parteien der II. Internationale aufs Heftigste bekämpft. Die Aufgabe der Kommunisten ist es, die sozialistischen Parteien, insbesondere der westeuropäischen Staaten, von der II. Internationale loszulösen, um sie zu einer neuen revolutionären Internationale zu vereinen und die II. reformistische Internationale zu vernichten. Der Kommunistischen Partei Russlands wird das so leicht nicht gelingen. Der Gegensatz zwischen der Kommunistischen Partei Russlands und den sozialistischen Parteien des Westens, insbesondere Frankreichs, Englands und Amerikas, ist so groß, dass uns als deutschen Revolutionären die Aufgabe zufällt, die Verbindung zwischen den Revolutionären des Ostens und den Sozialisten Westeuropas, die heute noch im reformistischen Fahrwasser schwimmen, herzustellen und den Prozess der Loslösung der westeuropäischen Sozialisten vom Reformismus zu beschleunigen. Diese Aufgabe wird leichter zu erfüllen sein, wenn wir als Sozialistische Partei auf den Plan treten; würden wir dagegen als Kommunistische Partei erscheinen, dann würde die naturgemäß enge Verbindung mit den russischen Kommunisten unsere Aufgaben in Westeuropa erschweren.«⁹⁴⁰

Am Ende lehnte die Zentrale Rosa Luxemburgs Vorschlag, die neue Partei »sozialistisch« zu nennen, mit 4 zu 3 Stimmen – Paul Levi enthielt sich – ab⁹⁴¹. Am 29. Dezember 1918 – demselben Tag, an dem die Unabhängigen aus der Regierung Ebert austraten – billigte die Konferenz des Spartakusbundes mit 80 zu 3 Stimmen den Vorschlag, die unabhängige sozialdemokratische Partei zu verlassen, um eine kommunistische Partei zu gründen⁹⁴². Die Vereinigung von Spartakus und IKD, die Gründung der deutschen kommunistischen Partei, ist vollzogen: es bleibt abzuwarten, welche Elemente der linken Unabhängigen sich ihr anschließen werden und vor allem, welche Positionen sie zu den Problemen, die sich Ende 1918 stellen, einnehmen wird.

Die Positionen Münzenbergs in der Jugendinternationale kommentierend schrieb Johann Knief am 24. Dezember 1918, sie seien noch nicht im »Geist der Kommunisten.«⁹⁴³ Für ihn bestand der Hauptgegensatz zwischen Spartakist*innen und Kommunist*innen. Der Gründungsparteitag wird aber zeigen, dass in Wirklichkeit die Linksradikalen in der neuen Partei sowohl dem spartakistischen Geisteszustand – Rosa Luxemburg – als auch dem kommunistischen Geisteszustand, wie er ihn selbst auszudrücken gedachte, überwogen: denn die Führer*innen der linksradikalen Strömung kommen sowohl aus dem Spartakus, wie die Berliner Schröder und Wendel, als auch aus der IKD, wie Otto Rühle, Frölich oder Werner Möller.

940 »Spartakus und die Dritte Internationale«, Inprekorr, Nr. 28, 29. Februar 1924, S. 306-307.

941 Ebenda, S. 307.

942 H. Duncker, im Jahr 1918. Erinnerungen von Veteranen, S. 23-24. Die drei ablehnenden Stimmen waren die Jogiches, Werner Hirsch und ein Delegierter aus Mühlheim, Meister, vermutlich Münster (W. Hirsch, »Die Rote Fahne«, 30. Dezember 1928).

943 Der Kommunist, Bremen, 24. Dezember 1918, zitiert nach Babette Gross, a. a. O., S. 88.

Sieg der Linksradiakalen auf dem Gründungsparteitag der KPD(S)

Der Parteitag versammelt sich in Berlin am 30. Dezember 1918: Zu den 83 Delegierten des Spartakus kommen 29 des IKD. Die Hauptstadt ist noch ganz aufgewühlt von den gewaltsamen Ereignissen von Weihnachten. Der Rücktritt der unabhängigen Minister scheint eine neue Etappe der Radikalisierung der Massen zu eröffnen. Paul Levi beschrieb später die Atmosphäre mit diesen Worten:

»Die Luft in Berlin (...) war gefüllt von revolutionärer Spannung. (...) Es war keiner, der nicht das Gefühl hatte, dass die allernächste Zeit neue große Demonstrationen und Aktionen bringen werde. (...) Die Delegierten, die jene bisher unorganisierten Massen vertraten, die nur in der Aktion, durch die Aktion und wegen der Aktion zu uns gekommen waren, konnten gar nicht fassen, dass eine neue schon fühlbare Aktion statt zum Siege zu Rückschlägen führen könnte und dachten nicht im Traum daran, eine Taktik zu befolgen, die auch für den Fall solcher Rückschläge den nötigen Spielraum ließ.«⁹⁴⁴

Der erste Bericht wird von Liebknecht vorgetragen: Es handelt sich um *»die Krise der USPD«* und den zu fassenden Beschluss zur Organisation einer neuen Partei. Der Ton ist sehr hart. Er schildert die vergangene Politik der zentristischen Opposition, in der, worauf er hinweist, sich viele Revisionist*innen finden, sowohl unter den Führer*innen als auch unter der Masse der Anhänger*innen, und qualifiziert ihre vergangene Tätigkeit als *»parlamentarischen Kretinismus.«* Er hielt über die *»kindlich-mechanische«* Auffassung, die bei der Vorbereitung des Novemberaufstands vorherrschte, Gericht: *»Verkennung der entscheidenden Bedeutung der Massenaktionen selbst, die Überschätzung der bürokratischen, parlamentarischen und anderer Arbeiten.«⁹⁴⁵* Er erinnert daran, dass die Spartakist*innen in der Vergangenheit völlige Handlungsfreiheit in der unabhängigen Partei genossen hatten:

»Wir haben der USP angehört, um aus der USP herauszuschlagen, was herausgeschlagen werden kann, um die wertvollen Elemente der USP voranzutreiben, um sie zu radikalieren, um auf diese Weise (...) zu erreichen, dass möglichst starke revolutionäre Kräfte gewonnen werden könnten für die Zusammenfassung in einer geschlossenen, einheitlichen, revolutionären proletarischen Partei. Wir haben uns an dieser Arbeit abgemüht, es war eine Sisyphusarbeit schwierigster Art.«⁹⁴⁶

944 Bericht an den zweiten Kongress der KI. Levi-Archive, S. 124/8, S. 4. [a.a.O., S. 1750 f.]

945 Der Gründungsparteitag der KPD. Protokoll und Materialien, S. 52-55 [Zitate S. 55]. Wir beziehen uns auf diesen Text, der von Hermann Weber nach dem in Levis Archiv gefundenen Stenogramm verfasst wurde, und nicht auf den sehr unvollständigen Bericht über den Gründungsparteitag, der während der Repression nach den Januartagen von den Sitzungssekretär*innen verfasst wurde.

946 Ebenda, S. 56.

Nachdem er über die Unabhängigen, das »Feigenblatt« und die Tarnung Ebert-Scheidemanns seit dem 9. November, Gericht gehalten und an die Weigerung der Parteileitung, den Parteitag einzuberufen, erinnert hatte, kommt er zu dem Schluss, dass die Unabhängige Partei moribund ist und dass die Masse ihrer Mitglieder, die nicht bereit ist, mit ihr zu brechen, dabei ist, in das Lager der Mehrheitler*innen zurückzukehren. Er sprach sich daher für einen sofortigen und klaren Bruch und die Gründung einer neuen Partei aus und legte eine entsprechende Resolution vor⁹⁴⁷. Der Titel »Kommunistische Partei Deutschlands (Spartakus)« wird nach kurzer Diskussion dem Titel »Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands« und auch dem von der Vorbereitungskommission vorgeschlagenen Titel »Revolutionäre Kommunistische Partei Deutschlands« vorgezogen⁹⁴⁸.

Daraufhin griff Radek im Namen der russischen Sowjets ein. Nachdem er die Lage Russlands in ihrer ganzen Rohheit nachgezeichnet hat, versucht er, die Schwierigkeiten aufzuzeigen, die auf eine schwache Partei warten, die jedoch zum richtigen Zeitpunkt geboren wurde, nämlich in der schwersten Weltkrise. Er endet, indem er die Perspektive der Internationalen eröffnet:

»Die deutsche Sozialdemokratie, sie ist tot. Sie war die Autorität in der ganzen Arbeiterwelt. Die Autorität ist dahingeschwunden, kein Teil der Internationale wird jetzt diese Bedeutung haben, die die deutsche hatte. Die Internationale wird ein Bund von Arbeiterklassen sein, in dem jede weiß, wofür sie kämpft, in dem jede den eigenen Weg marschiert und es trotzdem derselbe ist, wie der der anderen.«⁹⁴⁹

Am Nachmittag des 30. Dezember fiel es Paul Levi zu, den Bericht der Zentrale zur Frage der Wahlen zur Nationalversammlung vorzustellen. Er begann damit, einen Punkt zu erläutern, in dem sich offenbar alle Delegierten einig waren: die Rolle, die der Nationalversammlung von der deutschen Bourgeoisie und ihren Agenten zugewiesen wurde. Und er ruft aus:

Der »Weg des Proletariats zum Siege, er kann nur gehen über die Leiche der Nationalversammlung hinweg.«

Aber er ergänzt fast sofort:

»Trotzdem schlagen wir Ihnen vor, die Nationalversammlungswahlen nicht beiseite liegen zu lassen.«⁹⁵⁰

947 Ebenda, S. 63-65.

948 Ebenda, S. 66.

949 Ebenda, S. 86. Diese merkwürdige Beschreibung der Internationale entspricht überhaupt nicht der von Lenin gewünschten »Welpartei der sozialistischen Revolution.« Radek würde später ganz andere Definitionen formulieren.

950 Ebenda, S. 90. [Nachdruck in Paul Levi, Ohne einen Tropfen Lakaienblut. Schriften, Reden, Briefe, Band I/1: Spartakus. Berlin 2018, S. 729-735, hier S. 730]

Von diesem Moment an sollte sein Bericht von heftigen Unterbrechungen und vehementen Protesten zerhackt werden. Er versuchte zu zeigen, wie die Anwesenheit kommunistischer Abgeordneter im Parlament, im Gegensatz zur alten sozialdemokratischen Praxis, dem revolutionären Kampf helfen könnte, und führte das Beispiel der Russ*innen an, die an den Wahlen zur Konstituierenden Versammlung teilgenommen hatten, bevor sie diese auflösten. Ihm wird zugerufen: »*Machen wir sofort!*« Er antwortet:

»*Woher wissen Sie, dass ganz Deutschland heute bereits in einem so vorgeschrittenen Stadium der Revolution ist, wie der Genosse es glaubt?*«⁹⁵¹

Er denkt, dass die Arbeiter*innen tatsächlich die Versammlung in Berlin, Rheinland-Westfalen und Oberschlesien stürzen könnten. Aber diese Bezirke sind nicht das ganze Deutschland. Die Revolutionär*innen haben absolut keine Kraft, einen Boykott zu organisieren, der sich gegen sie wenden würde. Immer noch unterbrochen, fuhr er dennoch fort:

»*Die Frage ist zu ernst. Wir sehen alle die Situation so an, dass an der Entscheidung dieser Frage für Monate hinaus das Schicksal unserer Bewegung sich entscheiden kann. (...) denken Sie doch nur an folgende Situation. Die Nationalversammlung wird zusammentreten. Sie wird, und das können Sie nicht verhindern, auf Monate hinaus vielleicht das gesamte politische Bild Deutschlands beherrschen. Sie wird im Zentrum der deutschen politischen Bewegung stehen. Sie werden nicht verhindern können, dass alle Augen darauf schauen, sie werden nicht verhindern können, dass selbst Ihre besten Anhänger sich orientieren, sich informieren, zusehen müssen, was geht in der Nationalversammlung vor. Sie wird in das Bewusstsein der deutschen Proletarier eintreten, und gegenüber dieser Tatsache wollen Sie draußen stehen und von draußen wirken?*

»*Parteigenossen! Sie wollen die Nationalversammlung auflösen. Was glauben Sie, wenn etwa die Nationalversammlung tagt an einem Orte wie Schilda.*«⁹⁵²

Ein neuer Unterbrecher wirft ihm dann vor, dass die Nationalversammlung sich selbst verurteilen würde, wenn sie in eine kleine Stadt umziehen würde. Das erlaubt Levi die Schlussfolgerung, dass keine gesellschaftliche Kraft sich jemals selbst verurteilt, besonders wenn es sich um eine so beträchtliche Kraft wie die deutsche Bourgeoisie handelt, und dass es die Pflicht der Kommunist*innen – die nicht an den Selbstmord der Bourgeoisie glauben – ist, wo immer nötig für die Revolution und die Sammlung der Proletarier*innen für die Revolution zu kämpfen. Der junge spar-

951 Ebenda, S. 93. [Nachdruck a.a.O., S. 733]

952 Ebenda, S. 95. [Nachdruck a.a.O., S. 735] Man weiß, dass sie in der Tat, und um den Arbeiter*innen-druck in Berlin zu vermeiden, in Weimar tagen musste.

takistische Redner hat zweifelsohne eine große rednerische Leistung vollbracht. Aber die Mehrheit der Delegierten ist überzeugt, dass »*die Macht auf der Straße liegt*«, und sie duldet nicht den Ausdruck auch nur des geringsten Zweifels daran.

Levis Bericht eröffnet auf jeden Fall eine stürmische Debatte, die den Kongress in zwei ungleiche Teile zerschneidet. Rosa Luxemburg gestand ihre Verbitterung über den »Radikalismus« der Mehrheit, vermisste »das Nachdenkliche, den Ernst.« Sie be ruft sich ihrerseits auf das Beispiel der Russ*innen, erinnert daran, dass die deutsche Revolution erst am Anfang steht, während die Oktoberrevolution 1917 bereits 1905 begonnen hatte, und bekräftigt, dass die deutschen Massen, die noch nicht genügend Zeit hatten, die Macht ihrer Räte zu entwickeln, nicht reif seien, die Nationalversammlung zu stürzen. Sie weist auf die tiefen Widersprüche in den Argumenten der Boykottanhänger*innen hin, die die Auswirkung der Wahlen auf das Bewusstsein der Massen fürchten und dennoch glauben, dass die Massen bewusst genug seien, um die Wahlen zu verhindern⁹⁵³. Käthe Duncker sagte der Mehrheit der Delegierten, sie wollten »*Knospen mit den Fingern aufmachen (...), ohne zu warten, bis sie von selbst aufgehen*«⁹⁵⁴. Heckert verweist ironisch auf die Geräuschlosigkeit der Linksradikalen während des Krieges, unterstreicht, dass selbst dort, wo sie am stärksten sind, die Kommunist*innen noch in der Minderheit sind und dass die Mehrheit der Arbeiter*innen Ebert und Scheidemann folgt. Er schlug die Teilnahme an den Wahlen mit einer einzigen Liste für ganz Deutschland vor, die nur die Namen von Liebknecht und Rosa Luxemburg umfasse⁹⁵⁵. Liebknecht verheimlichte sein Zögern – das öffentlich bekannt war – nicht, aber er erinnerte, diszipliniert gegenüber der Zentrale, ausführlich an seine eigene Rolle im Reichstag bei der Mobilisierung der Massen gegen den Krieg. Alle diese Interventionen werden, wenn sie nicht unterbrochen werden, von den Delegierten kühl aufgenommen.

Umgekehrt applaudierten sie wild den linksradikalsten Redner*innen, wie Otto Rühle, der bekräftigte, dass das Proletariat sich nicht mit der Nationalversammlung, mit einem neuen »*Leichnam*« herumschlagen müsse und dass es notwendig sei, »*Kompromissen und Opportunismus*« ein Ende zu setzen. In dem Bestreben, Levis Argumente über die Nutzung des parlamentarischen Forums zu widerlegen, verkündet er:

»*Wir haben jetzt andere Tribünen. Die Straße ist die großartigste Tribüne, die wir errungen haben, und die wir nie wieder aus den Händen geben, wenn man auch auf uns schießt.*«⁹⁵⁶

953 Ebenda, S. 99-104.

954 Ebenda, S. 113. [Tatsächlich S. 107, auf S. 113 nimmt Eugen Leviné auf ihren Redebeitrag Bezug]

955 Ebenda, S. 113-117.

956 Ebd., S. 98. Am 10. Januar 1919 rief Rühle zu einer Straßendemonstration in Dresden auf. Vor dem Gebäude der sozialdemokratischen Zeitung kam es zu einer Schießerei, bei der es 12 Tote und 52 Verletzte gab. Rühle wurde verhaftet und nach Wiederherstellung der Ordnung wieder freigelassen (Drabkin,

Die Teilnahme an den Wahlen würde für diesen Anhänger*innen der »Macht auf der Straße« den Verzicht auf die Revolution bedeuten. Den Vorschlägen von Levi stellt er eine kurzfristige aufständische Perspektive entgegen:

Lasst die Nationalversammlung »nach Schilda gehen. Dann etablieren wir uns hier in Berlin als neue Regierung. Wir haben noch 14 Tage Zeit.«⁹⁵⁷

Viele der Redebeiträge sind im gleichen Stil. Léviné sprach, um zu sagen, dass die Spartakist*innen, die sowohl zum Teilnehmen als auch zum Boykottieren zu schwach seien, ihre Kräfte in der Agitation zugunsten der Räte konzentrieren müssen⁹⁵⁸. Andere beriefen sich auf die Notwendigkeit, ihre Hände rein zu halten, auf das mögliche Unverständnis der Massen und prangerten in der vorgeschlagenen Teilnahme eine brutale Wendung oder sogar einen Fall in den Opportunismus an. Am Ende der Debatte lehnte der Kongress Levis Resolution ab und nahm mit 62 zu 23 Stimmen die von Otto Rühle entgegengestellte Resolution an: Die Kommunistische Partei würde nicht an den Wahlen teilnehmen⁹⁵⁹.

An diesem Punkt der Debatten, nach diesem für die Linksradikalen zufriedenstellenden Votum, verkündete Karl Becker im Namen der IKD die Entscheidung seiner Gruppe, der neuen Partei beizutreten⁹⁶⁰. Der erste Tag des Kongresses endete mit einem wichtigen Sieg für den linksradikalen Flügel.

Am zweiten Tag präsentierte Lange einen Bericht über »wirtschaftliche Kämpfe.« Vorsichtiger als Levi vermied es der Berichterstatter der Zentrale, der die konservative Rolle der Gewerkschaftsbürokraten und deren Bestreben, die Fabrikkomitees in bloße Anhängsel der Unternehmerbehörden zu verwandeln, anprangerte, eine Meinung über die Präsenz und kämpferische Aktion von Revolutionär*innen innerhalb der traditionellen Gewerkschaften zu formulieren⁹⁶¹. Mehrere Delegierte werden ihm dies vorwerfen. Rieger, aus Berlin, hielt die Mitgliedschaft in der Kommunistischen Partei und in einer Gewerkschaftsorganisation für unvereinbar⁹⁶². Paul Frölich behauptete, dass es unmöglich sei, die Gewerkschaften von innen zurückzuerobern, dass es notwendig sei, die Parole »Heraus aus den Gewerkschaften!« aufzustellen und dass es notwendig sei, »Einheitsorganisationen« in den Betrieben aufzubauen und damit die Grenze zwischen Partei und Gewerkschaft ein für alle Mal aufzuheben⁹⁶³. Heckert widerspricht seinen Argumenten, betont die Bindung breiter Massen an die Gewerkschaften, die Notwendigkeit, ihre Rolle nicht mit der der Betriebsräte zu ver-

a.a.O., S. 521-522).

957 Ebenda.

958 Ebenda, S. 109-113.

959 Ebenda, S. 135.

960 Ebenda, S. 135-136.

961 Ebenda, S. 138, 149.

962 Ebenda, S. 159.

963 Ebenda, S. 152-154.

wechseln, warnt vor den Gefahren der Losung, die Gewerkschaften zu verlassen⁹⁶⁴. Rosa Luxemburg kritisiert Frölichs Position zu den »Einheitsorganisationen«, dem sie vorwirft, zwei alte Formen – Partei und Gewerkschaft – zusammenschließen zu wollen, statt die proletarischen Kräfte auf die neuen Formen, Arbeiter*innenräte und Betriebsräte, zu konzentrieren. Nicht ganz zufrieden mit der Losung »Heraus aus den Gewerkschaften!«, stimmt sie dennoch zu, dass ihre »Liquidierung« das Gebot der Stunde sei⁹⁶⁵. Sie war es, die vorschlug, diese Frage an eine Kommission zu verweisen: Der Parteitag, weniger leidenschaftlich als am Vortag, folgte ihr⁹⁶⁶.

Er bejubelte sie am nächsten Tag während und nach ihrer Rede über das Programm lange, obwohl sie eine klare Verurteilung der linksradikalen Ausrichtung der Mehrheit war. Für sie bedeutete die Gründung der Kommunistischen Partei in der Tat sowohl die Errichtung des sozialistischen Programms auf neuen Grundlagen als auch das Anknüpfen an den Faden den »Marx und Engels in dem Kommunistischen Manifest gesponnen« hatten⁹⁶⁷. Sie ruft aus:

»Wahrer Marxismus kämpft auch gegen jene, die ihn zu verfälschen suchten, er wühlt wie ein Maulwurf in den Grundfesten der kapitalistischen Gesellschaft und er hat dazu geführt, dass heute der beste Teil des deutschen Proletariats unter unserer Fahne, unter der Sturmflagge der Revolution marschiert und wir auch drüben, wo die Konterrevolution noch zu herrschen scheint, unsere Anhänger und künftigen Mitkämpfer besitzen.«⁹⁶⁸

Die Menschheit steht vor der Alternative des Fallens in die Barbarei oder der Rettung durch den Sozialismus, der historischen Notwendigkeit für das Überleben der Menschheit. In diesem Rahmen muss auch die Lage in Deutschland analysiert werden:

»Der 9. November war eine Revolution voller Unzulänglichkeiten und Schwächen. (...): was wir am 9. November erlebt haben, war zu drei Vierteln mehr Zusammenbruch des bestehenden Imperialismus als Sieg eines neuen Prinzips.«⁹⁶⁹

Trotz des Auftretens der Arbeiter*innen- und Soldatenräte, dem »Stichwort dieser Revolution, das ihr sofort das besondere Gepräge der proletarischen, sozialistischen Revolution gegeben hat«,⁹⁷⁰ war die erste Phase der Revolution von Illusionen geprägt, der Illusion des Proletariats und der Soldaten über die »Einigkeit unter dem Banner des sogenannten Sozialismus«, der Illusion Eberts, dass der so gebrandmarkte »Sozia-

964 Ebenda, S. 160-162.

965 Ebenda, S. 162-164.

966 Ebenda, S. 165.

967 Ebenda, S. 172.

968 Ebenda, S. 180.

969 Ebenda, S. 182-183.

970 Ebenda, S. 185. [tats. S. 183.]

lismus« den Klassenkampf wirksam eindämmen könne⁹⁷¹. Die Schießereien des 6. und 24. Dezember zerstreuten die Illusionen auf beiden Seiten:

Das »ist für das Proletariat der größte Gewinn; denn es gibt nichts, was der Revolution so schädlich ist als Illusionen, es gibt nichts, was ihr so nützlich ist wie die klare, offene Wahrheit.«⁹⁷²

Die zweite Phase der Revolution begann nach Rosa Luxemburg mit der Entwicklung und Verallgemeinerung der Streiks:

Die »Streiks [müssen] [...] immer mehr zum Mittelpunkt, zur Hauptsache der Revolution werden [...].

Das ist dann eine ökonomische Revolution und damit wird sie eine sozialistische Revolution. Der Kampf um den Sozialismus kann aber nur durch die Massen, unmittelbar Brust an Brust mit dem Kapitalismus ausgefochten werden, in jedem Betriebe, von jedem Proletarier gegen seinen Unternehmer. Nur dann wird es eine sozialistische Revolution sein.«⁹⁷³

In dieser zweiten Phase wird die Regierung Scheidemann verschwinden. Und Rosa Luxemburg beharrt auf dieser Idee, die ihr als notwendiges Gegengift zu den Illusionen erscheint, die die Delegierten offensichtlich nähren:

»Wir dürfen nicht die Illusion der ersten Phase der Revolution, der des 9. November, weiter pflegen und wiederholen, als sei es überhaupt für den Verlauf der sozialistischen Revolution genügend, die kapitalistische Regierung zu stürzen und durch eine andere zu ersetzen. (...) Wir müssen vorbereiten von unten auf, den Arbeiter- und Soldatenräten eine solche Macht geben, dass, wenn die Regierung Ebert-Scheidemann oder irgendeine ihr ähnliche gestürzt wird, dies dann nur der Schlussakt ist.«⁹⁷⁴

Der Bericht endet mit einer Warnung vor jenen, die davon träumen, die Regierung Ebert durch einen Putsch zu stürzen:

»Im Anfang war die Tat; und die Tat muss sein, dass die Arbeiter- und Soldatenräte sich berufen fühlen und es lernen, die einzige öffentliche Gewalt im ganzen Reiche zu werden. Nur auf diese Weise können wir den Boden so unterminieren, dass er reif wird zu dem Umsturz, der dann unser Werk zu krönen hat. (...) die Geschichte macht es uns nicht so bequem, wie es in den bürgerlichen Revolutionen war, dass es genügte, im Zentrum die offizielle Gewalt zu stürzen und durch ein paar oder ein

971 Ebenda, S. 184.

972 Ebenda, S. 186.

973 Ebenda, S. 189.

974 Ebenda, S. 196-197.

paar Dutzend neue Männer zu ersetzen. Wir müssen von unten aufarbeiten (...) Ich übernehme es nicht, zu prophezeien, wie viel Zeit dieser Prozess braucht. Wer rechnet von uns, wen kümmert das, wenn nur unser Leben dazu ausreicht, es dahin zu bringen! Es kommt nur darauf an, dass wir klar und genau wissen, was zu tun ist.»⁹⁷⁵

Wenige Augenblicke später verabschiedete der Kongress den in der Roten Fahne veröffentlichten Programmentwurf, in dem es unmissverständlich hieß:

»Der Spartakusbund wird es auch ablehnen, zur Macht zu gelangen, nur weil sich die Scheidemann-Ebert abgewirtschaftet (...) [haben].

Der Spartakusbund wird nie anders die Regierungsgewalt übernehmen als durch den klaren, unzweideutigen Willen der großen Mehrheit der proletarischen Masse in Deutschland, nie anders als kraft ihrer bewussten Zustimmung zu den Ansichten, Zielen und Kampfmethoden des Spartakusbundes. (...)

Der Sieg des Spartakusbundes steht nicht am Anfang, sondern am Ende der Revolution.»⁹⁷⁶

Die Tragweite des Gründungsparteitags

Mehrere Zeugen berichteten von der Bitterkeit und dem Pessimismus, die Leo Jogiches nach dem Parteitag zum Ausdruck brachte. In seinen Augen war die Entscheidung, nicht an den Wahlen zur Nationalversammlung teilzunehmen, ein klarer Beweis dafür, dass die Gründung der Partei mit den darin vereinten Elementen verfrüht war⁹⁷⁷. Mit dem Einverständnis von Rosa Luxemburg bat er Clara Zetkin, nicht der Kommunistischen Partei beizutreten, bevor sie die Gelegenheit gehabt hätte, auf dem nächsten Parteitag der unabhängigen Partei zu sprechen⁹⁷⁸. Karl Radek ist vielleicht weniger pessimistisch, obwohl er sich nicht gegen das Gefühl wehren kann, keine richtige Partei vor sich zu haben. »Der Parteitag«, so schrieb er später, »demonstrierte grell die Jugend und die Unerfahrenheit der Partei.«⁹⁷⁹ Die vorherrschende Stimmung des Parteitags war die Bekräftigung der totalen Solidarität mit der russischen Revolution, die nicht zu vernachlässigen war. Aber die Verbindungen mit den Massen waren sehr schwach. Nur Liebknecht war unbezwingbar optimistisch: Für ihn war die Jugend bei Spartakus, und er war überzeugt, dass sich das Kräfteverhältnis von dem Moment an, als die Unabhängigen gezwungen worden waren, die Regierung zu verlassen, schnell ändern würde⁹⁸⁰.

975 Ebenda, S. 198-199.

976 Ebenda, S. 301.

977 Frölich, a.a.O., S. 345.

978 Protokoll Ill..., S. 668.

979 Radek, November..., S. 136.

980 Ebd.

Die Tatsache, dass der Parteitag in der gleichen Bewegung Levis Vorschlag, an den Wahlen teilzunehmen, ablehnen und gleichzeitig das Programm Rosa Luxemburgs annehmen konnte, war zweifellos ein Ausdruck politischer Inkonsequenz. Andererseits hatte die dominierende linksradikale Strömung auf dem Parteitag offenbar nicht versucht, sich die Hegemonie in der neuen Zentrale zu sichern: Es war das alte spartakistische Team, minus Mehring, der krank war, und plus Frölich, der die ehemalige IKD vertrat, das die Zügel in der Hand hielt⁹⁸¹. Zweifellos glaubten die Ehemaligen des Spartakus, sie hätten genügend Autorität, um die Partei von dem abenteuerlichen Weg zurückzuhalten, den einige ihrer Abstimmungen eröffnet hatten. Nichts scheint zu erlauben, zu glauben, dass sie versucht gewesen wären, sich abzuspalten, wie Rosenberg andeutet, um der linksradikalen Mehrheit zu entkommen, deren Geiseln sie in der Tat waren⁹⁸².

Die Struktur der neuen Partei war äußerst locker, um nicht zu sagen inexistent, auf jeden Fall viel näher an der der unabhängigen sozialdemokratischen Partei als an der der bolschewistischen Partei. Den Beweis liefert der Organisationsbericht von Eberlein, der die Aufgabe, über Mitgliedsausweise und Beiträge zu sprechen, als sehr schwer empfindet – nach den politischen Diskussionen der ersten Tage. Sie bricht mit der elektoralistischen Tradition der Sozialdemokratie, da sie die Organisation auf lokale und betriebliche Gruppen stützt, und ist gleichzeitig von der alten Feindseligkeit der Radikalen gegenüber der Zentralisierung durchdrungen:

»Wir sind weiter der Meinung, dass das alte System der Unterordnung der einzelnen Orte unter die Zentrale aufhören muss, dass die einzelnen örtlichen Organisationen, die einzelnen Betriebsorganisationen eine völlige Autonomie haben müssen. Sie müssen selbständig sein in ihrer Tätigkeit, sie dürfen nicht immer auf das warten, was von oben herunter angeordnet wird (...) die Zentrale [hat] in der Hauptsache die Aufgabe [...], die geistige und politische Leitung zu übernehmen und das zusammenzufassen, was draußen im Lande vor sich geht.«⁹⁸³

Der Bericht wurde kaum diskutiert: Der Meinungs austausch und ein kurzes Wortgefecht zwischen Ernst Meyer und Karl Becker zeigten allenfalls die völlig fehlende Vorbereitung der beiden Gruppen auf diesem Gebiet und die Ungenauigkeit ihrer Vorstellungen. Die organisatorischen Grundlagen der neuen Partei wurden dem nächsten Parteitag zur Beratung und Entscheidung vorgelegt. Die Wahl einer Zentrale macht sie nicht automatisch zur Leitung einer echten Partei auf nationaler Ebene.

981 In die Zentrale wurden gewählt: Hermann Duncker, Käte Duncker, Eberlein, Frölich, Lange, Jogiches, Levi, Liebknecht, Luxemburg, Meyer, Pieck, Thalheimer (Bericht S. 45). Die entsprechende Passage, die in Levis Unterlagen fehlt, ist in *Der Gründungsparteitag...*, S. 261-262 wiedergegeben. Bricianer irrt also, wenn er sagt (a.a.O., S. 158, Fn. 1), Paul Levi sei im Frühjahr 1919 Mitglied der Zentrale gewesen, weil er »durch Kooptation aufgenommen« worden sei.

982 Rosenberg, a.a.O. S. 322.

983 *Der Gründungsparteitag...*, S. 248.

Die schwerwiegendste Folge der Beschlüsse vom 31. Dezember war jedoch das Scheitern der Gespräche mit den Berliner revolutionären Obleuten, die während des Parteitages selbst stattfanden. Dabei stand viel auf dem Spiel: Liebknecht sagte, dass diese Menschen »die besten und tatkräftigsten Elemente des Berliner Proletariats« darstellten. »Sie stehen [...] himmelhoch über den üblichen Organisationsbonzen der USP in Berlin«⁹⁸⁴ und seine Arbeit mit ihnen gehörte »zu den erfreulichsten Kapiteln meiner ganzen Parteitätigkeit.«⁹⁸⁵

Die Diskussionen fanden zwischen einer spartakistischen Delegation unter Leitung von Liebknecht und einer Delegation des Kerns der revolutionären Obleute mit Däumig und Ledebour, Richard Müller, Nowakowski, Eckert, Scholze statt⁹⁸⁶. Sie wurden mehrfach unterbrochen, um den Vertretern der Obleute die Möglichkeit zu geben, ihren Wähler*innen zu berichten und sie zu befragen. Auf Seiten der Spartakist*innen war man voller Hoffnung auf den Abschluss der Verhandlungen: Man wusste, dass diese Aktivist*innen, die formal noch der unabhängigen Partei angehörten, den Spartakist*innen nahe standen und dass sie faktisch eine autonome Gruppe mit eigener politischer Linie und Disziplin bildeten. Aber Däumig und Ledebour, die ihre politischen Berater und ihre wirklichen Führer waren, verbargen nie ihr Misstrauen, das für letzteren zur offenen Feindschaft wurde. Beide griffen von Anfang an an, indem sie sagten, dass die Hauptfrage in ihren Augen die Teilnahme an den Wahlen zur Nationalversammlung sei. Aber ein erstes Hindernis entstand, als den revolutionären Obleute die Teilnahme von fünf von ihnen in den Programm- und Organisationskommissionen des Kongresses angeboten wurde: Die Vertretung der Berliner Aktivist*innen würde dadurch unverhältnismäßig verstärkt, eine Aussicht, die der Parteitag nicht bereit war zu akzeptieren⁹⁸⁷. Richard Müller eröffnete die Debatte erneut, indem er brutal erklärte, dass die Fortsetzung der gemeinsamen Arbeit dem Verzicht des Spartakus auf seine »alte putschistische Taktik«, der Fortsetzung der Straßendemonstrationen usw. untergeordnet sei. Liebknecht erwiderte, dass Richard Müller in dieser Angelegenheit als Sprecher des »Vorwärts« fungiere⁹⁸⁸. Es ist offensichtlich, dass die Weihnachtsergebnisse, die Geschichte des roten »Vorwärts«, in den Augen der Obleute schwer wogen: Trotz ihrer Sympathie für die von den Spartakisten verteidigten Ideen, trotz ihrer Verbundenheit mit Liebknecht nach wochenlanger gemeinsamer Arbeit stehen die Fabrikvertreter*innen den abenteuerlichen Elementen, die solche Aktionen inspirieren und beanspruchten, spartakistisch zu sein, feindlich gegenüber. Arthur Rosenberg schreibt:

984 Ebenda, S. 276.

985 Ebenda, S. 277.

986 Ebd., S. 270.

987 Ebd., S. 271.

988 Ebenda, S. 271.

»Däumig, Ledebour und Richard Müller wollten zwar kommunistische Politik machen, aber sie wollten mit dem Typus nichts zu tun haben, den damals die Öffentlichkeit als ›Spartakist‹ bezeichnete.«⁹⁸⁹

Eine Formel, die wahrscheinlich für die durchschnittlichen Obleute mehr gilt als für diese drei Führer, die, wie Liebknecht außerdem betont, nicht genau die gleiche Haltung hatten, wobei Ledebour das Gesicht eines entschlossenen Feindes zeigte und Däumig immer sehr brüderlich und nah war⁹⁹⁰.

Wie dem auch sei, die von den revolutionären Obleuten aufgestellten Bedingungen bringen dieses tiefe Misstrauen zum Ausdruck: Sie fordern die Aufgabe des Beschlusses, die Wahlen zu boykottieren, die Einrichtung der Programmkommission auf paritätischer Basis, die genaue, gemeinsam erarbeitete Definition der »Straßentaktik«, den Zugang ihrer Vertreter*innen zur Redaktion von Presse und Flugblättern und schließlich das Verschwinden des Hinweises auf Spartakus im Titel der neuen Partei⁹⁹¹. Zweifellos sind dies Bedingungen, die ein alter Bolschewik ohne Zögern akzeptieren würde, und gegen die ein alter Spartakist nicht viel einzuwenden hätte. Aber sie sind inakzeptabel für die Mehrheit der Parteitagsteilnehmer*innen, deren ironische Haltung gegenüber diesen Verhandlungen im Übrigen eines der Symptome ist, die Radek am alarmierendsten erscheinen⁹⁹².

Liebknecht und die kommunistische Delegation brauchten dem Parteitag nicht einmal Bericht zu erstatten und sich mit ihm zu beraten, um das Scheitern der Gespräche zur Kenntnis zu nehmen: Es gibt in dieser Hauptfrage keine Debatte auf dem Parteitag, der dem Zusammenschluss mit den Obleuten sogar von Anfang an feindlich gegenübersteht⁹⁹³.

Dies war zweifelsohne der größte Misserfolg der deutschen Kommunist*innen. Die Gründung einer wirklichen kommunistischen Partei in Deutschland im Jahre 1919 war kaum denkbar ohne die Beteiligung jener Arbeiter*innenobleute, die das Vertrauen des Berliner Proletariats besaßen, dessen Kämpfe sie während des Krieges und der revolutionären Tage geleitet hatten. Nur einige Individuen, Paul Eckert, Fritz Winguth, Paul Weyer, sollten sich der KPD(S) anschließen, während der Kern und die Tausenden von Aktivist*innen, die sie beeinflussten, ihr den Rücken kehrten und sie als echte Spaltungsoperation betrachteten⁹⁹⁴. Abgeschnitten von diesen

989 Rosenberg, a.a.O., S. 323.

990 Der Gründungsparteitag..., S. 275.

991 Ebd., S. 273.

992 Radek, November..., S. 136.

993 Bricianer glaubt daher, zu Recht schreiben zu dürfen, dass Liebknecht »gegen den Willen der Mehrheit« darauf beharrte, »heimlich vergebliche Verhandlungen mit bestimmten Führern der Unabhängigen und linken Gewerkschaftsfunktionären zu führen.« (a. a. O., S. 142. Hervorhebung hinzugefügt).

994 Im Archiv der I.M.L.-Z.P.A. in Berlin befindet sich das Protokoll der Versammlung der Obleute vom 1. Januar nach dem Abbruch der Verhandlungen (D. Do VI/Map 54). Drabkin (a.a.O., S. 461-462, Nr. 6) fasst die Debatten zusammen: Ledebour, Wegmann, Eckert und Däumig waren für die Gründung einer neuen

kämpferischen Organisator*innen der Arbeiter*innenklasse, den authentischen und unverzichtbaren Kadern einer revolutionären Arbeiter*innenpartei, hatten die spartakistischen Führer*innen – und dessen waren sie sich zweifellos bewusst – keinen Einfluss auf die tiefe Bewegung der Arbeiter*innen in den Betrieben. Andererseits verstrickten sich die bewundernswerten Kämpfer*innen der Berliner Fabriken, der politischen Köpfe beraubt, oder vielmehr im Schlepptau der Zögernden linken Unabhängigen, in den widersprüchlichen Anforderungen einer unendlich komplexeren Lage als der des Krieges, in dem sie ihre Verdienste und ihre Autorität erlangt hatten. Zwischen den beiden Gruppen, die um so rivalisierender waren, weil sie sich so nahe standen, bestand in einer explosiven Lage auch die Gefahr der Einseitigkeit und der Konkurrenz auf der Linken, die durch den linksradikalen Geist, der alle politischen Gruppen überflutete, erheblich gesteigert wurde. Die Kommunistische Partei, kaum geboren, bereits von den Massen isoliert, hatte sich selbst zur Ohnmacht verurteilt, bevor sie zu handeln begonnen hatte. Die Ereignisse im Januar und die Ermordung Liebknechts und Rosa Luxemburgs sollten es vollenden. Der entscheidende Akt musste wiederholt werden.

Dennoch frohlockte Lenin, als er von der Abhaltung des Parteitags erfuhr, dessen Inhalt und Charakter er noch nicht kannte, am 12. Januar in einem »Brief an die Arbeiter Europas und Amerikas« schrieb:

»Als der deutsche ›Spartakusbund‹ mit so weltbekannten und weltberühmten, der Arbeiterklasse so treu ergebenen Führern wie Liebknecht, Rosa Luxemburg, Clara Zetkin und Franz Mehring endgültig seine Verbindung mit Sozialisten vom Schlage Scheidemanns [...] abbrach, [...] als der ›Spartakusbund‹ den Namen ›Kommunistische Partei Deutschlands‹ annahm, da war die Gründung einer wahrhaft proletarischen, wahrhaft internationalistischen, wahrhaft revolutionären III. Internationale, der Kommunistischen Internationale, Tatsache geworden. Formell ist diese Gründung noch nicht vollzogen, aber faktisch besteht die III. Internationale heute schon.«⁹⁹⁵

revolutionären Partei, die zu den Wahlen gehen sollte; eine Minderheit war für den Beitritt zur KPD; die Mehrheit entschied sich schließlich für den Verbleib in der USPD

995 Œuvres, Bd. XXVIII, S. 451. [deutsch »Brief an die Arbeiter Europas und Amerikas«, Lenin Werke, Bd. 28, S. 441-449, hier S. 442] Der Text, der am 21. Januar fertiggestellt wurde, als Lenin über die Ermordung der beiden deutschen Führer*innen informiert wurde, wurde am 24. Januar 1919 in der Prawda veröffentlicht.

Kapitel XII: Der Januaraufstand

Paul Frölich berichtet in seiner Rosa Luxemburg gewidmeten Biografie, dass letztere sich nach dem Gründungsparteitag weigerte, Leo Jogiches' Befürchtungen und Pessimismus zu teilen:

Sie »meinte, ein neugeborenes Baby schreit, und der besorgten Clara Zetkin sprach sie in einem Brief die Überzeugung aus, die junge Partei werde auch durch Irrtümer hindurch ihren Weg finden, denn sie umfasse doch den besten Kern des deutschen Proletariats.«⁹⁹⁶

In der Tat war Jogiches' Pessimismus nicht weniger berechtigt als der Optimismus seiner Genossin. Die Lage präsentierte widersprüchliche Aspekte. Trotz der Schwächen der neuen Partei, trotz der Niederlage der Revolutionär*innen in den Räten, radikalisierte eine tiefe Strömung, die von den Linksradikalen des Bundes auf ihre Weise zum Ausdruck gebracht wurde, die Berliner Arbeiter*innenaktivist*innen und zerstreute die Illusionen des Novembers. Vor allem seit dem Rätekongress schien die Lage der Regierung Ebert von Tag zu Tag prekärer zu werden: die Armee zersetzte sich, glitt den Offizieren durch die Finger, während die offen konterrevolutionären Unternehmungen die Massen immer mehr gegen sie aufbrachten und selbst die Unabhängigen zwangen, die Koalition zu sprengen, die sie bisher als gute Versöhnler*innen zu bewahren versucht hatten. Die Zeit arbeitete für die Revolution.

Ein unruhiger Dezember

Bereits im Dezember hatte Rosa Luxemburg als Kommentar zur Streikbewegung ihren berühmten Artikel geschrieben: »Der Acheron in Bewegung.«⁹⁹⁷ Der ökonomische Kampf der Arbeiter*innen zerschlug die demokratische und bis dahin rein politische Maske der Novemberrevolution und stellte die Probleme des Tages für die weniger aufgeklärten Massen in Klassenbegriffen dar. Die Verhaftung Fritz Thyssens, Stinnes' jr. und einiger anderer kapitalistischer Führer durch den Mülheimer Arbeiter*innen- und Soldatenrat am 8. Dezember ist ein deutliches Zeichen dafür⁹⁹⁸.

⁹⁹⁶ S. Frölich, Rosa Luxemburg, S. 345.

⁹⁹⁷ »Die Rote Fahne«, 27. November 1918. [Nachdruck in Rosa Luxemburg, Gesammelte Werke, Band 4, Berlin 1974, S. 419-422]

⁹⁹⁸ Dok. u. Mat., II/2, S. 563, Nr. 1.

Das andere Zeichen der Radikalisierung ist die Zersetzung der Armee, die Scheidung zwischen der Regierung und dem Generalstab einerseits und den Soldatenräten andererseits, die die Grundlage der Autorität des Rates der Volksbeauftragten in Frage stellt und den traditionellen Staatsapparat und die herrschenden Klassen ihrer besten Waffe beraubt.

In Ems, am 1. Dezember, erlitt das Oberkommando seine erste politische Niederlage innerhalb der Armee. Die Oberste Heeresleitung hatte nämlich den Kongress der Soldatenräte der Front einberufen, auf dem es ein eigenes politisches Programm verabschieden lassen wollte: schnelle Einberufung der Nationalversammlung, Abschaffung der Befugnisse der Räte und Wiederherstellung der Autorität der Offiziere, Entwaffnung der Zivilist*innen unter der Kontrolle der Offiziere. Doch Barth, der unerwartet auf dem Kongress anwesend war, drehte die Situation teilweise um: Die Delegierten beschlossen, Vertreter in den Berliner Vollzugsrat zu entsenden, und verabschiedeten subversive Resolutionen, die die Abschaffung des Grußzwangs außerhalb des Dienstes und die Wiederwahl der Soldatenräte forderten⁹⁹⁹.

Das Oberkommando war beunruhigt, denn die Entscheidung des Emser Kongresses zeigte, dass die Soldatenräte am Entgleiten waren. Die wachsende Unruhe im konterrevolutionären Lager inspirierte die Initiativen des 6. Dezember, die selbst ein mächtiger Faktor für die Radikalisierung der Berliner Massen und ihre wachsende Feindseligkeit gegenüber der Ebert-Regierung waren. Ein Trupp der Berliner Garnison – theoretisch unter dem Kommando von Wels – marschierte am 5. Dezember zum Kanzleramt und jubelte Ebert zu, dem der Unteroffizier Suppe die Verbundenheit der Soldaten und ihre Unterstützung im Kampf gegen »Reaktion« und »Terrorismus« verkündete. Ebert dankte ihm im Namen der Regierung¹⁰⁰⁰. Am nächsten Tag, gegen 16 Uhr, besetzte ein Trupp bewaffneter Soldaten, angeführt von Unteroffizier Fischer, die Räumlichkeiten des Vollzugsrats und stellte dessen Mitglieder unter Arrest. Ein anderer Trupp, angeführt von Unteroffizier Spiero, ging zum Kanzleramt und verkündete seine Absicht, Ebert als Präsident der Republik einzusetzen¹⁰⁰¹. Am Abend schließlich schossen Soldaten der Garnison mit Maschinengewehren auf eine Demonstration des Roten Soldatenbundes¹⁰⁰².

Schlecht durchgeführt, mit unsicheren Soldaten, die durch eine Ansprache desorientiert waren, war die Operation an sich wohl nicht sehr bedeutend. Aber sie ist symptomatisch für eine bestimmte Geistesverfassung. Am nächsten Tag folgte die Verhaftung Liebknechts in den Räumen der »Roten Fahne«¹⁰⁰³ und löste eine Besorgnis aus, die sich im Ausmaß der Reaktion in den folgenden Tagen manifestierte:

999 Vorwärts, 2. Dezember 1918 [Abendausgabe, S. 3, Spalte 1-3, »Delegiertentag der Frontsoldaten«]; Barth, a. a. O., S. 80-81; Ill. Gesch II, S. 228.

1000 Vorwärts, 6. Dezember 1918.

1001 Vorwärts, 7. Dezember 1918.

1002 »Die Rote Fahne«, 7. Dezember 1918; Wrobel, Der Sieg der Arbeiter und Matrosen.... S. 30.

1003 »Die Rote Fahne«, 8. Dezember 1918.

hunderttausend Demonstrant*innen am 8. Dezember und von Arbeiter*innen organisierte Strafexpeditionen¹⁰⁰⁴. Die Ergebnisse von Eichorns Untersuchung verstärkten die Beunruhigung und lenkten den Verdacht auf Eberts Umgebung: Es scheint, dass nicht nur Graf Wolf-Metternich, den Wels' Schutz für einige Tage an die Spitze der »Volksmarinedivision« gestellt hatte, sondern auch der damals zurückgetretene Colin Ross selbst und Eberts Privatsekretär Moser kompromittiert waren¹⁰⁰⁵. Die Mehrheitler*innen in der Regierung, der bis dahin Schwäche vorgeworfen worden war, gerieten in den Verdacht der Komplizenschaft.

Nun stand Ebert im gleichen Moment unter großem Druck von Seiten der Militärführer, die ungeduldig wurden, und er gab einigen ihrer Forderungen nach, während er versuchte, dies zu verbergen. So stimmte er in einem Brief vom 8. Dezember dem Einzug von zehn Divisionen von der Front in die Hauptstadt zu, die von ihren Offizieren perfekt in der Hand gehalten wurden¹⁰⁰⁶. Ihr Chef, General Lequis, skizzierte ein Kampfprogramm: Entwaffnung der Zivilbevölkerung, Durchkämmen von unsicheren Vierteln und sofortige Hinrichtung von jedem, der »*sich unberechtigt eine Beamteneigenschaft zulegt*«¹⁰⁰⁷. Doch Ebert protestierte gegen Maßnahmen, die Kämpfe in Berlin auslösen könnten, deren Ausgang dann ungewiss wäre, und Major von Schleicher entwarf einen Kompromiss, wonach sich das Militär vorerst auf eine geordnete Parade beschränken würde, von der man sich einen »psychologischen Schock« versprach, die Entwaffnung würde auf einen späteren Zeitpunkt verschoben¹⁰⁰⁸. Der feierliche Einzug der Truppen bot Ebert die Gelegenheit zu einer Rede, in der er beteuerte, dass die deutsche Armee nicht »*vom Feind besiegt*«¹⁰⁰⁹ worden sei – ein gewichtiger Rückhalt für die Legende, die Revolutionär*innen seien ihr »in den Rücken gefallen.« Aber sehr schnell mussten die Generäle die Umsetzung ihres Plans aufgeben, weil ihnen die Truppen entglitten. General Groener würde später erklären:

»Die Truppe entwickelte nämlich einen derartigen Drang nach Hause, dass mit diesen zehn Divisionen absolut nichts anzufangen war, und dass das ganze Programm der Säuberung Berlins von bolschewistischen Elementen, der Waffenabgabe usw. überhaupt nicht ausgeführt werden konnte.«¹⁰¹⁰

1004 Wrobel, a.a.O., S. 30, berichtet nach Zeugenaussagen von einem Überfall auf das Hotel Bristol, Unter den Linden, durch Arbeiter*innen aus Neukölln.

1005 Zusammenfassung der Untersuchung (Elemente davon finden sich in der Tagespresse und bei Eichhorn, a. a. O.) in R. Coper, Failure of a Revolution, S. 154-156.

1006 Aussage von General Groener im Münchner Prozess, in G. Ritter und S. Miller, Die deutsche Revolution, S. 125.

1007 Text zitiert in Berthold und Neef, Militarismus und Opportunismus, S. 165.

1008 Wheeler Bennett, a.a.O. S. 31.

1009 Vorwärts, 11. Dezember 1918.

1010 Zitiert von G. Badia, Les Spartakistes, S. 171. [hier wiedergegeben nach der dort von Badia zitierten Quelle: Hans Herzfeld, Die deutsche Sozialdemokratie und die Aufgabe der nationalen Einheitsfront im Weltkrieg. Leipzig 1928, S. 387]

Von der Front in guter Ordnung zurückgekehrt, widerstand die Armee in der Tat weder der Müdigkeit noch der Atmosphäre im Hinterland, insbesondere der in Berlin, und General Lequis wird sogar zugeben, dass der »Einfluss der außerordentlichen Propaganda der Spartakus-Gruppe [...] sich auch bemerkbar«¹⁰¹¹ machte. Benoist-Méchin schreibt:

»Gleich nach ihrem Einzug in Berlin lösten sich die Divisionen auf. (...) So wurden die Regimenter nacheinander von den Revolutionären angesteckt und gingen auf die Seite der Revolution über.«¹⁰¹²

Es ist klar, dass die Armee nicht im Straßenkampf eingesetzt werden konnte; man musste ein anderes Instrument finden.

Kämpfe rund um die Armee

Die Beschlüsse des Ebert sonst so folgsamen Rätekongresses zur Armee zeigen das Gefühl der großen Arbeiter*innenmassen, das die Delegierten nur unvollkommen widerspiegeln: Selbst wenn sie Eberts Politik unterstützen, weil sie einen demokratischen Sozialismus wollen, sind sie nicht bereit, ihm in seiner Kollaboration mit dem Offizierskorps zu folgen, das ihnen gerade als antidemokratische Kraft erscheint.

Unter dem Druck einer Demonstration von Soldaten der Berliner Garnison, für die Dorrenbach als Sprecher fungiert hatte,¹⁰¹³ stimmte der Kongress über eine vom Hamburger Sozialdemokraten Lampf eingebrachte Resolution ab. Die gegen Ebert verabschiedeten »Sieben Hamburger Punkte« stellten ein regelrechtes Todesurteil für das traditionelle Heer dar: Abschaffung der Rangabzeichen, des Tragens von Uniformen und Disziplin außerhalb des Dienstes, von Ehrenzeichen, Wahl der Offiziere durch die Soldaten und Übergabe des Kommandos an die Soldatenräte¹⁰¹⁴. Hindenburg, der von seinem Beobachter, Major von Harbou, gewarnt worden war, teilte Ebert mit, dass er die Ermordung der deutschen Armee nicht akzeptieren und sich weigern würde, den Beschluss des Kongresses umzusetzen. Er sandte ein Rundschreiben, in dem er erklärte, dass die Entscheidung nicht umgesetzt werden würde¹⁰¹⁵.

Am 20. Dezember trafen zwei Abgesandte des Marschalls, General Groener und Major von Schleicher, in voller Uniform mit Ebert und Landsberg zusammen und versuchten dann, zusammen mit den Volksbeauftragten, den Vollzugsrat zu überzeu-

1011 Vossische Zeitung, 25. Dezember 1918. [»Generalleutnant Lequis über die Lage«, S. 1, Spalte 1-2, hier SS. 2]

1012 Benoist-Méchin, Histoire de l'armée allemande, I, S. 101. [Taschenbuchausgabe, S. 81, deutsche Übersetzung, S. 80]

1013 Allgemeiner Kongress, Spalte 123 ff.

1014 Ebenda, Spalte 181.

1015 Groener, Lebenserinnerungen, S. 475.

gen¹⁰¹⁶. Sie bestanden auf der Notwendigkeit, die Demobilisierung nicht zu behindern und die endgültigen Entscheidungen der Nationalversammlung zu überlassen. Wiederum am 28. Dezember protestierte Haase in einer gemeinsamen Sitzung des Rats der Volksbeauftragten und des Vollzugsrats gegen Eberts Kapitulation und die Nichtumsetzung der Kongressbeschlüsse¹⁰¹⁷. Währenddessen wuchs die Unruhe in Berlin, wo Gerüchte kursierten, dass ein Militärputsch vorbereitet würde.

Die Auseinandersetzung sollte um die Matrosentruppe stattfinden, die die Volksmarinedivision¹⁰¹⁸ geworden war. Zu einer ersten aus Kiel gekommenen Truppe gesellte sich Anfang November ein aus Cuxhaven gekommenes Kontingent; die Truppe, die nacheinander von Otto Tost, Graf Wolff-Metternich und dann von Fritz Radtke kommandiert wurde, wurde von Wels als Polizeitruppe eingesetzt, die er im Marstall des Schlosses installierte und mit der Aufgabe betraute, das von »Plünderern«¹⁰¹⁹ gehaltene Schloss zu übernehmen. Im Dezember verschlechterten sich die Beziehungen: die Matrosen radikalisierten sich, wahrscheinlich unter dem Einfluss des ehemaligen Leutnants Dorrenbach, der Liebknecht nahe stand, und die Division schloss sich am 21. Dezember dem Marsch der Spartakist*innen und des Roten Soldatenbundes an¹⁰²⁰. Der preußische Finanzminister protestierte gegen die Erhöhung der Stärke der Division und forderte ihren Abzug aus dem Schloss und dem Marstall¹⁰²¹. Die Volksbeauftragte forderte die Verringerung der Stärke von 3.000 auf 600 Mann, aber die Matrosen verlangten die Eingliederung der Entlassenen in die republikanischen Verteidigungskräfte¹⁰²². Um die Sache abzukürzen, warnte Wels, dass der Sold erst dann gezahlt würde, wenn die Stärke auf die beschlossene Zahl reduziert worden sei¹⁰²³. Die Soldatenräte der Garnisonen der Hauptstadt forderten eine Erhöhung der Anzahl der Soldaten in der Division¹⁰²⁴.

Die Verhandlungen fanden in einer sehr angespannten Atmosphäre statt, da Wels nach Angaben der Matrosen ihrem Anführer Radtke gedroht hatte, eventuell Lequis Truppen gegen sie einzusetzen¹⁰²⁵. Am 21. Dezember kam es schließlich zu einer Einigung, bei der sich die Matrosen bereit erklärten, das Gelände zu räumen und die Schlüssel an Wels zu übergeben. Im Gegenzug würde er ihnen die fälligen Beträge zahlen¹⁰²⁶. Am 23. Dezember übergaben die Matrosen, die das Schloss evakuiert hat-

1016 Ebenda, H. Müller, a. a. O. S. 184. Der Zentralrat, S. 44-54.

1017 Ebenda, S. 78, Nr. 38.

1018 K. Wrobel, Der Sieg der Arbeiter und Matrosen im Dezember 1918, stellt die für die Matrosen günstigste Version dar. Die anderen Versionen unterscheiden sich aber nicht wesentlich davon.

1019 Ill. Gesch. S. 254.

1020 Ebenda, S. 264; H. Müller, a. a. O., S. 227.

1021 Ill. Gesch. S. 255; H. Müller, a. a. O. S. 227.

1022 H. Müller, a.a.O., S. 227.

1023 Ebenda; Ill. Gesch. S. 255.

1024 Resolution in H. Müller, a.a.O., S. 226.

1025 Ill. Gesch. S. 255.

1026 H. Müller, a.a.O., S. 266.

ten, die Schlüssel an Barth¹⁰²⁷. Wels, von Barth aufgefordert, den Sold zu zahlen, weist an Ebert. Die Matrosen gingen zum Kanzleramt, fanden Ebert dort nicht vor, ließen aber ihrem Ärger freien Lauf: Sie schlossen die Türen, blockierten die Telefonzentrale und marschierten auf die Kommandantur, um ihr Geld zu fordern¹⁰²⁸.

Unterwegs wurden sie beschossen, erwiderten das Feuer und wurden dann von einem Panzerwagen von Wels Truppen mit Maschinengewehren beschossen: drei Tote, viele Verwundete. In der Überzeugung, dass sie in einen Hinterhalt geraten waren, nahmen sie Wels und zwei seiner Mitarbeiter als Geiseln fest und sperrten sie im Marstall ein. Dorrenbach gelang es, sie zur Evakuierung des Kanzleramtes zu bewegen. In der Zwischenzeit rief Ebert jedoch das Oberkommando zu Hilfe und Lequis' Truppen marschierten mit sehr strengem Befehl ein, um die Ruhe wiederherzustellen und die Marinedivision aufzulösen: Sie besetzten am Abend das Kanzleramt¹⁰²⁹. Eine bewaffnete Konfrontation war zu befürchten, aber Barth und dann Ebert stellten sich zwischen die Matrosen und Soldaten. Schließlich einigten sich die Matrosen auf einen Rückzug in den Marstall¹⁰³⁰. Um 3 Uhr nachts ließen sie ihre Geiseln frei, bis auf Wels. Aber es wurde der Befehl an Hauptmann Pabst von der Gardekavalleriedivision gegeben, den Marstall anzugreifen, um die Geiseln zu befreien. Um 7 Uhr morgens begann das Bombardement des umzingelten Marstalls. Es dauerte zwei Stunden lang an¹⁰³¹.

Der Klang der Kanonade alarmierte die Berliner Arbeiter*innen, die sich in den Bezirken sammelten und in Richtung Zentrum marschierten. In dem Moment, als Hauptmann Pabst, der glaubte, sein Ziel erreicht zu haben, den Matrosen eine zwanzigminütige Waffenruhe gewährte, wurde er von der Menge von hinten angegriffen. Benoist-Méchin erzählt:

»Wie eine Flutwelle schob sich die Menge heran und stieß auf die Absperrungen der Soldaten, die General Lequis aufgestellt hatte, um den Zugang zum Schloss abzuriegeln. Die Kavalleristen wurden beschimpft und gefragt, ob sie sich nicht schämten, gemeinsame Sache mit den Offizieren gegen das Volk zu machen. Einige Soldaten zögerten und wurden rasch überrannt. Andere warfen ihre Gewehre weg oder wurden von den Manifestanten entwaffnet. Im Nu waren die Absperrungen durchbrochen, und aufheulend fiel die Menge den Gardekavalleristen vor dem Marstall in den Rücken.«¹⁰³²

Das war ein Desaster für die Offiziere, die Eichhorns Männer nur mit Mühe vor dem Lynchen retten konnten. Die Regierung musste nicht nur den Sold der Matrosen

1027 Ill. Gesch. S. 255; H. Müller, a. a. O. S. 228.

1028 H. Müller, a.a.O., S. 256 und 228.

1029 Ill. Gesch. S. 256; H. Müller, a. a. O. S. 229.

1030 Ill. Gesch. S. 256 betont die Rolle Barths und H. Müller diejenige Eberts.

1031 Ill. Gesch. S. 258; H. Müller, a. a. O. S. 230.

1032 Benoist-Méchin, a.a.O. Bd. I, S. 118. [Taschenbuchausgabe, S. 96, deutsche Übersetzung, S. 93]

zahlen, sondern auch Lequis' Division aus Berlin abziehen. Wels verließ die Kommandantur, und Anton Fischer folgte ihm nach¹⁰³³.

Ebert war der große Verlierer der Affäre. In den Augen der Berliner Arbeiter*innen erschien er als ein Komplize der Militärs. Im Kabinett murrten die unabhängigen Minister. Sie selbst wurden von ihren Truppen unter Druck gesetzt, die sie drängten, mit den »Verrätern« und den »Scharfmachern der Konterrevolution« zu brechen, und verlangten zumindest eine Erklärung. Wer gab den Befehl, den Marstall anzugreifen, als die Angelegenheit dabei war, geregelt zu werden? Stimmt die Sozialdemokrat*innen den Initiativen Winnigs zu, der im Osten einen antibolschewistischen Kreuzzug in den baltischen Ländern unternahm? Haben Ebert und seine Kollegen die Absicht, die sieben Punkte von Hamburg umzusetzen oder nicht? Die auf diese an den Zentralrat gestellten Fragen¹⁰³⁴ gegebenen Antworten beurteilten die Unabhängigen als unzureichend. Da sie sich auch weigerten, die von ihren Mehrheitskollegen übernommene Verantwortung für die Vorfälle vom 24. Dezember zu übernehmen, beschlossen sie am 29. Dezember den Rücktritt von Haase, Barth und Dittmann¹⁰³⁵, dem ihre Genossen in der preußischen Regierung sofort folgten¹⁰³⁶.

Die Geste hatte die ganze Resonanz, die Rosa Luxemburg erwartet hatte, als sie sie vierzehn Tage zuvor von Haase gefordert hatte. Der Rücktritt der unabhängigen Beauftragten, der die Folge der Radikalisierung der arbeitenden Massen Berlins war, war ebenfalls ein Beschleunigungsfaktor. Aber es drängte die Mehrheitler*innen ein wenig mehr in die Abhängigkeit von den Militärführern.

Auf dem Weg zum Bürgerkrieg

Der Weggang Haases und seiner Kollegen beraubte Ebert, zumindest in Berlin, einer Garantie, die ihm bis dahin kostbar gewesen war. Die Menschenmenge, die am 29. Dezember die Leichen der an Weihnachten getöteten Matrosen zum Friedhof begleitete, trug ein riesiges Plakat:

»Als Matrosenmörder klagen wir an:
Ebert, Landsberg und Scheidemann.«¹⁰³⁷

Am selben Tag organisierte die Sozialdemokratische Partei jedoch eine Gegendemonstration, offenbar zahlenmäßig noch größer¹⁰³⁸, unter der Parole »gegen die

1033 H. Müller, a.a.O., S. 232.

1034 Der Zentralrat, S. 85-86, 89-94.

1035 Freiheit, 29. Dezember 1918.

1036 Der Zentralrat, S. 185-186.

1037 R. Müller, Bürgerkrieg, S. 20.

1038 Das zumindest behauptete Heckert auf dem Kongress (Protokoll..., S. 116); er schätzte die Zahl der Demonstrant*innen auf 160.000.

*Blutdiktatur des Spartakusbundes!*¹⁰³⁹ Auf beiden Seiten bereite man sich auf den Bürgerkrieg vor.

Der Prozess der Radikalisierung der Berliner Arbeiter*innen ist tiefgreifend, aber vor allem widersprüchlich. Die Novemberrevolution, die ohne einen wirklichen Kampf gesiegt hatte, hatte den Mythos der Einheit unterstützt und die Illusion der Leichtigkeit gesät. In zwei Monaten wurden sich die Arbeiter*innen der Hauptstadt gleichzeitig ihrer Stärke und ihrer Schwächen bewusst. Die Eroberungen, die sie für gesichert gehalten hatten, entgingen ihnen genau in dem Moment, als sie begriffen, was ihre Macht war. Bereits am 6. Dezember begannen sie, die berauschte Effektivität zu erfahren, wenn Zehn- und Hunderttausende von Menschen in den Straßen Seite an Seite stehen. Wenn sie so zahlreich sind, um am 16. Dezember – zur Überraschung der Organisator*innen selbst – dem Aufruf der Spartakist*innen zu folgen, vor dem Rätekongress zu demonstrieren, so liegt das daran, dass sie, nachdem sie ihre Stärke getestet haben, auf obskure Weise versuchen, sie zu benutzen, um einen Rückzug zu stoppen, den sie fühlen, ohne ihn anders als durch »Verrat« erklären zu können. So versuchten es die Arbeiter*innen und Soldaten von Petrograd im Juli 1917 in einer ähnlichen Situation, ehe *»sie den Weg fanden zur Erneuerung der Sowjets, [...], diese Sowjets mit den Mitteln der direkten Aktion ihrem Willen gefügig zu machen.«*¹⁰⁴⁰

In der Lage jener Zeit erscheinen die Aufrufe der Unabhängigen und auch die der Roten Fahne, sich am Wahlkampf zu beteiligen, als ein lächerliches Mittel im Kampf gegen einen Gegner, der über Mörser, Maschinengewehre und Granaten verfügt, von dem man aber jetzt weiß, dass er im Straßenkampf nicht unbesiegbar ist. Nach den Weihnachtstagen nehmen die Berliner Arbeiter*innen, ohne sich um den Rest Deutschlands zu kümmern, an Elan zu, angetrieben von dem diffusen Bewusstsein, dass unmittelbare revolutionäre Gewalt die einzige wirksame Waffe gegen konterrevolutionäre Gewalt ist. Zumindest in einem Punkt stimmen sie mit der Analyse der spartakistischen Führer*innen überein: Die Revolution ist in Gefahr, und es wird notwendig sein, zu kämpfen.

Die Mittel und Wege dieses Kampfes bleiben der Mehrheit der Menschen jedoch verborgen. Denn ein Arbeiter*innenaufstand konnte kaum mit einer organisierten militärischen Kraft rechnen. Spartakus und sein Roter Soldatenbund rufen zur Bildung einer Roten Garde auf, die sie aber nicht anführen oder anleiten können. Der Bund hat seine eigenen Einheiten, wenige, Eichhorn hat seine Sicherheitskräfte. Die Garnison von Spandau, beeinflusst durch den Spartakisten von Lojevski, betrachtet sich – und wird betrachtet – als revolutionäre Truppe. Dorrenbach, der mit Liebknecht verbunden ist, hat eine unbestreitbare Autorität über die Matrosen der Volks-

¹⁰³⁹ R. Müller, a.a.O., S. 21.

¹⁰⁴⁰ Trotsky, Histoire de la révolution russe, Bd. III, S. 101. [Leo Trotzki, Geschichte der russischen Revolution, Kapitel »Konnten die Bolschewiki im Juli die Macht ergreifen?«, Manifest Verlag 2021, S. 55]

marinedivision erlangt, die jedoch weit davon entfernt sind, sich als »spartakistisch« oder auch nur als Sympathisanten zu fühlen¹⁰⁴¹. In jedem Fall sind diese Einheiten verstreut, heterogen und es fehlt ihnen sowohl ein Generalstab als auch eine enge Verbindung zu den Arbeiter*innen der großen Unternehmen. Letztlich ist das bewaffnete Proletariat von Berlin keine proletarische Armee, sondern eine Menge, mit ihren Impulsen und Leidenschaften, und dann ihren autonomen Abteilungen, die an die Tugend der Aktion handelnder Minderheiten glauben. Unter diesem Gesichtspunkt haben die aufeinanderfolgenden Besetzungen des Vorwärts viele Polemiken ausgelöst. Die Rolle der »unkontrollierbaren« Elemente und sogar von Provokateur*innen ist unbestreitbar, aber sie erklärt nicht alles: Interventionen dieser Art sind nur in einem günstigen Umfeld wirksam und finden Gehör, insbesondere in einer ungeduldigen Menge, in der die Sprache des revolutionären Novizen nur die Herzen der Demonstrant*innen zu berühren weiß, weil sie deren eigene Gefühle widerspiegelt.

Das Zerschlagen der Regierungskoalition, das Verblässen des Mythos der Einheit, der Selbstmord der Räte innerhalb ihres eigenen Kongresses ließen den Berliner Arbeiter*innen nichts als ihre Waffen und ein akutes Gefühl der drohenden Gefahr, gegen die sie kein politisches Mittel sahen. Im Dezember 1918 in Berlin, wie in Petrograd im Juli 1917, sehen die radikalisierten Massen im bewaffneten Kampf die vereinfachende Abkürzung, die den gordischen Knoten der politischen Auseinandersetzungen, in den sie sich nicht mehr verwickeln lassen wollen, durchschlägt. Aber es gibt in Berlin keine bolschewistische Partei, die ihnen eine Perspektive des politischen Kampfes eröffnet, oder nach dem Scheitern der ersten bewaffneten Demonstrationen und ihren leicht absehbaren Folgen einen notwendigen Rückzug anführt.

Auf Seiten der revolutionären Führer*innen schwankt man: Die revolutionären Obleute verurteilten die Besetzung des »Vorwärts«, aber die Teilnehmer*innen des Parteitags der KPD (S) lehnten die Analyse von Paul Levi und Rosa Luxemburg ab. Diejenigen, die leiten sollten, geben denjenigen, die suchen, widersprüchliche Hinweise und das Schauspiel ihrer eigenen Unterschiede. Dieser Faktor wiegt schwer für den Willen der Massen, sich vorwärts zu bewegen. Wie Trotzki bemerkt:

»Unentschlossenheit der Führung erschöpft die Massen am stärksten. Fruchtloses Warten bewegt sie zu immer eindringlicheren Schlägen gegen die Pforte, die man vor ihnen nicht öffnen will, oder zu direkten Verzweiflungsausbrüchen.«¹⁰⁴²

1041 Nachdem die »Rote Fahne« sie als starke Unterstützerin der proletarischen Revolution betrachtet hatte, antworteten Vertreter*innen der Abteilung im »Vorwärts«, dass sie »mit dem Spartakus nichts zu tun« hätten (Bock, a. a. O., S. 112).

1042 Ebd., Bd. 1, S. 24. [Leo Trotzki, Geschichte der russischen Revolution, Kapitel »«Julitage«: Vorbereitung und Beginn«, Manifest Verlag 2021, S. 15]

Nun findet die Konterrevolution in diesem Moment genau das, was den Revolutionär*innen fehlt, eine Führung, die in der Lage ist, das Kräfteverhältnis zu analysieren, ein Instrument, eine ausgebildete und disziplinierte Truppe. Ihr Chef war nicht mehr Ebert, der durch den Dezembersturm erschüttert worden war, sondern ein Mitglied seiner Partei, ein sozialdemokratischer Abgeordneter, der seit vielen Jahren das Vertrauen des Offizierskorps genoss, Gustav Noske; er trat mit Rudolf Wissell und Paul Löbe in die Regierung ein, um die zurücktretenden Unabhängigen zu ersetzen¹⁰⁴³. Dieser Mann war entschlossen. »Einer«, erklärte er, »muss der Bluthund werden.«¹⁰⁴⁴

Es kommt nicht mehr in Frage, auf die traditionelle Armee zu zählen, um die Ordnung wiederherzustellen: Sie existiert seit dem Missgeschick Lequis' nicht mehr. In Erwartung dieses Zusammenbruchs arbeiten die Offiziere jedoch schon seit einigen Wochen daran, die Eliteeinheiten vor der Katastrophe zu bewahren. Nach einer Konferenz, die am 6. Dezember im Hauptquartier von General Sixtus von Arnim stattfand, bildete Generalmajor Maercker innerhalb seiner Einheit ein »Freiwilliges Landesjägerkorps«, ähnlich denen, die im Osten zum Kampf gegen den Bolschewismus gebildet wurden¹⁰⁴⁵. Die von Maercker gebildeten Truppen waren für den Bürgerkrieg bestimmt, für diesen Zweck organisiert, bewaffnet und ausgebildet. Die Männer, die sie bilden, Freiwillige, die hohe Gehälter erhalten, werden auf präzise Aufgaben vorbereitet:

»Besetzung von Bahnhöfen und Stellwerken, Schutz von Material- und Munitionslagern, Hafenzollpolizei, Verteidigung öffentlicher Gebäude, Säuberung von Straßen und Plätzen, Sturmangriff auf Gebäude.«¹⁰⁴⁶

Sie leisteten beim Eintreten einen besonderen Eid, »dass ich Treue halten will der vorläufigen Regierung des Reichskanzlers Ebert, bis durch Nationalversammlung die neue Reichsverfassung bestimmt ist.«¹⁰⁴⁷ Am 24. Dezember, als der Marstallkonflikt in Berlin ausbrach, hatte General Maercker bereits 4.000 Freiwillige, die in der Nähe von Berlin, aber weit weg von den Menschenmassen, im Lager Zossen stationiert waren. Am 4. Januar begutachteten Ebert und Noske auf Einladung von General von Lüttwitz – der die Nachfolge Lequis' angetreten hatte – gemeinsam diese Männer, die sie mit Entzücken betrachteten, weil sie »wahre Soldaten« waren. Noske beugte sich zu Ebert hinüber und sagte:

¹⁰⁴³ Präsident Wilsons offiziöser Vertreter Dresel schrieb, »Noske ist energisch und mir scheint offen gesagt, dass er genügend Kräfte zur Verfügung hat, um einen Putsch oder Unruhen, die [...] Noske klar voraussieht, zu unterdrücken« (zitiert bei Drabkin, a.a.O., S. 442). Derselbe Autor unterstreicht (S. 423-442) den Zusammenhang zwischen der Bildung der Freikorps und einer Außenpolitik der Annäherung an die Entente und des militärischen Kampfes gegen die Bolschewiki, insbesondere in den baltischen Staaten.

¹⁰⁴⁴ Noske, a.a.O. S. 68.

¹⁰⁴⁵ Benoist-Méchin, a.a.O. in Bd. 1, S. 142.

¹⁰⁴⁶ Ebenda, S. 143. [Taschenbuchausgabe, S. 121, deutsche Übersetzung, S. 117]

¹⁰⁴⁷ Maercker, Vom Kaiserheer zur Reichswehr, S. 53.

»Seien sie beruhigt: Jetzt werden Sie sehen, dass sich das Rad drehen wird!«¹⁰⁴⁸

Zu diesem Zeitpunkt verfügte General von Lüttwitz über mehr als 80.000 Mann rund um Berlin¹⁰⁴⁹: Es besteht kein Zweifel, dass ihre Führer beabsichtigen, sie in der Hauptstadt einzusetzen¹⁰⁵⁰. Die Zeit arbeitet vielleicht für die Revolution: für ihre bewussten Gegner geht es darum, sie nicht geschehen zu lassen und auf entscheidende Weise zuzuschlagen, solange sie die Mittel dazu haben.

Die Eichhorn-Affäre

Die Eichhorn-Affäre lieferte den von der einen wie der anderen Seite genutzten Vorwand für die Machtprobe. Ein alter sozialdemokratischer Aktivist, ein altgedienter Radikaler, einer der Gründer der unabhängigen sozialdemokratischen Partei, der Polizeipräsident der Novemberrevolution – in Erinnerung an 1848 manchmal als »deutscher Caussidière« bezeichnet – war für die Mehrheitler*innen einer der zu beseitigenden Männer. Sie hatten seine Anwesenheit in der Polizeipräsidentschaft bis dahin tolerieren müssen, weil sie nicht in der Lage waren, ihn loszuwerden, ohne die Regierungskoalition zu zerstören. Aber der Rücktritt der Unabhängigen lässt ihnen nun freie Hand in diesem Bereich. Als homogene Regierung beabsichtigten sie, die Exekutivposten mit eigenen Leuten zu besetzen. Entschlossen, die Revolution zu unterdrücken, konnten sie in der Polizeipräsidentschaft keinen Menschen dulden, dessen Sympathien für die Revolutionär*innen bekannt waren.

Sie arbeiteten jedoch mit Vorsicht. Am 29. Dezember nahm ihr Vertrauensmann, Anton Fischer, Kontakt zu Eichhorns Mitarbeiter*innen auf und machten ihnen chiffrierte Vorschläge, für den Fall, dass sie sich in die von ihm geleiteten Einheiten eingliedern würden¹⁰⁵¹. Am 1. Januar startete der »Vorwärts« einen Angriff, eine regelrechte Diffamierungskampagne gegen Eichhorn, dem vorgeworfen wurde, als Mitarbeiter von Rosta »russisches Gold« erhalten zu haben, illegal Waffen erworben und Lebensmittel gestohlen zu haben: Die sozialdemokratische Zeitung erklärte, Eichhorns Anwesenheit in seiner Position stelle »eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit« dar¹⁰⁵². Am 3. ins preußische Innenministerium vorgeladen, wurde Eichhorn von Geheimrat Doyé, einem Mitarbeiter des sozialdemokratischen Ministers Hirsch, der schlimmsten Vergehen beschuldigt, die von Betrug bis zu bewaffnetem Raub reichten. Am 4. wurde er im preußischen Kabinett auf Vorschlag von Hirsch entlassen und durch den Sozial-

1048 Ebenda, S. 64.

1049 Drabkin, a.a.O. S. 480.

1050 General Groener sollte später feststellen, dass Noske Ebert am 29. Dezember »herangerufen« hatte, »um die Truppen gegen die Spartakisten zu führen.« (Der Dolchstoßprozess [in München, Oktober-November 1925. Eine Ehrenrettung des deutschen Volkes], S. 225).

1051 Ill. Gesch. S. 260.

1052 Vorwärts, 1. Januar 1919. [»Aus den Geheimnissen des Polizeipräsidentiums«, 2. Beilage, S. 5, SS. 2 f., hier SS. 2, i.O. gesperrt]

demokraten Ernst ersetzt¹⁰⁵³. Aber er weigerte sich, sich zu beugen¹⁰⁵⁴ und wurde dabei von allen linken Organisationen in Berlin unterstützt, von den Unabhängigen bis zur IKD, über die Spartakist*innen und die revolutionären Obleute.

Arthur Rosenberg, der versuchte, Eichhorns Haltung und seine Weigerung, seinen Posten aufzugeben, zu erklären, kam zu dem Schluss, dass es unmöglich sei, dies rational zu erklären und sprach von seinen »Launen.«¹⁰⁵⁵ Der Rücktritt des unabhängigen Eichhorn von der Polizeipräfektur war aus seiner Sicht nach dem Rücktritt der unabhängigen Minister eine Selbstverständlichkeit: Es sei undenkbar, dass eine so wichtige Position in den Händen eines Mannes verbleiben sollte, dessen Feindschaft zu den Mehrheitler*innen und Sympathien für die Revolutionär*innen notorisch waren. Die Unabhängigen konnten sich auch nicht auf die Bedeutung dieses Schlüsselpostens berufen: Mit dieser Art von Argumentation hätten sie niemals den Rücktritt ihrer Minister fordern dürfen.

In Wirklichkeit liegt die Frage nicht auf der rechtlichen Ebene oder der Ebene Rosenbergs. Indem er sich weigerte, Ernst Platz zu machen, entsprach Eichhorn den Gefühlen der Berliner Arbeiter*innen, für die er und seine in den letzten Wochen durch zuverlässige Kämpfer*innen verstärkte Truppe eine ihrer letzten Garantien gegen konterrevolutionäre Unternehmungen darstellten, die zumindest vom Wohlwollen der Regierung profitierten. Die Nachricht von seiner Entlassung löste eine Explosion der Wut aus, die in Resolutionen, Streiks und Demonstrationen mündete¹⁰⁵⁶.

Bei ihrem Treffen am Abend des 4. waren sich die revolutionären Obleute ausnahmsweise einmal einig: Das Nachgeben hatte lange genug gedauert; dem musste ein Ende gesetzt werden. So denkt auch die kommunistische Zentrale, die vorschlägt, die Losung des Generalstreiks aufzustellen. Rosa Luxemburg bestand darauf: Es gehe nicht darum, über einen einfachen Proteststreik hinauszugehen, und man müsse sowohl wissen, wie weit Ebert zu gehen bereit sei, als auch wie die Arbeiter*innen in anderen Regionen Deutschlands reagieren würden¹⁰⁵⁷. Ein kommunistischer Teilnehmer würde eineinhalb Jahre später sagen:

»Am 4. Januar abends beriet die damalige Zentrale der Kommunistischen Partei über die durch den Streich gegen Eichhorn geschaffene Lage. In der Beurteilung der Situation herrschte völlige Übereinstimmung. Die Anwesenden waren alle der Ansicht, dass es sinnlos sei, die ›Regierung‹ anzustreben: Eine auf das damalige Proletariat gestützte Regierung hätte 14 Tage zu leben gehabt, länger nicht. Infolgedessen waren die Mitglieder der Zentrale darüber einig, dass alle Forderungen vermieden werden müssten, die den Sturz der damaligen Regierung mit Notwendigkeit zur Folge haben müssten. Unsere Forderungen wurden präzisiert in folgender Weise:

1053 Kolb, a.a.O. S. 226-227.

1054 Siehe seine eigene Erklärung in Eichhorn, Über die Januarereignisse, S. 60 ff.

1055 Rosenberg, a.a.O., S. 325.

1056 Ill. Gesch., II, S. 308.

1057 R. Müller, Bürgerkrieg, S. 30.

Rücknahme der Abberufung Eichhorns, Entwaffnung der gegenrevolutionären Truppen (Suppe-Garden usw.), Bewaffnung des Proletariats. Keine dieser Forderungen involvierte ohne Weiteres den Sturz der Regierung; auch nicht die Forderung nach Bewaffnung des Proletariats in einem Zeitpunkt, in dem jene Regierung auch noch im Proletariat einen nicht unbeträchtlichen Anhang hatte.

Wir waren uns aber damals auch darüber einig: Dieses Minimum an Forderungen müsse mit einem Maximum an Energie durchgeführt werden. [...] In diesem Sinne gaben wir die Parolen zur Demonstration heraus.«¹⁰⁵⁸

In der Tat bleiben einige Meinungsverschiedenheiten bestehen, unausgesprochen und wahrscheinlich noch nicht einmal geahnt. Liebknecht vertraute sich außerhalb der Versammlung einem seiner Genoss*innen an:

»Wenn auch unsere Regierung noch unmöglich ist, so ist doch eine Regierung Ledebour möglich, die sich auf die revolutionären ›Betriebsobleute‹ stützt.«¹⁰⁵⁹

Rosa Luxemburg meint ihrerseits, was begründet zu sein scheint, dass der Sturz der Regierung Ebert in Berlin zwar denkbar ist, eine solche Initiative aber sinnlos sei, da der Rest des Landes nicht bereit sei, zu folgen. Die Umstände werden dafür sorgen, dass sich diese Meinungsverschiedenheit verschärft.

Wie dem auch sei, die Einigung innerhalb der revolutionären Stäbe war im Moment nicht schwer zu erreichen. Am Morgen des 5. verteilten die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Berlins, die revolutionären Obleute und die Kommunistische Partei ein gemeinsames Flugblatt, das zu einer Demonstration in der Siegesallee um 14.00 Uhr aufrief:

»Es gilt eure Freiheit, eure Zukunft, es gilt das Schicksal der deutschen Revolution! [...] Es lebe der revolutionäre internationale Sozialismus!«¹⁰⁶⁰

Die Berliner Organisationen rufen zu dieser einen Demonstration auf, und zu nichts weiterem.. Es geht nur darum, wie es in ihrem Flugblatt heißt, zu zeigen *»dass der revolutionäre Geist der Novembertage in euch nicht erloschen ist«¹⁰⁶¹*, eine Position für einen Kampf einzunehmen, der zwar naht, aber noch nicht für heute ist: die Reaktion der Massen auf den Aufruf zur Demonstration wird Hinweise auf die zu ergreifenden Maßnahmen geben¹⁰⁶².

1058 »Die Rote Fahne«, 5. September 1920. Levi ist wahrscheinlich der Autor dieses Artikels, der auf jeden Fall seine Sichtweise zum Ausdruck bringt. [»Georg Ledebour, die Revolution und die anderen«, Beilage, S. 1, Spalte 1-S. 2, Spalte 3, hier S. 1, Spalte 1. Der Artikel erschien zuerst am 14. Januar 1920, Nachdruck in Levi, a.a.O., I/2, S. 1434-1441, hier S. 1436]

1059 Radek, November..., S. 137.

1060 Der vollständige Text des Flugblatts in Dok. u. Mat., II/2, S. 9-10.

1061 Ebenda, S. 10.

1062 Erklärung Ledebours, Ledebour-Prozess, S. 44 ff.

Doch der Protest nahm ein Ausmaß an, das die Organisator*innen selbst überraschte: Das Herz der Hauptstadt wurde von Hunderttausenden Demonstrant*innen besetzt, von der Siegesallee bis zum Alexanderplatz, wo vom Balkon des Polizeipräsidiums Ledebour, Liebknecht, Däumig und Eichhorn selbst die Macht der versammelten Arbeiter*innen preisgeben und diese grandiose Kundgebung ihres Willens feierten. Eichhorn verkündete:

*»Ich habe [...] mein Amt **von der Revolution empfangen** und ich werde es nur **der Revolution zurückgeben!**«¹⁰⁶³*

Ein Jahr später schrieb der erwähnte kommunistische Führer unter Bezugnahme auf diese Demonstration:

Was an diesem Tag »in Berlin sich zeigte, war vielleicht die größte proletarische Massentat, die die Geschichte je gesehen hat. Wir glauben nicht, dass in Russland Massendemonstrationen dieses Umfangs stattgefunden haben. Vom Roland zur Viktoria standen die Proletarier Kopf an Kopf. Bis weit hinein in den Tiergarten standen sie. Sie hatten ihre Waffen mitgebracht, sie ließen ihre roten Banner wehen. Sie waren bereit, alles zu tun, alles zu geben, das Leben selbst. Eine Armee von 200.000 Mann, wie kein Ludendorff sie gesehen.«¹⁰⁶⁴

Für die Organisator*innen der Demonstration waren die Anzahl der Demonstrant*innen, ihre Entschlossenheit, ihr Kampfeswille ein neuer Faktor. Nicht nur war der revolutionäre Geist des Novembers nicht tot, er war auch nie lebendiger gewesen. Die breitesten Berliner Massen wollen kämpfen; sie würden es nicht verstehen, wenn ihre Demonstration eine folgenlose Geste bliebe.

Ein Schritt auf dem Weg zum Aufstand

Der kommunistische Zeuge fährt mit seinem Bericht fort:

»Und da geschah das Unerhörte. Die Massen standen von früh um 9 Uhr in Kälte und Nebel. Und irgendwo saßen die Führer und berieten. Der Nebel stieg, und die Massen standen weiter. Aber die Führer berieten. Der Mittag kam, und zu der Kälte der Hunger. Und die Führer berieten. Die Massen fieberten vor Erregung: Sie wollten eine Tat, auch nur ein Wort, das ihre Erregung besänftigte. Doch keiner wusste, welches. Denn die Führer berieten. Der Nebel fiel wieder, und mit ihm die Dämmerung. Traurig gingen die Massen nach Hause: Sie hatten Großes gewollt und nichts getan. Denn die Führer berieten. Im Marstall hatten sie beraten, dann gingen sie weiter ins Polizeipräsidium und berieten weiter. Draußen stan-

1063 »Die Rote Fahne«, 6. Januar 1919. [»Der 5. Januar«, S. 2, Spalte 1-2, hier Spalte 2, Hervorhebungen im Original]

1064 Ebenda, 5. September 1920. [Nachdruck, a.a.O., hier S. 1437]

den die Proletarier auf dem leeren Alexanderplatz, die Knarre in der Hand, mit leichten und schweren Maschinengewehren. Und drinnen berieten die Führer. Im Präsidium wurden die Geschütze klargemacht; Matrosen standen an jeder Ecke der Gänge, im Vorderzimmer ein Gewimmel, Soldaten, Matrosen, Proletarier. Und drinnen saßen die Führer und berieten. Sie saßen den ganzen Abend und saßen die ganze Nacht und berieten, sie saßen am nächsten Morgen, als der Tag graute, teils noch, teils wieder, und berieten. Und wieder zogen die Scharen in die Siegesallee, und noch saßen die Führer und berieten. Sie berieten, berieten, berieten.»¹⁰⁶⁵

Anwesend sind die Berliner Führer*innen der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Ledebour, Däumig, Eichhorns Stellvertreter Grylewicz, die revolutionären Obleute, Scholze und andere, und zwei Mitglieder der kommunistischen Zentrale, Karl Liebknecht und Wilhelm Pieck¹⁰⁶⁶. Das Problem, das sie debattierten, war in Wahrheit komplex. Sie alle spürten, dass ein Rückzug ihrerseits in der Eichhorn-Affäre eine schwere Enttäuschung für die Berliner Arbeiter*innen bedeuten würde, dass er nicht verstanden würde und zweifellos den Weg zu Entmutigung und Demobilisierung öffnen würde. Sie erwogen auch, dass sie nicht halbherzig kämpfen können, und dass, wenn es zu einer Schlacht kommen werde, diese entscheidend sein werde. Viele von ihnen glauben, dass die beste Verteidigung im Angriff liegt. Es heißt außerdem, dass es in den Reihen der Ordnungskräfte Schwankungen gibt, dass einige von Fischers Männern den Gehorsam verweigerten, als er ihnen den Befehl gab, das Polizeipräsidium einzunehmen.

Die kommunistische Zentrale war seit dem Vorabend nicht mehr zusammengekommen: Zu diesem Zeitpunkt war sie einmütig der Meinung, dass man die Aufhebung der Abberufung Eichhorns, die Entwaffnung der konterrevolutionären Truppen und selbst die Bewaffnung des Proletariats erreichen könne und müsse. Alle waren damals der Meinung, dass es ein Fehler gewesen wäre, Losungen auszugeben, die einen Kampf um den Sturz der Ebert-Regierung riskieren würden. Aber seitdem gab es die gigantische Massendemonstration, und Liebknecht und Pieck konnten mit Recht davon ausgehen, dass sich die Situation entwickelt hatte.

Unter den anderen anwesenden Verantwortlichen¹⁰⁶⁷ dachten viele, dass es nicht viel brauchen würde, um die Macht zu übernehmen, eine Frage, die sie nur unter dem Aspekt des militärischen Kräfteverhältnisses betrachteten. Sind die Revolutionär*innen ausreichend organisiert, um sich auf eine Schlacht einzulassen, die nur die Entscheidungsschlacht sein kann? Dies ist die Meinung von Dorrenbach. Als ta-

1065 Ebd. [Nachdruck, a.a.O.]

1066 Die ausführlichste Darstellung der folgenden Diskussionen findet sich bei R. Müller, Bürgerkrieg, 1919. Müller, Bürgerkrieg, S. 30 ff.

1067 Revolutionäre Obleute und linke Unabhängige. Einige von ihnen waren in mehreren Funktionen tätig, wie Anton Grylewicz, ein revolutionärer Obmann, zweiter Vorsitzender der USPD in Berlin und Eichhorns Stellvertreter. Weber, Die Wandlung, II, S. 145.

lenterter Agitator, dessen Einfluss auf die Matrosen der im Marstall stationierten Division groß war, behauptete er, dass die Matrosen nur auf ein Zeichen warteten, um an der Seite der Arbeiter*innen zu kämpfen, um die Regierung Ebert zu stürzen. Er fügte hinzu, dass nach den ihm zur Verfügung stehenden Informationen der größte Teil der Berliner Garnison in einem ähnlichen Gemütszustand sei. Schließlich behauptet er, eine zuverlässige Quelle zu haben, dass mehrere tausend Mann, die in Spandau stationiert sind und über zweitausend Maschinengewehre und zwanzig Feldgeschütze verfügen, bereit sind, auf die Hauptstadt zu marschieren: man müsse vorwärts gehen. Ledebour war überzeugt, und Liebknecht warf an seiner Seite das Gewicht seines Ansehens in die Waagschale: Für sie genügte es nicht mehr, gegen Eichhorns Entlassung zu protestieren; man musste, da es möglich war, den Kampf um die Macht aufnehmen¹⁰⁶⁸.

Das ungewöhnliche Bündnis Ledebour-Liebknecht war entscheidend. Die Versammlung berücksichtigte nicht die Warnung eines Delegierten der Soldaten, Albrecht, der nicht nur Dorrenbachs Einschätzung der Haltung der Berliner Garnison, sondern sogar seine Gewissheiten über die Verfügbarkeit der Matrosen anzweifelte¹⁰⁶⁹.

Richard Müller, der den Vorsitz führte, war wie Liebknecht der Meinung, dass die Massen dabei waren, den revolutionären Weg einzuschlagen, bestritt aber, dass es an der Zeit sei, in Berlin einen Angriff zu starten, der im besten Fall nur zum Sieg einer vom Rest des Landes isolierten Vorhut allein in der Hauptstadt führen würde¹⁰⁷⁰. Däumig unterstützte ihn: Für ihn ging es nicht darum, nur für ein paar Tage zu gewinnen, durch eine kurzlebige Berliner Kommune, sondern endgültig und auf landesweiter Ebene zu gewinnen. Doch diesmal wurden Richard Müller und Däumig überstimmt, bei der Abstimmung erhielten sie nur sechs Stimmen¹⁰⁷¹. Die Versammlung beschloss daher fast einstimmig, den Versuch zu unternehmen, die Regierung zu stürzen. Zu diesem Zweck ernannte sie einen »Revolutions-Ausschuss« aus 52 Mitgliedern, der die Aufgabe hatte, die Bewegung zu leiten und sich so schnell wie nötig als provisorische revolutionäre Regierung zu etablieren, bis die Neuwahlen der Räte und das Zusammentreten eines neuen Kongresses anstanden. An ihrer Spitze drei gleichberechtigte Vorsitzende, die die drei verbündeten Tendenzen repräsentierten, Ledebour, Liebknecht, Paul Scholze¹⁰⁷². Eine übermäßig schwerfällige Organisation, die zur Ohnmacht verurteilt war. Däumig prangerte das Abenteuer noch einmal an, weigerte sich, die Verantwortung dafür mitzutragen, und verließ den Raum.

Zur gleichen Zeit ereignete sich ein Vorfall, dessen Folgen entscheidend sein würden und auf den noch längst nicht alles Licht geworfen worden ist: Eine Gruppe be-

1068 Ill. Gesch. S. 274; Müller, Bürgerkrieg, S. 30-38, 46.

1069 Ebenda, und H. Müller, a. a. O. S. 252.

1070 Ebenda, S. 253.

1071 R. und H. Müller erwähnen Däumig, R. Müller, Eckert, Neuendorf, Rusch und Malzahn.

1072 Ill. Gesch. S. 275; Ledebour Prozess S. 53.

waffneter Arbeiter*innen, die autonom handelte, nahm erneut die Räumlichkeiten des »Vorwärts« in Beschlag¹⁰⁷³. Andere Gruppen besetzten ihrerseits im Laufe der Nacht die wichtigsten Verlags- und Presseunternehmen,¹⁰⁷⁴ wahrscheinlich mit dem Ziel, den Konflikt zu verhärten: Es ist unwahrscheinlich, dass diese Männer glaubten, die Frage der Enteignung der kapitalistischen Presse durch solche Kommandoaktionen lösen zu können. Ledebour würde später über diese Initiativen sagen: »Wir wurden durch diese Aktion der Massen vor eine vollendete Tatsache gestellt.«¹⁰⁷⁵ Aber gleichzeitig war er dabei, die Berliner Arbeiter*innen selbst vor eine noch größere vollendete Tatsache zu stellen.

Der Kampf für den Sturz der Regierung

Während diese Ereignisse in den Straßen der Hauptstadt stattfanden, war das schwerfällige revolutionäre Komitee mit Vorbereitungsarbeiten beschäftigt. Die Bilanz seiner Arbeit waren dünn und beschränkte sich faktisch auf einen Aufruf zu einer neuen Demonstration am Montag, dem 6. Januar, um 11.00 Uhr¹⁰⁷⁶: Eine massive Beteiligung der Arbeiter*innen hätte einen Aufruf zum Generalstreik erfordert. Dann entwarf es eine Proklamation – vorerst getippt –, die er im Moment der Machtübernahme erlassen würde:

»Die Regierung Ebert-Scheidemann hat sich unmöglich gemacht. Das ist von dem unterzeichneten Revolutionsausschuss, der Vertretung der revolutionären sozialistischen Arbeiter und Soldaten (Unabhängige sozialdemokratische Partei und Kommunistische Partei) für abgesetzt erklärt.

Der unterzeichnete Revolutions-Ausschuss hat die Regierungsgeschäfte vorläufig übernommen.

Kameraden! Arbeiter!

1073 Ill. Gesch. S. 280-81, präzisiert, dass die Initiative bei der Demonstration vor dem Polizeipräsidium von einem Kellner namens Alfred Roland ergriffen worden sei, der später als Provokateur entlarvt wurde. Die Tatsache wird durch die Untersuchung des Preußischen Landtags, durch mehrere Depositionen im Ledebour-Prozess bestätigt und von Richard Müller aufgegriffen (Drabkin, a.a.O., S. 486, Fn. 23). Aber es besteht kein Zweifel daran, dass linksradikale Elemente, die keine Provokateur*innen waren, an der Besetzung von ihren frühesten Stunden an teilnahmen; der bekannteste war der Schriftsteller Werner Möller, einer der Führer der Berliner IKD vor der Gründung der KPD(S), von dem M. Bock (a.a.O., S. 435) sagt, dass er einer der Führer des linksradikalen Aktivismus in der Hauptstadt war.

1074 Es handelte sich um die Pressefirmen Büxenstein, Scherl, Mosse, Ullstein und die Telegrafagentur Wolff. An der Spitze der Mosse-Besitzer stand ein Mann namens Drach, der in einer von Drabkin (a.a.O., S. 486, Fn. 23) zitierten Depesche von Eisner (I.M.L.-Z.P.A., Nr. 8/28, f. 184 und 8/29, ff. 41 ff.) als ein »Spion« Ludendorffs beschrieben wurde.

1075 Ledebour-Prozess, S. 62.

1076 Der Aufruf wurde von den revolutionären Obleuten, dem Zentralvorstand der sozialdemokratischen Wahlvereine Groß-Berlins der Unabhängigen Sozialdemokratie und der Zentrale der KPD (S), im Namen des Revolutions-Ausschusses unterzeichnet (Freiheit, 6. Januar 1919; Dok. u. Mat., II/3, S. 11).

Schließt euch den Maßnahmen des Revolutions-Ausschusses an!

Berlin, den 6. Januar 1919

Der Revolutions-Ausschuss

*i. V. Ledebour, Liebknecht, Scholze.*¹⁰⁷⁷

Aber dieser Aufruf wird nie das Licht der Welt erblicken. Schon jetzt rutscht dem Revolutions-Ausschuss der Boden unter den Füßen weg. Die Matrosen des Marstalls protestierten gegen ein Unternehmen, bei dem sie gegen ihren Willen eingesetzt worden waren¹⁰⁷⁸ und nahmen sich Dorrenbach vor, der ohne Rücksprache mit ihnen über sie verfügt hatte¹⁰⁷⁹. Sie zwangen den Revolutions-Ausschuss, den Marstall zu verlassen, in dem er saß¹⁰⁸⁰, und ließen seine Gefangenen frei, darunter Anton Fischer, der am frühen Morgen vorsorglich verhaftet worden war¹⁰⁸¹. Ein Detachement von dreihundert Mann, angeführt von dem Matrosen Lemmgen, sollte auf Befehl des Revolutions-Ausschusses das Kriegsministerium besetzen: da der Unterstaatssekretär einen schriftlichen Befehl verlangte, ging der Chef des Detachements hin, um ihn zu erbitten und machte ein Nickerchen, bevor er ihn zurückbrachte; des Wartens müde, zerstreuten sich seine Männer¹⁰⁸². Der Ablauf des Tages des 6. zerstreute die Illusionen des Vortages. Unser kommunistischer Zeuge schreibt:

*»Diese Massen waren nicht reif, die Gewalt zu übernehmen, sonst hätten sie aus eigenem Entschluss Männer an ihre Spitze gestellt und die erste revolutionäre Tat wäre gewesen, die Führer im Polizeipräsidium aufhören zu machen, zu beraten.«*¹⁰⁸³

Insgesamt waren trotz der Hunderttausenden von Streikenden weniger als zehntausend Mann zum Kampf entschlossen, Eichhorns Truppen, die Detachements, die Zeitungen und Druckereien besetzten, die vom »Vorwärts«, die von Kommunisten und Unabhängigen verstärkt und kontrolliert wurden, von Eugen Leviné, Werner Möller, Otto Brass und Haberland, dem Vorsitzende des Rates von Neukölln¹⁰⁸⁴. Die Berliner Arbeitermasse ist bereit zum Streik und sogar zu Demonstrationen, aber nicht zum bewaffneten Kampf.

Seit dem Abend des 6. Januar haben viele den Eindruck, dass die Bewegung auf dem Rückzug ist und dass die Vorstellung, man könne die Macht übernehmen, ein schwerer Irrtum ist. Sowohl der Zentralrat der Räte als auch sein Berliner Vorstand

¹⁰⁷⁷ Fotografische Reproduktion des Originals in Ill. Gesch. S. 272. Liebknecht hatte für den abwesenden Ledebour unterschrieben. [Hervorhebung im Original gesperrt]

¹⁰⁷⁸ Freiheit, 10. Januar; Dok. u. Mat., III/2, S. 136.

¹⁰⁷⁹ Ledebour-Prozess, S. 189-194; Waldman, Spartacist Uprising, S. 176.

¹⁰⁸⁰ R. Müller, a.a.O., S. 87.

¹⁰⁸¹ Ill. Gesch. S. 280.

¹⁰⁸² Ill. Gesch. S. 276; Ledebour-Prozess, S. 278 ff; Drabkin, a.a.O. S. 488, Nr. 28.

¹⁰⁸³ »Die Rote Fahne«, 5. September 1920. [Nachdruck a.a.O.]

¹⁰⁸⁴ Ill. Gesch. S. 281; Drabkin, a.a.O. S. 495.

bestätigten die Entlassung von Eichhorn¹⁰⁸⁵. Noske, installiert im Hauptquartier des Freikorps, bereitet seine Gegenoffensive vor. In der kommunistischen Zentrale gab es eine Krise. Radek, der sich auf Drängen Rosa Luxemburgs seit Beginn der Aktion versteckt gehalten hatte, schickte über Duncker eine Nachricht an die Zentrale, in der er sie aufforderte, zur Wiederaufnahme der Arbeit aufzurufen und sofort eine Kampagne für die Neuwahl der Arbeiter*innenräte zu starten¹⁰⁸⁶. Rosa Luxemburg entgegnete ihm, dass die Unabhängigen sich auf die Kapitulation vorbereiteten und dass die Kommunist*innen ihre Aufgabe nicht leichter machen sollten, indem sie das Signal für einen Rückzug gaben, den auch sie für notwendig hielt¹⁰⁸⁷. Jogiches möchte, dass die Zentrale Liebknecht und Pieck desavouiert, die ab dem Abend des 5. ohne Mandat und außerhalb aller Parteidisziplin gehandelt haben, aber die Zentrale zögert vor einer Desavouierung, die mitten im Kampf ankommen würde und die Gefahr birgt, nicht verstanden zu werden¹⁰⁸⁸. Die Unabhängigen waren nicht weniger gespalten, und der nationale Vorstand schickte Oscar Cohn und Luise Zietz, um zu versuchen, die Berliner*innen, insbesondere Ledebour, davon zu überzeugen, dass man verhandeln müsse, was der Revolutions-Ausschuss schließlich mit 51 zu 10 Stimmen beschloss¹⁰⁸⁹.

Die Verhandlungen begannen in der Nacht vom 6. zum 7. Januar. Auf Seiten der Unabhängigen wollte man einen Waffenstillstand mit einer Klausel, die die Räumung der von den Revolutionär*innen besetzten Gebäude vorsah. Die Regierung machte die bedingungslose Räumung zur Voraussetzung für jede Vereinbarung¹⁰⁹⁰. Ihre Position verbesserte sich allerdings von Stunde zu Stunde, mit der Ebbe und Desorientierung in den Reihen der Arbeiter*innen-Avantgarde und der Zuversicht, die angesichts dessen wiedergeboren wurde. In der Nacht vom 5. auf den 6. zeigt das vom sozialdemokratischen Vorstand unter dem Titel »Extra-Blatt-Vorwärts« lancierte Flugblatt seine Absichten, indem es die »bewaffnete[n] Banditen des Spartakusbundes« als »Irrsinnige und Verbrecher« bezeichnet, die die deutschen Arbeiter*innen mit »Mord und blutige[m] Bürgerkrieg«, mit »Anarchie und Hunger«¹⁰⁹¹ bedrohen. Ab dem 6. bereitete Noske, der die polizeilichen Befugnisse General von Lüttwitz übertragen hatte, das Eingreifen der Freikorps vor¹⁰⁹². Vor dem Kanzleramt kam es zu einer regelrechten Versammlung, bei der Ebert selbst und Scheidemann feierliche Ansprachen hielten, die die Versuche anprangerten, »die Diktatur von Liebknecht

1085 Nur Däumig und Richard Müller, in Abwesenheit von Malzahn, stimmten dagegen. Dok. u. Mat, II/3, S. 15.

1086 Radek, November... S. 137-138.

1087 Ebenda, S. 138.

1088 Ill. Gesch. S. 283; S. Levi, Was ist das Verbrechen? S. 33-34. [Nachdruck in Ohne einen Tropfen Laikaiblut I/4, S. 671-705, hier S. 703]

1089 Ill. Gesch. S. 284; H. Müller, a. a. O. S. 262.

1090 Ebd.

1091 Text in H. Müller, a.a.O., S. 254-255.

1092 Noske, Von Kiel bis Kapp, S. 69 ff.

und Rosa Luxemburg« zu errichten und alle Bürger um Hilfe aufriefen¹⁰⁹³. Wenige Stunden später begann im Reichstagsgebäude die Aufstellung einer »sozialdemokratischen« bewaffneten Einheit: Am 8. wurden im Reichstag zwei Regimenter, bestehend aus je sechs Kompanien, mit dem »Vorwärts«-Journalisten Kuttner und Oberst Gramthow vom Kriegsministerium aufgestellt¹⁰⁹⁴. Am gleichen Tag trafen sich die Minister – außerhalb der Ministerien – und beschlossen Kampfmaßnahmen. Noske wurde zum Oberbefehlshaber ernannt und beschloss, die Freikorps im Raum Lichterfelde zu konzentrieren¹⁰⁹⁵. Am Abend des 8. Januar wurden die Verhandlungen abgebrochen, da alle an ihren Positionen festhielten.

Die Regierung richtete daraufhin einen Aufruf an die Berliner Bevölkerung, in dem sie ankündigte, Gewalt mit Gewalt zu bekämpfen und »der Unterdrückung und der Anarchie ein Ende [zu] machen.«¹⁰⁹⁶ Auf der revolutionären Seite besuchte Liebknecht die Besetzer*innen des »Vorwärts« – unter denen sich auch sein Sohn Wilhelm befand – und prangerte vor ihnen den Abfall der unabhängigen Führer an¹⁰⁹⁷. Am 9. reagierten die revolutionären Obleute, die Vertreter*innen der KPD(S) und des Berliner Zentralvorstands der Unabhängigen auf die Regierungsproklamation mit dem Aufruf: »Auf zum Generalstreik! Auf zu den Waffen!«

»Klar ist die Situation!. Es geht aufs Ganze, es geht ums Ganze! Ums ganze Glück um die ganze Zukunft der Arbeiterschaft, ums Ganze der sozialen Revolution!

In aller Öffentlichkeit haben die Scheidemann-Ebert ihre Anhänger und das Bürgertum zu den Waffen gegen euch Proletarier gerufen! [...] Es gibt keine Wahl! Es muss gekämpft werden bis aufs Letzte! (...) Auf zum Generalstreik!

*Heraus auf die Straße zum letzten Kampf, zum Sieg!«*¹⁰⁹⁸

Der Rote Soldatenbund rief seinerseits die bewaffneten Arbeiter*innen zum Kampf auf, und dazu, auf die Straße zu gehen¹⁰⁹⁹.

Die Berliner Arbeiter*innen waren in der Mehrheit nicht bereit, sich an diesem Bürgerkrieg zu beteiligen, der zwischen zwei Lagern auszubrechen drohte, die gleichermaßen behaupteten, sozialistisch zu sein, oder sich auch nur mit ihm abzufinden. In den Fabriken wurden Versammlungen und Sitzungen abgehalten, die fast immer ein sofortiges Ende der Kämpfe, ein Ende des »Bruderkampfes« forderten; die »Einheit« aller sozialistischen Strömungen wurde gefordert und bejubelt. Am Mor-

1093 I.M.L.-Z.P.A., Nr. 8/28, zitiert von Drabkin, a.a.O. [S. 490]

1094 Ebenda, S. 490, Nr. 35.

1095 Ebenda, S. 91.

1096 Aufruf zitiert bei Drabkin, a.a.O., S. 496; Reichsanzeiger, Nr. 7, 9. Januar 1919. [https://de.wikipedia.org/wiki/Datei:Reichsanzeiger-1919-01-09_Aufruf-gegen-Spartakus.png]

1097 F. Zikelsky, Mein Gewehr in meiner Hand, S. 144-145.

1098 Dok. u. Mat., II/3, S. 33-34.

1099 Zitiert von Drabkin, a.a.O. S. 498.

gen des 9. fand im Humboldthain eine Versammlung mit Arbeiter*innen aus dem Schwartzkopff und der A.E.G. unter der Losung statt:

»Proletarier, einigt euch, wenn nicht mit, dann über die Köpfe eurer Führer hinweg.«¹¹⁰⁰

Eine Delegation dieser Demonstranten ging zum Zentralrat, wo Max Cohen selbst sich zum Sprachrohr ihrer Sorgen machte, nur um sofort von Präsident Leinert zur Ordnung gerufen zu werden¹¹⁰¹. Die rechten Unabhängigen und die Mehrheitssozialdemokrat*innen nutzten aus unterschiedlichen Gründen diesen Beruhigungswunsch aus, um die abenteuerlichen Hardliner besser denunzieren zu können. Aber die Bewegung war weitgehend spontan, und unter ihrem Druck wurden die von den unabhängigen Sozialdemokrat*innen lautstark geforderten Verhandlungen am Abend des 9. Januar wieder aufgenommen: Sie sollten bis zum 11. mit einer Regierungsdelegation unter Leitung von Hermann Müller fortgesetzt werden¹¹⁰².

In der Zwischenzeit arbeitete die Zeit jedoch für die Regierung, die ohnehin zum Zuschlagen entschlossen war. Bereits am 8. nahmen seine Truppen den Anhalter Bahnhof und das Gebäude der Bahnverwaltung zurück, das seit dem Vortag besetzt war. Am 9. besetzten sie die Reichsdruckerei wieder und übernahmen das »Vorwärts«-Gebäude. Dort bestätigte Brutus Molkenbuhr dem Einsatzleiter, dass der Befehl tatsächlich lautete, es mit Gewalt zurückzunehmen¹¹⁰³. Am 10. griffen die Garderegimenter Spandau an, das eine Bastion des Aufstandes war, und die Repressionskräfte von hinten bedrohte: Der Vorsitzende des Arbeiter*innenrates wurde bei der Aktion getötet, der Vorsitzende der Soldatenräte, der ehemalige Redakteur der Leipziger Volkszeitung, der Spartakist Max von Lojevski, wurde verhaftet und zusammen mit seinen Mitgefangenen erschossen¹¹⁰⁴. In der Nacht vom 10. auf den 11., während die Verhandlungen weitergingen, wurde einer der Unterhändler, Georg Ledebour, verhaftet, ebenso der Spartakist*innenführer Ernst Meyer¹¹⁰⁵. Am Morgen des 11. begannen die Truppen unter dem Kommando von Major von Stephani mit der Beschießung des »Vorwärts«-Gebäudes¹¹⁰⁶. Nach zwei Stunden hissten die Belagerten die weiße Flagge und schickten eine Delegation, deren Mitglieder verhaftet wurden. Der Offizier gab den Besetzern zehn Minuten Zeit, sich bedingungslos zu ergeben. Mehrere Gefangene wurden auf der Stelle erschossen, darunter Werner Möller und der Journalist Fernbach. Später am Abend übernahmen die Soldaten das Gebäude der Agentur Wolff und die letzten verbliebenen besetzten Verlagshäuser. Am 12.

1100 Zitiert von Drabkin, a.a.O. S. 499. [und Der Zentralrat, S. 295]

1101 Der Zentralrat, S. 287-288.

1102 Ill. Gesch. S. 284; H. Müller, a. a. O. S. 262, etc.

1103 Ill Gesch, S. 285.

1104 Ebenda, S. 285-286.

1105 Ebenda, S. 286.

1106 Ebenda, S. 288.

schließlich starteten sie einen Angriff auf das Polizeipräsidium, wo sich noch etwa dreihundert Aufständische aufhielten, deren Anführer, der Kommunist Justus Braun, zusammen mit einigen seiner Kameraden erschossen wurde¹¹⁰⁷.

Die Brutalität der Offensive von Noskes Leuten, das Wachstum der Bewegung in den Betrieben zur Beendigung der brudermörderischen Kämpfe vollendete die Desorganisierung der mittelmäßigen Führung des Revolutions-Ausschusses, dessen letzte Sitzung am 9. stattgefunden zu haben scheint. Die Zentrale der KPD(S) ist ebenfalls völlig desorganisiert. Seit mehreren Tagen hat sie keinen Kontakt mehr zu Liebknecht, der seine Zeit mit den unabhängigen Führer*innen verbringt. Levi und Radek, die sich bei letzterem beraten, stellten die Lähmung der Leitung fest, ihre Ohnmacht angesichts der klaren Entscheidungen, die notwendig sind. Am 9. wollen sie gemeinsam in den Arbeiter*innenversammlungen intervenieren, um den Rückzug, die Räumung der besetzten Gebäude vorzuschlagen, was ihnen als einziger Weg erscheint, die drohende Repression umzukehren. Aber sie gaben dieses Projekt – eine ebenso persönliche Initiative wie die von Liebknecht und Pieck – auf, als sie erfuhren, dass es zu spät war, da die Truppen sich in Bewegung gesetzt hatten¹¹⁰⁸. Radek schrieb am 9. Januar einen Brief an die Zentrale, den Levi überbringen sollte:

»In Ihrer Programmbroschüre: ›Was will der Spartakus-Bund?‹ erklären Sie, die Regierung erst dann übernehmen zu wollen, wenn Sie die Mehrheit der Arbeiterklasse hinter sich haben. Dieser vollkommen richtige Standpunkt findet seine Begründung in der einfachen Tatsache, dass die Arbeiterregierung ohne Massenorganisation des Proletariats undenkbar ist. Nun sind diese einzig in Betracht kommenden Massenorganisationen, die Arbeiterräte, fast nur nominell vorhanden. Sie haben noch keine Kämpfe geführt, die Massenkräfte auslösen könnten. Und dementsprechend hat in ihnen nicht die Partei des Kampfes die Oberhand, die Kommunistische Partei, sondern die Sozialpatrioten oder die Unabhängigen. In dieser Situation ist an die Machtergreifung des Proletariats gar nicht zu denken. Würde sie, die Regierung, durch einen Putsch in eure Hände fallen, sie würde in ein paar Tagen von der Provinz abgeschnürt und erdrosselt werden.«¹¹⁰⁹

Er hält daher die mit Zustimmung der Parteivertreter ergriffene Initiative für einen schweren Fehler:

»In dieser Situation durfte die Samstag von den revolutionären Obleuten beschlossene Aktion wegen des Anschlags der sozialpatriotischen Regierung auf das Polizeipräsidium nur den Charakter einer Protestaktion tragen. Die Vorderreihe

¹¹⁰⁷ Ebenda, S. 288-290.

¹¹⁰⁸ Radek, November..., S. 138.

¹¹⁰⁹ Zitiert in Ill. Gesch. S. 282. Radek wurde später von der deutschen Polizei ausführlich zu diesem Brief befragt. Das Original befand sich im Thomas-Archiv, das für die Illustrierte Geschichte genutzt wurde, aber unter dem Nazismus verschwand.

des Proletariats, erbittert durch die Politik der Regierung, missgeleitet durch die revolutionären Obleute, die ohne jede politische Erfahrung, nicht imstande sind, das Kräfteverhältnis im ganzen Reich zu übersehen, haben in ihrem Elan die Bewegung aus einer Protestbewegung zu einem Kampf um die Gewalt ausgestaltet. Das erlaubt den Ebert und Scheidemann, der Berliner Bewegung einen Schlag zu versetzen, der die ganze Bewegung auf Monate schwächen kann.»¹¹¹⁰

Unter Berufung auf das Beispiel der Bolschewiki im Juli 1917 spricht sich Radek also kategorisch dafür aus, dass die kommunistischen Führer*innen ihre Verantwortung, die Initiative, vor den Massen übernehmen und zum Rückzug aufrufen:

»Die einzig bremsende Kraft, die dieses Unglück verhindern kann, seid ihr, die Kommunistische Partei. Ihr habt genug Einsicht, um zu wissen, dass der Kampf aussichtslos ist; dass ihr es wisst, haben mir eure Mitglieder, die Genossen Levi und Duncker gesagt ... Nichts verbietet einem Schwächeren, sich vor der Übermacht zurückzuziehen. Wir haben im Juli 1917, obwohl wir damals stärker waren als ihr jetzt, die Massen mit allen Kräften zurückgehalten, und als dies nicht gelang, sie durch rücksichtsloses Eingreifen aus einer bevorstehenden aussichtslosen Schlacht herausgezogen.«¹¹¹¹

Es ist unbezweifelbar, dass Radeks Analyse einem tiefen Gefühl entspricht, das unter den Berliner Arbeiter*innen weit verbreitet ist, die entschlossen sind, sich gegen konterrevolutionäre Unternehmungen zu verteidigen, aber durch die inkohärente Politik der revolutionären Führer*innen und durch den Bürgerkrieg zwischen den verschiedenen Arbeiter*innenparteien desorientiert sind. Am selben Tag, an dem er diesen Brief an die Zentrale richtete, versammelten sich 40.000 Arbeiter*innen der AEG, Schwarzkopff und einige andere, im Humboldthain und wählten eine Kommission von acht Mitgliedern (zwei von jeder Partei und zwei von den revolutionären Obleuten)¹¹¹², die den Auftrag hatte, eine Kampagne mit den angenommenen Forderungen zu organisieren: *»dass sämtliche Führer zurücktreten, um anderen nicht kompromittierten Führern Platz zu machen«*, Auflösung des großen Generalstabs, Beseitigung aller Rangabzeichen, Demobilisation des gesamten Heeres¹¹¹³. Am nächsten Tag forderten 15.000 Arbeiter*innen in Spandau den Rücktritt aller Volksbeauftragten, das Zusammentreten von paritätischen Ausschüssen der drei sozialistischen Richtungen, der Mehrheitspartei, der Unabhängigen und der Kommunist*innen, auf allen Ebenen und die Neuwahl der Arbeiter*innen- und Soldatenräte¹¹¹⁴. In den folgenden Tagen vervielfachten sich die Resolutionen in diesem Sinne, die alle den Rücktritt

1110 Ebenda.

1111 Ebenda. [Die »...« stehen in der »Illustrierten Geschichte«]

1112 Der Zentralrat, S. 277.

1113 Ebenda, S. 295. [Die »Auflösung des großen Generalstabs« fehlt in der Quelle]

1114 Der Zentralrat, S. 296.

von Ebert und Scheidemann, die Nominierung eines anderen Unabhängigen für die Polizeipräfektur und die Bildung einer Regierung der drei Arbeiter*innenparteien forderten¹¹¹⁵. Die Tatsache, dass viele sozialdemokratische Aktivist*innen sich diesen Positionen anschlossen, zeigt die Tiefe des Einheitsgefühls, die Feindseligkeit der Berliner Arbeiter*innenmasse gegenüber dem, was ihnen als Bruderkampf erschien. Die Positionen von Radek, von der Zentrale übernommen, hätten es der kommunistischen Partei erlauben können, nicht direkt oder indirekt für die Fortsetzung dieser Kämpfe verantwortlich zu erscheinen, die Unabhängigen und die verwirrten revolutionären Obleute in einen notwendigen Rückzug mitzuziehen und innerhalb der sozialdemokratischen Partei diejenigen zu isolieren, die nur von Repressionen gegen die extreme Linke träumten, die bewussten Verbündeten des Generalstabs. Aber die spartakistischen Führer*innen – unter ihnen Rosa Luxemburg – beurteilten die Lage anders: Sie machten den Widerstand und die Aufrechterhaltung der Besetzung des »Vorwärts« zu einer Frage der Ehre, verfolgten also mit den revolutionären Obleuten und den linken Unabhängigen eine Art Überbieten nach links und ließen die Unabhängigen das Einheitsstreben, von dem am Ende allein die Mehrheitler*innen profitieren würden, für sich ausnutzen, da es ihnen gelang, die Leute glauben zu machen, dass nur die Kommunist*innen unter diesen Umständen gegen die Bildung einer Arbeiter*innenallianz seien. Indem sie sich zur Beendigung des nur halb begangenen Aufstandes verpflichteten, ließen sie Eberts Gegner*innen in der sozialdemokratischen Mehrheitspartei angesichts einer alternativlosen Repressionspolitik unbewaffnet zurück¹¹¹⁶.

In der anschließenden Diskussion in der Zentrale verteidigte Levi den Standpunkt Radeks; Jogiches ging noch weiter und forderte eine öffentliche Desavouierung des Vorgehens von Liebknecht und Pieck in der »Roten Fahne.« Obwohl Rosa Luxemburg seine Meinung teilte – laut Paul Levi hatte sie gesagt, es könne nicht mehr lange gehen mit Karl Liebknecht zusammen¹¹¹⁷ –, würde diese öffentliche Desavouierung nicht erfolgen. Einfach im Namen der Zentrale der KPD(S) richtet Wilhelm Pieck am 10. Januar ein Schreiben an die revolutionären Obleute und an das Aktionskomitee, in dem er den Rückzug der Vertreter der KPD(S) aus diesem Komitee bekannt gibt. Der Brief warf den revolutionären Obleuten ihre »Ungewissheit und Unentschlossenheit« vor sowie dass sie »demoralisierende, desorganisierende, lähmende Gespräche« geführt hätten, und implizierte damit, dass der Kampf weitergehen müsse¹¹¹⁸. Wahr-

1115 Siehe die Berichte von Leinert über die eingegangenen Resolutionen, Ebenda, S. 308 und 326.

1116 Max Cohen, der wiederholt seine Besorgnis über die Initiativen der Militärs äußerte, spiegelte im Zentralrat teilweise die Befürchtungen der Arbeiter*innen von Eberts Partei angesichts des Bündnisses ihrer Führer*innen mit den Freikorps wider. Brutus Molkenbuhr selbst verfasste eine heftige Anklage gegen Noske und seine Verbündeten (Drabkin, a.a.O., S. 509) und zitierte (I.M.L.Z.P.A., II/5, ff. 12-17) aus dem Protokoll der Vorstandssitzung vom 13. Januar.

1117 Paul Levi, Was ist das Verbrechen, S. 33-34. [Nachdruck a.a.O.]

1118 »Die Rote Fahne«, 13. Januar 1918, Dok. u. Mat., II/3, S. 41-42.

scheinlich war es am Ende dieser Diskussion, dass Rosa Luxemburg für die »Rote Fahne« eine regelrechte Anklage gegen die Unabhängigen formulierte:

»Die USP erwies sich hier wieder als der rettende Engel der Gegenrevolution. Haase-Dittmann sind von der Regierung Eberts zurückgetreten, aber sie setzen auf der Straße dieselbe Politik des Feigenblatts der Scheidemänner fort. (...). Vor allem aber muss die nächste Zeit der Liquidierung der USP, dieses verwesenden Leichnams gewidmet werden, dessen Zersetzungsprodukte die Revolution vergiften.«¹¹¹⁹

Am 8. Januar schrieb sie:

»Deutschland war das klassische Land der Organisation und noch mehr des Organisationsfanatismus, ja des Organisationsdünkels. Um ›Organisation‹ willen hatte man den Geist, die Ziele, die Aktionsfähigkeit der Bewegung preisgegeben. Und was erleben wir heute? In den wichtigsten Momenten der Revolution versagt vorerst das gerühmte ›Organisationstalent‹ in kläglichster Weise.«¹¹²⁰

Am 11. präzisiert sie:

»Der bisherige Zustand der mangelnden Führung, des fehlenden Organisationszentrums der Berliner Arbeiterschaft ist unhaltbar geworden. Soll die Sache der Revolution vorwärts gehen, soll der Sieg des Proletariats, soll der Sozialismus mehr als ein Traum bleiben, dann muss sich die revolutionäre Arbeiterschaft führende Organe schaffen, die auf der Höhe sind, die die Kampfenergie der Massen zu leiten und zu nutzen verstehen.«¹¹²¹

So scheint sich Rosa Luxemburg unter dem Einfluss dieser Tage des revolutionären Kampfes der Konzeption der revolutionären Partei anzunähern, die sie bis dahin bekämpft hatte¹¹²². In einem letzten Artikel versuchte sie, die Bilanz der »Spartakuswoche« zu ziehen¹¹²³. Für sie gibt es keinen Zweifel und, wie sie wiederholt: *»ein endgültiger Sieg des revolutionären Proletariats«*, der Sturz von Ebert-Scheidemann und die *»Aufrichtung der sozialistischen Diktatur«* war unmöglich zu erwarten. Die

1119 »Die Rote Fahne«, 11. Januar 1918, Ebenda, S. 47-49. [»Das Versagen der Führer«, nachgedruckt in Rosa Luxemburg, Gesammelte Werke, Band 4, Berlin 1974, S. 525-528, hier S. 526 f. und 528]

1120 »Die Rote Fahne«, 6. Januar 1918, Dok. u. Mat., II/2, S. 23-26. [»Versäumte Pflichten«, nachgedruckt in Rosa Luxemburg, Gesammelte Werke, Band 4, Berlin 1974, S. 521-524, hier S. 524]

1121 »Die Rote Fahne«, 11. Januar 1918, Ebenda, S. 47-51. [»Das Versagen der Führer«, a.a.O., S. 528]

1122 Badia (Die Spartakisten, S. 261) schreibt: *»Es bleibt dabei, dass Rosa Luxemburg an der Spitze der Revolution die Notwendigkeit eines Organismus empfand, der die Aktion leitet und lenkt, indem er den Massen ihren Willen aufzwingt. Ist das nicht ein Schritt in Richtung der leninistischen Konzeption der Partei der Arbeiter*innenklasse?«* Es ist schwierig, ihm zu folgen, sowohl was das Denken von Rosa Luxemburgs selbst als auch, was die sogenannte »leninistische« Konzeption einer Partei, die den Massen ihren Willen »aufzwingt«, betrifft.

1123 »Die Rote Fahne«, 14. Januar 1918. Dok. u. Mat., II/3, S. 71-75. [»Die Ordnung herrscht in Berlin«, nachgedruckt in Rosa Luxemburg, Gesammelte Werke, Band 4, Berlin 1974, S. 533-538, hier S. 526 f. und 528]

Ursache dafür liegt in der mangelnden Reife der Revolution, der fehlenden Koordination zwischen den revolutionären Zentren – »die direkte Gemeinsamkeit der Aktion [würde] den Vorstoß und die Schlagfertigkeit der Berliner Arbeiterschaft unvergleichlich wirksamer gestalten« –, der Tatsache, dass »die wirtschaftlichen Kämpfe« »erst im Anfangsstadium begriffen« sind. Unter diesen Bedingungen muss man sich fragen, ob die vergangene Woche ein »Fehler« war. Sie glaubt dies nicht, denn sie glaubt, dass die Arbeiter*innen provoziert wurden:

»Vor die Tatsache der frechen Provokation seitens der Ebert-Scheidemann gestellt, war die revolutionäre Arbeiterschaft gezwungen, zu den Waffen zu greifen. Ja, es war Ehrensache der Revolution, sofort den Angriff mit aller Energie abzuschlagen, sollte nicht die Gegenrevolution zu weiterem Vordringen ermuntert, die revolutionären Reihen des Proletariats, der moralische Kredit der deutschen Revolution in der Internationale erschüttert werden.«¹¹²⁴

Letztendlich ist ihrer Meinung nach der »Widerspruch zwischen der Zuspitzung der Aufgabe und den mangelnden Vorbedingungen zu ihrer Lösung in einer anfänglichen Phase der revolutionären Entwicklung« der Grund dafür, dass der Kampf formell in einer Niederlage endete. Aber die Geschichte lehrt, dass der Weg zum Sozialismus »mit lauter Niederlagen besät« ist, und dass sie zum Sieg führen, wenn man aus ihnen zu lernen weiß:

»Die Führung hat versagt. Aber die Führung kann und muss von den Massen und aus den Massen heraus neu geschaffen werden. (...) Die Massen waren auf der Höhe, sie haben diese ›Niederlage‹ zu einem Glied jener historischen Niederlagen gestaltet, die der Stolz und die Kraft des internationalen Sozialismus sind. Und darum wird aus dieser ›Niederlage‹ der künftige Sieg erblühen.«¹¹²⁵

Trotz dieses Glaubensbekenntnisses fasste der Titel, den Rosa Luxemburg ihrem Artikel gab, »Die Ordnung herrscht in Berlin«, die Situation in ihrer ganzen Brutalität zusammen. Die Leitung der kommunistischen Partei war nicht in der Lage gewesen, die Zerschlagung einer Bewegung zu verhindern, zu deren Entfesselung sie beigetragen hatte und die sie weder verhindern noch aufhalten konnte. Sie hatte zweifellos lange Zeit die Gelegenheit eines Kampfes für die Einheitsfront der Klasse gegen die mit den Generälen verbündeten Führer*innen verpasst. Sie sollte für das unüberlegte linksradikale Vorgehen von Liebknecht und der Mehrheit der revolutionären Obleute schwer bezahlen – derselben, die wenige Tage zuvor dem Spartakus seine »putschistische Taktik« vorwarfen.

1124 »Die Rote Fahne«, 14. Januar 1919; Dok. u. Mat., II/3, S. 73. [Nachdruck a.a.O., S. 534 f.]

1125 Ebenda, S. 75. [Nachdruck a.a.O., S. 537 f.]

Der Doppelmord

Die Freikorps sind in der Tat entschlossen, an der Spitze zuzuschlagen, und suchen aktiv die revolutionären Führer*innen. Dorrenbach, Emil Eichhorn, Paul Scholze gelang es, die Hauptstadt zu verlassen¹¹²⁶, aber Rosa Luxemburg und Liebknecht blieben dort. Rosa Luxemburg arbeitete noch in der Redaktion der »Roten Fahne«, als Noskes Truppen das »Vorwärts«-Gebäude stürmten, und Levi hatte große Mühe, sie davon zu überzeugen, dass ihr Leben in Gefahr sei und dass sie die Pflicht habe, sich zu verstecken. Liebknecht zeigt den gleichen Leichtsin, indem er gleichzeitig darauf besteht, dass man Vorkehrungen für eine öffentliche Versammlung trifft, bei der er und Rosa im Namen der Partei das Wort ergreifen würden. Beide stimmten schließlich zu, sich zu verstecken, weigerten sich aber, Berlin zu verlassen, als die Repression die Arbeiter*innen traf¹¹²⁷. Sie nahmen am 12. und 13. Januar zunächst in Neukölln Zuflucht, dann in die Wohnung eines Sympathisanten in Wilmersdorf. Dort entdeckte Rosa Luxemburg nach der Lektüre des »Vorwärts«, dass Liebknecht den berühmten Text des Revolutions-Ausschusses unterzeichnet hatte¹¹²⁸. Sie sagte zu ihm: »Karl, ist das unser Programm?«¹¹²⁹ Der Rest war Schweigen.

In dieser Wohnung wurden sie am Abend des 15. Januar zusammen mit Wilhelm Pieck, der ihnen gerade falsche Papiere gebracht hatte, verhaftet. Alle drei wurden ins Zentrum, in das Hotel Eden, gebracht, wo das Hauptquartier der Gardedivision eingerichtet worden war, und von Hauptmann Pabst verhört. Im Verlauf der Nacht verließ zuerst Liebknecht, dann Rosa Luxemburg mit Eskorte das Hotel, um in Moabit inhaftiert zu werden. Am 16. meldete der »Vorwärts« als einzige Tageszeitung in seiner Morgenausgabe die Verhaftung der beiden kommunistischen Führer*innen. In einem Kommentar beglückwünschte er sich zur »*Großzügigkeit*« der Sieger, die in der Lage gewesen seien, »*die Ordnung, das menschliche Leben, das Recht, gegen die Gewalt*« zu verteidigen¹¹³⁰.

1126 Rosenberg, a.a.O., S. 331; Badia, Les Spartakistes, S. 249.

1127 Radek, November..., S. 138. Der Zentralrat wurde am 15. von Max Cohen über die Verhaftung einer älteren Schwägerin Liebknechts sowie eines jungen Mädchens, das bei Rosa Luxemburg gewohnt hatte, informiert (Der Zentralrat, S. 415-416).

1128 Ein Faksimile des Textes wurde vom Vorwärts am 14. Januar veröffentlicht.

1129 Paul Levi schrieb: »Keiner der Anwesenden wird die Szene vergessen, als Rosa Luxemburg Liebknecht das Dokument vorhielt, das gezeichnet war: »Die Provisorische Regierung, Ledebour, Liebknecht, Scholze.« (»Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht zum Gedächtnis«, Der Klassenkampf, Nr. 2, 15. Januar 1929, S. 34 [Nachdruck in Paul Levi, Ohne einen Tropfen Lakaienblut. Schriften, Reden Briefe. Band II/2: Sozialdemokratie. Sozialistische Politik und Wirtschaft II. Berlin 2016, S. 1276-1279, hier S. 1278]). Rosi Wolfstein berichtete die hier erwähnte Betrachtung an J. S. Nettl (a. a. O., II, S. 767). [deutsche Ausgabe, S. 728, dort wiedergegeben mit: »Aber Karl, wo bleibt unser Programm.«]

1130 Vorwärts, 16. Januar 1919 (Morgenausgabe). [Rückübersetzung aus dem Französischen. Im deutschen Text entspricht dem am ehesten ein Artikel gegen die Deutschnationale Volkspartei, S. 1 f., in dem von »Humanitätsgefühl« die Rede ist, das den Verantwortlichen für den Krieg »großmütig« die Strafe erspart hat.]

Doch die Mittagspresse verkündete die Neuigkeit in den Schlagzeilen: Liebknecht und Rosa Luxemburg sind tot, ersterer bei einem Fluchtversuch erschossen, letztere von Unbekannten gelyncht, die ihr Auto bei der Überführung nach Moabit angehalten hatten. Ein Kommuniqué der Gardedivision gibt Details an, die im Moment die einzige Informationsquelle sind. Liebknecht, von einem Unbekannten am Kopf getroffen, wurde beim Verlassen des Hotels Eden verwundet; eine Panne ausnutzend, versuchte er in den Tiergarten zu fliehen und wurde nach der üblichen Aufforderung erschossen. Was Rosa Luxemburg betrifft, so wurde sie beim Verlassen des Hotels Eden von der Menge bewusstlos geschlagen und von ihren Bewachern abgeführt und erschossen. Die Leiche von Liebknecht liege in der Leichenhalle, die von Rosa Luxemburg wurde nicht gefunden¹¹³¹.

Die Wahrheit kam nach und nach ans Licht: Es waren die Soldaten, die ihre Gefangenen getötet hatten, nachdem sie sie bei den ersten Verhören wahrscheinlich schwer misshandelt hatten. Liebknecht, der zuerst ausgeschaltet worden war, wurde vom Soldaten Runge mit einem Gewehrkolben in den Nacken getroffen, der ihn blutig in einen Wagen warf und zum Tiergarten brachte, wo seine Eskorte ihn erledigte: Leutnant von Pflugk-Hartung leitete die gesamte Aktion. Der Leichnam wurde dann auf der Polizeistation Zoo als »nicht identifizierte« Leiche abgegeben. Rosa Luxemburg, die bereits in einem sehr schlechten Zustand war, wurde von Runge unter den gleichen Bedingungen geschlagen, bewusstlos weggetragen und getötet. Ihr mit Steinen beschwerter Körper wurde dann in den Kanal geworfen, der ihn erst Monate später hervorbrachte. Es war Leutnant Vogel, der die Operation leitete¹¹³².

Wenige Monate später, im Mai 1919, verurteilte das Kriegsgericht Runge zu zwei Jahren und Vogel zu zweieinhalb Jahren Gefängnis und sprach von Pflugk-Hartung¹¹³³ frei. Vogel entkam dank der Komplizenschaft eines seiner Richter, Kapitänleutnant Canaris¹¹³⁴, und ging ins Ausland.

Die Folgen des Doppelmordes sind unabsehbar. Sicherlich kann trotz der Bemühungen Jogiches' und Levis, die immense Anstrengungen bei der Untersuchung unternommen haben, keine direkte Verantwortung eines sozialdemokratischen Führers geltend gemacht werden. Andererseits ist ihre moralische Verantwortung erdrückend: Zwei Tage zuvor hatte der »Vorwärts« einen veritablen Mordaufruf veröffentlicht – »*Vielhundert Tote in einer Reih – [...] Karl, Rosa Radek und Kumpanei – es ist keiner dabei, es ist keiner dabei*«¹¹³⁵ – und es waren Männer, die von Noske und

1131 Presseauszüge in E. Hannover-Drück und H. Hannover, Der Mord an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, S. 35-45.

1132 Ebenda, S. 45-58.

1133 Ebd., S. 116; Prozessakte, S. 59-120.

1134 Ill. Gesch. S. 305. Dieser Offizier, der 1917 eine Rolle bei der Unterdrückung der revolutionären Matrosen gespielt hatte, sollte von seinen Führern gedeckt werden. Als Admiral wurde er Chef der Abwehr im »Dritten Reich.«

1135 Vorwärts, 13. Januar 1919 [S. 4, Spalte 2], Faksimile des Gedichtes »Das Leichenhaus«, Ill. Gesch. S. 331.

den sozialdemokratischen Ministern gesammelt, bewaffnet und schließlich gedeckt wurden, die das Attentat ausführten. Scheidemann wird sagen: »*Sie sind nun selbst Opfer ihrer eigenen blutigen Terrorschritte geworden.*«¹¹³⁶ Zwischen deutschen Sozialdemokrat*innen und Kommunist*innen stand von nun an das Blut von Liebknecht und Rosa Luxemburg.

Die junge kommunistische Partei ist gleichzeitig ihres besten politischen Kopfes und ihres prestigeträchtigsten Tribuns beraubt. Rosa Luxemburg und Liebknecht waren allen deutschen Arbeiter*innen bekannt, in der gesamten internationalen Bewegung hoch geschätzt. Sie waren die einzigen unter den Kommunist*innen außerhalb Russlands, die auf gleicher Augenhöhe mit den bolschewistischen Führer*innen diskutieren und in der mit ihnen zu gründenden Internationale ein Gegengewicht zu deren Autorität bilden konnten. Hinzu kommt, dass die Aussagen von Runge und vor allem die von Hauptmann Pabst den von den Mördern verschonten Pieck in einen schrecklichen Verdacht bringen, was eine Parteiermittlung erfordert, deren Ergebnisse noch immer umstritten sind¹¹³⁷.

Der Doppelmord trieb nicht nur einen Keil zwischen die Mehrheitler*innen und die Revolutionär*innen. Es überzeugte auch viele Revolutionär*innen, dass ihr einziger Fehler darin bestand, zu lange zu zögern. Es wird für die vereinzelt Abteilungen der deutschen Kommunist*innen mehrere Monate grausamer Erfahrung brauchen, um sich davon zu überzeugen, dass ihre Fehler anderer Art waren.

1136 Scheidemann, Memoiren, II, S. 348. [tatsächlich, Vorwärts, Freitag, 17. Januar 1919, S. 3, Spalte 2, »Eine Rede Scheidemanns«, Hervorhebung dort gesperrt, zitiert in E. Hannover-Drück und H. Hannover, a.a.O., S. 41 f., hier S. 42. An der angegebenen Stelle in Scheidemanns Memoiren berichtet er zwar über die Rede, sie aber nicht zitiert.]

1137 Nollau, The Communist International, S. 332, mit einer Erklärung von Pabst an den Autor vom 30. November 1959; E. Wollenberg (Der Apparat, S. 76-78) ist eine der Quellen für die Version, wonach Hans Kippenberger, der die Ermittlungen leitete, die gegen Pieck gesammelten Informationen während der Moskauer Prozesse mit seinem Leben bezahlte.

Teil II -
Versuch der Definition der Rolle einer
kommunistischen Partei

Kapitel XIII: Die Ära von Noske

Die Januarkämpfe in Berlin beendeten die erste Phase der Revolution, die der demokratischen Illusionen, wie Rosa Luxemburg sagte, oder, wenn man so will, die des Glaubens an den friedlichen Übergang zum Sozialismus. Zwei Monate sozialdemokratische Regierung lösten keines der Probleme der Arbeiter*innen und erfüllten keine ihrer Hoffnungen. Der Frieden ist auf jeden Fall zurückgekehrt. Doch man stirbt in allen Städten Deutschlands. Man friert und hungert wie in den härtesten Tagen des Krieges. Das allgemeine Wahlrecht an sich hat keine der wirtschaftlichen Schwierigkeiten gelöst. Erschöpft von den Anspannungen der Kriegsjahre, verwüstet von den Schocks der Niederlage und der Revolution, schien die Maschine zu kollabieren. Die Fabriken schlossen und die Arbeitslosigkeit breitete sich aus: 180.000 Arbeitslose in Berlin im Januar, 500.000 im März. Es gab nicht mehr genügend Güterzüge und Waggons, um die Lebensmittel zu transportieren, die gekauft werden mussten, aber nicht bezahlt werden konnten. Der Schwarzmarkt floriert weiter, bereichert die Schieber*innen, korrumpiert aber alle Gesellschaftsschichten. Eine Welt bricht zusammen, die keine Phrase wieder aufrichten kann. Was wird ihr folgen?

Die Arbeiter*innenklasse sah einen Sieg, den sie zu halten glaubte, entgleiten. Hinter denjenigen, die ihre anerkannten Führer*innen waren, verbergen sich zum Teil die Gesichter ihrer schlimmsten Feinde. Die Ära der Versprechungen und des Glaubens an eine leichte Zukunft geht zu Ende. Man ist von neuem im Krieg – einer anderen Form des Krieges –, in dem man entweder untergeht oder den man führt. Unter den Arbeiter*innen glaubt man nicht mehr an die Freiheitsbäume oder an allgemeine Umarmungen. Man glaubt an nichts mehr, oder man nimmt eine Waffe in die Hand. Gegen die entschlossensten dieser Arbeiter*innenkämpfer*innen, die ihre Apokalypse erleben, stehen die Unternehmer*innenschaft, das Offizierskorps und jene Berufssoldaten, die den Beruf des Bürgerkriegs gewählt haben, diese Männer ohne Hoffnung, die nur zu gehorchen und zu kämpfen wissen, diese »Verstoßenen«, die auch Produkte von vier Jahren Krieg sind.

Dies ist der erste Teil des Bildes. Der andere ist, dass die Arbeiter*innenkämpfe von Januar an den Charakter ändern: weniger Demonstrationen und Märsche, aber härtere Streiks. Weniger politische Losungen, aber grundlegende wirtschaftliche Forderungen. Die Arbeiter*innen kämpfen hier und da noch mit der Waffe in der Hand, sei es, weil sie noch immer die Presse angreifen wollen, sei es, weil man versucht, sie zu entwaffnen. Tag für Tag, Woche für Woche aber schwinden die revolutionären

Angriffsgruppen unter dem Gewicht der Niederlage und der Desillusionierung; die Angriffe werden zerstreut, auch wenn das Bewusstsein wächst, dass ein von einem einzigen Zentrum geleiteter und koordinierter Gesamtkampf allein die Entschlossenheit der besitzenden Klassen überwinden könnte. Aber in einer Lage, in der ihr Eingreifen entscheidend gewesen wäre und in der sie alle Elemente für einen schnellen Aufbau vorfinden könnte, ist die Kommunistische Partei praktisch abwesend.

Die Ermordung Liebknechts und Rosa Luxemburgs war nicht der einzige Schlag, den sie erhielt. Franz Mehring überlebte den Doppelmord nur wenige Wochen; seine angeschlagene Gesundheit konnte den Schock nicht verkräften¹¹³⁸. Zur gleichen Zeit wurde Johann Knief, der seit den Kriegsjahren an Tuberkulose erkrankt war, bettlägerig: Er starb im April nach langem, heimlichem Todeskampf¹¹³⁹. Radek, der von allen Polizeikräften gejagt wurde, wurde am 12. Februar verhaftet und fürchtete mehrere Tage um sein Leben, erhielt aber schließlich den Schutz einer Gefängniszelle und das Prestige des Mannes, der eine Diskussion mit den Russ*innen eröffnen konnte¹¹⁴⁰. Leo Jogiches, der erneut versuchte, die Reste der Organisation zu sammeln, entkam der polizeilichen Jagd mehr als zwei Monate lang. Im März wurde er jedoch verhaftet und erschossen, ebenfalls unter dem Vorwand eines »Fluchtversuchs.«¹¹⁴¹ Eugen Léviné, Überlebender des Massakers an den Verteidiger*innen des »Vorwärts«-Gebäudes im Januar, Organisator und Tribun, immer im Einsatz, wurde von der Zentrale nach Bayern geschickt und nach der Zerschlagung der Münchner Räterepublik gefasst, zum Tode verurteilt und erschossen¹¹⁴².

Um diese politischen wie militärischen Kämpfe zu führen, um das Feuer gegen die Freikorps zu richten, um unter den Arbeiter*innen die Mehrheitspartei und die Gewerkschaftsführer*innen zu denunzieren, gibt es keine zentralisierte oder auch nur homogene Organisation, sondern nur Gruppen, Individuen, oder Tendenzen. Es entsteht eine neue Leitung der Kämpfe, die keine Kommunist*innen in ihren Reihen zählt. Die Anstrengungen der Berliner revolutionären Obleute werden durch die in den anderen Industrieregionen von anderen Aktivist*innen, die wie sie im Allgemeinen Gewerkschaftskader und Mitglieder der unabhängigen sozialdemokratischen Partei sind, weitergeleitet und erweitert. Während des Rätekongresses im Dezember wurden die Kontakte zu Menschen aus dem Umfeld der Berliner verstärkt, die anerkannte Führer*innen großer Arbeiter*innenvorhutsektoren waren: Otto Brass von der Metallarbeiter*innengewerkschaft an der Ruhr, Wilhelm Koenen aus Halle¹¹⁴³. An der Ruhr und in Mitteldeutschland hatten die Arbeiter*innenräte von Anfang an einen weniger eigentlich politischen Charakter als im Rest des Landes, aber viel-

1138 Er starb am 29. Januar 1919 (Ill. Gesch., S. 519).

1139 Bock (a.a.O., S. 432) gibt an, dass er am 6. April 1919 nach einer Blinddarmoperation starb.

1140 Radek, November..., passim.

1141 Ill. Gesch., S. 367.

1142 Verurteilt am 4., wurde er am 6. Juni 1919 hingerichtet (Ill. Gesch., S. 396).

1143 Vorwärts und..., S. 397.

leicht auch eine breitere Basis. Auf jeden Fall behielten sie ihre Rolle als Zentrum der Arbeiter*innenaktivität, und von ihnen gingen die wirtschaftlichen Forderungen aus. Im Verlauf der zweiten Phase der Revolution war es der Kampf um die Vergesellschaftung, der Hunderttausende von Arbeiter*innen, darunter auch Sozialdemokrat*innen, in den Streik und dann in den bewaffneten Kampf ziehen sollte.

Die Januar-Welle

Der westdeutsche Historiker Eberhard Kolb charakterisiert den Januar als den Monat der »kommunistischen Putsche.«¹¹⁴⁴ Dies ist eine weit verbreitete, aber umstrittene Behauptung. Die Januarputsche in ganz Deutschland stellten keine echten Putsche dar, außer wenn man annimmt, dass der Berliner Aufstand einer war. Die meiste Zeit hat die Aktion der revolutionären Aktivist*innen in der Tat den gleichen Charakter wie die von Berlin: begrenzt offensiv, zur Hälfte engagiert, oft von einem defensiven Reflex beseelt, geht sie mehr um eine Geste der Wut als um Verschwörung, und sie gipfelt meist in bewaffneten Demonstrationen und Versuchen, sozialdemokratische oder reaktionäre Zeitungen zu besetzen. Manchmal initiiert, um die Berliner Revolutionär*innen zu unterstützen, und manchmal, um gegen die Repressionen zu protestieren, die sie trafen, erwiesen sie sich als kurzlebig und wurde im Allgemeinen durch das Vorgehen der lokalen sozialdemokratischen Behörden und das alleinige Eingreifen der gewöhnlichen Polizeikräfte oder der bürgerlichen Milizen gebrochen.

In Dresden wird am 9. Januar eine revolutionäre Demonstration, die auf die Büros der sozialdemokratischen Zeitung zusteuert, von der Polizei aufgelöst. Am 10. kam es zu einer weiteren Demonstration, dieses Mal mit Gewalt, und die Polizei schoss, wobei fünfzehn Demonstrant*innen getötet wurden¹¹⁴⁵. Am übernächsten Tag wurden alle Aktivitäten der KPD(S) verboten¹¹⁴⁶. In Stuttgart am 10. eine bewaffnete Demonstration, Besetzung der Räume des »Neuen Tageblatts« und Herausgabe eines revolutionären Organs: Leutnant Hahn, von den Soldatenräten gewählt, von den Sozialdemokrat*innen an die Spitze der Polizei gestellt, ließ alle kommunistischen Führer*innen Württembergs wegen »Verschwörung« verhaften: Edwin Hoernle, Fritz Rück, Willi Münzenberg, Albert Schreiner¹¹⁴⁷. In Leipzig führten die Kommunist*innen Demonstrationen von Arbeitslosen an, besetzten die Druckerei einer Zeitung und druckten Flugblätter. Der Arbeiter*innen- und Soldatenrat, mit einer starken unabhängigen Mehrheit, verurteilte ihre Aktion und veranlasste sie, das Gelände zu räumen¹¹⁴⁸. In Duisburg genehmigte und deckte der Kommunist Rogg, Vorsitzender

1144 Kolb, a.a.O., S. 315.

1145 Ebenda, S. 315-316.

1146 Ebenda, S. 316.

1147 Ill Gesch. S. 376; Kolb, a.a.O. S. 315.

1148 Ebenda, S. 299; Vorwärts und..., S. 411.

des Arbeiter*innen- und Soldatenrates, die Beschlagnahme einer sozialdemokratischen Zeitung: Er wurde vom Rat desavouiert und entlassen¹¹⁴⁹.

Andernorts endete die Partie zumindest vorläufig mit einem Unentschieden. In Hamburg führte eine Demonstration von Revolutionär*innen am 9. Januar zur Besetzung des »Hamburger Echos.« Am nächsten Tag, während einer mächtigen sozialdemokratischen Gegendemonstration, verhafteten Teile der Polizei den örtlichen Ratsvorsitzenden Laufenberg, und es bedurfte des Eingreifens der Arbeiter*innenmiliz, um seine Freilassung zu erwirken. Am 11. kam es zu einem Zusammenstoß zwischen zwei Demonstrationen und zu einer heftigen Schlacht auf dem Rathausplatz zwischen sozialdemokratischen Demonstrant*innen und »roten« Milizionär*innen. Laufenberg musste die baldige Neuwahl des Rats durch allgemeine Wahlen versprechen¹¹⁵⁰. In Halle schien jedes der Lager nacheinander kurz vor dem Sieg zu stehen. Die Armee besetzte die Kaserne wieder, und der Arbeiter*innen- und Soldatenrat wurde von einer Miliz geschützt, die sich um Mesebergs rote Matrosen organisierte. Schusswechsel gibt es täglich. Am 12. versuchten die Soldaten einen Handstreich gegen die »Rote Kommandantur«: Sie wurden zurückgeschlagen. Am 16. nahmen sie Meseberg fest, mussten ihn aber am nächsten Tag unter Androhung von Ferchlandts Maschinengewehren, der die Rote Garde befehligte, wieder freilassen¹¹⁵¹.

Die Machtübernahme durch die revolutionären Elemente erfolgte nur in Düsseldorf und Bremen. In Düsseldorf ist es die Arbeitermiliz, genannt »Sicherheitsregiment«, die in der Nacht vom 9. auf den 10. Januar die Initiative ergreift, die strategischen Punkte besetzt, und die wichtigsten Konterrevolutionäre festnimmt. Der Rat wählte eine Exekutive aus fünf Mitgliedern unter dem Vorsitz des Unabhängigen Karl Schmidt, während der Kommunist Seidel die Polizei in die Hände nahm¹¹⁵². In Bremen wurde am 6. Januar der Arbeiter*innenrat wiedergewählt. Die Unabhängigen hatten 8.520 Stimmen und 58 Gewählte, die Sozialdemokrat*innen 14.680 und 113 Gewählte, die Kommunist*innen 7.190 Stimmen und 57 Gewählte. Die Unabhängigen und die Kommunist*innen haben also knapp eine absolute Mehrheit. Die Sozialdemokrat*innen weigerten sich, ihre Plätze einzunehmen¹¹⁵³. Nach fieberhaften Verhandlungen zwischen den Führer*innen rief der unabhängige Frasunkiewicz am Ende einer Straßendemonstration die Räterepublik auf dem Gebiet von Bremen aus. Es wurde eine Exekutive eingesetzt, die sich aus neun Volksbeauftragten zusammensetzte, von denen vier Kommunist*innen waren¹¹⁵⁴. Am 14. musste die Arbeiter*innenmiliz eingreifen, um einen Putschversuch zu unterdrücken, der vom Vorsitzenden des Soldatenrats unterstützt wurde. Die neue Revolutionsregierung ließ

1149 Kolb, a.a.O., S. 315;

1150 Vorwärts und..., S. 259; Trost, a.a.O., S. 54.

1151 Vorwärts und..., S. 370-371.

1152 Ebenda, S. 484.

1153 Ebenda, S. 198.

1154 Ebenda, S. 199.

die Wahlen zur Nationalversammlung am 19. stattfinden, verhärtete aber ihre Haltung angesichts der Drohungen mit einer bewaffneten Intervention: Der Kommunist Breitmeyer übernahm die Leitung der Polizei¹¹⁵⁵, und der Rat schickte die Kommunisten Jannack und Karl Becker, um mit den revolutionären Behörden in Leipzig bzw. Hamburg Kontakt aufzunehmen und um deren Hilfe zu bitten¹¹⁵⁶. Noske, der gerade erfahren hatte, dass die Bergarbeiter*innen an der Ruhr mit Streiks drohten, falls die Freikorps Bremen angreifen würden, beschloss, das Risiko einzugehen: In achtundvierzig Stunden eroberte die Division Gerstenberg die Stadt zurück und forderte dabei etwa hundert Opfer. Am Abend des 4. herrschte in Bremen Noskes Ordnung¹¹⁵⁷.

Die Bergleute von der Ruhr treten in den Streik

Tatsächlich konnte innerhalb weniger Tage die Verbindung zwischen Bremen und der Ruhr hergestellt werden, wo die Unruhen seit November nicht zu wachsen aufgehört hatten, wo sich Streiks und Zwischenfälle häuften. Ende Dezember übernahmen revolutionäre Elemente, linke Unabhängige oder Kommunist*innen, in mehreren Städten die Mehrheit, insbesondere in Hamborn, Mülheim, Oberhausen¹¹⁵⁸. Fast überall wurden Arbeiter*innenmilizen organisiert, und am 9. Januar kam es vor Hagen zum ersten Zusammenstoß mit ihnen, der das Freikorps von Hauptmann Lichtschlag zum Rückzug zwang¹¹⁵⁹.

Hier war es die Frage der Vergesellschaftung, die im Zentrum der Arbeiter*innenagitation stand. Der Rätekongress hatte entschieden, dass dies schnell geschehen sollte, beginnend mit den Kohlebergwerken. Am 11. beschloss der Essener Arbeiter*innen- und Soldatenrat einstimmig, die Räume des Unternehmer*innensyndikats zu besetzen und eigene Kontrollkommissionen einzurichten: für sie waren das konkrete Maßnahmen zur Umsetzung der Sozialisierung, die sie am 10. beschlossen hatten¹¹⁶⁰. Überall in der Region folgten die Sozialdemokrat*innen der Bewegung, einige, weil die Sozialisierung eine alte Forderung war, an der sie festhielten, andere, weil die Agitation auf ihrem Höhepunkt war und die Abhaltung von Wahlen gefährdet wäre, wenn sie in dieser Frage mit der Mehrheit der Arbeiter*innenklasse aneinander gerieten. Am 13. fand in Essen eine Regionalkonferenz der Arbeiter*innen- und Soldatenräte statt, die der Initiative des Essener Rates zustimmte und eine Kommission zur Vorbereitung der Sozialisierung der Bergwerke einsetzte¹¹⁶¹. Dies

1155 Ebenda, S. 202.

1156 Ebenda, S. 184.

1157 Vorwärts, 5. Januar 1919.

1158 Ill. Gesch. S. 314-315.

1159 Ebenda, S. 115.

1160 Von Oertzen, a.a.O., S. 213.

1161 Spethmann, a.a.O., S. 149 ff; Ill. Gesch. S. 313 ff.

war die »Neunerkommission«, der drei Sozialdemokrat*innen, drei Unabhängige und drei Kommunist*innen angehörten¹¹⁶². In einem gemeinsamen Appell forderten die Vertreter*innen der drei Parteien die Streikenden auf, hier und da die Arbeit wieder aufzunehmen, da die Bergwerke den Unternehmer*innen abgerungen werden sollten¹¹⁶³. Auf Vorschlag des Kommunisten Hammers wurde beschlossen, mit der Wahl von Arbeiter*innenvertreter*innen in allen Schächten fortzufahren, um die Pyramide von Räten im gesamten Kohlebecken aufzubauen¹¹⁶⁴.

Die Regierung Ebert verkündete ihre Zustimmung zu den Forderungen der Bergleute und ernannte den hohen Beamten Röhrig, den Magnaten v. Regler und den Gewerkschafter Hué zu Reichskommissaren in Rheinland-Westfalen¹¹⁶⁵. Weder Hué noch Limbertz machten einen Hehl daraus, dass es vor allem darum ging, die Arbeiter*innenunruhen in diesem lebenswichtigen Sektor zu befrieden¹¹⁶⁶, und am 19. wurden die Wahlen zur Nationalversammlung an der ganzen Ruhr normal abgehalten.

Am 19. ließ Noske von der Nationalversammlung eine Verordnung zur vorläufigen Organisation des Heeres, der Reichswehr, verabschieden: Das Kommando wurde ihm als Kriegsminister übertragen, die sieben Punkte von Hamburg wurden aufgehoben, die Befugnisse der Räte wurden aufgehoben und die der Offiziere wiederhergestellt¹¹⁶⁷. Gleichzeitig bereitete er die Gegenoffensive und die Liquidierung der Räte vor¹¹⁶⁸. Am Abend des 27. wurden die Wilhelmshavener Räte, angeführt von dem aus Bremen entsandten jungen kommunistischen Lehrer Jörn, von einer Elite-truppe, der Marinebrigade von Hauptmann Ehrhardt¹¹⁶⁹, zerschlagen. Die Division Gerstenberg – ein Freikorps von 3.000 Mann – setzte sich in Richtung Bremen in Marsch¹¹⁷⁰. Die Erregung an der Küste war groß, und in allen Räten beteiligten sich die mehrheitssozialdemokratischen Vertreter*innen an den Protesten: Die Hamburger sozialdemokratische Tageszeitung bezog Stellung gegen den eigenen Vorstand, indem sie die Gefahr des Augenblicks anprangerte:

»Der preußische Militarismus ist wieder im Begriff, die Macht zu erhalten, mit deren Hilfe er die ganze Revolution erdrosseln kann.«¹¹⁷¹

¹¹⁶² Ebenda, Von Oertzen, a.a.O. S. 113; der Aufruf der »Neunerkommission« zur Sozialisierung, in Dok. u. Mat., II/3, S. 56-58.

¹¹⁶³ Dok. u. Mat., II/3, S. 59.

¹¹⁶⁴ Ill. Gesch. S. 317.

¹¹⁶⁵ Ebenda, S. 318.

¹¹⁶⁶ Siehe Zitate aus ihren Reden, ebenda, S. 318.

¹¹⁶⁷ Text in G. Ritter und S. Miller, a.a.O. S. 188-190.

¹¹⁶⁸ Noske, a.a.O. S. 78-79.

¹¹⁶⁹ Ill. Gesch. S. 341.

¹¹⁷⁰ Ebenda, S. 342.

¹¹⁷¹ Hamburger Echo, 31. Januar 1919, zitiert bei Comfort, a.a.O. S. 70. [Rückübersetzung aus den Englischen]

Die Exekutive des Hamburger Rates stimmt mit großer Mehrheit für die Mobilisierung – einschließlich Bewaffnung des Proletariats – und für die »*Unterstützung Bremens mit allen militärischen Mitteln.*«¹¹⁷² Am 3. waren Gerstenbergs Truppen in Bremen, am 5. hatten sie die Entwaffnung der Arbeiter*innenmilizen abgeschlossen. Am 9. war Bremerhaven an der Reihe zu fallen¹¹⁷³. Die Sozialdemokratische Partei Hamburgs gab den Widerstand auf. Doch kaum war die Bremer Räterepublik liquidiert, geriet die gesamte Ruhr wieder in Bewegung.

Am 6. Februar beauftragte die Regionalkonferenz der Räte Karski – den die Zentrale der KPD(S) gerade an die Ruhr geschickt hatte – mit der Beratung der Neuerkommission¹¹⁷⁴. Am 7. wurde der Soldatenrat des 70. Armeekorps, der in der Nähe von Münster tagte, durch Gerüchte beunruhigt, dass die Kohlenmagnaten ein Abkommen mit Noske geschlossen und große Geldsummen für die »Rückeroberung« des Bergbaugebiets durch die Truppen des Generals von Watter gezahlt hätten: er beschloss, den Befehl vom 19. Januar nicht anzuerkennen und sich selbst zur obersten Autorität in der Region zu erklären¹¹⁷⁵. Auf Befehl Noskes schickte von Watter das Freikorps Lichtschlag nach Münster¹¹⁷⁶. Die Mitglieder des Soldatenrates wurden verhaftet und ein neuer Rat »gewählt.« Das Freikorps marschierte dann nach Hervest-Dorsten, wo gerade ein Honoratior ermordet worden war, und nahm es am 15. nach einem kurzen Gefecht ein, das sechshunddreißig Tote auf Seiten der Verteidiger*innen forderte¹¹⁷⁷. Der Vorsitzende des Arbeiter*innenrates, der Kommunist Fest, der ohne die geringste Wahrscheinlichkeit des Mordes beschuldigt wurde, wurde von den Soldaten, die ihn verhaftet hatten, erschossen¹¹⁷⁸. In der Zwischenzeit, am 14., drohte eine neue Regionalkonferenz in Essen mit einem Generalstreik, falls die Truppen des Generals von Watter nicht aus dem Bergbaugebiet abgezogen würden¹¹⁷⁹. Der Mord an Fest und die Aktion Lichtschlags beschleunigten die Ereignisse. Eine dringlich einberufene Delegiertenkonferenz der radikalsten Räte in Mülheim rief für den 16. zum Generalstreik auf¹¹⁸⁰.

Die von Limbertz geleiteten Sozialdemokrat*innen führten auf der Essener Konferenz am 19. Februar den Gegenangriff. Sie forderten vor jeglicher Debatte die Desavouierung der Mülheimer Konferenz. Besiegt verließen sie den Saal¹¹⁸¹. Die 170 verbliebenen Delegierten, darunter 28 Sozialdemokrat*innen, stimmten für den Generalstreik bis zum Abzug der Truppen. Am gleichen Tag gab es neunzehn Tote in Elberfeld, zwei

1172 Ebenda, S. 70.

1173 Ebenda, S. 345-346.

1174 Ill. Gesch. S. 320.

1175 Ebenda.

1176 Ebenda, S. 321.

1177 Ebenda, S. 320-321.

1178 Ebenda, S. 322.

1179 Ebenda, S. 321-322.

1180 Ebenda.

1181 Ebenda, S. 322-323.

in Essen¹¹⁸². Am 20. kam es zu Kämpfen in der ganzen Region, in Gelsenkirchen, Bochum, Bottrop, wo es zweiundsiebzig Tote gab¹¹⁸³. Die Lage ist sehr verworren. Das Umschwenken der Sozialdemokrat*innen in letzter Minute und das Eingreifen der Truppen gaben der Repression den Vorteil der Überraschung. Am 20. gab es 183.000 Streikende, am 22. waren es nur noch 142.000. Die regionalen Führer*innen der Räte, insbesondere der Unabhängige Baade, hielten es für klüger, das Angebot General von Watters anzunehmen, der sich mit der Entwaffnung der Arbeitermilizen und der Wiederaufnahme der Arbeit zufrieden gab. Die in Münster geführten Verhandlungen waren erfolgreich: Das Ende des Streiks wurde verkündet und der Waffenstillstand geschlossen. Achtundvierzig Stunden später erklärte General von Watter, die Arbeiter*innen hätten den Waffenstillstand gebrochen, und das Freikorps Lichtschlag nahm die Offensive wieder auf¹¹⁸⁴. Der Schwung der Ruhrarbeiter*innen war für den Moment gebrochen.

Die Welle schwoll an anderer Stelle wieder an. Am 21. Februar wurde Kurt Eisner, der unabhängige Führer der bayerischen Räte, von einem jungen Offizier ermordet¹¹⁸⁵. Auf die Nachricht hin rief der Mannheimer Arbeiter*innen- und Soldatenrat unter Führung des Unabhängigen Hermann Remmele und des Kommunisten Stolzenburg die Räterepublik aus¹¹⁸⁶. In Leipzig ging die Mehrheit im Rat an die linken Unabhängigen, und Curt Geyer löste Seger als Vorsitzenden ab¹¹⁸⁷. Und vor allem brach am 24. Februar der Generalstreik in Mitteldeutschland aus.

Der Generalstreik

Seit Dezember hatten die linken Unabhängigen Mitteldeutschlands, Koenen, Bernhard Düwell, die Berliner*innen mit Richard Müller, die Leute von der Ruhr mit Otto Brass, versucht, ihr Handeln zu koordinieren¹¹⁸⁸. Tatsächlich wird es ihnen angesichts des Fehlens einer soliden revolutionären Organisation nicht gelingen, die projektierte Gesamtbewegung zu verwirklichen.

Die mitteldeutsche Bewegung ist dennoch bemerkenswert durch die organisatorischen Anstrengungen und die scharfsinnige Hartnäckigkeit ihrer Führer, der linken Unabhängigen Wilhelm Koenen und Bernhard Düwell. Es gelang ihnen, um den Kern der Bergleute alle maßgeblichen Arbeiter*innenverbände der Region zu versammeln, die Eisenbahner*innen, die Arbeiter*innen der chemischen Industrie, auch die von Leuna, wo Wilhelm Koenens Bruder Bernhard den Vorsitz im Arbeiter*innenrat innehatte.

1182 Ebenda, S. 323.

1183 Ebenda, S. 324.

1184 Ebenda, S. 326.

1185 Ebenda, S. 326.

1186 Vorwärts und ..., S. 515-518, 536.

1187 Kolb, a.a.O., S. 299.

1188 Ebenda, S. 125.

Im Januar gelang es ihnen, einen provisorischen regionalen Arbeiter*innenrat zu organisieren, der am 17. Januar beschloss, die Ausbeutung der Bergwerke in der Region Halle unter seine Kontrolle zu stellen¹¹⁸⁹. Am 27. fanden die Wahlen zu den Räten in allen Schächten statt. Am 29. fand eine Konferenz der Bezirksräte statt, auf der Wilhelm Koenen einen Bericht über die Sozialisierung vorlegte¹¹⁹⁰. Damit war für sie die Verbindung zwischen den Arbeiter*innen der Ruhr und denen Mitteldeutschlands vorbereitet.

Das Signal zum Handeln – zum Generalstreik – sollte vom Rätekongress gegeben werden, dessen Einberufung ursprünglich für Februar geplant war und der allein die notwendige Autorität für eine solche Bewegung von nationaler Tragweite gehabt hätte¹¹⁹¹. Aber die Verschiebung dieses Kongresses auf Druck der Sozialdemokrat*innen und die Initiativen der Freikorps und des Generals von Watter an der Ruhr sollten diesen Plan ändern. Und es war am Ende des Streiks an der Ruhr, in dem Moment, als sich die Vertreter*innen der Essener Konferenz auf die Verhandlungen vorbereiteten, als die Delegierten der mitteldeutschen Räte in Halle den Befehl zum Generalstreik ab dem 24. Februar gaben und die Berliner Arbeiter*innen aufriefen, sich ihnen anzuschließen¹¹⁹². Die Konferenz, die von den Arbeiter*innen aller wichtigen Betriebe und von vielen Arbeiter*innen kleinerer Betriebe gewählt wurde, bestand zur Hälfte aus Unabhängigen, Kommunist*innen und Mehrheitler*innen teilten sich den Rest gleichmäßig¹¹⁹³. Das wesentliche Ziel ist die »Vergesellschaftung von unten«, die »Demokratisierung des Unternehmens«¹¹⁹⁴. Ab dem 24. war der Streik im Bezirk Halle fast total, und am 25. breitete er sich nach Sachsen aus¹¹⁹⁵: in Leipzig gaben die befragten Arbeiter*innen 34.012 Stimmen für, 5.320 gegen ihn ab¹¹⁹⁶. Curt Geyer, an der Spitze des »Engeren Ausschusses«, ließ die Arbeitermilizen die strategischen Punkte besetzen und bereitete sich auf die Verteidigung der »Räterepublik« und des Streiks vor¹¹⁹⁷. Am 26. Februar antworteten Sozialdemokrat*innen und bürgerliche Elemente mit einem »Gegenstreik«: Beamte, Ärzte und Ladenbesitzer legten ihrerseits die Arbeit nieder¹¹⁹⁸. In diesem Moment befahl Noske General Maercker, die Ordnung in Halle wiederherzustellen, um das Herz der sich ausbreitenden Streikbewegung zu treffen¹¹⁹⁹: Die Ergebnisse der Wahlen zum Arbeiter*innenrat von Groß-Berlin zeigten, dass der Streik auf die Hauptstadt übergreifen drohte, wo Unabhängige und

1189 Von Oertzen, a.a.O., S. 136.

1190 Ebenda, S. 136-137.

1191 Ebenda, S. 86, n. 2.

1192 Ill. Gesch. S. 373.

1193 Ill. Gesch. S. 373.

1194 Ebenda, Von Oertzen, a.a.O., S. 143.

1195 Resolution der Räte von Leipzig in Dok. u. Mat., II/3, S. 200.

1196 Ebenda, S. 201.

1197 Kolb, a.a.O., S. 299.

1198 Benoist-Méchin, a.a.O. S. 226. [Taschenbuchausgabe, S. 192 f., deutsche Übersetzung, S. 191]

1199 Ebenda, S. 226-227.

Kommunist*innen zusammen die Mehrheit hatten¹²⁰⁰. Die 3.500 Kämpfer Maerckers waren am Morgen des 1. März in Halle. Sofort überwältigt, bedroht, in der Menge zerstreut und entwaffnet zu werden, zogen sie sich in die Kaserne zurück¹²⁰¹. Am nächsten Tag wurde ein Offizier, der in Zivilkleidung auf der Straße bei einem Aufklärungseinsatz erkannt wurde, von der Menge gelyncht. Maercker gab den Befehl, jeden, der versuchte, Widerstand zu leisten, auf der Stelle zu erschießen¹²⁰². Wilhelm Koenen entkam nur knapp einer nächtlichen Entführung¹²⁰³. Karl Meseberg hatte weniger Glück: Er wurde von Jägern verhaftet und verschwand. Man fand seine Leiche am 19.: auch er war »bei einem Fluchtversuch« getötet worden. Seit dem 5. März war der Streik in vollem Gange, am 7. März war er beendet¹²⁰⁴.

Zu diesem Zeitpunkt war die Bewegung jedoch gerade in Berlin ausgelöst worden. Bereits am 21. Februar hatte die Zentrale der KPD(S) in einem in der »Roten Fahne« veröffentlichten Aufruf die Arbeiter*innen aufgefordert, sich in den Betrieben, in Versammlungen und wenn möglich in Demonstrationen zu versammeln, um ihren Widerstand gegen das Eingreifen der Freikorps an der Ruhr zum Ausdruck zu bringen¹²⁰⁵. Am 27. Februar riefen die Arbeiter*innen der Staatsbetriebe in Spandau zu einem Solidaritätsstreik mit den Arbeiter*innen Mitteldeutschlands auf, mit einem Programm von Minimalforderungen, das von Lohnerhöhungen bis zur Einrichtung eines revolutionären Tribunals zur Aburteilung der Militärführer und der sofortigen Wahl von Betriebsräten reichte¹²⁰⁶. Am 28. trat die Generalversammlung der Berliner Arbeiter*innenräte zusammen: Unter dem Druck einer Delegation der Arbeiter*innen der AEG von Hennigsdorf, der Vertreter*innen der drei Parteien angehörten¹²⁰⁷, begann sie, die Möglichkeit eines Generalstreiks in Solidarität mit den Streikenden Mittel- und Norddeutschlands zu diskutieren, wurde aber unter dem Druck der Sozialdemokrat*innen schnell unterbrochen¹²⁰⁸. Bevor sie sich trennte, wählte sie einen neuen Vollzugsrat: die Unabhängigen erhielten 305 Stimmen, die Mehrheitler*innen 271, die KPD(S) 99 und die Demokrat*innen 95: sieben Unabhängige, sieben Sozialist*innen, zwei Kommunist*innen und ein Demokrat wurden in den Vollzugsrat gewählt¹²⁰⁹. Der neue Vollzugsrat, in dem Unabhängige und Kommunist*innen zusammen eine Mehrheit hatten, sah sich mit dem Problem des Gene-

1200 Ill. Gesch. S. 359.

1201 Ebenda, S. 376, Benoist-Méchin, a. a. O., S. 227. [deutsche Übersetzung, S. 192]

1202 Ebenda, S. 228-229. [deutsche Übersetzung, S. 193]

1203 Vorwärts und ..., S. 402-403.

1204 Ill. Gesch. S. 377.

1205 »Die Rote Fahne«, 21. Februar 1918 [muss 1919 heißen] Dok. u. Mat., II/3, S. 181-182.

1206 »Die Rote Fahne«, 1. März 1919; Dok. u. Mat., II/3, S. 202.

1207 Ebenda, S. 204.

1208 Ill. Gesch. S. 359 gibt an, dass die Sitzung um 15 Uhr endete, da der Raum für einen Ball geräumt werden musste.

1209 Ebenda, die Wahlen hatten in den Fabriken mit konkurrierenden Listen stattgefunden und nicht wie im November mit »Einigung« und »Parität.«

ralstreiks konfrontiert, dessen Erfolg nur sicher war, wenn die Sozialdemokrat*innen sich ihm anschlossen. Letztere versuchten, die Berliner Arbeiter*innenklasse sowohl mit Vorschlägen als auch mit Warnungen am Handeln zu hindern: Am 1. März legte die sozialdemokratische Fraktion in der Nationalversammlung eine Resolution vor, die die Sozialisierung forderte; am 3. brachte die Regierung einen Entwurf in diesem Sinne ein. Die Mehrheitsvertreter*innen der Berliner Arbeiter*innenräte schickten am 2. eine Delegation nach Weimar, und am 3. warnten sie im »Vorwärts« vor dem Generalstreik¹²¹⁰.

Am 3. März erschien in der »Roten Fahne« ein Aufruf, der von der Zentrale der KPD(S), ihrer Fraktion in den Arbeiter*innen- und Soldatenräten Groß-Berlins, den kommunistischen Delegierten der Großbetriebe und der Leitung des Bezirks Groß-Berlin unterzeichnet war¹²¹¹:

»Wieder ist die Stunde gekommen. Wieder stehen die Toten auf.«¹²¹²

In seiner Bilanz der vergangenen Monate unterstrich er:

»Die Ebert-Scheidemann-Noske sind die Todfeinde der Revolution. (...) Die Revolution kann nur voranschreiten über das Grab jener Mehrheitssozialdemokratie.«¹²¹³

In dieser Perspektive rief er die Berliner Arbeiter*innen zu einem Generalstreik unter den Losungen der Wiederwahl der Räte in allen Betrieben, der Entwaffnung der konterrevolutionären Banden, der Wiederherstellung der Versammlungsfreiheit, der Bildung einer Roten Garde, des Abzugs der Truppen aus allen besetzten Industriezonen, Freilassung der politischen Gefangenen, Verhaftung der Mörder von Liebknecht und Luxemburg, Anklage und Prozess gegen die Militärschefs und Mehrheitsführer*innen als »Verräter an der Revolution« und Komplizen der Januar-Morde, sofortiger Frieden und Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen mit der Sowjetrepublik auf. Die kommunistischen Führer*innen bestehen darauf, dass die Arbeiter*innen zusammenkommen, ihren Streik organisieren, die notwendigen Diskussionen in den Fabriken selbst führen:

»Lasst euch nicht in unnütze Schießereien ein, auf die der Noske nur lauert, um neues Blut zu vergießen.«¹²¹⁴

Am gleichen Tag stimmten mehrere Betriebsversammlungen von Arbeiter*innen aus großen Betrieben der Hauptstadt, vor allem von Knorr-Bremse aus Lichtenberg, über Resolutionen in diesem Sinne ab. Zeitgleich mit der Versammlung des Berliner

1210 Ill. Gesch. S. 359.

1211 »Die Rote Fahne«, 3. März 1919; Dok. u. Mat., II/3, S. 282-286.

1212 Ebenda, S. 282.

1213 Ebenda, S. 283-284.

1214 Ebenda, S. 285. Noske war in der Nacht vom 1. auf den 2. März zurückgekehrt (Noske, a.a.O., S. 101).

Rates trafen sich die Delegationen von Siemens, Spandau, Schwarzkopf u.a. und beschlossen, gemeinsam die Einleitung des Generalstreiks zu fordern. Ihr Druck auf die Versammlung ist entscheidend: Die Entscheidung für einen Generalstreik wird mit einer sehr großen Mehrheit getroffen, an der fast alle sozialdemokratischen Delegierten beteiligt waren¹²¹⁵. Die angenommene Resolution forderte die Anerkennung der Räte, die Durchführung der sieben Hamburger Punkte, die Freilassung der politischen Gefangenen und insbesondere Ledebours, die Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit, die Verhaftung aller Personen, die an politischen Morden beteiligt waren, die Bildung einer revolutionären Arbeiter*innenwehr, die Auflösung der Freikorps, die Wiederaufnahme der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zur Sowjetregierung Russlands¹²¹⁶. Der Vollzugsrat beschloss, dass der Streik auf alle Zeitungen ausgedehnt werden sollte, mit Ausnahme eines Informationsorgans, das in eigener Verantwortung herausgegeben wurde¹²¹⁷.

Doch schon am nächsten Tag zogen sich die kommunistischen Vertreter*innen aus dem Rat zurück, der als Streikkomitee fungierte. Trotz ihrer Proteste verteidigte Richard Müller nämlich das Prinzip der Beteiligung der Delegierten der Mehrheitler*innen – die für den Streik gestimmt hatten – an der Führung der Bewegung im Namen des Respekts vor der Demokratie. Am 4. erklärte der für die kommunistische Fraktion sprechende Herfurt¹²¹⁸:

»Der Generalstreik richtet sich gegen die von der SPD geführte Regierung und deren Politik.

Die Vertreter dieser Politik in die Streikleitung zu übernehmen, bedeutet den Verrat an dem Generalstreik und an der Revolution.

Die Folgen dieses Verrats zeigen sich schon heute, da nahezu die ganze gegenrevolutionäre Presse, insbesondere der ›Vorwärts‹, erscheint, während die revolutionäre Presse nicht erscheint.

Die Kommunistische Partei Deutschlands lehnt es ab, in irgendeiner Form die Verantwortung für diesen Verrat zu tragen.

Sie zieht als Zeichen schärfsten Protests ihre Mitglieder aus dem Vollzugsrat zurück.»¹²¹⁹

1215 Ill. Gesch. S. 360.

1216 Dok. u. Mat., S. 389. [tats. S. 289]

1217 Ill. Gesch. S. 360. Die erste Ausgabe erschien am 4. März unter dem Titel »Mitteilungsblatt des Vollzugsrats der Arbeiter- und Soldatenräte Groß-Berlins.«

1218 Zu dieser Zeit einer der linksradikalen Führer*innen der KPD in Berlin. Später ging er zur Opposition, der linksradikalen KAPD und dem Bund der Kommunisten Laufenberg über, bevor er als Provokateur im Dienste der Reichswehr entlarvt wurde (Freiheit, 25. März 1921).

1219 Dok. u. Mat. Mat. S. 291.

Am 3. März, dem Tag, an dem der Streik ausgerufen wurde, verhängte die preußische Regierung den Belagerungszustand, um »*die werktätige Bevölkerung Groß-Berlins vor den terroristischen Anschlägen einer Minderheit zu schützen und vor Hungersnot zu bewahren.*«¹²²⁰ Mit zivilen und militärischen Machtbefugnissen ausgestattet, verbot Noske alle öffentlichen Versammlungen unter freiem Himmel, alle Demonstrationen und Aufmärsche sowie die Herausgabe neuer Zeitungen und legte fest, dass jede Zuwiderhandlung mit der Waffe unterdrückt und vor Militärgerichte gestellt würde.¹²²¹ In der Nacht vom 3. auf den 4. März nahmen in mehreren Bezirken Berlins die Zwischenfälle zwischen Polizei und Arbeiter*innen zu¹²²². Es gab mehrere Ladenplünderungen, bei denen die Revolutionär*innen und Streikenden die Arbeit von Provokateuren anprangerten¹²²³. Am Morgen des 4. gab Noske unter einem Vorwand dem Freikorps den Befehl zum Marsch auf Berlin¹²²⁴.

Am 4. versammelte sich am frühen Nachmittag eine riesige Menschenmenge auf dem Alexanderplatz in der Nähe des Polizeipräsidioms: Die Wut stieg schnell an, als die Nachricht von den Spandauer Vorfällen eintraf: Die Freikorps hatten die Soldaten entwaffnet, die das Maschinengewehrdepot bewachten, und es war zu Schießereien gekommen¹²²⁵. Eine Abteilung des Freikorps von Lüttwitzs versuchte, in die Menge einzudringen: der befehlshabende Offizier wurde schwer geschlagen, und die Panzer griffen ein und beschossen die Menge, um den Platz zu räumen: es war »*ein schreckliches Blutbad.*«¹²²⁶ Im Vollzugsrat distanzierte sich Richard Müller im Namen der Streikenden von den Unruhestifter*innen und den Täter*innen der Plünderungen. Die Kommunistische Partei warnte in einem Flugblatt vor Versuchen, die Bewegung auf Abwege und auf den Weg der »*Militärputsche*«¹²²⁷ zu führen.

Am 5. März verschärfte sich die Situation weiter, nachdem das Freikorps gegen eine Abteilung der Marinedivision am Lehrter Bahnhof interveniert hatte. Eine Delegation von Matrosen ging zur Polizeipräfektur und beanspruchte die Bewachung des Gebäudes, die sie als Garantie betrachteten. Von Lüttwitz weigerte sich. Einer der Parlamentäre, Rudolf Klöppel, wurde in den Rücken geschossen und getötet. Der Vorfall war entscheidend: Die Mehrheit der Matrosen wandte sich gegen das Freikorps und begann mit den Waffen in der Hand zu kämpfen, einige verteilten die

1220 Noske, a.a.O., S. 103.

1221 Ebenda, S. 104.

1222 Ill. Gesch. S. 361. Noske geht so weit, von »*zweiunddreißig angegriffenen Polizeistationen*« zu sprechen (a.a.O., S. 105).

1223 Benoist-Méchin schrieb die Plünderungen »*zweifelhaften Elementen*« zu, erklärte aber das Eingreifen von »*Provokateuren*« für wenig wahrscheinlich (S. 234 [deutsche Übersetzung, S. 198]). Die entgegengesetzte These in Ill. Gesch. S. 362.

1224 Noske, a.a.O., S. 106.

1225 Ill. Gesch. S. 363.

1226 Benoist-Méchin, a.a.O., I, S. 236. [deutsche Übersetzung, S. 199]

1227 Dok. u. Mat., II/3, S. 292.

ihnen zur Verfügung stehenden Waffenvorräte an die Menge¹²²⁸. Am 6. begannen von Lüttwitz' Truppen mit Panzern, Maschinengewehren, Mörsern und Artillerie einen Angriff auf den Marstall und das Gebäude der Marinedivision¹²²⁹. Die Kommunistische Partei unterstrich in einem Flugblatt, dass die bewaffneten Kämpfe das Werk der Matrosen und bestimmter Einheiten der republikanischen Verteidigung waren, die im Januar den Arbeiter*innen in den Rücken gefallen waren:

»Wir kämpfen für den Sozialismus gegen den Kapitalismus und seine Vertreter, diese kämpften für ihre militärischen Posten gegen ihre Soldherren mit denen sie unzufrieden sind. Das alles und noch mehr trennt uns. Wir können also getrost sagen: zwischen uns und den Kämpfern gibt es politisch keine Gemeinschaft.«¹²³⁰

Am gleichen Tag kam es in der Versammlung des Arbeiter*innenrates zu stürmischen Debatten. Die Unabhängigen schlugen vor, den Streik zu verhärten, indem sie ihn auf die Versorgung mit Wasser, Gas und Strom ausdehnten. Die sozialdemokratischen Delegierten widersetzten sich dem heftig; überstimmt verließen sie die Versammlung, traten aus dem Streikkomitee aus und starteten einen Aufruf zur Beendigung des Streiks, den sie durch Flugblätter und Plakate verbreiteten¹²³¹. Die Kommission der Berliner Gewerkschaften, die von den Mehrheitler*innen dominiert war, vertrat eine Position im gleichen Sinne. Beide Seiten prangerten eine von ihnen als »abenteuerlich« beurteilte Maßnahme an, die nur die Arbeiter*innenviertel treffen und den Streik dort unpopulär machen würde. Die Mehrheit verringerte sich. Richard Müller trat seinerseits aus dem Streikkomitee aus¹²³². Die Antwort der von Lüttwitz'schen Truppen kam sofort: Sie besetzten die Kraftwerke, die die Bürger*innenviertel versorgten, und ließen die Streikbrecherorganisation, die Technische Nothilfe, sie dort wieder in Betrieb nehmen¹²³³. Der Streik wurde niedergeschlagen, sowohl durch Noske als auch durch das Abfallen der Sozialdemokrat*innen. Am 7. erklärte sich die Vollversammlung der Räte für die Wiederaufnahme der Arbeit unter fünf Bedingungen: keine Maßregelungen infolge des Streiks, Freilassung aller wegen des Streiks Verhafteten, Räumung der militärisch besetzten Betriebe, Abzug

1228 Ill. Gesch. S. 362; Benoist-Méchin, a.a.O. S. 237. [deutsche Übersetzung, S. 199 f.]

1229 Ebenda, S. 237-239. [deutsche Übersetzung, S. 199-201]

1230 Das Flugblatt ist erwähnt in Ill. Gesch. S. 362, wiedergegeben in Noske, a.a.O. S. 110. Der sowjetische Historiker V. F. Tschelik (S. 187) setzt die Haltung der Zentrale der KPD(S) und Paul Levis während der Märztag in Berlin mit der der Münchner Kommunist*innen gleich, die letztere als »Putschisten« bezeichnen sollten; aber die von ihm angeführten Texte sind im Vergleich zu dem sonst bekannten Textkorpus nicht überzeugend (»Natschalo Martowskich boew 1919 w Berline«, Nojabr'skaja Revoljuzija, S. 169-198). Erinnern wir uns (vgl. Anm. 21), dass der Vertreter der kommunistischen Fraktion, der Linke Herfurt, der sich weigerte, im Streikkomitee zu sitzen, in den Diensten der Reichswehr stand, was der sowjetische Historiker zu ignorieren scheint.

1231 Ill. Gesch. S. 364.

1232 Ebenda.

1233 Coper, a.a.O. S. 241.

der Freiwilligenverbände aus Berlin, Aufhebung des Belagerungszustandes und der außerordentlichen Kriegsgerichte¹²³⁴.

Am Morgen des 8. Mai hörten die Kämpfe fast überall auf; die Freischärler*innen der Matrosen und Arbeiter*innen wurden aus dem Zentrum der Hauptstadt vertrieben, wo sie schon seit einiger Zeit von den Dächern schossen. Das Streikkomitee, das die Niederlage eingestand, gab nach ergebnislosen Gesprächen mit Noske¹²³⁵ den Befehl, die Arbeit ohne Bedingungen wieder aufzunehmen. Der letzte Sektor, in dem die Ordnung noch nicht vollständig wiederhergestellt war, war der von Lichtenberg, und es kursierten bereits beunruhigende Gerüchte über das Schicksal seiner Garnison. Am Morgen des 9. März wurde die Redaktion der »Berliner Zeitung am Mittag« von einem hochrangigen Militärbeamten informiert, dass das Polizeipräsidium in Lichtenberg gestürmt und seine siebzig Besatzungsangehörigen grausam abgeschlachtet worden seien. Da der Chefredakteur zögerte, eine solche Nachricht zu veröffentlichen, erhielt er einen zweiten Telefonanruf vom Rat Doyé, einem hohen Beamten im Innenministerium, der die Information bestätigte und ihre sofortige Veröffentlichung, gegebenenfalls in einer Sonderausgabe, forderte. Die Wahrheit ist, dass fünf Polizisten bei Straßenkämpfen den Tod gefunden hatten¹²³⁶. Doch Noske nutzte die angespannte und vermutlich gut vorbereitete Gelegenheit.

»Solche Gräueltaten und die Verlegung der Kämpfe bis in die Vororte veranlassten mich schließlich, folgenden Befehl herauszugeben: »Jede Person, die mit den Waffen in der Hand gegen Regierungstruppen kämpfend angetroffen wird, ist sofort zu erschießen.«¹²³⁷

Am Abend und am nächsten Tag, dem 10. März, tobte die Presse gegen die »Mörder.« Der »Vorwärts« erklärte, diese Entscheidung sei »die einzig mögliche Antwort auf die Gräueltaten von Lichtenberg«¹²³⁸. Die berittene Garde kündigte in einem Tagesbefehl an, dass sie jeden, der mit Waffen angetroffen wurde, auf der Stelle erschießen würde¹²³⁹. So inszeniert, begann das wirkliche Massaker, das einzige in dieser blutigen Woche, verübt genau von denen, die das imaginäre Massaker in Lichtenberg anprangerten. Noske gab in seinen Memoiren die Zahl von 1.200 zivilen Opfern zu¹²⁴⁰; die Revolutionär*innen gingen davon aus, dass die tatsächliche Zahl nahe bei 3.000 lag, darunter mehrere Hundert ohne Gerichtsverfahren Erschossene¹²⁴¹. Das

1234 Dok. u. Mat., II/3, S. 302-303.

1235 Ill. Gesch. S. 364.

1236 Ill. Gesch. S. 365; Benoist-Méchin, a.a.O. I, S. 241. [deutsche Übersetzung, S. 203 f.]

1237 Noske, a.a.O., S. 120 [tats. S. 109] Er sagt, dies sei die Quelle des »Gerüchts«, die Zahl der Opfer sei verzehnfacht worden.

1238 Benoist-Méchin, a.a.O. S. 242. [deutsche Übersetzung, S. 204] Noske, a.a.O., S. 109, zitiert nur den zweiten Teil des Satzes.

1239 Benoist-Méchin, a.a.O. S. 242. [deutsche Übersetzung, S. 204]

1240 Noske, a.a.O., S. 110.

1241 Ill. Gesch. S. 367. Benoist-Méchin, a.a.O., S. 247, schätzt die Zahl der zivilen Opfer auf 10.000.

sogenannte »Lichtenberger Massaker« hatte sein leider authentisches Gegenstück in der Erschießung von neunundzwanzig Matrosen mit Maschinengewehren, die überraschend verhaftet wurden, als sie ihren Sold abholen wollten¹²⁴². Der Exekutierende, Leutnant Marloh, wählte sie wegen ihres »intelligenten Aussehens« unter mehreren hundert Gefangenen aus, nachdem er von Oberst Reinhard den Befehl erhalten hatte, »in ausgiebigsten Maße von der Waffe Gebrauch zu machen und wenn er 150 Mann erschösse.«¹²⁴³ Noske wird schreiben:

»Eine solche schaurige Tat konnte nur in einer blutgeschwängerten Atmosphäre geschehen.«¹²⁴⁴

Unter der Masse der anonymen Opfer befand sich auch Leo Jogiches, der am 10. März verhaftet und von Brigadier Tamschik, dem Leiter der Polizeistation, wegen »Fluchtversuchs« erschossen wurde¹²⁴⁵.

Die Liquidierung der letzten Ausbrüche

Die Ruhr hatte die Arbeit in dem Moment wieder aufgenommen, als Mitteldeutschland in den Streik trat. Der Streik begann in Berlin, als die Arbeiter*innen von Mitteldeutschland in die Fabriken und Bergwerke zurückkehrten. Zur gleichen Zeit, als die letzten Kämpfe in der Hauptstadt abebbten, war die Ruhr erneut in Aufruhr.

Ab Anfang März starteten die Sozialdemokrat*innen, die unmittelbar nach den Wahlen aus der Neunerkommission ausgetreten waren, eine heftige Kampagne gegen diese und insbesondere gegen Karski¹²⁴⁶, dem sie vorwarfen, die Kommission im Namen bolschewistischer Interessen zur Sabotage der Kohlengruben zu orientieren, da sie gerade in dem Moment zum Streik aufriefen, als das Prinzip der Verstaatlichung eben durchgesetzt worden war¹²⁴⁷. Gleichzeitig arbeiten die bürgerlichen Garden und Freikorps daran, die härtesten Arbeiter*innenkerne zunichte zu machen¹²⁴⁸. Aber die soziale Temperatur stieg im gesamten März, in den Bergwerken und in der Metallindustrie¹²⁴⁹. Die Bergarbeiter*innengewerkschaft drohte, diejenigen auszuschießen, die an der für den 30. März in Essen einberufenen Rätekonferenz teil-

1242 Ill. Gesch. S. 369.

1243 Ebenda, S. 369-371 [Zitat S. 369]. Der Vergleich mit der Episode der Hinrichtung der Kommunisten auf Befehl von General de Galliffet ist frappierend.

1244 Noske, a.a.O., S. 110.

1245 Ill. Gesch. S. 367.

1246 Horst Schumacher, Sie nannten ihn Karski, S. 171-172; der Vorwärts vom 4. April wird von dem »russischen Bolschewisten Dr. Karski« sprechen.

1247 Ill. Gesch. S. 327.

1248 Ebenda, S. 328-329.

1249 Ebenda, S. 327.

nehmen würden¹²⁵⁰. Die 475 Delegierten, die 195 Schächte vertraten, beschlossen gegen acht Gegner*innen und in Anbetracht des Verrats der Januar-Bewegung durch die Gewerkschaftsorganisation, eine neue Organisation zu gründen, die Allgemeine Bergarbeiterunion. Sie beschlossen einstimmig einen Bergarbeiterstreik am 1. April, basierend auf denselben Forderungen, die während des Berliner Streiks im März erhoben worden waren¹²⁵¹. Sie wählten einen Zentralrat aus neun Mitgliedern, fünf Unabhängige, darunter Teuber, und vier Kommunist*innen¹²⁵². Der Generalstreik dauerte an der Ruhr den ganzen April über an und war von Repression geprägt, die »einfach und blutig« war, wie Rudolf Coper es formulierte¹²⁵³. Am 7. April wurde der Sozialdemokrat Severing zum Reichskommissar ernannt¹²⁵⁴. Am 9. April lässt Lichtschlag die neun in Essen verhaften¹²⁵⁵. In allen Versammlungen der Bergarbeiter*innengewerkschaft gab es starken Widerstand, die Zahl der Streikenden stieg laut Mehrheitler*innengewerkschaft von 158.592 am 1. April auf 307.205 am 10. Am 15. drangen die Freikorps mit der Waffe in der Hand in den Raum ein, in dem die neue klandestine Führung des Streiks tagte, schossen auf die Delegierten, die flohen, und verhafteten die anderen. Es gab fünfundvierzig Tote in Düsseldorf, Strafexpeditionen gegen Hagen und Remscheid, in Dortmund und Bochum, wo Hungerunruhen unterdrückt wurden. Der Widerstand der stark betroffenen Bevölkerung schwächte sich ab: Am 20. April gab es nicht mehr als 128.776 streikende Bergleute, und die Bewegung starb langsam ab¹²⁵⁶. Anfang Mai herrschte die Ordnung Hugenbergs, Vöglers, Krupps und Thyssens wieder an der Ruhr.

Sie würde bald über ganz Deutschland herrschen. Am 6. April ließ die sozialistische Regierung Alwin Brandes, einen unabhängigen Führer, und zwei seiner Genossen in Magdeburg verhaften. Die Arbeitermiliz, das »Wachtregiment«, das Artelt, der Anführer der Meuterer von Kiel im November, leitete, schlug mit der Verhaftung von zwei Geiseln, Minister Landsberg und General von Kleist, zurück¹²⁵⁷. Die Truppen General Maerckers marschierten zur Stadt, die sie am 10. besetzten, lösten eine Arbeiter*innendemonstration auf und töteten sieben Menschen¹²⁵⁸, befreiten die Geiseln, entwaffneten die Milizionär*innen und verhafteten die unabhängigen Führer*innen¹²⁵⁹.

Am 12. packten sie jedoch zusammen, ließen drei Bataillone zurück und machten sich auf den Weg nach Braunschweig, wo der Rat unter dem Anstoß des Unabhän-

1250 Ill. Gesch. S. 29-31.

1251 Dok. u. Mat., II//3, S. 343-344.

1252 Ill. Gesch. S. 329.

1253 Coper, a.a.O. S. 243.

1254 Ill. Gesch. S. 331.

1255 Ill. Gesch. S. 332.

1256 Ebenda, S. 333.

1257 Ebenda, S. 378, Benoist-Méchin, a. a. O., S. 283. [deutsche Übersetzung, S. 244]

1258 Ebenda, S. 286-287. [deutsche Übersetzung, S. 247]

1259 Ill. Gesch. S. 380.

gigen Sepp Oerter über feste Milizen verfügte und wo gerade ein Eisenbahnerstreik ausgerufen worden war¹²⁶⁰. Verstärkt durch die Marinebrigade Hauptmann Ehrhardts starteten die Jäger am Morgen des 17. den Angriff, und die Stadt fiel ohne Widerstand¹²⁶¹. Die Haupt-Revolutionsführer*innen wurden verhaftet, aber Eichhorn und Dorrenbach, die am Tag nach den Januartagen nach Braunschweig geflüchtet waren, entkamen den Freikorps zum zweiten Mal¹²⁶².

Bis die Reihe an das Arbeiter*innensachsen kam, ließ nicht lange auf sich warten. Am 12. April artete eine Demonstration von Kriegsversehrten in Dresden in Gewalt aus: Neuring, der ehemalige Vorsitzende des Arbeiter*innen- und Soldatenrates der Stadt, Kriegsminister in der sächsischen Regierung, weigerte sich, mit einer Delegation, der auch ein Kommunist angehörte, über ihre Forderungen zu diskutieren. Er wurde gelyncht und in die Elbe geworfen¹²⁶³. Noske erklärte den Belagerungszustand¹²⁶⁴. Von Magdeburg aus schickte General Maercker Oberstleutnant Faupel mit 1.500 Mann, der sich aber damit begnügte, Dresden zu befestigen, weil er seine Zahl für unzureichend hielt¹²⁶⁵. Seine Ankunft provozierte die Verhärtung der Leipziger Führer*innen: Unter dem energischen Zugriff eines »Fünferausschusses«, angeführt von Curt Geyer und seinem Parteigenossen, dem Gewerkschafter Arthur Lieberasch, bereiteten sie einen Widerstand vor, der die Ausrufung eines Generalstreiks beim ersten Angriff vorsah¹²⁶⁶. Leipzig, das angeblich von 60.000 bewaffneten Arbeiter*innenmilizionär*innen geschützt wurde, war vollkommen ruhig¹²⁶⁷. Die »Rote Fahne« und die Zentrale der KPD(S) hatten dort Zuflucht gesucht. Am 10. Mai, als man die Gefahr für beendet hielt, verkündeten die »Fünf« die Aufhebung des Alarmsystems. In der folgenden Nacht drangen Maerckers Jäger überraschend ein und besetzten die Stadt, wo sie den allgemeinen Proteststreik energisch brachen¹²⁶⁸. In ihrem Schwung nahmen sie am 19. Mai Eisenach ein¹²⁶⁹ und es gelang ihnen, Dorrenbach gefangen zu nehmen, der im Gefängnis von Moabit unter denselben Bedingungen wie Jogiches und von demselben Wärter erschossen wurde¹²⁷⁰. Dann machten sie Erfurt zunichte, das vom Arbeiter*innenrat unter dem Unabhängigen Petzold geleitet wurde¹²⁷¹.

Zu diesem Zeitpunkt hatte sich das Zentrum ihrer Tätigkeit jedoch nach Bayern verlagert. Die Ermordung Kurt Eisners hatte dort unter der Regierung des Sozial-

1260 Benoist-Méchin, a.a.O., S. 290 [deutsche Übersetzung, S. 248]; Kolb, a.a.O., S. 294-295.

1261 Ill. Gesch. S. 381; Noske, a.a.O. S. 127-129.

1262 Ill. Gesch. S. 381.

1263 Ill. Gesch. S. 382; Noske, a.a.O. S. 144-145.

1264 Noske, a.a.O., S. 145.

1265 Benoist-Méchin, a.a.O. S. 342. [deutsche Übersetzung, S. 295 f.]

1266 Aufruf der USPD von Leipzig zum Widerstand in Dok. u. Mat., II/3, S. 395-398.

1267 Kolb, a.a.O., S. 300.

1268 Ill. Gesch. S. 382.

1269 Ebenda, S. 382-383.

1270 Ebenda, S. 368.

1271 Mitchell, Revolution in Bayern, S. 305-307.

demokraten Hoffmann eine Zeit extremer Wirren eröffnet. Am 7. April wurde in München die Räterepublik von einer kuriosen Koalition ausgerufen, der Unabhängige, Anarchist*innen und sogar der Mehrheitler*innenminister Schnepfenhorst angehörten. Es konnte keine völlig zufriedenstellende Erklärung für diese seltsame Initiative gegeben werden, und die These der Provokation kann noch nicht völlig ausgeschlossen werden. Die kürzlich unter der energischen Leitung Eugen Lévinés¹²⁷² reorganisierten Kommunist*innen von München, prangerten diese »Maskerade«, diese »Pseudo-Räterepublik« an, die keine andere Perspektive als einen ungleichen Kampf hatte und einen günstigen Vorwand für die Intervention der Freikorps liefern würde.

Unter diesen Bedingungen ist es schwer zu verstehen, warum die Kommunist*innen als Reaktion auf einen versuchten konterrevolutionären Putsch in München am 13. April die Verteidigung der Rätewacht in München aufnahmen¹²⁷³, während sich die Perspektiven durch die Tatsache, dass die Kommunist*innen die Mehrheit in den Betriebsräten der bayerischen Hauptstadt errungen hatten, nicht grundlegend veränderten. Ein von Leviné geleitetes Exekutivkomitee nahm die Organisation einer aussichtslosen Verteidigung in die Hand¹²⁷⁴. Ein Erfolg der bayerischen »Roten Armee«, angeführt von dem Dichter Ernst Toller, veranlasste die Regierung Hoffmann, die Freikorps aufzurufen. Die Münchner Revolutionär*innen, bis zum letzten Moment von Streitigkeiten zerrissen, die sie mit einem Putsch zu lösen versuchen, kämpfen erbittert gegen die Männer des Generals von Oven, unter denen sich die Marinebrigade Ehrhardt auszeichnet. Die Soldaten räumten die letzten Widerstandsnester mit Flammenwerfern auf¹²⁷⁵.

Die Exekution von zehn monarchistischen Verschwörern in den letzten Stunden und die Verhaftung von mehreren hundert Honoratioren der Stadt als Geiseln auf Befehl des jungen kommunistischen Befehlshabers der Roten Armee, Rudolf Egelhofer, wird die Legende von Massenerschießungen von Geiseln durch diese neuen »Kommunarden« nähren und hier die gleiche Rolle spielen wie das »Lichtenberger Massaker« in Berlin. Mehrere hundert bayerische Revolutionär*innen wurden ohne Prozess hingerichtet, darunter Egelhofer und Gandorfer, Landauer wurde zu Tode geprügelt. Toller und Mühsam, der anarchistische Dichter, wurden zu schweren Strafen verurteilt. Leviné, der als bolschewistischer Agent dargestellt wurde, wurde von

1272 Ebenda, S. 309. Am 18. März hatte ihm die von Levi geleitete Zentrale geschrieben, dass es unbedingt notwendig sei, jeden Vorwand für eine militärische Intervention zu vermeiden (Brief der Zentrale, ebenda, S. 308). Leviné war am 5. März in München eingetroffen und hatte dort die Partei gesäubert, indem er sie auf der Grundlage der Fabrikzellen reorganisierte und der engen Zusammenarbeit mit den Anarchist*innen ein Ende setzte, die vor ihm unter der Leitung von Max Levien betrieben wurde (Ebenda, S. 308).

1273 Mitchell, a.a.O. S. 318-320; Beyer, Von der Novemberrevolution zur Räterepublik in München, S. 93-97.

1274 Beyer, a.a.O., S. 97-102.

1275 Ill. Gesch. S. 396; Benoist-Méchin, a.a.O. I, S. 335-337. [deutsche Übersetzung, S. 289-291]

einem Kriegsgericht angeklagt, zum Tode verurteilt und erschossen¹²⁷⁶. Vor seinen Richtern sprach er den berühmten Satz aus: »*Wir Kommunisten sind alle Tote auf Urlaub!*«¹²⁷⁷

Jahrelang wird die Propaganda der Massenblätter und der Rechten die Münchner Revolution zum Schreckgespenst des großen Revolutionsabends machen, an dem Kriminelle und Verbrecher sich entfesseln und München, Bastion der Reaktion, wird in der Folge zur Wiege des Nazismus.

Mit der Räterepublik in München scheint die deutsche Revolution, die am 7. November 1919 begann, ein letztes Mal aufgeleuchtet zu haben. In Wirklichkeit vererbte die ganze revolutionäre Nachkriegswelle, ohne dass sie über die Territorien der besiegten Länder hinaus geschwappt wäre. Mit ihr verschwanden die in dieser Zeit genährten Illusionen über die Leichtigkeit der Machtübernahme.

Die friedliche Ausrufung der Sowjetrepublik Ungarns mit Bela Kun am 21. März 1919 hatte für einen Moment den Anschein erweckt, dass sich die europäische Revolution wie ein Lauffeuer ausbreiten würde. In Österreich, das mit Arbeiter*innenräten überzogen war, wo sich die Sozialdemokrat*innen ebenfalls weigerten, die Macht für die Räte zu beanspruchen, und sich der »Nationalversammlung« anschlossen¹²⁷⁸, schien die Kommunistische Partei mit Riesenschritten voranzukommen und wuchs zwischen März und Mai von 10.000 auf 50.000 Mitglieder¹²⁷⁹; eine Slowakische Sowjetrepublik wurde ausgerufen¹²⁸⁰. Aber wie Yvon Bourdet schreibt,

»[durch]ihre Weigerung, die Macht zu übernehmen, unterbrachen die österreichischen Sozialisten die Kette der sozialen Revolution; hätten sie anders gehandelt, so wären die drei proletarischen Republiken gegenseitig gestärkt worden und hätten zweifellos einen unwiderstehlichen revolutionären Elan hervorgerufen, der sich in ganz Europa ausgebreitet hätte.«¹²⁸¹

Weder die österreichischen Kommunist*innen noch die ungarischen Kommunist*innen sind in der Lage, diese gegebene Tatsache zu verstehen. Bela Kun – dem allerdings die russischen Kommunist*innen später die mit den ungarischen Sozialdemokrat*innen erreichte Einigkeit vorwerfen sollten – versuchte, den Lauf der Geschichte in Wien zu erzwingen. Mitte Mai traf sein Abgesandter Ernst Bettelheim, ein eifriger Neubekehrter nach dem Vorbild der deutschen Linksradiكالen, in Wien ein, ausgestattet mit großen Geldsummen und behauptete, im Namen der Kommunisti-

1276 Mitchell, a.a.O., S. 330-331; Beyer, a.a.O., S. 136-138.

1277 Die Aktion, 1919, S. 485. Seine Rede vor dem Gericht ist soeben neu veröffentlicht worden in Die Münchner Räterepublik, Zeugnisse und Kommentare, herausgegeben von Tankred Dorst, S. 157-167. Hier, S. 167.

1278 Darstellung von Yvon Bourdet in Max Adler, Demokratie und Arbeiterräte, S. 33-35.

1279 L. Laurat, »Le Parti Communiste Autrichien«, Contributions à l'histoire du Komintern, S. 77.

1280 Ebenda.

1281 Yvon Bourdet, a.a.O. S. 32.

schen Internationale zu handeln. Am 26. Mai erwirkte er von einem erweiterten Zentralkomitee die Bildung eines dreiköpfigen »Direktoriums«, das die Machtergreifung vorbereiten sollte. Das von ihm inspirierte »revolutionäre Soldatenkomitee« bereitere den Aufstand für den 15. Juni vor, dem von der Waffenstillstandskommission festgelegten Termin für eine massive Reduzierung der Zahl der Arbeiter*innenmilizen¹²⁸². Aber am 13. begannen die sozialdemokratischen Führer*innen, nachdem sie Wind von dem Komplott bekommen hatten, ihre präventiven Vorbereitungen. Otto Bauer, der Staatssekretär für Auswärtige Angelegenheiten war, erwirkte von den Alliierten, dass sie auf die Klausel über die teilweise Entwaffnung der Milizen verzichteten, die dem Aufstand bewaffnete Truppen von Milizionären, die Arbeitslosigkeit fürchteten, zur Verfügung stellen würde¹²⁸³. Auf Initiative von Friedrich Adler verurteilte der Wiener Arbeiter*innenrat – in dem die Kommunist*innen nur eine Minderheit, ungefähr ein Zehntel, ausmachten – den geplanten Aufstand, und noch am selben Abend sagte der kommunistische Vorstand ihn trotz Bettelheims ab¹²⁸⁴. Vergeblich telegraphierte Bela Kun: »Ich habe alles vorbereitet.« und »Es ist eine Lebensfrage, dass die Sache gelingt.«¹²⁸⁵ Die kommunistischen Führer*innen beschlossen, statt des geplanten Aufstands eine große Demonstration zu organisieren. Doch die landesweite Verhaftung von mehreren hundert kommunistischen Aktivist*innen in der Nacht vom 14. auf den 15. verwandelte diese Demonstration in einen Aufstand, bei dem es zwanzig Tote und Hunderte Verletzte gab¹²⁸⁶.

Die Niederlage in Wien verurteilte die »Budapester Kommune.« Mit unüberwindlichen Schwierigkeiten auf wirtschaftlichem Gebiet kämpfend, ohne Erfahrung, an der Gurgel gepackt vom Widerstand der Bäuerinnen und Bauern gegen die Maßnahmen des Kriegskommunismus, von einer Konterrevolution, die sich ihrer Unterstützung von außen sicher war, eng bedrängt von den alliierten Armeen, die sogar in ihrem Hauptquartier Agent*innen hatten, endete die Regierung von Bela Kun am 1. August mit dem Rücktritt durch den Budapester Sowjet. Wenige Tage später drangen rumänische Truppen in die ungarische Hauptstadt ein, wo die Regierung von Admiral Horthy installiert wurde: der Weiße Terror begann¹²⁸⁷.

Die Ordnung herrschte von neuem in ganz Mitteleuropa: Die Verbindung zwischen der deutschen, österreichischen und ungarischen Revolution und der russi-

1282 Laurat, a.a.O. S. 77.

1283 Ebenda, S. 78; Bourdet, a.a.O., S. 34.

1284 Laurat, a. a. O., S. 78-81; Bourdet, a. a. O., S. 35.

1285 Nach O. Bauer, Die Österreichische Revolution, S. 140-142, und E. Bettelheim, Der Kampf, 1919, S. 646-649, nach Julius Braunthal, Geschichte der Internationale, II, S. 162.

1286 Laurat, a. a. O., S. 78-81; Bourdet, a. a. O., S. 35. Was als »Bettelheimerei« bezeichnet werden wird, wurde bereits am 30. Oktober in der »Roten Fahne« einer scharfen Kritik von Arnold Struthahn – in Wirklichkeit Karl Radek – unterzogen, der seine Angriffe gegen diese »putschistische« und dem Kommunismus fremde Konzeption in Nr. 9 der »Kommunistischen Internationale« unter dem Titel »Die Lehren eines Putschversuches« entwickeln wird.

1287 Borkenau, a.a.O., S. 130-133.

schen Revolution war nicht erreicht worden. Dennoch geht in ganz Europa – und besonders in Deutschland – die während des Krieges begonnene Organisierung der Revolutionär*innen weiter, und die Verzögerung dieses Prozesses erscheint vielen als eine der wesentlichen Ursachen für diese blutige Niederlage.

Kapitel XIV: Stabilisierung in Deutsch- land und Weltrevolution

Während in Deutschland die erste Phase der Revolution mit Gewehren und Flammenwerfern erledigt wurde, nahm die Kommunistische Internationale Gestalt an. Vom Tag nach der Novemberrevolution an versuchten die Bolschewiki tatsächlich, die Grundlagen dafür zu schaffen. Die Gründung der Kommunistischen Partei Deutschlands stellte für sie die notwendige und hinreichende Bedingung für ihre Existenz dar¹²⁸⁸ und ihre Proklamierung war die erste zu erfüllende konkrete Aufgabe. Die für die Verbreitung von Schriften und Personen erforderliche Zeit würde diese formelle Gründung jedoch bis nach der Ermordung der wahren Gründer*innen der deutschen Partei hinausschieben.

Im Dezember kam Eduard Fuchs, Rechtsanwalt und Mitglied des Spartakusbundes, mit einem Brief von Rosa Luxemburg an Lenin in Moskau an¹²⁸⁹. Wenige Tage später ergriff letzterer die ersten Initiativen, die zum Treffen der internationalen sozialistischen Konferenz führen sollten, die zum Gründungskongress der Kommunistischen Internationale¹²⁹⁰ erklärt wurde. Dennoch war der Weg nicht direkt. Rosa Luxemburg, die von der historischen Notwendigkeit einer neuen Internationale überzeugt war, meinte in der Tat, dass die Zeit noch nicht gekommen sei. Zwei Tage vor dem Gründungskongress der KPD(S) hatte sie nach Eberleins Aussage ihre Opposition gegen eine sofortige Proklamation ausgedrückt:

Die »Gründung einer neuen aktionsfähigen Internationale setze das Vorhandensein wenigstens einiger revolutionärer Parteien in Westeuropa voraus. Die sofortige Gründung in einer Zeit, in der in Wirklichkeit erst eine kommunistische revolutionäre Partei bestehe (...) bedeute eine Schwächung des Gedankens einer revolutionären Internationale.«¹²⁹¹

1288 Siehe Kapitel VIII.

1289 Ruth Stoljarowa, »Der Aufruf« zum 1. Kongress der KI«, ZfG, Nr. 11, 1968, S. 1397. Der Text des Briefes, datiert vom 20. Dezember 1918, wurde am 2. Februar 1919 in der Prawda veröffentlicht.

1290 Siehe seinen Brief an Tschitscherin vom 27. oder 28. Dezember 1918, veröffentlicht in Bd. 50, S. 227-230 der 5. russischen Ausgabe von Lenins Werken; dargestellt von A. Reisberg, BzG, Nr. 5, 1965, S. 838-842.

1291 Eberlein, »Spartakus und die III. Internationale«, Inprekorr, Nr. 28, 29. Februar 1924, S. 307.

Diese nach der Ermordung Rosa Luxemburgs von Leo Jogiches vertretene Sichtweise herrschte in der Zentrale vor, als sie Anfang Januar über die Antwort auf die Einladung der bolschewistischen Partei zur internationalen Konferenz in Moskau beriet¹²⁹². Die von ihr dorthin entsandten Delegierten¹²⁹³ wurden angewiesen, gegen die Gründung der neuen Internationale zu stimmen, und wurden sogar – laut Ernst Meyer¹²⁹⁴ – angewiesen, den Kongress zu verlassen, falls sie trotz des Widerstands der deutschen Partei proklamiert werden sollte. Angesichts der Kommunikationsschwierigkeiten und der Aufgaben, die die Leitung der jungen Partei belasteten, gelangte Eberlein schließlich als einziger nach Moskau, wo er unter dem Pseudonym Max Albert an der Arbeit der Konferenz teilnahm und gegen eine Gründung Stellung bezog, die seine Partei für verfrüht hielt¹²⁹⁵. Er erzählt:

»Besonders die Genossen der russischen Partei, an ihrer Spitze Trotzki, Bucharin und Rakowski, versuchten mit größtem Eifer, mich von der Notwendigkeit der sofortigen Gründung zu überzeugen (...). Bis Lenin entschied, dass von der sofortigen Gründung abgesehen werden müsse, wenn die deutsche Partei ihre Zustimmung nicht gäbe.«¹²⁹⁶

Offenbar entschied ein Zufall anders. Eine leidenschaftliche Rede des österreichischen Kommunisten Steinhardt, der nach der Eröffnung eintraf und den revolutionären Aufschwung in Mitteleuropa schilderte, ein neuer leidenschaftlicher Appell Rakowskis, die Nachricht von der Ermordung Leo Jogiches' und vor allem der Druck dieser begeisterten Versammlung vermochten Eberlein zu beugen, der sich bei der entscheidenden Abstimmung einfach enthielt¹²⁹⁷. Die Kommunistische Internationale wurde gegründet. Sie hat Sinowjew zum Präsidenten und Moskau zum Hauptquartier, zwei Tatsachen, deren Bedeutung zu dieser Zeit niemand voraussieht, weil alle dasselbe denken wie Trotzki:

»Wenn heute das Zentrum der Dritten Internationale Moskau ist, dann – wir sind davon zutiefst überzeugt – wird sich dieses Zentrum morgen nach Westen verlagern: nach Berlin, Paris, London. So freudig das russische Proletariat die Vertreter der Weltarbeiterklasse in den Mauern des Kremls empfangen hat, wird es seine Vertreter mit noch größerer Freude zum zweiten Kongress der Kommunistischen Internationale in eines der westeuropäischen Zentren schicken. Denn ein internationaler kommunistischer Kongress in Berlin oder Paris bedeutet den

1292 Weber, Der Deutsche Kommunismus, S. 198, Fn. 54.

1293 Nach der traditionellen Version gab es zwei Delegierte, Eberlein und Leviné. Nach einer Aussage von Levines Witwe sollte Leviné nicht als Delegierter, sondern als Vertreter von Rosta nach Moskau gehen (Weber, Die Wandlung, I, S. 30).

1294 Bericht 5..., S. 27.

1295 Der I. Kongress der K.I., S. 76.

1296 Eberlein, a.a.O., S. 307.

1297 Der I. Kongress, S. 134.

vollständigen Triumph der proletarischen Revolution in Europa und damit in der ganzen Welt.«¹²⁹⁸

Für die bolschewistischen Aktivist*innen wie für die Mehrheit der revolutionären Aktivist*innen in der Welt ist die deutsche Revolution in den ersten Monaten des Jahres 1919 nicht untergegangen und wird in ihrer ganzen Kraft wieder auferstehen. Das einzige Problem ist das der Verzögerung.

Radeks Einschätzung

Von allen bolschewistischen Führer*innen ist Karl Radek der einzige, der eine direkte Kenntnis der ersten Phase der deutschen Revolution hat, deren Zeuge er zum Teil war. Nachdem sein Haftregime gelockert worden war, schrieb er am 11. März aus seiner Zelle an den Schriftsteller Alfons Paquet, der zu dieser Zeit in Sowjetrußland unterwegs war. Nachdem er gesagt hatte, dass er dem Januaraufstand ablehnend gegenüberstand – weil *»die Eroberung der politischen Macht von unserem Standpunkt nur dann möglich ist, wenn wir die Mehrheit der Arbeiterklasse hinter uns haben«*¹²⁹⁹ –, bestand er auf dem, was ihm im Verlauf der deutschen Revolution am meisten auffiel. Die Massen haben sich instinktiv an der Organisation von Arbeiter*innenräten orientiert, an den richtig sowjetischen Formen. Das Phänomen ist umso bemerkenswerter, als keine wirkliche Propaganda zugunsten der Räte in der Tiefe betrieben wurde. Unter solchen Bedingungen kann seiner Meinung nach die Niederlage der Revolution nicht den Massen selbst angelastet werden, sondern nur den Bedingungen, unter denen sie kämpfen mussten, in diesem Fall dem Fehlen einer Organisation,

*»weil es in Deutschland an einer großen revolutionären Partei fehlt - die Kommunisten sind erst eine Richtung, keine Partei mit Tradition, wie wir in Rußland 1917 waren.«*¹³⁰⁰

Der Vergleich mit der russischen Revolution ermöglicht es seiner Meinung nach, die spezifischen Probleme der laufenden deutschen Revolution besser zu erfassen:

»Niemals haben wir solche Kämpfe zugelassen wie die im Januar oder jetzt, die sinnlos Blut und Gut vergeuden, denn wir hatten Autorität bei den Massen, hielten sie in den Händen. Die deutschen Kommunisten haben sie noch nicht in den Händen, darum das wüste Schießen, Toben. Dann bei uns waren die Massenorganisationen, Gewerkschaften, von Geburt revolutionär, aus der Revolution geboren.

1298 »Iswestija«, 1. Mai 1919. [eigene Übersetzung nach Л. Троцкий. Сочинения. Том 13. Москва-Ленинград, 1926]

1299 Vollständig wiedergegebener Brief in der Einleitung von Alfons Paquet, Der Geist der russischen Revolution, S. [VI-XII, hier S.] VII.

1300 Ebenda, S. VIII.

Die deutschen Gewerkschaften, der Stolz der deutschen Arbeiterklasse, die Zusammenfassung ihres Organisationsgenies, sie waren in einer Epoche der politischen Versumpfung und wirtschaftlichen Aufstieges geboren, darum reformistisch. Das Organisationsvermögen stellt sich nicht in den Dienst der Revolution, darum muss sie, bevor sie sich neue Organisationsorgane schafft, so chaotisch verlaufen. Noch mehr: das Organisationserbe der deutschen Arbeiterklasse, die s[ozial]d[emokratische] Partei und Gewerkschaften stellen sich auf die Seite des Bürgertums, sie sind die Grundlage der Konterrevolution. Die Revolution ist darum das wild tobende Element. Weiter: wir gingen zur Macht durch den Kampf um den Frieden, die Armee stand darum auf unserer Seite, darum konnte sich das Bürgertum nicht so wehren, wie es dies in Deutschland tun wird, gestützt auf eine Söldnertruppe. Und schließlich ist das Bürgertum in Deutschland viel stärker als es das russische war.«¹³⁰¹

Diese Situation bedeutet in seinen Augen nicht, dass die Revolution in Deutschland keine Chance auf einen Sieg hat, sondern dass der Kampf dort viel länger dauern wird:

Der »Bürgerkrieg wird in Deutschland viel, viel erbitterter, zerstörender sein als in Russland. Sie kennen mich zu gut, um nicht zu wissen, mit welch schweren Gefühlen ich das schreibe.«¹³⁰²

Die Hoffnung liegt in der Aussicht auf die Weltrevolution, die mit dem unvermeidlichen Aufstieg der revolutionären Welle in den siegreichen Ländern wiederbelebt wird:

Niemand »kann wissen, in welchem Tempo die Dinge in den Ententeländern gehen werden. Inzwischen wird die deutsche und russische Arbeiterklasse sich zusammenfinden. Nicht zum gemeinsamen Krieg gegen die Entente, wie ich es noch im Oktober annahm, denn die Entente kann schon keinen Krieg mehr führen, und die Revolution braucht ihn nicht (...) Die Desorganisationselemente werden in Deutschland, wenn einmal eine energische Arbeiterregierung kommt, schneller überwunden werden, eben dank der Gewohnheit zur Organisation, die nur nach Formen ringt.«¹³⁰³

»Diese Aussicht ist das einzige, was dem Menschen erlaubt, Herr der Eindrücke zu werden, mit denen mich der Blutvergiß ohne Ende und ohne sichtbares Ziel bestürmt.«¹³⁰⁴

1301 Ebenda, S. VIII-IX.

1302 Ebenda, S. IX.

1303 Ebenda, S. X.

1304 Ebenda, S. [X-]XI. Dieser Brief wurde geschrieben, während Noskes Unterdrückung des Märzstreiks auf das Berliner Proletariat hernieder fiel.

Die Weimarer Republik

Tatsächlich nahm die deutsche Republik in den ersten sechs Monaten des Jahres 1919 Gestalt an, während der »Tour« der Freikorps Noskes. Aber in gewisser Weise war die Verfassung der Weimarer Republik eine Fortsetzung der Novemberrevolution, die Frucht des Vorstoßes von Millionen deutscher Arbeiter*innen, einschließlich derer, die Ebert und Noske für ein einheitliches und demokratisches Deutschland vertrauten.

Man kann in der Tat als erste Konsequenz der Novemberrevolution die Vollendung der gescheiterten bürgerlichen Revolution aus der Mitte des 19. Jahrhunderts sehen. Denn die Weimarer Verfassung gab sich nicht damit zufrieden, die Einheit des Reiches zu »retten«, sie »*weihte, stärkte und festigte sie*«, wie es der Mann, der ihren Entwurf inspirierte, Hugo Preuss, formulierte¹³⁰⁵. Sie machte Deutschland zu einem einheitlichen, dezentralisierten Staat, der aus einer kleineren Anzahl von Ländern bestand, deren Behörden für lokale Angelegenheiten zuständig waren. Die Reichsregierung erhielt die Verantwortung für die Innen- und Außenpolitik, die Finanzen, das Postwesen, die Wasserstraßen und die Eisenbahnen.

Die Vollendung der bürgerlichen Revolution zeigte sich auch in der Organisation des politischen Lebens. Die Verfassung garantiert die in ihr aufgezählten Grundrechte: die Gleichheit vor dem Gesetz, die Unverletzlichkeit der Person und des Wohnortes, das Brief-, und Fernsprechgeheimnis, die Gedanken- und Meinungsfreiheit, die Presse- und Versammlungsfreiheit, die Vertretung von Minderheiten und das allgemeine Wahlrecht.

Die gesetzgebende Gewalt ist auf zwei Versammlungen verteilt. Der Reichsrat setzt sich aus Delegierten der Länder zusammen, die von ihren Regierungen ernannt werden, die ihrerseits aus den in allgemeiner Wahl gewählten Landtagen entspringen. Seine Befugnisse wurden auf ein aufschiebendes Veto reduziert. Ein Wirtschaftsrat, der Reichswirtschaftsrat, befasste sich mit Wirtschafts- und Sozialgesetzen, die er auch initiierte: Die Arbeiter*innen- und Angestelltengewerkschaften waren ebenso vertreten wie die Unternehmer*innenverbände. Die Sozialdemokrat*innen sahen in seiner Gründung den Beweis für den sozialen Charakter der neuen Demokratie. In jedem Fall war es der Reichstag, der in legislativen Angelegenheiten Vorrang hatte. Er wurde für vier Jahre in allgemeiner Wahl von Bürger*innen beiderlei Geschlechts, die mindestens zwanzig Jahre alt waren, nach einem Verhältniswahlrecht mit landesweiter Verteilung der Reststimmen gewählt. Ihm sind die Minister und der Kanzler verantwortlich.

Aber die Machtbefugnisse des Reichspräsidenten sind beträchtlich. Er wird, wie der Reichstag, von der Gesamtheit der deutschen Wähler*innen für eine Amtszeit

¹³⁰⁵ Zitiert nach S. Benaerts, L'Unité allemande [Die deutsche Einheit], S. 158. [dort ohne deutschsprachige Quellenangabe]

von sieben Jahren gewählt und kann wiedergewählt werden. Er ernennt den Kanzler und auf dessen Vorschlag die verschiedenen Minister. Er verkündet die Gesetze, kann aber vorher ein Referendum verlangen, wenn er es für wünschenswert hält oder wenn ein Zehntel der Wählerschaft es verlangt. Er ist der Chef der Diplomatie, der Bürokratie und der Armee. Artikel 48 der Verfassung gibt ihm die Möglichkeit, eine echte Diktatur auszuüben und macht ihn zum wirklichen Nachfolger des Kaisers: Er kann per Dekret den Belagerungszustand ausrufen, Ausnahmegerichte einsetzen, alle für die Sicherheit des Reiches nötigen Maßnahmen ergreifen und den Reichstag auflösen. In der Tat hatten die leitenden Klassen und ihre Speerspitze, die Armee, in der präsidentialen Institution ihre Sicherungen untergebracht: Alle demokratischen Bestimmungen waren letztlich nur Nebenklauseln im Lichte des Artikels 48, der dem Staat genügend Macht ließ, um jeden revolutionären Versuch oder auch nur jede besorgniserregende demokratische Entwicklung im Rahmen der Verfassung zu brechen. So fanden Noskes Freikorpstour, die Märzrepression in Berlin und später die Errichtung der Hitlerdiktatur im Rahmen der Verfassung statt, die von ihren Verteidiger*innen damals als »*die demokratischste der Welt*« dargestellt wurde.

Die Regierungskoalition

Wie ihre Rolle seit 1918 voraussehen ließ, standen die Mehrheitssozialdemokrat*innen im Zentrum des politischen Lebens in dieser Versammlung, in der sie eine Mehrheit beansprucht hatten. Tatsächlich gewann die sozialdemokratische Partei am 19. Januar mit 11.500.000 Stimmen von 30.000.000 Millionen Wählern nur 39 Prozent der Sitze. Aber es kommt nicht in Frage, dass ihre rechten Partner*innen sie in einer solch unruhigen Lage aus der Verantwortung der Macht entlassen. Sie sind ihrerseits entschlossen, weiterhin »*Verantwortung zu übernehmen*«, was parlamentarische Koalitionen mit den bürgerlichen Parteien bedeutet. Letztere zeigten ihr Wohlwollen, denn Friedrich Ebert wurde mit 277 von 328 Stimmen zum Reichspräsidenten gewählt. Der erste Kanzler in seiner Nachfolge war Philipp Scheidemann, gefolgt von ihrem Parteigenossen Bauer. Die sozialdemokratischen Minister*innen waren in diesen Kabinetten in der Minderheit, aber Noske behielt das entscheidende Kriegsministerium unter diesen beiden Kanzlern.

Nicht alle bürgerlichen Kräfte nahmen daran teil. Auf der extremen Rechten verfügten die Deutschnationalen durch Helfferich von der Deutschen Bank, Hugenberg, dem Direktor der Krupp-Firmen, über enorme finanzielle Ressourcen und eine mächtige Informationspresse. Die Volksparteiler*innen zeigten denselben Konservatismus, denselben Nationalismus, denselben Antisemitismus, waren aber mehr damit beschäftigt, die Möglichkeit guter Geschäftsbeziehungen mit den Entente-Ländern zu eröffnen. An ihrer Spitze standen weitere Industriemagnaten, Hugo Stinnes, dessen Konzern seine Tentakel ausstreckte, der Bankier Riesser, Präsident des Han-

sebundes, der Bankier Cuno, Ballins Nachfolger an der Spitze der Hamburg-Amerika-Linie, und vor allem Gustav Stresemann, der ehemalige Generalsekretär der Sächsischen Industriellenvereinigung. Auch sie hatten enorme Informations- und Propagandaressourcen zur Verfügung.

Die parlamentarische Mehrheit der Kabinette Scheidemann und Bauer ging von den Demokraten aus; ihre Klientel erstreckte sich eher auf das Kleinbürgertum, obwohl auch sie von Unternehmern, Bankiers wie Melchior und Dornburg, und Vertretern der beiden großen Elektrizitätspotentaten, Walter Rathenau von der AEG und Karl Friedrich von Siemens, geführt wurden. Das Zentrum wurde zur Christlichen Volkspartei und blieb die Partei der Kirche, die die Klassenkollaboration und die »*Interessengemeinschaft*« zwischen Unternehmer*innen und Arbeiter*innen propagierte, insbesondere durch die christlichen Gewerkschaften. Ihre Zeitungen, »*Germania*«, »*Kölnische Volkszeitung*« werden in allen Gesellschaftsschichten, auch unter den Arbeiter*innen, gelesen. Ihre Leiter waren Männer aus dem mittleren Bürgertum, Mathias Erzberger, Josef Wirth, Fehrenbach.

Die neue Koalition stand vor ernsthaften Schwierigkeiten. Infolge der Blockade wurde Deutschlands Platz auf dem Weltmarkt von den Alliierten eingenommen. Der Wirtschaftsorganismus, der während des Krieges bis an die Grenzen belastet worden war, war erschöpft, und das Ende der Feindseligkeiten offenbarte das Ausmaß der Verwüstung. Es gibt keine militärischen Aufträge mehr, um die Bemühungen der Industrie zu unterstützen, während die Masse der Demobilisierten die Menge der Arbeitslosen anschwellen lässt. Die Maschinen sind abgenutzt. Das Kapital hat zu fliehen begonnen, die Haushaltsbelastung ist erdrückend geworden. Die Konzentration nahm Züge eines wahnsinnigen Gigantismus an: Das Vermögen der Thyssen und Krupps verfünffachte sich während des Krieges, das von Stinnes stieg von dreißig Millionen auf eine Milliarde Mark. Tatsächlich waren die »*Barone*« des Großkapitals die Herren in Deutschland und diktierten ihre Bedingungen einer parlamentarischen Koalition, die keinen anderen Ausweg hatte, als sich zu beugen. Bald wurden die sozialen Maßnahmen, die nach der Novemberrevolution beschlossen worden waren, durch die steigende Inflation untergraben und durch die wachsende Arbeitslosigkeit zunichte gemacht. Die Masse des deutschen Volkes zahlt den erdrückenden Preis des Krieges, und die Revolution bleibt auf der Tagesordnung, auch wenn die Schwierigkeiten der Aufgabe jetzt vor aller Augen stehen.

Eine nur aufgeschobene Revolution

Auch für die Bolschewiki ist die deutsche Revolution nur aufgeschoben. Sie denken 1919 noch wie Lenin, der im Jahr zuvor vor dem Allrussischen Sowjetkongress ausrief:

Wir »sind nicht nur ein schwaches und nicht nur ein rückständiges Volk, wir sind das Volk, das es verstanden hat – nicht dank besonderen Verdiensten oder historischer Vorbestimmung, sondern dank einer besonderen Verkettung historischer Umstände –, das es verstanden hat, die ehrenvolle Aufgabe zu übernehmen, das Banner der internationalen sozialistischen Revolution zu erheben. (Beifall.)

Ich weiß sehr gut, Genossen, und ich habe es wiederholt offen ausgesprochen; dass dieses Banner sich in schwachen Händen befindet und dass die Arbeiter des rückständigsten Landes es nicht behaupten werden, wenn ihnen nicht die Arbeiter aller fortgeschrittenen Länder zu Hilfe kommen werden. Die sozialistischen Umgestaltungen, die wir vollbracht haben, sind in vielem unvollkommen, schwach und unzulänglich: sie werden den westeuropäischen fortgeschrittenen Arbeitern ein Hinweis sein, die sich sagen werden: »Die Russen haben das Werk, das begonnen werden musste, nicht so begonnen.«¹³⁰⁶

Es ist interessant, Lenins Sichtweise mit der Analyse von Paul Levi aus dem Jahr 1919 zu vergleichen. Indem er die tiefe Radikalisierung einer proletarischen Avantgarde in Deutschland trotz der Passivität der Mehrheit der Arbeiter*innen feststellt, unterstreicht er die Macht der Bedingungen, die die Weltrevolution tragen:

»Es sind die objektiven Umstände, die ein Proletariat, das so wenig für die Revolution begabt und so wenig zu ihr geneigt ist wie das deutsche Proletariat, mit eiserner Kraft zur Revolution getrieben haben.«¹³⁰⁷

Indem er die Bilanz der ersten deutschen Welle zieht, präzisiert er

»In Deutschland wird sich das Schicksal der Weltrevolution entscheiden, und zwar nicht wegen irgendeiner eingebildeten Überlegenheit des deutschen Proletariats, sondern weil die deutsche Bourgeoisie auch nach der Revolution vom 9. November durch ihr Organisationstalent, ihre Macht und ihre Brutalität so gefährlich geblieben ist wie vorher (...) und dass sie nur noch gefährlicher wurde, indem sie sich das neue und verführerische Gewand der Sozialdemokratie anzog. (...) Gerade wegen der Gefahr, die der deutsche Militarismus und die deutsche Bourgeoisie für die Weltrevolution darstellen, betrachten wir Deutschland auch heute noch als das Herz der Weltrevolution, als den Boden, auf dem sich ihr Schicksal entscheiden wird.«¹³⁰⁸

1306 Œuvres, Bd. XXVII, S. 193. [»Referat über die Ratifizierung des Friedensvertrags«, 14. März 1918, Lenin, Werke, Band 27, S. 160-178, hier S. 176 f. Der Text in den »Werken« wirkt am Schluss etwas verstümmelt. In den »Sämtlichen Werken« lautet das fiktive Zitat: »Die Russen haben die Sache nicht so angefangen, wie es notwendig gewesen wäre.«]

1307 »La marche de la Revolution en Allemagne«, Revue communiste, n° 2, April 1920, S. 142.

1308 Ebenda. [Wir konnten keine deutsche Version des Artikels finden. Am ehesten besteht Ähnlichkeit mit folgenden Passagen: »Deutschland ist und bleibt das Herz der Weltrevolution. Nicht nur, weil es vor dem Kriege die straff organisierte kapitalistische Wirtschaft hatte, nicht um seiner Proletarier willen, die vor

In einem Artikel in der »Prawda« versucht Trotzki im Frühjahr 1919 dennoch, das zu erklären, was die Bolschewiki jetzt die »Verzögerung« der deutschen Revolution nennen. Die Analogie zur russischen Revolution beiseite schiebend, unterstreicht er, dass der entscheidende Faktor für das Scheitern der ersten Welle die Rolle der Sozialdemokratie war:

»Die Geschichte zeigte der Welt wieder einmal einen ihrer dialektischen Widersprüche: gerade weil die deutsche Arbeiterklasse in der vergangenen Epoche den größten Teil ihrer Energie auf selbstgenügsamen Organisationsaufbau verwendete (...), erwies sie sich in einer neuen Epoche, im Moment des Übergang zum offenen revolutionären Machtkampf organisatorisch extrem wehrlos.«¹³⁰⁹

Für ihn wie für Radek ist es also das Fehlen einer mit der bolschewistischen Partei vergleichbaren kommunistischen Partei, die den eigenständigen Charakter der deutschen Revolution erklärt:

»Sie muss nicht nur um die Macht kämpfen, sondern auch im Prozess dieses Kampfes ihre Organisationen gründen und ihre zukünftigen Führer schulen. Es stimmt, unter den Bedingungen der Revolutionsära wird diese Erziehungsarbeit mit fiebriger Geschwindigkeit ausgeführt, aber es braucht dennoch Zeit, um sie zu erzeugen. In Ermangelung einer zentralisierten revolutionären Partei mit der Autorität einer Kampfführung, die in den arbeitenden Massen allgemein anerkannt ist, in Ermangelung einer in der Praxis getesteten, durch die Erfahrung bestätigten proletarischen Bewegung von führenden Kampfeinheiten und Führern in den Zentren und Bezirken, nahm die Bewegung des Proletariats, die auf den Straßen ausbrach, notwendigerweise einen chaotischen, kriechenden Charakter an. Diese aufflammenden Streiks, Aufstände und Kämpfe sind die einzige Form der offenen Mobilisierung der Kräfte des deutschen Proletariats, befreit von der Unterdrückung der alten Partei, und zugleich der einzige Weg, neue Führer auszubilden und eine neue Partei aufzubauen.«¹³¹⁰

Aber das Wichtige ist, unterstreicht er, dass dieser Aufbau nicht bei Null anfängt: Der historische Besitzstand, die proletarische Tradition, die marxistische Prägung

und – man muss leider sagen – im Kriege das Höchstmaß von Organisierungsfähigkeit gezeigt: sondern um seiner Bourgeoisie willen. Die deutsche Bourgeoisie ist den Schlägen vom Juli und November 1918, den Schlägen Fochs und der Revolution [...] nicht erlegen. Sie hat noch größere Organisationsfähigkeit gezeigt als das Proletariat. Sie hat sich wieder aufgerichtet aus der nur linden Betäubung. Sie hat die Zügel der Herrschaft sich nicht entreißen lassen. Sie hat die Diener von gestern zu Knechten von heute gemacht. Sie hat militärisch sich neue Kräfte geschaffen. Sie hat die Noske-Garden aus der Erde gestampft. [...] Deutschland ist heute das Herz der Weltrevolution, weil die deutsche Bourgeoisie das Herz der Gegenrevolution geworden oder geblieben ist.« (Die Abrechnung, Die Internationale, Jg. 1, Heft 4, 21. Juni 1919, S. 2-5, hier S. 3 f., Nachdruck in »Ohne einen Tropfen 1/2, S. 1116-1119, hier S. 1117))

1309 Prawda, 23. April 1919; The First Five Years of the CI, I, S. 45. [Auf deutsch in Leo Trotzki, Die deutsche Revolution, Manifest Verlag, S. XX-YY, hier S. XY]

1310 Ebenda, S. 46.

der sozialdemokratischen Bewegung bleiben bestehen. Auf ihnen wird letztlich das Fundament der neuen Partei ruhen:

»Das politische und kulturelle Niveau der deutschen Arbeiter, ihre organisatorischen Fertigkeiten und Fähigkeiten sind sehr hoch.« Jetzt »werden Zehntausende von vorübergehend blinden, betrogenen und terrorisierten Arbeiterführern aufgeweckt und aufgerichtet.«¹³¹¹

Die Truppen der siegreichen Revolution von morgen, die Masse der fortgeschrittenen Arbeiter*innen, werden von den Kommunist*innen in der unabhängigen sozialdemokratischen Partei gewonnen werden, über die Trotzki schreibt:

»Wenn die historische Bestimmung der unabhängigen Kautsky-Haase-Partei ist, Schwankung in die Reihen der Regierungspartei zu tragen und ihren verängstigten, verzweifelten oder empörten Elementen Schutz zu bieten, dann wird auf der anderen Seite eine der Folgen der stürmischen Bewegung, in der unsere Spartakus-Brüder eine solche heroische Rolle spielen, die fortwährende Zerstörung der Linken der Unabhängigen Partei sein, von der die besten, selbstlosesten Elemente in die kommunistische Bewegung hineingezogen werden.«¹³¹²

Der Sieg der Revolution liegt am Ende dieser Rückeroberung:

»Die hartnäckige, nicht aufhörende, immer wieder aufflammende, kriechende Revolution nähert sich dem kritischen Moment, in dem sie, nachdem sie alle zuvor mobilisierten und für den Kampf geschulten Kräfte gesammelt hat, dem Klassenfeind den letzten tödlichen Schlag versetzen wird.«¹³¹³

Tiefe Bewegungen in der Arbeiter*innenklasse

Eines der Elemente, die es ermöglichen, die Bedeutung der Meinungsumschwünge innerhalb der deutschen Arbeiter*innenklasse in dieser Periode zu messen, findet sich in den Ergebnissen der Parlamentswahlen vom 19. Januar.

Die erste Feststellung ist, dass der vom Gründungskongress der KPD(S) beschlossene linksradikale Boykott völlig gescheitert ist. Es gab etwa 36 Millionen Wähler*innen, zweieinhalb Mal mehr als 1912, von denen etwa zwei Drittel zum ersten Mal wählten, und 54 Prozent von ihnen waren Frauen: mehr als 83 Prozent der Wähler*innen nahmen an der Abstimmung teil – ein höherer Prozentsatz als bei den vorherigen Abstimmungen und auch bei den folgenden¹³¹⁴.

1311 Ebenda, S. 47.

1312 Ebenda.

1313 Ebenda.

1314 Drabkin, a.a.O. S. 543.

Das zweite ist das Scheitern der Prognose, die von Eberts Anhänger*innen vor den Wahlen, während ihrer Kampagne für die Einberufung der Nationalversammlung, gemacht wurde: Mit 13.800.000 Stimmen erhielten die beiden »sozialistischen« Parteien weniger Stimmen als die bürgerlichen Parteien zusammen, die 16.500.000 Stimmen erhielten. Es ist wahr, dass diese Wahlen nach ein paar Monaten einer »sozialistischen« Regierung stattfanden, die in vielerlei Hinsicht enttäuschend war. Aber die wirklichen Ursachen für den Sieg der bürgerlichen Parteien sind die gleichen, die die Gegner*innen der Nationalversammlung im November und Dezember angeprangert hatten. Die großen kapitalistischen Unternehmen trugen ohne aufs Geld zu schauen zum »Wahlfonds« bei, den sie seit 1908 eingerichtet hatten: Allein die vier Großbanken, Deutsche Bank, Dresdner Bank, Darmstädter Bank und Disconto-Gesellschaft, zahlten nicht weniger als dreißig Millionen Mark in die Wahlkassen der verschiedenen Parteien¹³¹⁵. Zudem fanden die Wahlen in einer Atmosphäre der Repression unter dem Regime des Belagerungszustandes statt, und Noske erinnert in seinen Memoiren an das bezeichnende Bild, das der Arbeiter*innenvorort Neukölln am Wahlsonntag bot, als auf den Plätzen Maschinengewehre im Einsatz waren und in den Straßen Militärpatrouillen mit gezogenen Gewehren zirkulierten¹³¹⁶.

Vergleicht man jedoch die Ergebnisse der Vorkriegswahlen, so zeigt die Abstimmung vom 19. Januar trotz der ungünstigen Umstände einen starken Linksruck: Die beiden sozialdemokratischen Parteien erhielten zusammen 46 Prozent der Stimmen, während die vereinigte sozialdemokratische Partei von 1912 bestenfalls 34,8 Prozent erreicht hatte. Noch interessanter ist der Vergleich zwischen den einzelnen Bezirken.

Auf dieser Ebene ist die erste Bemerkung, die M. Drabkin, einem aufmerksamen Beobachter der Wahlstatistik, macht, der beeindruckende von der Mehrheitssozialdemokratischen Partei in den weniger industrialisierten ländlichen Gebieten im Vergleich zu den Wahlen von 1912 vollbrachte Fortschritt: 50,1 Prozent in Ostpreußen gegenüber 14,8, 34,2 Prozent in Westpreußen gegenüber 9,7, 41 Prozent in Pommern gegenüber 24. Zweitens erlitt Eberts Sozialdemokratie in einigen der wichtigsten Industrieregionen sehr schwere Verluste. Im Bezirk Halle-Merseburg, wo die SPD 1912 42,6 Prozent der Stimmen erhalten hatte, erreichte sie im Januar 1919 nur noch 16,3 Prozent, während die Unabhängigen 44,1 Prozent erreichten. In Leipzig wurden aus den 35 Prozent der sozialdemokratischen Stimmen von 1912 20,7 Prozent für die Mehrheitler*innen und 38,6 Prozent für die Unabhängigen. In Düsseldorf lagen die jeweiligen Anteile 1912 bei 42 Prozent, 1919 bei 34,6 und 22,5 Prozent; in Thüringen waren die entsprechenden Zahlen 47,5, 34,6 und 22,5 Prozent. In diesen Industrieregionen übersteigt die Summe der sozialdemokratischen Stimmen die absolute Mehrheit, aber sehr oft ist es die unabhängige Partei, die den größten Anteil an den Stimmen der Arbeiter*innen erhält. Besonders aussagekräftig sind unter die-

¹³¹⁵ Ebenda, S. 539.

¹³¹⁶ Noske, Von Kiel bis Kapp, S. 75.

sem Blickwinkel die Wahlergebnisse in Berlin, wo die Sozialdemokratische Partei 1912 noch 75,3 Prozent der Stimmen erhalten hatte und nun nur noch 36,4 Prozent erhielt, während die Unabhängigen 27,6 Prozent bekamen. In den Arbeiter*innenbezirken Wedding und Friedrichshain hatten die beiden Parteien etwa gleich viele Stimmen. Drabkin unterstreicht diese doppelte Bewegung der Stimmen der SPD, die in den ländlichen Gebieten zunahm, in den Industrieregionen aber abnahm und von den Unabhängigen ernsthaft herausgefordert wurden, und schloss, dass der Einfluss der kleinbürgerlichen SPD-Wähler*innen wuchs¹³¹⁷.

Auch wenn diese Bemerkung begründet ist, steht ein Teil der Arbeiter*innenklasse hinter Eberts Partei, vor allem in den Kleinstädten. In den großen Industriezentren begannen die Unabhängigen, Mehrheiten aus der Arbeiter*innenklasse für ihre Kandidat*innen zu gewinnen und untergruben einige der stärksten Positionen des Gegners. Die wichtige Tatsache ist, dass in dieser Periode, an deren prekärer Stabilisierung niemand zweifelt, die Kommunistische Partei, die sich im Verborgenen und in der Krise befindet, anscheinend aus dem Rennen ist.

1317 Drabkin, a.a.O. S. 546-547.

Kapitel XV: Die Kommunistische Partei nach dem Januar 1919

Die Niederschlagung der Januar-»Erhebung« versetzte der Kommunistischen Partei Deutschlands einen schweren Schlag. In den folgenden Monaten engagieren sich ihre Aktivist*innen an allen Fronten, in der vordersten Reihe aller Kämpfe, ohne Koordination, ohne Zentralisierung: Trotz der Proklamierung der KPD(S) hat die deutsche Arbeiter*innenklasse noch keine revolutionäre Partei, nur verstreute Abteilungen, die eine im Januar gewählte Führung nicht zu homogenisieren vermag.

Paul Levi

Die Zentrale wird in den ersten Märztagen neu konstituiert. Der Mann, der die Nachfolge des großen Toten vom Januar antrat, Paul Levi, war relativ neu in der Bewegung, aber er war, zumindest im Moment, nicht umstritten. Er ist aus einer jüngeren Generation als die Gründer von Spartakus – er ist erst sechsunddreißig Jahre alt –, der Sohn eines Bankiers aus Hechingen. Vor dem Krieg Jurist in Frankfurt, trat er schon früh in die Sozialdemokratische Partei ein und wurde zum Gemeinderat gewählt. Zu einem wirklichen Aktivisten wurde er jedoch erst, nachdem er im September 1913 Rosa Luxemburg kennengelernt hatte, für die er im Prozess um ihre Bockenheimer Rede als Verteidiger auftrat¹³¹⁸. Sie führte ihn in den inneren Kreis der Revolutionär*innen ein, die den Burgfrieden ablehnten. Eingezogen, war er einer der ersten Korrespondenten der am Abend des 4. August geborenen Gruppe und wurde in der Armee sehr hart behandelt¹³¹⁹. Noch in Uniform war er einer der zwölf Delegierten der Konferenz, die am 5. März 1915 in Piecks Wohnung in Berlin stattfand¹³²⁰. Ende 1916 ging er ausgemustert in die Schweiz. Der Empfang, den er in internationalistischen Emigrantenkreisen fand, zeigte, dass er in der deutschen revolutionären Bewegung als eine wichtige Figur angesehen wurde. Er äußerte eine starke Feindseligkeit nicht nur gegenüber den Sozialchauvinist*innen, sondern auch gegenüber den Zentrist*innen, was ihn zu einem interessanten Element für die Bol-

1318 Ch. Beradt, Paul Levi, S. 12-15.

1319 Eingesetzt in einer Territorialeinheit in den Vogesen, trat er in einen langen Hungerstreik gegen die »disziplinarischen« Zustände in seiner Einheit (Ebenda, S. 17).

1320 Bartel, a.a.O. S. 222.

schewiki machte¹³²¹. Lenin, der in seiner Korrespondenz gewisse Tendenzen bei ihm beklagt, die man später »linksradikal« nennen würde¹³²², wird Jahre später, nach seinem endgültigen Bruch mit dem Kommunismus, schreiben, dass

»ich Levi durch Radek in der Schweiz im Jahre 1915 oder 1916 kennengelernt habe. Levi war schon damals Bolschewik.«¹³²³

Es war tatsächlich Radek, der ihn bei Lenin und Sinowjew einführte. Im Dezember 1916 gehörte er zusammen mit Guilbeaux und Sokolnikow zu den Gründern der »internationalen sozialistischen Gruppe«, die die Zeitschrift »La nouvelle Internationale« herausgab, einer Zeitschrift mit einem bedeutenden Titel¹³²⁴. Er wurde Paul Hartstein, und unter diesem Namen trat er auf Vorschlag Sinowjews am 1. Februar auf der Oltener Konferenz in das Büro der Zimmerwalder Linken ein¹³²⁵. Ein wertvoller Kontakt, sowohl für Radek, diesen Geächteten der deutschen Arbeiter*innenbewegung, als auch für Lenin, der noch immer eine Brücke nach Deutschland sucht. Levi zeigte sich in der Diskussion von 1917 als Verbündeter der Bolschewiki, da er sich in den Spalten der »Arbeiterpolitik«¹³²⁶ für die Spaltung und den Bruch mit den Zentrist*innen aussprach. Er unterzeichnete das Manifest der Internationalisten für Lenins Abreise, kehrte dann nach Deutschland zurück, wo er einer der Herausgeber*innen der Spartakusbriefe und ein Leiter der Gruppe wurde.

Nach der Novemberrevolution war er als Mitglied der Zentrale Redakteur der »Roten Fahne« und einer der besten spartakistischen Redner*innen. Er war es, der Radek empfing – mit dem ihn ein monatelanges Zusammenleben und Kameradschaft in Davos verband¹³²⁷ – und die Wiederaufnahme des Kontakts zwischen dem bolschewistischen Gesandten und den spartakistischen Führer*innen ermöglichte¹³²⁸. Auf dem Gründungsparteitag wurde ihm die undankbare Aufgabe übertragen, den Bericht über die Nationalversammlung zu präsentieren – was ihn zur Lieblingszielscheibe der Linksradikalen machte, die ihn beschuldigten, sich um einen Abgeordnetensitz zu bemühen. Im Januar hielt er Kontakt zu Radek und versuchte, die

1321 Guilbeaux, Du Kremlin au Cherche-Midi, S. 106.

1322 Euvres, Bd. XXXV, S. 271. [Brief an Inès Armand, Dezember 1916, Werke, Band 35, S. 244 f., hier S. 245]

1323 Ebenda, Bd. XXXII, S. 549. [Werke, Band 32, »Brief an die deutschen Kommunisten«, Werke, Band 32, S. 537-548, hier S. 541]

1324 Guilbeaux, a.a.O. S. 108; Gankin und Fisher, The Bolsheviks and The World War, S. 565. Ihre erste Ausgabe enthielt einen Leitartikel Loriots »Vers la IIIe Internationale« [Auf dem Weg zur Dritten Internationale] (La nouvelle Internationale, Nr. 1, 1. Mai 1917).

1325 Guilbeaux, a.a.O., S. 127; zu seiner Anwesenheit das Zeugnis Münzenbergs, zitiert von Gankin und Fisher, a.a.O., S. 538.

1326 Siehe Kapitel V.

1327 Nach einem von Ch. Beradt, a.a.O., S. 19, zitierten privaten Brief lebten Levi und Radek zusammen und waren beide zufällig im Dorf, als sie vom Beginn der russischen Revolution erfuhren. Levi, der gerade anfang, Russisch zu lernen, hörte, wie Radek seiner Frau verkündete: »Revoluzzia [sic!] w Rossii.«

1328 Radek, November ... S. 132-133, bezeugt die Tatsache, dass Levi ihn allen vorgestellt hat.

Zentrale davon zu überzeugen, dass sie die abenteuerliche Politik Liebknechts und Piecks klar verurteilen sollte¹³²⁹. Er wurde wie Pieck, Eberlein und Jogiches verhaftet, konnte aber wie diese wenige Stunden nach der Ermordung Luxemburgs und Liebknechts, von der er zu Beginn eines Verhörs erfuhr, seine Freiheit wiedererlangen¹³³⁰. In den folgenden Tagen wurde er zusammen mit Jogiches zu einer der tragenden Säulen der Ermittlungen in dem Doppelmord und nach dessen Tod zu seinem einzig möglichen Ersatz. Am Tag nach dem sogenannten »Lichtenberger Massaker« setzten die Freikorps ein Kopfgeld von 20.000 Mark auf ihn aus¹³³¹.

Innerhalb der Partei warf man ihm seinen großbürgerlichen Lebensstil vor – die Haushälterin, die seine Tür öffnete¹³³², seinen raffinierten Geschmack, seine Sammlung chinesischer Jade¹³³³, seine Leidenschaft für Ägyptologie, die wissenschaftlichen Ausgaben antiker Texte, die er aus dem Text las und in seinen Reden aus dem Gedächtnis zitierte, seine Vorliebe für Anspielungen auf die römische Geschichte, von den Gracchen bis Catilina – und dann seinen Donjuanismus¹³³⁴, eine gewisse intellektuelle Arroganz, hochmütige Manieren, Empfindlichkeit und Mangel an Wärme in Beziehungen. Doch in diesen dramatischen Stunden für die kleine Partei zählen nur seine Qualitäten, seine Intelligenz und Kultur, sein moralischer Mut, sein Verantwortungsbewusstsein. Er trägt die Last der illegalen Aufgaben wie einen Klotz am Bein, aber er erledigt sie besser als andere. Seine Autorität und seine Aktivität erzwingen es: In seinen Händen liegt ab März die Führung der Partei¹³³⁵.

Er gehörte zu denjenigen, die die Januar-Aktion für einen monumentalen Fehler hielten. Wahrscheinlich war er es, der zu diesem Thema schrieb und aus Parteipatriotismus die Verantwortung für die Affäre allein Ledebour zuschob:

»Er wollte die Übernahme der ›Regierung‹ in einem Zeitpunkt, in dem so ungefähr sämtliche Voraussetzungen für die Diktatur des Proletariats fehlten, das Proletariat

1329 Siehe Kapitel IX.

1330 S. Levi, »Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht zum Gedächtnis«, Der Klassenkampf, Nr. 2, 15. Januar 1919, S. 33.

1331 Protokoll des III. Kongresses (Zetkin), S. 296.

1332 Ypsilon, Stalintern, S. 44.

1333 Radek, Soll die VKPD ..., S. 105

1334 H. Gruber, »Paul Levi and the Komintern«, Survey, Nr. 53, Oktober 1964, S. 70, spricht von der Anwesenheit »junger Frauen in Pelzmänteln, von denen sich mehr als eine Witwenkleidung hätte tragen können« bei seiner Beerdigung und weist darauf hin (ebd., S. 85, Fn. 24), dass »Levi der revolutionäre Held eines politischen Romans ist, der durch sein Sexuelleben kompromittiert wird: Heinz Pol, Entweder oder? (Bremen, 1929).« [Gruber unterstellte offenbar, dass die literarische Figur »Edwin Sander« Levi nachempfunden ist]

1335 Radek versuchte nach Levis Bruch mit der KPD, sein Handeln zu minimieren. In Soll die VKPD ... erklärt er, dass er nur deshalb die führende Rolle in der Zentrale spielte, weil Jogiches wegen seinen Bedingungen als Ausländer gezwungen war, im Verborgenen zu bleiben, und ab März, weil Thalheimer, ein »bedächtiger Theoretiker«, kein Redner war (S. 101). Dennoch räumt er ein, dass er nach Jogiches Tod »die Verantwortung für die Leitung« hatte, und dass er überzeugt werden musste ... um sie zu behalten (S. 101-102).

nämlich noch zum Teil hinter Scheidemann, zum Teil hinter Haase und zum Teil hinter – Ledebour herging. In einer solchen Situation einer revolutionären Aktion ein Ziel geben, das – wie man an den fünf Fingern abzählen kann – nicht gehalten werden konnte, nennen wir Putschismus.»¹³³⁶

Er hatte gerade die Führung der illegalen Partei übernommen, als er aus Leipzig, wo die Zentrale nach der Blutwoche in Berlin gerade Zuflucht gesucht hatte, am 27. März einen mit seinem Schweizer Pseudonym Paul Hartstein unterzeichneten Brief an Lenin schrieb¹³³⁷. Darin schildert er die Lage, die Verzweiflung und Ohnmacht des Proletariats, die kalte Entschlossenheit der Weißgardisten, die revolutionäre Bewegung auszurotten, und vor allem die Gefahren, die dieser durch ihre eigenen Taten drohen:

Wir »tun im einzelnen Falle alles uns Mögliche, um die Leute davon zurückzuhalten, der Regierung irgendeine Möglichkeit zum Blutvergießen zu geben. (...) Es ist in Deutschland immerhin eine syndikalistische Strömung in gewissem Umfang vorhanden: Es ist manchmal nicht leicht, unsere Leute von solchen Torheiten zurückzuhalten. Zumal wir auch innerhalb unserer Organisation gewisse Versuche aus jenem Lager haben, die direkt auf Staatsstreiche innerhalb unserer Organisation hinausliefen.«¹³³⁸

Er informiert Lenin über die Fortschritte, die die unabhängige Partei in den letzten Monaten gemacht hatte, teilte ihm aber auch Einzelheiten über die Komplizenschaft ihrer Führer mit Ebert mit, als befürchte er, dass die Russ*innen auf die Manöver der Unabhängigen, die öffentlich Sympathiebekundungen für die russische Revolution ablegten, hereinfliegen würden, und äußerte den Wunsch, dass die Bolschewiki die Politik Kautskys und der unabhängigen Partei klar verurteilen würden.

Zwei Tage zuvor, bei der Bekanntgabe der Ausrufung der ungarischen Räterepublik in Budapest, drückte er seine Besorgnis in einem impliziten Vergleich mit dem Berliner Aufstand aus:

»Die neue Revolution in Ungarn, die die bourgeoise Demokratie durch die Räteregierung ersetzt, ist nicht der unmittelbare Siegespreis einer Schlacht, die das ungarische Proletariat der ungarischen Bourgeoisie und dem ungarischen Junkertum geliefert. Sie ist nicht das Ergebnis eines Ringens des Proletariats mit der Bourgeoisie, in dem diese Niedergerungen ward, sondern sie ist die einfache Folge davon, dass die ungarische Bourgeoisie – man kann kein anderes Wort gebrauchen

1336 »Die Rote Fahne« 15. Januar und 5. September 1920. [Nachdruck a.a.O., hier S. 1438]

1337 Nachlass Paul Levi. P 55/4 [nach der Signatur der Friedrich-Ebert-Stiftung Mappe 43 in Box 19]; vollständig wiedergegeben in S. Levi, Zwischen Spartakus und Sozialdemokratie, S. 19-22. [Nachdruck in Paul Levi, Ohne einen Tropfen Lakaienblut I/2, S. 997-999, hier S. 997]

1338 Ebenda, S. 20.

– *verreckt ist. Sie ist in Schmach und Schande untergegangen, und das einzige, was bleibt, ist das Proletariat.*«¹³³⁹

Die in Budapest erreichte Einigung zwischen den Kommunist*innen und den Sozialdemokrat*innen, die sich zur Räterediktatur bekannten, schien ihm ein schlechtes Omen zu sein:

»Auch am Anfang dieser Revolution steht die ‚Einigung aller Sozialisten‘. Auch die Lumpen, die wie die Ebert-Scheidemann das deutsche so das ungarische Proletariat verraten haben, schwärmen jetzt für Räterepublik und für die Diktatur des Proletariats.

Das ist die Gefahr, die schon heute die ungarische Revolution umlauert, und die wir aufzeigen müssen, um unserer Brüder in Ungarn wie um der deutschen Bewegung willen.«¹³⁴⁰

Er billigte auch nicht die Entscheidung der von Leviné geleiteten Münchner Kommunist*innen, unter den gegebenen Umständen eine Räteregierung zu errichten, deren einzige Stütze sie waren, entgegen den gegebenen Anweisungen. Er schreibt an die Schweizer Kommunist*innen:

»Wir glauben, dass unsere Münchner Genossen sich doppelt geirrt haben, erstens, weil sie sich dazu haben hinreißen lassen, diese Karikatur einer Räterepublik zu verteidigen, über die sie zunächst gelacht hatten (...), und zweitens, indem sie zugelassen haben, dass diese defensive Aktion ohne jede Notwendigkeit in eine offensive Aktion umgewandelt wurde, da sie sich nicht damit begnügten, den Staatsstreich zu verhindern, sondern zur Diktatur der Räte übergingen, ohne sich im Geringsten um den Rest des Landes zu kümmern.«¹³⁴¹

Bald würde er eine Gesamtbewertung vornehmen:

»Ein Irrweg war der Glaube, ein paar stürmende Vortruppen des Proletariats könnten das Werk des Proletariats vollenden. Berlin und Leipzig, Halle und Erfurt, Bremen und München haben diesen Putschismus durch die Tat widerlegt und haben gezeigt: Nur die gesamte Klasse der Proletarier in Stadt und Land kann die politische Macht über die Bourgeoisie [...] gewinnen.«¹³⁴²

1339 »Freiheit«, Hanau, 24. März 1919, zitiert von Levi selbst in »Die Lehren des Ungarischen Revolution«, Die Internationale, Nr. 24, 24. Juni 1920, S. 32. [Nachdruck in Paul Levi, a.a.O., S. 1812-1923, hier S. 1813, der Originalartikel »Ungarn« ist nachgedruckt in a.a.O., S. 992-996, Zitat S. 993 f.]

1340 Ebenda, S. 33. [Nachdruck a.a.O., Originalartikel a.a.O., S. 994]

1341 Le Phare, Nr. 1, 1. September 1919, S. 29-30. [Anscheinend ist der Text keine genaue Übersetzung des Artikels »Münchener Erfahrungen. Die Kehrseite« oder eines anderen in »Ohne einen Tropfen ...« veröffentlichten oder im Nachlass Paul Levi vorhandenen Textes]

1342 »Reinigung«, Die Internationale, Nr. 15/16, 1. November 1919, S. 283. [Nachdruck a.a.O., S. 1252-1247, hier S.

Seine Erfahrungen mit der Partei führten ihn zu dem Schluss, dass die Bedingungen ihrer Gründung im Dezember 1918 ihre Entwicklung stark behindert hatten. Die Spartakist*innen waren nun von den Hunderttausenden von Arbeiter*innen, die sich der unabhängigen Partei angeschlossen hatten, abgeschnitten¹³⁴³, hatten sich aber andererseits die Hände mit abenteuerlichen, linksradikalen Elementen, den »Putschisten«, gebunden, die er durch ihre Unerfahrenheit, ihre Leichtfertigkeit, ihre Ungeduld für die Niederlagen von 1919 und für die traurige Lage der Partei verantwortlich machte, deren Illegalität sie daran hinderte, die wahre Arbeiter*rinnenvorhut für den Kommunismus zu gewinnen. Sehr schnell wird er sich fragen, wie er den Fehler des Gründungskongresses korrigieren kann, wie er die anarchistelnden oder syndikalistischen Elemente aus der Partei eliminieren kann, wie er den Kontakt mit den Arbeiter*innen wieder finden kann.

Heinrich Brandler

Levi ist nicht der einzige seiner Meinung in der jungen Partei: Die Überlebenden der Zentrale sind mit ihm, mit der möglichen Ausnahme Paul Frölichs, der sich dennoch mit der Zentrale gegen ihre linksradikalen Gegner*innen solidarisiert¹³⁴⁴. Er hat die volle Unterstützung Clara Zetkins, die in Übereinstimmung mit den im Dezember mit Rosa Luxemburg und Jogiches getroffenen Vereinbarungen bis zum unabhängigen Parteitag im März wartete, um mit ihr zu brechen und der KPD(S) beizutreten¹³⁴⁵. Er hat offenbar auch die uneingeschränkte Unterstützung der größten lokalen Organisation, der von Chemnitz. In dieser sächsischen Arbeiter*innenstadt beschlossen die Aktivist*innen der unabhängigen Partei im Januar tatsächlich mit 1.000 gegen 3 Stimmen, mit ihrer Führung zu brechen und die kommunistische Partei hinter ihren örtlichen Leitern, Fritz Heckert und Brandler, beide alte Spartakisten, zu sammeln. Im Monat März, als die unabhängige Exekutive begann, wieder eine lokale Organisation in Chemnitz aufzubauen, hatte die Kommunistische Partei dort bereits mehr als 10.000 Aktivist*innen¹³⁴⁶. Sie war nicht, wie in den anderen Zentren, eine kleine aktivistische Minderheit, sondern alles in allem eine Partei der Massen, die wichtige Aufgaben in der Arbeiter*innenklasse – insbesondere in der

1343 Innerhalb des Berliner Arbeiter*innenrats, in dem alle unabhängigen Mandatsträger*innen aus dem Kreis der revolutionären Obleute stammende linke Unabhängige waren, waren sie Zielscheibe von Angriffen und Beleidigungen seitens der Kommunisten, wie aus einem mit »Markovski« unterzeichneten Bericht hervorgeht, der im September an Bucharin gerichtet war, von der Polizei beschlagnahmt und laut Deutscher Allgemeiner Zeitung in der Freiheit vom 25. Oktober 1919 wiedergegeben wurde. Es handelt sich wahrscheinlich um Frau Markovski, die bereits in Kapitel IV erwähnt wurde.

1344 Im September veröffentlichte er eine Broschüre über »Die syndikalistische Krankheit« (nach Freiheit, 20. November 1919).

1345 Protokoll des III. Weltkongresse, S. 668.

1346 Walter Berthold, »Die Kämpfe der Chemnitzer Arbeiter gegen die militaristische Reaktion im August 1919«, BzG, Nr. 1, 1962, S. 127[-138].

Baugewerkschaft – wahrnahm. Das Chemnitzer Parteiorgan »Der Kämpfer« bezieht Stellung gegen das, was es »Abenteuer« nennt, und verteidigt in der unmittelbaren Zukunft eine Politik der Einheit der Arbeiter*innen in der Aktion, wie man insbesondere im Juli lesen kann:

»Putsche, Krawalle, Revolten helfen nicht, sondern stützen nur die Gegenrevolution. Einheitliche, zielklare Arbeit zur Zusammenfassung der jetzt politisch aktionsunfähigen Arbeiterklasse ist der schwierige, aber einzig erfolgversprechende Weg.«¹³⁴⁷

Heinrich Brandler ist der Führer der Kommunist*innen von Chemnitz: Der achtunddreißigjährige Maurer ist ein Veteran der sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaftsbewegung; er ist der einzige, der seit November 1918 die Erfahrung in den Arbeiter*innenräten einer kommunistischen Massenorganisation machte. In offener Opposition zu den Linksradikalen des utopistischen Flügels der Partei, getreu der spartakistischen Tradition der Suche nach der Einheit der Klasse durch den Kampf und in Übereinstimmung mit der bolschewistischen Theorie der Sowjets, schreibt er, dass die Arbeiter*innenräte das Mittel sind, um die Arbeiter*innenklasse zu vereinigen und gleichzeitig ihr Endziel, den Kommunismus, zu erreichen:

*»Diese Einheit der Arbeiter*innenklasse wird erst Ergebnis des siegreichen Machtkampfes selbst sein. Sie ist etwas Werdendes, nichts Fertiges. Diese Einheit der proletarischen Klasse im weitesten Sinne herbeizuführen, ist eine Aufgabe, von deren Gelingen der Sieg der sozialen Revolution abhängt. Ein Mittel, diese Einheit zu erreichen, ist die Räteverfassung. Keine Organisation, weder eine politische Partei, noch die Gewerkschaften oder Konsumvereine sind im Stande, jemals die Gesamtheit der Arbeiterklasse in sich zu vereinigen. Es sind dies Organisationen, die in der Vergangenheit große Bedeutung und wichtige historische Funktionen hatten. (...) Zum Kampf um die ganze politische Macht, zur Umgestaltung der gesamten kapitalistischen Gesellschaftsordnung, reichen sie nicht aus, weil sie notwendiger Weise immer nur Teile der Klasse zusammenzufassen vermochten. Anders die Räte. (...) Die Räteorganisation ist so umfassend, wie die kapitalistische Produktionsweise selbst. Durch die Räteorganisation wird der letzte kapitalistisch ausgebeutete Proletarier ohne Weiteres erfasst, und dem großen Ganzen eingegliedert.«¹³⁴⁸*

Das Verständnis dieser Schlüsselfrage, der eigentlichen Grundlage der bolschewistischen Theorie der Sowjets, geht Hand in Hand mit dem Bewusstsein des Rückzugs

1347 Der Kämpfer, 5. Juli 1919. [offenbar zitiert nach Berthold, a.a.O., S. 128]

1348 Kommunistische Zeitfragen Nr. 1, Chemnitz o. J. (1919) [S. 4], zitiert von Tjaden, Struktur und Funktion der KPD[-Opposition], S. 6. [Hier verglichen mit dem Original, Hervorhebungen im Original durch größere Schrift]

der Revolution. Die erste Konfrontation zwischen Linksradikalen und Levis Parteigänger*innen findet auf der klandestinen Konferenz der KPD(S) statt, die am 16. und 17. August in Frankfurt am Main abgehalten wird¹³⁴⁹. Willi Münzenberg, der seit seiner Entlassung aus dem Gefängnis den Kampf gegen die von ihm so genannten »Parteibonzen« führte, entwickelte die These, dass das Aktionsfeld der Partei die revolutionären Räte in den Betrieben sein sollten, und forderte eine endgültige Verurteilung des »Parlamentarismus«, also der Teilnahme an Wahlen und am Parlament. Gegen ihn legt Levi den Standpunkt der Zentrale dar und rechtfertigt ihn durch eine andere Analyse der Lage und des Kräfteverhältnisses:

»Die Revolution ist anscheinend auf einem toten Punkt angelangt, so dass man von einem Absterben der Revolution sprechen könnte. Wir stehen am Ende der Epoche, die am 9. November eingesetzt hat und die zu einer Niederlage der Revolution führte (...) Wir sind in ein schleichendes Stadium der Revolution eingetreten und werden nicht mehr mit großen Massenbewegungen rechnen dürfen.«¹³⁵⁰

Radek

Ebenfalls im August, nachdem das Haftregime Karl Radeks gelockert wurde, konnte Paul Levi den Kontakt wieder aufnehmen, der mehrere Monate andauern sollte. Die beiden Männer kannten sich seit Jahren; sie hatten die gleiche Einschätzung für den »Januaraufstand« und teilten die gleiche Feindschaft gegen den Linksradikalismus. Die Verstärkung ist für Levi wertvoll, denn Radek ist der Abgesandte der bolschewistischen Partei und bringt ihm nicht nur seinen Rat, sondern auch seine moralische Unterstützung. Radek konnte in den Monaten, die er in Deutschland verbrachte, die Größe der Aufgabe ermessen, die auf die deutschen Revolutionär*innen wartet. Er hat gerade an Alfons Paquet geschrieben, dass der Weg der Bolschewiki mit Rosen bestreut ist im Vergleich zu dem, den die deutschen Kommunist*innen gehen müssen¹³⁵¹. Er erwartet den Sieg nicht über Nacht:

»Die Weltrevolution ist ein sehr langer Prozess, während dessen es mehr als eine Niederlage geben wird. Ja, es unterliegt für mich keinem Zweifel, dass in jedem Lande das Proletariat mehrmals seine Diktatur aufrichten und sie zusammenbrechen sehen wird, bis es endgültig siegt.«¹³⁵²

Die beiden Männer führten lange Diskussionen und tauschten eine Menge Korrespondenz aus. Radek bestand auf der Bedeutung der Arbeit in den Gewerkschaften, in

1349 Protokoll erhalten im Nachlass Paul Levi, S. 55/9.

1350 Ebenda, wiedergegeben in Ch. Beradt, a.a.O. S. 32; B. B. Gross, a.a.O., S. 100-101, hat es ebenfalls verwendet. [Nachdruck in Levi, a.a.O., S. 1185-1197, hier S 1185]

1351 Paquet, a.a.O. S. VIII.

1352 Zur Taktik des Kommunismus: Ein Schreiben an den Oktoberparteitag der KPD 1919, S. 5, im Gefängnis geschriebene Broschüre (Radek, November ... , S. 156). [Hervorhebung in »Zur Taktik«]

denen Millionen von Arbeiter*innen gruppiert waren und denen die Kommunisten bis dahin systematisch den Rücken zugekehrt hatten. Für ihn ist es entscheidend, dass die Partei den Irrtum der Mehrheit des Gründungsparteitags in diesem Punkt begreift. Levi erkannte die Gültigkeit von Radeks Position an, aber auch wenn er einverstanden war, die Aktivist*innen aufzufordern, die Gewerkschaften nicht zu verlassen, so weigerte er sich dennoch, sich am Kampf zu beteiligen, um diejenigen, die ausgetreten waren, zurück in die Gewerkschaften zu bringen, diejenigen, die weggeblieben waren, hereinzuholen und die Losung zu lancieren: »*Hinein in die Gewerkschaften.*«¹³⁵³ Auch die Diskussion über die bayerischen Erfahrungen spaltete sie: Levi missbilligt Leviné dafür, dass er die Partei in eine Schlacht geworfen hat, von der er wusste, dass sie verloren war; Radek glaubt, dass Leviné nichts anderes tun konnte, weil Kommunist*innen die Pflicht haben, immer bei den Arbeiter*innen zu sein, wenn diese ihren Klassenfeind bekämpfen¹³⁵⁴. Levi schließlich will die Leitung der Partei aufgeben. Er sagt, dass es über seine Kräfte gehe, diese Aufgabe unter der Last des Misstrauens und der Feindseligkeit der linksradikalen Elemente der Organisation weiterzuführen¹³⁵⁵. Radek versuchte, ihn davon zu überzeugen, auf seinem Posten zu bleiben; er schrieb ihm sogar, dass sein Rückzug eine Desertion darstellen würde, eine Tat, für die während der Revolution ein Führer erschossen werden würde. Levi ließ sich überzeugen¹³⁵⁶.

Aus diesen Diskussionen entstand eine Broschüre aus der Feder Radeks, die in der Geschichte des Kommunismus in Deutschland Geschichte machte. Das im November 1919 in der Zelle des Gefängnisses Lehrerstraße fertiggestellte Werk »Die Entwicklung der Weltrevolution und die Taktik der kommunistischen Parteien im Kampf um die Diktatur des Proletariats«¹³⁵⁷ stellt den ersten Versuch dar, die Analysen, die zum Triumph der Revolution in Russland geführt hatten, auf Westeuropa anzuwenden. Radek, der Staatsgefangene, beginnt damit, dass er daran erinnert, dass die Grundlage der Perspektiven der Weltrevolution nicht im Wunsch der Kommunisten, sondern in den wachsenden objektiven Widersprüchen des Imperialismus liegt und sich somit aus einer Analyse der weltwirtschaftlichen und politischen Lage sowie ihrer Entwicklungstendenzen ergibt¹³⁵⁸. Auch in Funktion ihrer unüberwindlichen Widersprüche, die ihr gebieten, über dem Proletariat ihre eigene Diktatur zu errichten, wird die Bourgeoisie selbst dazu beitragen, die demokratischen Illusionen der Massen zu zerstreuen und in ihnen die Idee durchdringen zu lassen, dass nur die

1353 Soll die VKPD ..., S. 102.

1354 Radek, Soll die VKPD ... , S. 102.

1355 Ebenda, S. 101.

1356 Ebenda, S. 103.

1357 K. Radek, Die Entwicklung der Weltrevolution und die Taktik der Kommunistischen Parteien im Kampf um die Diktatur des Proletariats, Berlin, 1919.

1358 Ebenda, S. 5-10.

Diktatur des Proletariats, die »*Diktatur der Mehrheit des arbeitenden Volkes*«¹³⁵⁹, in der Lage ist, ihrer eigenen Diktatur ein Ende zu setzen.

Nach dieser Analyse müssen die kommunistischen Parteien dem Proletariat eine Taktik und eine Strategie vorschlagen, die nicht auf einem kurzen Feldzug beruht, sondern im Gegenteil auf einem langen Krieg, in dem die Verteidigung der Offensive folgt und in dem es keine der ihm zur Verfügung stehenden Waffen vernachlässigen darf¹³⁶⁰. Die Illusion eines schnellen Sieges ist nach Radeks Meinung aus einer schlechten Interpretation der Lehren der russischen Revolution geboren, deren Bedingungen in einem identischen historischen Rahmen überhaupt nicht die gleichen waren wie die der europäischen Revolution. Erstens, weil der Krieg – der in Russland die Bäuerinnen- und Bauernschaft auf der Seite des Proletariats mobilisierte – endete, und weil die westliche Bäuerinnen- und Bauernschaft weit davon entfernt ist, die gleiche Homogenität wie die russische Bäuerinnen- und Bauernschaft zu haben¹³⁶¹. Dann weil die russische Bourgeoisie jung, schwach, dem ausländischen Kapital unterworfen war und sie erst im März 1917 die Macht zum ersten Mal erreichte, unter den Bedingungen des Krieges, der sie zwang, sie mit der Armee zu teilen. Die europäische Bourgeoisie hingegen ist »alt«, auf der Grundlage ökonomischer Konzentration gut organisiert, durch jahrzehntelange Machtausübung erfahren und schließlich, durch die russische Erfahrung belehrt¹³⁶². Indem das russische Proletariat seine Revolution mitten im Krieg führte, ging es mit der Waffe in der Hand zum Angriff über: das westliche Proletariat musste mit der Demobilisierung seine Waffen abgeben, während die Bourgeoisie ihre Spezialkorps bewaffnete, und es wird mit bloßen Händen seine ersten Angriffe starten müssen¹³⁶³. In den entwickelten Ländern schließlich sind die Illusionen in die Fähigkeit des Kapitalismus, seine Krise zu überwinden, größer, vor allem unter der privilegierten Schicht der Arbeiter*innenaristokratie: Obwohl diese sich am Ende nur dem Proletariat anschließen kann, ist es unbestreitbar, dass die nächsten großen proletarischen Kämpfe einen reformistischen Charakter haben werden. Der Prozess der Transformation des Bewusstseins der Massen wird daher langwierig sein¹³⁶⁴.

Abgeleitet von dieser Analyse muss man die Frage des ökonomischen Kampfes und des politischen Kampfes ansprechen. Man darf das eine nicht vom anderen trennen, sonst läuft man Gefahr, in »syndikalistische« oder »putschistische« Abweichungen zu verfallen, von denen die eine so gefährlich wie die andere ist. Aus diesen beiden Gründen ist es notwendig, auf beiden Feldern ohne Ermüdung alle Teilkämpfe fortzuführen, denn das Schicksal des Kampfes wird sich erst entscheiden, wenn sich

1359 Ebenda, S. 12.

1360 Ebenda, S. 15.

1361 Ebenda, S. 15-16.

1362 Ebenda, S. 17.

1363 Ebenda.

1364 Ebenda, S. 17-18.

das Proletariat, »in diesen Kämpfen zusammenschließt, mit revolutionärem Willen erfüllt, der den Gewaltmitteln der bürgerlichen Minderheit siegreich trotzen wird.«¹³⁶⁵

In diesem langen Kampf ist die einzige Voraussetzung für den Erfolg – oder für den Sieg zu den geringsten Kosten – die Existenz von kommunistischen Parteien, die in der Lage sind, die gegebenen Lagen der verschiedenen Etappen der Kämpfe in Abhängigkeit vom Ergebnis und dem Endziel zu analysieren. Die »Syndikalisten« sind ratlos, wenn sie sagen, dass die Massen ihre eigenen Kämpfe leiten: Die Massen leiten diesen Kampf zwar, aber gemäß ihrer Erfahrung und den Losungen, die ihnen vorgeschlagen werden. Es ist die kommunistische Partei, die allein aus der Erfahrung lernen und klare Losungen vorschlagen kann:

»Die Kommunistische Partei ist die Partei der freien Diskussion der Kommunisten in der Kampfpause, kein Diskussionsklub im Feuer des Kampfes, sondern seine Leiterin. Sie ist der Generalstab der proletarischen Revolution, [...] [sie kann] aber nicht befehlen, sondern nur überzeugen.«¹³⁶⁶

Außerhalb Russlands sind die kommunistischen Parteien noch zu jung, um die Gesamtheit ihrer Aufgaben zu verstehen. Ihre erste Pflicht besteht darin, ein Inventar ihrer Kräfte und ihrer Interventionsmittel zu erstellen. In Deutschland müssen sie zuallererst die Existenz von Massengewerkschaften berücksichtigen, die mehr als sechs Millionen Arbeiter*innen organisieren und von Konterrevolutionär*innen geführt werden¹³⁶⁷, dann die Macht der sozialdemokratischen Partei und einer unabhängigen sozialdemokratischen Partei, die beide mit ihrer Übermacht eine illegale kommunistische Partei erdrücken, die kaum mehr als 80.000 Mitglieder hat.

Ausgehend von dieser Analyse des realen Kräfteverhältnisses lässt sich Radek auf eine Polemik mit den Linksradikalen ein, die sich nicht damit beschäftigen, wie sie wenigstens einen Teil jener Arbeiter*innen – der überwältigende Mehrheit – für sich gewinnen können, die nicht in den Kommunist*innen organisiert sind:

»Die kindliche Auffassung, als existierten auf einer Seite die schwachen kommunistischen Parteien, auf der anderen Seite die konterrevolutionären, und in der Mitte die Luft, aus der wir die Organisationen der Weltrevolution nach freiem Ermessen formieren könnten, hat nichts mit der Methode des Kommunismus zu tun. Es ist Resultat eines jugendlichen kommunistischen Sektierertums.«¹³⁶⁸

Die kommunistischen Parteien müssen vermeiden, sich wie Sekten von Prediger*innen zu verhalten, und sie müssen in der Lage sein, ihre eigene Organisation, ihr eigenes Programm und ihre eigene Taktik zu konstituieren, während sie sich an

1365 Ebenda, S. 20. [i.O. gesperrt]

1366 Ebenda, S. 22.

1367 Ebenda, S. 23.

1368 Ebenda, S. 25.

den Teilkämpfen beteiligen. Im Allgemeinen von einer rein propagandistischen Basis ausgehend, müssen sie einer anderen, infantilen Versuchung widerstehen, der des Putschismus, der »am Anfange des Weges das Ziel, das an seinem Ende liegt, zu realisieren«¹³⁶⁹ sucht, ein Sektierertum, das sie dazu bringt, Wahlen zu boykottieren, d.h. ihren Kampf letztlich auf die Gefühle einer winzigen Minderheit zu gründen¹³⁷⁰. Allerdings – und das ist zweifellos das Echo der Diskussion mit Levi – dürfen die Kommunist*innen, die zu Recht Putschismus und Sektierertum bekämpfen, nicht in den gegenteiligen Exzess, die Passivität, verfallen und haben die Pflicht, immer zu versuchen, die Massen in Bewegung zu setzen. Radek formuliert in dieser Hinsicht eine präzise Kritik an der Zentrale:

»Als Noske gegen München die weißen Gardien mobilisierte, war das deutsche Proletariat noch zu schwach, um durch eine allgemeine Erhebung, durch Anschluss an die Ziele der Münchener Räterepublik ihr zum Siege zu verhelfen. Würden aber die revolutionären Parteien während der Münchener Kämpfe überall durch Versammlungen, Demonstrationen und durch Streiks in den Zentren der Bewegung ihre Solidarität mit München bekundet haben, sie würden vielleicht die Regierung gezwungen haben, auf das Blutbad zu verzichten. (...) Die Kommunistische Partei ist nicht eine Partei des Wartens¹³⁷¹ auf den kommenden Kladderadatsch, sondern die Partei der Verschärfung, der Radikalisierung der Aktionen des Proletariats.«¹³⁷²

Im Namen dieses Grundprinzips verurteilt er die von den Linksradi-kalen lancierte Parole, aus den Gewerkschaften auszutreten: die Gewerkschaften verlassen bedeutet, sich von den Massen abzuschneiden, sich zu isolieren, sich freiwillig auf die Rolle einer Sekte zu beschränken, indem man auf die Möglichkeit verzichtet, die Proletarier*innen, die noch keine Kommunist*innen sind, aber für die Verteidigung ihrer Lebensbedingungen kämpfen wollen, in der Aktion zu gewinnen¹³⁷³. Die Frage ist für die kommunistischen Parteien »die Lebensfrage«: Jede Spaltungsinitiative widerspricht im engsten Sinne des Wortes den Interessen des Kommunismus¹³⁷⁴. Und Radek entwickelt die Notwendigkeit der »Erziehung« der proletarischen Massen, wobei er insbesondere auf der kapitalen Rolle der Betriebsräte und der Losung der »Arbeiter*innenkontrolle der Produktion« besteht, die als einzige in der Lage ist, die Massen zu erziehen und sie auf die Ausübung der Macht vorzubereiten¹³⁷⁵.

1369 Ebenda, S. 28.

1370 Ebenda, S. 30.

1371 1921 verwendete Radek in seinem berühmten Pamphlet gegen Levi die Formel »Partei des Wartens.« Soll die VKPD die Partei des Wartens sein?

1372 Radek, Die Entwicklung, S. 30-31. [Hervorhebung i.O. gesperrt]

1373 Ebenda, S. 32-36.

1374 Ebenda, S. [32 und] 37.

1375 Ebenda, S. 45-49.

Radek spricht schließlich das Problem an, das im Laufe des folgenden Jahres zum Zentrum der kommunistischen Strategie, aber auch zum Thema eines intensiven internen politischen Kampfes werden wird, nämlich das der »zögernden« Elemente des Sozialismus, in anderen Worten der zentristischen Parteien – in Deutschland der Unabhängigen Partei:

Wir »glauben, dass es sich, was die unabhängige Sozialdemokratie Deutschlands angeht, nicht so weit darum handelt, die linken Elemente vom Zentrum abzusplittern, wie ihnen zu helfen, die rechten Leiter aus zentralen wie lokalen Organen der Partei herauszudrängen, um so durch Einigung der beiden kommunistischen Heerhaufen des Proletariats eine große Kommunistische Partei zu bilden. Wird die Kommunistischen Partei Deutschlands die anarchistisch-syndikalistischen Elemente in ihren Reihen überwinden, einen festen und politisch aktiven Kurs nehmen, wird sie in jeder konkreten politischen Aktion dauernd die USP vor die Frage stellen, entweder an den in den offenkundigen Bedürfnisse der revolutionären Arbeitermassen begründeten Aktionen teilzunehmen, oder den Einfluss auf die eigene Mitgliedschaften zu verlieren, so werden die unabhängigen Arbeitermassen die USP zum praktischen Block mit der KPD zwingen. Das werden die rechten Leiter der USP auf die Länge nicht mitmachen können, sie werden aus der Partei hinausgedrängt oder zur vollkommenen Ohnmacht verurteilt. Aber (...) eine solche Entwicklung wird nur dann möglich sein, wenn sich die KPD zur geistigen Klarheit durchringt und sie zum geistigen Sammelpunkt der deutschen Arbeiterbewegung wird. Geschieht dies nicht, so wird auch sie die Taktik, die der Gründungskongress vorschlug, nicht anwenden können: nicht sie wird Parteien spalten, sondern selbst zersplittern und zerfallen.«¹³⁷⁶

Und als ob er sich bereits an die »linken« Aktivist*innen der unabhängigen Partei wenden würde, beendet der Gefangene der Lehrerstraße seine Broschüre mit einem Aufruf zur Verstärkung der Kommunistischen Internationale, »einer Versammlung aller revolutionären Tendenzen der alten Internationale«¹³⁷⁷, und zur Verteidigung der russischen Revolution:

»Denkt in Kontinenten«, rief Joe Chamberlain den englischen Imperialisten zu. ›Denkt in Kontinenten und in Jahrhunderten!‹ ruft die Kommunistische Internationale dem Weltproletariat zu.«¹³⁷⁸

Um diesen Text herum wird die Diskussion beginnen, die auf internationaler Ebene mit Lenins Broschüre über den Linken Radikalismus ihren Höhepunkt erreichen wird. In Deutschland wird sie als Ausdruck des Standpunktes der Bolschewiki be-

1376 Ebenda, S. 56.

1377 Ebenda, S. 64.

1378 Ebenda, S. 66.

trachtet. In der Tat, wenn der aus Moskau zurückgekehrte Bronski wie Radek meint, dass »die erste Welle abgeklungen« sei und dass die Notwendigkeit »der Organisierung der Massen für die nächste Welle«¹³⁷⁹ bestehe, so ist Bucharin in Moskau nicht einverstanden und meint, dass in Deutschland die Macht immer noch in den Gewehrläufen eines bevorstehenden Aufstandes liege¹³⁸⁰. Er war jedoch nicht der einzige, der so dachte: Tatsächlich gab es viele Kommunisten in Europa, die aus den Niederlagen von 1919 Schlussfolgerungen zogen, die denen Levis und Radeks völlig entgegengesetzt waren. Und zwar zunächst, wie es in Deutschland selbst zu erwarten war, innerhalb der KPD(S).

Die Linksradikalen der KPD(S)

In dem Maße, in dem sich die isolierten Aktionen mehr und mehr als zum Scheitern verurteilt erweisen, beginnen sich die wütendsten der kommunistischen Aktivist*innen Fragen zu stellen: Die »Kampfbereitschaft der Massen«, die für sie ihre eigene revolutionäre Ungeduld gerechtfertigt hatte, verschwindet. Das Anprangern des Verrats der sozialdemokratischen Führer*innen erweist sich schnell als unzureichend, um in der Masse der Arbeiter*innen Tatendrang zu wecken. Diese Menschen, die glaubten, die Macht sei zum Greifen nahe, beginnen nach Abkürzungen zu suchen, nach neuen Rezepten, die es ihnen erlauben, entweder die Apathie der Massen zu überwinden oder die Revolution trotz ihrer zu machen.

Die große Mehrheit der Aktivist*innen findet sich in dieser linksradikalen Strömung wieder, der gleichen, die auf dem Gründungsparteitag gewonnen hatte. Die Januarereignisse haben ihre Entschlossenheit, ihren Hass auf die Opportunist*innen, die Mehrheitlerführer*innen und die Gewerkschaften nur weiter gestärkt. Die Strömung drückte sich nicht nur durch verantwortliche Elemente der IKD, wie den ehemaligen sächsischen Abgeordneten Otto Rühle, oder den Bremer Karl Becker, die Hamburger Wolffheim und Laufenberg aus. Zu ihr gehören auch Männer wie Willi Münzenberg, der weitgehend unter dem Einfluss Lenins in der Schweiz ausgebildet wurde, alte Spartakist*innen wie Merges aus Braunschweig und die Leiter*innen der Berliner kommunistischen Organisation Wendel und Karl Schröder. Alle drücken die gleiche Ungeduld, die gleiche Verzweiflung und eine heftige Suche nach neuen Handlungsmöglichkeiten aus. Sie alle lehnen »Kompromisse«, die Teilnahme an »bürgerlichen Parlamenten« pauschal ab, befürworten den Boykott von Wahlen als Klassenwaffe und die Propaganda für den Boykott als Mittel, die Massen von ihren demokratischen Illusionen zu befreien¹³⁸¹. Sie alle sind der Meinung, dass die Ge-

1379 Radek, November ... , S. 156.

1380 Ebenda, S. 162. Bucharin, 1918 Führer der »linken Kommunisten« in der Frage des »Separatfriedens« von Brest-Litowsk, unterstützte zumindest bis 1921 linksradikale Positionen. Erst später wurde er der führende Kopf der »Rechten.«

1381 Siehe die Resolution der Berliner Aktivist*innen der KPD(S), die am 11. September in der Freiheit

werkschaften, korporatistisch und reformistisch, zu »Wachhunden« des Kapitalismus geworden sind, dass sie dazu dienen, den spontanen Kampf der Arbeiter*innen abzulenken und dass Revolutionär*innen dafür kämpfen müssen, sie als Hindernisse für das Klassenbewusstsein und den revolutionären Kampf zu zerstören. Sie alle stellen »die Massen« den »Führern« gegenüber, die »spontane« Aktion der Organisation, die in ihren Augen notwendigerweise »bürokratisch« ist. Sie alle nutzten die föderalistische Organisationsform, die auf dem Gründungsparteitag beschlossen wurde, und die Bedingungen der Illegalität, um die Autonomie der lokalen Gruppen, die Unabhängigkeit und politische Initiative der Aktivist*innen der »Basis« zu bekräftigen und die führende Rolle der Zentrale infrage zu stellen¹³⁸².

In Hamburg entwickelte sich unter dem Einfluss des ehemaligen IWWler Fritz Wolffheim die Strömung, die Bock als »unionistisch« bezeichnet – ein Begriff, den er dem allgemein verwendeten »syndikalistisch« vorzieht¹³⁸³. Der zentrale Gedanke war die Notwendigkeit, die traditionelle Trennung der Organisationen und die Arbeitsteilung zwischen Partei und Gewerkschaft zu beenden: »Unionen« sollten Arbeiter*inneneinheitsorganisationen sein, die wirtschaftliche und politische Funktionen miteinander verbinden, mit dem Betrieb als Basis und der Industrieunion als oberstem Organismus. Für eine solche »revolutionäre Betriebsorganisation« sprach sich im Februar 1919 die Hamburger »Kommunistische Arbeiter-Zeitung« aus. Die Kampagne für Unionen ging Hand in Hand mit der systematischen Denunziation der traditionellen Gewerkschaften und der Unterstützung von Abspaltungsiniciativen, aus denen solche »Unionen« hervorgingen. Wolffheim begründete diese Politik theoretisch. Für ihn entsprachen die Gewerkschaften der historischen Phase der Entwicklung des Kapitalismus und ermöglichten die Sammlung der Klasse aufgrund ihrer ökonomischen Forderungen, aber sie stellen fortan, in der Phase der Zerstörung des Kapitalismus, Hindernisse dar, die auf dem Weg zur Revolution niedergerissen werden müssen¹³⁸⁴. Die Hamburger Kommunist*innen schlagen vor, die Gewerkschaften

veröffentlicht wurde: Die unabhängige Zeitung erklärt, dass dies die wirkliche Meinung der KPD(S) ist, gegen die die Zentrale die Gegenströmung darstellt.

1382 Ein »Bericht der Zentrale an die Exekutive der Komintern zu Organisationsfragen« C.I.M.L.-Z.P.A., 3/1-16, S. 2-3, zitiert von V. Mujbegović, Komunistička partija Nemačke 1918-1923, S. 166-167, Fn. 5) betont das mangelnde Interesse an der eigentlichen Organisation in den Reihen der Kommunist*innen: »Bereits im Juli 1919 hatte die Partei in Deutschland rund 100.000 Mitglieder, von denen nur sehr wenige echte Kommunisten waren. Es war vor allem die allgemeine Unzufriedenheit mit dem System Noske, die die Arbeiter zu uns geführt hat. Auf dieser Grundlage war es nicht möglich, die Partei zu festigen. Die Organisationen funktionierten nicht, Mitgliedsbeiträge wurden nicht gezahlt. Bedingt war dies nicht nur durch die illegale Lage unserer Partei, sondern auch durch die unter deutschen Arbeitern allgemein verbreitete Überzeugung, dass die Regierung nur wenige Wochen oder Monate durchhalten könne und die Verwirklichung der Diktatur nur ein Schritt entfernt sei. Dieses Verständnis führte dazu, dass die Genossen eine intensive Organisationsarbeit für überflüssig hielten. Diese Abneigung gegen alle Organisationsarbeit konnte erst nach und nach abgebaut werden.« [Rückübersetzung aus dem Serbokroatischen]

1383 Bock, a.a.O., S. 124.

1384 Ebenda, S. 130.

aufzulösen und ihre Gelder an die Arbeitslosen zu verteilen; im August erklärt die Bezirksorganisation der Hamburger KPD(S) die Mitgliedschaft in der Partei und in einer Gewerkschaft für unvereinbar¹³⁸⁵.

Für sie sind in der Tat beide traditionellen Formen mit den Opportunist*innen gescheitert: man muss jetzt die faktische Spaltung des Proletariats überwinden, das zwischen reformistischen Parteien und korporatistischen Gewerkschaften verstreut und überall der Autorität von »Führern« unterworfen ist; dazu ist es notwendig, die Arbeiter*innen »an der Basis«, am Ort ihrer Arbeit, in diesen »Unionen« auf der Grundlage der Fabriken zusammenzubringen, wo jede Unterscheidung zwischen gewerkschaftlicher und politischer Aktion ausgelöscht würde und deren einzige programmatische Grundlage in der Annahme der Idee der Diktatur der Arbeiter*innenräte als einzige zum Sozialismus führende Kraft bestünde. Die Bremer Aktivist*innen, deren Wortführer in diesem Punkt Karl Becker ist¹³⁸⁶, und die Berliner, Karl Schröder und Wendel, sind auch Anhänger*innen der »Unionen«, stellen aber die Notwendigkeit der kommunistischen Partei nicht in Frage, die im Gegenteil in ihren Augen die Unionen schaffen, unterstützen und verbreiten muss. Am 7. Oktober ruft die Fraktion der KPD(S) in der Berliner Räteversammlung durch den Mund Raschs die Unabhängigen auf, der »Revolutionierung« der Gewerkschaften die Perspektive des Aufbaus revolutionärer Betriebsorganisationen entgegenzusetzen, und erklärt, dass sie die Sitzung verlassen wird, wenn ihr Standpunkt nicht akzeptiert wird. Alle Bemühungen der linken Unabhängigen, Richard Müller, Malzahn, Neumann, Däumig, in dieser Versammlung – die die Mehrheitssozialdemokrat*innen seit Monaten verlassen hatten – waren vergeblich, angesichts der Entschlossenheit der Berliner Kommunist*innen, die sich auf den »Verrat« der offiziellen Gewerkschaften und den »Erfolg« der AAU beriefen¹³⁸⁷.

In der Tat, ihre eigene Version des revolutionären Marxismus kritisierend, verzweifelt versuchend, einen Erfolg nach einem Jahr grausamer Misserfolge zu erzwingen, entdecken viele Aktivist*innen der kommunistischen Partei unter den Parolen und durch eine Praxis, die sie als »neu« betrachten, schlicht Tendenzen wieder, die den anarchistischen und syndikalistischen Strömungen sehr nahe stehen, gegen die sich der Marxismus ursprünglich innerhalb der Arbeiter*innenbewegung durchgesetzt

1385 Ebenda, S. 126-127.

1386 Ebenda, S. 130.

1387 Der Bericht über diese Diskussion wurde am 8. Oktober 1919 in der »Freiheit« veröffentlicht. Als Däumig auf Radeks Autorität bezüglich der Notwendigkeit, dass Revolutionär*innen in den Gewerkschaften aktiv sein müssen, verwies, wurde ihm von den Kommunist*innen gesagt, dass »Radek nichts von Deutschland verstehe«! [»Die Groß-Berliner Arbeiter-Räte zur Gewerkschaftsfrage«, S. 5, Spalte 1 – S. 6, Spalte 1, hier S. 5, Spalte 3, gesperrt] Der Kommunist Peters bittet seine Genossen, sich nicht durch Verlassen der Versammlung »unverantwortlich« [a.a.O, S. 6, Spalte 1, allerdings ist in der »Freiheit« nur von einem Verlassen vor Ende der Sitzung die Rede] zu zeigen. Ein paar Tage später desavouierte ein Kommuniqué der Zentrale offiziell das Verhalten und die politischen Positionen der Berliner Kommunist*innen (zitiert in Freiheit, 13. Oktober).

hatte, die aber unter dem Gewicht der Niederlage und Ohnmacht gegenüber den Bürokratien wiedergeboren wurden. Das meint auch Paul Levi, für den diese Theorien »eine Rückkehr zu den ersten Anfängen der Arbeiterbewegung« 1388 darstellen.

Überzeugt vom Ausmaß des Übels, versuchte er zunächst, die Fäden einer Organisation, die nur auf dem Papier existierte, zusammenzuziehen: Das war das Ziel der Konferenz vom April 1919, auf der das Land in zweiundzwanzig Bezirke eingeteilt wurde, denen jeweils ein Sekretär vorstand, dessen Aufgabe es war, »alle kommunistischen Elemente zusammenzubringen«, von denen die meisten noch in den unabhängigen Reihen verstreut waren, »organisatorische Verbindungen zwischen den Genossen herzustellen« und »lokale Gruppen zu organisieren«¹³⁸⁹.

Aber die Debatten der Konferenz vom August 1919¹³⁹⁰ zeigten ihm, dass es notwendig war, radikaler zu handeln: In der Gewissheit, dass er nicht die Mittel hatte, die linksradikalen Elemente zu zwingen, die Disziplin unter der Autorität der Zentrale zu akzeptieren, entschied er sich für die Spaltung. Das Wesentliche ist für ihn, die Partei wieder auf den Weg des Marxismus zu bringen, was als Priorität die Korrektur der Beschlüsse des Gründungsparteitags impliziert. Das Wesentliche ist, eine Organisation zu haben, die auf marxistischen Grundlagen aufgebaut ist, wie klein auch immer. Er geht voran, entschlossen, seine Position an der Spitze der Zentrale zu nutzen und, wenn nötig, die Mehrheit der Aktivist*innen auszuschließen, um die Partei zu heilen. Und in diesem Geiste bereitet er den 2. Parteitag vor, der ab dem 20. Oktober 1919 in der Gegend von Heidelberg stattfindet, wobei er täglich den Ort und die Tarnung wechselt.

Geprägt von den Erfahrungen der ersten Monate des Jahres 1919 sowie von denen des Gründungsparteitags versuchte er zunächst, den Vertretungsmodus der Ortsgruppen zu ändern, von denen die zahlenmäßig wichtigsten – die ihn unterstützenden, wie die in Chemnitz – unterrepräsentiert waren, da keine Gruppe mehr als drei Delegierte auf dem Gründungskongress hatte, obwohl sie mehr als 250 Mitglieder hatte¹³⁹¹. Da er die Leitungsrolle der »Zentrale« ernst nahm, ergriff er Initiativen, die in der Tat zentralistischer konzipiert waren als die des ersten Parteitag¹³⁹²: So erreichte er die Auflösung des Roten Soldatenbundes, der zu einem Zufluchtsort für Linksradikale und die abenteuerlichsten Elemente geworden war, eine wahre »rote Garde« innerhalb und am Rande der Partei¹³⁹³. Diese Maßnahme rief damals scheinbar keinen Protest hervor,

1388 Nachlass Paul Levi, S. 24/8, Blatt 8. [Mappe 181 in Box 87, Nachdruck unter den Titel »Zur Geschichte der KPD.« a.a.O., hier S. 1754]

1389 Bericht der Zentrale an die Exekutive der KI über organisatorische Fragen, I.M.L.-Z.P.A., 3/1-16, S. 1, zitiert von Vera Mujbegović, a.a.O., S. 165, Fn. 1

1390 Nachlass Paul Levi, P 55/9.

1391 Siehe den im Frühjahr 1919 verfassten Text zum Satzungsentwurf in H. Weber, Der Gründungsparteitag, S. 304-309, und die Ausführungen zu diesem Punkt, S. 305.

1392 Eberlein, Bericht 3 . S. 41; »Die Rote Fahne«, 28. Dezember 1921; M. Bock (a.a.O., S. 139 ff.) erwähnt wiederholt Paul Levis Zentralisierungs-»Maßnahmen« oder »Politik« zwischen März und August 1919, ohne konkrete Beispiele zu nennen.

1393 Tatsächlich sollten die kommunistischen Elemente dieser Kampforganisationen (KO) eine der

wurde aber, da sie unter den schwierigen Bedingungen der Illegalität getroffen wurde, bald von seinen Gegner*innen als ein Zeichen des guten Willens, den er der Regierung Noskes entgegenbrachte, und als ein erster Schritt zur Kapitulation denunziert.

Der Heidelberger Parteitag

Gleich nach der Eröffnung des Parteitags ging Paul Levi in einem Bericht zum Angriff über, der gleichzeitig eine Erinnerung an die kommunistischen Grundsätze, eine Analyse der politischen Lage und eine Anklage gegen die Thesen der Leute aus Hamburg, die er als »Syndikalisten« bezeichnete, darstellte. Die Zentrale schlägt vor, mit einer Diskussion und der Verabschiedung der Grundsätze des Handelns der Partei zu beginnen, um dann die einzelnen Diskussionspunkte anhand der Leitsätze, die sie zum Parlamentarismus und zur Gewerkschaftsfrage aufstellt, zu untersuchen. Die Leitsätze zu den Grundsätzen unterstreichen, dass die Revolution kein »einmaliges Schlagen« ist, dass sie »dem Auf- und Abstieg, der Flut und der Ebbe ausgesetzt« ist, das Ergebnis eines unermüdlichen Kampfes, der von einer »ihrer Aufgabe und ihrer Kraft nicht von vornherein voll bewussten Klasse« geführt wird¹³⁹⁴. Kommunist*innen haben gerade mit dem Ziel der Entwicklung dieses Bewusstseins die Pflicht, alle Mittel einzusetzen, um es zu erreichen, einschließlich der Teilnahme an Wahlen und vor allem des Aktivismus innerhalb der Gewerkschaften. Sie denunzieren als »Rückfall in kleinbürgerliche Utopie« die »Anschauung« der Anhänger*innen der »Arbeiterunionsen«, »als könne man vermöge einer besonderen Organisationsform Massenbewegungen erzeugen, dass die Revolution also eine Frage der Organisationsform sei.«¹³⁹⁵

Die erste Diskussion erhellt die Taktik der Zentrale: Ihre Gegner*innen sind gespalten. Vereint in ihrer Feindseligkeit gegenüber dem Parlamentarismus und den Gewerkschaften, trennen sie noch größere Divergenzen in Bezug auf Grundsätze, vor allem in Bezug auf die Rolle der Kommunistischen Partei. Wolffheim versuchte daher, den Spieß umzudrehen, indem er die Tagesordnung änderte und vorschlug, zuerst über den Parlamentarismus und die Gewerkschaften und erst dann über die Grundsätze zu diskutieren. Levi verteidigte die Tagesordnung mit einfachen Argumenten: Die Diskussion über und Einigung auf die Grundsätze seien Voraussetzungen, auf deren Basis die anderen Fragen in Klarheit geregelt werden könnten. Mit 23 zu 19 Stimmen behielt der Parteitag die von der Zentrale vorgeschlagene Tagesordnung bei¹³⁹⁶. Mit 24 zu 18 Stimmen beschloss er, deren Mitgliedern das Stimmrecht zu geben¹³⁹⁷.

Hauptstützen der Opposition und später der KAPD werden (Bock, a.a.O., S. 419-420)

1394 Bericht 2 ..., S. 61 [Nachdruck in Levi, Ohne einen Tropfen 1/2, S. 1245-1248, hier S. 1246].

1395 Ebenda, S. 30 [tats. ebenfalls S. 61, Nachdruck a.a.O.].

1396 Ebenda [d. h. S. 30]. Dieser Beschluss sichert im Voraus die Annahme der Leitsätze Levis, aber da er nach der Präsentation seines Berichts gefasst wird, ist klar, dass er von den Delegierten in voller Kenntnis der Sachlage getroffen wird.

1397 Ebenda, S. 31.

Die Linksradiakalen waren überrumpelt. Die alten Gewohnheiten, die Zersplitterung der Organisation unter den Schlägen der Repression, hatten sie dazu gebracht, die Gefahr zu unterschätzen, die für sie diese Zentrale darstellen konnte, die auf dem Gründungsparteitag gewählt wurde und sich aus Aktivist*innen zusammensetzte, die in Wirklichkeit sowohl auf diesem Parteitag als auch in der Partei selbst in der Minderheit waren. Jetzt ist es klar, dass ihr Ziel darin besteht, ihre entschlossenen Gegner auszuschließen. Laufenberg bestreitet, dass die Debatte eine politische Debatte sei, und behauptet, Levi habe nur die Vogelscheuche des Syndikalismus geschwungen, um eine Spaltung zu provozieren: Diese sei für ihn notwendig, um eine Annäherung mit den linken Unabhängigen und eine parlamentarische Politik zu ermöglichen. Er sagte, dass die Leitsätze, die Levi gerade vorgetragen hatte, nicht die geringste Chance hätten, von den Parteiaktivist*innen angenommen zu werden, wenn sie sie kennen würden¹³⁹⁸. Wolffheim seinerseits beklagte, dass die Zentrale nie das Gespräch mit der Hamburger Organisation gesucht habe: Er habe von ihr nie eine andere Kritik als auf finanziellem Gebiet erhalten; dass es auch politische Meinungsverschiedenheiten gab, habe er erst jetzt entdeckt¹³⁹⁹. In der Tat zeigt gerade der Boden, auf dem diese Redner stehen, dass der von Levi vorbereitete Schlag erfolgreich war. Unter den anderen Delegierten erklärte Schnellbacher, die Partei finde sich wieder vor der alten Debatte, die »*Marx mit Bakunin ausgefochten hat.*«¹⁴⁰⁰ Münzenberg, der in die Reihen der Gegner*innen der Wahlbeteiligung gehört, verurteilt zwar das, was er die »*zu propagandistische Tätigkeit*« der Zentrale nennt, macht aber den »*Antiparlamentarismus*« nicht zur Grundsatzfrage und stellt sich vor allem gegen die von Hamburg verteidigte »*föderalistische*« Konzeption der Partei:

»*Der föderalistische Charakter der Einzelkämpfe in Deutschland hat die Gefahr des Föderalismus überhaupt erwiesen.*«¹⁴⁰¹

Die Leitsätze über Grundsätze und Taktik, die nacheinander zur Abstimmung gestellt wurden, wurden angenommen, diejenige, die passiven Widerstand und Sabotage als Aktionsmittel verurteilten, extrem knapp mit 25 zu 23 Stimmen. Der Ausschluss der Gegner*innen der Grundsätze – von Levi als Notwendigkeit für Klarheit und Zusammenhalt dargestellt – wird mit 21 gegen 20 Stimmen durchgesetzt. Die Gesamtheit der Leitsätze wird schließlich mit 31 gegen 18 Stimmen angenommen¹⁴⁰². Die Delegierten der Opposition, Laufenberg, Wolffheim, Rühle, Schröder, Wendel, Becker und die anderen, kehrten nicht zum Parteitag zurück: Am selben Abend, nach einer Debatte, lehnte die Opposition die von Wolffheim

1398 Ebenda, S. 33-35.

1399 Ebenda, S. 35-38.

1400 Ebenda, S. 35.

1401 Ebenda, S. 44 [tats. S. 33].

1402 Alle diese Abstimmungen ebenda, S. 42; Text der Leitsätze, S. 60-62.

und Laufenberg vorgeschlagene sofortige Gründung einer neuen Partei ab¹⁴⁰³. Trotz allem ist der Weg zur Spaltung offen.

Es blieb für Levi, die Opposition der Gruppe zu überwinden, die man damals »Puffergruppe« nannte und die Willi Münzenberg und Georg Schumann leiteten. Letztere akzeptierten zwar die Leitsätze über Taktik und Grundsätze und bekräftigten ihre Loyalität zur marxistischen und bolschewistischen Konzeption der Partei, lehnten aber weiterhin die Teilnahme an den Wahlen ab¹⁴⁰⁴. Aber die Delegierten nahmen schließlich die von Levi vorgelegten Leitsätze und den Grundsatz der Teilnahme an¹⁴⁰⁵. Die dann verabschiedeten Leitsätze zur Gewerkschaftsfrage legen fest, dass die Kommunist*innen innerhalb der Gewerkschaften aktiv sind, um die Arbeiter*innenmassen von der Gewerkschaftsbürokratie zu lösen, die das Haupthindernis für die Entwicklung des revolutionären Bewusstseins darstelle: Es ist die Pflicht der kommunistischen Aktivist*innen, in den Gewerkschaften zu bleiben, wann immer und solange sie dort Kämpfer*innen für die Revolution gewinnen können¹⁴⁰⁶.

Paul Levi hat die erste Runde seines Kampfes für die Wiederherstellung der KPD(S) gewonnen, indem er vom 2. Parteitag erwirkt hat, dass dieser die schädlichsten der vom Gründungsparteitag eingenommenen Positionen rückgängig macht: das erklärt er in einer an alle Aktivist*innen gerichteten Botschaft¹⁴⁰⁷.

Radek und Lenin gegen die Spaltung

In einem Brief aus seiner Zelle an den Parteitag hatte Radek in allen wesentlichen Punkten klar Stellung für die Leitsätze Paul Levis bezogen, die zudem den Inhalt ihrer Diskussionen widerspiegelten; er legte dar, was er für die wesentlichen Lehren der russischen Revolution hielt, sowohl was die Teilnahme an Wahlen, den Aktivismus in den Gewerkschaften als auch die Zentralisierung der Partei betraf¹⁴⁰⁸. Andererseits war er sehr überrascht, am Vorabend des Parteitags dank eines Briefes Bronskis, den eine im August 1919 nach Berlin emigrierte österreichische Aktivistin, Elfriede Friedländer¹⁴⁰⁹, ins Gefängnis brachte, zu erfahren, dass Levi beabsichtigte, die Gegner der Grundsatzleitsätze ausschließen zu lassen. Er seinerseits benutzte Bronskis Botin, um zu versuchen, Levi mit einem Brief in letz-

1403 Ebenda, S. 44 (Schnellbacher).

1404 Ebenda, S. 48.

1405 Ebenda, S. 51; Text S. 62-64.

1406 Ebenda, S. 64-67.

1407 Nachlass Paul Levi, P 19/2, datiert auf den 28. November 1919.

1408 K. Radek, Zur Taktik der Kommunismus, ein Schreiben an den Oktober-Parteitag der KPD

1409 Elfriede Eisler, Ehefrau Paul Friedländers, dem Leiter der Sozialistischen Jugend Österreichs, hatte zur Gründung der österreichischen KP beigetragen. Im Juli 1919 wurde sie aus der Leitung entfernt und ließ sich im August in Berlin nieder, wo sie fortan unter dem – von ihrer Mutter entlehnten – Namen Ruth Fischer aktiv war.

ter Minute von einer Maßnahme abzubringen, die faktisch die Spaltung bedeutete. Levi hat diese Botschaft nicht beachtet¹⁴¹⁰.

Radek – der, allerdings viel später, schreiben wird, dass die Heidelberger Leitsätze »*manche opportunistische Formulierung*« enthielten¹⁴¹¹ – ist für die Form der sich anbahnenden Spaltung wohl noch empfindlicher, da viele seiner ehemaligen Genoss*innen und Unterstützer*innen in Bremen, Karl Becker an der Spitze und sogar in Hamburg der russische Kommunist Sachs-Gladniew – der unter dem Namen Fritz Sturm aktiv ist – in den Reihen der in Heidelberg zurückgewiesenen Oppositionsorganisationen sind, weil sie mit Wolffheim und Laufenberg gegen die KPD(S) solidarisch sind. Er nahm den Kontakt mit ihnen wieder auf, um, wie er schrieb, den Kampf gegen Laufenberg und seine Gruppe auf einer besseren Grundlage zu organisieren und um Aktivist*innen in der kommunistischen Bewegung zu halten, die er schätzte¹⁴¹², weil er zumindest teilweise ihr Lehrer gewesen war.

Die Bolschewiki ihrerseits können nicht umhin anzuerkennen, dass die Heidelberger Thesen auf der Linie ihrer Politik sind, noch können sie ihnen die uneingeschränkte Unterstützung verweigern. Aber sie verurteilen die Spaltung nicht weniger deutlich. Lenin, der die Nachricht durch das Radio erfahren hatte, wandte sich am 18. Oktober an die deutsche Zentrale, um ihr mitzuteilen, dass die linke Opposition, auf die sie gestoßen war, nur ein Zeichen von Jugend und Unerfahrenheit sei und dass es besser gewesen wäre, mit ihr in eine politische Diskussion einzutreten, als sie vor jeder ernsthaften Debatte auszuschließen. Ohne die genauen Bedingungen zu kennen, unter denen der Parteitag stattfand, äußert er sich sehr zurückhaltend über die Form, stellt aber fest:

»Wenn die Spaltung nicht zu vermeiden war, muss man sich bemühen, sie nicht zu vertiefen, muss man sich um Vermittlung an das Exekutivkomitee der III. Internationale wenden und die ›Linken‹ veranlassen, in Thesen und in einer Broschüre ihre abweichenden Ansichten zu formulieren.«¹⁴¹³

Während er seine grundlegende Zustimmung bestätigt, fordert er die deutschen Führer*innen auf, keine Mühe zu scheuen, um die Einheit der deutschen Kommunisten wiederherzustellen: ohne dass es den geringsten Austausch zwischen ihnen gegeben hätte, befindet er sich damit auf genau derselben Position wie Radek. Aber Levi seinerseits war entschlossen, den ganzen Weg zu gehen.

1410 Radek, November ... , S. 157 ff.

1411 Radek, Soll die VKPD ... , S. 104.

1412 Radek, Soll die VKPD. , S. 104.

1413 Cœuvres, Bd. XXX, S. 83. [»Brief an das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands anlässlich der Spaltung.« Werke, Band 30, S. 71 f., hier S. 71]

Kapitel XVI: Die linksradikale Opposition und die Spaltung

Die Folgen des Heidelberger Parteitags scheinen für Levi und die Zentrale nicht sehr günstig zu sein. Nicht nur die Positionierung der Bolschewiki lässt die Tür für eine Revision ihrer spalterischen Haltung offen, die Radek klar verurteilt, sondern es ist auch offensichtlich, dass die Mehrheit der Parteiaktivist*innen ihren linksradikalen Fahnenträgern treu bleibt. Die Opposition fand in der Tat ein Echo, als sie die »bürokratischen« Methoden, die gegen sie angewandt wurden, und die Entschlossenheit der Zentrale, alle Gegner aus der Partei auszuschließen, anprangerte. Die Bedingungen der Illegalität, unter denen sich diese interne Krise abspielt, machen den Vorwurf plausibel, dass es Levis Ziel sei, ein Bündnis mit Wahlperspektiven mit den unabhängigen Sozialdemokrat*innen zu schließen und dass der Ausschluss der Linken der Preis für diese Annäherung sei.

Eine Partei in Trümmern

Mit Ausnahme von Chemnitz waren es die größten Bezirke, die die Opposition in ihrem Kampf am Vorabend des Heidelberger Parteitags unterstützten. Sie blieben fest in ihrer Hand und lehnten die auf dem Parteitag angenommenen Thesen mit großer Mehrheit ab: so in Essen, wo nur 43 Aktivist*innen von etwa 2.000 Mitgliedern den Thesen der Zentrale zustimmten¹⁴¹⁴. In Hamburg, Bremen, Berlin und Dresden, Bastionen der Opposition, ergriff die Zentrale die Initiative, die Aktivist*innen direkt einzuberufen, um ihnen die Zustimmung zu den Beschlüssen des Parteitags zu unterbreiten und von ihnen die Desavouierung der lokalen Aktivist*innen zu erwirken: die Ergebnisse waren mittelmäßig, um nicht zu sagen katastrophal¹⁴¹⁵. Glaubt man z.B. Ruth Fischer, so waren im Bezirk Berlin-Brandenburg, der am Vorabend des Heidelberger Parteitags 12.000 Aktivist*innen zählte, nur 36 anwesend, um den von Wilhelm Pieck vorgetragenen Bericht zu hören¹⁴¹⁶. Die Spaltung wurde in Berlin durch eine Bezirkskonferenz am 4. Januar bestätigt, bei der die Bezirksleiter*innen

1414 Bock, a.a.O., S. 227

1415 Ebenda, S. 226.

1416 R. Fischer, a.a.O., S. 119. [dt. Ausg., S. 145]

dazu aufrufen, die Beschlüsse des Parteitags nicht anzuerkennen¹⁴¹⁷. Nach Monaten des Kampfs hatte der von der Zentrale kontrollierte Bezirk im März 1920 nicht mehr als 800 Aktivist*innen¹⁴¹⁸. Der Zentralausschuss vom 4. und 5. Januar setzte jedoch die Beschlüsse des Heidelberger Parteitags um und ging dazu über, alle Bezirke und Organisationen auszuschließen, deren Konferenzen die Annahme der Thesen und den Ausschluss der Oppositionsdelegierten verweigert hatten: Bereits im Februar 1920 wurden die Bezirke Nord, Nord-Ost, Westsachsen und Berlin-Brandenburg aus der Partei ausgeschlossen; weitere Organisationen, die von Thüringen und Elberfeld-Barmen, waren im Begriff, ausgeschlossen zu werden¹⁴¹⁹. Die Aktivist*innen, die der Zentrale treu blieben – der Grenze zwischen »Partei« und »Opposition« fehlte es an Klarheit – waren nicht vom besten Kaliber. Auf dem Karlsruher Parteitag im Februar 1920 zögerte Heinrich Brandler, der gerade von der Ruhr zurückgekehrt war, nicht, zu erklären:

»Wir haben überhaupt noch keine Partei. (...) Was in Rheinland-Westfalen besteht, ist schlimmer, als wenn wir gar nichts hätten. Und es wird in nächster Zeit nicht möglich sein, die Kommunistische Partei auf die Beine zu bringen. Die Dinge, die dort gemacht worden sind, haben unseren Namen, unsere Partei diskreditiert.« Es »hat sich herausgestellt, dass unsere Leute nicht den geringsten Einfluss auf die Arbeiter haben.«¹⁴²⁰

Im Verlauf der gleichen Debatte bestreitet Eberlein diese Einschätzung, zeigt aber auf, dass es in Zentren wie Bremen, Hamburg, Hannover, Dresden, Magdeburg keine von der Zentrale kontrollierte Organisation mehr gibt und dass viele Ortsgruppen alle Beziehungen zu ihr abgebrochen haben¹⁴²¹.

Tatsächlich ist die Kommunistische Partei Deutschlands außerhalb von Stuttgart, wo die Zahl der Aktivist*innen seit Heidelberg von 4.600 auf 5.300¹⁴²² gestiegen ist, und Chemnitz – von 14.000 auf 16.000¹⁴²³ – nicht mehr verankert, außer in Form von kleinen isolierten Gruppen.

Der Nationalbolschewismus

Der Zentrale halfen jedoch die Entwicklungen, die innerhalb der Opposition stattfanden, und insbesondere die markanten Positionierungen Wolffheims und Laufenberg, die Levi während und nach dem Parteitag zu seinen Zielscheiben gemacht hatte.

1417 Freiheit, 6. Januar 1920.

1418 Bericht 2 ... S. 38; die Anhänger*innen der KPD halten diese Zahl für übertrieben.

1419 Ebenda, S. 7, 32.

1420 Ebenda [tatsächlich: Bericht 3 ...], S. 16-17.

1421 Ebenda [d.h.: Bericht 3 ...], S. 33-36.

1422 Bericht 3, S. 37.

1423 Ebenda, S. 35.

Bereits im Oktober 1918 hatten die beiden Hamburger Verantwortlichen innerhalb ihrer lokalen Organisation die These von der notwendigen Umwandlung der Revolution in einen revolutionären Volkskrieg gegen die Imperialisten der Entente im Bündnis mit Sowjetrußland vertreten. Im Mai 1919 hatten sie mit großer Heftigkeit gegen die mögliche Unterzeichnung des Versailler Vertrages durch die deutsche Regierung Stellung bezogen, die sie als Kapitulation vor dem Weltimperialismus betrachteten¹⁴²⁴. In der Zeit vor dem Heidelberger Parteitag beharren sie jedoch nicht auf dieser Perspektive, sondern kämpfen gleichzeitig gegen die Teilnahme an den Wahlen und in den Gewerkschaften – zugunsten der »Unionen« und gegen die Zentralisierung der Partei: Levi greift sie in Heidelberg auf dieser Grundlage an und beschuldigt sie des »*Syndikalismus*«, macht aber keinerlei Anspielung auf ihre Positionen zugunsten des »*revolutionären Krieges*.«

Im Gefolge des Heidelberger Parteitags versuchen die Hamburger Aktivist*innen jedoch gleichzeitig, die Opposition hinter sich zu vereinen und sie zu ihren nationalistischen Positionen neuen Typs zu führen. Das Hamburger kommunistische Organ, die »*Kommunistische Arbeiterzeitung*«, startet einen Aufruf zur Umgruppierung der oppositionellen Organisationen:

*»Alle Parteiorganisationen der Kommunistischen Partei Deutschlands, die auf dem Standpunkt stehen, dass die proletarische Diktatur die Diktatur der Klasse sein muss und nicht die Diktatur der Führerschaft einer Partei, die weiterhin der Auffassung sind, dass revolutionäre Massenaktionen nicht von einem geheimen Führerbund von oben her befohlen, sondern aus dem **Willen der Massen selbst** emporschlagen müssen und vorbereitet werden durch die organisatorische Zusammenfassung der revolutionären Proletarier in revolutionären Massenorganisationen auf breitester demokratischer Grundlage, werden aufgefordert, sich mit der Parteiorganisation in Hamburg in Verbindung zu setzen.«¹⁴²⁵*

Am 3. November veröffentlicht der Hamburger Bezirk in Form einer Beilage der *Kommunistischen Arbeiterzeitung* einen Text aus der Feder Wolffheims und Laufenburgs: »*Revolutionärer Volkskrieg oder konterrevolutionärer Bürgerkrieg – Erste kommunistische Adresse an das deutsche Proletariat.*«¹⁴²⁶ Sie verteidigen dort die These von der »*Proletarisierung*« der deutschen Nation und von der Notwendigkeit eines Bündnisses der proletarischen Nation mit der russischen Revolution für einen revolutionären Krieg gegen die Entente, Ihre These wird mit einem zweiten Pamphlet, »*Kommunismus gegen Spartakismus*«¹⁴²⁷ präzisiert, in dem sie eine Darstellung der

1424 Bock, a.a.O., S. 275.

1425 Zitiert von Bock, a.a.O., S. 225. [Hervorhebung bei Bock in gesperrter Schrift]

1426 In Form einer Flugschrift 1919 in Hamburg unter dem Titel *Revolutionärer Volkskrieg oder Konterrevolutionärer Bürgerkrieg* veröffentlicht.

1427 In Flugschriftform 1920 in Hamburg unter dem Titel *Kommunismus gegen Spartakismus* veröffentlicht.

Notwendigkeit des »Burgfriedens« – die Bourgeoisie müsse die führende Rolle des Proletariats akzeptieren, um die Nation zu retten – mit wütenden Angriffen gegen Paul Levi vermischten, wobei sie nicht einmal vor Antisemitismus zurückschreckten, da sie ihn als den »*Judas der deutschen Revolution*« bezeichneten und ihm vorwarfen, 1918 durch seine defätistische Propaganda »*die deutsche Front erdolcht*«¹⁴²⁸ zu haben.

Innerhalb der Opposition selbst kritisiert – der einzige Verantwortliche, der sie unterstützte, war Friedrich Wendel –, von den Führer*innen der Internationale und der KPD(S)¹⁴²⁹ heftig angegriffen – es war Radek, der den Namen »*Nationalbolschewismus*« für ihre Theorie prägte –, blieben Wolffheim und Laufenberg dennoch ein integraler Bestandteil der Organisation der Opposition, deren spektakulärste Flagg-schiffe sie in den letzten Monaten des Jahres 1919 und den ersten Monaten des Jahres 1920 waren.

Pannekoeks Versuch einer theoretischen Erklärung

In dem Moment, als Wolffheim und Laufenberg begannen, sich als Wortführer der linken kommunistischen Opposition zu diskreditieren, erhielten die deutschen Linksradikalen Verstärkung durch die niederländischen Kommunisten Gorter und Pannekoek. Ab Ende November 1918 ging Hermann Gorter nach Berlin, wo er mit den linksradikalen Elementen zusammenarbeitete, insbesondere Karl Schröder beeinflusste, sich zum Theoretiker der »revolutionären Betriebsorganisationen« machte und im Februar 1920 wahrscheinlich einer der Inspiratoren der Allgemeinen Arbeiter*innen-Union war, dem ersten Versuch einer »unionistischen« Vereinigung auf deutscher Ebene¹⁴³⁰.

Anton Pannekoek kehrte zur gleichen Zeit nach Deutschland zurück, schloss sich seinen ehemaligen Genoss*innen und Schüler*innen in Bremen und Berlin an und arbeitete in der Presse der IKD und dann in der lokalen linken Organisationen der KPD(S) mit¹⁴³¹. Im Gefolge des Heidelberger Parteitags machte er sich an die Aufgabe, die Divergenzen zwischen der Zentrale und den Linksradikalen theoretisch zu erklären, in einer Reihe von Artikeln im Bremer »Kommunist« über »Taktische und organisatorische Streitfragen« und vor allem in seiner – unter dem Pseudonym K. Horner veröffentlichten – Studie über »Weltrevolution und kommunistische Taktik.«¹⁴³² Bald, ihre Ungeduld des Jahres 1919 vergessend, fand sich die Mehrheit der Linksradikalen hinter Pannekoeks Analyse wieder, um in einer im Wesentlichen

1428 Ebenda, S. 3-4, zitiert von Bock, a.a.O. S. 277.

1429 Siehe insbesondere Radek und Thalheimer, Gegen den Nationalbolschewismus, Berlin, 1920.

1430 Bock, a.a.O., S. 429.

1431 Ebenda, S. 436-437.

1432 »Weltrevolution und Kommunistische Taktik«, Kommunismus, Nr. 28/29, 1. August 1920, S. 976-1018; große Auszüge in französischer Sprache bei Bricianer, a.a.O., S. 163-201 [im Folgenden zitiert nach der deutschsprachigen Broschüre, Wien 1920]

gegen Radek gerichteten Polemik den Opportunismus der deutschen Zentrale und die ähnlichen Tendenzen der Führer*innen der Internationale und der russischen Partei anzuprangern.

Pannekoek zog in der Tat aus den ersten Monaten der deutschen Revolution eine Schlussfolgerung, die der Analyse der Linksradiكالen in dieser Periode entgegengesetzt war: Für ihn stellt die deutsche Erfahrung in der Tat »klar vor Augen, dass und durch welche Kräfte die Revolution in Westeuropa ein langsamer, langwieriger Prozess sein muss«¹⁴³³. Er war der Meinung – wie Levi bereits auf der Frankfurter Konferenz im August 1919 festgestellt hatte –, dass Deutschland nun in eine Phase der Stagnation eingetreten war, und schrieb:

»Der Hauptsache nach treten dann zwei Tendenzen hervor (...). Die eine Richtung will durch Wort und Tat die Köpfe revolutionieren, aufklären und sucht dazu die neuen Prinzipien möglichst scharf den alten überlieferten Anschauungen gegenüberzustellen. Die andere Richtung versucht, die Massen, die noch abseits stehen, für praktische Tätigkeit zu gewinnen, will dazu möglichst vermeiden, was sie abstoßen könnte, und hebt statt des Gegensatzes vor allem das Verbindende hervor. Erstere erstrebt die scharfe klare Scheidung, die zweite die Vereinigung der Massen; die erstere wäre als die radikale, die zweite als die opportunistische Tendenz zu bezeichnen. [Der] Opportunismus [wird] eine starke Macht in der kommunistischen Internationale werden.«¹⁴³⁴

Die zentrale Idee des neuen Opportunismus scheint ihm die zu sein, nach der eine Partei, ob groß oder klein, in der Lage wäre, aus eigener Kraft die Revolution zu erreichen:

»Ebenso wenig wie von einer kleinen radikalen Partei kann eine Revolution von einer großen Massenpartei oder einer Koalition verschiedener Parteien gemacht werden. Sie bricht spontan aus den Massen hervor. (...) Im Gegensatz zu der starken, scharfen Hervorhebung der neuen Prinzipien (Sowjetsystem und Diktatur), die den Kommunismus von der Sozialdemokratie trennen, lehnt der Opportunismus in der Dritten Internationale sich möglichst an die aus der Zweiten Internationale übernommenen Kampfformen an. Nachdem die russische Revolution den Parlamentarismus durch das Sowjetsystem ersetzt und die Gewerkschaftsbewegung auf den Betrieben aufgebaut hatte, war das erste Streben in Westeuropa, diesem Beispiel nachzuzufolgen. Die Kommunistische Partei Deutschlands boykottierte die Wahlen für die Nationalversammlung und propagierte den sofortigen oder allmählichen organisierten Austritt aus den Gewerkschaften. Als aber die Revolution 1919 zurücklief und stagnierte, leitete die Zentrale der KPD eine andere Taktik ein,

1433 Bricianer, a.a.O., S. 166. [a.a.O., S. 7]

1434 Ebenda, S. 167. [a.a.O., S. 8]

die auf die Anerkennung des Parlamentarismus und die Unterstützung der alten Gewerkschaftsverbände gegen die Unionen hinauskam.«¹⁴³⁵

Die Ursache für den Sieg der deutschen Bourgeoisie über die Revolution von 1918-1919 liegt seiner Meinung nach in einem »verborgenen Faktor«, »der geistigen Macht der Bourgeoisie über das Proletariat«:

»Weil die proletarischen Massen noch völlig durch eine bürgerliche Denkweise beherrscht wurden, haben sie nach dem Zusammenbruch die bürgerliche Herrschaft mit eigenen Händen wieder aufgerichtet.«¹⁴³⁶

Das deutsche Beispiel erlaubt uns, die Probleme der proletarischen Revolution in einem Land zu verstehen, in dem die bürgerliche Produktionsweise und eine hohe Kultur seit Jahrhunderten bestehen:

An ihm »zeigen sich die konkreten Kräfte, die wir hier als Herrschaft bürgerlicher Anschauungen zusammenfassen: die Ehrfurcht vor abstrakten Lösungen wie die ›Demokratie‹; die Macht alter Denkgewohnheiten und Programmpunkte, wie Verwirklichung des Sozialismus durch parlamentarische Führer und eine sozialistische Regierung; Mangel an proletarischem Selbstvertrauen (...); aber vor allem das Vertrauen in die Partei, die Organisation, die Führer, die während vieler Jahrzehnte die Verkörperung ihres Kampfes, ihrer Revolutionsziele, ihres Idealismus gewesen waren.«¹⁴³⁷

Indem er die These von der »handelnden Minderheit« zurückweist und die Illusion verwirft, die Macht sei in Reichweite der Revolutionär*innen, vertritt Pannekoek die Auffassung, dass es darum gehe, innerhalb des Proletariats die Grundlagen einer permanenten Klassenmacht zu entwickeln. Eine lange und schwierige Aufgabe, die die Revolutionär*innen zwingt, die Perspektiven nicht nur von Marx, sondern auch von den Bolschewiki bezüglich der Revolution in den fortgeschrittenen Ländern zu überdenken:

»Neue Länder, wo die Massen nicht durch den Qualm einer bürgerlichen Weltanschauung vergiftet sind, wo durch einen Anfang industrieller Entwicklung ihr Geist aus der alten unbeweglichen Ruhe emporgetrieben wurde und ein kommunistisches Gemeinschaftsempfinden erwachte, wo die Rohstoffe vorhanden sind, um die vom Kapitalismus ererbte höchste Technik zu einer Erneuerung der überlieferten Produktionsformen anzuwenden, wo der Druck von oben kräftig genug ist, zum Kampf und zur Ausbildung der Kampftugenden zu zwingen, wo aber keine übermächtige Bourgeoisie diese Erneuerung verhindern kann solche Länder werden die Zentren der neuen kommunistischen Welt sein.«¹⁴³⁸

1435 Ebenda, S. 168-169. [a.a.O., S. 9 f.]

1436 Ebenda, S. 171. [a.a.O., S. 11 f.]

1437 Ebenda, S. 174. [a.a.O., S. 14 f.]

1438 Ebenda, S. 194. [a.a.O., S. 41]

Das ist eine originelle Analyse, pessimistisch für den Augenblick, aber zuversichtlich für die Zukunft, und ihr einziger gemeinsamer Punkt mit der linksradikalen Ideologie, wie sie sich bis dahin in der Opposition manifestiert hatte, scheint die Feindseligkeit gegenüber der Bildung von Parteien zu sein, die die Rolle von »Führern« anerkennen und die Möglichkeit einer revolutionären Arbeit in den bürgerlichen Parlamenten und reformistischen Gewerkschaften zulassen. Pannekoeks Meinung steht im Gegensatz zu Laufenbergs Prognose, der im November über den Heidelberger Parteitag berichtete und der Zentrale »mangelndes Vertrauen in die Massen« vorwarf, da sie sich weigere, so zu handeln, als ob das Machtproblem im kommenden Winter gelöst werden würde¹⁴³⁹.

Dies ist jedoch nicht der Hauptwiderspruch der Opposition, die sich auch in Bezug auf die russische Revolution und die Rolle der kommunistischen Parteien sowie, konkreter, in Bezug auf die offizielle Partei und die Mitgliedschaft in der Internationale positionieren muss.

Die Opposition in der Krise

Teils unter dem Einfluss Pannekoeks und wohl auch Radeks, der sein ganzes Gewicht auf seine alten Genossen in Bremen legte, teils unter dem Einfluss der Reaktion auf die nationalistischen Thesen entwickelte sich innerhalb der Opposition eine Strömung, die als versöhnlerisch bezeichnet werden könnte. Im Gefolge der Adresse der Hamburger Führung reagierten die Bremer Führer*innen gegen die nationalbolshewistische Strömung, die sie unmissverständlich verurteilten, und schufen eine »Informationsstelle« für die gesamte Opposition¹⁴⁴⁰. Am 23. Dezember 1919 startete dieses Büro, unterstützt von der 8.000 Mitglieder starken Bremer kommunistischen Oppositionsorganisation, einen Aufruf, der einen gezielten Versuch darstellte, eine Spaltung zu vermeiden. Sie forderte für Ende Januar die Einberufung eines neuen Parteitages, auf dem alle Organisationen vertreten sein sollten, unabhängig von ihrer Position zu den in Heidelberg beschlossenen Thesen, und die sofortige Fortsetzung der in Heidelberg begonnenen und vorzeitig abgebrochenen Diskussion mit der Verpflichtung der Zentrale zum sofortigen Verzicht auf alle Maßnahmen spaltender Art, Ausschlüsse oder anderes¹⁴⁴¹.

Im Februar 1920, zur Zeit der Gründung der AAU, war es Karl Becker, der im Namen der Bremer Aktivist*innen den »marxistischen« Minderheitsstandpunkt vertrat: Er weigerte sich zu erwägen, dass die so konstituierte Union die Rolle der kommunistischen Partei ersetzen könnte, und beharrte darauf, die Unionen einfach als

1439 Zitiert von Bock, a.a.O., S. 146.

1440 Bock, a.a.O., S. 225.

1441 Ebenda, S. 226.

eine demokratischere Form der »Industriegewerkschaft« zu betrachten¹⁴⁴². Ende des Monats wird der 3. Parteitag der kommunistischen Partei von der ausgeschlossenen Organisation des Bezirks Bremen Änderungsanträge zu den Heidelberger Thesen¹⁴⁴³ erhalten: die Bremer Kommunist*innen, die die Bestimmungen Wolffheims und Laufenbergs klar verurteilen, beteuern gleichzeitig, dass sie nicht zur Spaltung bereit sind. Auf demselben Parteitag bekräftigte einer der Verantwortlichen der kommunistischen Arbeiterzeitung, Karl Eulert, die Verbundenheit der Redaktion der Zeitung und vieler Hamburger Aktivist*innen mit der Einheit der Partei¹⁴⁴⁴.

Zur selben Zeit proklamiert Franz Pfemfert seinerseits den »Bankrott der KPD(S)« und näherte sich Otto Rühle an, der sich über den Syndikalismus zum Anarchismus bewegte und unter dem Deckmantel des »antiautoritären Kommunismus« den Föderalismus, die Verweigerung der Disziplin, den Kult der Spontaneität, den er als »proletarisch« beurteilte, die er der wesentlich »bürgerlichen« Disziplin, Zentralisierung, Organisation entgegenstellte und sich für einen »führerlosen, staatenlosen, herrschaftslosen Sozialismus«¹⁴⁴⁵ aussprach.

Unter diesen Bedingungen versteht man, dass die Zentrale auf dem Karlsruher Parteitag eine sehr feste Position einnahm. Trotz der Besorgnis Walchers, der die Ausschlüsse, die die Rückkehr der gesunden Elemente der Opposition in die Partei nur verlangsamen würden, fortan für nutzlos hält¹⁴⁴⁶, bestätigt der Parteitag die Beschlüsse von Heidelberg und lehnt es ab, mit den Bremer Kommunist*innen zu diskutieren, solange sie nicht »eine klare Abscheidung« von der »Richtung Wolffheim-Laufenberg« und ihrer »kleinbürgerlichen-nationalistischen Ideologie« herbeigeführt haben¹⁴⁴⁷. Die linksradikale Opposition scheint kurz vor dem Auseinanderbrechen zu stehen, und die Zentrale kann mit dem verstärkten Druck rechnen, den die Exekutive der Internationale auf sie ausübt, die ihre Vertreter*innen gerade zu einer direkten Diskussion in Moskau eingeladen hat¹⁴⁴⁸. Zusammengehalten nur durch eine gemeinsame Opposition gegen die Leute der Zentrale und Grundsatzpositionen, die durch zutiefst divergierende Analysen untermauert werden, scheint die Opposition unfähig, sich für eine Klärung zu entscheiden, die einen offenen Bruch in ihren Reihen bedeuten würde. Sie scheint noch weniger in der Lage zu sein, eine neue Partei zu organisieren.

1442 Ebenda, S. 190.

1443 Ebenda, S. 226; Bericht 3 ... , S. 7.

1444 Bericht 3 . S. 22-23.

1445 Zitiert in Erich Eisner, Gegen die Bürger im Marxpelz. Die antiautoritären »Linken« in der Arbeiterbewegung, S. 23-24. [Dort wird als Quelle genannt: Otto Rühle, Von der bürgerlichen zur proletarischen Revolution, Erstausgabe 1924, Nachdruck München 1965]

1446 Bericht 3 ... , S. 17.

1447 Ebenda, S. 7 [tats. S. 6].

1448 Mit Schreiben vom 7. Februar 1920 (Bericht 3 ... , S. 14).

Kapitel XVII: Das Problem des Zentrismus

Das Auseinanderbrechen der KPD(S) und die Bedingungen der Illegalität, in denen sie kämpft, erklären, warum die Arbeiter*innen, die seit 1918 sozialdemokratische Politik erlebt haben, von ihr kaum angezogen werden, selbst wenn das russische Beispiel sie verlockt. Paul Levi wird es 1920 in Moskau erklären:

»Die Masse wanderte zu Hunderttausenden aus der früher ‚allmächtigen‘ Sozialdemokratie Deutschlands ab und hatte nun die Wahl überzugehen in die während der ganzen Zeit legal gebliebene USP oder in die während der ganzen Zeit illegal und manchmal fast von der politischen Bühne verscheuchte KPD. Es ist ganz klar, dass unter diesen Umständen die große Organisation der revolutionären Masse die unabhängige Partei werden musste.«¹⁴⁴⁹

Mit der einzigen Ausnahme von Chemnitz, wo Brandler und Heckert im Januar 1919 in der Lage waren, fast die Gesamtheit der unabhängigen Arbeiter*innen in die KPD(S) zu ziehen, blieb die Masse der ehemaligen revolutionären Sozialdemokrat*innen, der ehemaligen Radikalen sowie die Masse der jungen Leute, die durch den Krieg, die russische Revolution, die Novemberrevolution und ihre Folgen für die Revolution gewonnen worden waren, tatsächlich in der Partei Haases und Dittmanns, wo sich ihnen seither Zehntausende und Hunderttausende angeschlossen haben. Von hunderttausend Mitgliedern zur Zeit der Revolution wuchs die unabhängige Partei auf mehr als 300.000 im März 1919¹⁴⁵⁰.

Neue Chance für den Kommunismus

Trotz ihrer Verwirrung und trotz der Differenzen, die ihre Führer*innen in allen Fragen einander entgegenstellten, gewann die unabhängige sozialdemokratische Partei so im Laufe des Jahres 1919 eine wirkliche Mehrheit der Vorhut der Arbeiter*innen. Insbesondere hatten ihre Aktivist*innen starke Positionen in den Gewerkschaften inne, was dazu beitrug, sie zum Umgruppierungspol der Gegner*innen der Klassenkollaboration zu machen. Auf dem 10. Gewerkschaftskongress in Nürnberg vom 30. Juni bis 5. Juli 1919 waren zwei unabhängige Aktivist*innen, Robert Dissmann und Richard Müller, die Wortführer einer Opposition, die den Bruch mit den Unter-

¹⁴⁴⁹ Nachlass Paul Levi, P 124/8, S. 2. [Mappe 181 in Box 87, Nachdruck a.a.O., S. 1749]
¹⁴⁵⁰ Bock, a. a. O., S. 88.

nehmer*innen-Arbeit*innen-Arbeitsgemeinschaft, die Aufgabe der Politik der Absprache und Klassenkollaboration und die Rückkehr zu einer klassenkämpferischen Gewerkschaftsbewegung forderte¹⁴⁵¹. Es gelang ihnen, 179 Delegierte – gegen 445 der Generalkommission – bei der Vertrauensabstimmung für die scheidende Führung zu versammeln, 181 – gegen 420 – am Ende der Orientierungsdebatte¹⁴⁵². Auf der Stuttgarter Generalversammlung der Metallarbeiter*innengewerkschaft war es eine von denselben unabhängigen Aktivist*innen angeführte Opposition, der es in beispielloser Weise gelang, die Mehrheit zu stürzen, die Politik der scheidenden Führung mit 194 gegen 129 Stimmen verurteilen zu lassen und die Mehrheit für eine Orientierung auf den Klassenkampf zu sammeln, die sofort durch den Rücktritt der Gewerkschaftsvertreter aus allen Gremien der »Arbeitsgemeinschaft« mit den Unternehmer*innen konkretisiert werden musste¹⁴⁵³. Nachdem die Metallarbeiter*innengewerkschaft in die Hände Dissmanns und eines Teams übergegangen war, das fast alle ehemaligen revolutionären Obleute Berlins zusammenbrachte¹⁴⁵⁴, brachen ganze Sektoren der Gewerkschaftsbewegung mit der reformistischen Politik der Mehrheitler*innenpartei und schlossen sich den Unabhängigen an. In Berlin verloren die Mehrheitler*innen die Leitung der Metallgewerkschaft und wurden durch die Unabhängigen Oskar Rusch und Otto Tost ersetzt, die damit die Kontrolle über das Gewerkschaftskartell in der Hauptstadt übernahmen¹⁴⁵⁵. Das Gleiche galt für die Druckergewerkschaft, deren Organ »Graphischer Block« ab dem 1. September 1919 das Organ der gesamten linken Opposition in den Gewerkschaften wurde. In Halle wurde der Vorstand des Ortskartells im Mai von dem linken Unabhängigen Bovitsky übernommen, das örtliche Arbeitersekretariat dann von seinem Partei- und Strömungsgenossen Lemke¹⁴⁵⁶. Die gewerkschaftlichen Positionen dieser Männer, Dissmann, Richard Müller, Rusch, Tost, Niederkirchner, Malzahn, Neumann, bei den Metallarbeiter*innen, Böttcher bei den Drucker*innen, Teuber bei den Bergarbeiter*innen, sind umso solider, als sie von den Kommunist*innen von links nicht angefochten werden¹⁴⁵⁷. Letztere hatten nämlich seit November 1918 die Gewerkschaften praktisch verlassen, entweder aus Prinzip oder weil sie ausgeschlossen wor-

1451 Protokoll der Verhandlungen des 10. Kongresse der Gewerkschaften Deutschlands, Beitrag Dissmanns, S. 327-342, und Richard Müllers, S. 434-452

1452 Ebenda, S. 404-502.

1453 Die Vierzehnte ordentliche Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes in Stuttgart 1919, S. 19, 182.

1454 Von den ehemaligen revolutionären Obleuten, die den Gewerkschaftsorganisationen den Rücken kehrten, kann man nur und viel später Paul Weyer erwähnen, der sich der KPD(S) anschloss, ein »unionistischer« Aktivist, der 1924 endgültig ausgeschlossen wurde (Bock, a.a.O., S. 185, 187).

1455 Freiheit, 19. Oktober 1919; F. Opel, Der Deutsche Metallarbeiterverband, S. 85.

1456 Volksstimme von Halle.

1457 Wir halten als Ausnahme fest, dass Fritz Winguth, der ebenfalls aus dem Kreis der revolutionären Obleute stammte und Mitglied der KPD(S) war, ab Juli 1919 Verantwortungen im Metallgewerkschaftsapparat ausübte. (Weber, Der Gründungsparteitag, S. 335).

den waren. Sie waren an der Organisation zahlreicher »Unionen« beteiligt, wie der im März 1919 in Essen gegründeten Allgemeine Bergarbeiterunion¹⁴⁵⁸. In den traditionellen Gewerkschaften, sofern sie dort verblieben, war es nicht unüblich, dass sich KPD(S)-Mitglieder aus Purismus von gewerkschaftlichen Aufgaben fernhielten: So weigerte sich Sepp Miller, der vom Frankfurter Kongress als unangefochtener Führer der Bremer Metaller in die nationale Leitung der Metallgewerkschaft gewählt worden war, einen Sitz einzunehmen, um nicht »die Beine mit den Verrätern unter einen Tisch setzen« zu müssen¹⁴⁵⁹.

Levi ist beeindruckt von den Ergebnissen, die die Unabhängigen in ihrer Gewerkschaftsarbeit erzielt hatten. Er glaubt, dass es die Verantwortungslosigkeit der putschistischen Elemente, deren Führer er gerade ausgeschlossen hat, war, die die wichtigsten linken Führer*innen der unabhängigen Partei von der Gründung der KPD(S) fernhielt, und dass die werktätigen Massen, die sich seitdem zu ihnen gesellt haben¹⁴⁶⁰, nur deshalb zu ihnen gingen, weil die Kommunistische Partei illegal war¹⁴⁶¹ und ihr Abenteuerertum sie nur erschrecken konnte¹⁴⁶². Er ist überzeugt, dass die Chancen für die Entwicklung des Kommunismus in Deutschland und damit für den Sieg der proletarischen Revolution von der Fähigkeit der Kommunistischen Partei abhängen, die linken Unabhängigen und ihre Massenbasis zu gewinnen. Damit wäre in seinen Augen der »Irrweg« der historischen Entwicklung der deutschen Bewegung korrigiert: die Tatsache, dass sich vor dem Krieg kein revolutionärer Kern konstituiert hatte, die Tatsache, dass die KPD(S) unter den schlimmsten Bedingungen des Januar 1919 auf einer linksradikalen Orientierung gegründet wurde, die sie von der Masse der fortgeschrittenen Arbeiter*innen abschnitt¹⁴⁶³.

Die Geburt der linken Unabhängigen

Es dauerte jedoch einige Zeit, bis sich innerhalb der unabhängigen sozialdemokratischen Partei eine linke Strömung entwickelte, die eindeutig auf den Kommunismus orientiert war und für die die Positionen der Kommunistischen Internationale eine Garantie und ein Gegengewicht zu den Praktiken der deutschen Kommunist*innen darstellten, die sie auf jeden Fall ablehnten. Im Mai 1919, nach dem 2. Parteitag,

1458 Ill. Gaesch. S. 329.

1459 Vorwärts und nicht vergessen (Sepp Miller), S. 210.

1460 Laut Dittmann (Freiheit, 2. Dezember 1919) war die Zahl der Mitglieder zwischen März und Dezember 1919 von 300.000 auf 750.000 gestiegen.

1461 Nachlass Paul Levi, P 124/8, S. 2. [Mappe 181 in Box 87, veröffentlicht unter dem Titel »Zur Geschichte der KPD«, »Ohne einen Tropfen ...« Bd. I/2, hier S. 1749]

1462 In den Generalversammlungen des Berliner Rates (besonders Freiheit, 8. Oktober 1919) waren es Leute wie Malzahn, Eckert, Neumann, Däumig, die die bolschewistischen Positionen zur Arbeit in den Gewerkschaften gegen die Mitglieder der KPD(S) verteidigten.

1463 Nachlass Paul Levi, P 124/8, S. 2-3. [Mappe 181 in Box 87, veröffentlicht a.a.O., S. 1750]

trennte sich Clara Zetkin wie vorgesehen und trat der KPD(S) bei¹⁴⁶⁴. Gegen Haase, den Sprecher der Leitung, prangerte die Gruppe der Berliner*innen, angeführt von revolutionären Obleuten, hinter Däumig und Richard Müller den »*Opportunismus*« und »*Reformismus*« der Leitung an. Ihre Ideen fanden umso mehr ein offenes Ohr, als die Anfänge der Nationalversammlung kein gutes Propagandathema für die Rechte darstellten: In der Atmosphäre der von Noskes Männern entfesselten Repression fehlte die Aussicht auf eine »*sozialistische Wiedervereinigung*«, die nur einen Monat zuvor von der leitenden Gruppe offen geäußert worden war¹⁴⁶⁵, die Anziehungskraft. Die Linke blieb jedoch verwirrt, ebenso wie ihre Inspirator*innen. Däumig legte einen Gegenbericht vor, in dem er ausführlich auf das von ihm so genannte »*Rätesystem*«¹⁴⁶⁶ einging, das eng an das sowjetische Organisationsschema angelehnt war und das er dem alten parlamentarisch-demokratischen System entgegenstellte. Zumindest in diesem Punkt zeigt er keinerlei Divergenz mit der kommunistischen Lösung von der Macht der Räte, unterstreicht aber seine tiefe Ablehnung dessen, was er die »*putschistische Taktik*« der Kommunisten nennt. Er forderte die Delegierten auf, sich vor der Gefahr zu hüten, die diese von diesem Standpunkt aus in einer Zeit der Radikalisierung der Massen darstellten: Wenn sich die unabhängige Partei nicht für die Räte ausspreche, werde sich die kommunistische Partei links von ihr entwickeln¹⁴⁶⁷.

Die endgültige Resolution ergab sich aus einem Kompromiss und spiegelt, wie Eugen Prager¹⁴⁶⁸ unterstreicht, gleichzeitig die beiden Tendenzen wider, die sich nun in der Partei gegenüberstehen. In der Tat erinnert sie daran, dass die Partei auf der Grundlage des alten Erfurter Programms aufgebaut ist, und präzisiert, dass sie sich im Lichte der jüngsten revolutionären Erfahrungen als Anhängerin des »*Rätesystems*« erklärt, das die Arbeiter*innen in den Fabriken »*zusammenfasst*«, dem Proletariat das Recht auf »*Selbstverwaltung in den Betrieben, in den Gemeinden und im Staate*« gibt und »*die Umgestaltung der Wirtschaft*« vorbereitet¹⁴⁶⁹. Sie bekräftigt, dass das Ziel der Partei »*die Diktatur des Proletariats*« ist, da letzteres der »*Vertreter der großen Volksmehrheit*« ist. Um zu diesem Ziel zu gelangen, schließt sie kein Mittel des politischen oder wirtschaftlichen Kampfes aus, »*einschließlich der Parlamente*«, und verurteilt »*planlose Gewalttätigkeiten*«. ¹⁴⁷⁰ Schließlich sprach sie sich für die »*Wiederherstellung der Arbeiter-Internationale auf dem Boden der revolutionären sozialistischen Politik im Geiste der internationalen Konferenzen von Zimmerwald und Kient-*

1464 C. Zetkin, Ausgewählte Reden [und Schriften], Band II, Einleitung, S. XIII.

1465 Siehe insbesondere R. Hilferding, »Die Einigung des Proletariats«, Freiheit, 9. Februar 1919.

1466 Text seines Berichts und seiner Antwort in E. Däumig, Das Rätesystem, 1919, 37

1467 Ebenda, S. 15.

1468 Prager, a.a.O. S. 194. [4. Auflage 1980, S. 186]

1469 Zitiert ebenda, S. 193. [4. Auflage 1980, S. 185]

1470 Ebenda. [4. Auflage 1980, S. 185]

hal.«¹⁴⁷¹ aus. Der rechte Flügel der Partei kam letztlich glimpflich aus dem 2. Parteitag heraus: Er behielt die Leitung auf der Grundlage dieses Kompromisses, der ihm nicht die Hände band und ihm erlaubte, seine eigene Politik zu verfolgen. Typisch für eine zentristische Partei, ließ die endgültige Resolution die wirklichen Meinungsverschiedenheiten offen: So weigerte sich Däumig, der mit 104 Stimmen unmittelbar nach Haase, der 159 erhielt, zum Vorsitzenden der Partei gewählt wurde, diese Verantwortung mit ihm zu teilen und gab sein Mandat an den Kongress zurück, der ihn durch Crispian ersetzte¹⁴⁷². In den folgenden Monaten verschärfte der Widerstand der Rechten gegen den zunehmenden Druck von links, die mangelnde Bereitschaft des größten Teils der Parteipresse, den »Kompromiss« zu verteidigen, und die Wiederaufnahme der internationalen Beziehungen die Divergenzen.

Die Resolution des Märzparteitags ist in der Tat die Grundlage, auf der die unabhängige Partei für den »Wiederaufbau« der Internationale arbeiten muss, zu dessen Vorkämpfer sich Kautsky gemacht hat – und der nichts anderes ist als der Wiederaufbau der Zweiten Internationale auf ihren Grundlagen von vor 1914, begleitet von einer gegenseitigen Amnestie der Parteien. Im Februar hatte die von Haase und Kautsky geleitete Parteidelegation in Bern mit der Mehrheit eine Resolution verabschiedet, die implizit die »Diktatur«, d.h. den Bolschewismus, verurteilte¹⁴⁷³. In Luzern, im August, reihten sich die unabhängigen Delegierten in die Minderheit ein, die den Kommunist*innen die Tür offen halten wollte; aber sie verurteilten erneut die Methoden der Gewalt, trotz des Festhaltens ihres eigenen Parteitags an der »Diktatur des Proletariats.«¹⁴⁷⁴ In der Tat untergräbt das Scheitern dieser beiden Konferenzen, ihre Unfähigkeit, sehr schnell wirkliche internationale Organisationen zu schaffen und sich sogar über deren Notwendigkeit zu einigen, die Bemühungen der »Wiederaufbauer«, und schon am Tag nach der Luzerner Konferenz muss Kautsky zugeben, dass die Zugehörigkeit zur Dritten Internationale viele Anhänger*innen gewinnt¹⁴⁷⁵.

Die Masse der unabhängigen Aktivist*innen konnte nicht mit Gleichgültigkeit die Mitgliedschaft in einer Internationale in Erwägung ziehen, die die Anwesenheit der Sozialdemokrat*innen ihres Landes, der »Noske-Sozialisten«, tolerieren würde. Außerdem übt die Ausrufung der Kommunistischen Internationale – die die unabhängigen Führer*innen, auch die der Linken, einhellig als zumindest »verfrüht« beurteilen – eine unbestreitbare Anziehungskraft auf sie aus: Diese Internationale profitiert vom Prestige des siegreichen Oktobers, und es gibt ein tiefes Gefühl unter den Aktivist*innen gegen alles, was wie ein Versuch aussieht, die Russ*innen zu isolieren. Solche Faktoren tragen zur Stärkung eines linken Flügels bei, der als organisierte

1471 Ebenda, S. 194. [a.a.O. S. 186]

1472 Ebenda, S. 195. [a.a.O. S. 186]

1473 Braunthal, a.a.O., II, S. 168-173.

1474 Ebenda, S. 174-176; Hulse, a.a.O. S. 96.

1475 Freiheit, 20. August 1919.

Tendenz zu agieren beginnt¹⁴⁷⁶. Es entsteht eine neue Generation von Führer*innen, von Menschen, denen die Erfahrung des Novembers und die darauf folgenden Monate der Reaktion eine harte revolutionäre Linie, eine ernsthafte Organisation, den Aufbau einer wahrhaften Internationale der kämpfenden Parteien auferlegen. Zum alten Berliner Kern der Däumig, Richard Müller, Adolf Hoffmann – von denen sich Ledebour aus Antibolschewismus abspaltete – gesellten sich nun jüngere Menschen, oft ehemalige Mitglieder der Jugend, die während des Krieges und der Revolution aktiv waren und nicht im gleichem Maße von den Sitten und der Geistesverfassung in der Partei vor dem Krieg beeinflusst worden waren: Aktivist*innen wie Wilhelm Koenen, Anton Grylewicz, Bernhard Düwell, Stoecker, Curt Geyer, Böttcher, Remmele, die allesamt Organisatoren von Räten und Leiter von revolutionären Komitees waren. Für sie stellt sich die Frage eines Zusammenschlusses mit der Kommunistischen Partei, die in die durch ihr Sektierertum genährte Krise verstrickt ist, nicht von selbst¹⁴⁷⁷, aber sie messen dem Problem der Verhältnisse zur Kommunistischen Internationale große Bedeutung bei.

Die Frage wurde vor der Jenaer Konferenz am 9. und 10. September 1919 gestellt. Sollte die Partei zur Genfer Konferenz gehen, die versuchen würde, die Zweite Internationale wieder aufleben zu lassen, oder nicht? Schon jetzt sind die Fortschritte der Linken offensichtlich: einflussreiche Zeitungen wie die Hamburger Volkszeitung, geleitet vom begabten Wilhelm Herzog, oder das Gothaer Volksblatt haben sich für den Beitritt zur Dritten Internationale und den Zusammenschluss mit der KPD(S) ausgesprochen, ebenso wie Generalversammlungen von Aktivist*innen in Halle und Zella-Mehlis und fast überall zunehmend entschlossene Minderheiten¹⁴⁷⁸. Das neue Kräfteverhältnis spiegelte sich deutlich im Verlauf der Debatten wider. Hilferding, der den Standpunkt der Leitung – den des rechten Flügels – vertrat, sprach sich diesmal gegen eine Wiedervereinigung mit der Sozialdemokratischen Partei aus, die er noch zu Beginn des Jahres gewollt hatte. Er ist auch gegen die Zugehörigkeit zur Zweiten Internationale, die sich gerade neu konstituiert. Aber er ist auch gegen die Zugehörigkeit zur Dritten Internationale, die seiner Meinung nach wie das sowjetische Regime kaum mehr Überlebenschancen hat: Man steigt nicht auf ein sinkendes Schiff; für den Fall, dass sie sich durch irgendein Wunder entwickelt, werde sie unter der totalen Kontrolle der russischen Kommunist*innen stehen. Seine Schlussfolgerung deutet daher auf einen zentristischen Weg hin:

1476 Prager, a.a.O., S. 202 [4. Auflage 1980, S. 194], datiert den Beginn dieser Organisation auf die ersten Monate des Jahres 1919. Radek (November ... , S. 162) berichtet, dass er am Vorabend seiner Abreise nach Russland Ende 1919 eine lange Diskussion mit Däumig hatte, und dass dieser für eine Spaltung seiner Partei war.

1477 Curt Geyer schrieb Anfang 1920 noch: »Die Linke der USPD braucht keinen Parteianschluss. Die USP ist die revolutionäre Massenpartei in Deutschland.« (»Nach dem Parteitag«, Das Forum, Nr. 4, Januar 1920, S. 268.)

1478 Horst Naumann »Dokumente zum 45. Jahrestag der Gründung der K.I.«, BzG, Nr. 9, 1964, S. 285-297.

»Die Parteilung hat beschlossen, mit allen Gruppen, die links stehen, in Verbindung zu treten, und es wurde auch an die französischen Genossen das Ersuchen gestellt, mit uns gemeinsam an die Bolschewisten heranzutreten, um eine Verständigung herbeizuführen. Die Zeit selbst wird für uns wirken und den Zeitpunkt herbeiführen, wo es möglich ist, eine Internationale zu schaffen, die als revolutionäres Instrument wirksam werden kann.«¹⁴⁷⁹

Das Verfahren ist gut ausgedacht: von der Dritten Internationale keine Notiz nehmen, einen internationalen Block mit einer bestimmten Anzahl anderer linker Parteien zu schließen und sich erst dann an die Bolschewiki zu wenden, würde effektiv darauf hinauslaufen, die Situation zugunsten der unabhängigen Partei zu drehen. Sollte der kommende Kongress Hilferding folgen, würde die unabhängige Partei in der Tat zum Hauptinstrument der von der Sozialistischen Partei der Schweiz nach Luzern lancierten Initiative werden, dem »Wiederaufbau« der Internationale auf der Basis von vor 1914 nach der platonischen Verurteilung des Sozialchauvinismus, einer »zentristischen« Lösung, die diejenige der Union der Sozialistischen Parteien in Wien wäre, die von ihren kommunistischen Gegner*innen als »zweieinhalbte Internationale« bezeichnet wird.

Walter Stoecker forderte im Namen der Linken die Diskussion und Untersuchung des Problems der Zugehörigkeit zur Dritten Internationale. Seiner Meinung nach brauchte die weltweite Arbeiter*innenbewegung vor allem Klarheit, und Hilferding schlug eine zweideutige Lösung vor, die in Wirklichkeit nur die Chancen einer allgemeinen Versöhnung auf der Grundlage einer gegenseitigen Amnestie für die Zukunft bewahren wollte. Die große Lehre aus dem Bankrott der II. Internationale im August 1914 ist jedoch, dass es »eine Internationale auf völlig neuer Grundlage« braucht, »mit klaren, revolutionären Grundsätzen«, die »den Kampf mit dem Weltkapital aufzunehmen und führen wird.«¹⁴⁸⁰ Die Gründung einer neuen Internationale in Moskau ist eine Tatsache, ob man sie nun für verfrüht hält oder nicht. Er fügt hinzu, dass die Verteidigung der russischen Revolution die erste gegenwärtige Pflicht der Revolutionär*innen ist:

Es »ist unsere Pflicht, mit allen Mitteln unseren russischen Brüdern und Genossen, mögen wir im Einzelnen über ihre Taktik denken wie wir wollen, beizustehen mit allen unseren Kräften. Und der Anschluss einer Millionenpartei, wie der unseren, würde für die Russen ohne Zweifel eine ungeheure moralische Stärkung bedeuten. Eine solche Unterstützung liegt aber auch durchaus in unserem eigenen Interesse, denn der Sturz der russischen Räterepublik würde eine gefährliche Welle der Reaktion über Europa bringen, unter der wir schwer zu leiden hätten und die das kapitalistische System von neuem stärken und stützen würde.«¹⁴⁸¹

1479 Freiheit, 11. September 1919. [»Reichskonferenz der USPD«, Morgenausgabe, Beilage, S. 1, Spalte 1 – S. 2, Spalte 1, hier S. 1 Spalte 3]

1480 [Stoecker, Die proletarische Internationale, S. 8]

1481 Freiheit, 11. September 1919; Stoecker, Die proletarische Internationale, S. 23.

Zwischen der Jenaer Konferenz im September und dem Leipziger Parteitag im Dezember 1919 machte die Linke weitere Fortschritte¹⁴⁸². Viele Generalversammlungen und Kreiskonferenzen sprachen sich für den Beitritt zur Dritten Internationale und für die Diktatur des Proletariats gegen das parlamentarische Regime aus. Auf dem Parteitag erzielt diese Tendenz wichtige Ergebnisse. Erstens das Verschwinden des Hinweises auf die notwendige »Eroberung der Mehrheit« aus dem Aktionsprogramm der Partei, ein Vorwand, der vom rechten Flügel angeführt wurde, um die Machtergreifung bis nach der Eroberung der Wahlmehrheit abzulehnen. Dann legt der Text fest, dass die »Diktatur des Proletariats« nur auf der Grundlage des »Systems der Räte« ruhen kann und dass die Aktion parlamentarischer Art auf jeden Fall den Erfordernissen des wesentlichen Aktionsmittels, der Aktion der Massen, untergeordnet werden muss. In diesem Punkt stellen die Vorbehalte gegenüber dem Sowjetregime und die Verurteilung des Terrors, die in Russland durch die besonderen Bedingungen des Bürgerkriegs entschuldbar sind, ein Zugeständnis an die Rechte dar, das den Zorn der Bolschewiki hervorrufen wird¹⁴⁸³.

Die Ergebnisse der Debatte um die internationale Zugehörigkeit sind weniger eindeutig. Nachdem der Kongress mit 227 gegen 54 Stimmen den Bruch mit der Zweiten Internationale¹⁴⁸⁴ beschlossen hat, lehnt er mit 170 gegen 111 Stimmen die Resolution Walter Stoeckers für die Mitgliedschaft in der Dritten Internationale¹⁴⁸⁵ ab. Schließlich verabschiedete sie erneut mit 227 zu 54 Stimmen¹⁴⁸⁶ eine Kompromissresolution, die auf halbem Wege zwischen der Position Hilferdings und der Stoeckers lag: Nachdem sie an die Übereinstimmung der Partei mit der Kommunistischen Internationale in den Grundproblemen der Revolution und des Sozialismus erinnert hatte, forderte sie den Aufbau einer handlungsfähigen revolutionären Internationale, die neben den Parteien, die derzeit der Dritten Internationale angehören, die »sozialrevolutionären Parteien der anderen Länder« zusammenführen sollte. Für den Fall, dass letztere abwinken würde, müsste die unabhängige Partei dann allein die Verhandlungen für ihre Mitgliedschaft in der »Moskauer Internationale«¹⁴⁸⁷ führen.

Die Wendung ist entscheidend. Noch einmal griff Radek ein, um ihre Bedeutung zu zeigen und den deutschen Kommunist*innen zu signalisieren, was er von ihnen verlangte¹⁴⁸⁸. Ihm zufolge ist der Leipziger Parteitag in der Tat »ein Sieg der unabhän-

1482 Anton Grylewicz wurde für einige Monate stellvertretender Vorsitzender der Berliner Organisation der USPD, bevor er deren Vorsitz übernahm (Weber, Die Wandlung, II, S. 145).

1483 Prager, a.a.O. S. 209-211. [4. Auflage 1980, S. 200-202]

1484 USPD Protokoll ... , S. 399.

1485 Ebenda, S. 39-40; Abstimmungsergebnisse, S. 399. Der Antrag wurde gleichermaßen von Brass, Koenen, Rosenfeld und Toni Sender unterzeichnet.

1486 Ebenda, S. 399.

1487 Ebenda, S. 534-535. Der Antrag war das Ergebnis eines Kompromisses zwischen Hilferding und Ledebour.

1488 Arnold Struthahn, »Der Parteitag der Unabhängigen«, Die Internationale, Nr. 19/20, 2. Februar 1920, S. 22-32.

gigen revolutionären Arbeitermassen über die schwankenden opportunistischen Führer«¹⁴⁸⁹, aber einen Sieg, den es zu konsolidieren gilt. Denn die unabhängige Partei wird nur dann ihren wirklichen – und nicht nur einen formalen – Platz in der Internationale einnehmen können, wenn sie eine kämpfende Partei wird. Und diese Umwandlung hängt zum Teil von der KPD(S) ab. Radek erklärt:

Nur »indem die Kommunistische Partei ihre eigene Krise überwindet, wird sie den unabhängigen Arbeitern helfen, die Krise ihrer Partei zu überwinden und so den Boden für die Vereinigung des revolutionären deutschen Proletariats zu schaffen.«¹⁴⁹⁰

Es ist daher notwendig, viele der Reaktionen der Kommunistischen Partei und ihrer Presse zu korrigieren, die die unabhängige Partei oft weiterhin so behandeln, als ob der Leipziger Parteitag nicht stattgefunden hätte und als ob die Unabhängigen noch in ihrer Position von 1919 wären. Einige Kommunist*innen beharren darauf, die Spaltung zu einem dauerhaften Prinzip zu erheben, während das deutsche Proletariat erst dann siegen kann, wenn es seine Kräfte auf einer revolutionären Grundlage gesammelt hat. Es ist diese Aufgabe, und nur diese, die in Deutschland auf der Tagesordnung steht, in einer konkreten Form, die sich noch nicht bestimmen lässt. Die Taktik der Kommunist*innen in Bezug auf dieses grundlegende Ziel muss laut Radek fortan von der Anerkennung zweier Tatsachen bestimmt werden:

»1. von der Anerkennung der Tatsache, dass die Massen der unabhängigen Partei kommunistisch sind; 2. dass es in ihrer Führerschaft ein linker Flügel besteht, der ehrlich den revolutionären Weg gehen will.«¹⁴⁹¹

In Wirklichkeit ist es in der Tat trotz der Zurückhaltung, die sich in den Reihen der KPD(S) manifestiert, das Problem des Zusammenschlusses zwischen Kommunist*innen und linken Unabhängigen, das sich durch die Frage des Beitritts der unabhängigen sozialdemokratischen Partei zur III. Internationale stellt. Eine solche Aussicht stellt eine tödliche Gefahr für den rechten Flügel dieser Partei dar, der mit Hugo Haase, der auf den Stufen des Reichstages von einem Rechtsextremisten ermordet wurde¹⁴⁹², gerade auch seinen angesehensten Führer verloren hat. Gefangen zwischen der unmöglichen Wiedervereinigung mit den »Noske-Sozialisten«, deren reformistische Überzeugungen sie im Grunde teilten, während sie deren brutale Methoden missbilligten, und den Gefahren, die sie auf dem Weg nach Moskau fürchteten, waren die unabhängigen Führer, Dittmann, Crispian, Hilferding, gezwungen,

1489 Ebenda, S. 25.

1490 Ebenda, S. 32. [im Original ist das ganze Zitat hervorgehoben]

1491 Ebenda. [Hervorhebung im Original]

1492 Prager, a.a.O. S. 205-206 [4. Auflage 1980, S. 197]. Er wurde am 8. Oktober niedergeschossen und starb nach einem langen Todeskampf am 7. November (Freiheit, 8. Oktober, 8. November 1919).

in die Defensive zu gehen. Sie schwingen die Schreckgespenster der Spaltung und das Gespenst der spartakistischen »Abenteurer«, beschuldigten Curt Geyer und Stoecker, in enger Verbindung mit Levi zu arbeiten und in Wirklichkeit Agenten der KPD(S) zu sein, Organisatoren einer prokommunistischen Fraktion in ihrer eigenen Partei¹⁴⁹³. Vor allem versuchten sie, den entscheidenden Teil ihrer Kader, die Aktivist*innen, die die gewerkschaftliche Opposition gegen Legien anführten, davon zu überzeugen, dass das »Festhalten an Moskau« sie, Spartakus folgend, auf den Weg der Gewerkschaftsspaltung oder gar der Zerstörung der Gewerkschaften führen würde: Unter diesem Gesichtspunkt lieferte ihnen die Praxis vieler kommunistischer Aktivist*innen – wenn auch kürzlich durch die Thesen des Heidelberger Parteitags zur »Gewerkschaftsfrage« verurteilt – ein starkes Argument¹⁴⁹⁴.

In Wirklichkeit wünschen selbst »linke« unabhängige Aktivist*innen, die die Mitgliedschaft in der Kommunistischen Internationale befürworten, keine Spaltung, die ihre Partei schwächen würde: Sie glauben, dass die normale Entwicklung, die einen Bernstein zurück zur Mehrheitssozialdemokratie gebracht und mehrere rechte Elemente aus der Führung in Leipzig entfernt hat, am Ende Kautsky und seine Jünger, ob bekennd oder nicht, zurückdrängen wird, ohne formale Maßnahmen des Ausschlusses, die wie jede das Risiko einer massiven Amputation mit sich ziehen. Sie äußern auch Vorbehalte gegenüber den Prinzipien der Zentralisierung der kommunistischen Organisation, wie sie die Bolschewiki verkünden, und bleiben – in Übereinstimmung mit der deutschen radikalen Tradition – empfindlich gegenüber allen Argumenten, die die Gefahr einer bürokratischen Diktatur des Apparates über die Partei betreffen, oder die notwendige Wahrung der Unabhängigkeit der Gewerkschaften gegenüber der Partei. Schließlich gab es trotz Levis Bemühungen starke persönliche und politische Ressentiments zwischen den kommunistischen Führer*innen und denen der linken Unabhängigen: Letztere hatten das Gefühl, dass die Geschichte, die ihre Partei zu einer Massenpartei und die KPD(S) zu einer Sekte gemacht hatte, ihnen zum Zeitpunkt der Spaltung von 1918 im Nachhinein Recht gegeben hatte¹⁴⁹⁵.

Skizze einer Diskussion mit Lenin

Die Gesamtheit dieser Probleme wird Ende 1919 und Anfang 1920 durch eine politische Diskussion – indirekt, auf Distanz, aber öffentlich – zwischen Lenin und den

1493 Prager, a.a.O., S. 208 [4. Auflage 1980, S. 199], geht so weit, von »der kommunistischen Zelle in der Partei« zu sprechen.

1494 Bezeichnend ist in diesem Zusammenhang, dass der Bericht über die innere Lage der Partei an den Leipziger Parteitag mit seinen scharfen Angriffen auf Geyer und Stoecker wegen ihrer Verbindungen zu Paul Levi ausgerechnet Robert Dissmann, dem Leiter der Metallarbeitergewerkschaft, anvertraut wurde (Prager, a. a. O., S. 207-208 [4. Auflage 1980, S. 199]).

1495 Ernst Däumig wird diese Argumente auf dem Podium des 2. Kongresses der Internationale, im Sommer 1920, entwickeln (Protokoll des..., II, S. 271).

deutschen Kommunisten angegangen. In seinem »Gruß an die italienischen, französischen und deutschen Kommunisten«, geschrieben am 10. Oktober 1919, griff Lenin praktisch einige der Fragen auf, die er für die deutsche revolutionäre Bewegung für wesentlich hielt, insbesondere die der Spaltung der KPD(S) und der Beziehungen zu den Unabhängigen.

Er nannte den »heldenmütigen Kampf« der Berliner Zeitung »Die Rote Fahne« – die der Zentrale – »bewundernswert« und griff die Sozialchauvinist*innen und Zentrist*innen an, die sich über die Spaltung in den kommunistischen Reihen freuten. Für ihn sind die Unterschiede zwischen Kommunist*innen in einem Kontext von schnellem Wachstum und gewaltsamer Verfolgung einfach eine Wachstumskrise:

»Die Meinungsverschiedenheiten bei den Kommunisten sind (...) Meinungsverschiedenheiten unter Vertretern einer Massenbewegung, die unglaublich rasch gewachsen ist. Es sind Meinungsverschiedenheiten auf einer gemeinsamen, felsenfesten, prinzipiellen Basis: auf der Basis der Anerkennung der proletarischen Revolution, des Kampfes gegen bürgerlich-demokratische Illusionen und gegen den bürgerlich-demokratischen Parlamentarismus, der Anerkennung der proletarischen Diktatur und der Sowjetmacht.«¹⁴⁹⁶

Er erinnerte an die vergangenen Meinungsverschiedenheiten innerhalb der bolschewistischen Fraktion und Partei und bemühte sich gleichzeitig, die Gesamtheit der deutschen Kommunist*innen davon zu überzeugen, dass die Spaltung nicht notwendig war und dass die Zentrale im Wesentlichen gegen die Opposition Recht hatte:

Ein »noch größerer Fehler wäre es, wenn man von den Ideen des Marxismus und von seiner praktischen Linie (eine feste, zentralisierte politische Partei) zu den Ideen und der Praxis des Syndikalismus abglitte. Man muss danach streben, dass die Partei sich an bürgerlichen Parlamenten, an reaktionären Gewerkschaften und auch an den auf Scheidemannsche Art zurechtgestutzten und kastrierten »Betriebsräten« beteiligt, die Partei muss überall dort sein, wo Arbeiter sind, wo man zu Arbeitern sprechen, wo man die Arbeitermasse beeinflussen kann.«¹⁴⁹⁷

Dieser prinzipiellen Einheit der Kommunist*innen setzt Lenin die faktische Einheit der Unabhängigen entgegen, von denen er besonders den linken Flügel angreift:

Dieser »linke Flügel aber vereinigt – prinzipienlos und feige – die alten Vorurteile des Kleinbürgertums hinsichtlich der parlamentarischen Demokratie mit dem kommunistischen Bekenntnis zur proletarischen Revolution, zur Diktatur des Proletariats, zur Rätewacht.«¹⁴⁹⁸

1496 Werke, Bd. XXX, S. 49-50. [»Gruß den italienischen, französischen und deutschen Kommunisten«, Lenin Werke, Band 30, S. 35-46, hier S. 38 f.]

1497 Ebenda, S. 56. [a.a.O., S. 45]

1498 Ebenda, S. 48. [a.a.O., S. 37]

Diese Positionierung Lenins ist für die deutschen kommunistischen Führer*innen sehr peinlich: Einerseits ist sie eine neue Verurteilung der Spaltung, die sie gegen ihren linksradikalen Flügel geführt haben; andererseits beschuldigt sie den linksunabhängigen Flügel, den sie zu sich ziehen wollen. Sie wurde sofort von der Leitung der unabhängigen Partei genutzt, die durch Crispien genau diese Analyse aufgriff. August Thalheimer versuchte, darauf in einer Broschüre zu antworten, die Lenins »Gruß«, das Rundschreiben der Exekutive der Internationale vom 1. September 1919 und seine eigenen Kommentare wiedergab¹⁴⁹⁹.

Erstens bestreitet er, dass Lenins Brief als ein endgültiges Urteil über den linken Flügel der unabhängigen Partei genommen werden kann, insofern Lenin selbst zugibt, dass er nur spärliche Informationen über Deutschland hat, und er vor dem Leipziger Parteitag geschrieben wurde, der seiner Meinung nach eine neue Situation schuf. Und er erklärt die Position der KPD(S) über den linken Flügel der Unabhängigen Partei:

»Sie haben mit den Massen geirrt, – sie sind mit den Massen gewachsen, sie werden weiter mit ihnen wachsen, und auch noch weiter mit ihnen irren. Unsere Haltung gegenüber ihren Irrtümern und Schwächen wird nach wie vor die der offenen und scharfen Kritik sein. Aber wir denken nicht daran, sie mit den Verrätern des Sozialismus, mit den Fossilien der nurparlamentarischen Stagnationszeit der deutschen Arbeiterbewegung moralisch und intellektuell in einen Topf zu werfen.«¹⁵⁰⁰

Nachdem er also Lenin zu verstehen gegeben hat, dass die deutschen Kommunist*innen die Däumig, Koenen, Stoecker und andere Führer*innen der Linken nicht mit den Kautsky, Hilferding, Crispien verwechseln dürfen, die den rechten Flügel ihrer Partei bilden, unternimmt es Thalheimer, seine Einschätzung der Spaltung mit den Linksradikalen zu diskutieren: Die deutschen Kommunist*innen denken auch, dass rein taktische Fragen keine Spaltung in einer kommunistischen Partei verursachen sollten, und unter diesem Gesichtspunkt hat die deutsche Partei auf ihrem Gründungsparteitag ein Beispiel gegeben, wo die linksradikalen Entscheidungen der Mehrheit ihre Einheit nicht bedrohten. Er behauptet aber, dass es auf dem Heidelberger Parteitag nicht nur um taktische Fragen ging, sondern um ein ganz anderes Thema:

»In Wirklichkeit führten diese taktischen Fragen, speziell in ihrer Hamburger Couleur, zu Stellungnahmen, die den Boden der Partei überhaupt verneinten. Die Verwandlung der Partei in eine reine Propagandagesellschaft, weiter die Vorbereitung

¹⁴⁹⁹ Der Weg der Revolution, 1920, wo Thalheimers Antwort eine Zusammenfassung und Zitate von Crispiens Kommentaren enthält. Die Berliner Linksradikalen hatten Lenins Angriffe auf die linken Unabhängigen weithin publik gemacht: siehe die Intervention Krügers auf einer Versammlung der Berliner Räte (Freiheit, 20. Dezember 1919).

¹⁵⁰⁰ Ebenda, S. 18.

der Auflösung der Partei in die Masse von Betriebsorganisationen, in denen der klare politische Inhalt, den die Partei innerhalb eines Jahres sich erobert hatte, wieder in den allgemeinen Nebel der Konfusion aufgelöst würde: das alles drohte der Partei ans Leben zu gehen. Viele Genossen sahen diese Gefahr nicht. Es war Pflicht der Zentrale, sie mit den stärksten Mitteln darauf aufmerksam zu machen, ehe es zu spät war.«¹⁵⁰¹

Auch ist Thalheimer weit davon entfernt, mit Lenin davon auszugehen, dass die Spaltung von Heidelberg für die deutsche Partei einen Rückzug oder einen Rückschlag darstellt, sondern behauptet, dass sie im Gegenteil ein Vorbild ist:

*Der Schritt »ist von Bedeutung nicht nur für die Entwicklung der deutschen Revolution – es ist der erste Schritt, durch den die deutsche Partei den Arbeiterklassen der Westländer taktische Probleme aufhellt, die auch sie in der einen oder anderen Form zu lösen haben werden.«*¹⁵⁰²

Höflich, aber fest weist er das Argument der Autorität, den universellen Wert des russischen Beispiels zurück:

*»Das geschichtliche Milieu Deutschlands steht dem der Westländer näher als das russische. Die deutschen Erfahrungen auf taktischem Gebiet werden daher für die Westländer von besonderem Werte sein.«*¹⁵⁰³

Die Spaltung mit den Linksradiakalen, der Wunsch, den linken Flügel der unabhängigen sozialdemokratischen Partei für sich zu gewinnen, zeichnete einen originellen Weg für den Aufbau der kommunistischen Partei im Vergleich zu Russland, dessen Rahmenbedingungen und Geschichte sehr unterschiedlich waren. Und in diesem Punkt verallgemeinert Karl Radek, der die besiegte deutsche Revolution miterlebte, nachdem er die siegreiche russische Revolution erlebt hatte, die ersten Lehren aus dieser doppelten Erfahrung und speist Thalheimers Demonstration gegen die Linken, indem er schreibt:

*»Die Kommunistische Partei [...] kann zwar nicht siegen, bevor die Mehrheit des Proletariats im Reiche bereit ist, die Macht in die Hände zu nehmen. Aber sie kann zu großen proletarischen Aktionen, zu Demonstrationen, zu Massendemonstrationen greifen, falls in konkreten Tagesfragen, die die Interessen des Proletariats aufs lebhafteste berühren, die Mehrheit des Proletariats zu solchen Teilaktionen bereit ist, wenn sie auch die Notwendigkeit der Machtergreifung noch nicht anerkennt.«*¹⁵⁰⁴

1501 Ebenda, S. 19.

1502 Ebenda.

1503 Ebenda.

1504 Radek, »Die Entwicklung der deutschen Revolution und die Aufgaben der KP«, Kommunistische Räte-Korrespondenz, Nr. 21-22, 20. November 1919. [hier zitiert nach der Broschürenfassung Die Ent-

Brandler seinerseits, der in Chemnitz den mobilisierenden Wert der Einheit der Arbeiter*innen im Kampf erlebt hatte und gegen linksradikale Ungeduld ankämpfte, suchte einen revolutionären Weg, der dem »Alles-oder-Nichts«-Dilemma entkam. Die Bilanz der linksradikalen Erfahrungen, vor allem der negativen in Deutschland, inspiriert ihn dazu, nach Losungen zu suchen, die der damaligen Geistesverfassung der Arbeiter*innen angepasst sind, die aber geeignet sind, ihnen eine entscheidende politische Erfahrung zu vermitteln, mit anderen Worten: sie schrittweise im Kampf für den Kommunismus zu gewinnen. Er bekräftigt vor dem ersten Kongress der Fabrikräte die Notwendigkeit dessen, was später die »Übergangs«losungen genannt wird:

»Wir können nicht Revolution mit Menschen machen, wie wir sie uns wünschen, sondern wir müssen die Revolution mit den Menschen machen oder zum Mindesten beginnen, mit den Menschen, wie sie sind. In der Revolution selbst ändern sich erst die Menschen (...) Es ist das Problem, sie einzugliedern dadurch, dass wir sie vor konkrete Aufgaben stellen, die ihren Kräften angepasst sind. Ich lege Wert darauf: Wir müssen Etappenziele schaffen. Die Erkenntnis des sozialistischen Endziels nützt uns jetzt gar nichts, sondern, worauf es ankommt ist:

was haben wir heute und morgen zu tun, um diesem Ziel näherzukommen.«¹⁵⁰⁵

Nicht an die Linksradikalen und ihre Aktionen »um der Ehre willen«, nicht an diejenigen, die die Masse der Gewerkschaftsmitglieder und die Bürokrat*innen, die sie führen, die Masse der unabhängigen Arbeiter*innen und der Crispian verwechseln – muss sich die Kommunistische Partei Deutschlands wenden, um eine solche Politik umzusetzen. Wenn sie die Massen erreichen will, die immer noch von den reformistischen und opportunistischen Führer*innen getäuscht werden, wenn sie unter den gewerkschaftlich organisierten Massen Fortschritte machen und den linken Flügel der Unabhängigen für sich gewinnen will, muss sie sich zuerst eindeutig von den linksradikalen Strömungen abgrenzen. Deshalb lehnt Thalheimer den Vorschlag Lenins ab, vor die in Heidelberg vollzogene Spaltung zurückzugehen. Er ist der Meinung, dass diese Spaltung einen notwendigen chirurgischen Eingriff darstellte. Aber gleichzeitig räumt er ihm ein, dass es in einer echten kommunistischen Partei – zu der die KPD(S) jetzt werden muss – Platz für Meinungsverschiedenheiten über die Taktik gibt.

Nur scheint ihm der Weg der KPD(S) zum Sieg der deutschen Revolution langsamer, schmerzhafter, schwieriger zu erkennen zu sein als der der bolschewistischen Partei, deren Erfahrung, wie er bereitwillig zugibt, sowohl älter als auch reicher ist. Er unterstreicht:

wicklung der deutschen Revolution und die Aufgaben der Kommunistischen Partei, Stuttgart 1919, Hamburg 1920]

1505 Rede zitiert bei Tjaden, Struktur und Funktion der KPD(O), S. 10. [Hervorhebungen laut Tjaden im Original]

»Die Erfahrungen beider Wege und beider Parteien vereinigt, haben sich schon fruchtbar erwiesen für die geistige Entwicklung der revolutionären Arbeiterparteien des Westens. Das kommunistische Russland und das kommunistische Deutschland haben noch große Aufgaben der politischen Taktik wie der politischen Praxis gemeinsam zu lösen.«¹⁵⁰⁶

So fand diese erste öffentliche Diskussion zwischen russischen und deutschen Kommunisten über die Frage, wie man die Massen gewinnen kann, um die Revolution machen zu können, auf gleicher Augenhöhe statt. Bald aber würde der Verlauf des Klassenkampfes in Deutschland die Probleme neu stellen: die der Beziehungen zwischen den Kommunist*innen und den in den anderen Arbeiter*innenparteien und in den Gewerkschaften organisierten Arbeiter*innen, gewiss, aber auch die der Beziehungen zwischen deutschen Kommunist*innen und russischen Kommunist*innen.

1506 Der Weg der Revolution, S. 20.

Kapitel XVIII: Der Kapp-Putsch

Die Errichtung eines republikanischen Regimes hatte die Strukturen des kaiserlichen Deutschlands nicht grundlegend verändert. Für die großen Kapitalisten, die Krautjunker, die Generäle, stellte sie einen Notbehelf, ein notwendiges Übel dar, zumindest bis die Arbeiter*innen ernüchtert waren. Für die Arbeiter*innen war sie insgesamt eine grausame Enttäuschung: Weniger als ein Jahr nach der Revolution, von der sie sich Brot, Frieden und Freiheit versprochen hatten, war das Brot teuer, die Freiheit prekär und der Frieden ein Diktat.

Das politische Problem stellt sich also in denselben Begriffen, wie es sich den Marxist*innen der Generation von Engels vor dem Krieg gestellt hatte, mit einer durch die Leiden des Krieges und der Nachkriegszeit gesteigerten Schärfe. Mehr denn je bleibt der Nationalismus die wesentliche ideologische Waffe der besitzenden Klassen. Die Tatsache, dass der Krieg mit einer Niederlage endete und dass die Friedensbedingungen von den Sieger*innen diktiert werden, macht es möglich, alle Übel, die Deutschland plagten, den ausländischen Kapitalist*innen und Imperialist*innen und ihren Kompliz*innen – Spartakist*innen und anderen – zuzuschreiben, die der »glorreichen unbesiegten Armee« »in den Rücken fielen.«

Der Versailler Vertrag

Die Bedingungen des Versailler Vertrages stellten einen wesentlichen Beitrag zur Propaganda über dieses Thema dar. Die Verhandlungen zwischen den Alliierten waren langwierig. Unter ihnen gab es ein einziges gemeinsames Ziel: in Deutschland ein Bollwerk gegen den Bolschewismus, sei es durch innere Subversion oder durch die Bedrohung der Sowjetrepublik, aufrechtzuerhalten. Im Übrigen waren ihre Ziele widersprüchlich, und die französischen Ziele für die Ruhr und für die europäische Hegemonie kollidierten mit der anglo-amerikanischen Koalition für ein zahlungsfähiges Deutschland, das in Europa als Gegengewicht zu den französischen Ambitionen dienen konnte.

Als Kompromiss zwischen den Alliierten trug der Vertrag dazu bei, die nationalistischen und pangermanistischen Tendenzen in Deutschland zu stärken, die er auszurotten behauptete. Deutschland verlor alle seine Kolonien, ihm wurde ein Achtel seines Territoriums und ein Zehntel seiner Vorkriegsbevölkerung amputiert. Seine Streitkräfte sind an Land auf eine Armee von 100.000 Mann reduziert, eine Berufsar-

mee, die für einen Krieg nicht ausreicht, aber im Bürgerkrieg unvergleichlich ist. Die Alliierten besetzten fünfzehn Jahre lang das Rheinland und drei Brückenköpfe, die Deutschland für sie öffnete, während die Süd- und Ostgrenzen befestigt blieben. Das deutsche Auslandsvermögen sowie ein Teil der Flotte wurden beschlagnahmt. Bis die Alliierten über die endgültige Höhe der Reparationen entschieden, war Deutschland verpflichtet, Rückstellungen in Form von Geldzahlungen und Sachlieferungen zu leisten. Schließlich sollten die Verantwortlichen für die Kriegspolitik und die wichtigsten »Kriegsverbrecher« den alliierten Behörden zur Aburteilung durch internationale Gerichte übergeben werden.

Für die deutschen Kommunist*innen wie für die Internationale ist der Versailler Frieden ein Akt von gleicher Natur wie der Krieg, eine »imperialistische Räuberei.« Es bedeutet einen Aufschub, die Verzögerung der Revolution in den Ländern der Entente; aber es gibt keine andere Antwort auf den imperialistischen Frieden wie auf den imperialistischen Krieg als den Kampf für die Weltrevolution. Die Nationalist*innen ihrerseits betonten die ihrer Meinung nach infamen Aspekte des Vertrages, das französische Streben nach der Ruhr, die »separatistischen« Tendenzen gegebene Ermutigung, die auf die Zersplitterung Deutschlands abzielten, die demütigenden Ablieferungen und Reparationen, die ausländische Besatzung, insbesondere den Einsatz afrikanischer Truppen durch die französische Armee, den sie als »schwarze Schmach« bezeichneten. Sie unterstrichen die nationale Demütigung, die »Kolonisierung« Deutschlands, das ihrer Meinung nach wie ein »Negervolk« behandelt wurde, und erklärten die von den Alliierten geforderte Auslieferung der Kriegsverantwortlichen für unvereinbar mit der deutschen Ehre.

Unter dem Gewicht dieser Argumente, die in allen Teilen der deutschen Bevölkerung einen breiten Widerhall fanden, hielten viele Politiker*innen den Vertrag für unannehmbar: darunter Scheidemann, der am Vorabend der Abstimmung im Reichstag zurücktrat und durch seinen Parteigenossen Bauer ersetzt wurde. Noske befürwortete die Unterzeichnung des Vertrages und lehnte Hauptmann Pabsts Angebote zur Errichtung einer Militärdiktatur zum Zwecke des nationalen Widerstandes ab¹⁵⁰⁷.

Tatsächlich wusste das Offizierskorps in seiner Gesamtheit, dass es keinen anderen Ausweg als die Kapitulation gab. Vielleicht hofften sie auf eine Geste »um der Ehre willen.« General Groener behielt seine Funktionen, um die Unterzeichnung des Vertrages zu den Bedingungen des Feindes zu ermöglichen, zog sich dann aber im Interesse der Einheit zurück, indem er Hindenburg imitierte¹⁵⁰⁸. Eine Kommission für die Organisation des Friedensheeres wurde unter der Leitung General von Seeckts¹⁵⁰⁹ eingesetzt.

1507 Noske, a.a.O. S. 200.

1508 Wheeler-Bennett, a.a.O. S. 60.

1509 Lüttwitz, Im Kampf gegen die Novemberrevolution, S. 86.

Der Kapp-Lüttwitz-Putsch

Die Offiziere sind besonders sensibel für die Bedrohung, die die alliierte Forderung nach Auslieferung von »Kriegsverbrechern« darstellt: Bereits am 26. Juli 1919 ließen sie dies die Regierung wissen¹⁵¹⁰, wo Noske sie im Übrigen vorbehaltlos unterstützte. Aber die Welle der Unzufriedenheit und des Ärgers, die diese Forderung auslöste, wurde bald durch die Rückkehr der Freikorps abgelöst, die seit 1919 im Baltikum gegen die Rote Armee kämpften und deren Rückkehr die Alliierten, nachdem sie ihre Ablösung sichergestellt hatten, forderten. An der Spitze der Militärs, die zunehmend an einen Putsch dachten, stand General von Lüttwitz, Kommandant der Berliner Truppen, der sich als Nachfolger Hindenburgs und als Hüter der Traditionen und der Ehre der Armee betrachtete¹⁵¹¹.

Das Schicksal der Freikorps war nicht das einzige Thema: Die durch den Friedensvertrag auferlegte Reduzierung der Armeestärke beunruhigte Militärs aller Dienstgrade. Wenn die Elitetruppen aufgelöst würden, würde sich gleichzeitig das Schicksal eines großen Teils der Kader entscheiden. Die Marinebrigade Hauptmann Ehrhardts, die in Doberitz vor den Toren Berlins stationiert war¹⁵¹², sollte als Test dienen: General von Lüttwitz versicherte seinem Kommandeur, dass er nicht zulassen würde, dass »mir eine solche Kerntruppe in so gewitterschwüler Zeit zerschlagen wird.«¹⁵¹³ Er klagte die »Schwäche« der Regierung angesichts der »bolschewistischen Bedrohung« an und sprach offen von einem Staatsstreich, und der Berliner Polizeichef, Oberst Arens, versuchte, ihn davon abzubringen, indem er ihn zu einem Treffen mit den parlamentarischen Führer*innen der Rechten mitnahm¹⁵¹⁴. Letztere, die eine Kampagne für die Auflösung der Versammlung und die Wiederwahl des Reichspräsidenten führten, konnten ihn nicht von der Unklugheit seiner Pläne überzeugen: Der General glaubte an nichts als an die Stärke seiner Bataillone und glaubte, dass die Wahlen viel besser ausfallen würden, wenn er zuerst die Politiker*innen wegfege würde. Er begann daher eine Verschwörung, deren Hauptführer neben ihm Ehrhardt, Ludendorff und ein Zivilist, Wolfgang Kapp, Generallandschaftsdirektor in Preußen, ein Vertreter der Junker und hoher kaiserlicher Beamter, waren¹⁵¹⁵. Dies war ein riskantes, verfrühtes (oder verspätetes) Unterfangen, von dem die Behörden nicht viel wussten, das aber von der Komplizenschaft aller Schlüsselpositionen profitierte¹⁵¹⁶.

1510 Wheeler-Bennett, a.a.O. S. 71-72.

1511 Siehe sein Porträt, ebenda, S. 61-62.

1512 Noske, a.a.O. S. 203.

1513 Volkmann, a.a.O., S. 273. [hier zitiert nach der deutschen Ausgabe, Revolution über Deutschland. Oldenburg 1930, S. 338]

1514 Erger, Der Kapp Lüttwitz Putsch, S. 117.

1515 Das erste Treffen zwischen Kapp und von Lüttwitz fand am 21. August 1919 statt (von Lüttwitz, a. a. O., S. 97).

1516 Der Polizeipräfekt Ernst war auf dem Laufenden (Erger, a.a.O., S. 133), und am 11. hatte Kapp eine Besprechung mit dem bekannten für die Polizei zuständigen Regierungsrat Doyé, den er zum Unterstaats-

Der Ministerrat, der am 12. tagte, prüfte die Lage und verschob die notwendige Entscheidung auf seine Sitzung am 15.¹⁵¹⁷ Aber noch am selben Tag erließ Noske einige Haftbefehle gegen die auffälligsten Verschwörer, wie z. B. Hauptmann Pabst¹⁵¹⁸. In die Enge getrieben, ging General von Lüttwitz in das Lager in Doberitz. Der leitende Offizier, der von Noske beauftragt war, die Lage im Lager zu überprüfen, rief an, um seine Ankunft anzukündigen, und kam zurück und versicherte ihm, dass alles ruhig sei¹⁵¹⁹. In der gleichen Nacht setzte sich die Brigade von Hauptmann Ehrhardt in Richtung Zentrum der Hauptstadt in Marsch.

Die Aufständischen stellten ein Ultimatum, das Eberts Rücktritt und die Wahl eines neuen Präsidenten, die Auflösung des Reichstages und Neuwahlen sowie in der Zwischenzeit ein Fachleute-Kabinett mit einem General im Kriegsministerium forderte¹⁵²⁰. Noske, der um 1:30 Uhr die nicht mit dem Komplott in Verbindung stehenden militärischen Führer in seinem Büro zusammenrief, wurde gesagt, dass es nicht in Frage käme, mit Waffen in der Hand Widerstand zu leisten¹⁵²¹. Der um 3 Uhr morgens tagende Ministerrat beschloss schließlich die Räumung der Hauptstadt, wobei nur zwei seiner Mitglieder, darunter Vizekanzler Schiffer, zurückblieben¹⁵²²: Noch vor dem Morgenrauen brachen fast die gesamte Regierung und mehr als zweihundert Abgeordnete nach Dresden auf, wo sie bei General Maercker Schutz zu finden glaubten¹⁵²³.

In den frühen Morgenstunden besetzten Ehrhardts Männer Berlin und hissten die kaiserliche Flagge auf öffentlichen Gebäuden. Der im Kanzleramt installierte Kapp verkündete seine ersten Dekrete, rief den Belagerungszustand aus, suspendierte alle Zeitungen und ernannte General von Lüttwitz zum Oberbefehlshaber. Am Mittag konnte er feststellen, dass sich alle Stäbe und alle Polizeikräfte des Berliner Militärbezirks zu seinem Unternehmen zusammengefunden hatten¹⁵²⁴. Besorgt über die Haltung General Maerckers machten sich die Regierungsmitglieder erneut auf den Weg, diesmal in Richtung Stuttgart, wo sie glaubten, auf General Bergmann¹⁵²⁵ zählen zu können. Am Abend des 13. März schien der Putsch ohne Blutvergießen gesiegt zu haben, denn nirgendwo erweckten Armee oder Polizei den Eindruck, als würden sie sich widersetzen, und die Behörden im Norden und Osten erkannten die neue Regierung an.

sekretär des Inneren in seiner Regierung ernennen sollte (ebd., S. 133).

1517 Erger, a.a.O. S. 133.

1518 Benoist-Méchin, a.a.O., II, S. 86. [dt. Ausg, S. 85]

1519 Erger, a.a.O. S. 136.

1520 Ebenda, S. 140.

1521 Ebenda, S. 141-143.

1522 Ebenda, S. 149.

1523 Benoist-Méchin, a.a.O. S. 93. [dt. Ausg, S. 91 f.]

1524 Ebenda, S. 97-98. [wohl eher 94 f., dt. Ausg, S. 93 f.]

1525 Ebenda, S. 97. [dt. Ausg, S. 96]

Die Zerschlagung des Putsches

Während die Regierung die Flucht ergriff, organisierte sich dennoch der Widerstand. Am Morgen berief Legien die Generalkommission der Gewerkschaften ein: um 11 Uhr gab sie die Losung des Generalstreiks aus¹⁵²⁶. Wels seinerseits, einer der wenigen sozialdemokratischen Führer*innen, die vor Ort geblieben waren, ließ ein Plakat entwerfen und drucken, das er mit den Unterschriften der sozialdemokratischen Minister versah – die er offensichtlich nicht konsultiert hatte¹⁵²⁷ – und das zum Generalstreik unter dem Motto der Einheit gegen die Konterrevolution und für die Verteidigung der Republik aufrief¹⁵²⁸. Die unabhängige sozialdemokratische Partei rief die Arbeiter*innen auch zum Generalstreik auf: »Es gilt den Kampf um die Freiheit! Es gilt den Kampf für den revolutionären Sozialismus! Gegen die Militärdiktatur! (...) Gegen die Wiederherstellung der Monarchie!«¹⁵²⁹ Auf Legiens Initiative hin begannen Gespräche über die Konstituierung eines zentralen Streikkomitees, das sich aus allen Arbeiter*innenorganisationen zusammensetzen sollte und dessen Autorität weit über die der Generalkommission allein hinausgehen würde. Aber die Vereinbarung konnte nicht getroffen werden, da die Mehrheitler*innen, Wels und seine Genoss*innen, beabsichtigten, das zu verteidigen, was für sie die »Regierung der Republik« war, während die Unabhängigen deutlich gemacht hatten, dass es in keiner Weise darum gehe, die »Regierung Ebert-Noske« zu verteidigen¹⁵³⁰. Es gab also zwei »zentrale Streikkomitees« in Berlin, eines um Legien mit den Gewerkschaften, ADGB, AfA und dem Beamtenbund sowie der Sozialdemokratischen Partei, das andere brachte die Führer*innen der Berliner Gewerkschaften, Rusch und seine Genoss*innen, und die Führer*innen der Unabhängigen Partei zusammen¹⁵³¹, dem sich die KPD(S) später anschließen sollte¹⁵³².

Es war Legien, der die Initiative des Kampfes ergriff. Im Morgengrauen des 13. März weigerte er sich zu fliehen, prangerte die Haltung der sozialdemokratischen Führer*innen an und warf seine ganze Autorität und sein Gewicht als Mann des Apparats zugunsten des Generalstreiks in die Waagschale. Er, der alte Gegner des Generalstreiks, der vorsichtige Reformist, der Patriarch der Revisionist*innen, der Mann,

1526 Varain, Freie Gewerkschaften, Sozialdemokratie und Staat, S. 173.

1527 Otto Braun, Von Weimar zu Hitler, S. 94.

1528 Faksimile in Ill. Gesch. S. 469.

1529 Ebenda, S. 468-469.

1530 Varain, a.a.O., S. 173; nach Wels, zitiert bei Erger, a.a.O., S. 196, weigerten sich die Unabhängigen, gemeinsam mit den Mehrheitler*innen zu handeln, weil diese die eigentlichen Verantwortlichen für das Geschehen seien.

1531 Tatsächlich nannte sich nur letzteres Zentralstreikleitung (Erger, a.a.O., S. 197).

1532 Die KPD(S) wird erklären, dass sie dem »unabhängigen« Streikkomitee vorwarf, sich nicht für die sofortige Wiederherstellung der »Arbeiter*innenräte« ausgesprochen zu haben (Ill. Gesch., S. 496). Erst am 17. März traten mit Pieck, Walcher, Lange und Thalheimer vier Vertreter der KPD(S) in dieses Zentrale Streikkomitee ein, wo sie nur vier Tage blieben (Naumann und Voigtlander, »Zum Problem einer Arbeiterregierung nach dem Kapp-Putsch«, BzG, Nr. 3, 1963, S., 469, Fn. 32).

der jahrzehntelange Klassenkollaboration verkörpert, beschließt, in den Untergrund zu gehen und alle Kontakte – einschließlich zu den Kommunist*innen – zu knüpfen, um die Niederlage des Putsches sicherzustellen. Er erwies sich als näher an den Massen, als es die kommunistischen Führer*innen zu dieser Zeit waren. In Abwesenheit Levis, der eine Gefängnisstrafe verbüßte, unter dem Druck der linksradikalen Berliner Verantwortlichen Friesland und Budich und gegen den Widerstand allein Jakob Walchers¹⁵³³ lancierte die KPD(S)-Zentrale tatsächlich einen wahrscheinlich von Bronski verfassten Aufruf, den »Die Rote Fahne« am 14. März veröffentlichte: Er brachte die Überzeugung zum Ausdruck, dass es im Moment keine Antwort auf den Militärputsch geben könne als den noch ausstehenden Kampf um die Macht:

»Sollten die Arbeiter in diesem Augenblick sich zum Generalstreik erheben? Die Arbeiterklasse, die gestern noch in Banden geschlagen war, von Ebert-Noske, waffenlos, unter schärfsten Unternehmerdruck, ist in diesem Augenblick aktionsunfähig. Wir halten es für unsere Pflicht, das klar auszusprechen. Die Arbeiterklasse wird den Kampf gegen die Militärdiktatur aufnehmen in dem Augenblick und mit den Mitteln, die ihr günstig erscheinen. Dieser Augenblick ist noch nicht da.«¹⁵³⁴

Aber die deutschen Arbeiter*innen hörten diesen Aufruf zur Passivität nicht. Bereits am 14. März, der immerhin ein Sonntag war, konnte man die Macht und das Ausmaß der Bewegung messen. Die Züge hielten einer nach dem anderen. In Berlin gab es um 17 Uhr keine Straßenbahnen, kein Wasser, kein Gas, keinen Strom mehr. Überall brachen Kämpfe zwischen Soldaten und Arbeiter*innen aus. Schon am Vortag gab es Reaktionen: In Chemnitz wurde auf Initiative der Kommunist*innen unter Leitung Brandlers ein Aktionskomitee aus Gewerkschaften und allen Arbeiter*innenparteien gebildet: es stellte sich an die Spitze und stellte in Ermangelung von Truppen eine Arbeitermiliz, die Arbeiterwehr, auf, die den Bahnhof, die Post und das Rathaus besetzte. In Leipzig werden Verhandlungen zwischen den Arbeiter*innenparteien aufgenommen, aber die Kommunist*innen weigern sich, den von den anderen Organisationen vorbereiteten Text zu unterschreiben, der zum Generalstreik aufruft. In der Nacht vom 13. auf den 14. kam es in Dortmund zu den ersten gewalttätigen Zwischenfällen zwischen der Polizei und demonstrierenden Arbeiter*innen¹⁵³⁵. Am 14. begannen die ersten Kämpfe an der Ruhr. General von Watter befahl seinen Truppen den Marsch auf Hagen, wo sich die Arbeiter*innen bewaffneten: Sozialdemokrat*innen und Unabhängige starteten einen gemeinsamen Aufruf zum Generalstreik¹⁵³⁶. In Leipzig eröffneten die Männer der Freikorps das Feuer auf eine Arbeiter*innen-

1533 Ruth Fischer, a.a.O., S. 126; Bericht 4 ... , S. 43.

1534 »Die Rote Fahne«, 14. März 1920, Ill. Gesch. S. 467-468.

1535 Ill. Gesch. S. 495.

1536 Ebenda, S. 496.

demonstration: es gab zweiundzwanzig Tote, und die Kämpfe gingen weiter¹⁵³⁷. In Chemnitz bewaffneten die Arbeiter*innenorganisationen 3.000 Arbeiter*innen¹⁵³⁸. In Berlin erkennt die KPD-Zentrale ihren anfänglichen Irrtum und schreibt einen neuen Aufruf, der aber noch hinter der Entwicklung des Kampfes zurückbleibt, da er nicht die Losung der »Bewaffnung des Proletariats« übernimmt:

»Für den Generalstreik! Nieder mit der Militärdiktatur! Nieder mit der bürgerlichen Demokratie! Alle Macht den Arbeiterräten! (...) Innerhalb der Räte werden die Kommunisten kämpfen: für die Diktatur des Proletariats, für die Räterepublik! Arbeiter! Gehen Sie nicht auf die Straßen, versammelt euch täglich in den Betrieben! Lasst euch nicht von den Weißen Garden provozieren!«¹⁵³⁹

In der Tat war die Regierung Kapp-Lüttwitz ab dem 15. März völlig lahmgelegt. Der belgische Sozialist Louis De Brouckère schreibt:

»Sicher hatte er nicht mit dem Generalstreik gerechnet, der ihn jetzt mit seiner schrecklichen Macht lähmte.«¹⁵⁴⁰

Alles steht still in Berlin, wo es den Behörden nicht gelang, ein einziges Plakat zu drucken. An der Ruhr hingegen, wohin das Lichtschlag-Freikorps aufbrach, wurde es sofort von Abteilungen bewaffneter Arbeiter*innen angegriffen¹⁵⁴¹. Man kämpft in gleicher Weise in Leipzig, in Frankfurt, in Halle und in Kiel. Die Matrosen von Wilhelmshaven meuterten und nahmen Admiral von Leventzow und vierhundert Offiziere fest¹⁵⁴². In Chemnitz, noch unter dem Anstoß der Kommunist*innen, rief ein aus Vertreter*innen der Arbeiter*innenparteien gebildeter Aktionsausschuss die Arbeiter*innen auf, ihre Delegierten in die Arbeiter*innenräte der Betriebe zu wählen¹⁵⁴³. Wenige Stunden später wählten diese Delegierten, die von 75.000 Arbeiter*innen durch proportionale Listenwahl bestimmt wurden, ihrerseits den Arbeiter*innenrat der Stadt: zehn Kommunist*innen, neun Sozialdemokrat*innen, einen Unabhängigen und einen Demokraten¹⁵⁴⁴. Heinrich Brandler war einer der drei Vorsitzenden dieses revolutionären Organs, dessen Autorität und Prestige sich über eine ganze Industrieregion erstreckte, in der die Unterdrückungskräfte entwaffnet oder neutralisiert und die Arbeiter*innen bewaffnet waren¹⁵⁴⁵. Ein paar Monate später schrieb er, nicht ohne Stolz:

1537 Ebenda, S. 489.

1538 H. Brandler, Die Aktion gegen den Kapp-Putsch in Westsachsen, S. 7.

1539 Verteilt in Form eines Flugblatts am 15. März, Ill. Gesch. S. 468.

1540 De Brouckère, La Contre-révolution en Allemagne, S. 46 [tats. S. 44], zitiert von Benoist-Méchin, a.a.O [dt. Ausg., S. 99, wo das Zitat nicht als Zitat gekennzeichnet ist].

1541 Ill. Gesch. S. 496.

1542 Ebenda, S. 481; Benoist-Méchin, a. a. O., S. 101. [dt. Ausg. S. 99]

1543 Brandler, a.a.O. S. 7-8.

1544 Ebenda, S. 21. Unter den Delegierten waren 691 Kommunist*innen, 603 Sozialdemokrat*innen, 100 Unabhängige und 95 Demokrat*innen.

1545 Brandler, a.a.O., S. 1, spricht von einer Kontrolle, die der Arbeiter*innenrat über ein Gebiet mit

»Wir in Chemnitz traten als erste Partei an die Öffentlichkeit mit der Parole: Generalstreik, Entwaffnung der Bourgeoisie, Bewaffnung der Arbeiter und sofortige Neuwahl politischer Arbeiterräte. Wir waren wohl auch die ersten, die dank der Kraft der Kommunistischen Partei diese Parolen verwirklichten.«¹⁵⁴⁶

Eine neue Gefahr erscheint aber gerade dort, wo die Initiativen der Chemnitzer Kommunist*innen den Aufbau einer soliden Front des Arbeiter*innenwiderstandes gegen die Putschist*innen zu ermöglichen scheinen. Ein Aktivist der KPD(S), Max Hölz, war im Laufe des Jahres 1919 der Organisator von militanten Demonstrationen der Arbeitslosen in der Region Falkenstein. Von der Verhaftung bedroht, ging er daraufhin in den Untergrund, wo er sich mit aktivistischen Elementen der Opposition verband und in dieser elenden, von allgemeiner Arbeitslosigkeit gebeutelten Region Erzgebirge-Vogtland bewaffnete Kommandos organisierte, eine Art »Stadtguerilla«, Gruppen von bewaffneten Arbeitslosen oder sehr jungen Menschen, die die Polizei und manchmal auch die Kassen von Fabriken und Banken oder die Vertreter*innen der Unternehmer*innen angriffen¹⁵⁴⁷. In dieser krisengeschüttelten Region gilt er nach seinen drei Verhaftungen und drei Fluchten als moderner Robin Hood¹⁵⁴⁸. Sobald sich die Nachricht von der Kapp-Erhebung verbreitete, griff er an, ließ die Türen des Plauener Gefängnisses öffnen, rekrutierte und organisierte kurzerhand Guerilla-Einheiten, die er »Rote Garden« nannte, und begann, die Reichswehr zu bedrängen, indem er Überfälle gegen ihre isolierten Abteilungen organisierte, Geschäfte und Banken plünderte, um seine Truppen zu finanzieren, und die Bewohner*innen der Arbeiter*innenvororte auf spektakuläre Art und Weise versorgte¹⁵⁴⁹. Seine »aktivistische« Aktionsauffassung, die Art und Weise, wie er Kommandoaktionen an die Stelle von Massenaktionen setzte, und die Angst, die er selbst in einem Teil der Arbeiter*innenbevölkerung auslöste, erregten die Besorgnis Brandlers und der Chemnitzer Kommunist*innen, die ihn als Abenteurer verurteilten und einige seiner Initiativen als provokatorisch anprangerten¹⁵⁵⁰.

An der Ruhr entstand aus einem vergleichbaren Phänomen, an dem aber mehr Arbeiter*innen beteiligt waren, das, was man »Rote Armee« nannte: Ein Aktionskomitee, das sich in Hagen auf Betreiben der unabhängigen Aktivisten Stemmer, einem Bergarbeiter, und Josef Ernst, einem Metallarbeiter, bildete, schuf ein »militärisches Komitee«: In wenigen Stunden marschierten 2.000 bewaffnete Arbeiter*innen Richtung Wetter, wo die Arbeiter*innen in Konfrontation mit den Freikorps standen¹⁵⁵¹.

einem Radius von fünfzig Kilometern um die Stadt ausübte, mit der einzigen Ausnahme der Technischen Schule, die von Arbeiter*innenmilizen eingekreist war.

1546 Ebenda, S. 1.

1547 Max Hölz, Vom Weißen Kreuz zur Roten Fahne, S. 51-65.

1548 Brandler, a.a.O., S. 56.

1549 Hölz, a.a.O., S. 85-112.

1550 Brandler, a.a.O. S. 54-60.

1551 Ill. Gesch. S. 496.

Am 16. März scheint es in ganz Deutschland Kämpfe oder Vorbereitungen dazu zu geben, außer vielleicht in der Hauptstadt, wo die militärische Überlegenheit der Truppen überwältigend zu sein scheint. Die Rote Armee der Ruhrarbeiter*innen marschiert Richtung Dortmund¹⁵⁵². Die Freikorps und die Reichswehr hielten das Zentrum Leipzigs gegen improvisierte Arbeiter*innenkommandos¹⁵⁵³. In Cottbus gab Major Buchrucker den Befehl, jeden waffentragenden Zivilisten auf der Stelle zu erschießen¹⁵⁵⁴. In Stettin, wo sich ein Aktionskomitee nach Chemnitzer Vorbild gebildet hatte, kam es in der Garnison zu Kämpfen zwischen Befürworter*innen und Gegner*innen des Putsches¹⁵⁵⁵. Aus dem Berliner Gefängnis, in dem er mehrere Wochen festgehalten wurde, schrieb Paul Levi einen sehr heftigen Brief an die Zentrale: Er kritisierte ihre Passivität und ihren Mangel an Initiative, ihre Blindheit gegenüber den Möglichkeiten, die den Revolutionär*innen durch den Kampf gegen den Putsch geboten wurden¹⁵⁵⁶. Außerdem reagierten im ganzen Land, mit Ausnahme von Berlin, die kommunistischen Verantwortlichen wie er. Die Aktivist*innen der Ruhr forderten die Bewaffnung des Proletariats und die sofortige Wahl von Arbeiter*innenräten, aus denen die Anhänger*innen der bürgerlichen Demokratie ausgeschlossen werden sollten¹⁵⁵⁷. Die Kuriere, die die am 13. von der Zentrale erstellten Anweisungen brachten, wurden überall kühl aufgenommen und die Aufträge vernichtet¹⁵⁵⁸. Fast jedes Mal riefen die Kommunist*innen, ohne die zentralen Anweisungen zu berücksichtigen, zum Generalstreik auf und beteiligten sich an seiner Organisation. Andererseits nahmen einige Oppositionsgruppen – insbesondere die Hamburger Gruppe – eine abwartende Haltung ein, die mit der Ablehnung gemeinsamer Aktionen mit den »Sozialverrättern«¹⁵⁵⁹ begründet wurde: Weder in Berlin noch in Dresden, um Rühle¹⁵⁶⁰, spielten die Linksradikalen eine Rolle. Auf der anderen Seite schlossen sich Aktivist*innen der Opposition aus verschiedenen Regionen Deutschlands, Appel aus Hamburg und Karl Plattner aus Dresden¹⁵⁶¹, den Arbeiterkämpfer*innen an der Ruhr an.

In Berlin verhandelte der verzweifelte Kapp mit Vizekanzler Schiffer, der die Regierung Bauer vertrat. Kapp akzeptierte im gemeinsamen Interesse, dass General Groener versuchen sollte, mit Präsident Ebert zu vermitteln. Aber Ebert hatte es nicht eilig¹⁵⁶². Kapp kämpfte angesichts des Generalstreiks in der Tat mit »Problemen, die über mensch-

1552 Ill. Gesch. S. 497.

1553 Ebenda, S. 489.

1554 Ebenda, S. 479

1555 Ebenda, S. 479.

1556 Siehe Kapitel XIX.

1557 Flugblatt aus dem Bezirk Essen, 13. März. Ill. Gesch. S. 494.

1558 R. Fischer, a.a.O., S. 126. [dt. Ausg., S. 154]

1559 Ill. Gesch. S. 481.

1560 Brandler, a.a.O. S. 4-5.

1561 Bock, a.a.O., Biografie dieser beiden Aktivisten, S. 427 und 438.

1562 Erger, a.a.O. S. 249-254.

liche Kräfte gingen«, wie Benoist-Méchin es ausdrückte¹⁵⁶³. Seine Regierung befand sich gewissermaßen in einem Vakuum. Brot und Fleisch gingen in der Hauptstadt langsam zur Neige. Der Direktor der Reichsbank weigerte sich, die von Kapp geforderten zehn Millionen Mark zu zahlen¹⁵⁶⁴. Am 16. März gab er um 13 Uhr den Befehl, der ab 16.00 Uhr »den Streikführern und Streikposten die Todesstrafe ankündigte.«¹⁵⁶⁵ Diesmal waren es die Großunternehmer selbst, die sich von einer Maßnahme, die einen Bürgerkrieg auszulösen drohte, abrietten; an der Spitze einer Delegation versicherte Ernst von Borsig höchstpersönlich Kapp, dass es notwendig sei, auf Gewalt zu verzichten:

»Die Einigkeit der Arbeiterklasse ist so stark, dass man unmöglich die Rädelsführer von den Millionen von Arbeitern, die die Arbeit niedergelegt haben, unterscheiden kann.«¹⁵⁶⁶

Um sechs Uhr morgens nahmen die Ruhrarbeiter*innen Dortmund wieder ein. In der Nacht vom 16. zum 17. meuterte ein Pionierregiment in Berlin selbst und nahm seine Offiziere gefangen. Es bedurfte der Intervention der Speerspitze des Putsches, der Marinebrigade Ehrhardt, um ihre Freilassung zu erreichen¹⁵⁶⁷. Machten die Putschist*innen weiter, war ein Bürger*innenkrieg unvermeidlich und ein Sieg der Arbeiter*innen wahrscheinlich, sowohl über sie als auch über die Regierung, deren Basis und Handlungsmöglichkeiten von Stunde zu Stunde schmaler wurden, da die Armee, ob putschistisch oder »neutral«, nicht mehr sicher war.

Am 17. März entschied sich Kapp, der sich seiner Niederlage bewusst geworden war, zur Flucht¹⁵⁶⁸. Von politisch bewussteren Offizieren als ihm selbst gedrängt, dem Abenteuer ein Ende zu setzen, folgte General von Lüttwitz einige Stunden später und überließ sogar Vizekanzler Schiffer das Abfassen seines Erklärungsbriefes¹⁵⁶⁹. Seine Stellvertreter, die sich ohnehin nicht auf ihre Truppen verlassen konnten, baten darum, das Kommando an einen General zu übergeben, der bei dem Putsch nicht kompromittiert worden war: von Seeckt sollte dieser ausersehene Mann sein¹⁵⁷⁰. Insgesamt dauerte der Putsch nicht mehr als hundert Stunden, und er wurde tatsächlich durch die Reaktion der Arbeiter*innen, vor allem durch den Generalstreik, niedergeschlagen.

Aber die Folgen sind noch nicht ausgeschöpft. Noch am selben Tag kam es zu den ersten bewaffneten Kämpfen in Berlin: Schusswechsel in Neukölln, Errichtung

¹⁵⁶³ Benoist-Méchin, a.a.O. S. 102. [die dt. Ausg. S. 101 übersetzt das etwas farblos mit »ihn überfordern den Problemen.«]

¹⁵⁶⁴ Erger, a.a.O. S. 211.

¹⁵⁶⁵ Ebenda, S. 205. [Dort steht allerdings, dass die Verordnung bereits vom Vortag stammte.]

¹⁵⁶⁶ Benoist-Méchin, a. a. O., S. 103 [dt. Ausg. S. 101], Fußnote. 2; Erger, a. a. O., S. 205-206.

¹⁵⁶⁷ Benoist-Méchin, a.a.O. S. 103. [dt. Ausg. S. 101]

¹⁵⁶⁸ Erger, a.a.O. S. 265-266.

¹⁵⁶⁹ Ebenda, S. 277-278.

¹⁵⁷⁰ Ebenda, S. 277.

von Barrikaden durch die Arbeiter*innen am Kottbusser Tor¹⁵⁷¹. In Nürnberg schoss die Reichswehr auf eine Arbeiter*innendemonstration, tötete dabei zweiundzwanzig Menschen und löste im Gegenzug einen regelrechten Aufstand aus¹⁵⁷². In Suhl beschlagnahmten Arbeitermilizen ein Schulungszentrum der Reichswehr und legten die Hand auf einen großen Waffen- und Munitionsbestand¹⁵⁷³. In Dortmund stellte sich die von den Sozialdemokrat*innen kontrollierte Polizei auf die Seite der »Roten Armee« gegen die Freikorps¹⁵⁷⁴. Überall ging der Generalstreik weiter. Die Frage ist nun, ob die überstürzte Flucht Kapps es ermöglicht, ihn zu stoppen, und zu welchem Preis, oder ob die von den Kappist*innen unvorsichtigerweise ausgelöste revolutionäre Welle zu einem neuen Bürgerkrieg führen wird¹⁵⁷⁵.

Wenn diesmal Deutschland tatsächlich nicht von einem Netz gewählter Arbeiter*innenräte bedeckt wurde – Chemnitz und die Ruhr bleiben die Ausnahme –, so gab es andererseits ein dichtes Netz von Vollzugsräten oder Aktionskomitees, die von den Arbeiter*innenparteien und -gewerkschaften gebildet wurden und die durch den Kampf gegen die Putschisten und die Organisation der Verteidigung die Rolle von wirklichen revolutionären Kräften spielten und in der Praxis und im Verlauf des Generalstreiks das Problem der Macht und, unmittelbarer, das der Regierung stellten¹⁵⁷⁶.

Das Problem der Arbeiter*innenregierung

Die politischen Folgen des Putsches sind in Wirklichkeit noch viel tiefgreifender. Selbst in den Regionen, in denen weder Arbeiter*innenräte noch Arbeiter*innenmilizen gebildet wurden, selbst dort, wo sich die Arbeiter*innen damit begnügten, dem Streikaufruf zu folgen, ohne zu den Waffen zu greifen, war der Schock groß. Für Millionen von Deutschen bedeutete die Initiative der militärischen Führer faktisch den Bankrott der sozialdemokratischen Leitung: Noske, der »*Sozialist der Generäle*«, wurde von ihnen nach Erfüllung seiner Aufgabe fallen gelassen, war völlig diskreditiert und seine politische Karriere beendet.

Außerdem waren es die Arbeiter*innen, die durch einen ohne Wissen der mehrheitlich sozialdemokratischen Regierung ausgerufenen Generalstreik gewisserma-

1571 Ill. Gesch. S. 475.

1572 Ebenda, S. 482.

1573 Ebenda, S. 484.

1574 Ebenda, S. 497.

1575 Es ist schwierig, in den von rechts ausgedrückten Befürchtungen zwischen dem zu unterscheiden, was reale Furcht und dem, was Versuch der »Berauschung« war. Eine Depesche der Telegrafagentur Wolff vom 17. März (zitiert von Erwin Könnemann, »Zum Problem der Bildung einer Arbeiterregierung nach dem Kapp-Putsch« BzG, 1963, Nr. 6, pS. 904-921) erwähnt eine kursierende Regierungsliste, die bereits als offiziös galt: Däumig als Kanzler, Paul Levi als Außenminister, Curt Geyer als Innenminister. Die Depesche schließt mit den Worten: »*Nicht der leiseste Zweifel ist mehr [...]. Es gibt nur einen Feind, den Bolschewismus [...]*« (a.a.O., S. 908)

1576 V. Mujbegović, a.a.O. S. 210; Kurt Finker, »Neue Wege und Erkenntnisse bei der Erforschung des Kampfes der deutschen Arbeiter gegen den Kapp-Putsch«, BzG, Nr. 4, 1961, S. 909-910.

ßen die Putschisten besiegten. Die Aktivist*innen der verschiedenen Parteien, die bis dahin gegeneinander gestellt wurden, kamen im Kampf zusammen: Zum ersten Mal seit der Vorkriegszeit kämpften sie Seite an Seite gegen den Klassenfeind. Das Prestige der Gewerkschaftsführer*innen wurde gesteigert: Legien erließ im Moment der Flucht Noskes und Eberts den Aufruf zum Generalstreik; von ihnen wurde nun erwartet, dass sie politische Verantwortung übernehmen.

Die Unruhe in den Reihen der Sozialdemokratischen Partei ist groß. Der Vorsitzende Otto Wels formulierte das Problem am 30. März in diesen Begriffen:

»Was ist zu tun, um die Partei aus dem Chaos herauszuführen, in das sie durch den gemeinsamen Kampf gegen die Reaktion gekommen ist?«¹⁵⁷⁷

In sehr vielen Orten marschierten sozialdemokratische Aktivist*innen und sogar Organisationen mit den Kommunist*innen und Unabhängigen mit Parolen, die im Gegensatz zu denen ihrer nationalen Führung standen. In Elberfeld zum Beispiel ging ein Führer der SPD so weit, mit Vertreter*innen der Unabhängigen und der KPD(S) einen Aufruf zum Kampf für *»die Diktatur des Proletariats«* zu unterzeichnen¹⁵⁷⁸. Der *»Vorwärts«* spiegelt das Gefühl fast aller deutschen Arbeiter*innen wider, wenn er schreibt:

»Die Regierung muss umgebildet werden. Nicht nach rechts (...) sondern nach links. Wir brauchen eine Regierung, die unbedingt entschlossen ist im Kampf gegen die militaristisch-nationalistische Reaktion und die sich das Vertrauen des arbeitenden Volkes so weit wie möglich nach links hin zu erwerben weiß.«¹⁵⁷⁹

Schon vor Kapps Flucht war jedoch klar, dass man versuchte, die Front zwischen der Reichswehr und den Regierungsparteien angesichts des Erwachens der Arbeiter*innenklasse zu stärken. Vizekanzler Schiffer und General von Seeckt starteten gemeinsam im Namen der Regierung einen Aufruf zur Rückkehr zur Ruhe, zur nationalen Einheit *»gegen den Bolschewismus«*¹⁵⁸⁰. Die sozialdemokratische Partei war zwischen widersprüchlichen Tendenzen hin- und hergerissen, aber das galt in gewissem Maße auch für die unabhängige sozialdemokratische Partei, vor allem in jenen Ortschaften, in denen sich ihre rechten Führer*innen mit der Kapitulationspolitik der Mehrheitssozialdemokrat*innen verbündet hatten¹⁵⁸¹. Die Aktivist*innen – und

¹⁵⁷⁷ Protokoll der Sitzung des SPD-Parteiausschusses vom 30. und 31.3.1920, S. 4, zitiert bei Erger, a.a.O., S. 291.

¹⁵⁷⁸ Erger, a.a.O. S. 291.

¹⁵⁷⁹ Vorwärts, Sonderausgabe, 18. März 1920. [hier zitiert nach Erwin Könnemann, Zum Problem der Bildung einer Arbeiterregierung nach dem Kapp-Putsch, Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Heft V/VI 1963, S. 904-921, hier S. 914]

¹⁵⁸⁰ Ebenda.

¹⁵⁸¹ Zum Beispiel in Leipzig, wo der unabhängige Führer Richard Lipinski am 18. März ein *»Waffenstillstandsabkommen«* mit den zivilen und militärischen Behörden unterzeichnete, das eine veritable militärische und politische Kapitulation darstellte: siehe den vollständigen Text und die Kommentare Brandlers

die Parteipresse spiegelte diese Reaktion weitgehend wider – brachten die einheitliche Stoßrichtung der Klasse im Streik und ihre Forderung nach Garantien auf Regierungsebene zum Ausdruck. Der Apparat und die parlamentarische Fraktion neigten im Gegenteil zur Wiederherstellung der parlamentarischen Koalition, wobei letztere einen Aufruf lancierte, in dem sie bekräftigte, dass die Fortsetzung des »Volksstreiks« nach der Flucht der Auführer*innenführer eine Bedrohung für die Einheit der »republikanischen Front« darstelle¹⁵⁸². Gleichzeitig versicherte eine von Schiffer und dem preußischen Innenminister, dem Sozialdemokraten Hirsch, gemeinsam unterzeichnete Proklamation, dass die Polizei und die Reichswehr ihre Pflicht getan hätten und zu keiner Zeit Komplizen des Putsches gewesen seien¹⁵⁸³. Diese »Amnestie« war offensichtlich für die Wiederherstellung der Ordnung notwendig, weshalb die Regierung am 19. März den verschärften Ausnahmezustand ausrief¹⁵⁸⁴.

Wird die Regierung, die durch den Generalstreik gerettet wurde, die Generäle, die sich weigerten, die Putschist*innen zu bekämpfen, gegen die Arbeiter*innen einsetzen? Werden Ebert und Noske die Macht bewahren und haben die Arbeiter*innen nur gekämpft, um sie an der Macht zu halten? Die politische Antwort hängt weitgehend von den Führer*innen der Arbeiter*innenparteien und Gewerkschaften ab.

In dem nun beginnenden Kampf hatten die Arbeiter*innen einen gewaltigen Trumpf in der Hand: ihren Streik. Legien ist sich dessen bewusst. Bereits am 17. März wandte er sich an den Vorstand der Unabhängigen und forderte sie auf, Vertreter*innen zu einer Sitzung der Generalkommission der Gewerkschaften zu schicken¹⁵⁸⁵. Der Vorstand delegierte Hilferding und Koenen, denen Legien die Bildung einer »Arbeiterregierung« vorschlug, die sich aus Vertreter*innen der Arbeiter*innenparteien und der Gewerkschaften zusammensetzen sollte. Er begründete seinen Vorschlag damit, dass in Deutschland keine Regierung mehr gegen die Gewerkschaften möglich sei und dass diese in einer Ausnahmesituation bereit seien, ihre Verantwortung zu übernehmen. Weder die Vertreter*innen der Unabhängigen Partei noch der Eisenbahner Geschke, der ebenfalls zu dieser Versammlung eingeladen worden war, wo er die KPD(S) vertrat, konnten offensichtlich eine Antwort geben, bevor sie die zuständigen Organe ihrer Parteien konsultiert hatten: was sie auch taten¹⁵⁸⁶. In der Sitzung des unabhängigen Vorstands sprachen sich Wilhelm Koenen und Hilferding dafür aus, den Vorschlag Legiens anzunehmen und Verhandlungen zur Bildung einer Arbeiter*innenregierung aufzunehmen. Crispian, der Parteivorsitzende und Führer des rechten Flügels, protestierte, dass er nicht mit »Arbeiter-

in Brandler, a.a.O.

1582 Zitiert in Erger, a.a.O. S. 293 und in Ill. Gesch. S. 471.

1583 Vorwärts, 20. März 1920. Zitiert in Ill. Gesch. S. 471.

1584 Ill. Gesch. S. 471.

1585 W. Koenen, »Zur Frage der Möglichkeit einer Arbeiterregierung nach dem Kapp-Putsch«, BzG, Nr. 12, 1962, S. 347.

1586 Ebenda, S. 348.

mördern« an einem Tisch sitzen könne und dass mit den »*Verrätern an der Arbeiterklasse*«, die die Mitglieder der Generalkommission seien, keine Diskussion möglich sei. Däumig, der Führer des linken Flügels, folgte diesem Beispiel und erklärte, dass er bereit sei, von seinem Posten zurück- und sogar aus der Partei auszutreten, wenn der Vorstand in solche Verhandlungen eintrete. Koenen und Hilferding fanden wenig Echo bei ihren Genoss*innen: Stoecker und Rosenfeld, andere Führer*innen der Linken, waren erstaunt über die von Koenen eingenommene Position und baten den Vorstand lediglich darum, sie nicht brüsk abzulehnen, was von den Millionen streikender Arbeiter*innen nicht verstanden werden könnte. In der Abstimmung gewann die von Crispian und Däumig vorgeschlagene kategorische Ablehnung mit großem Vorsprung¹⁵⁸⁷.

Aber Legien gab trotzdem das Spiel nicht verloren. Am nächsten Tag, dem 18. März, ließ er trotz des Drucks der dem Apparat nahestehenden sozialdemokratischen Elemente, die darauf bestanden, den Streik zu beenden, da der Putsch, auf den er reagierte, niedergeschlagen worden war, den Generalrat seine Verlängerung beschließen, solange die Arbeiter*innenklasse keine ausreichenden Garantien hinsichtlich der Zusammensetzung und Politik der Regierung erhalten hatte. Es begannen mühsame Diskussionen zwischen den Führer*innen der Gewerkschaften und den Vertreter*innen der Regierung. Legien warnte seine Gesprächspartner*innen, dass er nicht zögern würde, wenn er es für notwendig erachte, selbst eine »*Arbeiterregierung*« zu bilden, die sich der Rückkehr der Bauer-Regierung in die Hauptstadt mit Gewalt entgegenstellen würde, selbst wenn diese Initiative, wie ihm bewusst war, einen Bürgerkrieg bedeuten würde¹⁵⁸⁸. Er stellte eine Reihe von absoluten Vorbedingungen, den Rücktritt Noskes aus der Reichsregierung, den der beiden preußischen Minister Heine und Öser, den Eintritt von Gewerkschaftsführer*innen in Schlüsselpositionen in die Regierung, eine harte Repression gegen die Putschist*innen und ihre Komplizen und eine radikale Säuberung von Armee und Polizei. Er wiederholte, dass es eine sofortige Möglichkeit zur Bildung einer Arbeiter*innenregierung mit Vertreter*innen der Gewerkschaften und der beiden sozialdemokratischen Parteien gebe.

Mit ihrem Beschluss, die Losung des Generalstreiks auszugeben, mit ihrer offenen Opposition gegen die Führer*innen der Sozialdemokratischen Partei, hat die Leitung der Gewerkschaften eine beispiellose Krise innerhalb dieser Partei ausgelöst, die sogar ihren höchsten Apparat, den Vorstand und die Parlamentsfraktion, erschüttert. Entscheidend ist aber die Haltung der Unabhängigen. Für sie ist das Problem nicht einfach. Die Linke hat sich in zwei Teile gespalten, wobei sich Däumig gegen Koenen stellt. Ein Teil der Rechten, darunter Crispian, revidierte seine anfängliche Reaktion

¹⁵⁸⁷ Ebenda.

¹⁵⁸⁸ Protokoll der Gespräche zwischen den Gewerkschaftsleiter*innen und den Vertretern der Regierung Bauer, Gesprächsnotizen von Finanzminister Südekum, veröffentlicht von Erwin Könnemann, BzG, Nr. 2, 1966, S. 273.

am Abend des 17. März, als eine neue Delegation des Vorstands Legien aufsuchte, um ihn über ihren Wunsch zu informieren, die Diskussion wieder aufzunehmen. Däumig war jedoch unnachgiebig: Er behauptete, dass er die Unterstützung der Partei für eine sogenannte »Arbeiter*innen«-Regierung nicht akzeptieren könne, wenn diese sich nicht für die Diktatur des Proletariats und die Macht der Arbeiter*innenräte ausspreche¹⁵⁸⁹. Trotz der Opposition seiner Richtungsgenoss*innen, die die Gewerkschaften in Berlin kontrollieren, gewann er. Die Mehrheit der Linken stimmte ihm zu, dass die von Legien vorgeschlagene Arbeiter*innenregierung nur eine neue Version dessen darstellen konnte, was sie das »Noske-Regime« nannten, eine einfache Wiederholung der Ebert-Haase-Regierung von 1918¹⁵⁹⁰. Was die Rechte betrifft, so fiel ihre Entscheidung schließlich vor dem Hintergrund der Risiken eines solchen Unterfangens: unter dem Beschuss der Linken und angesichts der Gefahr einer Spaltung der USPD, in einer Lage, die sie zu einem fragilen linken Alibi in eine SPD-USPD Regierung machen würde¹⁵⁹¹. Legien musste aufgeben.

Es blieb ihm jedoch, der Regierung noch seine Bedingungen für die Wiederaufnahme der Arbeit zu stellen. Am Morgen des 19., am Ende langer Verhandlungen, verpflichteten sich die Regierungsvertreter*innen feierlich, die von Legien diktierten Bedingungen zu erfüllen, die man die »neun Punkte der Gewerkschaften« nennen würde:

1. Die Anerkennung der Rolle der Gewerkschaften für den wirtschaftlichen und sozialen Wiederaufbau des Landes durch die zukünftige Regierung.
2. Die Entwaffnung und sofortige Bestrafung der Rebellen und ihrer Komplizen.
3. Die sofortige Reinigung der Verwaltungen und Betriebe von allen Konterrevolutionär*innen, die sofortige Wiedereinstellung aller Lohnabhängigen, die wegen ihrer gewerkschaftlichen oder politischen Tätigkeit gemäßregelt wurden.
4. Eine Reform des Staates auf demokratischer Basis im Einvernehmen und unter Mitwirkung der Gewerkschaften.
5. Die vollständige Umsetzung der bestehenden Sozialgesetze und die Verabschiedung neuer, fortschrittlicherer Gesetze.
6. Die sofortige Wiederaufnahme der Maßnahmen zur Vorbereitung der Sozialisierung der Wirtschaft, die Einberufung der Sozialisierungskommission, die sofortige Sozialisierung der Kohle- und Kalibergwerke.
7. Die Beschaffung von Lebensmitteln zum Zwecke der Versorgung.
8. Die Auflösung aller konterrevolutionären militärischen Formationen und die Bildung von Verteidigungsbündeln auf der Grundlage der Gewerkschaftsorganisationen; die Reichswehr und die putschtreuen Polizeieinheiten sind davon nicht betroffen.

1589 Bericht 4 ... , S. 8.

1590 Freiheit, 24. März 1920.

1591 Prager, a.a.O. S. 218. [4. Auflage 1980, S. 209]

9. Der Rücktritt Noskes und Heines¹⁵⁹².

Auf dieser Grundlage beschlossen der ADGB und die AfA am 20. März, zur Wiederaufnahme der Arbeit aufzurufen¹⁵⁹³. Die meisten der Minister*innen und Parlamentarier*innen machten sich auf den Weg in die Hauptstadt. Aber weder die unabhängige Partei noch das Groß-Berliner Streikkomitee hatten ihre Zustimmung gegeben, und die Entscheidung ruhte formal bis zu den Versammlungen der Streikenden, die in der Regel für Sonntag, den 21., einberufen wurden.

Die Zustimmung der Streikenden ist jedoch noch lange nicht erreicht. Zahlreiche Versammlungen bezogen Stellung gegen die Entscheidung der Zentralen, weil sie glaubten, dass die Regierung sich damit begnügte, Versprechungen zu machen, für die die Arbeiter*innen keine Garantie hatten, und dass die Wiederaufnahme der Arbeit gleichbedeutend damit wäre, ihr einen Blankoscheck auszustellen¹⁵⁹⁴. Außerdem führte der Einzug von »Regierungs«-Truppen in die Vororte Berlins zu mehreren gewalttätigen Zwischenfällen mit bewaffneten Arbeiter*innen, Schusswechseln, Verhaftungen¹⁵⁹⁵. Beim Streikkomitee von Groß-Berlin erschien ein Bote mit einem Hilferuf der von der Reichswehr bedrängten Ruhrarbeiter*innen. Die Vertreter*innen der KPD(S), gefolgt von vielen unabhängigen Arbeiter*innen, nahmen gegen einen Abbruch des Streiks Stellung: Pieck und Walcher erklären, dass es notwendig sei, die Arbeiter*innen an der Ruhr zu schützen und die Bewegung fortzusetzen, bis ihre Sicherheit gewährleistet sei, d.h. bis zur Bewaffnung des Proletariats. Schließlich wird die Frage der Arbeiter*innenregierung zum ersten Mal öffentlich gestellt. Däumig prangerte an, was er als von Legien durchgeführtes Manöver und seine »Regierungsmacherei« betrachtet, dessen einziges Ziel es sei, die Unabhängigen wieder in das parlamentarische Spiel zu integrieren und der geschwächten Koalition Deckung auf der linken Seite zu geben¹⁵⁹⁶. Zu diesem Problem hatten die kommunistischen Vertreter*innen kein Mandat: Sie sagten, dass sie den Inhalt von Legiens Vorschlägen während der Sitzung kennengelernt hätten¹⁵⁹⁷ und dass sie nur in ihrer persönlichen Eigenschaft sprechen würden. Walcher unterstrich, dass eine Arbeiter*innenregierung, wie sie von den Gewerkschaften vorgeschlagen wurde, »eine sozialistische Regierung gegen Ebert und Haase« sei und dass es daher entgegen der Forderung Däumigs nicht notwendig sei, ihre »Anerkennung der Diktatur des Proletariats« formell zu proklamieren, um allein durch ihre Existenz einen Schritt nach vorn, eine Eroberung für die Arbeiter*innenbewegung darzustellen. An die Delegierten der Gewerkschaften gewandt, bekräftigt er:

1592 Könnemann, a.a.O., S. 910, Nr. 19.

1593 Ebenda, S. 910.

1594 Ill. Gesch. S. 472.

1595 Vor allem in Hennigsdorf (Ill. Gesch., S. 476).

1596 Bericht 4 . , S. 38.

1597 E. Könnemann (a. a. O., S. 918. n. 41) stellt die Hypothese auf, dass Geschke, ein Mitglied der linksradikalen Berliner Leitung, der laut Koenen bei der Sitzung am 17. anwesend war, die Zentrale nicht über Legiens Vorschläge informiert hatte.

»Ist es euch mit euren Versprechungen ernst, wollt ihr wirklich die Arbeiter bewaffnen und die Konterrevolution entwaffnen, wollt ihr wirklich den Verwaltungsapparat von allen konterrevolutionären Elementen säubern, so bedeutet das den Bürgerkrieg. In diesem Fall ist es selbstverständlich, dass wir die Regierung nicht nur unterstützen, wir werden vielmehr an der Spitze des Kampfes stehen. Im andern Fall, wenn Ihr Euer Programm verrätet, den Arbeitern in den Rücken fällt, dann werden wir – und wir hoffen, in diesem Fall noch starke Gefolgschaft aus eurem Lager zu bekommen – Euch auf das Schärfste ohne irgendwelche Rücksicht mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln bekämpfen.«¹⁵⁹⁸

Am Ende einer stürmischen Sitzung wurde schließlich mit Unterstützung der Delegierten der KPD(S) beschlossen, dazu aufzurufen, den Streik nicht zu beenden, bevor man Garantien erhalten habe, die insbesondere den Punkt 8, die Eingliederung der Arbeiter*innen in die Kräfte der »republikanischen Verteidigung«¹⁵⁹⁹, betrafen. Am Ende des Treffens begannen die Verhandlungen zwischen den Delegierten der beiden sozialdemokratischen Parteien und der Gewerkschaften. Für die mehrheitssozialdemokratischen Führer*innen war es von vitalem Interesse, einen Keil zwischen die Kommunist*innen und die Unabhängigen zu treiben und die Beendigung des Generalstreiks zu erreichen. Bauer verpflichtete sich im Namen der sozialdemokratischen Fraktion zur Einhaltung der vier Bedingungen: Abzug der Truppen aus Berlin hinter die Spreelinie, Aufhebung des verschärften Belagerungszustandes, Verpflichtung, keinerlei Offensivmaßnahmen gegen die bewaffneten Arbeiter*innen, insbesondere an der Ruhr, zu ergreifen, und die Einreihung der Arbeiter*innen in Preußen in die »Sicherheitswehren«, die unter gewerkschaftlicher Kontrolle standen¹⁶⁰⁰.

Die wirkliche Entscheidung über die Beendigung des Generalstreiks lag in den Händen der Unabhängigen, und vielleicht hätte kommunistischer Druck die Linke stärken können. Aber die KPD(S)-Zentrale befindet sich ihrerseits in einer Krise. In dem Moment, als das Rundschreiben Nr. 42 vom 22. März 1920 herausging, in dem für die Aktivist*innen die Position der Partei zu dem für sie neuen Problem der möglichen Konstituierung einer Arbeiter*innenregierung¹⁶⁰¹ präzisiert wurde, beschloss die Zentrale nach einer stürmischen Sitzung, die sich über einen Teil der Nacht des 21. und den Morgen des 22. erstreckte, ihre vier Vertreter im zentralen Streikkomitee zu desavouieren, weil sie für den Beschluss vom Vortag gestimmt hatten, der die Wiederaufnahme der Arbeit von der Eingliederung der Arbeiter*innen in »republikanische« Formationen abhängig machte, was sie als Täuschung ansahen, und weil

1598 J. Walcher, »Die Zentrale der KPD(S) und der Kapp-Putsch«, Die Kommunistische Internationale, Nr. 1, 1926, S. 406 [tats. S. 401 f.].

1599 Freiheit, 24. März 1920.

1600 Sozialdemokratische Korrespondenz, 1920, Nr. 5, S. 45.

1601 Die Internationale, Nr. 1, 1920, S. 18; M. J. Braun, Die Lehren des Kapp Putsches, S. 30-32.

sie sich für eine »Arbeiterregierung« ausgesprochen hatten. Mit knapper Mehrheit stimmt sie auch über den Text einer an das zentrale Streikkomitee gerichteten Erklärung ab:

»Die Reichszentrale der KPD erklärt, dass sie mit den in dem Flugblatt der Zentralstreikleitung von Groß-Berlin vom 21. März enthaltenen Forderungen in einigen Punkten, insbesondere mit der Forderung der Einreihung von bewaffneten Arbeitern, Angestellten und Beamten in die bestehenden republikanischen zuverlässigen militärischen Formationen, nicht einverstanden ist.

Sie erklärt ferner, dass sie den Vorschlag der Bildung einer Koalitionsregierung zwischen Gewerkschaftsbund und der USPD nicht veranlasst hat.«¹⁶⁰²

Diese Erklärung wird im Streikkomitee am Mittag verlesen. Wenige Stunden später erklärte sich die Leitung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei, trotz der Opposition Däumigs, Stoeckers, Koenens, Rosenfelds und Curt Geyers, mit den neuen Zugeständnissen der Sozialdemokrat*innen zufrieden¹⁶⁰³. Ein am Abend des 22. verfasster Text, unterzeichnet von Legien für den ADGB, Aufhäuser für den AfA-Bund, Juchacz für die Sozialdemokratische Partei und Crispian für die USPD, forderte daher die Wiederaufnahme der Arbeit gemäß den neuen Konzessionen und Regierungsversprechen¹⁶⁰⁴. Die Berliner Gewerkschaftsleitung, die sich der Position Däumigs anschloss, sprach sich für eine »Unterbrechung« und gegen die »Beendigung« des Streiks aus und weigerte sich zu unterschreiben¹⁶⁰⁵.

Die am Morgen des 23. versammelte Zentrale der KPD(S) prangerte an, was sie als Kapitulation bezeichnete, und forderte die Arbeiter*innen auf, den Streik für die Entwaffnung der Freikorps, der Reichswehr und der bürgerlichen paramilitärischen Formationen, für die Bewaffnung des Proletariats, die Befreiung der politischen Gefangenen der Arbeiter*innen und die Macht der Arbeiter*innenräte fortzusetzen¹⁶⁰⁶. Trotzdem begann die Wiederaufnahme der Arbeit. Außerdem nimmt die Zentrale, in Umkehrung ihrer Position vom Vortag, eine neue Position zum Problem der Arbeiter*innenregierung ein und gibt in diesem Punkt schließlich Walcher und Pieck Recht¹⁶⁰⁷. Sie unterstreicht, dass der Kapp-Putsch den Bruch der Koalition zwischen Bourgeoisie und Sozialdemokratie bedeutete und dass der Kampf gegen die Militärdiktatur folglich »zum Zwecke hatte, die politische Macht der Arbeiterschaft zu erweitern bis zur vollständigen Ausschaltung der Bourgeoisie«, und weist darauf hin, dass

1602 Bericht 4 ... , S. 39.

1603 Naumann und Voigtlander, »Zum Problem einer Arbeiterregierung nach dem Kapp-Putsch«, BzG, 1963, Nr. 3, S. 470.

1604 Vorwärts, 24. März 1920; Ill. Gesch. S. 473.

1605 »Die Rote Fahne«, 26. März 1920.

1606 Ebenda.

1607 Die neue Mehrheit umfasst nach V. Mujbegović, a.a.O. S. 203 Pieck, Lange, Walcher, Thalheimer und S. Levi.

die Errichtung der Diktatur des Proletariats eine mächtige, von den Massen unterstützte kommunistische Partei, erfordert:

»3. Das gegenwärtige Stadium des Kampfes, wo dem Proletariat noch keine ausreichende militärische Macht zur Verfügung steht, wo die mehrheitssozialdemokratische Partei noch einen starken Einfluss auf Beamte, Angestellte und bestimmte Arbeiterschichten hat, wo die USPD die städtische Arbeiterschaft in ihrer Mehrheit hinter sich hat, ist ein Zeichen dafür, dass die objektiven Grundlagen für die proletarische Diktatur im gegenwärtigen Moment nicht gegeben sind.

4. Für die weitere Eroberung der proletarischen Massen für den Kommunismus ist ein Zustand, wo die politische Freiheit unbegrenzt ausgenutzt werden kann, wo die bürgerliche Demokratie nicht als Diktatur des Kapitals auftreten könnte von der größten Wichtigkeit für die Entwicklung in der Richtung zur proletarischen Diktatur.«¹⁶⁰⁸

Auf der Grundlage dieser Analyse beurteilt sie die Bildung einer Arbeiterregierung als wünschenswert:

»5. Die KPD sieht in der Bildung einer sozialistischen Regierung unter Ausschluss von bürgerlich- kapitalistischen Parteien einen erwünschten Zustand für die Selbstbetätigung der proletarischen Massen und ihr Heranreifen für die Ausübung der proletarischen Diktatur. Sie wird gegenüber der Regierung eine loyale Opposition treiben, solange diese Regierung die Garantien für die politische Betätigung der Arbeiterschaft gewährt, solange sie die bürgerliche Konterrevolution mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln bekämpft und die soziale und organisatorische Kräftigung der Arbeiterschaft nicht hemmen wird.

Unter loyaler Opposition verstehen wir:

Keine Vorbereitung zum gewaltsamen Umsturz, bei selbstverständlicher Freiheit der politischen Agitation der Partei für ihre Ziele und Losungen.«¹⁶⁰⁹

Dies war eine bedeutende Positionierung, die das Kräfteverhältnis innerhalb der Linken und der Unabhängigen Partei verändern konnte, aber es war schon spät, und es wurde erst am 26. März bekannt. Zu diesem Zeitpunkt hatte sich die Lage erheblich verändert. Am Morgen des 22. wurden unter dem Eindruck der Informationen über die ersten Zusammenstöße zwischen den Streitkräften und den Arbeiter*innen am Tag nach dem Streikabbruch die Verhandlungen zwischen den Parteien und den Gewerkschaften wieder aufgenommen und die Führer*innen berieten erneut über die Möglichkeit der Bildung einer, wie die Sozialdemokratische Parteikorrespondenz

¹⁶⁰⁸ »Die Rote Fahne«, 26. März 1920.

¹⁶⁰⁹ Ebenda, Bericht 4 ... , S. 29.

schrrieb, »*rein sozialistischen oder Arbeiterregierung.*«¹⁶¹⁰ Die Unabhängigen, die die Richtigstellung ihrer Positionierung vom 17. März vervollständigen, fordern nun nicht mehr eine Regierungserklärung zugunsten der Diktatur des Proletariats als notwendige Bedingung¹⁶¹¹.

Am gleichen Tag fand unter dem Vorsitz Malzahns die Versammlung der Betriebsräte von Groß-Berlin statt. Däumig verteidigte die »*Unterbrechung*« des Streiks, Pieck seine Fortsetzung. Däumig erinnert an seine Opposition gegen die Arbeiterregierung, Pieck hingegen erklärt die Position seiner Partei:

»Die gegenwärtige Situation ist nicht reif für eine Räterepublik, sondern für eine reine Arbeiterregierung. Als revolutionäre Arbeiter ist uns eine reine Arbeiterregierung außerordentlich erwünscht. (...) Die USPD hat die Arbeiterregierung abgelehnt und damit in einem politisch günstigen Augenblick die Vorteile des Proletariats nicht wahrgenommen. (...) Die Arbeiterregierung muss erzwungen werden, kein anderer Weg führt zur Räterepublik.«¹⁶¹²

Nach einer wirren Debatte¹⁶¹³ wird der Antrag Däumigs mit großer Mehrheit angenommen. Das Ende des Streiks wird angenommen. Aber es wird keine Arbeiterregierung geben. In den folgenden Verhandlungen unterstrich Crispien vergeblich, dass sich die KPD(S)-Zentrale und der unabhängige Vorstand in zwei Punkten vollkommen einig seien: Sie würden unter keinen Umständen in eine Koalitionsregierung eintreten, an eine »*Rätediktatur*« sei im Moment nicht zu denken, während »*eine reine Arbeiterregierung durchaus möglich*« ist¹⁶¹⁴. Die Verhandlungen waren nicht erfolgreich.

Am 23. stellte der Vorstand ein Acht-Punkte-Programm auf, das sie als mögliche Grundlage für eine Einigung auf eine Arbeiter*innenregierung vorschlug: Es wurde am 24. veröffentlicht¹⁶¹⁵. Am 25. erklärte der »Vorwärts«, dass eine von den Mehrheitler*innen gewünschte Arbeiter*innenregierung nur möglich gewesen wäre, wenn sich die bürgerlichen Parteien im Reichstag zu ihrer Unterstützung bereit erklärt hätten, und dass sie keinen anderen Sinn gehabt hätte als eine Er-

1610 Sozialdemokratische Parteikorrespondenz, 1920, Nr. 5, S. 45. [hier zitiert nach Könnemann, a.a.O., S. 911]

1611 Krüger, Die Diktatur oder Volksherrschaft, S. 30, zit. n. Könnemann, a.a.O., S. 911; Franz Krüger war Vorsitzender des Berliner Bezirks der SPD

1612 Freiheit, 24. März 1920. [»Delegiertenversammlung der revolutionären Betriebsräte Groß-Berlins«, Morgenausgabe, S. 3, Spalte 1-3, hier Spalte 2 f. Hervorhebungen im Original fett bzw. gesperrt]

1613 Rasch und Krause intervenieren – untereinander polemisierend – beide im Namen der KPD(S)-Berlin, und Pieck erklärt »*dass es jetzt zwei kommunistische Parteien gebe*« (Ebenda. [Spalte 3, die Hervorhebung i.O., gesperrt])

1614 Protokoll der Gespräche, erstellt nach den Aufzeichnungen Südekums, BzG, Nr. 2, 1966, S. 278. Beachten wir den Vorschlag Crispiens, die bürgerlichen Parteien dazu zu bringen, die Bildung einer Regierung zu akzeptieren, die sie ausschließt: ihnen eine indirekte Vertretung vorzuschlagen, indem man christliche Gewerkschafter in sie eintreten lässt!

1615 Freiheit, 24. März 1920.

weiterung der Koalition um die Unabhängigen. Er kam zu dem Schluss, dass die Sozialdemokratische Partei in der Lage sei, ihre Verantwortung zu übernehmen, um *»unter anderem Namen eine Regierung zu schaffen, die den gleichen Zweck erfüllt.«*¹⁶¹⁶

Die sozialdemokratische Tageszeitung machte lediglich eine Position öffentlich, die bereits Realität geworden war. Seit dem Ende des Streiks, der seine Position erheblich gestärkt hatte, hatte Ebert, der nach Berlin zurückgekehrt war, Gespräche über eine Erweiterung der Koalition aufgenommen. Legiens Veto gegen den Eintritt des Unternehmers Cuno in das Kabinett und seine Forderung, Vizekanzler Schiffer zu entfernen, führten zum Scheitern der Operation und zum Rücktritt des Kabinetts Bauer¹⁶¹⁷. Das parlamentarische Spiel kehrte zu seinen Regeln zurück, und am 26. bot Ebert Legien den Posten des Kanzlers und die Aufgabe der Bildung des neuen Kabinetts an: Die Generalkommission beschloss, dass er ablehnen würde. Ihrer Meinung nach konnte sie diese Regierungsverantwortung nicht allein übernehmen angesichts der Bedingungen, die nicht mehr die der Vorwoche waren, insbesondere unter dem Feuer der Kritik der Presse – die wieder erschien – und täglich heftig die versteckte Rolle der *»Gegenregierung«* der Gewerkschaftsführer*innen anprangerte¹⁶¹⁸. Der Weg für die Flickschusterei war frei, und es war schließlich der Sozialdemokrat Hermann Müller, der noch am selben Tag¹⁶¹⁹ aufgerufen wurde. Am 27. wurde das Kabinett gebildet, mit dem Demokraten Gessler für die Reichswehr, der Noske ablöste. Eine Regierung des selben Typs wird in Preußen gebildet. Die Kehrtwende Däumigs, der während der Versammlung der Betriebsräte in Berlin erklärte: *»Nur eine rein sozialistische Regierung, getragen von dem Vertrauen der Arbeiter, kann die jetzige Lage entspannen«*¹⁶²⁰, kam zu spät: die Gelegenheit war vorbei.

Die einzige Konsequenz der *»Erklärung der loyalen Opposition«* der KPD(S)-Zentrale liegt schließlich in dem Sturm, den sie in der Partei auslöst, beginnend mit dem Zentralausschuss, der sie mit 12 gegen 8 Stimmen desavouiert und erklärt:

*»Es ist die Aufgabe der Vertreter der KPD, alle Energie lediglich darauf zu richten, die realen Machtverhältnisse mit revolutionären Mitteln zu ändern. Die Frage einer eventuellen Regierungskombination ist von durchaus sekundärer Bedeutung gegenüber dem Kampf des Proletariats für seine Bewaffnung und den Aufbau der Arbeiterräte.«*¹⁶²¹

1616 Vorwärts. 25. März 1920. [Friedrich Stampfer, »Zur Regierungsfrage«, Morgenausgabe, S. 1, Spalte 3 – S. 2, Spalte 1, hier S. 1, Spalte 3]

1617 Könnemann, a.a.O., S. 912.

1618 Varain, a.a.O. S. 179.

1619 Könnemann, a.a.O., S. 915.

1620 Freiheit, 28. März 1920. [»Die Reden Däumigs und Levis in der Generalversammlung Groß-Berlins am 26. März«, Erste Beilage, S. 1, Spalte 3 – Seite 2, Spalte 1, hier S. 1, Spalte 3]

1621 Bericht 4 ... , S. 28.

Inzwischen hat das Zögern der Sozialist*innen und Kommunist*innen in der Regierungsfrage nicht wenig zur Veränderung des realen Kräfteverhältnisses beigetragen, die durch die Ereignisse an der Ruhr noch akzentuiert wird.

Die Rache der Reichswehr

Nach dem Putsch stand die Ruhr in der Vorhut des bewaffneten Kampfes und der Organisation der Arbeiter*innenmacht: Ein Netz von Arbeiter*innenräten und Aktionskomitees übernahm vor Ort die Macht, und das Aktionskomitee von Hagen, eine echte revolutionäre Militärführung, hatte hunderttausend Arbeiter*innen unter Waffen. Ab dem 18. März gingen die Arbeitereinheiten in die Offensive, die Reichswehr zog ihre versprengten Truppen zurück: Eine von ihnen überließ den Arbeiter*innen von Düsseldorf 4.000 Gewehre, 1.000 Maschinengewehre, Kanonen, Mörser und Munition¹⁶²². Die Arbeiter*innen schienen in der darauffolgenden Woche die Herr*innen der Lage zu sein.

In der Tat waren die Ruhrarbeiter*innen, die im Vergleich zu ihren Kolleg*innen im Rest des Landes an der Spitze standen, von diesem Zeitpunkt an gefährlich isoliert. Sozialdemokrat*innen, Unabhängige und sogar Kommunist*innen überall sonst erkannten wohl oder übel die Lage, die durch die Wiederaufnahme der Arbeit und das Scheitern der Gespräche zur Bildung einer »Arbeiterregierung« entstanden war. In der Berliner Streikleitung schilderten die Abgesandten von der Ruhr, Wilhelm Düwell am 21. März, Graul am 23. März, die Lage in der Region, die Gefahr, die durch die Lebensmittelknappheit entstand. Bereits am 23. März schickte die Zentrale Wilhelm Pieck hin¹⁶²³. Die Spaltung war tief: Das Hagener Komitee, das sich aus Mehrheitler*innen und Unabhängigen zusammensetzte, nahm zwei Kommunisten, Triebel und Charpentier, auf, aber ihre Partei hatte sie gerade desavouiert, weil sie der Aufnahme von Verhandlungen zugestimmt hatten, ohne ein Mandat dafür zu haben¹⁶²⁴. In Essen dachte der von den Kommunist*innen inspirierte Aktionsausschuss daran, die Hagener Kampfzentrale auszubooten, als diese den Weg von Verhandlungen einschlug.

Am 18. rief die Hagener Kampfzentrale die unbewaffneten Arbeiter*innen zur Wiederaufnahme der Arbeit auf. Am 20. gab sie ihre Forderungen an die Reichs-

1622 Ill. Gesch, S. 500.

1623 Statt des Artikels, der in *Die Kommunistische Internationale*, Nr. 15, unter demselben Titel erschien, haben wir es vorgezogen, hier das Manuskript zu verwenden, das im Nachlass Paul Levi unter demselben Titel enthalten ist. Das Manuskript trägt den Titel »Die Stellung der KPD zum Abbruch der bewaffneten Kämpfe im Rheinisch-Westfälischen Industriegebiet«, aus dem Kürzungen zur Veröffentlichung vorgenommen wurden. In diesem Text, Blatt 1, heißt es, dass die Ankunft Düwells am 21. März der erste Kontakt seit dem 13. März zwischen dem Ruhr und Berlin war. [Im Manuskript im Nachlass Paul Levi, Mappe 187 in Box 89 und Mappe 286 in Box 143, ist der Titel handschriftlich geändert in »Die Stellung der KPD zu den bewaffneten Kämpfen im Rheinisch-Westfälischen Industriegebiet.«]

1624 Ebenda, Blatt 2.

wehr und ihren Chef, General von Watter, bekannt, der sich erst am 16. März von Lüttwitz distanziert hatte: Entwaffnung der Reichswehr, totale Räumung der Industriezone und Bildung einer von Arbeiter*innenorganisationen kontrollierten Miliz: In der Zwischenzeit werde »die Ordnung von bewaffneten Arbeiterformationen sichergestellt.«¹⁶²⁵ Bauer antwortete telegrafisch, dass diese Bedingungen unannehmbar seien, da von Watter und seine Truppen nicht auf der Seite des Putsches gestanden hätten.¹⁶²⁶ Die Minister Giesberts und Braun kamen, um den Reichskommissar Severing bei den Verhandlungen über eine Vereinbarung auf der Grundlage der »neun Punkte der Gewerkschaften«¹⁶²⁷ zu unterstützen. Die Gespräche wurden am 23. März in Bielefeld in einer großen Versammlung eröffnet, an der Vertreter*innen der Räte der großen Städte, einige Bürgermeister und Vertreter*innen der Arbeiter*innenparteien und Gewerkschaften teilnahmen, darunter Charpentier und Triebel, die beiden kommunistischen Mitglieder des Hagener Aktionsausschusses. Eine kleine Kommission erarbeitete einen Text, der schließlich am 24. von allen Teilnehmer*innen angenommen wurde.¹⁶²⁸ Die Regierungsvertreter*innen bestätigten ihr Einverständnis mit dem Programm der Gewerkschaften und unterstützten eine zeitweilige Zusammenarbeit zwischen den Militärbehörden und den Arbeiter*innenvertreter*innen bei der Anwendung des Abkommens: Josef Ernst war Stellvertreter Severings und General von Watters.¹⁶²⁹ Es war vorgesehen, dass die Arbeiter*innen in einer ersten Phase eine begrenzte Anzahl von Truppen unter Waffen halten würden, die von den Behörden kontrolliert würden, die sie als Hilfspolizeikräfte anerkennen würden; der Großteil der Waffen würde zurückgegeben werden. In jedem Fall müssten die Kämpfe sofort beendet werden.¹⁶³⁰

Diese Vereinbarungen wurden jedoch nicht eingehalten. Wilhelm Pieck, der bei seiner Ankunft in Essen von ihrer Unterschrift erfahren hatte, bestand jedoch darauf, einen Waffenstillstand zu akzeptieren, der es den Arbeiter*innen erlaubte, ihre Waffen zu behalten und die ihnen provisorisch zugestandene Miliz fest zu organisieren.¹⁶³¹ Aber es gelang ihm nicht, die Mitglieder des Essener Vollzugsrats zu überzeugen, die sich nicht an eine Vereinbarung gebunden sahen, an der sie keinen Anteil hatten. Außerdem denunzierten auf der linken Seite dieses von der KPD(S) kontrollierten Ausschusses die von oppositionellen Kommunist*innen angeführten Duisburger und Mülheimer sowie die Aktivist*innen der mächtigen lokalen Arbeiter-

1625 Ill. Gesch. S. 500: Text in Benoist-Méchin, a.a.O. [S. 116, dt. Übersetzung a.a.O., S. 115]

1626 Ill. Gesch. S. 500.

1627 Severing, Im Wetter- und Watterwinkel. S. 176. Die Minister kommen mit der Information, dass die holländische Regierung entschlossen sei, dass sie der von den Revolutionär*innen beherrschten Ruhr »die Zufuhr von Lebensmitteln verweigern müsse.«

1628 Ebenda, S. 177.

1629 Ill. Gesch. S. 503.

1630 Text der Vereinbarungen, Ebenda, S. 501-503 und Severing, a. a. O., S. 178, 179.

1631 L'internationale Communiste, Nr. 15, Spalte 33-64 [Die Kommunistische Internationale Nr. 15, S. 481-523]

unionen, unter denen der Einfluss der Anarchist*innen real war, die »Verräter«, die unterschrieben hatten, und riefen zur Fortsetzung des Kampfes auf. Es gab in der Tat eine Menge rivalisierende revolutionäre Autoritäten, sechs oder sieben »militärische Leitungen«, die sich gegenseitig überboten¹⁶³². Am 24. März traf sich der Vollzugsrat von Essen in Anwesenheit Josef Ernsts und eines Delegierten der Weseler »Front«, wo die Arbeiter*innen die Kaserne angriffen. Die Vertreter*innen Mülheims verurteilten im Voraus jeden Waffenstillstand, gaben aber zu, dass ihnen die Munition ausging. Der Rat weigerte sich, die Vereinbarungen anzuerkennen, woraufhin der Ausschuss von Hagen ihn für aufgelöst erklärte und seinen Befehl zur Einstellung der Kämpfe wiederholte: ein Beschluss ohne Wirkung¹⁶³³. Am nächsten Tag, dem 25. März, fand, noch in Essen, ein Treffen von Delegierten aus siebzig Arbeiter*innenräten von der Ruhr mit den Hauptführer*innen der »Roten Armee« statt. Pieck intervenierte, um zu unterstreichen, dass die Vereinbarungen keine Garantien böten, und schlug vor, dass die Arbeiter*innen in der Zwischenzeit ihre Waffen behalten sollten, ohne Kämpfe zu provozieren. Die Versammlung wählte einen Zentralrat, der aus zehn Unabhängigen, einem Mehrheitler, und vier Kommunist*innen bestand. Pieck wird sagen: »Wir haben die Genossen an der Front nicht überzeugen können, dass es besser wäre, den Kampf abubrechen.«¹⁶³⁴ Doch zwei Tage später beschloss der Zentralrat von Essen gegen die Meinung der militärischen Führung, aber angesichts der allgemeinen Lage, die Regierung zu bitten, Waffenstillstandsgespräche aufzunehmen¹⁶³⁵. Am nächsten Tag fand in Hagen eine Konferenz der Delegierten der drei Arbeiter*innenparteien statt. Pieck intervenierte dort, um zu sagen, dass die Situation nicht reif für eine Räterepublik sei, aber dass es notwendig sei, für die Bewaffnung des Proletariats, die Entwaffnung der Bourgeoisie, die Reorganisation und Wahl von Arbeiter*innenräten zu kämpfen¹⁶³⁶. Der Beschluss wurde gefasst, zu verhandeln, sich aber darauf vorzubereiten, im Falle einer Reichswehroffensive erneut den Generalstreik auszurufen¹⁶³⁷. Eine neue Versammlung der Räte, die am 28. vom Zentralrat in Essen einberufen wurde, bestätigte diese Position: Levi war dort anwesend¹⁶³⁸. Aber noch am selben Tag teilte Kanzler Hermann Müller dem Zentralrat mit, dass er die Auflösung der illegalen Behörden und die Übergabe der Waffen verlange, bevor irgendwelche Verhandlungen stattfinden könnten¹⁶³⁹.

1632 Ill. Gesch. S. 500.

1633 Ebenda, S. 503; »Die Stellung der KPD«, S. 7.

1634 Ebenda [In der Fassung in Kommunistische Internationale Nr. 15, S. 481-523, hier S. 494]. In der Zwischenzeit gelang es Levi in Berlin zusammen mit Däumig, die Generalversammlung der Fabrikräte zu überzeugen, sich an die Gewerkschaften zu wenden, damit diese erneut die Generalstreikparole (Freiheit, 28. März 1920) ausgeben: ein vergeblicher Schritt.

1635 Ill. Gesch. S. 503.

1636 »Die Stellung der KPD«, Blatt 7.

1637 Ebenda, f. 8.

1638 Ebenda, f. 11.

1639 Severing, a.a.O., S. 186.

Tatsächlich hörten die Kämpfe während dieser Zeit nicht auf, und dem Zentralrat gelang es nicht, im gesamten Industriegebiet eine für die Durchführung seiner Politik notwendige Autorität durchzusetzen. In Wesel wurde die Garnison seit einigen Tagen belagert¹⁶⁴⁰ und die Führer*innen der »Roten Armee der Weseler Front« erließen feurige Kampfaufrufe, die der Zentralrat als »Abenteurerpolitik«¹⁶⁴¹ stigmatisierte. In Duisburg und Mülheim drohten »unionistische« Elemente, im Falle des Vormarsches der Truppen Industrieanlagen zu sabotieren und »das Werkzeug zu zerstören«¹⁶⁴². Ein revolutionärer Aktionsausschuss, der in Duisburg unter der Autorität des Linksradikalen Wild installiert wurde, beschloss, Bankkonten und alle Lebensmittel zu beschlagnahmen, und forderte die Wahl von Arbeiter*innenräten allein durch die Arbeiter*innen, »die sich auf den Boden der Diktatur des Proletariats stellen.«¹⁶⁴³ Es kam zu Zwischenfällen zwischen Arbeiter*innen entgegengesetzter Tendenzen, Anhänger*innen oder Gegner*innen des Waffenstillstands, Anhänger*innen oder Nichtanhänger*innen der Sabotage. Ein Aktivist der Opposition, Gottfried Karrusseit, lancierte aufrührerische Proklamationen¹⁶⁴⁴, die er mit dem Titel »Oberkommandeur der [westlichen Kräfte der] Roten Armee« unterzeichnete. Pieck würde ihn als »wildgewordenen Spießbürger« behandeln. In der Tat hatte der Essener Zentralrat ebenso wenig wie der Hagener Aktionsausschuss einige Tage zuvor die Kraft, einen Waffenstillstand zu garantieren. Diese Verzettelung und die internen Streitigkeiten des Arbeiter*innenlagers ausnutzend, verlangte General von Watter von den Essener Führer*innen, innerhalb von vierundzwanzig Stunden vier schwere Geschütze, zehn leichte Geschütze, zweihundert Maschinengewehre, sechzehn Mörser, zwanzigtausend Gewehre, vierhundert Kisten Artilleriegranaten, sechshundert Mörsergranaten und einhunderttausend Schuss Munition herauszugeben. Wenn Waffen und Munition nicht innerhalb der vorgeschriebenen Zeit geliefert würden, würde er davon ausgehen, dass die Arbeiter*innenführer*innen sich geweigert hätten, ihre Truppen zu entwaffnen und die Vereinbarung verletzt hätten¹⁶⁴⁵. Der Essener Rat reagierte auf dieses provokatorische Ultimatum mit einem Aufruf zum Generalstreik¹⁶⁴⁶.

Am 30. März waren die Delegierten des Essener Rates in Berlin, wo sie an einer Sitzung teilnahmen, an der die Leiter*innen aller Gewerkschaften und Arbeiter*in-

1640 Ebenda, S. 184.

1641 »Die Stellung der KPD.« Blatt 10 [hier nach a.a.O., S. 498 f.]

1642 Auf dem 4. Parteitag der KPD sagte Levi, dass diese Aufrufe zur Sabotage die Masse der Bergarbeiter*innen gegen ihre Urheber aufgebracht und den Widerstand gebrochen hätten (Bericht 4 ... , S. 21-22).

1643 »Die Stellung der KPD« Blatt 9. [a.a.O., S. 497]

1644 Severing, a.a.O., S. 181-182, gibt eine davon wieder und zitiert eine andere Proklamation, in der zwei Hinrichtungen angekündigt wurden. Ruth Fischer, a.a.O., S. 133 [deutsche Ausgabe, S. 162], erwähnt denselben Text, ohne Severing zu zitieren, und schreibt, Karrusseit sei »Mitglied der KAPD« gewesen, die damals tatsächlich noch nicht gegründet war; das heißt, Karrusseit war Mitglied der Opposition. M. Bock gibt keinen Hinweis auf seine Rolle.

1645 Text in Severing, a.a.O. S. 187.

1646 Ebenda, S. 187-188.

nenparteien teilnahmen, darunter auch Pieck und Paul Levi: Sie beschlossen einstimmig, von der Regierung Müller zu fordern, Maßnahmen zu ergreifen, um sicherzustellen, dass die Bielefelder Vereinbarung eingehalten und das Militär unschädlich gemacht würde. Fünf ihrer Vertreter*innen, darunter Paul Levi, wurden von Kanzler Hermann Müller empfangen, den sie um die Abberufung General von Watters baten¹⁶⁴⁷. Vergebliche Initiative: Der Kanzler entgegnete, dass die Vereinbarungen einseitig verletzt worden seien, und berief sich auf Wegnahme von Lebensmitteln, erpresserische Eingriffe in Bankdepots und Drohungen mit Sabotage, um die Notwendigkeit, »geordnete Zustände wiederherzustellen« zu rechtfertigen¹⁶⁴⁸. Nach seiner Rückkehr nach Essen fand Pieck dort eine extreme Verwirrung vor, da die Mehrheit der Mitglieder des Zentralrats nach Münster gereist war, um mit Severing zu verhandeln, und fast alle unterwegs von den Truppen festgenommen worden waren¹⁶⁴⁹. Eine neue Generalversammlung der Räte der Industrieregion fand am 1. April in Essen statt, mit 259 Vertreter*innen aus 94 Räten¹⁶⁵⁰. Pieck, der Unabhängige Öttinghaus und der Vertreter Mülheims, Nickel, berichteten von dem, was in Berlin stattgefunden hatte, und die Versammlung legte eine Position zu den Bedingungen des Waffenstillstands fest. Sie machte einen Appell zur Verteidigung und zum Ausbau des Rätenetzes¹⁶⁵¹. Am 3. April setzten sich die Truppen von Watters in Marsch. Sie trafen nur auf sporadischen Widerstand, das Chaos und die Uneinigkeit zwischen den Führer*innen lähmten jeden Versuch, die Verteidigung zu koordinieren¹⁶⁵². Das Verhalten der Truppen während dieser Wiederbesetzung des Gebiets war so, dass es die Empörung selbst Severings provozierte¹⁶⁵³, Bald würden die Militärgerichte schwere Gefängnisstrafen gegen Arbeiter*innenaktivist*innen verhängen, die wegen Verbrechen oder Vergehen gegen das Strafrecht angeklagt waren, die in Wirklichkeit Requisitions- oder Kampfmaßnahmen waren. Einen Monat nach der Niederschlagung des Putsches durch den Generalstreik nahmen die Komplizen der Putschist*innen an der Ruhr gründlich Rache¹⁶⁵⁴.

1647 »Die Stellung der KPD«, Blatt 13.

1648 Ebenda, Blatt 14.

1649 Ebenda, Blatt 14.

1650 Ebenda, Blatt 16; 36 Delegierte gehörten der Sozialdemokratie, der Unabhängigen Partei und 109 der KPD(S) an.

1651 Ebenda, Blatt 20.

1652 Severing (a.a.O.), dessen Zeugnis zugegebenermaßen fragwürdig ist, gibt Beispiele für diese Meinungsverschiedenheiten: Josef Ernst, ein Unabhängiger, Leiter des Komitees von Hagen, der zur Diskussion nach Mülheim gekommen war, entgeht nur knapp der ihm von der dortigen Leitung versprochenen Hinrichtung. Brass entging in Dortmund dem gleichen Schicksal dank der Intervention des Kommunisten Weinberg (S. 184-186); eine Proklamation der Roten Armee rief zur Erschießung aller Anhänger*innen von Verhandlungen auf (S. 198).

1653 Ebenda, S. 208 ff.

1654 Ebenda, S. 210 ff; Ill. Gesch. S. 508. Anschaulich berichtet Otto Brass (Freiheit, 15. April 1920) im Reichstag, der wenige Tage später des »Hochverrats« beschuldigt wurde, weil er der ausländischen Presse Auskunft über die Zahl der Truppen im Ruhr gegeben hatte.

In der Tat haben die Ereignisse in diesem Monat März 1920 eine große Bedeutung. Zwar hat die Reichswehr wieder einmal die Ordnung hergestellt, aber diesmal scheint die Krise in der Arbeiter*innenbewegung ihren Höhepunkt erreicht zu haben. Das Zögern der Zentrale, ihre Ausflüchte und ihre Drehungen und Wendungen erlaubten es der KPD(S) nicht, den ganzen Nutzen aus dem Ereignis zu ziehen, den sie hätte erwarten können. Dennoch wird sie versuchen, die Krise, die in den sozialdemokratischen Parteien noch immer brodelte, zu schüren.

An die sozialdemokratischen oder sozialdemokratisch beeinflussten Arbeiter*innen, an die Kader und Mitglieder der Gewerkschaften, wandte sich Paul Levi am 26. März in der Generalversammlung der Betriebsräte:

»Als Kapp-Lüttwitz wirklich putschten und das Regiment der Ebert-Bauer in Gefahr brachten, wie es noch niemals von Spartakus in Gefahr gebracht worden ist, da dachte man nicht an eine Niederkämpfung mit den Waffen. Denn wenn man mit den Waffen niederkämpfen wollte: Wie konnte das geschehen?

Man musste die Kräfte wieder rufen, die die deutsche Republik geschaffen hatten, man musste appellieren an das Proletariat und musste dem Proletariat die Waffen in die Hände geben. Das war wohl möglich – (Widerspruch) das war wohl möglich – (Rufe: Nein!) es war möglich, ebenso wie es möglich war, das Proletariat aufzurufen, nur nicht gewollt, denn sie wusste: in dem Augenblick, in dem sie den Putsch der Kapp-Lüttwitz niederwarf mit den Kräften des Proletariats, dass sie dann auch dem Proletariat das Mittel in die Hand gegeben habe, das ihm erlaubt zu gehen bis zum letzten Ziel, dass es sagen wird: Gewiss, wir [sind] bereit die Republik zu verteidigen, wir sind bereit die Verteidigung zu übernehmen, aber es genügt uns nicht, die Throne von Ebert-Bauer wieder herzustellen.

Verehrte Anwesende! Ich sage, diese Entscheidung wollte die Regierung Ebert-Bauer nicht treffen: sie blieb bei ihrem alten Rezept und hat versucht mit den Kräften sich in Kompromission auseinanderzusetzen, vor denen sie von Berlin nach Dresden und Stuttgart geflohen war. So meine ich, man müsste eigentlich in dieser Situation nicht sprechen von ›Neuen Gefahren‹, es ist durchaus die eine und die alte Gefahr, die vom ersten Tage an da war, die nur in ein kritisches Stadium jetzt getreten ist, in ein Stadium, wo die Verhältnisse so drängen, dass in ganz kurzer Zeit die Entscheidung gefällt werden muss: welche Kraft wird nunmehr den Staat, zunächst diesen Staat, der ist, in die Hand nehmen?«¹⁶⁵⁵

1655 Nachlass Paul Levi, P 60/6. [Mappe 286 in Box 143, Nachdruck in Paul Levi, Ohne einen Tropfen Lakaienblut Schriften, Reden, Briefe Band 1/2, a.a.O., S. 1539-1543, hier S. 1540]

Die Spaltung der Partei auf ihrer Linken

Eine der ersten Folgen, nicht so sehr des Putsches selbst, sondern der Politik der Kommunistischen Partei während des Putsches und in der Zeit danach, betrifft sie direkt: es ist die Entscheidung der Opposition, eine abgespaltene Kommunistische Partei zu bilden. Die Enthaltensamkeit der Zentrale in den ersten Stunden des Putsches, die Einheits- und Defensiv-Politik Brandlers in seiner Hochburg Chemnitz¹⁶⁵⁶, das Zögern und die Versuchungen der Zentrale angesichts der Aussicht auf eine »Arbeiterregierung«, die durch die Leiter*innen der Zentrale dem Bielefelder Abkommen gegebene Unterstützung und ihre Verurteilung der abenteuerlichen Aktionen an der Ruhr stärken einmal mehr die aktivistische Strömung, geben linksradikalen Bestrebungen neues Leben und scheinen ihre Analysen über den »Opportunismus« der Politik der Zentrale zu bestätigen. Die Opposition, bis dahin in vollem Zerfall, erhielt neuen Aufschwung.

Auf Initiative von Berliner Aktivist*innen, besonders Karl Schröders, den Hermann Gorter beriet, trat am 4. und 5. April in Berlin eine Konferenz der deutschen kommunistischen Opposition zusammen, die unter den schwierigen Bedingungen der Zeit elf Delegierte aus Berlin und vierundzwanzig aus den verschiedenen Bezirken Brandenburg, Nord, Nord-West, Thüringen, West- und Ostachsen, Elberfeld-Barmen unter dem Co-Vorsitz dreier Aktivist*innen aus den Hauptgruppen Hamburg, Berlin und Dresden zusammenbrachte. Die Delegierten behaupteten, 38.000 Aktivist*innen zu vertreten, also mehr als die Hälfte der Parteimitglieder¹⁶⁵⁷. Die Konferenz proklamierte trotz der Opposition Pfemferts und Otto Rühles¹⁶⁵⁸ die Gründung der Kommunistischen Arbeiter*innenpartei Deutschlands (KAPD), die sich zum Mitglied der Kommunistischen Internationale erklärte, während sie die aktivistische Arbeit in den bürgerlichen Parlamenten und den reformistischen Gewerkschaften als opportunistisch verurteilte und »die verräterische Haltung der *Levi-Zentrale*«¹⁶⁵⁹ bekräftigte. In den von ihrem Gründungsparteitag verabschiedeten Leitsätzen definiert die neue Partei, die sich für die Diktatur des Proletariats ausspricht, die kommunistische Partei als »*Kopf und Waffe des Proletariats*« und weist ihr als Rolle den Kampf gegen den Opportunismus und der Entwicklung des Klas-

1656 R. Fischer (a. a. O., S. 216 [dt. Ausg., S. 262]) sagt, dass Brandlers Ruf in der Partei sehr umstritten war, weil er für die »Passivität« der Chemnitzer Kommunisten während des Putsches verantwortlich gemacht wurde. Dies war in Wirklichkeit nur die Position der Linksradikalen. Halten wir einen Fehler R. Fischers fest, die von Brandlers legalistischer Haltung während seines Prozesses »nach dem Putsch« spricht, was eine offensichtliche Verwechslung mit dem Prozess ist, der gegen ihn am 6. Juni 1921, nach der Märzaktion, geführt wurde; siehe Kapitel XXV.

1657 Bock, a.a.O., S. 228.

1658 Ebenda, S. 283. Diese beiden Männer waren nicht gegenüber der Spaltung feindlich, sondern gegenüber dem Begriff der »Partei« selbst.

1659 Programm der KAPD, S. 3. [tats. Bock a.a.O., S. 229, das Programm der KAPD zitiert Bock erst in der folgenden Zeile]

senbewusstseins des Proletariats zu, »selbst um den Preis des oberflächlichen und offensichtlichen Widerstands der großen Massen.« Sie schlägt sich als Modell einer kommunistischen Partei in Westeuropa vor, in dem die Bourgeoisie die demokratische Ideologie als wesentliche Waffe der Verteidigung hat. Für die Organisation der Vorbereitungskämpfe zur Eroberung der Macht befürwortet sie die Bildung und den Aufbau von »revolutionären Fabrikräten« und der »Unionen« der Betriebe. Ihr Aufruf an die deutschen Arbeiter*innen unterstreicht:

»Die Kommunistische Arbeiter-Partei Deutschlands ist keine Partei im überlieferten Sinne. Sie ist keine Führerpartei. Ihre Hauptarbeit wird darin bestehen, das deutsche Proletariat auf seinem Weg zur Befreiung von jeglichem Führertum nach Kräften zu unterstützen.

Die Befreiung von der verräterischen konterrevolutionären Führerpolitik ist das wirksamste Mittel zur Einigung des Proletariats.«¹⁶⁶⁰

Der 4. Parteitag der KPD(S), der zehn Tage nach der Geburt der KAPD stattfand, widmete ihr keine einzige seiner Diskussionen. Die kommunistischen Führer*innen sind anscheinend überzeugt, dass das Ereignis zweitrangig ist: die Geburt einer Organisation, die sich auf die theoretischen Positionen Pannekoeks stellte, aber in ihren Reihen sowohl Wolffheim und Laufenberg als auch Rühle und Pfemfert vereinigte – und der sich anzuschließen die besten Elemente der Opposition, die Bremer Kommunist*innen mit Becker, sich weigerten. In Wirklichkeit schauen sie in die andere Richtung. Die Parlamentswahlen, die am 6. Juni 1920 stattfinden, bringen ihnen Hinweise auf die politischen Folgen der Umwälzung der politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse nach dem Putsch und seinen Folgen. Die bürgerlichen Parteien sammelten zusammen 15.000.000 Stimmen, gegen 11.000.000 für die Arbeiter*innenparteien. Auf beiden Seiten wurden die Extreme stärker. Das Zentrum verlor mehr als 2.500.000 Stimmen, die Demokraten 3.300.000, während die Volkspartei (DVP) und die Nationalliberalen (DNVP), die offen rechts stehen, jeweils mehr als eine Million Stimmen hinzugewannen. Auf der anderen Seite war die Sozialdemokratische Partei die große Verliererin. Sie erhielt nur 6.000.000 Stimmen und kehrte mit 102 Abgeordneten zurück, verglichen mit 11.900.000 Stimmen und 165 Abgeordneten im Januar 1919. Die wichtigste Tatsache ist der Anstieg der Stimmen der unabhängigen sozialdemokratischen Partei, die von 2.300.000 auf mehr als 5.000.000 Stimmen und von 22 auf 84 Abgeordnete anstieg und damit fast mit der alten Mehrheitspartei gleichzog und sie in fast allen Industriezentren übertraf. Die Kommunist*innen erzielten für ihre erste Teilnahme an einer Parlamentswahl ein eher bescheidenes Ergebnis: 589.000 Stimmen und vier Abgeordnete, darunter Clara Zetkin und Paul Levi.

¹⁶⁶⁰ »Appell an das deutsche Proletariat«, Bock, a.a.O., S. 406.

Die Masse der Arbeiter*innenwähler*innen hatte sich zum ersten Mal bewegt: Das Wahlergebnis zeigte eine klare Abkehr der Arbeiter*innen von der Sozialdemokratie, die sich allerdings den Unabhängigen zuwenden. Das ist für die Leiter*innen der Zentrale eine viel wichtigere Lehre als die Geburt der linksradikalen Partei KAPD auf ihrer Linken.

Kapitel XIX: Die KPD(S) am Scheideweg

Nach dem Kapp-Putsch und dem Generalstreik, der ihn niederschlug, hielt die Kommunistische Partei Deutschlands ihren 4. Parteitag am 14. und 15. April 1920 im Untergrund ab: eine überraschende Lage, die sich durch eine Umkehrung des Kontexts erklären lässt, für die sie einen Teil der Verantwortung trägt. Die Politik der deutschen Partei während der »Kappiade« sollte zum Gegenstand leidenschaftlicher Debatten nicht nur in Deutschland, sondern in der gesamten Internationale werden.

Eine von allen zugegebene Kritik

Eine Tatsache ist offensichtlich: Die Zentrale beging in den ersten Stunden des Putsches einen meisterhaften Fehler, als sie am 13. März verkündete, die Arbeiter*innenklasse werde keinen Finger rühren, um die bürgerliche Republik gegen die Putschist*innen zu verteidigen. Selbst Bela Kun, dessen unverbesserlicher Linksradikalismus nicht zu subtilen Unterscheidungen neigt, stellt in seiner Analyse der Märzereignisse einen Antagonismus zwischen dem, was er »*die demokratische Konterrevolution*« und »*die antidemokratische Konterrevolution*« nennt, fest und erklärt so, dass erstere »*revolutionäre Waffen*« wie den Generalstreik und den Aufruf zur Initiative des Proletariats einsetzen konnte, um letztere zu stürzen¹⁶⁶¹.

Der erste Ankläger der Zentrale war Levi selbst. Am 13. März war er für mehrere Tage im Gefängnis Lehrter Straße festgehalten worden. In seiner Zelle erfuhr er von dem Putsch und der Haltung seiner Genossen. Von seiner Zelle aus richtete er sofort einen Brief an die Zentrale¹⁶⁶², in dem er nicht zögerte zu bekräftigen, dass die Proklamation vom 13. März »*ein Verbrechen*« darstelle, das »*der größten Aktion des deutschen Proletariats in den Rücken gefallen*«¹⁶⁶³ sei:

»Ich bin tief betrübt. Jetzt kam die Gelegenheit, die konsolidierte Partei in wenigen Flugblättern wieder so führend zu machen, wie sie 1918 war, statt dessen Kinderespöttl! (...) Ich sehe nicht, wie die Partei sich von diesem Schlag erholen soll.«¹⁶⁶⁴

1661 Bela Kun, »Die Ereignisse in Deutschland«, Kommunismus, 1920, Nr. 11, S. 316-323, Nr. 12/13, S. 345-351, Nr. 14, S. 403-411, Nr. 15, S. 438-444 [hier S. 320].

1662 Die Kommunistische Internationale, Nr. 12, 30. Juli 1920, Spalte 2145-2148. [deutsche Ausgabe, S. 147-150. Im Nachdruck in »Ohne jeden Tropfen ...«, S. 1529 f. sind die Seiten 148 und 149 vergessen und nur die Seiten 147 und 150 wiedergegeben worden!]

1663 Ebenda, SS. 2143. [a.a.O., S. 148]

1664 Ebenda, SS. 2144. [a.a.O., S. 148]

Nach ihm drängten sich den Kommunist*innen drei Losungen auf, die sich die ganze Klasse zu eigen machen könne: die Bewaffnung des Proletariats, der Kampf gegen die Putschist*innen bis zu ihrer bedingungslosen Kapitulation, die sofortige Verhaftung ihrer Führer*innen und Kompliz*innen:

»Mit diesen Parolen hätte die KPD dem Streik ein ›Gesicht‹ geben müssen, das Gesicht, das der Streik bis heute nicht hat. Mit diesen Parolen hätte sich nach einiger Zeit das ergeben, was die Zentrale der KPD an den Anfang ihres politischen Denkens gestellt hat, das die SPD nicht mitmacht, oder vielmehr, das sie nicht durchhält! Dann – aber erst dann – wäre der Moment gekommen, den Massen zu zeigen: Die euch ins Unglück geführt haben, verraten euch auch jetzt wieder.

Dann und erst dann, wenn die Massen unsere Forderungen aufnahmen, und die ›Führer‹ sich weigerten, sie durchzuführen und gar sie verrieten, dann ergab sich aus der Aktion die Forderung nach anderen Forderungen, d.h. nach Räten! Räte, Rätekongresse, Räterepublik, ›Nieder mit der demokratischen Republik.‹ usw. (...) Von da bis zur Räterepublik wäre dann eine Spanne von sechs Monaten normaler Entwicklung.«¹⁶⁶⁵

Niemand dachte daran, diese harte Einschätzung anzufechten, nicht einmal die Autor*innen des Aufrufs vom 13. März. Die Führer*innen der Internationale, die das für einen außerordentlich schweren Fehler hielten, bestanden darauf, Sinowjew vor allem¹⁶⁶⁶, dass Paul Levis Brief vollständig in der Zeitschrift der Internationale veröffentlicht werde, wo er eine umfassende Diskussion über die Politik der KPD(S) während und nach dem Kapp-Putsch eröffnete: Die Veröffentlichung brachte Levi eine zusätzliche Autorität ein, gleichzeitig erschütterte sie die Autorität seiner Genoss*innen in der Zentrale noch ein wenig mehr.

So wie es aussieht, ist die Position Paul Levis jedoch nicht ausreichend. Er prangerte den Fehler an – und sein Verdienst war, dass er dies sofort tat –, erklärte ihn aber nicht. Deshalb versuchen Einige, die »Wurzeln« dieses Fehlers zu entdecken. Bela Kun etwa nimmt sich Radeks Analyse des Rhythmus der Revolution in den westlichen Ländern vor, die seiner Meinung nach durch den Putsch und die Reaktion der Arbeiter*innen, durch die beschleunigte Radikalisierung der Arbeiter*innenklasse, Lügen gestraft werde; an einer langfristigen Perspektive orientiert, ließ sich die deutsche Kommunistische Partei von diesem Rhythmuswechsel überraschen¹⁶⁶⁷. Aber Radek seinerseits ist nicht bereit, als Sündenbock herzuhalten. In einer langen »kritischen Untersuchung«, der nach Levis Artikel in derselben Ausgabe der Interna-

¹⁶⁶⁵ Ebenda, SS. 2145-1146. [a.a.O., S. 249 f.]

¹⁶⁶⁶ Nie dementierte Darstellung Levis, Was ist das Verbrechen, S. 32-33. [Nachdruck in »Ohne einen Tropfen ...«, Bd. I/3, S. 671-706, hier S. 702]

¹⁶⁶⁷ »Die Ereignisse ...« . S. 317.

tionale erschien¹⁶⁶⁸, bezeichnete er den Aufruf der Zentrale vom 13. März als »Fehler [...], der unter keinen Umständen zu entschuldigen ist.« Für ihn wie für Levi »war es natürlich die Aufgabe der kommunistischen Partei, sich den Wellen dieses Kampfes anzuvertrauen, um den Kampf zu erweitern, weiterzutreiben.«¹⁶⁶⁹ Es ist zu untersuchen, warum sie sich weigerte, dies zu tun. Der Grund dafür finde sich nach ihm in der Zentrale selbst, in der Geistesverfassung der deutschen Führer*innen, in ihrer routinierten politischen Praxis, in ihrer Unfähigkeit, die Wendepunkte der objektiven Lage zu verstehen. Er erinnert an die Probleme, die sich 1919 in der Partei durch die dort herrschenden putschistischen und linksradikalen Tendenzen ergaben, und an den von der Zentrale richtig geführten Kampf gegen sie. Aber für ihn ist es dieser systematisch gewordene Antiputschismus, der einer neuen Abweichung, einer Tendenz zur Passivität, einer Verweigerung der Aktion zugrunde liegt:

»Der Antiputschismus hat bei ihnen zum Quietismus geführt: aus der Unmöglichkeit der Eroberung der politischen Macht in Deutschland, die für das Jahr 1919 jetzt schon empirisch festgestellt ist, haben sie im März des Jahres 1920 den Schluss gezogen von der Unmöglichkeit der Aktion überhaupt, einen Schluss, der schon für das vergangene Jahr unrichtig gewesen wäre.«¹⁶⁷⁰

Aus der Sicht der Exekutive der Internationale sprechend schreibt er:

»Es ist nicht möglich, von hier, von Moskau aus, irgend welche konkreten Weisungen für die Taktik der Kommunistischen Partei Deutschlands zu geben, da wir immer es als die Aufgabe der KPD ansehen, sich selbständig ihre politische Linie festzulegen. Aber so wie die Exekutive von Moskau aus im Allgemeinen es im vorigen Jahr verstand, dass im Recht die in der deutschen Bewegung sind, die gegen die Putschisten kämpfen, so ist uns allen klar, dass die doktrinäre antiputschistische Propaganda jetzt zu einem Hemmnis der Bewegung wird.«¹⁶⁷¹

Der 4. Parteitag der KPD(S) wird sich kaum mit dem Fehler vom 13. März beschäftigen. Walcher, der dies kritisierte, gab den Leiter*innen des Berliner Bezirks dafür die Verantwortung und erwähnte in diesem Zusammenhang die Interventionen Budichs und Frieslands¹⁶⁷². Thalheimer plädierte auf nicht schuldig und gab ebenfalls den Berliner*innen die Schuld an der Fehlentscheidung. Unter Hinweis auf die unzureichenden Verbindungen zwischen der Zentrale und dem Rest der Partei und unter Betonung der Schwäche der Partei in Berlin, dem einzigen Bezirk, dessen Leiter*innen konsultiert worden waren, räumte er ein, dass ihr Standpunkt in der

1668 »Die KPD während der Kapptage – Eine kritische Untersuchung.« Die Kommunistische Internationale, Nr. 12, 30. Juli 1920, SS. 2153-2162. [deutsche Ausgabe, Seite 162-176]

1669 Ebenda, SS. 2153. [a.a.O., S. 162 f.]

1670 Ebenda, SS. 2154. [a.a.O., S. 164]

1671 Ebenda, Spalte 2155-2156. [a.a.O., S. 166]

1672 Bericht 4 ... , S. 43.

Erklärung vom 13. März in der Tat maßgeblich gewesen sei, unterstreicht aber, dass darin auch die Angst vor einer Wiederholung der »putschistischen Fehler« zum Ausdruck gekommen sei. »Ich kämpfte gegen diese Einwände«, sagte er, »aber es war nicht möglich, sie so rasch zu überwinden.«¹⁶⁷³ Was Ernst Friesland, den Verantwortlichen des Bezirks Berlin, betrifft, so schwieg er zu dieser Frage¹⁶⁷⁴ und bekannte sich damit stillschweigend zu einer Verantwortung, die seine Biografen mit seinem Linksradikalismus, »der Passivität des isolierten Linksradikalen«¹⁶⁷⁵ zu erklären versuchen werden.

Interessant ist jedenfalls, dass sich der Kongress kaum für die Probleme interessiert, die z. B. die Politik Brandlers und der Chemnitzer Kommunist*innen angesichts des Putsches aufgeworfen hat¹⁶⁷⁶. Während Brandler in der Einleitung zu seiner Broschüre¹⁶⁷⁷ über die Aktion gegen den Putsch unterstreicht, dass die Kommunist*innen vor allem die Einheit der Arbeiter*innenfront zu verwirklichen suchen und dabei die Krise innerhalb der sozialdemokratischen Partei durch die Erweckung eines einheitlichen linken Flügels in ihr entwickeln müssen, schweigt der Kongress – und Brandler selbst – zu diesem Punkt.

Eine halboffene Debatte

Die inneren Widersprüche – die Wiederbelebung des Putschismus und die »opportunistische« Tendenz seiner Gegner*innen – kommen in der anderen Diskussion deutlicher zum Vorschein, die die Losung der »Arbeiterregierung« betrifft, die von Legiens Initiativen ausgegeben wird, und um die »Erklärung der loyalen Opposition« der Zentrale gegen eine mögliche »rein sozialistische Regierung.«

Weder Walcher noch Pieck hatten einen Hehl daraus gemacht, dass sie die Zustimmung der Unabhängigen zum Eintritt in eine solche Regierung wünschten. Wenige Wochen später ließ die Neubildung einer parlamentarischen Koalitionsregierung zwischen der Sozialdemokratischen Partei und ihren Verbündeten aus dem Zentrum und der Demokratischen Partei das Bedauern wieder aufleben. Eine starke Minderheit des Zentralausschusses ist bereits der Ansicht, dass »eine reine Arbeiterregierung, die ernsthaft mit der Koalition der Bourgeoisie bricht, die Proletarier unterstützt bei der Bewaffnung und ernsten Kampf zur Entwaffnung der Bourgeoisie führt«, in dem Maße ein erwünschter Zustand wäre, als sie, gestützt auf die um ihre in revolutionären Arbeiter*innenräten gesammelte Arbeiter*innenklasse, den langen und schmerzvol-

1673 Ebenda, S. 32-33.

1674 Sein Redebeitrag, ebd., S. 45-46.

1675 Brandt und Lowenthal, a.a.O. S. 135.

1676 Das 1960 erschienene Buch »Arbeitereinheit siegt über Militaristen« erwähnt Brandlers Name nicht einmal.

1677 Brandler, a.a.O. S. 3-6.

len Weg zum Ziel abkürzen und erträglicher gestalten würde¹⁶⁷⁸. Es war eine ähnliche Vorstellung, die die Position Piecks und Walchers und der Verfasser*innen der Erklärung der loyalen Opposition inspirierte. Zum ersten Mal in der Geschichte der kommunistischen Bewegung stellt sich das Problem einer Übergangsform der Regierung, die einen Bruch mit dem parlamentarischen Regierungstyp darstellt und die noch nicht die Diktatur des Proletariats, die Räteregierung, ist.

Viele Verantwortliche in der deutschen Partei wie auch in der Internationale meinen, dass es sich da um eine echte Häresie handle. Bela Kun schreibt, dass der Glaube an eine »*reine Arbeiter*«-Regierung die erste der drei demokratischen Illusionen darstelle, die sich im März 1920 in der deutschen Bewegung manifestierten: Die Unterstützung dessen, was ihm zufolge im besten Fall die Frucht einer Krise der bürgerlichen Demokratie wäre, bedeutet ganz einfach eine Ausrichtung auf eine »*reaktionäre Utopie*.«¹⁶⁷⁹ Die Redner*innen lösen sich auf dem 4. Parteitag ab, um gleichlautende Bekräftigungen aufzugreifen. Eulert ist der Meinung, dass eine solche Regierung nur »*reaktionär und arbeiterfeindlich*« sein könnte¹⁶⁸⁰. Edwin Hoernle sagt, dass es nur dazu gedient hätte, »*das Proletariat zu kompromittieren*.«¹⁶⁸¹ Clara Zetkin meint, dass es den Unabhängigen das beste Alibi dafür gegeben hätte, nicht für die Macht der Räte zu kämpfen¹⁶⁸². Alle denken, mehr oder weniger verwirrt, dass die von Legien vorgeschlagene »*Arbeiterregierung*« nicht wesentlich anders hätte sein können als die Regierung Ebert-Haase 1918.

Aber die Diskussion, die sich in den Spalten der deutschen und internationalen Presse fortsetzte, zeigte, dass es tiefere Differenzen gab. Einer der heftigsten Angriffe kam von Paul Frölich¹⁶⁸³, für den die »*Auffassung, dass der Weg von der Koalitionsregierung zur Räterepublik über die sozialistische Regierung gehe, gewiss plausibel, [...] aber völlig antidialektisch*« ist¹⁶⁸⁴. Nach ihm hätte eine »*sogenannte sozialistische Regierung*« nur auf der Grundlage eines Kompromisses zwischen sozialdemokratischen und unabhängigen Führer*innen im parlamentarischen Rahmen gebildet werden können¹⁶⁸⁵. Ernst Meyer, in der Form wesentlich gemäßigter, erklärte in einem offenen Brief an die Exekutive, dass ihm schon die Hypothese der Existenz eines »*Mittelding[s] zwischen Diktatur des Proletariats und Diktatur der Bourgeoisie*« »un-

1678 Von Brandler dem Zentralausschuss vorgelegte Resolution, L'Internationale communiste, Nr. 10, SS. 1613. [Resolution Brandler, Thalheimer, Posner, zitiert in »Spartakus«: »Der Kapp-Lüttwitz-Putsch«, Die Kommunistische Internationale, Nr. 10, S. 147-171, auf S. 163]

1679 »Die Ereignisse«, S. 410.

1680 Bericht 4 ... , S. 35.

1681 Ebenda, S. 45.

1682 Ebenda, S. 37.

1683 S. Frölich, »Die Kappiade und die Haltung der Partei«, Die Internationale, Nr. 24, 24. Juni, 1920, S. 19-31.

1684 Ebenda, S. 28.

1685 Ebenda. [S. 22 f.]

wahrscheinlich« erscheine¹⁶⁸⁶ und verurteilte unter diesem Gesichtspunkt auch die Erklärung der loyalen Opposition, die nicht der Mission und Aufgabe einer kommunistischen Partei entspreche¹⁶⁸⁷.

Das Eingreifen Radeks ist nicht weniger schwerwiegend. Nach ihm besteht eine Verbindung zwischen der Stellungnahme der Zentrale vom 13. März und ihrer Erklärung der loyalen Opposition. Indem sie diese Erklärung und diese Position zugunsten der projektierten Arbeiter*innenregierung annahmen, gaben die Parteiführer*innen ihre historische Mission als revolutionäre Führer*innen auf und verhielten sich als »Raisonneure und nicht Kämpfer.«¹⁶⁸⁸ Während die linken Unabhängigen, die sich auf dem Weg zum Kommunismus befinden, durch ihre Weigerung den gesunden Reflex des revolutionären Proletariats zum Ausdruck brachten, das sich nicht mit den rechten Sozialdemokrat*innen in einer Regierung, auch nicht in einer vermeintlich sozialistischen, verbünden will, taten die Leiter*innen der kommunistischen Zentrale, was sie konnten, um sie dazu zu bringen, diesen Kompromiss zu akzeptieren, indem sie ihnen im Wesentlichen versicherten, dass ihre historische Mission darin bestehe, das Proletariat wieder einmal zu täuschen. Denn für ihn täuschte die Erklärung der loyalen Opposition die Massen, indem sie ihnen Illusionen über die Möglichkeit der Bildung einer revolutionären Regierung gab, ohne vorher die Konterrevolutionär*innen zu entwarnen. Sie wurde als Erklärung des Verzichts auf revolutionäre Gewalt zu einem Zeitpunkt interpretiert, als es gerade notwendig war, die Arbeiter*innenklasse zum Kampf aufzurufen und »mit dem Speer in der Hand« eine in Wirklichkeit im Wesentlichen gegen sie gerichtete Regierung zu empfangen¹⁶⁸⁹. Das Urteil war heftig; der »parlamentarische Kretinismus« der Sozialdemokrat*innen wurde durch den »Regierungskretinismus« eines Teils der kommunistischen Zentrale ersetzt¹⁶⁹⁰.

Angesichts dieser Ankläger wirkten die Befürworter*innen der Erklärung der loyalen Opposition zaghaft. So verteidigte sich Pieck energisch dagegen, die Partei in irgendeiner Weise kompromittiert zu haben, und behauptete, sein einziges Ziel sei es gewesen, die Unabhängigen zu demaskieren, deren Verweigerung in Wirklichkeit auf dem Terrain der bürgerlichen Demokratie lag und das Feld für Crispian und Ebert frei ließ. Er wiederholte auf dem Parteitag, dass die Unabhängigen seiner Meinung nach eine Feigheit begangen hätten, indem sie ihre Parteiinteressen über die der revolutionären Bewegung stellten, während er bekräftigte, dass die Kommunist*innen, gerade weil sie wahre Anhänger*innen der Diktatur des Proletariats seien, auf keinen Fall an einer solchen Regierung teilnehmen könnten¹⁶⁹¹. Brandler, der anderer-

1686 »Offenes Schreiben an das Exekutivkomitee.« Die Kommunistische Internationale, SS. 2145-2148. [deutsche Ausgabe, S. 151-154, hier S. 153]

1687 Ebenda, SS. 2143. [a.a.O.]

1688 »Kritische Untersuchung«, Spalte 2158. [a.a.O., S. 168]

1689 Ebenda, SS. 2159. [a.a.O., S. 170]

1690 Ebenda, SS. 2160. [a.a.O., S. 172]

1691 Bericht 4., S. 37-40.

seits meint, dass eine Arbeiter*innenregierung auf der Grundlage einer Bewegung der Massen, die bis zum Aufstand und zur Bildung von Arbeiter*innenräten geht, sowohl wünschenswert als auch möglich sei, begnügt sich damit, dem Parteitag zu sagen, dass die Deklaration zum Zeitpunkt ihrer Veröffentlichung die Bewegung der Massen verlangsamt habe¹⁶⁹². Thalheimer seinerseits schreckte nicht zurück, sondern ging sogar zum Gegenangriff über. Für ihn antwortete die Erklärung auf eine Frage, die von den Massen gestellt wurde. Die Kommunist*innen müssen den Massen nicht auf dogmatische Weise antworten, sie müssen ihnen helfen, ihre Erfahrung zu machen. Für sie waren die Unabhängigen jedoch immer noch ein »unbeschriebenes Blatt«, und die Erfahrung der Arbeiter*innregierung hätte ihnen geholfen, ihre Illusionen abzulegen¹⁶⁹³. In seiner Antwort an Frölich¹⁶⁹⁴ warf er ihm vor, Opfer eines »Rückfalls einer Kinderkrankheit« zu sein, die Lehren von 1919, der Januarereignisse in Berlin und der bayerischen Revolution zu vernachlässigen und die Tatsache aus den Augen zu verlieren, dass das einzige Problem, vor dem die Kommunist*innen im Moment stehen, das des Aufbaus ihrer eigenen Partei ist, jener revolutionären Partei, die für den Endsieg notwendig ist¹⁶⁹⁵. Das sind dieselben Themen, die Bronski – M. J. Braun – mit weniger Geschick entwickelt, wenn er schreibt, dass die unabhängige Partei, weil »sie keine kommunistische Partei ist«, die Pflicht hatte, die praktischen Konsequenzen ihrer prinzipiellen Position zu demonstrieren, indem sie Legiens Angebote annahm¹⁶⁹⁶. Indem er eine Parallele zwischen Kornilows Aufstand und Kapps Putsch zieht, bekräftigt er, dass die Grundlage der linksradikalen Kritik an der Zentrale in dem Wunsch liege, »den Kampfweg, den die russische Arbeiterschaft gehen musste [...] antizipieren zu wollen, ohne die Erfahrungen selbst machen zu müssen.«¹⁶⁹⁷

Die Position Paul Levis

Levi's Position ist auf den ersten Blick subtiler. Er äußert sich in der Tat nicht zu der Erklärung der loyalen Opposition für sich genommen und außerhalb jeglichen Kontextes: Für ihn haben der anfängliche Irrtum, die Enthaltungspolitik der Zentrale am 13. März, und ihre Passivität in der Tat der kommunistischen Partei jeglichen realen Einfluss auf die Ereignisse genommen. Aus diesen kapitalen Fehlern der Kommunist*innen schöpften seiner Meinung nach die Unabhängigen Kraft und eine Zuhörer*innenschaft, und in dieser Lage konnte die Zentrale kaum über diese Erklärung hinausgehen, die die Arbeiter*innen nach der Wiederaufnahme der Arbeit erreichte und die für die Kommunist*innen nur eine Gelegenheit war, die vertanen

1692 Ebenda, S. 55.

1693 Ebenda, S. 33-34.

1694 A. Thalheimer, »Ein Rückfall von Kinderkrankheit«, Die Internationale, Nr. 25, 24. Juli 1920, S. 7-19.

1695 Ebenda, S. 12-13.

1696 M. J. Braun, a.a.O. S. 20. [tats. S. 5]

1697 Ebenda, S. 23. [tats. S. 9]

Chancen zu erklären¹⁶⁹⁸. Indem er die Frage in diesen Begriffen stellte, nahm Levi die bequemste Position ein, denn die Erklärung vom 23. März schien die Folge derjenigen vom 13. März zu sein, für die er keine Verantwortung trug und die er zuerst angeprangert hatte.

Aber diese Vorsicht erlaubte es ihm nicht, die Angriffe zu vermeiden. Tatsächlich nahmen in den Wochen nach dem Kapp-Putsch die Umrisse einer Offensive gegen ihn Gestalt an. In seinem Artikel über die »Kappiade« fordert Paul Frölich ihn direkt heraus, indem er gegen die von ihm vorgenommene Interpretation des Satzes im Spartakusprogramm protestiert, wonach die Kommunist*innen die Macht nur »auf der klar zum Ausdruck gebrachten Grundlage des Willens der großen Mehrheit der Arbeiterklasse«¹⁶⁹⁹ ergreifen können, und in seiner Schlussfolgerung sowohl Levi namentlich als auch das, was er – in einem Stil, der an den der KAPD erinnert – »die alte Parteibürokratie«¹⁷⁰⁰ nennt, kritisiert. Radek seinerseits wird die Polemik gegen Levi im Hinblick auf die Lehren aus der bayerischen und ungarischen Revolution von 1919 eröffnen, und, ohne ihn namentlich zu nennen, im Hinblick auf seine Kritik an der Haltung der Partei während des Kapp-Putsches. Es ist tatsächlich für alle deutschen Leser*innen offensichtlich, dass die »antiputschistische« Tendenz, von der Radek versichert, dass sie sich in »Quietismus« verwandelt hat, in Levi am deutlichsten verkörpert ist. Um keinen Zweifel aufkommen zu lassen – denn schließlich hat Levi den Irrtum des 13. März nicht geteilt – endet Radeks Kritik mit einem heftigen Angriff auf das, was er »kommunistischen Possibilismus«¹⁷⁰¹ nennt. Indem er implizit den von Levi in seinem Brief an die Zentrale skizzierten Perspektiven widerspricht, betont Radek, dass eine der Formen dieses kommunistischen Possibilismus – der nur die andere Seite der Medaille des Putschismus sei – darin bestehe, Perspektiven zu zeichnen, indem er im Verlauf der Revolution »Etappen« zwischen bürgerlicher Demokratie und proletarischer Diktatur voraussieht, die er für wenig wahrscheinlich hält, ein Schritt, den er für einen Opportunismus hält, der seinen Namen nicht zu sagen wagt: die große Gefahr in seinen Augen ist, dass die deutsche Partei eine zentristische Politik »unter der Flagge des Kommunismus« betreiben wird, und alles deutet darauf hin, dass er Levi für den möglichen Bannerträger einer solchen Politik hält¹⁷⁰².

Es werden also zwei Kämpfe gleichzeitig geführt, sowohl innerhalb der deutschen Partei als auch innerhalb der Internationale. Kaum formulierte oder zumindest oberflächlich behandelte theoretische Debatten um das Problem der Arbeiter*innenregierung, noch weniger als um die Erklärung der loyalen Opposition, in denen sich dogmatische Ankläger*innen und besonnene Advokat*innen gegenüberstanden, da-

1698 Bericht 4 ... , S. 48-49.

1699 Frölich, a.a.O., S. 27.

1700 Ebenda, S. 31.

1701 Radek, »Kritische Untersuchung« ..., SS. 2161. [a.a.O., S. 173]

1702 Ebenda. [a.a.O., S. 175]

rauf bedacht, die mildernden Umstände zu betonen und die Anschuldigung des Revisionismus in Frage zu stellen. Gleichzeitig kam es zu einem immer offeneren und direkteren Kampf, einer Offensive Radeks und seiner Anhänger*innen gegen Levi und sein Team in der Zentrale. Keines der beiden wird in nächster Zeit entschieden werden. Die theoretische Debatte wird in der Tat durch Lenins Eingreifen unterbrochen, in Form eines im Mai geschriebenen Anhangs zu »Die Kinderkrankheit des Kommunismus.«¹⁷⁰³ Während er die von ihm als falsch beurteilten Formulierungen über die »die bürgerliche Demokratie[, die] nicht als Diktatur des Kapitals auftreten könnte«, oder die Verwendung des Ausdrucks »sozialistische Regierung« anstelle der »Regierung der Sozialverräter« energisch verurteilt und sich schnell über die persönlichen Abrechnung und die »Theologendiskussionen« erhebt, bekräftigt Lenin, dass die Erklärung der loyalen Opposition von einer Taktik ausging, die »sowohl ihrer Hauptvoraussetzung nach als auch ihrer praktischen Schlussfolgerung nach vollkommen richtig«¹⁷⁰⁴ gewesen sei. Einige Wochen später schrieb Lenin, nachdem er Bela Kuns Kritik der Zentrale im »Kommunismus« gelesen hatte: Kun »umgeht das, worin das innerste Wesen, die lebendige Seele des Marxismus besteht: die konkrete Analyse einer konkreten Situation.« Er fügt hinzu:

»Wenn die Mehrheit der städtischen Arbeiter von den Scheidemännern zu den Kautskyanern übergegangen ist und wenn sie innerhalb der Kautskyschen (von der richtigen revolutionären Taktik ›unabhängigen‹) Partei immer mehr vom rechten Flügel zum linken, d. h. faktisch zum Kommunismus übergeht, wenn die Dinge so stehen – darf man da die Aufgabe, Übergangsmaßnahmen, Kompromisse in Bezug auf diese Arbeiter ins Auge zu fassen, mit einem Achselzucken abtun? Ist es statthaft, die Erfahrung der Bolschewiki, die im April und Mai 1917 im Grunde genommen eben eine Politik des Kompromisses durchführten, als sie erklärten: Wir können die Provisorische Regierung (von Lwow, Miljukow, Kerenski u. a.) nicht einfach stürzen, denn hinter diesen Leuten stehen noch die Arbeiter in den Sowjets; wir müssen zuerst erreichen, dass die Mehrheit oder ein beträchtlicher Teil dieser Arbeiter ihre Ansichten ändert – ist es statthaft, diese Erfahrungen zu missachten, zu verschweigen?

Mir scheint, das ist nicht statthaft.«¹⁷⁰⁵

Lenins Urteil reichte aus, um die halb eröffnete Debatte formell abzuschließen: Die Erklärung der loyalen Opposition wurde als richtige, aber schlecht formulierte Kompromissposition betrachtet, aber es blieb dabei, dass die internationale kommunistische Bewegung das Problem der Arbeiter*innenregierung, das ihr die Umstände gerade gestellt hatten, keineswegs gelöst hatte.

1703 2017 im Manifest Verlag neu aufgelegt.

1704 Œuvres, Bd. XXXI, S. 107. [Lenin Werke, Band 31, a.a.O., hier S. 97 f.]

1705 Ebenda, S. 168. [Lenin Werke, Band 31, »Kommunismus«, a.a.O., hier S. 154]

Auf dem Weg zu einer kommunistischen Massenpartei

Alle Protagonist*innen der Diskussion, die sich über die Rhythmen uneins waren, waren sich jedoch über das Wesentliche einig, die Notwendigkeit, in Deutschland eine kommunistische Partei aufzubauen, die in der Lage ist, direkt in den Klassenkampf einzugreifen, dort ihre Verantwortung zu übernehmen, indem sie ihre eigenen Losungen lanciert, mit einem Wort, dort eine leitende Rolle zu übernehmen. Die Argumente Paul Frölichs zurückweisend, wies Thalheimer darauf hin, dass sich für die deutsche kommunistische Partei nun konkret zwei Fragen stellen: »1. *Wie wir eine genügend starke und geschlossene revolutionäre Partei bilden. Das ist die Frage des Verhältnisses zur unabhängigen Partei. Und 2. Wie wir die Aktion dieser genügend starken und revolutionären Partei mit der Aktion der außerhalb stehenden proletarischen und kleinbürgerlichen Massen verbinden.*«¹⁷⁰⁶ Eine doppelte Frage, die sich für lange Zeit stellen sollte.

Es gibt in der Tat einen Punkt, in dem sich alle Kommunist*innen nach dem Kapp-Putsch einig sind: Das politische Leben ist wiederbelebt worden, die Periode des Rückzugs der Kommunist*innen ist vorbei, und es ist ihnen wieder möglich, erfolgreich für die Eroberung der von ihnen angestrebten Leitungsrolle innerhalb der Arbeiter*innenklasse zu kämpfen. Diesem Problem, viel mehr als den durch die Ereignisse der vorangegangenen Periode eröffneten Debatten, widmet Levi seine Beiträge zum 4. Parteitag, indem er sich bemüht, eine Erklärung für die Bewegung zu geben, die sich in der Tiefe innerhalb der deutschen Arbeitermassen vollzogen hat:

»Das Proletariat hat sich in diesen 1½ Jahren innerlich losgelöst von seinen bisherigen Führern und mehr oder weniger klar dem Kommunismus zugewandt. (...) eine solche Bewegung innerhalb der großen Massen des Proletariats vollzieht sich nicht dadurch, dass eines Morgens das Proletariat erwacht und findet, dass es nicht mehr Mehrheitssozialist, sondern USP oder Kommunist sei. (...) Es bedarf eines bestimmten Ereignisses, um in dem Proletariat auch die Erkenntnis zu erwecken, dass sein eigenes Gefühl ein anderes geworden ist.«¹⁷⁰⁷

Genau an diesem Punkt liegt nun das unersetzliche Eingreifen der Partei – also die Notwendigkeit, dass sie sowohl zu einer korrekten Analyse als auch zu einer fehlerfreien Disziplin fähig sein muss. Für Levi ist die Haupttatsache, dass es innerhalb der unabhängigen Partei eine Arbeiter*innen-Vorhut gibt, die ihre linken Führer*innen vorantreibt. Diese Vorhut muss für den Kommunismus gewonnen werden:

»Wir müssen uns vollständig darüber klar sein, dass der linke Flügel der USP die Truppe ist, die in der Hauptsache die revolutionären Kämpfe führen wird. (...) Wir müssen uns mit der Vorstellung vertraut machen, dass wir mit den Massen der

¹⁷⁰⁶ »Ein Rückfall«, a.a.O., S. 13.

¹⁷⁰⁷ Bericht 4., S. 23. [Hervorhebung i.O. gesperrt]

USP so sprechen müssen, wie wenn sie Kommunisten wären. (...) Die Massen der USP, die den linken Flügel darstellen, sind von Geist und Blut die unseren, und es hat keinen Zweck, gegen unser eigen Fleisch und Blut zu wüten.»¹⁷⁰⁸

Ruth Fischer, jahrelang eine unerbittliche Gegnerin Levis, würde diese Diagnose später bestätigen, indem sie schrieb:

»Der Kapp-Putsch erweckte neue Impulse in der USPD. Nach einer zweijährigen Erfahrung mit Lüttwitz, Seeckt, Watter und Ehrhardt waren die Arbeiter davon überzeugt, dass diese Männer nicht durch wohlgeschliffene Formulierungen entwaffnet werden könnten; sie hatten die Hoffnung verloren, dass die sozialdemokratische Regierung gegen die offene und versteckte Wiederaufrüstung der Restaurationskräfte auftreten werde. Die Stimmung, die im Frühjahr 1920 überwog, war: ›Wir brauchen eine Organisation, die fähig ist, es mit den ausgezeichnet organisierten Freikorps und ihren Verbündeten im Heer aufzunehmen.«¹⁷⁰⁹

Das Vorbild für diese Organisation bot ihnen die Kommunistische Internationale, bzw. die bolschewistische Partei. Im Laufe der Bemühungen um diese Errungenschaft mussten die Kommunist*innen jedoch mit vielen Vorurteilen und Gewohnheiten brechen, die sie sich im Laufe der Jahre des Kampfes gegen den Zentrismus angeeignet hatten, viele Vorbehalte überwinden und viele vorgefertigte Formeln vergessen. Levi scheint auf dem 4. Parteitag jedenfalls der einzige deutsche Führer zu sein, der das Ziel der Eroberung der Arbeiter*innen, die die Parteibasis, den Motor der linken unabhängigen Flügel bilden, klar formuliert. Ernst Meyer bestreitet nicht, dass die Linke fähig ist, zum Kommunismus fortzuschreiten, behauptet aber, dass dies nur unter einer Bedingung gelingen wird, nämlich wenn die Kommunisten in der Lage sind, sie »zu treiben durch Fußstritte«¹⁷¹⁰. Eulert – der aus Hamburg ist, wo Thälmann einer der Führer einer sehr proletarischen »Linken« in der unabhängigen Partei ist – und Brandler selbst behaupten, dass sie während der März-Ereignisse keine »Linke« in der unabhängigen Partei gesehen hätten¹⁷¹¹, und Friesland, dass es dieser sogenannten Linken »an revolutionärem Willen« fehle¹⁷¹². Die Mehrheit der Redebeiträge offenbart bei den alten Spartakist*innen eine etwas aristokratische Haltung der Verachtung sowie ein Sektierertum, gegenüber den der unabhängigen Partei, das nicht frei von Naivität ist. Es scheint, dass das Umgekehrte gilt: Die unabhängigen Arbeiter*innen nehmen wenig Rücksicht auf die deutschen Kommunist*innen, ihre Streitereien, ihr ewiges Hin und Her, ihre winzige Organisation, den Dogmatismus, der sie dazu brachte, Passivität angesichts der Berliner Putschist*innen zu predigen.

¹⁷⁰⁸ Ebenda, S. 51. [Das Schlusswort Levis, aus dem das Zitat stammt, fehlt in »Ohne einen Tropfen ...«]

¹⁷⁰⁹ R. Fischer, a.a.O., S. 134. [Deutsche Ausgabe, S. 163]

¹⁷¹⁰ Bericht 4 ... , S. 42.

¹⁷¹¹ Ebenda, S. 34 und 54.

¹⁷¹² Ebenda, S. 46.

Kapitel XX: Moskau und die deutschen Revolutionär*innen

Kaum also glaubten die Führer*innen der deutschen Zentrale, die Folgen der ab November 1918, vor allem während des Gründungskongresses, begangenen Fehler überwunden zu haben, offenbarten die ersten Monate des Jahres 1920 und vor allem die durch den Kapp-Lüttwitz-Putsch geschaffene Lage die größte Schwäche der jungen kommunistischen Partei, ihre Unfähigkeit, sich den brutalen Veränderungen der Lage anzupassen. Auf der anderen Seite bringen die Debatten des 4. Parteitages, der im Untergrund stattfand, die relative Isolierung Paul Levis innerhalb der Zentrale ans Licht, unterstreichen die Hindernisse, die auf dem Weg zur Vereinigung der deutschen Revolutionär*innen – linke Unabhängige, Kommunist*innen, KAPD – durch die Überbleibsel vergangener Streitigkeiten, die Lebendigkeit persönlicher Gegensätze errichtet wurden. Weniger als sechs Monate später schuf die Unabhängige Sozialdemokratische Partei jedoch die Voraussetzungen für die Fusion der KPD(S) und der USPD, indem sie beschloss, der Kommunistischen Internationale beizutreten.

Die Bolschewiki, die Internationale und Deutschland

Die Existenz und das Handeln der Kommunistischen Internationale selbst war in dieser Entwicklung ein entscheidender Faktor: Nicht in Richtung Spartakus ging schließlich die Masse der unabhängigen Arbeiter*innen mit ihren linken Führer*innen, sondern ganz einfach »nach Moskau«, wie es in dieser Epoche Anhänger*innen und Gegner*innen sagten.

Für die Bolschewiki war die Schaffung einer mächtigen Internationale eine Frage von Leben oder Tod. Als sich Nikolai Bucharin mitten im Jahre 1920 an die revolutionären Kämpfe, die seit 1917 in Europa ausgetragen wurden, und an ihren enttäuschenden Ausgang erinnerte, schrieb er:

»Der endgültige Sieg der russischen Revolution ist ohne Sieg der internationalen Revolution nicht denkbar [...]. Der Sieg des Sozialismus ist der einzige Ausweg für eine gequälte und blutige Welt. Aber ein dauerhafter Sieg des russischen sozialistischen Proletariats ist ohne eine proletarische Revolution in Europa unmöglich. (...) Revolutionen sind die Lokomotiven der Geschichte. Selbst im rückständigen

Russland kann der Fahrer dieser Lokomotive nur das Proletariat sein. Aber das Proletariat kann nicht in der Sphäre der Eigentumsverhältnisse der bürgerlichen Gesellschaft bleiben. Es muss zur Macht und zum Sozialismus gehen. Allerdings kann diese Aufgabe, die auch in Russland ›auf dem Spiel‹ steht, nicht ›innerhalb der nationalen Grenzen‹ gelöst werden. Hier stößt die Arbeiterklasse auf eine unüberwindbare Mauer, die nur mit dem Rammbock der internationalen Arbeiterrevolution durchbrochen werden kann.»¹⁷¹³

Im Lichte dieser Analyse muss man die Bemühungen der Russ*innen um den Aufbau der Kommunistischen Internationale verstehen. Bucharin schlussfolgert:

»Und nur wenn das Proletariat dies erkennt und sich zu einer Klassenpartei des internationalen Sozialismus organisiert, ist es nicht nur in der Absicht, sondern auch in der Wirklichkeit eine revolutionäre Kraft, die in der Lage ist, die Welt zu verändern.«¹⁷¹⁴

Auf den ersten Blick waren die Bedingungen für den gemeinsamen Aufbau einer Internationale durch die Bolschewiki und die Spartakist*innen kaum günstig. Lenin und Rosa Luxemburg hatten sich in Hauptfragen der Rolle und des Charakters der Partei, also der eigentlichen Notwendigkeit der Spaltung, klar widersprochen. In der Tat hatte nur die russische Revolution die beiden Tendenzen zusammengebracht. Im Jahr 1917 – und wenn wir Radek ausnehmen, der nicht wirklich deutsch war – hatte Lenin keine deutschen Aktivist*innen für den Bolschewismus gewonnen, wie groß auch immer sein Einfluss auf Levi oder auf bestimmte Elemente in Bremen gewesen sein mag. Die Anziehungskraft der russischen Revolution, das Prestige, das die Bolschewiki in ihrem Kampf gewonnen hatten, der gemeinsame Hass des Klassenfeindes, mit einem Wort, mehr die objektive Lage als die Übereinstimmungen der Analysen hatten die bolschewistischen und die spartakistischen Führer*innen zusammengebracht.

Zweifellos muss man auch zugeben, dass die Umstände, die die deutsche bolschewistische Delegation auf dem Gründungsparteitag auf zwei der deutschen Bewegung selbst fremde Aktivisten und auf eine unter den Spartakist*innen so umstrittene Persönlichkeit wie Radek reduziert hatten, auch auf die ersten direkten Beziehungen zwischen ihnen eingewirkt haben könnten. Es ist außerdem kein Zufall, wenn die Bremer Aktivist*innen zu dieser Zeit die Divergenzen zwischen Kommunismus und Spartakismus unterstreichen – die Wolffheim und Laufenberg zu systematisieren versuchen werden – und wenn ein Mann wie Knief – zweifellos der deutsche Akti-

1713 Bucharin, »La Lutte des classes et la révolution russe« [Der Klassenkampf und die russische Revolution], Revue communiste, Nr. 11, Januar 1921, S. 385-386. [Hier Übersetzung nach der tatsächlich nicht 1920, sondern bereits 1917 in Moskau erschienenen russischen Broschüre »Классовая борьба и революция в России« (Klassenkampf und Revolution in Russland), S. 3 f., Hervorhebungen dort]

1714 Ebenda, S. 386. [a.a.O.]

vist, der den Bolschewiki am nächsten steht – sich freiwillig von der Gründung der KPD(S) fernhält. Auch das Vorhandensein einer Minderheit innerhalb des Spartakus, die die Aufnahme des Wortes »kommunistisch« in den Namen der neuen Partei ablehnte, das Mandat der Zentrale an ihre Delegierten in Moskau, sich der Gründung der Dritten Internationale entschieden zu widersetzen, deuteten auf Vorbehalte hin, trugen aber auch zu einem gewissen Unbehagen bei und deuteten auf schwierige Beziehungen hin, die zumindest von gegenseitigem Misstrauen geprägt sein würden. Der tragische Tod Liebknechts und Rosa Luxemburgs, der Heiligenschein der Märtyrer*innen, der ihnen fortan anhaftete, machte es den Bolschewiki schwer, eine politische Kritik an ihrer Aktion zu üben. Schließlich und vor allem offenbart die Lektüre der wenigen Zeilen, die in der Presse der russischen Partei oder der Internationale oder in den Schriften Lenins 1918-19 der deutschen Arbeiter*innenbewegung gewidmet sind, das Fehlen präziser Informationen und regelmäßiger politischer Zusammenhänge, ein Kontext, der auf jeden Fall nicht sehr günstig für die politische Klärung war, die die notwendige Bedingung für die Vereinheitlichung der Analysen, der Perspektiven und der Lösungen gewesen wäre.

Es gibt keine deutschen Aktivist*innen in der ersten Exekutive der Internationale. Eduard Fuchs am Vorabend des ersten Kongresses, Eberlein für den Kongress selbst, Ernst Meyer in den folgenden Monaten, machten nur kurze Aufenthalte in Petrograd oder Moskau. Formal Mitglied der Internationale, ist die KPD(S) in der Praxis von ihr unabhängig, da die mit den Bolschewiki verbundenen Aktivist*innen oder Mitglieder ihrer Partei, mit denen sie in Deutschland in Kontakt stehen – Radek, Bronski, Sachs-Gladniew –, selbst von jeder Verbindung mit den Russ*innen abgeschnitten sind. Die erste ernsthafte und regelmäßige Verbindung wird erst im Herbst 1919 geschaffen: Zu dieser Zeit traf ein Delegierter der Exekutive in Berlin ein, den die Geschichte als »Genosse Thomas« kennt, da es nicht möglich war, das Geheimnis seiner wirklichen Identität zu lüften¹⁷¹⁵. Der Mann, der sich so nannte, hatte 1917-18 in der russischen Mission in Bern gearbeitet, von wo er im November 1918 ausgewiesen wurde. Nach Russland zurückgekehrt, der »Propagandaabteilung« zugeordnet, die der Sowjet-Exekutive unterstand, hatte er an der Vorbereitung des Gründungskongresses teilgenommen, der ihn in sein Büro gebracht hatte. Als Petrograder Redakteur der »Kommunistischen Internationale« hatte er unter dem Pseudonym James Gordon einen Artikel über Deutschland veröffentlicht. Im Frühsommer 1919 wurde er nach Berlin entsandt, um ein westeuropäisches Sekretariat der Kommunistischen Internationale aufzubauen, was er später in lakonischen Formeln erklärte:

¹⁷¹⁵ Es war wohl Reich, der kein »bayerischer Kommunist« war, wie E. H. Carr irrtümlich schreibt, a. a. O., III, S. 135. Siehe den Bericht, den er Boris Nikolajewski über die frühen Jahre der Internationale und über seine eigene Tätigkeit gab, in Contributions à l'histoire du Comintern, S. 1-28. Warren Lerner, Karl Radek. The Last Internationalist, S. 196, sagt, dass Thomas eigentlich Rubinstein hieß.

»Die Tätigkeit der KI musste im Westen und vor allem in Deutschland organisiert werden. Und ohne die Hilfe von alten Aktivisten, die in der Untergrundarbeit erfahren sind, würde man sie nicht organisieren. Man musste sie aus Moskau schicken.«¹⁷¹⁶

Ausgestattet mit einem großen »Kriegsschatz«¹⁷¹⁷, erreichte der Abgesandte der Internationale so am Ende des Herbstes, am Ende einer bewegten Reise, Berlin. Dort nahm er sofort Kontakt mit Radek¹⁷¹⁸ und mit der Zentrale der KPD(S) auf. Es gelang ihm schnell, in Hamburg und dann in Leipzig Verlage zu gründen, von denen einer die »Kommunistische Internationale« in deutscher Sprache herausgab. Auf seine Initiative hin fand in Frankfurt am Main eine Konferenz der westlichen kommunistischen Parteien und Gruppen statt, die von Thalheimer vorbereitete »Thesen« verabschiedete, die denen des Heidelberger Parteitag sehr ähnlich waren. In Zusammenarbeit mit Radek hatte er bereits ein »Westeuropäisches Büro« auf die Beine gestellt, das aus deutschen oder mit der KPD(S) verbundenen Aktivisten bestand: Radek selbst, Thalheimer, Bronski, Münzenberg und Eduard Fuchs¹⁷¹⁹.

Es ist schwierig, dieses Büro als einen Ausfluss der Exekutive der KI zu betrachten. So wie sich Bronski, ein Abgesandter der bolschewistischen Partei, in Deutschland mit den am meisten anti-linksradikalen Elementen der Partei identifiziert hatte, so nimmt das westeuropäische Sekretariat einen klaren Standpunkt gegen die linksradikalen Elemente ein und scheint sogar in den Thesen, die es Ende 1919 ausarbeitet, sehr weit von den Positionen der Exekutive und sogar des Gründungskongresses entfernt zu sein, da es zur »Gründung« der Internationale der Weltrevolution aufruft¹⁷²⁰. Die Ankunft Thomas' in Berlin diente vor allem dazu, ernsthafte geheime Verbindungen zwischen Berlin und Moskau herzustellen, die es der Exekutive bald ermöglichen sollten, innerhalb weniger Wochen über die Vorgänge in Deutschland informiert zu werden und geheime Reisen zu organisieren.

Zweifellos war der russische Einfluss nur durch direkte Kontakte in Deutschland selbst, mit bestimmten Aktivist*innen zu spüren: Radeks Kontakte mit seinen Freund*innen in Bremen, die er schließlich der Opposition entreißen und zur KPD(S) zurückbringen konnte¹⁷²¹, Thomas' Kontakte in Berlin zu bestimmten Akti-

1716 Ebenda, S. 12.

1717 Ebenda, S. 13.

1718 Ebenda; Thomas schreibt, dass Radek dann entlassen wurde, während Radek (November ... , S. 158) schreibt, dass er noch im Gefängnis war, als sie Kontakt aufnahmen.

1719 Ebenda, S. 15.

1720 Kommunistitscheskij Internatsional, Nr. 7-8, November/Dezember 1919, SS. 1099-1102. [auf deutsch in Kommunistische Internationale, Nr. 7-8, S. 164-169. Allerdings handelt es sich nicht um Thesen, sondern um einen Aufruf zum 2. Jahrestag der Oktoberrevolution, in dem von der »Gründung« einer Internationale nicht zu reden ist. S. 170-173 folgt ein Aufruf der KPD(S) und der Internationalen Verbindung sozialistischer Jugendorganisationen »An die Proletarier der ganzen Welt«, in dem es, S. 172, heißt: »Nun endlich muss sich die Internationale der Weltrevolution finden.«]

1721 Karl Becker ist auf dem 4. Parteitag der KPD(S) anwesend, einen Tag nach der Gründung der KAPD,

vist*innen, die das Vertrauen der Russ*innen genossen, insbesondere Ernst Reuter-Friesland¹⁷²², dessen Beziehungen zu den Berliner Oppositionsführer*innen – insbesondere Schröder – die Pläne der Exekutive für eine Annäherung zwischen der Opposition und der Zentrale auch nach dem Heidelberger Parteitag begünstigten. Die öffentliche Diskussion, die auf Distanz zwischen Lenin und Thalheimer stattfand, war nur ein Aspekt der damaligen Beziehungen zwischen Spartakist*innen und Bolschewiki. Sie bleiben aber episodisch, und materiell schwierig: Am Tag nach dem Kapp-Putsch wird in einem sehr allgemein gehaltenen Manifest der Internationale gleichzeitig der Sieg des Generalstreiks über die Putschist*innen und die Geburt der deutschen Roten Armee begrüßt¹⁷²³: Es wurde am 25. März in Moskau veröffentlicht und ist bezeichnend für die Unkenntnis der Exekutive über die genaue Lage, die zu diesem Zeitpunkt in Deutschland herrschte.

Der Kapp-Putsch und die unter diesen Umständen begangenen Fehler der KPD(S)-Zentrale markierten einen Wendepunkt in der Geisteshaltung der Exekutivmitglieder: Das Eingreifen in die Angelegenheiten der deutschen Partei wurde für sie zu einer zwingenden politischen Verpflichtung. Die erste wirkliche Intervention fand, wie wir gesehen haben, im Zusammenhang mit der Erklärung der loyalen Opposition der Zentrale gegenüber einer möglichen Arbeiter*innenregierung statt, im Herzen der umstrittensten Frage in der deutschen Partei selbst. Sie bringt wichtige Meinungsverschiedenheiten ans Licht, die innerhalb der Exekutive selbst und ihres »engeren Büros« bestehen. Verurteilt von Radek ebenso wie von Bucharin, von Bela Kun ebenso wie von Clara Zetkin, wurde die Erklärung der loyalen Opposition schließlich von Lenin unterstützt.

Diese erste Diskussion, die durch die Erklärung Lenins und die auf seinen Vorschlag hin erfolgte Vertagung der gesamten Debatte auf den nächsten Kongress der Internationale schnell unterbrochen wurde, weist Merkmale auf, die in allen großen Diskussionen innerhalb der internationalen kommunistischen Bewegung auftauchen werden: Der Rückgriff auf Zitate Marx' oder sogar Lenins, auf Beispiele aus der Politik der Bolschewiki in diesem oder jenem Moment der russischen Geschichte und der ständige Vergleich mit den Ereignissen des Jahres 1917 stellen die Lieblingswaffen der Protagonist*innen dar. Lenin selbst gibt das Beispiel: Die russische Erfahrung ist in seinen Augen ein großer Gewinn in der 1920 geführten Diskussion über den Linksradikalismus und damit auch über die Methode des Aufbaus der Parteien und der Internationale.

 von der er sich distanziert hatte.

1722 Brandt und Löwenthal, a.a.O. S. 131.

1723 Prawda, 25. März 1920.

Internationaler Konflikt mit den Linksradikalen

Die Grundsatzdiskussion kann nur international sein. Es ist sicherlich in Deutschland, wo sich die linksradikale Strömung am stärksten manifestiert hat und wo die erste Abspaltung einer KP nach links stattfand, die im April 1920 zur Geburt der KAPD führte. Doch die linksradikale Tendenz ist bei weitem keine eigentümlich deutsche, und die gesamte westliche kommunistische Bewegung ist von ihrem Einfluss durchdrungen. Innerhalb der Kommunistischen Partei der Niederlande finden sich die wichtigsten Theoretiker*innen der Strömung, die ehemaligen Leiter*innen der »Tribune«-Gruppe, Henriette Roland-Holst, Hermann Gorter und Anton Pannekoek, deren Beitrag zur internationalen Debatte entscheidend sein wird.

Eine britische Linksradikale, Sylvia Pankhurst, provozierte den ersten Austausch auf diesem Gebiet. Im Juli 1919 schrieb sie im Namen der British Socialist Workers' Federation an Lenin und bat ihn um Unterstützung für ihre Organisation, die alle Aktionen von Revolutionär*innen auf parlamentarischer Ebene verurteilte. Das – für damalige Verhältnisse banale – Missverständnis ist offensichtlich. Lenins Antwort war sehr diplomatisch und gleichzeitig von der Sorge geprägt, nutzlose Streitereien zu vermeiden: Er schlug vor, auf einer vorläufigen Basis zwei englische kommunistische Parteien zu konstituieren, die die Revolutionär*innen nach dem Kriterium ihrer Haltung zu Wahlen und der Teilnahme von Kommunist*innen an bürgerlichen Parlamenten zusammenfassen¹⁷²⁴. Zur gleichen Zeit eröffnete ein Rundschreiben der Exekutive die Diskussion in der Internationale¹⁷²⁵. In dem Bestreben, weder einen Dialog der Taubstummen noch eine falsche Grundsatzdebatte zu führen, erinnerte die Exekutive zunächst an den Rahmen, in dem ihrer Meinung nach die Diskussion geführt werden müsse: Die russische Revolution vom Oktober 1917 habe eine neue Spaltungslinie innerhalb der Arbeiter*innenbewegung gezogen. Das »allgemeine vereinigende Programm« der Kommunist*innen impliziert in der Tat die »Anerkennung des Kampfes für die Diktatur des Proletariats in der Form der Sowjetmacht.« Unter diesen Bedingungen ist die Diskussion über die Ausnutzung des bürgerlichen Parlaments durch die Kommunist*innen nur als Ergebnis einer Verwechslung zwischen dem Parlamentarismus als Ausdruck einer politischen Entscheidung zugunsten des parlamentarischen Systems und der Teilnahme der Revolutionär*innen an gewählten Versammlungen, die sie als Tribüne nutzen, undurchsichtig. Das Teilnehmen an Wahlen kann nicht als absolute Regel betrachtet werden. Aber es kann keine Frage sein, sie aus Prinzip abzulehnen. Das Rundschreiben bekräftigt, »dass es sich

1724 Brief vom 28. August 1919, Œuvres, Bd. XXIX, S. 566-572. [»Ein Brief an Sylvia Pankhurst«, deutsch Werke, Band 29, S. 553-559]

1725 »Der Parlamentarismus und der Kampf für die Sowjet«, Manifest, Richtlinien, Beschlüsse des ersten Kongresses. Aufrufe und Offene Schreiben des Exekutivkomitees bis zum Zweiten Kongress, S. 139-146. Das Rundschreiben, unterzeichnet von Sinowjew, ist auf den 1. September 1919 datiert.

nicht lohnt, sich in Teile zu spalten, die nur in dieser jetzt nebensächlichen Frage verschiedener Meinung sind.«¹⁷²⁶

Etwa zu dieser Zeit kam Rutgers, ein holländischer Kommunist, in Amsterdam an, mit dem in Moskau erhaltenen Auftrag, ein westeuropäisches Sekretariat der Kommunistischen Internationale zu gründen, das auch für die Verbindung mit Amerika zuständig sein sollte¹⁷²⁷. Die Mission Rutgers' überschneidet sich mit der Thomas anvertrauten, was angesichts der schwierigen Kommunikationsverhältnisse und der Notwendigkeit, die Existenz einer Antenne in Westeuropa sicherzustellen, keineswegs außergewöhnlich war¹⁷²⁸. Das Ergebnis sollte jedoch ein ernsthafter Konflikt zwischen dem von holländischen Kommunist*innen mit starken linksradikalen Tendenzen betreuten Amsterdamer Büro und dem von der KPD(S) inspirierten Berliner Sekretariat sein. Am 3. Februar 1920 fand in Amsterdam eine von Rutgers einberufene internationale Konferenz statt, an der von der holländischen Partei mandatierte Delegierte, verschiedene britische Gruppen, der Amerikaner Louis Fraina, der aus Mexiko zurückgekehrte Russe Borodin und nicht mandatierte Vertreter*innen aus Indonesien, China und Ungarn teilnahmen, insgesamt etwa zwanzig¹⁷²⁹. Es gab keinerlei Delegierte der KPD(S) oder des Berliner Sekretariats: Laut Clara Zetkin waren sie erst am Tag vor der Eröffnung der Konferenz, am 31. Januar, über diese informiert worden¹⁷³⁰. Die Konferenz dauerte vier Tage, dann musste sie unterbrochen werden: Die Polizei hatte einen Agenten, der die Debatten aufgezeichnet hatte, und die ausländischen Delegierten wurden verhaftet und ausgewiesen¹⁷³¹.

Sie wurde nicht wieder aufgenommen. Clara Zetkin, die dann mit Paul Frölich, Münzenberg und einem Schweizer Delegierten eintraf, wurde von der ausgesprochen gut informierten holländischen Polizei empfangen; sie protestierte bei Rutgers und den anderen entrüstet gegen die Abhaltung einer, wie sie es nannte, so schlecht vorbereiteten »Rumpfkonzferenz.«¹⁷³² Die KPD(S) hatte noch andere schwerwiegende Gründe für ihre Unzufriedenheit: Die Konferenz hatte Thesen zur Gewerkschaftsfrage angenommen, die denen der deutschen Opposition sehr nahe kamen, und darüber hinaus ein Präsidium aus drei Mitgliedern gewählt, die alle Niederländer waren, Wijnkoop, Vertreter der niederländischen KP, Henriette Roland-Holst, eine notorische Linksradikale, und Rutgers selbst, der sich gerade mit den Linksradikalen in ihrer Partei verbündet hatte¹⁷³³. Die Deutschen glauben daher, dass man versuche, sie ins Abseits zu stellen und das Berliner Sekretariat zu umgehen; sie unterstreichen,

1726 Ebenda, S. [140 und] 146.

1727 Le Phare, Nr. 8, 1. April 1920, S. 387; Hulse, The Forming of the C.I., S. 153.

1728 Bericht 3..., S. 78-79.

1729 Hulse, a.a.O. S. 154.

1730 Bericht 3... , S. 79.

1731 Hulse, a.a.O. S. 155.

1732 Bericht 3...S. 81.

1733 Hulse, a.a.O. S. 156.

dass den Delegierten die von der KPD(S) auf dem Heidelberger Parteitag angenommenen Leitsätze nicht ausgehändigt wurden¹⁷³⁴. Die Ergebnisse der Konferenz waren jedenfalls minimal und beschränkten sich auf den Beschluss, die amerikanische KP mit der Organisation eines Unterbüros für den Kontinent zu beauftragen, sowie auf die Verpflichtung aller, innerhalb von drei Monaten eine neue Konferenz zu organisieren¹⁷³⁵. Man muss zugeben, dass die Tätigkeit des Amsterdamer Büros kaum zur Klärung beiträgt. Der im Februar in Karlsruhe abgehaltene 3. Parteitag der KPD(S) protestiert gegen seine Aktivitäten und seine Initiativen¹⁷³⁶. Bald wird sich das Amsterdamer Büro öffentlich gegen die Politik der KPD(S) während der Zeit des Kapp-Putsches aussprechen und sich auf die Seite der KAPD stellen¹⁷³⁷. Im April setzte eine Resolution der Exekutive seiner Mission ein Ende:

»Wir sind überzeugt, dass die Meinungsverschiedenheiten mit den holländischen Genossen überwunden werden. Zum Unterschied von der II. ‚Internationale‘ verheimlichen wir nicht unsere Meinungsverschiedenheiten und lassen keine doppel-sinnige Stellung zu.

Der Beschluss lautet wie folgt:

Das holländische Büro hat in einer Reihe wichtiger Fragen (Gewerkschaftsfrage, Parlamentarismus) eine Stellung eingenommen, die der Stellung der Exekutive der Kommunistischen Internationale zuwiderläuft. Das holländische Büro hat die Exekutive von seiner entgegengesetzten Stellung nicht in Kenntnis gesetzt, bevor es die internationale Konferenz in Amsterdam einberief.

Auf Grund dessen erklärt die Exekutive das Mandat des holländischen Büros für erloschen und zieht dieses Mandat zurück. [...] Die Funktionen des holländischen Büros werden dem Westeuropäischen Sekretariat übertragen.«¹⁷³⁸

Aber etwa zur gleichen Zeit manifestierten sich in der kommunistischen Weltbewegung andere Zeichen der vom Amsterdamer Büro verkörperten linksradikalen Strömung. Eines ihrer Hauptzentren sollte sich um die Zeitschrift »Kommunismus« gruppieren, die ab Anfang 1920 in Wien als Organ der Internationale für Südosteuropa erschien. Die österreichische Kommunistische Partei stellt, wie die niederländische Kommunistische Partei, eine sehr isolierte Strömung in der Arbeiter*innenklasse ihres Landes dar, mit ausgeprägten sektiererischen Tendenzen, wie ihr Verhalten während des Jahres 1919, insbesondere während der »Bettelheimerei«¹⁷³⁹,

1734 Bericht 3 . , S. 79.

1735 Ebenda, S. 82.

1736 Ebenda, S. 84-85.

1737 »Die Rote Fahne«, 22. April 1920.

1738 Le Phare, Mai-Juni 1920, S. 484-485. [Hier zitiert nach »Sitzung des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale«, Die Kommunistische Internationale, Nr. 10, S. 237-240, hier S. 240]

1739 Siehe Kapitel X.

zeigt. Außerdem ist sie stark von der kleinen Gruppe ungarischer Emigrant*innen beeinflusst, die sich nach der Niederlage der Revolution von 1919 in Österreich niedergelassen hatten, insbesondere von dem ehemaligen Volkskommissar für Bildung, György Lukács, der eine heftige fraktionelle Opposition gegen Bela Kun richtete¹⁷⁴⁰. Zu der Zeit, als die linksradikale Strömung in Westeuropa sowohl durch die Schriften Gorters und Pannekoeks als auch durch die von der KAPD und britischen linksradikalen Gruppen vertretenen Positionen zum Ausdruck kam, intervenierten die beiden Männer zu ihren Gunsten. In Bezug auf die Frage des Parlamentarismus¹⁷⁴¹ wendet sich Lukács gegen die Auffassung Lenins, dass diese Frage keine Frage des Prinzips, sondern der Taktik sei. Für ihn besteht das Problem darin, genau zu wissen, wie das Kräfteverhältnis ist. In einer Lage, in der die Arbeiter*innenklasse in der Defensive ist, muss sie seiner Meinung nach parlamentarische Mittel nutzen, um sich zu stärken. Andererseits, wenn die Arbeiter*innenklasse in der Offensive ist, ist es ihre Pflicht, ihre eigenen Klassenorganismen, die Sowjets, zu schaffen, und unter diesen Bedingungen nimmt die Teilnahme an Wahlen den Aspekt eines Verzichts auf eine konkrete revolutionäre Perspektive an und öffnet den Weg zum Opportunismus¹⁷⁴². Der Artikel ist eine implizite Verurteilung der Teilnahme an Wahlen in der europäischen Situation und eine Stellungnahme gegen die Exekutive¹⁷⁴³.

Bela Kun seinerseits manifestiert anschaulich ähnliche Tendenzen, indem er sich zu dieser Frage äußert¹⁷⁴⁴. Er bezog Stellung gegen das, was er als »syndikalistischen« oder »passiven« Boykott bezeichnete, zugunsten eines »aktiven Boykotts«, in dem die Partei nach seiner Definition »eine ebenso ausgedehnte revolutionäre Agitation entfaltet, als ob sie in die Wahlen eingetreten wäre und ihre Agitation und Aktion auf die Gewinnung der erreichbar höchsten Zahl von Proletarierstimmen eingestellt hätte.«¹⁷⁴⁵

Zur gleichen Zeit begann auch der Italiener Bordiga in seiner Zeitung »Il Soviet« die antigewerkschaftlichen und antiparlamentarischen Themen zu entwickeln, die das Fundament der Italienischen Linken bilden sollten¹⁷⁴⁶. Die um van Overstraeten in Brüssel gruppierte erste belgische kommunistische Organisation entwickelt ihrerseits die gleichen Positionen¹⁷⁴⁷.

1740 Borkenau, a.a.O., S. 175 ff.

1741 »Zur Frage des Parlamentarismus«, Kommunismus, Nr. 6, 1. März 1920, S. 161-172. [Nachdruck in Georg Lukács, Taktik und Ethik. Politische Aufsätze I. Darmstadt und Neuwied 1975, 175-187]

1742 Ebenda, S. 164-169.

1743 Tatsächlich polemisiert Lukács gegen die von Lenin in Die Kinderkrankheit des Kommunismus verteidigten Ideen, ohne sie jedoch zu kennen, da das Werk nicht veröffentlicht war. Lenin wird sagen (Œuvres, Bd. XXI, S. 167): »Der Artikel von G. L. ist ein sehr radikaler und sehr schlechter Artikel. Der Marxismus darin ist ein Marxismus der bloßen Worte.« [»Kommunismus«, Lenin Werke, Band 31, S. 153-155, hier S. 153]

1744 »Die Durchführung« Kommunismus, Nr. 18, 8. Mai, S. 549-555.

1745 Ebenda, S. 552.

1746 Siehe die Briefe Bordigas an die KI (10. November 1919 und 1. Januar 1920) Rivista Storica dei Socialismo, 1966, n° 27, S. 183-188.

1747 Le Phare, 1. März 1920, S. 334-335.

Lenin gegen den Linksradikalismus

Lenin begann seine Broschüre »Der ›linke Radikalismus‹, die Kinderkrankheit im Kommunismus«, zu schreiben, als der Konflikt zwischen der Exekutive und dem Amsterdamer Büro begann. Mit diesem Text verlässt die Debatte das Terrain Deutschlands und nimmt die Form einer öffentlichen internationalen Ideenschlacht an. Die Absicht Lenins ist es, den im Entstehen begriffenen kommunistischen Parteien die Möglichkeit zu geben, von der bolschewistischen Erfahrung zu profitieren. Der Bolschewismus ist für ihn eine Zusammenfassung der globalen revolutionären Erfahrung, sowohl der Kunst des Angriffs als auch der der Verteidigung. Ohne ein Modell daraus machen zu wollen, stellt Lenin fest:

»Die Erfahrung hat bewiesen, dass in einigen sehr wesentlichen Fragen der proletarischen Revolution alle Länder unvermeidlich dasselbe werden durchmachen müssen, was Russland durchgemacht hat.«¹⁷⁴⁸

Nun kennt die internationale kommunistische Bewegung, die im Schwung der russischen Revolution heranwächst, vom Bolschewismus nur die Geschichte seines Kampfes gegen den Opportunismus. Sie ist sich immer noch nicht des Kampfes bewusst, den sie gegen das führen musste, was Lenin »den kleinbürgerlichen Revolutionarismus«¹⁷⁴⁹ nannte.

Die Linksradikalen verneinen in der Tat die Notwendigkeit einer revolutionären Partei, stellen ständig »die Massen« ihren »Führern« oder »Leitern« entgegen. Für Lenin ist dies eine Unterscheidung, die für die revolutionäre Bewegung eine echte Gefahr darstellt. Denn innerhalb der Klasse existiert faktisch eine halb kleinbürgerliche, opportunistische »Arbeiteraristokratie«, deren »Führer [...] in einem fort auf die Seite der Bourgeoisie [übergangen]«: »Es kam zu einer Isolierung der opportunistischen Parteien von den ›Massen‹, d. h. von den breiten Schichten der Werktätigen, von ihrer Mehrheit, von den am schlechtesten entlohnten Arbeitern.« Es ist die Pflicht der Revolutionär*innen, daran zu arbeiten, »die Massen« von diesen »Führern« zu lösen¹⁷⁵⁰. Sie können aber nur erfolgreich sein, wenn sie die Lage so sehen, wie sie ist:

»Wir können (und müssen) beginnen, den Sozialismus aufzubauen, und zwar nicht aus einem fantastischen und nicht aus einem von uns speziell geschaffenen Menschenmaterial, sondern aus dem Material, das uns der Kapitalismus als Erbe hinterlassen hat.«¹⁷⁵¹

1748 (Euvres, Bd. XXXI, S. 25. [»Der ›linke Radikalismus‹, die Kinderkrankheit im Kommunismus«, Lenin Werke, Band 31, S. 1-91, hier S. 15]

1749 Ebenda, S. 26. [a.a.O., S. 16]

1750 Ebenda, S. 37. [a.a.O., S. 27]

1751 Ebenda, S. 45. [a.a.O., S. 35]

Die Linksradikalen, die sich auf die – offensichtliche – Beobachtung stützen, dass die Führer*innen der Gewerkschaften mit der Bourgeoisie gegen die Revolution im Bunde stehen, rufen Revolutionär*innen dazu auf, die Gewerkschaften zu verlassen und für ihre Zerstörung zu kämpfen. Aber es ist im Wesentlichen innerhalb der reformistischen Gewerkschaften und durch sie, dass die reaktionären »Führer« ihren Einfluss auf die »Massen« aufrechterhalten. Die Aufgabe der Kommunisten besteht also im Gegenteil darin, innerhalb der Gewerkschaften aktiv zu sein, um den reformistischen »Führern« die Leitung der »Massen« streitig zu machen:

»Nicht in den reaktionären Gewerkschaften arbeiten heißt die ungenügend entwickelten oder rückständigen Arbeitermassen dem Einfluss der reaktionären Führer, der Agenten der Bourgeoisie, der Arbeiteraristokraten oder der »verbürgerten Arbeiter« [...] überlassen.«¹⁷⁵²

Lenin hält es für unzulässig, den Kampf nicht dort zu führen, wo er gewonnen werden muss und kann, wo »Millionen von Arbeitern [...] zum ersten Mal von der vollständigen Unorganisiertheit zur elementaren, untersten, einfachsten [...], zugänglichsten Organisationsform, nämlich zu den Gewerkschaften über[gehen].«¹⁷⁵³ Die Linksradikalen beschuldigen Proletarier gerne, Konterrevolutionär*innen zu sein: Das liegt daran, dass sie »ihre eigene ideologisch-politische Stellung für die objektive Wirklichkeit halten.«¹⁷⁵⁴

Die »revolutionäre Taktik [kann] auf revolutionärer Stimmung allein nicht aufgebaut werden.«¹⁷⁵⁵

Solange die Kommunist*innen nicht die Kraft haben, das Parlament aufzulösen, das heißt, solange es ihnen nicht gelungen ist, die Mehrheit der Arbeiter*innen davon zu überzeugen, dass das Parlament eine Täuschung ist, haben sie die Pflicht, in ihm anwesend zu sein, es eben zu entlarven, es zu benutzen, um auf diese Weise wie auch auf andere Weise die getäuschten Arbeiter*innen aufzuklären. Lenin denkt, dass, wenn sich die Kommunistische Partei Deutschlands nach der Novemberrevolution nicht entwickelte, dies unter anderem daran lag, dass sie im Januar 1919 den Fehler beging, die Wahlen zur Nationalversammlung zu boykottieren und ihre Aktivist*innen die reformistischen Gewerkschaften aufgeben ließ:

»Der Kapitalismus wäre nicht Kapitalismus, wenn das »reine« Proletariat nicht von einer Masse außerordentlich mannigfaltiger Übergangstypen vom Proletarier zum Halbproletarier (...), vom Halbproletarier zum Kleinbauern (...), vom Kleinbauern zum Mittelbauern usw. umgeben wäre; wenn es innerhalb des Pro-

1752 Ebenda, S. 48. [a.a.O., S. 38]

1753 Ebenda, S. 49. [a.a.O., S. 39]

1754 Ebenda, S. 53. [a.a.O., S. 43]

1755 Ebenda, S. 59. [a.a.O., S. 43]

letariats selbst nicht Unterteilungen in mehr oder minder entwickelte Schichten, Gliederungen nach Landsmannschaften, nach Berufen, manchmal nach Konfessionen usw. gäbe. Aus alledem aber ergibt sich für die Vorhut des Proletariats, für seinen klassenbewussten Teil, für die kommunistische Partei absolut unumgänglich die Notwendigkeit, die unbedingte Notwendigkeit, zu lavieren, Übereinkommen und Kompromisse (...) zu schließen. Es kommt nur darauf an, dass man es versteht, diese Taktik so anzuwenden, dass sie zur Hebung und nicht zur Senkung des allgemeinen Niveaus des proletarischen Klassenbewusstseins, des revolutionären Geistes, der Kampf- und Siegesfähigkeit beiträgt.»¹⁷⁵⁶

Letztlich denkt er, dass der Linksradikalismus eine »Kinderkrankheit« des Kommunismus ist und dass ihr Vormarsch in Westeuropa nicht aus Zufall zunimmt:

»In vielen Ländern Westeuropas ist die revolutionäre Stimmung jetzt gewissermaßen eine ›Neuheit‹ oder ›Seltenheit‹, auf die man allzu lange, vergeblich, ungeduldig gewartet hat, und vielleicht gibt man deswegen dieser Stimmung so leicht nach.«¹⁷⁵⁷

Das Problem ist um so wichtiger, als die Aufgabe der Revolutionär*innen in Westeuropa schwieriger ist:

Für »Russland [war es] in der konkreten, historisch außerordentlich eigenartigen Situation von 1917 leicht [...], die sozialistische Revolution zu beginnen, während es für Russland schwerer als für die europäischen Länder sein wird, sie fortzusetzen und zu Ende zu führen.«¹⁷⁵⁸

Die Kommunist*innen Westeuropas müssen unbedingt verstehen, dass, wie Tschernyschewski schon schrieb, die »politische Tätigkeit [...] nicht das Trottoir des Newski-Prospekts« ist:

»Es gilt, um jeden Preis zu erreichen, dass die linken Kommunisten und die der Arbeiterklasse ergebenen Revolutionäre Westeuropas und Amerikas die Aneignung dieser Wahrheit nicht so teuer bezahlen, wie die rückständigen Russen sie bezahlt haben.«¹⁷⁵⁹

Die Häufigkeit der Verweise auf die Thesen der deutschen Opposition, auf die unabhängige sozialdemokratische Partei, deren Arbeiteraktivist*innen auf dem Marsch zum Kommunismus sind, zeigt, worum es Lenin geht: zu verhindern, dass der Linksradikalismus der deutschen kommunistischen Bewegung ein Hindernis für die Verschmelzung aller Arbeiter*innenelemente in einer revolutionären Partei darstellt,

1756 Ebenda, S. 70. [a.a.O., S. 60]

1757 Ebenda, S. 59. [a.a.O., S. 49]

1758 Ebenda. [a.a.O.]

1759 Ebenda, S. 67. [a.a.O., S. 57]

von denen sich eine Minderheit in den beiden kommunistischen Parteien und die große Mehrheit in der unabhängigen sozialdemokratischen Partei befindet.

Die Antwort Hermann Gorters

Gorter antwortete Lenin im Namen der Linksradikalen¹⁷⁶⁰. Er bedauerte die Veröffentlichung von dessen Broschüre, von der er glaubte, dass sie die Position der opportunistischen Führer der sozialistischen Parteien im Westen stärken würde, die bereits der Dritten Internationale beigetreten waren oder sich darauf vorbereiteten, ihr beizutreten. Für ihn irrt sich Lenin, weil er die russische Erfahrung mechanisch in den Westen transponiert, während West- und Osteuropa zwei grundverschiedene Welten darstellen. Das westliche Proletariat kann nicht, wie das russische Proletariat 1917, auf die Unterstützung einer Masse von armen Bäuerinnen und Bauern zählen, die es nicht gibt. Es ist innerhalb der Gesellschaft völlig isoliert: Aus diesem Grund sind die Anstrengungen, die von den Massen für den Erfolg der Revolution verlangt werden, größer und die Rolle der Führer*innen viel geringer. Die Macht des westlichen Proletariats im revolutionären Kampf kann nur auf seiner Qualität beruhen. Die Rolle der Kommunist*innen besteht also vor allem darin, *»die Massen, als Ganzes und als Individuen, auf eine viel höhere Stufe zu bringen, sie, Person pro Person, zu revolutionären Kämpfern zu erziehen dadurch, dass sie ihnen deutlich machen (...), dass auf sie alles ankommt.«*¹⁷⁶¹

Gorter ist überzeugt, dass Lenin die reale Lage des westeuropäischen Proletariats nicht kennt und dass er sich in Illusionen wiegt, wenn er schreibt, dass die *»Vorhut gewonnen«* ist oder dass die *»Zeit der Propaganda [...] vorbei«*¹⁷⁶² ist. Tatsächlich stehen die westlichen Arbeiter*innen seit Jahrzehnten unter der engen ideologischen Abhängigkeit der bürgerlichen Kultur und insbesondere der bürgerlichen Vorstellungen von der parlamentarischen Demokratie. Die Bourgeoisie hat nach der Formel Anton Pannekoeks, *»das Volksgehirn nach diesem Modell geschmiedet«*, und der von den Gewerkschaften eingespannte, von der Illusion, dass entscheidende Kämpfe mit Abstimmungen gewonnen würden, gefesselte Arbeiter hat seine Handlungsfähigkeit verloren. Um sie ihm zurückzugeben, muss man seine Illusionen radikal zerstören, was natürlich bedeutet, sie nicht durch die Teilnahme an den Wahlen in ihm zu verankern und ihm dann die Mittel zu geben, aus eigener Initiative zu handeln. Die Kommunist*innen müssen nicht nur davon absehen, die reformistischen Gewerk-

1760 Hermann Gorter, Offener Brief an den Genossen Lenin. Ein Antwort auf Lenins Broschüre: Der Radikalismus, eine Kinderkrankheit des Kommunismus, Berlin, 1920 (KAPD). Wir haben hier die französische Übersetzung von 1930 verwendet. Antwort an Lenin, verglichen mit dem in A. Pannekoek und H. Gorter, Organisation und Taktik der proletarischen Revolution, Frankfurt, 1969. wiedergegebenen deutschen Text.

1761 Gorter, a.a.O. S. 24.

1762 Ebenda, S. 97-98.

schaften durch ihren Aktivismus zu stärken, sondern sie im Gegenteil als Aktionshindernis und Schutzschirm vor dem Bewusstsein der Arbeiter*innen zerstören. An ihrer Stelle müssen sie eine Organisation vom Typ »Räte« befürworten, »revolutionär«, weil sie den Arbeiter*innen erlaubt, alles zu entscheiden: die »Arbeiterunion«, die im Gegensatz zu den Gewerkschaften nicht auf der Grundlage der Branche oder des Gewerbes, sondern auf der Grundlage des Unternehmens gebildet wird. Lenin irre gewaltig, wenn er die Kommunist*innen der westlichen Länder auffordert, »Massenparteien« aufzubauen: solche Parteien würden unweigerlich die opportunistischen Fehler der Sozialdemokratie erneuern. Es ist notwendig, so Gorter, alle Anstrengungen der Schaffung und Erziehung von »reinen und festen Kerne[n], die Kommunistischen Parteien«¹⁷⁶³ zu widmen.

In den dem Kapp-Putsch folgenden Monaten, in denen die öffentliche Polemik zwischen Lenin und den Linksradikalen stattfand, fanden auch hinter den Kulissen Gespräche zwischen Vertreter*innen der Internationale und Delegierten der KAPD in Moskau sowie viele interne Kämpfe innerhalb des internationalen kommunistischen Apparats statt. In Berlin brach ein Konflikt zwischen dem Westeuropäischen Büro und dem Sekretariat der Jugendinternationale aus, dem das Büro linksradikale und sogar halbanarchistische Tendenzen vorwarf. Münzenberg seinerseits warf den Leuten im Westeuropäischen Büro fraktionelle Machenschaften vor und behauptete, dass sie sich weigerten, an die Exekutive die von der Führung der Jugendinternationale ausgehenden Dokumente und Briefe weiterzugeben. Im Juni erreichte er trotz der versöhnlichen Bemühungen des russischen Parteivertreters im Präsidium, Abramowitsch-Saleski, genannt Albrecht, die einstimmige Unterstützung des Präsidiums für eine scharfe Verurteilung der Praktiken Thomas' und seiner Dienste¹⁷⁶⁴. Damit begann ein Konflikt, der ein Jahr später zur Entlassung Münzenbergs und zur Unterstellung der Jugendinternationale unter die Kontrolle der Exekutive führte¹⁷⁶⁵. Der Apparat der Internationale unterhielt auch, über die Köpfe der KPD(S) und vielleicht sogar des westeuropäischen Büros hinweg, Kontakte mit den deutschen Linksradikalen in Berlin selbst, durch die Vermittlung Felix Wolfs, einem Mitglied des Büros, aber auch der russischen Partei, und Borodins, den Babette Gross als »Verbindungsmann zur KAP« bezeichnet¹⁷⁶⁶.

Außerdem begannen Ende Mai in Moskau die Gespräche zwischen der Exekutive der Internationale und Vertreter*innen der KAPD. Im Gefolge der Gründung der KAPD reisten zwei Mitglieder ihrer Leitung, Appel und Jung, illegal nach Sowjetrussland, um Kontakt mit den Vertreter*innen der Internationale aufzunehmen. Als sie nach einem langen Monat und vielen Umwegen das Ende ihrer Reise erreich-

1763 Ebenda, S. 108.

1764 B. Gross, a.a.O., S. 107-108.

1765 Ebenda, S. 117 ff.

1766 Ebenda, S. 116.

ten, wurden sie brüderlich empfangen, stießen aber auf eine unzweideutige Entschlossenheit. Ihre Gesprächspartner*innen, darunter Lenin und Sinowjew, blieben bei ihrer Ablehnung der von der KAPD in Deutschland vertretenen Strategie und Taktik, und Lenin gab ihnen sogar das noch unveröffentlichte Manuskript von »Die Kinderkrankheit ...«¹⁷⁶⁷ Nach diesen Gesprächen beschloss die Exekutive, ein »Offenes Schreiben an die Mitglieder der Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands« vom 2. Juni 1920 nach Deutschland zu schicken. Die Führer*innen der Internationale verurteilten dort die Politik der KAPD, bezeichneten ihre Taktik als »*direktes Abweichen vom Kommunismus*« und erklärten, dass

»in allen jenen wichtigen prinzipiell-taktischen Problemen, die jetzt in Deutschland [...] zu brennenden Tagesfragen geworden sind, nicht die Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands, sondern die Kommunistische Partei Deutschlands (Spartakusbund) im Recht ist.«¹⁷⁶⁸

In Erwartung der endgültigen Klärung dieser Frage durch den 2. Kongress der Kommunistischen Internationale schlägt die Exekutive die vorläufige Bildung eines gemeinsamen Organisationsbüros von Vertreter*innen der beiden kommunistischen Parteien in Deutschland vor, das von einem Delegierten der Exekutive geleitet werden soll und die Vorbereitungsphase für die Wiedervereinigung darstellt, die das Ziel der Exekutive bleibt¹⁷⁶⁹. Der »Offene Brief« würde jedoch viele Wochen brauchen, um Deutschland zu erreichen: In der Zwischenzeit, ohne Nachricht von Appel und Jung, schickte die KAPD zwei weitere Vertreter nach Moskau zum 2. Kongress der Internationale, und diese Initiative würde, wie die Auswahl der Delegierten, das Problem neu aufwerfen.

Debatten um die Revolutionen von 1919

Ebenfalls in der Zeit zwischen dem Kapp-Putsch und dem 2. Kongress der Kommunistischen Internationale entwickelte sich eine Debatte über die bayerische und ungarische Revolution von 1919, die seit dem Ende 1919 begonnen hatte und die Radek gegen seinen Schüler Paul Frölich und Paul Levi stellte. Radek eröffnete kurz nach seiner Freilassung das Feuer und brachte den Inhalt der Gespräche, die er im Herbst 1919 mit Levi über diese Fragen führte, an die Öffentlichkeit¹⁷⁷⁰. Wie Lenin denkt er, dass die Hauptursache für das Scheitern Bela Kuns und der ungarischen Kommunist*innen ihre Unfähigkeit, ja ihre Weigerung war, eine echte kommunistische Partei zu schaffen, die sich deutlich von den Personen sowie von den Tradi-

¹⁷⁶⁷ Bock, a.a.O., S. 253.

¹⁷⁶⁸ J. Degras, *The Communist International 1919–1943*, Volume 1, London, 1956, S. 128 [tats. S. 95, auf Deutsch in *Kommunistische Internationale*, Heft 11, S. 192–213, hier S. 193 f.]

¹⁷⁶⁹ Bock, a.a.O., S. 255.

¹⁷⁷⁰ Arnold Struthahn, *Die Entwicklung der Weltrevolution und die Aufgaben der K. P.*, 1919.

tionen und Praktiken der Sozialdemokratie abgrenzte, sowie ihr Geist der Versöhnung nicht nur gegenüber dem »Mehrheits«typ der Sozialdemokrat*innen, sondern auch und vor allem gegenüber den »Zentristen« vom Typ »Unabhängige.« Indem er einen Vergleich mit Deutschland skizziert, versucht er, den zentristischen Charakter der Politik der Führer*innen der linken Unabhängigen, wie Richard Müller und Däumig, aufzuzeigen, der durch ein Schwanken zwischen einer Tendenz, die er als »putschistisch-blanquistisch« in der Zeit nach dem Januar oder März beschreibt, und »proudhonianischen«, opportunistischen Vorstellungen in der dazwischen liegenden Zeit gekennzeichnet ist. Es sind diese in seinen Augen für den »Zentrismus« charakteristischen Schwankungen, die ihn in der revolutionären Periode zur Hauptgefahr für eine revolutionäre Leitung machen. Denn die Niederlagen in Ungarn und Bayern lassen sich seiner Meinung nach nicht anders erklären als durch die Zusammenarbeit der Kommunist*innen mit diesen Zentrist*innen, bayerischen Unabhängigen, ungarischen Linkssozialdemokrat*innen, denen es gelang, den Führer*innen der Revolution jede Entschlossenheit und Klarheit zu nehmen und die Massen einer Führung zu berauben.

Dies ist auch die Sichtweise Paul Frölichs, der unter dem Pseudonym Paul Werner eine Broschüre dem Studium der bayerischen Revolution widmet, deren endgültige Niederlage er mit dem »Verrat« der Unabhängigen erklärt¹⁷⁷¹. Im Vorwort, das er im Januar 1920 für das Buch des ungarischen Kommunisten Béla Szántó schrieb, kam Radek bald wieder auf die ungarische Frage zurück¹⁷⁷². Darin führt er eine lebhaft Polemik gegen die in den deutschen kommunistischen Reihen verbreitete Meinung, wonach die ungarische Räterepublik eine Konstruktion des Geistes sei, das Ergebnis einer Spitzenvereinbarung zwischen Kommunist*innen und Sozialdemokrat*innen, unabhängig von der Klassenaktion des Proletariats selbst. Offen gegen Paul Levi und seine Genossen der deutschen Zentrale gerichtet, prangert er den Missbrauch an, den sie seiner Meinung nach mit dem Satz des Spartakusprogramms treiben, wonach die deutsche kommunistische Partei nicht bereit sei, die Macht zu übernehmen, nur weil Ebert-Scheidemann ihre Zeit aufgebraucht haben und in der Sackgasse stecken. Dieses, in seinen Augen zeitbedingt und in der Berliner Lage des Januars richtige Urteil, konnte nicht zu einem allgemeinen Prinzip revolutionären Handelns erhoben werden. Er schreibt:

»Der Gedanke an einen einfachen Zusammenbruch der bürgerlich-sozialdemokratischen Koalition, wobei der Prozess des Zusammenbruchs des bürgerlichen Staates nicht gleichzeitig ein Prozess der Sammlung der proletarischen Kräfte wäre, ein solcher Gedanke ist völlig unhistorisch.«¹⁷⁷³

¹⁷⁷¹ Paul Werner, Die Bayrische Räterepublik. Tatsachen und Kritik, 1920.

¹⁷⁷² Béla Szántó, Klassenkämpfe und Diktatur des Proletariats in Ungarn (1920).

¹⁷⁷³ Radek, »Die Lehren der Ungarischen Revolution«, Die Internationale, Nr. 21, 25. Februar 1920, S. 57.

Er meint, dass sich die deutschen Kommunist*innen in Bayern, wie auch die Kommunist*innen in Ungarn, ihrer Pflicht des revolutionären Kampfes um die Macht nicht entziehen konnten, auch wenn die internationale Lage die Münchner und Budapestener Revolutionen zu einer schnellen Niederschlagung verdammt, dass

»*wir dort zu stehen haben*, wo die Arbeiterklasse zu kämpfen hat, wo sie in den Kampf rückt, ob wir siegen oder eine Niederlage erleiden.«¹⁷⁷⁴

Radek ironisiert auf Kosten derer, die er »*politische Raisonneure*« nennt, die nur dann zum Kampf bereit sind, wenn »*die Geschichte [ihnen] notariell den Sieg sichert*.«¹⁷⁷⁵ Für ihn konnten die ungarischen Kommunist*innen die Einheitsangebote der Sozialdemokrat*innen, die den tiefen Sehnsüchten der Massen entsprachen, von dem Moment an, als sich die Sozialdemokrat*innen zu Anhänger*innen der Diktatur des Proletariats erklärten, nicht mehr ausschlagen. Sie hätten die Einheit akzeptieren und gleichzeitig gegen die Illusionen eines friedlichen und gewaltlosen Sieges ankämpfen müssen; sie hätten die Einheit akzeptieren und gleichzeitig Galgen errichten müssen! Das ist praktisch für ihn die Lehre aus der russischen Revolution und dem Bürgerkrieg: Man darf sich nicht mit Thesen zufrieden geben, sondern muss revolutionär handeln. Und in diesem Fall wird die Niederlage den Proletarier*innen des Rests der Welt als Beispiel und Lehre in Sachen Energie dienen.

Direkt angesprochen, nimmt Levi die Herausforderung an. Er denkt, wie Rosa Luxemburg, dass das Klassenbewusstsein des Proletariats die notwendige Bedingung für die Machtübernahme darstellt und behauptet, dass

»*das positive Merkmal, wenn man so sagen kann, für die Übernahme der Macht durch das Proletariat allein im Proletariat gelegen ist und sich ausdrückt in dem revolutionärem Entwicklungsstadium, in dem das Proletariat sich befindet. (...) Nicht das Negativum auf Seiten der Bourgeoisie, sondern das Positivum auf Seiten des Proletariats ist das Entscheidende*.«¹⁷⁷⁶

Im Gegensatz zu dem, was Radek denkt, gibt es keine Korrelation zwischen dem Grad der Verwirrung und Desorganisation, den die Bourgeoisie erreicht hat, und dem Grad der Klarheit und Organisation, den das Proletariat erreicht hat. Das deutsche Beispiel – die »*große Illusion*« der »*Einheit*« im November 1918 – zeige dies deutlich,

»*wo einer momentanen völligen Ohnmacht und Zerfahrenheit der Bourgeoisie nicht eine entsprechende Klarheit und Entschlossenheit, sondern eine nicht minder große Ohnmacht und Zerfahrenheit des Proletariates gegenüberstand*.«¹⁷⁷⁷

1774 Ebenda, S. 58.

1775 Ebenda.

1776 S. Levi, »Die Lehren der Ungarischen Revolution«, Die Internationale, Nr. 24, 24. Juni 1920, S. 35. [Nachdruck in a.a.O., hier S. 1816]

1777 Ebenda. [Nachdruck in a.a.O., hier S. 1816]

Beim Versuch, Rosa Luxemburgs Gedanken zu verdeutlichen, schreibt Levi,

»dass normalerweise [...] zwischen bourgeoischer Nacht und proletarischem Tag sich eine Dämmerung einschieben wird. In solch einem Dämmerzustand, in dem die Kraft der Bourgeoisie unter Umständen schon so geschwunden ist, dass physisch die Gewaltübernahme schon einer kleinen Minderheit möglich sein würde, erwächst für uns Kommunisten die erste große positive Aufgabe, die wir durchzuführen haben: die Organisation des Proletariates als Klasse in den Räten. Und ich glaube, dass das Ergebnis und der Stand dieses Organisationsprozesses der proletarischen Klasse – der natürlich auch nicht formularmäßig ›im Rätssystem‹ vor sich gehen kann und der ein Auf und Ab von Kämpfen, Demonstrationen, Aktionen usw. sein wird – maßgebend ist für den Zeitpunkt der Übernahme der Regierungsgewalt durch die Kommunisten und dass das und nichts anderes Rosa Luxemburg zum Ausdruck gebracht hat.«¹⁷⁷⁸

Der Fehler der ungarischen Kommunist*innen besteht also laut Levi darin, die Macht übernehmen zu wollen und übernommen zu haben, als das Proletariat noch nicht bereit war, als, wie in Deutschland 1918, sein Klassenbewusstsein noch von den tragischen Illusionen über die »Vereinigung aller Sozialisten« vernebelt war. Ohne die Notwendigkeit des Klassenterrors zu leugnen, widerlegt Levi energisch Radeks Argument über die Notwendigkeit, »Galgen aufgerichtet [zu] halten.«¹⁷⁷⁹

Im »Augenblick der Konstituierung der Räteherrschaft den Galgen zur Methode der Einigung und Zusammenschließung des Proletariats zu erheben, die Organisierung und Konsolidierung des Proletariates nicht auf der Basis des ›klaren und unzweideutigen Willens der großen Mehrheit des Proletariates‹, ›ihrer bewussten Zustimmung zu den Ansichten, Zielen und Kampfmethoden‹ der Kommunisten (wie Rosa Luxemburg sagt), sondern auf der Basis des gegenseitigen Henkens und Gehängtwerdens vorzunehmen: Das scheint mir – ich will kein scharfes Wort gebrauchen – doch eine sehr unglückliche Methode des Zusammenschlusses des Proletariates zu sein. (...) Ich glaube auch nicht, dass die Methode jemals angewendet worden ist, noch Aussicht hätte, angewendet zu werden. Mir ist zumal nicht bekannt, dass etwa die russische Räterepublik neben Hammer und Sichel den Galgen als verbindendes Drittes in ihr Wappen aufgenommen hätte, und glaube, dass diese Unterlassung nicht auf Zufall oder verstecktem Erröten, sondern einfach darauf beruht, dass auch die russische Räterepublik auf anderen Grundlagen aufgebaut ist, als denen, die Genosse Radek in Ungarn empfiehlt. Das Band, das die proletarische Klasse als solche zusammenhält, kann vielleicht kein Rosenband sein, aber sicherlich auch kein Galgenstrick.«¹⁷⁸⁰

1778 Ebenda, S. 36. [Nachdruck in a.a.O., hier S. 1817 f.]

1779 Radek, a.a.O. S. 59.

1780 Levi, a.a.O. S. 37. [Nachdruck in a.a.O., hier S. 1818 f.]

Die Fehler der Kommunist*innen in Bayern sind anderer Natur. Von Leviné reorganisiert und «gereinigt», ließen sich die bayerischen Kommunisten nicht in die Falle der sozialistischen Einheit bringen. Sehr richtig weigerten sie sich, das »Monster« zu unterstützen, das die erste Räterepublik Bayerns war, die aus der Vereinbarung zwischen Anarchist*innen, Mehrheitler*innen und Unabhängigen entstand. Aber sie übernahmen die Macht, weil die Münchner Arbeiter*innen es wollten, und weil sie wie Radek dachten, dass es ihre Pflicht sei, auf der Seite der arbeitenden Massen zu stehen, auch wenn sie sich irrten. Levi glaubt tatsächlich, dass sich die Verantwortung der Kommunisten nicht auf die Solidarität mit den Massen in diesem oder jenem Moment reduziert, sondern dass sie darin besteht, die Aktion für das gesamte Proletariat und für die gesamte revolutionäre Periode zu leiten. Was Kommunist*innen kennzeichnet, ist, dass sie ein revolutionäres, universelles Ziel und die Verantwortung haben, die arbeitenden Massen zum Sieg zu führen:

»Mit den Parolen herauszutreten, die immer gerade der Masse auf der Zunge liegen, ohne Rücksicht auf die weiten Zusammenhänge der Revolution: Das ist nicht kommunistisch, sondern ‚unabhängig‘. Wenn wir Kommunisten uns also bedingungslos immer gerade dahin stellen, wo die Massen stehen, immer für das kämpfen, wofür die Massen kämpfen wollen, ‚ob wir siegen oder eine Niederlage erleiden‘, so ist das nicht nur die Aufhebung unseres politischen Selbstbestimmungsrechtes, sondern es ist die Verleugnung unserer führenden Rolle in der Revolution. Wir sind dann nicht mehr deren Kopf, sondern deren Schwanz.«¹⁷⁸¹

Indem er sich gegen Radek dem Beispiel der russischen Revolution zuwendet, zeigt er, dass es genau diese Haltung ist, die die Bolschewiki im Juli 1917 einnahmen: Sie zögerten nicht, sich in Petrograd gegen den Strom zu stellen und einer vorübergehenden Unpopularität zu trotzen, um eine Perspektive zu verteidigen, die sie für richtig hielten. Lenin zitierend, erinnert er daran, dass

»es nicht genügt, ein Revolutionär oder ein Anhänger des Sozialismus oder ein Kommunist im Allgemeinen zu sein. Man muss verstehen, in jedem Augenblick das besondere Glied der Kette zu finden, das man mit aller Kraft erfassen soll, um die ganze Kette zu halten und den Übergang zu dem nächsten Gliede dauerhaft vorzubereiten.« Und von diesem Gesichtspunkt aus ist es gar kein Zurückweichen, sondern gerade das dauerhafteste Festhalten an der Revolution, wenn man taktische Parolen ausgibt, die die sichere oder voraussehbare Niederlage vermeiden.«¹⁷⁸²

1781 Ebenda, S. 39. [Nachdruck in a.a.O., hier S. 1821]

1782 Ebenda. [Nachdruck in a.a.O., hier S. 1822, das Zitat ist aus »Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht« (1918), eine andere Übersetzung ist in Lenin Werke, Bd. 27, S. 265.]

Die Schlussfolgerung Levis ist ohne jeden Zweifel vom Eindruck der enttäuschenden Jahre 1918-1919 geprägt, denn die Gewohnheit der Niederlagen hat ihn nicht auf den Geschmack gebracht:

»seit den Berliner Schlachttagen des Januar und März 1919, seit dem Ausgang von München und Ungarn ist mein Glauben an die Wundertätigkeit der Niederlage erschüttert. Ich glaube nicht, dass man gut tut, über so schwere Niederlagen leicht hinwegzugehen wie Radek über die ungarische (...) Ich hege, wie die Dinge liegen, die Befürchtung, dass die Verhältnisse in Ungarn dem dortigen Proletariat auf lange hinaus nicht gestatten, diesen ›verstärkten und vertieften‹ Willen« (von dem Radek spricht) »zu entfalten. Ich empfinde Ungarn wie München als einen Passiv-, keinen Aktivposten der Weltrevolution und kann mich nicht davon überzeugen, dass es kommunistische Führung sei, so die Aktionen zu treiben, als sei es gleichgültig, ob ein Aktiv- oder ein Passivposten herauskommt, geschweige denn, dass ich sagen könnte: Man muss auch eine Niederlage herbeiführen, wenn man keinen Sieg herbeiführen kann –; denn auch die Niederlage hat ja ihr Gutes.«¹⁷⁸³

In der Tat ist die Diskussion über die bayerische und ungarische Revolution, gerade in Deutschland, keine akademische Diskussion. Was Levi anhand von Radeks Argumenten bekämpft, ist mindestens ebenso sehr der Putschismus, der in der Partei sein Angstgegner war, wie die militärische Form des Bürgerkriegsbolschewismus, die sich in Argumenten für den Terror ausdrückt, und es ist auf jeden Fall das, was die Spartakist*innen als eine Manifestation des »Blanquismus« zu betrachten pflegen, die Versuchung der Partei, sich selbst an die Stelle des Proletariats zu setzen, die linksradikale Illusion der Nachkriegsjahre. Menschen wie Radek und Frölich ihrerseits sehen in Levis Putschismuseindlichkeit eine Tendenz zum Abwarten, eine Neigung zu rein propagandistischer Tätigkeit, eine subtile Form des Opportunismus, die unter dem Vorwand, die Mehrheit der Proletarier*innen zu überzeugen und für sich zu gewinnen, in Wirklichkeit auf die revolutionäre Aktion verzichtet, die er immer auf eine günstigere Konjunktur verschiebt. Die Unterschiede sind im Moment nicht grundlegend, aber sie drohen es zu werden. In der Zwischenzeit bleibt das Problem so gestellt: Wie kann man die Kommunistische Partei aufbauen, wie kann man die Hunderttausenden von Arbeiter*innen für den Kommunismus gewinnen, die der Partei Noskes, Eberts und Scheidemanns den Rücken gekehrt haben und die die Basis der unabhängigen sozialdemokratischen Partei bildeten, dieser »zentristischen« Partei, die heute in den Augen der Führer*innen in Berlin wie in Moskau tatsächlich das Hindernis für die Eroberung eines wesentlichen Teils der Arbeiter*innenklasse durch den Kommunismus darstellt?

¹⁷⁸³ Ebenda, S. 40. [Nachdruck in a.a.O., hier S. 1823]

Die Internationale und die Unabhängigen

Genau dieses Problem der Eroberung der Massen, die den unabhängigen Führer*innen folgen, lieferte Lenin in »Die Kinderkrankheit« das Beispiel, das dazu dient, die Notwendigkeit des Kompromisses zu demonstrieren. Gegen die Anhänger*innen der »kleinen, harten, festen Kerne« schreibt er, dass die jüngsten Ereignisse die von ihm immer vertretene Meinung bestätigt hätten, »dass die **revolutionäre deutsche Sozialdemokratie** (...) der Partei am nächsten kam, wie sie das revolutionäre Proletariat braucht, um siegen zu können.«¹⁷⁸⁴ Den Beweis dafür sieht er nicht nur in der Kontinuität zwischen »revolutionärer Sozialdemokratie« und Spartakus, aus der die deutsche kommunistische Partei hervorging, sondern in der inneren Entwicklung der Massenpartei, die die unabhängige Partei ist:

»Jetzt, im Jahre 1920, nach all den schmachvollen Bankrotten und Krisen der Kriegszeit und der ersten Nachkriegsjahre, ist deutlich zu sehen, dass von allen Parteien des Westens gerade die deutsche revolutionäre Sozialdemokratie die besten Führer hervorgebracht und sich auch schneller erholt hat, schneller genesen und wiedererstarkt ist als die anderen. Das sieht man sowohl am Spartakusbund als auch am linken, proletarischen Flügel der ›Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands‹, der einen unentwegten Kampf gegen den Opportunismus und die Charakterlosigkeit der Kautsky, Hilferding, Ledebour und Crispian führt.«¹⁷⁸⁵

1919 war Lenin jedoch weit davon entfernt, den linken Flügel der Unabhängigen Partei so positiv zu bewerten. In einem der Berner Konferenz gewidmeten Artikel hatte er deren Sprecher Däumig heftig angegriffen, ihm »Byzantinismus«, »knechtische Dienstbeflissenheit gegenüber den philisterhaften Vorurteilen des Kleinbürgertums« vorgeworfen und von ihm gesagt, der »Radikalismus« sei »keinen roten Heller wert«, seinesgleichen seien »feige Spießbürger« und »reaktionäre Trübsalbläser.«¹⁷⁸⁶ Es ist das gleiche Misstrauen, das Radeks Haltung vor dem Leipziger Kongress zu inspirieren scheint.

Die Entwicklung des linken Flügels der Unabhängigen Partei im Laufe des Jahres 1919, das Bekenntnis der Partei zum Prinzip der Diktatur des Proletariats und der Leipziger Beschluss über die Internationale hatten die Haltung der Führer*innen der Exekutive verändert, ohne jedoch ihre grundsätzliche Haltung gegenüber den Führer*innen des Zentrums und der Rechten zu ändern: Es ging nun darum, die Mehrheit der Arbeiter*innen, die der unabhängigen Partei folgten, für eine Mitgliedschaft in der Kommunistischen Internationale zu gewinnen, was für die Partei selbst nur

¹⁷⁸⁴ Œuvres, Bd. XXX, S. 28. [tats. Band XXXI, dt. Werke Band 31, S. 18]

¹⁷⁸⁵ Ebenda. [dt. a.a.O.]

¹⁷⁸⁶ Œuvres, Bd. XIX, S. 400. [dt. Ausg., S. 385]

wichtige Konsequenzen haben konnte. Am Tag nach dem Leipziger Parteitag hatte Radek am Vorabend seiner Rückkehr nach Russland ein offizielles Gespräch mit dem unabhängigen Vorstand über die Aussichten einer Mitgliedschaft¹⁷⁸⁷. Am 15. Dezember wandte sich Crispian im Namen der Partei an die Exekutive der Internationale und zur gleichen Zeit an die der Zweiten Internationale feindlichen sozialistischen Parteien Europas, und schlug ihnen die Organisierung einer internationalen Konferenz vor, die in Deutschland oder Österreich abgehalten werden könnte¹⁷⁸⁸. Damit ist die Anwendung der von den unabhängigen Führer*innen ausgearbeiteten Taktik umrissen: alles zu tun, um nicht allein den Russ*innen gegenüberzustehen.

Die Reaktionen der verschiedenen Organe der Internationale zeugen von einem gewissen Mangel an Homogenität. Das westeuropäische Sekretariat – mit Sitz in Berlin – reagierte als erstes, und zwar auf brutale Art und Weise und so, als ob der Leipziger Parteitag kein neues Element darstellte. Es machte den Unabhängigen deutlich, dass sie noch den Beweis antreten müssten, dass sie Revolutionär*innen seien, und es verweigerte jede Diskussion mit Parteien, die noch »Sozialpatrioten« in ihren Reihen umfassten; es erklärte, dass sie nur öffentliche Verhandlungen mit der unabhängigen Partei in Betracht ziehen könne, wodurch klar wurde, dass es beabsichtigte, einen rücksichtslosen politischen Kampf zu führen¹⁷⁸⁹.

Die Antwort der Exekutive vom 5. Februar war wesentlich positiver¹⁷⁹⁰. Zweifellos stellt dieser von Sinowjew unterzeichnete Text zum großen Teil eine schwere Anklage gegen die Leitung der unabhängigen Partei dar, deren Politik »*das beständige Schwanken zwischen dem offenen Sozialverrat vom Typus Noske und der Linie des revolutionären Proletariats*« gewesen sei. Zweifellos schleudert Sinowjew viele Anschuldigungen gegen die Unabhängigen, wie die, parlamentarische Illusionen in den Massen zu fördern, die deutschen Arbeiter*innen zu erschrecken und sie vor der proletarischen Revolution zu warnen, indem sie den Terror in Sowjetrußland anprangern, den antimilitaristischen Kampf zu vernachlässigen und der Diktatur des Proletariats nur ein Lippenbekenntnis gegeben zu haben. Wie das westeuropäische Sekretariat warf die Exekutive den unabhängigen Führer*innen vor, dass sie Beziehungen zu den sozialdemokratischen Parteien unterhielten, dass sie sich weigerten, die Kämpfe der Kolonialvölker zu unterstützen, dass in den Reihen ihrer Partei ein Kautsky, ein erklärter Gegner des Bolschewismus, anwesend war und vor allem, dass sie durch die gleichzeitige Aufnahme von Gesprächen mit der KI und allen zentralistischen Parteien »*den Beschluss des Leipziger Kongresses ihrer eigenen Partei sabotie-*

1787 Nach Freiheit, 25. Juni 1920.

1788 Text in Freiheit, 2. Januar 1920.

1789 Spartakus, Nr. 5/6, Januar 1920.

1790 »Die Rote Fahne«, 23., 26., 27., 28. April 1920. [Siehe auch: Manifest, Richtlinien, Beschlüsse des ersten Kongresses. Aufrufe und offene Schreiben des Exekutivkomitees bis zum zweiten Kongress. Hamburg 1920, S. 195-213]

ren.«¹⁷⁹¹ Der Aufruf schlägt »den vorgeschrittenen Arbeitern Deutschlands« vor, diese Antwort »in öffentlichen proletarischen Versammlungen« zu debattieren und »von den Führern der USP genaue und klare Antworten« zu verlangen, und war eindeutig eine Einladung zu fraktionellem Kampf und zur Organisation von Druck von außen mit der Perspektive einer Spaltung. Aber er bricht deswegen nicht die Brücken ab und erklärt sich bereit, in Moskau die Vertreter*innen der Parteien zu empfangen, wer immer sie sind, »die sich zum endgültigen Bruch mit der Zweiten Internationale bereit erklären.« Er deutet sogar das Ausmaß möglicher Zugeständnisse seinerseits an, indem er angibt:

»Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale ist sich dessen bewusst, dass infolge der Kompliziertheit der Beziehungen und der spezifischen Eigentümlichkeiten in der Entwicklung der Revolution streng mit diesen Eigentümlichkeiten gerechnet werden muss. Wir sind durchaus bereit, die Dritte Internationale zu erweitern, die Erfahrung der proletarischen Bewegung in allen Ländern in Betracht zu ziehen, das Programm der Dritten Internationale auf Grund der Theorie des Marxismus und der Erfahrung des revolutionären Kampfes in der ganzen Welt zu korrigieren und zu ergänzen.«¹⁷⁹²

Die Dinge sollten jedoch monatelang dort bleiben, das Ergebnis eines Versteckspiels, bei dem die unabhängige Partei verkündete, sie habe keine Antwort der Exekutive auf ihr Schreiben vom 15. Dezember erhalten, und nachdem sie den Grundsatbschluss gefasst hatte, eine Delegation nach Moskau zu schicken, vergeblich die Adresse verlangte, unter der sie den Vermittler erreichen konnte, den das westeuropäische Sekretariat für sie in den Verhandlungen mit der Exekutive darstellte¹⁷⁹³. Als die Verhandlungen wieder aufgenommen wurden, waren viele Ereignisse eingetreten: der Kapp-Putsch und die Gegenreaktion der Arbeiter*innen, die Rache der Reichswehr, die Parlamentswahlen und Anfang April die Gründung der linksradikalen Partei, der KAPD¹⁷⁹⁴, die die Aufgabe der kommunistischen Unterhändler erschweren sollte, auch wenn sie am Ende ein echtes Hindernis für die Beziehungen zwischen der KPD(S) und den Unabhängigen beseitigte¹⁷⁹⁵.

Tatsächlich erschien Anfang April Michel Borodin in den zentralen Räumlichkeiten der unabhängigen sozialdemokratischen Partei: Er wurde von der Exekutive der Internationale geschickt und trug ein Einführungsschreiben des westeuropäi-

¹⁷⁹¹ Bereits am 20. Dezember 1919 hatte Däumig in der »Freiheit« auf die offenkundige Feindseligkeit der Presse seiner Partei und deren unehrliche, böswillige und unvollständige Berichterstattung über den Leipziger Kongress hingewiesen.

¹⁷⁹² »Die Rote Fahne«, 28. April 1920.

¹⁷⁹³ Freiheit, 26. Juni 1920.

¹⁷⁹⁴ Siehe Kapitel XVIII.

¹⁷⁹⁵ Die rechten Unabhängigen würde behaupten, dass dies ein »neues Element« in der Situation war, aber die Linke sah, dass ihre schärfsten Gegner*innen auf der kommunistischen Seite sich entfernten.

schen Sekretariats sowie den Brief Sinowjews vom 5. Februar bei sich¹⁷⁹⁶. Die unabhängigen Führer*innen waren erstaunt über die Langsamkeit der Übermittlung dieses Dokuments, das sie selbst dennoch erst ab dem 20. Mai – und nicht in ihrer gesamten Presse¹⁷⁹⁷ – veröffentlichten, während die KPD(S) es ab dem 23. April öffentlich machte¹⁷⁹⁸. Das Gespräch zwischen Crispian und Borodin beschränkte sich auf Fragen des unabhängigen Führers, der den guten Glauben seiner Genoss*innen beteuerte und seinen Vorschlag wiederholte, sobald der Wahlkampf vorbei sei, eine Delegation zu schicken, um direkt in Moskau Verhandlungen aufzunehmen¹⁷⁹⁹. Die kommunistische Presse macht jetzt eine direkte Kampagne für die Mitgliedschaft der Unabhängigen in der Internationale¹⁸⁰⁰. Der linke Flügel der Unabhängigen nahm Kampfpositionen ein, und Wilhelm Herzog betitelte seinen Leitartikel im Forum: »Von Leipzig nach Moskau. Klarheit um jeden Preis.«¹⁸⁰¹ Zu dieser Zeit vereinbarte er mit Borodin einen Besuch in Moskau, der zu heftigen Angriffen der »Freiheit« führen sollte¹⁸⁰². Die direkten Gespräche wurden ab dem 30. April in Berlin fortgesetzt, mit der Ankunft Alexander Schljapnikows, der am 7. Mai zu einer Sitzung des unabhängigen Vorstands eingeladen wurde: Dort dementierte er kategorisch, dass die Internationale den Ausschluss irgendeines rechten Unabhängigen zur Bedingung für die Aufnahme von Beitrittsgesprächen gemacht habe und dass eine Fusion mit der KPD(S) in irgendeiner Weise eine Voraussetzung für die Mitgliedschaft in der Internationale darstelle, wie Crispian behauptete¹⁸⁰³.

Von da an beschleunigte sich alles: Zu dem Druck hinter den Kulissen und der ausgestreckten Hand für Verhandlungen kam der öffentliche Druck der Internationale auf die Aktivist*innen der unabhängigen Partei durch die Presse und die kommunistischen Aktivist*innen hinzu. Radek wandte sich in seiner Eigenschaft als Sekretär der Internationale an »die USP«¹⁸⁰⁴, drückte sein Erstaunen über das Schweigen ihrer Führer*innen aus, die auf den Brief vom 5. Februar nicht geantwortet hätten, protestierte dagegen, dass sie ihn ebenso wenig veröffentlicht hatten wie ihre eigene Antwort¹⁸⁰⁵, und wiederholte den Vorschlag, eine Delegation zu direkten Verhandlungen nach Moskau zu schicken, die für ihn den Test für die Aufrichtigkeit der unabhän-

1796 Freiheit, 26. Juni 1920.

1797 Ebenda. Die Leitung der unabhängigen Partei berief sich auf die Notwendigkeiten des Wahlkampfes und den »Mangel an Papier.«

1798 Siehe Anmerkung 78 oben.

1799 Stenografische Aufzeichnung dieser Gespräche, Freiheit, 26. Juni 1920.

1800 Die von Borodin gebrachten Dokumente wurden in den Zeitungen der KPD(S) veröffentlicht und die Unabhängigen beschuldigt, sie zu verheimlichen.

1801 Das Forum, Nr. 7, April 1920, S. 481-484, vor Sinowjews Brief vom 5. Februar.

1802 Er blieb von Mai bis August 1920 in Sowjetrußland. Ein Dossier der Angriffe der »Freiheit«, aus der Korrespondenz Borodins, Radeks und von ihm selbst in »Die Wut des Hilfergedinges«, Forum, Nr. 11. April [tats. August] 1920, S. 866-870.

1803 Freiheit, 26. Juni 1920.

1804 »Die Rote Fahne«, 12. Juni. [»Radek an die USP«, S. 1, SS. 1-2]

1805 Er wird ab dem 11. Juli in der Freiheit veröffentlicht.

gigen Führer*innen darstellte¹⁸⁰⁶. Der unabhängige Vorstand antwortete telegrafisch, dass er damit einverstanden sei, Delegierte nach Moskau zu schicken. Am 9. Juni erfuhr er vom westeuropäischen Sekretariat die Tagesordnung des 2. Weltkongresses, zu dem er eingeladen war, Delegierte zu entsenden, was er in seinen Sitzungen am 11. und 19. Juni tat¹⁸⁰⁷.

Man war einem Bruch sehr nahe, und im selben Monat Juni wurde in einem Brief der Exekutive, der nicht nur von Sinowjew und Radek, sondern auch von Lenin selbst und den anderen russischen Führer*innen unterzeichnet war¹⁸⁰⁸, die Anschuldigung der Sabotage der Leipziger Beschlüsse durch die unabhängigen Führer*innen bekräftigt und den Aktivist*innen mitgeteilt:

»Dieses Verhalten beweist, dass wir recht hatten, als wir sagten, dass Euer Beitritt zur Dritten Internationale nur über den Kopf der rechten Führer hinweg vollzogen werden könne.«¹⁸⁰⁹

Der so lancierte Aufruf an die Aktivist*innen, Orts- und Regionalorganisationen der unabhängigen Partei, sich zu versammeln, um direkt Delegierte zu wählen, die sie in Moskau vertreten sollten, bedeutete, dass die Exekutive den Weg der vorläufigen Spaltung wählte, den am wenigsten sicheren und sicherlich den kostspieligsten: die Ernennung von vier offiziellen Delegierten durch die unabhängige Partei, Cripsien und Dittmann auf der einen Seite, Stoecker und Däumig auf der anderen, lässt alle Möglichkeiten offen. Aber es ist klar, dass die KPD(S) ihrerseits harte Positionen vertritt, da ihr Zentralkomitee am 17. Juni beschloss, zu verlangen, dass die unabhängige Partei, sollte sie die Aufnahmebedingungen akzeptieren, ihren revolutionären Willen durch den Ausschluss ihrer rechten Führer*innen unter Beweis stellt¹⁸¹⁰, Sie bekräftigt gleichzeitig ihre Entschlossenheit, sich jeder Aufnahme der KAPD in die Internationale, in welcher Form auch immer, zu widersetzen:

Für »zwei kommunistische Parteien [ist] in Deutschland kein Platz.«¹⁸¹¹

Die Frage der KAPD provozierte in der Tat innerhalb der kommunistischen Bewegung ähnliches Zögern. Auch hier waren die Reaktionen des westeuropäischen Sekretariats nicht identisch mit denen der Exekutive. Ersteres hatte bereits am 18. April eine scharfe Verurteilung der Spalter*innen ausgesprochen, die es formell beschuldigte, mit den Verfechtern der Theorie des »Nationalbolschewismus« in Verbindung

¹⁸⁰⁶ Siehe Freiheit, 31. Mai 1920.

¹⁸⁰⁷ Freiheit, 27. Juni 1920.

¹⁸⁰⁸ Text, undatiert, in Manifest Richtlinien ... S. 322-325 unter dem Titel »An alle Orts- und Landesorganisationen der Unabhängigen Sozialistischen Partei Deutschlands, an alle Arbeiter, die Mitglieder der USPD sind.«

¹⁸⁰⁹ Ebenda, S. 324.

¹⁸¹⁰ »Die Rote Fahne«, 24. Juni 1920. [»Sitzung des Zentralausschusses«, S. 3, Spalte 3]

¹⁸¹¹ Ebenda.

zu stehen und während der Märzereignisse Kontakte zu bestimmten Agent*innen der Kapp-Putschist*innen gehabt zu haben, wo sie außerdem abenteuerliche Themen entwickelt und Terrorismus und Sabotage befürwortet hätten¹⁸¹². Es bestreitet den Anspruch der neuen Partei, Mitglied der Dritten Internationale zu sein, während sie sich das Recht anmaßt, die Parteien, die sich ihr bereits angeschlossen haben, heftig anzugreifen¹⁸¹³. Es ist eine eindeutige Absage.

Das Kommuniqué der Exekutive vom 3. Juni ließ dem gegenüber die Tür für die Rückkehr der Spalter*innen und deren Anschluss an die Internationale offen¹⁸¹⁴. Ein offener Brief, datiert vom 2. Juli, adressiert von der Exekutive »an die Mitglieder der Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands«, erklärt dies¹⁸¹⁵. An die »revolutionären Arbeiter« dieser Partei gewandt, erinnert die Exekutive daran, dass die Spaltung aus ihrer Sicht nicht notwendig war und dass eine Wiedervereinigung möglich bleibe, wenn die KAPD es wirklich will. Aber sie hielt es für notwendig, Garantien für ihre Absichten zu geben, die zumindest durch den Ausschluss Wolffheims und Laufenberg und der im März mit dem Militär kompromittierten Verfechter*innen des »Nationalbolschewismus«¹⁸¹⁶ sowie den Otto Rühles, der sich als offener Feind der russischen Revolution und der bolschewistischen Partei verhielt¹⁸¹⁷, konstituiert werden konnten. Sie erinnerte an die Positionen der Internationale zugunsten der Teilnahme an Wahlen und der aktivistischen Arbeit in den Gewerkschaften und bekräftigte ihre prinzipielle Übereinstimmung mit der KPD(S), die es als einzige deutsche Mitgliedspartei der Internationale noch einmal unterstrich. Sie erinnert jedoch daran, dass sie die von der Führung der KPD(S) angegebene Motivierung für ihre Erklärung zur loyalen Opposition »völlig irrig« findet, und gibt zu, dass »die Zentrale des Spartakusbundes im Organisationskampf mit den Elementen der Opposition nicht immer genügend Ruhe und Umsicht geäußert«¹⁸¹⁸ habe. Schließlich machte sie konkrete Vorschläge im Hinblick auf die Wiedervereinigung: die Bildung eines pari-

1812 Die Hamburger*innen waren offensichtlich die ersten, die ins Visier genommen wurden. Wolffheim für seine Kontakte zu den Offizieren des Generals von Lettow-Vorbeck (laut einer Aussage Brandlers gegenüber O. E. Schüddekopf, Linke Leute von Rechts, S. 433, sei er sogar der Sekretär des Generals gewesen), sondern auch Laufenberg, der zusammen mit Wolffheim am Vorabend des Putsches mit Reventlow zusammengetroffen sei (Ebenda, S. 435). Unter den anderen Führer*innen der KAPD, denen solche Kontakte vorgeworfen werden, findet sich der Berliner Arbeiter Fritz Rasch: Die Freiheit wird (10. Juni 1920 [Morgen-Ausgabe, S. 2, SS. 2-3, »Das Lockspitzeltum der Konterrevolution«, hier SS. 3]) einen Brief eines Mitarbeiters Kapps veröffentlichen, in dem dieser über seine Gespräche mit den »Kappisten« spricht (Brief von Heimburg, 14. März 1920) und erklärt, dass für General von Falkenhause »keine Bedenken gegen Verhandlungen mit Herrn Rasch bestehen.« Rasch wird dementieren (»Die Rote Fahne«, 16. Juni 1920, nach KAZ).

1813 »Die Rote Fahne«, 22. April 1920.

1814 Ebenda, 15. Juni 1920.

1815 Ebenda, 13, 14, 16, 17, 20 und 21. Juli 1920. [Auch Manifest ..., S. 292-319]

1816 Ebenda, 17. Juli 1920.

1817 Ebenda, 20. Juli 1920. Otto Rühle befand sich seit Ende Mai in Russland (Bock, a. a. O., S. 255).

1818 »Die Rote Fahne«, 21. Juli 1920. [Manifest ..., S. 294]

tätischen Büros KPD(S) – KAPD unter der Präsidentschaft eines Vertreters der Exekutive und die Entsendung einer KAPD-Delegation zum 2. Weltkongress¹⁸¹⁹.

Es ist daher die Aufgabe des 2. Kongresses, das Problem der Wiedervereinigung der deutschen Kommunist*innen zu lösen und durch den Beitritt aller oder eines Teils der Massen der unabhängigen Partei zur Kommunistischen Internationale einen wichtigen Schritt zum Aufbau einer »Kommunistischen Massenpartei« in Deutschland zu tun. Die Aufgabe ist nicht einfach, und die Exekutive wünscht sich offensichtlich eine totale Vereinigung, in der der revolutionäre und kämpferische Geist der KAPD die opportunistischen Tendenzen der unabhängigen sozialdemokratischen Partei und die Passivität der KPD(S)-Leitung korrigieren würde.

1819 Ebenda. Merges war bereits nach Moskau abgereist mit dem Auftrag, dort mit Rühle die KAPD bei den Verhandlungen, die am 19. Juli begannen, zu vertreten. (Bock, Ebenda).

Kapitel XXI: Die großen Erwartungen von 1920

Der I. Kongress der Internationale hatte nur eine reduzierte Teilnahme von nicht-russischen Delegierten, größtenteils ohne Mandat, aufgewiesen. Der Zweite Kongress sah einen Zustrom von ausländischen Delegierten. Seit einigen Monaten gewinnt die Strömung zugunsten des Beitritts zur Dritten Internationale in allen sozialistischen Parteien der Welt an Boden. Die norwegische und die italienische Partei haben bereits ihren Beitritt erklärt; so bedeutende Massenparteien wie die Französische Sozialistische Partei und die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands klopfen an die Tür der Internationale, deren Anziehungskraft sich auch auf gewerkschaftliche Truppen, wie die IWW von Amerika, und auf gewerkschaftliche Massenorganisationen wie die spanische CNT auswirkt. Diese politische Lage war in diesen letzten Monaten des Bürgerkriegs mit einer günstigen militärischen Lage gekoppelt. Ende April 1920 griff die polnische Regierung Marschall Piłsudskis Sowjetrußland an und startete damit den Bürgerkrieg erneut, den Baron Wrangel, unterstützt und finanziert von der französischen Regierung, im südwestlichen Teil des russischen Territoriums führte. Die bolschewistische Regierung befürchtete zunächst eine die polnische Offensive weiterführende Generaloffensive der Entente, und Radek warnte die Zentrale der KPD(S), dass der polnisch-russische Konflikt neue Perspektiven eröffne: Am 18. Mai erging in einem Manifest der Exekutive ein Aufruf an das Weltproletariat zur Verteidigung Sowjetrußlands mit allen Mitteln gegen »das weiße Polen.« Doch im Juli nahm der Krieg eine für viele überraschende Wendung: Die Rote Armee unter dem Kommando Michail Tuchatschewskis schlug die polnische Armee, startete ihrerseits einen Gegenangriff und marschierte auf Warschau zu.

Ein optimistischer Kongress

Bei der Eröffnungssitzung des Kongresses am 19. Juli ist Sinowjew feierlich:

»Der II. Kongress der Kommunistischen Internationale ist in dem Augenblick in die Geschichte eingetreten, in dem er seine Sitzungen eröffnet hat. Behaltet diesen Tag im Gedächtnis. Wisset, dass dieser Tag die Belohnung für alle Eure Entbehrun-

*gen und für Euren tapferen und standhaften Kampf ist. Erzählt und erklärt Euren Kindern die Bedeutung des heutigen Tages! Prägt Euren Herzen die gegenwärtige feierliche Stunde ein!*¹⁸²⁰

Er würde später erzählen:

*»Im Kongresssaal hing eine große Karte, auf der jeden Tag die Bewegungen unserer Truppen verzeichnet wurden. Und die Delegierten betrachteten jeden Morgen mit fasziniertem Interesse diese Karte. Sie war gewissermaßen ein Symbol: Die besten Vertreter des internationalen Proletariats verfolgten mit atemlosem Interesse, man könnte sagen, mit angehaltenem Atem, jeden Vorstoß unserer Armeen, und jeder war sich vollkommen bewusst, dass die Verwirklichung des von unserer Armee gesetzten militärischen Ziels eine enorme Beschleunigung der internationalen proletarischen Revolution bedeuten würde.«*¹⁸²¹

Die ausländischen Delegierten und die russischen Führer*innen waren sich in diesem Punkt einig. Während der Diskussion über einen von Paul Levi verfassten und an das Weltproletariat gerichteten Aufruf zum Thema des polnischen Krieges ruft Ernst Däumig, einer der vier Delegierten der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, aus:

*»jeder Kilometer, den die rote Armee zurücklegt, (...) ist ein Schritt zur Revolution in Deutschland.«*¹⁸²²

Änderungen in letzter Minute an den Textentwürfen wurden von den Russ*innen selbst vorgenommen, um der aus ihrer Sicht neuen Konjunktur Rechnung zu tragen. So enthielt der von Lenin am 4. Juli verfasste Resolutionsentwurf zu den Aufgaben die Redewendung, dass

*»die derzeitige Aufgabe der kommunistischen Parteien nicht darin besteht, die Revolution zu beschleunigen, sondern darin, die Vorbereitung des Proletariats zu verstärken.«*¹⁸²³

Aus diesem Satz wird in dem von ihm schließlich dem Kongress vorgelegten Text, dass

¹⁸²⁰ Protokoll des II ... , S. 14.

¹⁸²¹ Stenografischer Bericht des 10. Parteitags der RKP(B), S. 271, zitiert von E. H. Carr, Bolschewik Revolution. Bd. III. S. 188. [hier Neuübersetzung aus dem Russischen nach der Neuausgabe des Protokolls, Moskau 1933, S. 505]

¹⁸²² Protokoll des II ... , S. 370. [Tatsächlich wurde der von Levi eingebrachte Aufruf in der Eröffnungssitzung am 19. Juli ohne Diskussion beschlossen, s. S. 51-56, das Zitat hier ist aus der Diskussion über die Bedingungen der Aufnahme in die Kommunistische Internationale in der 9. Sitzung, am 29. Juli]

¹⁸²³ Œuvres, Bd. XXXI, S. 191. [»Thesen über die Hauptaufgaben des Zweiten Kongresses der Kommunistischen Internationale«, Lenin Werke, Band 31, S. 172-189, hier S. 177]

»die Aufgabe des Augenblicks für die kommunistischen Parteien jetzt darin besteht, die Revolution zu beschleunigen, ohne sie durch künstliche Mittel hervorzurufen, ehe nicht eine genügende Vorbereitung erfolgt ist.«¹⁸²⁴

Alles scheint den Revolutionär*innen zu beweisen, dass die revolutionäre Welle der Nachkriegszeit, die bisher auf die besiegten Länder beschränkt war, sich auf die siegreichen Länder, Frankreich, Großbritannien, Italien, ausbreitet. Unter diesem Gesichtspunkt wird der Aufbau echter kommunistischer Parteien noch dringlicher. Für eine kommende Revolution braucht es sehr schnell eine Organisation, ein Instrument, eine Leitung. Lenin schreibt:

»Die II. Internationale ist endgültig zerschlagen. Die »zentristischen« Parteien und Gruppen, die eine Zwischenstellung einnehmen, sehen die völlig hoffnungslose Lage der II. Internationale und versuchen, sich an die immer, mehr erstarkende Kommunistische Internationale anzulehnen, hoffen dabei jedoch, eine »Autonomie« zu behalten, die ihnen die Möglichkeit geben soll, ihre frühere opportunistische oder »zentristische« Politik fortzusetzen. Die Kommunistische Internationale wird in einem gewissen Grade zur Mode.

Der Wunsch einiger führender »zentristischer« Gruppen, jetzt der III. Internationale beizutreten, ist eine indirekte Bestätigung dafür, dass die Kommunistische Internationale die Sympathien der gewaltigen Mehrheit der klassenbewussten Arbeiter der ganzen Welt erobert hat und von Tag zu Tag zu einer immer größeren Macht wird.«¹⁸²⁵

Die Mitgliedschaftswünsche zentristischer Parteien in der Internationale müssen daher mit größter Vorsicht geprüft werden. Wenn sie tatsächlich ohne Bedingungen akzeptiert würden, dann mit opportunistischen Führern an der Spitze, von denen man nach Meinung der Bolschewiki nur *»aktive Sabotage der Revolution«* erwarten kann, wie die ungarischen und deutschen Erfahrungen gezeigt haben. Die Zeit fehlt, sie durch einen politischen Kampf von innen zu beseitigen. Man muss sich vor den Gefahren schützen, die sie in die Internationale einbringen können, *»für diese Herren die Tür genügend fest«* schließen, wie Sinowjew sagt¹⁸²⁶.

Dieses Anliegen und dasjenige, die Erfahrung der Kämpfe der bolschewistischen Partei in einigen wenigen Formeln zu konzentrieren und sie zum Instrument einer politischen Klärung anlässlich des Beitritts von Parteien zur Internationale zu ma-

1824 Protokoll des II..., S. 751-752. E. Meyer präziserte auf dem KPD-Parteitag, dass zu der Zeit *»die Rote Armee gegen die polnischen Heere vor[rückte], vor die Mauern von Warschau«* und dies dazu beitrug, *»die Beschlüsse des Kongresses in bestimmtem Sinne, bis zur Änderung der Formulierung hin zu beeinflussen«* (Bericht 5 ... , S. 118).

1825 Werke, Bd. XXXI, S. 210. 211. [»Bedingungen für die Aufnahme in die Kommunistische Internationale«, Lenin Werke, Band 31, S. 193-199, hier S. 193]

1826 Protokoll des II..., S. 696.

chen, veranlasste die russischen Kommunist*innen, dem 2. Kongress neunzehn Bedingungen für die Aufnahme von Gruppen und Parteien in die Kommunistische Internationale vorzuschlagen, die sich sowohl an die Mitgliedsparteien als auch an die Kandidat*innenparteien richteten, unabhängig davon, ob es sich um Parteien vom »zentristischen« Typ wie die USPD handelte, die noch starke sozialdemokratische Strömungen enthält, oder um Parteien linksradikalen Typs wie die KAPD. Die neunzehn Bedingungen¹⁸²⁷, die der Kongress zu den berühmten »einundzwanzig Bedingungen« modifizieren wird, drücken so die bolschewistische Auffassung von der kommunistischen Partei aus.

Die erste Pflicht der Kommunist*innen ist es, ihrer täglichen Agitation und Propaganda einen »wirklich kommunistischen Charakter« zu geben: Das Ziel der Diktatur des Proletariats, das das der kommunistischen Parteien ist, muss den arbeitenden Massen so präsentiert werden, »dass ihre Notwendigkeit für jeden einfachen Arbeiter, jede Arbeiterin, jeden Soldaten und jeden Bauern aus den Tatsachen des Lebens hervorgeht.«¹⁸²⁸ Man muss systematisch reformistische oder zentristische Elemente aus verantwortlichen Posten *entfernen* (das Verb ist im Entwurf unterstrichen), um an ihre Stelle bewährte Kommunist*innen zu setzen, Arbeiter*innen, die, wenn nötig, aus der Basis-Mitgliedschaft geholt werden, um sie zu ersetzen.

Die Tätigkeit der Kommunist*innen kann sich nicht auf den von der bürgerlichen Legalität gebilligten Rahmen beschränken:

»Der Klassenkampf in fast allen Ländern Europas und Amerikas tritt in die Phase des Bürgerkriegs ein. Unter diesen Umständen können die Kommunisten kein Vertrauen zur bürgerlichen Rechtsordnung haben. Sie sind verpflichtet, überall einen parallelen illegalen Apparat zu schaffen, der im entscheidenden Augenblick der Partei helfen soll, ihre Pflicht gegenüber der Revolution zu erfüllen.«¹⁸²⁹

In diesem Zusammenhang müssen die Kommunist*innen systematisch Agitation und Propaganda innerhalb der Armee betreiben und dort kommunistische Zellen schaffen: Die Weigerung, eine solche – zum Teil illegale – Arbeit durchzuführen, wird als unvereinbar mit der Mitgliedschaft in der Internationale betrachtet. Immer in der Perspektive der bevorstehenden Machtübernahme müssen die kommunistischen Parteien eine systematische und regelmäßige Agitation in Richtung der Arbeiter*innen auf dem Lande entfalten und sich dabei auf die Arbeiter*innen stützen, die ihre ländlichen Bindungen behalten haben.

Eine der zwingendsten Verpflichtungen besteht im entschiedenen Bruch mit dem Sozialpatriotismus der Reformist*innen wie mit dem Sozialpazifismus der Zent-

1827 Nach dem in Œuvres, Bd. XXXI, S. 210-215, veröffentlichten Text. [Lenin Werke, Band 31, S. 193-199]

1828 Ebenda, S. 211. [a.a.O., S. 194]

1829 Ebenda, S. 212. [a.a.O., S. 195]

rist*innen. Die Kommunist*innen müssen den Arbeiter*innen systematisch zeigen, »dass ohne revolutionären Sturz des Kapitalismus keinerlei internationales Schiedsgericht, keinerlei Gerede von Einschränkung der Kriegsrüstungen, keinerlei ›demokratische‹ Reorganisation des Völkerbundes imstande sein wird, die Menschheit vor neuen imperialistischen Kriegen zu bewahren.«¹⁸³⁰ Der Bruch mit den Reformist*innen und Zentrist*innen muss in allen Parteien vollzogen werden: »Die Kommunistische Internationale fordert [das] kategorisch und ultimativ«, was insbesondere den Ausschluss von notorischen reformistischen Persönlichkeiten wie den italienischen Turati aus den Reihen der ihr anhängenden Parteien bedeutet. Genauso müssen die kommunistischen Parteien gegen die imperialistischen Unternehmungen ihrer eigenen Bourgeoisien kämpfen, um »jede Befreiungsbewegung in den Kolonien nicht in Worten, sondern durch Taten zu unterstützen.«¹⁸³¹

Die neunte Bedingung nimmt die im Verlauf der Polemik gegen die Linksradi-kalen entwickelt Themen auf, indem sie den Parteien eine Verpflichtung zur Arbeit innerhalb der Gewerkschaften auferlegt, wobei die Garantie auf dieser Ebene durch die Bildung von Zellen, die »der Gesamtpartei voll und ganz untergeordnet« sind, innerhalb der Gewerkschaften gebildet wird. Es sind diese »Zellen« – man wird später sagen: diese »Fraktionen« –, »die durch langwierige und beharrliche Arbeit die Gewerkschaften für die Sache des Kommunismus gewinnen müssen«, die »den Verrat der Sozialpatrioten und den Wankelmut der ›Zentristen‹ entlarven.« Auf gleiche Weise müssen die Kommunist*innen die bürgerlichen Parlamente als Foren für die revolutionäre Agitation nutzen, aber gleichzeitig müssen sie die Zusammensetzung der Fraktionen revidieren, indem sie sie reinigen und eng den Zentralkomitees unterordnen. Innerhalb der Gewerkschaften müssen sie »gegen die Amsterdamer ›Internationale‹ der gelben Gewerkschaften« kämpfen, sich um den Bruch der Gewerkschaften mit ihr und die Stärkung dessen bemühen, was der Resolutionstext »die in Entstehung begriffene internationale Vereinigung der roten Gewerkschaften, die sich an die Kommunistische Internationale anschließen«¹⁸³² nennt. Jedes Zentralkomitee muss sich den Verlags- und Pressedienst der Partei unterordnen.

In Organisationsangelegenheiten müssen die kommunistischen Parteien gemäß dem Prinzip des demokratischen Zentralismus organisiert sein, und die dreizehnte Bedingung präzisiert:

»In der gegenwärtigen Epoche des verschärften Bürgerkriegs wird die kommunistische Partei nur dann ihre Pflicht erfüllen können, wenn sie möglichst zentralistisch organisiert ist, wenn in ihr eine eiserne Disziplin herrscht, die an militärische Disziplin grenzt.«¹⁸³³

1830 Ebenda, S. 213. [a.a.O., S. 195 f.]

1831 Ebenda, S. 214. [a.a.O., S. 196]

1832 Ebenda. [a.a.O., S. 196 f.]

1833 Ebenda, S. 215. [a.a.O., S. 197]

In dieser Hinsicht liegt es in der Verantwortung der Leitung der kommunistischen Parteien, die Integrität ihrer Reihen durch periodische Säuberungen zu gewährleisten, die im Falle von legal aktiven Parteien die systematische Entfernung von zweifelhaften Mitgliedern ermöglichen.

Die fünfzehnte Bedingung legt fest, dass es die Pflicht der kommunistischen Parteien ist, »jede Sowjetrepublik in ihrem Kampf gegen die konterrevolutionären Kräfte rückhaltlos zu unterstützen.«¹⁸³⁴

Die letzten vier Bedingungen spezifizieren die Verpflichtungen, die in der unmittelbaren Zukunft auf den Parteien lasten sollen, die der Internationale beitreten oder beitreten wollen: Verpflichtung, ihre alten Programme entsprechend den besonderen Verhältnissen ihres Landes und den Beschlüssen der Internationale zu revidieren; Bestätigung dieser Revisionen durch das Exekutivkomitee; bindender Charakter der Beschlüsse des Weltkongresses und des Exekutivkomitees; Verpflichtung für jede Partei, die beitreten will, den Namen »Kommunistische Partei«, »(Sektion der III., Kommunistischen Internationale)« anzunehmen, um den Unterschied zwischen den kommunistischen Parteien und den früheren »sozialistischen« oder »sozialdemokratischen« Parteien, die die Arbeiter*innenklasse verraten haben, deutlich zu machen; Verpflichtung für alle diese Parteien, ihre Kongresse einzuberufen, sobald der Weltkongress vorbei ist, um die festgelegten Bedingungen offiziell zu bestätigen¹⁸³⁵.

Diese Bedingungen, die der Kongress weiter verschärfen wird, sind drakonisch. Für alle Parteien sozialdemokratischen oder zentristischen Ursprungs, ob sie in der Internationale sind oder nicht, wie auch für die linksradikalen Gruppierungen, die danach streben, in die Internationale einzutreten oder in ihr zu bleiben, bedeuten sie in naher Zukunft eine Spaltung, und die bolschewistischen Führer*innen sind sich dessen bewusst. Trotzki verkündet:

Es »besteht kein Zweifel, dass das Proletariat aller Länder schon an der Macht wäre, wenn zwischen ihm und der Masse, zwischen der revolutionären Masse und den fortgeschrittenen Gruppen der revolutionären Masse, nicht noch immer eine große, starke, verwickelte Maschine, nicht noch immer die Parteien der II. Internationale und der Trade-Unions der Welt stünden, die ihren Apparat in der Epoche des Verfalls, des Sterbens der Bourgeoisie in den Dienst dieser Bourgeoisie gestellt haben. (...) Und von diesem Tage an, von diesem Kongresse an, [...] wird sich die Spaltung in der Arbeiterklasse der Welt mit verzehnfachter Schnelligkeit vollziehen. Programm gegen Programm; Taktik gegen Taktik; Methode gegen Methode.«¹⁸³⁶

1834 Ebenda, S. 215. [a.a.O., S. 198]

1835 Ebenda, S. 215-216.

1836 Auf der gemeinsamen Sitzung der Delegierten des Kongresses, der Mitglieder des Moskauer Sowjets, der Vertreter der Gewerkschaften und der Fabrikkomitees am 7. August 1920 gehaltene Rede, übersetzt von J. Degras, Communist International, Bd. 1, S. 110 [hier zitiert nach Protokoll des II..., S. 687 f., 689]

Keiner von ihnen unterschätzt zweifellos die negativen Folgen einer Spaltung der Arbeiter*innenbewegung, aber in der Überzeugung, dass sich die Welt in einer Phase des »verschärften Bürgerkriegs« befindet und der Moment der Machtübernahme zumindest in den fortgeschrittensten Ländern nahe ist, entscheiden sie sich für die Anwendung dieser Bedingungen ohne jede wirkliche vorherige Diskussion.

Der KAPD und die Aufnahmebedingungen

Die erste Folge der Ausarbeitung der Aufnahmebedingungen, die in der russischen Partei ausgearbeitet wurden, wird eine ernsthafte Verschlechterung der Beziehungen zwischen der Exekutive und der KAPD sein. Ende Mai, ohne Nachricht von Appel und Jung noch von den Verhandlungen, die in Moskau stattfinden, beschließt die KAPD, Otto Rühle als Delegierten zum 2. Kongress zu schicken: ihm folgt auf seiner heimlichen Reise, Anfang Juli, August Merges¹⁸³⁷.

Otto Rühle, dessen ideologische Entwicklung sich vom Kommunismus weg bewegte und der der Gründung der KAPD als »Partei« von Anfang an prinzipiell feindlich gegenüberstand, reagierte auf den Kontakt mit den russischen Realitäten inmitten der Diktatur des Kriegskommunismus sehr schlecht. Betroffen über das, was er als »ultrazentralistische« Praktiken betrachtete, beurteilte er den Willen der Sowjets, ein solches System auf die kommunistischen Parteien und die Internationale selbst anzuwenden, als absurd und schädlich. Merges und er selbst bezogen klar Stellung gegen die Aufnahmebedingungen, die sie für unzulässig hielten, weil sie sowohl vom Opportunismus als auch vom Zentralismus befleckt seien. Sie betrachten sie als eine kaum modifizierte Wiederholung der Thesen der Zentrale auf dem Parteitag der KPD(S) in Heidelberg – Ursprung der deutschen Spaltung –, was Rühle so formuliert:

»Sie waren nur etwas großzügiger aufgemacht, etwas theoretischer frisiert, etwas mehr ins Zentralistisch-Diktatorische potenziert.«¹⁸³⁸

Angesichts der deutlich gewordenen Opposition der beiden Delegierten der KAPD sagte Radek, dass es nicht in Frage kommen könne, sie zum Kongress zuzulassen. Nachdem Lenin und Sinowjew diesen Standpunkt bestätigt hatten, verließen Rühle und Merges Moskau und gingen zurück nach Deutschland¹⁸³⁹. Dieser Misserfolg gefällt den Bolschewiki und den Mitgliedern der Exekutive nicht, für die die Anwesenheit der Linksradiكالen in dem Moment wertvoll wäre, in dem es darum geht, ernsthaft mit zentristischen Elementen mit rechten Tendenzen zu diskutieren. Eine Exekutivsitung, die am Tag nach der Abreise der beiden Delegierten der deutschen

1837 Bock, a.a.O., S. 254-255.

1838 Ebenda, S. 255.

1839 Ebenda, S. 255.

Linksradikalen stattfand, beschloss, ihnen einen Versöhnungsvorschlag zu machen, indem sie ihnen die Teilnahme am Kongress nicht als vollwertige Delegierte, sondern als Delegierte mit beratender Stimme anboten. Die beiden Vertreter der KAPD erhielten den Vorschlag auf dem Rückweg, als sie Sowjetrußland noch nicht verlassen hatten, aber sie lehnten ihn in gegenseitigem Einvernehmen ab und setzten ihre Reise fort¹⁸⁴⁰, eine letztlich glückliche Lösung für die Exekutive, da, wie wir sehen werden, die vor die vollendete Tatsache der an die KAPD ausgesprochenen Einladung gestellte Delegation der KPD(S) ihrerseits beschlossen hatte, dass sie den Kongress verlassen würde, falls Merges und Rühle oder ein anderer KAPD-Funktionär, wenn auch nur in beratender Funktion, teilnehmen würde¹⁸⁴¹!

Die Unabhängigen und die Aufnahmebedingungen

Der Kampf um die Aufnahmebedingungen wird vor allem in den Debatten mit den Delegierten der deutschen Unabhängigen ausgetragen, die die Russ*innen, unterstützt von den ausländischen kommunistischen Delegierten, zu überzeugen – und notfalls zu zwingen – versuchen, um die endgültige Entscheidung besser vorzubereiten, die ohnehin dem Parteitag ihrer Partei obliegt. Dittmann und Crispian, die den rechten Flügel und den Apparat der USPD vertreten, sind der Meinung, dass, obwohl die Parteipresse als Ganzes, der Apparat in seiner fast vollständigen Gesamtheit, der Mitgliedschaft feindlich gegenüberstehen, die »linke« Strömung jeden Tag wächst und ihnen diese Verhandlung mitten im Herzen eines internationalen kommunistischen Kongresses, in der Hauptstadt der Weltrevolution, in einer prekären Position aufzwingt.

Dittmann erklärt sich mit den von der Exekutive dem Kongress vorgelegten Thesen einverstanden, bringt aber eine Reihe von Einwänden vor. Die erste betrifft die proklamierten Ziele der der Internationale angehörenden Parteien. Er erklärt:

»Wenn die Thesen in ihrer augenblicklichen Form angenommen werden, dann verliert unsere Partei ihren legalen Charakter, und wir glauben, dass wir [in] unserer Aktion alle legalen Mittel anwenden müssen, um die Arbeitermassen zu sammeln (...) Wir wissen, dass die legalen Mittel in der Praxis nicht ausreichen, wir haben gesehen, dass der Generalstreik nicht genügt, um die Macht zu erobern, dass der bewaffnete Aufstand notwendig ist. Aber wenn wir das offen in den Thesen versichern, dann hört unsere Partei auf, eine legale Partei zu sein.«¹⁸⁴²

1840 Ebenda.

1841 Bericht 5 . S. 27-29 und 36.

1842 Bericht über die Debatten der Kommission über den Beitritt der USPD zur KI vom 25. Juli, »Die Rote Fahne«, 2. September 1920. [Tatsächlich erschien am 2. September nur eine kurze Zusammenfassung Levis, »Dittmann-Crispian in Moskau und Berlin.« Das offizielle Stenogramm erschien unter dem Titel »Dittmann und Crispian in Moskau« am 10. Oktober 1920, in der Beilage, S. 1, SS. 1 – S. 3, SS. 1, ergänzt um Notizen, S. 3, SS. 1 – S. 4, SS. 1, hier S. 1 SS. 1]

Er protestiert gegen eine Behauptung Radeks, der sagte, dass die unabhängigen Führer*innen von heute auf morgen verhaftet und erschossen werden könnten, und führt aus:

»Wir glauben, dass wir die Gesetzlichkeit bis zum Äußersten ausnützen müssen. Wir haben mehr als fünfzig Tageszeitungen. Diese Presse ist ein Mittel der Propaganda und der revolutionären Aktion, das wir erhalten müssen und das uns durch die Illegalität verloren ginge. (...) Die Kommunisten wissen aus Erfahrung, wie schwer die Propaganda für eine Partei ist, wenn sie illegal ist.«¹⁸⁴³

Er erhebt auch andere Einwände zur Frage der »Zentralisierung« der Parteien und der Internationale:

»Ich bin seit jeher, schon in der alten Sozialdemokratie, für eine starke Zentralisation gewesen. Aber die Erfahrung gerade der bürokratischen Sozialdemokratie hat eine große Zahl revolutionärer Arbeiter von der Zentralisation abgestoßen. Dies ist eine verständliche Reaktion gegen den zentralistischen Bürokratismus der alten Sozialdemokratie. Deshalb stoßen wir auf eine Tendenz, die der Zentralisation der Partei feindlich ist. Der Gothaer Kongress z.B. hat sich der Kontrolle der Presse durch die Zentrale widersetzt. Diese geistige Einstellung wird erst nach einem gewissen Zeitablauf überwunden werden können.«¹⁸⁴⁴

Crispien erklärt sich seinerseits mit den Thesen in vier wesentlichen Punkten einverstanden: einer zentralisierten Organisation der Internationale, der Zentralisierung der Partei, die die USPD durchführen können muss, der Redigierung eines Programms, nachdem ein Parteitag die Synthese der Beschlüsse von Leipzig und denen von Moskau ermöglicht haben wird. Was die Mittel des Kampfes betrifft, erklärt er:

»Wir leben in der Periode des Kampfes um die Macht, unsere Bewegung muss ihren legalen Charakter bewahren. Die Massen würden eine illegale Partei nicht verstehen. Wir können uns nicht offen für die Bewaffnung des Proletariats erklären. (...) Eine rein illegale Bewegung ist für uns möglich. Wir wollen alle Kampfmittel anwenden, aber wir können es nicht offen und offiziell erklären.«¹⁸⁴⁵

Die unabhängigen Delegierten werden von den Vertreter*innen der Exekutive bedrängt. Sinowjew fragt sie, ob sie wirklich glauben, dass es einen Schutz vor Repressionen darstelle, wenn sie sich nicht für die Untergrundarbeit aussprechen. Radek stellte sich dagegen und sagte, dass keine Partei, die revolutionär sein wolle, auf die Durchführung von Propagandaarbeit in der Armee verzichten könne, was einen illegalen Apparat erfordere. Ernst Meyer drückte seine Skepsis gegenüber den Be-

1843 Ebenda. [tats. a.a.O.]

1844 Ebenda. [tats. a.a.O., SS. 1 f.]

1845 Ebenda. [tats. a.a.O., SS. 2]

teuerungen Crispiens und Dittmanns aus, dass sie mit den Thesen übereinstimmen, und forderte Garantien für die Zukunft. Sinowjew unterstreicht, dass es nicht darauf ankomme, fünfzig Tageszeitungen zu haben, sondern revolutionäre Ideen zu verbreiten, und warf das Problem des Bruchs mit Hilferding und den unabhängigen Führer*innen auf. Der Schweizer Humbert-Droz unterstreicht die internationalen Aspekte des Problems, die Tatsache, dass Flügel aller zentristischen Parteien Kontakt zur Zweiten Internationale halten, beschuldigt die rechten Elemente, die Dritte Internationale von innen heraus korrumpieren zu wollen, und kommt zu dem Schluss, dass es notwendig sei, den Beitritt opportunistischer Elemente unmöglich zu machen. Crispien weicht zurück, aber ohne zu brechen, während er einen Ausweg für die Zukunft andeutet:

»Unsere Partei hat sich mehr und mehr nach links bewegt. Sie hat sich schon ihrer Rechten entledigt. Bernstein ist ausgetreten. Kautsky hat keinen Einfluss und spielt keine Rolle mehr in der Partei. Man kann nicht sagen, dass Kautsky und einen rechten Flügel bilden. Sie stehen allein und isoliert.«¹⁸⁴⁶

In der Tat provoziert der Widerstand Crispiens und Dittmanns gegen Prinzipien, die die kommunistischen Aktivist*innen für grundlegend halten, eine Verhärtung innerhalb der Kommission: In Paragraph 7 fügt sie als »notorische Reformisten« zu den Namen Turatis und Modiglianis insbesondere die Kautskys und Hilferdings hinzu und führt auf Vorschlag Lenins selbst die Verpflichtung zur Veröffentlichung der Texte des Exekutivorgans in der Presse der Sektionen und die Abhaltung eines außerordentlichen Parteitags, der innerhalb von vier Monaten die Bedingungen für die Aufnahme genehmigt, für die Parteien ein, die ihre Mitgliedschaft beantragen¹⁸⁴⁷.

Die Diskussion über die Aufnahmebedingungen fand im Rahmen des Kongresses am 29. und 30. Juli statt. Sinowjew, der darüber berichtete, betonte, dass die Internationale, die eine einfache Propagandagesellschaft gewesen war, eine Kampforganisation werden müsse, was einen totalen Bruch mit der kautskyanischen Geisteshaltung und den kautskyanischen Ideen bedeutete¹⁸⁴⁸. Radek hielt eine Anklagerede gegen die Politik der USPD seit November 1918¹⁸⁴⁹. Ernst Meyer konzentriert sich insbesondere auf die Taten und Gesten ihrer Führung seit dem Leipziger Parteitag, verkündet sein Misstrauen gegenüber allen Erklärungen der unabhängigen Führer*innen: eine revolutionäre Partei beweist sich in der Praxis, und die unabhängige Partei wird keine revolutionäre Praxis haben können, wenn sie sich nicht entschließt, ihre opportunistischen Elemente loszuwerden. Der Vertreter der KPD(S) gibt außerdem an, dass er eine direkte Intervention der Exekutive bei den unabhängigen Arbeiter*innen

1846 Ebenda. [tats. a.a.O., SS. 3]

1847 Ebenda.

1848 Protokoll des II..., S. 245-250.

1849 Ebenda, S. 256-261.

wünscht, um die notwendige Spaltung zu organisieren¹⁸⁵⁰. Crispian und Dittmann sprechen am Ende des ersten Tages. Crispian beharrte darauf, dass seine Partei im Wesentlichen mit den Thesen der Internationale übereinstimme, sprach sich aber gegen die Aussicht auf Ausschlüsse aus, die Quelle von Spaltungen, die immer schädlich seien. Indem er sich weigert, die Russ*innen zu kritisieren, bestreitet er nur, dass ihre Erfahrung eine universelle Tragweite habe, und behauptet insbesondere, dass der Terror eine umständliche Form des Kampfes für den Sozialismus darstelle, auf die die westlichen Länder verzichten könnten¹⁸⁵¹. Dittmann versuchte, auf Radeks Anklage zu antworten und plädierte für die Führung der USPD, die, wie er beteuerte, immer bei den Massen der deutschen Arbeiter*innen gewesen sei¹⁸⁵².

Am nächsten Tag greift Rakowski die Rede Dittmanns zur Rechtfertigung der Politik der Zusammenarbeit in der Regierung Ebert auf und ruft aus,

*»dass die deutschen Unabhängigen leider, so wie sie hier von den Genossen Dittmann und Crispian vertreten sind, im Laufe von zwei oder drei Jahren nichts vergessen, aber auch nichts zulernt zu haben scheinen.«*¹⁸⁵³

Lenin widmet sich einer kurzen, aber eindringlichen Kritik der Denkmethode Dittmanns und Crispiens und bemüht sich zu zeigen, dass sie ganz von der Methode Kautskys inspiriert ist¹⁸⁵⁴. Paul Levi greift die Begriffe der Reden Crispiens und Dittmanns auf, um seine Ideen über die Beziehungen zwischen Partei und Massen zu entwickeln, und betont, dass seiner Meinung nach die Unabhängigen, indem sie versuchten, *»da, wo die Massen standen«* zu sein, einen *»grundsätzlichen Irrtum«* in Bezug auf die Rolle der Partei begehen und diese dessen berauben, was ihre Daseinsberechtigung ist, die Rolle der revolutionären Führung der Massen zu spielen¹⁸⁵⁵. Däumig bedauerte, dass die Debatten des Vortages ihm das Gefühl vermittelt hätten, dass die Internationale immer noch nur aus Sekten bestehe: Er protestierte gegen die Karikatur, die insbesondere von Radek über seine Partei gemacht worden sei, erinnerte daran, dass sie immer aus zwei klar gegensätzlichen Flügeln bestanden habe, betonte die vergangene Verantwortung der Kommunist*innen und erinnerte an die Gründung der KPD(S) mit Elementen, die sie *»später von sich stoßen musste«*, spricht sich aber dennoch für die vorbehaltlose Annahme der Aufnahmebedingungen aus, die er bei seiner Rückkehr nach Deutschland in der Partei zu vertreten sich verpflichtet¹⁸⁵⁶. Schließlich wurde Stoecker von Ernst Meyers Aufruf zur Spaltung am

1850 Ebenda, S. 293-298.

1851 Ebenda, S. 310-320.

1852 Ebenda, S. 320-329.

1853 Ebenda, S. 334.

1854 Ebenda, S. 346-353.

1855 Ebenda, S. 353-362. [Zitate S. 354, Nachdruck unter dem Titel *»Der II. Kongress der Kommunistischen Internationale. Sitzung, 30. Juli 1920 (I)«*, in in *»Ohne einen Tropfen ...«*, 1/3, S. 23-31, hier S. 23]

1856 Ebenda, S. 366-373.

Vortrag überrascht. Auch er betonte die wesentlichen Punkte der Übereinstimmung zwischen der USPD und der Internationale und erinnerte daran, dass die KPD(S) lange Zeit in Deutschland die Ideen verbreitet hatte, die heute die der abgespaltenen KAPD sind. Er schließt mit dem Aufruf, die Reihen der Revolutionär*innen für den in einigen Monaten zu führenden Kampf zu schließen¹⁸⁵⁷.

Die neunzehn Bedingungen wurden nacheinander achtzehn, durch Verschmelzung von zwei von ihnen, dann einundzwanzig durch Hinzufügung von Zusätzen, von denen der eine von Humbert-Droz, der andere von Bordiga vorgelegt wurde: die anhängenden Parteien müssen auf dem Parteitag, der den Beitritt ratifizieren wird, in ihr Zentralkomitee mindestens zwei Drittel Mitglieder wählen, die sich vor dem zweiten Weltkongress für den Beitritt zur KI ausgesprochen haben, und sie müssen nach ihrem Kongress alle Gegner*innen der einundzwanzig Bedingungen ausschließen¹⁸⁵⁸.

Unstimmigkeiten hinter den Kulissen?

Die jetzt an die unabhängige sozialdemokratische Partei gestellte Frage ist eindeutig: Sie muss als Preis für ihre Aufnahme in die Kommunistische Internationale den Ausschluss Hilferdings, Kautskys und anderer akzeptieren, was faktisch die Spaltung der Partei bedeutet, da Crispian und Dittmann ihn ablehnen. Sinowjew sagte es ihnen so deutlich während eines letzten Treffens zwischen der Exekutive und den vier unabhängigen Delegierten¹⁸⁵⁹.

In diesem Punkt formulierte Paul Levi während der Debatten in der Kommission Vorbehalte: Als Befürworter der Aufnahmebedingungen, für die er mit der überwältigenden Mehrheit der Delegierten auf dem Kongress stimmte, betonte er hinter vorgehaltener Hand, dass es ihm wichtig erschien, organisatorische Maßnahmen zu vermeiden, die imstande sind, einen demütigenden Charakter anzunehmen. Der Kampf, der überall in der Welt in den Arbeiter*innen- und sozialistischen Parteien über die Frage der Mitgliedschaft in der Kommunistischen Internationale beginnt, wird ein gnadenloser Kampf sein. Die Kommunist*innen haben ein Interesse, deutlich zu machen, dass es sich um einen politischen Kampf handelt. In die Aufnahmebedingungen Klauseln über die Organisation aufzunehmen, bedeutet zu riskieren, dass dieser Kampf »auf das organisatorische Gebiet [geschoben wird], das den Bonzen das gewünschte Feld gibt, sich auf dem Gebiet der Organisation auszutoben und dabei die politische Seite zu vergessen.« Er ist daher der Meinung, dass die Probleme bezüglich der Statuten und anderer organisatorischer Punkte in den Hintergrund

1857 Ebenda, S. 374-382.

1858 Ebenda, S. 742-745. Es ist interessant, die von Bordiga, einem der notorischsten Vertreter der linksradikalen Strömung in der Internationale, gespielte Rolle festzuhalten.

1859 Bericht über das Gespräch vom 10. August, »Die Rote Fahne«, 10. Oktober 1920.

gedrängt werden sollten, und dass alle Anstrengungen darauf konzentriert werden sollten, »solche politischen Bedingungen, die die Parteien zu erfüllen hätten, voranzustellen.«¹⁸⁶⁰ Es ist klar, dass er für Deutschland fürchtet, dass die von Crispian und Dittmann unterstützten Hilferdings die Bedingungen ausbeuten werden, die auf sie abzielen: Das Ergebnis könnte sein, einen wichtigen Teil der revolutionären Arbeiter*innen, denen diese Probleme die wesentlichen politischen Optionen verdecken würden, von der Internationale und der zukünftigen einheitlichen deutschen Partei fernzuhalten. Der Leiter der deutschen Zentrale scheint den Optimismus der Mehrheit des Kongresses über die revolutionären Perspektiven in Europa nicht ganz zu teilen: Er besteht auf der Notwendigkeit, die anhängenden Parteien durch eine breite politische Diskussion zu reinigen; in der Tat bestehe keine Dringlichkeit, die Revolution ist nicht für morgen. In der Kommission verteidigte er den alten Text Lenins gegen die vorgeschlagene neue Formulierung¹⁸⁶¹. Er verärgerte Lenin und fast die Gesamtheit der Delegierten, indem er eine pessimistische Warnung vor einem möglichen Aufstand der deutschen Arbeiter*innen beim Herannahen der Roten Armee aussprach¹⁸⁶².

Es gibt weitere Hinweise auf eine wachsende Spannung zwischen Levi und den russischen Führer*innen, insbesondere Sinowjew. Zu Beginn des Kongresses nahm es die Form einer akuten Krise über die Entscheidung der Exekutive an, die KAPD zu den Debatten zuzulassen. Es waren die russischen Führer*innen, die darauf bedacht waren, die deutsche Partei zu »aktivieren«, die der Exekutive diesen Vorschlag unterbreiteten: Für sie rückte der Moment wieder näher, in dem die revolutionären Kämpfer*innen der KAPD in den Reihen der Internationale wertvoll sein würden. Sobald sie ankamen, wurden die KPD(S)-Delegierten vom Politbüro der russischen Partei empfangen, das sie vergeblich zu überzeugen versuchte, und sie fassten dann den Beschluss, anzukündigen, dass sie den Kongress verlassen würden, wenn die KAPD-Delegierten zugelassen würden¹⁸⁶³. Sie wurden von Radek unterstützt, dessen Position, die der Disziplin der russischen Partei zuwiderlief, zu seiner Entlassung vom Posten des Sekretärs der Exekutive führte, den er seit seiner Rückkehr aus Deutschland innehatte¹⁸⁶⁴. Der Fieberanfall brach abrupt ab, Rühle und Merges, die Delegierten der KAPD hatten sich schließlich geweigert, am Kongress teilzunehmen. Aber im Allgemeinen wurde die Haltung der deutschen Delegation, der Ton, den ihr Sprecher Levi anschlug, streng beurteilt, sowohl von Bucharin, der die einstimmige Unterstützung der Exekutive gegen die Deutschen hatte, als auch von Rosmer, der

1860 Protokoll des 2. Weltkongresses, Nachlass Paul Levi, P 55/7, Blatt 8. [Veröffentlicht in »Bericht über die Verhandlungen in Moskau«, a.a.O., 1/3, S. 46-63, hier S. 53]

1861 E. Meyer, »Die Rote Fahne«, 22. Januar 1922.

1862 M. Buber-Neumann, Von Potsdam nach Moskau, S. 81.

1863 E. Meyer, Bericht 5... , S. 125, 27- 28.

1864 Rosmer, Moscou sous Lénine, S. 116. [auf Deutsch: Moskau zu Lenins Zeiten, Frankfurt am Main 1989, S. 84]

sie Jahre später beschuldigen würde, ein »Manöver in letzter Stunde« durchgeführt zu haben¹⁸⁶⁵. Die Russ*innen – insbesondere Bucharin und Sinowjew – sahen darin einen Beweis der Feindseligkeit ihnen gegenüber, der Treue der Deutschen zu den alten Querelen und Beschwerden Rosa Luxemburgs und Leo Jogiches, und griffen bereitwillig die schon in der deutschen Partei selbst oder von Radek geäußerte Kritik am »mangelnden Kontakt mit den Massen«, am »übertriebenen Anti-Putschismus« der Zentrale, der zu einer Haltung der Passivität führen würde, zumindest auf den Fluren auf¹⁸⁶⁶. Levi war der erste, der ins Visier genommen wurde, und er sollte diejenigen, die ihn als »rechts« bezeichnen, daran erinnern, dass er während des Kapp-Putsches der erste Führer war, der die Passivität der Zentrale zu dieser Zeit kritisierte¹⁸⁶⁷. Aber er scheint über diese Angriffe sehr verbittert gewesen zu sein und vertraute den ihm Nahestehenden an, dass er anfang, sich zu fragen, ob Rosa Luxemburg und Leo Jogiches nicht letztlich Recht hatten, sich der Gründung einer Internationale zu widersetzen, in der es kein ausreichendes Gegengewicht zum Einfluss der Bolschewiki gab¹⁸⁶⁸. Davon war in den Sitzungen jedoch nichts zu spüren und Levi wurde in die Exekutive gewählt, stellvertretend für Ernst Meyer, der als erster vom Kongress gewählt wurde und in Moskau bleiben sollte, wo er im »Engeren Büro« arbeiten sollte.

Eine weitere Entscheidung des 2. Kongresses wird wichtige Konsequenzen für die Zukunft der deutschen Arbeiter*innenbewegung haben. Die Gewerkschaftsfrage wurde, wie Rosmer sagt, »weder gründlich, noch mit Ergebnissen«, wenn auch »ausführlich«¹⁸⁶⁹ diskutiert, auf der Grundlage eines Berichts Radeks, der notorisch inkompetent war¹⁸⁷⁰. Die Resolution, die nach einer lebhaften Debatte und trotz des Widerstands der Engländer*innen und Amerikaner*innen angenommen wurde, griff die zuvor von der Exekutive festgelegte und in den einundzwanzig Bedingungen zusammengefasste Linie auf. Obwohl der Kongress nicht formell über die Schaffung einer neuen Gewerkschaftsinternationale entschied, wurde während seiner Arbeit ein »provisorisches internationales Komitee« unter dem Vorsitz Losowskis für die Einberufung und Vorbereitung eines »internationalen Kongresses der roten Gewerkschaften« gebildet, der im Weltmaßstab den Kampf gegen die »gelbe« Gewerkschaftsinternationale von Amsterdam einleiten sollte. Dies war eine »folgenreiche Entscheidung«, kommentierte der britische Historiker E.-H. Carr¹⁸⁷¹, die in jedem Fall inmitten der Verwirrung getroffen wurde und den Sozialdemokraten als Vorwand diente, eine

1865 Rosmer, a.a.O., S. 118. [auf Deutsch: a.a.O., S. 85]

1866 Meyer, Bericht 5... , S. 28,

1867 Levi, ebenda, S. 35.

1868 W. Herzogs »Tagebuch aus Russland«, Forum, V, 7. April 1921, S. 278; Äußerungen von Brandler und Geyer gegenüber R. Lowenthal, »The Bolshevisation of the Spartacus League«, International Communism, St Antony's Papers, Project No. 9, S. 44.

1869 Rosmer, a.a.O., S. 107. [auf Deutsch: a.a.O., S. 78]

1870 Protokoll des II . . , S. 482 ff.

1871 E. H. Carr, a.a.O. S. 207.

Spaltung der Gewerkschaften vorzunehmen, die oft ihr letzter Ausweg war, für die sie aber auf diese Weise die Kommunist*innen verantwortlich machen konnten, die von diesem Zeitpunkt an mit der Roten Gewerkschaftsinternationale verbunden waren.

Der Kampf um die Mehrheit der Unabhängigen

Die Debatten des 2. Kongresses waren von den deutschen Anliegen der Führer*innen der Internationale und den einundzwanzig Bedingungen beherrscht worden, die mit dem Ziel ausgearbeitet worden waren, die rechten Unabhängigen zu eliminieren. In der politischen Schlacht, die auf den 2. Weltkongress folgte, sah die Exekutive der Internationale den ersten einer Reihe von Kämpfen um die Gewinnung der Arbeiter*innenmitglieder der sozialistischen und zentristischen Parteien, einen entscheidenden Schritt auf dem Weg zum Aufbau von »kommunistischen Massenparteien.«

Die Exekutive wirft ihr ganzes Gewicht und Prestige in die Waagschale, um die Mehrheit der unabhängigen Partei zu gewinnen, jener Arbeiter*innenpartei mit mehr als 800.000 Mitgliedern, mit ihren Organisationen aller Art, ihren vierundfünfzig Tageszeitungen und vor allem ihren Arbeiter*innenkadern. Das Problem ist kein deutsches, sondern ein internationales, das gleichsam zwischen der unabhängigen sozialdemokratischen Partei und der Internationale, die ihrerseits eine Emanation der russischen Partei und Revolution ist, von Macht zu Macht behandelt wird. Die aus dem Spartakus hervorgegangene KPD(S) wird in den Hintergrund gedrängt: Es sind die Aktivist*innen des Russlands des Oktober 1917, die sich direkt an die deutschen Unabhängigen wenden. Es ist das Problem Moskaus, das Anhänger*innen und Gegner*innen stellen.

Die Delegation der Unabhängigen kehrte gespalten aus Moskau zurück. Däumig und Stoecker sprachen sich für die schlichte und einfache Annahme der einundzwanzig Bedingungen aus, was eine Fusion in kurzer Frist mit der KPD(S) implizierte. Dittmann und Crispian hingegen forderten die Aktivist*innen auf, diese Bedingungen und mit ihnen den »Zentralismus« und die »Diktatur Moskaus« abzulehnen. Eine Konferenz vor dem Kongress zeigte, dass die Partei in zwei etwa gleich starke Tendenzen geteilt war¹⁸⁷². Der Parteiparat fast in seiner Gesamtheit, die Parteipresse, ihre gewählten Funktionär*innen und ein großer Teil der Gewerkschaftsverantwortlichen waren gegen die Annahme der einundzwanzig Bedingungen. Aber die Strömung zugunsten von »Moskau« wird jeden Tag stärker. Die direkte Unterstützung, die sie von der KPD(S) erhielt, erlaubte es ihr, zu reagieren, indem sie Schlag für Schlag zurückgab, indem sie Leitung gegen Leitung, Apparat gegen Apparat setzte¹⁸⁷³. Die Rechte verstand, dass die Zeit für die Anhänger*innen der Internationale

¹⁸⁷² E. Prager (Geschichte der USPD, S. 222 [4. Auflage 1980, S. 212] stellt fest, dass die übergroße Mehrheit der Vertreter*innen sich gegen die Annahme der Bedingungen ausgesprochen haben würde.

¹⁸⁷³ Das Argument wurde von der Rechten in vollem Umfang genutzt; die »Neokommunisten«, wie sie sie

arbeitete: Sie beschleunigte die Vorbereitungen, um einer Diskussion, die sie in die Defensive drängte, ein schnelles Ende zu setzen. Der Parteitag sollte in fünf Wochen »vorbereitet« werden, sein Termin wurde schließlich um acht Tage vorverlegt, vom ursprünglich geplanten 20. Oktober auf den 12. Oktober¹⁸⁷⁴.

Am 29. September schickte das Präsidium der Exekutive einen offenen Brief an alle Mitglieder der unabhängigen sozialdemokratischen Partei, in dem es eine Bewertung der Gespräche vornahm. Sie erklärte, dass ein Prozess der Differenzierung in der ganzen Welt innerhalb aller »zentristischen« Parteien im Gange sei und dass es die Aufgabe der Kommunistischen Internationale sei, diesen zu akzentuieren und zu beschleunigen, um die Arbeiter*innenaktivist*innen dieser Parteien aus dem Griff der reformistischen Führer*innen zu befreien. Es erklärt:

Wir können »nicht alle in die Kommunistische Internationale aufnehmen, die ihren Wunsch an dieselbe äußern: Die Kommunistische Internationale wird gewissermaßen Mode. Wir wollen nicht, dass unsere kommunistische Internationale der eben bankrott gewordenen Zweiten Internationale ähnlich wird. Weit öffnen wir die Tore der Kommunistischen Internationale für jede proletarische revolutionäre Massenorganisation. Wir überlegen es uns jedoch zehnmals, bevor wir die Tore der Kommunistischen Internationale vor den Ankömmlingen aus dem Lager der kleinbürgerlichen, bürokratischen, opportunistischen Oberschichten der Art Hilferding und Crispian öffnen.«¹⁸⁷⁵

Nach dem Beharren auf der Notwendigkeit der Existenz und des Wirkens von mächtigen und zentralisierten kommunistischen Parteien, die in der Lage sind, das Proletariat siegreich in den Bürgerkrieg zu führen, fährt der offene Brief der Exekutive fort:

»Das Prinzip des Zentralismus [...] bleibt auch im internationalen Maßstab bestehen. Die Kommunistische Internationale wird entweder als zentralisierte vereinigte Organisation existieren, oder sie wird überhaupt nicht existieren. (...) Der imperialistische Krieg hat eine Situation geschaffen, in welcher die Arbeiterklasse keinen einzigen ernstesten Schritt unternehmen kann, ohne dass sich dieser in der gesamten Bewegung und in dem gesamten Kampf der Arbeiterklasse aller übrigen Länder widerspiegelte. Alle grundlegenden Fragen unseres Lebens werden jetzt im

nannten, handelten als Verräter*innen an der Partei, als Agent*innen der KPD(S). Auf der Reichskonferenz am 6. September berichtet Dittmann empört, wie er im Reichstag eine Besprechung zwischen Levi, Geyer und W. Koenen »belauscht« habe (USPD Protokoll der Reichskonferenz 1920, S. 176).

1874 Freiheit, 17. September 1920, Die Linke stimmte dagegen und schickte einen Protest an die Presse, der am 21. September 1920 in der Roten Fahne veröffentlicht und als Beweis für »Verrat« angeprangert wurde. Die Exekutive schloss sich dem Protest an (Ebenda, 30. September 1920).

1875 »Die Rote Fahne«, 12. Oktober 1920. [S. 1, Spalte 1 – S. 3, Spalte 1, hier S. 2, Spalte 3, auch in Protokoll über die Verhandlungen des außerordentlichen Parteitages in Halle vom 12. bis 17. Oktober 1920, Version der USPD-Linken, S. I-XV, hier S. VI, in dieser Fassung keine Hervorhebungen]

internationalen Maßstabe entschieden. Wir bedürfen einer Internationale, die der Internationale Stab der Proletarier aller Länder wäre. Wir können die Kommunistische Internationale nicht in einen einzigen Briefkasten verwandeln. (...)

Es gibt geschichtliche Situationen, in denen eine Spaltung die heilige Pflicht eines Revolutionärs ist.«

Und er kommt zu dem Schluss, dass die Umstände genau diese Spaltung erfordern, »wenn wir im entscheidenden Augenblick fest, einig und unerschütterlich sein wollen.«¹⁸⁷⁶

In allen Städten Deutschlands prallen die beiden Tendenzen leidenschaftlich aufeinander. Die kommunistische Presse ist die Hauptstütze der Linken der Unabhängigen, die für sich nur wenige Zeitungen haben; erst am 1. Oktober wird ihr Organ »Kommunistische Rundschau« erscheinen. Auf der Linken leitete Paul Levi mit Däumig, Stoecker, Curt Geyer, Wilhelm Koenen den Kampf. Auf der anderen Seite war neben Crispian und Dittmann der Metallführers Robert Dissmann¹⁸⁷⁷, ein ehemaliges Mitglied des linken Flügels, die Seele des Widerstands. Er mobilisierte die Gewerkschaftskader in der ganzen Partei gegen die »Spalter« in Moskau, die mit ihrer Konferenz der Roten Gewerkschaften die Spaltung der Gewerkschaften (nach der der Parteien vorbereiten würden).

Jeder entscheidet, nach der Formel Clara Zetkins, die auch die Rechte übernimmt, »für oder gegen Moskau.«¹⁸⁷⁸ Alle anstehenden Fragen der Arbeiter*innenbewegung werden in den polemischsten Formen leidenschaftlich debattiert. Für die Rechten besteht die Wahl zwischen »Unabhängigkeit«, »Selbstbestimmung der sozialistischen Parteien«, »Meinungsfreiheit« und dem »Diktat der Moskauer Päpste«, »Kolonisierung« und sogar »asiatischer Barbarei.« Für die Linke liegt sie zwischen »Opportunismus«, »Reformismus« und »Klassenkollaboration« und der »zentralisierten revolutionären Organisation«, »Disziplin« und »Klassenbewusstsein.« Die Rechte verweist auf den Bankrott der Mehrheitssozialdemokratie, der auf die bürokratische Zentralisierung und die Allmacht des Apparats zurückzuführen sei. Die Linke – und die Kommunist*innen – erwidern, dass es die opportunistische, bürgerliche und reformistische Mentalität ist, die zugelassen hat, dass die Mittel über den Zweck siegen, die die kostbaren Waffen der Zentralisierung und Disziplin in den Dienst einer Politik des

¹⁸⁷⁶ Ebenda. 14. Oktober 1920. [tats. 13. Oktober, 1. Beilage, S. 1, Spalte 1-3 und Hauptblatt, S. 4, SS. 1-3, Protokoll, S. X und XIII]

¹⁸⁷⁷ Die Spaltungslinie in Bezug auf Moskau verläuft in den Gewerkschaften durch die Mitte des linken Flügels der Unabhängigen. Otto Tost, Schliestedt, Ulrich, Ziska, waren mit Dissmann, gegen Moskau, und erhielten bald Verstärkung durch einen Überläufer aus der Kommunistischen Partei, Paul Lange. Oskar Rusch, Niederkirchner, Grylewicz, Richard Müller, Malzahn, Neumann, Böttcher, sind dafür. Die Linke verlor wichtige Positionen, wie den Ortsausschuss der Berliner Gewerkschaften und die Redaktion der Metallarbeiter-Zeitung, die R. Müller im Juli weggenommen wurde.

¹⁸⁷⁸ Cf. Zetkin, »Der Weg nach Moskau«, »Die Rote Fahne«, 3. Oktober 1920. [Beilage S. 1, Spalte 1 – S. 2, SS. 1, 5. Oktober, Beilage S. 1, Spalte 1 – S. 2, SS. 1, Fortsetzung?, auch als Broschüre erschienen]

Verrats an der Arbeiter*innenklasse gestellt haben. Die Rechte erinnerte an die Rolle der Kommunist*innen bei der Auslösung der Putsche von 1919: Die Kommunist*innen konterten, indem sie an die Rolle Ledebours während des Aufstands in Berlin im Januar 1919 erinnerten¹⁸⁷⁹.

Der Einsatz in diesem Kampf war international, und jede Seite mobilisierte ihre Verbündeten in allen Ländern. Letztlich sind die Hauptakteure dieser Schlacht keine Deutschen. Um sie in Deutschland zu vertreten, schickte die Exekutive der Kommunistischen Internationale Sinowjew selbst, Losowski, der bereits vor Ort war, und Bucharin¹⁸⁸⁰, der schließlich nicht kam. Die Rechte erhielt ihrerseits die Unterstützung des Menschewiken Julius Martow, des ehemaligen Weggefährten und dann Gegners Lenins, der vor kurzem aus Russland ausgewiesen worden war, und von französischen Sozialist*innen, vom »Sozialchauvinisten« Grumbach bis zum »Zentristen« Jean Longuet, dem Enkel Marx'. Die Abstimmungen zur Ernennung der Delegierten fanden in einer angespannten Atmosphäre statt und ergaben in fast allen wichtigen Orten äußerst knappe Ergebnisse. In Berlin gewannen die Befürworter*innen der Annahme der einundzwanzig Bedingungen mit 15.531 zu 13.856 Stimmen, was bedeutete, dass der Kongress zwölf linke Delegierte gegen elf hatte. Unter ersteren die ehemaligen revolutionären Obleute Heinrich Malzahn, der die Liste anführte, Paul Eckert, Paul Scholze¹⁸⁸¹. In mehreren Bezirks- oder Landesparteitagen kam es schon vor dem nationalen Parteitag zu einer Spaltung: so in Württemberg, wo sich die Anhänger*innen der Linken unter Führung Böttchers aus Protest zurückzogen¹⁸⁸², und am Niederrhein, wo die Anhänger*innen Crispiens den Kongress verließen, den sie als »illegal« und »satzungswidrig« beurteilten, nachdem sie überstimmt wurden¹⁸⁸³.

Doch als Sinowjew in Stettin von dem estnischen Dampfer Wasa an Land ging, konnte Curt Geyer triumphierend verkünden: »Wir haben die Mehrheit!«¹⁸⁸⁴ Eine knappe Mehrheit, die von der Linken selbst, am Vorabend der Eröffnung des Kongresses, auf insgesamt etwas weniger als 50.000 Stimmen geschätzt wurde¹⁸⁸⁵.

Der Parteitag in Halle vom Oktober 1920

Als der außerordentliche Parteitag der unabhängigen sozialdemokratischen Partei am 12. Oktober in Halle eröffnet wurde, hatte der Kampf um die Mandate, der in den Wochen zuvor stattgefunden hatte, die Spaltung praktisch vollzogen. Sinowjew be-

1879 »Georg Ledebour, die Revolution und die anderen«, »Die Rote Fahne«, 5. September 1920, und Ledebours Antwort (Freiheit, Morgen, 25. September 1920) liefern interessante Details zu den Ereignissen vom Januar 1919.

1880 Auf den 30. September datierter Brief Sinowjews, »Die Rote Fahne«, 2. Oktober 1920.

1881 Freiheit (Morgen-Ausgabe), 5. Oktober 1920.

1882 Freiheit, 6. Oktober 1920.

1883 Freiheit, 12. Oktober 1920.

1884 Sinowjew, Zwölf Tage in Deutschland, S. 5. [tats. S. 7]

1885 Ebenda, S. 11.

merkte beim Betreten des Kongresssaals, dass sich in Wirklichkeit »zwei Parteien im Saal« befanden¹⁸⁸⁶. Die offizielle Anerkennung dieses Sachverhalts durch die beiden Tendenzen, die im Vorfeld die Konsequenzen gezogen hatten, war ein erstaunlicher Anblick: Das Präsidium des Parteitags war selbst auf paritätischer Basis besetzt, und der Parteitag hatte somit permanent zwei Vorsitzende, Dittmann für die Rechten und Otto Brass für die Linken. Die linken Unabhängigen erklärten dies gegenüber Sinowjew: Sie hätten die Parität aller Organe des Parteitags, einschließlich des Präsidiums und der Mandatskommission, akzeptiert, weil sie befürchteten, dass die Rechten den ersten Vorwand zum Bruch nutzen würden, bevor es zu einer inhaltlichen Diskussion gekommen war, und so die »Methoden« und »Diktatur« der Anhänger*innen Moskaus beschuldigen könnten¹⁸⁸⁷. Die Diskussion fand in einer übererregten Atmosphäre statt, die manchmal von heftigen Tumulten unterbrochen wurde, aber meistens von den Delegierten leidenschaftlich verfolgt wurde, die sich, unabhängig von ihrer Tendenz, bewusst waren, ein Ereignis von historischer Bedeutung für die Zukunft der Arbeiter*innenbewegung zu erleben.

Der Parteitag begann mit den Redebeiträgen der Parteidelegierten zum 2. Weltkongress: in der Reihenfolge Crispian, Däumig, Dittmann und Stoecker. Noch sind dies nur Scharmützel. Der Kampf begann ernsthaft, als Sinowjew das Podium betrat. Er sprach mehr als vier Stunden lang auf deutsch, anfangs mit großen Schwierigkeiten und einer gewissen Scheu, dann aber mit einer Autorität, die ihm den größten rednerischen Erfolg in einer bereits ausgefüllten Karriere ermöglichte. Er diskutiert die vier Punkte, in denen die rechten Unabhängigen bekräftigten, Differenzen mit den Kommunist*innen zu haben: die Agrarpolitik der Bolschewiki, die nationale Politik im Osten, die Gewerkschaftsfrage, der Terror und die Rolle der Sowjets. Er bekräftigt, dass die Bolschewiki in der Agrarfrage die einzige Politik verfolgten, die zum Sieg der Revolution führen konnte. Indem die Opportunist*innen »im Namen des Marxismus« die Losung der Landverteilung bekämpfen, offenbaren sie die Enge ihrer Ansichten und vor allem ihre Unfähigkeit, den Weltcharakter der Revolution zu begreifen. Denn es wird keine internationale proletarische Revolution ohne nationale und agrarische Revolution im Osten und im Fernen Osten geben, keine proletarische Revolution in Europa ohne einen bewaffneten Aufstand der Bäuerinnen und Bauern in China und Indien. Indem sie die kolonialen Probleme negieren, unterstützen die Opportunist*innen, ebenso wie die Sozialdemokrat*innen, in Wirklichkeit den Imperialismus. Es ist dieselbe Grundhaltung, die ihre Hetzreden gegen den »roten Terror« und die »Diktatur« der Partei erklärt, denn sie haben überhaupt nicht die gleiche Energie darauf verwendet, das russische Proletariat gegen den »weißen Terror« zu verteidigen, der von »Regierungen« entfesselt wurde, die von ihren sozialdemokratischen Brüdern unterstützt wurden. Nach dem Bankrott der II. Internationale hält

1886 Ebenda, S. 13.

1887 Ebenda, S. 13.

sich die Bourgeoisie in der Arbeiter*innenbewegung eine Bastion: die »sogenannte Gewerkschaftsinternationale« von Amsterdam, die heute zum Feind Nummer eins der Revolutionär*innen in der Arbeiter*innenbewegung geworden sei¹⁸⁸⁸.

In Wirklichkeit, so Sinowjew, liegen die wirklichen Divergenzen nicht bei den einundzwanzig Bedingungen, die von der Kommunistischen Internationale festgelegt wurden:

»Wir scheiden uns nicht, weil Sie nicht 21, sondern 18 Bedingungen wollen, sondern wenn die Scheidung kommt, so deshalb, weil Sie nicht einverstanden sind in der Frage der Weltrevolution, der Demokratie und der Diktatur des Proletariats.«¹⁸⁸⁹

Dieser Parteitag, so Sinowjew, erinnere ihn an die Parteitage der russischen Sozialdemokrat*innen der Jahre nach 1905, in denen Menschewiki und Bolschewiki aufeinander trafen. Denn das ist es, worum es geht: »*Weltkommunismus oder Reformismus.*« An Hilferdings Seite finden sich alle führenden Köpfe des Reformismus, Kautsky und Dittmann, Eberts frühere Mitarbeiter, und Salomon Grumbach, der französische Sozialchauvinist, Julius Martow natürlich, und die »*englischen Menschewiki*«, Henderson und MacDonald. Ihnen allen sagt Sinowjew, dass die Angst vor der Revolution die einzige Motivation ihrer Politik ist, auch wenn sie versuchen, sie hinter Phrasen über »*Chaos*« oder »*Hungersnot*« zu verstecken, und was immer sonst laut ihnen in Russland geschieht. Crispian, der über den 2. Kongress der Internationale berichtete, sagte, dass seiner Meinung nach die sozialistische Bewegung heute in der gleichen Lage sei wie Marx und seine Genoss*innen im Jahr 1849, als ob, so Sinowjew, die Weltrevolution »*in naher Zukunft nicht mehr geschehen wird.*«¹⁸⁹⁰

Die Wahrheit sei, dass die Rechte ihre Perspektiven auf die einer friedlichen Entwicklung aufbaut, die längst überholt ist. Sie glaubt nicht an eine Weltrevolution. Sie ironisiert den »*Fanatismus*«, die »*Naivität*«, die »*Illusionen*« der Revolutionäre:

»Kann überhaupt ein Zweifel daran aufkommen, dass ohne diesen sogenannten ›Fanatismus‹ der Massen die proletarische Revolution, die Befreiung der Arbeiterklasse, ein Ding der Unmöglichkeit wäre?!«¹⁸⁹¹

Die Wahrheit ist anders. Der Vorsitzende der Internationale verkündet, sie befänden sich im Jahre 1847! Die Revolution klopfe an die Tür, sowohl auf dem Balkan als auch in Großbritannien, aber besonders hier in Deutschland.

*»In ganz Westeuropa ist die Situation objektiv revolutionär: Das einzige Bollwerk, das noch die Verteidigung der Bourgeoisie gewährleistet, ist die Arbeiter*innen-*

1888 [Protokoll USPD, Halle, S. 151]

1889 Protokoll USPD, Halle, S. 156.

1890 Ebenda, S. 47-148.

1891 Ebenda, S. 148. [tats. Sinowjew, Zwölf Tage in Deutschland, S. 43]

*aristokratie mit ihren gewerkschaftlichen und politischen ›Führern‹, die die Arbeiter*innenklasse von innen heraus lähmen. Es ist diese ›Speerspitze der Bourgeoisie‹, die heute zerstört werden muss, um morgen zu siegen. Die Annahme der einundzwanzig Bedingungen durch den Parteitag der unabhängigen sozialdemokratischen Partei wird der erste Schritt zum Sieg der proletarischen Revolution in Deutschland sein.«*

Bei Hilferding liegt die schwere Aufgabe, Argumente zu widerlegen, die zweifelsohne den Parteitag mitgezogen haben. Der subtile Theoretiker, der Kautsky-Schüler ist kein Tribun, und der vernichtende Angriff des bolschewistischen Redners zwingt ihn in die Defensive. Um die Konzeption einer Internationale und zentralisierter Parteien zu bekämpfen, beruft er sich auf die Autorität Rosa Luxemburgs und zitiert ausführlich ihre Polemik gegen Lenin von 1904. Um die Politik der Unabhängigen 1918-1920 zu verteidigen, plädierte er für den »Realismus« und nahm sogar Zuflucht zu Lenin, der gesagt habe: »Republik ist besser als Monarchie, und eine bürgerliche Republik mit einer Nationalversammlung ist besser als eine Republik ohne Nationalversammlung.«¹⁸⁹² Für ihn ist die von den Bolschewiki vertretene Politik ein »Va-banque-Spiel, ein Hasardspiel, auf das sich keine Partei festlegen kann.«¹⁸⁹³ Es ist falsch zu sagen, dass die Gegner*innen der einundzwanzig Bedingungen Gegner*innen der proletarischen Revolution seien oder auch nur, dass sie den gegenwärtigen revolutionären Aufschwung leugnen. Er erklärt:

In »Westeuropa sind viele Tendenzen für eine revolutionäre Entwicklung vorhanden, und wir haben die Pflicht, sie zu führen und zu fördern. Aber, Genossen, wie diese revolutionäre Entwicklung verläuft, das lässt sich nicht von außen her bestimmen; das hängt ab von den ökonomischen und sozialen Machtverhältnissen der Klassen in den einzelnen Ländern, und es ist eine Utopie, zu meinen, dass man das durch irgend eine Losung, durch irgend einen Befehl von außen weitertreiben kann.«¹⁸⁹⁴

Schließlich prangerte er die Politik der Spaltung der Kommunist*innen als eine Katastrophe für die Arbeiter*innenbewegung und die zentralisierte Internationale als eine gefährliche Utopie an.

Die Tenöre haben gesprochen, das Spiel ist aus. Martows Intervention, ganz von der Leidenschaft des alten menschevistischen Kämpfers durchdrungen, für den »die Bolschewiki geneigt [sind], alle Mittel, selbst die riskantesten und zweifelhaftesten, in Gang zu setzen, um ihre Macht aufrecht zu erhalten«¹⁸⁹⁵ und eine Internationale nur wünschen, um ein gefügiges Instrument zu haben, ist zu »russisch«, um die Delegier-

1892 [Ebenda, S. 192.]

1893 Ebenda, S. 184.

1894 Ebenda, S. 188.

1895 Ebenda, S. 213.

ten zu überzeugen. Die von Losowski, die sich ganz gegen die »gelben Führer« der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale richtete, provozierte die empörten Proteste Dissmanns und seinen Freund*innen und beunruhigte sicherlich diejenigen, die, im Wesentlichen für die kommunistischen Thesen gewonnen, dem Prinzip der gewerkschaftlichen Einheit verbunden blieben. Schließlich stimmte der Kongress mit 237 zu 156 Stimmen für die Annahme der einundzwanzig Bedingungen für die Mitgliedschaft in der Kommunistischen Internationale und für die Aufnahme von Verhandlungen über den Zusammenschluss mit der Kommunistischen Partei Deutschlands.

Dies war die Spaltung, die sofort von den Führer*innen des rechten Flügels verkündet wurde, die das Recht des Parteitags, die Existenz der Partei zu beenden, bestritten und beschlossen, sie fortzuführen¹⁸⁹⁶. Aber im Moment war es vor allem ein Triumph für die Kommunistische Internationale, und sogar ein persönlicher Triumph für ihren Vorsitzenden Sinowjew. Aus Deutschland ausgewiesen, wo er schließlich nur zwölf Tage blieb, schwärmt er in seinem Bericht von seiner Reise:

»Man mag sagen, was man will: das deutsche Proletariat hat sich als erstes in Europa von der unerhörten Krisis erholt und seine Reihen geschlossen. Die alte Schule macht sich geltend. Die Arbeit der besten deutschen Revolutionäre war nicht umsonst. Eine große kommunistische Partei ist in Deutschland geboren. Das wird Wirkungen von unerhörter historischer Bedeutung nach sich ziehen.«¹⁸⁹⁷

Der Vorsitzende der Internationale unterstreicht, dass die Proletarier*innen in Deutschland die Mehrheit der Bevölkerung bilden und dass sie besser organisiert sind als irgendwo sonst. Bis jetzt fehlt den organisierten arbeitenden Massen, die noch kein klares Bewusstsein ihrer Ziele haben, eine revolutionäre Orientierung. Die Ursache dafür liegt in der Existenz der »Arbeiteraristokratie«¹⁸⁹⁸, jener 100.000 Gewerkschaftsfunktionär*innen, die »die beste weiße Garde des deutschen Kapitals«¹⁸⁹⁹ sind. Es war notwendig, sie auszuschließen, um den revolutionären Kampf führen zu können:

»Die Spaltung war notwendig, unvermeidlich; sie hat sich vollzogen. Es bleibt uns nur zu sagen: lieber spät als gar nicht.«¹⁹⁰⁰

Diese notwendige Spaltung öffnet in Wirklichkeit den Weg zur Wiederherstellung der revolutionären Einheit: Eine starke kommunistische Partei mit 500.000 bis

1896 Prager (a. a. O., S. 226-229 [4. Auflage 1980, S. 216-219]) gibt eine kurze Darstellung dieser Debatte mit dem vollständigen Text des »Manifests der Unabhängigen Sozialdemokratie an das deutsche Proletariat«, das von Crispian vorgeschlagen und einstimmig angenommen wurde.

1897 Zwölf Tage in Deutschland, S. 57.

1898 Ebenda, S. 82.

1899 Ebenda, S. 87.

1900 Ebenda, S. 84.

600.000 Mitgliedern wird die reaktionären Führer*innen der Arbeiter*innenaristokratie überwinden¹⁹⁰¹. Es wird eine Seite in der Geschichte der Arbeiter*innenklasse Europas umgeblättert.

Die Geburt der Vereinigten Kommunistischen Partei (VKPD)

Die kommunistische Partei war bereit. Wenige Wochen nach dem 2. Weltkongress hatte sie ihren Namen geändert, den inzwischen historischen Bezug zu Spartakus entfernt und trug den Untertitel »Deutsche Sektion der Kommunistischen Internationale.« In »Die Rote Fahne« feiert Levi als natürliches und notwendiges Ereignis »das Ende der USPD.« Die sozialdemokratischen Arbeiter*innen, die im Laufe des Krieges, »dieses ersten Teils der Revolution«, ihre Bande mit der alten Partei gekappt hatten, hatten einen Teil ihrer Führer*innen, Pazifist*innen und konservative Sozialist*innen, mitgenommen, für die »das A und O« war: »zurück zum Erfurter Programm. Das Erfurter Programm, die ›Basis‹ der Vereinigung aller Sozialisten«:

»Halle ist der Ort, an dem das Erfurter Programm mit seiner formalen Demokratie, mit seinen ›nächsten Forderungen‹, seiner Revolution als Ewigkeits-Perspektive, seiner ›Ermattungsstrategie‹ und seinem sozialen Reformismus endgültig begraben wurde. Es hat sein Werk getan. Es ruhe sanft!«¹⁹⁰²

Die Minderheit der USPD, die mit dem größten Teil des Apparates, der Presse, den gewählten Vertretern und natürlich der Kasse um die Führer herum bleibt, hat ihre Zukunft in der Mehrheitssozialdemokratie. Was die Linke betrifft, so hat sie sich zum Kommunismus bekannt und die Stunde der Sammlung der seit 1919 getrennten revolutionären Kämpfer*innen ist gekommen. Levi schreibt:

»Das Ende der USPD.« jubelt der ›Vorwärts‹. Ja, die USPD samt dem Erfurter Programm ist tot. Aber der Kommunismus ist vorhanden.«¹⁹⁰³

Am 23. Oktober begrüßt der Zentralausschuss der KPD(S) den in Halle vollzogenen Bruch zwischen der Mehrheit der unabhängigen Partei und ihrer rechten Minderheit und spricht sich für die schnellstmögliche Verschmelzung der beiden deutschen revolutionären Organisationen zu einer »Vereinigten Kommunistischen Partei«¹⁹⁰⁴ aus. Am 24. startete die in Halle gewählte Leitung, die linken Unabhängigen, einen Aufruf an die Partei und die Aktivist*innen. Sie geben der Rechten die Schuld am »Verbrechen«, die Spaltung absichtlich organisiert zu haben, um die Front des Proletariats zu brechen, und beteuerten: »Wir sind die Partei!« und fahren trotzdem fort:

1901 Ebenda, S. 86.

1902 »Die Rote Fahne«, 19. Oktober 1920. [»Das Ende der USPD«, S. 1, SS. 3 – S. 2, SS. 1. Obwohl der Artikel »P.L.« gezeichnet ist, ist er in »Ohne einen Tropfen Lakaienblut« nicht abgedruckt]

1903 Ebenda. [a.a.O., S. 2, Hervorhebung i.O. gesperrt]

1904 »Die Rote Fahne«, 24. Oktober 1920. [Nachdruck in Dok. u. Mat. VII, S. 334 f.]

»Jetzt ist der Weg gebahnt, jetzt sind die Bedingungen zur Bildung einer einheitlichen, machtvollen kommunistischen Massenpartei in Deutschland geschaffen.«¹⁹⁰⁵

Am 27. Oktober erschien die erste Ausgabe der Tageszeitung »Die Internationale«, »Organ der USPD (Linke).«

Aber die Exekutive wünscht weiterhin eine totale Vereinigung der deutschen revolutionären Kräfte, d.h. der unabhängigen Partei, die den Beschlüssen von Halle treu bleibt, und der beiden kommunistischen Parteien, KPD(S) und KAPD. Sie schreibt in einem Brief an diese drei Organisationen:

»Fast in ganz Europa sind die Kräfte der Arbeiterklasse in diesem Augenblick schon so stark, dass der Sieg des Proletariats über die Bourgeoisie keine große Mühe kosten würde, wenn die Arbeiterklasse hinreichend vorbereitet wäre zur Erfüllung ihrer geschichtlichen Sendung. Woran es der Arbeiterklasse gegenwärtig hauptsächlich fehlt, das ist eine eigene klare geistige Orientierung, die Erkenntnis ihrer Ziele, ein klares Verständnis ihrer revolutionären Bahnen.«¹⁹⁰⁶

Das Haupthindernis, das diesem Bewusstsein in Deutschland im Wege stand, waren und sind die 100.000 hauptamtlichen Gewerkschaftsfunktionär*innen. Indem er die Arbeiter*innenbewegung aus dem Griff dieser Schicht im Dienste der Bourgeoisie befreite, hat der Parteitag in Halle *»den Weg zum Sieg der proletarischen Revolution«* gebahnt¹⁹⁰⁷.

Es ist aus diesem Blickwinkel bezeichnend, dass die KAPD selbst in ihren Positionen den enormen Eindruck widerspiegelte, den die Beschlüsse und vor allem die Versprechen von Halle auf ihre Aktivist*innen machten. Auf ihrem Parteitag vom 1. bis 4. August 1920 beschloss die KAPD schließlich, das Haupthindernis für ihre Beziehung zur Exekutive zu beseitigen, indem sie Wolffheim und Laufenberg und ihre nationalbolschewistischen Genoss*innen aus ihren Reihen ausschloss¹⁹⁰⁸. Der antibolschewistische und antiinternationale Groll Otto Rühles, der aus Moskau als entschiedener Gegner der Mitgliedschaft in der Internationale zurückgekehrt war, als scharfer Anprangerer der *»Parteidiktatur«* russischer Prägung und der *»Internationale der Führer«*, hatte gegen die von ihm mit Franz Pfemfert angeführte Tendenz eine Strömung zusammengeführt, die offen für die Mitgliedschaft eintrat: Eine große Mehrheit, vor allem inspiriert durch Karl Schröder und die Berliner Gruppe, hatte das Verhalten Merges' und Rühles in Moskau und ihre Weigerung, am 2.

1905 »Die Rote Fahne«, 24. Oktober 1920; Degras, a.a.O. Bd. I, S. 202-203 [hier S. 203. tatsächlich »An alle Mitglieder der Linken Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, der Kommunistischen Partei Deutschlands und der Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands«, Die Kommunistische Internationale, 15, S. 448-452, hier S. 450]

1906 »Die Rote Fahne«, 25. Oktober 1920 [Degras, a.a.O., S. 202, a.a.O., S. 448 f.].

1907 Ebenda. [Degras, a.a.O., S. 202, a.a.O., S. 449]

1908 Bock, a.a.O., S. 280.

Weltkongress teilzunehmen, als »schweren Fehler« verurteilt. Auf der Sitzung ihres Zentralausschusses am 30. und 31. Oktober und nach Gesprächen, die Anfang des Monats mit Sinowjew geführt wurden, machte die Mehrheit der KAPD einen weiteren Schritt nach vorn: Einerseits schloss sie Rühle aus – wie es die Exekutive seit Juli gefordert hatte – und warf ihm Aktivitäten vor, die auf die Zerstörung der Partei abzielten; andererseits beschloss sie, eine solide Delegation, die die neue Mehrheit und ihre neue Orientierung repräsentierte, zu direkten Verhandlungen mit der Exekutive nach Moskau zu schicken: Karl Schröder, Hermann Gorter und Rasch reisten nacheinander nach Moskau¹⁹⁰⁹ und eröffneten damit die Aussicht auf das Ende der Spaltung der Linken.

In der Zwischenzeit wurde die Fusion zwischen den linken Unabhängigen und der Kommunistischen Partei in wenigen Wochen erreicht. Sie fand sicher nicht in der von der Exekutive erhofften Form statt. In der juristischen Schlacht, die dem Parteitag folgte, gelang es dem unabhängigen Apparat, also der Rechten, tatsächlich den größten Teil seiner materiellen Ressourcen, Gelder, Räumlichkeiten, Zeitungen zu erhalten. Auf dem Vereinigungsparteitag im Dezember wurde weiter geschätzt, dass von den 800.000 Mitgliedern der unabhängigen sozialdemokratischen Partei am Vorabend der Spaltung¹⁹¹⁰ etwa 400.000 der vereinigten Partei beigetreten waren¹⁹¹¹; der Rest verteilte sich auf Einzelpersonen und Gruppen, die zur Mehrheitssozialdemokratie zurückkehrten, auf die um Crispian verbliebene Rumpfpartei, deren Apparat nun für die Massen zu schwer war¹⁹¹², und auf diejenigen – mehrere Hunderttausend –, die, gebrochen durch die Gewalt des Konflikts oder tief zerrissen, beschlossen, jeden politischen Aktivismus aufzugeben.

Durch die vorbereitenden Parteitage, die im November stattfanden, wurde der Prozess der Verschmelzung schrittweise in Gang gesetzt und gipfelte im Vereinigungsparteitag vom 4. bis 7. Dezember 1920. So gelang es, die revolutionären Elemente, deren Spaltung und Zersplitterung in den Jahren 1918-1919 so grausam zu spüren war, in einer einzigen Partei zu versammeln. Der Vereinigungsparteitag stellte das Korrektiv zum Gothaer Parteitag von 1917 dar, die Revanche für das Scheitern der

1909 Ebenda, S. 256-257.

1910 Jahrbuch für Politik-Wirtschaft Arbeiterbewegung 1922-1923 (Pieck) gibt die Zahl von 893.000 an, darunter 135.000 Frauen.

1911 Im Verlauf des 3. Kongresses der Internationale sollte Radek darauf hinweisen, dass es in den Berichten der Zentrale an die Exekutive zum Zeitpunkt der Vereinigung im Dezember 1921 eine gewisse Tendenz zur Überschätzung der Mitgliederzahl gegeben hatte, die auf etwa 500.000 geschätzt wurde. Seiner Meinung nach dürfte die tatsächliche Zahl der Mitglieder 350.000 nicht überschritten haben (Protokoll des III ... , S. 457). Pieck (Jahrbuch 1922-1923) spricht seinerseits von nur 300.000 Unabhängigen, die sich tatsächlich der VKPD angeschlossen hätten (S. 647).

1912 Die Führer*innen der unabhängigen Sozialdemokratischen Partei gaben 1922 300.000 Mitglieder an, eine Zahl, die wahrscheinlich übertrieben war (Ebenda, S. 643). Auf jeden Fall hatte die unabhängige Partei, reduziert auf ein Drittel oder ein Viertel ihrer Mitglieder und Beitragsmittel, die größten Schwierigkeiten, das Personal, die Zeitungen und die Schulen aufrechtzuerhalten, die von einer Partei mit fast einer Million Mitgliedern unterhalten worden waren.

Gespräche zwischen Spartakist*innen und revolutionären Obleuten aus Berlin im Januar 1919. Er scheint es ermöglicht zu haben, die Folgen der Gründung einer kommunistischen Partei unter Bedingungen, die im Januar 1919 alles andere als günstig waren, zu überwinden. In der neuen vereinigten Partei waren die Menschen der alten Garde der Vorkriegsradikalen, der Kern der Anhänger*innen Rosa Luxemburgs, aber auch die lebenslangen linken Sozialdemokrat*innen, Ernst Däumig, Friedrich Geyer, Adolf Hoffmann und Emil Eichhorn, von denen Lenin sagte, sie seien »*vor allem lebendige Bindeglieder zwischen ihr [= der Partei] und breiten Arbeitermassen, deren Vertrauen sie besitzen.*«¹⁹¹³ Mit ihnen, den Arbeiter*innenaktivist*innen, den organisierenden Kadern der Klasse, den Führer*innen der großen Berliner Massenstreiks während des Krieges, den Erbauer*innen der Arbeiter*innenräte, dem Kern der Berliner revolutionären Obleute des Krieges und der Revolution, Richard Müller selbst, und Genossen wie Wegmanns, Paul Eckert, Scholze, Heinrich Malzahn und Paul Neumann, von denen Lenin sagt, dass »*Leute wie sie die breiten, fest gegliederten Heeressäulen des revolutionären Proletariats bilden*«, und dass »*sie die tragende, durchhaltende Kraft in den Betrieben und den Gewerkschaften sind.*«¹⁹¹⁴ Alle diese Männer fanden die alte spartakistische Garde wieder, die nun in der neuen Partei mit Aktivist*innen aus allen Regionen Deutschlands zusammenlebte, die seit 1917 die revolutionären Kämpfe geführt hatten, Erich Wollenberg, Überlebender der Roten Armee der bayerischen Räte, Hermann Remmele, der Metallarbeiter aus Mannheim, die Brüder Bernhard und Wilhelm Koenen, aus Halle, der sächsische Typograf Paul Böttcher, Bernhard Düwell, aus Zeitz, der Hafenarbeiter Ernst Thälmann aus Hamburg, der Metallarbeiter aus Remscheid Otto Brass und Curt Geyer, der ehemalige Vorsitzende des Arbeiter*innenrates von Leipzig 1919.

Ruth Fischer schreibt über den Vereinigungsparteitag, dass er »*in einer Atmosphäre der Zweideutigkeit und Unklarheit*« stattfand¹⁹¹⁵. Sie glaubt, dass die Arbeiter*innen, die mit den linken Unabhängigen kamen, die spartakistischen Theoretiker*innen als unvermeidliche Anhängsel der Internationale duldeten, und dass andererseits die spartakistischen Intellektuellen sich damit begnügten, im Namen der historischen Notwendigkeit ein Menschenmaterial aufzunehmen, das schon lange begehrt, aber für ihren Geschmack zu grob war. Ein Bild von einem Gleichgewicht, das zu einfach ist, um wahr zu sein. Der Maurer Brandler ist nicht weniger repräsentativ für die Spartakist*innen als sein Freund, der Philosoph Thalheimer; und der Hochschullehrer Karl Korsch, der Althistoriker Arthur Rosenberg, sind ebenso typische Produkte der unabhängigen Partei wie der ungehobelte »Teddy« Thälmann, dessen feurige

1913 Zitiert von Cl. Zetkin, Souvenirs sur Lénine, S. 57. [»Erinnerungen an Lenin«, Ausgabe 1929, S. 43, Ausgabe 1985, S. 53, Ausgewählte Reden und Schriften III, S. 123]

1914 Ebenda, S. 48-49. [Ausgabe 1929, S. 37, Ausgabe 1985, S. 46 f., Ausgewählte Reden und Schriften III, S. S. 117]

1915 R. Fischer, a.a.O., S. 146. [Stalin und der deutsche Kommunismus, S. 178]

Interventionen manchmal Heiterkeit auslösen. Das Problem, das sich stellte, war das einer schnellen Fusion im Zuge eines gemeinsamen Kampfes von Organisationen, die bis dahin getrennt gekämpft hatten: Jeder Parteaufbau durchläuft solche Schwierigkeiten, nicht mehr oder weniger beträchtlich als die Probleme unterschiedlicher Generationen oder beruflicher Hintergründe.

In der neuen, gemischten Zentrale¹⁹¹⁶, das durch ein Sekretariat ergänzt wurde, setzte der Vereinigungsparteitag zwei Vorsitzende ein. Einer war der ehemalige Unabhängige Däumig, der andere Levi, der von den Unabhängigen gefordert wurde¹⁹¹⁷. Der Mann, der das Bindeglied zwischen Rosa Luxemburg und Lenin sein wollte, der Vorkämpfer für die Eroberung der revolutionären Arbeiter*innen von der unabhängigen Partei zum Kommunismus, war in der Tat das Symbol dieser Vereinigung und zweifellos ihre beste Chance. Trotz seines deutlich geäußerten Wunsches, sich aus dem aktiven politischen Leben zurückzuziehen, verstand er dies und akzeptierte¹⁹¹⁸.

1916 Unabhängige: Däumig, Brass, Gäbel, Geyer, Hoffmann, Koenen, Remmele, Stoecker. Spartakist*innen: Levi, Brandler, Heckert, Pieck, Clara Zetkin.

1917 Radek wird auf dem III. Kongress der Internationale sagen, dass die Anwesenheit Levis an der Spitze der Zentrale im Namen der Unabhängigen eine Forderung in Form eines Ultimatums (*»ultimative Forderung«*) darstellte, Protokoll des III. ... , S. 550.

1918 Auch hier ist die Aussage Radeks trotz ihrer Bösartigkeit wertvoll. Schon vor dem Kongress in Halle hatte er an die deutsche Zentrale geschrieben und eine »brüderliche« Zusammenarbeit mit Levi empfohlen. Nach seiner Rückkehr aus Halle bestand Sinowjew darauf, dass er die Leitung behielt, da er das Vertrauen der linken Unabhängigen genoss. Thalheimer und Radek mussten ihn davon überzeugen, sich nicht nach Frankfurt zurückzuziehen, wie er es wünschte, indem er ihnen sagte: *»Man kann keinen Jagdhund auf dem Arm tragen.«* (Soll die VKPD, S. 104-105).

Kapitel XXII: Eine deutsche Konzeption des Kommunismus: Paul Levi

Nach dem Parteitag in Halle und zum ersten Mal seit der Gründung der Kommunistischen Internationale existiert eine kommunistische Massenpartei in einem der fortschrittlichsten Länder Europas, ausgerechnet in jenem Deutschland, das die Revolutionär*innen immer noch als Drehscheibe der proletarischen Revolution betrachten. War es ein Sieg der Kommunistischen Internationale, deren Prestige eine große Rolle spielte, oder ein persönlicher Sieg Paul Levis, der fast im Alleingang eine zögernde KPD(S) und eine auf der Hut befindliche Internationale zwang, diesen politischen Kampf, den er als erster vorausgesehen und gesucht hatte, bis zum Ende zu führen? Die Debatte bleibt offen. Es scheint uns jedoch notwendig, in diesem Stadium zu versuchen, die Physiognomie der ersten kommunistischen Massenpartei nachzuzeichnen, wie sie sich in den Analysen des Mannes darstellt, der sie konzipiert hat.

Der Rahmen: die Weltrevolution

Nirgendwo zeigt sich die privilegierte Verbindung zwischen der russischen Revolution und ihrer bolschewistischen Partei und dem Aufbau anderer kommunistischer Parteien besser als in Deutschland. Levi ruft auf dem Vereinigungskongress aus:

»Es ist [...] kein deutsches Ereignis. Es gibt in der Weltrevolution keine deutschen Ereignisse mehr. Das, was Sie hier in Deutschland sehen, ist die Herausbildung des ersten großen und organisatorisch geformten Gliedes in der Internationale der Unterdrückten neben Sowjetrußland.«¹⁹¹⁹

Auf dem Weg, der die Welt unweigerlich vom Kapitalismus zum Sozialismus führt, kommen die verschiedenen nationalen Proletariate nicht im gleichen Schritt voran: Die Entwicklung der Weltrevolution ist so ungleich wie die des Kapitalismus, dessen Kurve sie nicht einmal folgt. So befinden sich die Vereinigten Staaten, das im Rahmen des Kapitalismus am weitesten fortgeschrittene Land der Welt, im primitivsten Stadium der Arbeiter*innenorganisation, dem der Einheitsorganisation, der »one

1919 Bericht über die Verhandlungen der USPD (Linke) und der KPD (Dezember 1920), S. 38. [Nachdruck unter dem Titel »Rede und Schlusswort auf dem Vereinigungsparteitag 1920« in »Ohne einen Tropfen ... 1/3, S. 221-239, hier S. 233]

big union« [eine große Gewerkschaft] – der gleichen, die ein Jahrhundert zuvor, am Beginn der proletarischen Entwicklung, in Großbritannien mit dem Chartismus gescheitert war. So hat auch das deutsche Proletariat erlebt, wie die Anstrengungen von zwei Generationen von Kämpfer*innen auf dem Gebiet der sozialistischen Erziehung und der politischen Organisation in wenigen Jahren zu nichts wurden. So war es schließlich das russische Proletariat, das sich unter der eisernen Ferse des Zarismus bildete und organisierte, eine zahlenmäßig schwache Insel im riesigen ländlichen Ozean, das als erstes das Problem der Zukunft der Menschheit in den Begriffen der Weltrevolution stellte. Die Misserfolge der deutschen Revolution können in diesem Rahmen erklärt werden:

»Das größte Hemmnis für die Entwicklung der kommunistischen Kräfte in Westeuropa war nicht die Bourgeoisie, sondern waren die Arbeiterorganisationen; an deren Wall haben sich bisher alle revolutionären Bewegungen gebrochen.«¹⁹²⁰

Es ist daher wichtig zu verstehen, dass die deutsche Revolution, im Gegensatz zu dem, was die Bolschewiki lange zu glauben schienen, nicht dem russischen Modell von 1917 folgen kann und soll:

In »Westeuropa wird in keinem Lande die Revolution in den raschen Schritten vorangehen, in denen sie in Russland scheinbar voraneilte im Februar bis November 1917, scheinbar deswegen, weil man zu vergessen geneigt war, dass die russische Revolution schon zehn Jahre zuvor ihre Lehren empfangen hat; und wie ich vorhin bereits sagte, die russische Revolution diese Lehren, die sie 1905, 1906 und 1907 bekommen hat, in zehn Jahren planmäßiger Arbeit verwerten konnte für das Proletariat. Und schon allein der Umstand, dass wir in Deutschland und in Westeuropa beim Eintritt in die Revolution keine kommunistische Partei hatten, dass sie sich erst bilden musste in der Revolution, die Tatsache, die daraus folgt, dass die Irrtümer, die Fehler, Unvollständigkeiten und Halbheiten des Proletariats in der Revolution doppelte und dreifache sind, dies schließt aus, dass die Revolution in sieben Monaten so klar und in einer Linie verlaufe, wie die russische Revolution in den Monaten bis November 1917 und auch im fernereren verlaufen ist.«¹⁹²¹

Da dies der Fall ist, ist die Notwendigkeit einer deutschen kommunistischen Partei umso spürbarer. Für Levi ist das Problem nicht nur das der deutschen Revolution, der Revolution in Deutschland, sondern das der Weltrevolution in Deutschland. Es gibt in seinen Augen keine Sektoren auf der Welt, in denen der Klassenkampf unterschiedliche Aspekte besitzt und sich unterschiedliche Ziele stellt. Die deutsche

1920 Nachlass Paul Levi, S. 64/3 [tats. 64/6], Blatt 14. [»Der Beginn der Krise in der Kommunistischen Partei und Internationale«, Nachdruck in »Ohne einen Tropfen ...« I/3, S. 407-438, S. 423]

1921 Bericht 2 ..., S. 61. [tatsächlich »Rede auf der Zentralausschusssitzung am 25. August 1920«, veröffentlicht in »Ohne einen Tropfen ...« I/3, S. 46-64, hier S. 55]

Bourgeoisie, der deutsche Militarismus stellen für ihn eine konkrete Bedrohung der gesamten Weltrevolution und Deutschland das Schlachtfeld dar, auf dem das europäische Proletariat die entscheidende Schlacht führen wird. Aus diesem Grund hat die kommunistische Partei Deutschlands, deren Rolle bestimmend sein wird, eine besondere Bedeutung für die Weltrevolution. Es ist notwendig, dass alle Parteien der Internationale von ihr lernen, von ihren Erfahrungen und ihren Fehlern, und sie kritisieren, nicht mit Bezug auf das russische Modell, sondern mit Bezug auf ihre gegenwärtigen konkreten Aufgaben, die darin bestehen, die Revolution nicht in einem rückständigen Land mit Hilfe einer fest konstituierten Partei zu beginnen, sondern sie auf ein hochentwickeltes Land auszudehnen und dabei die unentbehrliche revolutionäre Partei aufzubauen:

»Wir stecken heute nicht nur in einer deutschen Revolution, sondern in einer Weltrevolution, und bei jeder Möglichkeit der Aktion ist auch die Möglichkeit einer Reaktion nicht nur für hier, sondern für die Weltrevolution im Auge zu halten.«¹⁹²²

Die Eroberung des Proletariats

Die Überlegenheit der russischen Kommunist*innen liegt darin, dass es ihnen zwischen Februar und Oktober 1917 gelang, die Mehrheit des russischen Proletariats für den Kommunismus zu gewinnen. Wenn es in Deutschland 1918-1919 nicht dasselbe war, dann deshalb, weil die Revolution vom 9. November weniger ein Sieg des Proletariats als vielmehr der Bankrott der Bourgeoisie war. Sowohl gegen Karl Radek als auch gegen die Linksradikalen der KAPD polemisierend, behauptet Levi, dass das Klassenbewusstsein des Proletariats die notwendige Bedingung für dessen Machtübernahme darstellt. Um dies zu erreichen, haben die Kommunist*innen als erste große positive Aufgabe, *»die Organisation des Proletariates als Klasse in den Räten«¹⁹²³* zu vollbringen. Es ist die Eroberung der Mehrheit der Arbeiter*innen in den Sowjets, die das Geheimnis des Sieges der Bolschewiki in Russland ausmacht. Und unter diesem Gesichtspunkt ist ihr Sieg beispielhaft. Levi schreibt bereits in den dem 2. Parteitag der KPD(S) vorgelegten Thesen:

»Schon vor Eroberung der Macht ist auf den Ausbau bestehender und die Schaffung neuer Räteorganisationen das größte Gewicht zu legen.

Dabei ist zunächst freilich im Auge zu halten, dass Räte und Räteorganisationen nicht durch Statuten, Wahlreglements usw. geschaffen werden können, und dass sie nicht durch Statuten, Wahlreglements usw. gehalten werden können.

1922 »Die Kehrseite«, Die Internationale, Nr. 9-10, 4. August 1919, [S. 9-13, hier] S. 13. [Nachdruck in »Ohne einen Tropfen I/2, S. 1165-1170, hier S. 70]

1923 [»Die Lehren der ungarischen Revolution«, Die Internationale, Heft 24, 24. Juni 1920, S. 32-41, hier S. 36, Nachdruck in »Ohne einen Tropfen ...« I/2, S. 1812-1823, hier S. 1817]

Sie verdanken ihre Existenz vielmehr allein dem revolutionären Willen und der revolutionären Aktion der Massen und sind der ideologische und organisatorische Ausdruck des Willens zur Macht für das Proletariat gerade so, wie das Parlament dieser Ausdruck für die Bourgeoisie ist.

Aus diesem Grunde sind die Arbeiterräte auch die gegebenen Träger der revolutionären Aktionen des Proletariats. Innerhalb dieser Arbeiterräte haben sich die Mitglieder der KPD fraktionsmäßig zusammenzuschließen und zu versuchen, durch geeignete Parolen die Arbeiterräte auf die Höhe ihrer revolutionären Aufgaben zu erheben und die Führung der Arbeiterräte und der Arbeitermassen zu gewinnen.»¹⁹²⁴

Die negative Erfahrung der deutschen Revolution – die Weigerung, in den Räten an der Seite der Mehrheit zu sitzen, der Versuch, ihre Entscheidungen von außen zu erzwingen, die »putschistischen« Tendenzen, die sich in den ersten Monaten des Jahres 1919 manifestierten – bestätigen also die positiven Erfahrungen der siegreichen russischen Revolution. Denn die revolutionäre Erziehung des Proletariats kann nur das Werk einer revolutionären Partei sein.

Levi und die deutschen Kommunist*innen denken 1920, dass die Geschichte die alte Polemik über die Partei zwischen Lenin und Rosa Luxemburg endgültig beigelegt hat. Levi erklärt:

»Es ist das alte Problem der Bildung sozialistischer Parteien. Ich will nichts verschleiern, es erhebt sich hier wieder der alte Gegensatz zwischen Lenin und Rosa Luxemburg, der alte Gegensatz: Wie kommen sozialdemokratische Parteien – sagte man damals – zustande? Die Geschichte hat darüber geurteilt. Lenin hatte Recht: Man kann sozialistische und kommunistische Parteien auch bilden durch jene strengste Siebung. Er hat in illegalen Zeiten durch strengste Siebung und einfach durch den mechanischen Prozess der Addition des Kommunisten zum Kommunisten eine gute Partei erzogen, und vielleicht, Genossen und Genossinnen, wenn wir vor uns hätten eine Zeit von zehn Jahren der Illegalität, vielleicht würden wir uns entschließen, diesen Weg zu gehen.«¹⁹²⁵

Alle denken gleichzeitig, dass die Geschichte gleichermaßen den Streit um die Organisation und die notwendige Spaltung zwischen Opportunist*innen und Revolutionär*innen geklärt hat:

»Kein Kommunist ist heute in Deutschland, der nicht tief bedauerte, dass die Gründung der kommunistischen Partei nicht schon längst vollzogen wurde in der

1924 Bericht über den 2. Parteitag ... , S. 24 [tats. S. 61, Nachdruck a.a.O., S. 1244 f.].

1925 »Der Beginn der Krise in der Kommunistischen Partei und in der Internationale«, 24. Februar 1921. Nachlass Paul Levi, P 64/3. Blatt 20 [Mappe 288 in Box 144]. [veröffentlicht in »Ohne einen Tropfen ...« 1/3, S. 407-437, hier S. 432]

Zeit vor dem Kriege, dass nicht schon 1903 die Kommunisten, und wenn auch nur als kleine Sekte, sich zusammentaten und eine wenn auch kleine, so doch klare Schar bildeten.«¹⁹²⁶

Aber er weigert sich, aus dieser Beobachtung allgemeine Überlegungen abzuleiten. Die Spaltung könne nach ihm nicht zum Prinzip erhoben werden:

»In revolutionären Zeiten, in denen die Massen sich rasch in revolutionärem Sinn wandeln, ganz im Gegensatz zu jenen Zeiten, in denen der Wandlungsprozess langsamer und zäher vor sich geht, ist das Verbleiben auch der oppositionellen radikalen und kommunistischen Gruppen in großen Parteien von Vorteil, wenn sie nur die Möglichkeit haben, ihr kommunistisches Gesicht offen zu zeigen, ungehindert ihre Agitation und Propaganda zu treiben.«¹⁹²⁷

Für den durch den Zusammenbruch von 1914 geprägten Levi, ist es notwendig, niemals die Tatsache aus den Augen zu verlieren, dass die Partei letztlich nichts anderes ist als ein historisches Werkzeug zur Austragung eines Klassenkampfes:

»Die Frage ist für die Kommunisten nicht: Wie erhalten wir die größte Partei, sondern die: Wie erhalten wir das bewusstere Proletariat? In diesem Sinne ist die Partei nichts und die Revolution und das Proletariat alles.«¹⁹²⁸

In diesem Punkt findet sich Levi im Widerspruch zur Mehrheit der Aktivist*innen, die seine neue Partei bilden. Für sie ist die Partei alles, denn sie ist das Werkzeug ihrer Wirkungskraft, das unersetzliche Werkzeug, das ihnen den Sieg bringen kann.

Die politische Atmosphäre hat sich in der deutschen Arbeiter*innenklasse seit 1918, als das russische Beispiel in die magische Wirkung des Wortes »Arbeiter*innenrat« und das Rezept des bewaffneten Aufstandes zur Zerstörung des alten Staatsapparates der herrschenden Klassen übersetzt wurde, tiefgreifend verändert. Die deutschen Arbeiter*innen wollen eine wirksamere Kraft haben als die ohnmächtigen Arbeiter*innenräte von 1918; sie erwarten eine radikale Veränderung ihrer Lebensbedingungen, die ihnen nur durch Rückgriff auf eine der stärksten Traditionen der Arbeiter*innenbewegung in ihrem Land möglich erscheint: die Organisation, deren Synonym die Planung ist. An sie richtet sich Sinowjew, wenn er schreibt:

»Aber wir haben einen Ausweg, eine Hoffnung. Wir gehen der völligen Aufhebung des Geldes entgegen. Wir naturalisieren den Arbeitslohn, wir führen kostenlose Straßenbahnenbenutzung ein, wir haben freien Schulunterricht, kostenloses, wenn

1926 »Der Parteitag der Kommunistischen Partei«, Die Internationale, Nr. 26, 1. Dezember 1920, S. 41. [Nachdruck in »Ohne einen Tropfen ...« 1/3, S.

1927 Nachlass Paul Levi, P 124/8, S. 3. [Mappe 181 in Box 87, veröffentlicht unter dem Titel »Zur Geschichte der KPD« a.a.O., S. 1749 f.]

1928 »Reinigung«, Die Internationale, Nr. 15-16, 1. November 1919, S. 283. [Nachdruck in »Ohne einen Tropfen ...« 1/2, S. 1252-1257, hier S. 1257]

auch einstweilen schlechtes Mittagessen, freie Wohnung, Beleuchtung usw. Wir führen das sehr langsam durch, unter äußerst schwierigen Umständen, wir müssen ununterbrochen kämpfen. Aber wir haben einen Ausweg, eine Hoffnung, einen Plan.«¹⁹²⁹

Das war eine klare Sprache für die unabhängigen Arbeiter*innen, die sich den Spartakist*innen in den Reihen der vereinigten Partei anschlossen. In der Tat, die einzige, die sie zu hören bereit waren nach diesen Jahren der herben Enttäuschung, der Entdeckung, dass »Spontaneität« und Unorganisiertheit nur Niederlagen erzeugen, der Bestätigung der Eitelkeit der Wahlhoffnungen. Das Fortbestehen und die Kontinuität der sozialdemokratischen Arbeiter*innentradition der Organisation tragen zusammen mit diesen günstigen Umständen dazu bei, die Partei, ihren Zusammenhalt, ihre Disziplin, ihre Effizienz, ihre Fähigkeit, die Arbeiter*innenkräfte zu organisieren und zu konzentrieren, zum wesentlichen Ziel der Bemühungen der revolutionären Kämpfer*innen zu machen und eine Atmosphäre zu schaffen, die dem Aufbau eines soliden Apparates für die Partei förderlich ist.

Die neue Partei zählt Hunderttausende von Mitgliedern, und ihre Führer*innen glauben sogar, dass sie eine halbe Million erreicht oder überschreitet. Sie besitzt drei- und dreißig Tageszeitungen, spezialisierte Zeitungen oder Zeitschriften, gibt eine »Pressekorrespondenz« heraus und organisiert Schulen. Sie verfügt über wichtige materielle Ressourcen, Menschen guten Willens und ein Vertrauen, das sich in ihren Ergebnissen bei den Wahlen widerspiegelt, im Allgemeinen ein Viertel der Stimmen, die an die alte sozialdemokratische Partei gehen. Sie fühlt sich stark und will ihre Kraft vervielfachen.

Die Organisation, die sie sich am Tag nach der Fusion gibt, verbindet die traditionellen »sozialdemokratischen« Merkmale – die Tradition der »alten Schule«, die an sie sehr hohe Ansprüche stellte – mit Methoden, die von denen des Bolschewismus inspiriert waren¹⁹³⁰. Sie ist ganz auf die Notwendigkeit ausgerichtet, den Einfluss des Kommunismus zu entwickeln. Eine der ersten spezialisierten »Abteilungen«, die in der Zentrale geschaffen wurden, widmete sich der Arbeit der kommunistischen Aktivist*innen in den Gewerkschaften: Die Gewerkschaftsabteilung machte sich, unter der Leitung der kommunistischen Metallarbeiter*innen, dem Kern der ehemaligen revolutionären Obleute, an »*die Eroberung der Gewerkschaften.*«¹⁹³¹ Eine weitere Abteilung wurde gegründet, die sich mit der Propaganda und Organisation in den bis dahin etwas vernachlässigten ländlichen Regionen befasste. Von der Exekutive ent-

1929 Sinowjew, Zwölf Tage in Deutschland, S. 74. Stellen wir jedoch fest, dass er mehr die Bestrebungen der russischen Arbeiter*innen als die der deutschen Arbeiter*innenklasse zu dieser Zeit ausdrückt.

1930 Zu den Details siehe Kapitel XXVIII.

1931 Richard Müller übernahm die Leitung der Gewerkschaftsabteilung. An seiner Seite waren die erfahrensten Arbeiter*innenaktivist*innen der Zeit, die Brandlers und Heckerts aus dem Baugewerbe, die Metallarbeiter Malzahn, Fritz Wolff, Walcher und Eckert. (V. Mujbegović, a.a.O., S. 341).

sandte »Spezialisten« halfen bei der rationalen Reorganisierung – manchmal der Organisierung – eines geheimen Apparates, vor allem des für militärische Fragen zuständigen M.-Apparates und des für nachrichtendienstliche Fragen zuständigen N.-Apparates¹⁹³². Dutzende von Aktivist*innen wurden »Hauptamtliche«, sei es für die Presse oder die Unternehmen der Partei – Druckereien oder Verlage – oder in ihrem Sekretariatsapparat oder sogar in ihrem klandestinen Apparat. Für sie wie für die anderen Aktivist*innen ist die Partei alles, denn sie ist das unersetzliche Instrument der kommenden Revolution, und der Apparat ist ihr Rückgrat.

Die Partei und die Internationale

Die vereinigte Partei wurde unter der Ägide der Internationale geboren, und Paul Levi unterstreicht dies. Für ihn existiert die Kommunistische Internationale erst seit 1920. Ihre Proklamierung 1919 war gewissermaßen nur ein Ausdruck der Solidarität des internationalen Proletariats mit der Revolution und Sowjetrußland; erst auf ihrem zweiten Kongress 1920 organisierte sie sich, indem sie sich ein Statut gab, wird wirklich »die Partei über den Parteien, d.h. die Partei, die die Kommunistischen Parteien der Welt zusammenfasst und in sich vereinigt.«¹⁹³³ Anders als Rosa Luxemburg 1918 sind die Führer*innen der vereinigten kommunistischen Partei nicht peinlich berührt, dass erstens die Konstituierung der Internationale und zweitens die Vereinigung der deutschen Kommunist*innen über Moskau und die Führer*innen Sowjetrußlands gehen mussten: Die Geschichte ist in ihren Augen ein dialektischer Prozess, und nur durch die Vermittlung der so gegründeten Internationale wird es dem Weltproletariat gelingen, die seit der russischen Revolution von den verschiedenen Parteien gesammelten Erfahrungen, vor allem die eigene, zu assimilieren und zu jener Homogenisierung zu gelangen, ohne die es keine internationale Organisation gibt. Paul Levi sagt zu diesem Thema:

Wir »waren weiter der Meinung, dass wir Deutschen kein auserwähltes Volk sind, weder nach der guten noch nach der schlechten Seite, und glauben, dass die Erfahrungen, die wir in Deutschland gemacht haben, werden gemacht werden von allen Parteien des Westens. Genau dieselben Auseinandersetzungen wie in Deutschland werden in Frankreich, England, überall kommen. Sie werden vielleicht dank des Lehrgeldes, das wir gezahlt haben, nicht mehr so scharf verlaufen.«¹⁹³⁴

Es ist gleichermaßen ohne jede sichtbare Peinlichkeit, dass Levi nach dem 2. Kongress der Kommunistischen Internationale bestimmte Initiativen ihres Exekutiv-

1932 Ruth Fischer (a.a.O., S. 174 [dt. Ausg., S. 212] fügt die Gruppen Z (Zersetzung) und T (Terror) hinzu, über die wir nur Informationen von zweifelhafter Herkunft haben

1933 Nachlass Paul Levi, P 124/8, S. 1-2. [Mappe 181 in Box 87, Veröffentlicht in »Ohne einen Tropfen ...« unter dem Titel »Bericht über die Verhandlungen in Moskau«, a.a.O., I/2, S. 1746-63, hier S. 1747]

1934 Ebenda, S. 3. [a.a.O., S. 49]

komitees offen kritisiert, die notorisch von den Führer*innen der russischen Partei inspiriert und unterstützt wurden. Während des Kongresses protestierten die deutschen Vertreter*innen energisch gegen den von den Russ*innen eingebrachten und von der Exekutive angenommenen Vorschlag, als Gäste und als »sympathisierende« Organisationen Organisationen des anarcho-syndikalistischen Typs zuzulassen. Levi sagt es:

Aus »der Erfahrung heraus haben wir den Gedanken bekämpft, solche Elemente, die nicht streng kommunistisch sind, in die Kommunistische Internationale aufzunehmen. (...) Aus diesem Gedanken sagten wir, dass wir die klare einheitliche Linie und die ganz klaren Gedanken des Kommunismus nicht verwischen lassen durch irgendwelche Konzessionen bei den Russen.«¹⁹³⁵

Er gibt auch die Gefahr zu, die sich für die Internationale aus der überragenden Rolle der Partei an der Macht in Russland ergibt. Er erklärt zu diesem Punkt:

»Die russischen Genossen sind Staatsgewalt und Massenorganisation. Als Staatsgewalt müssen sie mit der Bourgeoisie Schritte unternehmen, die sie als Partei mit Rücksicht auf die proletarischen Massen nicht unternehmen würden (...). Es ist selbst verständlich eine gewisse Gefahr theoretisch denkbar, dass die Kommunistische Internationale, wenn der Zusammenhang zwischen ihr und der Staatsgewalt sehr eng würde, gleichfalls nicht mehr wirken würde als Partei, als Überpartei sozusagen, allein aus kommunistischem Gesichtspunkt heraus, sondern sich einstellen könnte auf das ganze Spiel der Diplomatie, von bürgerlichen Kräften hin und her, denen die Bolschewiki ... nicht als Partei, aber als Staatsgewalt machen müsse. Eine Gefahr, die theoretisch denkbar ist, von der ich mir aber nicht vorstellen kann, dass sie praktisch werden würde. Und zwar kann sie nach meinem Gefühl praktisch nicht möglich werden aus dem Grunde, weil die Identität der Interessen der Kommunistischen Internationale einerseits und der Sowjetrepublik andererseits als politischer Staat, überhaupt weil die Identität zwischen den beiden so groß ist, dass irgendeine Interessenverschiedenheit nicht zutage treten kann.«¹⁹³⁶

Die Ergebnisse des 2. Kongresses der Kommunistischen Internationale verschafften auch den deutschen kommunistischen Führer*innen und insbesondere Levi Genugtuung in Punkten, die im Mittelpunkt interner und dann externer Debatten mit den Linksradiakalen der deutschen kommunistischen Bewegung gestanden hatten. Die Verurteilung des Kongresses für die Anhänger*innen des Boykotts der Parlamentswahlen – insbesondere die österreichische KP –, seine Bekräftigung, dass die Kommunist*innen innerhalb der reformistischen Gewerkschaften kämpfen müssen, um den opportunistischen Führer*innen das Vertrauen der Arbeiter*innen streitig

1935 Ebenda. [a.a.O., S. 49]

1936 Ebenda, S. 12-13. [a.a.O., S. 57]

zu machen, schien ihnen eine Bestätigung ihrer eigenen früheren Positionen zu sein, die ihrerzeit in den führenden Kreisen der Internationale teilweise scharf kritisiert wurden. Man versteht, dass Levis Rede auf dem Vereinigungskongress der deutschen Kommunisten gelegentlich Akzente von Freude zeigt: Auf der Ebene des Programms ist die Kommunistische Internationale auf der Konzeption des Kommunismus begründet, die sie während dieser zwei Jahren verteidigt hatte, und auf der der Organisation ist die deutsche Kommunistische Partei (Spartakusbund), die zur Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (VKPD) wurde, nun eine Partei der Massen, die für sich in Anspruch nehmen kann, die Mehrheit der deutschen Arbeiter*innen für den Kommunismus zu gewinnen.

Es bleibt dabei, dass die Beziehungen zwischen der deutschen Leitung, insbesondere Paul Levi, und der Exekutive der Internationale noch lange nicht endgültig geklärt sind. Der Mann, der durch die Internationale, der er vorsteht, die Erfahrungen und Ziele der russischen Partei projiziert, sieht die Probleme des Klassenkampfes in Deutschland in einem ganz anderen Licht als Levi. Geprägt von den Erfahrungen der vergangenen drei Jahre Revolution und Bürgerkrieg in Russland, schreibt Sinowjew in der ersten Ausgabe der Kommunistischen Rundschau:

»Jeder klassenbewusste Arbeiter muss verstehen, dass die Diktatur der Arbeiterklasse nicht anders verwirklicht werden kann, als durch die Diktatur ihrer Vorhut, *d.h. durch die kommunistische Partei.* (...) *Wir bedürfen aber nicht einfach einer kommunistischen Partei, wir brauchen eine **streng zentralisierte** kommunistische Partei, mit **eiserner** Disziplin, mit **militärischer** Organisation.*«¹⁹³⁷

Der Konflikt zwischen dieser Konzeption und derjenigen, die Levi entwickelte, um an die deutsche Tradition anzuknüpfen, war unvermeidlich.

1937 Kommunistische Rundschau, Nr. 1, 1. Oktober 1920. [G. Sinowjew, »Der Zentralismus«, a.a.O., S. 26-28, hier S. 27]

Kapitel XXIII: Die Anfänge der vereinigten Partei

Das Jahr 1920 markiert sowohl das Ende des [russischen] Bürgerkrieges als auch die Konstituierung einer kommunistischen Massenpartei in Deutschland. Aber das Jahr 1921 ist für den Weltkommunismus das Jahr des Kronstädter Aufstandes, der ersten schweren Krise innerhalb der Revolution, das Jahr des Wendepunktes, des Aufgebens des Kriegskommunismus, der Annahme der NEP. Seit dem Ende des Bürgerkrieges im Herbst sind die russischen Kommunist*innen in ihre Zwigigkeiten eingetaucht, in die Gewerkschaftsdiskussion, in der die Unruhe der Menschen zum Ausdruck kommt, die vor ihren Augen die Zersetzung des Landes sehen, das zwei Jahre lang das Feld einer erbitterten Schlacht war. Fasziniert von ihren eigenen Problemen, werden sie in diesem Moment nicht verstehen, dass sich auch die internationale Lage geändert hat; die Zeit für die krampfartigen Angriffe eines vom Leid wütenden Proletariats, das spürt, dass die Macht zum Greifen nahe ist, ist vorbei; man muss zugeben, dass sich der Kapitalismus »stabilisiert« hat, dass er die revolutionäre Krise der Nachkriegszeit überlebt hat und dass er neue Ressourcen, eine neue Fähigkeit zum Durchhalten entdeckt hat.

Das Bewusstwerden dieser neuen Bedingungen, ihr Akzeptieren, geschieht nicht auf einmal, sondern in Schüben: Sie stellen den Gegenstand leidenschaftlicher Kämpfe dar. Die Revolte gegen die Realität, die die »*Illusionen der Kindheit*«, so Bucharin¹⁹³⁸, auflöst, nimmt tragisch kindische Formen an: Aktivist*innen, kommunistische Führer*innen versuchen, die Arbeiter*innen zum Kampf zu zwingen, zerbrechen in ihrer Ungeduld den Mechanismus, weil er nicht mehr so funktioniert wie früher, tun so, als ob Beschwörungen und Verwünschungen genügen, um Wunder zu bewirken, als ob es genüge, die Revolution zu wollen, damit sie stattfindet...

Die konkreten Perspektiven von 1920

Als Radek Anfang 1921 in einer Klausurtagung die politischen Probleme des Jahres 1920 zusammenfasste, beschrieb er mit diesen Begriffen die großen Hoffnungen jenes Sommers – die Exaltiertheit:

1938 Bolschewik, Nr. 2, April 1924, S. 1.

»Während des Polenkrieges war die Auffassung der Exekutive, dass in Westeuropa die Bewegungen heranreifen, dass es sich bei dem Vorstoß nach Westen jetzt nicht darum handelt, auf der Spitze der Bajonette den Bolschewismus zu bringen, sondern die Kruste der Militärgewalt der herrschenden Klassen zu brechen, dass schon genug innere Kräfte in Deutschland ausgelöst seien, die die Sache halten könnten. Der zweite Eckpfeiler der Politik der Exekutive war die Beurteilung der konkreten Lage in Deutschland. Die Exekutive glaubte, in Deutschland reiften die Dinge schon zur Eroberung der politischen Macht. Man glaubte, wenn wir in Warschau stehen, brauchen wir gar nicht nach Deutschland zu gehen.«¹⁹³⁹

Das »deutsche Schema« war jedoch nicht das einzige. Radek präzisiert:

»Eine andere Meinung in der Exekutive, die sogenannte südöstliche Richtung, war, dass der Hebel nicht bei Deutschland anzusetzen sei, dass der Durchbruch auf einer ganz anderen Linie versucht werden müsse, in Ländern mit agrarischem Zündmaterial, Ostgalizien, Rumänien, Ungarn, dass, wenn wir an der Drau und der Sau [Save] stehen, die Revolution in den Balkanländern beschleunigt werde, und das notwendige agrarische Hinterland geschaffen werde für die italienische Revolution. Die Schaffung eines agrarischen Hinterlandes ist für die italienische Revolution dieselbe entscheidende Frage wie für die deutsche Revolution.«¹⁹⁴⁰

Die Masse der Aktivist*innen, und zweifellos auch der Kader, war jedoch weit unter diesen Nuancen geblieben und hatte an den nahen Sieg der Revolution in Europa geglaubt.

Der objektive Wendepunkt von 1920

Es war im Juli 1921, als die Kommunistische Internationale die Wende vollzog, die durch die Anerkennung einer neuen Lage diktiert wurde, in der die Machtübernahme nicht auf der unmittelbaren Tagesordnung stand. Aber die neue Lage hatte bereits 1920 Gestalt angenommen. Die von Tuchatschewskis Roter Armee ausgeführte Sommeroffensive war nur ein Trugbild. Ihr blitzartiger Gegenangriff hatte für die meisten Kommunist*innen die Totenglocke des Kapitalismus in Europa, das Fanal des Aufstandes, erklingen lassen, und Bucharin hatte in einem durchschlagenden Artikel für eine »Politik der revolutionären Offensive« argumentiert, dass die Revolution mit der Spitze des Bajonetts exportiert werden könne und solle¹⁹⁴¹. Eine »provisorische

¹⁹³⁹ Protokoll des Zentrallausschusses der KPD vom 28. Januar 1921. Levi Archiv, S. 50/a 5 wiedergegeben in *The Comintern: Historical Highlights*, S. 285. Radek entlarvt hier Ideen, gegen die er persönlich gekämpft hat. [auf Deutsch wiedergegeben unter dem Titel »Sitzung der Zentrale mit dem Vertreter des Exekutivkomitees für Deutschland« in »Ohne einen Tropfen ...«, 1/3, hier S. 337-350, hier S. 337 f.]

¹⁹⁴⁰ Ebenda, S. 286. [a.a.O., S. 338]

¹⁹⁴¹ »O natupatel'noj taktike«, *Kommunistitscheskij Internazional*, Nr. 15, 1920, Sp. 3073-3075. Über die Offensivtaktik«, *Die Kommunistische Internationale*, Nr. 15, 1920, S. 67-71; auf Französisch »De la tacti-

Regierung« aus polnischen kommunistischen Veteran*innen stand bereit, um die polnischen Proletarier*innen zu führen, deren Aufstand erwartet wurde, wenn ihre »Befreier*innen« eintrafen.

Die Delegierten des 2. Weltkongresses der Internationale hatten diese Hoffnungen geteilt. Man betrachtete Levi, der skeptisch gegenüber dem Wunsch der deutschen Arbeiter*innen blieb, sich bei der Ankunft von Budjonnys Reitern zu erheben, mit einem misstrauischen Auge. Die jüngste Vergangenheit nahm im Lichte der Militäroperationen neue, verheißungsvolle Farben an: Jean Brécot – Pseudonym von Gaston Monmousseau – schrieb, der Streik der französischen Eisenbahner*innen im Mai habe »das Erwachen des proletarischen Bewusstseins« in Frankreich markiert, »den ersten Schritt des französischen Proletariats zur internationalen revolutionären Aktion.«¹⁹⁴²

Zudem schien die revolutionäre Bewegung weit über die Grenzen des alten Europas hinauszugehen, dessen Einkreisung und innere Widersprüche die unabänderliche Umgestaltung ankündigten. Am 1. September fand in Baku der erste »Kongress der Ostvölker« statt; indische, chinesische, türkische, iranische, kurdische Delegierte bejubelten die Weltrevolution gegen den Imperialismus, deren Weg Sinowjew, flankiert von Radek und Bela Kun, ihnen zeigten. Die Internationale erstreckte sich auf den Nahen und Fernen Osten.

Während Sinowjew seine Triumphtour in Deutschland abbrach, schienen sich die Ereignisse zu überstürzen. Anfang September 1920 hatte das Proletariat Norditaliens unter der Leitung seiner Fabrikräte und der Inspiration des kleinen Kerns der Turiner Kommunist*innen, die sich um den »Ordine Nuovo« und Antonio Gramsci gruppierten, die große Bewegung der Fabrikbesetzung entfesselt. Große Klassenkämpfe waren in der Tschechoslowakei angesagt, wo der Staat die Verteidigung der alten Führer*innen der Sozialdemokratie gegen die Kommunist*innen übernahm, die ihnen die Kontrolle über die Partei entreißen wollten. Der Beitritt der deutschen Unabhängigen zur Internationale, der wahrscheinliche und baldige Beitritt der Mehrheit der französischen sozialistischen Partei schien den unwiderstehlichen Charakter des Schwungs zu zeigen, der in allen Ländern die arbeitenden Massen zur Dritten Internationale und ihrem Programm der proletarischen Revolution hinführte.

Doch die Bilanz des Jahres 1920 enthüllte sich bald als negativ. Die Gegner*innen des Marsches auf Warschau, Trotzki, Radek und ein Teil der polnischen Kommunist*innen, die den Möglichkeiten des Exports der Revolution mit Waffengewalt skeptisch gegenüberstanden, hatten gegen Lenin Recht behalten. Die polnischen Arbeiter*innen und armen Bäuerinnen und Bauern hatten sich nicht nur nicht erhoben, sondern sie kämpften hinter ihren Generälen und Magnaten mit den Beratern der Entente für ihre »Unabhängigkeit« gegen die roten Soldaten. Auf den siegreichen

que offensive«, Bulletin communiste, Nr. 14, 7. April 1921, S. 219-220.

1942 Revue communiste, Nr. 6, August 1920, S. 504-505.

Vormarsch der Roten Armee folgte ein überstürzter Rückzug, der zum Waffenstillstand führte. Das »Aktionskomitee« gegen die Intervention in Polen, in dem Lenin den »Londoner Sowjet« begrüßt hatte, hatte das Ende der Kampfhandlungen nicht überlebt. Der Streik der französischen Eisenbahner*innen war nur der Gipfel der Welle gewesen. In Italien löste die Weigerung der rechten sozialdemokratischen Elemente und der Gewerkschaftsführer*innen, sich auf den Kampf einzulassen, bei den Arbeiter*innen Skepsis und Entmutigung aus, den Beginn einer Ebbe, auf der der Faschismus, gestärkt durch die große Angst der Bourgeoisie, zunehmend an Land gewann. Die Streikenden in der Tschechoslowakei wurden im Dezember gewaltsam niedergeschlagen.

Lenin stellte im Dezember fest, »dass sich die revolutionäre Bewegung verlangsamen musste.«¹⁹⁴³ Aber Sinowjew schrieb an die italienischen Sozialist*innen, dass die proletarische Revolution an die Türen Italiens klopfe¹⁹⁴⁴. Vielleicht war er davon überzeugt, dass nur ein revolutionärer Sieg der Internationale Russland vor einer vorbereiteten Wende der Wirtschaft bewahren konnte, die er nur widerwillig akzeptierte, nachdem er sie in den Diskussionen des Politbüros energisch bekämpft hatte¹⁹⁴⁵. Auf jeden Fall wandte er die Beschlüsse des 2. Kongresses der Internationale an. Um ihn herum blieb der Apparat der Internationale, die Menschen der Exekutive, Überlebende der ungarischen Revolution, rote Emigrant*innen von Moskau, Bevollmächtigte mit kurzer Erfahrung, aber mit beträchtlicher Autorität, davon überzeugt, dass seit August 1920 nichts Wesentliches geschehen sei und vor allem, dass die Aufgabe der kommunistischen Parteien, deren Aufgabe es war, sich von linken Sozialdemokraten in authentische Bolschewiki zu verwandeln, mehr denn je darin bestand, an der Beschleunigung einer Revolution zu arbeiten, deren Donner grollte.

Spannungen zwischen Levi und der Exekutive

Meinungsverschiedenheiten über die Einschätzung der internationalen Lage lagen Levis Zurückhaltung während des 2. Kongresses der Internationale zugrunde, sowohl in der Frage der Aufnahmebedingungen als auch in der Frage der unmittelbaren Aufgaben der kommunistischen Parteien. Unter diesem Gesichtspunkt hatte er zweifellos gegen Lenin Recht gehabt. Aber es bedurfte dieses zusätzlichen Motivs nicht, um das Misstrauen der russischen Mitglieder der Exekutive ihm gegenüber zu nähren. Meyer erklärte dies vor dem KPD-Parteitag in aller Deutlichkeit: Die russische Führung – insbesondere Sinowjew – empfand die »Zurückhaltung« der Deutschen ihnen gegenüber

1943 »Discours à l'assemblée des militants de Moscou«, 6. Dezember 1920, Œuvres, Bd. XXXI, S. [456-477, hier S.] 460 [dt. »Rede in der Aktivversammlung der Moskauer Organisation der KPR(B)«, Bd. 31, S. 434-454, hier S. 438].

1944 Botschaft an den Kongress der PSI in Livorno, zitiert bei R. Paris, Histoire du fascisme en Italie, Bd. I, S. 202.

1945 Siehe die sorgfältige Erörterung dieses Punktes durch E. H. Carr, a. a. O., S. 337-338.

als echtes Misstrauen. Sie befürchten – zweifellos Radek folgend –, dass der Anti-Puttschismus Levis und der Zentrale in Feindseligkeit und Widerstand gegen jede Aktion umgeschlagen sei. Deshalb wünschen sie jetzt mehr als zuvor die Fusion mit der KAPD, die ihrer Meinung nach ermöglichen würde, »dem politisch sicheren und richtigen Auftreten der deutschen Partei noch etwas von dem revolutionären Elan hinzuzufügen, der (...) in stärkerem Maße in der KAPD vorhanden ist.«¹⁹⁴⁶

Levis Gegner*innen beobachteten ihn in dieser Frage der KAPD genau. Bereits im September 1920 stellte Maslow, ein junger Intellektueller russischer Herkunft, der versuchte, in Berlin in der KPD eine »linke« Tendenz wieder aufzubauen, im »Kommunismus« die Frage der Vereinigung der proletarischen Kräfte in Deutschland unter diesem Gesichtspunkt, eine ausdrückliche Kritik an Levis Haltung¹⁹⁴⁷. Einige Wochen später unterstreicht der Ungar Lukács in derselben Zeitschrift die Gefahren der Vereinigung zwischen Kommunist*innen und Unabhängigen ohne die KAPD. Er bekräftigt: »die revolutionäre Organisation der Massen ist nur in der Revolution selbst möglich«, und fragt sich, ob die Führer*innen der neuen vereinigten Partei wirklich den Willen haben, die revolutionäre Mobilisierung des deutschen Proletariats zu verwirklichen¹⁹⁴⁸. Diese offenen Angriffe fielen mit Radeks Bemühungen zusammen, die Hand nach linken Unabhängigen wie Curt Geyer und Herzog auszustrecken, um der Exekutive mögliche Anknüpfungspunkte im Kampf gegen Levi zu bieten, der als »Opportunist« und »Rechtskommunist« dargestellt wurde¹⁹⁴⁹. Im Verlauf einer Sitzung der Exekutive der Internationale wurde die deutsche Partei scharf kritisiert, weil sie nicht versucht hatte, den Streik der Berliner Elektriker*innen, der von einem ihrer Mitglieder, Wilhelm Sült, angeführt wurde, auszuweiten und zu verallgemeinern¹⁹⁵⁰.

1946 E. Meyer, Bericht über den V. Parteitag, S. 27. [tats. S. 28]

1947 A. Maslow, »Die proletarischen Parteien Deutschlands und ihre Politik in der gegenwärtigen Krise«, vom 5. September 1920, Kommunismus, Nr. 36-37, S. 1298-1317

1948 G. Lukács, »Der Parteitag der kommunistischen Partei Deutschlands«, ebenda, Nr. 44, S. 1562-1564. [Nachdruck in ders., Revolution und Gegenrevolution. Politische Aufsätze II. Darmstadt und Neuwied 1976, S. 177-181. hier S. 179]

1949 Herzog, »Russisches Tagebuch.« Forum, V, 7. April 1921, S. 275, 278; C. Geyer, »Zur Vorgeschichte des III. Weltkongresse«, Sowjet, Nr. 8/9, August 1921, S. 241. Curt Geyer war unmittelbar nach dem Vereinigungskongress als Vertreter der VKPD in die Exekutive delegiert worden.

1950 Geyer, a.a.O. Der Streik der Berliner Elektrizitätsarbeiter*innen, der für den 7. November mit 1.800 zu 60 Stimmen beschlossen worden war, endete am 12. November mit 704 zu 600 Stimmen. Sie hatte durch ihre praktischen Folgen in der Hauptstadt eine Atmosphäre der »großen Nacht« geschaffen und war Gegenstand sehr heftiger Angriffe durch die Presse und die Regierung. Die streikbrecherische Organisation »Technische Nothilfe« hatte sich eingemischt und zahlreiche Zwischenfälle verursacht. Eine Pressekampagne, Kündigungsdrohungen und Repressionen setzten der Bewegung schließlich ein Ende. Die linken Elemente warfen der Zentrale vor, den Generalstreikaufruf, den sie für abenteuerlich hielten, nicht ausgegeben zu haben (Levi, »Die Lehren des Elektrizitätsstreiks«, »Die Rote Fahne«, 12. November 1920). R. Fischer, a.a.O., S. 119 [deutsche Übersetzung S. 146], schreibt, dass der Kommunist Wilhelm Sült, »ein ruhiger und besonnener Mann, ein intelligenter und hochqualifizierter Arbeiter«, »zu Sabotageakten bereit [war] – auch dazu, die Elektrizitätswerke in die Luft zu sprengen.« In einem Bericht über eine Debatte vor den Delegierten der Berliner Betriebsräte, der in der Roten Fahne vom 12. November 1920 veröffentlicht wurde, zeigt Sült in seiner Rede seinen entschiedenen Widerstand gegen jeden Rückgriff auf

Auf dem KPD-Parteitag, der der Vereinigung vorausging, kam es zu einem lebhaften Zwischenfall, bei dem Radek Levi vorwarf, er wolle »die reine Schulkristallisierung der Kommunistischen Partei [...] Bis dahin hätte die Partei graue Haare auf ihrem überklugen Kopf.«¹⁹⁵¹ Urbahns, Delegierter aus Hamburg, legte eine Resolution vor, in der er die Tätigkeit der Parlamentsfraktion kritisierte, die sich offensichtlich gegen Levi richtete¹⁹⁵². Sie wurde abgelehnt, aber auf dem Vereinigungsparteitag wurde der von Levi ausgearbeitete und von der provisorischen Zentrale genehmigte Entwurf eines Manifests unter undurchsichtigen Bedingungen¹⁹⁵³ zugunsten eines im letzten Moment eingebrachten Textes Radeks verworfen, der insbesondere bekräftigte:

»Aber während eine Partei, auf die nur Zehntausende hören, in erster Linie durch Propaganda ihre Anhänger wirbt, muss eine Partei, deren Organisation Hunderttausende umfasst, in erster Linie auf die Millionen hören, in erster Linie durch die Tat, durch die Aktion werben. [...] Die Vereinigte Kommunistische Partei hat Kraft genug, um, wo die Ereignisse es erlauben oder es erfordern, auf eigene Faust in Aktion zu treten.«¹⁹⁵⁴

Levi seinerseits hält in dem Artikel, den er dem Vereinigungsparteitag widmet, seinen Standpunkt aufrecht, indem er schreibt:

»Die Herbeiführung des Kommunismus auf dem Wege der proletarischen Diktatur ist die größte Aufgabe, die je einer Klasse in der Geschichte zugefallen ist. Sie kann nicht die Aufgabe eines kleinen Teiles dieser Klasse oder einer einzelnen Partei sein, sondern sie kann nur die Aufgabe der breiten Massen des Proletariats, der Klasse als solcher sein. Den Kommunisten als dem vorgeschrittensten Teil des Proletariats liegt daher nicht nur die Führung und die schärfste Formulierung aller Kämpfe gegen die Bourgeoisie ob, sondern sie sind sich auch dessen bewusst, dass sie nur ein Teil der proletarischen Klasse sind. (...) Aufgabe der Kommunisten ist daher (...) die Eroberung der Herzen und der Köpfe der proletarischen Klasse und alle ihre Organe, die heute Teile der proletarischen Klasse mit der Bourgeoisie zusammenklammern.«¹⁹⁵⁵

Diese indirekte und diskrete Polemik wird sich bald in eine offene Krise verwandeln.

Sabotage, aber auch seine Entschlossenheit, die Gewalt der Arbeiter*innen derjenigen der »Gelben« entgegenzusetzen. Sült sollte von den höheren Instanzen seiner Gewerkschaft ausgeschlossen werden (»Die Rote Fahne.« 7. Dezember 1920).

1951 Bericht 5 ... , S. 41.

1952 Ebenda, S. 107.

1953 Friesland, Zur Krise unserer Partei, S. 21.

1954 Bericht über den Vereinigungsparteitag, S. 232.

1955 P. Levi, »Der Vereinigungsparteitag«, »Die Rote Fahne«, 4. Dezember 1920. [S. 1, Sp. 1 – S. 2, Sp. 3, seltsamerweise fehlt der Artikel in »Ohne einen Tropfen ...«]

Die Zulassung der KAPD als »sympathisierende Partei«

Seit Halle – aus Anlass des Gesprächs zwischen Sinowjew und den Berliner Führer*innen der KAPD – sind die Beziehungen zwischen der Exekutive und der deutschen linksradikalen Partei wieder aufgenommen worden und haben sich deutlich verbessert. Auf Seiten der KAPD hält man es mit Gorter für möglich, in die Internationale einzutreten, was es der KAPD erlauben würde, eine »revolutionär-marxistische« Tendenz gegen die vorherrschende »revolutionär-opportunistische« Tendenz zu bilden¹⁹⁵⁶. Der Zweck der Mission der drei Delegierten der KAPD, die sich im November illegal nach Russland begaben, bestand darin, für ihre Partei den Status einer sympathisierenden Partei zu erlangen, der ihr materielle Hilfe und internationale Kontakte verschaffen würde, ohne sie zu einer Revision ihres Programms zu verpflichten¹⁹⁵⁷.

Schröder, Rasch und Gorter führten in Moskau mehrere Gespräche mit Lenin, Sinowjew, Trotzki und Bucharin und nahmen an zwei Sitzungen der Exekutive teil, die zu diesem Anlass erweitert wurde. Am 24. November war es Gorter, der den Bericht machte¹⁹⁵⁸, und Trotzki, im Namen der Exekutive, den Gegenbericht, eine regelrechte Anklage. Für ihn zeigt die Haltung der Linksradikalen nicht nur »Kinderkrankheiten«, sondern ist auch »national beschränkt«, »idealistisch«, »pessimistisch« und spiegelt ihre eigene Ohnmacht wider, insbesondere die der niederländischen Kommunist*innen, die seit Jahren auf den Stand einer Sekte reduziert sind. Die Linksradikalen im Allgemeinen und Gorter im Besonderen verwechseln die Minderheit – die Arbeiter*innenaristokratie und -bürokratie, vor allem in den Gewerkschaften – mit der Mehrheit, den Millionen von Proletarier*innen, die Gefangene der Apparate sind, die sie angeblich »verbürgerlicht« haben, die sie aber in Wirklichkeit nicht emanzipieren wollen. Die Kommunist*innen müssen wissen, wie man »die Kruste durchbricht«: Wenn die westliche Arbeiter*innenklasse wirklich verbürgerlicht wäre, würde das das Ende der Hoffnungen der Revolutionär*innen bedeuten. Gorter greife im Anschluss an Pannekoek den intellektuellen Ansatz Bernsteins auf, die Weltlage innerhalb der fortgeschrittenen Länder zu untersuchen, ohne die Weltlage zu berücksichtigen. Zu behaupten, wie er es tut, dass das englische Proletariat »isoliert« sei, bedeute, die Tatsache zu vernachlässigen, dass die Weltrevolution den doppelten Charakter der proletarischen Revolution im Westen, der Agrar- und nationalen im Osten hat. Die Revolution in einem einzelnen Land ist auf Dauer nicht denkbar, es geht um die Weltrevolution. Trotzki schließt mit der erneuten Bekräftigung gegen

1956 H. Gorter, »Die KAPD, und die 3. Internationale«, KAZ, Nr. 162, 1920, nach Bock, a. a. O. S. 257.

1957 Ebenda, S. 257.

1958 Dieser Bericht scheint von der KAPD nicht veröffentlicht worden zu sein (Bock, a.a.O., S. 258, Z. 37). Aus Trotzki's Antwort geht hervor, dass er sich eng an die von Pannekoek in »Weltrevolution und kommunistische Taktik« vorgenommene Analyse gehalten zu haben scheint. Rosmer (a.a.O., S. 139-140 [deutsch a.a.O., S. 98 f.]) gibt einen Bericht über diese Exekutivsitzen, an der er teilnahm.

Gorter, dass die bolschewistische Erfahrung der Massenpartei auf der Grundlage einer Analyse auf Weltebene vollständig in die kommunistische Weltbewegung assimiliert werden müsse¹⁹⁵⁹.

Am Ende dieser Diskussion beschloss die Exekutive mit überwältigender Mehrheit, die KAPD vorläufig als »*sympathisierende Partei*« mit »*beratender Stimme*« in die Internationale aufzunehmen. Sinowjew weist in seiner Abschlussrede darauf hin:

»Es gibt logisch nur zwei Auswege aus dieser Lage. Für die Dauer sind zwei Parteien in einem Lande unmöglich. Entweder wird die KAP sich wirklich zu einer kommunistischen Partei entwickeln und dann als integrierender Bestandteil der Kommunistischen Partei Deutschlands beitreten oder sie wird aufhören, auch nur als sympathisierende Partei zu uns zu gehören.«¹⁹⁶⁰

Der Aufnahmebeschluss eröffnet die Perspektive der Eroberung der »*besten Elemente der KAPD*«, bekräftigt die Falschheit der »*KAPistischen*« Positionen zu Parlamenten und Gewerkschaften und die Notwendigkeit der Verschmelzung der KAPD mit der zukünftigen vereinigte Partei¹⁹⁶¹. Die KAPD, deren Aufnahme als »*sympathisierende Partei*« vom dritten Parteitag im Februar 1921 gebilligt wurde, rief dennoch ab der Dezembersitzung ihres erweiterten Zentralausschusses zum »*unerbittlichen Kampf gegen jede Form des ... Opportunismus*« in der Internationale auf, akzeptierte aber offensichtlich die vom Exekutivkomitee angebotene substanzielle finanzielle Hilfe und die Konstituierung einer »*Aktionsgemeinschaft*« mit der KPD¹⁹⁶².

Letztere reagierten heftig, trotz des Telegramms der Exekutive, das versprach, der deutschen Arbeiter*innenklasse die Gründe für diese Zulassung öffentlich zu erklären¹⁹⁶³. Die Zentrale protestiert einmütig, und Levi schreibt in ihrem Namen in der Roten Fahne einen Artikel mit dem Titel: »*Eine unhaltbare Situation*«¹⁹⁶⁴, in dem er auf die Haltung der KAPD gegenüber den Gewerkschaften eingeht:

Die »Situation, die das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale jetzt geschaffen hat, [wird] weder für uns noch für die KAPD zuträglich, für die Kommunistische Internationale aber selbst im höchsten Grade abträglich sein (...)

1959 Der vollständige Text von Trotzki's Gegenbericht ist wiedergegeben in Pjat ,let Kominterna (englische Ausgabe., The First Five Years of the Communist International, Bd. I, S. 137-152). [Deutsch in Die Kommunistische Internationale, 17, 1921, S. 184-202]

1960 Protokoll des III ... der KI, S. 186.

1961 Resolution vom 28. November 1920: Kommunistitscheskij Internazional, Nr. 15, Dezember 1920, Spalte 3368. Degras, a.a.O., I, S. 206. [Kommunistische Internationale, Nr. 15, S. 414 f.]

1962 Bock, a.a.O., S. 258-259.

1963 Am 2. Februar wird Levi dem ZA mitteilen, dass dieses Dokument noch nicht eingegangen sei, Nachlass Paul Levi, P 64/3 [tats. 64/6], Blatt 11 [Mappe 288 in Box 144].

1964 »Eine unhaltbare Situation«, »Die Rote Fahne«, 24. Dezember 1920. [Nachdruck in »Ohne einen Tropfen« 1/3, S. 244-247]

Wir sind für eine straffe internationale Disziplin und sind dafür, dass das Exekutivkomitee all die Machtvollkommenheiten habe, die ihm das Statut der Kommunistischen Internationale zuweist. Keine Bestimmung des Statuts der Kommunistischen Internationale verpflichtet uns aber, alle Beschlüsse des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale als Geniestreiche zu erklären, und wir sagen ganz offen: Der Beschluss bezüglich der KAPD war kein Geniestreich, sondern ganz und gar das Gegenteil davon.»¹⁹⁶⁵

Radek erwiderte seinerseits scharf, mit einer perfiden Anspielung auf »die alte, tief ein[ge]fressene sozialdemokratische Abneigung gegen jeden nicht ganz klaren Arbeiter.«¹⁹⁶⁶

Levi versucht daraufhin, die Debatte auf die Ebene dessen zu heben, was er »Fragen der Taktik« nennt. In den Mittelpunkt seiner Demonstration stellt er die Idee, dass der durch die Vereinigung ermöglichte Übergang von der Propaganda zur Aktion in Deutschland auf einer Linie und unter Bedingungen stattfinden müsse, die die russische Revolution nicht gekannt habe. Die Partei sei zwar eine Partei der Massen, aber sie »kann durch diese Tatsache allein noch nicht selbstherrlich und ohne Rücksicht auf andere proletarische Schichten über die Geschehnisse der deutschen Revolution verfügen.« Sie muss daher danach streben, die Massen nicht nur durch Propaganda zu gewinnen, sondern sie in Aktionen hineinzuziehen, die sie befähigen, »ihr Interesse durch den Kampf wahrzunehmen.« Das ist genau das, was die Bolschewiki 1917 in den Sowjets verwirklicht haben; in Ermangelung von Räten müssen die deutschen Kommunist*innen das durch Arbeit in den Gewerkschaften erreichen, wo die große Masse der Arbeiter*innen versammelt ist:

»Es ist aber durchaus nicht richtig, die proletarischen Massen, die heute noch rechts von uns stehen, mit weniger Eifer und mit weniger Geduld zu behandeln, als wir die proletarischen Klassengenossen behandeln, die glauben, links von uns zu stehen.«¹⁹⁶⁷

Das Wesentliche für die deutsche kommunistische Partei ist nach Levi, die Massen in gemeinsame Aktionen einzubeziehen, ohne auf alles zu verzichten, was das Gesicht von Kommunist*innen ausmacht, aber auch ohne – insbesondere durch Bündnisse mit anarchistelnden Elementen – jene proletarischen Massen rechts von der Partei, die ihr Rekrutierungsfeld bilden, unnötig zu verschrecken.

¹⁹⁶⁵ Ebenda. [Nachdruck, S. 246 f.]

¹⁹⁶⁶ »Die Rote Fahne«, 29. Dezember 1920. [»Die Exekutive der Kommunistischen Internationale und die KAPD«, S. 4, Sp. 1-3, hier Sp. 2 f.]

¹⁹⁶⁷ Levi, »Taktische Fragen«, »Die Rote Fahne«, 4. Januar 1921. [Nachdruck in »Ohne einen Tropfen ...« 1/3, S. 264-266, S. 265]

Der »offene Brief«

Die erste wichtige Initiative in Richtung der von Levi skizzierten Politik wird von der Basis ausgehen¹⁹⁶⁸. In Stuttgart hatte die Kommunistische Partei feste Positionen in der Metallarbeiter*innengewerkschaft, die von einem ihrer eigenen Mitglieder, Melcher, geleitet wurde, und im örtlichen Kartell erobert. Beeinflusst durch die Forderungen, die in den Reihen der nichtkommunistischen Arbeiter*innen auftauchen, und vor allem durch deren Streben nach Einheit, veranlassen sie die von ihnen geleiteten Gewerkschaftsorganisationen, die Initiative zu ergreifen und die nationalen Führungen der DMV und der ADGB aufzufordern, sofort einen Gesamtkampf für die konkrete Verbesserung des Loses der Arbeiter*innen aufzunehmen. Nach einer Versammlung, in der es Melcher und seinen Genoss*innen gelang, Robert Dissmann persönlich zu überstimmen, forderten sie im Namen der 26.000 gewerkschaftlich organisierten Stuttgarter Metallarbeiter*innen die Organisation eines einheitlichen Klassenkampfes für die fünf von ihnen als wesentlich erachteten Arbeiter*innenforderungen: Niedrigere Lebensmittelpreise, Erfassung der Produktion und Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung, niedrigere Steuern auf Löhne und Besteuerung großer Vermögen, Kontrolle der Arbeiter*innen über die Versorgung mit Rohstoffen und Vorräten sowie deren Verteilung, Entwaffnung der reaktionären Banden und Bewaffnung des Proletariats. Die Zentrale, die dieser Initiative zustimmte, veröffentlichte den Aufruf der Stuttgarter Metallarbeiter*innen¹⁹⁶⁹ und regte auch die Organisation von Arbeiter*innenversammlungen in allen Orten und Betrieben an, die dann die gemeinsamen Forderungen formulieren und über die Mittel zu ihrer Erringung entscheiden sollten.

Eine neue Taktik nimmt Form an, deren Grundzüge seit 1919 in den Schriften Levis, Brandlers, Radeks, Thalheimers gesucht wurden. Radek denkt, dass die Initiative der Stuttgarter Metaller*innen von der Partei aufgegriffen werden sollte¹⁹⁷⁰. Levi war sofort überzeugt, aber die Zentrale war sehr zurückhaltend¹⁹⁷¹. Da sich die konsultierten Bezirkssekretäre jedoch einmütig für dieses Projekt aussprachen¹⁹⁷², verabschiedete die Zentrale am 7. Januar den Text eines »offenen Briefes«, den sie an alle Arbeiter*innenorganisationen, Parteien und Gewerkschaften schicken wollte, in dem sie ihnen vorschlug, eine gemeinsame Aktion zu genauen Punkten zu organisie-

1968 Dieser Punkt wird allerdings von Robert Dissmann bestritten, der in der »Freiheit« vom 26. Januar 1921 schreibt, dass die Idee von dem Kommunisten Oskar Rusch in Berlin angeregt wurde.

1969 »Die Rote Fahne«, 2. und 10. Dezember 1920.

1970 Am 28. Februar rief er vor der Zentrale aus: »*Wäre ich in Moskau, dieser Gedanke könnte mir gar nicht kommen.*« (Nachlass Paul Levi, S. 50/a 5, wiedergegeben in The Comintern: Historical highlights, S. 292 [hier zitiert nach dem Nachdruck in »Ohne einen Tropfen ...« I/3, S. 337-350, hier S. 344]). Er wird in »Soll die VKPD ...« S. 24 sagen, dass der Vorschlag »*vom Vertreter der Exekutive angeregt wurde.*«

1971 Radek, ebenda, sagt, dass die Einwände »*seitens eines Teiles der früher linksunabhängigen Genossen erhoben*« wurden.

1972 Radek, ebenda.

ren, in denen eine Übereinstimmung zwischen ihnen möglich war. Der offene Brief, der am 8. Januar 1921 veröffentlicht wurde, erwähnt die Verteidigung des Lebensstandards der Arbeiter*innen, die Organisation der bewaffneten Selbstverteidigung der Arbeiter*innen gegen rechte Gruppen, die Kampagne für die Freilassung der politischen Gefangenen der Arbeiter*innen, die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen mit Sowjetrußland. Er präzisiert:

»Indem wir diese Aktionsgrundlage vorschlagen, verheimlichen wir keinen Augenblick, weder uns selbst noch den Arbeitermassen, dass die von uns aufgestellten Forderungen ihre Not nicht beseitigen können. Ohne auch für einen Augenblick darauf zu verzichten, in den Arbeitermassen den Gedanken um den Kampf, um die Diktatur, den einzigen Weg zur Erlösung, weiter zu verbreiten, ohne darauf zu verzichten, die Arbeitermassen in jedem günstigen Moment zum Kampf um die Diktatur aufzufordern und zu führen, ist die Vereinigte Kommunistische Partei bereit, mit anderen Parteien, die sich auf das Proletariat stützen, gemeinsam die Aktion um die oben angeführten Maßregeln durchzuführen.

Wir verbergen die Gegensätze nicht, die uns von den anderen Parteien trennen. Wir erklären vielmehr: Wir wollen von den Organisationen, an die wir uns wenden, nicht ein Lippenbekenntnis zu den vorgeschlagenen Aktionsgrundlagen, sondern die Aktion für die aufgestellten Forderungen.

Wir fragen die Parteien, an die wir uns wenden, nicht:

Haltet ihr diese Forderungen für berechtigt, das setzen wir voraus.

Wir fragen sie:

Seid ihr bereit, gemeinsam mit uns für diese Forderungen unverzüglich den rücksichtslosesten Kampf aufzunehmen?

Auf diese klare und eindeutige Frage sehen wir einer ebenso klaren und eindeutigen Antwort entgegen. Die Situation erfordert auch eine rasche Antwort. Wir erwarten deshalb eine Antwort bis zum 13. Januar 1921.

Sollten die Parteien und die Gewerkschaften, an die wir uns wenden, nicht gewillt sein, den Kampf aufzunehmen, so würde die VKPD sich für verpflichtet erachten, diesen Kampf allein zu führen, und sie ist überzeugt, dass ihr die Arbeitermassen folgen werden. Schon heute wendet sich die VKPD an alle proletarischen Organisationen im Reiche und die sich um sie sammelnden Arbeitermassen mit der Aufforderung, in Versammlungen ihren Willen zur gemeinsamen Abwehr gegen den Kapitalismus und gegen die Reaktion, zur gemeinsamen Verteidigung ihrer Interessen zu bekunden.«¹⁹⁷³

1973 »Die Rote Fahne«, 8. Januar 1921. [Nachdruck in »Ohne einen Tropfen ...« I/3, S. 272-275, hier S. 274 f.]

Ob dieser Brief nun von Levi allein oder in Zusammenarbeit mit Radek oder von Radek mit oder ohne Levis Mitarbeit geschrieben wurde, es ist sicher, dass er die politische Linie zum Ausdruck bringt, die Levi mehrere Monate lang verteidigte. Radek seinerseits, der unter dem Pseudonym Paul Bremer einen Artikel für »Die Internationale« über den »Aufbau der proletarischen Einheitsfront des Kampfes«¹⁹⁷⁴ schrieb, verteidigte sie mit Energie und Überzeugung. Er rechtfertigt sie mit der Analyse der allgemeinen politischen Konjunktur:

*Die sozialdemokratischen Arbeiter*innen »sind voll demokratischer Illusionen. Sie hoffen noch immer, dass sie ohne die kapitalistische Herrschaft zu stürzen ihre Lage bessern könnten gleichzeitig sehen sie in den Kommunisten willkürliche Spalter der proletarischen Bewegung. Würden die Kommunisten das Proletariat nicht gespalten haben, würden die Arbeiter einig sein, dann hätten sie eine Mehrheit in der Regierung und alles wäre gut. (...) In dieser Situation ist es klar, dass, falls diese Masse nicht in Bewegung gebracht wird durch irgendwelche sie vollkommen erschütternde, äußere Ereignisse, man in Deutschland auf keine spontanen unorganisierten Bewegungen rechnen kann. Zehn Millionen Arbeiter gehören den freien gewerkschaftlichen Organisationen an. Sie schauen auf die Führer dieser Organisationen, hören auf ihre Losungen. (...) In dieser Situation muss die kommunistische Strategie darauf gerichtet sein, diese breiten Arbeitermassen davon zu überzeugen, dass die Gewerkschaftsbürokratie und die sozialdemokratischen Parteien nicht nur um die Arbeiterdiktatur, sondern auch um die gewöhnlichsten täglichen Interessen der Arbeiter nicht kämpfen wollen.«¹⁹⁷⁵*

Parteien und Gewerkschaften weigern sich zu reagieren oder antworteten mit einer klaren Absage. Aber das erhaltene Echo – was auch immer westliche Historiker sagen mögen – war groß, sowohl auf Seiten der Arbeiter*innen als auch auf Seiten der Gewerkschaftsbürokratie. Der Vorstand der ADGB warf den Kommunist*innen vor, durch parteipolitische und gewerkschaftsfeindliche Initiativen »die Gewerkschaften [...] zerschlagen« zu wollen¹⁹⁷⁶ und drohte den lokalen Organisationen, die den offenen Brief aufgreifen würden, mit Ausschluss¹⁹⁷⁷. Die Leiter*innen der Bau-gewerkschaft schlossen Heckert und Brandler sowie Bachmann, den Vorsitzenden des Chemnitzer Ortsausschusses¹⁹⁷⁸, aus und organisierte einen abgespaltenen Orts-

1974 Die Internationale, 1921, Nr. 1, S. 1-4, Nr. 2, S. 10-16.

1975 Soll die VKPD ... , S. 21-23.

1976 Korrespondenzblatt, Nr. 8, 19. Februar 1921, S. 110. [Dort wird tatsächlich die Gründung einer Konkurrenzorganisation zum ADGB-Ortsausschuss Halle bekanntgegeben, die aber nicht mit einer Unterstützung des Offenen Briefs durch den Ortsausschuss, sondern mit der Bildung einer Arbeitsgemeinschaft mit Syndikalist*innen begründet wird. Das Zitat war kein Vorwurf des ADGB an die KPD, sondern der KPD an die Ausschlusspolitik der ADGB-Leitung, siehe Dokumente und Materialien, Bd. 7.1, S. 417-421, hier S. 417]

1977 »Die Rote Fahne«, 16. Februar 1921.

1978 Ebenda, 19. Januar 1921.

ausschuss in Halle¹⁹⁷⁹. Die Zentrale der KPD antwortete mit einem Aufruf »An das gesamte deutsche Proletariat«¹⁹⁸⁰, in dem sie die Arbeiter*innen aufforderte, demokratische Versammlungen zu organisieren, um ihren Führer*innen ihre Forderungen und ihre Bereitschaft, den Gesamtkampf für deren Befriedigung zu führen, aufzudrängen. Solche Versammlungen wurden tatsächlich abgehalten, und die Vorschläge der Kommunist*innen wurden von unorganisierten Arbeiter*innen oder Mitgliedern der einen oder anderen sozialdemokratischen Partei angenommen. So am 11. Januar die der Delegierten der Vulkan-Werften in Stettin¹⁹⁸¹, am 17. die der Arbeiter*innen und Angestellten von Siemens in Berlin, die im Zirkus Busch stattfand, am 19. die der Eisenbahner*innen von München, und in den folgenden Tagen die der Metallarbeiter*innen von Danzig, Leipzig, Halle, Essen, der Eisenbahner*innen von Leipzig, Schwerin, Brandenburg und Berlin, der nationale Kongress der Sattler*innen und Tapezierer*innen, die Versammlung der Bergarbeiter*innen von Dorstfeld und eine große Arbeiter*innenversammlung in Jena geben alle ihre Zustimmung zu dem offenen Brief und sprechen sich für die Organisierung des Kampfes nach dem von ihm vorgeschlagenen Programm aus¹⁹⁸². Die Gewerkschafts- bzw. Betriebsratswahlen, die in dieser Zeit stattfanden, zeigen das Echo, das die Kommunist*innen fanden, und erklären die Repression der Gewerkschaftsführer*innen: bei den Wahlen in der Berliner Holzgewerkschaft 6.586 Stimmen für die kommunistischen Kandidaten, 5.783 für die Unabhängigen, 500 für die Sozialdemokrat*innen; in der Ortsorganisation der Metallarbeiter*innen von Essen 6.019 für die Kommunist*innen, 3.940 für die gemeinsame Liste ihrer Gegner*innen¹⁹⁸³. Und es war schließlich ein Erfolg für die KPD und ihren offenen Brief, dass die zehn Forderungen der deutschen Gewerkschaften im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit am 26. Februar der Regierung vorgelegt wurden¹⁹⁸⁴, was die Organisierung von Streiks und Demonstrationen und den Eintritt wichtiger Sektoren in den Kampf ermöglichte.

Der offene Brief war jedoch Gegenstand zahlreicher Angriffe innerhalb der kommunistischen Bewegung selbst. Von der KAPD als »*opportunistisch*« und »*Illusionszüchtere*«¹⁹⁸⁵ beschrieben, war er auch Gegenstand des Sarkasmus der neuen Berli-

1979 W. Raase, Zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung, 1919-1923, S. 90.

1980 »Die Rote Fahne«, 21. Januar 1921. [»Arbeiter! Genossen!«, Morgen-Ausgabe, S. 1, Nachdruck in Dokumente und Materialien, Bd. 7.1, S. 417-421, siehe auch Arnold Reisberg, An den Quellen der Einheitsfrontpolitik, Berlin 1971, S. 63-65]

1981 »Die Rote Fahne«, 15. Januar 1921.

1982 »Die Rote Fahne«, passim; Raase, a.a.O., S. 89 ff.; Die Märzkämpfe (F. Knittel), S. 17.

1983 Graphischer Block, Nr. 75, 15. Februar 1921.

1984 Raase, a.a.O. S. 91.

1985 Kommunistische Arbeiter Zeitung, Nr. 61, nach Freiheit, 15. Januar 1921 [»Die verdienten Ohrfeigen«, Abend-Ausgabe, S. 3, Sp. 2].

ner Linken, die sich um die jungen Intellektuellen Ruth Fischer¹⁹⁸⁶, Arkadi Maslow¹⁹⁸⁷ und Ernst Friesland formierte, und die Zielscheibe von Angriffen des »Kommunismus.«¹⁹⁸⁸ Sie wurde vor allem von Sinowjew und Bucharin scharf kritisiert, die gegen Radek dessen Verurteilung durch das »Engere Büro« der Exekutive am 21. Februar 1921 erwirkten. Lenin intervenierte bei der Exekutive, um dieses voreilige Urteil revidieren zu lassen: Auf sein Drängen hin wurde die Frage schließlich zu denjenigen gestellt, die im Rahmen der Vorbereitung des 3. Kongresses der Internationale diskutiert werden¹⁹⁸⁹.

Die Unterschiede innerhalb der deutschen Zentrale und der Exekutive zur deutschen Frage drehen sich nun um zwei verschiedene Achsen: Einerseits betrachten die Russ*innen – allen voran Sinowjew – Levi mit wachsendem Misstrauen, und Radek scheint damit beschäftigt zu sein, dessen Autorität innerhalb der Partei zu untergraben; andererseits scheinen die Deutschen in der Zentrale in den entscheidenden Fragen der augenblicklichen Taktik mit Radek übereinzustimmen und stellen sich aus diesem Grund gegen Sinowjew. In der Diskussion, die sich über die »proletarische Einheitsfront« als wesentliche Waffe und Ziel des Kampfes der Kommunist*innen anzubahnen schien, sollten Levi und Radek im gleichen Lager stehen, Ziel derselben Angriffe sein. Aber diese Diskussion wird nicht in der unmittelbaren Zukunft stattfinden. In den Wochen nach der Veröffentlichung des offenen Briefes sollte eine Reihe von Umständen dazu führen, dass sich Levi und Radek stattdessen in zwei entgegengesetzten Lagern befinden.

1986 Elfriede Friedländer hatte Wien mit dem Ruf eines rechten Elements verlassen. Tomann hatte Radek gewarnt, sie sei »der österreichische Martow« (Radek, November ... , S. 156). Zweifellos wurde sie unter Maslows Einfluss zu einer Linken. Clara Zetkin, die ihr gegenüber immer große Feindseligkeit zeigte – was die andere erwiderte –, sollte von ihren Veränderungen sagen, dass sie ihre »politische Haltung von den wechselnden sexuellen Beziehungen« abhängig mache (zitiert von H. Weber, Die Wandlung, II, S. 118). Zu dieser Zeit nahm sie das Pseudonym Ruth Fischer an, das sich aus dem Mädchennamen ihrer Mutter ableitete. Erst mehr als ein Jahr später sollte sie durch eine Heirat in Berlin mit einem Aktivisten namens Golke die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten (ebenda).

1987 Isaac Tschereminski, der für seinen Aktivismus den Namen Maslow annehmen sollte, hatte bis zum Alter von 26 Jahren keine Verbindung zur Arbeiter*innenbewegung. Er war 1919 nach seiner Begegnung mit Paul Levi und Ruth Fischer für den Kommunismus gewonnen worden.

1988 Nach V. Mujbegović, a.a.O., S. 260, Fn. 7, die das Protokoll der Sitzung des Zentralkomitees vom 27. Januar 1921 (I.M.L.-Z.P.A. .. 2/2, »Protokoll der Sitzung des Zentralausschusses«) einsehen konnte, wurde dort linke Kritik an dem als »opportunistisch« angesehenen offenen Brief geübt.

1989 Bericht Curt Geyers, Vertreter der VKPD bei der Exekutive, an das Zentrale (I.M.L.-Z.P.A. Archiv, Akte 10/14. if. 292-323), zitiert nach Reisberg, »Die Leninsche Politik der Aktionseinheit.« BzG, Nr. 1. 1963, p. 62. Geyer erwähnte 1921 die Positionierung des Engeren Büros und die Intervention Lenins dagegen in Sowjet Nr. 8/9, August 1921, S. 242, und das Ereignis war so bekannt, dass sowohl auf dem 3. als auch auf dem 4. und 5. Kongress der Internationale von den Hauptinteressierten Anspielungen darauf gemacht wurden.

Kapitel XXIV: Die Spaltung der italienischen Partei

Die Krise, deren Symptome sich seit Monaten innerhalb der VKPD anhäuferten, explodierte schließlich an einer nicht-deutschen Frage, an der der Spaltung der PSI auf dem Kongress in Livorno: Auf der einen Seite schien in der Tat kein »nationales« Problem einer kommunistischen Partei oder Aktivist*in fremd zu sein; auf der anderen Seite war der Boden für die Gegner*innen Levis insofern günstiger, als die Vertreter*innen der Exekutive die Elemente der »italienischen Frage« besser verstanden als die deutschen Führer*innen.

Die Sozialistische Partei Italiens war die einzige sozialdemokratische Partei in Europa gewesen, die sich 1914 von der chauvinistischen Strömung ferngehalten hatte – wo im Gegenzug ihr Renegat, Benito Mussolini, einen prominenten Platz eingenommen hatte. Sie hatte bei der Zimmerwalder Konferenz Pate gestanden, bei der sie eine wichtige Rolle gespielt hatte, und war die erste Massenpartei, die bereits 1919, noch vor der Verabschiedung der einundzwanzig Bedingungen, der Kommunistischen Internationale beitrug. Sie hatte also ihre um Turati gruppierten »Reformist*innen« in ihren Reihen behalten. Ihr Hauptführer, Serrati, war in der Tat ein »linker Zentrist«: das hatte ihn nicht daran gehindert, einer der großen Männer des 2. Weltkongresses zu sein, auf dem er die 21 Bedingungen unterschrieben und sich verpflichtet hatte, sie in Italien anzuwenden, unter der Bedingung, dass er die Wahl hatte, in welchem Moment er mit dem Ausschluss der Turatist*innen fortfahren würde.

Nach seiner Rückkehr nach Italien schien seine Entschlossenheit jedoch zu schwinden. Das Scheitern des großen Streiks der Metallarbeiter*innen des Nordens im September 1920 – mit der Besetzung und Wiederinbetriebnahme der Fabriken –, bei dem die Exekutive die Verantwortung der Reformist*innen anprangerte, konnte die Gelegenheit bieten, sie auszuschließen: daran erinnerte die Exekutive jedenfalls mit immer mehr Nachdruck. Aber Serrati befürchtete offenbar, dass eine Spaltung – eine vorhersehbare Folge des Ausschlusses Turatis und seiner Anhänger*innen – von den sozialistischen Arbeiter*innen nicht verstanden werden würde und dass sie nur dazu beitragen würde, die Entmutigung nach dem Scheitern im September zu verstärken¹⁹⁹⁰. Er blieb daher taub gegenüber den Anweisungen der Exekutive und

1990 Siehe eine Zusammenfassung seiner Argumente in seinem Brief an »L'Humanité«, Oktober 1920.

behauptete, man müsse, um die bestmöglichen Bedingungen für den Ausschluss der Reformist*innen zu erreichen, auf ein neues Beispiel ihres Verrats warten¹⁹⁹¹. Dieser Widerstand nährt natürlich ein wachsendes Misstrauen auf Seiten der Exekutive und provoziert die empörten Proteste einer Linken, zu der unter anderem Gramsci und seine Mitstreiter*innen des »Ordine Nuovo« gehören, aber auch Bordiga, Anhänger des Boykotts der Parlamentswahlen, und der Abgeordnete Bombacci, dessen merkwürdige Persönlichkeit viele Vorbehalte innerhalb der Delegationen zum 2. Weltkongress hervorgerufen hatte¹⁹⁹².

Die Affäre ist nicht nur italienisch. Serrati beschwerte sich offen über die Art und Weise, wie die Exekutive die Arbeit ihrer Vertreter*innen als Informant*innen der Parteien konzipierte, und über das Fehlen von von diesen Parteien ausgeübter Kontrolle über die so an die Exekutive gesendeten Informationen. Er geht sogar so weit zu schreiben:

»So ist in der Kommunistischen Internationale eine Art roter Freimaurerei entstanden, die im Stillen und Geheimnisvollen operiert, umso gefährlicher, als sie unverantwortlich ist.«¹⁹⁹³

Auf diesem Boden trifft er sich nun mit Levi, für den die Entdeckung der von Thomas an die Exekutive gerichteten Berichte über die VKPD in Radeks Büro in Moskau ein Gegenstand lebhaften Unmuts war¹⁹⁹⁴. Es ist nicht ausgeschlossen, dass die Exekutive die Hypothese eines »Komplots« oder jedenfalls eines abgestimmten Vorgehens zwischen Levi und Serrati in Erwägung zog: Es sind immer diese beiden Männer, die zusammen erwähnt werden, wenn man in der Exekutive von der Gefahr »von rechts« spricht¹⁹⁹⁵.

Auf dem Parteitag der italienischen sozialistischen Partei, der am 15. Januar 1921 in Livorno begann, wurden alle diese Probleme gleichzeitig aufgeworfen. Die Delegierten der Exekutive, der Ungar Rákosi und der Bulgare Kabaktschiew¹⁹⁹⁶ wurden angewiesen, die einundzwanzig Bedingungen und insbesondere diejenige über den Ausschluss der Reformist*innen unverzüglich anzuwenden, wenn möglich mit Serrati, wenn nötig ohne ihn¹⁹⁹⁷. Während der Vorbereitung des Parteitages kristallisierten sich drei Tendenzen heraus. Die Reformist*innen forderten den Ausschluss

1991 Insbesondere eine »Verweigerung der Disziplin«, die noch nicht stattgefunden hat.

1992 Siehe die Erinnerungen Rosmers, Moskau unter Lenin, S. 92-93 [deutsch a.a.O., S. 69 f.]; Bombacci wird sich Mussolini anschließen.

1993 Comunismo (15. bis 31. Dezember 1920), zitiert in Revue communiste Nr. 12, Februar 1921, S. 510.

1994 Erinnerungen Thomas', gesammelt von B. Nicolaievsky, Contributions l'histoire du Comintern, S. 19-20.

1995 Geyer, »Zur Vorgeschichte«, a. a. O. S. 241.

1996 Bucharin und Sinowjew waren ursprünglich nominiert, erhielten aber keine Antwort auf ihren offiziellen Antrag. Siehe Protokoll des III ... (Sinowjew), S. 167.

1997 Siehe ebenda, S. 167-169, und Kabaktschiew, »Die Spaltung in der italienischen Sozialistischen Partei«, Die Internationale, Nr. 2, 1921, S. 16-22.

der Anarchist*innen und der Freimaurer, bezogen Stellung gegen die Diktatur des Proletariats und verurteilten die »Anwendung von Gewalt und illegalen Mitteln im Klassenkampf und bei der Eroberung der öffentlichen Macht.«¹⁹⁹⁸ Die »[reinen] Kommunisten« – Bordiga, Gramsci, Bombacci – forderten die sofortige Anwendung der einundzwanzig Bedingungen in ihrer Gesamtheit, insbesondere den Ausschluss der Reformist*innen und die Änderung der Bezeichnung der Partei in »Kommunistische Partei«¹⁹⁹⁹. Was Serrati, den Führer der »unitären Kommunisten«, betrifft, so erklärte er, dass er die einundzwanzig Bedingungen akzeptiere, aber in der Lage sein wolle, sie »in Übereinstimmung mit dem Kontext und der Geschichte des Landes« zu interpretieren und anzuwenden. In Anbetracht der Tatsache, dass die PSI »ihre Fahne während des Krieges nicht beschmutzt« habe, schlug er außerdem vor, dass sie ihr »sozialistisches« Etikett beibehalten solle, »um zu verhindern, dass die Renegaten von gestern oder morgen den glorreichen Namen (...) an sich reißen, unter dem sie die proletarischen Massen kennen.«²⁰⁰⁰

Nach langen Debatten und ohne dass irgendeine Umgruppierung möglich gewesen wäre, standen sich die drei Anträge bei der Abstimmung gegenüber: Der Antrag Serratis erhielt 98.028 Stimmen, der der Kommunist*innen 58.173, der der Reformist*innen 14.695²⁰⁰¹. Während die Mehrheit ihre Mitgliedschaft in der Kommunistischen Internationale erneuerte, verließ die Minderheit der kommunistischen Delegierten den Kongresssaal und ging dazu über, die Kommunistische Partei Italiens zu gründen, deren erster Parteitag am 21. Januar im selben Gebäude eröffnet wurde: Bordiga, Gramsci, Terracini, Bombacci waren ihre prominentesten Führer; Rákosi und Kabaktschiew erkannten sie sofort als Sektion der Kommunistischen Internationale an, die PSI war faktisch ausgeschlossen²⁰⁰². Die Spaltung war vollständig: Die Kommunistische Internationale verlor mehrere hunderttausend revolutionäre Arbeiter*innen, die mit Serrati in der PSI blieben oder die politische Aktivität aufgaben. Noch beunruhigender für Männer wie Levi: Die Fahne des Kommunismus in Italien ging in die Hände von notorischen Linksradikalen wie Bordiga über. Zu den ersten Folgen der Livorno-Spaltung, die zu denen der Niederlage der nördlichen Stahlarbeiter hinzukamen, sagte Robert Paris, es sei »ein weiteres Caporetto, angesichts des Aufstiegs des Faschismus.«²⁰⁰³

Die Zentrale der VKPD hatte am Vorabend des Parteitags in Livorno die Lage in der PSI diskutiert. Levi seinerseits hielt die Spaltung für unvermeidlich, wollte aber

1998 R. Paris, Histoire du fascisme en Italie, I, S. 197, 200. [»Mozione di Reggio Emilia (concentrazionista)«, hier übersetzt nach Resoconto stenografico del XVII Congresso Nazionale del Partito Socialista Italiano, Milano 1963, S. 445 f., hier S. 446]

1999 Ebenda, S. 197-198, 200.

2000 Ebenda, S. 200-201. [l'Humanité, 14. 10. 1920, S. 3, Sp. 5]

2001 Ebenda, S. 202.

2002 Ebenda.

2003 Ebenda, S. 203. [»Caporetto« bezieht sich auf die größte italienische Niederlage im Ersten Weltkrieg]

alles tun, um die Trennungslinie so weit wie möglich nach rechts zu verschieben, um die Mehrheit der von Serrati beeinflussten Arbeiter*innen in der Internationale zu halten und die italienische Sektion nicht der ausschließlichen Kontrolle der Linksradi-kalen zu überlassen. Deshalb hielt er es zwar für notwendig, alles zu tun, damit Serrati sich für den Ausschluss der Turatisten entschied, aber er und die Zentrale mit ihm waren dafür, eine Einigung mit Serrati zu suchen, auch wenn das bedeutete, gewisse Zugeständnisse zu machen. Am Vorabend seiner Abreise führte er ein Gespräch mit Radek, der die genaue Position der Exekutive in diesem Punkt noch nicht kannte: Radek hielt die Position der Zentrale für richtig, und die beiden Männer waren sich einig, dass man einen akuten Konflikt vermeiden müsse, falls die Exekutive eine andere Position einnehmen sollte²⁰⁰⁴. Kaum war Levi nach Italien aufgebrochen, traf ein Telegramm aus Moskau in Berlin ein, in dem er aufgefordert wurde, gegen Serrati den »schärfsten Kampf«²⁰⁰⁵ zu führen.

In Livorno befand sich Levi sofort in Konflikt mit den Vertretern der Exekutive. Letztere lehnten nämlich jede Änderung des Bordiga-Antrags ab, die eine Spaltung des serratistischen Blocks ermöglichen würde, und während seiner Intervention auf dem Parteitag behielt sich Kabaktschiew alle Schläge für Letzteren vor²⁰⁰⁶. Levi führte ohne Zeugen mehrere Gespräche mit Serrati, in denen er nach eigenen Angaben versucht hatte, ihn von der Notwendigkeit des Ausschlusses der Reformist*innen zu überzeugen²⁰⁰⁷, in Bezug auf die Rákosi ihn aber beschuldigte, Serrati ermutigt zu haben, der Exekutive Paroli zu bieten, und so weit ging, ihm einen Brief Clara Zetkins zu zeigen, der diese Haltung empfahl²⁰⁰⁸.

Sei es wie es sei, Levi begnügte sich mit einer rein formalen Intervention vom Typ »brüderlicher Gruß« und reiste ab, ohne die Feindseligkeiten eröffnet oder die Vertreter der Exekutive unterstützt zu haben, jedoch in der Überzeugung, dass ein schwerer Fehler begangen worden war. Er hielt die Exekutive für schlecht über die wirkliche Lage in der italienischen Partei informiert – Serrati erzählte ihm, dass Bombacci nicht zögerte, Turati mitten im Parlament zu umarmen²⁰⁰⁹ – und schien überzeugt zu sein, dass ihre Vertreter ihr Mandat, wenn nicht überschritten, so doch zumindest mit übertriebener Strenge erfüllt hatten; aber alles ließe sich wieder gutmachen, wenn die Exekutive die Angelegenheit ernsthaft prüfen würde²⁰¹⁰. Offenbar in diesem Geist analysiert er für »Die Rote Fahne« die Ergebnisse des Parteitages von Livorno,

2004 Levi, »Wir und die Exekutive«; »Die Rote Fahne«, 6. Februar 1921 [Nachdruck in »Ohne einen Tropfen« ... 1/3, S. 276-283], Der Beginn der Krise, Nachlass Paul Levi, P 64/3 [tats. 64/6], S. 16. [Mappe 288 in Box 144, veröffentlicht in »Ohne einen Tropfen« ... 1/3, S. 407-438]

2005 Ebenda, S. 16. [a.a.O., S. 426]

2006 P 50 a 3, wiedergegeben in The Comintern, S. 278-279.

2007 Ebenda, S. 276.

2008 Protokoll des III ... (Rákosi), S. 329.

2009 Bericht an die KI-Exekutive, Archiv Levi, S. 50/a, S. 1.

2010 Ebenda, S. 2.

zu dem er eine kritische Einschätzung verfasst: Die Spaltung war unvermeidlich, aber nicht in der Form, in der sie stattgefunden hat, da die Elite der Arbeiter*innen, die Parteigänger*innen der Dritten Internationale waren, nun außerhalb ihrer Reihen stehen, zweifellos zum größeren Nutzen der zentristischen Machenschaften²⁰¹¹. Radek antwortete drei Tage später ausführlich und in einem sehr trockenen Ton: Für ihn waren die Arbeiter*innen, die Anhänger*innen der Internationale waren und Serrati folgten, nur in Worten Anhänger*innen, und die Elite der revolutionären Arbeiter*innen Italiens ist diejenige, die heute in der neuen Kommunistischen Partei ist²⁰¹². Die Diskussion ist öffentlich, der Konflikt scheint eröffnet.

Es begann mit einem Ausbruch in einer Sitzung der Zentrale, die Radek dringlich einberufen hatte und die am 25. Januar stattfand²⁰¹³. Levi war irritiert über die persönlichen Angriffe gegen ihn in Radeks Artikel, obwohl der beanstandete Artikel die Position der Zentrale widerspiegelte. Radek, außer sich, erwiderte, Levis Artikel eröffne »eine bewusste Kampagne gegen die Exekutive«, und drohte:

»Wir werden Ihnen zuvorkommen und das Schwert gegen Sie ziehen.«²⁰¹⁴

Der Ton der Angriffe und der persönliche Ton der Vorwürfe Radeks waren so stark, dass Levi die Sitzung verließ. Schon am nächsten Tag machte Radek einen Rückzieher und schickte ihm einen Entschuldigungsbrief für die Form seiner Rede²⁰¹⁵. Levi war nicht zufrieden: In einer persönlichen Antwort erinnerte er Radek an die Bedingungen, unter denen sie sich – in Anwesenheit Däumigs – am Vorabend seiner Abreise nach Livorno über die italienische Frage geeinigt hatten, und wie die neuen »Instruktionen« der Exekutive eingetroffen waren, als er bereits auf dem Weg war. Er protestierte gegen die von Radek gegebene Interpretation seines Artikels, verteidigte sich dagegen, die Exekutive »angreifen« zu wollen, deren Fehler, wie er versicherte, in Moskau selbst korrigiert würden, aber er verlangte von Radek präzise Antworten. Eine davon betrifft die genaue Bedeutung der Drohungen, die auf der Versammlung vom 25. gegen ihn ausgesprochen wurden, und die andere ist, ob er, Levi, noch das Vertrauen der Exekutive genießt, die deutsche Partei zu leiten²⁰¹⁶.

2011 »Der Parteitag der italienischen Partei«, »Die Rote Fahne«, 23. Januar 1921, datiert auf den 22. Januar, ungezeichnet.

2012 »Die Spaltung der Italienischen Sozialistischen Partei«, »Die Rote Fahne«, 26. und 27. Januar 1921, unterzeichnet »P. B.«, mit Nennung Levis als Autor des in der vorangehenden Anmerkung erwähnten Artikels.

2013 Laut Levis Bericht im Zentralausschuss vom 4. Februar, Archiv P 64/3, S. 16-17, wo er das Datum der Sitzung nicht explizit angibt, aber Details nennt, die eine Einordnung ermöglichen.

2014 Ebenda, S. 16. [Veröffentlicht a.a.O., S. 427]

2015 Ebenda. Der Text dieses Briefes findet sich nicht in der Akte P 50, die Levis Antwort enthält.

2016 Nachlass Paul Levi, P 50 a 4. Dieser persönliche Brief sollte am 30. Januar in der »Freiheit« veröffentlicht werden! Am 31. Januar wurde in einer Stellungnahme der Zentrale behauptet, der Brief sei gestohlen worden und die Zentrale selbst habe ihn nur in der »Freiheit« gelesen. Das ist wenig wahrscheinlich: in den Debatten vom 28. Januar (Protokoll im Nachlass Paul Levi, P 50 a 5), spielen sowohl Radek als auch Levi auf ihren Briefwechsel an. Die Polemik wird weitergehen, die kommunistische Presse spricht von

Wir besitzen keine Antwort Radeks, aber der Vorfall scheint das Feld endgültig bereinigt zu haben. Am 28. Januar fand eine neue Sitzung der Zentrale in einer entspannteren Atmosphäre statt, wieder mit der Teilnahme Radeks. Letzterer – der im Protokoll unter dem Namen Max auftaucht²⁰¹⁷ – legte eine lange Analyse der politischen Lage vor und verhehlte nicht die Unstimmigkeiten, die sich innerhalb der Exekutive mit den Linksradikalen – die er die »*südöstliche Richtung*« nannte – manifestierten; er dachte seinerseits, dass Deutschland und Italien die beiden entscheidenden Sektoren der europäischen Revolution seien. Aber alles hänge von der Fähigkeit der italienischen und deutschen Kommunist*innen ab, den Massenbewegungen Gestalt zu geben, von ihrer Solidität, von ihrem Willen zu handeln. Er gibt unumwunden zu, dass die Exekutive mit allen Mitteln versuche, die deutsche Partei zu »aktivieren«, bestreitet aber, dass dieser Wille in irgendeiner Weise aus den inneren Schwierigkeiten Sowjetrusslands oder aus der Sorge um Ablenkung resultiere. Wichtig für ihn sei, dass die deutschen und italienischen Kommunist*innen die Macht übernehmen könnten, bevor die wirtschaftliche Katastrophe, die ihren Ländern drohe, über sie hereinbreche. Die Exekutive wollte eine Annäherung an die KAPD, denn sie war besorgt über die Verschlechterung der Lage in der deutschen Partei, die sie für nicht handlungsfähig hielt, was sich in ihren Augen darin zeigte, dass der Zentralaussschuss seit dem 7. Januar nicht in der Lage war, den offenen Brief zu diskutieren.

Er erklärt die Lebhaftigkeit seiner Reaktion gegen Levi damit, dass er das Gefühl hatte, dass gerade die Solidarität mit der Exekutive in Frage gestellt worden sei:

»Das, was mich am meisten zu scharfer Polemik gegen Levi drängte, war nicht die Differenz in der italienischen Frage, sondern das Verhältnis zur Kommunistischen Internationale, das nicht so sehr im Druck wie in den Auseinandersetzungen zum Ausdruck kam. Ich brauche nicht zu betonen, dass ich kein Patriot der Exekutive bin. Ich habe Schläge ausgeteilt und Schläge erhalten – aber Kritik und Kritik.«²⁰¹⁸

Die deutsche Zentrale müsse sich klar zu der Frage äußern, ob die Exekutive Recht hat, wenn sie in ihrer allgemeinen politischen Linie die Hauptgefahr auf der rechten Seite verortet; es wird dann notwendig sein, die Frage der Beziehungen zwischen der VKPD und der KI zu stellen und konkrete Vorschläge zu machen. Er plädiert:

»Die Kommunistische Internationale ist kein Akt, sondern ein Prozess. Sie war 1919 ein Ruf nur, jetzt hat sie hinter sich eine große deutsche Halbmillionen-Partei (...) Und in dieser Situation anzunehmen, dass, wenn die Exekutive politische Fehler macht, man sie nicht nötigen kann, zu korrigieren, durch offene und klare

dem »gestohlenen Brief« und die anderen von dem »im Reichstag verlorenen Brief« und gehen so weit, zu unterstellen, dass Levi ihn freiwillig verloren habe.

2017 Nachlass Paul Levi, P 50 a 5, abgedruckt in The Comintern: Historical Highlights, S. 285-299. [Nachdruck in »Ohne einen Tropfen ...« I/3, S. 337-351]

2018 Ebenda, S. 291. [a.a.O., S. 343 f.]

und nicht zweideutige Politik, durch das Aussprechen, wir sind anderer Meinung, wenn man der Meinung ist, wir können sogar nicht ihr organisatorisches Verhältnis ändern, so ist das unzulässig.«²⁰¹⁹

Weit davon entfernt, ein bedingungsloser Verteidiger der Exekutive zu sein, besteht er auf den Schwierigkeiten, auf der Notwendigkeit, seitens der Parteiführer konstruktive Kritik zu üben:

Es gibt »erreichbare Dinge, die viele Schwierigkeiten mindern werden. Nach meiner Überzeugung krankt sie an folgenden Dingen: Sie lebt in einem Staat der revolutionären Aktion. Was man ihr vorwerfen kann, sind nicht Ukase, sondern dass sie gar nicht eingreift. Sie greift nur ein, wenn eine akute Krise entsteht (...) Wir müssen Kritik üben, und unsere Meinung müssen wir positiv aussprechen. Man muss organisatorisch an diese Fragen herangehen. Ihr seid jetzt die stärkste kommunistische Partei nach der russischen. Auf Euch ruht die gleiche Verantwortung wie auf der russischen.«²⁰²⁰

Levi reagierte in einem beruhigenden Ton auf diesen versöhnlichen Beitrag. Aber er bleibt in vollem Umfang bei dem, was er in seinem persönlichen Brief vom 27. an Radek über die Verweigerung einer politischen Debatte zum Ausdruck gebracht hat:

»Die Besserung der Fehler der Exekutive wird erfolgen. Sie kann nur erfolgen von Russland aus.«²⁰²¹

Er erklärt sich im Allgemeinen mit Radeks Ansichten einverstanden und sagte, dass er einer möglichen Verlagerung der Exekutive nach außerhalb Russlands feindselig gegenüberstehe, aber er teilte nicht seine Meinung über die Weise, wie die gegenwärtigen Schwierigkeiten zu lösen seien. Er verteidigte sich zwar dagegen, skeptisch zu sein, sagte aber, dass es in seinen Augen zwei Arten von Krankheiten gebe: solche, die man mit einer entsprechenden Behandlung sofort heilen könne, und die anderen, bei denen man warten müsse. Das Malaise in den Beziehungen zur Exekutive sei vom zweiten Typ, und er erklärt, warum:

»Mein Verhältnis zu Sinowjew hat sich seit seinem Aufenthalt in Deutschland etwas gebessert, aber ich muss immer noch sagen: Man begegnet uns mit gewissem Misstrauen und jeden Versuch, den Fehler zu bekämpfen, wird man ansehen als Versuch einer Opposition gegen die Kommunistische Internationale. (...) Die Auseinandersetzung hat mir die Augen wieder geöffnet. Es ist dem Gen. Max der Gaul durchgegangen, und es sind Gedankengänge wieder zum Vorschein gekommen, die

2019 Ebenda, S. 292. [a.a.O., S. 344]

2020 Ebenda. [a.a.O., S. 344 f.]

2021 Freiheit, 30. Januar; »Die Rote Fahne«, 2. Februar 1921. [Nachdruck in »Ohne einen Tropfen ...« I/3, S. 335-337, hier S. 336]

in Moskau stark und lebendig sind. Weil ich diese Tatsachen mit in die Rechnung einsetze, glaube ich, dass wir mit der sogenannten aktiven Kritik – positive Vorschläge – in einzelnen Fragen in viel prononcierterer Weise Stellung nehmen, wir die Krankheit verschlimmern würden.»²⁰²²

Vielleicht, weil er Lenins Hilfe erwartete, oder vielleicht, weil er nicht auf einem Terrain außerhalb der Politik seiner Partei kämpfen wollte, weigerte sich Levi hartnäckig, sich der Konfrontation zu stellen, und Radek würde diese Ausflucht zu seinem Vorteil nutzen. In der Tat liegen zwei Resolutionen vor. Die Levis erinnert an sein prinzipielles Einverständnis mit der Notwendigkeit, die Aufnahmebedingungen anzuwenden und die Reformist*innen aus der italienischen Partei auszuschließen, bekräftigt aber, dass die Aufrechterhaltung der Einheit der italienischen Kommunist*innen notwendig sei, was bedeutet, dass die Spaltung mit der serratistischen Linken ein Fehler war:

»Die VKPD erklärt, dass für die Einheit der Kommunisten Italiens kein Preis zu hoch wäre mit Ausnahme des Preises des weiteren Verbleibens der Reformisten Italiens in der Partei.«²⁰²³

Radek brachte seinerseits eine Resolution ein, in der er die Beschlüsse der Exekutive billigte, die Anhänger*innen Serratis »vor die Wahl [zu] stellen«, die es erlaubte, sie als »Zentristen« zu bezeichnen, und folglich die Anerkennung der Italienischen Kommunistischen Partei als einzige Partei, die in Italien der Internationale angeschlossen ist²⁰²⁴.

Radek richtete daraufhin einen neuen Brief an die Parteivorsitzenden Levi und Däumig. Levis Resolution war in seinen Augen inakzeptabel, weil sie sich weder zu den Ursachen der Livorno-Spaltung noch zum Ausschluss der Serratist*innen äußerte, was feststehende Tatsachen waren. Sie sprach von Serrati und seiner Gruppe, als ob sie »Kommunisten« wären und erwähnte die »italienischen Kommunisten« nicht. Er betrachtet sie daher als eine Feindschaftserklärung gegenüber den italienischen Kommunist*innen und der Exekutive, als einen Versuch, »die Methoden der USPD in die VKPD ein[zuführen].« Er stellt diese Resolution derjenigen Levis gegenüber und kommt zu dem Schluss:

»Es ist besser, dass ein Vorsitzender der Partei einmal in der Zentrale in der Minderheit bleibt, als dass die Zentrale aus dem Willen heraus, ihn zu decken, nicht nur Zentrumspolitik treibt, sondern noch versucht, diese Tatsache vor der Partei zu verhüllen.«²⁰²⁵

²⁰²² Ebenda, S. 293-94. [a.a.O., S. 346]

²⁰²³ Text in Soll die VKPD ..., S. 47-48.

²⁰²⁴ Ebenda, S. 46-47.

²⁰²⁵ Ebenda, S. 48-50.

In die Enge getrieben, machte Levi einen weiteren Schritt rückwärts und zog seine Resolution zurück. Radek akzeptierte einen von Clara Zetkin eingebrachten Änderungsantrag, der zwei Absätze einführte, die sich für eine Wiedervereinigung zwischen der Kommunistischen Partei Italiens und »den gemeinsamen Elementen der Serrati-Gruppe, die in der Sozialistischen Partei verblieben sind«²⁰²⁶, aussprachen. Diese Einmütigkeit, die künstlich erscheinen mag, hat dennoch eine reale Grundlage: Clara Zetkin, die den Ausschluss der Turatist*innen gutheißt und Serrati vorwirft, die Reformist*innen den Revolutionär*innen vorgezogen zu haben, möchte vor allem, wie Levi, die Tür der Internationale für die Serratist*innen offen halten,²⁰²⁷ und nichts deutet darauf hin, dass Radek dagegen ist. Der durch die italienische Spaltung entstandene Zwischenfall scheint damit abgeschlossen. Levi, zufrieden, dass Radek nicht den von ihm befürchteten »Trotz« geäußert und die Form seiner Angriffe bedauert hatte, blieb an der Spitze der Partei.

In der Tat scheint die einstimmig und ohne Einspruch Radeks angenommene Resolution Clara Zetkins²⁰²⁸ über die notwendige Verbesserung der Arbeitsweise der Exekutive und ihrer Beziehungen zu den verschiedenen Kommunist*innen die wirklichen Probleme besser darzustellen und Hoffnung auf einen positiven Ausgang der Krise zu geben. Sie präzisiert, dass es nicht in Frage gestellt wird, dass der Sitz der Exekutive in Moskau, der »Hauptstadt des ersten proletarischen Staates« ist. Aber sie unterstreicht die Schwierigkeiten, die sich daraus für eine wirkliche Leitung der Internationale durch ihre Exekutive ergeben, Schwierigkeiten, die sowohl aus den materiellen Hindernissen für die Verbindungen als auch aus »den Unterschieden, die zwischen den Aufgaben der kommunistischen Partei eines siegreichen Proletariats und den Aufgaben der kommunistischen Parteien in Ländern bestehen, wo erst um die Diktatur des Proletariats gekämpft wird«, herrühren. Sie macht daher praktische Vorschläge, um diese Schwierigkeiten zu überwinden oder zumindest zu »entschärfen.« Die erste besteht darin, die Anzahl der Vertreter*innen in der Exekutive von Parteien mit mehr als 100.000 Mitgliedern zu erhöhen – eine offensichtliche Manifestation des Wunsches der deutschen Leitung, nicht von der Anzahl der Vertreter*innen von Kleingruppen- oder Emigrant*innenparteien überschwemmt zu werden. Die zweite ist die Entsendung von vier Vertreter*innen der Exekutive nach Westeuropa und Amerika – mindestens zwei von ihnen aus der russischen Partei, das Misstrauen gegenüber den anderen ist offensichtlich –, deren Aufgabe es wäre, »die Exekutive mit den besonderen Bedingungen bekanntzumachen, unter denen die kommunistischen Parteien der kapitalistischen Länder zu kämpfen haben«: Deutlicher kann man kaum sagen, dass die Exekutive schlecht

2026 Ebenda. Text der geänderten Resolution in »Die Rote Fahne«, 2. Februar 1921.

2027 Protokoll des III... (Zetkin), S. 283.

2028 »Die Rote Fahne«, 2. Februar 1921 [»Zur Aktion und Organisation der Kommunistischen Internationale«, Morgen-Ausgabe, S. 1, Spalte 1-2, Zitate Spalte 2].

informiert ist. Schließlich schlägt die Zetkin-Resolution als praktische Maßnahme und zur Beseitigung der Unannehmlichkeiten des episodischen Erscheinens der Zeitschrift »Die Kommunistische Internationale« die Schaffung einer »Pressekorrespondenz« in mehreren Sprachen vor, die die Presse der Parteien füttern und Verbindung und Verständnis erleichtern soll²⁰²⁹. Doch achtundvierzig Stunden nach der Veröffentlichung griff der Linksradikale Friesland diesen Beschluss in der »Roten Fahne« an, den er als Ausweichen vor dem Problem, der Umwandlung der Partei in eine Aktionspartei, ansah²⁰³⁰.

Alles sollte wieder in Gang kommen, und zwar paradoxerweise immer an der italienischen Frage. Erstens, weil Rákosi und Kabaktschiew sich über Levis Haltung in Livorno beschwerten: Sie hielten ihn für teilweise verantwortlich für Serratis Widerstand²⁰³¹, was zu einem Protest der italienischen Kommunist*innen führte²⁰³². Dann, weil die Affäre eine internationale Dimension annahm. Jacques Mesnil, der in der »Humanité« über den Parteitag in Livorno berichtete, betonte, dass die Haltung der Exekutive von dem Glauben an die »Unmittelbarkeit der Revolution« inspiriert war, und fragte sich:

»Ist die Lage heute wirklich so ›revolutionär‹, wie sie denken, und war es angesichts der bestehenden Lage die beste Taktik, die Spaltung zu provozieren, die die jüngsten und aktivsten kommunistischen Elemente von der Masse der Partei trennt?«²⁰³³

Einige Tage später geht er noch weiter und analysiert die von Serrati gegen die Delegierten der Exekutive bei den kommunistischen Parteien erhobenen Vorwürfe²⁰³⁴, wobei er ihnen zustimmt und schreibt, dass die Haltung dieser »Vertreter« nur durch das erklärt werden kann, was er für »einen grundlegenden theoretischen Fehler der Bolschewiki hält – ihren blinden Glauben an die Tugend der Zentralisation.« Er lanciert für den Gebrauch der eigenen Partei: »Serrati hat Recht: Hüten wir uns vor den grauen Eminenzen!«²⁰³⁵

Für die Mitglieder der Exekutive, die den »Rechten« am meisten misstrauten, nahm eine internationale Gruppierung Gestalt an: Am Tag nach dem Kongress in Livorno reiste Serrati tatsächlich nach Berlin, wo er sich mit Levi traf²⁰³⁶. Auf seinen Rat hin schrieb er an die Exekutive und bat um eine zusätzliche Untersuchung der Bedingungen der italienischen Spaltung. Auf seiner Rückkehr machte er in Stuttgart

2029 Dies ist der Ursprung der Internationalen Presse-Korrespondenz oder Inprekorr, die in vier Sprachen erscheinen wird.

2030 »Zur Kritik der Partei«, »Die Rote Fahne«, 4. Februar 1920.

2031 Siehe Anmerkung 19.

2032 Brief Bordigas, 28. Januar, »Die Rote Fahne«, 4. Februar 1921.

2033 L'Humanité, 25. Januar 1921.

2034 Der Konflikt war besonders heftig mit Liubarsky, genannt »Carlo.«

2035 J. Mesnil, »Le Congrès de Livourne«, Revue communiste, Nr. 12, 1921, S. 509-511.

2036 Protokoll des III... (Zetkin), S. 286-287.

Halt, um Clara Zetkin zu treffen, die diese Initiativen billigte²⁰³⁷. Und es scheint sehr, dass die Resolution der deutschen Zentrale ein Umdenken der Delegierten der Exekutive in Italien ermöglichen wird.

Auf der anderen Seite versuchten die Neolinksradikalen in Berlin die Lage auszunutzen, um ihren Vorteil gegen Levi durchzusetzen. Ruth Fischer, Friesland und Maslow vervielfachten ihre Angriffe, sowohl zur Frage der KAPD – wo sie den Beschluss der Exekutive billigten – als auch zur italienischen Spaltung sowie zu der von der Zentrale vertretenen Position zugunsten des »*Bündnisses mit Sowjetrußland*«, die sie für eine »*nationalbolschewistische*« Parole hielten. Während einer Verantwortlichenversammlung in Berlin, bei der er mit Ruth Fischer im Kampf stand²⁰³⁸, kommentierte Paul Levi die Resolution der Zentrale in einer Weise, die seine Gegner*innen als einseitig und ausschließlich günstig für Serrati betrachten würden²⁰³⁹. Die Linke warf das Problem des, wie sie es nannte, »*Ultrazentralismus*« der Zentrale auf und lancierte das Thema der »*Bürokratisierung*«, das sie mit einer, wie sie meinte, »*opportunistischen*« Politik verband²⁰⁴⁰. Im Kampf mit der übereinstimmenden Kritik, derjenigen der Exekutive und derjenigen der Berliner Organisation, wurde die Zentrale in die Defensive gedrängt²⁰⁴¹.

Um dem Ganzen die Krone aufzusetzen, machte Rákosi auf seiner Rückkehr von Livorno in Berlin Halt, um in der Zentrale um Rechenschaft über die Haltung Levis zu bitten, den er beschuldigte, Verbindungen zu Serrati zu unterhalten und fraktionelle Kontakte mit den österreichischen und jugoslawischen Parteien herzustellen, um die Serrati*innen gegen die Exekutive zu unterstützen. Vor der Zentrale verteidigte er die in Livorno angewandte Politik und bat sie, die versöhnliche Resolution, die sie am 1. Februar angenommen hatte, zu überdenken²⁰⁴². Es gelang ihm, Thalheimer und Stoecker zu überzeugen, die daraufhin einen Antrag vorlegten, in dem sie sowohl die Spaltung als auch die Notwendigkeit des Kampfes gegen Serrati begründeten, und zwar nicht nur mit seiner Weigerung, die Turatist*innen auszuschließen, sondern auch mit der Position der PSI zur nationalen, agrarischen und gewerkschaftlichen Frage²⁰⁴³. Er wurde mit großer Mehrheit abgelehnt, die Zentrale bestätigte damit ihr Votum vom 1. Februar²⁰⁴⁴.

Aber die Exekutive gab die Partie nicht auf: Rákosi war bei der Sitzung des Zentralausschusses vom 22. Februar anwesend und griff heftig an, indem er Levis Be-

2037 Ebenda, S. 287.

2038 Rede Ruth Fischers in »Die Rote Fahne«, 10. Februar 1921; siehe auch ihren Artikel »Die Rettung der deutschen Nation«, ebenda, 11. Februar 1921.

2039 Ebenda, 10. Februar 1921.

2040 »Die Rote Fahne«, 15. Februar 1921, Resolution Frieslands und Fischers, Artikel Horts: »Zentralismus und Bürokratie.«

2041 Ebenda (Abend-Ausgabe), Artikel Brandlers, »Zur Organisationsfrage.«

2042 Nachlass Paul Levi, P 50 a 7 [tatsächlich sind im Nachlass Paul Levi mehrere Exemplare der Rede, z.B. in Mappe 220 in Box 105], unter dem Titel »Rede des Genossen Rakotschin.«

2043 Protokoll des III... (Zetkin), S. 284-285.

2044 Ebenda, S. 185.

hauptungen widersprach, dass der Großteil der revolutionären Arbeiter*innen bei Serrati bleiben würde, während die Kommunistische Partei nur halbanarchistische oder syndikalistische Elemente zusammenbringen würde. Für ihn versucht Levi mit solchen Verleumdungen, die deutsche Partei zu täuschen. Mit seinem Schwung entwickelt Rákosi seine eigene Analyse der Situation: Auch wenn er nicht die Bemerkungen wiederholt, die er privat gegenüber Clara Zetkin gemacht hat²⁰⁴⁵ – dass die deutsche Partei zu zahlreich ist, dass man sich wünschen muss, dass ein guter Teil ihrer 400.000 Mitglieder verschwindet –, so bekräftigt er, dass die Spaltung in Livorno »unvermeidlich war«; und wenn »die Rücksicht auf die Klarheit der Kommunistischen Partei solche Spaltungen [gebietet], dann müssen sie vorgenommen [werden], wenn es notwendig ist, zehnmal, ganz gleich, ob in Italien, Frankreich oder Deutschland.« Die Internationale, so unterstreicht er, brauche gut geschulte Kader, und es müsse deutlich gemacht werden, dass u.a. die französische Partei ernsthaft gereinigt werden müsse²⁰⁴⁶. Levi nahm Rákosis Erklärung als Kriegserklärung der Exekutive auf: Es handelte sich in seinen Augen nicht mehr um einen zufälligen Vorfall, wie er geglaubt hatte, sondern um eine politische Linie, die den Aufbau aller Parteien betraf. Clara Zetkin war empört darüber, dass Thalheimer und Stoecker, Mitglieder der Zentrale, glaubten, sie seien befugt, dem Zentralausschuss eine Resolution vorzulegen, die von der Zentrale ausdrücklich abgelehnt worden war: Sie sah in dieser Operation ein von Rákosi und durch ihn von der Exekutive inspiriertes Manöver, eine jener Praktiken, die gerade Wasser auf Serratis Mühlen war, als er den Ultimatismus und Autoritarismus der Exekutive anprangerte²⁰⁴⁷. Aber der Theatercoup fand statt: Mit 28 zu 23 Stimmen nahm der Zentralausschuss die Thalheimer-Stoecker-Resolution an, verweigerte also Levi das Vertrauen und sprach es dem Gesandten der Exekutive aus²⁰⁴⁸. Levi, verbittert, sagte, dass der Zentralausschuss »sich an das delphische Orakel [wandte], um aus dem Munde der Pythia den wirklichen Sinn des italienischen Vorganges zu erforschen.«²⁰⁴⁹

Diese Abstimmung eröffnete die Krise erneut auf einer höheren Ebene. In der Sitzung traten die beiden Parteivorsitzenden Levi und Däumig sowie drei Mitglieder der Zentrale, Clara Zetkin, Otto Brass, Hoffmann, sofort aus der Zentrale aus; sie legten eine schriftliche Erklärung vor, in der sie bekräftigten, dass sie sich nicht mit Serrati solidarisierten und sich weigerten, sich mit ihm zu identifizieren, sich aber auch weigerten, die Positionen Rákosis zu unterstützen und damit die Verantwortung für eine

2045 Ebenda, S. 289.

2046 »Die Rote Fahne«, 26. Februar 1921. [»Die Sitzung des Zentralausschusses«, Morgen-Ausgabe, S. 3, Sp. 1-2, hier Sp. 2]

2047 Protokoll des III... (Zetkin), S. 285.

2048 Ebenda, S. 286; I.M.L.-Z.P.A., 2/3/38, Rundschreiben, 17, 26. Februar 1921, zitiert von Mujbegović, a.a.O.

2049 »Die Rote Fahne«, 1. März 1921. [Morgen-Ausgabe, Beilage, S. 1, Sp. 1-2, hier Sp. 2, »Wir anderen«, Nachdruck a.a.O., S. 468-470, hier S. 470]

Politik mitzutragen, die darauf abzielte, »durch den mechanischen Prozess des Spaltens reinere und festere kommunistische Parteien zu bilden.«²⁰⁵⁰ Brandler und Stoecker wurden zu Vorsitzenden der Zentrale gewählt, Ernst Meyer, Frölich, Wegmann, Eberlein und Sievers traten anstelle der ausscheidenden Mitglieder in die Zentrale ein, wobei Frölich, Böttcher, Meyer und Sievers Sekretäre wurden²⁰⁵¹. Die neue Mehrheit beeilte sich zu erklären, dass sie nur ihren Wunsch nach loyaler Zusammenarbeit der Partei mit der Exekutive habe ausdrücken wollen und dass sie keine prinzipiellen Differenzen mit den austretenden Mitgliedern habe²⁰⁵². Tatsächlich hatte der Fraktionskampf gerade erst begonnen, auch wenn die neuen Leiter der deutschen Partei sich dessen nicht bewusst waren: Schon am 14. März warf Radek ihnen von Moskau aus vor, Levi zu schonen,²⁰⁵³ während Sinowjew selbst auf dem 10. Parteitag der Russischen Kommunistischen Partei frohlockte, dass Levi »entlarvt« worden war, und bekräftigte, dass er für eine solche »rechte« Entwicklung »prädestiniert« sei²⁰⁵⁴. Der Krieg ist definitiv erklärt.

Politische Debatte

Levi führt ihn nun auf der politischen Ebene mit großer Klarheit. Er zeigt zunächst, dass am Ausgangspunkt der Divergenzen – was er im Sommer 1920 nicht gesehen hatte – sehr unterschiedliche Einschätzungen der weltweiten Konjunktur stehen. Letztere wird seiner Meinung nach von der Bedeutung der bürgerlichen Gegenoffensive beherrscht, die sich in den Reihen der Arbeiter*innen durch den Wiederaufstieg der Sozialdemokratie, insbesondere in den Gewerkschaften, widerspiegelt: Er unterstreicht, dass bei den Wahlen in Preußen die Hälfte der Stimmen, die bei den vorangegangenen Wahlen an die Unabhängigen gegangen waren, dieses Mal an die sozialdemokratische Partei gingen. Die Hauptsorge der Kommunist*innen müsse daher nach ihm sein, sich nicht von den Massen und insbesondere von den sechs Millionen in den Gewerkschaften organisierten Arbeiter*innen isolieren zu lassen, eine Lage, die für Westeuropa charakteristisch sei, die die Russ*innen nicht kannten und die sie unterschätzen.

Eine weitere wichtige Divergenz zeigt sich bei der in Russland von Bucharin verteidigten Theorie der »Offensivtaktik«, deren Bankrott jedoch im Sommer 1920, nach den durch den Marsch der Roten Armee auf Warschau provozierten Illusionen, offensichtlich wurde. Levi stellt klar fest:

2050 »Die Rote Fahne«, 28. Februar 1921. [»Die Sitzung des Zentralausschusses«, S. 3, Spalte 1-2, hier Sp. 1]

2051 I.M.L.-Z.P.A., 3/1/25, »An die Bezirksleitungen«, 26. Februar 1921, zitiert bei Mujbegović, a.a.O., S. 267, Fn. 22.

2052 »Die Rote Fahne«, 1. März 1921.

2053 Brief Radeks, Nachlass Paul Levi, P 55/3 [Mappe 197 in Box 90]; Sowjet, Nr. 819, August 1921.

2054 Die Kommunistische Internationale, Nr. 16, S. 555 ff., aber in Deutschland zuerst erschienen in der Freiheit, 10. April 1921.

»Wir können nicht das Sowjetsystem mechanisch einführen gleichsam auf der Spitze der Bajonette. Das Sowjetsystem braucht eine Stütze: den revolutionären Willen des Proletariats in jedem Lande. Wo dieser Wille nicht ist, empfangen die Proletarier die Revolutionäre als ihre Unterdrücker.«²⁰⁵⁵

Das alles sind die Probleme, die in Italien bei der Art und Weise, wie die Spaltung stattfand, auftraten, denn eine Spaltung war notwendig, aber mit Turati und nicht mit Serrati, und die Delegierten der Internationale wollten und bereiteten die Spaltung mit Serrati vor. Nun stand viel auf dem Spiel: Es handelt sich darum, hunderttausend Arbeiter*innen in der Partei zu halten, die den Willen hatten, Kommunist*innen zu werden, und das ist ein Problem, das sich in allen Ländern stellt:

»Es gibt zwei Wege, aus diesen Massen, die organisatorisch mit der III. Internationale verbunden sind, einen höheren Grad von kommunistischer Erfahrung, von kommunistischem Willen zu erzielen. Der eine Weg ist, diese Schulung durchzuführen durch neue Spaltung, der andere Weg ist, dass man die Massen, die sich zu uns gefunden haben, politisch schult, mit ihnen die Zeit und die Revolution und die Dinge durchlebt, und so mit den Massen und in den Massen auf eine höhere Stufe kommt.«²⁰⁵⁶

Die Wahl der Russ*innen – wenn sie denn einmütig war – erklärt sich, so Levi, aus der Tradition des Bolschewismus, dem Ausdruck seines Aufbaus in der Illegalität. In einer Massenpartei wie den Arbeiter*innenparteien des Westens können, wie die siegreiche Spaltung der Unabhängigen Partei beweist, »Spaltungen nicht vorgenommen werden [...] auf Resolutionen hin, sondern Spaltungen [können] nur vorgenommen werden [...] auf politisches Erleben«, der Aktion und der Überzeugung, die sie durch Erfahrung herbeiführt, hin: nachdem man Serrati zwei Jahre lang zum Bannerträger der Internationale gemacht hatte, war es vergeblich zu hoffen, ihn durch ein paar »offene Briefe« in den Augen der Massen zu »demaskieren.« Aber genau das hat die Exekutive getan, und das hat sie in Deutschland zum Glück nicht getan. Die italienische Spaltung stellt einen gefährlichen Präzedenzfall dar, ein Zeichen dafür, dass die Exekutive den Weg beschreitet, »die Bildung der kommunistischen Massen nicht zu erzielen durch organische Heranbildung, sondern durch mechanisches Spalten.«²⁰⁵⁷

2055 »Die Rote Fahne«, 10. Februar 1920. [»Die Berliner Funktionärsversammlung der VKPD zur politischen Lage«, Morgen-Ausgabe, S. 4, Sp. 1-3, hier Sp. 2, Nachdruck »Ohne einen Tropfen ...« a.a.O., S. 384-391, hier S. 387]

2056 »Wir und die Exekutive«, »Die Rote Fahne«, 6. Februar 1921. [tats. »Der Beginn der Krise in der Kommunistischen Partei und Internationale« Nachdruck in »Ohne einen Tropfen ...«, I/3, S. 407-438, hier S. 432]

2057 »Wir anderen«, ebenda, 1. März 1921. [tats. ebenfalls »Der Beginn der Krise in der Kommunistischen Partei und Internationale«, Nachdruck in »Ohne einen Tropfen ...«, I/3, S. 407-438, S. 436 und 432. Aus dem Artikel »Wir anderen«, Nachdruck a.a.O., S. 468-470, hier S. 469, stammt nur der Halbsatz über den »Bannerträger«]

Solche Praktiken sind der revolutionären Bewegung im Westen und ihren tiefen Traditionen fremd, und sie stammen in Levis Augen durch die Exekutive der Internationale unzweifelhaft von der russischen Partei und der von ihr ausgeübten Hegemonie. Levi wehrt sich dagegen, zu denjenigen zu gehören, die daran denken, den Sitz der Exekutive aus dem Einflussbereich der russischen Führer*innen zu verlegen, aber er unterstreicht die Isolation der letzteren, die Langsamkeit der Kommunikation, die Seltenheit ihrer menschlichen Kontakte und die Schwierigkeit, die sie haben, sich ein genaues Bild von der Lage in Westeuropa zu machen. Außerdem stehen die bolschewistischen Führer*innen an der Spitze eines Staates und beurteilen die Ereignisse zwangsläufig von dieser Position aus, zumindest anfangs.

Das bedeutet nicht, dass die Diskussion mit den Russ*innen nur zu einem Taubstummen-Dialog führen könne. Im Gegenteil, Levi möchte eine verantwortungsvolle Diskussion mit ihnen führen. Aber er weigert sich aus all diesen Gründen, sich auf einen Fraktionskampf einzulassen, wie es ihm bereits vorgeworfen wurde. Er fordert die schnellstmögliche Klärung, denn nur so können der deutschen Partei die Krise und die für sie so schädlichen Fraktionskämpfe erspart werden:

»Und so, Genossinnen und Genossen, wie Sie sehen, ist die italienische Frage jetzt mit den Konsequenzen, die der Vertreter des Exekutivkomitees angeführt hat, eine Frage ernstester Art auch für unsere deutsche Partei geworden. Wir müssen uns völlig klar werden, wie wir die deutsche kommunistische Partei weiter bauen und weiter ausbauen wollen, ob wir unbeschadet von Absplitterungen rechts oder links als Masse beieinander bleiben wollen und wachsen wollen gegenseitig, oder ob wir eine höhere Form von Kommunismus erzielen wollen, indem wir nach einigem Zusammenleben wiederum die Creme dessen, was sich dann herausgebildet hat, wieder abspalten. Und ich sage ganz offen: Es gibt Anzeichen in der Partei, dass man an diesen Weg denkt.«²⁰⁵⁸

Die Ereignisse würden diese Diagnose schnell bestätigen.

2058 Nachlass Paul Levi, P 64/3, S. 23 [Mappe 288 in Box 144, veröffentlicht a.a.O., S. 437]

Kapitel XXV: Die Märzaktion

Nur wenige Wochen vergingen zwischen Paul Levis Rücktritt vom Vorsitz der VKPD und seinem Ausschluss aus der Partei: entscheidende Wochen in der Geschichte des deutschen Kommunismus, die noch lange nicht vollständig ausgeleuchtet sind. Denn die Gegner*innen Levis wollten nicht, dass die italienische Affäre mit einem einfachen Wechsel des leitenden Personals in Deutschland endet. Zurück in Moskau bricht Radek mit seiner versöhnlichen Haltung und schickte einen Artikel an »Die Internationale«, der die Absicht der Exekutive zeigte, die Debatte zum Kern der Sache zu führen, d.h. zum Bereich dessen, was er die »Aktivierung« der Partei nennt²⁰⁵⁹. Radek behauptet praktisch, dass Levi im Zusammenhang mit der italienischen Spaltung nur deshalb die Vogelscheuche einer »mechanischen Spaltung« gegen die Exekutive aufgefahren habe, weil dieselbe Exekutive ihn aufgrund der Praxis der deutschen Führung kritisiert und ihn persönlich für deren »Passivität« verantwortlich gemacht habe. Für ihn wurde es »*einem Teil der führenden Genossen des Spartakusbundes [schwer], aus der aufgezwungenen Defensive des Jahres 1919 zu der sich steigernden Offensive überzugehen, wie sie seit der Radikalisierung der Arbeitermassen der USPD im Jahre 1920 möglich wurde.*«²⁰⁶⁰ Man muss klar sein: Die VKPD macht eine schwere Krise durch, und der Beweis dafür ist die Tatsache, dass sie nicht handelt und sich damit begnügt, zu diskutieren, und das in einem Moment, an dem allein das Handeln Licht in die aufgeworfenen Probleme bringen könnte²⁰⁶¹. Der Artikel lässt auf Seiten der Exekutive einen Willen erscheinen, die deutsche Partei zu »aktivieren«, um mit der Routine der Agitation und Propaganda zu brechen: Der notwendige Kampf gegen Levi war aufgekommen und Radek tadelte die »versöhnlerische« Haltung Brandlers, Stoeckers und Thalheimers.

Am 14. März präzisiert er dies in einem vertraulichen Brief an Brandler, Frölich, Ernst Meyer, Böttcher, Mitglieder der Zentrale sowie an Thalheimer und Felix Wolf²⁰⁶²:

»Levi sucht Fraktion zu bilden unter Losung: Massenpartei oder Sekte. Was Schwindel ist, da er durch seine Politik die Partei auseinandertreibt, während wir durch die Aktivisierung unserer Politik neue Massen heranziehen können. Nie-

2059 »Die Krise in der VKPD«, Die Internationale, Nr. 3, 1. März 1921, S. 71-79.

2060 Ebenda, S. 72.

2061 Radek distanziert sich von Rákosis persönlichen Ansichten (ebenda, S. 76).

2062 Ebenda, S. 79.

mand denkt hier an mechanische oder überhaupt an irgendwelche Spaltung in Deutschland. Es gilt, die Gegensätze klar herauszuarbeiten, den linken Flügel geistig führend zu machen. Levi wird schnell abwirtschaften. Es gilt nur alles zu tun, um Däumig, Zetkin mit ihm nicht abwirtschaften zu lassen.»²⁰⁶³

»Alles hängt von weltpolitischer Situation ab. Wenn sich Riss zwischen Entente und Deutschland vergrößert, es vielleicht zum Krieg mit Polen kommt, werden wir reden. Eben, weil diese Möglichkeiten bestehen, müsst Ihr alles tun, um die Partei zu mobilisieren. Man kann keine Aktion aus dem Revolver schießen. Wenn Ihr jetzt nicht alles tut, um durch das unterbrochene Drängen nach Aktion der kommunistischen Masse das Gefühl ihrer Notwendigkeit beizubringen, werdet Ihr in einem großen Moment wieder versagen. Bei den weltpolitischen Entscheidungen weniger auf die ‚radikale‘ Formel, als auf die Tat, das Setzen der Massen in Bewegung denken. Falls Krieg kommt nicht an Frieden, nur Protest, sondern an das Waffenkriegen denken.»²⁰⁶⁴

Die Mission Bela Kuns

Man kennt das exakte Datum von Bela Kuns Ankunft in Berlin nicht, man kann es nur auf Ende Februar oder Anfang März datieren. Der neue Vorsitzende der Exekutive der Internationale war sozialdemokratischer Aktivist in Ungarn vor dem Krieg gewesen, wurde für den Bolschewismus gewonnen, als er 1917 Kriegsgefangener war, und gründete nach seiner heimlichen Rückkehr nach Ungarn dort die Kommunistische Partei. Er wurde verhaftet und aus dem Gefängnis entlassen, um den Vorsitz im Rat der Volkskommissare zu übernehmen und die Partei zu führen, die aus der Fusion mit den Sozialdemokrat*innen hervorging. Ihm gelang die Flucht nach dem Sturz des Räteregimes und er fand Zuflucht in Moskau, wo er in den politischen Diensten der Roten Armee arbeitete. 1920 wurde er heftig beschuldigt, entgegen eines gegebenen Wortes weiße Gefangene der Wrangel-Armee hingerichtet zu haben, und Lenin entschied sich, nachdem er davon gesprochen hatte, ihn erschießen zu lassen, schließlich dafür, ihn auf eine Mission nach Turkestan zu schicken. Er ist ein mutiger, aber mittelmässiger Mann. Lenin machte nie einen Hehl daraus, dass er ihn gering schätzte und durch seine »opportunistischen« Fehler für den endgültigen Zusammenbruch der ungarischen Räterepublik für teilweise verantwortlich hielt. Vielleicht ist das der Grund, warum er seither den Linksradikalismus zum Beruf gemacht hat und keine Gelegenheit auslässt, die Opportunist*innen, besonders die der deutschen Partei, in den Spalten des »Kommunismus« zu verprügeln. Er ist heftig umstritten unter den ungarischen Emigrant*innen; man warf ihm insbesondere vor, fraktionelle Methoden anzuwenden und weder vor Drohungen noch vor Korruption zurückzuschrecken²⁰⁶⁵. Er ist jedoch eine wichtige

2063 Nachlass Paul Levi, S. 55/3; Sowjet (Unser Weg), no 2, 1. August 1921, S. 248-249.

2064 Ebenda, S. 248-249.

2065 Borkenau, a.a.O., S. 174-175.

Figur, Mitglied der Exekutive vor dem 2. Kongress, trat danach in das »Engere Büro« ein und verdankt diesen Funktionen, dass er als bedingungsloser Anhänger Sinowjews durchgeht. Gleichzeitig mit ihm treffen zwei weitere Mitarbeiter der Exekutive in Berlin ein, Josef Pogany, ebenfalls Ungar, ehemaliger Vorsitzender des Budapester Soldatenrates, und der polnische Jude Samuel Haifiz, der aus der revolutionären zionistischen Organisation Poale Zion kam, damals unter dem Namen Guralski bekannt war und in Deutschland August Kleine heißen sollte²⁰⁶⁶.

Vielleicht muss man die vollständige Öffnung der Archive der Internationale und der russischen Partei abwarten, um den genauen Inhalt der Bela Kun anvertrauten Mission in Deutschland zu erfahren, und ob es sich überhaupt um eine besondere Mission handelte. Die bekannten Dokumente liefern keine Anhaltspunkte²⁰⁶⁷. Außerdem hatte Curt Geyer, der damals die Zentrale der deutschen Partei in der Exekutive vertrat, schon im April 1921 versichert, dass diese Mission in der Exekutive nie Thema gewesen sei: Er bestätigte kürzlich, dass sie in Moskau, zumindest in seiner Anwesenheit, in keiner Sitzung oder Anspielung thematisiert worden sei²⁰⁶⁸. Man kann nur aus Radeks Brief vermuten, dass die Krise in der deutschen Partei nur ein Aspekt der Sorgen der Führer*innen der Internationale war: Die plötzliche Zunahme der Spannungen in Europa, das Ultimatum der Entente, das die Entwaffnung der »Bürgerwehren« in Deutschland forderte, die Ausweitung der alliierten Besatzungszone und das Herannahen der Volksabstimmung in Oberschlesien bildeten zusammen mit den militärischen Vorbereitungen in Polen ein beunruhigendes Ganzes. Man muss auf jeden Fall die These zurückweisen, dass Bela Kuns Mission mit dem Kronstädter Aufstand zusammenhing, der sicherlich nach seiner Abreise stattfand²⁰⁶⁹. Das wahrscheinlichste ist beim aktuellen Informationsstand, dass Bela Kun auf eigene Initiative handelte, in der Überzeugung, dass er die Unterstützung und Zustimmung der Exekutive haben würde: In der Tat wurde in Sinowjews Umfeld oft wiederholt, dass große Kämpfe des internationalen Proletariats, wenn sie auch nicht siegreich wären, Russland zumindest erlauben würden, die Wirtschaftspolitik der NEP²⁰⁷⁰ durchzuführen.

2066 Borkenau, a.a.O. erwähnt nur Bela Kun. R. Fischer (a.a.O., S. 175 [dt. Ausgabe S. 213]) erwähnt nur Kun und Guralski. Die anderen Autor*innen (Carr, a.a.O., S. 335, Brandt und Lowenthal, a.a.O., S. 151, Flechtheim, S. 73) erwähnen alle drei Männer. Babette Gross (a.a.O., S. 118) geht ausführlich auf die spezifische Rolle Poganyns ein, der ihrer Meinung nach für die Überwindung des Widerstandes gegen die von Willi Münzenberg in den Jungkommunist*innen aufgestellte Exekutive zuständig war.

2067 Vera Mujbegović (a.a.O., S. 269) verweist in diesem Punkt auf das Protokoll der Sitzung des Büros der KI-Exekutive vom 22.-23. Februar 1921, an der Bela Kun und Guralski teilnahmen (I.M.L.-Z.P.A., Akte 539) und auf den anschließenden Bericht Kurt Geysers (I.M.L.-Z.P.A., 10/14. S. 292-323).

2068 Interview mit R. Lowenthal, *The Bolshevisation*, S. 57, Fn. 117.

2069 Insbesondere von Ossip K. Flechtheim, *Die KPD in der Weimarer Republik*, 1948, S. 73, vertretene These.

2070 Lowenthal, a.a.O. S. 63.

»Die Entwicklung der Revolution erzwingen«

Seit seiner Ankunft entwickelt Bela Kun auf jeden Fall im Laufe bestimmter Diskussionen mit den deutschen kommunistischen Führer*innen Perspektiven, die von der in Moskau in Mode gekommenen Theorie der »revolutionären Offensive« inspiriert waren und dem im Radek-Brief entwickelten Schema nahe kamen. Auch für ihn kann die internationale Krise nicht umhin, die Lebensbedingungen des deutschen Proletariats zu verschärfen, und die vereinigte Partei kann sich angesichts dieser Lage nicht in einer passiven oder selbst abwartenden Haltung erschöpfen. Es ist notwendig, dass die deutschen kommunistischen Führer*innen endlich begreifen, dass ihre Partei in der Lage ist, durch aktives Eingreifen das Kräfteverhältnis zu verändern, und dass es deshalb ihre Pflicht ist, den Klassenkampf zu beeinflussen. Sie muss die Initiative ergreifen, das Beispiel des Widerstands geben und sogar, wenn nötig, »die Entwicklung der Revolution erzwingen«, indem sie danach strebt, eine vorübergehend eingeschlafene Arbeiter*innenklasse zu wecken. Allerdings stößt er auf viele Widerstände: Thomas, der seine Ankunft und den Beginn seiner Tätigkeit unter dem Pseudonym »Spanier« beschreibt, berichtet von einem stürmischen Treffen, an dem auch die polnischen Kommunisten Warski und Lapinski teilnahmen²⁰⁷¹. Clara Zetkin, die er am 10. März traf, war erschrocken über das, was er zu sagen hatte, warnte Levi und weigerte sich, ihn ohne einen Zeugen zu treffen. Am 14. März war Levi an der Reihe, von den Plänen des KI-Delegierten zu erfahren²⁰⁷².

Der Zentralausschuss tagte in Berlin am 16. und 17. März²⁰⁷³. Bela Kun schien nicht das Wort ergriffen zu haben, um seine Thesen zu unterstützen: Alle waren allgemein davon überzeugt, dass es notwendig sei, »die Massen zu mobilisieren«, und nur Malzahn teilte nicht den allgemeinen Optimismus hinsichtlich des unvermeidlichen Herannahens großer Arbeiter*innenkämpfe²⁰⁷⁴. Brandler präsentiert einen Bericht, der sich an der Analyse der Exekutive in Moskau orientiert, wenn er feststellt:

»Wenn nicht durch eine Revolution eine andere Wendung eintritt, werden wir in Kürze vor einem amerikanisch-englischen Krieg stehen (...) am 20. März [werden] die Sanktionen verschärft [...], ferner [findet] am gleichen Tage die Abstimmung in Oberschlesien statt [...], die mit großer Wahrscheinlichkeit militärische Konflikte zwischen den deutschen und polnischen Imperialisten heraufbeschwören wird. (...)

2071 Contributions à l'histoire du Comintern, S. 25.

2072 Diese beiden Gespräche werden allein von Levi in seiner Rede vor dem Zentralausschuss im Mai erwähnt (Was ist das Verbrechen, S. 8).

2073 Das Protokoll dieser Sitzung in I.M.L.-Z.P.A., 2/4, das Vera Mujbegović konsultierte, fügt ihrer Meinung nach den bereits bekannten Quellen nichts Wesentliches hinzu: Die folgenden Zitate wurden von Levi aus diesem Dokument, von dem er eine Kopie hatte, gemacht.

2074 Protokoll des III..., S. 553.

Es ist mit 90 Prozent Wahrscheinlichkeit damit zu rechnen, dass es zu bewaffneten Konflikten kommt.«²⁰⁷⁵

Er wird von Paul Frölich²⁰⁷⁶ leidenschaftlich unterstützt, den die »*Philosophie des Handelns*« in dieser dramatisierten internationalen Konjunktur versichern lässt:

»Wir können die Verwicklungen [zwischen der Entente und Deutschland] außerordentlich verschärfen [...] Wir haben [...] durch unsere Tätigkeit dafür zu sorgen, dass dieser Ausbruch kommt, wenn es sein muss, durch Provokationen der Einwohnerwehren. [...] Das, was die Zentrale jetzt vorschlägt, ist ein vollkommener Bruch mit der Vergangenheit. Bisher hatten wir die Taktik eingeschlagen [...], dass wir die Dinge an uns herankommen ließen, und, sobald eine Kampfsituation gegeben war, in dieser Situation unsere Entschlüsse fassten. Jetzt sagen wir: Wir sind so stark und die Situation ist so verhängnisschwanger, dass wir daran gehen müssen, das Geschick der Partei und der Revolution selbst zu zwingen.«²⁰⁷⁷

Allerdings scheint der Zentralausschuss zu diesem Zeitpunkt keine sofortigen Maßnahmen beschlossen zu haben. Brandler wird später schreiben:

»Es wurde weiter beschlossen, wenn sich ein kriegerisches Abenteuer aus der Abstimmung in Oberschlesien entwickeln sollte, ebenfalls die Massen zum Kampf gegen diese wahnsinnigen Abenteuer aufzurufen. Man beschloss, wenn durch Verschärfung der Sanktionen, hervorgerufen durch den passiven Widerstand der Regierung gegenüber der Entente, oder, falls es zu einer Verständigung kommen sollte, durch die Auswirkung der Verständigung neue Betriebseinschränkungen und Betriebsstilllegungen die Not der Arbeitslosen und die Not der Arbeitenden infolge der Steigerung der Preise zum Kampf zwingen, alles zu tun, um den Kampf einheitlich und geschlossen aufzunehmen und die Massen in Bewegung zu bringen.«²⁰⁷⁸

In der Einschätzung, dass es ratsam sei, die prinzipielle Opposition gegen Teilstreiks aufzugeben, beschließt der Zentralausschuss außerdem, seine ganze Kraft der Ausweitung der laufenden Streiks der Landarbeiter*innen für ihre Lohnerhöhungen zu widmen: Er schätzt ein, dass ein Teilsieg in einem Sektor, selbst in einem sehr speziellen, den Massen Zuversicht geben und »*den Offensivgeist in die Arbeiterschaft*« hineinbringen würde; die Politisierung der Streikbewegungen könnte unter den Pa-

2075 Zitiert in Unser Weg, S. 22-23, und im Nachlass Paul Levi, P 83/9, dessen Text am Rand des Zitats, S. 23, den handschriftlichen Vermerk trägt: »Brandler.« [In der Kopie in Mappe 196 in Box 90 fehlt der Vermerk. Nachdruck in »Ohne einen Tropfen ...« I/3, hier S. 604 f.]

2076 Protokoll des III..., S. 465, 553.

2077 Nachlass Paul Levi, P 83/9, S. 24, mit dem handschriftlichen Vermerk: »Frölich.« [In der Kopie in Mappe 196 in Box 90 fehlt der Vermerk. Zitiert a.a.O., S. 606]

2078 Brandler, War die Märzaktion ein Bakunistenputsch, S. 20. [hier zitiert nach der gekürzten Fassung, veröffentlicht unter dem Titel »Die revolutionäre Lage in Deutschland«, Die Kommunistische Internationale, Heft 17, 1921, S. 50-54, hier S. 53]

rolen »Nieder mit der Regierung Fehrenbach! Bündnis mit Sowjetrußland!«, die eine Vereinheitlichung ermöglichen würden, erfolgen. Schließlich beschloss er, dass für den Fall, dass die Regierung versuchen sollte, die Polizei oder die Reichswehr gegen die geplanten Massenstreiks einzusetzen, die Kommunistische Partei den bewaffneten Widerstand organisieren sollte²⁰⁷⁹.

Jedoch ist keine dieser Aktionen für die unmittelbare Zukunft geplant: Die kommende Woche ist die Woche vor den Osterferien, und alle Fabriken müssen vom 25. bis einschließlich 28. März schließen. Genau diese Zeit müsse die Partei zu nutzen versuchen, um sich auf Aktionen in der Woche nach Ostern vorzubereiten²⁰⁸⁰. Vor dem Ende der Sitzung des Zentralaussschusses trafen jedoch Informationen aus Mitteldeutschland ein, die den ursprünglichen Plan umstoßen sollten. Der Oberpräsident von Preußisch-Sachsen, der Sozialdemokrat Hörsing, hatte gerade ein Manifest veröffentlicht, in dem er ankündigte, mehrere Industriegebiete, darunter auch den Bergbau in Mansfeld-Eisleben, von der Polizei besetzen zu lassen, um dort »Besserung zu schaffen.«²⁰⁸¹ Die Unternehmer*innen in diesen Regionen beklagten sich über häufige Diebstähle, und die Polizei musste sich manchmal regelrechte Schlachten gegen die »Plünderer« liefern: Es handelte sich offiziell darum, der zunehmenden Zahl von gewöhnlichen Straftaten ein Ende zu setzen, die von Diebstahl über Sabotage bis hin zu Angriffen auf Fabrikaufseher*innen reichten. Es besteht jedoch kein Zweifel, dass das eigentliche Ziel, das Hörsing verfolgt, die Entwaffnung der Arbeiter*innen – die ihre Waffen nach dem Kapp-Putsch behalten haben – und gleichzeitig die Demontage einer kommunistischen Bastion ist. Diese Information, die das Zentralkomitee überrumpelte, entlastete es dennoch in gewisser Weise; Brandler fragte sich, wenn wir Radek glauben wollen, ob es nicht notwendig sei, »eventuell den Gegner [zu] provozieren, die Initiative in die Hand [zu] nehmen.«²⁰⁸² Hörsings Offensive erledigte dieses Gewissensproblem. Die Linksradiكالen ergriffen die Chance: Paul Frölich, erzählt Radek, »trat auf wie ein Leutnant der Kavallerie und erklärte: Wir brechen an diesem Tage mit der Tradition der Partei, bisher haben wir gewartet, jetzt werden wir die Initiative in die Hand nehmen und die Revolution erzwingen.«²⁰⁸³ Die Parteiverantwortlichen in Halle, wo sich der Kreis Mansfeld befindet, wurden angewiesen, bei der ersten polizeilichen Besetzung einer Fabrik den Generalstreik auszurufen und sich sofort auf bewaffneten Widerstand vorzubereiten²⁰⁸⁴. Nicht mehr die internationale Lage, sondern der Angriff Hörsings machte es in den Augen der deutschen Führer*innen möglich und notwendig, in die Generaloffensive zu gehen.

2079 Ebenda, S. 12-20.

2080 Taktik und Organisation der revolutionären Offensive, S. 28; Bericht 2 ... S. 61; Brandler, a.a.O. S. 16-17.

2081 »Die Rote Fahne«, 17. März 1921. [»Der Wortlaut des Hörsingerlasses«, Abend-Ausgabe, S. 1, Spalte 1-2, hier Sp. 2]

2082 Protokoll des III... , S. 463.

2083 Ebenda.

2084 Die Enthüllungen zu den Märzämpfen, S. 7.

Die von Bela Kun skizzierte Perspektive scheint sich zu konkretisieren. Nach der Schließung des Zentralaussschusses überredete er Brandler, einen Text zu schreiben, der in der »Roten Fahne« vom 18. März erscheinen sollte, einen Aufruf zur Bewaffnung der Arbeiter*innen, den er mit der Weigerung der bayerischen Regierung begründete, die konterrevolutionären Organisationen der Orgesch zu entwaffnen und aufzulösen²⁰⁸⁵. Der Aufruf wurde bis zum 21. März mehrmals im zentralen Parteiorgan nachgedruckt. Der Zusammenhang mit dem im Zentralaussschuss beschlossenen Aufruf zum Widerstand gegen Hörsing ist nicht klar erkennbar²⁰⁸⁶. Außerdem setzten sich die Polizeikräfte erst am 19. in Marsch, um in die Bergbauregion einzudringen. Am 20. rief »Die Rote Fahne« die deutschen Arbeiter*innen auf, ihren Brüdern in Mitteldeutschland zu Hilfe zu kommen. Ein Leitartikel mit dem Titel »Wer nicht für mich ist, der ist wider mich, Ein Wort an die sozialdemokratischen und unabhängigen Arbeiter«²⁰⁸⁷ stellte den nichtkommunistischen Arbeiter*innen ein regelrechtes Ultimatum, in den kommenden Kämpfen ihre Seite zu wählen.

Die durch diese Aufrufe erzeugten Effekte scheinen jedoch nur mittelmäßig zu sein. Bereits am 18. übertrug die Zentrale die Leitung der Aktion im Bezirk Halle-Merseburg an zwei Regionalleiter. Lemke und Bowitski²⁰⁸⁸. Am 19. tritt ein Bezirkskomitee unter dem Vorsitz Fred Oelssners zusammen: die gestellte Frage ist, zu wissen, wie man es schaffen könne, die Lage »in einem revolutionären Sinne« zu nutzen²⁰⁸⁹. Am 20. setzten Hörsings Truppen ihren Vormarsch fort, und die kommunistischen Verantwortlichen suchten immer noch nach Möglichkeiten, den Kampfgeist unter den Arbeiter*innen zu wecken²⁰⁹⁰. Am 21. begann sich der Streik in den von der Polizei besetzten Bezirken auszubreiten, aber das Sekretariat der VKPD von Halle zögerte noch, bevor es schließlich beschloss, zum Generalstreik im ganzen Bezirk aufzurufen²⁰⁹¹. Am Morgen des 22. ist der Streik jedoch überhaupt nicht general: Die Ereignisse entsprachen ganz entschieden nicht den Erwartungen Bela Kuns und seiner Anhänger*innen.

Bewaffnete Kämpfe

Alles änderte sich jedoch im Laufe dieses Tages des 22. März. Zuerst kam Eberlein in Halle an und erklärte den örtlichen Leiter*innen, dass es unbedingt notwendig sei, einen Aufstand in Mitteldeutschland als erste Etappe der Revolution zu provozieren. Alle Mittel scheinen ihm gut zu sein, um die Arbeiter*innen aus ihrer Passivi-

2085 Lowenthal, a.a.O., S. 61, nach der Aussage Brandlers. Zur Orgesch, siehe Anmerkung 54 unten.

2086 Siehe hierzu B. Düwell, »Disziplin und Grundsätze«, Sowjet, Nr. 1, 1. Mai 1921, S. 17-21.

2087 »Die Rote Fahne«, 20. März 1921.

2088 Vorwärts, 25. und 26. November 1921; Die Enthüllungen zu den Märzämpfen, S. 7.

2089 Vorwärts, 25. November 1921; Die Enthüllungen, S. 10.

2090 Ebenda, S. 19.

2091 »Die Rote Fahne«, 22. März 1921; Taktik und Organisation, S. 137.

tät herauszuholen, und er geht so weit, die Organisation falscher Angriffe gegen die Kommunistische Partei und die anderen Arbeiter*innenorganisationen vorzuschlagen, oder die Entführung bekannter Führer*innen, die man der Polizei und den Reaktionen vorwerfen könnte, um so den Zorn der Massen zu erregen. Keiner dieser Projekte wurde verwirklicht, nachdem ein Versuch, eine Munitionsfabrik in Seesen zu sprengen, gescheitert war²⁰⁹². Das wirklich neue Element stellt das Betreten der Bühne durch Max Hölz dar, der am Abend des 21. März in Halle ankam²⁰⁹³. Der Held der bewaffneten Kämpfe vom März 1920 gegen die Kappisten, der nach seinen Meinungsverschiedenheiten mit Brandler wegen »Abenteurertums« aus der Kommunistischen Partei ausgeschlossen worden war, lebte im Verborgenen und beteiligte sich gelegentlich an »Enteignungsaktionen«, die von Führer*innen bewaffneter Banden wie Karl Plättner ins Leben gerufen wurden, um die KAPD und ihre Aktivitäten, ob legal oder nicht, zu finanzieren²⁰⁹⁴. Kurz vor den März-Ereignissen war er in die undurchsichtige Affäre um den Sprengstoffanschlag auf die Siegessäule in Berlin am 13. März verwickelt, die als Vorwand für eine außerordentliche Vollmachtsübertragung an den preußischen Innenminister Severing und an Hörsing diente²⁰⁹⁵. Vermutlich erst seit kurzem Mitglied der KAPD, hatte er, ohne irgendeine Parteidisziplin zu respektieren, nichts als Verachtung für das, was er die »Politiker« der VKPD nannte, und besonders für seinen Angstgegner, Brandler. Von seiner Ankunft in dieser Region, die er gut kannte, an, sprach er auf den Versammlungen der Streikenden und begann, für seine bewaffneten Gruppen zu rekrutieren²⁰⁹⁶.

Am Abend des 22. gelang es ihm, in Eisleben eine erste Keimzelle zu bilden und diese durch die Entwaffnung mehrerer Polizisten zu bewaffnen. Noch in derselben Nacht gelang ihm ein Handstreich gegen ein Waffendepot und er hatte damit die Mittel, die Freiwilligen, die sich ihm anschließen wollten, zu bewaffnen. Innerhalb von 48 Stunden gingen seine Milizen zur bewaffneten Aktion im Bergbaurevier über, führten einen Stadtguerillakrieg gegen Soldaten und Polizisten, griffen Banken an, zwangen Geschäfte zur Schließung und trugen finanziell zu ihrer Ausrüstung bei. Der Chefredakteur der Mansfelder kommunistischen Zeitung, Josef Schneider²⁰⁹⁷, unterstützte ihn, aber im Großen und Ganzen blieben die Führer*innen und Aktivist*innen der VKPD eher zurückhaltend²⁰⁹⁸, ebenso wie in Bezug auf Karl Plättner, der ebenfalls zu Beginn der Ereignisse auf den Plan trat und dessen weniger bekannte

2092 Vorwärts, 25. und 26. November 1921; Die Enthüllungen, S. 8, 16.

2093 Siehe insbesondere S. Ittershagen, »Zur Rolle von Max Hölz in den Kämpfen der mitteldeutschen Arbeiterschaft«, Die Märzkampfe, S. 105-111, sowie Hölz' eigene Version in Vom Weißen Kreuz zur Roten Fahne.

2094 Hölz, a.a.O., S. 142; zu den »Enteignungen« Plättners siehe Bock, a.a.O., S. 329-330.

2095 Hölz, a.a.O., S. 138 ff. Die ganze Angelegenheit hat den Beigeschmack einer Polizeiprovokation.

2096 Ebenda, S. 143. Siehe auch den – gegenüber Hölz sehr feindseligen – Artikel in der Freiheit vom 8. April 1921, »Die Hölziade und ihre Ursachen!.«

2097 Ebenda.

2098 Mit Ausnahme von Lemke und Bowitski, die sich praktisch in seinen Dienst stellten.

militärische Rolle vielleicht noch bedeutender war²⁰⁹⁹. Im Gegenzug beanspruchte die KAPD seine Aktionen für sich, und ihre Aktivist*innen feierten ihn als Held der direkten revolutionären Aktion²¹⁰⁰.

Das in Berlin zwischen den beiden kommunistischen Parteien unter der Ägide Bela Kuns geschlossene Abkommen für eine gemeinsame Aktion verhinderte nicht, dass es vor Ort zu einer Konkurrenz zwischen KPD und KAPD kam: Während Eberlein versuchte, seine Truppen zu mobilisieren, taten dies in der gleichen Stadt Halle zwei KAPD-Gesandte aus Berlin, Jung und Fritz Rasch²¹⁰¹. Die KAPD hatte in dieser Region, in der ein rohes, noch bäuerlich geprägtes Industrieproletariat vorherrschte, einen gewissen Einfluss: Einer ihrer wichtigsten Führer*innen, Peter Utzelman, arbeitete seit fast einem Jahr mit Arbeiter*innen von Leuna zusammen, unter denen es ihm gelungen war, eine wichtige Gewerkschaft zu gründen, die eine eigene Zeitung herausgab²¹⁰². Am 21. März wählten die mehr als 12.000 Arbeiter*innen des Riesenunternehmens ein Aktionskomitee, dessen Vorsitzender Utzelman war, der unter dem Pseudonym Kempin gewählt wurde²¹⁰³. Am 23. März wurde die Fabrik bestreikt, aber das Streikkomitee war in zwei etwa gleich große Teile gespalten, zwischen Anhänger*innen von Kempin und Anhänger*innen des VKPD-Führers Bernhard Koenen, der die »Provokationen« seines Rivalen anprangerte²¹⁰⁴. Werden die Sicherheitsdienste erbracht oder nicht? Sollten die etwa 2.000 bewaffneten Arbeiter*innen der Fabrik in der Region in die Offensive gehen oder sich damit begnügen, diese proletarische Bastion zu halten? Am Ende blieben die Milizionär*innen von Leuna, durch die sehr abenteuerlichen Ausschreitungen der Führer*innen der KAPD und ihrer Freunde in den bewaffneten Gruppen vorsichtig geworden, von den regionalen Führer*innen des Streiks abgeschnitten, bewaffnet in ihrer Fabrik, einer isolierten und letztlich lächerlichen Bastion²¹⁰⁵.

Im Rest Deutschlands vervielfachten die Aktivist*innen der beiden kommunistischen Parteien ihre Bemühungen, unter den Arbeiter*innen einen Massenprotest gegen die bürgerliche Offensive in Mitteldeutschland zu erheben²¹⁰⁶. In Berlin organisierten sie eine gemeinsame Demonstration – mit enttäuschend geringer Teil-

2099 Dies ist zumindest die Meinung Bocks, a.a.O., S. 302. Plättner operierte zwischen Halle und Bitterfeld.

2100 Bock, a.a.O., S. 297, zitiert einen Artikel aus der Kommunistischen Arbeiter Zeitung, Nr. 179 von 1921 »Der Geist von Hölz ist wach!.«

2101 Jung, Der Weg nach unten, S. 202 ff.

2102 Bock, a.a.O., S. 303.

2103 Die Märzkämpfe 1921, S. 30.

2104 Ebenda, S. 82. Laut Freiheit (Abend-Ausgabe) vom 5. April 1921 waren die Kommunist*innen in Halle, die Kempin für einen Provokateur hielten, von ihrer Zentrale beruhigt worden.

2105 Ebenda, S. 80-82.

2106 Friesland wird sich am 7. April über die von der KAPD geschaffenen Schwierigkeiten beschweren, die jederzeit vorschlug, die Aktion durch »provokatorisches Vorgehen, durch Terrorakte [...] in Gang zu bringen« (Archiv Levi, P 83/9 [inzwischen in Mappe 196 in Box 90], S. [13]-14).

nehmer*innenzahl –, auf der ihre Redner*innen die sofortige Organisation eines Generalstreiks forderten. In Hamburg besetzte am 23. März eine von Ernst Thälmann geleitete Demonstration von Arbeitslosen die Docks und wählte ein Aktionskomitee²¹⁰⁷. Am Morgen des 24. März verhängte die Regierung den Ausnahmezustand in Hamburg und Preußisch-Sachsen und erteilte dem zum Reichskommissar ernannten Hörsing Sondervollmachten zur Wiederherstellung der Ordnung. Die Zentrale der VKPD und die Zentralleitung der KAPD reagierten am 24. März, am Vorabend der Schließung der Fabriken für die Osterferien, mit einem Aufruf zum Generalstreik²¹⁰⁸.

Die Entscheidung war nicht einmütig. Einige Mitglieder der Zentrale und der Zentralleitung zeigten eine gewisse Skepsis gegenüber dem Kampfgeist der Arbeiter*innen. Friesland erwiderte, dass es dennoch die Pflicht der Kommunist*innen sei, zu kämpfen, wenn nötig auch allein²¹⁰⁹. Malzahn protestierte: Indem die Partei unter solchen Umständen die Losung des Generalstreik erteile, schneide sie sich völlig von den Massen ab. Die fünfzig Kommunist*innen, die im besten Fall den revolutionären Kern in einem Betrieb bilden, werden in der Folge sehen, wie sich die tausend Arbeitskolleg*innen, die ihnen unter anderen Umständen gefolgt wären, gegen sie erheben, wie sie es bereits getan haben²¹¹⁰. Besiegt beugte er sich und nahm die Vertrauensmission an, den Streik an der Ruhr zu organisieren²¹¹¹.

An diesem Donnerstag, dem 24. März, wollten die Kommunist*innen mit allen Mitteln, einschließlich Gewalt, versuchen, den Generalstreik auszurufen. Abteilungen von Aktivist*innen versuchten, die Fabriken überraschend zu besetzen, um denen, die sie die »Gelben« nannten, der enormen Masse der nichtkommunistischen Arbeiter*innen, den Zutritt zu verwehren. Anderswo waren es Gruppen von Arbeitslosen, die Arbeiter*innen bei der Arbeit oder auf dem Weg zur Arbeit angriffen²¹¹². Zwischenfälle fanden in Berlin, in mehreren Großbetrieben, an der Ruhr und in Hamburg statt, wo arbeitslose Arbeiter*innen und Hafendarbeiter*innen, die die Docks besetzt hatten, nach einer heftigen Schießerei verjagt wurden²¹¹³. Die Gesamtbilanz war dünn: 200.000 Streikende nach Ansicht der Pessimist*innen²¹¹⁴, eine halbe

2107 Ebenda, S. 57.

2108 Ebenda, S. 138-141; »Die Rote Fahne«, 24. März 1921.

2109 Protokoll des III..., S. 553.

2110 Ebenda, S. 553-554.

2111 Ebenda, S. 556.

2112 Die Freiheit veröffentlichte am 22. März 1921 den Text eines Flugblattes der Hamburger KPD, das ein veritables Ultimatum zur Entwaffnung der Orgesch (Organisation Escherich), einer aus den Freikorps hervorgegangenen rechtsterroristischen Organisation, stellte: »Die Arbeitslosen werden aufgefordert, die Betriebe zu besetzen. Die Arbeiter sollen sich Waffen verschaffen, wo sie können, und die Orgesch entwaffnen, wo es möglich ist.« [Abend-Ausgabe, S. 3, Spalte 1, »Gewissenlose Hetze.« Dort ist zwar davon die Rede, die Hamburger KPD habe diese Parole ausgegeben, ob es in Form eines Flugblatts geschah, wird dort nicht erwähnt]

2113 Die Märzkämpfe, S. 58-59.

2114 Protokoll des III... (Malzahn), S. 251.

Million nach Ansicht der Optimist*innen²¹¹⁵. Manche Misserfolge waren bitter, wie der Sült, der es nicht schaffte, seine Kolleg*innen in den Kraftwerken zu überzeugen²¹¹⁶. Die gemeinsame Demonstration der beiden kommunistischen Parteien, der VKPD und der KAPD, versammelte nicht einmal 4.000 Menschen im Lustgarten²¹¹⁷, während die VKPD bei den Wahlen einige Wochen zuvor 200.000 Stimmen erhalten hatte. Der Streik war in Berlin praktisch nicht vorhanden²¹¹⁸.

So konnte Verstärkung von überall her in die Mansfelder Region einströmen. Am 28. wurden die Leuna-Werke bombardiert; die Arbeiter*innen, die sie hielten, ergaben sich am Morgen des 29.²¹¹⁹. Max Hölz zerstreute in einer letzten Anstrengung seine Leute in kleine Abteilungen. Trotz der Befehle der Zentrale gaben die kommunistischen Führer*innen an der Ruhr das Signal zur Wiederaufnahme der Arbeit²¹²⁰. Am 30. besteht Franken, der die Ruhr vertrat, im Zentralkomitee darauf, dass die Losung zur Wiederaufnahme der Arbeit sofort erteilt wird. Brandler, Thalheimer, Stoecker, Heckert lehnten sich an diese Lösung an, aber Eberlein bestand darauf, dass ein Versuch zum »Durchhalten« gemacht werde, und gewann²¹²¹. Erst am 1. April gab ein Aufruf aus der Zentrale den Befehl, einen Streik und eine Aktion zu beenden, die schon lange aussichtslos war²¹²². Am Tag zuvor war der verhaftete Wilhelm Sült wegen »Fluchtversuchs« im Gebäude des Polizeipräsidiiums selbst erschossen worden²¹²³. Seine Beerdigung am 6. April war der Anlass für die einzige Massendemonstration des Berliner Proletariats in dieser Zeit: der Mann, dessen Initiativen entscheidend für den Erfolg des Generalstreiks gegen die Kappisten in Berlin gewesen waren, versammelte nach seiner Ermordung die Schar der Kolleg*innen, die ihm während des von der VKPD begonnenen Generalstreiks zum ersten Mal nicht gefolgt waren²¹²⁴.

Am 30. März hatte die Prawda unter der Überschrift »Die deutsche Revolution« das deutsche Proletariat begrüßt, das, wie sie schrieb, sich »*in den Kampf, unter der Losung des Bündnisses mit Sowjetrussland unter der Führung der Kommunisten [stürzt], um der Sowjetmacht zu helfen.*« Sie feierte »*eine Kombination von Streik mit bewaffneten Aufständen, d.h. die höchste Form des Kampfes, die das Proletariat kennt, und freute sich: »das deutsche Proletariat [...] tritt [...] zum ersten Male auf mit einer*

2115 Ebenda (Sinowjew), S. 184.

2116 »Die Rote Fahne«, 7. April 1921.

2117 »Einige Hundert«, so die Freiheit, 27. März 1921; die Freilassung Frieslands, dessen Verhaftung einer der Gründe für die Demonstration war, trug zweifellos zu diesem Misserfolg bei.

2118 Friesland bestätigte dies am 7. April (Nachlass Paul Levi, P 83/9 [Mappe 196 in Box 90], S. 14).

2119 Die Märzkämpfe, S. 102.

2120 Hölz, a.a.O., S. 162.

2121 Protokoll des III.. (Neumann), S. 584. Neumann erwähnt Eberlein nicht, aber Thalheimer bestreitet in seiner Antwort (ebenda, S. 595), dass die Zentrale von Eberlein »terrorisiert« wurde.

2122 »Die Rote Fahne«, 4. April 1921.

2123 Ebenda, 1. April 1921.

2124 Freiheit, 7. April 1921; »Die Rote Fahne«, 7. April 1921.

kommunistischen Partei von einer halben Million Mann *als Führerin im Kampfe.*«²¹²⁵ Wenige Tage später fragte sich Steklow in der »Iswestija« bereits, ob die deutschen Kommunist*innen, indem sie sich voreilig auf den Angriff auf die Macht stürzten, nicht die Verantwortung für eine schwere Niederlage trugen²¹²⁶. Die Aktion war vorbei. Die Debatten begannen.

2125 Prawda, 30. März 1921. [Hier zitiert nach »Die Rote Fahne«, 9. April 1921, Morgen-Ausgabe, S. 2, Sp. 2, »Die ›Prawda‹ über die Märzaktion«]

2126 »Iswestija«, 4. April 1921.

Kapitel XXVI: Nachwehen der Niederlage

Die Nachwehen der Märzaktion zeigen das Ausmaß der Katastrophe, die ihre Führer*innen der deutschen Partei selbst zugefügt haben. Sie war nicht in der Lage, ihre eigenen Aktivist*innen zum Handeln zu bewegen. Einige bezogen öffentlich Stellung gegen den Streik. Viele von ihnen schlugen in den folgenden Tagen die Türen zu oder traten ohne Lärm aus: In wenigen Wochen verlor die Partei 200.000 Mitglieder²¹²⁷. Außerdem nahm die Repression zu: Die Zeitungen wurden verboten oder suspendiert, die Aktivist*innen wurden verhaftet – manchmal für ein paar Stunden oder ein paar Tage, aber oft angeklagt und für viele Monate inhaftiert. Die Ausnahmegerichte machten das Maß voll: Anfang Juni zählt man für die Streikenden oder die Märzkämpfer, die noch lange nicht alle verurteilt worden waren, bereits vierhundert zu etwa fünfzehnhundert Jahren Freiheitsstrafe Verurteilte, fünfhundert zu achthundert Jahren Gefängnis, acht zu lebenslanger Haft und vier zum Tode²¹²⁸. Brandler, der Parteivorsitzende selbst, wurde wegen »Hochverrats« zu fünf Jahren Freiheitsstrafe verurteilt²¹²⁹. Zehntausende von Streikenden wurden entlassen und auf die schwarzen Listen der Unternehmer*innen gesetzt. In vielen Fabriken und Ortschaften wurden zudem die Verbindungen zwischen dem kommunistischen Kern, der nun isoliert

2127 Siehe Kapitel XXXII. Anfang März gab es etwa 350.000 Mitglieder, und im Jahr 1922 wird bekannt, dass im August 1921 nur 150.000 Beiträge gezahlt wurden.

2128 »Die Rote Fahne«, 9. Juni 1921. Seit sechs Wochen veröffentlicht das Organ der KPD regelmäßig eine »Bilanz.« Knittel, in Die Märzkämpfe 1921, gibt einfach die Zahl zweitausendfünfhundert Jahre Gefängnis an.

2129 »Die Rote Fahne«, 7. Juni 1921. Siehe auch Der Hochverratsprozess gegen Heinrich Brandler vor dem außerordentlichen Gericht am 6. Juni 1921 in Berlin. Ruth Fischer (a.a.O., S. 216 [deutsche Ausgabe, S. 262]) platziert diesen Prozess, für den sie das richtige Datum gibt, fälschlicherweise nach dem Kapp-Putsch. Sie weist darauf hin, dass er sich »mehr mit juristischen als politischen Argumenten verteidigt« habe. Tatsächlich übernimmt Brandler vor den Richtern die Verantwortung für alle von der Zentrale getroffenen Entscheidungen, was natürlich bedeutete, dass er jeden Putschversuch auf Seiten seiner Partei vehement bestritt: ein im Wesentlichen defensives Verhalten. Die Leute der Linken würden ihn dafür rügen, vor Gericht bekräftigt zu haben, der Kampf für die Diktatur des Proletariats könne im Rahmen der Weimarer Verfassung geführt werden. In einem Brief vom 17. Juni an die Zentrale (Sowjet, Nr. 6, 1921, S. 172-174) begründete Brandler seine Haltung mit der Notwendigkeit, keine Argumente für staatliche Repressionen zu liefern und damit die Aktivist*innen zu schützen: Er bestand darauf, dass sein Anwalt Weinberg ihm die Zusicherung gegeben hatte, die er von Pieck und Thalheimer erhalten hatte, dass die Zentrale mit dieser Art der Verteidigung einverstanden sei. Laut Vera Mujbegović (a.a.O., S. 280), die das Protokoll der Zentrale-Versammlung vom 15. Juli 1921 (I.M.L.-Z.P.A. 3/1, S. 55) zitiert, beschloss diese, nicht als solche zu Brandlers Verhalten Stellung zu nehmen, sondern denjenigen ihrer Mitglieder, die dies wünschten, zu gestatten, ihre Kritik auf eigene Verantwortung öffentlich in der Parteipresse zu äußern. Dies war eines der ersten Anzeichen für das Auseinanderbrechen der Koalition im Märzlager.

und schwer getroffen war, und den Arbeiter*innen, die er zu beeinflussen begonnen hatte, unterbrochen²¹³⁰.

Zu diesem Zeitpunkt waren die Verantwortlichkeiten noch nicht klar ersichtlich. Viele Aktivist*innen wissen, dass der Zentralausschuss am 17. März erst wirklich über eine mögliche Antwort auf die Hörsing-Offensive im Mansfelder Land entschieden hatte. Noch heute halten ostdeutsche Historiker*innen fast ausschließlich an der Version einer rein defensiven Reaktion der mitteldeutschen Arbeiter*innen auf eine Provokation der Behörden fest²¹³¹. Dies war zumindest die erste Version, die sofort propagiert wurde, als die Niederlage klar erkennbar wurde. Bereits am 7. April behauptete Friesland auf einer Versammlung verantwortlicher Aktivist*innen in Berlin, dass die Partei gegen diese Offensive zurückschlagen müsse, dass aber die Kämpfe in Mitteldeutschland gegen den Willen und sogar die Anweisungen der Zentrale ausgebrochen seien:

»Und wir waren auch in Berlin der Auffassung, dass der bewaffnete Aufstand nur die Folge sein kann einer Bewegung des Proletariats selbst, dass der Generalstreik, wenn er zu einer wirklichen Massenbewegung geworden ist, sich steigern kann zum bewaffneten Kampf, dass wir aber erst versuchen müssen, das Proletariat in Auseinandersetzung mit den Unternehmertum hinein zu bringen.«²¹³²

Unmittelbar nach dem Scheitern der Aktion erklären die von den Mansfelder Kommunist*innen begangenen »Fehler«, einige in der Roten Fahne begangene Ungeschicklichkeiten und Ausdrucksfehler, die »Komplikationen«, die von der KAPD in die Durchführung der Aktion eingebracht wurden, die immer bereit war, Terrorismus und Provokation einzusetzen, um um jeden Preis einen Generalstreik und Aufstand auszulösen, nach Ansicht dieses Sprechers der Zentrale die Tatsache, dass eine richtige Politik so verhängnisvolle Früchte trug. Er erklärte vor den Aktivist*innen:

»Und ich sage wieder, das ist ein Misserfolg, den die Partei zu verzeichnen hat, aber (...) Schuld ist das Versagen der Arbeitermassen, die die Situation nicht verstanden und nicht begriffen und nicht die Antwort gegeben haben, die sie hätten geben müssen.«²¹³³

Levis Gegenangriff

Aber Levi sah das nicht so. In den entscheidenden Märztagen war er nicht in Deutschland: Am Vorabend der Aktion war er nach einer hitzigen Diskussion mit

2130 H. Malzahn, »Die Märzaktion und unsere Gewerkschaftsarbeit« Unser Weg (Sowjet), Nr. 2, 15. Mai 1921, S. 35-38.

2131 Siehe insbesondere Die Märzkämpfe, 1921.

2132 »Funktionärsitzung der V.K.P. am 7. April 1921 in Kliems Festsälen, Hasenheide.« Nachlass Paul Levi P 83/9, Blatt 11. [Mappe 196 in Box 90]

2133 Ebenda, S. 17.

Bela Kun nach Italien abgereist, da er, wie er sagte, die Versicherung hatte, dass vor Ostern nichts Wichtiges passieren könne. Erst in Wien erfuhr er von den Ereignissen und konnte so das Ausmaß der katastrophalen Wendung ermessen, die im Gefolge seines Rücktritts und dem seiner politischen Freund*innen eintrat. Über seine erste Reaktion wird Clara Zetkin zu Lenin und Trotzki sagen:

»Die unglückselige ›Märzaktion‹ hat ihn aufs Tiefste erschüttert. Er glaubte fest, sie habe leichtfertig die Existenz der Partei aufs Spiel gesetzt und vertan, wofür Karl, Rosa, Leo und so viele ihr Leben gegeben. Er hat geweint, buchstäblich geweint vor Schmerz bei dem Gedanken, dass die Partei verloren sei. Ihre Rettung hielt er nur bei Anwendung der stärksten Mittel für möglich.«²¹³⁴

Er kam in voller Hast zurück, um zu sehen, dass Bela Kuns Theorien Gestalt angenommen hatten und dass die neue Leitung die Partei unter dem Vorwand, sie in »die Offensive zu treiben«, in die Katastrophe geführt hatte. Sein erster Reflex war, am 27. März an Lenin zu schreiben. Er erinnerte ihn daran, wie froh er selbst sei, dass er keine verantwortungsvolle Position an der Spitze der Partei mehr inne habe und versicherte ihm, dass seine derzeitige Haltung nichts damit zu tun habe, dass nun andere an der Spitze stünden.

»Die Leitung aber, die jetzt die Partei hat, die, das glaube ich mit Bestimmtheit sagen zu können, führt in einem Zeitraum von sechs Monaten längstens zum völligen Zusammenbruch der Kommunistischen Partei, und diese Tatsache veranlasst mich und der ganze Ernst, mit dem ich hiernach die Situation sehe, drängt dazu, mich an Sie zu wenden.«²¹³⁵

Dann berichtete er Lenin, was seit der Ankunft Bela Kuns, »einem Genossen der KI«, geschehen war²¹³⁶, und berichtet ihm von dessen Gesprächen mit Clara Zetkin und ihm selbst:

»Der Genosse erklärte: Russland befinde sich in einer außerordentlich schwierigen Situation. Es sei unbedingt erforderlich, dass Russland durch Bewegungen im Westen entlastet würde, und aus diesem Grund müsse die deutsche Partei sofort in Aktion treten. Die VKPD zählte jetzt 500.000 Mitglieder, mit diesen könne man 1.500.000 Proletarier auf die Beine bringen, was genügt, um die Regierung zu stürzen.«²¹³⁷

2134 C. Zetkin, Souvenirs ..., S. 43. [Ausgabe 1929, S. 33, Ausgabe 1985, S. 42 f., Ausgewählte Reden und Schriften III, S 114]

2135 Nachlass Paul Levi. P 55/4 [Mappe 197, Box 90], Zwischen Spartakus und Sozialdemokratie, S. 37. [Nachdruck in »Ohne einen Tropfen ...« I/3, S. 579-585, hier S. 579]

2136 Ch. Beradt gibt in einer Anmerkung fälschlicherweise an, dass es sich um ... Rákosi handelt (Zwischen Spartakus und Sozialdemokratie, S. 37, Fn. 1)!

2137 Ebenda, S. 38. [a.a.O., S. 580]

Dann schildert er Lenin die Weise, wie sich die März-Ereignisse abspielten, wobei er darauf besteht, dass die durchgeführten Aktionen nicht von Teilen des Proletariats, sondern »private Aktionen«, »Parteiaktionen« waren, was dazu führte, dass die Kommunist*innen gegen die Mehrheit der anderen Proletarier gestellt, isoliert und die Autorität der Agent*innen der Bourgeoisie in der Arbeiter*innenbewegung gestärkt wurde. Er schließt mit einem Appell an Lenins Autorität:

»Indem ich so die Lage der Kommunistischen Partei für nicht nur schwierig, sondern unter Umständen für verhängnisvoll halte, und indem ich eine Lebensgefahr für die Partei sehe, wende ich mich an Sie persönlich, von dem ich nicht weiß, inwieweit Sie mit Einzelheiten der Politik der Kommunistischen Internationale vertraut sind, mit der Bitte, Ihrerseits die Situation zu überlegen und eventuell entsprechend zu handeln. Ich persönlich denke nicht daran, mich dieser Politik der Kommunistischen Internationale in Deutschland entgegenzustellen. Ich habe bereits dem Vertreter der Exekutive, dem ich meinen Standpunkt darlegte, gesagt, dass ich nichts tun werde, was diese Aktion hemmen wird, denn nach den Vorgängen der letzten Zeit bin ich mir nur zu sehr bewusst, dass man nicht ungern diese meine Bedenken hören würde, um mich auch an Hand dessen zum Opportunisten zu stempeln. Ich habe daher, abgesehen von der letzten Unterredung mit dem Vertreter der Exekutive, gegen die Politik der Exekutive keine Schritte getan und sehe jetzt nur die Folgen. Ich werde auch jetzt nicht weiter gehen, als etwa eine Broschüre zu schreiben, in der ich meine Auffassung darlege, aber weder bei den in Betracht kommenden Instanzen in Deutschland noch der Exekutive Vorstellungen erheben. Die Genossen, die die Verantwortung tragen, sollen sich durch mich nicht gehemmt fühlen. Aber ich möchte in diesen Tagen und Wochen, die für die deutsche Partei entscheidend sein werden, auch nichts unterlassen haben, und das ist der Grund, weswegen ich mich an Sie wende und Sie bitte, ev. falls Sie meinen Erwägungen zustimmen, auch nur teilweise, das Ihnen geeignet Erscheinende zu unternehmen.«²¹³⁸

Aber die Ereignisse beschleunigten sich, und am 2. und 3. April begann Levi, die Broschüre zu schreiben, von der er sagte, er denke über sie nach. Er legte sie Clara Zetkin vor, die sie »schlechtweg vorzüglich«²¹³⁹ fand, und versuchte dann zweimal, vom Zentralausschuss gehört zu werden, der sich weigerte, ihn anzuhören²¹⁴⁰. Am 7. April tat er in einer Versammlung der Kader in Berlin genau das, von dem er Lenin geschrieben hatte, dass er es nicht tun würde, und sprach eine erste Anklage gegen die von der Exekutive inspirierte Politik der Zentrale aus²¹⁴¹.

²¹³⁸ Ebenda, S. 43-44.

²¹³⁹ Ch. Beradt, a.a.O., S. 49.

²¹⁴⁰ Ebenda, Nachlass Paul Levi, P. 113/6 .

²¹⁴¹ Protokoll der Debatte. Nachlass Paul Levi, P. 83/9 [Mappe 196 in Box 90]

Für ihn geht es bei dem Urteil über die Märzaktion nicht nur um das Schicksal des Kommunismus in Deutschland, sondern um das der gesamten Internationale:

Die »ganze Aktion [war] vom kommunistischen Standpunkt aus eine Unmöglichkeit.«²¹⁴²

Die politischen Positionen, die während der Debatten über die italienische Spaltung aufeinandergeprallt waren, manifestierten sich nun, mit all ihren konkreten Konsequenzen und ihrer Tragweite: seine eigene, von der Zentrale abgelehnte, »*die auf dem Standpunkt stand, Aktionen können nicht von der Kommunistischen Partei gemacht werden, Aktionen können nur gemacht werden vom Proletariat*«, und die andere, die sich leider durchsetzte, »*dass die Kommunistische Partei Aktionen auf Grund ihrer eigenen Kraft unternehmen könne.*«²¹⁴³ Dies sei seiner Meinung nach in der Tat die Auffassung gewesen, die die Interventionen im Zentralaussschuss von Männern wie Paul Frölich und Brandler in der Nachfolge von Radek inspiriert habe, die vor allem in dem am 18. März veröffentlichten Aufruf der Zentrale zum Ausdruck gekommen sei, einem echten Aufruf zu den Waffen:

»Ein jeder Arbeiter pfeift auf das Gesetz und erwirbt sich eine Waffe, wo er sie findet.«²¹⁴⁴

Denn zu diesem Zeitpunkt, unterstreicht er, gab es in Mitteldeutschland noch keine Kämpfe; sie brachen erst nach der täglichen Wiederholung solcher Aufrufe aus, deren Einfluss entscheidend gewesen sei:

»Ich sage, das, was im Mansfeldischen geschah war die notwendige Konsequenz dessen, was in Berlin gespielt worden war.«²¹⁴⁵

Indem er den berühmten Satz aus dem »Kommunistischen Manifest«, wonach Kommunist*innen kein von den Arbeiter*innen getrenntes Interesse haben, mit dem Bakunin-Zitat im Titel des Leitartikels der Roten Fahne vom 20. März kontrastiert, wirft er der Parteiführung vor, diese typisch anarchistische Auffassung übernommen zu haben, wonach man die Revolution »*machen*« könne, einfach weil man eine »*Organisation [hat], die aufgebaut ist auf die denkbar höchste Ergebenheit, Hingabe, Opferfreudigkeit der Mitglieder und auf Grund eines radikalen Beschlusses der Führer.*« Er stellt dieser Auffassung die marxistische Auffassung entgegen, »*dass keine Partei, mag eine kommunistische Partei noch so groß sein, die Möglichkeit hat, über die Köpfe der*

2142 Ebenda, f. 21.

2143 Ebenda, f. 22 [f.].

2144 »Die Rote Fahne«, 18. März 1921. [»Klare Antwort«, Morgen-Ausgabe, 1. Beilage, S. 1, Spalte 1-2. Allerdings behandelte der Artikel die Weigerung, der Gegenrevolution, sich entwaffnen zu lassen, und rief dazu auf, sich ebenfalls zu bewaffnen, noch nicht dazu, diese Waffen unmittelbar einzusetzen.]

2145 P. 83/9 [inzwischen in Mappe 196 in Box 90], Blatt 26.

übrigen Proletarier hinweg die Revolution zu machen.«²¹⁴⁶ Die deutschen Führer*innen kehrten ebenso der spartakistischen wie der bolschewistischen Tradition den Rücken, als sie, wie Friesland soeben eingeräumt hat, die Arbeitslosen in den Angriff auf die Fabriken führten:

»Und nun kam noch ein weiterer Gedanke, der Gedanke, Revolution zu machen der Minderheit des Proletariats gegen die Mehrheit des Proletariats. (...) Und nun, Genossen, kommt ein weiterer und verhängnisvoller Gedanke, der zugrunde lag, das war der: man könne auch die Streiks machen gegen die Mehrheit des Proletariats.«²¹⁴⁷

Das Ergebnis dieser Politik, die er für wahnsinnig hält, war eine Niederlage, deren Bedeutung weder im Ausmaß der Repression noch im gesteigerten Hass auf die Bourgeoisie liegt, sondern in der Tatsache, »dass eine Mauer des Misstrauens aufgerichtet ist zwischen der Mehrheit des Proletariats« und den Kommunisten²¹⁴⁸.

Dieses Ergebnis ist ihm nach umso nachteiliger für die Aktion und die Entwicklung des Einflusses der Kommunist*innen, als sich das Gleichgewicht der Kräfte im Weltmaßstab seit dem vorigen Jahr umgekehrt hat: die faschistische Offensive in Italien gegen die Arbeiter*innenorganisationen, der Einsatz der Truppen in Großbritannien gegen die streikenden Bergarbeiter*innen sind Beispiele für diese von nun an wichtige Tatsache, die überall von der Konterrevolution entfesselte Gegenoffensive.

»Unser Weg«

Der Zentralaussschuss kommt heimlich am 6. und 7. April zusammen. Er weigerte sich, Levi zu hören, wie es Clara Zetkin von ihm gefordert hatte, die ebenfalls einen Antrag einbrachte, der die Zentrale tadelte und die Einberufung eines außerordentlichen Parteitags forderte, der mit 43 zu 6 Stimmen und 3 Enthaltungen abgelehnt wurde²¹⁴⁹. Andererseits nahm es mit 26 zu 4 Stimmen eine weitere Resolution an, die die Märzaktion mit der Notwendigkeit einer offensiven Taktik rechtfertigte und die Verantwortung für die Niederlage auf den »Verrat« der Sozialdemokratie und die »Passivität« der Arbeiter*innenklasse zurückwies. Sie endet mit einem Aufruf zur Stärkung der Disziplin:

»Der Zentralaussschuss billigt [...] die politische und taktische Haltung der Zentrale und verurteilt aufs Schärfste die **passive und aktive Gegnerschaft einzelner Genossen während der Aktion** und fordert die Zentrale auf, die Organisation auf die

2146 Ebenda, Blatt 30. [Der Titel lautete »Wer nicht für mich ist, der ist wider mich!«]

2147 Ebenda, Blatt 33 [f.]

2148 Ebenda, Blatt 35.

2149 Text des von Clara Zetkin vorgelegten Antrags in »Die Rote Fahne«, 30. April 1921, und Unser Weg (Sowjet), Nr. 1, 1. Mai 1921, S. 4-10.

größte Kampfkraft einzustellen und alle dazu erforderlichen Maßregeln durchzuführen.«²¹⁵⁰

Die erste Sanktion traf Max Sievers, ein Mitglied des Zentralaussschusses und der Zentrale, der wegen Disziplinlosigkeit aus beiden Gremien ausgeschlossen wurde. Es ist klar, dass weitere Köpfe rollen werden.

Am 12. April kam Levis Broschüre »Unser Weg – Wider den Putschismus« aus der Presse²¹⁵¹. Sie stellt gleichzeitig mit einer leidenschaftlichen Anklage gegen die Märzaktion und die Konzeption, die sie inspirierte, ein Exposé von Levis allgemeinen Vorstellungen über die Revolution und die Rolle einer kommunistischen Partei in einem fortgeschrittenen Land dar.

Für ihn steht im Zentrum des den deutschen Kommunist*innen brutal gestellten Problems die Frage nach dem Rhythmus der Revolution. Levi, der die »objektiven Bedingungen«, von denen die Existenz der Kommunistischen Internationale nicht die geringste ist, als gegeben ansieht, schlägt vor, die »subjektiven Bedingungen« zu untersuchen. Er unterstreicht, ohne darauf einzugehen, dass die deutsche Bourgeoisie jetzt aus ihrer Nachkriegskrise herausgekommen ist und sich ausreichend konsolidieren konnte, um zum Gegenangriff übergehen zu können. Das Wichtige ist für den Moment die Position des Proletariats im Klassenkampf. Zweifellos hat sie sich verbessert, insbesondere mit der Gründung der VKPD, aber die Existenz einer Partei mit einer halben Million Mitglieder löst nicht das grundlegende Problem, nämlich die Eroberung der Massen für die Eroberung der Macht.

Unter diesem Gesichtspunkt wäre es gefährlich, die erzielten Ergebnisse zu überschätzen. Nicht nur, dass die kommunistische Partei noch nicht in der Lage war, die Mittelklassen zu erreichen, um sie hinter dem Proletariat zu gruppieren, sondern sie stellt selbst nur eine Minderheit innerhalb des Proletariats dar. Ohne irgendwelche Wahlillusionen zu nähren und unter Zurückweisung des alten sozialdemokratischen Arguments über die 51% der Stimmen, die notwendig seien, um den Kampf um die Macht zu beginnen, ist Levi der Ansicht, dass die Wahlergebnisse, wie es Lenin geschrieben hat, ein ausgezeichnetes »Thermometer« darstellen können, um die Temperatur der Massen zu messen. Die Zahlen sind klar: 20 Prozent der Arbeiter*innen, die bewusst genug sind, ihre Stimme einer Arbeiter*innenpartei zu geben, wählen kommunistisch. Die Untersuchung der Gewerkschaftsmitgliedschaft zeigt die gleiche Beobachtung: die 500.000 Kommunist*innen der VKPD stellen ein Sechzehntel der in den Gewerkschaften organisierten Arbeiter*innen. Die Kommunist*innen sind also weit davon entfernt, die Mehrheit innerhalb der

2150 »Die Rote Fahne«, 9. April 1921. [tats. 10. April 1921, Morgen-Ausgabe, S. 1, Sp. 2 – S. 2, Sp. 1, hier S. 2, Sp. 1, »Leitsätze über die Märzaktion«]

2151 Nach Radek (Soll die VKPD., S. 108) am 3. April und nach Levi selbst vor dem ZA am 4. Mai (Was ist das Verbrechen?, S. 31) am 8. April dem Drucker übergeben, nachdem der ZA sich wiederholt geweigert hatte, sie entgegenzunehmen.

Arbeiter*innenklasse zu bilden. Allein diese Tatsache würde ausreichen, um jede Aktion zur Machtübernahme als verfrüht zu verurteilen. Aber es ist notwendig, noch weiter zu gehen, indem man sich von der bolschewistischen Erfahrung inspirieren lässt. In seiner Broschüre »Werden die Bolschewiki die Staatsmacht behaupten« schrieb Lenin:

»Hat die revolutionäre Partei nicht die Mehrheit in den Vortrupps der revolutionären Klassen und im Lande, so kann von einem Aufstand keine Rede sein. Außerdem sind für einen Aufstand erforderlich: 1. das Anwachsen der Revolution im gesamt-nationalen Maßstab; 2. der völlige moralische und politische Zusammenbruch der alten Regierung, zum Beispiel der ›Koalitions‹regierung; 3. große Schwankungen im Lager aller Zwischenelemente, d.h. derjenigen, die nicht völlig für die Regierung sind, obgleich sie gestern noch völlig für sie waren.«²¹⁵²

Keine dieser zusätzlichen Bedingungen existiere im heutigen Deutschland. Die Bolschewiki kontrollierten am Vorabend der Machteroberung mindestens die Hälfte der Armee, während der Einfluss der deutschen Kommunist*innen in der Armee gleich Null ist; die Bolschewiki beherrschten die Sowjets aller industriellen Zentren, während die deutschen Kommunist*innen im Proletariat nur in jenem Mitteldeutschland in der Mehrheit waren, wo gerade ihre Lage zusammenbricht.

In einem solchen Kräfteverhältnis ist es natürlich die Pflicht der Kommunist*innen, auf die Schaffung einer revolutionären Lage hinzuwirken, die es ihnen ermöglicht, die Eroberung der Mehrheit zu beschleunigen:

»Die Auffassung haben auch wir immer vertreten: Eine politische Partei kann und eine kommunistische Partei muss durch Klarheit und Entschiedenheit des Auftretens, durch Schärfe und Kühnheit der Agitation und Propaganda, durch geistigen und organisatorischen Einfluss, den sie auf die Massen gewinnt: kurz, sie muss durch politische Mittel Kampfsituationen schaffen.«²¹⁵³

Nun ist es genau diese Methode, diese Tradition, diese marxistische Konzeption des politischen Kampfes, die diejenigen, die die Notwendigkeit eines »*Bruchs mit der Vergangenheit*«, eines »*Ausstiegs aus der Passivität*« und einer »*rein propagandistischen Aktion*« proklamieren, seit Monaten angreifen. Die Märzaktion hat laut Levi gezeigt, was die von ihnen propagierte Neuheit in Wirklichkeit ist:

»Das Neuartige, das den Bruch mit der Vergangenheit der KPD allerdings bedeutet, ist die Auffassung, man könne diese Kampfsituation auch schaffen durch unpolitische Mittel, durch Polizeispitzelmanieren, durch Provokation.«²¹⁵⁴

2152 Œuvres, Bd. XXVI, S. 131. [auf Deutsch in Lenin, Werke, Band 26, S. 69-121, hier S. 119]

2153 Unser Weg, S. 33. [Nachdruck in »Ohne einen Tropfen ...« 1/3, S. 586-633, hier S. 607 f.]

2154 Ebenda, S. 33. [a.a.O., S. 607]

Mit Hilfe von anonymen Zitaten von Mitgliedern der Zentrale in der Sitzung vom 17. und 18. März und Auszügen aus der »Roten Fahne« unternimmt er, nachzuweisen, wie diese Philosophie der Offensive die Zentrale dazu brachte, die Arbeitslosen gegen die anderen Arbeiter*innen aufzuhetzen, die Kommunist*innen, auch wenn sie in ihren Betrieben in der Minderheit waren, zum Streik und damit zur Arbeitslosigkeit zu zwingen, sie von ihren Arbeitskolleg*innen zu isolieren, bewusst auf den erlangten Einfluss zu verzichten und so die Betriebe dem Einfluss der Bürokrat*innen zu überlassen. Für ihn ist die Krise, die die Partei erschüttert, nicht anders zu erklären: Man führt eine Massenpartei nicht, wie Ludendorff die kaiserliche Armee führte, man kann die Arbeiter*innenaktivist*innen nicht führen, ohne zu berücksichtigen, was sie fühlen, jene Gefühle, die sie mit der Mehrheit ihrer Klasse teilen, die Verbindungen, die sie mit dem Rest der Arbeiter*innen, mit denen sie leben und kämpfen, vereinen. Das Ergebnis war die Märzaktion: *»der größte Bakunisten-Putsch der bisherigen Geschichte.«*²¹⁵⁵

Aber die deutsche Zentrale ist nicht allein für diese verhängnisvolle Politik verantwortlich: Levi nimmt, ohne ihn zu nennen, Bela Kun ins Visier, den er für den Initiator der Aktion hält:

*»Der erste Anstoß zu dieser Aktion kam nicht aus der deutschen Partei. Wir wissen nicht, wer dafür die Verantwortung trägt. Der Fall war schon häufiger, dass Abgesandte des Exekutivkomitees über ihre Vollmacht hinausgingen, d.h. dass sich nachträglich ergab, die Abgesandten hätten zu dem oder jenem keine Vollmachten gehabt. (...) Es lag also ein gewisser starker Einfluss auf die Zentrale vor, jetzt, sofort und um jeden Preis in die Aktion einzutreten.«*²¹⁵⁶

Es ist daher notwendig, das Problem der Beziehung zwischen der Partei und der Exekutive der Internationale anzusprechen:

*»Nicht nur weil eine so katastrophale Niederlage der VKPD auch die Kommunistische Internationale trifft, sondern weil, ohne dass auf Einzelheiten eingegangen werden kann, das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale mindestens ein Teil der Schuld trifft.«*²¹⁵⁷

Levi erinnert an die materiellen Schwierigkeiten, die die Verbindungen mit Moskau behinderten: Die Exekutive ist faktisch von Westeuropa abgeschnitten. Eine der Ursachen der gegenwärtigen Krise liegt in der Lösung, die zur Überwindung dieser Schwierigkeiten gewählt wurde: die Entsendung von Vertrauensleuten durch die Exekutive zu den nationalen Parteien, die diese kontrollieren sollen. Es ist verständlich, dass diese Leute nicht aus den Besten, den russischen Parteikadern, die in Russland

2155 Ebenda, S. 39. [a.a.O., S. 615]

2156 Ebenda, S. 29. [a.a.O., S. 604]

2157 Ebenda, S. 51. [a.a.O., S. 626]

selbst nicht zu ersetzen sind, ausgewählt werden. Aber die Leute, über die sie verfügt und die sie einsetzt – die mitteleuropäischen Emigrant*innen – sind im besten Falle Mittelmaß. Um Bela Kun zu bezeichnen, spricht Levi vom »Turkestaner«: Die oft missverständliche Anspielung ist für diejenigen klar, die wissen, dass Lenin Bela Kun nach Turkestan schicken ließ, weil er ihm sein Verhalten bei der Kapitulation der Wrangel-Armee vorwarf. Der ungarische Führer kam erst aus seiner Ungnade heraus, um auf eine Mission nach Deutschland geschickt zu werden. Unter Hinweis auf Rákosis Äußerungen in Berlin über die Notwendigkeit weiterer Spaltungen in allen großen KPen nach Livorno weist Levi darauf hin, dass sie von Radek in einem noch unveröffentlichten Artikel mit der Behauptung dementiert wurden, Rákosi habe dort nur »als Privatperson« gesprochen. Er kommentiert:

»Das ist ein leichtfertiges Spiel, das hier getrieben wird; die Methode, unverantwortliche Personen hinauszusenden, die man nachher je nach Bedarf approbieren oder desavouieren kann, ist gewiss sehr bequem, doch selbst wenn sie durch lange Parteitradiation geheiligt ist, ist sie für die III. Internationale verhängnisvoll.«²¹⁵⁸

Gerade die Stellung der Delegierten der Exekutive gegenüber den nationalen Parteien ist ein Hindernis für die notwendige wirkliche politische Zentralisierung:

»Sie arbeiten nie mit, immer hinter und häufig gegen die Zentrale des einzelnen Landes. Sie finden in Moskau Glauben, die anderen nicht. Das ist ein System, das alles Vertrauen zu gegenseitiger Arbeit auf beiden Seiten, bei der Exekutive wie bei den angeschlossenen Parteien, untergraben muss. Zu einer politischen Leitung sind diese Genossen zumeist unverwendbar, auch zu wenig vertraut. So ergibt sich der trostlose Zustand: Eine politische Leitung vom Zentrum fehlt. Das einzige, was die Exekutive nach dieser Richtung leistet, sind Aufrufe, die zu spät, und Bannstrahlen, die zu früh kommen. Eine solche politische Leitung der Kommunistischen Internationale führt zu nichts oder ins Unglück. (...) Die Exekutive wirkt nicht anders als wie eine über die russischen Grenzen hinaus projizierte Tschreswytschaika [=Tscheka]; ein unmöglicher Zustand. Die bestimmte Forderung, dass das anders werde und dass unberufene Hände unberufener Delegierter nicht die Leitung in den einzelnen Ländern an sich reißen, der Ruf nach einer politischen Führung und gegen eine Parteipolizei ist nicht die Forderung nach Autonomie.«²¹⁵⁹

Trotz der Schärfe seiner Kritik stellt Levi weder die Existenz noch die Organisationsprinzipien der Kommunistischen Internationale grundsätzlich in Frage. Seine Schlussfolgerung beweist es: Er erwartet, er hofft fest auf eine Korrektur der Fehler, in der Überzeugung, dass er in diesem Fall die Ideen verteidigt, die Lenin und Trotzki seit Jahren in der bolschewistischen Partei verteidigt haben.

2158 Ebenda, S. 51. [a.a.O., S. 629 f.]

2159 Ebenda, S. 55. [a.a.O., S. 631]

Eine harte Reaktion

Aber die Exekutive war nicht zur Versöhnung bereit. Am 4. April gab sie eine Erklärung über den Austritt Levis, Clara Zetkins, Däumigs und den anderen aus der Zentrale heraus, die »den Posten [...] verlassen« hätten und behauptete:

»dass die wirklichen Motive des Rücktritts des Genossen Levi und seiner Gruppe aus der Zentrale der VKPD nicht die italienische Frage, sondern opportunistische Anwendungen in deutschen und internationalen Problemen sind.«²¹⁶⁰

Die Exekutive drückte auch die Hoffnung aus, dass Levis Verhalten dazu beitragen werde, »den Genossen, die bisher mit ihm solidarisch waren, zeigen, wohin sein Kurs geht, und ihnen helfen, ihren Irrtum einzusehen und zu korrigieren.« Am 6. April nahm das Führungsgremium zum ersten Mal Stellung zur Märzaktion: »Zum ersten Male seit den Januar- und Märztagen des Jahres 1919 zogen die revolutionären Proletarier Deutschlands in den Kampf gegen die kapitalistische Regierung« worin es den »erste[n] organisierte[n] Ansturm des revolutionären deutschen Proletariats« seit März 1919 begrüßte und dessen Scheitern auf den »infamen Verrat der proletarischen Interessen durch die SPD« und die Weigerung der Unabhängigen zurückführte, sich an der Seite der Kommunist*innen in den Kampf zu stürzen. Den deutschen Kommunist*innen erklärt die Exekutive feierlich:

»Die Kommunistische Internationale sagt Euch: Ihr habt richtig gehandelt! Niemals kann der Sieg der Arbeiterklasse auf einen Schlag erfochten werden. Ihr habt ein neues Blatt in der Geschichte der deutschen Arbeiterklasse aufgeschlagen. Rüstet zu weiteren Kämpfen.«²¹⁶¹

So ermutigt, beschloss die Zentrale am 15. April, Levi aus der Partei auszuschließen und forderte ihn auf, seinen Sitz als Abgeordneter zurückzugeben. Eine groß gedruckte Erklärung auf der Titelseite der Roten Fahne²¹⁶² fasste die Beschwerden zusammen: Übergabe zum Druck einer Broschüre am 3. April, die Unwahrheiten und Angriffe auf die Parteileitung und den Vertreter der Internationale enthielt, und Weigerung, sie vor der Veröffentlichung den leitenden Organen der Partei vorzulegen, eine Initiative, die zu einer Zeit ergriffen wurde, als die Kämpfe noch im Gange waren und die Repression die Parteiaktivist*innen hart traf, öffentliche Äußerung von Meinungen, die vom Zentralausschuss am 7. und 8. April förmlich verurteilt

2160 »Die Rote Fahne«, 14. April 1921; J. Degras, a.a.O. Bd. I, S. 219-220. [Die von Degras zitierte Resolution ist vom 29. April 1921. Hier zitiert nach Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale: »Über den Rücktritt von fünf Mitgliedern aus der Zentrale der VKPD«, Kommunistische Internationale, Heft 17, S. 80 f., Nachdruck in »Ohne einen Tropfen ...«, I/3, S. 577 f., hier S. 577]

2161 »Die Rote Fahne«, 14. April 1921; J. Degras, a.a.O. Bd. I, S. 217-218. [Hier zitiert nach Kommunistische Internationale, Heft 17, S. 413-415, hier S. 413, 415]

2162 »Die Rote Fahne«, 16. April 1921.

worden waren, die Weigerung, sich in irgendeiner Weise an der im März von der Führung beschlossenen Aktion zu beteiligen, und das Verfassen einer Broschüre gegen kommunistische Kämpfer*innen genau in dem Moment, als die Kämpfe stattfanden. Die Zentrale, die unterstreicht, dass Levi wegen Verstoß gegen die revolutionäre Disziplin ausgeschlossen wurde, bekräftigte, sie stelle das Recht auf Kritik »vor und nach der Aktion« nicht in Frage:

»Kritik auf dem Boden des Kampfes und dem der vollen Kampfsolidarität ist eine Lebensnotwendigkeit für die Partei und revolutionäre Pflicht. Paul Levis Haltung ist aber nicht Kritik auf dem Boden der Partei und des Kampfes, sie ist eine offene Unterstützung des Gegners.«²¹⁶³

In der Tat gibt es einige Zögerlichkeiten innerhalb der Zentrale. Ernst Meyer prangerte in »Die Rote Fahne« den »Weg Levis« zu den Unabhängigen²¹⁶⁴ an, und Maslow polemisierte gegen den, den er »den deutschen Serrati«²¹⁶⁵ nennt. Thalheimer hingegen erinnert an die geleisteten Dienste, an die herausragende Rolle Levis in schwierigen Zeiten. Er fügt hinzu:

»Auch mit Paul Levi überwindet die kommunistische Bewegung in Deutschland ein Stück ihrer eigenen Vergangenheit. Ein Führer von mannigfachen, von hohen und glänzenden Gaben ist es, von dem sie sich trennt, aber ein Führer, der nicht so mit Haut und Haaren, mit Leib und Leben mit der Partei verwachsen war, dass seine Person restlos aufgegangen wäre in der Sache, der er diente, und das heißt unter den geschichtlichen Umständen, in der Partei, in der diese Sache sich verkörpert. Es heißt mehr als das Leben, es heißt die eigene Persönlichkeit bis zum Letzten der Partei hingeben. Paul Levi hat das nicht gekonnt.«²¹⁶⁶

Levi appelliert gegen die Entscheidung der Zentrale sofort beim Zentralaussschuss. Vom 16. an erklären sich acht bekannte Führer*innen und Verantwortliche mit ihm solidarisch und verbürgten sich für die Wahrheit seiner Behauptungen: es sind Däumig, Clara Zetkin, Otto Brass, Adolf Hoffmann, die mit ihm im Februar aus der Zentrale ausgetreten waren, Curt Geyer, der Parteidelegierte in Moskau, und drei Verantwortliche der Gewerkschaftskommission, ehemalige Leiter*innen der revolutionären Obleute, Paul Neumann, Heinrich Malzahn und Paul Eckert²¹⁶⁷.

2163 »Die Rote Fahne«, 16. April 1921.

2164 Ebenda, 15. April 1921.

2165 Ebenda, 15. April 1921 (Abend-Ausgabe).

2166 »Das Oberste Gesetz«, »Die Rote Fahne«, 16. April 1921. [Morgen-Ausgabe, S. 1, Spalte 3 – S. 2, Spalte 1, hier S. 1, Spalte 3]

2167 »Die Rote Fahne«, 17. April 1921. Diese drei letztgenannten Aktivist*innen waren der Sabotage des Streiks beschuldigt worden, wurden aber durch eine Erklärung der Vorsitzenden Brandler und Stoecker vor dem Zentralaussschuss von diesem Vorwurf freigesprochen (Nachlass Paul Levi, P. 83/9 [196 in Box 90], Blatt 17).

Zweifelsohne weigerte sich ein ganzer Sektor der deutschen Leitung, Levis Ausschluss und die angegebenen Gründe zu akzeptieren. Die Krise der Partei ist nun öffentlich.

Am selben Tag beendete Lenin einen an Paul Levi und Clara Zetkin gerichteten Brief²¹⁶⁸ als Antwort auf deren Briefe von Ende März. Über die brennende Frage, die die Partei erschüttert und die Internationale erschüttern wird, schreibt er:

»Was die letzten Streiks und Aufstandsbewegung in Deutschland betrifft, habe ich absolut nichts gelesen. Dass ein Vertreter der Exekutive dumme Taktik vertrat, zu linke, sofortige Aktion, »um den Russen zu helfen«, das glaube ich gerne: dieser Vertreter ist oft zu links. Sie müssen meines Erachtens in solchen Fällen nicht nachgeben, sondern protestieren und die Sache sofort offiziell vor das Plenum des Exekutivbüros bringen.«²¹⁶⁹

Noch in Unkenntnis der Veröffentlichung von Levis Broschüre war Lenin besorgt über dieses Vorhaben und machte den beiden deutschen Führer*innen Vorwürfe wegen ihres Austritts aus der Zentrale:

»Austritt aus der Zentrale!?! Das jedenfalls der größte Fehler! Wenn wir solche Gepflogenheiten dulden werden, dass verantwortliche Mitglieder der Zentrale austreten, wenn sie in der Minderheit geblieben sind, dann wird die Entwicklung und Gesundung der kommunistischen Parteien niemals glatt gehen. Statt auszutreten – die strittige Frage mehrere Male besser mit der Exekutive ventilieren. Jetzt will Gen. Levi eine Broschüre schreiben, d.h. vertiefen den Gegensatz! Wozu das alles?? Das ist nach meiner Überzeugung ein großer Fehler.

Warum nicht abwarten? Am 1. VI. Kongress hier. Warum nicht eine private Besprechung hier vor dem Kongress? Ohne öffentliche Polemik, ohne Austritte, ohne Broschüren über die Differenzen. Wir haben so wenig erprobte Kräfte, dass ich wirklich empört bin, dass Genossen Austritt erklären usw. Alles Mögliche und etwas Unmögliches dazu tun – aber, es koste, was es wolle, Austritte vermeiden und Gegensätze nicht verschärfen.«²¹⁷⁰

Dieser Rat kam zu spät: Die Broschüre ist veröffentlicht und die Zentrale hat Levi ausgeschlossen.

2168 Nachlass Paul Levi, P. 55/10, P. 63/3; Leninski Sbornik, Bd. XXXVI, Moskau 1959, S. 220-221. Der deutsche Originaltext in BzG, 1963, Nr. 1, S. 74-75. [Nachdruck in Lenin Briefe, Band VII, Berlin 1970, S. 150 f.]

2169 Ebenda, S. 74. [a.a.O., S. 150 f.]

2170 Ebenda, S. 74-75. [a.a.O., S. 151]

»Was ist das Verbrechen?«

Zugelassen, seinen Appell selbst vor dem Zentralausschuss vorzutragen, greift Levi erneut an. Noch einmal prangerte er die Märzaktion und die Verantwortung Bela Kuns – den er immer noch nicht namentlich nannte – sowohl für die »offensive« Konzeption des Kampfes als auch für die Anwendung der Provokation an. Zu den Themen, die bereits in der Versammlung vom 7. April und auf den Seiten von »Unser Weg« entwickelt wurden, kommen diesmal ein paar Striche beißender Ironie auf Kosten der Zentrale, ihrer Ausflüchte und ihrer Flucht vor ihrer Verantwortung hinzu.

»Die Zentrale sagt: Ich habe es nicht gewollt; die Exekutive sagt: Ich habe es nicht gewollt; die Vertreter der Exekutive sagen: Wir haben es nicht gewollt, und so sind – und mögen die Genossen wieder von der ›Sentimentalität‹ reden – es offenbar und letztes Endes die Arbeiter, die das gewollt haben, die die These vom Bezwingen der Revolution und vom Übergang von der ›Defensive‹ zur ›Offensive‹ ausgegeben haben.«²¹⁷¹

Im Übrigen ist seine Rede eine Anprangerung der Arglist seiner Ankläger, eine Kritik an der formalen und mechanischen Auffassung von Disziplin, in deren Namen er angeblich bestraft wird, Analysen, die er mit Beispielen aus der jüngsten Geschichte der internationalen kommunistischen Bewegung untermauert. Ihm wird vorgeworfen, er habe Auszüge aus den Sitzungsprotokollen der leitenden Gremien der Partei veröffentlicht. Lenin hatte dies jedoch 1917 in seiner öffentlichen Polemik gegen Sinowjew und Kamenew getan. Ihm wurde Defätismus vorgeworfen, ein Bild der Lage der Partei ohne Nuancen, katastrophale Einschätzungen. Er erwidert, indem er auf Sinowjews eigene Haltung im Jahr 1917 verweist – was ihm nicht den Ausschluss aus der bolschewistischen Partei einbrachte:

»Ich habe noch nie, glaube ich, eine Situation so katastrophal verkannt wie beispielsweise der Genosse Sinowjew die Situation im Oktober 1917 verkannte, als er die Machtergreifung der Bolschewiki für einen sinnlosen Putsch erklärte – ich habe noch nie in einer Aktion, die so entscheidend war, wie sie diese Oktoberaktion von 1917 für die Existenz der Bolschewiki war, mein Parteimandat niedergelegt und nicht mitgemacht wie Sinowjew damals, um nachher als der große Ankläger zu erscheinen wider die ›Menschewiki‹ und die ›Disziplinbrecher‹.«²¹⁷²

Er erinnerte die Mitglieder der Parteileitung daran, wie er selbst seine schwere Kritik an der Zentrale zur Zeit des Kapp-Putsches für den internen Gebrauch be-

2171 Was ist das Verbrechen? Die Märzaktion oder die Kritik daran? S. 17. [Nachdruck in: »Ohne einen Tropfen ...« 1/3, S. 671-706, hier S. 686 f.]

2172 Ebenda, S. 35. [a.a.O., S. 704]

halten wollte und wie sich Sinowjew und die Exekutive über seine Wünsche sowie über die persönlichen Bedenken der damals inkriminierten deutschen Führer*innen hinweggesetzt hatten:

»Ihr wisst, der Brief ist seinerzeit gegen meinen Willen in der ›Kommunistischen Internationale‹ veröffentlicht worden. Ich habe damals in Petersburg, als ich von der beabsichtigten Veröffentlichung hörte, sofort widersprochen und gesagt, der Brief war nicht für die Öffentlichkeit. Damals war es Sinowjew, der sagte, wenn eine Partei so katastrophale Dummheiten macht wie die deutsche im Kapp-Putsch, dann ist die Kritik daran nicht eine Privatangelegenheit.«²¹⁷³

Denen, die schließlich seine Haltung mit der Rosa Luxemburgs vergleichen, die im Januar 1919 die von Liebknecht und seinen Anhängern gegen ihre Meinung auf der Straße durchgeführte Aktion nicht desavouierte, antwortet er:

»[Diese Haltung erklärt sich aus] dem ganz anderen Gesichtspunkt heraus, dass dort große Massen irrten und nicht ein kleines Konventikel von Führern nicht-irrende Massen in das Verderben jagten, und dass damals eine wirkliche, große, gewaltige, spontane Massenbewegung war, dass damals im Berliner Tiergarten mehr Arbeiter auf einmal standen als diesmal in ganz Deutschland auf die Beine kamen.«²¹⁷⁴

An Liebknechts ehemaligen Leutnant gewandt, der jetzt einer seiner Ankläger ist, fügt er hinzu:

»Und ich glaube, Genosse Pieck, Sie werden es auch wissen, dass die Genossin Rosa Luxemburg damals sogar den Gedanken hatte, es könne nicht mehr lange gehen mit Karl Liebknecht zusammen, so scharf lehnte sie sein Verhalten damals ab. Sie hat nicht mehr geschrieben, (...) weil ihr der Tod die Feder nahm.«²¹⁷⁵

Levi meint daher, dass er mit der Veröffentlichung seiner Broschüre nicht nur keinen Verstoß gegen die Disziplin begangen, sondern auch in Übereinstimmung mit dem höchsten Gebot revolutionärer Aktion gehandelt habe. Seine Gegner*innen haben im Übrigen nicht anders gehandelt und haben sich vor ihm das Recht angemaßt, das sie ihm heute streitig machen:

»Der X. Kongress der Kommunistischen Partei Russlands fand, wenn ich nicht irre, am 6. März dieses Jahres statt, und am 15. März hatte man schon die Berichte in Europa, worin Sinowjew erklärt: ›Wir haben den Kampf gegen Levi eröffnet.«²¹⁷⁶

2173 Ebenda, S. 32. [a.a.O., S. 702]

2174 Ebenda, S. 33. [a.a.O., S. 702 f.]

2175 Ebenda. [a.a.O., S. 703]

2176 Ebenda, S. 43. [a.a.O., S. 712]

Gegen Pieck, der, wie es scheint, absichtlich die Daten des Schreibens und der Veröffentlichung verwechselt, gibt Levi an, dass die Broschüre am 3. und 4. April geschrieben wurde, aber erst am 8. April in Druck ging, nachdem der Zentralausschuss wieder einmal die Richtigkeit seiner eigenen Politik verkündet und ihm das Recht verweigert hatte, zur Sitzung zu kommen, um seine Kritik vorzutragen, und ihm damit jede legale Äußerung seiner Position in der Partei zu einer so lebenswichtigen und brennenden Frage untersagt hatte. Er erinnerte an die Sanktionen, die seit dem Ende der Aktion gegen seine Anhänger*innen verhängt worden waren, erklärte, sie stellen den Beweis für den Willen der Zentrale dar, die Partei zu reinigen, und erklärte, er habe nicht in die ihm gestellte Falle tappen wollen:

»Wenn ihr reinigen wollt, so lasse ich mich auch von Euch nicht auf Grund eines organisatorischen Paragrafen ausschließen.«²¹⁷⁷

Unter diesem Gesichtspunkt sei es absurd, ihm vorzuwerfen, er sei »der Partei in den Rücken gefallen«, weil er sich nach dem Ende der Aktion offen geäußert hat. Das Schweigen seinerseits wäre verbrecherisch gewesen:

»Wenn die Partei in Not ist (...), dann ist es Pflicht zu reden. (...) Und das ist kein In-den-Rücken-Fallen; es ist die allerhöchste revolutionäre Pflicht, wenn eine Partei so fehlt wie die, dass einer die Wahrheit sagt, und ich wünsche der Partei nicht, dass sie noch einmal solche Fehler macht wie jetzt, aber wenn: dass einer sich findet, der das gleiche tut.«²¹⁷⁸

Das Mittel, das er anwandte, eine öffentliche und erschütternde Stellungnahme, forderte er lautstark ein, denn er hielt es für das einzig geeignete, um das Übel zu bekämpfen:

»Der Genosse Pieck sagte wörtlich:

»Das Schlimmste aber ist: Levi hat Misstrauen gegen die Zentrale und gegen die Vertreter der Exekutive gesät.« Ja, das habe ich getan, und dieses Majestätsverbrechens bekenne ich mich schuldig. Und ich sage sogar weiter, ich bin bewusst in meiner Broschüre weitergegangen, als nur Misstrauen zu säen (...) Die Partei hatte ihre alten Wege verlassen, war in ein Verhängnis gerannt, es gab nur eine einzige Reparatur, die imstande war, die Krankheit mit einem Schlag an weiteren Ausbrüchen zu hindern, man sagt medizinisch: zu coupieren, und diese eine Methode war nicht, Misstrauen gegen die Zentrale zu säen, sondern das ganze politische Verbrechen, den ganzen Verrat an den bisherigen Grundsätzen der Partei rücksichtslos aufzudecken und zu brandmarken: Das war die Coupierung der Krankheit, und das gebe ich ruhig zu, getan und versucht zu haben.«²¹⁷⁹

2177 Ebenda, S. 44. [a.a.O., S. 713]

2178 Ebenda, S. 8. [a.a.O., S. 700, 713]

2179 Ebenda, S. 31. [a.a.O., S. 700 f.]

Manche Kommunist*innen meinen gutgläubig, dass solche Kritik an der Parteileitung oder an der Internationale, selbst wenn sie berechtigt ist, nur in den Reihen der Partei, unter Kommunisten, Platz finden kann. Sie haben Unrecht:

»Es ist eine vollständig falsche Einstellung, als könnten die Kommunisten ihre Fehler im stillen Kämmerlein unter sich abmachen. Die Fehler und Irrtümer der Kommunisten sind genauso ein Bestandteil des politischen Erlebens der proletarischen Klasse wie ihre Vorzüge. Sie können und dürfen weder das eine noch das andere den Massen vorenthalten. Haben sie Fehler gemacht, so haben sie sie nicht für die Partei gemacht, und selbst wenn die Partei drüber zugrunde ginge: Wenn das der einzige Weg ist, auf dem das Proletariat die Lehren aus Ereignissen ziehen kann, so müsste es sein, weil die Partei um des Proletariats willen da ist und nicht umgekehrt.«²¹⁸⁰

Levi war also in vollem Bewusstsein darauf bedacht, seine Kritik des »Verbrechens« vom März mit dem nötigen Paukenschlag zu machen: Es ist so groß, dass es notwendig sein wird, Lehren aus ihm zu ziehen, wobei es darauf ankommt, dass das sich nicht im Hinterzimmer stattfindet, um den Schein zu wahren. Er scheint hier indirekt auf die Vorschläge Lenins in seinem Brief vom 16. April zu antworten:

»Und ich bin mir auch vollständig klar, weswegen das Exekutivkomitee die letzte Entscheidung über diese Probleme des praktischen Anarchismus, die gar nicht so neu sind wie das Exekutivkomitee sich stellt, dem III. Weltkongress vorbehalten will. Ganz einfach deswegen, weil man annimmt, die deutsche Partei, die die Dummheit gemacht habe, sei am Ende auch imstande, die Dummheit zu sanktionieren. (...) Aber, Genossen und Genossinnen, prinzipiell ist diese ganze Methode, die Entscheidung in so schwerwiegenden Parteifragen von einer Instanz an die andere Instanz, oder einem Konventikel an ein anderes Konventikel zu verschleppen, das wiederhole ich, vollständig der Grundanschauung entsprechend, aus der heraus die Aktion gewachsen ist, dass man so, wie man die Eseleien im Konventikel macht, auch die Korrektur der Eseleien im Konventikel vornehmen könne.

Wenn aus dieser Märzaktion überhaupt irgendetwas kann gelernt werden, dann kann es nur gelernt werden, wenn die Massen im breitesten und freiesten Rahmen die Fehler kennenlernen und erörtern.«²¹⁸¹

Das ist die grundlegende Meinungsverschiedenheit, nicht nur mit den deutschen Linksradikalen, sondern vielleicht – zu diesem Punkt wagt Levi sich nicht – mit den russischen Kommunist*innen. Es handelt sich in der Tat um die Frage, was eine kommunistische Partei in Westeuropa sein sollte, in einem anderen gesellschaftlichen Kontext als dem, den die bolschewistische Partei in Russland erlebte:

2180 Ebenda, S. 44. [a.a.O., S. 713]

2181 Ebenda, S. 28-29. [a.a.O., S. 697 f.]

»Die Kommunistische Partei in Russland vor der Revolution musste sich ausbilden in einem gesellschaftlichen Körper, in dem die Bourgeoisie überhaupt nicht entfaltet war, sie musste sich ausbilden in einem Gesellschaftskörper, in dem der eigentliche, natürliche Antipode des Proletariats, die Bourgeoisie, erst in Andeutungen existierte, und wo ihr als großer Feind gegenüberstand der agrarische Feudalismus. In Westeuropa sind die Verhältnisse völlig anders. Hier steht das Proletariat vor einer völlig entfalteten Bourgeoisie und steht gegenüber den politischen Folgen der Entfaltung der Bourgeoisie, der Demokratie, und unter der Demokratie, d.h. dem, was unter der Herrschaft der Bourgeoisie unter Demokratie zu verstehen ist, nimmt die Organisationsform der Arbeiter andere Formen an als unter der Staatsform des agrarischen Feudalismus, unter dem Absolutismus.

Und so kann in Westeuropa die Organisationsform keine andere sein als die der nicht geschlossenen Massenpartei, jener nicht geschlossenen Massenparteien, die also niemals bewegt werden können auf Befehl eines Zentralkomitees, auf Befehl einer Zentrale, die bewegt werden können einzig und allein in dem unsichtbaren Fluidum, in dem sie stehen, in der psychologischen Wechselwirkung mit der gesamten übrigen proletarischen Masse. Sie bewegen sich nicht auf ein Kommandowort; sie bewegen sich in der Bewegung derselben proletarischen Klasse, deren Führer und Leiter sie dann in der Bewegung sein müssen. Sie sind von ihnen abhängig wie jene von ihnen, und deswegen, Genossen und Genossinnen, war es ein verhängnisvoller Fehler, und ich komme darauf noch später zu sprechen, dass die Zentrale nach dem Zusammenbruch dieser Aktion den gar nicht revolutionären Versuch unternommen hat, in ein paar Instanzen die ganzen aufgeworfenen Fragen zu erledigen.«²¹⁸²

Diesen Unterschied nicht zu verstehen, darauf zu beharren, in Westeuropa und insbesondere in Deutschland eine kommunistische Partei nach russischem Vorbild aufzubauen, bedeute, das Risiko einzugehen, niemals eine kommunistische Massenpartei aufbauen zu können, und vor allem die gegenwärtige Spaltung der Arbeiter*innenbewegung auf sozialen Grundlagen und Spaltungen innerhalb der Arbeiter*innenklasse selbst zu konkretisieren.

»Diese Tatsache allein bringt die große Gefahr mit sich – schon an sich durch ihr Bestehen –, dass die Arbeiterschaft in ihrer Mitte auseinanderbricht, dass zwei Schichten, etwa die Organisierten und die Unorganisierten, etwa die kommunistische Organisation und die nichtkommunistische Organisation, nicht nur als politisch getrennte Körperschaften einander gegenüberstehen, sondern in gewissem Sinne als sozial getrennte Wesen sich scheiden, dass die eine Organisation andere proletarische Schichten umfasst als die andere Organisation, dass also eine kom-

2182 Ebenda, S. 20-21. [a.a.O., S. 689 f.]

munistische Partei nicht ist, was sie sein muss, zwar die Organisation eines Teiles des Proletariats, der Vorgesrittensten, aber eines Teiles durch das ganze Proletariat hindurch, sondern wird ein Teil des Proletariats, vertikal geteilt nach sozialen, differenzierenden Momenten.»²¹⁸³

Uneinigkeit in der Koalition gegen Levi

Eine geniale Vorahnung dessen, was ein paar Jahre später, angesichts der Nazis, die Spaltung der deutschen Arbeiter*innenbewegung in kommunistische Arbeitslose und sozialdemokratische Arbeiter*innen sein würde? Diese Gefahr erscheint Levi im Moment durch die Artikel Radeks und das Verhalten der Zentrale. Dass dies für ihn die Orientierung der Internationale war, schien damals unwahrscheinlich: Die zahlreichen Verweise auf die Autorität und die Schriften Lenins und Troztkis waren nicht bloß polemische Effekte, und Levi hatte einigen Grund zu denken, dass die beiden russischen Führer in der Arbeiter*innenbewegung schlussendlich die konsequentesten »Leviten«²¹⁸⁴ und auch die am schwersten auszuschließenden waren!

Der Zentralaussschuss bestätigte jedoch seinen Ausschluss mit 38 zu 7 Stimmen, tadelte die acht Führer*innen – darunter Däumig und Clara Zetkin –, die sich für die Wahrheit seiner Anschuldigungen verbürgt hatten²¹⁸⁵, schloss nach Sievers auch Wegmann aus, akzeptierte den Rücktritt Curt Geyers, der aus Moskau zurückgekehrt war und sich mit Levi solidarisiert hatte, und ersetzte sie durch Walcher und Eberlein, zwei alte Spartakisten, und den ehemaligen linke Unabhängigen Emil Höllein²¹⁸⁶.

Schon zeichneten sich Spaltungen in der Mehrheit ab, die Levi gerade noch ausgeschlossen hatte. Die »neue« Berliner Linke, die sich seit dem Herbst 1920 durch die Stärke ihrer Angriffe bemerkbar gemacht hatte, trat mit neuer Kraft auf. Maslow forderte eine Reorganisation des Apparates der Internationale, die seiner Meinung nach mit der Abschaffung des westeuropäischen Büros beginnen sollte²¹⁸⁷. Friesland nahm seinerseits die Rolle eines Ultras ein, indem er dem Zentralaussschuss erklärte:

»Ich bedaure, dass Levi nur wegen Disziplinbruchs ausgeschlossen ist; uns trennt von ihm eine Weltanschauung, – Es gibt kein Rezept dafür, wie wir uns von den Massen nicht trennen. Wenn eine bestimmte revolutionäre Aufgabe vor uns liegt, muss diese Aufgabe von uns erfüllt werden.«²¹⁸⁸

2183 Ebenda, S. 21.

2184 So werden die Unterstützer*innen Paul Levis genannt.

2185 »Die Rote Fahne«, 6. Mai 1921. Der Zentralaussschuss hatte am 3., 4. und 5. Mai getagt.

2186 Bericht..., S. 63-64.

2187 »Die Rote Fahne«, 10. Mai 1921. [»Sitzung des Zentralaussschusses«, Morgen-Ausgabe, S. 4, Spalte 1-3, hier Spalte 3]

2188 Ebenda. [a.a.O., Spalte 2]

Wenige Tage später ließ der Parteitag des Bezirks Berlin-Brandenburg die Umriss der »Linken« erkennen, die für den Moment den marschierenden Flügel der Partei darstellte und einen der wichtigsten Bezirke des Landes fest im Griff hatte. Ruth Fischer legte dort einen Bericht über die Internationale vor, in dem sie sich den »*Opportunismus in der KI*« vornimmt, der ihrer Meinung nach in den Erklärungen zur »*Konsolidierung des Kapitalismus*« Ausdruck findet, sowie den Rückgriff auf »*Parolenaktionen*«, wie sie die VKPD in der »*Periode des offenen Briefes*« vermehrt durchgeführt hatte. In der abschließenden Resolution, die mit überwältigender Mehrheit angenommen wurde, heißt es:

»Die Märzaktion der deutschen Kommunisten ist seit 1919 der erste Schritt der westeuropäischen Kommunisten zum Bruch mit dieser Politik.«²¹⁸⁹

Rosenberg legte seinerseits einen Bericht vor, in dem er zu dem Schluss kam, dass es notwendig sei, die Zentralisierung der Internationale zu verstärken und die »*Vereinigung zwischen der VKPD und den revolutionären Arbeitern der KAPD [...] um so schneller und glatter [zu] vollziehen*«, die, wie er unterstreicht, durch den Austritt der »*Rechten*« der VKPD erleichtert würde; er schlug vor, dass dies durch die sofortige Bildung eines Aktions-Ausschusses vorbereitet werden sollte, das sich aus einer gleichen Anzahl von Führer*innen der beiden kommunistischen Parteien zusammensetze. Der Bezirksparteitag gab seiner Resolution so viele Stimmen wie Ruth Fischer und Geschke, die forderten, »*die Gewerkschaften zu Schulen des Kommunismus*« zu machen: mehr als zweihundert, im Gegensatz zu nur einem Dutzend²¹⁹⁰.

Doch genau zur gleichen Zeit entschieden sich die Führer*innen der KAPD dafür, die Zentrale der VKPD anzugreifen. Im selben Monat Mai wurde unter ihrer Schirmherrschaft eine wahrscheinlich von Gorter verfasste Broschüre veröffentlicht, die den Titel »*Der Weg des Dr. Levi: der Weg der VKPD*« trug. Darin wurden Levi und seine Ankläger*innen gegen die Zentrale ausgespielt, und Gorter unterstreicht, dass die Haltung der Partei im März letztlich nichts anderes gewesen sei als die Fortsetzung ihres vergangenen Opportunismus, denn wenn die Märzaktion kein Putsch war, so ist es nicht weniger richtig, die Haltung einer Zentrale als putschistisch zu bezeichnen, die in wenigen Tagen vom plattesten Opportunismus zur bewaffneten Erhebung überging²¹⁹¹. Die Presse der KAPD bekräftigte, von einer Wiedervereinigung mit der VKPD könne keine Rede sein, und es war eine starke Delegation, bestehend aus Appel, Schwab und Meyer, die Mitte Mai zu Reichenbach stieß, der bereits in Moskau war²¹⁹².

2189 »Die Rote Fahne«, 13. Mai 1921. [»Bezirksparteitag der VKPD Berlin-Brandenburg«, Abend-Ausgabe, S. 3, Spalte 1-3, hier Spalte 1 und 2]

2190 Ebenda, 15. Mai 1921. [»Organisatorischer Aufbau der KI und ihre Beziehungen zu den angeschlossenen Parteien«, Morgen-Ausgabe, S. 4, Spalte 2-3]

2191 Bock, a.a.O., S. 305-306.

2192 Ebenda, S. 259.

Denn von der Diskussion innerhalb des 3. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale, die im Gefolge der Märzaktion schon einige Monate vorher begonnen wurde, hängt nun die Definition der kommunistischen Politik ab. Und auf diese Diskussion muss sich die deutsche Zentrale vorbereiten, um die Gültigkeit ihrer Märzaktion und die Vorzüge einer offensiven Taktik begründen zu können.

Kapitel XXVII: Der Kompromiss von Moskau

Die Führer*innen der deutschen Partei hatten nicht vor, im Hemd und mit einem Strick um den Hals nach Moskau zu gehen. Der Unterstützung der Exekutive sicher gingen die Berliner Linksradiكالen voran, sprachen laut, suchten, die Theoretiker*innen und der marschierende Flügel der heterogenen Mehrheit sein, die Levi abgelöst hatte. Maslow erklärt im Anschluss an die Aktion:

»Über das Prinzipielle der Aktion ist nicht viel zu sagen. Es war einfach Folgendes: Unsere Partei war eingestellt auf die Defensive und verlor damit ihre Bedeutung als kommunistische Partei. Eine Partei, die defensiv eingestellt ist, ist eine sozialdemokratische Partei. Will sie eine kommunistische Partei sein, so muss sie offensiv sein. Entweder muss sie sagen: Ich bin gegen jede Offensive; aber zu sagen, ich bin gegen diese oder jene Aktion, das ist Schwindel.«²¹⁹³

Derselbe schrieb ein paar Tage später in der »Internationale«:

»Fragt man, was eigentlich in der Märzaktion neuartig war, so muss man antworten: gerade das, was unsere Gegner tadeln, dass nämlich die Partei in den Kampf ging, ohne sich darum zu kümmern, wer ihr folgen würde.«²¹⁹⁴

In der gleichen Art und Weise bekräftigte Ruth Fischer:

»Eine Kommunistische Partei von 500.000 Mann, die nicht kämpft, muss ein Sumpf werden und war schon ein Sumpf geworden.«²¹⁹⁵

Was Arthur Rosenberg betrifft, so philosophiert er in der Versammlung der Aktivist*innen von Berlin:

»Ein Aufstand ist es, wenn man gewinnt, und ein Putsch, wenn man verliert.«²¹⁹⁶

In wenigen Tagen wurde offenbar die gesamte Philosophie der Linksradiكالen von einer Zentrale übernommen, die von den Ereignissen überwältigt war und sich selbst rechtfertigen wollte, indem sie a posteriori nach Erklärungen für ihre Politik suchte.

2193 Nachlass Paul Levi, P 83/9, Teil 2 [Mappe 196 in Box 90], Blatt 17.

2194 Maslow, »Probleme des III. Weltkongresse«, Die Internationale, Nr. 7, 1921, S. 142. [Auch zitiert in Paul Levi, der Fall Brandler, Nachdruck in »Ohne jeden Tropfen ...« 1/3, S. 755-760, hier S. 759]

2195 R. Fischer, »War die Märzaktion eine Bettelheimerei? Ebenda, Nr. 6, 1921, S. 470. [tats. Heft 5, 15. Mai 1921, S. 160-170, hier S. 170]

2196 Nachlass Paul Levi, P 83/9 [Mappe 196 in Box 90], Blatt 27.

Die Thesen der VKPD

Am 8. April verabschiedete die Zentrale, die die Lehren aus der Märzaktion ziehen wollte, die von Thalheimer vorbereiteten Thesen²¹⁹⁷. Sie bekräftigte, dass sich die deutsche Bourgeoisie in einer tiefen Krise befinde, die sie dazu veranlasste, an zwei Fronten zu agieren: Verstärkung der »weißen« Konterrevolution und Verschärfung der Verbindungen zur Sozialdemokratie, um freie Hand für einen Kompromiss mit der Entente auf Kosten des Proletariats zu haben. In einer solchen Lage musste das Proletariat, um nicht in Passivität gelähmt zu werden, in die Offensive gehen.

Im Verlauf der Krisen, die die deutsche Bourgeoisie in den Jahren zuvor erschüttert hatten, hatte die Kommunistische Partei nach den Thesen der Zentrale nicht genug Kräfte, um über das Stadium der Propaganda hinauszugehen. Nachdem sie eine Massenpartei geworden war, musste sie dies tun, das Proletariat zur Aktion aufrufen, auch auf die Gefahr hin, dass ihr nur ein Teil der Arbeiter*innen folgte. Die Aktion begann nach dem Angriff Hörsings auf die Arbeiter*innen Mitteldeutschlands: die Wahl war klar zwischen Hörsing, der Konterrevolution und den Arbeiter*innen. Die Kommunistische Partei entschied sich dafür, sich in das Lager der Arbeiter*innen zu stellen, und die anderen Arbeiter*innenparteien in das Lager der Konterrevolution. Es ist ihr sicher nicht gelungen, die Gesamtheit der deutschen Arbeiter*innen in den Kampf hineinzuziehen, deren Schichten sich zum Teil auf die Passivität versteifen und sich der Aktion verweigern, und die sie zweifellos des Putschismus und des Abenteuertums bezichtigen werden. Die Zentrale behauptet jedoch:

»Aber in Zeiten politischer Hochspannung sind solche Aktionen, auch wenn sie, zu einer vorübergehenden Niederlage führen, die Voraussetzung künftiger Siege, und für eine revolutionäre Partei die einzig mögliche Art, die Massen für sich und den siegreichen revolutionären Kampf zu gewinnen, die objektiv politische Lage den indifferenten Massen erst zum Bewusstsein zu bringen.«²¹⁹⁸

Die Märzaktion stellt in dem Maße einen beträchtlichen Fortschritt dar, als sie tatsächlich die Offensive praktiziert hat, die allein die Bedingungen für die Machtübernahme schaffen kann. Die Zentrale betrachtet ihre Folgen als positiv: Verschärfung der Klassenkämpfe, Durchbrechung der Front der Passivität und des Burgfriedens; sie hat die »parlamentarische Scheinopposition der Sozialdemokratie, das revolutionäre Maulheldentum der Unabhängigen [...] entlarvt« und ihre Gewerkschaftsbürokratie als »konterrevolutionäre Kräfte«; sie rüttelte die Arbeiter*innen aus ihrer Stagnation auf, hatte Resonanz auf internationaler Ebene, indem sie »die menschestischen Parteien aller Länder [zwang], sich zu demaskieren«; sie zeigte den Arbeiter*innen

²¹⁹⁷ Die Rote Fahne, 10. April 1921.

²¹⁹⁸ Ebenda, »Leitsätze über die Märzaktion«, Die Internationale, Nr. 4, April 1921, S. [122-127, hier S.] 126 [tats. S. 125].

aller Länder, dass es keine »Einheitsfront zwischen Bourgeoisie und Proletariat« geben würde und dass »die deutsche Revolution eine lebendige Wahrheit ist.« Nachdem die Leitsätze die organisatorischen Unzulänglichkeiten der Partei analysiert haben, bekräftigen sie:

»Die VKPD muss die organisatorischen und taktischen Mängel dieses ersten Versuches abstellen. Sie muss, wenn sie ihre geschichtliche Aufgabe erfüllen will, festhalten an der Linie der revolutionären Offensive, die der Märzaktion zugrunde liegt, und sie muss entschlossen und sicher auf diesem Wege fortschreiten.«²¹⁹⁹

Die wenige Tage später veröffentlichte Broschüre »Taktik und Organisation der revolutionären Offensive«²²⁰⁰ – eine Sammlung der wichtigsten Artikel zu diesem Thema – sollte das Manifest der neuen »Philosophie« darstellen. Die Delegierten der Zentrale bereiten sich mit Zuversicht auf ihren Aufenthalt in Moskau zum 3. Weltkongress vor, in der Überzeugung, dass die Russ*innen sie mit dem ganzen Respekt empfangen werden, der mutigen und klarsichtigen Revolutionär*innen gebührt.

Jedoch Radek ist mit dem Verlauf der Märzaktion alles andere als zufrieden. Bereits am 1. April schrieb er an die deutsche Führung:

»Ich fürchte, dass Ihr die Aktion um ein paar Wochen zu früh gemacht habt. Ich fürchte, dass ein taktischer Fehler vorliegt, dass Ihr nicht abgewartet habt, bis es zu einem Konflikt zwischen Deutschland und Polen gekommen wäre. (...) Levi, der die Formel Sekte oder Massenpartei hervorgezogen hat, wird jetzt zweifelsohne die Anklage des Putschismus erheben.«²²⁰¹

Am 7. April schrieb er erneut: »Der Alte hofft noch, dass sich die Leute besinnen werden«, und »dass die Exekutive als solche mit ihrem Auftreten gegen die Rechten bis zu diesem Moment ihrer Selbstentlarvung wartet.«²²⁰², und fügte hinzu, dass er, was ihn betrifft, entschlossen sei, offen zu kämpfen. Thalheimer seinerseits bemüht sich, den Zögerlichkeiten und Zweifeln der Exekutive mit einem optimistischen Bild zu begegnen:

»Die Märzaktion hat auf die Partei wie ein Stahlbad gewirkt. Alles Versumpfte ist entweder aufgescheucht oder weggescheucht worden. Die letzteren sind nur einzeln. Mit Paul Levi werden nur wenige Leute über Bord gehen. (...) Im Ganzen genommen, erholt sich die Partei von diesem Gefecht wunderbar rasch.«²²⁰³

²¹⁹⁹ Ebenda. [S. 127]

²²⁰⁰ Taktik und Organisation der revolutionären Offensive. Die Lehren der Märzaktion, 1921, 146 S.

²²⁰¹ Brief Radeks vom 1. April 1921 an die Zentrale. Nachlass Paul Levi, P 56/2; Sowjet (Unser Weg), Nr. 8/9, 3. August 1921, S. 249-252 [hier S. 249 f., Nachdruck in »Ohne einen Tropfen ...« 1/3, S. 878-881, hier S. 878].

²²⁰² Brief vom 7. April 1921, Nachlass Paul Levi, P 55/2 [Mappe 43 in Box 19]; Ebenda, S. 252-253. [Nachdruck a.a.O., S. 881-884, hier S. 881]

²²⁰³ Brief Thalheimers an Radek, Nachlass Paul Levi, P 55/1 [Mappe 43 in Box 19]; Ebenda, S. 255-257

Es ist auf jeden Fall klar, dass Levis Geste, die von vielen Aktivist*innen als Aggression empfunden wird – Lenin wird zu Clara Zetkin sagen: »*Es ist grausame Zerfleischung der Partei*«²²⁰⁴ –, von all jenen benutzt wird, die Rechenschaft ablegen müssten und lieber gegen ihn wettern. In diesem Punkt zumindest ist die Position der Exekutive klar: Am 26. April veröffentlicht sie eine feierliche Erklärung, unterzeichnet von den renommiertesten Namen, Sinowjew natürlich, aber auch Lenin und Trotzki, Bucharin, Radek, Rosmer ... und Bela Kun. Sie erklärt insbesondere:

»Über die berüchtigte Broschüre Paul Levis herrschte volle Einmütigkeit. [...] Paul Levi ist ein Verräter – das war die allgemeine Meinung. Im Namen des Engeren Büros und der gesamten Exekutive erklärte Sinowjew, es sei eine infame Lüge, dass die Exekutive oder ihr Vertreter die Märzaktion angestiftet habe. Diese Legende braucht die deutsche Gegenrevolution, auf deren Seite Levi sich gestellt hat.«²²⁰⁵

In dieser Proklamation geht es jedoch nicht mehr darum, die Märzaktion als »*glorreiche Seite*« zu qualifizieren: Die Exekutive begnügt sich mit der Erklärung, dass es ihr angesichts der Bedeutung der Divergenzen, die in dieser Frage entstanden sind, notwendig erscheint, die Diskussion des 3. Kongresses der Internationale zu führen²²⁰⁶. Was die Resolution der Exekutive zum »Fall Levi« betrifft, so klingt sie etwas anders als die Proklamation selbst:

»In Kenntnis der Broschüre Paul Levis, Unser Weg. Wider den Putschismus, billigt die Exekutive der Kommunistischen Internationale den Ausschluss Paul Levis aus der VKPD und somit aus der Kommunistischen Internationale. Selbst wenn Paul Levi in seiner Beurteilung der Märzaktion sogar zu neun Zehnteln Recht hätte, so müsste er wegen des unerhörten Disziplinbruches und wegen des Stoßes in den Rücken der Partei, den das Auftreten Levis in der gegebenen Lage darstellt, auch in dem Falle ausgeschlossen werden.«²²⁰⁷

Wenn Levi wegen Undiszipliniertheit ausgeschlossen wird, bleibt das politische Problem bestehen und wird vom 3. Weltkongress geklärt werden. In der Zwischenzeit wird es sich im Zentrum der Sorgen aller kommunistischen Führer*innen wiederfinden. Schon jetzt zeigt ein Text Radeks, der am 10. Mai in Moskau verfasst und in der internationalen kommunistischen Presse veröffentlicht wurde²²⁰⁸, dass sich ein Wendepunkt abzeichnet und dass die Exekutive »nicht im Begriff ist, die Theorie der Offensive zu billigen.

[hier S. 255 f. Nachdruck a.a.O., S. 885 f.].

2204 C. Zetkin, Souvenirs ..., S. 42. [Ausgabe 1929, S. 32, Ausgabe 1985, S. 42, Ausgewählte Reden und Schriften III, S 113]

2205 Degras, a.a.O. Bd. 1, S. 219-220. [Kommunistische Internationale, Nr. 17, S. 366 f., hier S. 366]

2206 Ebenda, S. 219.

2207 Die Rote Fahne, 4. Mai 1921 [hier zitiert nach Kommunistische Internationale, Nr. 17, S. 367].

2208 Bulletin Communiste, Nr. 24, 9. Juni 1921, S. 398[-400]. [La crise du Parti communiste allemand]

Radek denunziert in der Tat den von Levi erhobenen Vorwurf, die Zentrale habe einen Putsch organisiert. Angegriffen, nahmen die Arbeiter*innen Mitteldeutschlands spontan den Kampf gegen die Hörsing-Kommandos auf. Der Zentralausschuss vom 17. März hatte nichts anderes im Blick als eine *»Reaktion gegen die Regierungs-offensive«*:

»Von Putschismus zu sprechen, bedeutet nur, mit wohlklingenden Phrasen eine reine und einfache Leugnung der offensiven Taktik des Kommunismus und auch nur der aktiven Verteidigung zu verdecken.«²²⁰⁹

Davon ausgehend entwickelt er eine Reihe von Kritiken an der deutschen Zentrale, die er beschuldigt, ohne Übergang von der propagandistischen Haltung der Zeit von Levi-Däumigs zu der des aktiven Kampfes übergegangen zu sein, die Arbeiter*innen nicht *»an der Hand genommen«* zu haben, und dafür, dass sie *»sie handeln ließ, als der Charakter der Bewegung noch nicht feststand und als nicht klar war, ob es nicht besser wäre, sich auf einen Streik zu beschränken, dass er schließlich von einer ›Offensive‹ sprach, als die Aktion, die er durchführte, nur eine ›offensive Verteidigung‹ war.«²²¹⁰*

Positionierung in der bolschewistischen Partei

Radeks Schwankungen und die seit Anfang März in seiner Korrespondenz skizzierte Entwicklung lassen sich durch die Ungewissheiten in Moskau erklären. Die Märzaktion fand in einem Moment statt, als Sowjetrußland die schwerste Krise seiner Geschichte durchlief. Und in diesem Maße blieb sie etwas unbemerkt, sogar in den Augen von Führer*innen wie Lenin, die in den täglichen Kampf und die wirtschaftlichen und politischen Schwierigkeiten aller Art vertieft waren. Wahrscheinlich wurde Lenin durch den Brief, den Levi am 27. März schickte, zum ersten Mal alarmiert. Die Märzaktion sollte der Anlass für eine seiner wichtigsten Interventionen im Leben der deutschen kommunistischen Partei und für den größten politischen Kampf sein, den er innerhalb der Internationale führte.

Lenin gehörte während des 2. Kongresses sicherlich zu den Optimistischsten, was die unmittelbaren revolutionären Aussichten in Europa betraf, und man erinnert sich an den Streit, den er in der Kommission mit Paul Levi über die Formulierung der Aufgaben der Partei in dieser Periode geführt hatte. Bald jedoch endete der Russisch-Polnische Krieg ohne den revolutionären Aufstand in Polen, mit dem er gegen den Rat Radeks, Trotzki und eines Teils der polnischen Führer*innen gerechnet hatte. Die Ebbe beginnt, in Italien, in Frankreich, in Großbritannien. Ab Dezember läßt Lenin in seinen Reden eine nuanciertere Einschätzung erscheinen, gibt zu, dass der Rhythmus der europäischen Revolution schließlich langsamer ist als der der russi-

²²⁰⁹ Ebenda.

²²¹⁰ Ebenda, S. 400.

schen Revolution, und vor allem, dass es unvernünftig wäre, mit ihrer Beschleunigung zu rechnen. Er intervenierte wenig in die Fragen der Internationale, aber man weiß, dass er gegenüber Sinowjew darauf bestand, dass die erweiterte Exekutive nicht dem »Engeren Büro« der Internationale folgen sollte, das am 21. Februar die deutsche Initiative des offenen Briefes als opportunistisch verurteilt hatte, und dass die Frage zur Diskussion gestellt werden sollte.

Seine ganze politische Tätigkeit konzentrierte sich damals auf die inneren Probleme Sowjetrusslands: Im März 1921 fand der Kronstädter Aufstand statt, im März 1921 wurde der 10. Parteitag abgehalten und die NEP verabschiedet, und man kann als sicher annehmen, dass er diesen Ereignissen mehr Aufmerksamkeit schenkte als dem deutschen Abenteuer, das ihnen um einige Tage folgte. Die beiden Fragen waren jedoch zweifellos miteinander verbunden, zumindest im Geist von Führer*innen der russischen Partei und der Internationale wie Bucharin und Sinowjew, und man kann es für plausibel halten, dass die Anhänger*innen der »*offensiven Linie*« in der Internationale den aufrichtigen Wunsch hatten, durch Erzwingen der Entwicklung, wenn nötig, und durch künstliche Beschleunigung des Rhythmus der Revolution, um jeden Preis die Isolation zu durchbrechen, die die Bolschewiki zum kostspieligen strategischen Rückzug der NEP verurteilte. Leider wissen wir wenig über den politischen Kampf, der innerhalb der Leitung der russischen KP vor dem März stattgefunden haben muss, abgesehen von der Tatsache, dass Bucharin die Notwendigkeit der »Elektrisierung« der Massen verteidigte, um revolutionäre Explosionen in Europa zu provozieren²²¹¹. Für die folgenden Monate haben wir einen Bericht Trotzki's, ein Dokument aus einer Erklärung an das Politbüro im Jahr 1926:

»Damals bestand die Gefahr, dass die Politik der Komintern auf der Linie der Märzereignisse in Deutschland weitergehe, d.h. auf der Linie der Versuche, die revolutionäre Lage künstlich zu schaffen und das Proletariat zu »elektrisieren«, wie sich ein deutscher Genosse ausdrückte. (...) Noch vor dem Kongress habe ich dem Genossen Radek einen Brief, von dem Lenin nichts wusste, geschrieben, in dem ich meine Eindrücke von den Märzereignissen niederlegte. Angesichts der kitzligen Lage, die Meinung Lenins nicht kennend und wissend, dass Sinowjew, Bucharin und Radek im Allgemeinen für die deutsche Linke waren, habe ich, selbstverständlich, nicht öffentlich gesprochen, sondern Radek einen Brief (in Form von Thesen) geschrieben, damit er seine Meinung zum Besten gebe. Mit dem Genossen Radek wurden wir nicht einig. Lenin erfuhr davon, berief mich zu sich und charakterisierte die Lage in der Komintern als mit den größten Gefahren verbunden. In der Bewertung der Lage und der Aufgaben waren wir vollkommen solidarisch.

2211 Trotzki, Die Kommunistische Internationale nach Lenin, Bd. 1, S. 187. [deutsch: Trotzki Schriften 3.2, S. hier S. 1188 ff., hier S. 1264]

Nach dieser Beratung sprach Lenin den Genossen Kamenew, um sich die Mehrheit im Politbüro zu sichern. Das Politbüro bestand damals aus fünf Mann, mit Genossen Kamenew waren wir drei, folglich die Mehrheit. Und in unserer Delegation waren wir – von der einen Seite – die Genossen Sinowjew, Bucharin und Radek, von der anderen – Lenin, ich und Genosse Kamenew, wobei wir formelle Sitzungen hatten nach den Gruppierungen. (...) In den weiteren Verhandlungen über den Text der Resolution war ich dann der Vertreter der Fraktion des Gen. Lenin. Radek vertrat die Fraktion Sinowjew. (...) Wobei Gen. Sinowjew damals ziemlich entschieden den Genossen Radek beschuldigte, bei den Verhandlungen seine Fraktion »verraten« zu haben, d.h. auf zu große Zugeständnisse eingegangen zu sein. (...) Lenin beriet sich mit mir, was wir tun sollten, falls sich der Kongress gegen uns aussprechen würde: unterwerfen wir uns dem Kongress, dessen Beschlüsse verderblich werden könnten, oder unterwerfen wir uns nicht?«²²¹²

Die russischen Führer*innen einigten sich schließlich untereinander auf einen Kompromiss, dass die Delegation der russischen Partei auf dem Kongress sowohl gegen die Linksradikalen, ob deutsch oder nicht, als auch gegen die Vertreter*innen der deutschen »levitischen« Opposition, Clara Zetkin, Neumann, Malzahn und Franken, die auf ausdrücklichen Wunsch Lenins eingeladen worden waren, zu verteidigen hatte²²¹³.

Dennoch verlief nicht alles nach Plan. Thalheimer war der erste, der mit den von ihm persönlich verfassten Leitsätzen, die der deutsche Zentralausschuss mit 26 zu 14 Stimmen angenommen hatte, in Moskau eintraf. Sie erklärten insbesondere:

»Die Kommunistische Partei hat zum ersten Mal und allein die Massen in den Kampf geführt, nicht lokal, sondern in ganz Deutschland.«²²¹⁴

Der einzige Fehler, den sich die deutsche Partei vorwerfen lassen musste, war, zu lange gewartet zu haben. Für die »Leitsätze« war das die große Lehre aus der Märzaktion:

Die VKPD »muss, wenn sie ihre geschichtliche Aufgabe erfüllen will, festhalten an der Linie der revolutionären Offensive, die der Märzaktion zugrunde liegt, und sie muss entschlossen und sicher auf diesem Wege fortschreiten.«²²¹⁵

Tatsächlich begannen die Verantwortlichen der Märzaktion bereits, sich über die Folgen ihrer Politik zu streiten. Wie Arnold Reisberg unterstrichen hat, begann Brandler schon am Tag nach der Märzaktion, für die er als Vorsitzender der Zentra-

2212 Stenogramm der Sitzung des Politbüros der UdSSR vom 18. März 1926, S. 12-13, in Trotzki, »La Révolution défigurée«, De la Révolution, S. 137-138. [auf Deutsch in Leo Trotzki, »Die Fälschung der Geschichte der russischen Revolution« Verlag Volkswille [Berlin 1928], S. 30 f.]

2213 Brandt und Lowenthal, a.a.O. S. 167.

2214 Die Rote Fahne, 10. April 1921. [Rückübersetzung aus dem Französischen, da der Satz tatsächlich nicht in den »Leitsätzen« vorkommt]

2215 Ebenda. [Hier zitiert nach dem Nachdruck in Die Internationale, Heft 4, S. 127]

le die Verantwortung übernommen hatte, Probleme aufzuwerfen und zu versuchen, zur Politik des offenen Briefes zurückzukehren, die durch das Betreten der Bühne durch Bela Kun brutal unterbrochen worden war. Nach der Märzaktion inhaftiert, dachte er über die Lehren aus der Geschichte der jüngsten Ereignisse nach, die er selbst gerade erzählt hatte²²¹⁶, und am 17. Juni schrieb er an die Zentrale²²¹⁷ und bat seine Genoss*innen, darüber nachzudenken, was Lenin am Vorabend der Machtergreifung 1917 in seiner berühmten Broschüre »Die drohende Katastrophe und wie man sie bekämpfen soll« vorgeschlagen hatte. Er schlug die Verabschiedung konkreter Losungen vor, die geeignet wären, die nichtkommunistischen Arbeiter*innen sofort zu mobilisieren, und erwähnte: »Zwangssyndizierung der Industrie, Zentralisierung aller Banken, Kontrolle der Industrie, des Handels und der Landwirtschaft durch den Gegenwartsstaat und Betriebsräte«, und schloss:

»Wir müssen aus der bloßen Agitation heraus. Wir dürfen keine Angst haben, zu wenig radikal zu sein.«²²¹⁸

Bei seiner Ankunft in Moskau stellt Thalheimer fest, dass Brandler wohl nicht der einzige ist, der einen Rückzieher gemacht hat, und begreift zweifellos, dass die Thesen der KPD nicht die geringste Chance haben, die Zustimmung der Russ*innen zu erhalten²²¹⁹. Er gab daher die in Berlin entwickelte Taktik auf und beschloss in Absprache mit Bela Kun, Änderungen am Text der russischen Delegation vorzuschlagen, für deren Redigierung Radek verantwortlich gewesen war. Diese neue Taktik hatte zunächst Erfolg: Radek führte in den Entwurf Analysen und Bemerkungen ein, die durch das Siegel der Theorie der Offensive – und sogar durch die charakteristische Geistesverfassung ihrer Befürworter*innen – gekennzeichnet waren, mit der virulenten Denunziation der Rechten und Opportunisten²²²⁰. Lenin wies darauf in einem Brief an Sinowjew am 10. Juni²²²¹ scharf darauf hin,

»dass Levi politisch in sehr vielem Recht hat. (...) Die Thesen Thalheimers und Bela Kuns sind politisch grundfalsch.«²²²²

2216 H. Brandler, War die Märzaktion ein Bakunisten-Putsch? (1921). A. Reisberg (»Zur Genese der Losung Arbeiterregierung in Deutschland, Das Jahr 1921«, BzG, Nr. 6, 1965, S. 1027) weist darauf hin, dass Brandler über die 1921 ausgegebene Parole des Bündnisses mit Russland schreibt: »Wir hielten den Sturz der Regierung und Schaffung mindestens einer Arbeiterregierung [...] für die erste Vorbedingung einer Rettung vor der Katastrophe« (S. 12) [zitiert nach Reisberg, S. 1027].

2217 Der Brief Brandlers wurde von Levi in Sowjet, Nr. 6, 1921, S. 172-174 veröffentlicht.

2218 Ebenda, S. 174 [hier zitiert nach Reisberg, a.a.O., S. 1028]. A. Reisberg (a.a.O., S. 1028) weist darauf hin, dass das von Brandler vorgelegte Programm »ein Wirtschaftsprogramm für eine Arbeiterregierung« war.

2219 A. Reisberg, »Ein neuer Brief V. I. Lenins über die Taktik der KI«, BzG, 1965, Nr. 4, S. 687.

2220 Ebenda.

2221 »Bemerkungen zu den Entwürfen der Thesen über die Taktik für den III. Kongress der KI. Brief an G. J. Sinowjew«, Ebenda, S. 687-691. [Auch veröffentlicht in Lenin Werke, Ergänzungsband 2, Berlin 1971, S. 326-331]

2222 Ebenda, S. 687-688. [a.a.O., S. 326 f.]

Lenin meint, dass die von Radek angenommenen Änderungen »ein klassisches Beispiel für die Borniertheit Bela Kuns und Thalheimers [...] und... die eilfertige Nachgiebigkeit Radeks« sind. Da der Schaden umfangreich ist, gibt er einen ernüchterten Blick von sich:

»Was tun? Ich weiß es nicht. Es ist schrecklich viel versäumt worden – Zeit und Arbeit.«²²²³

In der Sache hingegen zögerte er nicht im Geringsten und schrieb an Sinowjew:

»unsinnig und schädlich ist es zu schreiben und anzunehmen, die Periode der Propaganda sei vorbei, begonnen habe die Periode der Aktionen. (...) Man muss unentwegt und systematisch um die Mehrheit der Arbeiterklasse, in erster Linie innerhalb der alten Gewerkschaften, ringen. (...) Alle, die nicht verstanden haben, dass diese Taktik des ›Offenen Briefes‹ obligatorisch ist, sind spätestens einen Monat nach dem III. Kongress der Kommunistischen Internationale aus der Kommunistischen Internationale auszuschließen. Ich sehe klar, dass es ein Fehler von mir war, für die Aufnahme der KAPD zu stimmen, man muss ihn möglichst schnell und möglichst vollständig korrigieren.«²²²⁴

Was die Märzaktion selbst betrifft, so kam Lenin aufgrund der Lektüre der Broschüren Brandlers und Levis zu einigen Schlussfolgerungen: Alle Aufschreie, es als eine »offensive Aktion« darzustellen, sind irrsinnig, und der sehr schwere Fehler der deutschen Führer*innen war, zum Generalstreik aufzurufen, als die Regierung offensichtlich eine Provokation organisiert hatte. Aber diese rein defensive Aktion konnte seiner Meinung nach nicht als Putsch betrachtet werden: indem er sie einen Putsch nannte, hatte Levi einen noch schwereren Fehler begangen. Daher ist es notwendig, ihn zu sanktionieren, z.B. durch einen Ausschluss für sechs Monate mit der Aussicht, ihn wieder zu integrieren, wenn er sich loyal verhält. Aber zur gleichen Zeit muss man die Torheiten der Offensivtheorie für immer begraben²²²⁵.

Wendung auf dem Flügel

Die Wende wird so schnell wie möglich vollzogen. Auf der [10.] Konferenz der Russischen Kommunistischen Partei war Radek, der den »Bericht über den 3. Kongress der Komintern« vorstellte, weit von der Linie entfernt, die Lenin zur gleichen Zeit verteidigte: Seine Analysen schienen direkt aus den Perspektiven zu kommen, wie sie im Sommer 1920 verfolgt worden waren. Für ihn hat tatsächlich die Krise, die gerade in mehreren kommunistischen Parteien gleichzeitig ausgebrochen ist, ihre

²²²³ Ebenda, S. 688. [a.a.O., S. 327]

²²²⁴ Ebenda, S. 688. [a.a.O., S. 328 f.]

²²²⁵ Ebenda, S. 689-690. [a.a.O., S. 329 f.]

Wurzel in einem »Gefühl der Überzeugung [...], dass die Welle der internationalen Revolution zurückgeht«, ein Gefühl, das seiner Meinung nach sowohl den Analysen Serratis als auch denen Paul Levis zugrunde liegt. Doch Radek ist der Meinung, dass es in Wirklichkeit keinen solchen Rückzug gibt:

»Wenn wir zu der Überzeugung gelangten, dass die Revolution im Abnehmen begriffen ist, dass wir in den nächsten zwei Jahren einen Verwesungsprozess vor uns haben, dann ist es klar, dass wir, während wir Kommunisten bleiben und für unsere Ziele kämpfen, dennoch bedenken müssen, dass der Kampf um die Macht nicht als aktueller Kampf ansteht, dass wir daher unsere Taktik ändern müssen, die eher den Charakter einer Agitations-, Propaganda-, Organisationstaktik, einer Vorbereitungstaktik als einer Taktik des Kampfes annehmen muss.«²²²⁶

Im Gegensatz zu der von Levi entwickelten These behauptet Radek auf der Konferenz der russischen Partei, dass das Jahr 1920 keine Ebbe in der revolutionären Bewegung gebracht habe, sondern im Gegenteil eine bedeutende Beschleunigung:

»Als die Offensive der Roten Armee bei Warschau scheiterte, als viele ausländische Kapitalisten unter dem Einfluss unserer Niederlage beschlossen, dass sie die Revolution abhaken könnten, da begann die tiefste, lang erwartete Krise, eine Weltwirtschaftskrise, an die die Kapitalisten doch nicht glaubten.«²²²⁷

Für ihn waren die Jahre von 1918 bis 1920 daher letztlich nur Jahre der Vorbereitung. Die Märzaktion war rein defensiv, aber positiv, weil es sich um eine Aktion handelte: »selbst eine Niederlage [wird] hier eine fortschrittliche Rolle spielen.«²²²⁸ Ihr positivstes Ergebnis war in der Tat, zu zeigen, dass die »Rechten« – Levi und seine Genoss*innen – die Aktion der Partei sabotierten:

»Erst heute ist unser Vertrauen in die deutsche Partei gestärkt worden. (...) Das beweist, dass die Partei stärker und besser ist, als wir dachten.«²²²⁹

Die Schlussfolgerung überrascht aus dem Mund eines Redners, der im gleichen Moment den »weißen Terror« anprangert, der über Deutschland hereinbricht, und der in diesem Zusammenhang Levi für seine öffentliche Initiative als verbrecherisch tadelt:

»Die Lage in Europa hat sich zu unseren Gunsten verändert, (...) auch, weil die kommunistische Bewegung wächst.«²²³⁰

2226 Bulletin communiste, Nr. 28, 7. Juli 1921, S. 464. [Hier zitiert nach dem Protokoll der 10. allrussischen Parteikonferenz, Protokoly desjatoi wserossijskoi konferenzii RKP(b). Nachdruck Moskau 1933, S. 80-90, hier S. 80 f.]

2227 Ebenda, S. 465. [a.a.O., S. 82]

2228 Ebenda, S. 466. [tats. S. 467, a.a.O., S. 87]

2229 Ebenda, S. 466. [tats. ebenfalls S. 467, a.a.O., S. 87]

2230 Ebenda, S. 468. [a.a.O., S. 90]

Der Kontrast zu den Thesen, die Trotzki und Varga im Auftrag der Exekutive dem Weltkongress zur internationalen Lage vorlegen sollten aufgrund der Position, deren Annahme Lenin im bolschewistischen Zentralkomitee hatte durchsetzen können, ist frappierend. Sie gehen tatsächlich von der Feststellung aus, dass die Wirtschaftskrise – die 1920 ausbrach – die tiefe Krise des kapitalistischen Systems widerspiegelt und eine Reaktion auf die fiktive Prosperität der Kriegszeit ist. Aber die Haupttatsache ist, dass die Verzettlung der Arbeiterreaktionen verhindert hat, dass die Krise zur Revolution führt. Die Thesen erinnern an die Etappen der großen revolutionären Welle, die durch den Weltkrieg ausgelöst wurde: die Revolution in Russland 1917, die Revolution in Deutschland und Österreich-Ungarn 1918-1919, die Streiks der französischen Eisenbahner*innen 1919, dann 1920 und im gleichen Jahr der deutsche Generalstreik gegen den Kapp-Putsch, die Bewegung der Besetzung der Fabriken in Norditalien, der Generalstreik in der Tschechoslowakei. Und sie machen diese Beobachtung:

»Diese mächtige Welle schwemmte aber weder den Weltkapitalismus, noch den europäischen Kapitalismus hinweg. (...) Während des Jahres zwischen dem II. und III. Kongress der Kommunistischen Internationale endete eine Reihe der Aufstände und Kämpfe der Arbeiterklasse mit teilweisen Niederlagen.«²²³¹

Die Kommunistische Internationale muss sich daher die Frage stellen, ob eine Stabilisierung der Lage des Weltkapitalismus eingetreten ist und ob es folglich notwendig ist, eine neue Taktik entsprechend dieser neuen Lage zu beschließen. Die Schlussfolgerung der Berichterstatter ist klar:

»Es ist nicht zu bestreiten, dass sich gegenwärtig der offene revolutionäre Kampf der Proletarier um die Macht in manchen Ländern verlangsamt.«²²³²

Trotzki bekräftigt es vor dem Kongress:

»Erst jetzt sehen und fühlen wir, dass wir nicht so unmittelbar nahe dem Endziel, der Eroberung der Macht, der Weltrevolution stehen. Wir haben damals im Jahre 1919 uns gesagt: es ist die Frage von Monaten, und jetzt sagen wir, es ist die Frage vielleicht von Jahren.«²²³³

Da er nach Lenins Interventionen in den Vorgesprächen kam, hat Trotzki's Bericht eine präzise Bedeutung. Gleich zu Beginn des Kongresses warfen die beiden angesehensten Führer der bolschewistischen Partei das Gewicht ihrer Autorität in die Waagschale: Nicht weniger war wohl nötig, um den Block der Linksradikalen und Neolinksradikalen zu überwinden.

2231 Bulletin communiste, Nr. 29, 14. Juli 1921, S. 480. [Hier zitiert nach Thesen und Resolutionen des III. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale. Hamburg 1921, S. 7-29, hier S. 7]

2232 Ebenda, S. 487. [a.a.O., S. 27]

2233 Protokoll des III ..., S. 90.

Der Ablauf des Kongresses

Das Ziel Lenins und Trotzkis war einfach: Es war wichtig, die Einheit der deutschen Partei und der Internationale zu bewahren und sie gleichzeitig zu einer radikalen politischen Wende zu bewegen. Konkret waren sie bereit, einerseits den Ausschluss Paul Levis zu bestätigen, aber nur wegen »*Disziplinlosigkeit*« und um die Verantwortung der Exekutive für die Märzaktion nicht bloßzustellen, und andererseits diese Aktion als »*Schritt vorwärts*« zu begrüßen, gleichzeitig aber die Theorie der Offensive rundheraus zu verurteilen und jeden Rückfall zu verhindern.

Die Realisierung eines solchen Plans war keine leichte Aufgabe und erforderte viele Vorsichtsmaßnahmen und Manöver. Es war wenige Tage vor der Eröffnung des Kongresses tatsächlich nicht abzusehen, dass Lenin und Trotzki in der Lage sein würden, die Mehrheit der Kongressdelegierten für ihre Ansichten zu gewinnen. Nach seiner Rückkehr nach Moskau hatte Bela Kun hart daran gearbeitet, die ausländischen Delegierten, die einer nach dem anderen eintrafen, für die Theorie der Offensive zu gewinnen. Rosmer schildert in seinen Erinnerungen²²³⁴, wie er sich mehrfach näherte, Besuche machte, Gespräche führte, um Informationen zu bekommen, die Belgier*innen und die Luxemburger*innen für sich gewann und ein im Voraus erlangtes Abkommen mit den Italiener*innen traf. Lenin seinerseits erwartete die deutsche Delegation, die mit dreiunddreißig Delegierten eintraf²²³⁵. Es fehlten nur Ernst Meyer und Stoecker, die in Berlin die Leitung der Partei sicherstellten, und der inhaftierte Brandler. Clara Zetkin, Delegierte des kommunistischen Frauenverbandes zum Kongress, war in der Tat die offiziöse Sprecherin der deutschen Opposition. Auf Beharren Lenins hin reisten drei weitere Oppositionsführer, Paul Neumann, Malzahn und Franken, an, die mit beratender Stimme am Kongress teilnehmen werden. Die Freunde Levis hatten die Moskauer Gespräche sorgfältig vorbereitet, brachten eine umfangreiche Sammlung von Unterlagen, Zeitungen, Flugblätter, Versammlungsprotokollen, Zeug*innenaussagen von Aktivist*innen zusammen. Doch sie kamen mit leeren Händen an, denn die Akten, die sich in Clara Zetkins Gepäck befanden, waren an der Grenze von der preußischen Polizei beschlagnahmt worden, die auf Severings Befehl handelte²²³⁶.

²²³⁴ Rosmer, Moskou sous Lénine, S. 178. [Alfred Rosmer, Moskau zu Lenins Zeiten, Frankfurt am Main 1989, S. 127]

²²³⁵ Aufgrund der Tatsache, dass der Kongress der Roten Gewerkschaftsinternationale in Moskau stattfand, waren die Deutschen in Wirklichkeit viel zahlreicher. Vera Mujbegović, a.a.O., S. 284, Fn. 54, schätzt die Zahl der damals in Moskau anwesenden deutschen Delegierten auf etwa 60.

²²³⁶ R. Fischer, a.a.O., S. 178 [deutsche Ausgabe, S. 217], bekräftigt, dass diese Beschlagnahmung »unzweifelhaft mit« Clara Zetkins »stillschweigenden Einverständnis« durchgeführt wurde: ein schwerer, aber unbegründeter Vorwurf. Tatsächlich hatte Clara Zetkin einen Fehler begangen, indem sie das Risiko einging, solche Dokumente selbst zu transportieren, die normalerweise dem Apparat anvertraut wurden. Sie rechtfertigte sich am 30. November 1921 gegenüber der Zentrale damit, dass sie sich nicht sicher gewesen sei, ob das Material tatsächlich nach Moskau übermittelt worden wäre, wenn sie sich nicht selbst darum gekümmert hätte, und fügte hinzu, dass mehrere von ihr an die Exekutive gesandte Briefe und Telegramme nie oder mit großer Verspätung angekommen seien. Vera Mujbegović (a.a.O., S. 315), die aus diesen

Trotz dieses Zwischenfalls, der ihre Aufgabe erleichterte, wurde die deutsche Delegation, Sprecher der Mehrheit der KPD, bald enttäuscht. Heckert, der zur gleichen Zeit wie Rákosi von Lenin empfangen wurde, verließ das Treffen »ganz zerschmettert«²²³⁷: Die beiden Männer wurden beschuldigt, Unsinn zu reden. Eine erste improvisierte Diskussion fand im Büro Lenins statt. Sarkastisch, vehement fragte er die Anhänger*innen der Theorie der Offensive, wie sich ihrer Meinung nach die Arbeiter*innen unter den Schlägen der Repression und Arbeitslosigkeit »erziehen.« Koenen antwortet lapidar, dass »ihr Bauch ihren Kopf revolutionär elektrifizieren« werde. Von da an würde Lenin alle seine Kritiken an den Deutschen mit dieser ironischen Bemerkung untermalen:

»Nun ja, das kommt von der Elektrifizierung des Kopfes durch den Bauch.«²²³⁸

In einer späteren Sitzung schüttelte er die Delegierten der deutschen Mehrheit noch härter:

»Die Provokation lag doch glatt auf der Hand. Statt von der Verteidigung aus die Arbeitermassen gegen die Angriffe der Bourgeoisie zu mobilisieren und so den Massen zu zeigen, dass das Recht auf eurer Seite ist, habt ihr die sinnlose ›Offensivtheorie‹ erfunden, die allen Polizeikerlen und den reaktionären Regierungen die Möglichkeit gibt, euch als die Angreifer darzustellen, vor denen man das Volk schützen muss.«²²³⁹

Er greift Bela Kun scharf an, den er wegen seiner, wie er es nennt, »Kunereien« mit Spott überzieht, macht sich über die Befürworter*innen der Offensive lustig, »den Mohren dieses Tatbestandes wird keine theoretische, politische oder literarische Seife weißwaschen.«²²⁴⁰

Heckert wurde Zeuge des Durcheinanders und der Verwirrung der deutschen Mehrheit, die von Lenins Offensive kalt erwischt, vor den anderen Delegationen öffentlich geprügelt, lächerlich gemacht und machtlos waren. Fröhlich beklagte sich laut ihm, dass Lenin »kleinlich« sei: Er war zweifellos nicht der einzige²²⁴¹. Lenin war sich nämlich durchaus der Notwendigkeit bewusst, die Versuche der Anhänger*innen der Offensive

Protokollen zitiert (I.M.L.-Z.P.A. 3/1, S. 170), erwähnt keine Antwort auf dieses vermeintlich unwiderlegbare Argument.

2237 Heckert, »Mes rencontres avec Lénine«, Lénine tel qu'il fut, Bd. II, S.804. [Hier zitiert nach Fritz Heckert, Meine Begegnungen mit Luxemburg, Liebknecht und Lenin. Die Kommunistische Internationale, XVI. Jahrgang, Heft 3, 5. Februar 1935, S. 227-247, hier S. 243]

2238 Ebenda. [a.a.O. S. 244]

2239 Ebenda. [a.a.O.]

2240 Zetkin, Souvenirs du Lénine, S. 35. [Ausgabe 1929, S. 27, Ausgabe 1985, S. 32, Ausgewählte Reden ... Band III, S. 109. Allerdings gab Zetkin – »so unterbrach ich Lenin« – hier ihre eigene Aussage wider]

2241 Heckert, a.a.O., S. 805. Kolarow spielte auf einen ziemlich scharfen Zusammenstoß zwischen Lenin und Bela Kun in der Exekutive am 17. Juni an, in »V. I. Lenin na III Kongresse Kommunistitscheskogo Internazionala«, Woprosy Istorii, 1960, Nr. 2, S. 189-191.

zu brechen, wobei er versuchte, bei ihnen keinen übermäßigen Groll zu provozieren. In Gesprächen mit Clara Zetkin, bei denen Trotzki anwesend war, erklärte er, dass, wenn der »Kongress [...] der famoson ›Offensivtheorie‹ den Hals umdrehen« wird, er ihren Befürworter*innen »einige Brosamen Trost spenden«²²⁴² müsse – was bedeutet, dass Clara Zetkin und ihre Freund*innen sich mit einem Kompromiss zufrieden geben müssen.

Ein solcher Kompromiss setzt natürlich die Aufrechterhaltung der Sanktionen gegen Levi voraus. Lenin erklärt seiner Gesprächspartnerin, warum sie seiner Meinung nach unvermeidlich sind:

»Er kritisierte nicht nur höchst einseitig, übertrieben, ja gehässig; er gibt nichts, woran sich die Partei orientieren könnte. Er lässt Solidaritätsgeist mit der Partei vermissen. Und das ist es, was die Genossen in Reih' und Glied so empört und taub und blind gemacht hat für das viele Richtige in der Kritik Levis.«²²⁴³

Levi kompromittierte selbst seine Chancen, seine Partei zu überzeugen:

»So entstand eine Stimmung – sie übertrug sich auch auf die nichtdeutschen Genossen –, in der der Streit um die Broschüre und namentlich um die Person Levis ausschließlicher Gegenstand der Auseinandersetzung ward, statt der falschen Theorie und der schlechten Praxis der ›Offensivtheoretiker‹ und ›Linkser‹. Die haben es Paul Levi zu verdanken, dass sie bis jetzt so gut davongekommen sind, viel zu gut. Paul Levi ist sein eigener schlimmster Feind.«²²⁴⁴

Obwohl der größte Teil der Debatte also hinter verschlossenen Türen, in Lenins Büro oder während langer Ausschusssitzungen stattfand, musste sie zwangsläufig während der Plenarsitzungen diskutiert werden, und im Verlauf dieser Sitzungen kam es wahrscheinlich zu Zwischenfällen. Das gewählte Verfahren versucht, solche Vorfälle so weit wie möglich zu vermeiden. So hatte sich Sinowjew, der als Präsident der Internationale mit der Vorlage des Tätigkeitsberichts beauftragt war, nicht mit der Märzaktion als solcher zu befassen. Durch seine Liaisons mit Bela Kun und den Schutz der Anhänger*innen der Offensive zweifellos zu sehr kompromittiert, musste er sich damit begnügen, dem Kongress zu erklären, auf welche Weise die Exekutive ein Urteil über sie formuliert hatte:

»Wir sind ganz einverstanden damit, was Genosse Brandler in seiner Broschüre gesagt hat: Es war keine Offensive, es war schlechtweg ein Defensivkampf. Der

²²⁴² Zetkin, Souvenirs, S. 36 [Ausgabe 1929, S. 28, Ausgabe 1985, S. 37, Ausgewählte Reden ... Band III, S. 110]. Clara Zetkins »Erinnerungen«, die nach der Niederlage Trotzkis und der Opposition 1924 veröffentlicht wurden, erwähnen Trotzkis Anwesenheit bei diesen Gesprächen nicht. Aber die Briefe, die Clara Zetkin damals an Levi schickte, bezeugen sie (Nachlass Paul Levi, P 113/18 [tats. 113/15, inzwischen Mappe 44 in Box 19]). Ansonsten entsprechen die »Erinnerungen« getreu dem vor Ort gegebenen Bericht.

²²⁴³ C. Zetkin, a.a.O., S. 42. [Ausgabe 1929, S. 32, Ausgabe 1985, S. 42, Ausgewählte Reden ... Band III, S. 113]

²²⁴⁴ Ebenda, S. 42-43. [a.a.O., S. 113 f.]

Feind hat uns überfallen. (...) Viele Fehler sind gemacht worden, viele organisatorische Schwächen haben sich gezeigt. Unsere Genossen in der deutschen Zentrale haben sich diesen Fehlern nicht verschlossen – sie wollen ihre Fehler korrigieren.

Die Frage ist, ob wir diese Kämpfe als einen Schritt vorwärts ansehen können, als eine revolutionäre Episode auf dem qualvollen Wege der deutschen Arbeiterklasse, oder ob wir sie als einen Putsch bezeichnen müssen. Die Exekutive ist der Meinung, dass die Märzaktion kein Putsch war. Es ist lächerlich, von einem Putsch zu reden, wo eine halbe Million Arbeiter gekämpft haben. (...) Wir müssen die Fehler klar aussprechen und aus ihnen lernen. Wir verheimlichen nichts, wir treiben keine Konventikelpolitik, keine Geheimdiplomatie. Und wir sind der Meinung, dass die deutsche Partei sich im Großen und Ganzen dieses Kampfes nicht zu schämen hat, sondern ganz im Gegenteil.»²²⁴⁵

Abgesehen von dieser eher summarischen Antwort auf Levis Argumente – von denen er immerhin einen langen Text des Einspruchs gegen seinen Ausschluss besaß, den er nicht verlas und dessen Existenz er während des Kongresses nicht einmal erwähnte²²⁴⁶ – sagte der Vorsitzende der Internationale nichts über die Märzaktion. Andererseits wurde am Ende der Diskussion seines Berichts eine allgemeine Resolution zur Abstimmung gestellt, in der in einem Absatz die im Laufe des Jahres von der Exekutive ergriffenen Sanktionen gebilligt wurden. Diese Art und Weise, den Fall Levi zu regeln, ohne ihn eingehend diskutiert zu haben, provozierte empörte Proteste der deutschen Minderheitler*innen, und Clara Zetkin stellte dieses Vorgehen von der Tribüne aus zur Disposition:

»Meines Erachtens ist der Fall Levi in erster Linie nicht bloß ein disziplinarischer Fall [...], er ist in erster Linie und hauptsächlich ein politischer Fall. Er kann nur richtig beurteilt, nur richtig eingeschätzt werden, im Zusammenhang mit der ganzen politischen Situation, und deshalb bin ich der Meinung, dass er wirklich nur behandelt werden kann im Zusammenhang mit unseren Auseinandersetzungen über die Taktik der Kommunistischen Partei und insbesondere im Zusammenhang mit den Auseinandersetzungen über die Märzaktion. (...) Wenn Paul Levi wegen der Kritik der Märzaktion und der Fehler, die er unstreitig dabei begangen hat, hart bestraft wird, welche Strafe verdienen dann die, die die Fehler selbst begangen haben? Der Putschismus, den wir angeklagt haben, der hat nicht bestanden in der Aktion der kämpfenden Massen (...) er bestand in den Köpfen der Zentrale, die die Massen in dieser Weise in den Kampf führten.»²²⁴⁷

²²⁴⁵ Protokoll des III..., S. 184-185. Hervorgehoben im Text.

²²⁴⁶ Nachlass Paul Levi, P 7/1 [tats. 7/7, inzwischen Mappe 44 in Box 19].

²²⁴⁷ Protokoll des III..., S. 295-298.

Radek wird die Frage der Märzaktion an sich in der Taktikdebatte ansprechen²²⁴⁸. So drückt sich der Wunsch der Exekutive aus, nicht in die Vergangenheit zurückzugehen, sondern um jeden Preis Klarheit für die Zukunft zu erhalten. Er war streng zur deutschen Zentrale, die seiner Meinung nach von der Hörsing-Offensive überrascht worden sei und obendrein nicht verstanden habe, dass sie zwar eine Solidaritätsaktion mit den Mansfelder Bergleuten organisieren solle, aber ohne diesen zu verheimlichen, dass sie nicht in der Lage seien zu siegen. Sie verschlimmerte die Lage durch den leichtfertigen Aufruf zum Generalstreik am 24. März, der keinen der vorherigen Fehler beheben konnte, sondern stattdessen die Schwäche der Partei offenbarte. Schlimmer noch: Anstatt offen zuzugeben, dass sie einen Fehler gemacht hatte, zog es die Zentrale vor, die Theorie der Offensive zu ihrer Rechtfertigung um jeden Preis zu fälschen. Seine ganze Bissigkeit gegen die deutschen Führer*innen entfesselnd, schließt Radek wie Sinowjew, dass es trotz allem unzulässig sei, die Märzaktion als Putsch zu bezeichnen, die zweifellos »*ein Schritt vorwärts*« sei²²⁴⁹.

Wie sehr es sich die Führer*innen der Internationale auch gewünscht haben mögen, es war unmöglich, dass die Diskussion nicht auf unangenehme und unerwünschte Aspekte zurückkam. Die Diskussion unter den Deutschen, die auf Radeks Bericht folgte, war ein regelrechtes Auspacken schmutziger Wäsche, in deren Verlauf Friesland, Heckert und Thälmann am heftigsten waren. Radek und Zetkin beschuldigten sich gegenseitig, ihren Beitrag zur Theorie der Offensive geschrieben zu haben, die sie beide heute so scharf verurteilen²²⁵⁰. Keines der grundlegenden Probleme bezüglich der Funktionsweise der Exekutive und ihrer Beziehungen zur Zentrale wurde diskutiert. Bela Kun schwieg und sprach – nur im Zusammenhang mit der Tagesordnung –, um hämisch daran zu erinnern, dass er zur »*sogenannten Linken*« gehörte²²⁵¹. Wieder einmal ist es die alte Clara, die ins Fettnäpfchen tritt. Sie wendet sich an Radek und apostrophiert ihn:

Es gebe hier »*so manchen [...], der nicht da ist, weil seine Haltung eine schwankende, unbestimmte und oft wechselnde gewesen ist.*«²²⁵²

Sie wirft auch das Problem der Vertreter*innen der Exekutive auf – das, wie sie sagt, »*wieder diskutiert werden muss*« – und macht eine durchsichtige Anspielung auf Bela Kun, ohne ihn zu nennen:

»*Aber eins bleibt Tatsache, die wir bei der Auseinandersetzung über die Märzaktion beweisen werden, dass Vertreter der Exekutive allerdings einen großen Teil Verantwortlichkeit daran tragen, dass die Märzaktion in dieser Weise geführt wur-*

2248 Ebenda, S. 455-484.

2249 Ebenda, S. 472.

2250 Ebenda, S. 466 und 599-600.

2251 Ebenda, S. 651.

2252 Ebenda, S. 279.

de, wie es geschehen ist, dass Vertreter der Exekutive einen großen Teil der Verantwortung an den falschen Losungen, der falschen politischen Einstellung der Partei tragen oder richtiger: der Zentrale. Und niemand weiß das besser, als Gen. Radek selbst.»²²⁵³

So beschuldigt, protestierte Radek sofort und rief von seinem Sitz aus, dass er zu dieser Zeit nicht in Deutschland war. Er war nicht erfreut, denn seine Gesprächspartnerin entgegnete ihm:

»Sie haben vor einigen Tagen vor Zeugen erklärt, dass Sie unmittelbar, nachdem Sie informiert wurden, dem Vertreter der Exekutive mitgeteilt hatten, dass seine Losung — ich will das von Ihnen gebrauchte unparlamentarische Wort hier nicht gebrauchen, sondern nur ein milderes Wort — töricht war.«²²⁵⁴

Clara Zetkin plädierte gleichfalls für Levi, von dem sie einräumte, dass er einen Akt der Disziplinlosigkeit begangen habe: Sie forderte einfach die Behandlung für ihn, die 1917 Sinowjew und Kamenew wegen eines ähnlichen Fehlers auferlegt worden war²²⁵⁵, eine für die Betroffenen unangenehme, aber für den Kongress zweifellos heilsame Anspielung auf die Haltung, die zur Zeit des Oktoberaufstandes von dem Mann eingenommen wurde, der sich, nachdem er Präsident der Internationale geworden war, zum Vorkämpfer der Disziplin gegen Levi machte!

Der politische Kampf wurde erst ausgelöst, als die Delegierten der deutschen Mehrheit erklärten, dass sie die vorgelegten Thesen zwar gutheißen, aber Änderungen an ihnen vornehmen wollten, die die österreichischen und italienischen Delegierten unterstützten. Es ist offensichtlich die Infragestellung des ursprünglichen Kompromisses: Sie rechtfertigen ihre Haltung damit, dass Trotzki's Bericht eine rechte »Auslegung« der Thesen liefert, die sie korrigieren wollen²²⁵⁶. Der Pole Michalak öffnet ein Fenster zu den Korridordiskussionen, indem er auf der Tribüne zugibt:

Viele Genossen hätten sich gesagt, »*Lenin nimmt seinen Kurs nach rechts und dies tut auch Trotzki.*«²²⁵⁷

Heckert griff Lenin an und lieferte eine feurige Entschuldigung für die Märzaktion²²⁵⁸. Thälmann griff in der gleichen Weise Trotzki an²²⁵⁹. Was den Italiener Terracini betrifft, so behauptet er entschieden, dass es nicht die geringe Mitgliederzahl einer Partei ist, die sie untauglich macht, die Revolution durchzuführen, wie das Beispiel der bolschewistischen Partei von 1917 seiner Meinung nach zeigt²²⁶⁰.

2253 Ebenda, S. 297.

2254 Ebenda, S. 297.

2255 Ebenda, S. 292 und 298.

2256 Ebenda, S. 671.

2257 Ebenda, S. 522.

2258 Ebenda, S. 528-543.

2259 Ebenda, S. 633-638.

2260 Ebenda, S. 505.

Da startete Lenin seinen Gegenangriff, der sich sowohl gegen die Linksradikalen der Internationale als auch gegen die Delegierten der KAPD richtete. Letztere, die in einer großen Delegation mit dem offensichtlichen Ziel kamen, eine internationale Tendenz zu konstituieren, intervenierten systematisch während der Debatten zu allen Fragen der Tagesordnung, legten ihre eigenen Texte zu jedem Punkt vor, der zur Abstimmung vorgelegt wurde, und vervielfältigten die Kontakte mit den Delegierten, an die sie insbesondere eine kurze Geschichte ihrer Partei verteilten²²⁶¹. Sie griffen bei jeder Gelegenheit ihre Themen des Antiparlamentarismus, der Verurteilung der aktivistischen Arbeit innerhalb der Gewerkschaften, ihre Kritik an der »Ultrazentralisierung« der Internationale und der kommunistischen Parteien wieder auf. Unmittelbar vor Terracini griff Appel in einer Intervention gegen den Bericht Radeks mit großer Heftigkeit den offenen Brief der VKPD an, von dem er bekräftigte, er sei opportunistisch und könne nur so sein²²⁶². Lenin entgegnete Terracini, dass sich in den Änderungsanträgen »keine Spur von Marxismus, keine Spur von politischen Erfahrungen und von Argumenten«²²⁶³ finde. Bezüglich der Angriffe des KAPD-Vertreters sagte er:

»Ich habe schon zu meinem Bedauern und meiner tiefsten Beschämung solche Ansichten privatim gehört. Aber, dass auf dem Kongress, nachdem schon so lange Diskussionen geführt worden sind, der Offene Brief für opportunistisch erklärt wird, das ist eine Schmach und Schande. (...) Der Offene Brief ist vorbildlich. So steht es in unseren Thesen. Das muss unbedingt verteidigt werden. Vorbildlich als erster Akt der praktischen Methode, um wirklich die Mehrheit der Arbeiterklasse zu bekommen. Wer in Europa, wo fast alle Proletarier organisiert sind, nicht versteht, dass wir die Mehrheit der Arbeiterklasse erobern müssen, der ist verloren für die kommunistische Bewegung, der wird nie etwas dazulernen, wenn er in drei Jahren nach der großen Revolution das noch nicht gelernt hat.«²²⁶⁴

Er stellt dann Terracini, und durch ihn alle Linksradikalen, zur Rede, die sich zur Unterstützung ihrer Analysen auf das bolschewistische Beispiel berufen:

»Gen. Terracini hat nicht viel verstanden von der russischen Revolution.

Wir waren in Russland eine kleine Partei, aber wir hatten die Mehrheit in den Arbeiter- und Bauernräten im ganzen Lande. [...] Wo haben Sie das? Wir hatten mindestens die Hälfte der Armee, die damals zumindest 10 Millionen stark war. (...) Wenn diese Absichten des Gen. Terracini von drei Delegationen geteilt werden, dann ist etwas krank in der Internationale. Dann müssen wir sagen: Halt! Entschieden Kampf! Sonst ist die Kommunistische Internationale verloren.«²²⁶⁵

²²⁶¹ Bock, a.a.O., S. 259-260.

²²⁶² Protokoll des III ..., S. 485-497 (Appel erscheint unter seinem Pseudonym Hempel). Hier, S. 492.

²²⁶³ [Ebenda, S. 513.]

²²⁶⁴ Ebenda, S. 511.

²²⁶⁵ Ebenda, S. 512.

Trotzki erteilte gleichfalls den Änderungen eine kategorische Absage:

Die »Mitglieder der deutschen Delegation [sehen] die Sache noch immer so an [...], dass man sie um jeden Preis verteidigen muss, nicht untersuchen, nicht analysieren (...) Wir sind verpflichtet, der deutschen Arbeiterschaft klipp und klar zu sagen, dass wir diese Offensivphilosophie als die größte Gefahr und in der praktischen Anwendung als das größte politische Verbrechen auffassen. (...) Man sagt, du bist jetzt von den Opportunisten abgeprallt und du machst diese Bewegung von innen, aber schau, auf der Welt existieren nicht nur die Opportunisten, sondern die Klassen.«²²⁶⁶

In Übereinstimmung mit der vor dem Kongress mit Lenin getroffenen Vereinbarung erklärte er, dass er keine weiteren Zugeständnisse »an die Linke« machen würde, wobei die Thesen selbst die äußerste Grenze des Kompromisses darstellten, über die er sich nicht hinausbewegen lassen würde:

»Jetzt will ich nur noch mit Nachdruck feststellen, dass wir diese Thesen als maximale Zugeständnisse betrachten an diejenige Tendenz, die hier von vielen Genossen, so auch vom Gen. Thälmann verteidigt worden ist.«²²⁶⁷

Seine Drohung, bis zum Ende zu kämpfen, falls Lenin und er selbst überstimmt würden, vollendete die Niederwerfung der Angreifer*innen. Alle Anträge, die die Märzaktion betreffen, wurden einmütig angenommen. Lenin und Trotzki können denken, dass sie die Internationale gerettet und gleichzeitig dazu beigetragen haben, den von der Exekutive der deutschen Partei zugefügten Schaden bis zu einem gewissen Grad zu reparieren. Trotzki zeigte die Größe des historischen Problems, mit dem er sich befasste, durch seinen Bericht an den Kongress der Internationale der Kommunistischen Jugend:

»Als Kämpfer der Revolution sind wir überzeugt – und die objektiven Fakten sprechen für uns –, dass wir als Arbeiterklasse, als Kommunistische Internationale, unsere im jahrhundertelangen Verlauf von hunderten Generationen geschaffene Zivilisation retten werden, und nicht nur retten werden, sondern auch auf eine viel höhere Entwicklungsstufe heben werden. Aber rein theoretisch gesprochen ist auch die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, dass die mit ihrem Staatsapparat und ihrer ganzen angesammelten Erfahrung bewaffnete Bourgeoisie gegen die Revolution bis zu jener Zeit kämpfen wird, in der sie aus der zeitgenössischen Zivilisation ihren ganzen Lebenssaft ausgesogen und die zeitgenössische Menschheit aus der produktiven Periode in einen Zustand der Auflösung und Fäulnis gestürzt haben wird.«²²⁶⁸

2266 Ebenda, S. 643, 646, 650.

2267 Ebenda, S. 638.

2268 Rede wiedergegeben in *The First Fives Years of the Communist International*, S. 299. [Hier zitiert nach der russischen Ausgabe, Pjat Let Kominterna, Moskau 1924, S. 248]

Der Dritte Kongress ruft alle kommunistischen Parteien auf, sich den Massen zuzuwenden, die Massen für den Kommunismus zu gewinnen, um in naher Zukunft, zur Zeit der nächsten Krise, die Möglichkeit des Sieges der Revolution und der Errichtung der Diktatur des Proletariats zu gewährleisten. Dies ist in den Augen Lenins und Trotzki die Voraussetzung für den Sieg des Sozialismus über die Barbarei.

Man kann sich jedoch fragen, inwieweit die Gründung der Roten Gewerkschaftsinternationale, deren erster Kongress am 3. Juli begann, der neuen Analyse der Lage entspreche. Sie ist das Ergebnis von Initiativen, die während des 2. Kongresses der Internationale ergriffen wurden, und, wenn man Rosmer, einem ihrer Gründer, glauben darf, »sollten demnach sowohl die Gewerkschaftsorganisationen vereinigt werden, die bereits so weit waren, sich insgesamt anzuschließen, als auch die Minderheiten in den reformistischen Gewerkschaften, die den Grundsatz des Anschlusses vertraten.«²²⁶⁹ Der Wunsch, die reformistische Hegemonie der Führer*innen der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale von innen heraus zu zerstören, war verbunden mit dem Wunsch, einen anderen Pol der gewerkschaftlichen Umgruppierung mit revolutionärer Inspiration aufzubauen. In Wirklichkeit ist die delikate Taktik, die eine solche Orientierung auferlegt, vielleicht zu komplex, um von allen Anhänger*innen der Kommunistischen Internationale gut verstanden und assimiliert zu werden. Schlecht vorbereitet, so Rosmer, zog sich der Kongress in schmerzhaften Debatten hin, die sich fast ausschließlich um die Frage der Beziehung zwischen der Roten Gewerkschaftsinternationale und der Kommunistischen Internationale drehten. Die abschließende Resolution, die die Herstellung einer »organischen Verbindung« zwischen Partei und Gewerkschaft für »höchst wünschenswert« erklärt, wird in den Händen der reformistischen Führer*innen der Gewerkschaften eine Waffe gegen die revolutionären Minderheiten sein, die sie beschuldigen werden, »auf Befehl der Partei« zu handeln. Die Tatsache, dass sie zwei der einundzwanzig Bedingungen erfüllt, wird es den Reformist*innen ermöglichen, den »Leninismus« als entschiedenen Gegner der »gewerkschaftlichen Unabhängigkeit« darzustellen, ein Prinzip, dem in vielen fortgeschrittenen Ländern die Arbeiter*innen, einschließlich der Revolutionär*innen, fest verbunden geblieben sind.

Eine zerrissene Partei

Der 3. Weltkongress widmete der Situation in der deutschen Partei eine besondere Resolution. Bei den Treffen außerhalb der Sitzungen unterzeichneten die Exekutive und die Delegierten der beiden Tendenzen einen »Friedensvertrag«: Die Resolution drückt den Wunsch aus, dass er von beiden Seiten respektiert werde, um »Desintegration« und »Fraktionalismus« zu vermeiden, die »die schlimmsten Gefahren für die Bewegung« darstellen.

2269 Rosmer, a.a.O., S. 188. [a.a.O., S. 134]

Die Meinungsverschiedenheiten unter den Deutschen im Verlauf des Kongresses offenbarten die Tiefe der Risse, die die Märzaktion in Brüche verwandelt hatte, die Animositäten, wenn nicht den persönlichen Hass, die Fraktionsmanöver, die das tägliche Brot der Partei sind. Paul Neumann verlas auf der Tribüne des Kongresses ein von Thalheimer aus Moskau an die in Berlin verbliebenen Mitglieder der Zentrale geschicktes Telegramm: Es ging darum, »mit allen Mitteln« das Kommen der Minderheitsmitglieder Otto Brass und Anna Geyer nach Moskau zu verhindern. »Es muss der Schein vermieden werden, als ob eine Macht hinter ihnen stünde.«²²⁷⁰ Thalheimers Erklärungen sind verlegen, und offenbar versucht niemand zu wissen, wie Paul Neumann an den Text eines Telegramms gelangt ist, das nicht für ihn bestimmt war²²⁷¹. Derselbe Neumann beschuldigte Koenen – der dies mit größter Energie leugnete –, den Inhalt dieses Telegramms gekannt zu haben und dennoch auf Sinowjews Bitte hin zugestimmt zu haben, ein weiteres zu senden, das die Ankunft derselben beiden Minderheitler*innen forderte²²⁷².

Aber es manifestierten sich auch andere Widersprüche, die noch gravierender waren: Paul Neumann erklärte auf dem Podium:

»ich bin auch nur ein einfacher Prolet, keiner von den berüchtigten Thesenschustern, wie wir sie in Berlin haben und deren hervorragender Vertreter, Gen. Maslow, ja hier ist.«²²⁷³

Als Malzahn erklärt, dass er und Neumann Mitglieder der Reichsgewerkschaftszentrale sind und dort die revolutionäre Minderheit der Metallarbeitergewerkschaft vertreten, wird er mit einem sarkastischen »Das ist charakteristisch!« unterbrochen²²⁷⁴. Radek forderte ihn auf, zu sagen, wo er im Januar 1919 war. Er antwortete: »Im Aktionskomitee, dann im Gefängnis«²²⁷⁵, aus dem er später ausbrach. Derselbe Radek wirft Levi vor, sich in Zeiten der Gefahr »versteckt« zu haben. Heckert beschuldigte Clara Zetkin, Anfang 1919 »nicht zum Spartakusbund gefunden« zu haben²²⁷⁶. Auf den Fluren erzählt man sich, Malzahn und Neumann hätten den Streik in Berlin sabotiert²²⁷⁷, Bernhard Düwell habe ihn öffentlich bekämpft, ebenso Richard

2270 Ebenda, S. 582.

2271 Ebenda, S. 594-595.

2272 Ebenda, S. 582.

2273 Ebenda, S. 584. [tats. S. 585]

2274 Ebenda, S. 551.

2275 Ebenda, S. 555.

2276 Ebenda, S. 541.

2277 Fünfundzwanzig Jahre später schreibt Ruth Fischer (a.a.O., S. 176 [deutsch S. 215]) erneut: »Einige von Levis Freunden, Paul (sic) Malzahn und Paul Neumann, Funktionäre des Berliner Metallarbeiterverbandes, waren in die Berliner Fabriken gegangen und hatten die Arbeiter aufgerufen, am Streik zur Unterstützung der Mansfelder streikenden Arbeiter nicht teilzunehmen. In einem Ausbruch der Entrüstung verlangte die Partei den sofortigen Ausschluss Levis und der Streikbrecher.« Der Parteivorsitzende Brandler hatte jedoch bereits auf der Sitzung vom 7. April (Nachlass Paul Levi, P 83/9 [Mappe 196 in Box 90], Blatt 19) in einer Erklärung vor dem ZA diese Gerüchte dementiert, die er als Beleidigung für Malzahn, Neumann

Müller²²⁷⁸. Malzahn nahm eine Klarstellung dieser Vorwürfe vor, die Friesland, obwohl er sein Gegner war, in Bezug auf Neumann und ihn selbst bestätigte²²⁷⁹. Clara Zetkin antwortete Heckert mit einer Geschichte ihrer Beziehungen zur jungen Kommunistischen Partei, von der sie sich nur auf Beschluss der von Jogiches geleiteten Zentrale ferngehalten hatte²²⁸⁰. Sie erinnerte Radek, der ein ausgesprochener Spezialist für schmutzige Tricks war, daran, dass die Freikorps einen Preis auf Levis Kopf ausgesetzt hatten²²⁸¹. Richard Müller veröffentlichte ein empörtes Dementi zu den Gerüchten über seine Rolle während des Streiks in der Kongresszeitschrift²²⁸². Malzahn griff die Intellektuellen an, die er als »Federfuchser«²²⁸³ bezeichnete, und warf Thalheimer, Frölich und Friesland »Haarspalterei« und »Spintisiererei«²²⁸⁴ vor. Radek ist witzig auf Kosten Pannekoeks, wenn er von Menschen spricht, die durch die Beobachtung der Sterne die lebenden Arbeiter*innen nicht mehr sehen²²⁸⁵. Heckert und Rákosi sprechen von »Herrn Doktor Levi.« In diesen übertriebenen Äußerungen beider Seiten kommt der Hass zum Ausdruck, der die beiden Gruppen nun trennt.

Lenin und die Einheit der Partei

Die Einheit der Partei bleibt jedoch eines der Ziele Lenins. Während des gesamten Kongresses versuchte er, die Gemüter zu beruhigen, Annäherungen zu skizzieren, die verschärften Empfindlichkeiten zu besänftigen. Er sagt es auf seine runde Art zu Clara Zetkin:

»Sie haben mir einmal geschrieben, wir Russen sollten ein wenig die westliche Psychologie verstehen lernen und den Leuten nicht sofort mit dem harten, struppigen Reisigbesen ins Gesicht fahren. Das habe ich mir gemerkt.«²²⁸⁶

Am Tag, nachdem Heckert seine heftigen Angriffe gegen Clara Zetkin vorgebracht hatte, gelang es ihm, diesen davon zu überzeugen, dass es gerade ihm, Heckert, obliege, Clara Zetkin zu ihrem vierundsechzigsten Geburtstag die Grüße der Internationale zu überbringen²²⁸⁷. Im Fall Levi zeigte er sich auf dem Kongress sehr zurückhaltend und vermied es, eine allzu kategorische Aussage zu treffen. Aber er hat seinen Plan. Zu Clara Zetkin erklärt er:

und Eckert betrachtete, die sich als disziplinierte Kämpfer verhalten hätten.

2278 In derselben Rede ließ Brandler die Frage nach der Haltung Fritz Wolffs, der ausgeschlossen wurde, und Richard Müllers offen.

2279 Protokoll des III., p. 556.

2280 Ebenda, S. 668.

2281 Ebenda, S. 296.

2282 Moskau, 30. Juni 1921.

2283 Protokoll des III..., S. 555.

2284 Ebenda, S. 556. [tats. 557]

2285 Ebenda, S. 444.

2286 C. Zetkin, Souvenirs, S. 37. [Ausgabe 1929, S. 29, Ausgabe 1985, S. 38, Ausgewählte Reden und Schriften III, S 110]

2287 Protokoll des III..., S. 741-746.

»Sie wissen, wie hoch ich Paul Levi und seine Fähigkeiten schätze. (...) Er hat sich in der Zeit schlimmster Verfolgungen bewährt, war tapfer, klug, aufopfernd. Ich glaubte, dass er fest mit dem Proletariat verbunden sei, obgleich ich in seinem Verhältnis zu den Arbeitern eine gewisse Kühle empfand. So etwas wie ›Distanzhalten-wollen‹. Seit dem Erscheinen seiner Broschüre sind mir Zweifel an ihm gekommen. Ich fürchte, es steckt in ihm eine starke Neigung zu Eigenbrötelei und Eingängertum und auch ein Stück Literateneitelkeit.«²²⁸⁸

Als Clara Zetkin zu Levis Gunsten plädiert, indem sie sich auf seine »guten Absichten« beruft, antwortet er²²⁸⁹:

»Sie wissen ja, in der Politik kommt es nicht auf die Absicht an, sondern auf die Wirkung. (...) Der Kongress wird Paul Levi verurteilen, wird hart gegen ihn sein. Das ist unvermeidlich. Jedoch Paul Levis Verurteilung wird nur wegen Disziplinbruchs erfolgen, nicht wegen seines grundsätzlichen politischen Standpunktes. Wie wäre das auch möglich in dem Augenblick, wo dieser Standpunkt in Wirklichkeit als richtig anerkannt wird. Damit steht Paul Levi der Weg weit offen, um sich zurück zu uns zu finden. (...) Sein politisches Geschick liegt in seiner Hand. Er muss sich der Entscheidung des Kongresses als disziplinierter Kommunist fügen und für einige Zeit aus dem politischen Leben verschwinden. (...) Er wird mit tieferer Schulung, grundsätzlich gefestigt und als besserer, klügerer Parteiführer zu uns zurückkehren. Wir sollten Levi nicht verlieren. Seinetwegen und der Sache wegen. Wir sind nicht überreich mit Talenten gesegnet, wir müssen möglichst halten, was wir haben. (...) Wenn Levi sich der Disziplin unterwirft, sich gut hält – er kann zum Beispiel anonym an der Parteipresse mitarbeiten, einige gute Broschüren verfassen usw. –, so werde ich schon nach drei oder vier Monaten in einem offenen Brief seine Rehabilitierung fordern.«²²⁹⁰

In seinen Augen besteht das Hauptproblem darin, »die Taktik der Masseneroberung durchzusetzen.«²²⁹¹ Er wiederholt es gegenüber Clara Zetkin:

»Wir sind nicht Xerxes, der das Meer mit Ketten peitschen ließ.«²²⁹²

Es sei nicht mehr möglich, nach den Erfahrungen der Jahre 1917 bis 1921 weiterhin zu glauben, dass

2288 C. Zetkin, Souvenirs, S. 41-42. [Ausgabe 1929, S. 32, Ausgabe 1985, S. 41 f., Ausgewählte Reden und Schriften III, S 113]

2289 Siehe oben seinen Brief an Sinowjew vom 10. Juni 1921.

2290 Zetkin, a.a.O. S. 44-45. [Ausgabe 1929, S. 34 f., Ausgabe 1985, S. 43 f., Ausgewählte Reden und Schriften III, S. 114 f.]

2291 [Ausgabe 1929, S. 40, Ausgabe 1985, S. 50, Ausgewählte Reden und Schriften III, S. 120]

2292 Ebenda, S. 40. [Ausgabe 1929, S. 31, Ausgabe 1985, S. 41, Ausgewählte Reden und Schriften III, S. 112]

»die Weltrevolution ununterbrochen in ihrem stürmischen Anfangstempo weiter rase, dass wir von einer zweiten revolutionären Welle getragen würden und dass es einzig und allein vom Willen der Partei und ihrer Aktion abhängt, den Sieg an unsere Fahnen zu fesseln. Natürlich auf dem Papier und im Kongresssaal ist es leicht, in einem von objektiven Bedingungen gereinigten, luftleeren Raum die Revolution zu ›machen‹ als ›glorreiche Tat der Partei allein‹, ohne Massen. Letzten Endes ist das gar keine revolutionäre [...], sondern eine ganz spießbürgerliche Auffassung.«²²⁹³

Er gibt Clara Zetkin Ratschläge für den Aufbau der Kommunistischen Partei Deutschlands, die der Notwendigkeit Rechnung tragen muss, Menschen unterschiedlichen Alters und unterschiedlicher Erfahrung zu vereinen:

»Sie müssen streng sein mit den jungen Genossen, die noch ohne tiefere theoretische Schulung und ohne große praktische Erfahrung sind, und Sie müssen gleichzeitig viel Geduld mit ihnen haben. (...) Besonders wichtig ist es, dass Sie bei unserer Fahne tüchtige Genossen halten, die schon früher in der Arbeiterbewegung ihre Sporen verdient haben. (...) Auch mit ihnen heißt es Geduld haben und nicht sofort die ›Reinheit des Kommunismus‹ für gefährdet und verloren halten, wenn ihnen gelegentlich einmal die klare, scharfe Formulierung eines kommunistischen Gedankens noch nicht gelingt. (...) Immer an die Massen denken, Clara, und ihr kommt zur Revolution, wie wir zu ihr gekommen sind: mit den Massen, durch die Massen.«²²⁹⁴

Als er sie verließ, fasste er zusammen:

»Lernen, lernen, lernen! Handeln, handeln, handeln! Vorbereitet sein, gut und ganz vorbereitet sein, um bewusst mit voller Kraft die nächste heranrollende revolutionäre Welle ausnutzen zu können. Das ist's. Unermüdlich Parteiagitation und Parteipropaganda, gipfelnd in Parteiaktion, aber Parteiaktion, frei von dem Wahn, sie könne Massenaktion ersetzen. Wie haben wir Bolschewiki unter den Massen gearbeitet, bis wir uns sagen durften: ›Es ist soweit! Los!‹ Darum: Heran an die Massen! Eroberung der Massen als Vorbedingung für die Eroberung der Macht.«²²⁹⁵

Man muss beim Lesen dieser Zeilen einfach den Abgrund ermessen, der Lenin nicht nur von den Menschen trennte, die zu dieser Zeit die deutsche Partei leiteten, sondern sogar von seinen engsten Mitarbeitern, einem Sinowjew oder einem Radek. Ohne Zweifel besitzen wir hier einen der Schlüssel zu seinem Verhalten auf dem 3.

2293 Ebenda, S. 54-55. [Ausgabe 1929, S. 40, Ausgabe 1985, S. 50, Ausgewählte Reden und Schriften III, S 121]

2294 Ebenda, S. 56-57. [Ausgabe 1929, S. 42 f., Ausgabe 1985, S. 52, Ausgewählte Reden und Schriften III, S 122 f.]

2295 Ebenda, S. 40-41. [Ausgabe 1929, S. 31 f., Ausgabe 1985, S. 41, Ausgewählte Reden und Schriften III, S 112 f.]

Kongress, das Bewusstsein, das er in diesen Jahren von der lebenswichtigen Notwendigkeit hat, das menschliche Material, das ihn umgibt, zu berücksichtigen, auch von der Kluft, die die Erfahrung und das politische Verständnis der russischen Kader, die er, komme was wolle, in einem unaufhörlichen Kampf während Jahrzehnten gebildet hat, von denen der Menschen trennt, die in den fortgeschrittenen Ländern Westeuropas an der Spitze junger kommunistischer Parteien ihre ersten Erfahrungen in der Lehre des Bolschewismus sammeln. Auf demselben 3. Kongress wird nach dem Bericht des Deutschen Wilhelm Koenen eine ausführliche Resolution über die Struktur der kommunistischen Parteien, die Methoden und den Inhalt ihrer Tätigkeit verabschiedet. Lenin wird auf dem 4. Kongress dazu sagen:

»Diese Resolution ist ausgezeichnet, aber sie ist fast ausgesprochen russisch, d.h., es ist alles den russischen Verhältnissen entnommen. Das ist das Gute an der Resolution, aber das ist auch das Schlechte. Das Schlechte deshalb, weil ich überzeugt bin, dass fast kein Ausländer sie lesen kann – ich habe diese Resolution noch einmal durchgelesen, bevor ich das sage. Erstens ist sie zu lang, sie hat 50 oder mehr Paragraphen. So etwas können Ausländer gewöhnlich nicht lesen. Zweitens, wenn sie doch gelesen wird, so kann kein Ausländer sie verstehen, eben weil sie zu russisch ist. Nicht als ob sie russisch geschrieben wäre – sie ist ausgezeichnet in alle Sprachen übersetzt –, sondern weil sie durch und durch von russischem Geist durchdrungen ist. Und drittens, wenn ein Ausländer sie auch ausnahmsweise versteht, so kann er sie nicht durchführen. (...) Mein Eindruck ist, dass wir mit dieser Resolution einen großen Fehler gemacht haben, nämlich dass wir uns selbst den Weg zu einem weiteren Fortschritt versperrt haben. Wie gesagt, die Resolution ist ausgezeichnet, ich unterschreibe alle ihre 50 oder mehr Paragraphen. Aber wir haben nicht verstanden, wie wir mit unserer russischen Erfahrung an die Ausländer heranzugehen haben. Alles, was in der Resolution gesagt wird, ist toter Buchstabe geblieben. Und wenn wir das nicht begreifen, werden wir nicht vorwärtskommen.«²²⁹⁶

Dies war Lenins letzte Intervention in einer Internationale, die sich nicht weiterentwickelt hatte und auch nicht weiter entwickeln sollte. Keine Historiker*innen, keine Sowjetolog*innen waren in der Lage, eine andere Erklärung für dieses Scheitern zu geben als die, die Lenin selbst 1922 gab. Es ist ein Vorgeschmack auf die Schwierigkeiten, die der Kommunistischen Partei Deutschlands nach dem Verschwinden dessen bevorstehen, der sie 1921 vor ihren eigenen Fehlern und denen der Emissäre der Exekutive bewahrt hatte.

²²⁹⁶ Œuvres Bd. XXXIII, S. 442-443. [»Fünf Jahre russische Revolution und die Perspektiven der Weltrevolution«, Werke, Bd. 33, S. 404-418, hier S. 416 f.]

Ausgewählte Titel des Manifest Verlags

S. Staničić, S. Hollasky, W. Klein, S. Kimmerle: Die Deutsche Revolution. Texte zur revolutionären Periode in Deutschland vom November 1918 bis 1923.
ISBN 978-3-96156-004-2, 9,90 Euro

Karl Liebknecht: Der Hauptfeind steht im eigenen Land! Reden und Schriften gegen Militarismus und Krieg.
ISBN 978-3-96156-005-9, 14,90 Euro

Rosa Luxemburg: Die sozialistische Krise in Frankreich
ISBN 978-3-96156-040-0, 6,90 Euro

Rosa Luxemburg: Sozialreform oder Revolution?
ISBN 978-3-96156-053-0, 10,50 Euro

Rosa Luxemburg: Die Russische Revolution
ISBN 978-3-96156-056-1, 9,90 Euro

Leo Trotzki: Revolution in Deutschland
ISBN 978-3-96156-060-8, 11,90 Euro

Wolfram Klein: Rosa Luxemburg - Ihre politischen Ideen.
ISBN 978-3-96156-089-9, 14,90 Euro

Fritz Rück: Der Weg der deutschen Sozialdemokratie
ISBN 978-3-96156-063-9, 9,90 Euro

Rosa Luxemburg: Massenstreik, Partei und Gewerkschaften
ISBN 978-3-96156-065-3, 8,90 Euro

Karl Liebknecht: Militarismus und Antimilitarismus
ISBN 978-3-96156-067-7, 10,50 Euro

Karl Radek: Luxemburg, Liebknecht, Jogiches
ISBN 978-3-96156-068-4, 4,00 Euro

Oskar Hippe: ...und unsere Fahn' ist rot
ISBN 978-3-96156-061-5, 12,90 Euro

manifest.

bücher. um die welt zu ändern.
manifest-bücher.de manifest-verlag.de